



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

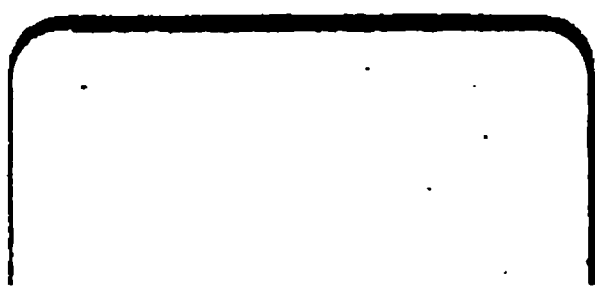
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



EAM

Maurer

Geschichte
der
Städteverfassung
in
Deutschland.

Von

Georg Ludwig von Maurer,

Mitglied der Akademien der Wissenschaften in München und in Berlin, der königl.
Societät der Wissenschaften in Göttingen, der gel. Gesellschaften in Athen, Jassy,
Darmstadt, Wezlar, Wiesbaden u. a. m.

2
Zweiter Band.

Erlangen.
Verlag von Ferdinand Sente.
1870.

Geschichte
der
Städteverfassung
in
Deutschland.

Von

Georg Ludwig von Maurer,

Mitglied der Akademien der Wissenschaften in München und in Berlin, der königl.
Societät der Wissenschaften in Göttingen, der gel. Gesellschaften in Athen, Jassy,
Darmstadt, Weplar, Wiesbaden u. a. m.

2
Zweiter Band.

Erlangen.

Verlag von Ferdinand Enke.
1870.



501.

Schnellpressenbrud von C. H. Kunstmann in Erlangen

Inhaltsverzeichnis.

II. Die Stadtmark und ihre Bestandtheile.

1. Die bewohnte Stadt.

a. Wohngebäude und Höfe.

Im Allgemeinen. §. 171, p. 1—4.

Holz- und Steinhäuser und Prachtgebäude. §. 172, p. 4—9.

Burgartige Wohnungen und Burgen in der Stadt. §. 173, p. 9—13.

Einrichtung dieser burgartigen Wohnungen. §. 174, p. 14—15.

Burgen und bewohnte Thürme. §. 175, p. 16—17.

Jeder Bürger hatte das Recht seine Wohnung zu besetzen. §. 175, p. 17—18.

Hausnamen und Hausnummern. §. 176, p. 19—20.

b. Straßen.

Straßenanlagen um die Palatien, Burgen und Fronhöfe herum. §. 177, p. 20—22.

Namen der alten Straßen und Geschlechter. §. 177, p. 22—24.

Ansiedelungen nach Nationalitäten und nach der Beschäftigung. §. 178—181, p. 24—33.

Im Alterthum und im Orient. §. 178, p. 24—26.

In den deutschen Städten. §. 179, p. 27—29.

Judengassen. §. 180, p. 29—30.

Gewerbstraßen §. 181, p. 31—33.

Straßenthore und Straßenmauern. §. 182, p. 33—36.

Die Universitätsstadt in der Stadt. §. 183, p. 36 f.

Ansiedelungen in der Altstadt und in der Vorstadt §. 184, p. 37—40.

Straßenpflaster. §. 185, p. 40—42.

c. Öffentliche Plätze und öffentliche Gebäude.

Marktplätze. §. 186, p. 42—45.

Die öffentlichen Gebäude stehen am Markte. §. 187, p. 45—48.

Rathhäuser. §. 188, p. 48—54.

Kaufhäuser, Gewandhäuser, Gewerbshallen und Börsen. §. 189, p. 54—58.

Waarenlager der fremden Kaufleute. §. 189, p. 58 f.

Waaren-Gewölbe, Kammern und Läden, und Rathskeller. §. 190, p. 59—61.

Hallen, Lauben, Buden, Bänke und Schranken. §. 191, p. 61—64.

Bau dieser Gebäude, Hallen, Bänke und Schranken. Und davon zu entrichtender Zins. §. 192, p. 64—67.

Ueberbaue, Ueberzimmer, und Vorzimmer. §. 193, p. 67—69.

d. Stadtmauern und Stadthore. §. 194, p. 69—73.

e. Vorstädte.

Entstehung der Vorstädte. 195, p. 73—75.

Vorburgen, suburbia, Pfalzbürger. §. 195, p. 75.

Ansiedelungen in der Stadtmark oder in einer fremden Feldmark. §. 196, p. 75—78.

Bereits bestehende Dörfer und Städte werden als Vorstädte mit der Altstadt vereinigt. §. 197, p. 78—80.

Ummauerung der Vorstädte. §. 198, p. 80—83.

Verfassung der Vorstädte. §. 199, p. 83—87.

insbesondere in Basel. §. 200, p. 87—91.

in Soest. §. 201, p. 91—96.

und in Köln. §. 202 u. 203, p. 96—107.

Verfassung der Vorstädte Niederich und Mirsbach. §. 204, p. 107—110.

Grund der verschiedenen Verfassungen der Vorstädte. §. 205, p. 110—113.

f. Die Altstadt und ihre Erweiterung.

1) im Allgemeinen. §. 206, p. 113—114.

2) die alten Städte waren sehr klein und nur wenig bevölkert. §. 207, p. 114—122.

3) Neue Ansiedelungen in der Stadt selbst §. 208, p. 122—126.

4) Neue Ansiedelungen vor der Stadt §. 209, p. 126—129.

5) Vereinigung benachbarter Höfe, Dörfer, Städte, Stifter und Klöster mit der Stadt. §. 210 bis §. 216, p. 129—146.

Vereinigung von Höfen und Burgen mit der Stadt, §. 210, p. 129—131.

Vereinigung von Dörfern und Städten mit der Altstadt §. 211 u. 212, p. 131—135.

Manche Dörfer wurden abgebrochen und in die Stadt versetzt. §. 211, p. 131—133.

Andere Dörfer blieben außerhalb der Stadtmauer und nur die Dorf- und Stadtmarken wurden vereinigt. §. 212, p. 133—135.

Manche Dörfer waren von je her in Marktgemeinschaft mit der Stadt. §. 213, p. 135—137.

Andere mit einer Stadt vereinigte Dörfer und Städte behielten ihre Sondermark. §. 214, p. 137—138.

Viele benachbarte Dörfer und Städte wurden mit der Altstadt durch Mauern verbunden. §. 215, p. 138—145.

Bereinigung von Stiftern und Klöstern mit der Stadt. §. 216, p. 145—146.

g. Verschiedenartige Bestandtheile der alten Städte. §. 217, p. 147—155.

h. Stadtviertel. §. 218, p. 155—161.

2. Die zur Stadt gehörige Mark. §. 219—224, p. 161—180.

Jede alte Stadt hatte eine Feldmark. §. 219, p. 162—163.

Die Stadtmark bildet den Gegensatz zur bewohnten Stadt. §. 220, p. 163—167.

Benennung der Stadtmark. §. 220, p. 164—167.

Einzäunung oder Abmarkung der Stadtmark. §. 221, p. 167—170.

Markumzüge §. 222, p. 170—171.

Die getheilte Feldmark und die gemeine Mark §. 223, p. 172.

Die ungetheilte Mark. §. 223, p. 172—175.

Die alten Stadtmarken waren öfters sehr groß §. 223, p. 175—176.

Antheil an der Stadtmark. §. 224, p. 176—178.

Die Rechte und Verbindlichkeiten ruhten auf dem Hause und Hofe in der Stadt. §. 224, p. 178—180.

3. Eigenthumsrechte an der Stadtmark. §. 225, p. 180 ff. insbesondere an den Marktplätzen, Straßen und öffentlichen Gebäuden. §. 225, p. 184 ff.

Marktgeld oder Marktzoll. §. 225, p. 185 ff.

Pflastergeld. §. 225, p. 185.

III. Stadtmarkgemeinde.

1. Die Stadtgemeinde eine Stadtmarkgemeinde. §. 226, p. 191—194.

2. Die Stadtbürger sind Stadtmarkgenossen. §. 227—233, p. 194—221.

Nur angeessene Leute. §. 227, p. 194—197.

Eigener Rauch. §. 227, p. 197—198.

Der angeessene Mann mußte ursprünglich sein Gut selbst bauen. §. 227, p. 198.

Die Stadtbürger konnten freie oder hörige Grundbesitzer, Edelleute oder Geistliche sein. §. 228, p. 199.

Ritterbürtigkeit der Stadtbürger. §. 229, p. 204—209.

Geistlichkeit, Ritterschaft und Stadtbürger. §. 230, 232, p. 209—213, 215—217.

Mitterbürger und Achtbürger. §. 231, p. 213—215.

Bürgerstand. §. 232, p. 216—217.

Benennung der Stadtmargenossen. §. 233, p. 217—221.

Herrn (domini). §. 233, p. 217—218.

Buren. §. 233, p. 220—221.

3. Weisassen.

Entstehung der Weisassen. §. 234, p. 221—222.

Benennung der Weisassen. §. 234, p. 222—226.

Die Weisassen waren Hintersassen oder Schutzhörige. §. 235, p. 226 ff.

Hintersassen der Gemeinde. §. 235, p. 226—228.

Schutzjuden und Bürgerrecht der Juden. §. 236, p. 228—232.

Ebelleute, Priester und Klöster. §. 237, p. 233.

Schutz, Schirm und Vertretung. §. 237, p. 233 f.

Hintersassen oder Schutzhörige der Bürger. §. 238, p. 234—236.

Mundmanne und Vogtleute. §. 238, p. 235—239.

Nicht alle Hintersassen gehörten zur Gemeinde. §. 239, p. 239—240.

4. Ausleute, Ausmärker, Ausbürger und Ehrenbürger.

Ausleute. §. 240, p. 240—241.

Ausmärker. §. 240, p. 241.

Ausbürger oder Pfalzbürger. §. 240, p. 241—250.

Ehrenbürger. §. 240, p. 250—251.

5. Die verschiedenen Genossenschaften in der Stadt.

a. im Allgemeinen. §. 241, p. 251—282.

Hof- und Schutzgenossenschaften. §. 241, p. 252—254.

Handelsgesellschaften oder Hansen. §. 242 ff., p. 254 ff.

Hansen außer Deutschland. §. 242, p. 254.

Factoreien und Consulate in Italien und im Orient. §. 242, p. 254—256.

Hansen in England, in den Niederlanden, an der Ostsee und in Frankreich. §. 243, 244 u. 245; p. 256—267.

Hansen oder Handelsgesellschaften in Deutschland. §. 246 u. 247, p. 268—278.

Hans, Hansgraf und Hansherren in Regensburg. §. 248, p. 273—278.

Die Hansen im übrigen Deutschland. §. 249, p. 278—281.

Der Hans, Großhans und das Hänfeln. §. 249, p. 281.

Universitäten. §. 250—258, p. 282—321.

im Allgemeinen. §. 250, p. 282—283.

Universität von Paris. §. 251, p. 283—295.

Landmannschaften oder Nationen. §. 251, p. 286—291.

Fakultäten. §. 251, p. 289—291.

Collegien und Bursen. §. 251, p. 292—293.

Die Universität ursprünglich eine kirchliche Anstalt, später eine königliche. §. 251, p. 293—295.

Die Universitäten in Deutschland. §. 252—258. p. 295—321.

Entstehung. §. 252, p. 295—296.

Die Nationen und vier Facultäten. §. 253, p. 296—301.

Universitätsregiment. §. 254, p. 301—304.

Collegien und Bursen. §. 255, p. 304—309.

Studenten-Verbindungen. §. 256, p. 309—312.

Fuchstaufe und Fehderecht der Studenten. §. 256, p. 311, 312.

Die Scholaren haben keinen Antheil am Universitäts Regiment. Ausgenommen in Basel. §. 257, p. 312 ff.

Die deutschen Universitäten waren keine kirchlichen, vielmehr weltliche Anstalten. §. 258, p. 314—321.

Conservatoren und Curatoren. §. 258, p. 316 u. 317.

Kanzler und Profanzler. §. 258, p. 318.

Gerichtbarkeit. §. 258, p. 318—320.

Hospizgrafen. §. 258, p. 320.

Die Universitäten standen nicht unter dem Stadtrath. §. 258, p. 320—321.

b. Zünfte.

1) Entstehung. §. 259—266, p. 321—354.

aus der Hofverfassung. §. 260—264, p. 322—342.

aus freien Vereinen. §. 264—266, p. 342—354.

2) Zeit ihrer Entstehung. §. 267, p. 354—357.

Kaufmannsgilden. §. 268, p. 357—361.

3) Genossenschaft.

a) im Allgemeinen. §. 269, p. 362—369.

Benennung der Genossenschaft. §. 269, p. 362—365.

Benennung der Genossen. §. 269, p. 365—366.

Gesellen Bruderschaften. §. 269, p. 367—369.

b) Vorstände. §. 270, p. 369—381.

Zunftvorstand. §. 270, p. 370—378.

Vorsteher der Gesellenbruderschaften. §. 271, p. 378—381.

c) Rechte und Verbindlichkeiten der Zunftgenossen.

Autonomie der Zünfte und ihre Versammlungen. §. 272, p. 381—384.

Benennung der Zunft- und Handwerksordnungen. §. 272, p. 383—384.

Zunfthäuser. §. 273, p. 384—388.

Gerichtbarkeit. §. 274, p. 388—393.

Sitten- und Gewerbspolizei. §. 275, p. 393—395.

Zunftzwang. §. 276, p. 395—399.

Das Meilenrecht. §. 276, p. 400.

Das Bannrecht. §. 276, p. 400—401.

Die Zünfte hatten einen Heiligen als Schutzpatron. §. 277 u. 278, p. 401—409.

Die Zünfte hatten ihr eigenes Zeichen oder Wappen, ihr eigenes Zunftstempel und eine Uniform. §. 279, p. 409—412.

Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung. §. 280, p. 412—415.

Die Zünfte waren kriegerische Abtheilungen. §. 281, p. 415—425.

Recht der Fehde und der Selbsthilfe. §. 282, p. 425—428.

Die hbrigen Zünfte standen unter ihrer Herrschaft, die freien Zünfte unter dem Stadtrath. §. 283, p. 428—435.

d) Rechte und Verbindlichkeiten der Gesellenbruderschaften. §. 284, p. 435—446.

e) Aufnahme in die Genossenschaft.

Aufnahme zum Lehrlingen. §. 285, p. 446—452.

Das Gesellenmachen. §. 285, p. 448—450.

Wanderschaft und Meisterstück. §. 285, p. 450—452.

Aufnahme in die Zunft als Meister. §. 286, p. 452—458.

Ahnenprobe. §. 285, 286 u. 287, p. 448, 454 u. 458.

f) Auch die Frauen und Kinder gehörten zur Zunft. §. 287, p. 458—461.

Erblichkeit des Zunftrechtes. §. 287, p. 461.

g) Zunfteigenthum. §. 288, p. 462.

4) Verschiedene Arten von Zünften.

Anzahl. §. 289, p. 463.

Frauenzünfte. §. 289, p. 464.

Unterabtheilungen. §. 289, p. 464—468.

Einzelne Zünfte. §. 290, p. 468—471.

Die Kohlenberger und das Kohlenberger Gericht. §. 290, p. 471—472.

Zunft der Schulmeister. §. 291, p. 472—473.

Zunft der Bader und Barbieri. §. 291, p. 473—477.

Der Maler und Meistersänger. §. 291, p. 477—479.

Maurer- und Steinmessen Bruderschaften. §. 292, p. 479—486.

5) Zünfte auf dem Lande. §. 293—296, p. 487—495.

Reßler- oder Kaltschmiede Bezirke. §. 295, p. 490—492.

Fischerzünfte am Rhein und am Neckar, mit Rhein- und Neckargrafen. §. 296, p. 492—494.

Zünfte der Trompeter und anderer Musiker. §. 296, p. 494—495.

6) Deutsche Zünfte im Auslande. §. 297, p. 495—496.

a. Judengemeinden.

Entstehung. §. 298, p. 496—498.

Regalität der Juden. §. 298, p. 498—501.

Recht der Judenaufnahme. §. 298, p. 501—503.

Judengemeinden. §. 299, p. 504—509.

Die Juden stehen unter der Schirmvogtei und unter den vogteilichen Gerichten, später unter dem Stadtrath. §. 300, p. 509—512.

Judenschutzgelber und andere Leistungen, §. 298 u. 300, p. 502—504, 512 f.

Universität der Juden. §. 299, p. 508.

6. Die Altbürgerschaft und die Gemeinde.

a. im Allgemeinen

Die Gemeinde bildet den Gegensatz zur Altbürgerschaft. §. 301, p. 513—516.

Die Gemeinde. §. 301, p. 516—520.

Die Altbürgerchaft. §. 302, p. 520—522.

Geschlechterstuben oder Trinktuben. §. 303—307, p. 522—537.

Die Geschlechtergenossenschaft in Metz. §. 308, p. 538—539.

b. Kampf der Gemeinde mit der Altbürgerchaft.

im Allgemeinen. §. 309, p. 540.

in Straßburg. §. 310, p. 541—542.

in Köln. §. 311, p. 542—549.

in Speier. §. 312, p. 549—553.

in Worms. §. 313, p. 553—558.

in Mainz. §. 314, p. 558—561.

in Augsburg. §. 315, p. 561—565.

in Ulm, Eßlingen und Schwäbisch Hall. §. 316, p. 565—568.

in Basel. §. 317, p. 568—574.

in Zürich. §. 318, p. 574—576.

in Bremen. §. 319, p. 577—578.

in Regensburg. §. 320, p. 578—586.

in München. §. 321, p. 586—593.

in Regensburg. §. 322, p. 593—596.

in Halle. §. 323, p. 596—597.

in Stendal u. a. m. in der Mark Brandenburg, in Breslau u. a. m. in
Schlesien. §. 324, p. 597—600.

in Weßlar und Konstanz. §. 325, p. 600—601.

Kampf der übrigen Weisassen. §. 326, p. 601—603.

und der Vorstädte. §. 327, p. 603—604.

c. Veranlassung und Erleichterung des Kampfes.

im Allgemeinen. §. 328, 329 u. 334, p. 604—610 u. 622.

Oberstzunftmeister und Ammeister im Allgemeinen. §. 330, p. 610 f.

in Zürich. §. 330, p. 611.

in Ebur. §. 330, p. 611 f.

in Basel. §. 331, p. 612—616.

in Freiburg. §. 332, p. 616.

in Straßburg. §. 333, p. 617—622.

Die Grofsrichtleute in Coest. §. 334, p. 622.

d. Die Stadtgemeinde seit dem Siege der Zünfte.

1) im Allgemeinen. §. 335, p. 623.

2) Die Geschlechter haben sich unter der Bürgerchaft verloren.

in Bremen und in Hamburg. §. 336, p. 624—626.

in Stralsund. §. 337, p. 626—627.

in München. §. 337, p. 627—628.

in Coest. §. 338, p. 628—631.

in Osnabrück, Münster, Fulda, Schweidnitz, Dortmund, Weßlar, Nordhausen
und in Königsberg. §. 339, p. 631—638.

in den kleineren Landstädten, insbesondere in Dürckheim. §. 340, p. 638.

3) Das Geschlechterregiment dauerte fort Die Zünfte erhielten aber Antheil an dem Regiment. §. 341—345, p. 639—660.

in Hagenau. §. 341, p. 639—641.

in Frankfurt. §. 342, p. 641—644.

in Nürnberg. §. 343, p. 644—646

in Regensburg. §. 343, p. 646.

in Braunschweig. §. 344, p. 646—653.

in Metz. §. 345, p. 653—659.

4) Die Geschlechter theilten das Regiment mit den Zünften. §. 346—350, p. 660—683.

im Allgemeinen. §. 346, p. 660

in Zürich. §. 346, p. 660—661.

in Schaffhausen. §. 346, p. 661.

in St. Gallen. §. 346, p. 661.

in Speier. §. 346, p. 662.

in Worms. §. 347, p. 662—663.

in Mainz. §. 347, p. 663—664.

in Straßburg. §. 348, p. 664—673.

in Augsburg. §. 349, p. 673.

in Ulm. §. 349, p. 673—675.

in Eßlingen, Ueberlingen, Reutlingen, Rothweil und Weissenburg. §. 350, p. 675—678.

in Freiburg, Wien, Coblenz und Oppenheim. §. 350, p. 678—683.

5) Vollständiges Zunftregiment.

im Allgemeinen. §. 351, p. 683.

in Köln. §. 351, p. 683—685.

Speier. §. 352, p. 685—689.

Konstanz, Schaffhausen und Zürich. §. 353, p. 689.

Basel. §. 353, p. 689—692.

Magdeburg, Kaufbeuren, Lindau und Landau. §. 354, p. 692—695.

Lübeck. §. 354, p. 695—699.

Thur, Bern, Freiburg, Solothurn und Lucern. §. 355, p. 699—702.

Breslau, Soest, Osnabrück, Münster, Nordhausen, Fulda und Wehlar. §. 356, p. 702—703.

6) Die Zünfte waren nun politische Abtheilungen der Bürgerschaft.

im Allgemeinen. §. 357, p. 703—705.

der Gewerbsleute. §. 358, p. 705—709.

Der übrigen in der Stadt angesessenen Leute. §. 359, p. 709—711.

also auch der Geschlechter. §. 360, p. 712—714.

Anzahl der Zünfte. §. 361, p. 714—717.

Ganze und halbe oder gespaltene Zünfte. §. 361, p. 716—717.

Geschlossene Zünfte. §. 362, p. 717—719.

7) Bemerkungen über das Zunftwesen. §. 363, p. 719—723.

7. Die Markenverfassung hört auf die Grundlage der städtischen Verfassung zu sein. §. 364, p. 723—730.

8. Entstehung eines eigenen Bürgerstandes.

Die Bürger bildeten ursprünglich nur einen Stand. §. 365, p. 730—735.

Die Bevölkerung einer Stadt schied sich in zwei Stände. §. 366 u. 367, p. 735—743.

Unterschied zwischen Bürgerschaft und Bürgerstand. §. 368, p. 743—744.

Weisassen und Juden. §. 368, p. 744—745.

9. Bürgeraufnahme.

im Allgemeinen. §. 369, p. 745 f.

stillschweigende Aufnahme. §. 369, p. 746 f.

Aufnahme von Fremden vor dem Siege der Zünfte. §. 369, p. 747—752.

seit dem Siege der Zünfte. §. 369, p. 572—760.

Benennung des Bürgerrechtes. §. 369, p. 748—749.

Bürgeraufnahms Bücher. §. 369, p. 751.

Ein Aufnahmsgeld. §. 369, p. 755—756.

Bürgereid. §. 369, p. 757.

Erwerb des Bürgerrechtes durch Heirath. §. 369, p. 758.

und durch geleistete Dienste. §. 369, p. 758 f.

Geschichte der Bürgeraufnahme. §. 369, p. 759 f.

Aufnahme von Bürgerkindern. §. 369, p. 760.

Aufnahme von Weisassen. §. 369, p. 761.

Verlust des Bürgerrechtes und des Weisassenrechtes. §. 369, p. 762—764.

IV. Rechte und Verbindlichkeiten der Stadtbürger.

1. Im Allgemeinen.

Die Markgemeinschaft war die Grundlage der Stadtverfassung. §. 370, p. 765—767.

Die Rechte der Stadtbürger und ihre Verbindlichkeiten ruhten auf Grund und Boden. §. 371, p. 767—772 u. 791 f.

Der Antheil am Stadtreiment. §. 371, p. 767.

Nur Bürger durften Grundbesitz erwerben. §. 371, p. 768—772.

Die Gerichtsfolge und Landfolge. §. 372, p. 772—775.

Das Gewerbrecht. §. 373, p. 775—778.

Mark-Eigenthum und Marknutzung. §. 373, p. 778.

Die Dienste und Leistungen. §. 374, p. 778—781.

Rechte und Verbindlichkeiten der Edelleute und Geistlichen. §. 375 u. 376, p. 781—791.

Rechte und Verbindlichkeiten der Weisassen. §. 377, p. 792—794.

Rechte und Verbindlichkeiten der Juden. §. 378, p. 794—796.

Bürgerliche Häuser und Güter. §. 379, p. 796—797.

2. Marknung.

a. im Allgemeinen. §. 380, p. 797—801

b. einzelne Marknungen.

Beholzungsrecht. §. 381, p. 802.

Maß- und Weiderecht. §. 381, p. 803—805

Jagd und Fischerei. §. 381, p. 805—807.

Gebrauch des Wassers. §. 381, p. 807.

Benutzung der Straßen und freien Plätze. §. 381, p. 808.

Benutzung der Stein- und anderen Gruben. §. 382, p. 808.

Das Roden in der Stadtmarsch. §. 382, p. 808 f.

Verpachtung des Gemeinlandes. §. 382, p. 809.

Gebäude, Straßen und freie Plätze auf dem Gemeinland. §. 382, p. 810.

3. Schließen der Marsch nach Außen.

Ausfuhrverbot. §. 383, p. 811.

Veräußerungsverbot an Fremde. §. 383, p. 812.

Fischretract. §. 383, p. 812.

Bürgerretract. §. 383, p. 812—813.

Ausschluß der Fremden von dem Erbrecht. §. 383, p. 813—815.

Vorzugsrecht der Bürger in Schuldsachen. §. 383, p. 815.

4. Genossenschaftliche Verbindlichkeiten.

im Allgemeinen. §. 384, p. 815 ff.

Gegenseitige Hilfe und Unterstützung. §. 384, p. 816—819.

Die Stadtgemeinden sind auch Gerichtsgenossenschaften. §. 385, p. 819—824.

Die Bürger waren den Stadtbeamten Gehorsam und Unterstützung schuldig.
§. 386, p. 824—826.

Haftung der Gemeinde §. 387, p. 826—827.

Daher sollte sich kein Bürger verherren oder in fremde Dienste treten. §. 387,
p. 828.

Gerichtliche Investitur. §. 388, p. 829—834.

Hand muß Hand wahren. §. 388, p. 835.

Le mort saisit le vif. §. 388, p. 833.

Gemeinde-Bann und Königs-Bann. §. 388, p. 835 f.

Jede Stadt ein Asyl und eine Immunität. §. 388, p. 836.

Pflicht der Gastfreundschaft. §. 388, p. 836.

Gemeinde Dienste und Leistungen:

a) Benennung. §. 389, p. 837.

b) Gemeindefronen. §. 389, p. 838—839.

c) Stadtwachen. §. 390, p. 839—841.

d) Kriegsdienste §. 390, p. 841—844.

e) Gemeinde Ämter und Dienste. §. 391, p. 844 ff.

Rittmeister. §. 391, p. 845.

f) Gemeinde Umlagen und Steuern.

- Einkommen der Städte im Allgemeinen. §. 392, p. 846.
 Kammerei- und Bürgergüter. §. 392, p. 847—848.
 Direkte Steuern. §. 393, p. 848—851.
 Grundsteuern. §. 393, p. 851.
 Vermögenssteuern und Personal Steuern. §. 393, p. 851 ff.
 Einkommensteuern. §. 393, p. 851 ff.
 Personalsteuern. §. 393, p. 851 ff.
 Erhebung der Steuer. Selbstschätzung. §. 393, p. 854 ff.
 Eigene Steuerbeamte. §. 393, p. 857 ff.
 Indirecte Steuern. §. 394, p. 857.
 Ungelt. §. 394, p. 858—859.
 Zölle. §. 394, p. 859—860.
 Geleitsgeld. §. 394, p. 860 f.
 Gewerbesteuer. §. 394, p. 861.
 Ursprünglich waren nur die Bürger, aber auch alle Bürger (auch die Edelleute und Geistlichen) steuerpflichtig. §. 395, p. 861—868.
 Zuweilen Steuerfreiheit der Edelleute und Geistlichen. §. 395, p. 864 ff.
 Späterhin wurden auch die Weisassen und die übrigen Einwohner und Ausbürger besteuert. §. 396, p. 869—874.
 Besteuerung der Vorstädte. §. 397, p. 874—875.
 5. Die Stadtmarkgemeinden öfters auch kirchliche Gemeinden. §. 398, p. 875—880.

Anhang.

I. Die Gebuirschaft auf der Weiherstraße in Köln. p. 883—901.

1. Verzeichniß der Erbgenossen von 1201, p. 883—885.
 - a) Isti sunt indeserviti p. 888—885.
 - b) Isti sunt deserviti. p. 888—885.
2. Ordnung der Gebuirschaft von 1201. p. 885—895.
3. Verzeichniß der Erbgenossen aus dem 14. und 15. Jahrhundert. p. 895—897.
4. Weisthum ohne Datum. p. 897—901.

II. Zunftbrief

des Amtes Lichtenberg, von Gufel und van Novelden von 1587.
p. 902—912.



II. Die Stadtmark und ihre Bestandtheile.

1. Die bewohnte Stadt.

a. Wohngebäude und Höfe.

§. 171.

Die alten Städte waren mit Mauern umgebene Dörfer, in ihrem Innern demnach die Einen von den Anderen durchaus nicht verschieden. Wie die Dörfer aus den Wohnungen der Bauern und der übrigen in der Dorfmark angesessenen Leute so bestanden die Städte aus den Wohnungen der Stadtbürger und der übrigen in der Stadtmark angesessenen Leute. Die Wohnungen der Einen wie der Anderen waren und hießen Höfe (*curtes* oder *cúriae*) und wenn ihre Bewohner freie Leute waren, sind dieselben wahre Fronhöfe gewesen. In den freien Städten bestand daher die ganze alte Stadt aus den Herrenhöfen der alten freien Geschlechter, in den grundherrlichen Städten aber aus den Höfen der hörigen Stadtbürger und in den gemischten Städten theils aus den Fronhöfen der geistlichen und weltlichen Grundherren und der übrigen freien Leute, theils aus den Höfen der hörigen Bürger. In den Königsstädten und in den landesherrlichen Städten kamen hiezu noch die königlichen und landesherrlichen Palatien und Burgen, und in sehr vielen Städten auch noch die Fronhöfe, Burghäuser und Burgen der königlichen und landesherrlichen Ministerialen und Burymannen. Die alten Städte bestanden demnach aus einer mehr oder weniger großen Anzahl von Höfen und Burgen. In Worms z. B. hatten die Könige in früheren und späteren Zeiten ihr Pa-

latium oder ihren Königshof. Auch die Bischöfe und die Herzoge von Worms besaßen daselbst ihre Fronhöfe oder Burgen. Eben so viele vollfreie Leute, insbesondere auch die Stifter St. Andreas und St. Pauli, das Kloster Schöna u. a. m. ¹⁾. Und auch in späteren Zeiten noch findet man daselbst den Bürgerhof, den Romeyerhof, den Dalbergischen Hof und den Wambolderhof ²⁾. Eben so besaßen die Könige in der Stadt Speier einen Königshof (des Reichs Herberg) und die Bischöfe eine Pfalz. Außerdem hatten daselbst die alten Geschlechter und die in der Stadtmart angesessenen Klöster ihre Höfe, z. B. die Ebelin, die Ketschlin oder Ketscheln, die Schlegel, die Klüpfel und anderen Geschlechter, insbesondere auch die sogenannten Hausgenossen und die Klöster Limburg, Eufersthal, Maulbronn u. a. m. ³⁾. Auch in Magdeburg besaßen die Könige einen Königshof, die Herzoge von Sachsen aber und die Markgrafen von Brandenburg einen Fronhof, und auch die alten Geschlechter, Ritter und Ministerialen ein jedes seinen Hof (§. 22). In Regensburg hatten außer den Königen und Bischöfen auch noch die Herzoge von Baiern, die Burggrafen und mehrere andere Grafen, sodann viele alte Geschlechter und reiche Kaufleute, die Stifter und Klöster St. Emmeran, Metten, Niederalteich, Tegernsee, Salzburg, Brixen u. a. m. ihre Höfe (§. 54). Besonders zahlreich waren aber die Herrenhöfe in Köln. Außer den Erzbischöfen, Burggrafen und Bögten hatten daselbst viele alte Geschlechter ihre Höfe, z. B. die Saphirn, die Cämmerer, die Urweiler, die Bachem, die Benesis, die Büchel, die Cleingebanc, Parsusen, Quarttermart, Overstolze und viele andere mehr ⁴⁾. Auch in Frankfurt hatten die Könige ihr Palatium und andere Reichshöfe und die alten Geschlechter ihre Fronhöfe. Und es ist interessant die Geschichte der Reichshöfe zu verfolgen, wie dieselben nach und nach in den Besitz der Stadtbürger oder der Stadt selbst gekommen sind.

1) Urk. von 1314 bei Wüdtwein, chron. Schöna u, p. 254. — in curiam — in nostra civitate sitam. Vergl. noch §. 22 u. 123.

2) Neue Einleitung zur Geschichte der Markt- u. Verf. p. 285.

3) Lehmann, p. 278, 615 u. 621. Vergl. §. 22.

4) Zahne, Gesch. der köln. Geschlechter, I, 11, 13, 24, 25, 55, 63, 328, 341, 342 u. 412 Gann, Gesch. von Köln, I, 663—665 Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der Markt- u. Verf. p. 25, 28 u. 285.

Schon Heinrich VI. schenkte dem Hospital seinen am Frauenwege gelegenen Sandhof und dem Schultheiß Wolfram den Niederhof, welche Schenkung von Friedrich II. bestätigt worden ist⁵⁾. Friedrich II. schenkte den Bürgern von Frankfurt einen an dem Fruchtmarkte gelegenen dem Reiche gehörigen Hausplatz oder Hofraum (*aream unam seu curtem imperio et nobis attinentem*), um eine Kapelle darauf zu bauen⁶⁾. Und im 14. Jahrhundert wurde auch der Königliche Salhof selbst verpfändet und im 17. Jahrhundert als Privatbesitzthum veräußert⁷⁾. Auch in Zürich besaßen die Könige einen Königshof und die Stadtbürger Höfe, Sedel- oder Stadelhöfe genannt. Daher führt daselbst heute noch ein Theil der Stadt den Namen Stadelhofen⁸⁾. Eben so findet man frühe schon Fronhöfe (*curtes und curiae*) in Mainz⁹⁾, in der Altstadt Schongau¹⁰⁾ u. a. m. Insbesondere hatten auch viele Ritter und alte Geschlechter in Landau ihre Fronhöfe und Burgen in der Stadt, und noch im 14. Jahrhundert scheint der Mühlhofer Hof vor allen anderen ausgezeichnet gewesen zu sein¹¹⁾. In Hörter findet man im 13. Jahrhundert viele Fronhöfe, auch in späteren Zeiten noch freie Höfe genannt, welche alten edlen Geschlechtern, Rittern und Ministerialen gehört haben. Sie standen meistens im ältesten Theile der Stadt um die Kirche des heiligen Kilian herum¹²⁾. Auch Meppen bestand ursprünglich, wie wir gesehen, aus mehreren Fronhöfen und aus den Höfen der elf freien Grundbesitzer in Altmoppen (§. 19). In der Stadt Salzwedel befanden sich außer der landesherrlichen Burg (*castrum*) noch viele

5) Urf. von 1193 u. 1216 bei Böhmer, Frankf. Urkb. I, 18, 19 u. 24.

6) Urf. von 1219 bei Würdtwein, dioeces. Mogunt. II, 683 und bei Boehmer, I, 28.

7) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 134.

8) Schauberg, Zeitschr. I, 149. Not. 2. Vergl. §. 4.

9) Urf. von 1151 bei Boehmer, I, 15. *curtem unam in Maguncia*. Urf. von 1340 u. 1341 bei Würdtwein, dioeces. Mog. I, 382, 386 u. 437.

10) Urf. von 1289 in M. B. VI, 548. *curiam nostram in antiqua civitate Schongaw sitam*. —

11) von Birnbaum, Gesch. von Landau, p. 108 u. 477.

12) Wigand, Gesch. von Krvoei, I, 243 u. 326.

Höfe (curiae) von ritterbürtigen Geschlechtern ¹³⁾. Eben so hatten in Heidelberg die Grafen von Leiningen, die Grafen von Wieser, die Freiherren von Bonningen und andere edle Geschlechter ihre Freihöfe, welche später an Stadtbürger veräußert worden sind. Auch zwei geistliche Höfe befanden sich daselbst, der Wormser Hof und der Schönauer Mönchhof, welcher später der geistlichen Administration zugetheilt und von dieser lange Zeit als Gymnasium benutzt worden ist ¹⁴⁾. Und in dem Städtchen Bensheim findet man noch im 16. Jahrhundert über zehn Junkerhöfe ¹⁵⁾. Zu jedem Hofe gehörten nun aber auch in den Städten nicht bloß die Wohngebäude, sondern auch alle übrigen in dem Hofraume gelegenen Nebengebäude, die Stallungen und anderen Oekonomiegebäude; die Gärten und was sonst noch zu dem Besizthum gehörte. Daher waren jene in den Städten gelegenen Höfe öfters von sehr beträchtlichem Umfange, bis dieselben später zu neuen Ansiedelungen und zu anderen Anlagen, zu neuen Straßen, zu freien Plätzen u. dgl. m. benutzt und auf die eine oder andere Weise zertrümmert worden sind. So waren die Geschlechterhöfe der Saphirn und der Cammerer und der erzbischöfliche Hof in Köln ursprünglich von sehr bedeutendem Umfang, eben so die Burghäuser in Jheron u. a. m., bis sie seit dem 14. Jahrhundert veräußert und mit Bürgerhäusern bebaut worden sind ¹⁶⁾. Auch der Metzerhof in Speier war ursprünglich von bedeutendem Umfang. Es gehörten dazu mehrere Häuser u. a. m. ¹⁷⁾. Eben so gehörte daselbst zu dem Dierßenhof nicht bloß das Wohngebäude, sondern auch noch der Garten ¹⁸⁾.

§. 172.

Wie in den Dörfern, so waren ursprünglich auch in den Städ-

13) Urk. von 1361 bei Lenz, I, 162 u. 163.

14) Wibder, I, 147.

15) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf., p. 28.

16) Meine Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof- und Stadtverfassung, p. 22, 25 u. 34.

17) Hau, Metzerhof und Königspfalz in Speier, p. 4 ff. u. 10–13.

18) Raumbrief von 1367 bei Hau, p. 15, Not. — curia nuncupata des Merzen Hof versus cappellam S. Egidii — domus et ortus in ipsa curia.

ten alle Gebäude von Holz und daher leicht zu verbrennen¹⁾. Sie bestanden, wie heute noch in den Alpen, aus blockhausartig zusammengefügtten Balken²⁾, und in München noch bis ins 14. Jahrhundert aus einer geräumigen Hausflur (Fleß) zur ebenen Erde, dann aus einer hölzernen Gallerie oder Laube im ersten Stock, welche ein hervorragendes Giebeldach bedeckte und gegen Regen und Schnee schützte. Die Bürgerhäuser bestanden demnach in der Regel aus einem einzigen Stockwerk³⁾. Sie waren ferner bloße Zimmer und wurden auch noch so genannt⁴⁾, und unterschieden sich daher von den Bauernwohnungen, wie wir sie heute noch in den Alpen sehen, nur durch die Erker und durch die größere Eleganz⁵⁾. Sie sind daher wahre Baumhäuser („bouminhus“) oder Holzhäuser („hulzenhus“) gewesen, wie noch im 14. Jahrhundert in Speier⁶⁾ und Heidelberg⁷⁾. Erst in den Städten fing man an mit Stein zu bauen⁸⁾. Aber auch in ihnen waren lange Zeit noch alle Gebäude, sogar die Hauptgebäude von Holz, z. B. in Hamburg, Zürich und Bern noch im 12. Jahrhundert⁹⁾, in Lübeck und Magdeburg noch im 13.¹⁰⁾ und in Görlitz¹¹⁾, in Breslau¹²⁾, in Speier und in

1) Tacit., germ. c. 16. Ammian. Marcell. XVIII, c. 2 §. 15.

2) Herodian, VII, 2. L. Baju. IX, c. 7 u. 8. Vergl. meine Gesch. der Fronhöfe, I, 118.

3) Daher pflegt es ausdrücklich bemerkt zu werden, wenn ein Haus in der Stadt mehrere Stockwerke hatte, z. B. in Urf. von 1375 in Mon. Boic. VIII, 556.

4) Stadtrecht bei Auer, p. 139 u. 203.

5) Lipowsky, Urgesch. von München, II, 56—60. Vergl. noch p. 54 u. 55.

6) Urf. von 1340 bei Zeuß, die freie Reichsstadt Speier, p. 1. „Daz „bouminhus in dem houe hinter dem steinhuse“ und Urf. von 1370 eod.

7) Urf. von 1391 bei Wundt, Magazin für Pfälz. Gesch. III, 383. „Die „steinhuser und hulzenhuser gelegen oben an der Gassen.“

8) Sächs. Weichbild, art. 22. „Das zu Weichbild denn nicht ist, da man „mit steinen pflegt zu bawen.“

9) Adam Brem, II, 68. Johannes von Müller, Gesch. der Schweiz, I, 14 in sämmtl. Wrt. 19, p. 301.

10) Deede, Grundlinien zur Gesch. Lübeds, p. 24. Pauli, das Recht der Erbgüter, p. 25. Rathmann, I, 75 u. 360.

11) Neumann, Gesch. von Görlitz, p. 15.

12) Grünhagen, Breslau, p. 77—78.

München sogar noch im 14. Jahrhundert. Denn erst Ludwig der Baier hat im Jahre 1342 verordnet, daß die Häuser von München aus Stein gebaut oder wenigstens mit Ziegeln gedeckt werden sollten¹³⁾. Seit jener Zeit wurden nun, in manchen Städten auch schon etwas früher, wenigstens die Hauptgebäude und die Häuser der Geschlechter mehr und mehr in Stein gebaut, und diese sodann zum Unterschiede von den Baumbäusern Steinhäuser (*domus lapideae*) genannt, z. B. in Worms der Bürgerhof¹⁴⁾, sodann in Mainz¹⁵⁾, in Frankfurt a. M.¹⁶⁾, in Köln¹⁷⁾, in Speier¹⁸⁾, in Magdeburg¹⁹⁾, in Hamburg²⁰⁾, in Lübeck²¹⁾, in Bremen²²⁾, in Zürich²³⁾, in Marburg²⁴⁾, in München²⁵⁾, in Hannover²⁶⁾, in Heidelberg u. a. m. In Basel waren bereits im Jahre 1355 von 37 Häusern, welche öffentlich versteigert werden sollten, nur noch vier von Holz, allein auch die Steinhäuser noch so werthlos, daß jedes Haus für drei Pfund Heller verkauft werden mußte, weil niemand mehr dafür geben wollte²⁷⁾.

Seitdem nun aber die Steinbauten begonnen hatten folgte

13) Urf. von 1342 in Mon. Boic. 85, II p. 81. Lipowsky, Urgesch. II, 17, 18 u. 50—52.

14) Urf. von 1266 bei Boehmer, font. II, 235.

15) Urf. von 1376 bei Guden, II, 520.

16) Urf. von 1253, 1284, 1293 u. a. m. bei Böhmer, p. 89, 217 u. 279 Kriegt, p. 278.

17) Ennen, Gesch. I, 680.

18) Urf. von 1340 und 1370 bei Zeuß, p. 1.

19) Urf. aus 12. sec. bei Rudfeld, antiquit. Praemonstr. Magd. p. 107 u. 108.

20) Adam Brem, II, 68.

21) Deede, p. 24.

22) Delrichs, p. 185 f.

23) Urf. von 1037 bei Bögelin, das alte Zürich, p. 140 u. 388. Urf. von 1264 bei Schanberg, I, 68. Vergl. S. 120.

24) Urf. von 1277 bei Guden, II, 201.

25) Urf. von 1304 u. 1315 bei Krenner in Hist. Abhandl. der Bairischen Akad. von 1813, p. 84, 105 u. 106.

26) Gruppen, ant. Hanov. p. 296.

27) Lohs, II, 183 u. 184. Urf. von 1292, 1305 und 1355 in Basel im 14. Jahrhundert, p. 87 u. 871.

balb ein Prachtgebäude dem anderen, nicht bloß in dieser oder jener Stadt, sondern in sämtlichen Städten, welche durch ihren Reichtum damals hervorragten. Schon seit dem 10. und 11. Jahrhundert begannen die Bauten der prachtvollen Domkirchen und Münster in Augsburg wie in Speier und in Mainz, Köln, Straßburg, Ulm, Regensburg, Nürnberg, Bamberg u. u. m., welche nachher von Jahrhundert zu Jahrhundert erweitert und verschönert worden sind und heute noch allgemeine Bewunderung erregen. Seit dem 13. und 14. Jahrhundert baute man die ersten Rathhäuser, Kaufhäuser und anderen Gewerbshallen. Auch sie, zumal die prächtigen Rathhäuser in Augsburg, Nürnberg, Prag, Braunschweig, Breslau, Danzig, Stralsund, Thorn u. a. m., selbst in dem kleinen Marienburg geben heute noch Zeugniß von dem Wohlstande und der Blüthe der damaligen Gemeinwesen²⁸). Aber auch die Privatgebäude wurden verschönert, und in Köln, so wie später in Nürnberg, Augsburg u. a. m. waren sie nicht weniger prächtig als die öffentlichen Gebäude selbst. Frühe schon wird der fürstlichen Wohnung der Overstolze in der Rheingasse zu Köln Erwähnung gethan²⁹). Auch die Rittersitze anderer Geschlechter, z. B. der Familie Hadenan werden gerühmt³⁰). Und Otto von Freising sagt, Köln übertrefte, seit Trier zu sinken begann, alle Städte Galliens und Germaniens, an Reichtum, Pracht der Gebäude, Größe und Zierde (*tam divitiis quam aedificiis, magnitudine ac decore sui praeferenda*)³¹). Nach Köln tritt Wien unter den damaligen Städten und zwar schon seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts hervor³²). Sogar die kleineren Städte blieben nicht zurück. In dem kleinen Städtchen Erstein im Elsaß wurde bereits im Jahre 1333 ein schönes Ritterhaus, welches daselbst auf der Burg stand, zerstört. („gar ein schönes ritterhus das stunt in der burge“)³³).

28) Vergl. Gesch. und Beschreibung des Rathhauses der Reichsstadt Danzig. Von R. Hoburg. Danzig 1857.

29) Alex. Kaufmann, Caesarius von Heisterbach, p. 17.

30) Merlo, die Familie Hadenen zu Köln, 1863, p. 41—42.

31) Otto Frising, VII, 12.

32) Eine Urkde. von 1208 bei Böhmer, regesta imperii von 1198—1254 p. 315 sagt von Wien que post Coloniam una de melioribus Teutonici regni urbibus dicebatur.

33) Königshoven p. 322.

Und im 15. Jahrhundert sagt Aeneas Sylvius von den deutschen Städten, daß kein Volk in Europa zierlichere und angenehmere Städte gehabt habe, und daß alle anderen Völker in der Baukunst von den deutschen Mechanikern (Baumeistern) übertroffen worden seien³⁴). Von Köln insbesondere rühmt er die Pracht und Verzierung³⁵). Straßburg vergleicht er mit Venedig, gibt ihm aber den Vorzug vor jenem. Augsburg übertreffe an Reichthum alle Städte in der Welt. In Basel seien die Dächer der Privathäuser und der Kirchen mit vielfarbigen und glänzenden Ziegeln gedeckt, was, wenn die Sonnenstrahlen darauf fallen, einen herrlichen Anblick gewähre. Die Bürgershäuser seien gut eingetheilt und so reinlich gehalten, daß es in Florenz nicht besser sein könne. Von Außen seien sie glänzend weiß und gemahlt. Die meisten haben Gärten, Brunnen und Höfe. Durch ihre Hausfluren (*vestibula*) unterscheiden sich die Wohnungen der edlen Geschlechter u. s. w.³⁶). In Nürnberg endlich, in dieser heute noch wunderbar schönen Stadt, vergleicht Aeneas Sylvius die Bürgershäuser mit königlichen Palästen und meint, die Könige von Schottland würden sich glücklich preisen, wenn sie eben so gut wohnten wie die minder bemittelten Bürger von Nürnberg (*mediocres Nurimbergae cives*)³⁷). Ganz in Stein gebaute Städte waren indessen das ganze 14. Jahrhundert hindurch und auch späterhin noch sehr selten. Das erste Beispiel einer ganz von Stein gebauten Stadt war vielleicht Stralsund. Denn es wurde nach zweimaliger Einäscherung bereits schon

34) Aeneas Sylvius, de mor. Germ. c. 29 bei Schard script. rer. Germ. I, 231.

35) Aeneas Sylvius, c. 4. *Nihil magnificentius, nihil ornatus tota Europa reperias.*

36) Aeneas Sylvius, c. 6 ff. bei Schard, I, 230 u. 231. Im 14. sec. scheinen jedoch die meisten Bürgershäuser noch ein sehr bescheidenes Aussehen gehabt zu haben, nach Dr. Fechter in Basel im 14. Jahrhundert, p. 37 — 39. Ein altes Recept über die Bereitung der farbigen Dachziegel bei Dops, III, 567 u. 568. Vergl. meine Gesch. der Fronhöfe, II, 188.

37) Aeneas Sylvius, c. 27 bei Schard, I, 233. *Quot ibi civium aedes invenias Regibus dignas. Cuperent tam egregii Scotorum Reges quam mediocres Nurimbergae cives habitare.*

gegen Ende des 14. Jahrhunderts ganz in Stein wieder aufgebaut³⁸⁾. In den meisten Städten ging es jedoch mit dem Bauen in Stein nur sehr langsam. Von Wezlar heißt es noch in einem Berichte über die Verlegung des Reichskammergerichtes in jene Stadt vom Jahre 1689: „Die Stadt habe nur hölzerne, mit Stecken „geflochtene und mit Lehm übertünchte Häuser. Es gebe nur sehr „wenige, welche ganz von Stein gebaut seien, oder an welchen der „untere Stock aus Stein bestehe. Die meisten hätten keine Brand- „mauern, und seien dabei noch dicht aneinander gebauet. Viele „derselben seien nur mit Stroh gedeckt. — Viele derselben „hätten keine rechte Küchen und keine gemauerte Schorn- „steine.“³⁹⁾. Ja sogar im Jahre 1712 wurde noch verordnet, „die Strohdächer sollen binnen einer halbjährigen Frist abge- „schafft, auch gemauerte Rauchfänge eingeführt werden“⁴⁰⁾. Auch in Eßlingen waren noch im 16. Jahrhundert die Bürger- häuser von Holz und nur die Häuser der Geschlechter von Stein⁴¹⁾. In Augsburg waren noch im 15. Jahrhundert alle Gebäude mit Stroh oder Schindeln gedeckt⁴²⁾. Eben so in Frankfurt a. M. noch das ganze 14. und 15. Jahrhundert hindurch bis es endlich dem Stadtrath mit schweren Strafen gelang die Stroh- und Schin- beldächer zu beseitigen⁴³⁾. Und in München (im neuen Athen) sind heute noch viele Häuser mit Holz (mit Schindeln) gedeckt.

§. 173.

Wie in den Dörfern so waren auch in den Städten die Fron- höfe in früheren Zeiten eingezäunt und später mit Mauern und anderen Festungswerken, öfters auch mit Wall und Graben um- geben, und mit Thürmen versehen. Von den in den Städten lie- genden Königshöfen und von den landesherrlichen Fron- höfen ist dieses bereits schon bemerkt worden. Schon seit der fränkischen Zeit waren nämlich die Königshöfe und Palatien zu

38) Ranzow's Panerania, B. VI, p. 262 u. 263.

39) Bericht von 1689 bei von Ulmenstein, Gesch. von Wezlar, II, 261.

40) Protokoll von 1712 §. 16 bei Ulmenstein, II, 531.

41) Pfaff, p. 160.

42) Gassar. ad 1404 bei Mencken, I, 1544.

43) Kriegel, p. 280—281.

Nachen, Frankfurt, Ulm, Zürich u. a. m. mit Mauern, Wällen und Gräben umgeben und mit Thürmen versehen. Andere wurden es später, z. B. die Königshöfe zu Gelnhausen, Kaiserslautern, Nürnberg u. a. m.¹⁾ Eben so waren die in den Städten liegenden Fronhöfe der geistlichen und weltlichen Landesherren befestigt, wenigstens mit Mauern und Gräben umgeben und mit einem oder mehreren Thürmen versehen, z. B. der alte Hof in München, der Domhof zu Münster, die landesherrlichen Fronhöfe zu Worms, Mainz, Köln, Soest, Meppen, Hamburg, Lübeck, Wien u. a. m. (§. 16, 18 u. 123). Die Königshöfe und die landesherrlichen Fronhöfe waren demnach wirkliche Burgen und wurden auch öfters Burgen genannt, z. B. die Burg zu Gelnhausen, der alte Hof zu München, die Martinsburg zu Mainz, die Paulsburg zu Meppen u. a. m., wie heute noch die alte Reichsburg zu Nürnberg und die Hofburg zu Wien.

Allein nicht bloß die Königshöfe und die Höfe der geistlichen und weltlichen Landesherren, sondern auch die Höfe der übrigen in der Stadtmark angesessenen Grundherren und Geschlechter sind wahre Burgen oder wenigstens burgartige Steinhäuser gewesen. So besaßen die Herzoge von Sachsen und später die Herzoge von Holstein in der Altstadt Hamburg, in welcher sie nicht Landesherren waren, eine Burg. Eben so die Herren von Buren eine Burg in Buren, die Ritter von Brakel eine solche in Brakel, die Herren von Fleckenstein eine Burg in der Stadt Sulz u. s. w. (§. 15 u. 16). Auch die Herzoge Otto und Konrad hatten in Worms eine wohlbefestigte und mit Thürmen versehene Burg, in welcher während der Kämpfe der Bürgerschaft mit dem Bischof die dem Bischof feindliche Partei Aufnahme und Schutz fand²⁾. Sie wurde abwechselnd eine Festung (*munitio*), ein befestigtes Haus (*domus munita*) oder auch eine Burg (*domus sive castrum*) genannt³⁾. Im Anfang des

1) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 158 ff. Vergl. §. 4, 18 u. 123.

2) Chron. Worm. bei Ludewig, rel. Mpt. II, 50. Otto, ejusque filius Conradus intra civitatem habebant munitionem firmam, turribus et variis aedificiis munitissimam, ad quam raptores et fures et omnes qui contra episcopum ejusque fideles verbis vel factis aliquid deliquerant, — receperunt et sic — refugium.

3) Chron. Worm. bei Ludewig, II, 50, 53 u. 54.

11. Jahrhunderts wurde sie von dem Bischof erworben, zerstört und aus ihren Trümmern das St. Paul Stift erbaut⁴⁾. Auch der Max Pallast in München ist burgartig gebaut und wird heute noch die Maxburg genannt. Eben so waren die Burghäuser, welche die alten Geschlechter in der Stadt Jserlon bewohnt haben, burgartige Gebäude⁵⁾.

Dasselbe gilt von den meisten Burghäusern und Rittersitzen der in den Städten wohnenden Burgmannen zu Basel, Heidelberg, Kaiserslautern, Kreuznach, Schöneck u. a. m. (§. 124) und von den Wohnungen jener Ritter, welche man z. B. in Erfurt bei Gelegenheit der Ummauerung der Stadt in die Stadt gezogen und ihnen daselbst Wohnungen und Burglehen (*mansiones ac beneficia*) angewiesen hatte unter der Bedingung die Stadt zu vertheidigen (*ad defensionem municipii*)⁶⁾. Eben so war die Wohnung des Bogtes zu Köln eine feste Burg mit Thürmen⁷⁾. In Nürnberg besaßen nicht bloß die Burggrafen eine eigene Burg neben der Reichsburg⁸⁾, sondern auch noch mehrere Burgmannen ihre festen Häuser in der Stadt, in der Nähe der Thürme und Thore, welche sie zu bewachen und zu vertheidigen hatten. So die Herren von Brauneck, welche das Wöhrder Thor zu bewachen hatten, deren Burglehen und Burghut nach dem im Jahre 1390 erfolgten Aussterben dieses Geschlechtes an die Burggrafen gekommen ist. Dann die Herren von Bischbaß oder Bischbach, welche den Sinweln- oder Bestenthurm zu bewachen hatten, deren Burglehen mit der Burghut im Jahre 1355 an die Hasen von Hasenburg, im Jahre 1428 an die Waldstromer und von diesen im Jahre 1432 an die Stadt selbst veräußert worden ist. Endlich die Herren von Colbitz, welche das Thor, welches aus der Stadt in die Reichsburg hinaufführte und den Thurm an der Margarethenkirche zu bewachen hatten, deren Burglehen mit der Burghut im Jahre 1430 von der Stadt

4) Chron. Worm. l. c. II, 39 u. 54.

5) Steinen, Westphäl. Gesch. I, 935 — 964 u. 1065. Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 34.

6) Urk. von 1170 bei Faldenstein, hist. Erfurt. p. 93.

7) Fahne, Gesch. der Köln. Geschl. I, 412.

8) Urk. von 1273, 1281, 1300 u. 1362 in Hist. dipl. Norimb. p. 167, 214 u. 409. *castrum quod tenet ibidem*.

gekauft worden ist ⁹⁾. Auch die Deutschherren zu Freiburg im Breisgau hatten ihre Wohnungen befestigt. („Den graben vnd die „hoffstett inwendig der ringmur die die vorgenannten bruoder des „husefze Friburg mit muren oder mit zünne vmb e bevangen „hant“). Auch bauten sie daselbst mit Erlaubniß des Stadtraths einen Thurm. („Daz si in den graben eine turne buwen vnd „setzen“) ¹⁰⁾. In Basel wurde es den Klosterfrauen von Klingenthal gestattet eine Ringmauer um ihr Kloster zu bauen ¹¹⁾. Eben so war die Abtei St. Emmeran in Regensburg schon im 8. Jahrhundert mit einem Zaune umgeben (*juxta sepem monasterii*) ¹²⁾ und die Abtei St. Stephan in Straßburg seit dem 10. Jahrhundert theils mit einem Zaun theils mit einer Mauer ¹³⁾. Auch das Kloster Haina besaß in Frankfurt ein mit einer Mauer umgebenes Haus und einen Hof ¹⁴⁾. Der Immunitätsbezirk des Stiftes St. Cassius in Bonn war mit einer Mauer umgeben, die so dick war, daß die Stiftsherrn darauf spazieren gehen konnten. Und diese Mauer, welche sehr wahrscheinlich bis in die Zeiten der Römer hinaufreichte, war mit Pforten und mit mehreren Thürmen versehen ¹⁵⁾.

Endlich waren auch die Höfe und Wohnungen der alten Geschlechter und der reichen Bürger burgartig gebaut, in früheren Zeiten häufiger als in späteren, seitdem das Faustrecht in den Städten gänzlich verschwunden war. So hatten frühe schon die alten Geschlechter in Köln, Speier, Bremen, Zürich u. a. m. ihre befestigten oder wenigstens mit einem Thurm versehenen Höfe oder Burghäuser ¹⁶⁾. In Mainz findet sich schon zur fränkischen Zeit

9) Hist. Norimb. dipl. Einleitung p. 163 — 176. von Lancizolle, Gesch. der Bildung des Preuß. Staats, p. 79, 80 u. 84 Not.

10) Urf. von 1282 bei Schreiber, I, 1. p. 95

11) Urf. von 1278 bei Dops, I, 441.

12) Urf. von 794 bei M. Boic. 28, p. 3.

13) Urf. von 1005 in Schilter zu Königshoven, p. 535. cum — et septis claustris — et emunitate cum muro.

14) Urf. von 1243 bei Boehmer, Frankf. Urkb. I, 74. — murum, qui circuit domum et curiam quam habet sitam in Frankenfort. —

15) Urf. von 1372 u. 1373 bei Lacomblet, Archiv, II, 88 u. 91, vergl. p. 68 ff.

16) Meine Einl. zur Gesch. der Mark. u. Verf. p. 23, 24, 25, 28 u. 29.

eine Wohnung mit einem Thurm¹⁷⁾. Die Wohnung des Bürgermeisters von dem Damme auf dem Altstadtmarke in Braunschweig hatte sogar sieben Thürme¹⁸⁾. Auch die Hövelsburg in Dortmund (*propugnaculum gentis hovelianae*) war ein solches befestigtes Burghaus¹⁹⁾. Eben so waren in Basel noch im 14. Jahrhundert die Wohnungen von vielen Geschlechtern mit Zinnen und Thürmen versehen, und sahen daher wie Wicburgen aus²⁰⁾. Auch in Wien waren im 14. und 15. Jahrhundert noch viele Häuser mit Thürmen versehen und wurden daher öfters selbst Thürme genannt²¹⁾. In Eßlingen werden die Steinhäuser der Geschlechter Raubthürme genannt und man findet daselbst z. B. einen Thurm der Bürgermeister, Thurm der Holzhauser, Thurm der Lutram, Thurm der Kurz, Thurm der von Ulm in der Pantelengasse und einen Pferrich (Pferst) genannt der Schühlinhof²²⁾. In Heidelberg war die ehemalige Wohnung des alten Landtschreibers mit einem Thurm versehen²³⁾. Und auch in späteren Zeiten findet man noch in vielen alten Städten solche burgartig gebaute oder mit Thürmen versehene Häuser oder wenigstens Spuren von ihnen, z. B. in Augsburg das von Imhofische Haus, von welchem sich eine schöne Abbildung in Jägers Geschichte von Augsburg befindet, zumal aber in dem heute noch wohlerhaltenen mittelalterlichen Nürnberg.

17) Codex Lauresham. II, 319. mansum in civitate Moguntia, habentem in se turrim. —

18) Von Strombeck, Henning, Brabant, p. 26.

19) Föhne, I, 164.

20) Basel im 14. Jahrhundert, p. 39.

21) Schläger, alterth. Ueberlieferungen von Wien, p. 53, 69, 92, 112.

22) Pfaff, Geschichte der Reichsstadt Eßlingen, p. 293, vergl. p. 54 u. 71.

23) Zwei Urf. von 1396 bei Wundt, Magazin für die Pfälz. Gesch. III, 386. „das alth ablich Huß mit alle zugehörunge das gelegen ist zu Heidelberg in der Münchsgassen neben den Augustiner gen des Hants Huß — an dem Torne der an des Hantes Huß stoßt, p. 388. des obersten Dachgewölbe des Tornes von Fridrich dem alten Landschreiber“ und p. 389 — „dasselbe eygen Huß, Hoff, Hoffgerode mit allen Begriffen linden vnd fornen ganz von den obersten Gewölbe des tornß wie er ist genand ist.“ — vergl. noch meine Einleitung zur Gesch. der Markt- u. Verf. p. 29.

§. 174.

Wie das Aeußere so entsprach auch das Innere dieser burgartigen Gebäude in den Städten den besetzten Fronhöfen und Burgen auf dem Lande. Die feste Burg des Vogtes zu Köln z. B. bestand nur aus Vorhöfen, aus weiten Hallen und aus großen Sälen, welche theils zum Wohnen theils zum Schlafen bestimmt waren¹⁾. Auch die Wohnungen der Stadtbürger hatten, da diese selbst ritterbürtig waren, dieselbe Einrichtung wie die Burgen und Rittersitze auf dem Lande. Jedes burgähnliche Bürgershaus hatte demnach seinen Saal, welcher zuweilen, wenn er sehr groß war, auch Palas genannt worden ist, und um diesen herum eine Reihe von kleineren Gemächern, welche bald Kammern bald aber auch Kammern genannt worden sind²⁾. Eben so hatte ein reicher Kaufmann zu Verdün einen großen Saal, welcher ebenfalls Palas genannt worden ist. Bei festlichen Gelegenheiten wurde der Estrich, wie in den Ritterburgen, mit Blumen und grünem Gras bestreut³⁾. Außer dem Palas hatte er aber auch noch sehr geräumige und schöne Kammern für die Frauen und für das Gesinde und zur Beherbergung der Gäste⁴⁾. Das Ganze war burgartig geschlossen. Denn der Eingang ging durch ein Thor oder durch eine Pforte⁵⁾. Auch eine Art von Hofhaltung unterhielt jener Kaufmann. Denn er hatte Truchseffe und Schenke („truchsezzen unde schenden“) ⁶⁾. Und er feierte Feste mit Tamburen, Flautern (Flöten), Fidelein und anderem Seiten Spiel, wie die Burgherren auf dem Lande⁷⁾. Andere Kaufleute

1) *Fahne*, I, 412.

2) *Leben der heiligen Elisabeth in der Diutiska*, I, 417. „Ein burger in der lede was der hatte ein wibes palas in sine hove stende. Wibe unde verre gende da waren kammern ane vil vndercheiden nach ir zil“ — vergl. noch p. 418.

3) Von zwein Kaufmann bei Grimm, *altdeutsche Wälder*, I, 42, v. 198 u. 206—208. — „in einen sal sie giengen — und der estrich bespreit mit bluomen und mit grünem gras, was herschaft uf dem palas was“ vergl. meine *Gesch. der Fronhöfe*, II, 175 ff.

4) *Eod.* v. 663 u. 786

5) *Eod.* v. 708 u. 721.

6) *Eod.* v. 211.

hatten, wenn auch keinen Palas, doch jedenfalls sehr geräumige Remmenaten („ein Remnaten mit“) zum Empfang und zur Bewirthung der Gäste und sehr schöne Gaden zur Aufbewahrung der Effecte⁷⁾. Wolfram von Eschenbach bewohnte, als er von einem Bürger zu Eisenach beherbergt wurde, eine steinernen Remenate⁸⁾. Auch die Wohnung des alten Geschlechtes der von Argon zu Augsburg, in welcher die deutschen Kaiser selbst einzulehren pflegten, muß sehr geräumig gewesen sein¹⁰⁾. Eben so die Wohnung der Familie Ebner in Nürnberg und jenes anderen Gastfreundes (hospes) in Werth, bei welchen die Kaiser ihr Absteigquartier zu nehmen pflegten, wenn sie dahin kamen, wiewohl sie in Nürnberg selbst eine Burg hatten¹¹⁾. Dasselbe gilt von der Wohnung jenes höflich fein gebildeten Kaufmanns in Köln, des guten Gerhards, der sich bei aller Bescheidenheit doch so sehr fühlte, daß er mit wahrem Stolz von dem Berufe eines Kaufmanns und von der Würde sprach, „die ein man sol hân, der sich koufes sol begân“, und der da meinte, daß es selbst für eine Königstochter eben nicht das aller schlimmste Loos sein dürfte, durch Vermählung mit einem Kölner Kaufmanns Sohne ein rîches koufwîp zu werden¹²⁾.

7) Eod. v. 200—202. vergl. meine Gesch. der Fronhöfe, II, 187—192 u. 412—415.

8) Von zwein Kaufmann eod. v. 307, 312 u. 317—320.

9) Chron. Thuring. bei Schottgen et Kreysig, I, 89. „Da lag Wolfferam yn eyne steynen gemache, genant dy dinster Remmenate, wan sie nicht senslirs hatte.“ — vergl. Meucken, II, 1700.

10) Von Stetten, Gesch. der adel. Geschlechter, p. 58.

11) Regest. ad 1323 bei Oefele, I, 745. Cives Nordlingenses solvunt steuras consuetas —, de quibus unam solvant hospiti Regis in Nurnberg, secundam hospiti in Werdea — Gewoldus nennt den Wirth des Königs in Nürnberg Albert Ebner. Auch folgt aus diejer Stelle, daß die Reichsstädte nicht bloß selbst die Pflicht der Beherbergung des Königs hatten, sondern daß sie auch noch, wie hier die Nördlinger, zur Beherbergung des Königs in anderen Städten beisteuern mußten. vergl. meine Gesch. der Fronhöfe, III, 383 ff.

12) Rudolf von Ems, der gute Gerhard, ed. Haupt, v. 807 ff., 2180 ff., 3137 ff., 3251 ff. u. 5512 ff.

§. 175.

Auch die Wohnungen der alten Geschlechter und der Stadtbürger waren demnach, wie die Wohnungen aller vollfreien Leute, burgartig gebaut und eingerichtet. Wie daher die Wohnungen der vollfreien Leute wahre Burgen gewesen und auch abwechselnd Häuser und Burgen genannt ¹⁾ und in den Bildern zum Sachsenpiegel als Burgen abgebildet worden sind ²⁾, so wurden öfters auch die Wohnungen der alten Geschlechter und Bürger Burgen genannt, z. B. die Klostinger Burg in Köln ³⁾, die Höbelsburg in Dortmund ⁴⁾ und die drei Herrenwohnungen in Wolfskehl ⁵⁾. Und wie andere Burgen waren auch sie mit Thürmen versehen oder es bestanden auch die Hauptgebäude selbst nur aus einem Thurm, wie dieses auch bei den kleineren Burgen auf dem Lande der Fall war ⁶⁾. Daher wurden die Burgen selbst zuweilen Thürme (*turres*) genannt. So hatte zu Arweiler das alte Geschlecht der Arweiler den Thurm vor Arweiler im Besitz und außerdem noch zwei andere Ritterhäuser in der Stadt, und das Geschlecht der Saphirn in Köln den von ihm benannten Saphirthurm ⁷⁾. Auch führten in Köln noch mehrere andere Wohnungen den Namen Thurm oder Pforte ⁸⁾. In Speier wurde der Klüpfels Hof öfters auch das Klüpfels Verfried genannt. Er bestand demnach gleichfalls in einem Thurm. Für ein Stadthor kann aber jener Verfried nicht gehalten werden, wie dieses Zeug will. Denn des Klüpfels Verfried lag neben dem Stadthor (der alten

1) Sächs. Er. II, 71, §. 4, 72 §. 1, 2 u. 4, III, 67 u. 68. Schwäb. Er. W. c. 124. — „hus oder burc“ — Ruprecht von Freising, I, 104. „haus oder purg.“

2) Hall, v. Babo u. Tafel XIII, 8–7.

3) Glaser, Schreinspraxis, p. 67.

4) Zahne, Gesch. der Kölner Geschl. I, 164.

5) Urk. von 1252 bei Guden, I, 626. — *tres mansiones, que Burgen dicuntur.*

6) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 187.

7) Zahne, I, 11 u. 275.

8) Urk. von 1238 bei Lacomblet, II, 120. — *domus que dicitur Graven porzen ex una parte, et ex altera domus que vocatur turris.* —

Pforte oder dem sogenannten Altpörtel), kann also das Stadthor nicht selbst gewesen sein ⁹⁾. In Zürich bewohnten die alten Geschlechter der Manessen und der Schwenden einen Thurm, der von ihnen den Namen Manessenthurm und Schwendenthurm erhalten hat ¹⁰⁾. In Schaffhausen gab es zwölf solche von alten Geschlechtern bewohnte Thürme und in Zürich sogar neunzehn ¹¹⁾. In Esslingen und Schwäbisch-Hall hat es sieben von den Geschlechtern bewohnte Thürme, die sogenannten sieben Bürgen gegeben ¹²⁾. Außer den alten Geschlechtern und Bürgern besaßen indessen auch die Landesherren und die Kaiser selbst solche Thürme in den Städten, z. B. die Erzbischöfe von Köln einen pallastartigen Thurm in Soest ¹³⁾ und die Kaiser in Frankfurt am Main einen am Kornmarkt gelegenen Hof oder Thurm ¹⁴⁾.

Wie alle Volfreien waren demnach auch die alten Geschlechter und Bürger in den Städten berechtigt ihre Wohnung mit einer Mauer oder auch mit einem Wall und Graben zu umgeben und mit einem oder mehreren Thürmen zu versehen ¹⁵⁾. Späterhin durfte dieses jedoch ohne Genehmigung des Kaisers, des Landesherren oder der Stadt selbst nicht mehr geschehen. Und in grundherrlichen Städten war zu dem Ende auch noch die Zustimmung des Grundherren nothwendig, z. B. in Lucern ¹⁶⁾. Schon unter Friedrich I. erschien auf dem Reichstage zu Gelnhausen das ganz allgemeine Verbot ein burgartiges Haus oder eine Burg (Wicburg)

9) Urf. von 1369 bei Zeuß, p. 6. — „bi bez Clupfels berfril ante veterem portam.“ vergl. S. 28.

10) Bögelin, das alte Zürich, p. 54, 55 u. 212.

11) Rüger's Chronik von Schaffhausen bei Joh. von Müller, sämmtl. Werke 25, p. 68 Note 9.

12) Roth von Schredenstein, Patriziat, p. 81.

13) Urf. von 1178 bei Seiberß, II, 1 p. 104. — palatium sive turrim in Susatia.

14) Urf. von 1219 bei Moser, reichsstädt. Handb. I, 484. — aream unam seu turrem, imperio et nobis attinentem et jacentem juxta forum frumenti. In der Urkunde bei Böhmer, Frankf. Urkb. I, 28 heißt es jedoch aream unam seu curtem.

15) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 23 ff., 28 u. 29.

16) Altes Stadtrecht im Geschichtsfreund, I, 162. — „ane sinen willen „(des Gzghus) nieman sol buwen keinen wighaften bu.“

in einer Stadt ohne Genehmigung des Landesherrn zu bauen oder auch nur zu besitzen ¹⁷⁾. Und späterhin wurde jenes Verbot auch in den einzelnen Städten noch wiederholt, z. B. in Lübeck ¹⁸⁾, in Köln u. a. m. ¹⁹⁾. In Weilburg durfte sogar der Graf von Nassau selbst keine Burg bauen ²⁰⁾. Daher bedurften die Deutschherren in Freiburg der Erlaubniß des Stadtraths, um daselbst einen Thurm in den Graben zu bauen ²¹⁾, und die Klosterfrauen von Klingenthal zu Basel der Erlaubniß des Bischofs und des Stadtraths, um eine Ringmauer um ihr Kloster aufzuführen und darin ein großes Thor anbringen zu dürfen ²²⁾. Zuweilen wurde jedoch die Befestigung eines Hauses in der Stadt von der Stadt selbst besorgt, z. B. in Frankfurt am Main die Umgebung des dem Kloster Haina gehörigen Hauses und Hofes mit einer Mauer, welche sodann später erst von dem Kloster erworben worden ist ²³⁾. Die in früheren Zeiten (vor diesem Verbote) erbauten Burghäuser suchte man aber durch Verträge mit ihren Besitzern unschädlich zu machen. So gab z. B. der Ritter Dietrich Husman von dem Rittinghove sein in Köln erbautes Burghaus dem Erzstifte zu Lehen, erklärte es für ein Offenhaus (ind offen huys syn fal — mit alle syme buwe ind vesteninge, id sy van steyne, van holtze ind anders), und versprach es nicht weiter befestigen, es vielmehr in dem Zustande lassen zu wollen, wie es zur Zeit des Vertrages war. (Vort ensullen ich noch myne erven dat vorgenant huys nit vorder vestenen van steynen, dan id yetzu is) ²⁴⁾.

17) Urk. von 1180 bei Pertz, IV, 164. nulli personae licere municionem aliquam novam que vulgo dici possit wicbore in civitate praeter ipsius episcopi voluntatem vel erigere vel erectam tenere.

18) Privilegium von 1188 im Lübis. Urkb. I, 11. und bei Michelsen, Schleswig-Holstein-Urk. I, 4. ut nulla persona, alta vel humilis, civitatem intra vel extra in terminis suis edificiis seu munitionibus preoccupet. —

19) Urk. von 1356 bei Lacomblet, III, 461 u. 462.

20) Urk. von 1195 bei Schannat, hist. Worm. II, 89. nec comiti licet in monte castrensem domum aedificare, aliam vero si voluerit potest aedificare.

21) Urk. von 1282 bei Schreiber, I, 1 p. 95.

22) Urk. von 1278 bei Ochs, I, 441.

23) Urk. von 1248 bei Böhmer, I, 74.

§. 176.

Die Wohnhäuser in den alten Städten waren noch nicht, wie heutiges Tages, mit Buchstaben und Nummern bezeichnet. Sie führten vielmehr einen von einem Thiere oder Menschen, von einer Stadt oder von einem Herrenhose, von einer Blume oder von einem anderen Gegenstande oder auch von einer Begebenheit entlehnten Namen. Und diese Namen waren entweder an das Haus selbst angeschrieben oder eingegraben, oder sie standen auf einem an dem Hause befestigten Schilde. So gab es in Zürich ein Haus zur Meerlase, zum rothen Stern, zum grünen Kreuz, zum Riech oder zum Riechberg, zur Spicknabel, zum Elssasser Wein, zum rothen Leuen, zum Roß in Wiegen und viele andere mehr¹⁾. In Frankfurt am Main ein Haus zum Rappen, zum schwarzen Rappen, zum hinteren und vorderen Rappen, zum weißen Roß, zum Wolf und zum Wölfschen, zum Sperber, zum Hering, zum Lindwurm, zum alten und jungen Bär, zum kleinen und rothen Bär, und zu den zwei Bären, zum kleinen Christophel, zum Löwensteinerhof, zum Schönbornerhof, zum Trierischen Hof, zur Stadt Landau, Hamburg, Eisenach und Worms, zur Scheuer, zum Weinberg, zum Vorhorn, auf dem Stege, zur goldenen Wage, zum Rothenschild, zum heiligen Kreuz, rothen und zum schwarzen Kreuz, zum Stern, zum kleinen Stern, zum weißen und zum goldenen Stern, zum Helm, zum goldenen Helm, zum Schwert, zur Krone, zur Lilie, zur blauen Lilie, zu den drei goldenen Lilien, zur verkehrten Welt u. a. m.²⁾. In Köln ein Haus Erenporze, zur gegrabenen Porzen, zur eisernen Thür, zur rothen Thür, zur Landstrone, zum Thurm, zum wilden Mann, zum Riesen, zum rothen Löwen, zum Leopard, zum Wolf, zum Greif, zum Strauß, zum Schwanen, zum großen Pfau, zum Kukul, zum Raben, zur Taube, zum Falken, zum Weiher, zur

24) Urf. von 1376 bei Lacomblet, III, 678—679.

1) Kögelin, das alte Zürich, p. 197, 198, 200, 207, 214, 215, 243 u. a. m.

2) Vattonn, II, 19, 20, 24, 50, 51, 53, 75, 84, 89, 94, 123, 151, 175, 183, 188, 216, 218—220, 226, 227, 230, 231, 237, 238, 241, 260, 269, 272, 274, 275, 282, 290, 291, 295, 297, 308 u. a. m. S. Reiffenstein im Archiv für Frankfurt. Geschichte und Kunst, neue Folge I, 354 ff.

Sonne, zum halben Mond, zum Stern, zum goldenen Stern, zu den drei Sternen, zum goldenen Schwert, zum goldenen Schilde, zum rothen Schilde, zum Spiegel, zur Nadel u. a. m.³⁾. Diese Häusernamen hatten im Mittelalter, so lange es noch keine Zunamen gab, den großen Vortheil, daß die Taufnamen mit den Häusernamen verbunden und dadurch die Hausbesitzer genauer bezeichnet werden konnten. Und viele Geschlechter haben auf diese Weise von dem Hause ihren Zunamen erhalten oder auch umgekehrt ihren Namen dem Hause gegeben (§. 177). Späterhin in Frankfurt a. M. erst im 18. Jahrhundert, wurden die Häuser, wie früher schon in Frankreich, mit Buchstaben und Nummern bezeichnet⁴⁾, und es blieben sodann die Hauschilder nur noch bei Gast- und Wirthshäusern und bei den Gewerbshäusern im Gebrauch.

b. Straßen.

§. 177.

Die alten Städte hatten insgemein, wie die alten Dörfer, vier Hauptstraßen, welche sich in der Form von Kreuzwegen nach den vier Himmelsgegenden bis zu den vier Hauptthoren hinzogen. So war es in Speier und Worms, in Frankfurt, Augsburg und München und in anderen alten Städten¹⁾. Auch Hannover hatte vier Hauptstraßen, die sich jedoch nicht durchkreuzten²⁾. Um die Hauptgebäude herum fanden neue Ansiedelungen statt und diese führten zur Anlegung neuer Straßen und ganz neuer Stadttheile.

Die in einer Stadt liegenden Königshöfe und landesherrlichen Burgen hatten ihr eigenes Gebiet und ihre eigene Verwaltung. Die Hofbeamten, Ministerialen und Burgmannen, sodann die Künstler und Handwerker und die übrigen untergeordneten Diener wohnten meistens in den königlichen und landesherrlichen Palästen und Burgen selbst oder um diese herum. Die Wohnungen

3) Ennen, Gesch. I, 677—679.

4) Battonn, I, 180.

1) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 38 u. 39. Münchener Grundbuchordnung von 1573 bei Auer p. 255. — „in vier viertl oder grundtpücher nach den vier haubt- oder kreuzstrassen ausgeent.“

2) Gruben, ant. Hanov. p. 50 u. 274.

der Hofbeamten und Ministerialen bildeten daher öfters eine eigene Straße, eine sogenannte Königsstraße oder eine Rittergasse, eine Münzerstraße u. s. w. So findet man in der Stadt Rütten in Westphalen noch im 14. Jahrhundert etwa 70 ritterbürtige Geschlechter und eine Rittergasse, in welcher sie wahrscheinlich beisammen gewohnt haben³⁾. Eben so in Worms eine Münzerstraße (*platea monetariorum*), welche mitten durch die Stadt ging und dieselbe in zwei Theile theilte und in welcher die reichen Münzer beisammen gewohnt zu haben scheinen⁴⁾. Oefters bildeten sie aber auch eine eigene Stadt in der Stadt, z. B. in Regensburg eine Königsstadt (*pagus regius*) und, wenn die Burg und die Stadt getrennt blieben, wirklich verschiedene und zwar ganz selbständige Städte, z. B. in Schöneck eine von der Bürgerstadt verschiedene Burgstadt und in Friedberg eine von der Stadt verschiedene Burg (§. 120, 123—126 u. 139). Auch die Geistlichkeit wohnte insgemein um die Hauptkirche herum und bildete daher z. B. in Regensburg eine eigene Pfaffenstadt (*pagus cleri*), in Magdeburg aber und in Paderborn, Münster, Worms u. a. m. einen eigenen Immunitätsbezirk, die Domfreiheit oder die Kapitels- oder Stiftsfreiheit genannt⁵⁾, oder sie bewohnte eine eigene Straße, z. B. in Köln die Pfaffenstraße⁶⁾, in Speier die von dem Dom ausgehende große und kleine Pfaffengasse⁷⁾ und auch in Passau die Pfaffenstraße (*strata clericorum*)⁸⁾. Ganz in derselben Weise wie bei den Königshöfen, bei den landesherrlichen Burgen und bei den Domhöfen, so siedelten sich auch um die Höfe der alten Geschlechter herum die Mundleute und die anderen hörigen Hintersassen an und bildeten daselbst, wenn sie zahlreich genug waren, eine eigene Straße. So bauten z. B. in Bern die Herren von Egerdon eine ganze Straße mit ihren Leuten an, welche daher die Herrengasse oder *vicus de Egerdon* genannt worden ist⁹⁾. Eben so wohnten in Köln die Mundmanne

3) Wigand, Arch. I, 4 p. 87.

4) Urk. von 1016 u. 1084 bei Schannat, II, 41 u. 60 f.

5) Rindlinger, M. B. II, 206 u. 209. vergl. §. 120 u. 123.

6) Ennen, Gesch. von Köln, I, 669.

7) Zeuß, p. 20.

8) Urk. von 1260 in Mon. B. XI, 283.

des alten Geschlechtes der Bachem um das Haupthaus herum und auch der Hof des Geschlechtes der Benefis wurde für neue Straßenanlagen benutzt und etwa hundert neue Häuser darauf gebaut ¹⁰⁾. Und sehr viele Zinshäuser sind auf diese Weise in Köln um die Herrenhöfe und um die verschiedenen Stifter herum auf grundherrlichem Boden entstanden ¹¹⁾. Bei weitem die meisten neuen Straßen entstanden jedoch durch neue Ansiedelungen von fremden freien und hörigen Leuten.

Die in den Städten herrschende Freiheit und Sicherheit zog nämlich viele freie Geschlechter und noch mehr andere freie und hörige Leute an. Die freien Geschlechter, welche in die alten Städte zogen, siedelten sich meistens in neuen Straßen an, und diese erhielten sodann von ihnen ihren Namen. So erhielten in Hamburg der Cremon, der Grimm, der Elingenberg und der Hürter von den gleichnamigen alten Geschlechtern ihren Namen ¹²⁾. Eben so in Dortmund die Hövelsstraße von dem alten Geschlechte der Hövel ¹³⁾, in Regensburg die Auerstraße und die Zantnerstraße von den alten Geschlechtern der Auer und Zanten ¹⁴⁾, in Wezlar die Güllgasse von dem Geschlechte der von Gulle ¹⁵⁾, in Worms der vicus Hagenonis ¹⁶⁾ und in München die Dienersgasse von dem Rittergeschlechte der Diener, das Filsergäßchen von dem Geschlechte der Filser, die Eisenmannsgasse von dem Geschlechte der Eisenmann, die Kaufringer= jetzt Kaufinger Gasse von dem Geschlechte der Kaufringer, das Bingersgäßchen von dem alten Geschlechte der Binger, die Brannersgasse von dem Geschlechte der Branner u. s. w. ¹⁷⁾. Sehr viele alte Geschlechter, welche den

9) Johannes von Müller, Gesch. der Schweiz, I, 14 in sämmtl. Wrf. 19 p. 300 u 25 p. 145.

10) Fahne, I, 13 u. 24. vergl. S. 120.

11) Ennen, Gesch. von Köln, I, 665—666.

12) Lappenberg, Hamburg. Alterth. I, p. XI.

13) Fahne, I, 164.

14) Plato, Ursprung des Regensburgischen Hausgrafenamtes. Regensburg 1762, p. 19.

15) Von Ulmenstein, I, 521.

16) Chron. Worm. ad an. 1221 bei Ludewig, II, 111. Urf. von 1265 bei Boehmer, fontes, II, 235.

17) Lipowśky, Urgesch. I, 230, 235, 236, 249, 316, II, 33, 35, 318, 370 u. 412.

Namen einer Straße führen, haben indessen nicht ihren Namen der Straße gegeben, diesen vielmehr selbst von der Straße in welcher sie wohnten erhalten, z. B. in Köln die alten Geschlechter der Müllengassen, Möllengassen, Hundgassen, Lintgassen u. a. m.¹⁸⁾, insbesondere auch die von der Rheingassen, wie sich die Overstolzen ursprünglich genannt haben¹⁹⁾, in Regensburg die von Brunnleiten oder an der Brunnleit, die in der Wahlenstraß, die Schererstraß, die unterm Gewelbe, die in der Grüb, die super Danubium, de Porta, juxta portam, in foro, de suburbio, in ampla strata u. s. w., weil sie an der Brunnleiten, in der Walen Straß (inter Latinos), in der Scherer Straß (inter Tonsores), am Markt, am Thor, in der Vorstadt u. s. w. gewohnt haben²⁰⁾; in Zürich die in der Gassen (de platea)²¹⁾; in Basel die ze Rhin (de Rheno), die vor Gassen, die im Thurn (de Turri), die am Ort (in Fine), und die am Kornmarkt (de foro frumenti)²²⁾.

Sehr viele aus anderen Städten oder Dörfern eingewanderte Geschlechter nannten sich jedoch nach ihrer alten Heimath oder nannten wenigstens den Fronhof in der Stadt nach ihrer Heimath. Daher findet man unter den alten Geschlechtern hier in München die Sentlinger, Freimanner, Kaufringer, Schongauer, Peissenberger, Giesinger, Mamminger, Ehinger u. a. m.²³⁾. Eben so in Mainz die Algesheimer, Oppenheimer, Berner, Gelnhauser, Geisenheimer, Ingelheimer, Limpurger, Lorch, Mühlhauser, Oberheimer u. a. m. Und in Mainz führten die alten Geschlechterhöfe entweder diesen Namen zum Algesheimer u. s. w. oder auch bloß den Namen des Heimathsortes, z. B. Bickenbach, Bocksberg, Drachensfelz, Frankenstein, Fridberg, Geisenheim, Hammerstein, Hanau, Heidelberg, Heiligenstein, Helfenstein, Hennenberg, Hirschhorn, Isenburg, Königstein, Kirchberg, Limburg, Minzenberg, Rieneck u. s. w. Jeder alte Geschlechterhof pflegte nämlich einen Namen zu führen, theils den Namen der Heimath des Ansiedelers, theils den Namen von einem

18) Urk. von 1259 u. 1260 bei Securis, p. 82, 83, 84 u. 86.

19) Glaser, in Materialien zur Statistik des Niederrh. I, S. 10 p. 520.

20) Urk. von 1183 bei Ried, I, 263. Plato, l. c. p. 19.

21) Urk. von 1221 bei Neugart, II, 146.

22) Ochs, I, 476.

23) Von Krenner in histor. Abhandl. der Akad. 1813 p. 16 u. 17.

Bilde an dem Hause, oder von seiner Lage in der Stadt oder von irgend einem anderen Umstande. Und die Geschlechter führten so-
dann öfters den Namen ihres Hofes oder theilten diesem auch wohl
ihren Geschlechternamen mit. So war es in allen alten Städten.
Am klarsten kann es aber von Mainz nachgewiesen werden, indem
Guden die Namen der alten Höfe zusammengestellt hat. Da fin-
det man denn einen Hof zum Affen, zum alten Schild, zum Schild-
knecht, zum Schwert, zum Nigel, zum Fuch in die Höll, zu der
Höllen, Himmel, Himmel Pfort, zum Jungen, zum großen Jungen,
zum Esel, Eselgesang, Eselweck, faulen Apfel, Federwisch, Flegel,
Frosch, Gulden Frosch, jungen Frosch, zur gulden Luft, gulden
Schaf, zum guldenen Krebs, zum guldenen Anfer, zur großen Eich,
Bierbaum, Mandelbaum, Maulbaum, zum großen und zum kleinen
Mehlbaum, Mühlbaum, Nußbaum, Rosenbaum, Rosengarten, Ro-
senthal, Roseneck, Mitternacht, Lintwurm, zur Hennen, Geyer Fal-
ten, zum Berwolff, Walpoden, Gensfleisch, Gudenberg, zum Stein,
Greiffenstein, Grevenstein, Falkenstein, Falkencron, Cronenberg, zur
Cron, Eckstein, Gaukelstein, Salmenstein, Silberberg, Spiegel, Spie-
gelberg, Spitzenwürfel, Schlüssel, gemalt Haus, zum Nebstod, Weinberg,
Weinreben, Weidenhof, Botschuh, bunten Löwen, bunten
Mantel, Landed, Eiseneck, Windeck, zur Lang Rajen u. a. m.
Und viele Häuser in Mainz tragen heute noch ihren alten Namen
Landed, Nebstod, goldenes Schaaf, Silberberg, zum Frosch, Wei-
denhof u. a. m.²⁴⁾.

§. 178.

Die größte Anziehungskraft für Fremde übte jedoch der in
den Städten entstandene freie Verkehr. Dieser zog frühe schon
fremde Kaufleute, Künstler und Handwerker und insbesondere auch
die Juden an. Ihren zahlreichen Ansiedelungen verdankten daher
die meisten alten Städte die rasche Zunahme ihrer Bevölkerung
(S. 107, 108 u. 141).

Die Ansiedelungsweise war dieselbe, wie wir sie schon
im Alterthum und heute noch im Orient finden. Die verschie-
denen Nationalitäten blieben beisammen und siedelten sich in be-
sonderen Straßen oder Stadttheilen an. Eben so diejenigen, welche

24) Guden, II, 508—562. vergl. Joannis, rer. Mos. III, 458—457.

dasselbe Geschäft oder dasselbe Gewerbe betrieben. Im Alterthum wohnten schon in Samarien die Damascener in einer Straße beisammen und in Damascus die Juden¹⁾. Emporiä bestand aus zwei durch eine Mauer getrennten Städten, in welchen Griechen und Hispanier in verschiedenen Städten beisammenwohnten²⁾. Auch Carthago bestand aus zwei Städten, aus der alten punischen und der später hinzugekommenen römischen Stadt³⁾. Rom selbst bestand ursprünglich aus drei verschiedenen Städten, aus einer latinischen, sabinischen und albanischen Stadt, durch deren Vereinigung erst Rom selbst mit seinen Tribus entstanden ist⁴⁾. In Alexandrien wohnten Egyptier, Griechen, Römer und Juden neben einander und bildeten vier verschiedene Gemeinden⁵⁾. Syrakus bestand sogar aus fünf verschiedenen durch Mauern von einander geschiedenen Städten, welche jedoch wieder durch eine gemeinschaftliche Ringmauer zu einem ganzen vereinigt waren. Diese fünf Städte waren Otygia, Achradina, Tycha, Neapolis und Epipolä. Cicero nennt nur vier Städte, indem er den höchsten Theil der Stadt, Epipolä nicht mitgezählt hat⁶⁾. Und Ptolemais war nach einem alten im Vatican befindlichen Codex aus dem 13. Jahrhundert noch bei der Belagerung vom Jahre 1191 nach den einzelnen Orden und Nationen in mehrere Quartire getheilt⁷⁾. Eben so wohnen heute noch in Konstantinopel, Smyrna, Thessaloniki u. a. m. die Türken, Griechen, Fran-

1) I. Rönig. 20, 34.

2) Livius, 34 c. 9.

3) Niebuhr, alte Länder- und Völkerkunde, p. 661 u. 662.

4) Vergl. unter vielen Anderen Niebuhr an verschiedenen Orten und Schwegler, Römische Geschichte I, 609 u. 610.

5) Plinius epist. X, 4, 5, 22 u. 23. Strabo, XVII, c. 1. Joseph. contra Apion. II, 3—5. Ders. antiquit. Jud. XIV, 7, 2 u. XIV, 10 und bell. Jud. XVIII, 7. vergl. Rudorff im Rhein. Museum von Niebuhr und Brandis, II, 81—84.

6) Thucyd., VI, 3 u. 75 Plutarch, Marcellus, c. 18 u. 19. Strabo, VI, 2. Livius, 24, c. 21 und 25, c. 24. Cicero, Verr. IV, 53. Eine sehr schöne Beschreibung der großartigen Ruinen jener fünf Städte findet sich bei Gregorovius, Siciliana. Wanderungen in Neapel und Sicilien. Leipzig 1861, p. 234—270.

7) Münchner gel. Anzeigen vom 27. April 1844, Nr. 85 p. 685.

ken und Juden in eigenen mit eigenen Stadtmauern versehenen Stadtvierteln beisammen. In Brussa bewohnen die Türken, Griechen, Armenier und Juden eigene Quartiere. Auch in Kairo besteht ein eigenes Quartier für die Kopten und ein anderes für die Juden. Endlich haben sich auch in China die Tataren, d. h. die Eroberer des Landes, niemals mit den Chinesen vermischt. Sie bewohnen vielmehr heute noch in den verschiedenen Städten, z. B. in Peking u. a. m., durch Mauern getrennte Stadttheile, so daß demnach eine eigene Tatarenstadt oder Mandschustadt neben der Chinesenstadt besteht ⁸⁾. Auch wohnen in der Stadt Schanghai die Chinesen und die Europäer getrennt von einander in zwei verschiedenen Stadttheilen in der Chinesenstadt und in der europäischen Stadt ⁹⁾.

Wie die verschiedenen Nationalitäten, so hielten aber auch die Gewerbsleute und Handwerker zusammen und siedelten sich in denselben Straßen oder Stadttheilen an. Schon bei den Israeliten bewohnten die Zimmerleute, Töpfer, Goldschmiede, Krämer, Weber, Weingärtner u. a. m. in Jerusalem eigene Stadtviertel ¹⁰⁾. Eben so in den phönizischen Städten die Purpurfischer, Purpurfärber, Glasfabrikanten, Goldschmiede u. a. m. ¹¹⁾. Sehr wahrscheinlich haben auch in den griechischen und römischen Städten die verschiedenen Handwerker zumstheile in derselben Straße beisammen gewohnt. Und heute noch wohnen in Konstantinopel, in Kairo, in Fez und in anderen Städten im Orient und in den Barbaresten Staaten, wie in Alicante in Spanien und in einigen Städten Italiens die Handwerker zumstheile in einer Straße beisammen ¹²⁾.

8) Ausland, 29. u. 30. Mai und 12. November 1843, Nr. 149, 150 u. 316, p. 596, 600 u. 1261. — Beilage zur allg. Zeitung, 7. Juni 1843, Nr. 158, p. 1223 und 6. Mai 1858 Nr. 126, p. 2019.

9) Wichura, aus vier Welttheilen, p. 173 – 174.

10) I. Chron. 4, 14. 21. 28. Nehem. 3, 8. 14. 31. 32.

11) Movers, das phönizische Alterthum, I, 522.

12) Ausland, 31. December 1843, Nr. 365, p. 1457. und 4. Mai 1847, Nr. 106, p. 424. Allgemeine Zeitung, 14. August und 12. November 1852, Nr. 227 u. 317 p. 3628 u. 5063.

§. 179.

Ganz in derselben Weise nun wie im Alterthum und wie heute noch im Orient siedelten sich auch in den Deutschen Städten und in den Niederlassungen der Deutschen in Norwegen u. a. m. die verschiedenen Nationalitäten und dieselben Gewerbsleute und Handwerker in einer und derselben Straße oder in demselben Stadttheile an. So siedelten sich unter König Wratislaw in einer Vorstadt von Prag viele deutsche Handelsleute¹³⁾ und andere Deutsche an. Die wohnten in einer Straße beisammen (im vicus Theutonicorum), bildeten eine eigene Gemeinde, durften ihren Pfarrer selbst wählen und nach deutschem Recht leben (secundum legem et justitiam Theutonicorum) und hatten daher auch ihren eigenen Richter (richterius). Durch Handel und Gewerbe gelangte diese deutsche Gemeinde in Altprag sehr bald zu Reichthum und Ansehen, überschritt sodann die deutsche Straße und führte seit dem 15. Jahrhundert zu dem deutschen Municipalwesen¹⁴⁾. Eben so ließen sich in Wien im 13. Jahrhundert viele Färber und andere Gewerbsleute aus Flandern, Flandenses oder Fläminger genannt, nieder, unter welchen jedoch Hormayr ohne allen Grund alle fremden Handelsleute und Handwerker im Gegensatz der Altbürger versteht. Sie bildeten daselbst eine eigene Genossenschaft (consortium oder Gesellschaft) und erhielten das Bürgerrecht mit anderen großen Freiheiten¹⁵⁾. Wie in Wien, so siedelten sich auch in Jglau bereits seit dem 13. Jahrhundert viele Tuchmacher und Färber aus Flandern („Flandrer, Flandrenses oder Flämminger“) an. Sie erhielten im Jahre 1208 nebst anderen großen Freiheiten auch das Recht, nur von ihren Landsleuten vor dem Münzmeister, der selbst ein Flandrer war, gerichtet zu

13) Cosmae chron. bei Pertz, XI, 98. — in suburbio Pragensi et vico Wissegradensi. — ibi ex omni gente negociatores ditissimi, ibi monetarii opulentissimi, ibi forum. —

14) Das Recht der Deutschen in Prag von 1065 bei Rößler, das Altprager Stadtrecht, p. 187 ff. Einleitung p. XIII—XVIII.

15) Urk. von 1208 bei von Hormayr, Wien, I, 2. S. 3 p. 194 bis 196. vergl. noch p. 91, 102 u. 197 und Rauch, scriptor. rer. Aust. III, 117.

werden¹⁶⁾. Eben so ließen sich frühe schon in Braunschweig Tuchmacher aus Friesland nieder. Und die von ihnen bewohnte Straße heißt heute noch die Friesenstraße¹⁷⁾. Auch in Brünn und Olmütz und wahrscheinlich auch in Troppau, Znaïm und in anderen Mährischen Städten ansiedelten sich fremde Kaufleute und andere Gewerbsleute in einem eigenen Stadtviertel, im sogenannten Fremdenviertel (*vicus hospitum*). Und je nachdem die Ansiedler Deutsche, Wälsche oder Rheinländer waren, erhielt die von ihnen bewohnte Straße den Namen *vicus Teutonicorum*, *vicus Gallicus*, *latinus*, *romanus* oder *rhennensis*. Auch in ihnen bildeten die deutschen Ansiedler eigene Gemeinden, anfangs, wie in Prag, neben der slavischen Bevölkerung, bis auch hier das deutsche Element und das deutsche Gemeindewesen über das einheimische siegte¹⁸⁾. Zumal aus Flandern scheinen viele Ansiedler nach Deutschland gekommen, und der ganze Tuchhandel in ihren Händen gewesen zu sein. Daher findet sich für Sachsen in den Distinctionen ein eigenes Kapitel über das Handwerk der Fleming¹⁹⁾. In Lübeck wohnten die Engländer, welche sich daselbst niedergelassen hatten, in der sogenannten Engelsgrube beisammen²⁰⁾. In Lüneburg wurde der Stadttheil, in welchem die Wenden beisammenwohnten, das wendische Dorf (*wendisch Dorp*) genannt²¹⁾. In der Stadt Lemgo wohnten die Slaven in einer eigenen Straße, in der sogenannten Slavenstraße beisammen, in Paderborn die Ueler-Walen in einer Art Vorstadt, in der sogenannten Uelern²²⁾, in Regensburg die Walen oder Wälschen in der Walen- oder Wälschstraße und die Romanen oder Lombarden im Römling (S. 107). In den Städten Barth und Stettin waren den Wenden und Slaven eigene Stadttheile, sogenannte Wyken zum Wohnen angewiesen²³⁾. Und in Mainz wohnten die Friesen schon im Jahre

16) Werner, Gesch. der Zglauer Tuchmacherzunft, p. 4.

17) Hänßelmann in Chronik der niedersächsl. Städte, I. p. XIX.

18) Köppler, die Stadtrechte von Brünn, p. IV—XIII und XXIV—XXXI.

19) Distinct, V, 8 bei Ortloff, p. 291.

20) Pauli, Lüb. Zustände im 14. Jahrh. p. 87.

21) Havemann, Gesch. von Braunschweig Lüneburg, I, 610 Not.

22) Harthausen, Ursprung der Verfass. in den ehemals slav. Ländern Deutschlands, p. 78 u. 79.

23) Dreyer, Abhbl. III, 1820.

886 im besten Theile der Stadt beisammen (§. 107). Vielleicht haben sich auch in Wien in der Wällischen Gasse, in der Marroßlanergasse, in der Ungergasse, in der Passauergasse, in dem Schwäbgaßlein und in dem Parisergäßel, welche zum Theil schon im 13. und 14. Jahrhundert vorkommen²⁴⁾, ursprünglich fremde Gewerbsleute angesiedelt und diesen Straßen ihren Namen gegeben. In Bergen in Norwegen nennt man aber heute noch die nördliche Hälfte der Stadt das deutsche Viertel. Und es gibt daselbst nur wenige Bürger von Erziehung, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind²⁵⁾.

§. 180.

Eine ganz besondere Anziehungskraft hatten jedoch die durch ihren Handel emporkommenden Städte für die Juden. Der Handel war im Mittelalter größtentheils noch Kleinhandel und dieser mit dem eigentlichen Schacher in ihren Händen. Daher wurden sie schon seit den Zeiten der Karolinger mit zu den Kaufleuten gerechnet, z. B. in Magdeburg, Wien u. a. m. insbesondere auch in Baiern²⁶⁾. Wie andere Kaufleute, so strömten daher auch sie nach den Städten, z. B. nach Köln noch im 12. Jahrhundert²⁷⁾. Dazu kam nun noch das mit dem Handel und Gewerbswesen entstandene Bedürfniß des leichteren Geldverkehrs, welchem Bedürfnisse die Juden, da ihnen die kanonischen Zinsverbote nicht entgegenstanden, besser als die Christen entsprachen. Daher wurden in vielen alten Städten die Ansiedelungen der Juden sogar begünstigt. Man ertheilte ihnen Privilegien und überließ ihnen ungehindert den Geldhandel und die damit verbundenen Wechselgeschäfte²⁸⁾. Erst die späteren Verfolgungen der Juden in den Städten veranlaßten die Judenansiedelungen auf dem Lande. Allein auch dann ließen sie sich meistentheils wieder in der Nähe der Stadt, aus welcher sie vertrieben worden waren, nieder, z. B. zu Kriegshaber bei Augsburg, zu Fürth bei Nürnberg, u. a. m.

24) Grundbücher von Wien aus 13. u. 14. sec. bei von Hormayr, Wien, I, 5, Urkb. p. 102 – 104.

25) Bayard Taylor, Nordische Reise. Leipzig 1858 p. 298.

26) von Hormayr, Wien, I, 2. F. 3, p. 155. Vergl. S. 86.

27) Ennen, Gesch. I, 469.

28) Vergl. Zimmermann, märkisch. Städteverf. I, 327 ff. und oben S. 78.

Auch die Juden siedelten sich nun bei ihren Niederlassungen in den alten Städten in eigenen Straßen oder in eigenen Dörfern oder Städten in den alten Städten an. Dies war auch in jenen Städten der Fall, in welchen sie später wieder vertrieben worden sind. Daher findet man eigene Judengassen in Speier, Worms, Köln, Bonn, Frankfurt²⁹⁾, Heidelberg, Ulm, Augsburg, Schweidnitz u. a. m., namentlich in früheren Zeiten auch in Mainz³⁰⁾, in Weßlar³¹⁾, in Eisenach³²⁾ und hier in München eine eigene Judengasse, welche später nach der Vertreibung der Juden den Namen Krustgasse erhalten hat³³⁾. Ein eigenes Judendorf oder eine villa judaeorum findet man in Magdeburg in der Vorstadt bei der Sudenburg³⁴⁾. Eben so in Salzwehel ein Jodendorp oder vicus judeocus³⁵⁾ und in Halle ein Judendorf in der Nähe der Moritzburg gegen den Neumarkt hin³⁶⁾. Und eine eigene Judenstadt in Regensburg am Ende der Altstadt³⁷⁾, in Prag und in Wien im unteren Werb. Nachdem die Juden im Jahre 1670 aus Wien vertrieben worden waren, erhielt die Judenstadt den Namen Leopoldstadt³⁸⁾. In manchen Städten haben jedoch in früheren Zeiten in den Judengassen öfters auch Christen, und in den übrigen Straßen auch Juden gewohnt, z. B. in Frankfurt a. m. Denn erst seit 1462 wurden daselbst die Juden gezwungen in der Judengasse zu wohnen³⁹⁾.

29) In Frankfurt hat es sogar zwei Judengassen gegeben. Kriegel, Bürgerzwiste, p. 442—444.

30) Guden, II, 519 u. 521.

31) Urk. von 1291 bei Guden, V, 94.

32) Chron. Thuring. bei Schöttgen et Kreysig, I, 89 u. 90.

33) Urk. von 1442 bei Oefele, II, 231.

34) Chron. Magdeb. ad an 1301 bei Meibom, II, 334 u. 341. Rathmann, I, 78 f., II, 290.

35) Urk. von 1336 u. 1349 bei Gerden, vet. march. I, 325.

36) Dreyhaupt im Auszug von Stiebritz, II, 442 und Dreyhaupt, II, 494 u. 495.

37) Gemeiner, Chron. I, 317. Urk. von 1156 bei Ried, I, 227. — ad judeos.

38) von Hormayr, Wien, I, 2. §. 6, p. 156 u. I, 4, §. 3. p. 89, 97 u. 148.

39) Kriegel, p. 441, 442, 445—447.

§. 181.

Mehr noch als die Nationalitäten hielten sich diejenigen zusammen, welche dasselbe Geschäft oder dasselbe Gewerbe trieben. Daher findet man in allen alten Städten die Handelsleute und die Genossen desselben Gewerbes in eigenen Straßen oder Stadttheilen vereinigt. Wie in Rußland und in Schlesien öfters die Schuster, Schneider, Hutmacher, Töpfer, Maurer, Zimmerleute und anderen Gewerbsleute in einem Dorfe beisammen wohnten und von hier aus ihr Gewerbe betreiben⁴⁰⁾, so auch in den alten deutschen Städten. In Regensburg wohnten die Sporer oder Schlosser in einer eigenen Straße. Eben so die Lederer, Wollwirker, Weißgerber, die Sademer oder Zimmerleute, die Schreiner, Sattler, Schuster u. a. m. Auch die Hubermaner oder Corduaner, wiewohl sie zu den Schustern gehörten, bewohnten wieder eine eigene Straße⁴¹⁾. Eben insbesondere auch die Fischer^{41a)}. Die Hafner bewohnten ein eigenes Dorf (*vicus figulorum*) in der Vorstadt⁴²⁾. Und die Krämer, dann die Wälschen und Romanen und die anderen Kaufleute wohnten in eigenen Straßen in der Neustadt beisammen und bildeten daselbst eine eigene Stadt, welche den Namen Kaufmannsstadt (*pagus mercatorum*) geführt hat (§. 107). Auch in Straßburg wohnten frühe schon die Leute desselben Gewerbes in einer Straße beisammen, z. B. die Kaufleute vor Sanct Martin⁴³⁾ und die Dreher und Scherer vor dem Münster⁴⁴⁾. In Wien wohnten die Kaufleute auf dem alten Markt⁴⁵⁾, und die Spengler, Wildwerker, Satt-

40) von Harthausen, Studien über Rußland, I, 62, 179, 201, 327. Meissen Urkunden schlesischer Dörfer, p. 100 u. 106.

41) Gemeiner, Chron. I, 350. Codex trad. in Mon. B. XIII, 64.

41a) Urk. von 1156 bei Lang, regesta, I, 220. — *extradit aream intra piscatores sitam.*

42) Urk. von 1187 in Mon. B. XIII, 188. Gemeiner, I, 273.

43) Urk. von 1240 bei Wencker, collect. archiv. p. 644. *aream unam ante ecclesiam Sancti Martini inter staciatores sitam.* — Königshoven p. 275. „Die Greme (Krämer) vor sant Martin.“

44) Glosener, p. 76. „Die Drescheler und die scherer vor dem münster.“

45) Continuat. Vindobonens. ad an. 1276 bei Pertz, XI, 707. — *altum forum ex ea parte qua institores resident, Chienmarkt.* —

ler, Hafner und andere Handwerker in derselben Straße beisammen⁴⁶⁾. Eben so wohnten in München die Watmanger oder die Tuchmacher auf dem Markte beisammen⁴⁷⁾, sehr wahrscheinlich auf dem Kornmarke oder an der Schranne, indem die daselbst unter den Arkaden befindlichen Kramladen in bereits sehr frühe Zeiten hinaufreichen. Jedenfalls kann unter jenem Markte nicht der Rindermarkt verstanden werden, wie dieses Lipowsky will, der jedoch zu dem Ende aus den Watmangern Waltmanger macht und sodann die Worte *angaria* und *agarnago* herbeizieht, um mit ihrer Hülfe zuletzt — wer sollte es glauben — zum Rindermarkt zu gelangen⁴⁸⁾. In Wezlar wohnten frühe schon die Krämer beisammen in der Krämergasse („Kremergassen“)⁴⁹⁾ und die Schuster in der Schuster-gasse (*vicus sutorum*), wo sie auch ihre Schuhe feil hielten (*in vico, ubi venduntur calcei*)⁵⁰⁾. In Basel wohnten bereits seit dem 13. Jahrhundert die aus der Lombardei eingewanderten Kaufleute, die sogenannten Lombarden oder Lamparter, in einer Straße, in der Lampartergasse beisammen⁵¹⁾. In Frankfurt a. M. wohnten die Fischer und Metzger in eigenen Straßen und die Gärtner in der Neustadt beisammen. Die übrigen Zünfte wohnten wohl größentheils in besonderen Straßen. Doch wohnten auch einzelne Gewerbsleute in anderen Straßen⁵²⁾. Auch in Ulm wohnten die

46) Grundbücher von Wien aus 13. u. 14. sec. bei von Hormayr, I. c. p. 102—105. Urk. von 1377 bei von Hormayr, Taschenbuch von 1844, p. 420. — „gelegen vnter den Hafnern ze wienne.“ — Urk. von 1391, eod. p. 423. — „vnder den Segnern an dem obern gries vnder den „Bythern vnd vnder den lehreren vor den werbertor ze Wienn.“

47) Urk. von 1253 in Mon. B. III, 150. *unum cubile, in quo merces vendi solent, — situm infra forum volgo inter watmangarios.* Vergl. Schmeller, II, 599.

48) Lipowsky, Urgesch. I, 189, II, 82.

49) Urk. von 1388 bei Guden, V, 257.

50) Urk. von 1324 u. 1352 bei Guden, V, 161 u. 220.

51) Basel im 14. Jahrhundert, p. 36.

52) So möchte ich fassen was Kriegl, p. 394—395, wie es mir scheint, etwas zu allgemein gesagt hat. Auch die Bäcker wohnten natürlich in verschiedenen Straßen. Gesetze der Bäcker von 1377 §. 33 bei Böhmer, p. 752.

Genossen desselben Gewerbes in einer Straße beisammen⁵³). Eben so in Hörter⁵⁴), in Eisenach⁵⁵), in Köln⁵⁶), in Speier, Worms, Hamburg, Nürnberg, Augsburg u. a. m. In Worms wird auch eines vicus de lano, etwa Wollenwebergasse⁵⁷) und einer Brodgasse („brotgazzun“) Erwähnung gethan⁵⁸). In der Letzteren haben wahrscheinlich die Bäcker ihr Brod feilgehalten, vielleicht auch daselbst gewohnt. Eben so in Speier, wo man indessen außer der Simmeltorgasse, Mehlgasse und Pfistoreigasse auch noch einen Semmelmarkt und einen Brodmarkt findet⁵⁹). Auch in Trier wohnte schon im 13. Jahrhundert die sehr bedeutende Zunft der Wollenweber in der Weberbachstraße beisammen (S. 189). Und auch in den kleineren und ganz kleinen Städten pflegten die Leute desselben Gewerbes in einer Straße beisammen zu wohnen, z. B. in Winzenberg die Weber⁶⁰).

§. 182.

Die Genossen desselben Gewerbes, welche in einer Straße beisammenwohnten, bildeten, wie wir sehen werden, eine eigene Genossenschaft mit einer eigenen Verfassung. Die von ihnen bewohnte Straße bildete daher ein eigenes selbständiges öfters mit Mauern und Thoren geschlossenes Ganze, wie man dieses heute noch hie und da im Orient sieht. In Peking, erzählt ein Ruße, der sich 10 Jahre lang daselbst aufgehalten, hatte vormalß jede Seitenstraße bei der Kreuzung mit anderen Straßen ein Thor, von denen viele jetzt noch erhalten sind. Diese Thore wurden früher von den Wächtern, welche daneben in kleinen Wächthäuschen wohnten, in der Nacht geschlossen. Und nur mit besonderer Erlaubniß konnte man in der Nacht das Thor passiren. Später habe

53) Jäger, Ulm, p. 190. Not. u. 598.

54) Wigand, Norv. Gesch. I, 328.

55) Chron. Thuring. bei Schoettgen et Kreysig, I, 90.

56) Ennen, Gesch. von Köln, I, 669.

57) Chron. Worm. ad an. 1221 bei Ludewig, II, 111.

58) Urf. von 1084 bei Schannat, II, 60.

59) Zeuß, p. 20, 23, 24 u. 29.

60) Urf. von 1284 bei Baur, Urkb. von Arnßburg, p. 133. — in vico textorum —

zwar diese Strenge aufgehört. Allein zuweilen werden heute noch die bei Nacht Hindurchgehenden von den Wächtern angerufen¹⁾. Und in Kairo sind heute noch die verschiedenen Quartiere und sogar viele einzelne Straßen mit schweren Thoren und diese mit einem ungeheuren hölzernen Schlosse versehen, welches jeden Abend geschlossen und dadurch das Quartier und die einzelne Straße abgesperrt wird²⁾. Dasselbe war nun in früheren Zeiten auch in den deutschen Städten der Fall. Und wegen dieser Dorf- und städteartigen Einrichtung wurden die von einer solchen Genossenschaft bewohnten Straßen und Stadttheile selbst öfters Dörfer oder Städte (*vici* oder *pagi*) genannt.

In Münster war der Domhof mit allen den dazu gehörigen Gebäuden mit einer Mauer umgeben und der ummauerte Domhof bildete die innere Stadt (§. 16). In Regensburg waren die verschiedenen Städte in der Stadt, (die Königstadt, die Pfaffenstadt und die von den Kaufleuten bewohnte Neustadt) durch Mauern von einander getrennt³⁾. In Verbün war wenigstens die Kaufmannsstadt, wie jede andere Stadt, mit einer Mauer umgeben⁴⁾. Auch die Pfaffenstadt in Köln scheint mit einer Mauer umgeben und mit einem Thore versehen gewesen zu sein. Denn es wird öfters der Pfaffenpforte (*porta clericorum*) erwähnt und bemerkt, daß dieselbe sich in der alten Stadtmauer befunden habe⁵⁾. Eben dieses scheint in Paderborn der Fall gewesen zu sein. Denn noch im 13. Jahrhundert sollte daselbst der geistliche Immunitätsbezirk mit Ketten geschlossen werden (§. 120). Aber auch die einzelnen Straßen sind in manchen Städten abgeschlossen und mit einem Thore versehen gewesen. So findet man z. B. in Lemgo ein Slaventhor, mit welchem daselbst offenbar die Slavenstraße

1) Ausland, 22. Februar 1842, Nr. 53 p. 210.

2) Ausland 12. November 1843, Nr. 316, p. 1261 und 4. Mai 1847, Nr. 106, p. 423.

3) Gemeiner, Ursprung von Regensburg, p. 82—85. Vergl. oben §. 107.

4) Richer, hist. III, 108 bei Pertz, V, 629. — *negotiatorum claustrum, muro instar oppidi exstructum*.

5) Urk. von 1231 in Materialien zur Statistik des niederrhein. Kreises, I, St. 12, p. 515. — *versus Passenporzen sitam in antiquo muro*. — Vergl. noch p. 516.

geschlossen war⁶⁾, in Worms ein Brodthor (*porta panis*) wahrscheinlich am Ende der Brodstraße⁷⁾, in Frankfurt in mehreren Straßen ein Porthaus, mit welcher Pforte die Straße geschlossen war⁸⁾. Zumal die Judengassen und die in den Städten befindlichen Judendörfer und Judenstädte waren fast allenthalben mit Thoren versehen und öfters auch noch mit einer eigenen Mauer umgeben. In Köln z. B. wohnten die Juden in einer eigenen Judenstadt beisammen, welche mit einer Judenpforte (*porta judeorum*) und mit einem Wichhause (*propugnaculum judaeorum* oder *Wichhuse judeorum*) versehen war⁹⁾. Auch in Regensburg hatte die Judenstadt ihre eigenen Thore bis zur Vertreibung der Juden im Jahre 1519¹⁰⁾. Eben so war die Judengasse in Worms mit einem Thore (*porta judaeorum*) geschlossen¹¹⁾. In Speier wurde das Juden Viertel mit einer Mauer umgeben¹²⁾ und öfters das Judendorf (*vicus judeorum*) genannt¹³⁾. Auch die Judenstadt in Wien ist wahrscheinlich mit Mauern und Thoren umgeben gewesen. Wenigstens wird eines Judenthums (*turris judeorum*) Erwähnung gethan¹⁴⁾. Eben so war die Judengasse in Frankfurt a. M. mit einem Thore versehen und seit dem Jahre 1462 bis auf unsere Tage¹⁵⁾ wurde sie jeden Abend mit einer Kette geschlossen. In Berlin wurden die Judenhöfe noch im 16. Jahrhundert jeden Abend verschlossen und von den Stadt-

6) Harthausen, l. c. p. 78.

7) Urk. von 1084 bei Schannat, II, 60.

8) Vattonn, örtl. Besch. p. 304 u. 310.

9) Urk. von 1231 u. 1246 in Materialien zur Statistik l. c. I, §. 12, p. 495, 501 u. 516.

10) Gemeiner, Chron. I, 317 u. IV, 356 ff. Vers. Urspr. von Regensb. p. 60.

11) Urk. von 1084 bei Schannat, II, 60.

12) Urk. von 1084 bei Zeuß, p. 8. und bei Remling, p. 57 — 58. *si et judcos colligerem. Collectos igitur locavi extra communionem et habitationem ceterorum civium. Et ne a peioris turbe insolencia facile turbarentur muro eos circumdedi.*

13) Urk. von 1356 u. 1363 bei Mone, IX, 269.

14) Liber reddituum von 1398 bei Formayr, Wien, I, 1 Urkb. p. 56, I, 2, §. 3, p. 156.

15) Kriegl, p. 441.

knechten bewacht¹⁶⁾. Auch in Straßburg wurden die Juden zuweilen in der Judengasse eingesperrt und bewacht¹⁷⁾. Endlich ist heute noch der Schloßberg in Preßburg der Ghetto dieser Stadt, in welchem die Juden beisammen wohnen. Und jeden Abend um 10 Uhr werden die zum Schloßberge führenden Thore geschlossen¹⁸⁾.

§. 183.

Allein nicht bloß die Fremden und die Künstler und Handwerker, auch die gelehrten Genossenschaften wohnten ursprünglich in eigenen Stadttheilen beisammen. Die Universitäten waren nämlich, wie ich als bekannt voraussetzen darf, aus Lehrern und Schülern bestehende gelehrte Genossenschaften (*universitates magistrorum et scholarium*). Weniger bekannt ist es aber, daß auch diese Genossenschaften beisammen zu wohnen, eine eigene Universitätsstadt in der Stadt zu bilden und wie andere Städte mit eigenen Mauern und Thoren umgeben zu werden pflegten. So war es in Paris. Altparis bestand, wie wir gesehen, aus zwei verschiedenen Städten, aus der Altstadt (*cité*) und aus der Neustadt (*ville*) (§. 26). Dazu kam nun noch als dritte Stadt die Universitätsstadt (*université*)¹⁾. Die ersten Anlagen dieser Stadt begannen schon im 12. Jahrhundert. Sie gingen von den vier Nationen aus, indem ihre Schulen oder Hörsäle in der Nähe der Kirche des heiligen Julian angelegt worden sind. In derselben Gegend siedelte sich später auch die medicinische Fakultät an. Den Hauptanstoß zur Bildung einer eigenen Universitätsstadt vor den Thoren der damaligen Stadt gab aber erst die Anlage des Collegiums von Navarra und einiger anderen Collegien auf dem Berge der heiligen Genoveva seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts²⁾. Auch die Universitätsstadt war übrigens mit Mauern und Gräben

16) Gibelin, Gesch. von Berlin, III, 54.

17) Königshoven, p. 294. „do verbarrete men die juden in der judengassen und satte gewesente lüte do zu hute.“ —

18) Ausland, 16. März 1846, Nr. 136, p. 543 u. 544.

1) Du Chesne, les antiquitez des villes, ch. 5, p. 67. — L'université est la troisieme ville, et qui se peut nommer la cité des lettres. —

2) Pasquier, les Recherches de la France liv. 9, ch. 6 p. 898. Vergl. noch liv. 9, ch. 2. p. 888.

umgeben. Die ersten Mauern soll schon Philipp August im Jahre 1190 angelegt haben³⁾. Und um diese drei Städte herum haben sich sodann die heutigen Vorstädte von Paris gebildet. Da nun die deutschen Universitäten nach dem Vorbilde jener von Paris gebildet worden sind, so ist es schon darum wahrscheinlich, daß auch die ersten Universitäten in Deutschland auf diese Weise angesiedelt worden sind. Gewiß ist dieses wenigstens von Prag⁴⁾ und von Wien. Nach der Stiftungsurkunde von 1365 sollte den Lehrern und Schülern fern von dem Geräusche der Welt ein eigener Stadttheil eingeräumt und dieser mit Mauern und Graben umgeben und mit eigenen Thoren versehen werden⁵⁾. Wahrscheinlich war dieses auch wie in Prag so auch in Heidelberg der Fall. In Heidelberg sollen noch im 15. Jahrhundert die Universitätswohnungen in der Nähe der Heiligen Geistkirche gewesen sein⁶⁾. Sichere Nachrichten sind mir jedoch nicht darüber bekannt. Bei den übrigen Universitäten findet sich jedoch keine Spur eines solchen Zusammenwohnens der Lehrer und Schüler in einem eigenen Stadttheil. Bei ihnen ist demnach von einer eigenen Universitätsstadt keine Rede.

§. 184.

Die h ö r i g e n Künstler und Handwerker wohnten insgemein in der Altstadt, entweder auf den Fronhöfen oder Burgen, zu welchen sie gehörten, oder in eigenen Straßen um diese herum. Daher findet man in vielen alten Städten die von den Gewerbsleuten bewohnten und benannten Straßen in der Altstadt, z. B. in G ö r l i c h die Bäcker-gasse, Weber-gasse und Gewandmachergasse¹⁾ und wie

3) Bulaeus, II, 481. Du Breul, le theatre des antiquites de Paris. liv. II, p. 249—254.

4) Meiners, Gesch. der hohen Schulen, I, 149.

5) Urk. von 1365 bei von Hormayr, Wien, I, 5, Urkbb. p. 49. — quod communium et vulgarium hominum habitatione semoti, in loco distincto firmis septis includendo aetus scolasticos exercere et peragere valeant, non prope dicti strepitu populari. — Hic locus pro ejusdem universitatis securitate et tutamine novis muris et portis muniatur et vallabitur in hunc modum.

6) Jarnde, die deutschen Universitäten im Mittelalter, I, 225.

1) Neumann, p. 12 u. 3.

wir gesehen in Hamburg (§. 16). Allein auch viele freie für den städtischen Verkehr ganz unentbehrliche Gewerbsleute siedelten sich frühe schon in der Altstadt an, wenn sich der nöthige Raum dazu vorfand. Daher findet man öfters auch die von den freien Handwerkern bewohnten und benannten Straßen in der Altstadt. So wohnten z. B. die Sattler und Schuster in Regensburg von je her in der Abkirchenstraße zwischen dem Markt und dem Rathhaus, also in der Altstadt²⁾. Eben so findet man in Speier die Webergasse, Becherergasse (*vicus picariatorum*), das Steinmessen-gäßel, die Weißgerbergasse, Lauerergasse (*vicus oerdonum*, etwa Roth- oder Rothgerbergasse) u. a. m. in der Altstadt³⁾. Dasselbe gilt in Wien von der Bäckerstraße, von der Goldschmied-, Kupferschmied-, Schlosser-, Spangler-, Nagler-, Sattler-, Seiler- und Färbergasse, dann von dem Kramer- und Wagnergäßel, welche daselbst sammt und sonders in der inneren Stadt liegen. Auch hier in München lagen schon die Schöfflergasse und das Sporer- oder Schlossergäßchen in der Altstadt, und auch die Batmanger hatten, wie wir gesehen, ihre Kramladen auf dem Kornmarke, also in der Altstadt (§. 181). Und was von den Gewerbsleuten gilt insbesondere auch von den Juden. Daher findet man in manchen alten Städten auch die Judengassen schon in der Altstadt, z. B. in Görlitz⁴⁾, in Heidelberg und in München wo die ehemalige Judengasse da gelegen hat, wo jetzt die Krustgasse liegt.

Meistentheils siedelten sich jedoch die freien Künstler und Handwerker in den Vorstädten an. So war es in Basel. Daher findet man daselbst die Schneiberggasse, Gerbergasse, Sattलगasse (*vicus sellarum*), Suterstraße (Schustergasse) und die Ruttelgasse in der Vorstadt. Eben so den Rindermarkt und den Heuberg, wo die Metzger ihre Wohnungen und Viehställe hatten⁵⁾. Eben so war es in Zürich. Daher lagen auch dort die meisten von den Handwerkern bewohnten Straßen in den Vorstädten, die Gerwegasse in der kleinen Stadt und die Schmidgasse und Wull-

2) Gemeiner Chron. I, 350. Not.

3) Zeuß, p. 17 u. 22—24.

4) Neumann, p. 12.

5) Ochs, I, 244. Basel im 14. Jahrhundert, p. 56 ff.

webergasse in der großen Stadt⁶⁾. In Regensburg wohnten die Hafner in der Vorstadt in einem eigenen Dorfe (vicus figurorum) beisammen⁷⁾. Und alle Kaufleute wohnten daselbst in der Neustadt, welche daher den Namen Kaufmannsstadt (pagus mercatorum) erhalten hat (§. 107). In Köln siedelten sich viele um die in den einzelnen Kirchspielen oder in den Vorstädten liegenden Märkte an⁸⁾. In Wien findet man in den Vorstädten sehr viele Gärtner-, Schmied-, Spengler-, Nagler-, Seiler-, Leberer-, Faßzieher-, Fleischhauer-, Hafner-, Ziegler-, Ziegelofen-, Rauchfanglehrer-, Lackirer-, Färber-, Windmühl- und Schleifmühlgassen. Auch in den schlesischen Städten wohnten die Handwerker öfters in der Neustadt, z. B. in der Neustadt Schweidnitz vorzugsweise nur Weber⁹⁾. Eben so lagen in München die Leberergasse, die Bindenmachergasse u. a. m. in der Vorstadt. Namentlich pflegten auch die Universitätsstädte in die Vorstädte verlegt zu werden. So war es in Paris. Die alte Universitätsstadt lag daselbst in einer Vorstadt, bis diese später durch eine gemeinschaftliche Ringmauer mit den beiden übrigen Städten verbunden und dadurch zur dritten Stadt in der Stadt gemacht worden ist¹⁰⁾. Eben so sollte auch in Wien die Universitätsstadt in einer Vorstadt angelegt werden¹¹⁾. Endlich lagen auch die Judengassen meistens in den Vorstädten. In Regensburg lag die Judenstadt ursprünglich ganz am Ende der Altstadt und erst seit dem 13. Jahrhundert, seitdem die Vorstadt durch Mauern mit zur Stadt gezogen worden war, in der Mitte der Stadt¹²⁾. In Speier befand sich die Judengasse in der Vorstadt Altspeier¹³⁾ und in Magdeburg, wie wir gesehen, in einer Vorstadt bei der Sudenburg, in Wien aber da, wo jetzt die Leopoldsvorstadt liegt (§. 180). In

6) Bögelin, das alte Zürich. p. 27, 145 u. 386.

7) Gemeiner, Chron. I, 273.

8) Urk. von 1180 bei Lacomblet, Urkb. I, 334.

9) Urk. von 1336 bei L. u. Stenzel, p. 541.

10) Du Breul, p. 252—254.

11) Urk. von 1365 bei Hormayr, Wien, I, 5, Urkb. p. 49 u. 50. Vergl. I, 8. §. 8. p. 15 u. 16.

12) Gemeiner, Chron. I, 317.

13) Zeuß, p. 8 u. 29.

Auch die Juden siedelten sich nun bei ihren Niederlassungen in den alten Städten in eigenen Straßen oder in eigenen Dörfern oder Städten in den alten Städten an. Dies war auch in jenen Städten der Fall, in welchen sie später wieder vertrieben worden sind. Daher findet man eigene Judengassen in Speier, Worms, Köln, Bonn, Frankfurt²⁹⁾, Heidelberg, Ulm, Augsburg, Schweidnitz u. a. m., namentlich in früheren Zeiten auch in Mainz³⁰⁾, in Weßlar³¹⁾, in Eisenach³²⁾ und hier in München eine eigene Judengasse, welche später nach der Vertreibung der Juden den Namen Krustgasse erhalten hat³³⁾. Ein eigenes Judendorf oder eine villa judaeorum findet man in Magdeburg in der Vorstadt bei der Sudenburg³⁴⁾. Eben so in Salzwehel ein Judendorf oder vicus judeocus³⁵⁾ und in Halle ein Judendorf in der Nähe der Moritzburg gegen den Neumarkt hin³⁶⁾. Und eine eigene Judenstadt in Regensburg am Ende der Altstadt³⁷⁾, in Prag und in Wien im unteren Werb. Nachdem die Juden im Jahre 1670 aus Wien vertrieben worden waren, erhielt die Judenstadt den Namen Leopoldstadt³⁸⁾. In manchen Städten haben jedoch in früheren Zeiten in den Judengassen öfters auch Christen, und in den übrigen Straßen auch Juden gewohnt, z. B. in Frankfurt a. m. Denn erst seit 1462 wurden daselbst die Juden gezwungen in der Judengasse zu wohnen³⁹⁾.

29) In Frankfurt hat es sogar zwei Judengassen gegeben. Kriegl, Bürgerzwiste, p. 442—444.

30) Guden, II, 519 u. 521.

31) Urf. von 1291 bei Guden, V, 94.

32) Chron. Thuring. bei Schöttgen et Kreysig, I, 89 u. 90.

33) Urf. von 1442 bei Oefele, II, 231.

34) Chron. Magdeb. ad an 1301 bei Meibom, II, 334 u. 341. Rathmann, I, 78 f., II, 290.

35) Urf. von 1336 u. 1349 bei Gerden, vet. march. I, 325.

36) Dreyhaupt im Auszug von Stiebrig, II, 442 und Dreyhaupt, II, 494 u. 495.

37) Gemeiner, Chron. I, 317. Urf. von 1156 bei Ried, I, 227. — ad judeos.

38) von Formayr, Wien, I, 2. §. 6, p. 156 u. I, 4, §. 3. p. 89, 97 u. 143.

39) Kriegl, p. 441, 442, 445—447.

§. 181.

Mehr noch als die Nationalitäten hielten sich diejenigen zusammen, welche dasselbe Geschäft oder dasselbe Gewerbe trieben. Daher findet man in allen alten Städten die Handelsleute und die Genossen desselben Gewerbes in eigenen Straßen oder Stadttheilen vereinigt. Wie in Rußland und in Schlessien öfters die Schuster, Schneider, Hutmacher, Töpfer, Maurer, Zimmerleute und anderen Gewerbsleute in einem Dorfe beisammen wohnten und von hier aus ihr Gewerbe betreiben ⁴⁰⁾, so auch in den alten deutschen Städten. In Regensburg wohnten die Sporer oder Schlosser in einer eigenen Straße. Eben so die Lederer, Wollwirker, Weißgerber, die Sademer oder Zimmerleute, die Schreiner, Sattler, Schuster u. a. m. Auch die Ehudermaner oder Corduaner, wiewohl sie zu den Schustern gehörten, bewohnten wieder eine eigene Straße ⁴¹⁾. Eben insbesondere auch die Fischer ^{41a)}. Die Hafner bewohnten ein eigenes Dorf (*vicus figulorum*) in der Vorstadt ⁴²⁾. Und die Krämer, dann die Wältschen und Romanen und die anderen Kaufleute wohnten in eigenen Straßen in der Neustadt beisammen und bildeten daselbst eine eigene Stadt, welche den Namen Kaufmannsstadt (*pagus mercatorum*) geführt hat (§. 107). Auch in Straßburg wohnten frühe schon die Leute desselben Gewerbes in einer Straße beisammen, z. B. die Kaufleute vor Sanct Martin ⁴³⁾ und die Dreher und Scherer vor dem Münster ⁴⁴⁾. In Wien wohnten die Kaufleute auf dem alten Markt ⁴⁵⁾, und die Spengler, Wildwerker, Satt-

40) von Harthausen, Studien über Rußland, I, 62, 179, 201, 327. Meissen Urkunden schlesischer Dörfer, p. 100 u. 106.

41) Gemeiner, Chron. I, 350. Codex trad. in Mon. B. XIII, 64.

41a) Urk. von 1156 bei Lang, regesta, I, 220. — *extradit aream intra piscatores sitam.*

42) Urk. von 1187 in Mon. B. XIII, 188. Gemeiner, I, 273.

43) Urk. von 1240 bei Wencker, collect. archiv. p. 644. *aream unam ante ecclesiam Sancti Martini inter staciatores sitam.* — Königsbogen p. 275. „Die Creme (Krämer) vor sant Martin.“

b) Elosener, p. 76. „Die Drescheler und die scherer vor dem münster.“

i) Continuat. Vindobonens. ad an. 1276 bei Pertz, XI, 707. — *altum forum ex ea parte qua institores resident, Chienmarkt.* —

ler, Hafner und andere Handwerker in derselben Straße beisammen⁴⁶⁾. Eben so wohnten in München die Watmanger oder die Tuchmacher auf dem Markte beisammen⁴⁷⁾, sehr wahrscheinlich auf dem Kornmarke oder an der Schranne, indem die daselbst unter den Arkaden befindlichen Kramladen in bereits sehr frühe Zeiten hinaufreichen. Jedenfalls kann unter jenem Markte nicht der Rindermarkt verstanden werden, wie dieses Lipowsky will, der jedoch zu dem Ende aus den Watmangern Waltmanger macht und sodann die Worte *angaria* und *agarnago* herbeizieht, um mit ihrer Hülfe zuletzt — wer sollte es glauben — zum Rindermarkt zu gelangen⁴⁸⁾. In Weßlar wohnten frühe schon die Krämer beisammen in der Krämergasse („Kremergassen“)⁴⁹⁾ und die Schuster in der Schuster-gasse (*vicus sutorum*), wo sie auch ihre Schuhe feil hielten (*in vico, ubi venduntur calcei*)⁵⁰⁾. In Basel wohnten bereits seit dem 13. Jahrhundert die aus der Lombardei eingewanderten Kaufleute, die sogenannten Lombarden oder Lamparter, in einer Straße, in der Lampartergasse beisammen⁵¹⁾. In Frankfurt a. M. wohnten die Fischer und Metzger in eigenen Straßen und die Gärtner in der Neustadt beisammen. Die übrigen Zünfte wohnten wohl größentheils in besonderen Straßen. Doch wohnten auch einzelne Gewerbsleute in anderen Straßen⁵²⁾. Auch in Ulm wohnten die

46) Grundbücher von Wien aus 13. u. 14. sec. bei von Hormayr, I. c. p. 102—105. Urf. von 1377 bei von Hormayr, Taschenbuch von 1844, p. 420. — „gelegen vnter den Hafnern ze wienne.“ — Urf. von 1391, eod. p. 423. — „vnder den Segnern an dem obern gries vnder den „Bythern vnd vnder den lebreren vor den werbertor ze Wienn.“

47) Urf. von 1253 in Mon. B. III, 150. *unum cubile, in quo merces vendi solent, — situm infra forum volgo inter watmangarios.* Vergl. Schmeller, II, 599.

48) Lipowsky, Urgesch. I, 189, II, 32.

49) Urf. von 1388 bei Guden, V, 257.

50) Urf. von 1324 u. 1352 bei Guden, V, 161 u. 220.

51) Basel im 14. Jahrhundert, p. 36.

52) So möchte ich fassen was Kriegl, p. 394—395, wie es mir scheint, etwas zu allgemein gesagt hat. Auch die Bäcker wohnten natürlich in verschiedenen Straßen. Gesetze der Bäcker von 1377 §. 33 bei Böhmer, p. 752.

Genossen desselben Gewerbes in einer Straße beisammen⁵³). Eben so in Hörter⁵⁴), in Eisenach⁵⁵), in Köln⁵⁶), in Speier, Worms, Hamburg, Nürnberg, Augsburg u. a. m. In Worms wird auch eines vicus de lano, etwa Wollenwebergasse⁵⁷) und einer Brodgasse („brotgazzun“) Erwähnung gethan⁵⁸). In der Letzteren haben wahrscheinlich die Bäcker ihr Brod feilgehalten, vielleicht auch daselbst gewohnt. Eben so in Speier, wo man indessen außer der Simmeltorgasse, Mehlorgasse und Pfistoreigasse auch noch einen Semmelmarkt und einen Brodmarkt findet⁵⁹). Auch in Trier wohnte schon im 13. Jahrhundert die sehr bedeutende Zunft der Wollenweber in der Weberbachstraße beisammen (§. 189). Und auch in den kleineren und ganz kleinen Städten pflegten die Leute desselben Gewerbes in einer Straße beisammen zu wohnen, z. B. in Winzenberg die Weber⁶⁰).

§. 182.

Die Genossen desselben Gewerbes, welche in einer Straße beisammenwohnten, bildeten, wie wir sehen werden, eine eigene Genossenschaft mit einer eigenen Verfassung. Die von ihnen bewohnte Straße bildete daher ein eigenes selbständiges öfters mit Mauern und Thoren geschlossenes Ganze, wie man dieses heute noch hie und da im Orient sieht. In Peking, erzählt ein Ruße, der sich 10 Jahre lang daselbst aufgehalten, hatte vormals jede Seitenstraße bei der Kreuzung mit anderen Straßen ein Thor, von denen viele jetzt noch erhalten sind. Diese Thore wurden früher von den Wächtern, welche daneben in kleinen Wächthäuschen wohnten, in der Nacht geschlossen. Und nur mit besonderer Erlaubniß konnte man in der Nacht das Thor passiren. Später habe

53) Jäger, Ulm, p. 190. Not. u. 598.

54) Wigand, Korv. Gesch. I, 328.

55) Chron. Thuring. bei Schoettgen et Kreysig, I, 90

56) Ennen, Gesch. von Köln, I, 669.

57) Chron. Worm. ad an. 1221 bei Ludewig, II, 111.

58) Urf. von 1084 bei Schannat, II, 60.

59) Zcuß, p. 20, 23, 24 u. 29.

60) Urf. von 1284 bei Baur, Urkb. von Arnzburg, p. 133. — in vico textorum —

zwar diese Strenge aufgehört. Allein zuweilen werden heute noch die bei Nacht Hindurchgehenden von den Wächtern angerufen¹⁾. Und in Kairo sind heute noch die verschiedenen Quartiere und sogar viele einzelne Straßen mit schweren Thoren und diese mit einem ungeheuren hölzernen Schlosse versehen, welches jeden Abend geschlossen und dadurch das Quartier und die einzelne Straße abgesperrt wird²⁾. Dasselbe war nun in früheren Zeiten auch in den deutschen Städten der Fall. Und wegen dieser Dorf- und städteartigen Einrichtung wurden die von einer solchen Genossenschaft bewohnten Straßen und Stadttheile selbst öfters Dörfer oder Städte (*vici* oder *pagi*) genannt.

In Münster war der Domhof mit allen den dazu gehörigen Gebäuden mit einer Mauer umgeben und der ummauerte Domhof bildete die innere Stadt (§. 16). In Regensburg waren die verschiedenen Städte in der Stadt, (die Königsstadt, die Pfaffenstadt und die von den Kaufleuten bewohnte Neustadt) durch Mauern von einander getrennt³⁾. In Verbün war wenigstens die Kaufmannsstadt, wie jede andere Stadt, mit einer Mauer umgeben⁴⁾. Auch die Pfaffenstadt in Köln scheint mit einer Mauer umgeben und mit einem Thore versehen gewesen zu sein. Denn es wird öfters der Pfaffenpforte (*porta clericorum*) erwähnt und bemerkt, daß dieselbe sich in der alten Stadtmauer befunden habe⁵⁾. Eben dieses scheint in Paderborn der Fall gewesen zu sein. Denn noch im 13. Jahrhundert sollte daselbst der geistliche Immunitätsbezirk mit Ketten geschlossen werden (§. 120). Aber auch die einzelnen Straßen sind in manchen Städten abgeschlossen und mit einem Thore versehen gewesen. So findet man z. B. in Lemgo ein Slaventhor, mit welchem daselbst offenbar die Slavenstraße

1) Ausland, 22. Februar 1842, Nr. 53 p. 210.

2) Ausland 12. November 1843, Nr. 316, p. 1261 und 4. Mai 1847, Nr. 106, p. 423.

3) Gemeiner, Ursprung von Regensburg, p. 82—85. Vergl. oben §. 107.

4) Richer, hist. III, 103 bei Pertz, V, 629. — *negotiatorum claustrum, muro instar oppidi exstructum.*

5) Urk. von 1231 in Materialien zur Statistik des niederrhein. Kreises, I, St. 12, p. 515. — *versus Pfaffenporzen sitam in antiquo muro.* — Vergl. noch p. 516.

geschlossen war⁶⁾, in Worms ein Brodthor (porta panis) wahrscheinlich am Ende der Brodstraße⁷⁾, in Frankfurt in mehreren Straßen ein Porthaus, mit welcher Pforte die Straße geschlossen war⁸⁾. Zumal die Judengassen und die in den Städten befindlichen Judendörfer und Judenstädte waren fast allenthalben mit Thoren versehen und öfters auch noch mit einer eigenen Mauer umgeben. In Köln z. B. wohnten die Juden in einer eigenen Judenstadt beisammen, welche mit einer Judenpforte (porta judeorum) und mit einem Wichhause (propugnaculum judeorum oder Wichhuse judeorum) versehen war⁹⁾. Auch in Regensburg hatte die Judenstadt ihre eigenen Thore bis zur Vertreibung der Juden im Jahre 1519¹⁰⁾. Eben so war die Judengasse in Worms mit einem Thore (porta judeorum) geschlossen¹¹⁾. In Speier wurde das Juden Viertel mit einer Mauer umgeben¹²⁾ und öfters das Judendorf (vicus judeorum) genannt¹³⁾. Auch die Judenstadt in Wien ist wahrscheinlich mit Mauern und Thoren umgeben gewesen. Wenigstens wird eines Judenthums (turris judeorum) Erwähnung gethan¹⁴⁾. Eben so war die Judengasse in Frankfurt a. M. mit einem Thore versehen und seit dem Jahre 1462 bis auf unsere Tage¹⁵⁾ wurde sie jeden Abend mit einer Kette geschlossen. In Berlin wurden die Judenhöfe noch im 16. Jahrhundert jeden Abend verschlossen und von den Stadt-

6) Harthausen, l. c. p. 78.

7) Urk. von 1084 bei Schannat, II, 60.

8) Vattonn, örtl. Besch. p. 304 u. 310.

9) Urk. von 1231 u. 1246 in Materialien zur Statistik l. c. I, §. 12, p. 495, 501 u. 516.

10) Gemeiner, Chron. I, 317 u. IV, 356 ff. Vers. Urspr. von Regensb. p. 60.

11) Urk. von 1084 bei Schannat, II, 60.

12) Urk. von 1084 bei Zeuß, p. 8. und bei Kemling, p. 57 — 58. si et judeos colligerem. Collectos igitur locavi extra communionem et habitationem ceterorum civium. Et ne a peioris turbe insolencia facile turbarentur muro eos circumdedi.

13) Urk. von 1356 u. 1363 bei Mone, IX, 269.

14) Liber reddituum von 1398 bei Hormayr, Wien, I, 1 Urkb. p. 56, I, 2, §. 3, p. 156.

15) Kriegl, p. 441.

Knecchten bewacht¹⁶⁾. Auch in Straßburg wurden die Juden zuweilen in der Judengasse eingesperrt und bewacht¹⁷⁾. Endlich ist heute noch der Schloßberg in Preßburg der Ghetto dieser Stadt, in welchem die Juden beisammen wohnen. Und jeden Abend um 10 Uhr werden die zum Schloßberge führenden Thore geschlossen¹⁸⁾.

§. 183.

Allein nicht bloß die Fremden und die Künstler und Handwerker, auch die gelehrten Genossenschaften wohnten ursprünglich in eigenen Stadttheilen beisammen. Die Universitäten waren nämlich, wie ich als bekannt voraussetzen darf, aus Lehrern und Schülern bestehende gelehrte Genossenschaften (*universitates magistrorum et scholarium*). Weniger bekannt ist es aber, daß auch diese Genossenschaften beisammen zu wohnen, eine eigene Universitätsstadt in der Stadt zu bilden und wie andere Städte mit eigenen Mauern und Thoren umgeben zu werden pflegten. So war es in Paris. Altparis bestand, wie wir gesehen, aus zwei verschiedenen Städten, aus der Altstadt (*cité*) und aus der Neustadt (*ville*) (§. 26). Dazu kam nun noch als dritte Stadt die Universitätsstadt (*université*)¹⁾. Die ersten Anlagen dieser Stadt begannen schon im 12. Jahrhundert. Sie gingen von den vier Nationen aus, indem ihre Schulen oder Hörsäle in der Nähe der Kirche des heiligen Julian angelegt worden sind. In derselben Gegend siedelte sich später auch die medicinische Fakultät an. Den Hauptanstoß zur Bildung einer eigenen Universitätsstadt vor den Thoren der damaligen Stadt gab aber erst die Anlage des Collegiums von Navarra und einiger anderen Collegien auf dem Berge der heiligen Genoveva seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts²⁾. Auch die Universitätsstadt war übrigens mit Mauern und Graben

16) Fiedicin, Gesch. von Berlin, III, 54.

17) Königshoven, p. 294. „do verbarrete men die juden in der judengassen und satte gewesente lüte do zu hute.“ —

18) Ausland, 16. März 1846, Nr. 136, p. 543 u. 544.

1) Du Chesne, les antiquitez des villes, ch. 5, p. 67. — L'université est la troisieme ville, et qui se peut nommer la cité des lettres. —

2) Pasquier, les Recherches de la France liv. 9, ch. 6 p. 898. Vergl. noch liv. 9, ch. 2. p. 888.

umgeben. Die ersten Mauern soll schon Philipp August im Jahre 1190 angelegt haben³⁾. Und um diese drei Städte herum haben sich sodann die heutigen Vorstädte von Paris gebildet. Da nun die deutschen Universitäten nach dem Vorbilde jener von Paris gebildet worden sind, so ist es schon darum wahrscheinlich, daß auch die ersten Universitäten in Deutschland auf diese Weise angesiedelt worden sind. Gewiß ist dieses wenigstens von Prag⁴⁾ und von Wien. Nach der Stiftungsurkunde von 1365 sollte den Lehrern und Schülern fern von dem Geräusche der Welt ein eigener Stadttheil eingeräumt und dieser mit Mauern und Graben umgeben und mit eigenen Thoren versehen werden⁵⁾. Wahrscheinlich war dieses auch wie in Prag so auch in Heidelberg der Fall. In Heidelberg sollen noch im 15. Jahrhundert die Universitätswohnungen in der Nähe der Heiligen Geistkirche gewesen sein⁶⁾. Sichere Nachrichten sind mir jedoch nicht darüber bekannt. Bei den übrigen Universitäten findet sich jedoch keine Spur eines solchen Zusammenwohnens der Lehrer und Schüler in einem eigenen Stadttheil. Bei ihnen ist demnach von einer eigenen Universitätsstadt keine Rede.

§. 184.

Die übrigen Künstler und Handwerker wohnten insgemein in der Altstadt, entweder auf den Fronhöfen oder Burgen, zu welchen sie gehörten, oder in eigenen Straßen um diese herum. Daher findet man in vielen alten Städten die von den Gewerbsleuten bewohnten und benannten Straßen in der Altstadt, z. B. in Götting die Bäcker-; Weber-; und Gewandmachergasse¹⁾ und wie

3) Bulaeus, II, 481. Du Breul, le theatre des antiquites de Paris. liv. II, p. 249—254.

4) Meiners, Gesch. der hohen Schulen, I, 149.

5) Urk. von 1365 bei von Hormayr, Wien, I, 5, Urkbb. p. 49. — quod communium et vulgarium hominum habitacione semoti, in loco distincto firmis septis includendo aetus scolasticos exercere et peragere valeant, non prope dicti strepitu populari. — Hic locus pro ejusdem universitatis securitate et tutamine novis muris et portis muniatur et vallabitur in hunc modum.

6) Jarnde, die deutschen Universitäten im Mittelalter, I, 225.

1) Neumann, p. 12 u. 18.

wir gesehen in Hamburg (§. 16). Allein auch viele freie für den städtischen Verkehr ganz unentbehrliche Gewerbsleute siedelten sich frühe schon in der Altstadt an, wenn sich der nöthige Raum dazu vorfand. Daher findet man öfters auch die von den freien Handwerkern bewohnten und benannten Straßen in der Altstadt. So wohnten z. B. die Sattler und Schuster in Regensburg von je her in der Abkirchenstraße zwischen dem Markt und dem Rathhaus, also in der Altstadt²⁾. Eben so findet man in Speier die Webergasse, Becherergasse (*vicus picariatorum*), das Steinmeßergäßel, die Weißgerbergasse, Lauergerasse (*vicus oerdonum*, etwa Roth- oder Rothgerbergasse) u. a. m. in der Altstadt³⁾. Dasselbe gilt in Wien von der Bäckerstraße, von der Goldschmied-, Kupferschmied-, Schlosser-, Spangler-, Nagler-, Sattler-, Seiler- und Färbergasse, dann von dem Kramer- und Wagnergäßel, welche daselbst sammt und sonders in der inneren Stadt liegen. Auch hier in München lagen schon die Schöfflergasse und das Sporer- oder Schlossergäßchen in der Altstadt, und auch die Batmanger hatten, wie wir gesehen, ihre Kramladen auf dem Kornmarke, also in der Altstadt (§. 181). Und was von den Gewerbsleuten gilt insbesondere auch von den Juden. Daher findet man in manchen alten Städten auch die Judengassen schon in der Altstadt, z. B. in Görlitz⁴⁾, in Heidelberg und in München wo die ehemalige Judengasse da gelegen hat, wo jetzt die Krustgasse liegt.

Meistentheils siedelten sich jedoch die freien Künstler und Handwerker in den Vorstädten an. So war es in Basel. Daher findet man daselbst die Schneidergasse, Gerbergasse, Sattlergasse (*vicus sellarum*), Suterstraße (Schustergasse) und die Rutelgasse in der Vorstadt. Eben so den Rindermarkt und den Heuberg, wo die Metzger ihre Wohnungen und Viehställe hatten⁵⁾. Eben so war es in Zürich. Daher lagen auch dort die meisten von den Handwerkern bewohnten Straßen in den Vorstädten, die Gerwegasse in der kleinen Stadt und die Schmidgasse und Wull-

2) Gemeiner Chron. I, 850. Not.

3) Zeuß, p. 17 u. 22—24.

4) Neumann, p. 12.

5) Ochs, I, 244. Basel im 14. Jahrhundert, p. 56 ff.

webergasse in der großen Stadt⁶⁾. In Regensburg wohnten die Hafner in der Vorstadt in einem eigenen Dorfe (vicus figulorum) beisammen⁷⁾. Und alle Kaufleute wohnten daselbst in der Neustadt, welche daher den Namen Kaufmannsstadt (pagus mercatorum) erhalten hat (§. 107). In Köln siedelten sich viele um die in den einzelnen Kirchspielen oder in den Vorstädten liegenden Märkte an⁸⁾. In Wien findet man in den Vorstädten sehr viele Gärtner-, Schmied-, Spengler-, Nagler-, Seiler-, Lederer-, Faßzieher-, Fleischhauer-, Hafner-, Ziegler-, Ziegelofen-, Rauchfanglehrer-, Lackirer-, Färber-, Windmühl- und Schleifmühlgassen. Auch in den schlesischen Städten wohnten die Handwerker öfters in der Neustadt, z. B. in der Neustadt Schweidnitz vorzugsweise nur Weber⁹⁾. Eben so lagen in München die Lederergasse, die Bindenmachergasse u. a. m. in der Vorstadt. Namentlich pflegten auch die Universitätsstädte in die Vorstädte verlegt zu werden. So war es in Paris. Die alte Universitätsstadt lag daselbst in einer Vorstadt, bis diese später durch eine gemeinschaftliche Ringmauer mit den beiden übrigen Städten verbunden und dadurch zur dritten Stadt in der Stadt gemacht worden ist¹⁰⁾. Eben so sollte auch in Wien die Universitätsstadt in einer Vorstadt angelegt werden¹¹⁾. Endlich lagen auch die Judengassen meistens in den Vorstädten. In Regensburg lag die Judenstadt ursprünglich ganz am Ende der Altstadt und erst seit dem 13. Jahrhundert, seitdem die Vorstadt durch Mauern mit zur Stadt gezogen worden war, in der Mitte der Stadt¹²⁾. In Speier befand sich die Judengasse in der Vorstadt Altspeier¹³⁾ und in Magdeburg, wie wir gesehen, in einer Vorstadt bei der Sudenburg, in Wien aber da, wo jetzt die Leopoldsvorstadt liegt (§. 180). In

6) Bögelin, das alte Zürich. p. 27, 145 u. 386.

7) Gemeiner, Chron. I, 273.

8) Urk. von 1180 bei Lacomblet, Urkb. I, 334.

9) Urk. von 1336 bei L. u. Stenzel, p. 541.

10) Du Breul, p. 252—254.

11) Urk. von 1365 bei Hormayr, Wien, I, 5, Urkb. p. 49 u. 50. Vergl. I, 3. §. 3. p. 15 u. 16.

12) Gemeiner, Chron. I, 317.

13) Zeuß, p. 8 u. 29.

Frankfurt am Main wohnten die Juden anfangs zwar in der Altstadt. Späterhin wurde aber die Judengasse auf den Wollgraben weit von der Altstadt verlegt ¹⁴⁾).

§. 185.

Ursprünglich waren die Städte nicht gepflastert. Die Straßen waren demnach in den Städten eben so übel beschaffen, wie heute noch in den Dörfern. Daher heißt es in einem Vertrage des Sanct Bartholomäistiftes mit dem Sanct Leonhardsstifte in Frankfurt vom Jahre 1318 und 1323, daß auf Mariä Reinigung Dechant und Kapitel aus der Leonhardskirche in den Dom gehen sollten, wenn sie anders vor Morast durchkommen könnten ¹⁾. Noch in den Jahren 1399 und 1454 mußten in Frankfurt, um einen Fürstentag und eine Procession halten zu können, die Straßen gereinigt und der Schmutz aus den Straßen entfernt werden ²⁾. In einer Straße war der Schmutz so groß, daß dieselbe „auf der Schweins Misten“ genannt worden ist ³⁾. Als im Jahre 1355 der Kaiser nach Regensburg kam, mußte die Straße, da sie noch nicht gepflastert war, mit Schutt belegt werden ⁴⁾. Und im Jahre 1452 verordnete der Stadtrath daselbst bei Gelegenheit eines Bittganges um die Stadt, „jedermann solle den Mist in der Stadt ausführen, und wer Roth habe unverzüglich ströhen, und „dann nach acht Tagen den Mist wegschaffen lassen“ ⁵⁾. Auch in Basel war noch im 14. Jahrhundert bei nassem Wetter massenhafter Roth und bei trockenem tiefer Staub. Wer daher einen trockenen Zugang zu seinem Hause haben und das gegen das Haus andringende Wasser fern halten wollte, der legte längs seines Hauses Balken oder Bretter hin, welche ihm als Schwellen dienten.

14) Kirchner, I, 199, II, 448 ff.

1) Urk. bei Wüldtwein, dioeces. Mogunt. II, 695. — ita dumtaxat si peregre distemperie, frigore et via lutosa ad ecclesiam nostram poterunt commode pervenire. Urk. von 1318 u. 1323 bei Böhmer, p. 440 u. 465.

2) Lersner, II, 2. p. 7. Kriegl, p. 292.

3) Battonn, II, 176.

4) Gemeiner, Chron. II, 88.

5) Gemeiner, III, 202.

Und von diesen Schwellen hat eine Gegend in der Stadt den Namen „an den Schwellen“ erhalten ⁶⁾. Und in Frankfurt a. M. durfte zu dem Ende jeder Bürger die Straße vor seinem Hause mit Stroh belegen. Er mußte dieses jedoch im Sommer nach acht und im Winter nach vierzehn Tagen wieder entfernen ⁷⁾:

Der größere Verkehr in den Städten machte indessen die Pflasterung der Straßen frühe schon nothwendig. In Frankreich geschah dieses schon im 12. Jahrhundert und in Italien im 13., und auch in Deutschland kommen schon einzelne Fälle im 13. Jahrhundert vor, z. B. in Köln ⁸⁾, in Worms ⁹⁾, in Aachen ¹⁰⁾, meistentheils aber erst seit dem 14. Jahrhundert. Schon im Jahre 1331 ward Prag gepflastert ¹¹⁾, Nürnberg im Jahre 1368 ¹²⁾, Basel seit dem Jahre 1387 ¹³⁾ und etwa um dieselbe Zeit auch München ¹⁴⁾, Frankfurt und Hannover. Denn schon im 14. Jahrhundert findet man in Hannover einen neuen Steinweg (niege Steinweg) da wo später die Knochenhauerstraße angelegt wurde ¹⁵⁾, und in Frankfurt a. M. kennt man seit dem Jahre 1350 die Steingasse ¹⁶⁾. Auch wurden daselbst im Jahre 1399 die Allerheiligen Gasse, im Jahre 1416 der Liebfrauenberg und im Jahre 1519 die Schäfergasse, die übrigen Straßen aber erst seit dem 16. Jahrhundert gepflastert ¹⁷⁾. Die Zeil war noch im Jahre 1562 nicht gepflastert. Denn in diesem Jahre ersuchte der Kaiser Maximilian II., als er mit dem Herzog von Baiern nach Frank-

6) Basel im 14. Jahrhundert, p. 28 u. 29.

7) Kriegl, p. 289 Not. 1.

8) Urf. bei Glaser, Schreinspraxis, p. 51. *domus sita in lapidea via ante palatium*. Vergl. Urf. von 1264 eod. p. 35. in Note 24 unten. Ennen, Gesch. II, 538 Not. 2.

9) Annal. Worm. bei Boehmer, font. II, 206. *Anno 1272 inceptum dare ad parandas vias*. —

10) Urf. von 1265 bei Quir, I, 52. — *supra lapideam viam*. —

11) Stadtrecht, c. 32 bei Rößler p. 20 f.

12) Chron. Bavariae ad an. 1368 bei Oefele, I, 339.

13) Basel im 14. Jahrhundert p. 29.

14) Lipowsky, Urgesch. II, 60 f. Urf. von 1394 in Mon. Boic. 35, II, p. 183.

15) Gruben, ant. Hanov. p. 52. Vergl. p. 271.

16) Battonn, örtl. Besch. von Frankfurt, II, 281.

17) Perzner, II, 1 p. 20, 21 u. 23.

furt kam, den Stadtrath, er möge doch jenen Weg pflastern lassen, weil derselbe „etwas böse und im Winter sehr tief sein solle“¹⁸⁾. Seit dem 15. Jahrhundert wurden ferner gepflastert Bern im Jahr 1400¹⁹⁾, Regensburg um das Jahr 1402 oder 1403²⁰⁾, Speier im Jahr 1404²¹⁾, Augsburg im Jahr 1416²²⁾, Basel zum Theil am Anfang zum Theil aber erst am Ende des 15. Jahrhunderts²³⁾ u. s. w.

Auch findet man schon eigene Pflasterer und Pflastermeister, welche die Aufsicht über das Stadtpflaster hatten, in Köln schon seit dem 13. Jahrhundert²⁴⁾, in Bieberach, in Ulm, in Nürnberg und Prag seit dem 14. Jahrhundert²⁵⁾ und seit dem 15. Jahrhundert in Regensburg²⁶⁾ und auch hier in München²⁷⁾.

c. Öffentliche Plätze und öffentliche Gebäude.

§. 186.

Wie die Dörfer so hatten auch die alten Städte einen und je nach dem Bedürfnisse auch mehrere öffentliche Plätze¹⁾. Da nun jede Stadt das Marktrecht gehabt hat, und auf jenen Plätzen die Märkte, wenigstens die Victualienmärkte gehalten zu werden pflegten, so wurden jene Plätze insgemein Marktplätze genannt.

18) Kriegel, p. 287.

19) Justinger, Berner Chronik, p. 245.

20) Farrago hist. rer. Ratispon. bei Oefele, II, 511. Gemeiner, Chron. II, 357, 358 u. 383.

21) Lehmann, p. 616. — „in welchem Jahr auch der steinin Gang am „Rath-Hof — erbauet worden.“

22) Pentingeri chron. Augustan. ad 1416 bei Oefele, I, 617.

23) Ochs, V, 200.

24) Urk. von 1264 bei Glosen, Schreinspraxis, p. 85. remiserunt Lamberto reparatori viarum, offenbar statt reparatori viarum.

25) Polizei-Ges. aus 14. sec. bei Siebenkees, Material. zur Nürnberg-Gesch. IV, 730 — 732. Stadtr. von Prag c. 32. Urk. von 1397 bei Jäger, Ulm, p. 440.

26) Gemeiner, II, 358 Not.

27) Urk. von 1455 u. 1479 in Mon. B. 20, p. 452 u. 21, p. 388.

1) Meine Einleitung zur Gesch. der Marktverf. p. 35 u. 36.

Und jede alte Stadt hatte wenigstens einen solchen Marktplatz. In allen alten Städten findet man nämlich zweierlei Arten von Märkten, sogenannte Wochenmärkte für den inneren Verkehr, hauptsächlich zur Versorgung des Ortes mit den nöthigen Lebensmitteln, und Jahrmärkte, welche für den größeren Verkehr bestimmt waren und daher auch von Auswärtigen besucht zu werden pflegten. Die Jahrmärkte findet man ursprünglich bei den Hauptkirchen und bei den berühmten Abteien und Klöstern, und es pflegten zu dem Ende späterhin öfters eigene Marktplätze in der Nähe dieser Kirchen und Klöster angelegt zu werden (§. 74 und 75). Die für das tägliche Bedürfniß bestimmten Wochenmärkte dagegen hatten mit den Kirchen und Klöstern durchaus keinen Zusammenhang. Sie wurden daher auf den gewöhnlichen für den gemeinen Gebrauch bestimmten Plätzen gehalten, welcher sich die Bürger auch zur Besorgung ihrer übrigen Angelegenheiten zu bedienen pflegten. Von den auf ihnen gehaltenen Märkten erhielten daher jene Plätze selbst den Namen Marktplätze. Man findet sie zuweilen ebenfalls in der Nähe der Kirche, weit öfter jedoch an einer ganz andern Stelle. Jede alte Stadt hat übrigens wenigstens einen solchen Marktplatz besessen. Regensburg hatte schon im Jahre 928 einen Markt²⁾. Der Markt lag ursprünglich an dem Herzogshof, wurde aber im Jahr 1318 zum Rathhaus verlegt³⁾. In Köln wurde bereits im Jahre 989 ein Victualienmarkt (*macellum*) mit der dazu gehörigen Pforte (*porta frumenti*) an das Kloster St. Martin abgetreten⁴⁾. Und später findet man auch noch einen alten Markt oder Heumarkt, einen Fischmarkt, Hühnermarkt, Finkenmarkt, Salzmarkt, Buttermarkt, Eisenmarkt, und andere Märkte mehr. Auch scheint jedes einzelne Kirchspiel wieder und jede Vorstadt von Köln einen eigenen Markt gehabt zu haben, z. B. die Kirchspiele St. Martin, St. Alban und St. Brigiden, die Vorstadt Airschbach u. a. m.⁵⁾. Speier hatte schon

2) Chron. Ebersperg. ad an. 928 bei Oefele, II, 6. — in platea sive foro rerum venalium. Vergl. Urk. von 1205 bei Ried, I, 290.

3) Gemeiner, I, 503 u. 544.

4) Urk. von 989 bei Kremer, Güld-Berg. Gesch. II, 198. und Quellen, I, 472. Vergl. §. 2 oben.

5) Urk. von 1180, 1324 u. 1841 bei Elafen, Schreinspr. p. 31, 38, 39, 40, 50, 65 u. 67. Ennen, Gesch. I, 498—499.

seit dem 13. und 14. Jahrhundert außer dem Hauptmarke vor dem Dom auch noch einen Korn-, Holz-, Roß-, Obst-, Kraut-, Brod-, Semmel- und Ledermarkt ⁶⁾. Auch in Weßlar findet man bereits seit dem 13. Jahrhundert einen Eisenmarkt (*forum ferri*) ⁷⁾, einen Kornmarkt (*forum frumenti*) ⁸⁾ und einen Käsemarkt (*forum caseorum*), welcher später den Namen Buttermarkt erhielt ⁹⁾. In Eßlingen gab es außer dem Hauptmarkt noch einen Obstmarkt, Krautmarkt, Fischmarkt, Roßmarkt, Hasenmarkt und Holzmarkt ¹⁰⁾, in Ulm bereits im 13. und 14. Jahrhundert einen Kornmarkt, Ledermarkt, Fischermarkt und einen Taubenmarkt ¹¹⁾, in Frankfurt zwei Victualienmärkte ¹²⁾, in Braßel im 14. Jahrhundert außer dem Hauptmarke (*forum*) noch einen Fleischermarkt (*macellum carnificum*) und einen Bäckermarkt (*macellum pistorum*) ¹³⁾. Eben so findet man seit dem 14. Jahrhundert in München außer dem Hauptmarke oder dem Schrannenplaze, auf welchem die Frucht-, Fisch- und Victualienmärkte gehalten zu werden pflegten, auch noch den Rindermarkt in der Altstadt und außerdem noch in den Vorstädten den Pferdemarkt, Schweinemarkt und den Heumarkt ¹⁴⁾. Wien hatte schon im 13. Jahrhundert einen alten Markt und einen neuen Markt und einen sogenannten Thienmarkt ¹⁵⁾, Hannover im 12. und 13. Jahrhundert zwei Märkte, den Markt am Rathhause und den sogenannten Hockenmarkt am Kirchhose ¹⁶⁾. Das kleine Städtchen Gerode im Eichsfeld hatte schon im Anfang des 12. Jahrhunderts einen öffentlichen Markt (*forum popolare*) ¹⁷⁾ und das Städtchen Winterberg in der

6) Zeuß, p. 14, 17, 20, 21, 22 u. 24.

7) Urf. von 1262, 1293 u. 1314 bei Guden, IV, 1011, V, 42 u. 96.

8) Urf. von 1338 bei Guden, V, 192 u. 197.

9) von Ulmenstein. I, 520.

10) Pfaff, p. 221 f. u. 493.

11) Jäger, Ulm p. 598 u. 600.

12) Stadtr. von 1297 §. 15 in Wetteravia, p. 254. *duo maccella deputari et fieri debent.* —

13) Heberolle für den Wachtdienst aus 14. sec. bei Wigand, Archiv, V, 97.

14) Sipowßky, Urgesch. II, 30—32 u. 87.

15) Continuat. Vindobon. ad 1276 bei Pertz, XI, 707.

16) Gruben, ant. Hanov. p. 318.

17) Urf. von 1124 bei Guden, I, 61.

Grafschaft Spanheim bereits im 14. Jahrhundert¹⁸⁾. Und in jeder alten Stadt findet man einen und später auch mehrere Märkte für die verschiedenen Arten des Verkehrs.

§. 187.

Durch den freien Verkehr haben sich die alten Städte über die Dörfer erhoben. Da nun der freie Verkehr auf den Marktplätzen seinen Hauptsitz gehabt hat, so wurden diese sehr bald der Mittelpunkt für den gesamten städtischen Verkehr. Ursprünglich waren nämlich die Marktplätze z. B. zu Lübeck, Köln, Speier, München u. a. m. sehr groß. Es pflegten daher alle mit dem städtischen Verkehr in Verbindung stehenden öffentlichen Gebäude, Hallen, Bänke und Buden auf diesen Plätzen gebaut oder um sie herum angelegt zu werden. Später, als die Bevölkerung zunahm, wurden jene Plätze auch noch an Privatleute zu Bauplätzen oder zur sonstigen Benutzung abgegeben, z. B. in Köln, Lübeck u. a. m.¹⁾. Dadurch wurden denn die Marktplätze auf jenes Maß zurückgebracht, wie wir sie heute noch sehen. In Lübeck erinnern übrigens die Namen der darauf angelegten Straßen heute noch an die frühere Größe des Marktes, indem jene Straßen die Buden genannt werden. Und in München hat erst Ludwig der Baier das Bauen auf dem Kornmarkt verboten²⁾. In fast allen alten Städten findet man aber die mit dem Verkehr in Zusammenhang stehenden Gebäude, Hallen, Bänke und Buden auf dem Markte oder um ihn herum. In Köln z. B. standen die Bänke, Buden, Gaddemen, Hallen und Stände der Kaufleute, Krämer und Handwerker auf dem alten Markt oder Heumarkt, auf dem Finkenmarkt, Buttermarkt, Fischmarkt, Hühnermarkt, Salzmarkt und auf dem

18) Stadtr. von 1331 bei Walch, VI, 257 u. 259.

1) Urf. von 1180 bei Glasen, Schreinspr. p. 67. — ut edificia quae in veteri foro parochiani S. Martini et parrochiani S. Brigidae et illi de Ovirsbare absque jure hereditario hactenus tenebant. — Vergl. noch Urf. von 1324, 1341 u. s. w. bei Glasen p. 31, 39, 50, 51 u. 65. Deede, Grundlinien p. 24.

2) Urf. von 1315 bei Bergmann, II, 52. — „vnd das dieselben stet auch dreier margt sein das nimmer mer darauf nicht pauwen sol vnd ein dreier Platz vnd margt sein sol.“ —

Eisenmarkt ³⁾. Namentlich hatten auch die alten Geschlechter auf dem alten Markte ihre Gewandgaden (cubacula) und Keller (cellaria ⁴⁾). Und die Leinweber in Köln hatten bereits im Jahre 1149 einen eigenen Markt für ihre Buden ⁵⁾. In Worms hatten die Kaufleute ihre Wohnungen und Gaden um den Marktplatz herum ⁶⁾. In Speier stand das alte Rathhaus am Markt, so wie denn auch das neue Rathhaus wieder an dem Markte steht. Eben so das alte Kaufhaus. Auch die Fleischschraunen und die Brodhäuser oder Brodhallen standen daselbst. Eben so hatten die Goldschmiede daselbst ihre Buden ⁷⁾. In Lübeck standen auf dem ursprünglich sehr großen Markte und um diesen herum die Marienkirche, welche auch die Marktkirche (ecclesia forensis) genannt wurde, sodann das alte und das neue Rathhaus (antiquum consistorium und theatrum vel domus consilii), das Gewandhaus (domus pannorum), in welchem die Gewandschneider ihre Laden und Kisten (cistae) hatten, ferner das Lohhaus, in welchem auch die Lörer oder Lohgerber mit ihrem Leder saßen, dann die Fleischschranken (macella carniū), das Heringshaus, die Brodschranken (macella panum), die Buden der Nadler, der Goldschmiede, die verschiedenen Krambuden, die Schusterbuden (bodae sutrinae), die Buden der Zinngießer (die Scotelboden), die Buden der Handschuhmacher, der Cordewanere, der Leuchtermacher (bodae candelatoriae), der Filtmacher (bodae filtrinae), der Gärtler, der Wechsler, der Schnallenmacher, der Altmafenhe (der Altbinder entweder Schuh- oder Kesselflicker) u. a. m. Die Bäckermeister und Fleischhauer loosten jedes Jahr um Ostern um ihre Verkaufsplätze. Daher wurden diese auch Lotte oder Litte genannt ⁸⁾. In Eßlingen stand das

3) Glaser, Söhrenspr. p. 31, 32, 39, 45, 50, 51 u. 65.

4) Urkunden bei Glaser in Materialien zur Stat. des niederrh. Kreises I, St. 12, p. 521 u. 525. oben §. 82.

5) Urk. von 1149 bei Lacomblet, I, 251.

6) Chron. Worm. ad an. 1221 bei Ludewig, II, 111. — in opposito fori et concrematae sunt omnes domus mercatorum et veteres gades. In annal. Worms. bei Boehmer, font. II, 158. heißt es ex opposito fori — omnes crame et veteres gades.

7) Zeuß, p. 14, 15, 16, 17 u. 20.

8) Pauli, Lüb. Zustände im 14. Jahrh. p. 48—53. Vergl. Verzeichniß der Einkünfte von 1262 im Lüb. Urkb. I, 247—252.

alte Gerichtshaus an dem Markt, neben ihm die Fleisch- und Brodlaube, wo die Metzger und Bäcker feil hielten, und über ihr das Steuerhaus. Auch standen die meisten Kramladen der Kaufleute auf dem Markt⁹⁾. In Ulm stand das Kaufhaus mit 13 für die Sattler eingerichteten Läden und das Kornhaus am Markte¹⁰⁾. In München standen um den Kornmarkt oder auf der sogenannten Schranne herum das Rathhaus mit seinem Thurm, welcher das Thalburgthor genannt wird, sodann das Gerichtshaus (Rechtshaus), die Trinkstube der Bürger oder das Trinkhaus („das drinchhaus“), das Kaufhaus, das Kürschnerhaus, der städtische Weinkeller und die Fleisch- und die Brodbänke. Erst Ludwig der Baier ließ die Fleisch- und Brodbänke („die flaesche penche“ und „die Brotpenche“) auf dem Schrankenplatze abbrechen und dahin versetzen, wo sie heute noch stehen, um den Marktplatz zu verschönern und seiner wahren Bestimmung zurückzugeben („daß der margt „deß lustsamer vnd best schöner, vnd best gemachsamer sey Herren, „Burgaern, Gessen vnd allen Laeuten, die darauf ze schaffen haben“)“¹¹⁾. Auch hatten sehr wahrscheinlich die Walmanger frühe schon ihre Kramladen auf dem Markt (§. 181). In Wien wohnten die Kaufleute am Markte¹²⁾. Dasselbe war wahrscheinlich in Magdeburg und Goldberg der Fall¹³⁾. In Breslau standen bereits im 13. Jahrhundert 24 Fleischbänke auf dem Neumarkt¹⁴⁾. Auch in Wistock in der Mark Brandenburg u. a. m. standen das Kaufhaus und die Krambuden auf dem Markte und um diesen herum¹⁵⁾. Und heute noch wird man in allen alten

9) Pfaff, p. 70, 71 u. 221.

10) Zäger, Ulm, p. 598 u. 600.

11) Urk. von 1315 bei Bergmann, II, 52. Vergl. I, 25. Urk. von 1353 bei Eutner in historischen Abh. Der Bair. Akad. von 1813, p. 520 Not. f. und g. Urk. von 1454 in Mon. B. 19 p. 168.

12) Continuat. Vindobon. ad 1276 bei Pertz, XI, 707. altum forum ex ea parte qua institores resident.

13) Schöffensteinium aus 13. sec. §. 2 bei L. u. St. p. 271. de domo, quam — in communi fori frequentari et per singulas mansiunculas inhabitari statuistis. —

14) Grünhagen, Breslau unter den Platten, p. 8.

15) Urk. von 1275 bei Ludewig, rel. Mpt. VIII, 274. totum forum, videlicet theatrum Krambode et quicquid in foro et circa forum aedificatum est. —

Städten das Rathhaus und das Kaufhaus nebst vielen Buben und Läden an den Marktplätzen finden.

Die Hauptgebäude, welche man bereits in allen alten Städten findet, sind die Rathhäuser, die Kaufhäuser und die für das Gewerbswesen bestimmten Gebäude und Buben.

§. 188.

Wie in den Dörfern, so wurden ursprünglich auch in den Städten die öffentlichen Angelegenheiten unter freiem Himmel auf den öffentlichen Plätzen verhandelt. Dies geschah z. B. in Hannover, Göttingen, Hildesheim u. a. m. auf dem Kirchhofe¹⁾. Anderwärts geschah es in offenen jedoch gegen den Regen und die Sonne geschützten Hallen, in sogenannten Lauben, z. B. in Magdeburg²⁾. In Prag mußten die Bürger noch im 13. Jahrhundert, ehe sie ein eigenes Rathhaus erhalten hatten, ihre Versammlungen auf verschiedenen öfters nicht ganz anständigen Plätzen und Straßen halten³⁾. In jenen Städten, in welchen es bereits Gerichtshäuser gegeben hat, wurden auch die Gemeindeversammlungen daselbst gehalten, anfangs abwechselnd entweder unter freiem Himmel oder in dem Gerichtshaus, in dem sogenannten Spielhause z. B. in Hannover⁴⁾, späterhin aber in der Regel in dem Gerichtshause, bis eigene Rathhäuser gebaut worden sind, z. B. in Hannover⁵⁾. Eben so wahrscheinlich in München. Daher wird

1) Urf. von 1257, 1279, 1288 u. 1295 bei Gruben, ant. Hanov. p. 319 u. 320.

2) Chron. Merseburg. ad 1315 bei Ludewig, IV, 411. — *captus est in lobio seu consistorio*. Nicolaus Wurm im 14. sec. bei L. u. Stenzel, p. 228 f. — „so gehin die Rathirren von der Louben, das „man andirwo eyn Rathaws nennt, — unde setzen sich undir die „Bewbin legen enandir.“ —

3) Urf. von 1296 bei Rößler, p. 173. — *et oporteret ipsos cives septimanis singulis quaerere diversa locorum diverticula ipsorum honori minus decentia pro causis civitatis et negotiis pertractandis*.

4) Statut von 1303 bei Gruben, ant. Hanov. p. 319. — *sive in theatro sive in cimeterio congregati (scil. consules)*. Urf. von 1246 bei Scheidt, histor. Nachr. vom Adel, p. 217. — *in theatro ibi, quod Spelhuss dicitur — iudicio presidente*. —

5) Gruben, p. 318 u. 319.

das an der Kornschranne gelegene Rechtshaus oder Dinghaus, das heutige Regierungsgebäude, zuweilen auch Rathhaus genannt⁶⁾. In den grundherrlichen und zuweilen auch in den gemischten Städten wurden die Gemeindeangelegenheiten in dem Fronhofe verhandelt, z. B. in Straßburg in dem Fronhofe des Bischofs. Das alte Rathhaus hieß daher die alte Pfalz⁷⁾. Erst im Jahre 1321 wurde die neue Pfalz, um den Versammlungsort der Trinkstube der Zornen eben so nahe zu legen wie der Trinkstube der Mühlheimer, mitten in der Stadt gebaut und sodann daselbst der Stadtrath gehalten⁸⁾. Das bischöfliche Hofgericht blieb jedoch nach wie vor in der alten Pfalz⁹⁾.

Auch in Worms wurden die Gemeindeangelegenheiten ursprünglich im Bischofshofe verhandelt¹⁰⁾. Seit den Streitigkeiten der Bürgerschaft mit dem Bischof Heinrich im Anfang des 13. Jahrhunderts entstand jedoch das Bedürfnis einen von dem Bischof unabhängigen Versammlungsort zu haben. Der Rath kaufte daher ein großes und festes Steinhaus (*domum lapideam maximam et fortem*), ließ dasselbe zum schönsten Gebäude in den Rheinlanden (*pulcherrima domus totius terre*) umbauen, und hielt dann seine Sitzungen darin ohne sich weiter um den Bischof zu kümmern. (*Et in illa domo semper consilio presiderunt (consules) et epi-*

6) Urf. von 1454 in Mon. B. 19, p. 168. — „gelegen an der Weinstraß das Eßhaus gen dem Rechtshaus über zu nächst an Hannsen Rejsentalers Haus an den unttern Kornschranken.“ Urf. von 1293, eod. p. 494. „vor dem gericht in dem Dinghaus.“ — Urf. von 1364, eod. p. 550. — „der Schreiber auf dem rechtshaus.“ — Urf. von 1364 in Mon. B. der neuen Ausgabe 19, p. 505. — „der Schreiber auf dem Rathhaus.“ —

7) Königshoven, V, 53 bei Schiller p. 284. — „Dozemole hette man den Rot und das Rothus do nu ist des bischoves hof in dem Fronhoue. Darumbe heißet es noch die alte pfaltze. — Die alte pfaltze in dem Fronhoue.“ Altes Stadtrecht aus 13. sec. bei Wencker, apparat. archiv. p. 62. — „vorne Räte ussen der Pfalzen.“ — Vergl. noch Stadtr. art. 17 bei Strobel, I, 555.

8) Königshoven, p. 284. Glosener, Chron. p. 102, 105 u. 109.

9) Glosener, p. 115.

10) Dipl. von 1190 bei Boehmer, font. II, 215. burgenses sonante majori campana super curiam nostram convenient. — Urf. von 1282, eod. p. 210 u. 220.

scopum suum quasi nichilo reputaverunt) ¹¹⁾. Ein solches von ihm unabhängiges Gemeindegauß, welches abwechselnd domus communis, domus communitatis, Burghof und Bürgerhof oder curia civium genannt wird ¹²⁾, wollte der Bischof natürlich nicht dulden. Er beschwerte sich deshalb bei dem Kaiser und erhielt von ihm im Jahre 1232 die Erlaubniß es zerstören und den Platz für die Kirche behalten zu dürfen ¹³⁾. Ehe es jedoch dazu kam legten die Bürger selbst Hand an ihr Prachtgebäude und zerstörten es durch Brand, weil sie fürchteten, der ohnedies schon feste Bürgerhof könnte von dem Kaiser oder Bischof zu einer festen Burg (municio firmissima) umgeschaffen werden ¹⁴⁾. Späterhin errichteten die Bürger an derselben Stelle ein neues Gebäude zur Aufbewahrung ihrer Kriegsgeräthschaften, und nachdem auch dieses durch einen Brand zerstört worden war, begannen sie im Jahre 1265 von neuem daselbst zu bauen. Der Bischof aber und die Geistlichkeit, welche fürchteten man wolle ein neues Gemeindegauß bauen (timentes ibi fieri edificia ubi cives possent ad consilia convenire), wollten dieses nicht zugeben. Im Jahre 1262 wurde jedoch der Streit zu Gunsten der Stadt entschieden und ihr der Bürgerhof für alle Zeiten zugesprochen (curia totalis cedet ad perpetuos usus civitatis) ¹⁵⁾. Nach der Nachtung von 1407 ¹⁶⁾ sollten die Rathssitzungen nicht mehr auf dem Bürgerhof, vielmehr wieder auf dem Bischofs Saale gehalten werden. Seit der Nachtung von 1519 wurden sie jedoch wieder auf dem Bürgerhofe gehalten ¹⁷⁾.

In Speier pflegte sich der Rath und die Bürgerschaft vor dem Münster, also auf dem Markte, unter freiem Himmel, oder bei den Barfüßern oder auch in dem Hofe eines alten Geschlechtes,

11) Annal. Worm. bei Boehmer, font. II, 161. Zornius p. 117.

12) Boehmer, font. II, 162 u. 218. Chron. Worm. bei Ludewig, II, 111. insignem domum communitatis, vulgariter dictam der Burckhof. In den alten Rathssordnungen bei Schannat, II, 489 u. 441. wird das Rathhaus Burgerhoff genannt.

13) Boehmer, II, 162 u. 218.

14) Boehmer, II, 162.

15) Boehmer, II, 173 u. 235.

16) Schannat, II, 221.

17) Schannat, II, 324.

in dem Retscherhofe ¹⁸⁾, in der Regel jedoch auf der Münze zu versammeln. Die Münze war demnach das alte Rathhaus ¹⁹⁾. Erst seit dem Siege der Günstigen wurde im Jahre 1340 von dem Stadtrathe, um sich von den Münzern unabhängig zu machen, der Hof des reichen Ebelin vor dem Münster gekauft, welcher sodann den Namen Rathhof, d. h. Rathhaus erhalten hat. Mit der Stadt wurde von den Franzosen auch dieser Rathhof zerstört, worauf im Jahre 1722 der Grund zu dem heutigen Rathhause am Markte gelegt worden ist ²⁰⁾.

Eigene Rathhäuser kommen bereits seit dem 12. und 13. Jahrhundert vor. Das alte Stadtrecht von Soest spricht schon von einem *domus consulum*) ²¹⁾. In Lübeck kommt seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts ein *domus consilii* und ein *theatrum consulum* vor ²²⁾. In Basel wird erst seit der Mitte des 13. Jahrhunderts eines Gemeindehauses (*domus communitalis*) erwähnt und dieses auch *praetorium civium* und Raths- (Haus) (*domus iudicii*) genannt ²³⁾. In Prag verlangten im Jahre 1296 die Bürger ein Rathhaus (*domus consilii et maniloqii*), wie damals schon die meisten großen Städte gehabt haben. Sie scheinen aber erst im 14. Jahrhundert eines erhalten zu haben ²⁴⁾. In Frankfurt findet sich im 13. Jahrhundert ein eigenes Rathhaus, ein Rathhof ²⁵⁾. Die außerordentlichen Versammlungen der Gemeinde wurden jedoch bei den Barsüßern gehalten ²⁶⁾. In Köln hatte bereits im 12.

18) Zeuß, p. 16. Not. *. Rau, Retscherhof u. Königspfalz in Speier, p. 15.

19) Zeuß, p. 14 u. 15 Vergl. oben §. 53.

20) Zeuß, p. 15.

21) Stadtr. von 1120 §. 36.

22) Deede, Grundlinien, p. 24.

23) Basel im 14. Jahrhundert, p. 46.

24) Urf. von 1296 bei Köppler, p. 173. — *quod non haberet domum consilii et maniloqii sicut aliae civitates capitales consueverunt habere.* Vergl. Urf. von 1338, eod. p. 175 ff.

25) Urf. von 1291 bei Guden, V, 775. „einen Tag zu Frankfurt inn den „Rathhoff.“

26) Bericht von 1355 bei Böhmer, Urkb. I, 667. — „das es ein Tag war gemacht zu den Barsüßsen.“ Vergl. Urf. von 1387 bei Kirchner, I, 411. Not.

Jahrhundert nicht bloß die Altstadt ihr eigenes Gemeindehaus (*domus civium*)²⁷⁾, sondern auch jedes Kirchspiel und jede Vorstadt wieder ein solches, welches bald *domus civium parochie*, bald *domus officiatorum*, *domus officialium*, oder *domus vicinorum*, bald Schuirshaus oder Amtleutehaus genannt zu werden pflegte²⁸⁾. Und auch diese untergeordneten Rathhäuser der einzelnen Kirchspiele lagen meistens an dem Markte des betreffenden Kirchspieles²⁹⁾.

Daß München schon im 13. Jahrhundert ein eigenes Rathhaus gehabt habe, ist gewiß³⁰⁾, wo es aber gelegen habe, wissen wir nicht, jedenfalls aber hat dasselbe nicht in der Fürstensefelder Gasse gelegen, wie Bergmann will³¹⁾ und auch nicht am Anger, wie dieses Lipowsky geglaubt hat³²⁾. Denn die alten Rathhäuser haben allzeit in der Stadt selbst, niemals außerhalb der Stadt, also auch nicht in einer Vorstadt gelegen. Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts hat jedoch das Rathhaus schon an derselben Stelle an dem Schraunenplatze gestanden, wo es heute noch steht³³⁾. Sehr wahrscheinlich hat jedoch auch in München jede Vorstadt wieder ihr eigenes Rathhaus gehabt. Denn noch im Jahre 1395 wird eines Gemeindehauses („*Etat gemain haus*“) an der Auguster Brücke erwähnt³⁴⁾, also eines Gemeindehauses in der Vorstadt in den Hacken. Und heute noch wird ein Haus am Anger das Stadthaus genannt, welches wahrscheinlicher Weise das alte Rathhaus der Vorstadt im Anger gewesen ist. Auch in Regens-

27) Urf. von 1149 bei Lacomblet, Urfb. I, 251. — in domo civium inter judeos sita. Laudum von 1258 bei Securis, p. 76 u. 80. und Lacomblet, II, 246. — officiales de Richerzecheit in domo civium convenientes —

28) Urkunden bei Glaser, Schreinspr. p. 36, 38 u. 41.

29) Glaser, p. 38, 39 u. 40.

30) Urf. von 1291 bei Bergmann, II, 9. „unser Rat sol och von sin selbes Hus, — nicht furren.“ —

31) Gesch. von München, I, 14.

32) Urgesch. von München, II, 35.

33) Urf. von 1353 bei Eutner in histor. Abhandl. der Bair. Akad. von 1813, p. 520. — „Daß unter der inbern Ratstuben neben den Fleischbänken.“ —

34) Urf. von 1395 bei Bergmann, II, 13.

burg findet man schon im 13. Jahrhundert ein Rathhaus, welches bald *domus civium* oder Bürger Haus bald Ringhaus genannt wird³⁵⁾. Eben so in Magdeburg³⁶⁾, Augsburg und Eßlingen im 13. Jahrhundert ein eigenes Rathhaus, welches in Augsburg auch Dinst-Haus³⁷⁾, und in Eßlingen Mitterhaus genannt worden ist³⁸⁾. Auch Passau hat ohne allen Zweifel mit den Rathsglocken auch ein eigenes Stadthaus im Jahre 1298 erhalten³⁹⁾. Im Jahre 1307 verbanden sich Berlin und Köln zu einem gemeinschaftlichen Rath. Daher wurde bald nachher, in der Mitte des 14. Jahrhunderts, an der Brücke der Spree zwischen beiden Städten ein gemeinschaftliches Rathhaus erbaut⁴⁰⁾.

Die Rathhäuser wurden meistens von der Bürgerschaft selbst erbaut. Daher hießen sie auch Bürgerhäuser oder *domus civium*, z. B. in Köln und Regensburg, oder der Bürger gemeines Haus z. B. in Nürnberg⁴¹⁾ oder Bürgerhöfe z. B. in Worms, oder Gemeindeg Häuser oder Gemeinhäuser z. B. in München in der Vorstadt in den Hacken, und in Regensburg⁴²⁾ oder Rathhäuser, *domus consulum*, Rathhöfe u. s. w. in Soest, Frankfurt, Speier u. a. m. Dester nannte man sie indessen auch, von ihrer Lage in der Altstadt oder in der Burg oder in der Wis, Burghöfe z. B. in Worms, oder auch Wis- oder Weichhäuser z. B. in Sachsen⁴³⁾. Sehr häufig wurden sie, zumal in früheren Zeiten, ganz allgemein das Haus z. B. in München und Regensburg⁴⁴⁾ *praetorium* z. B. in Goldberg⁴⁵⁾, *theatrum* z. B. in Stettin, Garz und Prenz-

35) Urf. von 1244 u. 1312 bei Gemeiner, Chron. I, 349 u. 484. Urf. von 1244 u. 1314 bei Freyberg, V, 89, 92 u. 96.

36) Rathmann, II, 179.

37) von Stetten, Gesch. Augsb. I, 81.

38) Pfaff, Gesch. von Eßlingen, p. 70.

39) Stero, annal. Altahens. ad 1298 bei Freher, scriptor. I, 579.

40) Fubicin, I, 38 – 40.

41) Siebenkees, Materialien, IV, 695.

42) Gemeiner, I, 544.

43) Gloße zum Sächs. Weichbild, art. 9. — „Das ander Weichhaus das wir auch das Rathhaus heißen.“ —

44) Bergmann, II, 9. Gemeiner, I, 503.

45) Urf. von 1327 bei L. u. St. p. 271. Not. 2. — *praetorium, quod vulgariter eyn Rathus dicitur.*

lau ⁴⁶⁾, in Hannover ⁴⁷⁾ u. a. m. oder auch *domus theatralis* z. B. in Bremen ⁴⁸⁾, späterhin aber meistentheils Rathhäuser genannt. In den grundherrlichen Städten war jedoch zum Bau eines Rathhauses die Erlaubniß des Grundherrn nothwendig, z. B. in Stettin ⁴⁹⁾, in Garz und in Prenzlau ⁵⁰⁾, in Goldberg ⁵¹⁾ u. a. m.

§. 189.

Der mit der Marktfreiheit und dem freien Verkehr entstandene Handel und Wandel machte frühe schon Kaufhäuser und andere öffentliche Verkaufshallen, Lauben, Stände, Buden und Bänke nothwendig, theils zur bequemeren Ausstellung der zum Verkaufe bestimmten Waaren theils auch zur besseren Beaufsichtigung der feil gebotenen Waaren im Interesse der Gewerbs- und Marktpolizei.

Kaufhäuser findet man schon sehr früh, z. B. in Norvege schon seit dem 10. Jahrhundert ein *domus mercatoria* zum Gebrauche der den Markt besuchenden Kaufleute ¹⁾. Und seit dem 13. Jahrhundert hatten bereits die meisten alten Städte ihr eigenes Kaufhaus, ein *venditorium* z. B. in Goldberg ²⁾, ein *theatrum* z. B. in Frankfurt an der Oder ³⁾ und in Stendal ⁴⁾, wo es auch *domus mercatorum* genannt worden ist ⁵⁾, so-

46) Urf. von 1240, 1245 u. 1252 bei Dreger, cod. Pomer. I, 199, 251 u. 336.

47) Gruben, p. 319 u. 320.

48) Urf. von 1229 u. 1251 bei Caspel, von der Regiments Verfassung p. 36.

49) Urf. von 1245 bei Dreger, I, 251. *dedimus civitatis nostre burgensibus libertatem edificandi theatrum in foro*, also ein Rathhaus auf dem Markt.

50) Urf. von 1240 u. 1252 bei Dreger, I, 199 u. 335 f.

51) Urf. von 1327 bei L. u. St. p. 271.

1) *Annal. Corbej. ad. an. 950* bei Leibnitz, script. Brunsv. II, 300. *domus mercatoria structa pro commoditate et securitate mercatorum in festo S. Viti adventantium.*

2) Urf. von 1327 bei L. u. St. p. 271. Not. 2.

3) Gründungsurkunde von 1253 bei Gerden, cod. dipl. Brand. VI, 564.

4) Urf. von 1243 bei Gerden, vet. march. I, 2.

5) Urf. von 1188 bei Lenz, I, 9.

dann ein *domus forensis* z. B. in Görlitz und Magdeburg⁶⁾, ein Kaufhaus („Koufhus“, „Kaufhus“, oder „Kaufhaus“) z. B. in Straßburg⁷⁾, in Löwenberg⁸⁾, in Speier⁹⁾, Frankfurt a. M.¹⁰⁾, Basel¹¹⁾, in Winterberg in der Grafschaft Spanheim¹²⁾, in Ulm¹³⁾, München u. a. m. In diesen Kaufhäusern und Kaufhallen sollten nun alle aus der Fremde eingeführte Waaren niedergelegt und verkauft werden, z. B. in Straßburg¹⁴⁾, Basel¹⁵⁾, München¹⁶⁾ u. a. m. Auch sollten in vielen Städten die Gewänder daselbst ausgeschnitten, also die sogenannten Ellwaaren dort verkauft werden, z. B. in Freiberg¹⁷⁾, Glogau¹⁸⁾, Görlitz u. a. m.¹⁹⁾. Denn in seinem Hause durfte Niemand Gewänder ausschneiden²⁰⁾.

In vielen Städten hatten jedoch die einzelnen Gewerbsleute wieder eigene gemeinsame Häuser und Gewerbshallen, in welchen sie ihre Waaren feil hielten, z. B. die Kürschner in Stendal ein eigenes Kürschnerhaus (*domus pellificum*)²¹⁾. Eben so die Kürschner (die sogenannten Buntwirker oder Bontwerter) in Köln²²⁾ und in München²³⁾. In Köln hatten auch noch die

6) Schöffensteinum aus 13. sec. §. 2 bei L. u. St. p. 198 u. 271.

7) Königshoven, p. 285.

8) Urk. von 1217 bei L. u. St. p. 278.

9) Zeuß, p. 16.

10) Kirchner, I, 240.

11) Ochs, II, 384.

12) Stadtr. von 1331 bei Balch, IV, 257.

13) Urk. von 1369 bei Jäger, Ulm, p. 598.

14) Königshoven, p. 285.

15) Ordnung über das Kaufhaus aus 15. sec. bei Ochs, III, 191.

16) Urk. von 1352 bei Gutner in histor. Abhandl. von 1813, p. 520. Not. f.

17) Stadtr. c. 47 bei Schott, III, 278.

18) Weisthum von 1302 §. 6 bei L. u. St. p. 445.

19) L. u. St. p. 193.

20) Urk. von Stendal von 1231 bei Lenz, I, 30. Urk. von Görlitz von 1301 bei Neumann, p. 116.

21) Urk. von 1227 bei Lenz, I, 27.

22) Urk. von 1237 bei Lacomblet, Urkb. II, 114. — *edificia civium qui varias pelles vendere consueverunt*. Glaser, Schreinspr. p. 39.

23) Urk. von 1353 bei Gutner in histor. Abh. I c. p. 520 Not. g. —

Ziegenweber und Leinweber und Schwertfeger eigene Leinwandgabbemen, Schwertgabbemen und andere Niederlagen (*cubicula*)²⁴). Eben so die Gewandschneider zu Salzweber ihr eigenes Gewandhaus (*commune theatrum pannicidarum*²⁵) oder *domus communis et venalis*)²⁶), in welchem sie die Gewänder ausschneiden und verkaufen mußten. In Augsburg hatten die Gewandschneider seit dem 13. Jahrhundert ihre eigene Gabbeme oder offene Keller (Gewölbe), in welchen sie die Tücher ausschneiden mußten²⁷). Auch in Lübeck hatten die Gewandschneider bereits seit dem 13. Jahrhundert eigene Gewandhäuser, ein unteres Gewandhaus (*domus inferior*) neben dem Rathhaus, und ein oberes Gewandhaus (*domus superior*). In beiden Gewandhäusern lagen die Tücher in Kisten (*cystae pannorum*), für welche eine jährliche Abgabe, das sogenannte Rathgeld, an die Stadt entrichtet werden mußte. Die Kisten wurden verloost. Der Tag, an welchem dieses geschah hieß der Rateltag, d. h. der Tag des Loosens. Und dieser Tag diente zu gleicher Zeit auch zur Besprechung der genossenschaftlichen Angelegenheiten, und war daher dasselbe, was bei anderen Zünften die Morgensprache gewesen ist²⁸). In Mainz hielten die Wollelenweber ihre Waaren unter den Gaden (*inter gades*) feil, und die Krämer hatten ihre eigenen Buden (*apothecae*, d. h. *boutiques*)²⁹). In Ulm die Göltschenweber (Leinwandweber) ein eigenes Göltschenhaus, welches auch Göltschenkeller genannt worden ist³⁰). In Basel die Kürschner eine eigene Kürschnerlaube zuerst bei dem Rithause am Pfauenberg, und seit dem 14. Jahrhundert am Rindermarkt, und die Grautücher bei den Schalen auf dem Markte

„ain Kürsenhaus den kürsnern, — darine sie wochentlich ir firsen-
gewant wollen fail haben.“

24) Glaser, Schreinspr. p. 39. Hüßmann, Städtew. III, 583.

25) Urf. von 1323 bei Ludewig, rel. Mpt. IX, 523.

26) Urf. von 1233 bei Lenz, I, 32.

27) Stadtr. bei Freyberg, p. 80.

28) Verzeichniß der Einkünfte von 1262 im Lüb. Urfb. I, 248. Wehrmann, p. 27—28, 89 u. 490.

29) Urf. von 1300 bei Würdtwein, dioeces. Mog. I, 21 u. 24. Henschel, I, 825.

30) Jäger, Ulm, p. 599. Schmid, schw. Wörtl. p. 238.

eine Laube, die Laube der Grautücher³¹⁾. Auch die Wollenweber zu Aachen hatten ein Gewandhaus³²⁾. In Frankfurt hatten die Kaufleute bis ins 14. Jahrhundert ihr Gewandhaus im Königs-
saale und dann erst wurde ein eigenes Leinwandhaus gebaut³³⁾. Für das Tuchauschneiden hatte man aber daselbst noch eigene Gaden³⁴⁾. Die Wollenweber in Wezlar hatten schon im 13. Jahr-
hundert wahrscheinlich in der Gewandsgasse ein Gewandhaus³⁵⁾ und eine Walkmühle³⁶⁾. Ob das Leinwandhaus (*thuguria ubi lineus pannus venditur*) von jenem Gewandhause der Wollen-
weber verschieden war oder nicht, muß ich dahin gestellt sein las-
sen³⁷⁾. Eben so besaß die sehr bedeutende Zunft der Wollenweber in Trier schon im 13. Jahrhundert in der Weberbachstraße ein be-
deutendes Gebäude, dessen unterer Raum zur Niederlage der Wol-
lenwaaren und der im oberen Theile befindliche große Saal zur
Versammlung der Wollenweberzunft diente³⁸⁾. In München
hatten die Watmanger, wie wir gesehen, ihre eigenen Kram-
laden (§. 181). Die Stadt hatte aber auch noch ein eigenes
Manghaus zum Mangen der Leinwand³⁹⁾, sodann noch eine
Bleiche, eine Walkmühle und ein Farbhaus für die Färber⁴⁰⁾. In
Liegauß und Reiffe besaßen die Gerber ein eigenes Leder- oder
Gerberhaus⁴¹⁾.

31) Basel im 14. Jahrh. p. 48.

32) Roppius, Aach. Chron. III, 36 p. 141.

33) Kirchner, I, 239.

34) Urf. von etwa 1355 bei Boehmer, Frankf. Urkb. I, 668. „da man in
„der stad andirs kein gewand sulde snyden dan undir den gaden
„uzwendig der meze.“

35) Urf. von 1280 bei Guden, II, 217. *reditus trium solidor. De domo
in qua pannus venditur, qui vulgariter Kram dicitur.*

36) Urf. von 1360 bei von Ulmenstein, I, 635.

37) Urf. von 1341 bei Guden, V, 204.

38) Jahresbericht der Gesellschaft für nützliche Forschungen zu Trier, vom
Jahre 1854, p. 43.

39) Urf. von 1358 in Mon. B. 19, p. 31. — *in domo universitatis
Monacensis ubi linei pani in candore recilantur dicta Mang-
haus.*

40) Eutner in histor. Abbl. I. c. p. 517, 518 u. 520.

41) L. u. St. p. 195.

Insbefondere hatten aber die Geldwechsler oder die Münzer Hausgenossen fast allenthalben ihre eigenen Hallen oder Stände, meistens in der Münze selbst oder in ihrer Nähe, z. B. in Köln⁴²⁾, in Straßburg u. a. m.⁴³⁾. Zum Zwecke des Geldwechsels hatten sie an ihrem Geschäftsorte eine Geldkiste, welche *campura*, *campsa* oder *capsa*, d. h. *caisse* oder Kasse, oder auch *bursa*, *burissa* oder Börse genannt zu werden pflegte⁴⁴⁾. Späterhin, seitdem der Geldhandel und das Wechselgeschäft von der Münze getrennt worden war (§. 78), mußten auch die Kaufleute, welche dergleichen Geschäfte machten, ihre Bank oder Geldkiste (*campsa* oder *bursa*) auf dem Kaufhause haben. Und von diesen Banken und Bursen hat sodann das Gebäude selbst den Namen Bank oder Börse erhalten und diesen Namen auch dann noch behalten, als die Bank- und Wechselgeschäfte nicht mehr in baarem Geld gemacht zu werden pflegten, also eine eigentliche Bank oder Börse gar nicht mehr vorhanden und auch nicht mehr nothwendig war.

In manchen Städten hatten auch die fremden Kaufleute ihre eigenen Waarenlager, Kaufhäuser oder Schildhallen. Wie nämlich die deutschen Kaufleute in Venedig, London, Utrecht bis nach Nowgorod hin eigene Waarenniederlagen, sogenannte Höfe oder Kauf- oder Schildhallen gehabt haben, so hatten öfters die auswärtigen Kaufleute auch in den deutschen Städten selbst ihre eigenen Kaufhäuser oder sonstigen Hallen, z. B. in Köln die Sachsen oder Westphalen einen sogenannten Sassenhof (*curia Saxorum*)⁴⁵⁾, die Bürger von Burg in Magdeburg schon seit dem 12. Jahrhundert ein eigenes Kaufhaus (*Kophus*)⁴⁶⁾, die Kaufleute von Köln und von Regensburg in Wien einen Köllnerhof und einen Regensburgerhof, von denen der Köllnerhof auch seine

42) Urf. bei Glasen, Schreinspr. p. 51. *halla juxta hallam fratrum* Hausgenossen. Vergl. noch p. 39.

43) Stadtr. c. 64 bei Grandidier, II, 69. *In loco, ubi cambitores sedent.* Vergl. oben §. 78.

44) Henschel, v. *bursa*. I, 819. Grass, III, 206. oben §. 78.

45) Glasen, Schreinspr. p. 39.

46) Rathmann, I, 367.

eigene Kapelle gehabt hat⁴⁷⁾. Auch hatte das Kloster Eberbach im Rheingau ein eigenes Wohn- und Lagerhaus in Köln zum Verkaufe der Rheingauer Weine⁴⁸⁾. Diese Waarenniederlagen führten zu Ansiedelungen fremder Handelsleute um ihre Niederlagen herum, und diese Ansiedelungen sodann zur Anlage ganz neuer Straßen. Und so mögen denn manche Straßen in Regensburg, Prag, Wien u. a. m. von ihnen ihren Namen Wälsche Straße, Deutsche Straße, Ungergasse u. s. w. erhalten haben (§. 179).

§. 190.

In fast allen diesen Kaufhäusern und Gewerbshallen findet man zum Verschließen eingerichtete Unterabtheilungen, welche man Gewölbe, Kammern, Kramladen u. s. w. genannt hat, z. B. im Kaufhause zu München sechs Gewölbe zum Gebrauche der fremden Kaufleute¹⁾. Eben so in Löwenberg²⁾, Glogau³⁾, Magdeburg⁴⁾, Goldberg⁵⁾, seit dem Jahre 1320 in Görlitz⁶⁾ u. a. m. sogenannte Kammern, Kaufkammern oder Kramladen, insbesondere auch unter dem Kürschnerhause zu Stendal 13 solche Kammern⁷⁾ und im Kaufhause zu Ulm 13 Laden für

47) Echlager, alterth. Ueberlieferungen von Wien, p. 72—75.

48) Urf. von 1162 bei Bär, Beiträge zur Mainzer Geschichte, II, 151 u. 258. *Domum et cellarium Colonie situm cum omnibus pertinentiis suis.* Dieses cellarium war offenbar ein Weinlager. Vergl. Urf. von 1291, eod. II, 299. und oben §. 28.

1) Urf. von 1353 bei Eutner, in histor. Abhl. von 1813, p. 520 Not. f. „Der Stadt Kaufhaus genannt das Waghaws darinn sind sechs gewölbe, die warten den kaufleuten wann die her komet mit Gewant von Eyflett oder andartthalben, denselben, die ir gewand verkaufen wollen, leicht der wagmeister der Stadt die Gewelb nach ir Begehren.“

2) Stadtr. von 1217 bei L. u. St. p. 278. — „Swelch Man in deme Kaufhuse eine Kammer hette.“

3) Weisthum von 1302 §. 6 bei L. u. St. p. 445.

4) Weisthum aus 18. sec. §. 2.

5) Urf. von 1327 bei L. u. St. p. 271. Not. 2. — *in fine camerarum venditorii.*

6) Reumann, p. 76.

7) Urf. von 1227 bei Lenz, p. 27. — *tredecim cameras sub domo pellificum.*

die Sattler ⁸⁾. Oefters hingen auch die für die Tuchscherer bestimmten sogenannten Schergaden oder Scherkammern (*camera rasorum* und *domus rasoris pannorum*) mit den Kaufhäusern zusammen ⁹⁾. Die Kaufhäuser standen nämlich sehr häufig mit den Rathhäusern in der Art in Verbindung, daß dieselben entweder nebeneinander gebaut, oder sogar in demselben Gebäude vereinigt worden sind. So war z. B. in Goldberg das Rathhaus neben dem Kaufhaus erbaut ¹⁰⁾. Eben so stand hier in München das Rathhaus neben dem Kaufhaus und neben den Fleischbänken und dicht daneben der Bürger Trinkstube, das Kürschnerhaus und der Weinkeller der Stadt ¹¹⁾. Anderwärts sollte das Rathhaus zu gleicher Zeit als Kaufhaus benutzt werden, z. B. zu Steinau ¹²⁾, oder umgekehrt das Kaufhaus zu gleicher Zeit als Rathhaus und auch noch als Gerichtshaus, z. B. in Liegnitz, Schweidnitz u. a. m. ¹³⁾. Und heute noch dient das Kaufhaus in Mannheim zu gleicher Zeit als Rathhaus und als Gerichtshaus, indem das Hofgericht seinen Sitz darin hat.

In vielen Städten war mit dem Rathhause auch ein Keller, ein sogenannter Rathskeller, verbunden, in welchem die fremden Kaufleute ihren Wein und ihr Bier niederlegen mußten, und in denen sodann öfters der Stadtrath Wein und Bier aus-schenken ließ. Seit dem 14. und 15. Jahrhundert findet man einen solchen städtischen Weinkeller hier in München ¹⁴⁾, einen Raths-

8) Jäger, Ulm, p. 598.

9) L. u. St. p. 194.

10) Urf. von 1327 bei L. u. St. p. 271. Not. 2. — *aedificandi seu construendi praetorium, quod vulgariter eyn Rathus dicitur, contigue in fine camerarum venditorii siti ibidem.*

11) Urf. von 1353 bei Sutner l. c. p. 520 Not. f. und g. „Daß unter der nidern Ratstuben neben den Fleischbänken steht der Stadt Kaufhaus. — Item die Stat hat ain haus auf dem Margt darin der Burger Trinkstuben ist. In demselben haus hat die stat gebawt am kürschnhaus. — Item noch ist unter des Implers haus der Stat weinkeller. —

12) Urf. von 1348 bei L. u. St. p. 561.

13) Urf. von 1318 u. 1336 §. 1. bei L. u. St. p. 193. Not. 3 u. p. 540.

14) Urf. aus 15. Jahrh. bei Sutner in Histor. Abhdl. l. c. p. 520, Not. g. — „Der Stat weinkeller daren die Gest mit jrm Wein hergen München komet und nit verkaufen mugent.“ —

keller in Bremen ¹⁵⁾, in Lübeck ¹⁶⁾, in Götting ¹⁷⁾, in Breslau ¹⁸⁾, in Zelle ¹⁹⁾, in Orlamünde ²⁰⁾, einen sogenannten Weinhof in Ulm ²¹⁾ u. s. w. In Hannover wurde im 15. Jahrhundert über dem Rath's Weinkeller das neue Rathhaus gebaut ²²⁾. Und der Rathskeller von Bremen war von je her berühmt, wie in früheren Zeiten auch der Stadtkeller im Gimbeck'schen Hause in Hamburg ²³⁾. In diesen Rathskellern ließ nun der Stadtrath, wie heute noch in Bremen, Wein und öfters auch Bier ausschenken. Daher wurden diese Rathskeller meistens der Mittelpunkt der geselligen Unterhaltung und der Ort, an welchem sich die Rathsherren mit den Bürgern zur Unterhaltung, öfters aber auch zur Besprechung der Angelegenheiten der Stadt zu versammeln pflegten ²⁴⁾.

§. 191.

Statt der Kaufhäuser findet man in anderen alten Städten Kaufhallen oder sogenannte Lauben oder Arkaden. Ein Hallhaus findet sich z. B. in Kreuznach ¹⁾. Bedeckte Hallen oder sogenannte Lauben findet man schon seit der Gründung der Stadt z. B. in Freiburg ²⁾, in Straßburg ³⁾, in Magdeburg ⁴⁾ u. a. m. Und heute noch steht man solche Lauben in Bern, in Straßburg und in anderen alten Städten, insbesondere auch in

15) Donandt, I, 328 f.

16) Hach, II, 207.

17) Neumann, p. 63.

18) Grünhagen, Breslau unter den Pasten, p. 107.

19) Stadtr., art. 5 bei Pufendorf, I, 281.

20) Statut aus 14. Jahrh. §. 16 u. 17 bei Walch, II, 76.

21) Urf. aus 15. Jahrh. bei Jäger, Ulm, p. 600.

22) Grunow, ant. Hanov., p. 318 u. 319.

23) Pencke, Hamb. Gesch. p. 310—319.

24) Dr. Rudolf Schulze, Geschichte des Weins und der Trinkgelage. Berlin 1867, p. 134 ff.

1) Grimm, II, 152. — „ein hallhaus, da alle kaufleute vnder seil sollen haben.“

2) Stadtrecht von 1120 §. 77 u. 78. Stadtr. von 1275 bei Schreiber, I, 1 81 u 82.

3) Glosener, p. 76. „Die buchloube vor dem munster.“

4) Chron. Magdeb. bei Meibom, II, 334. lobium civitatis. —

Schleßen und Westpreußen ⁵⁾, Arkaden aber z. B. hier in München auf beiden Seiten des Schranneplatzes. Auch unter diesen Lauben und Arkaden findet man wieder Kramladen, Kammern oder Bänke angebracht. So schon in Freiburg Bänke für die verschiedenen Gewerbsleute unter jeder Laube ⁶⁾. In Frankfurt die im Hause zum Langhuse befindlichen Kramladen (*apothecae*), in welchen die Tücher verkauft werden mußten ⁷⁾. In München mehrere Brodbänke unter dem gemeinen Brodhaus ⁸⁾. Ebenso heute noch in Straßburg in der großen Gewerbslaube und hier in München unter den Arkaden. Meistentheils standen jedoch diese Kammern, Gaden, Buden, Bänke und Schranen nicht unter solchen Hallen oder Lauben, sondern entweder vor der Wohnung des Handelsmanns in die Straße hinein, z. B. in Frankfurt a. M. die sogenannten Schoppen oder Vorkrämen, welche zum Feilhalten der Waaren dienten und in der Messe auch an fremde Kaufleute vermiethet zu werden pflegten ⁹⁾, oder sie standen frei neben einander, insgemein an einem Marktplatz, z. B. in Köln die Kammern, Buden, Gaddemen und Bänke auf dem Finkenmarkt ¹⁰⁾. In Regensburg die Lederbank (der sogenannte Lederstein oder die Lederlaube) auf dem Markte ¹¹⁾. In Freiburg die Brodbänke auf dem Fischmarke ¹²⁾. In Straßburg die Stände der Metzger gleichfalls auf dem Markte ¹³⁾. In Worms die Kramladen und

5) Hüllmann, Städtewesen, I, 303.

6) Stadtr. von 1120 §. 77. — *bancum unum sub tribus lobiis.*

7) Urk. von 1290 bei Boehmer, Frankf. Urkb. I, 247. *domum dictam Zum Langhuse et apothecas factas eadem. — stare tenetur in ipsa domo in apotheca, et nusquam alibi, in ipsis deputatis ac in eisdem vendere suos pannos.*

8) Urk. von 1395 in M. Boic. 35. II, 1845.

9) Kriegf, p. 281, 282 u. 523. Vergl. unten §. 410.

10) Glaser, Schreinspr. p. 50.

11) Chron. Ebersperg. ad 928 bei Oefele, II, 6. Vergl. 47. *Ratispone in loco, qui vulgariter dicitur Lederbank, quae est sita in platea sive foro rerum venalium.* Gemeiner, I, 256.

12) Stadtr. von 1120 §. 78. — *banchi panum apud forum piscium.*

13) Stadtr. c. 62 u. 82 bei Grandidier, II, 68. — *prope forum juxta stationem carnificum.*

anderen Gaden der Kaufleute an dem Markt¹⁴⁾. In Mainz die Kramladen (apothecae) und Schragen (scragones) an dem Markt¹⁵⁾. Auch die Gaddeme und offenen Keller in Augsburg, in welchen die Tücher nach der Elle verkauft werden mußten¹⁶⁾ und die Gaden in Frankfurt, in welchen die Gadenleute die Gewänder ausschneiden sollten¹⁷⁾, standen offenbar an dem Markt. Eben so viele Gewerbsbänke in Lübeck¹⁸⁾. Eben so in Speier die Fleisch- und Brodschranken, welche auch Brodstadel und Brodhäuser (domus panum) genannt worden sind¹⁹⁾. Desgleichen in Basel, wo man die Brod-, Fleisch-, Fisch- und Lederbänke Schalen, Schale oder Schohle, d. h. Hallen, also Brod-, Fleisch-, Fisch- und Lederhallen genannt hat²⁰⁾. Auch in München standen ursprünglich die Fleisch- und Brodbänke („die flaesche penche und die Brot-pench“) auf dem Markte, von welchem sie erst Ludwig der Baier entfernt hat²¹⁾. Und in allen alten Städten findet man wenigstens Brod-, Fleisch-, Wein- und Bierbänke, oder sogenannte Fleisch- und Brodschirme²²⁾ zum Verfaufe jener ersten und nothwendigsten Lebensmittel und Getränke, sodann Lederbänke, Schuhbänke und andere Bänke und Schranken, wo die Handwerks- und Gewerbsleute ihre Waaren feil boten und feil bieten mußten.

Diese Bänke, Buden, Kammern, Gaden und Kramladen standen, wie wir gesehen, meistens an einem der Märkte beisammen. Daher erhielten die um den Markt herum liegenden Straßen, nachdem aus den Buden und Gaden Häuser geworden

14) Annal. Worm. ad 1221 bei Boehmer, font. II, 158. ex opposito fori — omnes crame et veteres gades.

15) Urf. von 1253 bei Guden, I, 633, III, 835. Vergl. Henschel, VI, 127. Denn scragones sind offenbar scragae oder Schragen.

16) Stadtr. von 1276 bei Freyberg, p. 30.

17) Boehmer, Urkb. I, 663. um das Jahr 1355.

18) Urf. von 1262 in Codex dipl. Lub. I, 252. de qualibet mensa in foro dantur. Vergl. oben §. 187.

19) Zeuß, p. 17.

20) Dchß, II, 386 u. 387. Vergl. Stalder, II, 304 u. 305. und Basel im Mittelalter, p. 50.

21) Urf. von 1315 bei Bergmann, II, 52.

22) Ulmenstein, Gesch. von Weplar, I, 521 u. 523, II, 149 u. 532.

Schragen (scragones) ¹³⁾. In Frankfurt ein jährlicher Zins für das an die Bürger verpachtete Haus zum Langhuse und für die darin befindlichen Kramladen (apothecae) ¹⁴⁾. In Ulm ein Grundzins von den Kramladen der Handelsleute ¹⁵⁾. In München ein jährlicher Zins für die von dem Stifte verliehenen Brodbänke ¹⁶⁾. In Horehusen, dem späteren Marsberg, eine jährliche Abgabe von den auf dem Markte stehenden Brod- und Tuch-Ständen und Buden ¹⁷⁾. In Winterberg ein jährlicher Zins von den auf dem Markte stehenden Fleischbuden („Fleischirn“) und von dem Kaufhaus ¹⁸⁾. Sodann in Hörter eine jährliche Abgabe von den Fleischbänken und von jedem Plaze, auf welchem die Kaufleute ihre Waaren aufstellten ¹⁹⁾. Eben so in Neuenburg von den Schusterbänken ²⁰⁾, und in Löwenberg, Breslau, Baugen u. a. m. von den in den Kaufhäusern befindlichen Kammern ²¹⁾. Späterhin wurden jedoch auch diese Grundzinsen und anderen jährlichen Abgaben meistens den Städten von den Grund- und Landesherrn überlassen, z. B. in Stendal der Gebrauch der Fleischbänke und der in dem Kürschnerhause befindlichen Kammern ²²⁾ und später auch noch das Kaufhaus selbst ²³⁾. Eben so in Ne-

offenbar ein Ueberwurf oder ein Ueberhemd. Ein Rest, Röst oder Rost, wie es scheint so viel als perizoma, i. e. succinctorium oder eine Schurze. Vergl. Henschel, V, 207. und Scherz, p. 820.

13) Urf. von 1253 bei Guden, I, 633.

14) Urf. von 1290 bei Boehmer, Frankf. Urfb. I, 247.

15) Jäger, Ulm, p. 598.

16) Urf. von 1395 in Mon. Boic. 35, II, p. 184.

17) Korveisch. Güterverzeichnis von 1106 bei Kindlinger, M. B. II, 129. de habitaculis in quibus venundatur panis et pannus VI solidos. —

18) Stadtr. bei Walch, VI, 257.

19) Urf. von 1115 bei Kindlinger, II, 104.

20) Freiheitsbrief von 1214 bei Walthier, Berner Stadtr. p. 17. Quilibet sutor qui tenebit un banc sur la foire, pabit nobis quatuor paris calceorum quolibet anno.

21) Tzschoppe und Stenzel, p. 192 u. 193.

22) Urf. von 1227 bei Lenz, I, 27. — cupientes omnem usum macellorum nostrorum carnificum nec non tredecim camerarum sub domo pellificum et si que alie sunt — conferimus eisdem.

23) Urf. von 1243 bei Gercken, vet. march. I, 2. quicquid juris habuimus

genzburg die Gerechtigkeit an der Lederbank oder Lederlaube ²⁴⁾, in Erfurt die Brodbänke und Kaufmannsbuden mit ihren Einkünften ²⁵⁾, in Frankfurt an der Oder das Kaufhaus mit den dazu gehörigen Verkaufslökalen ²⁶⁾.

Bei der Anlegung der Städte in Schlesien nach Deutscher Art wurden öfters die Fleischbänke, Brod- und Schuhbänke, sodann die Schlacht- oder Kuttelhöfe und die Tuchkammern und Kramladen den Unternehmern oder den Erbvögten entweder eigenthümlich oder die Grundzinse davon übertragen ²⁷⁾. Und aus einem ähnlichen Grunde erhielt jeder Rathmann (consul) in Freiburg gleich bei der Gründung der Stadt eine Bank unter den drei Lauben, welche bei dem Tode eines Rathmanns auf seinen Nachfolger übergehen sollte ²⁸⁾.

In vielen Städten kamen aber in früheren oder späteren Zeiten auch die Gewerbsbänke und Gewerbshäuser in den erblichen Besitz und ins Eigenthum der Gewerbsleute selbst, z. B. in Görlitz die Bänke der Bäcker und Fleischer, viele Schuhmacherbänke und die Radstuben ²⁹⁾, in Lübeck die meisten Bänke und Buden der Gewerbsleute ³⁰⁾, während sie in früheren Zeiten auch dort im Eigenthum der Stadt selbst gewesen sind ³¹⁾.

§. 193.

Statt der Hallen, Lauben und Arkaden machte man in vielen Städten sogenannte Ueberbaue („Overbowe und oberbuwe“), z. B. in Köln und Seligenstadt ¹⁾, Vorbaue (ante edificata)

aut proprietatis in theatro Stendal, ut idem theatrum in usus suos redigant et convertant ac proprietatis titulo possideant.

24) Gemeiner, I, 256.

25) Urf. von 1266 u. 1268 bei Lambert, p. 128 u. 131.

26) Urf. von 1253 bei Gerden, cod. Brand. IV, 564.

27) L. u. St. p. 184 u. 185.

28) Stadtr. von 1120 §. 77.

29) Neumann, p. 74, 75, 79 u. 80.

30) Pauli, Lüb. Zustände im 14. Jahrhundert, p. 53 u. 54.

31) Verzeichniß der Einkünfte der Stadt Lübeck vom Jahre 1262 im Codex dipl. Lub. I, 247—252.

1) Weisthum bei Grimm, I, 508, II, 747.

oder Vorzimmer, z. B. in Köln²⁾, Ueberzimmer z. B. in Mainz³⁾ und Augsburg⁴⁾, Ueberhänge z. B. in Speier⁵⁾ und in Straßburg⁶⁾, Uberschüsse z. B. in Prag⁷⁾ und Regensburg⁸⁾, Vorschüsse z. B. in Ulm⁹⁾ und projecta oder Ausfänge z. B. in Köln¹⁰⁾, Ausstößer z. B. in Eßlingen¹¹⁾. Das heißt, man rückte die Zimmer des oberen Stockes einige Fuß nach der Straße heraus und erhielt hiedurch, wenn es bei mehreren neben einander stehenden Häusern geschehen war, gleichfalls einen bedeckten Gang oder eine Halle^{11a)}. Da jedoch die Straßen dadurch beengt und verfinstert worden sind, und sogar die Vertheidigung der Stadt auf diese Weise erschwert zu werden pflegte, so durften sie nicht ohne Erlaubniß des Burggrafen gebaut werden, z. B. in Straßburg¹²⁾ und in Köln¹³⁾. Späterhin wurde jedoch jenes Recht von den Städten erworben, von der Bürgerschaft zu Köln gekauft¹⁴⁾, von den Bürgern zu Mainz ertroßt¹⁵⁾, anderwärts aber auf sonstige Weise erworben. Daher durften dergleichen

2) Urk. von 1169 bei Lacomblet, I, 302. „Burgezimbre“ und p. 303. Urk. von 1237, eod. II, 114. — ante edificata, que vulgariter dicuntur vorgezimbre. Grimm, II, 747. „alle vurgezimmer.“

3) Urk. von 1244 Nr. 4 bei Guden, I, 580.

4) Alles Stadtrecht bei Freyberg, p. 100. „uber gezimber.“ Walch, II, 233. — „Übergezimmer.“

5) Urk. von 1330 bei Nau, I, 33 u. 34. de ipsius domus supertectu (Vbirhange) — sub architectis (dann unter dem alten Vberhange). —

6) Glosener, p. 76 u. 77. Hermann, notices hist. sur la ville de Strasbourg, II, 36.

7) Stadtr. c. 32 bei Rößler, p. 21.

8) Gemeiner, Chr. I, 465.

9) Jäger, Ulm, p. 436.

10) Urk. von 1180 bei Lacomblet, I, 334. que projectum habent quod vulgo uzfanc dicitur. Urk. bei Glaser, Schreinspr. p. 47.

11) Psaff, p. 160.

11a) Urk. von 1237 bei Lacomblet, II, 114. quilibet ante edificare tecta sive hallas latas ad longitudinem septem pedum.

12) Stadtr. c. 81 bei Grandidier, II, 75. und Hermann, II, 86.

13) Urk. von 1169 u. 1180 bei Lacomblet, I, 302 u. 334.

14) Urk. von 1180 und 1237 bei Lacomblet, I, 334, II, 114.

15) Urk. von 1244 bei Guden, I, 580.

Vorbaue späterhin nicht mehr ohne Erlaubniß des Rathes gebaut werden, z. B. in Seligenstadt ¹⁶⁾, in Frankfurt a. M. ¹⁷⁾, in Amberg ¹⁸⁾. Und in vielen Städten wurden bereits seit dem 14. Jahrhundert alle Ueberhänge, Vorschüsse u. s. w. oder der Feuergefähr wegen wenigstens die hölzernen Ueberschüsse und Ueberhänge verboten und nur noch die steinernen erlaubt, z. B. in Regensburg ¹⁹⁾, in Straßburg ²⁰⁾, in Ulm ²¹⁾, in Köln ²²⁾. Und in Straßburg und Regensburg wurden die Ueberhänge wegen der Feuergefähr gänzlich verboten ²³⁾.

d. Stadtmauern und Stadthore.

§. 194.

Die alten Städte waren sammt und sonders mit Ringmauern und mit Wall und mit Graben umgeben. Denn nur durch diese burgartige Umgebung waren sie von den Dörfern unterschieden (§. 7, 8, 26). In Augsburg datiren die ältesten Stadtmauern sehr wahrscheinlich schon aus dem 6. Jahrhundert ¹⁾. In vielen alten Städten findet man heute noch Spuren der alten Stadtmauern und Graben. In Wien war bis zum Jahre 1858 noch die Altstadt mit Wall und Graben umgeben und dadurch von den Vorstädten geschieden, wie man sich ursprünglich in allen alten Städten die Altstadt denken muß. Auch in Mühlhausen in Thüringen ist heute noch die Altstadt mit einer Mauer umgeben und dadurch von den Vorstädten geschieden. Auch sind daselbst noch einige Thürme zu sehen, welche in jener Mauer stehen ²⁾. In den meisten Städten sind indessen die Mauern der Altstadt längst schon verschwunden.

16) Grimm, I, 508.

17) Kriegl, p. 281.

18) Bau- und Fortungschau Ordnung von 1552, art. 15.

19) Gemeiner, I, 465.

20) Glosener, p. 76 u. 77.

21) Jäger, Ulm, p. 436.

22) Ennen, Gesch. II, 505.

23) Glosener p. 76 u. 77. Gemeiner, Chr. I, 465.

1) von Etellen, Gesch. von Augsb. I, 2, 3 u. 26. Vergl. oben §. 2.

2) Altenburg, Beschreibung von Mühlhausen p. 165 ff. u. 171—173.

Dies ist namentlich auch hier in München der Fall. Daraus darf jedoch nicht gefolgert werden, wie dieses Bergmann von München gethan hat³⁾, daß die Altstadt niemals mit Mauern umgeben gewesen sei. Denn die Stadtmauern waren, wie wir gesehen, ein wesentliches Erforderniß einer jeden Stadt, indem ein Ort ohne Mauern keine Stadt, sondern ein Dorf gewesen wäre. Und so hatte denn auch Altmünchen, seitdem es zu einer Stadt erhoben worden ist, außer einem Wall und Graben auch schon seine Stadtmauern, wie dieses zumal von Krenner nachgewiesen worden ist. Sehr wahrscheinlich erhielt die Altstadt München schon von Heinrich dem Löwen seine ersten, also seine ältesten Stadtmauern. Sie gingen an der Seite des alten Stadtgrabens, des sogenannten inneren Grabens, von dem Kaufinger- (eigentlich Kaufinger-) oder Schönen Thurm in der Kaufingergasse durch den Färbergraben an den Anfang der sendlinger Straße, wo der Bütterichs- oder Ruffini Thurm stand, sodann durch das Grottenthal bis zum Rathhaus, wo das Thalburgerthor stand, am Isararm hin durch das Schran- nengäßchen in die Theatiner-Weinstraße, wo an der Stelle des heutigen Polizeigebäudes der Wildprechts- oder Rudelthurm stand, und von da durch die Schöffler- und Augustinergasse zum Kaufinger- oder Schönen-Thurm in der Kaufingergasse zurück. Und wie andere Stadtmauern so war auch die alte Stadtmauer von München mit eigenen Thürmen versehen⁴⁾. Im Anfang des 14. Jahrhunderts wurde die Stadt erweitert und auch die erweiterte Stadt wieder mit einem Graben, dem sogenannten äußeren Graben, und mit einer neuen Mauer umgeben. Ihr Bau begann im Jahre 1301 und schon im Jahre 1310 war sie vollendet. Zu dieser zweiten Stadtmauer kam aber im 15. Jahrhundert bei einer abermaligen Erweiterung der Stadt noch eine dritte Mauer. Und diese dritte Mauer mit dem dazu gehörigen Wall und Graben ist bis auf unsere Tage gekommen⁵⁾. Eben so wie München, so erhielten

3) Bergmann, Gesch. von München, I, 8 u. 9.

4) Urk. von 1336 bei Krenner in histor. Abhl. der Bair. Akad. von 1813 p. 141.

5) von Krenner in histor. Abhl. der Bair. Akad. von 1813 p. 100 ff. u. 130—146. und oben §. 18.

auch alle übrigen alten Städte bei jeder neuen Erweiterung wieder neue Stadtmauern und Graben. Und bei den meisten Städten können die verschiedenen Stadtmauern heute noch nachgewiesen werden, z. B. bei Basel, Speier, Worms, Köln, Ulm, Frankfurt, Augsburg, Regensburg, Hamburg u. a. m.

Die Ausgänge aus den alten Städten waren mit Brücken über die Stadtgraben und mit Stadttoren versehen. Und da die alten Städte vier Hauptstraßen zu haben pflegten, so hatten sie insgemein auch vier Hauptthore. So war es in Speier. Man nannte daselbst die Thore, welche zur Altstadt führten, Burgthore. Und die vier Hauptausgänge aus den Hauptstraßen waren nach West, Nordwest, Nordost und Süden, das alte Burgthor, das Weidenburgthor, das Holzburgthor oder der sogenannte Mittelfestthurm und das Rheinburgthor oder der sogenannte weiße Thor. Neben diesen Hauptburgthoren sind aber früh schon noch einige andere Seitenburgthore entstanden. Neben dem alten Burgthor (Altpörtel) noch das neue Burgthor (Neupörtel), und auf beiden Seiten des Holzburgthores noch das Tränkburgthor und das Salzburgthor nebst einigen anderen kleineren Thürchen⁶⁾. Auch in München waren die Ausgänge der vier Hauptstraßen mit einem Hauptthore geschlossen. Diese vier Hauptthore der Altstadt München waren das obere Thor, welches auch das Kaufingerthor oder der öde Thurm und später der schöne Thurm genannt worden ist; das untere Thor, welches insgemein das Thalburgthor oder auch das alte Isarthor und der Rathhausthurm genannt zu werden pflegte; der Püttrichsthurm, welcher auch das alte Sendlingerthor oder der Rufenithurm und der Blau-Ententhurm hieß, und der Wilbrechtsthurm, welcher auch den Namen altes Schwabingerthor und Ruhl Thurm geführt hat⁷⁾. Eben so war es in Dresden. Die vier alten Stadttore waren das Lausitzerthor, das Meißnischethor, das Jägerthor und das Wasser- oder Mühlenthor⁸⁾. Auch die Altstadt Frankfurt a. M. hatte ursprünglich nur vier Stadttore⁹⁾. Eben so die Altstadt

6) Zeuß, p. 4—6. verglichen mit dem alten Stadtplan.

7) von Krenner in histor. Abh. I. c. p. 100—108. Vergl. oben S. 27.

8) Red, Beschreibung von Dresden, p. 5. D.

9) (Feyerlein) Nachträge zu Kirchners Gesch. von Frankf. I, 140 u. 141.

Freiburg im Breisgau ¹⁰⁾ und die Städtchen Jserlon und Schwerte in Westphalen und viele andere alte Städte mehr ¹¹⁾.

Späterhin, als die alten Städte erweitert und auch die erweiterten Städte wieder mit Mauern umgeben worden waren, erhielten auch die Ausgänge der neuen Mauern wieder Thore und zwar meistens wieder vier Hauptthore mit einigen Nebenthoren, wenn dieses das örtliche Bedürfnis erheischte. So erhielt z. B. München vier neue Hauptthore, welche sämmtlich durch die verlängerten Hauptstraßen mit den alten Stadtthoren zusammenhängen. So entsprach das Neuhauserthor, das heutige Karsthor, dem Kaufringerthor, das neue oder äußere Isarthor dem Thalburgthor, das neue Sendlingerthor dem Püttrichsthum und das neue Schwabingerthor, welches auch Unseres Herrn Thor genannt wurde, dem Wilbrechtsthum. Außerdem erhielt aber auch die äußere Stadt noch fünf Nebenthore, das Wurzer- oder Kostthor, welches eine Zeit lang auch Braggenauerthor genannt worden ist, sodann das Läckenthor im Thal, das Schiffer- oder Einlaßthor beim Taschenthum, das Angerthor und das Frauenthor bei der Marburg ¹²⁾. Eben so entsprachen in Speier den vier Hauptthoren der Altstadt vier neue Hauptthore in der erweiterten Stadt, nämlich das Gilchenthor dem alten und neuen Burgthor (Alt- und Neupörtel), das Heiliggrabthor dem Weidenburgthor, das Ruthor dem Holzburgthor und das äußere Rheinthor oder Marxthor dem alten Rheinthor. Außer diesen Hauptthoren erhielt aber auch die äußere Stadt noch mehrere Nebenthore, das Streiffertthor, Mühlthor, Diebsthor, Fischerthor, Heilig Kreuzthor, Almenthor (das Almentorlin), welches nach der Alment hinausging, u. a. m. ¹³⁾. Und Ähnliches findet man in allen alten Städten.

Da jedoch allenthalben die Zweckmäßigkeit entschieden hat, so findet man auch alte Städte, welche je nach dem Bedürfnisse mehr

10) Schreiber, Gesch. von Freiburg, II, 200.

11) Steinen, I, 915 u. 1482. meine Einleitung zur Gesch. der Markt u. Verf. p. 36 u. 39.

12) Vergl. Lipowsky, Urgesch. II, 80 u. 81.

13) Zeuß, p. 6 u. 7.

oder weniger Thore gehabt haben. So hatte z. B. Hannover, wiewohl es vier Hauptstraßen gehabt hat, ursprünglich nur drei Thore, das Steintbor, das Megidithor und das Leintbor, in welche aber alle vier Hauptstraßen mündeten¹⁴⁾. Die Altstadt Mülhausen dagegen, eigentlich die bereits aus der alten und neuen Stadt oder aus der Ober- und Unterstadt bestehende innere Stadt, hatte sieben Thore. Heute wenigstens hat dieselbe 7 Thore und jedes dieser sieben Thore noch eine Unterabtheilung. Wie viele Thore die alte Stadt vor ihrer Vereinigung mit der neuen Stadt gehabt habe, ist mir nicht bekannt. Diese 7 Thore sind das Görmarthor (ein inneres und ein mittleres Thor), das Burgthor (ein inneres und ein äußeres), das alte Pfortenthor (ein inneres und ein äußeres), das Frauenthor (ein inneres und ein mittleres), das Felchtethor (ein inneres und ein mittleres), das neue Pfortenthor (ein inneres und ein mittleres) und das Erfurterthor (gleichfalls ein inneres und ein mittleres)¹⁵⁾.

e. Vorstädte.

§. 195.

Die Vorstädte sind theils aus neuen Ansiedelungen vor der Altstadt, theils aus der Vereinigung von bereits bestehenden Dörfern und Städten mit der Altstadt hervorgegangen.

Um die alten Städte herum siedelten sich nämlich frühe schon freie und hörige Colonen und zumal Kaufleute, Künstler und Handwerker an, theils um nöthigenfalls Schutz in der Burg zu finden, theils angezogen durch den in der Altstadt bestehenden freien Verkehr und den dadurch hervorgerufenen Handel und Wandel. Oefters diente auch die Gründung einer Kirche oder eines Klosters in der Nähe einer alten Stadt als erste Veranlassung zur Bildung einer Vorstadt, z. B. in München zur Bildung der drei Vorstädte in der Graggenau, im Anger und in den Hacken¹⁾. Eben so in Basel die Stiftung des Klosters St. Alban zur Bil-

[14) Gruben, ant. Hanov. p. 55;

15) Altenburg, Besch. von Mülhausen, p. 166 – 171 u. 173.

1) Lipowsky, I, 114, 116, II, 89 f.

burg der Vorstadt St. Alban²⁾. Eben so, wie wir sehen werden, in Worms, Regensburg, Köln u. a. m. (S. 216). Immer war es jedoch die Nähe der Altstadt, welche zu solchen Ansiedelungen aufmunterte und daher neue Ansiedler anzog. So begannen z. B. in Köln die ersten Ansiedelungen am Ufer des Rheins und auf der alten Rheininsel um St. Martin u. a. m.^{2a)}. Auch die Vorstadt Niederich war ursprünglich eine bloße Straße³⁾, welche sich nach und nach erst zu einer Vorstadt erweitert hat. Des leichteren Verkehrs wegen siedelten sich die Vorstädte vor den Hauptthoren der Altstadt an. Da nun die alten Städte meistens, wie wir gesehen, vier Hauptthore hatten, so findet man öfters auch gerade vier Vorstädte, z. B. in Speier, in Eßlingen, in Freiburg, in Wien, in München und in anderen alten Städten. Um die Altstadt Speier siedelten sich schon seit dem 10. und 11. Jahrhundert mehrere Vorstädte an, vor jedem Burgthore eine, also im Ganzen vier Vorstädte, vor dem Altburg- und Neuburgthor die Gilgenvorstadt (die heutige Landauer Vorstadt), vor dem Rheinburgthor die Rheinvorstadt oder die Vorstadt vor dem Weißenthurm, vor dem Holzburgthor die Vorstadt über Hasenpful und vor dem Weidenburgthor die Vorstadt Altspeier, welche im 30jährigen Kriege zerstört und seitdem nicht wieder aufgebaut worden ist⁴⁾. Um die Stadt und Burg Eßlingen siedelten sich seit dem 13. und 14. Jahrhundert ebenfalls vier Vorstädte an, die Mettinger Vorstadt, die Beutau Vorstadt, die Oberthor Vorstadt und die Bliensau Vorstadt⁵⁾. Um die Altstadt Freiburg siedelten sich seit dem 13. Jahrhundert vier Vorstädte an, zuerst die Neuburg-, dann die Prediger-, die Lehener-, und die Schnecken Vorstadt. Die Neuburg lag noch im Jahre 1240 außerhalb der Stadtmauern. Im Jahre 1252 war sie aber schon durch eine gemeinschaftliche Mauer mit der Altstadt vereinigt. Eben so wurden später auch noch die drei an-

2) Dch8, I, 235, 236, II, 272.

2a) Ennen, Gesch. I, 641 ff. u. 672 ff.

3) Urk. von 1127 bei Lacomblet, I, 198. — Colonie in platea que vocatur Niderich.

4) Zeuß, die freie Reichsstadt Speier, p. 8—10.

5) Pfaff, Gesch. von Eßlingen, p. 53, 71—73 u. 294—296.

deren Vorstädte in den Umkreis der Befestigung gezogen ⁶⁾. In Wien wurde die Stadt, wie wir gesehen, nach den vor seinen vier Stadtthoren liegenden Vorstädten im Jahre 1444 in vier Viertel eingetheilt (§. 136). Auch in München bildeten sich seit dem 13. Jahrhundert vier Vorstädte vor den vier Hauptthoren, nämlich die Vorstadt in der Graggenau, im Anger, in den Hacken und im Kreuz ⁷⁾. Dazu kam ebenfalls noch im Laufe des 13. Jahrhunderts eine fünfte Vorstadt jenseits der Isar, die Vorstadt Au ⁸⁾.

Diese Ansiedelungen hatten allzeit dicht vor den alten Städten statt. Daher wurden sie Vorstädte, Vorkurgen und suburbia genannt (§. 26). Und da die alten Städte meistentheils bloß mit hölzernen Planken oder Pfählen befestiget waren (§. 27), so nannte man die Bewohner der Vorstädte öfters auch Pfalbünger, weil sie außerhalb den Pfählen der Stadt aber doch dicht bei denselben wohnten. Dieses scheint sogar die ursprüngliche Bedeutung des Wortes Pfalbünger gewesen zu sein. Aber auch in späteren Zeiten kommt noch das Wort in dieser Bedeutung vor, z. B. in Göttingen, in Rotenburg, in Lübeck und in den Sächsischen Städten ⁹⁾.

§. 196.

Diese Ansiedelungen vor den Thoren der Altstadt hatten

6) Schreiber, Gesch. von Freiburg, II, 20 u. 201.

7) Lipowsky, I, 114, 116, II, 24, 25, 80 u. 84 ff. Urkunde von 1358, 1326, 1408, 1410, 1425, 1445, 1460 u. 1490 in Mon. Boic. 18, p. 682 und 19, p. 15, 97, 99, 100, 110, 144, 178 u. 203.

8) Urf. von 1289, 1295 u. 1299 in Mon. Boic. 18, p. 8, 19 u. 32. Lipowsky, I, 203—207.

9) Das Götting. Stat. von 1344 bei Pusendorf, observ. III, 209. unterscheidet die in der Stadt selbst wohnenden Bürger („Borgere de hir inne sittet“) von den in der Vorstadt Wohnenden, welche Pfalbünger genannt werden („de palborgere de up der borde wonet“). Vergl. über die Bedeutung des Wortes Borde meine Einleitung zur Gesch. der Mark= u. Verf. p. 67. Kursächs. Polic. Ordn. von 1612, p. 294. — „Vorstätter, so eigene Häuser haben, auch die Pfalbünger so ausser der Stadt wohnen.“ — Resolut. der Landtagsbeschw. von 1662, II, §. 97. — „beschwert, daß ein und anderer Pfalbünger vorm Thore.“ Dreyer, Einl. in Lüb. Verordn. p. 81. Wensen, Gesch. von Rotenburg, p. 241.

theils auf städtischem Grund und Boden, also in der Stadtmart selbst statt, theils in einer anderen Feldmark. Im ersten Falle gehörte die neue Ansiedelung gleich von Anfang an mit zu der Stadt. Die neuen Ansiedler waren jedoch meistentheils keine Bürger, vielmehr bloße Hinterlassen, Schutzverwandte oder Beisassen, oder sogenannte Unterbürger¹⁾, oder Mundleute²⁾. In diesem Falle befanden sich insbesondere auch die in den Vorstädten wohnenden Handwerker und Juden. Auch die hörigen Colonen wohnten öfters in der Vorstadt. Daher nannte man die Bewohner der Vorstädte zuweilen auch Grassbürger, z. B. in Lübeck³⁾. Als Vollbürger hatten die Bewohner der alten Städte zuweilen Vorrechte, welche die Vorstädter als nicht Vollbürger nicht haben konnten. Im Hochstifte Fulda hatten unter Anderem die Bürger mancher Städte das Vorrecht der freien Bierbrauerei, welches den Bewohnern der Vorstadt nicht zustand⁴⁾. Die Bewohner der Vorstädte waren öfters auch noch hörig, während die Stadtbürger schon freie Leute waren. So die Bewohner der Vorstadt Pfirt im Elsaß⁵⁾. In Lübeck wohnten die Laten in der Vorstadt, in der sogenannten Latenhörne⁶⁾. Heinrich der Vogler versetzte sogar Diebe und anderes Gesindel in die Vorstädte⁷⁾. Und in Basel u. a. m. verwieß man die Freudenmädchen in die Vorstädte⁸⁾. Daher standen die Vorstädte öfters nicht gerade im besten Rufe. Späterhin, zumal seit ihrer Vereinigung mit der Altstadt, erhielten jedoch auch die Vorstädte dieselben Rechte wie die alten Städte selbst, z. B. in dem Städtchen Unna in Westphalen die Bewohner der

1) Glossen aus 12. sec. in Diutista, III, 156. — „suburbanus, under „burgere.“

2) Urf. von 1346 bei Hontheim, II, 170. — oppidanos, qui vulgariter Pailburger (Pfalzbürger) vel Mundlude nuncupantur. Vergl. noch p. 3 u. 121.

3) Dreyer, Einleitung cit. p. 79.

4) Thomas, I, 180. Not. und 235 Not.

5) Urf. von 1234 bei Herrgott, II, 247.

6) Dreyer, Einl. in Lüb. Verordn. p. 81.

7) Widukind, II, 3 bei Pertz, V, 438. Vergl. Sigebertus Gemblac. ad an. 922.

8) Ochs, III, 609.

Vorstadt (*morantes extra oppidum trans murum Unnae*) die Rechte der Altbürger (*ut pari gratia gaudeant et eodem jure, quo cives infra oppidum utantur*)⁹⁾. Eben so erhielten in Freiburg die Bewohner der neuen Stadt, welche sich vor dem Nordsinger oder Breisacher Thore gebildet hatte, die Rechte und Freiheiten der alten Stadt Freiburg¹⁰⁾. Dasselbe war auch in Gelnhausen der Fall, wo bereits Friedrich Barbarossa eine neue villa auf dem Berge angelegt hatte¹¹⁾. Denn nach einer Verordnung von 1251 sollten auch die auf dem Berge wohnenden Vorstädter die städtischen Beden und Abgaben gleichmäßig mit den Bürgern tragen¹²⁾. Und im Jahre 1299 wurden sie den Bürgern ganz gleich gestellt¹³⁾. Im letzten Falle dagegen, wenn die neue Ansiedelung zwar vor den Thoren der Altstadt, aber in einer fremden Feldmark stattgehabt hatte, gehörte die Ansiedelung anfangs gar nicht zur Stadt. Sie bildete vielmehr entweder eine eigene selbständige Dorfschaft, oder sie gehörte zu derjenigen Dorfmarktgemeinde, in deren Feldmark die Ansiedelung sich gebildet hatte. Und erst durch die spätere Ummauerung wurde sie zur Stadt gezogen und mit derselben vereinigt. In diesem Falle befanden sich z. B. in München die Vorstädte in der Graggenau, in den Hacken und im Kreuz, welche wenigstens theilweise in den Feldmarken von Schwabing, Sendling und Neuhausen gelegen haben. Denn noch im Jahre 1291, als das Augustiner Kloster vor dem Kaufringerthor

9) Urk. von 1280 bei Steinen, *Westph. Gesch.* I, 1293 und Dreher, *Einl. in Lüb. Gesch.* p. 82.

10) Urk. von 1303 bei Schreiber, I, 173. — „Der nūwen stat vor nordinger tor alse dū mure umber gat vnd dū slos besliesent, allū dū reht vnd die vriheit die in der alten stat ze Briburch sint ze nießende.“

11) Urk. von 1170 bei Lünig, *R. A.* vol. 13, p. 784. und bei Moser, *reichst. Hdb.* I, 752. *apud castrum gelnhausen novam villam fundantes.* —

12) Böhmer, *regest.* p. 269. Lünig, 13. p. 785. — *universi et singulitenentes et possidentes aliqua bona sita in ipsa civitate vel n monte.* —

13) Urk. von 1299 bei Lünig, 13, p. 788. und bei Moser, I, 753. Die Urk. unterscheidet die Bürger (*infra fines seu territorium oppidi Geilnhusen cives*) von den in der Vorstadt wohnenden *homines*, stellt aber beide einander gleich.

angelegt wurde, nannte man jene Gegend (die spätere Neuhausergasse) das Habersfeld in der Neuhauser Mark ¹⁴). Und daß die Schwabingerasse in dem Schwabingerfeld, die Sendlingerasse aber im Sendlingerfeld gelegen haben, geht unter Anderem auch noch aus dem Freiheitsbriefe von 1460 hervor ¹⁵). Auch in Gelnhausen wurde eine Vorstadt, Ziegelhaus, nicht in der Stadtmart selbst, vielmehr jenseits der hohen Kinzigbrücke in der altenhaslauer Mark angelegt. Daher nahm das altenhaslauer Freigericht die Gerichtsbarkeit in dieser Vorstadt auch dann noch in Anspruch, nachdem Ludwig der Baier im Jahre 1346 den Bewohnern der Vorstadt Ziegelhaus das Bürgerrecht in der Stadt Gelnhausen ertheilt hatte ¹⁶).

§. 197.

Ofters sind jedoch die Vorstädte nicht aus neuen Ansiedelungen, vielmehr aus bereits bestehenden Dörfern und Städten hervorgegangen. Dieses war z. B. in Speier hinsichtlich der Vorstadt Altspeier der Fall. Altspeier war nämlich ein altes Dorf, Speierdorf genannt, dessen schon im 10. Jahrhundert öfters erwähnt wird, und welches erst im Jahre 1084 in den Verband der Stadt aufgenommen und zur Vorstadt gemacht worden ist ¹). Eben so war Altdresden ursprünglich ein bloßes Dorf, also ein Vordorf der Stadt Neudresden. Erst im Jahre 1404 wurde auch Altdresden befestigt und sodann mit Neudresden zu einer Stadt verbunden ²). Auch Königshoven war ursprünglich ein in der Vorstadt zu Straßburg liegendes Dorf ³), dessen noch im 14. Jahrhundert erwähnt wird ⁴). Eben so waren in

14) Meichelbeck, II, 1. p. 98. Bergmann, I, 17.

15) Freiheitsbrief von 1460 bei Mayr, General. Samml. IV, 969. Vergl. von Kranner in histor. Abh. von 1813, p. 82. und Lipowsky, I, 114, II, 89.

16) Urf. von 1346 bei Lünig, vol. 13. p. 793. Wippermann, Gesch. der Genten, p. 72 u. 75.

1) Urf. von 969, 989 u. 1084 bei Zeuß, p. 8. und Lehmann, p. 12 u. 14.

2) Wed, Besch. von Dresden, p. 5—7.

3) Urf. von 722 bei Grandidier, II, 53. Vergl. oben §. 52.

4) Königshoven, p. 137. — „und verbrannten etwie manig hus zu Künigeshoven.“ — Vergl. noch p. 290 u. 331.

Basel die drei Kirchspiele St. Alban, St. Leonhard und St. Peter ursprünglich offene Dörfer. Denn erst im 14. Jahrhundert wurden sie mit Mauern umgeben und als Vorstädte mit der Altstadt vereinigt⁵⁾. Auch war Kleinbasel bis zum Jahre 1270 ein bloßes Dorf, zu gleicher Zeit aber eine Vorstadt von Basel⁶⁾. Die beiden Vorstädte von Magdeburg sind aus der Vereinigung der Neustadt und der Sudenburg mit der Altstadt hervorgegangen⁷⁾. Eben so wurden die beiden dicht bei Dresden gelegenen Dörfer Fischerdorf und Poppitz mit der Stadt vereinigt und zu Vorstädten gemacht⁸⁾. Auch die Vorstadt Fischerfeld in Frankfurt a. M. war im Mittelalter eine mit Mauern und Graben umgebene und mit Thoren und Thürmen versehene Stadt, die wahrscheinlich erst im 15. Jahrhundert mit der Stadt Frankfurt vereinigt worden ist⁹⁾. Das bei Grottkau gelegene Dorf Rumendorf und die sogenannte Albestadt vor Grottkau wurden in den Jahren 1324 und 1353 mit der Stadt Grottkau vereinigt und zu Vorstädten gemacht¹⁰⁾. Eben so wurde die Neustadt Schweidnitz im Jahre 1336 als Vorstadt mit der Altstadt Schweidnitz vereinigt¹¹⁾. In Görlitz wurden mehrere benachbarte Dörfer (Klephelswalde, Bertholdsdorf u. a. m.) als Vorstädte (als äußere und innere Reißvorstadt) mit der Altstadt vereinigt¹²⁾. Auch die Kirchspiele in der Altstadt Köln und die Bauerschaften in Soest waren ursprünglich bloße Vorstädte. Denn von den sieben Kirchspielen in Köln haben erwiesener Maßen mehrere, wahrscheinlich sogar alle vor der alten Stadtmauer gelegen und sind daher wahre Vorstädte gewesen¹³⁾. Eben so die um die Altstadt Soest herumliegenden Bauerschaften, welche frühe schon zur Stadt gezogen worden sind (§. 63). Außerdem wurden aber in

5) Basel im 14. Jahrhundert, p. 101, 320 u. 321.

6) Dhs, I, 398 u. 399.

7) Rathmann, II, 473—475.

8) Bed, Besch. von Dresden, p. 187. B.

9) Battonn, I, 188—196.

10) L. u. Stenzel, p. 247 u. 248.

11) Urk. von 1336 bei L. u. St. p. 541.

12) Neumann, p. 12.

13) Urk. von 1154 bei Lacomblet, I, 263. Vergl. unten §. 216. Glasen, Schreinspr. p. 41 u. 42.

Köln noch zwei andere Ortschaften als Vorstädte mit der Stadt vereinigt, das Niederich (suburbium inferius) oder Niederreich) und Nirsbach, welches früher die obere Burg (burgum superius) oder Dufzburg und Quersburg genannt worden ist ¹⁴⁾.

Die Vorstädte sind indessen nicht bloß aus der Vereinigung von bereits bestehenden Ortschaften mit der Altstadt hervorgegangen. Sie sind öfters auch durch die Versetzung eines Dorfes in die Stadt selbst entstanden. So wurde z. B. das in der Nähe von Heidelberg gelegene Dorf Bergheim im Jahre 1392 abgebrochen und als Vorstadt mit der Altstadt Heidelberg vereinigt ¹⁵⁾. Eben so wurde in Hildesheim der vor dem Dammthore liegende Dammflecken im Jahre 1333 abgebrochen, an die Neustadt angebaut und sodann mit Mauern und Wällen umgeben und mit befestigten Thoren und Brücken versehen ¹⁶⁾.

Viele Vorstädte, welche sich auf die angegebene Weise gebildet hatten, gingen aber im Laufe der Zeit auch wieder unter. So ist eine Vorstadt von Hörter frühe schon wieder verschwunden. Und nur die Namen einiger vor dem Petersthore zwischen den Gärten befindlichen Wege und Plätze, (die große und kleine Krämerstraße und der Pagenmarkt) erinnern noch an das frühere Dasein einer Vorstadt ¹⁷⁾. Eben so war Worms, wie ein alter Stadtplan, den ich selbst besitze, beweist, in früheren Zeiten weit größer als heute und mit mehreren Vorstädten umgeben, welche seit dem 30jährigen Kriege sämmtlich wieder verschwunden sind.

§. 198.

Die Vorstädte sind ursprünglich offene Orte, also wahre Villen oder Dörfer gewesen. Sie wurden daher auch zuweilen Vordörfer, Vororte und Dörfer oder Villen, z. B. die Vorstadt St. Moritz in Breslau vicus beati Mauricii ¹⁾ genannt. Und in Heidelberg wurde das dicht bei der Stadt liegende und zur Stadt gehörige Dörflein Schlierbach niemals mit Mauern umge-

14) Glasen, Schreinspr. p. 52 u. 55.

15) Freher, scriptor. I, 123 u. 124.

16) Havemann, I, 622, 624 u. 625.

17) Wigand, Corvey'scher Güterbesitz, p. 175.

1) Urk. von 1261 bei L. u. Stenzel, p. 365. Vergl. oben §. 26.

ben, wiewohl dessen Bewohner Bürger in Heidelberg waren und heute noch sind²⁾. Meistentheils wurden nun späterhin diese Vorstädte durch eine äußere Ringmauer mit der Altstadt zu einer Stadt oder Burg jedoch in der Art vereinigt, daß die Altstadt immer noch mit eigenen Mauern, Wall und Graben umgeben blieb, und durch diese von den Vorstädten getrennt war, wie dieses heute noch in Wien zu sehen ist, wie es aber in früheren Zeiten auch in Speier, Worms, Köln, Hildesheim u. a. m. der Fall war. Zuweilen wurden die Vorstädte aber auch schon vor ihrer Vereinigung mit der Altstadt mit eigenen Mauern, Wall und Graben umgeben. Dies geschah z. B. in Köln, indem die beiden Vorstädte Nirsbach und Niederich, ehe sie noch mit der Altstadt vereinigt waren, im Jahre 1180 befestiget und dadurch selbst zu Burgen oder Städten gemacht und auch so genannt worden sind³⁾. Die Vorstadt Nirsbach z. B. wurde öfters eine Burg und daher selbst Dufsburg und Quersburg, oder auch Nirsburg genannt⁴⁾. Auch das Dorf Kleinbasel, welches nebst St. Alban und anderen späteren Vorstädten vor den Thoren von Großbasel lag⁵⁾ wurde im Jahre 1270 vor seiner Vereinigung mit Großbasel mit Mauern und Graben umgeben und dadurch das Vordorf zu einer wahren Vorburg oder Vorstadt gemacht⁶⁾. Eben so wurde das Dorf Altdresden im Jahre 1404 befestiget und dadurch zu einer Stadt gemacht und dann erst mit der Stadt Neudresden zu einer Stadt verbunden⁷⁾. Dasselbe war bei der Neustadt Hamburg der Fall. Denn der Ort Neuhamburg war anfangs ein offener Ort, welcher jedoch, ehe das Vordorf mit der Altstadt vereinigt worden war, zu einer Stadt erhoben worden ist (§. 16).

2) Bidder, I, 129.

3) Glaser, Schreinspr. p. 56 u. 64. Nach Ennen, Gesch. I, 645—647 sind diese Vorstädte schon etwas früher wenigstens mit Wall und Graben umgeben worden.

4) Hagen, Reimchronik von Köln, v. 2583.

5) Weisthum von 1256 in Rechtsquellen, I, 4. panifex extra portas Basiliensis civitatis, videlicet apud sanctam Albanum, in ulteriore Balilea, sive ante portam crucis vel portas alias residens. —

6) Ochs, I, 398—400. Basel im 14. Jahrhundert, p. 132 ff.

7) Wed, l. c. p. 5—7.

Ofters wurden indessen auch die Vorstädte durch gemeinschaftliche sogenannte äußere Ringmauern mit der Altstadt vereinigt. Und dann erhielten natürlicher Weise auch die Vorstädte wieder ihre eigenen äußeren Stadthore, z. B. in Halle im Jahre 1305⁸⁾. In vielen Städten hörten übrigens nach einer solchen Ummauerung die Vorstädte auf Vorstädte zu sein. Aber auch in diesem Falle wurden sie immer noch als äußere Stadt oder als Neustadt von der Altstadt oder der inneren Stadt unterschieden, z. B. in Straßburg⁹⁾, in Worms¹⁰⁾, in Frankfurt a. M.¹¹⁾ u. a. m. Denn auch nach der Vereinigung der Alt- und Neustadt zu einer einzigen Stadt blieben meistens beide Städte noch durch die alten Stadtgraben, Stadtmauern und Stadthore von einander geschieden. Die aus der Altstadt in die Neustadt führenden Thore pflegten sogar des Nachts geschlossen zu werden, z. B. in Frankfurt a. M.¹²⁾. Und es bildeten sich sodann öfters vor der äußeren Stadt oder Neustadt wieder neue Vorstädte. Dies war z. B. in München, Köln, Regensburg, Dresden u. a. m. der Fall. In München wurden nämlich seit dem Jahre 1301 die vier Vorstädte in der Graggenau, im Anger, in den Hacken und im Kreuz durch eine gemeinschaftliche Ringmauer mit der Altstadt zu einer einzigen Stadt vereinigt, die ehemaligen Vorstädte aber immer noch als äußere Stadt von der Altstadt als der inneren Stadt unterschieden¹³⁾. Nun bildeten sich aber auch vor den Thoren der äußeren Stadt wieder neue Vorstädte, aus denen nach und nach die Isarvorstadt, die Maxvorstadt, die Ludwigsvorstadt, die Schönhofsvorstadt und die St. Annenvorstadt oder das Lehel hervorgegangen sind, zu denen auch noch die alte Vorstadt Au jenseits der Isar gehört. Auch in Köln wurden mehrere Kirchspiele, welche ursprünglich außerhalb der alten Stadtmauer gelegen haben, frühe schon zur Altstadt ge-

8) Urf. von 1305 bei Ludewig, rel. Mpt. XII, 230.

9) Urf. von 722, 791 u. 801 bei Grandidier, II, 53, u. I, 144 u. 145.

10) Urf. von 985 bei Moriz, II, 258 u. 259.

11) Kriegl, p. 259 u. 262. Wattonn, I, 131.

12) Kriegl, p. 272—273. Böhmer, p. 648.

13) Urf. von 1408, 1410 u. 1425 in Mon. B. 19, p. 97, 99, 100 u. 110.

Meichelbeck, chron. Benedicto Bar. I, 170. — „zu München in der „äußeren Statt.“

zogen und daher insgemein als schon zur Altstadt gehörig betrachtet, während sie, wie wir gesehen, ursprünglich bloße Vorstädte gewesen sind. Aber vor den Mauern, durch welche die sieben Kirchspiele mit der Altstadt vereinigt worden sind, entstanden nun wieder neue Vorstädte, die vorhin erwähnten Niederich und Mirsbach. Eben so siedelten sich auch in Regensburg, nachdem die Vorkburg zur Stadt selbst gezogen worden, seit dem 13. Jahrhundert wieder neue Vorstädte an, welche später gleichfalls mit Mauern umgeben und auf diese Weise mit der Stadt vereinigt worden sind ¹⁴⁾. Auch in Mülhausen bildeten sich, nachdem die alte und neue Stadt durch eine gemeinschaftliche Mauer zu einer Stadt vereinigt worden waren, um die innere Stadtmauer herum wieder fünf Vorstädte, welche späterhin ebenfalls mit einer äußeren mit vielen Thürmen versehenen Ringmauer und mit Wall und Graben umgeben und dadurch mit der Altstadt vereinigt worden sind. Diese Vorstädte sind die Vorstadt St. Nikolai, St. Petri, St. Margarethen, St. Georgi und St. Martini ¹⁵⁾. Dasselbe war auch in Dresden der Fall. Nachdem im 15. Jahrhundert Neu- und Altdresden zu einer Stadt vereinigt worden war, siedelten sich daselbst wieder 10 neue Vorstädte vor der Stadt an, die Fischer-, die Hammische-, Birnische-, Borngasser-, Eulengasser-, Hinterseeische-, Poppitzer-, Fischersdorfer-, Gerber- und Vieheweider-Gemeinde ¹⁶⁾. Und in Paris werden heute noch diese drei Bestandtheile, die Altstadt (cité), die Neustadt (ville) und die Vorstädte (fauxbourgs) von einander unterschieden (§. 20).

§. 199.

Die Vorstädte hatten, ehe sie mit der Altstadt vereinigt worden sind, meistens ihre eigene Verfassung. Von den bereits bestehenden Dörfern und Städten, welche erst später mit der Altstadt vereinigt worden sind, versteht sich dieses von selbst. Sie hatten meistens ihre eigene selbständige Dorf- oder Stadtmark und daher, wie andere Dorfmark- und Stadtmarkgemeinden ihre eigenen Markvorsteher, z. B. die Neustadt Breslau (§. 209).

14) Gemeiner, Chron. I, 94.

15) Altenburg, Besch. von Mülhausen, p. 134—162.

16) Bed, l. c. p. 6. c.

Die Vorstadt Fischerfeld in Frankfurt a. M. stand zwar schon vor ihrer Vereinigung mit Frankfurt unter dem Stadtrath daselbst. Sie hatte aber dennoch ihre eigene Verfassung und Verwaltung. Denn in Polizeisachen wurden eigene Verordnungen für die Vorstadt erlassen, welche nur in Fischerfeld Geltung hatten. Und die Vorstadt wurde höher besteuert als die Altstadt und Neustadt Frankfurt ¹⁾. Allein auch die neuen Ansiedelungen vor den Thoren der Altstadt bildeten öfters, bis sie mit der Altstadt vereinigt worden, eigene selbständige Gemeinden und hatten sodann auch ihre eigene Verfassung und Verwaltung, wie wir dieses bereits bei Alt- und Neuhamburg gesehen haben (§. 16). Sehr wahrscheinlich war dieses auch bei der Vorstadt am Anger in München der Fall. Denn vor ihrer Vereinigung mit der Altstadt hatte diese Vorstadt schon einen eigenen Ortsvorstand, welcher, wie in anderen Bairischen Dörfern, den Namen Führer geführt hat ²⁾. Seit der Vereinigung der Vorstädte mit der Altstadt hat sich dieses Alles ganz oder wenigstens theilweise geändert. Denn meistens kamen nun die Vorstädte unter den Stadtrath, öfters auch noch unter das Stadtgericht, und wurden sodann der Altstadt gänzlich einverleibt. Oefters behielten sie jedoch auch nach ihrer Vereinigung mit der Altstadt noch eine mehr oder weniger selbständige Verfassung. In Preußen sollte sich das Stadtrecht sogar in der Regel nicht auf die Vorstädte erstrecken. Eine Regel, die erst im Jahre 1808 aufgehoben worden ist ³⁾.

Ueber die Vereinigung der Vorstädte mit der Altstadt wurde öfters eine Vereinigungs-Urkunde oder ein sogenannter Incorporationsrecess aufgesetzt. Und dann pflegten die Bedingungen der Vereinigung genau bestimmt zu werden. Dies geschah z. B. im Jahre 1324 als das Dorf Nuwendorf als Vorstadt mit der Stadt Grottkau vereinigt worden ist ⁴⁾. Meistentheils

1) Battonn, I, 188—190. Versner, II, 1. p. 87 u. 680. Römer-Buchner, Beiträge zur Frankf. Gesch. p. 18—20.

2) Urk. von 1374 in Mon. B. 19, p. 47. — „Der Führer an dem Anger.“ Vergl. meine Gesch. der Dorfverfassung, II, 28, 30 u. 31.

3) Preuß. Landr. II, tit. 8. §. 88. Vergl. mit Städteordnung von 1808 §. 3.

4) L. u. Stenzel, p. 247. Vergl. Bodmann bei Siebenkees, Beitr. zum L. R. III, 93 u. 94.

wurden bei solchen Vereinigungen die früher getrennten Feldmarken vereinigt und sodann ein und derselbe Stadtrath über die Stadt und Vorstadt gesetzt. Dies war z. B. in Heidelberg der Fall. Das Dorf Bergheim hatte vor seiner Versetzung nach Heidelberg seine eigene von der Stadtmark ganz unabhängige Feldmark. Als nun aber im Jahre 1392 beide Orte mit einander vereinigt und das Dorf Bergheim als Vorstadt nach Heidelberg versetzt worden war, so wurden beide Feldmarken mit einander vereinigt. Und die Stadt hieß sodann die Altstadt und die Vorstadt die Neustadt ⁵⁾. Ueber beiden stand jedoch ein und derselbe Stadtrath. Eben so wurden in Grottkau die beiden Feldmarken mit einander vereinigt, als das Dorf Numendorf mit der Stadt vereinigt worden ist. Daher war die Viehweide gemeinschaftlich für die Stadt und für die Vorstadt. Auch erhielten beide einen gemeinschaftlichen Stadtrath, in welchem auch die Bewohner der Vorstadt Rathmannen werden konnten. Die Vorstadt behielt jedoch ihren eigenen Schulz, welcher nun in der Vorstadt alle Sachen, welche innerhalb der Gränzen des ehemaligen Dorfes vorkamen, richtete, dasselbst die rückständigen Zinsen betrieb, Pfändungen vornahm, und alle übrigen Rechte ausübte wie zur Zeit, als die Vorstadt noch ein Dorf war ⁶⁾. Die Altstadt und Neustadt Brandenburg standen lange Zeit als zwei getrennte Städte neben einander. Daher hatte jede Stadt ihren eigenen Richter (Schulz oder praefectus) ⁷⁾. In anderen Städten in der Mark Brandenburg standen die Vorstädte noch im 16. und 17. Jahrhundert unter eigenen Bauernmeistern ⁸⁾. Auch in Dresden behielten die zehn Vorstädte ihre eigene Gerichtsbarkeit, indem jede Vorstadt ihren eigenen Richter und ihre

5) Urk. von 1392 bei Schilter, glossar. p. 572. — „Das die Mark zu Bergheim mit Welden, Felden, Wengarten, Edern, Wisen, Weiden und mit allem andern begriff und zugehorung fürbas ewiglich zu der Mark zu Heidelberg gehören sol, also das die zwei Mark von H. und B. fürbas mee ein Mark sin sol und die fürbas gehören sol zu der alten Stat und Numenstat Heydelberg.“

6) L. u. Stenzel, p. 247 u. 248.

7) Urk. von 1241 bei Verden, Stifftshistorie, p. 458. — *prefecti antique civitatis Brandenb.* — *praefectus nove civitatis.* —

8) Zimmermann, III, 70.

eigenen Schöffen gehabt hat⁹⁾. Eben so dauerten in Münster lange Zeit noch, nachdem längst schon die verschiedenen Landschaften mit der Stadt vereinigt worden waren, die verschiedenen Hofgerichte fort (§. 16 u. 39). Auch Königshofen in der Vorstadt Straßburg hatte noch im 13. Jahrhundert seinen eigenen Billicus¹⁰⁾. Eben so wurden auch in Goessfeld die seit dem 13. und 14. Jahrhundert gemachten neuen Erwerbungen mit der Stadtmark vereinigt und unter den Stadtrath gesetzt. Die öffentliche Gerichtsbarkeit blieb jedoch verschieden in der Altstadt und in den neuen Erwerbungen, denn die Zuständigkeit des Stadtgerichtes war und blieb auf die alte Stadtmark beschränkt (§. 42). In München wurden seit dem Jahre 1301 die vier Vorstädte in der Graggenau, in dem Anger, in den Hacken und im Kreuz der Altstadt völlig einverleibt. Die Stadtmark, der Stadtrath und das Stadtgericht waren daher der äußeren wie der inneren Stadt gemein. Nur die Vorstadt Au behielt ihre eigene Verwaltung. Und bis auf unsere Tage hatte sie ihren eigenen Stadtrath. Auch stand sie nicht unter dem Stadtgericht. Sie blieb vielmehr unter dem Landgericht. Die Au wurde frühe schon zu einer Stadt erhoben und führte seitdem den Titel Stadt Vorstadt Au. Sie erhielt jedoch keine Exemption von dem Landgerichte, stand daher unter keinem Stadtgerichte, vielmehr unter dem Landgerichte Au. Auch war die Vorstadt Au schon im 16. Jahrhundert in vier Viertel, in das Isar-, Samer-, Glafer- und Bachviertel eingetheilt¹¹⁾. Erst im Jahre 1854 wurden bekanntlich die Gemeinden Au, Giesing und Haidhausen mit der Stadt München vereinigt, erhielten jedoch ihr eigenes Stadtgericht. Wie die Vorstadt Au so behielten auch mehrere Vorstädte von Magdeburg ihre eigene Verfassung. Die Neustadt, mit welcher im Jahre 1373 der Flecken Frose vereinigt worden war, hatte ihren eigenen Stadtrath und ihr eigenes Rathhaus¹²⁾. Eben so die Sudenburg, mit welcher das Judendorf vereinigt worden war, seitdem dieselbe im Jahre 1398 das Stadt-

9) Weß, l. c. p. 6.

10) Schöpflin, Alsat. illustr. I, 702.

11) Lipowsky, I, 206.

12) Rathmann, II, 396, 397 u. 475.

recht und ein eigenes Rathhaus erhalten hatte ¹³⁾. Auch erhielt die Subenburg im Jahre 1504 einen eigenen Wochenmarkt und zwei Jahrmärkte ¹⁴⁾. Eben so hatten auch die Vorstädte von Nürnberg (Wöhrd, Gostenhof und St. Johann) ihre eigene Verfassung und standen bis zum Jahre 1825 nicht unter dem Stadtgericht, vielmehr unter den Landgerichten Nürnberg und Erlangen. Erst im Jahre 1825 wurden sie mit der Stadtgemeinde vereinigt und unter das Stadtgericht gestellt. In früheren Zeiten haben sie zwar in so fern unter dem Stadtrath und unter den Rathsordnungen gestanden ¹⁵⁾, als der Stadtrath im Besitze der Landeshoheit war. Zur Stadtgemeinde haben sie aber vor 1825 noch nicht gehört. Auch in Wien hatte jede Vorstadt einen eigenen unter dem Stadtrath stehenden Vorstand, die Vierer ¹⁶⁾. Ganz besonders interessant und lehrreich war jedoch die Verfassung der Vorstädte von Basel, Soest und Köln, über welche daher nun noch Einiges bemerkt werden muß.

§. 200.

Die Vorstadt Kleinbasel oder das mindere Basel (*Basilea ulterior*) ¹⁾ war, wie wir gesehen, bis zum Jahre 1270 ein Dorf, seit dieser Zeit aber eine Stadt. Im Jahre 1285 erhielt diese Vorstadt das Marktrecht und sicheres Geleit für die Marktleute nebst allen städtischen Freiheiten und Rechten von Kolmar ²⁾. Sie hatte seitdem einen eigenen aus 12 Räten bestehenden Stadtrath („den Rath vom mindren Basel“) ³⁾, dann ein eigenes über das städtische Bauwesen gesetztes Fünfergericht ⁴⁾ und ein eigenes

13) Rathmann, II, 450, 474, 475, III, 234, 267 u. 268.

14) Rathmann, III, 250 u. 268.

15) Vergl. Rathordnung von 1480 bei Siebenkees, IV, 601 u. 602.

16) Schlager, Skizzen von Wien, p. 27, 29, 30 u. 32.

1) Urk. von 1285 bei Dohs, I, 432. — *ulteriorem Basileam hoc est oppidum ultra pontem Basiliensem*. Weisthum von 1256 in Rechtsquellen, I, 4.

2) Urk. von 1285 bei Dohs, I, 431 u. 432.

3) Urk. von 1310 u. 1388 bei Dohs, II, 329, V, 47. Urk. von 1278 bei Heusler, p. 357.

4) Urk. von 1347 u. 1370 bei Heusler, p. 360—361. „Die fünfe die von unser stette wegen über die buwe gesetzet sind.“

Schultheißenamt, welches der Bischof zu besetzen hatte und wobei die Rathsherren die Urtheilsfinder oder Schöffen waren ⁵⁾. Im Jahre 1375 wurde Kleinbasel den Herzogen von Oesterreich verpfändet ⁶⁾, später aber von der Stadt Großbasel eingelöst, zu welcher Einlösung jedoch erst im Jahre 1389 der Bischof seine Einwilligung gegeben hat ⁷⁾. Auch das Schultheißenamt wurde im 14. Jahrhundert von den Bischöfen verpfändet und zwar an die Ritter von Bärenfels. Daher wurde von nun an das Stadtgericht im Namen des Pfandinhabers gehalten ⁸⁾. Im Jahre 1385 wurde jedoch das Schultheißenamt und zwar mit Zustimmung des Bischofs von der Stadt Großbasel eingelöst und der Stadt erlaubt das Gericht mit einem Unterschultheiß oder Amtmann zu besetzen ⁹⁾. Erst im Jahre 1392 wurde jedoch die Vereinigung der Vorstadt Kleinbasel mit dem mehrern Basel oder Großbasel vollzogen. Es wurde nämlich die bis dahin getrennte Stadtmark von Kleinbasel mit jener von Großbasel vereinigt und dadurch aller Unterschied des Bürgerrechtes aufgehoben. Es sollten demnach die Kleinbasler in die Stuben und Zünfte von Großbasel aufgenommen werden, also Zutritt in den kleinen und großen Rath von Großbasel erhalten. Dafür hörte nun aber auch Kleinbasel auf seinen eigenen Stadtrath zu haben ¹⁰⁾. In mancher Beziehung blieb jedoch auch jetzt noch die Verfassung der Vorstadt von jener der Stadt selbst verschieden. Kleinbasel behielt nämlich nach wie vor sein eigenes, nun aber von dem Stadtrathe von Großbasel besetztes Gericht, und zwar nicht bloß ein Schultheißengericht, sondern auch ein eigenes Malefizgericht ¹¹⁾, eine Zeit lang auch noch das über das städtische Baugesetz gesetzte Fünfergericht, welches jedoch späterhin, da ein solches Gericht auch in Großbasel bestand, nicht mehr ge-

5) Urtheilsbrief von 1310 bei Döb, V, 47.

6) Urk. von 1375 bei Döb, II, 233—236.

7) Urk. von 1389 bei Döb, II, 319. Vergl. p. 238.

8) Urk. von 1310 bei Döb, V, 47. „Wir Ulrich E. Schultheiß zu minren Basel, an meines Herrn Statt Herrn Johannes von Bernvelfe.“ — Vergl. eod. II, 279. Not. Heusler, p. 361—362.

9) Urk. von 1385 bei Döb, II, 279 u. 280.

10) Döb, II, 327—330.

11) Heusler, p. 364. Döb, II, 330.

halten worden ist („von des fünfer ampts wegen über Nyn, das „das nit gehalten wirt und darinne nit gerichtet wirt“) ¹²⁾. Auch bildeten sich seit dem 14. oder 15. Jahrhundert, neben den Etuben und Zünften von Großbasel, in welche auch die Kleinbasler aufgenommen waren, drei Gesellschaften in Kleinbasel, die Gesellschaft zum Rebhause, zur Haren (einer Art Fischergarn) und zum Greiffen ¹³⁾. Jeder in Kleinbasel angesessene Mann mußte sich in eine dieser Gesellschaften aufnehmen lassen. Er hatte jedoch freie Wahl unter den drei Gesellschaften ¹⁴⁾. Zur Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten wählte jede Gesellschaft einen Gesellschaftsmeister, welcher später Oberstmeister, d. h. Oberstgesellschaftsmeister genannt worden ist. Auch bildete jede Gesellschaft eine Kriegsabtheilung ¹⁵⁾. Und der Bürgereid der Kleinbasler wurde in den Gesellschaftshäusern geschworen ¹⁶⁾. Auch bildete Kleinbasel, seitdem die Bürgerschaft zum Zweck des Kriegswesens in Quartire abgetheilt worden war, ein eigenes Quartier mit einem eigenen Sammelplatze für die bewaffnete Mannschaft. Die in Kleinbasel wohnenden Zunftmeister gehörten jedoch nicht in dieses Quartier, vielmehr in dasjenige Quartier von Großbasel, in welchem die meisten Angehörigen ihrer Zunft wohnten ¹⁷⁾. Endlich war selbst die Vertretung Kleinbasels im Stadtrathe anders als jene für Großbasel bestimmt. Ursprünglich hatte nämlich die kleine Stadt nur vier Vertreter im Stadtrathe, außer dem Schultheiß nur noch die drei Vorsteher der erwähnten Gesellschaften. Man nannte sie daher insgemein die Vier ¹⁸⁾. Im 16. Jahrhundert kamen dazu noch einige andere von den drei Gesellschaften erwählte Männer. Und seit dem Ende des 17. Jahrhunderts hatten jene Gesellschaften 36 Stellvertreter im großen Rath von Basel ¹⁹⁾.

12) Notiz bei Heusler, p. 363. Not. Vergl. §. 455.

13) Dchs, II, 330, III, 21. Not. u. V, 402.

14) Dchs, V, 38 u. 404.

15) Dchs, II, 330 u. 404.

16) Dchs, VI, 359.

17) Dchs, III, 65 u. 103. Vergl. oben §. 136.

18) Dchs, V, 5 u. 404.

19) Dchs, VI, 370 u. 371.

Allein nicht bloß Kleinbasel — auch die übrigen Vorstädte von Basel hatten theilweise ihre eigene Verfassung. Jede Vorstadt hatte nämlich schon seit alten Zeiten ihre besondere Gesellschaft mit einem eigenen Gesellschaftshause und einem eigenen Vorgesetzten, mit einem Gesellschaftsfädel und einem eigenen Wapen. Diese Gesellschaften waren in den verschiedenen Vorstädten die Gesellschaft zur Magd, zur Krähe, zum Kumpf, zum hohen Dolder, früher zum Esel, und zum Greiffen oder zu Webern²⁰⁾. Alle in einer Vorstadt ansässigen Männer, nach einem Rathschluß von 1526 sogar die Priester, mußten sich in der Gesellschaft derjenigen Vorstadt, in welcher sie ansässig waren, aufnehmen lassen und sodann mit derselben „hüten und wachen“) ²¹⁾. Die Vorstädter hatten jedoch nicht die Wachen in der Stadt selbst, vielmehr nur auf den Thoren und Thürmen zu versehen²²⁾. Dafür war aber auch jedes Mitglied einer Gesellschaft weiderechtigt²³⁾. Denn mit den Pflichten correspondirten auch die Rechte. Die Vorgesetzten der Gesellschaften hatten den Weidgang, die Polizei und die übrigen Angelegenheiten der Gesellschaften zu besorgen, insbesondere auch die Hirten und Stubenknechte zu ernennen²⁴⁾. Jede Vorstadt scheint demnach ursprünglich ihre eigene Mark gehabt und ihre eigene Markgenossenschaft gebildet zu haben. Seit der Vereinigung der Vorstädte mit der Altstadt (mit Großbasel) sind aber die Markgemeinden in die erwähnten Gesellschaften umgebildet worden, welche nun ihre Mark- und anderen Gesellschafts-Angelegenheiten durch ihre Vorsteher besorgen ließen.

Im Uebrigen waren aber diese Vorstädte in völliger Abhängigkeit von dem Stadtrathe von Großbasel. Denn sie mußten sich nicht allein den allgemeinen Anordnungen des Rathes²⁵⁾, sondern auch jenen Verordnungen unterwerfen, welche der Rath bloß für die Vorstädte oder auch nur für die Gesellschaft einer einzelnen

20) Dchs, II, 173, V, 402, 404 u. 423.

21) Dchs, V, 404 u. 543.

22) Dchs, V, 406.

23) Dchs, V, 405.

24) Dchs, V, 402.

25) Dchs, I, 433, 436, III, 609 u. V, 178.

Vorstadt erlassen hatte²⁶⁾, während die Vorstädter selbst nicht ein Mal Zutritt weder zum Stadtrath noch zu den Herrenstuben in Großbasel, also bei den Bürgerversammlungen gar keinen Vertreter gehabt haben²⁷⁾, zum klaren Beweise, daß sie keine Stadtbürger, vielmehr bloße Hinterfassen oder Beisassen waren.

§. 201.

Um die alte Stadt Soest siedelten sich, wie wir gesehen, einige Bauerschaften an, von denen frühe schon mehrere, wahrscheinlich die späteren sechs Kirchspiele, als Vorstädte zur Stadt gezogen worden sind (§. 19 u. 63). Diese Bauerschaften bestanden offenbar aus den ursprünglich zum Fronhose in Soest gehörigen Villifikationen. Sie waren demnach zins- und dienstpflichtige Bauerschaften. Und von ihnen muß dasjenige verstanden werden, was im alten Stadtrechte von 1120 von den zinspflichtigen Hausplätzen und von den in der Stadt wohnenden dienstpflichtigen Leuten gesagt worden ist¹⁾. Diese zins- und dienstpflichtigen Leute waren nun, wiewohl dieselben als Bewohner der Stadt oder der Burg burgenses genannt worden sind, keine Vollbürger und wurden daher auch nicht Bürger genannt²⁾. Sie hatten demnach auch keinen Zutritt zu dem Stadtrathe und zu den Bürgerversammlungen. Vollberechtigte Bürger waren vielmehr nur die in der Altstadt angesessenen freien Geschlechter. Sie nur allein hatten daher Zutritt zu dem Stadtrathe und zu den Versammlungen der Bürger. Darum wurden sie auch zuweilen, im Gegensatze zu den in den Bauer- oder Burschaften wohnenden Buren Rathleute,

26) Dchs, V, 405.

27) Dchs, V, 404.

1) Stadtr. von 1120 §. 32 u. 53. Omnes aree censuales infra oppidum unius sunt iuris. — ut omnes in opido nostro commorantes sine liberi sine ministeriales nobiscum starent et labores nostros ad seruiendum domino nostro. — Vergl. oben §. 23 u. 63.

2) Dies folgt aus dem Stadtrecht von 1120 §. 53. verglichen mit der Schrae §. 143 bei Emminghaus p. 180., wo jener §. 53 also übersetzt wird: „alle Deyghene. dey binnen der Stat wonet — füllen Cost „Arbeyt. Deynst. unde Schot Dohn vom erme Ghude. also unse „Borghere doyt. Denn es folgt daraus, daß die commorantes in opido nostro keine Borghere waren.

b. h. rathsfähige Geschlechter genannt. Und sie bildeten, wie die Richezgeheit in Köln, die Altbürgerschaft (§. 55). Erst etwa 200 Jahre nach der Abfassung des alten Stadtrechtes und wahrscheinlich erst nach heftigen Kämpfen, erhielten auch die Bauerschaften oder vielmehr ihre Repräsentanten Zutritt zu dem Stadtrath. Dadurch erhielt aber sodann auch der Stadtrath selbst eine ganz andere Gestalt, wie dieses Alles aus einer äußerst merkwürdigen Urkunde von 1259 hervorgeht, und gleich nachher weiter entwickelt werden soll.

Jede einzelne als Vorstadt zur Stadt gezogene Bauerschaft wohnte nämlich in einer eigenen Straße oder richtiger gesagt in einem eigenen Stadtviertel beisammen (*in viculis illis qui dicuntur ty*)³⁾. Sie hatte ihre eigene Kirche und bildete daher ein eigenes Kirchspiel. Das Wort Ty, über dessen Bedeutung schon viel gestritten, und welches von Möser⁴⁾ und von Wigand⁵⁾ mit der Zahl zehn und mit den Decanien in Verbindung gebracht worden ist, hatte nämlich offenbar eine doppelte Bedeutung. Ty, Thy, Thie oder Tie hieß und heißt heute noch in vielen Bauerschaften und Städten in Westphalen, im Calenbergischen und in anderen Theilen von Mittelsachsen der Versammlungsort der Bürger und Bauern⁶⁾. Und so scheinen denn auch diejenigen Straßen oder Stadtviertel in Soest, in welchen sich die Bauerschaften zu versammeln pflegten, Ty oder Tyggen genannt worden zu sein⁷⁾. Es scheint nämlich, daß die Vorstädte nach den einzelnen Versammlungsorten der Bauerschaften in mehrere Ty, wie in Köln in verschiedene Gebuirschaften und in Hamburg u. a. m. in verschiedene Kirchspiele eingetheilt waren, oder mit anderen Worten, daß jede Bauer-

3) Stadtr. von 1120 §. 37.

4) Osnabr. Gesch. II, 162.

5) Femgericht, p. 31 und 32. und Gesch. von Korvei, I, 280.

6) Landrecht der Elbinger Höhe von 1557 §. 37 in Zeitschrift des histor. Vereins für Niedersachsen. Jahrg. 1853. p. 265. — „für einer stad „oder für einem Dorffe uff einer thie eine linde“ — Pufendorf, observ. III, app. p. 87. Haltius, p. 1811 u. 1812. Wigand, Femger. p. 32. Meine Geschichte der Markenverfassung, p. 330.

7) Jene Stelle des Stadtr. §. 37 übersetzt die Righe Schrae, §. 20 bei Emminghaus, p. 206. „Dat sollen richten de Hovere up den Tyggen.“

schaft ihren eigenen Versammlungsort gehabt und von diesem so-
dann das von der Bauerschaft bewohnte Stadtviertel selbst den Na-
men *Ty* erhalten hat. Damit stimmen auch die noch in späteren
Zeiten vorkommenden *Thie-Gämmerer* überein, deren wahr-
scheinlich jede *Thie* einen oder mehrere gehabt hat⁸⁾. Das Wort
Ty oder *Thy* und das gleichbedeutende *Gii* hatte aber auch noch
eine andere Bedeutung. Es bedeutete nämlich auch die Versamm-
lung selbst⁹⁾. *Ty*, *Thy* oder auch *Tygg*en stammt nämlich offen-
bar von einem Worte, das sprechen bedeutet, welche Bedeutung
sich noch in dem Plattdeutschen *Tidung* und *Thyding* (Zeitung)
erhalten hat¹⁰⁾. Eben so kommt *Gii* von *gihen*, *jehen* oder *jāhen*,
wovon *Gicht*, *Urgicht*, *Bergicht*, *Begicht*, *Beicht* u. s. w.¹¹⁾. Beide
Wörter bedeuten demnach so viel als Sprache, *Ty*, *Thy* und *Gii*
in Soest also ein Parlament oder eine Bauersprache, welche man
später die *Köer* genannt hat¹²⁾. Daher wird auch in der Ur-
kunde von 1259 *Gii* eine Vorgabrynge, d. h. eine Vergaderung
oder Versammlung (*conventiculum*) genannt¹³⁾. Das Wort *Ty*
hatte demnach in Soest eine doppelte Bedeutung. Es bedeutete
einerseits die versammelte Bauerschaft oder die Bauersprache, an-
dererseits aber auch den Versammlungsort und den von der Bauer-
schaft bewohnten Stadttheil.

Jedem *Ty* stand nun ein Bauerrichter (*Burrichter*) vor, wel-

8) Emminghaus, memorab. p. 40. Not.

9) Stadtr. von 1120 §. 61. — in suis conventionalibus quod vulgo
thy dicitur. — Urk. von 1259 bei Seiberß, II, 1. p. 392. — circa
eos qui burrichtere vocantur, erunt in conventiculis qui vulgo ty
dicuntur. Urk. von 1259 bei Wigand, Archiv, IV, 10. „De gene de
„dar burichter“ heyten sollen steyn in der vorgabrynge be in deme ge-
mene Dudenſchen heyten gii.“

10) Dähnert, v. Tidung, p. 485.

11) Vergl. Schmeller, I, 148, II, 14. Franz Ign. Pieler, bei Wigand, Archiv,
IV, 14.

12) Polizeiordnung von 1650, tit. 6. §. 8, tit. 7. §. 9, tit. 8. §. 17 u.
tit. 11 §. 8 bei Emminghaus, p. 296, 299, 304 u. 309. Eine ent-
fernte Ähnlichkeit mit den *Thy* haben die *Luchten*, d. h. die Rüge-
gerichte in Niedersachsen. Vergl. meine Gesch. der Dorfverj. II, 126.

13) Brem. Nieders. Wörterb. II, 474.

cher zuweilen auch Bürgermeister (*magister burgensium*) genannt worden ist ¹⁴⁾. Die Burrichter wurden wahrscheinlich aus den in der Bauerschaft angesessenen Hofbesitzern (*Hoveren*) gewählt. Daher werden die *Hovere* zuweilen statt der Burrichter selbst genannt ¹⁵⁾. Der Burrichter hatte, wie in anderen Bauerschaften, die Angelegenheiten seiner Bauerschaft theils allein theils gemeinschaftlich mit der Genossenschaft in den öffentlichen Versammlungen zu besorgen, auch über geringe Diebstähle und Geldschulden bis zu 6 Denarien, so wie über das mehr mit der Landwirthschaft zusammenhängende unrichtige Maas in Frucht und Bier zu erkennen, während das mehr mit dem Gewerbswesen zusammenhängende Maas und Gewicht unter dem Stadtrath gestanden hat ¹⁶⁾. Diese Bauerschaften gehörten zwar als *Burgbewohner* (*burgenses*) zur Stadtgemeinde. Da sie jedoch keinen Zutritt zu dem Stadtrathe und zur Bürgerversammlung gehabt haben, so wurden sie als gemeine *Bur* den rathsfähigen Geschlechtern oder den Rathsheuten, d. h. der *Altbürger* entgegengesetzt (*„Maetlude un gemeine Bur to Soest“*) ¹⁷⁾. Erst im Jahre 1259 erhielten auch die Bauerschaften Zutritt zu dem Stadtrath. Darum konnte nun nicht mehr allen rathsfähigen Geschlechtern, vielmehr nur noch einer bestimmten Anzahl der Zutritt gestattet werden. Es heisst daher in jener Urkunde von 1259, daß die Zahl unserer Rathsheute, d. h. der aus den rathsfähigen Geschlechtern genommenen Rathsheute, vermindert worden sei ¹⁸⁾.

Es wurde nämlich im Jahre 1259 festgesetzt, daß der große Rath „künftig aus 24 Personen bestehen“, davon zwölf aus den rathsfähigen Geschlechtern (*„be nu tot tyt van dem rade,*

14) Urf. von 1268 bei Seiberh, II, 1. p. 496. *electus in magistrum burgensium qui burrychtere vulgariter appellatur.*

15) Schrae §. 20 bei Emminghaus, p. 206. „Dat sollen richten de *Hovere* „up den Tyggen.“ Vergl. mit Stadtr. von 1120 §. 87.

16) Stadtr. von 1120 §. 87, 61 u. 62. Vergl. meine Gesch. der Dorfverfassung, II, 54 u. 134 und oben §. 63.

17) Urf. von 1259 bei Wigand, Arch. IV, 9.

18) Urf. von 1269 bei Seiberh, II, 1. p. 392. — *omne nostrum numerum consulum nostrorum minuentes.* Pieler bei Wigand, Arch. IV, 9 u. 11.

— ex his qui sunt in consilio). Die „zwölf anderen“ aber aus „denjenigen welche Burichter gewesen“ (ex his qui fuerunt burrichtere) genommen werden sollten, die Burrichter offenbar als Repräsentanten der bisher gar nicht vertretenen Bauerschaften. Die zwölf aus den alten Geschlechtern gewählten Rathseleute sollten jedes Jahr durch zwölf neue aus den Geschlechtern ersetzt werden, von den zwölf aus den gewesenen Burrichtern zu wählenden Rathseleuten aber jedes Jahr nur sechs austreten und diese durch sechs neue, wahrscheinlich durch Einen aus jedem der sechs Kirchspiele ersetzt werden. Diese zwölf aus den Burrichtern genommenen Rathseleute wurden jedoch den aus den Geschlechtern gewählten nicht völlig gleichgestellt. Sie sollten vielmehr als ein neuer Rath der Zwölfe an die Seite des alten Geschlechter Rathes treten, und die 12 Burrichter allein die Bürgermeister wählen¹⁹⁾. Sehr wahrscheinlich bildete der alte Geschlechter Rath nach wie vor den kleinen Rath, der die laufenden Geschäfte zu besorgen hatte. Bei wichtigeren Verhandlungen mußte aber auch noch der neue Rath oder der Rath der Zwölfer beigezogen werden. Und beide Räte zusammen bildeten sodann den großen Rath oder den Rath der Vierundzwanziger. Diese Rathsordnung wurde jedoch nicht sogleich in Vollzug gesetzt. Denn noch im Jahre 1283 bestand der Rath factisch aus 36 Personen. Und es mußte verordnet werden, daß ihre Anzahl nun wirklich auf 24 Personen herabgesetzt werden solle. Auch wurde, offenbar im Interesse der Zünfte, verordnet, daß künftig jeder Bürger, wenn er tüchtig sei, in den Rath gewählt werden dürfe, wenn er auch früher noch nicht zum Burrichter gewählt worden sei²⁰⁾.

Neben diesem großen Rath dauerten indessen auch die alten Bauersprachen oder die Räder noch fort. Die Bauerschaften besorgten nämlich nach wie vor in ihren Versammlungen, welche in der Urkunde von 1259 Gii und Ty genannt werden, ihre genossenschaftlichen Angelegenheiten. Und es sollten denselben sogar „diejenigen Ratleute, welche Burichter heißen, beiwohnen“, jedoch erst „nachdem sie geschworen haben sich daselbst still

19) Urf. von 1259 bei Wigand, p. 9 u. 10. und Seiberz, I, 1. p. 392.

20) Urf. von 1283 bei Seiberz, II, 1. p. 496. Vergl. Seiberz, Rechtsgesch. III, 439.

verhalten“ und sich nicht einmischen zu wollen²¹⁾. Woraus nicht ohne Grund gefolgert werden kann, daß damals wenigstens die alten Geschlechter noch nicht den Bauerschaften zugetheilt waren und demnach keinen Zutritt zu ihren Versammlungen gehabt haben. Aus diesen mit der Stadt vereinigten Bauerschaften sind die späteren sechs Kirchspiele (Kerspels), in welche die Stadt getheilt war, hervorgegangen, deren jede ihre eigene Kirche (St. Peter, St. Jörgen, St. Thomas, St. Pauwel, Maria in Altis zur Hoge und Maria zu der Wesse) gehabt hat²²⁾ und welche sehr wahrscheinlich schon im Jahre 1259 vorhanden gewesen sind.

In früheren Zeiten hat es in Soest nur einen einzigen Bürgermeister gegeben²³⁾. Seitdem sich jedoch die Bauerschaften („die gemeyne Bur“) Antheil an dem Stadtregerie erkämpft und diesen im Jahre 1259 förmlich zugesichert erhalten hatten, seitdem kam zu dem ersten aus den rathsfähigen Geschlechtern genommen noch ein zweiter Bürgermeister hinzu, gewissermaßen als Repräsentant der Bauerschaften bei dem Obersten Regiment in der Stadt. Und den zwölf in dem Rath sitzenden Burrichtern wurde sogar das Recht zugestanden, auf dem Rathhause bei versammeltem Rathe die beiden Bürgermeister unter den Vierundzwanzigern zu wählen²⁴⁾.

§. 202.

Wie in Soest so hatten sich auch in Köln rings um die von der Richerzegheit bewohnte Altstadt mehrere Bauerschaften oder Kirchspiele (St. Columban, St. Peter, St. Alban, St. Laurentius, St. Martin, St. Brigiden und St. Apostolen) gebildet, welche, da sie größtentheils vor der alten Stadtmauer lagen, ursprünglich

21) Urf. von 1259 bei Wiganb, l. c. p. 10. u. Seiberß, II, 1. p. 392.

22) Prozeß Ordnung tit. 20 bei Emminghaus, p. 421.

23) Stadtr. von 1120 §. 43 u. 44.

24) Urf. von 1259 bei Wiganb, l. c. p. 10. u. bei Seiberß, II, 1 p. 392.

„Duße twelve vorgeannte burichter mit den ganzen rade (d. h. mit den 12 im Rathe sitzenden Geschlechtern) in deme rathus — be
„twelve burichter twe bormester vom den ver untwontich rathude
„setzen“ (d. h. fiesen) — duodecim burrichtere duos magistros burgensium ex XXIIIIor. consulibus eligent. —

wahre Vorstädte gewesen sind (§. 197 u. 198). Die Zeit ihrer Entstehung liegt im Dunkeln. Da jedoch die Kirchspielleute von St. Martin, von St. Brigiden und von Nirsbach schon im Jahre 1180 über ihre auf dem Altenmarkt in Köln gelegenen Gebäude verfügten ¹⁾, und schon in einer Urkunde von 1258 von der mit ihnen verbundenen Gerichtsbarkeit als von einer ganz alten Einrichtung (*ab antiquo observatum — ab antiqua consuetudine* u. s. w.) gesprochen wird ²⁾, so müssen sie bereits im 11. Jahrhundert oder wenigstens schon im 12. existirt haben. Jedenfalls hat die Gebauerschaft St. Lorenz schon im 11. Jahrhundert bestanden, wie dieses aus einem Bürgerverzeichniß vom Jahre 1060 hervorgeht ³⁾. Jede dieser sieben Bauerschaften oder Kirchspiele, welche in Köln insgemein Geburschaften oder Gebuirschaften ⁴⁾ oder Nachbarschaften genannt zu werden pflegten, bildete wie andere Bauer- oder Nachbarschaften eine Feldgemeinschaft oder eine Feldmarkgemeinde. So wie sich denn auch in späteren Zeiten, nach der Vereinigung dieser Gebuirschaften mit der Altstadt, noch Spuren von anderen späterhin verschwundenen Feldgemeinschaften erhalten haben. Auch in späteren Zeiten bildeten nämlich die Eigenthümer der vor einer Feldpforte zu Köln gelegenen und zu einem bestimmten Stifte oder Fronhofs gehörigen Ländereien noch eigene Genossenschaften, welche über das Viehhalten, über den den Fruchtfeldern zugefügten Schaden und über andere Feldangelegenheiten Verordnungen machen durften ⁵⁾. Man nannte die Genossen Fuhrgenossen, d. h. Furchgenossen oder Markgenossen ⁶⁾. Sie bildeten demnach auch in späteren Zeiten noch eigene sogenannte Realgemeinden, wie wir dieses auch in anderen Bauer-

1) Urk. von 1180 in Quellen, I, 583.

2) Urk. von 1258 bei Lacomblet, II, 246 u. 250. *Securis* p. 75, 79 u. 80.

3) Glasen, das edele Cöllen §. 36, p. 22 u. 26 ff.

4) Urk. von 1375 bei Glasen, Schreinspr. p. 61. *cohaeredes qui dicuntur de gebuirschaft*. Urk. von 1240 u. 1488 in Quellen, II, 210 u. 219. Rot.

5) Urk. von 1351 bei Glasen, Schreinspr. p. 70 u. 71. — „wir — die zu Köln Fuhrgenossen, und gelenden haben in dem Felde, baußen Köln — haben diese Ordnung und Gesetze gemacht.“ —

6) Meine Gesch. der Dorfverfassung, I, 26 u. 97.

schaften finden ⁷⁾. Diese Gebur- oder Gebuirschaften, welche sich auch nach der Vereinigung der erwähnten 7 Kirchspiele mit der Altstadt noch neben ihr erhalten haben, nannte man in späteren Zeiten Bauerbänke, in den Urkunden und Verordnungen aber Geburschaften oder Gebuirschaften, z. B. die Bauerbant von der Weiherstraße eine Geburschaft und die Gebuirschaft up der Wyerstraissen ⁸⁾. Diese Geburschaft von der Weiherstraße, von welcher wir ein sehr altes Statut vom Jahre 1201 und 1240 besitzen ⁹⁾, gehörte zum Stifte St. Pantaleon. Der Abt von St. Pantaleon war ursprünglich der Grundherr und später der erste Erbgenosse (Abt van Senct Panthaleoin sull syn eyn verdient Erffgenoiss) ¹⁰⁾. Mitglieder dieser Genossenschaft waren auch die Besitzer der neun Hayenhöfe und alle Erbgenossen, die Gut und Land im sulzer Felde hatten (erffgenoissen van dem Goede vnd van dem lande dat gelegen ist im Sultzer velde) ¹¹⁾. Sie lebten nach altem Herkommen (nae unseme alden Recht, als it herkomen ist. §. 39). Sie hatten aber auch das Recht über ihre genossenschaftlichen Angelegenheiten Verordnungen, sogenannte Eynungen, zu machen (dat wir erffgenoissen — sementlichen under uns hain overdragen eyner eynungen under uns erffgenoissen. §. 1 vergl. §. 56). Und die Ordnung von 1240 besteht größtentheils aus solchen autonomen Anordnungen über das Schaafhalten, über den von Pferden, Kühen, Rindern, Schweinen

7) Meine Gesch. der Dorfverfassung, I, 162—175.

8) Quellen, II, 210 und 219. Not.

9) Von diesem sehr interessanten Statute von 1240 finden sich mehrere Copien im Stadtarchive zu Köln. Quellen, II, 210. Not. Ich selbst besitze ebenfalls ein sehr schön auf Pergament geschriebenes Exemplar und zwar schon vom Jahre 1201. Es weicht hier und da von dem in den Quellen abgedruckten ab, und enthält ein, wie es scheint, vollständiges Verzeichniß der Erbgenossen. Ich lasse es daher im Anhang abdrucken, nach einer von Herrn Archivar Schandern selbst gemachten Abschrift. Vergl. unten §. 217.

10) Quellen, II, 210 §. 1 u. 60. Urf. von 1198 in Quellen, I, 611 und im Anhang.

11) Quellen, II, 210, §. 1. Vergl. eod. I, 408. Not. Glasen, Schreinspr. p. 60. Die Hayen hält Ennen, Gesch. I, 598. Not. irrthümlich für Geschworne einer Kirche.

und Gänfen auf dem Felde verursachten Schaden, über das Stopeln, Lehm Stechen, Sand oder Mergel Fahren und Futterkraut Schneiden auf dem Felde, über die Erndtezeit, über das Fahren auf eingesäeten Feldern u. dergl. m., und über die auf den Zuwiderhandlungen stehenden Strafen (§. 3—5, 7—14, 17—22, 29—35). Zwei von der Geburschaft gewählte Vorsteher (Meistere, Geburmeister oder Gebuyrmeister) hatten nebst einigen Schüßen die genossenschaftlichen Angelegenheiten zu besorgen (§. 36—40, 44, 49), die Erbgenossen so oft es nothwendig war zur Versammlung zu berufen (§. 52), und die genossenschaftlichen Gerichte zu halten (§. 45 u. 47), welche *huir gedinge* oder *baur gedinge* genannt worden sind ¹²⁾. Die genossenschaftlichen Rechte und Verbindlichkeiten nannte man *geburliche Rechte* (§. 38 u. 40), d. h. Bauernrechte, und zu ihnen gehörte insbesondere auch die Pflicht, alle genossenschaftlichen Streitigkeiten vor das Baurgericht zu bringen (§. 49 und 50) und über die Gemeindebeschlüsse Stillschweigen zu beobachten (*hayle to halden*. §. 44).

Eine andere Feldgenossenschaft dieser Art war die Geburschaft von St. Gereon. Sie gehörte zum Stifte St. Gereon. Und Mitglieder dieser Genossenschaft waren, außer der Meisterin des Klosters Weiher, der Abtissin von Mechtern, und dem Kapitel von St. Andreas, alle Bürger, welche Gelende haben in dem Felde baussen Köln, binnen dem Bezirke des weltlichen Gerichtes von St. Gereon ¹³⁾. Die Geburschaft vom Eichelstein hing mit der Vogtei vom Eigelstein zusammen, Mitglieder dieser Genossenschaft waren die „gemeinen Nachbarn wohnhaftig „auf dem Eigelstein binnen der Herrlichkeit der Vogteien, die da „eigen Artland oder Gartenland zu Pacht oder Miethung haben, „welches Artland und Gartenland außerhalb des Eigelsteinthors „ist binnen der Bannmeile von Köln und binnen Führen und „Pfählen des Gerichts und der Herrlichkeit der Vogtei.“ Die Geburschaft von St. Severin umfaßte den ganzen Bezirk des Fronhofgerichtes von St. Severin. Auch wird noch der Geburschaften der Friesenstraße und der Schafenstraße Er-

12) Quellen, II, 210. Not.

13) Urk. von 1351 bei Glasen, Schreinspr. p. 71—72.

wählung gethan. An der Spitze einer jeden dieser Geburschaften standen nun, wie in der Geburschaft der Weiherstraße, zwei von den Erbgenossen gewählte Geburmeister, welche die Angelegenheiten der Geburschaft zu besorgen und die Burgerichte zu halten hatten. Und wie die Erbgenossen der Weiherstraße, so pflegten auch diese Geburschaften ihre Feldangelegenheiten durch autonomische Anordnungen zu regeln ¹⁴⁾.

Die Stifter, Fronhöfe und Vogteien, zu welchen diese Geburschaften gehörten, wurden nach und nach, wie wir sehen werden, mit der Altstadt vereinigt. Da jedoch diese Geburschaften sehr klein waren, so wurden sie nicht als selbständige Gemeinden in die Stadt aufgenommen, vielmehr den bereits bestehenden Stadttheilen einverleibt. Als Realfeldmarkgemeinden haben sie aber auch späterhin noch fortbestanden. Nur die erwähnten sieben Kirchspiele, welche bereits vor ihrer Vereinigung mit der Altstadt schon Vorstädte gebildet hatten, wurden als selbständige Gemeinden in die Stadt aufgenommen. Sie behielten daher auch nach ihrer Vereinigung noch eine Zeit lang ihre alte, nach den Umständen jedoch modificirte Verfassung. Bei einer Verfassungsgeschichte von Köln kommen daher nur diese Kirchspiele noch in Betracht.

§. 203.

Die Vorsteher dieser Geburschaften oder Kirchspiele nannte man *magistri* oder Meister, *magistri vicinorum* oder *magistri civium*, also Geburmeister, Gebuirmeister, Nachbarschaftsmeister oder Bürgermeister ¹⁾, sodann *officiales* oder *officiati*, Amtmänner oder Amtleute ²⁾, ferner, wie in den italienischen Städten so oft, *potes-*

14) Ennen, Gesch. II, 453—455.

1) Urk. bei Glasen, das edele Cöllen, p. 80 u. 81. *magistri vicinorum parochiae Sancti Laurentii*. — *magistri civium St. Laurentii*, — Vergl. noch Glasen, Schreinspr. p. 48. Not.

2) Urk. von 1258 bei Lacomblet, II, 246 u. 250. *Quod in qualibet parrochia Colon. sunt plures officiales — quod ab antiqua consuetudine in parrochiis officciati eliguntur*. — Urk. von 1271 bei Glasen in Materialien zur Statistik des niederrhein. Kreises, II, 1. p. 123. *officialibus parochie S. Albani*. — Urk. von 1288, eod., I, 12, p. 496. *officiales S. Laurentii*. — Urk. von 1384 bei Glasen,

tates civitatis oder Gewerbe, d. h. Gewalthaber und judices oder judices parochiae³⁾, d. h. Kirchspielsrichter, Bauerrichter oder Burrichter. Sie werden 'zwar meines Wissens in keiner Kölner Urkunde Burrichter genannt. Da sie jedoch den Vorsitz bei den Burgerichten gehabt haben⁴⁾, und auch Geburmeister genannt wurden, so sind sie jedenfalls dasselbe gewesen, was anderwärts die Burrichter waren. Sie wurden von Alters her von der Bauerschaft eines jeden Kirchspiels gewählt (quod ab antiqua consuetudine in parochiis officii eliguntur)⁵⁾. Ihre Anzahl war ursprünglich be-

Schreinspr. p. 34. officiales parochie S. Columbe. Vergl. noch Glasen, Schreinspr. p. 27 u. 28. Vergl. meine Gesch. der Dorfverf. II, 24 u. 70. Lambert (Gesch. von Erfurt, p. 22) hält zwar meine Ansicht, wie öfters, wenn er nicht genau gelesen hat, für einen Irrthum. Allein widerlegt auch hier wieder etwas, was ich gar nicht gesagt habe. Ich habe nämlich gar nicht gesagt, daß jeder officiiatus ein magister sei. Ich sagte vielmehr nur, daß in den von mir angeführten Stellen die magistri auch officiiati und Amtleute genannt worden seien. Daraus folgt aber keineswegs, daß alle officiiati auch magistri gewesen seien, was ich auch nicht behauptet habe. Die herrschaftlichen Beamten wurden vielmehr ebenfalls officiiati und officiales genannt. Daß aber die officiiati parochiae und die officiales parochiae in Köln dasselbe waren, was auch die magistri parochiarum gewesen sind, geht unter Anderen auch aus vielen Stellen bei Glasen, Schreinspraxis p. 27—38 hervor. Uebrigens wurden ja auch anderwärts die magistri civium zu den officiales und officiiati gerechnet. Edictum von 1282 bei Pertz, IV, 286. — magistros civium seu rectores, vel alios quoslibet officiales — vergl. §. 151. Und es konnten die magistri parochiarum in den erwähnten Kirchspielen in Köln um so mehr officiales, officiiati und Amtmänner genannt werden, weil sie ursprünglich wirklich die herrschaftlichen Gemeindevorsteher in jenen geistlichen und weltlichen Grundherrschaften gewesen sind (§. 121 u. 217). Wie in anderen reichsgrundherrlichen Städten und in vielen anderen grundherrlichen Städten, haben sie demnach nur ihre alte Benennung später noch beibehalten. Vergl. §. 143.

3) Urk. bei Glasen, das edele Cöllen, p. 30, 31 u. 32. Vergl. Glasen, Schreinspr. p. 28. Not. u. 48 Not.

4) Urk. von 1258 bei Lacomblet, II, 250. — in parochiis officiiati eliguntur, qui quedam ibi indicauerunt et iudicant secundum eius formam, quod burgericht vulgariter appellatur.

5) Urk. von 1258 bei Lacomblet, II, 250.

stimmt. Wahrscheinlich waren es zwölf. Schon im 13. Jahrhundert ward aber über ihre große Anzahl geklagt⁶⁾. Darauf wurde sie wahrscheinlich auf 12 bis 16 festgesetzt. Denn man findet späterhin in den einzelnen Kirchspielen 12 bis 16 sogenannte Schreinsherren⁷⁾.

Die Vorsteher der einzelnen Kirchspiele oder Gebuirschaften waren in diesen dasselbe, was in der Altstadt Köln die *officiales* der Richezeche gewesen sind. Sie hatten daher alle genossenschaftlichen Angelegenheiten ihrer Gebuirschaft zu besorgen, bei Verhandlungen mit dem Erzbischof ihre Gemeinde zu vertreten⁸⁾, und außer der Verwaltung auch noch Gerichtsbarkeit in ganz geringfügigen Dingen, bis zu fünf Schillingen, wie dieses auch bei anderen Bauerschaften der Fall war⁹⁾. In wichtigeren Angelegenheiten hatten die Bürgerichte keine Gerichtsbarkeit. Hinsichtlich der öffentlichen Gerichtsbarkeit standen die Gebuirschaften vielmehr unter dem Burggrafen von Köln. Nichts desto weniger hatte jede Gebuirschaft ihre eigenen von den Vorstehern der Genossenschaft und von den Schöffen der Altstadt verschiedenen Schöffen¹⁰⁾. Die *magistri vicinorum*, *magistri civium* und *officiales* oder *officiati parochiae* waren demnach, wie die *officiales* der Richezeche und die *magistri civium* in der Altstadt Köln, die Gemeindevorsteher und, wenn sie versammelt waren, der Gemeinderath ihrer Gebuirschaft (*plebeum in parrochiis consilium et regimen*)¹¹⁾.

6) Schiedspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 246 u. 250. *Quod in qualibet parrochia Colon. sunt plures officiales, quam esse debbant et quam consueverunt esse ab antiquo.*

7) Glasen, Schreinspr. p. 49. .

8) Urf. von 1174 in Quellen, I, 570 u. 571. *Magistri parrochiarum pro universis civibus. — Scabini et magistratus urbis pro universis civibus.*

9) Glasen, Schreinspr. p. 80—86. Schiedspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 246 u. 251. — *cum in domo parrochiali non possit iudicari nisi de quinque solidis. —*

10) Schiedspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 246. *in domo civium vel parrochiali ipsi officiales et scabini.* Urf. von 1260 bei Glasen, Materialien I. c. I, 12. p. 498.

11) Urf. von 1259 bei Lacomblet, II, 258. Vergl. meine Gesch. der Dorfverf. II, 70.

Zwei von ihnen standen an der Spitze des Collegiums und führten den Titel *magistri*, *magistri civium parochiae* oder Bürgermeister, wie dieses auch in der Altstadt Köln der Fall war¹²⁾.

Vollberechtigte Mitglieder einer Gebuirschaft waren nur die in Grund und Boden angesessenen und in die Dorfmarksgemeinde aufgenommenen Leute, also nur die erbgessesenen Leute (*cohaeredes parochiae* oder *cohaeredes qui dicuntur de gebuirschaft*), oder die Geburen oder Nachbarn (*vicini*), welche zuweilen auch Bürger (*cives* oder *cives parochiae*) genannt worden sind¹³⁾. Sie nur allein hatten das Bürgerrecht (*urbanitas que dicitur gebuirschaft*)¹⁴⁾. Sie bildeten, wie die Richezgeheit in der Altstadt, eine Art Zunft oder Amt (*officium*). Daher nannte man die Gemeindevorsteher in den Gebuirschaften zuweilen *domini de officio*, wie die Vorsteher der Altstadt *rectores officii Richezgeheit* genannt worden sind¹⁵⁾. Und in jeder Gebuirschaft lag ein Bürgerbuch, in welches sämtliche Bürger der Gemeinde verzeichnet werden mußten. Von dem Kirchspiele St. Lorenz kennt man ein solches Verzeichniß vom Jahre 1060¹⁶⁾. Und auch die *carta officialium*, in welcher die Bürger von St. Alban mit ihren Frauen eingeschrieben werden sollten, war offenbar ein solches Bürgerbuch¹⁷⁾. Neben den Bürgern wohnten aber in den Gebuirschaften auch noch andere Leute, welche nicht in Grund und Boden angesessen, also keine vollberechtigte Genossen waren. Zu ihnen gehörten insbeson-

12) Urf. von 1177 in Quellen, I, 576. *ad magistros civium ipsius parochie — coram magistris civium.* — Urf. von 1303 bei Glasen, Schreinspr. p. 37. *domini nostri officiales et magistri eorum.*

13) Urfunden bei Glasen, das edele Cöllen, p. 26 — 30 u. 32. Glasen, Schreinspr. p. 38 u. 61.

14) Urf. von 1273 u. 1316 bei Glase., Schreinspr. p. 31.

15) Urf. von 1303 bei Glasen, Schreinspr. p. 36. *domini de officio, videlicet officiales.* Vergl. oben §. 55 u. 56.

16) Urf. von 1060 bei Glasen, das edele Cöllen, §. 36, p. 22 u. 26—29.

17) Urf. von 1271 bei Glasen in Materialien l. c. II, 1. p. 123. *quod Hermannus in carta officialium scribi deberet et — mandatum est officialibus parochie S. Albani, quod predictus Hermannus in carta ipsorum scriberetur, et sic scriptus fuit idem Hermannus et uxor sua Engibradis in carta officialium.* —

dere auch die Handwerker. Sie durften daher nicht in das Bürgerrecht oder in das Amt (*officium*) aufgenommen werden¹⁸). Die Bürger waren demnach in der Geburschaft oder Gebuirschaft dasselbe, was in der Altstadt die Geschlechter.

Der Ort, wo sich die Bürgerschaft und die Gemeindevorsteher zu versammeln pflegten, war das Bürgerhaus (*domus civium*) oder Kirchspielshaus (*domus parrochialis* oder *domus parrochianorum*)¹⁹), welches auch das Nachbarschaftshaus (*domus vicinorum*)²⁰), das Amtleutehaus (*domus officialium* oder *domus officiatorum*)²¹) oder das Gebuirhaus (Gebuirhuiß, Geburhuis²²), gebuyr huyß²³) und gebure huyß)²⁴) genannt worden ist. Jede Gebuirschaft hatte ihr eigenes Gemeindehaus, in welchem die Angelegenheiten der Gemeinde berathen und besorgt zu werden pflegten. Das Gebuirhaus war demnach für die Gebuirschaft oder für das Kirchspiel dasselbe, was für die Altstadt das Rathhaus. Namentlich versammelte sich daselbst die bewaffnete Mannschaft auch in Zeiten der Gefahr, um von dort aus zum Angriff oder zur Vertheidigung zu schreiten, wie dieses bei den in den Jahren 1259 und 1372 stattgehabten Aufständen der Fall war²⁵). Denn wie jede andere Bauerschaft so bildete auch in Köln jede Gebuirschaft eine kriegerische Abtheilung, welche insbesondere auch ihre Stadthore zu vertheidigen hatte²⁶). Daher hatten auch die Gemeinde-

18) Statut von St. Alban bei Glasen, Schreinspr. p. 28. Not. und Ennen, Quellen, I, 272. *statuerunt, quod nulli piscatores, pistores, coloratores, calcifici, carnifices, neque fabri erunt, nec esse debent in officio predicto officiiati.* Auch in der Vorstadt Airschbach waren die Gewerbsleute von den Officialstellen ausgeschlossen. In St. Columban dagegen findet man auch einige Gewerbsleute unter den Officialen des Kirchspiels. Ennen, Ge. 4. II, 449.

19) Schiedspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 245 u. 246. Urf. von 1290 bei Glasen, Schreinspr. p. 41.

20) Glasen, Schreinspr. p. 38.

21) Urf. von 1298 u. 1308 bei Glasen, Schreinspr. p. 36 u. 38.

22) Grimm, II, 748.

23) Hagen, Weuer slacht. V, 38.

24) Köln. Chron. fol. 285 a.

25) Köln. Chron. fol. 205, 274. b. und 275 a. Glasen, Schreinspr. p. 36.

26) Urf. von 1264 bei Glasen, Schreinspr. p. 35. Vergl. noch p. 38. Not.

vorsteher einen Schlüssel zur Stadtpforte in Verwahrung²⁷⁾. Auch die Judengemeinde mußte von Alters her das Judenthor selbst vertheidigen²⁸⁾.

Dies war die Verfassung der Gebuirschaften vor ihrer Vereinigung mit der Altstadt Köln. Dieselbe Verfassung blieb ihnen aber auch noch nach ihrer wahrscheinlich im Anfang des 13. Jahrhunderts erfolgten Vereinigung²⁹⁾. Zwar wurden die Bürger der Gebuirschaften in das Bürgerrecht der Altstadt aufgenommen und erhielten daher oder wenigstens ihre Gemeindevorsteher Zutritt in den Stadtrath der Altstadt. Dies geht aus mehreren Urkunden hervor, nach welchen sie während des Kampfes mit dem Erzbischof Konrad gleichzeitig mit den alten Schöffen und mit den Vorstehern der Richegheyt aus dem Stadtrath entfernt worden sind³⁰⁾, eine Verfügung, welche zwar bald nachher wieder zurückgenommen worden ist, welche aber nichts desto weniger beweist, daß die Amtleute der Kirchspiele Zutritt in den Stadtrath gehabt haben. Auch hatte der Stadtrath von Alt köln nun eine Oberherrlichkeit über die Gebuirschaften. Denn diese mußten sich den Anordnungen des Stadtrathes fügen³¹⁾, und von den Vorstehern der Gebuirschaften ging, z. B. in Schreinsangelegenheiten, eine Berufung an den Stadtrath

Ennen, Gesch. von Köln, I, 453 u. 628, u. II, 448. Not. 2. Meine Gesch. der Dorfverfassung, II, 50 u. 60.

27) Kölner Chron, fol. 212 b. Glasen, Schreinspr. p. 36.

28) Ennen, Gesch. I, 454.

29) Vergl. oben §. 58. Für diese Zeit spricht auch der Beginn der Erbauung der Stadtmauer auf dem Walle im Anfang des 13. Jahrhunderts. (Annales S. Gereonis Coloniens. bei Pertz, XVI. 734. Anno dominice incarnationis 1200 inceperunt cives colonienses edificare murum super vallum). Vergl. Ennen, Gesch. I, 653 ff.) Vorher waren zwar die Vorstädte schon mit Wall und Graben umgeben. Daß sie aber damals schon der Altstadt einverleibt worden seien, wird nicht gesagt. Vergl. oben §. 197.

30) Urf. von 1259 bei Lacomblet, II, 258. De fratribus scabinorum et illis qui rectores erant officii dicti Rigercegheyt, nec non de illis, qui plebeum in parrochiis consilium et regimen hactenus optinebant, ita statuimus, — ne de premissis officiis de cetero se intromittant, vel consiliis audeant interesse. Vergl. noch eine andere Urf. von 1259 eod. p. 263.

von Altdöln (§. 57). Allein das Bürgerrecht in den Gebuirschaften blieb dennoch als eine Art von Unterbürgerrecht oder kleinem Bürgerrecht verschieden von dem großen Bürgerrecht in der Altstadt. Denn nur die in einer Gebuirschaft in Grund und Boden angeessenen Leute konnten in das Bürgerbuch der Gebuirschaft (*carta officialium*) eingeschrieben werden³¹⁾. Auch geschah die Aufnahme in das Bürgerrecht einer Gebuirschaft nach wie vor von den Vorstehern dieser Gemeinde³²⁾. Eben so behielt jede Gebuirschaft ihr eigenes Gemeindehaus neben dem Rathhause des hohen Rathes der Altstadt³³⁾. Und die Vorsteher einer jeden Gebuirschaft besorgten nach wie vor die Angelegenheiten ihrer Gemeinde. Sie ertheilten den Gewerbsleuten ihrer Gebuirschaft das Recht auf den öffentlichen Plätzen ein Gewerbe zu betreiben³⁴⁾. Sie hatten die Armen- und Krankenpflege zu besorgen und daher die Aufsicht über die Spitäler und anderen Stiftungen³⁵⁾. Sie hatten bei der Besetzung der Pfarrstellen die Präsentation³⁶⁾. Sie sorgten für die Wohnung und für den Unterhalt des Pfarrers, für den Bau und die Reparatur der Kirche und für die Anschaffung alles dessen, was für den Gottesdienst nothwendig war³⁷⁾. Sie hatten die Bau-, Reinlichkeits- und Gesundheitspolizei zu handhaben, die baulichen Streitigkeiten zu entscheiden, dafür zu sorgen, daß niemand das Licht verbaut, der Wasserlauf gehemmt, herge-

31) Urf. von 1264 bei Glasen, Schreinspr. p. 84—85. *quod officiales parochie S. Columbe et tota parochia cum voluntate et unanimi consensu consilii et civium Coloniensium universorum.* —

32) Urf. von 1271 bei Glasen, in *Materialien* cit. II, 1. p. 123.

33) Urf. von 1302 u. 1316 bei Glasen, Schreinspr. p. 31. — *dicto Rufo concessa est urbanitas, que dicitur Gebuirschaft ab officialibus parochie S. Martini.* —

34) Urf. von 1290 bei Glasen, Schreinspr. p. 41. — *in domo civium parochie St. Apostolorum in domo majoris consilii civitatis.* —

35) Urf. von 1324 bei Glasen, Schreinspr. p. 31.

36) Urf. von 1235, 1280 u. 1316 bei Glasen, Schreinspr. p. 32—34.

37) Urf. von 1297 bei Ennen, *Gesch.* II, 447. *Bergl.* I, 708 ff.

38) Urf. von 1264 u. 1384 bei Glasen, Schreinspr. p. 84—86. Urf. von 1286 bei Lacomblet, II, 488

brachte Nutzungen gestört wurden u. a. m.³⁹⁾. Und die Kirchspielsleute hatten für diese und andere Bedürfnisse ihres Kirchspieles zu steuern, eine Pflicht, welche man das Geburrecht genannt hat⁴⁰⁾. Endlich besorgten die Vorsteher auch noch das Ein- und Abschreiben in den Schreinen^{40a)}. Die Angelegenheiten, welche diese Gebuirschafts-Vorsteher zu besorgen hatten, waren jedoch bloße Lokalangelegenheiten der Gemeinde. Denn für die Sammtangelegenheiten der nun mit Altköln zu einer Bürgerschaft vereinigten Gebuirschaften sorgte nun der hohe Rath von Köln selbst. Und diese Verfassung der Gebuirschaften blieb bis zum Siege der Günstigen. Mit dem Sturze der Richerzecheit fiel aber im Jahre 1396 auch die alte Verfassung der Gebuirschaften⁴¹⁾.

§. 204.

Eben so selbständig wie die Verfassung der sieben Gebuirschaften in Köln war auch jene der beiden Vorstädte Niederich und Nirsbach.

Auch die Gemeinde der Vorstadt Niederich war nämlich eine Feldmarksgemeinde (*communio*)¹⁾. Daher waren nur die in Grund und Boden daselbst angesessenen Leute Bürger der Vorstadt.

39) Viele Urk. bei Ennen, Gesch. I, 607—609.

40) Urk. von 1286 bei Lacomblet, II, 488. *contributio facienda per nos — ad reparationem ecclesie sive putei vel alicuius rei que geburrecht dicitur*. Anderwärts werden die Pflichten der Kirchspielsleute das *jus commune* genannt. Schreinsbuch von St. Columban in Quellen, I, 265. *Ille tenebitur ei facere jus commune, quod dicitur gebur regth.* — Auch die Pflicht für die kirchlichen Bedürfnisse und für die Unterhaltung der Kirchendiener zu sorgen wurde Geburrecht genannt. Ennen, Gesch. II, 448. Not. 1. Geburrecht war demnach so viel als Stadtrecht (*jus civile* oder *jus urbanum*) und es gehörten dazu alle Rechte und Pflichten eines Bürgers. Vergl. Ennen, Gesch. I, 624 u. 625.

40a) Urk. von 1287 bei Ennen, Quellen, II, 168 u. 171. Weisthum von 1375 bei Grimm, II, 748.

41) Kölner Chron. fol. 285. a. — „Do gingen aff die gericht in den „gebure huysseren die noch her byt in den kyrchspels kyrchen stain.“

1) Traditiones von Niederich aus 14. sec. §. 7 bei Glasen in Materialien, I, 12. p. 493. und Glasen, Schreinspr. p. 55. *rebellis de karta civium et communione nostra repudiatur*.

Selbst die Schöffen im Niederich mußten daselbst beerbt (hereditati), also erbgeessene Bürger sein²⁾. Die vollberechtigten Bürger waren demnach auch im Niederich Geschlechter. Und es wohnten daselbst viele in der Geschichte Kölns berühmte Geschlechter, unter Anderen die Overstolze u. a. m., welche dort Schöffen waren³⁾. Die Gemeindevorsteher hießen auch in dieser Vorstadt Amtleute des Kirchspiels (*officiati parochiae* oder *officiales de Niderich*) und Bürgermeister (*magistri* oder *magistri civium*). Sie wurden ebenfalls von der Bürgerschaft gewählt⁴⁾. Und sie besorgten auch hier die genossenschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde in dem der Gemeinde gehörigen Bürgerhaus (*domus civium*)⁵⁾ oder Amtleutehaus (*domus officiatorum*)⁶⁾. Oeffentliche Gerichtsbarkeit hatten sie jedoch nicht. Diese besorgte vielmehr der Burggraf von Köln mit zwölf Schöffen (*scabini* oder *senatores*), welche im Niederich angesetzt sein mußten⁷⁾. Sogar das Ein- und Abschreiben in den Schreinen oder die sogenannte freiwillige Gerichtsbarkeit besorgten anfangs die öffentlichen Richter gemeinschaftlich mit der Bürgerschaft selbst⁸⁾. Seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts, etwa seit dem Jahre 1220, wurde dieses jedoch geändert. Denn seit dieser Zeit hatte der öffentliche Richter mit den Schöffen nur noch die Urtheile zu fällen. Das Schreinswesen aber besorgten nun die Gemeindevorsteher allein⁹⁾. Die Vereinigung

2) Statut §. 2 bei Glasen, Schreinspr. p. 53. und in Materialien cit. I, 12. p. 505. — *scabinus seu senator debet esse hereditatus infra parochiam de Niderich.* —

3) Urf. von 1347 bei Glasen in Materialien, I, 12, p. 513. Tillmannus Overstolz ceterique scabini de Niderich. Vergl. noch Glasen, eod. I, 12 p. 519 ff. und II, 1 p. 120 ff.

4) Traditiones §. 7 u. 10 und das Statut §. 1 bei Glasen, Materialien cit. p. 493 u. 505. Urf. von 1231 bei Ennen, Quellen, II, 129.

5) Urf. bei Glasen, Schreinspr. p. 53.

6) Statut cit. §. 1 u. 4.

7) Trad. cit. §. 2, 4 u. 6. und Statut cit. §. 1 u. 2. Urf. von 1231 u. 1265 bei Glasen, Materialien cit. p. 492, 495, 505 u. 507.

8) Viele Urkunden bei Glasen in Materialien I, 12 p. 503 u. 504. Urf. von 1231 bei Ennen, Quellen, II, 129.

9) Statut §. 3 u. 5. und mehrere Urkunden bei Glasen in Materialien, p. 502, 504 — 507. Mehrere Schöffenurtheile von 1224, 1232, 1233

dieser Vorstadt mit der Altstadt erfolgte sehr wahrscheinlich im 13. Jahrhundert. Denn seit dieser Zeit stand auch das Niederich unter dem Stadtrath von Köln und mußte sich seinen Beschlüssen fügen¹⁰⁾. Die Lokalangelegenheiten der Gemeinde und das Schreinswesen besorgten aber nach wie vor die Gemeindevorsteher (officiati) des Niederichs bis im Jahre 1396 mit der Rucherzerecht auch die alte Verfassung dieser Vorstadt untergegangen ist.

Dieselbe Verfassung nun wie das Niederich hatte auch die Vorstadt **Nirsbach**. Die Bürgerschaft bestand aus den erbgesetzten Leuten, welche man die edelen Bürger e genannt hat. Die neben diesen Geschlechtern angesessenen Beisassen oder Hinterassen aber nannte man die **Gemeinde** („die van Nirsburch gemeine“)¹¹⁾. Die öffentliche Gerichtsbarkeit stand unter dem Burggrafen von Köln. Die Gemeindeangelegenheiten aber und das Schreinswesen insbesondere wurden von den Gemeindevorstehern (officiales de Onersburch) besorgt¹²⁾. Auch hatte die Vorstadt ihr eigenes Rathhaus, auf welchem sich in Zeiten der Gefahr die bewaffnete Bürgerschaft zu versammeln pflegte¹³⁾.

Die Kirchspiele und Vorstädte von Köln sind demnach bis zum Siege der Zünfte Feld- oder Markgenossenschaften gewesen. Gierke ist zwar anderer Ansicht. Er hält sie für persönliche Genossenschaften und die Bauerbände für eine Verschmelzung der alten Markgenossenschaft und der freien Einung zu einer freien landwirthschaftlichen Association¹⁴⁾. Diese Ansicht ist jedoch nur eine Consequenz seiner irrigen Ansicht von dem Wesen der Stadtgemeinden überhaupt, welche er mit Wilba für Schutzgilden und Eidgenossenschaften hält. So wenig nun aber die Stadtgemeinden persönliche Genossenschaften, Gilden oder Eidgenossenschaften gewe-

u. 1263, eod. p. 519, 535 u. 541. Vergl. noch Glasen, Schreinspr. p. 53.

10) Mehrere Urkunden ohne Datum und Urfunden von 1347 u. 1361 bei Glasen in Materialien, cit. I, 12, p. 509—515.

11) Hagen, V, 3475—77.

12) Urf. von 1260 bei Ennen, Gesch. I, 571. Not. Urf. bei Glasen, Materialien, I, 12 p. 509.

13) Glasen, Schreinspr. p. 36 u. 55 ff.

14) Gierke, I, 332—336.

jen, und auch nicht so genannt worden sind (§. 43 u. 47) eben so wenig die Kirchspiele und Vorstädte von Köln. Sie waren vielmehr Bauerschaften oder Nachbarschaften und wurden daher wegen der unter den Genossen bestehenden Feld- und Markgenossenschaft, *coheridates*¹⁵⁾ und die Markgenossen *cohaeredes* und Erbgenossen (*erffgenoissen*), die Genossenschaft selbst aber niemals, wie Gierke meint, eine Einung oder Eidgenossenschaft genannt. Die Genossenschaft pflegte zwar Einungen, d. h. Verordnungen, zu machen, und die gemachten Einungen auch wieder zu ändern¹⁶⁾. Selbst aber hat sich die Genossenschaft niemals eine Einung genannt, wie dieses Gierke irthümlich annimmt¹⁷⁾.

§. 205.

Die in den verschiedenen Städten so äußerst verschiedene Verfassung der Vorstädte hat ihren tieferen Grund theils in der Markenverfassung theils in der öffentlichen Gewalt oder Vogtei, theils aber auch in der verschiedenen Grundherrschaft und in der damit verbundenen Fronhofgerichtsbarkeit.

Die Verfassung der alten Städte hängt nämlich mit der Stadtmarkverfassung zusammen und ist aus derselben hervorgegangen. Hatte sich demnach die Vorstadt innerhalb der Mark der Altstadt angesiedelt, oder lagen sonst Stadt und Vorstadt in einer und derselben Mark, so bildeten sodann beide zusammen nur eine einzige Markgemeinde und ihr gemeinschaftlicher Vorstand war der Stadtrath, der wie wir gesehen aus den alten Dorfmarkvorstehern hervorgegangen ist. Waren nun auch die Bewohner der Vorstädte in Grund und Boden angesessen und in die Stadtmarkgenossenschaft, d. h. ins Stadtbürgerrecht aufgenommen, so waren sodann auch sie vollberechtigte Stadtbürger, gleichviel ob sie in der Altstadt oder in einer Vorstadt gewohnt haben. Dieses ist z. B. in München der Fall gewesen, seitdem die vier alten Vorstädte als äußere Stadt mit der alten oder inneren Stadt vereinigt worden

15) Ordnung von 1240, art. 2. in Quellen, II, 210. und im Anhang.

16) Ordnung von 1240, art. 1. — wir Erffgenoissen — vnder vns hain overdragen eyner eynungen vnder vns Erffgenoissen. — Vergl. art. 56.

17) Gierke, I, 337. Not. 28.

waren. Ueberhaupt findet man dieses öfters in jenen Städten, in welchen die Vorstädte durch eine gemeinschaftliche Ringmauer mit der Altstadt vereinigt, derselben völlig incorporirt und zu einer Stadtgemeinde verbunden worden sind. Meistentheils waren jedoch die Bewohner der Vorstädte entweder nicht in Grund und Boden angesessen, vielmehr bloße Hintersassen, Schutzverwandte oder Beisassen, oder sie waren wenigstens nicht ins Stadtbürgerrecht aufgenommen, wie dieses z. B. in den Vorstädten Basels, in einigen Städten im Hochstifte Fulda und auch in Soest der Fall war. Und dann entbehrten natürlicher Weise die Bewohner der Vorstädte und die Bauerschaften aller jener Rechte, zu welchen das volle Bürgerrecht nothwendig war, bis denn auch sie späterhin ins Bürgerrecht aufgenommen worden sind, wie wir dieses bei Basel und bei Soest gesehen haben.

Anders gestaltete sich indessen die Verfassung in jenen Vorstädten, welche sich nicht in der Stadtmark, vielmehr in einer anderen Mark angesiedelt hatten, oder welche aus früher selbständigen Dörfern und Städten hervorgegangen sind. Diese Dörfer und Städte pflegten nämlich vor ihrer Vereinigung mit einer alten Stadt ihre eigenen und selbständigen Dorf- oder Stadtmarkgemeinden zu bilden. Wurden sie nun als Vorstädte zu einer Stadt gezogen, so hing ihre Verfassung von der Art und Weise der Vereinigung, insbesondere von dem Umstande ab, ob beide Marken mit einander vereinigt worden waren oder nicht. Wurden die beiden früher getrennten Marken zu einer einzigen Stadtmark vereinigt, wie dieses z. B. in Heidelberg der Fall war, so bestand nun zwischen den vollberechtigten Genossen der früher getrennten Marken kein weiterer Unterschied mehr. Sie waren nun Bürger einer und derselben Stadtmarkgemeinde, standen unter demselben Stadtrath, hatten gleiches Bürgerrecht, also auch Zutritt zu dem Stadtrath, das Recht des freien Verkehrs in der Vorstadt wie in der Stadt und das damit verbundene Recht des Handels und des Gewerbswesens. Wurden dagegen die Dorf- und Stadtmarken nicht mit einander vereinigt, so blieben sodann die Vorstadt- und Altstadt-Gemeinden nach wie vor der Vereinigung zwei verschiedene Markgemeinden, von denen eine jede ihre eigene selbständige Verfassung behielt. Wollte daher in einem solchen Falle ein Vorstadtbürger in die Altstadt oder umgekehrt ein Stadt-

bürger in die Vorstadt ziehen, so mußte er zuvor das Bürgerrecht in der anderen Stadt erwerben und von dem mitgenommenen Vermögen das hergebrachte Abzugsgeld entrichten, wie dieses z. B. in Hannover¹⁾, in Gera u. a. m. vorgeschrieben war²⁾. Denn er zog aus einer Mark in die andere und wurde daher in der anderen Mark als ein Fremder betrachtet.

Eine wieder etwas verschiedene Verfassung hat sich aber in jenen Städten gebildet, in welchen wie in Köln die Vorstädte zwar mit der Altstadt vereinigt und die erbgessenen Bürger der Vorstädte ins Bürgerrecht der Altstadt aufgenommen, die Dorf- und Stadtmarken aber nicht vereinigt worden sind. Denn in ihnen dauerte in den Vorstädten die alte Markgemeinde, also auch ein besonderes Bürgerrecht nach wie vor fort. Da jedoch die erbgessene Bürgerschaft (die Geschlechter) der Altstadt und der Vorstädte zu einer einzigen Stadtgemeinde vereinigt worden und der Stadtrath der Altstadt eine Oberbehörde der Vorstädte geworden war, so sank nun das Bürgerrecht der Vorstädter zu einem untergeordneten oder zu einem sogenannten kleinen Bürgerrecht herab. Und die Vorsteher der Vorstadtgemeinden hatten sodann nur noch die Lokalangelegenheiten zu besorgen, während der hohe Rath der Altstadt die wichtigeren Gesamtangelegenheiten besorgte, bis zuletzt der Sieg der Zünfte der Stadtmarkverfassung in der Altstadt eben sowohl wie in der Neustadt den Untergang gebracht hat.

Die Gerichtsbarkeit dagegen hing größtentheils nicht mit der Markenverfassung, vielmehr mit der öffentlichen Gewalt oder Vogtei, in manchen Städten auch mit der Grundherrschaft zusammen. Es war daher möglich, daß die Altstadt und die Vorstadt, gleichviel ob dieselben in derselben Mark lagen oder nicht, unter demselben Stadtgerichte standen, wenn die Stadt und die Vorstadt unter demselben öffentlichen Gerichte oder unter derselben Vogtei standen, wie dieses in Köln und in der äußeren und inneren Stadt München der Fall war. Es war aber auch möglich, daß die Vor-

1) Verordnung von 1407 bei Andreae, Chron. von Hannover, p. 58.

2) Statut von Gera vom Jahr 1487 §. 64 bei Walch, II, 128. Vergl. Bodmann bei Siebenkees, Beitr. zum L. R. III, 115—126.

Stadt unter einem anderen Gericht stand als die Altstadt, wenn entweder die Vorstadt keine Immunität von dem Landgerichte erhalten hatte oder unter einem anderen öffentlichen Gerichte stand, oder wenn die Vorstadt noch einer Grundherrschaft, also einer Hofgerichtsbarkeit unterworfen war, während in der Altstadt die Hörigkeit bereits abgeschafft, also auch keine Hofgerichtsbarkeit mehr vorhanden war, wie das erste in der Vorstadt Au bei München, das zweite in Gocsfeld und das Letzte in der Vorstadt Pfirt im Elsaß der Fall gewesen ist.

f. Die Altstadt und ihre Erweiterung.

1) Im Allgemeinen.

§. 206.

Die alten Städte waren sammt und sonders sehr klein und nur wenig bevölkert. Sie bestanden ursprünglich nur aus wenigen meistentheils aber sehr großen Höfen, etwa in der Art wie heute noch in vielen alten Dörfern ein großer Hofraum und Garten mit dem Hause und mit den Wirthschaftsgebäuden zu einem Ganzen verbunden zu sein pflegt. Die Straßen waren insgemein breit, und die öffentlichen Plätze sehr geräumig und groß. Erst mit der Bevölkerung stieg auch der Werth dieser innerhalb der alten Stadtmauer gelegenen weiten Hofräume und Plätze und der anderen leeren Räume. Sie wurden daher, meistentheils gegen einen jährlichen Grund- oder Wortzins, an neue Ansiedler hingegen, welche sodann kleinere Wohnungen und ganze Straßen darauf anlegten.

Seitdem innerhalb der alten Stadtmauer kein Raum mehr für neue Ansiedelungen vorhanden war, siedelte man sich entweder vor der Stadtmauer an oder man zog zu dem Ende benachbarte Villikationen und ganze Dorfschaften zu der Stadt. Denn auch die daselbst befindlichen ausgedehnten Hofräume und leeren Plätze wurden wieder wie in der Altstadt selbst zu kleineren Hausplätzen zersplittert, um immer mehr und mehr Niederlassungen möglich zu machen. Auf diese Weise entstanden denn, wie wir gesehen, rings um die alten Städte herum die Vorstädte. Und sie waren dieses im eigentlichen Sinne des Wortes. Denn sie lagen vor der Stadt

und waren, da sie nicht ummauert zu sein pflegten, selbst keine Städte vielmehr bloße Dörfer, welche daher öfters auch *Vordörfer* oder *Vororte*, späterhin aber, seitdem auch sie ummauert worden waren, *Vorburgen* und *Vorstädte* genannt worden sind. Erst später wurden auch sie der größeren Sicherheit wegen in die Befestigung der Altstadt aufgenommen und durch neue erweiterte Mauern zur Altstadt gezogen. In vielen alten Städten wurde diese Operation mehrmals wiederholt. Und so sind denn nach und nach die vielen immer weiteren und ausgedehnteren Stadtmauern entstanden, wie wir sie in den alten Stadtplanen von Straßburg, Speier, Worms, Köln, Frankfurt a. M. und von anderen alten Städten sehen, und daraus die allmähliche Erweiterung und Vergrößerung jener Städte entnehmen können.

2) Die alten Städte waren sehr klein und wenig bevölkert.

§. 207.

Die alten Städte waren sammt und sonders sehr klein und ursprünglich nur wenig bevölkert. Einige Beispiele werden hinreichen um dieses nachzuweisen.

Die alte innerhalb der alten Stadtmauer liegende Stadt Köln war sehr klein. Denn die alte Stadtmauer nahm am Dom bei St. Marien Graden ihren Anfang, ging längs der Pfaffenpforte über die Burgmauer bis an die Kapelle auf dem neuen Kirchhofe, dann weiter um das Parfusenwichhaus an St. Apostolen vorüber um die Griechenpforte hinter den auf dem Bach gelegenen Häusern her bis an den Malsbüchel und von dort bis an die Marktpforte und sodann wieder zurück an den Dom ¹⁾. Alles was außerhalb der alten Stadtmauer lag gehörte nicht zur Altstadt. Die Kirchspiele St. Frigiden, St. Martin, St. Apostolen u. a. m. haben demnach nicht zur Altstadt gehört. Da jedoch die sieben Kirchspiele frühe schon und zwar früher als die anderen Vorstädte, mit Alt-Köln vereinigt worden sind, so mag dies die Sage veranlaßt haben, daß die sieben Kirchspiele von je her zu

1) Glasen, Schreinspr. p. 41 u. 42. Ueber die alte Römerstadt, Ennen, Gesch. I, 81.

der Altstadt gehört haben. Auch war die Altstadt ursprünglich nur wenig bevölkert. Denn es lag darin der erzbischöfliche Hof, d. h. der Domhof mit dem dazu gehörigen Bischofsgarten und Thiergarten und mit dem sehr geräumigen Binkelnmarkt oder Finkenmarkt²⁾. Es lagen darin ferner die noch im 13. Jahrhundert sehr ausgedehnten Besitzungen der reichen Geschlechter der Saphirn, der Cämmerer u. a. m.³⁾. Auch war der in der alten Stadt liegende Markt ursprünglich sehr groß. Denn auch er wurde erst später mit Häusern bebaut⁴⁾. Noch im 12. und 13. Jahrhundert lagen viele leere Hausplätze und Gärten in und um die Altstadt herum, welche zum Zweck des Anbauens verschenkt, in Erbpacht gegeben oder verkauft zu werden pflegten, und sodann meistens mit Zinshäusern bebaut worden sind⁵⁾.

Die Altstadt Basel war ebenfalls sehr klein. Denn sie bestand ursprünglich bloß aus der Burg (S. 123) und noch im 11. Jahrhundert ging sie nur bis an den Birsig und bestand bloß aus dem Münsterplatz bis an die Bärenhut und aus der Freienstraße. Jenseits des Birsigs begannen schon die Vorstädte. Die Altstadt war wenigstens theilweise mit Mauern und Thürmen umgeben und mit Stadthoren versehen. Und nur die freie Straße (*libera strada*) in der Altstadt hat den Namen Straße (*strada*) geführt, während alle übrigen Straßen Gassen (*vici*) genannt worden sind⁶⁾. Aber schon im 11. Jahrhundert unter Bischof Burkard wurde die Stadt erweitert und auch die erweiterte Stadt wieder mit Mauern, Graben und Thoren versehen. Man nannte nun die erweiterte Stadt im Gegensatz zu den Vorstädten die rechte Stadt, wie in Köln die sieben mit Altköln vereinigten Kirchspiele die Altstadt. Die rechte Stadt Basel wurde in die obere und niedere Stadt eingetheilt. Sie war von dem inneren oder alten Graben umgeben. Und die Schwibogen, fünf an der Zahl, waren die alten Stadthore, nämlich das Kreuzthor am Rhein, das Thor zu

2) Glaser, Schreinspr. p. 50.

3) Glaser, das edele Cöllen, p. 10 u. 19. Ennen, Gesch. I, 403 f. Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Vers. p. 25 u. 34.

4) Glaser, Schreinspr. p. 39. Urk. von 1180 in Quellen, I, 583.

5) Ennen, Gesch. I, 665 ff. u. 671 ff.

6) Ochs, I, 162, 163 u. 244. Basel im 14. Jahrhundert, p. 56 u. 98.

Spalon bei St. Leonhard, sodann das Eselthor (das Eselthürli), der Aeschemer Schwibogen oder das Eschemerthor und die Bärenhut oder das Cunosthor oder Chuonsthor⁷⁾. Erst im 13. und 14. Jahrhundert wurden auch noch die Kirchspiele St. Alban, St. Leonhard, St. Peter und Kleinbasel und die übrigen Vorstädte mit der Altstadt vereinigt⁸⁾.

Auch Straßburg war ursprünglich sehr klein. Denn die Altstadt ging nur von St. Stephan bis in die Krämergasse. Und der sogenannte Schneidergraben war der alte Stadtgraben, wo auch die alte Ringmauer stand⁹⁾. Frühe schon ward jedoch die alte Stadt erweitert und zuletzt sogar die Almende zur Stadt gezogen und mit einer Ringmauer umgeben. Die Chronik von Königshofen spricht von drei verschiedenen Erweiterungen der Stadt in den Jahren 700, 1200 und 1374. Im Jahre 700 wurde nämlich auch die Kirche zum alten Sanct Peter mit der langen Oberstraße zur Stadt gezogen und mit einem Graben, dem Runtfutergraben (Rindshäuter- oder Gerbergraben) und mit neuen Ringmauern umgeben¹⁰⁾. Die alte Stadt wird von Königshofen die rechte Stadt, in den Urkunden aber und in dem alten Stadtrechte die alte oder innere Stadt (*civitas* oder *urbs vetus*) und die zur Altstadt gezogene Vorstadt die neue oder äußere Stadt (*nova civitas* und *nova urbs*) genannt¹¹⁾. Im Jahre 1200 wurde die Kirche zum jungen Sanct Peter, der Roßmarkt, die Almende und die Vorstadt jenseits der Brüsche („die vorstadt gynesit der Brüsche“) mit der rechten Stadt vereinigt und gleichfalls mit Graben und Ringmauern umgeben¹²⁾. Endlich wurden im Jahre 1374 auch noch die Vorstädte Steingäß und Underwagern und das Bruch bei dem Bischofs Burgthor zur rechten Stadt gezogen und mit Mauern und Graben umgeben¹³⁾.

7) Basel im 14. Jahrhundert, p. 98—100. Vergl. Dsch, I, 244, 245, II, 296, V, 199.

8) Basel im 14. Jahrhundert, p. 56 ff. u. 101 ff. und oben §. 197.

9) Königshoven, p. 271, 272, 601 u. 603.

10) Königshoven, p. 272 u. 273.

11) Urf. von 722, 791 u. 801 bei Grandidier, I, 144 u. 145, II, 53. Stadtr. §. 9 u. 58 bei Grandidier, II, 46 u. 66.

12) Königshoven, p. 273.

13) Königshoven, p. 273—274 u. 602—604.

Eben so waren die Städte Speier, Mainz und Nürnberg ursprünglich sehr klein. Erst unter den Königen Heinrich IV., V. und VI. wurden sie nach und nach erweitert¹⁴⁾. Auch Worms war ein sehr kleiner Ort. Denn das von Ludwig dem Frommen gebaute Benedictiner Kloster¹⁵⁾ und das Stift Sanct Andreas lagen noch außerhalb der alten Stadtmauer (*foris muros*) in der Vorstadt (*prius erat in monte extra portam sancti Andree in suburbio*) und wurden erst später in die Stadt verlegt (*intra civitatem aedificavit*)¹⁶⁾. Aber schon im 9. Jahrhundert muß die Vorstadt mit der Altstadt vereinigt gewesen sein, da die Vorstadt schon neue Stadt (*nova urbs*) genannt und von der Altstadt (*antiqua urbs*) unterschieden wird¹⁷⁾. Eben so war Frankfurt ursprünglich sehr klein. Ein alter Graben beweist heute noch den geringen Umfang der Altstadt¹⁸⁾. Allein wahrscheinlich schon im 9. Jahrhundert wurde sie, wie man ohne es jedoch zu beweisen sagt, unter Ludwig dem Deutschen¹⁹⁾ und nachher noch öfters (seit den Jahren 1333 und 1788) erweitert und jedesmal mit neuen Gräben und Mauern umgeben²⁰⁾. Noch im 15. Jahrhundert werden Sachsenhausen und die Neustadt zwei große Vorstädte (*magna et popolosa suburbia*) genant. Und die damals in die Ober- und Niederstadt abgetheilte Altstadt war noch mit Mauern, Wall und Graben umgeben und mit Thürmen und Thoren versehen, welche zur Nachtzeit geschlossen zu werden pflegten²¹⁾. Auch Regensburg war ursprünglich sehr klein. Das

14) Schilter zu Königshoven, p. 601 f.

15) Chron. Worm bei Ludewig, rel. Mpt. II, 28 f. Ludovicus imperator in suburbio nostro versus Spiram monasterium fundavit monialium ordinis siti Benedicti.

16) Chron. Wormat. bei Ludewig, II, 68.

17) Urf. von 985 bei Moris, II, 258 u. 259. und Schannat, II, 26 u. 27.

18) von Fichard, p. 12. Battonn, I, 62 ff. und Fichard, eod. p. 77—79.

19) Battonn, I, 79 ff.

20) Kirchner, I, 60 ff., 201 ff. u. 460. (Feyerlein) Nachträge zu Kirchner, I, 141 ff. Battonn, I, 93 ff. und Fichard, eod. p. 184 ff. Kriegl, p. 255—263.

21) Urf. von 1450 bei Wüldtwein, dioeces. Mogunt. II, 508. que ambo murorum ambitu, municione turrium et portarum clausuris — suburbia per quoddam magnum fossatum ab ipso opido sunt di-

Kloster St. Emmeran, der Badmarkt und die Kramgasse lagen noch außerhalb der alten Stadtmauer²²⁾. Die erste Erweiterung der Stadt erfolgte wahrscheinlich unter König Arnulph. Jedenfalls war schon im 10. Jahrhundert St. Emmeran und die Kaufmannstadt (*pagus mercatorum*) als Neustadt (*nova urbs*) mit der Altstadt (*antiqua urbs*) vereinigt²³⁾. Daher ging die Stadt schon im 11. Jahrhundert über die alte Stadtmauer hinaus²⁴⁾. Aber auch die Neustadt ging nur bis an den Weisgerber Graben. Und das am Rinderbühl befindliche rothe Burgtor (*Rouzanpurgitor*) war das äußerste Thor der bereits erweiterten Stadt. Selbst das Schottenkloster lag noch außerhalb der neuen Stadtmauer. Erst im 13. und 14. Jahrhundert wurden auch noch die mittlerweile neu entstandenen Vorstädte, der Rinderbühl, das St. Jakobs Kloster, das heilige Kreuz, die Brunnleiten u. a. m. mit der Alt- und Neustadt vereinigt und das Ganze mit einer gemeinschaftlichen Mauer, also mit der dritten Stadtmauer umgeben²⁵⁾. Die alte Burg oder Altstadt Zürich (*castrum Turicense*) war gleichfalls sehr klein. Sie begann am Glentnerthurm in der weiten Spitalgasse, ging diese Straße hinauf zum Abler und Göldlithurm, sodann durch die weite Brunnengasse neben dem Wolfbach hin bis zum Thurm auf dem Bach, bei dem Grimmen Thurm hinauf bis zum Escherthurm und Schwenden Thurm und von da durch die Kilchgasse zu der Spitalgasse zurück²⁶⁾. Ob auch der Grossmünster schon im 8. Jahrhundert innerhalb der Burg lag, ist wenigstens zweifelhaft, indem die Urkunde von 691, welche es sagt, selbst zweifelhaft ist²⁷⁾. Jedenfalls

visa, et quia nocturno tempore u. s. w. Ueber die Ober- und Niederstadt vergl. Kirchner, I, 263 Not. Wattonn, I, 131—132. Kriegl, p. 260.

22) Urf. von 794 in Mon. B. 28 p. 3. Gemeiner, Urspr. von Regensb. p. 84.

23) Epistola ad Reginwardum an. 1056 bei Gemeiner, Urspr. cit. p. 85—87.

24) Urf. von 1052 bei Ried, I, 153. *intra civitatem extra antiquum murum et infra plateam.* —

25) Gemeiner, Chron. I, 85—87, 94 u. 119.

26) Bögelin, das alte Zürich, p. 137 u. 138.

27) Urf. von 691 bei Neugart, I, 8. — *ut in castro Thuricino*

lag aber die Frauenmünster Abtei außerhalb der Burg²⁸⁾. Erst gegen Ende des 9. Jahrhunderts scheint die Frauenmünster Abtei und wahrscheinlich auch der Großmünster mit der Burg in Verbindung gebracht²⁹⁾ und in der Mitte des 10. Jahrhunderts bei einer neuen Erweiterung auch noch die übrigen Theile der Stadt mit Mauern umgeben und dadurch das Ganze zu einer Burg oder civitas gemacht worden zu sein³⁰⁾. Jedenfalls waren bereits im 11. Jahrhundert die beiden Münster, das Oberdorf und das Niederdorf, der Kindermarkt, der Neumarkt u. a. m. mit gemeinschaftlichen Gräben und Mauern umgeben³¹⁾. Auch war die Stadt ursprünglich nur wenig bevölkert. Die zu den Höfen Stampfenbach und Stadelhofen gehörigen Ländereien reichten in das Nieder- und Oberdorf hinein und sie waren ursprünglich eben so wenig bebaut als der alte Markt, der Kindermarkt, der Neumarkt und andere freie Plätze³²⁾. Auch Bern war noch im 12. Jahrhundert ein ganz kleines Dorf. Erst in diesem Jahrhundert wurde es mit Mauern und Gräben umgeben und dadurch zu einer Stadt gemacht, bald nachher aber auch schon erweitert³³⁾. Magdeburg war im Anfang des 10. Jahrhunderts noch keine Stadt, vielmehr eine bloße Ortschaft (*locus*)³⁴⁾. Aber schon im 10. und 11. Jahrhundert war Magdeburg die Hauptstadt von Sachsen und sehr bevölkert. Und im 14. Jahrhundert bestand es aus drei Städten, oder vielmehr aus der Altstadt und aus zwei Vorstädten, nämlich aus der Neustadt und der Sudenburg. Die Altstadt bestand aus den Pfarreien St. Johannis, Ulrich, Katharinen, Petri und Jakob, die Neustadt aber aus drei

juxta fluvium Lindimaci (Limal) ecclesiam construeret. — Vergl. Bögelin, p. 29.

28) Urk. von 858 bei Neugart, I, 284. — ad monasterium nostrum tradimus, quod situm est in eodem vico Turego. —

29) Urk. von 876 bei Neugart, I, 408. monasterium quod constructum est in castro Turego. — Urk. von 877, eod. I, 409. monasterium — in castello Turego. —

30) Bluntjchli, I, 182—185.

31) Bögelin, p. 137, 138, 142—144.

32) Bögelin, p. 51, 52, 56, 138, 203, 204 u. 218.

33) Joh. von Müller, Gesch. der Schw. I, 14. in sämmtl. Brl. 19, p. 298 ff.

34) Urk. von 937 bei Gerden, cod. dipl. Brand. IV, 853.

und die Sudenburg aus zwei Pfarreien³⁵⁾. Nachen wurde erst im 14. Jahrhundert dadurch vergrößert, daß auch die Vorstädte mit Mauern, Graben und Thoren versehen und als äußere Stadt mit der alten oder inneren zu einer Stadt verbunden worden ist³⁶⁾. Auch Lübeck war ursprünglich sehr klein. Es bestand wahrscheinlich aus drei gar nicht mit einander zusammenhängenden Theilen, aus der Burg (urbs), aus dem Markt (forum) mit dem Hafen und aus der eigentlichen Stadt (civitas)³⁷⁾. Nach und nach erst wurden die ursprünglich getrennten Theile durch gemeinschaftliche Mauern zu einer Stadt vereinigt. Eben so war auch Hamburg ursprünglich sehr klein. Denn es bestand, wie wir gesehen, bloß aus dem St. Petri Kirchspiele (§. 16 u. 70). Noch kleiner ist Hildesheim und Münster gewesen. Denn die innere Stadt bestand in Münster ursprünglich nur aus dem unmauerten Domhose. Allein schon im 11. Jahrhundert wurde in Hildesheim mit der Burg die Altstadt später auch noch die Neustadt und der Damm verbunden. Eben so wurde bereits im 12. Jahrhundert in Münster die Lamberti Pfarre als äußere Stadt mit der inneren Stadt verbunden und sodann die äußere und innere Stadt mit einander die Altstadt genannt, welche später noch durch die Herbeiziehung von einigen anderen Pfarren bedeutend erweitert worden ist (§. 16). Eben so war ursprünglich Hannover sehr klein. Denn noch im 12. Jahrhundert bestand es aus einer einzigen Pfarre³⁸⁾. Auch Braunschweig war ursprünglich sehr klein. Der älteste Stadttheil war offenbar das alte Dorf (vetus vicus)³⁹⁾, welches seit seiner Vereinigung mit der Stadt die Altemwiß genannt worden ist. Aber auch die Altstadt (olde stad), dann die Neustadt und der Hagen (indago) müssen schon sehr alt sein, indem diese drei Städte bereits im 13. Jahrhundert zu einer Gemeinde vereinigt worden sind⁴⁰⁾. Und zu diesen drei Städten kommen im Laufe des 14. sec. noch

35) Rathmann, I, 151, 152, II, 473—475.

36) Quir, I, 69.

37) Helmold, I, 63. 1. — cives urbis — miserunt ad civitatem et forum. Vergl. Deede, p. 23 u. 24.

38) Gruben, ant. Hanov. p. 50 u. 165.

39) Urk. von 1240 in Orig. Guelf, IV, 183.

40) Stadtrecht von 1282, II, §. 44 u. 58 bei Leibnitz, III, 489.

zwei andere, die vorhin erwähnte Altemwiß und der Saß, hinzu, so daß die Stadt im Anfang des 15. Jahrhunderts aus fünf Städten oder Weichbilden bestanden hat⁴¹⁾. Eben so war Halle ursprünglich sehr klein, denn es bestand nur aus einigen Straßen neben dem Thal oder der Halle. Erst durch die Herbeiziehung der benachbarten Dörfer und Rittersitze wurde es nach und nach erweitert. Die Neustadt, bis zum Jahre 1551 ein Garten des Klosters zu St. Moritz, wurde erst in diesem Jahre mit Häusern besetzt und dann mit der Altstadt vereinigt⁴²⁾. Auch Wien war bis ins 12. Jahrhundert sehr klein und wenig bevölkert. Es bestand nur aus wenigen Straßen um den Hohemarkt, Petersfreithof und Rienmarkt herum und war mit einer Mauer umgeben, von welcher noch in unseren Tagen Spuren vorhanden waren. Erst später wurde die Stadt durch neue Ansiedelungen in der Stadt und vor den alten Stadthoren und durch Beiziehung benachbarter Dörfer, Höfe und Kirchen erweitert und mit neuen weiteren Mauern umgeben⁴³⁾. Eben so war Nordhausen bis ins Jahr 1365 sehr klein. Erst in diesem Jahr wurde das neue Dorf (die spätere Neustadt) mit der Altstadt oder Oberstadt vereinigt. Die Mauern und Gräben zwischen der Alt- und Neustadt sollten zwar erhalten, nun aber auch das mit der Stadt vereinigte Dorf mit Mauern umgeben werden⁴⁴⁾. Auch München endlich, um noch ein Beispiel anzuführen, war ursprünglich sehr klein." Denn es bestand bloß aus der Kaufinger- (eigentlich Kaufringer-) Gasse, dann aus der Wein-, Rosen-, Dieners- und Burggasse, aus dem Rindermarkt und aus den kleineren Verbindungsgäßchen. Das alte München umfaßte demnach den kleinen Raum von der Frauenkirche bis zu dem alten Hof und dem Rathhausthurm mit der Peterskirche. Der alte Hof mit der Burggasse lag also damals am Ende der Stadt, wie heute noch in Nürnberg die Burg. Eine alte Stadtmauer ist zwar nicht mehr dort

41) Ordinarius senatus Brunsv. von 1408 bei Leibnitz, III, 449. und Braunschweig, Urkb. I, 145 ff. Vergl. Hänselmann in Chronik der niedersächs. Städte, I, p. XIII—XIV, XVIII. ff.

42) Dreyhaupt, Beschreibung des Saalkreises, I, 667.

43) Schlager, alterth. Ueberlieferungen von Wien, p. 1 ff.

44) Förstemann, Leber's historische Nachrichten von Nordhausen, p. 183 u.

sichtbar. Die alten Straßen um jenen Raum zeigen jedoch heute noch den Umfang der alten Stadt, wie dieses zumal auf den hölzernen Pläne von München in der Pinakothek klar und deutlich hervortritt. Späterhin wurde die Stadt mehrmals erweitert und, wie wir gesehen, jedes Mal mit neuen Ringmauern umgeben (§. 194 u. 198). Nur die neuen Vorstädte, welche sich erst in neueren Zeiten um die alte äußere und innere Stadt gebildet haben, erhielten keine Stadtmauern mehr, und werden auch schwerlich mehr solche erhalten. Dennoch ließ König Ludwig das Siegesthor und die Propyläen, also Stadthore ohne Stadtmauern erbauen.

3) Neue Ansiedelungen in der Stadt selbst.

§. 208.

Die alten Städte waren ursprünglich nur wenig bevölkert. Erst seit den Ansiedelungen von ritterbürtigen Geschlechtern, zumal aber von Kaufleuten und Handwerkern, und hie und da auch von Juden datirt die größere und dichtere Bevölkerung in den Städten (§. 184). Seit jener Zeit erst verschwanden die geräumigen Höfe, die weiten Markt- und anderen Plätze und die auch in den Städten liegenden Gärten und Felder. Denn erst durch dieses Zusammendrängen der neuen Ansiedler in die durch die Stadtmauern beschränkten Räume entstanden jene engen und unregelmäßigen Straßen, welche man heute noch in allen alten Städten erblickt.

Zürich z. B. bestand ursprünglich, wie wir gesehen, aus vielen freien Plätzen und Feldern. Erst nach und nach siedelten sich daselbst alte Geschlechter um das Münster herum, sodann in der Neustadt bis gegen Stadelhofen hinaus an. Auch die zu Ober- und Niederdorf und zu Stadelhofen gehörigen Felder wurden bebaut. Eben so die öffentlichen Plätze, der Rindermarkt eben sowohl wie der alte Markt und der Neumarkt. Und zum Theile sehr schöne Straßen traten an ihre Stelle ¹⁾. Auch Straßburg hatte ursprünglich nur eine geringe Bevölkerung und zumal die Neustadt bestand bis ins 10. Jahrhundert größtentheils aus Feldern und aus öden Gründen. Erst in diesem Jahrhundert fing sie an sich zu bevölkern. Dann stieg aber auch die Bevölkerung

1) Bögelin, p. 27, 51, 52, 138, 203, 204 u. 213.

sehr rasch, so daß schon im Jahre 1200 die Almende zur Stadt gezogen und gleichfalls bebaut werden mußte²⁾. Eben so war Lübeck ursprünglich nur wenig bevölkert. Auf dem früher sehr großen Markt wurden mehrere Straßen angelegt, welche heute noch Juden genannt werden³⁾. Auch in Köln waren im Mittelalter die Besitzungen weit ausgedehnter als in späteren Zeiten, wo wegen der stets steigenden Bevölkerung der Grund und Boden mehr und mehr getheilt und mit Wohnungen bebaut worden ist. Der Domhof, worauf der erzbischöfliche Palast stand, und der dazu gehörige Bischofs Garten und Thiergarten und der Finkenmarkt wurden erst seit dem 13. Jahrhundert mit Häusern besetzt, welche bis auf unsere Tage jährlich einen Hofzins an die erzbischöfliche Hofkammer entrichten mußten⁴⁾. Auf dem Domhof lag auch der alte für die gerichtlichen Zweikämpfe bestimmte Kampfplatz, der sogenannte Kampfhof. Auch dieser Platz wurde im Jahre 1466 gegen einen jährlichen Zins als Bauplatz, jedoch unter der Bedingung hingegeben, daß im Falle eines etwa noch entstehenden Zweikampfes das Gebaute wieder abgebrochen werden müsse⁵⁾. Woraus zu gleicher Zeit folgt, daß der gerichtliche Zweikampf damals zwar selten geworden, rechtlich aber immer noch erlaubt war. Die sehr ausgedehnten Besitzungen des Geschlechtes der Saphirn wurden erst im 14. Jahrhundert veräußert und sodann mit kleineren Wohnungen bebaut⁶⁾. Etwa um dieselbe Zeit wurde ein auf dem alten Graben liegender großer Hausplatz in fünf Hausplätze getheilt und an fünf Quirleute hingegeben⁷⁾. Noch später sind die in der Altstadt liegenden Besitzungen des Rittergeschlechtes der Cämmerer durch Veräußerungen nach und nach bis auf ein Haus reducirt, aber auch die veräußerten Theile wieder mit Häusern besetzt wor-

2) Grandidier, I, 164. Königshoven, p. 273.

3) Seele, p. 24.

4) Glasen, Schreinspr. p. 50 u. 51. Ennen, Gesch. I, 406.

5) Püllen in Materialien zur Statistik des niederrheinischen Kreises, II, 1. p. 66.

6) Glasen, das edele Cöllen, p. 10 u. 11.

7) Urk. bei Glasen, Schreinspr. p. 58. *diviserunt aream unam, super vetus vallum (auf dem alten Graben) sitam, in quinque areas, et dederunt quinque hominibus (Quirleuten) ad edificandum.*

den⁸⁾. Auch die alten römischen Stadtgraben wurden geebnet und dann darauf, so wie auf die Stadtmauern selbst Häuser gebaut. Eben so auf die verschiedenen Märkte und auf andere öffentliche Plätze⁹⁾. Ein großer Theil des Kirchspieles St. Martin endlich bestand ursprünglich aus einem großen offenen Marktplatz, auf welchem erst nach und nach Straßen angelegt worden sind, welchen bis auf unsere Tage der Name Buttermarkt, Salzmarkt oder Salzgasse, Eisenmarkt, auf den Flachstellern u. s. w. geblieben ist¹⁰⁾. Eben so war Isenlon ursprünglich weniger bevölkert als in späteren Zeiten. Denn es lagen sehr ausgedehnte Bürgerhäuser mitten in der Stadt, welche erst später an Bürger veräußert und mit Bürgerhäusern bezimmert worden sind, und bis auf unsere Tage einen Grundzins entrichten mußten¹¹⁾. Eine ähnliche Zerstückelung der alten großen Herrenhöfe hatte in Brackel statt (S. 24). Hannover war ebenfalls ursprünglich nur wenig bevölkert. Aber schon im 13. Jahrhundert nahm die Bevölkerung der Altstadt so rasch zu, daß zwei neue Pfarrkirchen erbaut werden mußten¹²⁾. Noch Weniger leerer war aber die Neustadt. Denn sie bestand größtentheils aus leeren Plätzen, dann aus Gärten und Feldern, welche gegen einen Hofzins und gegen ein Dienstgeld an hörige Leute verpachtet waren. Erst nach und nach wurde auch die Neustadt mit Häusern versehen und ein Markt und mehrere Straßen daselbst angelegt¹³⁾. Eben so war Hörter ursprünglich sehr klein. Seit dem 13. Jahrhundert siedelten sich jedoch mehrere freie Leute und Ministerialen um die Kirche des heiligen Kilian herum an und ließen ihre Grundbesitzungen von zinspflichtigen Colonen bebauen. Außerdem siedelten sich aber auch noch Kaufleute und Handwerker dort an, welche von den erhaltenen Hausplätzen einen Grund- oder Wirtzins entweder an das Stift oder an die Stadt oder an diejenigen Bürger entrichten mußten, auf

8) Glasen, das edele Gölten, p. 19 ff.

9) Urk. von 1180 in Quellen, I, 582 u. 588. Ennen, Gesch. I, 500, 640, u. 641.

10) Glasen, Schreinspr. p. 39 u. 40.

11) Steinen, I, 935, 939 u. 1065.

12) Grunpen, ant. Hanov. p. 50.

13) Grunpen, p. 254 ff. u. 269 - 271.

deren Grund und Boden sie sich angesiedelt hatten¹⁴⁾. In Frankfurt findet man noch im 15. und 16. Jahrhundert viele leere und unbenuzte Plätze, Graben, Gärten, Felder und Wiesen. Die ganze große Neustadt war nicht einmal zur Hälfte mit Wohnhäusern bedeckt, bestand vielmehr größtentheils aus Feldern und Gärten, und wurde daher auch die Gärten genannt¹⁵⁾. Erst im Jahre 1462 wurde der Wollgraben zur Anlegung einer Judengasse verwendet¹⁶⁾ und erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts wurden die beiden Hirschgraben vermessen, die alten Stadtmauern niedergedrückt und die Stadtgraben ausgefüllt und sodann als Bauplätze an Bürger abgegeben¹⁷⁾. Auch München war ursprünglich nur wenig bevölkert. Erst nach und nach siedelten sich auswärtige Geschlechter, Gewerbsleute und Juden in der Altstadt an. Und die von ihnen und von den übrigen bewohnten Straßen erhielten sodann den Namen Dienersgasse, Schafflergasse, Sporergäßchen, Judengasse u. s. w. (§. 177, 180 u. 184). Eben so lagen auch in der äußeren Stadt viele Höfe, Felder und Gärten, welche erst nach und nach mit der Stadt vereinigt und mit Häusern besetzt worden sind. So hatte z. B. das Geschlecht der Sachsenhausen im 13. Jahrhundert einen eigenen Hof mit einer Hofmark in der Stadt, wahrscheinlich im heutigen Krottenthal, welchen jenes Geschlecht an das Bernhardiner Stift in Fürstenseld abgetreten und dieses ihm sodann den Namen Hof und Hofmark zu St. Bernhard gegeben hat¹⁸⁾. Eben so hatte das Stift Schöftlarn bedeutende Besitzungen am Färbergraben und an der Neuhausergasse da, wo heute die St. Michaelskirche und das ehemalige Jesuitengebäude liegt, bestehend unter Anderem aus 142 Tagwerk Ackerland aus den sogenannten Konradshöfen. In der Altheimer Straße, in der heutigen Damenstiftsgasse besaß ferner ein Bürger ein Haus mit zwei großen Gärten u. s. w. Alle diese Höfe, Gärten und

14) Wigand, Gesch. von Rorb. I, 326 u. 327.

15) Kriegl, p. 257—259. Kirchner, I, 449, 460, II, 383.

16) Kirchner, I, 51, 200 u. 449 f.

17) Kirchner, II, 384.

18) Urk. von 1289 bei Bergmann, II, 1 u. 2. — „Den Hof vnd Hofmark zu Sant Bernhard, der da leit an dem nideren graben bey „Eendlinger Thor.“ —

Felder wurden nach und nach zu der Stadt gezogen und bebaut. Und seitdem die äußere Stadt mit der inneren mit gemeinschaftlichen Mauern und Graben umgeben worden war, wurde auch noch der innere oder alte Graben mit Häusern bebaut. Daher erhielten mehrere Straßen den Namen Graben. So der Graben in der Graggenua, der heutige Hofgraben, dann der Graben in der St. Peters Pfarre, die heutige Rosschwemme und jene Straße, welche man heute noch den Färbergraben nennt ¹⁹⁾.

4) Neue Ansiedelungen vor der Stadt.

§. 209.

Seitdem sich in der Altstadt für neue Ansiedelungen kein Raum mehr vorfand, seitdem siedelte man sich vor der Stadt an, und zwar meistens vor den alten Stadthoren. So entstanden denn viele Vorstädte, z. B. in Basel, Speier, Köln, Lübeck, München, Regensburg u. a. m. (§. 195—198). Auch Straßburg erhielt auf diese Weise seine Vorstädte Steinstraß und Undenwagern ¹⁾ und Zürich seine Vorstadt Stadelhofen ²⁾. Außer den Colonen waren die neuen Ansiedler meistens Handwerker, Künstler und Kaufleute oder auch Juden. Die gleichartigen Gewerbsleute und auch die Juden wohnten fast allenthalben beisammen in einer und derselben Straße und die von ihnen bewohnten Straßen bildeten gewissermaßen eigene Dörfer in den Vorstädten. Daher werden auch jene Straßen insgesamt *vici* d. h. Dörfer genannt. Die Neustadt in Regensburg ist aus einer solchen Ansiedelung welscher Kaufleute hervorgegangen und wurde daher auch Kaufmannsstadt und Römling genannt (§. 107). In ganz eigenthümlicher Weise ist jedoch die Vorstadt Neuhamburg entstanden. Diese ursprüngliche Vorstadt von Hamburg ist nämlich ebenfalls aus einer neuen Ansiedelung vor der Altstadt hervorgegangen. Die Ansiedelung hat

19) Vergl. von Krenner in histor. Abhl. der Akad. von 1813, p. 10, 82, 100, 101, 108 ff. 111 u. 136 — 143 und Lipowsky, Gesch. von München. II.

1) Königshoven, p. 274.

2) Bögelin, p. 23 u. 138.

indessen dort mit der Anlegung einer neuen Burg begonnen, um welche sich sodann ein neues Dorf ansiedelte, welches später erst zu einer Stadt erhoben und sodann mit der Altstadt vereinigt worden ist (§. 16 u. 70). Beide Städte, die Altstadt und die Neustadt hatten ursprünglich eine getrennte Verwaltung. Jede Stadt hatte ihr eigenes Rathhaus, ihr eigenes Gericht, ihren eigenen Markt, ein eigenes Weinhaus, ein eigenes Schlachthaus, sogar ihr eigenes Recht, denn die Altstadt hatte Sächsisches, die Neustadt aber Lübbisches Recht. Erst im 13. Jahrhundert wurden beide Städte mit einander vereinigt, und dann hat sich auch die getrennte Verwaltung verloren³⁾. Durch eine ähnliche Ansiedelung in der Nähe der Altstadt scheint auch die Neustadt von Görlitz⁴⁾, von Breslau⁵⁾, von Meisse, von Schweidnitz, von Prag, von Brandenburg, von Salzwehel u. a. m. entstanden zu sein.

Die auf diese Weise entstandenen Vorstädte oder Neustädte wurden meistens mit der Altstadt durch gemeinschaftliche Mauern verbunden. Die Art der Verbindung war jedoch, wie wir gesehen, sehr verschieden. Die alten Vorstädte, d. h. diejenigen Vorstädte, welche sich bereits in ganz alten Zeiten gebildet hatten, wurden meistens frühe schon mit der Altstadt in der Art vereinigt, daß sie aufhörten selbst Vorstädte zu sein. Sie pflegten nämlich entweder der Altstadt völlig incorporirt oder wenigstens als Neustadt oder als äußere Stadt mit der alten oder inneren Stadt zu einem Ganzen verbunden zu werden. Und sie wurden sodann, wie die Altstadt selbst, den später entstandenen Vorstädten entgegengesetzt und von denselben unterschieden. Dies war z. B. in Köln hinsichtlich der sieben Kirchspiele der Fall. Denn schon im 13. Jahrhundert wurden sie mit der Altstadt in der Art ver-

3) Lappenberg, Hamburg. Rechtsalterthümer, I, p. XVII—XX.

4) Neumann, p. 12—14.

5) Urf. von 1290 bei Tzschoppe u. Stenzel, p. 405. *de nova civitate, sita ante civitatem Wratislaviensem*. — Die Neustadt hat gleich bei ihrer Gründung Magdeburgisches Recht und einen eigenen Stadtrath (*consules*) und einen eigenen Erbvogt erhalten. Erst im Jahre 1327 wurde die Neustadt zu einem Ganzen mit der Altstadt vereinigt, und im Jahre 1329 die Erbvogtei von dem Stadtrath erworben. Grünhagen, Breslau, p. 10—13, 45 u. 46.

bunden, daß sie mit zur Altstadt gerechnet zu werden pflegten (§. 202 u. 207). In Münster wurde schon im 12. Jahrhundert die Lamberti Leischaft als äußere Stadt der Altstadt oder inneren Stadt in der Art einverleibt, daß nun beide mit einander die Altstadt genannt worden sind (§. 207). Noch früher, bereits im 11. Jahrhundert, wurden in Basel die obere und niedere Stadt mit einander vereinigt, und sodann beide mit einander die rechte Stadt genannt (§. 207). Noch entschiedener tritt dieses in Straßburg hervor. Denn die verschiedenen Erweiterungen der Stadt bestanden sammt und sonders bloß darin, daß immer wieder die neu sich bildenden Vorstädte als Neustadt zur Altstadt gezogen worden sind und die mit der Altstadt vereinigten Neustädte sodann den gemeinschaftlichen Namen einer rechten Stadt geführt haben. So war es bei der ersten Erweiterung der Stadt im Jahre 700, als die alte Vorstadt oder Neustadt mit der Altstadt vereinigt worden ist. („Dis ist das erste mol das die stat gewertert wart und die Vorstat zu der rechten stat begriffen“). Die bisherige Vorstadt ward demnach zur Altstadt gezogen und führte sodann mit dieser den Namen rechte Stadt im Gegensatze zu den neu sich bildenden Vorstädten. Eben so war es aber auch wieder bei der zweiten Erweiterung der Stadt im Jahre 1200. Auch die damals mit der Altstadt vereinigte Vorstadt ward wieder zur rechten Stadt gezogen und dadurch von den übrigen Vorstädten unterschieden. („Duch wart zu denselben ziten die vorstat gynesit (d. h. jenseits) der Brüsche vmbmuret und zu der rechten stat begriffen“). Und dasselbe wiederholte sich wieder als im Jahre 1374 neue Vorstädte zur rechten Stadt gezogen worden sind („do machte die stat „Strossburg ein michel teil witer. und begreif die vorstette an Steinstrosse und Underwagern und das Bruch by Bischoues burgetor „alles sament zu der rechten stat“)⁶⁾. In Hildesheim wurde bereits im 11. Jahrhundert die neue Ansiedelung um die Burg mit Mauern umgeben und nachdem späterhin noch die Neastadt und der Damm hinzugekommen waren, die Altstadt genannt (§. 16). Eben so war schon seit dem 10. Jahrhundert in Regensburg die Kaufmannsstadt als neue Stadt mit der alten Stadt in der

6) Königshoven, p. 273 u. 274. Vergl. oben §. 207.

Art vereinigt, daß sich nun vor diesen beiden vereinigten Städten wieder neue Vorstädte bilden konnten, welche erst im 13. und 14. Jahrhundert mit Mauern umgeben worden sind⁷⁾. In Görlitz wurden im Jahre 1255 die alten eichenen Befestigungen und Mauern, welche die Altstadt von den Vorstädten und anderen neuen Ansiedelungen trennten, niedergerissen und die Vorstädte und anderen Ansiedelungen als Neustadt mit der Altstadt durch gemeinschaftliche Mauern und Gräben verbunden⁸⁾. Auch hier in München wurden seit dem Jahre 1301 die vier alten Vorstädte als äußere Stadt mit der alten oder inneren Stadt zu einem Ganzen verbunden (§. 198). Eben dieses war in Worms, Aachen u. a. m. der Fall (§. 207).

Andere in der Nähe einer alten Stadt angelegte neue Städte wurden zwar ebenfalls durch Mauern mit der Altstadt verbunden. Sie blieben jedoch nach wie vor Vorstädte und wurden daher abwechselnd Vorstadt und Neustadt (*nova civitas*) genannt, z. B. die Kleinseite in Prag⁹⁾. Eben so die Neustadt Schweidnitz¹⁰⁾, Heidelberg, Magdeburg u. a. m. (§. 199). Dahin gehörten insbesondere auch jene Vorstädte, welche sich erst in späteren Zeiten vor der mit der Altstadt vereinigten Neustadt gebildet haben. Denn sie blieben meistens, auch nachdem sie durch Mauern mit der Stadt verbunden worden waren, Vorstädte, z. B. in Basel, Regensburg, Dresden, Zürich, Wien u. a. m. Auch behielten diese Vorstädte öfters noch bis in spätere Zeiten eine von der Altstadt vielfach verschiedene Verfassung, wie wir dieses z. B. in Basel, Dresden, Köln, Magdeburg u. a. m. gesehen haben.

5) Vereinigung benachbarter Höfe, Dörfer, Städte, Stifter und Klöster mit der Stadt.

§. 210.

Eine sehr bedeutende Erweiterung der Städte ist auch dadurch

7) Gemeiner, Chron. I, 94. Vergl. oben §. 207.

8) Neumann, p. 14.

9) Köppler, Altprag. Stadtrecht, p. XVIII.

10) Urk. von 1336 bei L. u. St. p. 541. — „Di Vorstadt die genannt „ist die Nuewstat.“

bewirkt worden, daß benachbarte Höfe oder Burgen, Bauerschaften oder Dörfer und Städte, und in der Nähe liegende Stifter und Klöster zur Stadt gezogen und durch Mauern mit derselben verbunden worden sind.

Es ist bereits schon bemerkt worden, daß in vielen alten Städten der befestigte Fronhof oder die Burg ursprünglich von der Stadt getrennt war, und die Burg und die Stadt ihren eigenen Bezirk und ihre eigene Verwaltung gehabt hat, daß aber in den meisten Städten die Burg frühe schon mit der Stadt vereinigt und dadurch die Stadt selbst nicht wenig erweitert worden ist (§. 123—126). Zuweilen erfolgte diese Vereinigung erst in späteren Zeiten, z. B. in Kallenhardt erst im 18. Jahrhundert. Und dann pflegte der Burgplatz als Bauplatz für neue Bürgerhäuser verwendet zu werden (§. 14). Weit wichtiger für die Erweiterung der Stadt war noch die Herbeiziehung der benachbarten Burgen und Höfe zu der Stadt, indem dadurch nicht bloß die Bevölkerung vermehrt, sondern auch die Stadtmur selbst vergrößert worden ist. Sehr viele Stadtbürger und Stadtgemeinden suchten nämlich benachbarte Burgen mit den dazu gehörigen Ländereien, z. B. Iserlon¹⁾, oder auch benachbarte Villifikationen und Höfe, öfters sogar frei von allem Hofverbande, d. h. zu Weichbildrecht zu erwerben, wie dieses z. B. in Bochum, Warburg, Soest u. a. m. der Fall war²⁾. Die auf diese Weise erworbenen und mit der Stadt vereinigten Villifikationen pflegten nun wieder in kleinere Hofräume zerlegt und dadurch die Niederlassungen neuer Bürger möglich gemacht zu werden. So wurde z. B. im Jahre 1245 eine von der Stadt Bochum erworbene Villifikation in fünf Hauptplätze zer schlagen (*area dotalis in quinque areas minores divisa*) und dadurch die Ansässigmachung von fünf Bürgern möglich gemacht³⁾. Auch Soestfeld wurde seit dem 13. und 14. Jahrhundert bedeutend vergrößert durch Ankäufe der Stadtbürger in den benachbarten Dorfmarken und durch Aufnahme der in der Nähe der Stadt angesessenen freien Grundbesitzer in das Stadtbürgerrecht. Und im

1) Steinen, I, 1008 ff. u. 1069.

2) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 82—84. Vergl. oben S. 68 u. 104.

3) Urf. von 1215 bei Wigand, Archiv, VI, 264.

14. Jahrhundert wurden die neu erworbenen und mit der Stadtmark vereinigten Ländereien durch Anlegung des Stadthagens eingefriedet und dadurch die erweiterte Stadtmark geschlossen ⁴⁾. Ebenso wurde Hannover durch die Herbeiziehung von vielen vor den Stadtthoren liegenden Höfen, Campen, Gärten und Wiesen seit dem 14. Jahrhundert fortwährend vergrößert ⁵⁾. Dasselbe war bei Schwerte und bei vielen anderen Städten der Fall. Die Bauernwohnungen wurden so oft abgebrochen und entweder in die Stadt versetzt oder wenigstens ihr Wiederaufbau außerhalb der Stadt verboten. Das Erste ist in Schwerte geschehen. Die Bürgerschaft hatte nämlich 14 Bauernhöfe gekauft, die Häuser abbrechen und in die Stadt versetzen lassen, die gekauften Güter aber mit der gemeinen Weide der Stadt vereinigen ⁶⁾. Das Letzte war in Hannover der Fall. Viele vor den Stadtthoren liegende Rothstellen sollten abgebrochen und vor den Thoren nicht mehr aufgebaut werden, deren Inhaber also genöthiget werden sich in der Stadt selbst anzusiedeln ⁷⁾.

§. 211.

Noch weit wichtiger für die Erweiterung der Städte war jedoch die Herbeiziehung ganzer benachbarter Bauerschaften oder Dörfer und Städte. Die in der Nähe einer Stadt liegenden Dörfer und Städte wurden nämlich öfters zur Stadt gezogen entweder, wie wir gesehen, als Vorstädte (§. 197), oder auch als neue Theile der Stadt selbst. Die Art dieser Vereinigung war jedoch sehr verschieden.

Ofters wurden nämlich die Dörfer abgebrochen und in der Stadt wieder aufgebaut, entweder als Vorstadt oder in der Stadt selbst. Das Erste war z. B. in Heidelberg und in Hildesheim der Fall, indem das Dorf Bergheim abgebrochen und als Vorstadt von Heidelberg wieder aufgebaut und der Dammflecken abgebrochen und an die Neustadt Hildesheim angebaut worden ist (§. 197 u. 199). Das Letzte aber geschah bei Govern-

4) Cöfeland, p. 227—239.

5) Gruben, ant. Hanov. p. 55—58, 69 u. 71—80

6) Steinen, I, 1430 u. 1431.

7) Gruben, ant. Han. p. 58—65 u. 72.

heim u. a. m. Im Jahre 1585 wurde nämlich der Weiler Igelsbach von der Stadt Sobernheim von den Freiherrn von Sickingen — den Grundherren jenes Dörfleins — gekauft und die daselbst ansässigen 13 Familien in die Ringmauern der Stadt aufgenommen. Die Gebäude des Dörfchens wurden abgebrochen und in die Stadt versetzt, die Felder an die Bürger veräußert, und die Waldungen mit der gemeinen Mark der Stadt vereinigt ¹⁾. Zuweilen wurde das Dorf abgebrochen und um eine benachbarte Burg herum wieder aufgebaut und dann selbst mit Wall und Graben umgeben, wie dieses z. B. bei Sulz der Fall war (§. 15). Diefers zogen aber die Bewohner der benachbarten Dörfer auch freiwillig in die Stadt, um hinter den alten oder auch neu aufgebauten Stadtmauern Schutz und in späteren Zeiten ihre Freiheit von der Hörigkeit zu finden. So sind z. B. die Einwohner der Villa Horhus bei Gressburg im 10. oder 11. Jahrhundert auf den Gressberg gezogen und haben sich daselbst neu angebaut und sodann ihre neuen Wohnungen mit neuen Stadtmauern umgeben ²⁾. Eben so zogen im 13. Jahrhundert die Bewohner der unter dem Dilsberge bei Heidelberg gelegenen beiden Dörfer Reidenberg und Reinbach in das damals schon freie Städtchen Dilsberg. Und es sind sodann jene beiden Dörfer fast spurlos verschwunden ³⁾. Auch nach Hörter sind die in den alten Villen Huxori, Groveling und Portterhus und in den Höfen Barkhof, Klockenhof, Grevenhagen, Dickschhof, Hellehof u. a. m. wohnenden Colonen seit dem 11. und 12. Jahrhundert gezogen. Und durch die Vereinigung jener Dörfer und Höfe mit der Stadt hat sich Hörter zu einer bedeutenden Stadt erhoben ⁴⁾. Eben so sind in die Stadt Brilon die Colonen von

1) Wibber, IV, 118.

2) Urk. von 1229 bei Monument. Paderbornens. p. 96. — quod cum nos a villa Horehusen ad montem qui dicitur Heresberg nostra domicilia transtulisse ac montem munientes. —

3) Wibber, I, 363. Zinsbuch von 1369. „Die armen Lute die uf dem „Dilspere sizent in dem Stetelin die sint von mins Herrn Gnaden „fri. Aber Reidenberg und Reinbach, daz waren zwei Dörfer unter „dem Berge gelegen, und die armen Lute die darin sazen, die sint uf „den Dilspere in daz Stedelin gezogen.“

4) Wigand, der Norveische Güterbesitz, p. 169 u. 174—179.

sechs benachbarten Dorfschaften und in die Stadt Medebach die Colonen von elf Dorfschaften gezogen⁵⁾. In einem solchen Falle pflegte, wie z. B. in Heidelberg, Sobernheim, Brilon und Medebach die Dorfmark mit der Stadtmark vereinigt zu werden, die Dorfmarksgemeinde also in die Stadtmarksgemeinde und die Dorfverfassung in die Stadtverfassung überzugehen und in derselben aufzugehen, gleichviel ob das Dorf der Stadt selbst einverleibt oder als Vorstadt mit derselben vereinigt worden war.

§. 212.

Insgemein ließ man jedoch die Dörfer und Städte an ihrer alten Stelle stehen und es hing sodann von der Art und Weise ihrer Vereinigung mit der Stadt ab, wie sich die weiteren Verhältnisse gestalten sollten. Oefters wurden nämlich die zu einer Stadt gezogenen Dörfer nicht mit Mauern umgeben, wenigstens nicht durch gemeinschaftliche Mauern mit der Stadt zu einem Ganzen vereinigt. Und dann entstanden ganz verschiedene Rechtsverhältnisse, je nachdem die Dorfmarken mit den Stadtmarken vereinigt worden oder, wenn sie von je her vereinigt waren, vereinigt geblieben sind oder nicht.

Viele Dörfer wurden nämlich an ihrer alten Stelle außerhalb der Stadtmauern gelassen, die verschiedenen Feldmarken aber mit der Stadtmark vereinigt, die Bauerschaften also, wenn auch nicht ins Stadtbürgerrecht, doch jedenfalls in die Stadtgemeinde aufgenommen. Die Dorfschaften dieser Art, gleichviel ob ihnen ihre eigene Verwaltung gelassen worden ist oder nicht, haben sich meistens in späteren Zeiten verloren, indem entweder die Bauerngüter an die Stadtbürger veräußert worden oder die Bauern selbst in die Stadt gezogen und sodann ins Stadtbürgerrecht aufgenommen worden sind. So hatte z. B. das kleine Städtchen Möllen in Sachsen schon im 13. Jahrhundert die Dörfer Gölzau und Pinnau mit allen grundherrlichen Rechten und Gefällen, also die Grundherrschaft in jenen Dörfern erworben¹⁾. Und diese mußten sodann, wie andere grund-

5) Seiberz, Rechtsgesch. von Westfalen, III, 544.

1) Urk. von 1254, 1262 u. 1302 in Gründliche Nachricht von dem an

herrliche Dörfer, ihre grundherrlichen Gefälle an die Stadtkämmerei entrichten²⁾. Zu gleicher Zeit wurden jedoch die Feldmarken in der Art mit der Stadtmark vereinigt, daß eine jede der drei früher getrennten Feldmarken unter ihrem alten Namen eine eigene Feldflur, die drei Feldfluren zusammen also die städtische Feldmark bilden sollten. Bis in spätere Zeiten bestand daher die Feldmark der Stadt Möllen aus drei Fluren, aus der Gölzauerflur, aus der Pinauerflur und aus dem alten Stadtfelde — dem sogenannten Steinfelde³⁾. Späterhin sind nun jene beiden Dörfer verödet und sodann gänzlich verschwunden. Ihr Name dauerte jedoch in jenen Feldfluren bis auf unsere Tage in derselben Weise fort⁴⁾, wie viele andere untergegangene Dorfschaften in den Namen der mit *feld*, *heim*, *hausen*, *ingen* u. s. w. endenden Feldfluren fortbauern⁵⁾. Ähnliche Verhältnisse finden sich in Hannover. Auch um Hannover herum lagen nämlich ursprünglich sehr viele Dörfer, welche späterhin verschwunden, ihre Feldmarken aber meistens mit der Stadtmark vereinigt worden sind. So wurde z. B. die Feldmark des alten Dorfes Ember der Megidien Feldmark einverleibt und auch die sogenannte Meckelnheide, in welcher viele untergegangene Dörfer umherlagen, mit der Stadtmark vereinigt, woher sich das spätere Hut- und Weiderecht der Stadt in jener Heide erklärt⁶⁾. Dasselbe war wahrscheinlich bei Baderborn der Fall. Man findet nämlich noch im 12. Jahrhundert eine Villa Ballhorn in der Nähe der Stadt, in deren Feldmark viele Höfe lagen und in der auch die alte Malstatt (der *mallus publicus*) befindlich war⁷⁾. Im Laufe der Zeit ist aber dieses Dorf Ballhorn verschwunden und die Feldmark mit der

die Stadt Lübeck an. 1359 verpfändeten *dominio etc.* Möllen. Beilage p. 8—5.

2) Gründliche Nachricht, l. c. p. 12 u. 13.

3) Gründliche Nachricht, l. c. p. 14, 16, 17 u. 21.

4) Gründliche Nachricht, p. 49 u. 67.

5) Meine Gesch. der Dorfverf. II, 3.

6) Vergl. Gruben, ant. Han. p. 28—36, 80—104 und insbesondere p. 28 u. 103.

7) Urk. von 1127 und 1180 bei Rindlinger, M. B. III, 1 p. 13, 14 u. 18. Wigand, Archiv, II, 1 p. 55.

Stadtmark vereinigt worden⁸⁾. Auch Hamburg machte ähnliche Erwerbungen. Das Hoster- oder Osterbrook und das Hammerbrook waren ursprünglich selbständige Dorfschaften mit eigener Verwaltung, welche jedoch schon im 13. Jahrhundert mit dem städtischen Weichbilde, also mit der Stadtmark vereinigt worden sind, und seit der Vereinigung der Alt- und Neustadt auch ihre eigene Verwaltung wieder verloren haben⁹⁾. Ähnliche Verhältnisse findet man in Goesfeld u. a. m. Sehr wahrscheinlich waren nämlich auf den Fronhofsländereien zu Goesfeld und auf den anderen nach und nach zur Stadt gezogenen Ländereien mehrere Bauerschaften oder Kluchten angesiedelt, welche, nachdem sie zur Stadt gezogen worden, als Unterabtheilungen der Stadt in derselben Weise geblieben sind, wie in Münster die Leischaften und Pfarreien und in Köln die Kirchspiele. Jedenfalls reicht aber die Eintheilung der Stadt in vier Kluchten oder Nachbarschaften schon in das 13. und 14. Jahrhundert, vielleicht sogar bis zu den ersten Anfängen der Stadt hinauf. Sie wurden die große und kleine Klucht (*divisio major und minor*), die Jakobi Klucht (*divisio S. Jacobi*) und die Piurtor Klucht (*divisio collis*) genannt. Sie hingen mit der gemeinschaftlichen Benützung der Stadtmark und Weide, mit der Vertheidigung der Stadt und mit dem Auszuge in den Krieg zusammen und haben sich auch in späteren Zeiten noch als Grundlage der Gemeindevertretung und bei den städtischen Wahlen erhalten¹⁰⁾.

§. 213.

Ähnliche Verhältnisse findet man nun insbesondere auch in jenen Bauerschaften und Dorfschaften, welche von je her in Markgemeinschaft mit einer Stadt gewesen und dieses auch in späteren Zeiten geblieben sind. Denn jene Verhältnisse waren von den so eben erwähnten nur ihrem Ursprung nach verschieden. Es hat nämlich viele Bauerschaften und Dorfschaften gegeben, welche in der benachbarten Stadt das Bürgerrecht hatten. Und auch dieses

8) Wigand, III, 3. p. 62.

9) Lappenberg, Hamburg. Alt. I, p. XII und XV—XVII. Vergl. Hübbe, das Hammerbröcker Recht, p. 5 ff.

10) Sökeland, p. 17, 43, 44, 63 u. 67.

Verhältniß hat meistens auf Marktgemeinschaft und zwar auf alt hergebrachter Gemeinschaft beruht. Zuweilen hatten sodann die einzelnen Dorfschaften wieder, wie manche Bauerschaften in Westphalen¹⁾, ihre eigene ausgeschiedene Dorfmark neben der allen gemeinsamen oder gemeinen Mark, öfters hatten sie aber auch keine Sondermark neben der gemeinen Mark. So war z. B. das Dorf Pfronten von je her in Marktgemeinschaft mit Füßen. Als daher Füßen das Stadtrecht erhielt, erhielten daselbst auch die Bauern von Pfronten das Stadtbürgerrecht²⁾. Auch das Dorf Aeschach war, wie wir gesehen, in Almenbgemeinschaft mit der Stadt Lindau. Daher hatten die Bauern von Aeschach das Stadtbürgerrecht in Lindau und sie konnten es auch im 15. Jahrhundert noch sehr leicht erlangen³⁾. Eben so waren die Bauern von Schontra Stadtbürger in Brückenau⁴⁾, die Bauern von Neurath, von Medenschied und Henschhausen Stadtbürger in Bacharach, die Bauern von Ründgen Bürger in Simmern, die Bauern von Schlierbach Bürger in Heidelberg⁵⁾ und die Bauern des Dorfes Hausen Stadtbürger in Lauingen, wahrscheinlich ebenfalls wegen Marktgemeinschaft⁶⁾. Dasselbe gilt von den sechs zur Stadt Heppenheim gehörigen Dörfern Ober- und Niederhambach, Erbach, Kirschhausen, Sonderbach und Walderlenbach. Alle diese Ortschaften lagen in der großen seit uralten Zeiten zur Villa Heppenheim gehörigen Mark Heppenheim. Im Laufe der Zeit schieden die meisten in jener großen Mark liegenden Dörfer aus der gemeinen Mark aus und nur die erwähnten sieben Ort-

1) Stüve, Geschichte des Hochstifts Osnabrück, p. 76.

2) Urbar von Pfronten in meiner Gesch. der Markenverfassung p. 452 ff. und oben S. 81.

3) Heider, Lindau. Außf. p. 229 f. Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 179.

4) Grimm, III, 889. „Die nachgebauer haben stadtrecht.“ —

5) Wibber, I, 129, III, 382, 383 u. 437. Vergl. noch meine Einleitung, p. 200.

6) Urk. von 1471 über die Bairischen Dorfrechte in Münchner gel. Anzeigen vom 24. Juli 1838, p. 141. „Das Dorf Hausen liegt im Landgericht, und sind die Bauern all Bürger zu Lauingen, und gehen für das Gericht dahin.“

schaften blieben noch in Markgemeinschaft beisammen. Sie bildeten demnach eine Markgemeinde. Als daher Heppenheim das Stadtrecht erhielt, so erhielten es auch die in den sechs Dörfern angelegenen Markgenossen. Die alte Markgemeinde ward daher nun eine Stadtgemeinde. Und bis auf unsere Tage sind die Bauern jener sechs Dörfer Bürger in der Stadt, also der Stadtwald ihre gemeine Waldmark und das Stadtalmenfeld ihre gemeine Feldmark gewesen, in welchen sie holz- und weideberechtigt waren⁷⁾. Heppenheim mit den sechs zu ihm gehörigen Dörfern hat sich demnach in derselben Lage befunden wie das Land Delbrück. So wie nämlich Delbrück mit den sechs dazu gehörigen Bauerschaften eine große Bauerschaft oder Dorfmarkgenossenschaft gebildet hat, aus welcher später, da Delbrück kein Stadtrecht erhielt, die Landgemeinde hervorgegangen ist, so hat auch Heppenheim mit den zu ihm gehörigen Dorfschaften eine Dorfmarkgenossenschaft oder, wenn man will, eine Landgemeinde gebildet, aus welcher, seitdem Heppenheim das Stadtrecht erhalten, die Stadtmarkgemeinde hervorgegangen ist⁸⁾.

§. 214.

Sehr viele Dörfer sind demnach mit einer benachbarten Stadt, ohne in die Stadtmauer selbst aufgenommen worden zu sein, entweder von je her in Markgemeinschaft gewesen oder später erst mit der Stadtmark zu einer gemeinschaftlichen Mark verbunden worden. Und dann haben sich die ursprünglich verschiedenen Gemeinden meistens zu einer einzigen Gemeinde verwachsen. Von ihnen verschieden waren nun diejenigen Erwerbungen, welche zwar mit dem städtischen Gebiete, nicht aber mit der Stadtmark selbst vereinigt worden sind. Es haben nämlich viele Städte die Grundherrschaft, die Vogtei oder die Grafschaft in den benachbarten Dörfern und Städten erworben und dadurch nach und nach ganze Territorien an sich gebracht. In diesem Falle befanden sich nicht bloß

7) Dahl, Fürstenthum Lorsch, p. 188—196., der jedoch jene sechs Dörfer für Küchenbörfen hält und aus diesem Verhältnisse das Stadtbürgerrecht ableitet, welchen Zusammenhang ich wenigstens nicht begreife. Vergl. noch meine Einleitung zur Gesch. der Mark = 2c. Verf. p. 47.

8) Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der Mark = 2c. Verf. p. 323 ff.

die größeren Städte, Zürich seit dem 14. und 15. Jahrhundert¹⁾, dann Basel, Bern, Augsburg, Nürnberg, Frankfurt, Hamburg, Lübeck u. a. m., sondern öfters auch schon die kleineren Landstädte. So erhielt z. B. Stendal das grundherrliche Dorf Wosterbusch mit seiner Feldmark und mit der Gerichtsbarkeit im Dorfe von den Markgrafen von Brandenburg geschenkt, und die Grundherrschaft ging sodann nebst der Gerichtsbarkeit auf die Stadtgemeinde und auf den Stadtrath über²⁾. Wurden nun in einem solchen Falle die verschiedenen Feld- und Waldmarken nicht mit der Stadtmark vereinigt, den neu erworbenen Dörfern und Städten vielmehr ihre alten Dorf- und Stadtmarken gelassen, so kamen sodann die unterworfenen Dörfer und Städte zu der herrschenden Stadtgemeinde in ein ähnliches Verhältniß wie die grundherrlichen, vogteilichen oder landesherrlichen Dörfer und Städte zu ihrer Grund-, Vogtei- oder Landesherrschaft. Jede Dorf- und Stadtgemeinde behielt demnach ihre eigene Verfassung. Und von einer Verschmelzung der verschiedenen Gemeinden zu einer einzigen Stadtgemeinde war keine Rede. Auf die Erweiterung der Stadt und der städtischen Verfassung hatten aber dergleichen Erwerbungen gar keinen Einfluß. Es kann daher auch hier nicht weiter von ihnen die Rede sein.

§. 215.

Oefters wurden indessen die benachbarten Dörfer und Städte ohne sie von ihrer alten Stelle zu verrücken, ummauert und durch gemeinschaftliche Mauern mit der Altstadt zu einem Ganzen verbunden. So wurde z. B. das Dorf Altspeier, wie wir gesehen, als Vorstadt mit Speier vereinigt. Eben so Kleinbasel, St. Alban, St. Leonhard und St. Peter mit der Altstadt Basel, Altdresden mit der Stadt Neudresden die Dörfer Fischersdorf und Poppitz mit Dresden, die Neustadt Magdeburg und die Sudenburg mit der

1) Bluntschli, I, 848 ff. Schauberg, I, 19, 92 u. 97.

2) Urf. von 1281 bei Gerden, cod. dipl. Brand. VIII, 443. quod nostre civitati Stendale et burgensibus contulimus villam Wosterbusch sub proprietatis titulo perpetuo possiderendum cum agris, lignis, pascuis, paludibus et pratis. — In eadem villa in campis et in metis ipsius ville nullus iudicium habebit, sed consules civitatis Stendele omnia iudicanda iudicabunt.

Altstadt Magdeburg, die Neustadt Schweidnitz mit der Altstadt Schweidnitz, das Dorf Numendorf mit der Stadt Grottkau, die Neustadt Regensburg mit der Altstadt Regensburg, das Ober- und Niederdorf mit Zürich, Neuhamburg mit Althamburg, die Stadt Köln mit Berlin, Altbrandenburg mit Neubrandenburg, Altsalzwebel mit Neusalzwebel, Altdanzig mit Neubanzig, das neue Dorf mit der Altstadt Nordhausen u. a. m. (§. 197 u. 207). Insbesondere wurde auch das Dorf Grove sammt der entfernt von der Stadt liegenden Nikolai Kirche in die Stadtmauern von Hörter aufgenommen. Daher wurde auch in späteren Zeiten noch der St. Nikolaus Kirchhof der Bauernkirchhof genannt¹⁾. Eben so wurden die beiden Städte Wartberg oder Warburg im Stifte Paderborn als Ober- und Unterstadt mit einander vereinigt. Zuerst schlossen nämlich die Bürgermeister und Räte der beiden Städte Verträge mit einander zur gegenseitigen Rechtsicherheit. Und zuletzt vereinigten sie sich noch zu einer einzigen Stadt²⁾. Auch Alt- und Neumeppen wurden auf diese Weise mit einander vereinigt. Die in Neumeppen wohnende aus den Beerbten und aus freien Colonen bestehende Markgemeinde bildete die alte Stadtgemeinde. Späterhin wurden noch die Bauerschaften Altmeppen und Eze³⁾, sodann der Fronhof Möbde mit der dazu gehörigen Bauerschaft zur Stadt gezogen⁴⁾, und die Grundbesitzer jener Bauerschaften (die Beerbten) ins Stadtbürgerrecht aufgenommen. Eben dieses war auch bei Breslau der Fall. Breslau wurde nämlich sehr wahrscheinlich im Jahre 1242 nach deutscher Art angelegt und daher mit einer Stadtmauer und mit Wall und Graben versehen. (*infra fossata prime locationis*). Die Stadtmauer war die Grenze des städtischen Gebietes (*infra districtum sive murum civitatis nostre*)⁵⁾. Späterhin wurde auch noch das Dorf St. Moritz (*vicus beati Mauricii*) und die Niehweide zur Stadt gezogen und

1) Wigand, Gesch. von Norvei, I, 829.

2) Urf. von 1883 bei Wigand, Archiv, IV, 294 f. Vergl. eod. II, 302 ff.

3) Diepenbrock, Meppen, p. 211—214.

4) Diepenbrock, p. 199 f., 665—667 u. 671. Vergl. oben §. 19.

5) Urf. von 1261 vergl. mit Urf. von 1242 bei T. u. St. p. 305, 364 u. 365.

in den Gerichtsbezirk der Stadt aufgenommen⁶⁾. Ursprünglich hatte jede der beiden Städte die Alt- und die Neustadt Breslau ihre eigene Verfassung. Frühe schon erhielt jedoch auch die Neustadt Magdeburgisches Recht⁷⁾. Erst im Jahre 1327 wurden aber beide Städte mit einander vereinigt⁸⁾. Königsberg bestand im 13. und 14. Jahrhundert aus der ursprünglich von der Stadt getrennten Burg und aus drei später mit einander vereinigten Städten, aus der Altstadt Königsberg, aus der Stadt Löbenicht und der Stadt Kneiphof, von denen jede Stadt ihren eigenen Stadtrath und ihr eigenes Wappen gehabt hat. In diesen drei Städten kamen durch vermehrten Anbau und durch die Vereinigung mehrerer benachbarter Dörfer später noch mehrere sogenannte Freiheiten und Vorstädte hinzu. Zu der Burg kamen die beiden Dörfer Tragheim und Sackheim, dann der Rossgarten, die neue Sorge und die Burgfreiheit, in welcher sich in der Nähe der Burg die Hofdiener angesiedelt hatten. Mit der Altstadt wurden der Steindamm, der Neu-Rossgarten, die Laaf und die Laftadie als Freiheiten vereinigt, mit der Stadt Löbenicht der Anger und der Regen, und mit der Stadt Kneiphof die vordere und hintere Vorstadt und das Dorf Haberberg. Und zu diesem Allem kam im Jahre 1657 noch die von dem großen Kurfürsten angelegte Festung Friedrichsburg⁹⁾. Eben so bestand Hildesheim aus drei Weichbilden, aus der Altstadt, Neustadt und aus der Stadt Damm, von denen eine jede wieder ihren eigenen Stadtrath gehabt hat¹⁰⁾. Und Braunschweig bestand sogar aus fünf verschiedenen Weichbilden, aus der sogenannten alten Wit (Altewief), dem ältesten Theile der Stadt, sodann aus der Altstadt, der Neustadt, dem Hagen und aus dem Sack. Jedes Weichbild hatte seinen eigenen Stadtrath und Bürgermeister und sein eigenes Rathhaus. Auch waren die fünf Weichbilde durch Thore von einander getrennt. Alle zusammen standen aber wieder,

6) Urk. von 1261, 1277 u. 1315 §. 1 bei L. u. St. p. 365, 391 u. 497.

7) Urk. von 1263 u. 1290 bei L. u. St. p. 405.

8) L. u. St. p. 246.

9) Baczko, Gesch. von Königsberg, p. 27—35 u. 290. Vergl. oben §. 124.

10) Grunten, antiquit. Hanov. p. 164. Vergl. oben §. 16.

seitdem sie sich zu einer Gemeinde vereinigt hatten, unter einem gemeinschaftlichen Stadtrath ¹¹⁾).

Vor ihrer Vereinigung hatten die verschiedenen Dörfer und Städte, wie wir gesehen, ihre eigene Verfassung und Verwaltung. Seit ihrer Vereinigung hörte aber die verschiedene Verwaltung meistentheils auf und die verschiedenen Stadttheile standen sodann unter einem einzigen Stadtrath, z. B. in dem mit Berlin vereinigten Köln ¹²⁾. Eben so, insbesondere auch in Nordhausen. Bis zum Jahre 1375 hatte das Dorf (die Neustadt) und die Oberstadt ihren eigenen Rath, ihr eigenes Rathhaus und ihre eigenen Märkte. Erst in diesem Jahre wurden die Alt- und Neustadt mit einander vereinigt und verordnet, daß beide nur einen Rath, ein Rathhaus und gemeinschaftliche Märkte haben sollten ¹³⁾. Eben so Alt- und Neusalzwebel u. a. m. In vielen Städten dauerte indessen die verschiedene Verwaltung auch nach ihrer Vereinigung noch, wenigstens eine Zeit lang, fort, z. B. in Basel, Köln, Soest, Hamburg, Magdeburg, Breslau, Braunschweig, Königsberg u. a. m., bis auch bei ihnen eine völlige Vereinigung und eine Verschmelzung der verschiedenen Theile zu Stand kam (§. 199, 200, 201, 203, 209).

So oft nämlich bei der Ummauerung der mit der Altstadt vereinigten Dörfer und Städte die verschiedenen Dorf- und Stadtmärkte mit der Stadtmärkte der Altstadt verbunden worden sind, so oft pflegte auch die verschiedene Verfassung aufzuhören. Und die nun zu einem Ganzen verbundenen Theile erhielten eine gemeinschaftliche Verfassung und Verwaltung. So oft dagegen den alten Dörfern und Städten ihre eigene Mark gelassen worden ist, so oft

11) *Ordinarius senatus Brunsv.* von 1408 bei Leibniz, III, 449 und im *Braunschw. Urkb.* I, 145 ff. Havemann, *Gesch. von Braunschweig Lüneburg*, I, 618. Hünslmann in *Chron. der nieders. Städte*, I, p. XX—XXII. Vergl. oben §. 207.

12) Urf. von 1432 bei Gerden, *cod. dipl. Brand.* V, 115. — „Dat dy „Borgermeister vnde Radmanne van beyden steden scholen Radmanne „unde Schepen syen, nemlich tu Berlin twelfe, twe Borgermeystere, „teyn Radmanne vnde vir Schepen, Tu Cölln sesse, eynen Borger- „meyster, viff Radmanne vnde drey Schepen.“

13) Förstmann, *Leßer's historische Nachrichten von Nordhausen*, p. 183 u. 184.

haben auch die nun durch gemeinschaftliche Mauern mit der Altstadt vereinigten Dörfer und Städte ihre alte Verfassung und Verwaltung mehr oder weniger vollständig behalten. Je nach der verschiedenen Art der Vereinigung hat sich nämlich sodann eine sehr verschiedenartige Verfassung gebildet. Oefters wurden die zur Stadt gezogenen und in die Stadtmauern aufgenommenen Bauerschaften zwar in die Stadtgemeinde, nicht aber in das Bürgerrecht aufgenommen, wie dieses z. B. bei Soest und bei vielen Vorstädten z. B. in Basel u. a. m. der Fall war. Dann behielt zwar jede Bauerschaft ihre eigene Verfassung. Die Genossen waren jedoch bloße Hinterfassen oder Unterthane der Altstadt und daher dem Stadtrathe der Altstadt in derselben Weise unterworfen, wie andere nicht in die Stadtmauern aufgenommene grundherrliche oder vogteiliche Dörfer und Städte. Seit dem Siege der Zünfte und der Gemeinden wurden indessen auch diese Bauerschaften ins Stadtbürgerrecht aufgenommen, wie wir dieses bereits bei Soest gesehen haben. Viele Bauerschaften wurden indessen nicht bloß in die Gemeinde der Altstadt, sondern in das Bürgerrecht selbst aufgenommen, ihnen jedoch die Besorgung ihrer Markangelegenheiten überlassen. Dann dauerte die alte Bauerschaft oder Dorfmarkgemeinde als eine untergeordnete Realgemeinde nach wie vor fort. Und es bildete sich in jeder Bauerschaft ein untergeordnetes Bürgerrecht, — ein von dem großen Bürgerrecht der Altstadt verschiedenes sogenanntes kleines Bürgerrecht aus. So war es, wie wir gesehen, in Köln und sehr wahrscheinlich auch in Osnabrück und in Erfurt.

Osnabrück ist nämlich aus vier verschiedenen Bestandtheilen hervorgegangen. Die Altstadt bestand aus der Burg (Binnenburg), aus dem Markt und aus der Haselaischaft. Späterhin kam dazu noch die Außenburg (Butenburg). Die Gewerbsleute siedelten sich meistentheils in der Burg und um den Markt herum und in der Außenburg an. Außer ihnen wohnten aber auch noch viele Dienstmannen in der Stadt, deren Dienstmannenhöfe vornehmlich um die Außenburg herum nach der Neustadt hin lagen. Beide Theile wurden später, seitdem sich auch noch eine neue Stadt gebildet hatte, die Altstadt genannt. Und mit dieser Altstadt wurde sodann auch noch die Neustadt vereinigt. Als vierter und neuester Stadttheil kam nun hiezu auch noch die St. Jo-

hannis-Laischaft¹⁴⁾. Diese vier Stadttheile wurden später zur Altstadt und Neustadt zusammengezogen, im Jahre 1348 aber auch noch die Neustadt mit der Altstadt vereinigt und beide einem gemeinschaftlichen Magistrat jedoch in der Art unterworfen, daß die Neustadt zwar ihren eigenen Magistrat behalten, dieser aber dem Magistrate der Altstadt untergeordnet sein sollte¹⁵⁾. Nichtsdestoweniger haben sich aber die vier Stadttheile, aus denen die Stadt nach und nach hervorgegangen ist auch in späteren Zeiten noch nur in einer etwas verschiedenen Weise erhalten. Als nämlich die Stadt in politischer Beziehung in vier Distrikte oder Quartire eingetheilt worden war, wurden bei dieser Einteilung die erwähnten vier Stadttheile zu Grund gelegt. Diese vier Distrikte, welche man auch die vier Laischaften zu nennen pflegte, waren daher die Mark- und Haselaischaft (ehemals die Finnenburg und Haselaischaft), sodann die Butenburg, die Neustadt und die Johannis Laischaft¹⁶⁾. Von diesen vier Laischaften verschieden waren indessen die sechs mit den Stadthoren zusammenhängenden Laischaften, nämlich die Johannis-, Herrenteichs-, Hase-, Nortrupper-, Heger- und Martinianer Laischaft. Wie nämlich in Köln die Eigenthümer der vor einer Feldpforte gelegenen Ländereien eigene Feldgenossenschaften, sogenannte Fuhrgenossenschaften oder Furchgenossenschaften gebildet haben (§. 202), eben so bildeten auch in Osnabrück die Eigenthümer der um die sechs Stadthore herumliegenden Grundstücke eben so viele Feldgenossenschaften, welche auch, wie bemerkt, Laischaften genannt worden sind. Eine jede von ihnen hatte ihre eigenen Weidestämme und Gemeindewaldungen, außerdem aber auch noch die Stoppelweide in der Stadtmark (Stadt Esche) und das Weiderecht in den benachbarten Marken. Und auch im Uebrigen bildete jede Laischaft eine kleine Markgenossenschaft, welche zwar unter der Oberaufsicht des Stadtmagistrats stand, ihre markgenossenschaftlichen Angelegenheiten aber ganz unabhängig und selbständig besorgte und zu dem Ende, wie in anderen Freimarken,

14) Stüve, Gesch. des Hochstifts Osnabrück, p. 10, 65 u. 66.

15) Mascov, notitia juris Osnabrug. cap. 18 §. 2, p. 369.

16) Klöntrup, v. Osnabrück, §. 4—6, Th. III, p. 35.

jedes Jahr vier Vorsteher, die sogenannten Laichschafts Herren zu erwählen hatte ¹⁷⁾).

Etwas Ähnliches findet man aber auch in Erfurt. Bis zum Jahre 1182 gab es nämlich daselbst nur eine einzige Pfarrkirche mit einer einzigen Pfarrgemeinde. In diesem Jahre ward aber die Stadt in mehrere Pfarrgemeinden getheilt ¹⁸⁾. Sehr wahrscheinlich sind nämlich auch in Erfurt mehrere Bauerschaften mit der Altstadt vereinigt, und diese sodann wie in Köln u. a. m. Kirchspiele oder Pfarrgemeinden genannt worden. Die einzelnen Kirchspiele bildeten, wahrscheinlich weil ihnen ihre alte Feldmark gelassen worden war, besondere Gemeinden, welche erst im Jahre 1852 aufgelöst worden sind. Wie andere Marktgemeinden, so sind nämlich sie zu gleicher Zeit kirchliche Gemeinden gewesen und eben deshalb Kirchspiele oder Pfarrgemeinden genannt worden. Seit der Reformation hörte zwar der kirchliche Verband auf, hinsichtlich des Gemeindewesens dauerte aber jener Verband nach wie vor fort. Nach altem Herkommen wählten die Ältesten jener Gemeinde jährlich zwei Hauptleute, welche die Angelegenheiten der Gemeinde, z. B. die Feuerrüstungen, die Instandhaltung der Brunnen, die Anstellung der Wächter u. a. m. zu besorgen hatten. Im Jahre 1705 wurde mit Genehmigung der Kurmainzischen Regierung die Anordnung getroffen, daß in jeder Gemeinde nur noch ein Hauptmann, der sogenannte Unterhauptmann, jährlich gewählt, der andere Hauptmann dagegen ständig im Amt bleiben und daher der eiserne Oberhauptmann heißen solle. Als die Stadt später unter Preussische Herrschaft gekommen war, blieb den bestehenden Specialgemeinden nur noch die Verwaltung des Brunnen- und Wächtergeldes, während die Besorgung der übrigen städtischen Angelegenheiten der Stadtgemeinde anheimfiel. Und im Jahre 1852 wurden die Specialgemeinden selbst, als dem Geiste der preussischen Städteordnung widersprechend, ganz abgeschafft ¹⁹⁾. Die Stadt war übr-

17) Klöntrup, v. Laichschaften, Th. II, 235—240.

18) Erphurdianus antiquit. Variloquus ad an. 1182 bei Mencken, II, 479 u. 480.

19) Beilage zur allg. Zeitung vom 14. August 1852, Nr. 227, p. 3627.

gens auch hinsichtlich des Bierereignisses, d. h. hinsichtlich der Eigener der brauberechtigten Hölse, in vier Stadtviertel eingetheilt. Zu jedem Viertel gehörten mehrere Pfarrgemeinden. Und jedes Viertel bildete eine eigene Braugemeinde, an deren Spitze zwei Ober- und Untervormünder standen²⁰⁾. In vielen alten Städten endlich, welche ebenfalls aus der Vereinigung mehrerer Bauer- oder Heimschaften hervorgegangen sind, haben sich die alten Feldgemeinschaften nach wie vor noch eine Zeit lang als Realgemeinden erhalten, z. B. in Köln am Rhein die sogenannten Bauerbänke (§. 202). Meistentheils haben sich jedoch die alten Feldgemeinden und mit ihnen auch ihre alten Feldmarkvorsteher verloren, oder die alten Markbeamten sind in anderen Städten, z. B. in Straßburg, Speier, Worms und Mainz, wenigstens zu ganz untergeordneten Beamten herabgesunken (§. 45, 52 u. 53).

§. 216.

Endlich wurden viele alte Städte auch noch dadurch sehr bedeutend erweitert, daß benachbarte Stifter und Klöster, um welche sich bereits früher schon Dorfschaften oder Kirchspiele gebildet hatten oder später noch bildeten, zur Stadt gezogen und durch gemeinschaftliche Mauern mit der Stadt verbunden worden sind. So lagen, wie wir gesehen, in Worms das Stift St. Andreas und das Benedictiner Kloster ursprünglich außerhalb der Stadt. Erst seit dem 9. und 10. Jahrhundert wurden sie in die Stadtmauern aufgenommen. Eben so lagen in Regensburg das Stift St. Emmeran, das Schotten Kloster und das St. Jakobs Kloster vor der Stadt und erst seit dem 10. bis zum 13. Jahrhundert wurden sie mit der Stadt verbunden. In Zürich lag noch im 9. Jahrhundert die Frauenmünster Abtei und sehr wahrscheinlich auch der Großmünster außerhalb der Stadt und erst seit dem Ende des 9. oder im 10. Jahrhundert wurden sie mit Stadtmauern umgeben. Auch in Straßburg lagen ursprünglich St. Martin, St. Thomas und Alt- und Jung St. Peter außer-

Ueber die im Jahre 1706 eingeführten eisernen Oberhauptleute vergl. Faldenstein, Hist. von Erfurt, p. 1072.

20) Michelsen, Rathsverfassung von Erfurt, p. 16.

v. Maurer, Städteverfassung. II.

halb der Stadt und erst seit dem 8. bis zum 14. Jahrhundert wurden sie nach und nach in die Stadtmauern aufgenommen (§. 207). In Basel lag das Kloster St. Alban außerhalb der Altstadt. Erst im 14. Jahrhundert wurde es mit neuen Mauern und Graben als eine Vorstadt mit der Altstadt verbunden ¹⁾. In Augsburg lag das St. Ursula Kloster bis zum Jahre 1330 außerhalb der Stadt. Erst in diesem Jahre wurde dasselbe zur Stadt gezogen und mit einer Mauer umgeben ²⁾. Im Jahre 1238 wurde es dem bei der Stadt Arnsberg gelegenen Kloster Weidinghausen von den Grafen von Arnsberg erlaubt auf eigene Kosten einen Graben und eine Mauer um den Klosterhof zu ziehen und so das Kloster mit in die Befestigung der Stadt einzuschließen ³⁾. Eben so lagen noch im 13. Jahrhundert in München mehrere Klöster außerhalb der Altstadt, nämlich das alte Barfüßer Kloster vor dem alten Schwabingerthor, das Kloster St. Klara auf dem Anger und das Augustiner Kloster vor dem Kaufringerthor. Erst nachdem sich um sie herum die Vorstädte in der Graggenau, im Anger und in den Hacken gebildet hatten, wurden sie im Anfang des 14. Jahrhunderts mit der Altstadt verbunden ⁴⁾. Endlich lagen auch in Köln, um noch ein Beispiel anzuführen, die Stifter und Klöster, mit den dazu gehörigen Gebauerschaften St. Severin ⁵⁾, St. Martin ⁶⁾, St. Ursula ⁷⁾, St. Georg ⁸⁾, die Kirche der eilftausend Jungfrauen ⁹⁾, St. Gereon, St. Kunibert, St. Pantaleon u. a. m. bis ins 12. und 13. Jahrhundert außerhalb der Altstadt. Denn erst in diesen Jahrhunderten wurden sie mit einer Stadtmauer umgeben ¹⁰⁾.

1) Dñs, II, 296 u. 297.

2) von Stetten, Augsb. Gesch. I, 97.

3) Urf. von 1238 bei Wigand, Archiv, VI, 216 und Seiberg, II, 1. p 268.
ut in parte curie sue usque ad portam. fossato. munitio-
nem. laboribus propriis. sumptibus. expensis velint elaborare.

4) Vergl. Lipowsky, I, 110—116, II, 89 u. 90.

5) Urf. von 794 u. 867 bei Lacomblet, I, 9 u. 448.

6) Urf. von 959 bei Ennen, Quellen, I, 465.

7) Urf. von 941 bei Lacomblet, I, 58.

8) Urf. von 1067 in Quellen, I, 480.

9) Urf. von 976 in Quellen, I, 470.

10) Kölner Chronik, fol. 176 b. vergl. 177 a. Gläsen, Schreinspr. p. 58,

g. Verschiedenartige Bestandtheile der alten Städte.

§. 217.

Diese allmähliche Erweiterung der ursprünglich sehr kleinen alten Städte durch neue Ansiedelungen vor der Stadt oder in der Stadt selbst, und durch Herbeiziehung von benachbarten Höfen, Dörfern, Städten und geistlichen Stiftern und Klöstern, hatte mehr oder weniger in allen alten Städten statt. Denn es dürfte nicht leicht eine Stadt gefunden werden, in welcher nicht wenigstens einige der erwähnten Bestandtheile nachgewiesen werden können. Und bei fortgesetzten genaueren Forschungen wird es bald möglich sein, bei den meisten alten Städten ganz genaue Nachweise darüber zu liefern. Die alten Städte haben demnach aus sehr verschiedenartigen Bestandtheilen bestanden, welche erst nach und nach vereinigt und sodann zu einem Ganzen verschmolzen worden sind. Einige Beispiele werden dies klar machen, wenn durch das bisher Gesagte die Sache noch nicht klar genug geworden sein sollte.

Die Stadt Zülpidy ist nach und nach aus fünf und im Grunde genommen aus noch mehr sehr verschiedenartigen Bestandtheilen hervorgegangen. Schon im Anfang des 13. Jahrhunderts waren diese verschiedenen Bestandtheile zu einem Ganzen, jedoch in der Art vereinigt, daß man die einzelnen Bestandtheile noch sehr wohl unterscheiden konnte. Die alte Stadt bestand nämlich aus der Burg mit dem Burgbezirk, Burgfriede genannt, und aus der Stadt mit dem Burghann, einem von dem Burgfrieden verschiedenen und mit Steinen eigens abgemarkten Bezirke. Im 15. Jahrhundert, sehr wahrscheinlich aber auch schon früher, haben diese beiden Bezirke der Altstadt zwei verschiedene Kirchspiele, zwei sogenannte Palenz-(Pfalz-)Kirchspiele, das Sanct Marien- und Sanct Peter Kirchspiel gebildet. An sie schloß sich als Zugehör des alten Pfalzbezirkes an der sogenannte Bifang und der freie Hof von Mersburden mit den dazu gehörigen Bauer-

60, 62 u. 63. Lacomblet, I, 58. Not. 2. Urk. von 867 bei Ennen, Quellen, I, 448.

schaften Beßenich und Severnich. Der Bifang bildete zwar, nach seiner Vereinigung mit der Altstadt schon im Anfang des 13. Jahrhunderts nur einen einzigen Bezirk. Ursprünglich bestand er jedoch ebenfalls wieder aus mehreren Marken, nämlich aus den vierzehn Hundschaften auf der Kempener Heide. Das ganze umgab endlich noch die Bannmeile, welche sich jedoch bloß auf das Geleitswesen während der Meßzeit bezog. Die Gerichtsbarkeit in dem Burgfrieden, Burgbann und Bifang stand hinsichtlich der Civilgerichtsbarkeit unter dem landesherrlichen Schultheiß und unter den Schöffen von Zulpich und Geich, hinsichtlich des Blutbanns aber unter einem Vogt, welcher innerhalb des Burgfriedens und Burgbanns, also innerhalb des alten Pfalzbezirkes, mit den Schöffen von Zulpich und Geich, im Bifang aber mit den Hunnen und mit dem Lande („mit den hunnen ind mit deme lande“), also wie in England mit der Heimath (*patria*) das Urtheil finden sollte. Mersburden endlich hatte wieder seine eigenen Schöffen. Alle diese verschiedenen Bestandtheile waren bereits im Anfang des 15. Jahrhunderts zu einer einzigen aus drei Kirchspielen mit drei Mutterkirchen bestehenden Stadt verschmolzen. Aber auch damals stand noch die Stadt unter drei Gerichten, unter dem sogenannten Hochgerichte und dem Palenzgerichte und unter dem Mersburder Gericht¹⁾.

Auch Passau gibt ein recht deutliches Bild von der allmählichen Entstehung und Erweiterung der alten Städte, und von ihren ursprünglich getrennten, nach und nach aber zu einem Ganzen vereinigten Bestandtheilen. Passau bestand nämlich ursprünglich aus zwei verschiedenen Anlagen, aus dem von den Römern erbauten Castelle (*castrum Batavum*) und aus dem alten Bojodurum, welches noch im 13. Jahrhundert das Römerdorf, später aber die Innstadt genannt worden ist. Um das römische Castell herum siedelte sich die Altstadt und neben dieser auf dem Neumarkte die neue Stadt an. Die alte Stadt hatte bereits ihre eigenen Stadtmauern und Thore, von denen heute noch das Thor an der Stadtpfarrkirche (der sogenannte Paulsbogen) und auf

1) Weisthum aus 13. sec. und von 1404 bei Lacomblet, Archiv, I, 213, 228, 229 u. 245—253. Vergl. meine Freipflege S. 13 p. 37 f.

der Innseite das Thor unter dem Residenzgebäude, dann mehrere Bruchstücke der alten Stadtmauer (die sogenannte Wehr) sichtbar sind. Im 13. Jahrhundert wurde die Neustadt mit der Altstadt vereinigt und gleichfalls mit Mauern umgeben. Wann die Innstadt mit der Altstadt vereinigt worden ist, wissen wir nicht. Wahrscheinlich ist es aber ebenfalls noch im 13. Jahrhundert bei Gelegenheit des Aufstandes der Bürger im Jahre 1298 geschehen. Jedenfalls war sie indessen schon in der Mitte des 15. Jahrhunderts, zur Zeit des Aeneas Sylvius, mit der Altstadt vereinigt. Außer jenen drei Städten (der Alt- und Neustadt und der Innstadt) hat sich aber vor dem 15. Jahrhundert auch noch jenseits der Donau eine kleine Judenstadt angesiedelt, so daß demnach die Stadt ursprünglich aus vier verschiedenen Städten bestanden hat. Außerdem wohnten aber auch in den einzelnen Straßen noch die gleichartigen Handwerker, z. B. in der großen und kleinen Klingergasse die berühmten Klingenschmiede beisammen, und in der Pfaffengasse (*in strata clericorum*) die Geistlichen²⁾. Und auch sie scheinen ursprünglich eigene sehr unabhängige Genossenschaften gebildet zu haben, indem die Geistlichkeit erst im Jahre 1260 dem Stadtrecht unterworfen³⁾, die Zunft der Klingenschmiede aber noch im Jahre 1299 von der Gerichtsbarkeit der Stadtrichter befreit und unter einen eigenen Richter, unter einen sogenannten Pfleger gestellt worden ist. Alle diese verschiedenen Bestandtheile sind aber erst nach und nach zu einer Stadt und zu einer Stadtgemeinde verbunden worden⁴⁾.

Ähnliche Bilder könnte man von Regensburg, Magdeburg, Worms, Frankfurt, Hamburg, Berlin, Königsberg und von anderen Städten entwerfen. Am aller interessantesten ist jedoch die Entstehungsgeschichte von Köln, weshalb ich über diese merkwürdige Stadt noch Einiges beifügen will.

Die Altstadt Köln bestand, wie wir gesehen, aus sieben theils innerhalb theils außerhalb der alten Stadtmauer liegenden

2) Urk. von 1260 in Mon. B. XI, 233.

3) Urk. von 1260 in Mon. B. XI, 233. — *ad jus urbanum quod vulgo dicitur Burchrecht.* —

4) Joseph Schöller, *Sehenswerthes in Passau.* Passau 1842. p. 14, 15, 16, 53, 72 u. 148.

Gebuirschaften oder Kirchspielen, von denen jede Gebuirschaft wieder ihre eigene Verfassung althergebracht und auch später noch behalten hat. Dazu kamen frühe schon die beiden Vorstädte Niederich und Mirsbach, eine jede wieder mit einer eigenen Verfassung, sodann die Stifter und Klöster St. Severin, St. Pantaleon, St. Kunibert und St. Gereon mit ihren hörigen und zinspflichtigen Hintersassen und mit ihrer eigenen Gerichtsbarkeit (§. 197, 198, 202.—204 u. 216). Nach wie vor standen nämlich die hörigen und zinspflichtigen Inhaber der zum Stifte St. Gereon gehörigen kurmutigen Güter unter dem weltlichen Gerichte des Stiftes (*judicium seculare S. Gereonis*). Der von dem Stifte ernannte herrschaftliche Beamte wird bald Meier (*villicus S. Gereonis*) bald Amtmann (*justiciarius S. Gereonis*) genannt. Urtheilsfinder waren aber die aus den Hintersassen genommenen Schöffen (*scabini*)⁵⁾. Eben dieses war in der Abtei St. Pantaleon der Fall. Der von dem Abt ernannte Schultheiß hatte den Vorsitz bei Gericht. Das Urtheil aber fanden die Amtleute der Gebuirschaft (*officiati*) und die übrigen Dingleute der Herrschaft⁶⁾. Auch im Stifte St. Severin hatte der Probst Gerichtsbarkeit über die auf seinem Fronhose ansässigen Leute. Der herrschaftliche Beamte wird bald Schultheiß, bald Meier (*villicus*) genannt. Außer dem Schultheiß hatte der Probst auch noch die Schöffen (*scabini*) und einen Boten zu ernennen. In früheren Zeiten wurden indessen auch noch die Amtleute der Gebuirschaft (*officiales S. Severini*) als Urtheilsfinder zugelassen⁷⁾. Seit der Vereinigung dieser Herrschaften mit Altköln suchten sich zwar die Bürgermeister der Altstadt in die herrschaftliche Gerichtsbarkeit, z. B. in jene des Probstes von St. Severin einzumischen⁸⁾. Die Gerichtsbarkeit ist jedoch

5) Mehrere Urkunden aus dem 13. u. 14. sec. bei Glasen, Schreinspr. p. 57—59.

6) Mehrere Urkunden aus dem 14. sec. bei Glasen, p. 61. *in iudicio apud S. Panthaleonem coram iudice schulteto officiatis et sententionariis qui dicuntur dincluide.*

7) Mehrere Urkunden und die Ordnung des Schessenstuhls zu St. Severin bei Glasen, Schreinspr. n. 62.

8) Schiedspruch von 1258 Nr. 51 bei Lacomblet, II, 247. *Magistri civium intrant parochiam S. Severini et de iurisdictione ipsius prepositi se intromittant minus iuste.* bei Securis p. 76. Nr. 46.

nach wie vor jenen Stiftern und Klöstern geblieben⁹⁾. Aber auch den übrigen in der Stadt befindlichen Grundherrschaften ist ihre herrschaftliche Gerichtsbarkeit noch längere Zeit geblieben, z. B. die Gerichtsbarkeit über den mitten in der Stadt auf dem Markte liegenden Immunitätsbezirk Lan, woraus das Gericht Unterlahnen hervorgegangen ist¹⁰⁾. Eben so die dem Hochstifte selbst und der Abtei Sancta Maria in Capitolio in der Altstadt zwischen dem Rhein, dem Domhof und dem alten Markt zu stehende herrschaftliche Gerichtsbarkeit, aus welcher die Gerichte und Schreine Hachte und auf den Dielen an St. Marien Graden hervorgegangen sind¹¹⁾. Hier auf dem Domhose lag auch der Kampfhof, auf welchem die gerichtlichen Zweikämpfe statt gehabt haben. Auch pflegten daselbst die öffentlichen Gerichte, öfters unter dem Vorseye des Erzbischofs selbst gehalten zu werden¹²⁾. Das Gericht Hachte darf jedoch nicht mit diesen öffentlichen Gerichten verwechselt werden, wie dieses Glasen zu thun scheint. Denn das Gericht Hachte ist kein öffentliches, vielmehr ein herrschaftliches Gericht, ein sogenanntes Fronhofgericht des Erzbischofs gewesen.

Außer den sieben Gebuirschaften in der Altstadt und außer den Vorstädten Niederich und Airschbach und den so eben erwähnten Grundherrschaften lagen aber um Altföln herum auch noch einige andere Bauerschaften, welche gleichfalls mit der Stadt vereinigt worden sind. Dies waren die Bauerschaft von St. Christophel, sodann die Bauerschaft der Erbgenossen der im Sulzer Felde gelegenen Mann- und Hängengüter und die Bauerschaft der Erbgenossen im Wenherstraßer Bezirk, ferner das Kirchspiel St. Severin und die Genossen des Eigelsteiner Gerichtes. Die vollberechtigten Genossen der Bauerschaft von St. Christophel, zu welcher auch die zinspflichtigen Colonen des Stiftes St. Gereon gehört haben, waren in Grund und Boden angeessene Leute. Sie hießen daher die Erbgeseffenen oder Beerbten (cohaeredes). Ihre Gemeindevorsteher hießen wie in den Gebuirschaften der Altstadt *officiales*, *officiati* oder *officiarii*, zuweilen auch *ma-*

9) Weisthum von 1375 bei Grimm, II, 747. Vergl. oben §. 121.

10) Glasen, Schreinspr. p. 27, 50 u. 52.

11) Glasen, p. 50 u. 51.

12) Glasen, Schreinspr. p. 51. Vergl. oben §. 208.

gistratus. Sie hatten die Angelegenheiten der Gemeinde zu besorgen und waren daher verschieden von den Gerichtsschöffen (scabini), wiewohl auch sie zuweilen noch neben den Schöffen zu den gerichtlichen Verhandlungen beigezogen zu werden pflegten. Auch diese Bauerschaft wurde bereits im 13. Jahrhundert durch eine Mauer mit der Altstadt vereinigt, behielt jedoch nach wie vor, natürlich unter der Oberherrschaft des Rathes der Altstadt, seine selbständige Verfassung¹³⁾. Auch die Inhaber der im Sulzer Felde gelegenen Manngüter und Hahengüter bildeten eine Bauerschaft („Geburschaft“). Die Genossen hießen daher, da sie in Grund und Boden angefessen waren, Erbgenossen (cohaeredes oder Ersgenossen). Eben so bildeten auch die Eigenthümer der im Weiherstraßen Bezirk gelegenen Häuser, Gärten und Ländereien eine eigene Gebauerschaft. Beide Bauerschaften unterwarfen sich im Anfang des 13. Jahrhunderts vielleicht auch schon im 12. Jahrhundert der Herrschaft des Abtes von St. Pantaleon, dessen Hintersassen schon von früheren Zeiten her eine eigene von der Altstadt unabhängige Nachbarschaft oder Villa gebildet hatten¹⁴⁾. Und sie wurden sodann zu einer einzigen Bauerschaft vereinigt (cohaeredes S. Panthaleonis, qui dicuntur de Gebuirschaft). Im Laufe des 13. Jahrhunderts wurde auch diese Bauerschaft als St. Mauritius Kirchspiel mit der Altstadt vereinigt, behielt jedoch nach wie vor seine alte Verfassung. Die Gemeindevorsteher hießen wie in den anderen Kirchspielen officciati und Geburmeister. Hinsichtlich der Gerichtsbarkeit blieb jedoch die Gemeinde, wie wir gesehen, dem Abte von St. Pantaleon unterworfen¹⁵⁾. Das Kirch-

13) Mehrere Urkunden aus dem 13. u. 14. sec. bei Glasen, Schreinspr. p. 57, 58, 59 u. 69.

14) Urk. von 1154 bei Lacomblet, I, 263. — ville S. Pantaleonis et ejus habitatoribus universis. qui eorum vicinie jure tenentur.

15) Viele Urkunden bei Glasen, Schreinspr. p. 59—61. Die sehr interessante Einigung der Erbgenossen von St. Pantaleon von 1201 theile ich in der Anlage mit. Dasselbst findet man auch die Namen der Besitzer der im Sulzer Felde gelegenen Mann- und Hahengüter bis zum Jahre 1482. Ein Verzeichniß derselben vom Jahre 1438 findet sich auch bei Glasen, p. 60. Die Erbgenossen im Sulzer Felde bildeten ursprünglich eine von den Erbgenossen im Weiherstraßen Bezirk verschiedene Bauerschaft. Die Ordnung von 1240 §. 1 u. 60 in Quellen, II, 210 u. 219

spiel St. Severin bestand aus den 'hörigen Colonen des Stiftes St. Severin und aus anderen Inhabern von Lehen- und anderen Gütern. Die Vorsteher dieser Bauerschaft hießen gleichfalls officialen und das Gemeindehaus domus civium oder domus officialium. Seit ihrer Vereinigung mit der Altstadt stand auch diese Gemeinde unter der Oberherrschaft des Stadtraths von Alt köln¹⁶⁾. Endlich wurde auch noch der erst im 12. Jahrhundert zusammengebrachte Bezirk der Genossen des Eigelseiner Gerichtes mit der Altstadt vereinigt und unter einen eigenen Schultheiß mit Schöffen gestellt. Indessen lag doch nur ein Theil dieses Bezirkes innerhalb der Stadtmauern selbst („binnen der mure zu Colne“), der größte Theil aber außerhalb („busen Colen“)¹⁷⁾.

Aus allen diesen mehr oder weniger selbständigen Bauerschaften und Herrschaften ist demnach im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts das Territorium der Stadt Köln hervorgegangen, welches sich von einem anderen herrschaftlichen Territorium und insbesondere von den zur Stadt Heppenheim gehörigen Dorfschaften nur durch die Stadtmauern unterscheidet, durch welche alle diese verschiedenartigen Bestandtheile zu einer Stadt und zu einer Stadtgemeinde vereinigt worden sind. Dieses waren jedoch nicht die einzigen Bestandtheile, aus welchen diese merkwürdige Stadt bestanden hat. Es haben sich vielmehr auch in der Stadt selbst noch mehrere Genossenschaften gebildet, welche ebenfalls ihre eigene mehr

und meine in Anhang abgedruckte Ordnung von 1201 sprechen streng genommen von den Erbgenossen im Sulzer Felde. Es scheinen jedoch damals, wenigstens im Jahre 1240 schon beide Bauerschaften vereinigt gewesen zu sein. Denn es heißt in einer Bemerkung zur 1. Copie in Quellen, II, 210. Not. „Dit synt die geseze der Haeyn (die Hayen wohnten aber im Sulzer Felde) „vnd der Gebuhrschaefft vp der Weyerstraßen.“ — Auch waren damals beide Bauerschaften schon dem Gerichte der Weiherstraße unterworfen, nach der Aufschrift zur Copie Nr. 3 eod. „Weyerstraefß Baurgedinge auch Auffrichtung der Confraternitet oder Vereinigung deren Erbgenossen im Sulzer Felde vnder das „schrein vnd gericht Weyerstraß de anno 1240.“ Vergl. oben S. 202.

16) Viele Urkunden bei Glasen, Schreinspr. p. 62 u. 63.

17) Grimm, II, 744 n. 745. Glasen, p. 64.

oder weniger selbständige Verfassung gehabt haben. Dahin gehört unter Anderen die freie Genossenschaft der Rheinmüller (*heredes molendinorum, molentium annonam super Rhenum*)¹⁸⁾. Diese sogenannten Mühlenben, unter denen sich auch die Overstolze und andere berühmte Geschlechter befanden, hatten ihre eigene Gerichtsbarkeit, aus welcher der Mülhenschrein hervorgegangen ist. Wie andere Genossenschaften, so stand auch diese Mühlenben Genossenschaft unter dem Stadtrath von Köln. Dasselbe gilt von den Handwerkern und Künstlern und von den Juden, welche sich nach und nach in eigenen Straßen und Stadttheilen angesiedelt und, wie wir sehen werden, gleichfalls eigene mehr oder weniger selbständige Genossenschaften gebildet haben. Auch scheint die Geistlichkeit, wie in Regensburg, Passau u. a. m., in der Altstadt beisammengewohnt und eine, wahrscheinlich mit Mauern und Thoren versehene Stadt in der Stadt gebildet zu haben. Wenigstens wird öfters der Pfaffenpforte (*porta clericorum* oder Pfaffenporze) an der alten Burgmauer, also in der Altstadt Erwähnung gethan¹⁹⁾. Außerdem gab es in Köln auch noch viele Mannlehen, mit denen auswärtige Ritter-Geschlechter belehnt waren²⁰⁾. Sehr wahrscheinlich haben auch diese Herrschaften in früheren Zeiten in der Stadt selbst gewohnt und sich erst während der Kämpfe mit der Bürgerschaft aus derselben entfernt. Daher behielten viele von ihnen auch in späteren Zeiten noch einen Hof oder Palast in der Stadt als Absteigquartier für sich selbst und zur Wohnung ihrer Rentmeister und anderen zur Besorgung ihrer Angelegenheiten nothwendigen Beamten. Endlich müssen ursprünglich auch noch reichsfreie Leute in Köln gewohnt oder die Kaiser selbst daselbst Grundbesitz gehabt haben. Denn noch im 13. Jahrhundert führten manche Güter den Namen Kaiserland (*vocantur illa bona dat Keyserlant*)²¹⁾.

18) Urf. von 1276 bei Glasen, Schreinspr. p. 65.

19) Zwei Urkunden von 1231 bei Glasen in Materialien cit. I, 12 p. 515 u. 516. — *versus Pfaffenporzen sitam in antiquo muro.* —

20) Ein Verzeichniß dieser Mannlehen bei Glasen, das edele Cöllen, p. 11 — 15.

21) Urf. aus 13. sec. bei Seiberz, Rechtsgesch. von Westfalen, II, 1. p. 620.

Alle diese sehr verschiedenartigen Bestandtheile haben Jahrhunderte lang mehr oder weniger selbständig neben einander bestanden. Erst die Abschaffung der Hörigkeit und die Eintheilung der Städte in Viertel hat zu einer Annäherung und der Sieg der Zünfte zu einer völligen Verschmelzung der verschiedenen Bestandtheile geführt.

In manchen alten Städten haben sich jedoch Spuren jener verschiedenartigen Bestandtheile bis auf unsere Tage erhalten. In Raumburg z. B. bestand noch im Anfang des 19. Jahrhunderts der Gesammtort aus der eigentlichen Stadt aus der Freiheit (§. 120) aus einer Rathsvorstadt, einer Amtsvorstadt, einer Domprobsteivorstadt und aus den sogenannten Pfortenhöfen, jedes mit einer eigenen Verfassung oder wenigstens mit einer eigenen Gerichtsbarkeit. Die Stadt selbst stand unter dem Stadtrath und unter der Gerichtsbarkeit der Rathsstube und des Stadtgerichtes. Die sogenannte Freiheit stand unter der Grundherrschaft des Domkapitels, und zwar die freiheitliche Nachbarschaft unter der Gerichtsbarkeit des freiheitlichen Gerichtsvogtes und eine Anzahl für sich bestehender Freihäuser unter der Verwaltung des Stiftssyndicus oder der sogenannten Syndicatsgerichte. Die Rathsvorstadt stand unter der Grundherrschaft des Magistrats und unter der Gerichtsbarkeit des Stadtgerichtes. Die Amtsvorstadt, in mehrere Gemeinden zerfallend, stand unter der Gerichtsbarkeit des stiftischen Justizamtes. Die Domprobsteivorstadt stand unter der Grundherrschaft des Domprobstes und unter der Gerichtsbarkeit der Domprobsteigerichte. Die Pfortenhöfe endlich, eine Dependenz der Landesschule Pforta, standen unter der Gerichtsbarkeit des dortigen Schulamtes ²²⁾.

h. Stadtbiertel.

§. 218.

Die Vertheidigung der Stadt nach Außen und die Erhaltung der Ruhe im Innern hat bei den größeren Städten, wie wir gesehen, frühe schon zu einer regelmäßigen Eintheilung der Städte geführt, um wenigstens einige Ordnung in die oft sehr verschieden-

²²⁾ Karl Peter Lepsius, kleine Schriften, I, 237 ff.

artigen Bestandtheile zu bringen (§. 136). Man legte dabei so viel als möglich die vorgefundenen Bestandtheile zu Grund und änderte nur, wo es durchaus nothwendig war. Daher behielt man in jenen Städten, in welchen die mit der Altstadt vereinigten Fronhöfe, Bauerschaften oder Kirchspiele dem neu entstandenen Bedürfnisse genügten, die alte Eintheilung entweder ganz unverändert bei oder man änderte wenigstens nur Einzelnes wie es eben das jedesmalige Bedürfnis erheischte. Dieses war unter Anderen in Köln der Fall. Man behielt daselbst die mit der Altstadt vereinigten Gebuirschaften oder Kirchspiele und Vorstädte im Ganzen genommen bei. Denn nur wenige Kirchspiele, z. B. das Kirchspiel St. Mauritius, St. Severin und St. Kunibert wurden neu aus verschiedenen Bestandtheilen gebildet ¹⁾. Auch überließ man ihnen die Besorgung ihrer Lokalangelegenheiten, übertrug ihnen nun aber auch noch die Vertheidigung ihrer Gebuirschaften und der dazu gehörigen Stadtthore. Denn jede Gebuirschaft bildete zu gleicher Zeit auch eine kriegerische Abtheilung, unter dem Befehle ihrer Amtleute ²⁾ oder unter dem Befehle der vom Rathe bestellten Hauptleute ³⁾. Eben so war es in Soest und in anderen Städten in Westphalen. Daher findet man daselbst auch in späteren Zeiten noch die Eintheilung der Städte in Bauerschaften und Höfe ⁴⁾. Die Stadt Soest war nach den 6 Fronhöfen und den mit denselben zusammenhängenden Bauerschaften, welche mit der Stadt vereinigt worden waren, in 6 Viertel eingetheilt, welche bis in die letzten Zeiten Höfe genannt worden sind. (Die große und die kleine Westhove, die Nordhove, die Osthove, der Hellweg und die Südhove) ⁵⁾. Die Stadt Brilon, mit welcher ebenfalls mehrere Bauerschaften vereinigt worden sind, wurde in 4 Bauerschaften eingetheilt. (Das Derker, das Ledricker, Kreuzger, und Reffliker

1) Glasen, Schreinspr. p. 59, 62 u. 64.

2) Glasen, Schreinspr. p. 35, 36 u. 38. Vergl. oben §. 203 u. 204.

3) Ennen, Gesch. II, 463.

4) Wigand, Korr. Gesch. I, 279. Vergl. oben §. 201.

5) Vergl. oben §. 19. A. Ged, Beschreibung der Stadt Soest, p. 120 u. 121. Receß von 1697 und Verordnung von 1709 bei Emminghaus, p. 386 u. 527.

Burschop)⁶⁾. Die Stadt Rāden in 4 Bauerschaften. (Die niedere, middele, osteren und Schnevordinger Burschop). Die Stadt Geseke in 4 Höfe. (Die Osthove, Westhove, Northove und Widbelhove). Die Stadt Werl in 3 Höfe. (Die Steiner, die Melfster oder Melfter, und die Neuerhove) u. a. m. Und an der Spitze jedes Stadtviertels stand ein Bauerrichter, welcher die Lokalangelegenheiten dieses Stadttheiles zu besorgen hatte⁷⁾. Auch in Hamburg u. a. m. hat sich die Eintheilung in Kirchspiele erhalten. Und in Metz sind die drei Stadtviertel oder Bürgermeistereien sehr wahrscheinlich aus den früheren Centen hervorgegangen (§. 149).

Meistentheils sind aber die größeren Städte nach den vier Hauptstraßen oder, wie in Florenz, Parma, Padua, Pisa, Modena, Bologna u. a. m. in Italien, nach den vier Hauptthoren in vier Theile getheilt und daher diese Stadttheile selbst Stadtviertel genannt worden, z. B. in Bern, Basel, Prag, Magdeburg, Chemnitz, Bremen, Osnabrück, Hannover, München u. a. m.

Da die Bewachung und Vertheidigung der Stadt der ursprüngliche Zweck dieser Eintheilung war, so wurden diese Stadtviertel öfters auch Wachen oder Wachten genannt, z. B. in Regensburg, in Zürich, Rotenburg u. a. m. Auch diese Eintheilung pflegte sich ursprünglich nach den vier Hauptstraßen oder Hauptthoren zu richten. So war z. B. in Zürich die große Stadt von Altersher nach ihren vier Hauptthoren in vier Wachten getheilt, in die Wacht auf Dorf, zu Linden, zu Neumarkt und im Niederdorf. Und außerdem war auch noch der Zürichberg in vier Wachten getheilt⁸⁾. Auch Rotenburg war nach seinen sechs Hauptthoren (nach dem Klingerthor, Galgenthor, Röderthor, Gebfättlerthor, Rabollzellerthor und Burgthor) in sechs Wachten getheilt⁹⁾. Eben so war Wien, wie wir gesehen und weiter sehen

6) Seiberz, Quellen zur Westfäl. Gesch. II, 48 ff.

7) Seiberz, Rechtsgesch. von Westfalen, III, 388, 425, 427, 428, 559 u. 560.

8) Bögelin, das alte Zürich, p. 230 u. 337.

9) Bensen, Rotenburg, p. 110, 118 u. 329.

werden, seit dem 15. Jahrhundert nach seinen vier Stadthoren und Vorstädten in vier Viertel eingetheilt (§. 136 u. 390). Und eben dieses scheint ursprünglich auch bei den Wachen oder Wachten in Regensburg der Fall gewesen zu sein, indem es auch dort acht Wachten gegeben hat ¹⁰⁾.

Auch bei dieser Eintheilung der Städte in Stadtviertel oder Wachten pflegten anfangs die alten Verhältnisse berücksichtigt und die neue Eintheilung den bestehenden Verhältnissen angepaßt zu werden. So war es z. B. in Osnabrück. Denn die vier Stadtquartiere oder Laichschaften sind daselbst, wie wir gesehen, aus den alten Stadttheilen, wie diese nach und nach mit der Altstadt vereinigt worden, hervorgegangen (§. 115). Eben so war es in Basel und wahrscheinlich auch in Bern, Prag u. a. m. (§. 136). Auch in Zürich wurden die vier Wachten der Hauptsache nach den vorgefundenen Verhältnissen angepaßt. Es pflegte nämlich immer nur dann von den nach und nach zusammengebrachten Bestandtheilen abgegangen und an dem Bestehenden geändert zu werden, wenn es durchaus nothwendig war. So wurde z. B. in Bremen, als die Stadt im 13. Jahrhundert in vier Quartiere eingetheilt ward, die bereits vorhandene Eintheilung der Stadt in mehrere Kirchspiele zu Grund gelegt. Da jedoch mehrere zum Kirchspiel zu St. Ansgar gehörige Häuser besser zum Quartier von St. Stephan paßten, so wurden sie zwar in kirchlicher Beziehung bei dem Ansgarii Kirchspiel gelassen, in politischer Beziehung aber zu dem Quartier von St. Stephan geschlagen. Daher stimmten bei den Kirchspielen zu U. L. Frauen und St. Martin die politischen und kirchlichen Grenzen mit einander überein, bei den beiden anderen Kirchspielen zu St. Ansgar und St. Stephan aber nicht ¹¹⁾. Eben so wurde München im 14. Jahrhundert, nachdem die vier alten Vorstädte als äußere Stadt mit der alten oder inneren Stadt vereinigt worden waren, nach den vier Hauptstraßen und Hauptthoren und unter zu Grundlegung der nur wenig veränderten vorgefundenen Bestandtheile, in vier Viertel eingetheilt, nämlich in das der Graggenau, der Hacken, des An-

10) Gemeiner, III, 451, II, 252.

11) Donandt, I, 241—243.

gers und des Kreuzes¹²⁾. Dasselbe gilt von der Eintheilung der Stadt Coesfeld in vier Nachbarschaften oder Kluchten (§. 212) und von der Eintheilung der Stadt Worms in vier Pfarreien¹³⁾. Mit der Erweiterung der Städte vermehrten sich auch die Stadtviertel, z. B. in Basel, wie wir gesehen, von 4 zu 5 und in Magdeburg nach und nach sogar bis zu 18 Viertel. Anfangs wurde auch bei der Vermehrung der Stadtviertel an die bestehenden Verhältnisse angeknüpft, z. B. in Basel, als die Vorstadt Kleinbasel zum fünften Stadtquartier erklärt worden ist. Späterhin sah man aber weniger auf das Herkommen als auf die Bequemlichkeit und Zweckmäßigkeit, oder man handelte auch nach bloßer Laune. Dies war in Magdeburg schon seit dem 16. Jahrhundert der Fall. Und je weiter man sich der Gegenwart nähert, desto häufiger werden die Eintheilungen der Städte nach reiner Willkür. So wurde Frankfurt a. M. früher in einer uns unbekannten Zeit, in 10 und später in 14 Quartiere jedes unter dem Befehle eines Hauptmanns, eingetheilt¹⁴⁾. Am Entschiedensten tritt wohl diese neue Richtung der Zeit nach Willkür und nach willkürlichen Einrichtungen bei Mannheim und Karlsruhe hervor, indem Mannheim nach Quadraten und Karlsruhe gar nach dem Vorbilde eines Fächers angelegt und eingetheilt worden ist. Und so waren denn auch in dieser Beziehung die Städte die Vorläufer einer ganz neuen Zeit. Denn auch die landesherrlichen Aemter sind ursprünglich meistens aus der älteren Verfassung hervorgegangen oder wenigstens den älteren Verhältnissen angepasst worden. Erst bei den neueren sogenannten Organisationen ist fast allenthalben Willkür an die Stelle des alten Herkommens getreten.

Der ursprüngliche Zweck dieser Eintheilung in Stadtviertel oder Quartiere oder Wachten war, wie bemerkt, die Bewahrung und Vertheidigung der Stadt. Daher pflegten Hauptleute oder Benner an die Spitze eines jeden Stadtviertels gestellt zu wer-

12) von Sutner in histor. Abhl. der Akademie von 1813, p. 525. Lipowsky, Urgesch. von München, II, 86. Grundbuchordnung von 1672 bei Auer, p. 243.

13) Annal. Worm. ad 1250 u. 1260 bei Boehmer, fontes, II, 188 u. 206. Vergl. oben §. 53.

14) Zersner, II, 536—538.

den. So war es in Bern, Basel, Hannover, Erfurt, Magdeburg, München, Frankfurt u. a. m. (§. 136 u. 215). Späterhin erhielten indessen diese Stadtviertel auch noch eine andere Bestimmung. Sie wurden auch für polizeiliche Zwecke, für die Steuererhebung, für die Rathswahlen und für die städtische Verwaltung überhaupt benutzt. In Hannover z. B. stand in späteren Zeiten auch die nächtliche Polizei nebst den Nachtwächtern unter diesen Hauptleuten ¹⁵⁾ und in München die Feuerpolizei. Zu dem Ende sollten daselbst die Hauseigenthümer eines jeden Viertels zwei bis vier Hauptleute wählen ¹⁶⁾. In Regensburg stand die Feuer- und Baupolizei unter den Wachen und Wachtmeistern ¹⁷⁾. Die Stadt Freiburg wurde erst im Jahre 1454 in Viertel eingetheilt, bei Gelegenheit der Abschaffung der Zünfte und um diese zu ersetzen. Es wurde nämlich die Eintheilung der Bürgerschaft in Zünfte mit den Zunftmeistern und Trinkstuben abgeschafft und dafür die Stadt mit den Vorstädten in 6 Viertel mit eben so viel Trinkstuben eingetheilt. An der Spitze eines jeden Viertels sollte ein Sechstheilsmeister stehen und dieser die Aufsicht über das Viertel und über die Trinkstube haben. Alle sechs Meister sollten aber Sitz und Stimme im Stadtrath haben ¹⁸⁾. Diese Einrichtung genügte indessen durchaus nicht. Daher wurden schon im Jahre 1464 die Zünfte wieder hergestellt und die Stadtviertel abgeschafft ¹⁹⁾. In Eßlingen sollte im 16. Jahrhundert die Stadt der Feuers- und anderer Noth wegen in 4 bis 6 Viertel „nach der Gassen und Plätze Gelegenheit“ eingetheilt und jedem Viertel ein Hauptmann vorgelegt werden ²⁰⁾. In Soest standen an der Spitze der 6 Höfe 6 Hofkapitäne und unter diesen die sogenannten Sechsviertelleute oder Hofdeputirte. Die Hofkapitäne hatten die Bürgercompagnien zu kommandiren, die Feueranstalten zu leiten und bei der Hand-

15) Gruben, antiquit. Hanov. p. 275.

16) Münchner Feuerordnung von 1434 bei Lipowsky, II, 21. „Item an neglicher gassen, darnach sie groß ist zwen oder vier Hauptman machen. Die solln die hausleut in den Viertailn setzen.“ —

17) Gemeiner, Chr. I, 464 u. 469.

18) Urf. von 1454 bei Schreiber, II, 436 u. 439.

19) Urf. von 1464 bei Schreiber, II, 484.

20) Wahlordnung von 1552 bei Jäger, jur. Magazin, V, 39.

habung der Polizei mitzuwirken. Und seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden sie auch noch als Repräsentanten der Bürgerschaft zu den Magistratswahlen und zur Berathung wichtiger Angelegenheiten von dem Magistrat beigezogen²¹⁾. In Prenzlau und in anderen Städten der Mark Brandenburg standen Viertelsmeister oder Viertelsherren an der Spitze der Stadtviertel, welche seit dem 17. Jahrhundert bei Contributionserhebungen als Vertreter der Bürgerschaft beigezogen worden sind²²⁾. In Breslau scheint die Steuererhebung von Anfang an die Hauptbestimmung der Stadtviertel gewesen zu sein²³⁾. In Basel erhielten die Stadtquartiere seit dem 16. Jahrhundert auch noch eine Gerichtsbarkeit hinsichtlich der während der Nacht begangenen Polizeiübertretungen²⁴⁾, und seit dem Jahre 1475 die Steuererhebung. Es sollten nämlich seit diesem Jahre jedem Stadttheile zwei sogenannte Steuerherren von dem Stadtrath aus seiner Mitte verordnet und von diesen sodann die Steuern erhoben werden²⁵⁾. In Erfurt hatten die Hauptleute die Angelegenheiten der einzelnen Gemeinden zu besorgen (§. 215). Und in sehr vielen Städten wurde nach den Stadtvierteln die Bürgerschaft berufen, und diese in wichtigen Dingen um ihre Meinung gefragt, sodann nach den Vierteln die Rathswahlen besorgt oder wenigstens die Wahlmänner, die sogenannten Thur- oder Wahlherren, gewählt z. B. in Magdeburg²⁶⁾, in Osnabrück²⁷⁾, in Bremen²⁸⁾, in Worms u. a. m. (§. 155). Auch in Regensburg wurden in jeder Nacht Nachtgedinge gehalten und darin Lokalverordnungen gemacht und die Rathsordnungen jährlich verlesen²⁹⁾.

21) Ged, Besch. von Soest, p. 119, 121 u. 122

22) Zimmermann, III, 61 u. 62.

23) Grünhagen, Breslau, p. 81.

24) Ochs, V, 405.

25) Ochs, IV, 301.

26) Rathmann, IV, 1 p. 228, II, 26.

27) Alöntrup, v. Thurherrs §. 2, Th. I, p. 224.

28) Stat. von 1303 bei Delrichs, p. 15. Donandt, I, 241 u. 244.

29) Gemeiner, Chr. I, 323, I, 469, III, 451, 255.

2. Die zur Stadt gehörige Mark.

§. 219.

Wie die alten Dörfer so hatten auch die alten Städte eine Feldmark. Dies gilt von den ehemals römischen Städten eben sowohl wie von allen anderen, von den freien wie von den grundherrlichen und von den gemischten Städten. Wie wir gesehen, hatten Mainz, Monzingen, Straßburg, Speier, Regensburg, Ely, Worms und andere ehemalige Römerorte ihre eigene Feldmark. Eben so im inneren Deutschland die freien Städte Dortmund, Lübeck, Magdeburg, Melbork, Soest, Zug u. a. m., sodann die grundherrlichen Städte Godesfeld, Frankfurt, Lucern, Medebach, Münster, Paderborn, Seligenstadt, Weisenburg u. a. m. und die gemischten Städte Basel, Bremen, Hamburg, München, Oehringen, Rastatt, Zürich u. a. m. (§. 52—72). Und die gegebenen Beispiele könnten leicht noch durch andere vermehrt werden. So hatte z. B. Bingen schon zur fränkischen Zeit seine eigene Mark¹⁾. Eben so hatte Landau eine Feldmark und ungetheilte Gemeindegünde oder Almenden²⁾. In Frankfurt a. M. nannte man die Almenden *Almeien*³⁾. Auch die grundherrlichen Städte Buren in Westphalen⁴⁾ und Gernsheim am Rhein hatten ihre eigene Feldmark mit Gemein-Wiesen, Weiden und Waldungen⁵⁾. Eben so die reichsgrundherrliche Stadt Frose in Sachsen⁶⁾. Auch Apennade, von dem man insgemein annimmt, daß es kein Stadtfeld gehabt

1) Viele Urkunden im Codex Lauresham. II, 177, 178, 179, 356. — in Binger marca unam vineam. — in Binger marca mansum unum u. f. w.

2) Urf. von 1282 bei Würdtwein, monast. Palat. III, 120. — jugera agri — in terminis civitatis Landowe. Urf. von 1285, eod. III, 134. supra almandam Landowe. Urf. von 1324 bei Schoepflin, als. dipl. II, 131. „mit sampt der mark.“

3) Kriegl, Bürgerzwiste, p. 171. Vergl. unten §. 228.

4) Urf. von 1268 u. 1296 bei Wigand, Arch. III, 3. p. 41, 44 u. 45.

5) Grimm, I, 482 u. 483.

6) Urf. von 1012 bei Leudfeld, ant. Praemonstr. Magd. p. 6. Vergl. §. 23.

habe ⁷⁾, hatte dennoch eine Stadtmark, wenn auch nur eine kleine ⁸⁾. Und außerdem war die Stadt noch in Weidegemeinschaft mit sieben benachbarten Dorfschaften, in welchen sie den Viehgang und die Kuhweide (den Faegang oder Dnydgang und die Rooweyde) gehabt hat ⁹⁾. Die Weidegemeinschaft setzt aber ebenfalls, wie wir gesehen, eine Feldgemeinschaft voraus ¹⁰⁾. Daher waren viele Städte, welche ursprünglich keine ausgeschiedene Feldmark gehabt haben, in Feldgemeinschaft mit benachbarten Dörfern und hatten demnach mit diesen eine gemeinschaftliche Mark, z. B. Eltvil, Kiel, Lindau, Neustadt an der Hart, Simmern u. a. m. ¹¹⁾. Denn es wird sich wohl schwerlich eine alte Stadt finden, welche nicht ihre kleinere oder größere Feldmark gehabt hatte. Auch die Städte in Westphalen machen hievon keine Ausnahme, wie dieses Landau behauptet ¹²⁾. Auch Dortmund, Soest, Büren, Coesfeld, Hörter, Mebebach, Meppen, Münster, Osnabrück, Paderborn, Jserlon u. a. m. hatten, wie wir gesehen, ihre eigene Feldmark. Und was von ihnen gilt, gilt auch von allen übrigen Städten in Westphalen. Denn sie sind auf dieselbe Weise entstanden, wie alle übrigen Deutschen Städte. Sie haben demnach auch dieselbe Grundlage, also eine Markgemeinschaft gehabt. Dieses gilt insbesondere auch von jenen Städten, welche man als neue Stadtanlagen zu bezeichnen pflegt. Denn gleichzeitig mit der Erhebung des Ortes zu einer Stadt oder bei der Anlegung einer Stadt nach Deutscher Art pflegten die neuen Städte auch eine gemeine Mark zu erhalten oder vielmehr die bereits schon bestehenden Dorfmarken durch neue Gemeinländereien erweitert zu werden, wie wir dieses bereits bei Bern und bei den Städteanlagen in Schlessien, in der Mark Brandenburg und in Pommern gesehen haben (§. 72).

§. 220.

Wie die Dorfmark den Gegensatz zu dem bewohnten Dorfe

7) Feld, Handbuch des Schleswig-Holsteinischen R. I, 49.

8) Apenrader Stadtr. art. 97 im Corpus const. Sleswic. II, 397. —
infra campum civitatis quod dicitur Wichbilde. —

9) Apenrader Ekraa, §. 4 im Corpus const. cit. II, 416 f.

10) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark: 2c. Verf. p. 194, 197 u. 200.

11) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark: 2c. Verf. p. 179, 181 u. 200.

12) Landau, die Territorien, p. 17.

so bildete auch die Stadtmark den Gegensatz zu der bewohnten Stadt. Daher wird allzeit die Stadt von der Stadtmark unterschieden, z. B. in Apenrade ¹⁾, in Straßburg ²⁾, in Soest ³⁾, in Bonn ⁴⁾, in Köln ⁵⁾, in Mühlhausen ⁶⁾ u. a. m.

Auch die Stadtmark wurde öfters Mark ohne Beisatz oder Stadtmark genannt, oder auch das Feld (campus) ohne Beisatz oder das Stadtfeld (campus civitatis) und die Feldmark z. B. in Soest ⁷⁾, in Dortmund ⁸⁾, in Lübeck (§. 64), Schleswig u. a. m. Wenn die Stadt aus mehreren Bauerschaften oder Kirchspielen hervorgegangen und jeder Bauerschaft ihre eigene Feldmark gelassen worden war, so führte sodann jede Feldmark den Namen derjenigen Bauerschaft, zu welcher sie gehörte. Daher findet man z. B. in Hörter ein St. Petersfeld und ein St. Nikolaifeld ⁹⁾, in Hannover eine St. Aegidien Feldmark ¹⁰⁾, in Möllen das

1) Stadtrecht art. 97. — in civitate vel infra campum quod dicitur Wichbilde. —

2) Urk. von 1214 u. 1261 bei Schoepflin, als. dipl. I, 826 u. 484. — pro terris illis in civitate sive extra, quae vulgo nuncupantur almende — almendis in civitate et ejus banno sitas. —

3) Aude Schrae, c. 129. — „in der Stat este in der Beltmarke.“ — Vergl. c. 133 u. 152.

4) Urk. von 1248 bei Rinblinger, M. B. II, 1 p. 248. — infra opidum vel extra ipsum opidum infra tamen terminus banni. —

5) Urk. von 1021 bei Lacomblet, I, 98. areas quasdam ac in campis civitati adjacentibus dimidium mansum. —

6) Urk. von 1292 bei Grasshof, p. 209. — intra muros civitatis vel extra in campo. —

7) Aude Schrae, c. 6. — „binnen der Beltmarke“ — vergl. c. 119 u. 123.

8) Statut. §. 27 bei Wigand, Korr. Gesch. II, 218. in campo nostro in agris pratis. —

9) Korrvisches Lebensregister aus 14. sec. bei Wigand, Arch. VI, 402. jugeria, sitis in campis Huxarie — jugera, sita in campo sancti petri Huxariae — und eod. VII, 296. in campo Seti Petri — in campis Sti Nicolai. — Und auf demselben p. 296. — „geleghen in sinte peters velbe“ und p. 303. — sitis in campis sti Petri et Nicolai prope Huxariam.

10) Grupen, ant. Hanov. p. 28.

Gulzer Feld vor dem Gulzer Thor ¹¹⁾, sodann in der Stadt Kor-
bei u. a. m. verschiedene Feldmarken ¹²⁾. In manchen Städten
wurde das Stadtfeld die Stadtflur genannt, z. B. in Mühlhau-
sen ¹³⁾, in Altstedt ¹⁴⁾ oder Stadt Etter z. B. in Nörblingen ¹⁵⁾.
Anderwärts nannte man die Stadtmark terminus, terminus
civitatis, terminus marchiae oder terminus banni,
z. B. in Bonn, Köln, Kempen und Lübeck ¹⁶⁾ oder auch distinc-
tio z. B. in Biesenthal in der Mark Brandenburg ¹⁷⁾, sodann
ganz allgemein Stadtgebiet (ambitus civitatis) ¹⁸⁾ oder ter-
ritorium z. B. in Weisenburg ¹⁹⁾, und territorium civi-
tatis z. B. in Worms ²⁰⁾, oder auch, wie Hofrait, d. h. Hof-
raum ²¹⁾, der Stadt Markrait z. B. in Nörblingen ^{21a)}, ferner
Bann oder Burgbann z. B. in Köln ²²⁾, in Soest u. a. m. ²³⁾,
oder Bannmeile, Burgbann oder Bifang, z. B. in der
Stadt Kempen ²⁴⁾, in Lechnich ²⁵⁾, in Köln ²⁶⁾ u. a. m. Wenn

-
- 11) Urf. von 1494 bei Pistorius, *amaenitat. hist.* III, 575 u. 576. —
„bat ganze gulzower velt.“ — Vergl. oben S. 212.
- 12) Lehenregister bei Wigand, VII, 302. — „in deme velde to Corbete.“ —
- 13) Stadtr. aus 13. sec. bei Grasshof, p. 249. — „torn dat zu bisme
„vlure gehorit.“ Urf. von 1292, eod. p. 209. — in campo qui
vlor nominatur.
- 14) Statut von 1565 §. 26 bei Walch, VI, 210.
- 15) Urf. von 1348 bei Moser, *Reichsst. Handb.* II, 235.
- 16) Urf. von 1243 u. 1279 bei Rindlinger, *M. B.* II, 1 p. 227 u. 248.
Vergl. S. 64.
- 17) Privilegium von 1815 bei Zimmermann, *Märker. Stadt Verf.* II, 162.
- 18) Constit. von 1232 bei Pertz, IV, 292.
- 19) Grimm, I, 765.
- 20) Urf. von 1278 bei Boehmer, *fontes*, II, 236.
- 21) Schmeller, III, 155.
- 21a) Stadtr. von 1818, §. 34 bei Senckenberg, *vision.* p. 361.
- 22) Urf. von 1264 bei Lacomblet, II, 318. — terminos ipsius civitatis,
qui dicuntur Burban.
- 23) Soester Stadtr. von 1120 §. 25.
- 24) Urf. von 1279 bei Rindlinger, *M. B.* II, 1 p. 227. — infra termi-
num, qui vocatur bannmyle sive bivanc. Vergl. meine Einlei-
tung zur Gesch. der Mark: *ıc. Verf.* p. 190.
- 25) Urf. von 1279 §. 28 u. 29 bei Rindlinger, *Samml. von Urf.* I, 113
u. 114. infra terminum, qui dicitur Banmyle sive Bivanc. —
- 26) Urf. von 1265 bei Ennen, *Quellen* II, 519. infra coloniam terminos

der Gerichtsbezirk über die Stadtmark hinausging, nannte man zuweilen auch den von der Stadtmark verschiedenen Gerichtsbezirk die Bannmeile, z. B. in Basel²⁷⁾. Und in Zülrich machte man sogar einen Unterschied zwischen Burgbann, Burgfried, Bifang und Bannmeile (§. 217). Eine weitere Benennung der Stadtmark war Freiheit, Freieung, immunitas, Mundat oder Mondat und terminus libertatis, Mundat auch in der Stadt Gemünd²⁸⁾, sodann Burgfriede, Friedefreis, terminus pacis (§. 86) oder auch Stadtfriede und statt dessen im Norden Wyffriede oder Wyfriede²⁹⁾, zuweilen auch burgwardus oder burgwardium, Burgwart, Burfwarte, Borkwarta, Burgwerde oder Burgwerda³⁰⁾ und in Baiern Burggeding³¹⁾, insbesondere aber in Nabburg, Bohburg und in anderen Städten und Märkten in der Oberpfalz Burgding³²⁾, Burggeding oder Burdgeding oder Portgeding³³⁾, Porting³⁴⁾ oder auch Portung³⁵⁾. Eine im nördlichen Deutschland

ipsius civitatis, qui dicuntur burgban. — Urf. von 1856 bei Lacomblet, III, 461. — libertatem, qui dicitur burchban et bannmile, — banleucam que dicitur banmile — in civitate et infra banleucam. — Vergl. noch Urf. von 1289 u. 1265 in Quellen, II, 192, 195 u. 519.

27) Einigungsbrief von 1353 bei Döb, II, 89 u. 90.

28) Urf. von 1475 bei Moser, Reichst. Handbuch, I, 773. Vergl. oben §. 96 u. 117.

29) Urf. von 1417 bei Westphalen, praef. p. 124. — terminos immunitatis civitatis, eorum videlicet byfridh. — Appenrader Straa §. 2 u. 3. im Corpus Const. Slesvic. II, 415 u. 416. — „unse friiheit“ — nostrum byfrith. — Vergl. noch meine Einleitung zur Gesch. der Mark. 2c. Verf. p. 181.

30) Mehrere Urkunden bei Lepsius, kleine Schriften, II, 98—100 u. 112 und Du Cange, v. burgwerdus. Zuweilen wurde auch der besetzte Ort selbst so genannt. Vergl. oben §. 5, 26 u. 63.

31) Urf. von 1450 bei Krenner, Ebt. Hbl. III, 331.

32) Urf. von 1435 bei Krenner, l. c. I, 111.

33) Urf. von 1434 in Mon. Boic. 24, p. 616 u. 618. Urf. bei Strngibl, Probst, Heinspach, p. 118.

34) Urf. von 1431 u. 1499 in Mon. Boic. 24, p. 160 u. 280.

35) Urf. von 1409 bei Zinf, Gesch. des Vicedomanthes Nabburg, p. 103.

sehr verbreitete Benennung für Stadtmarch war auch Weichbild, z. B. in Halle³⁶⁾, in der Stadt Breben³⁷⁾, in Lübeck³⁸⁾, in Schleswich³⁹⁾, in Bielefeld⁴⁰⁾, in Wetter⁴¹⁾ u. a. m., insbesondere auch in Flensburg, wo die Stadtmarch abwechselnd bald Stadtfeldmarch oder *campus civitatis*, bald Stadtfreiheit, *terminus* oder *conterminus civitatis* oder Weichbild (*campus civitatis, quod dicitur Wichbelde*) genannt worden ist⁴²⁾. Und von der Stadtmarch wurden sodann die Städte selbst ebenfalls Weichbilde genannt⁴³⁾. In einem ähnlichen Sinne wie im Norden Weichbild wird im südlichen Deutschland das Wort Markrecht für Stadtmarch gebraucht, z. B. in Lindau⁴⁴⁾.

§. 221.

Wie andere Marken so waren auch die Stadtmarchen mit Grenzzeichen, entweder mit Grenz-Bäumen oder Steinen mit Säulen, Kreuzen, Heiligen Bildern oder mit anderen Zeichen versehen, oder sie waren auch mit einem Zaune oder Hagen oder mit einer anderen Einfriedung, oder auch mit Wall und Graben umgeben. Grenzbäume zur Bezeichnung

36) Schöffensbrief von 1235 §. 6 bei L. u. St. p. 295. *Si infra terminos, quod Wichbilde dicitur.*

37) Urk. von 1252 bei Niesert, Münster. Urkb. I, 2 p. 501. *infra terminos opidales qui Wichbilde vulgariter appellantur.* —

38) *Justitia Lubec. civit.* bei Westphalen, II, 627 u. 628. — *intra civitatis marchiam sive wikbelde — extra terminos marchie sive wichbelde civitatis.* —

39) Stadtrecht, c. 16 u. 19 im *Corpus const. Slesv.* II, 9 u. 11. — „an der Stadt Beltmarke, dat meenlike heth Wichbelde.“

40) Stadtrecht von 1287 u. 1326 bei Piper, Markenr. p. 68.

41) Weisthum von 1239 bei Wend, I, 168. — *sunt termini Wibbilde.*

42) Stadtrecht art. 29, 43, 98 u. 124 bei Westphalen, IV, 1907 ff.

43) Urk. von 1448 u. 1450 bei Westphalen, II, 428 u. 430. — „In deme Wichbelde Jheho, in deme huse Herneke H., edder in ener anderen sekeren stede des jülven Wichbeldes.“ —

44) Altes Statut bei Heider, p. 634. — „Desselden Burgers Gut, — es si in der Stadt, ald in dem Markrecht.“ Urk. von 1342 bei Heider, p. 628. — „Igent Gut, daß in jr vnd in jr egenanten Stadt Margtrecht gelegen ist.“ —

der Grenze der Stadtmark findet man ursprünglich in Lübeck¹⁾, in der Stadt Wetter²⁾ und in Basel. Noch im 16. Jahrhundert wird in Basel bei einer Grenzbeschreibung eines Birnbaums und eines Apfelbaums erwähnt, „der jeweilen ein Luncen gewesen, aber kürzlich abgehauen worden sei.“ Ein Luncen ist aber offenbar dasselbe gewesen, was anderwärts Lachbaum oder Lochbaum genannt worden ist³⁾. Noch in der Rathsordnung über das Gescheid von 1491 wird der „lochboum, lochenen, marchstein und ander gemert“ gedacht⁴⁾. Späterhin traten auch in Basel Zäune und Steine an die Stelle der Bäume in der Art jedoch, daß immer noch der Etter der Stadt von den Marksteinen unterschieden zu werden pflegte. Der Etter umschloß nämlich bloß die Wohnungen, Gärten und die übrigen eingehägten Güter. Die Stadtmark selbst ging aber viel weiter und war mit Grenzsteinen, sogenannten Marksteinen versehen⁵⁾. Noch weiter als die Stadtmark ging, wie wir gesehen, der Gerichtsbezirk oder die sogenannte Bannmeile (Zwing und Bann) und diese war zum Unterschiede von den Marksteinen mit Kreuzen (Kreuzsteinen) bezeichnet⁶⁾. In der Nähe der Kreuze stand in der Regel eine Kapelle. Und mit der Erweiterung der Stadt wurden auch die Kreuze immer weiter hinausgerückt⁷⁾. Marksteine zur Bezeichnung der Stadtmark findet

1) Urk. von 1494 bei Bistorius, amoenitat. hist. III, 576. — „buten deme bome vnde lantwere.“ —

2) Urk. von 1239 bei Wend, II, 168. — usque ad arborem in confinio — ab ea ad arborem u. s. w.

3) Dchs, V, 377. Vergl. Grimm, R. A. p. 544 f.

4) Rechtsquellen, I, 221.

5) Dchs, III, 570 u. 571.

6) Einigungsbrief von 1353 bei Dchs, II, 88 u. 89. Vergl. noch eod. III, 570.

7) Basel im 14. Jahrhundert, p. 145. Der übrigens sehr unterrichtete Verfasser Dr. Fechter hält jedoch irrthümlich die Bannmeile für einen noch größeren Bezirk, als der mit Kreuzen bezeichnete Gerichtsbezirk gewesen sei. Für die Identität des mit Kreuzen bezeichneten Gerichtsbezirkes oder des Zwing und Banns und der Bannmeile spricht aber der Einigungsbrief von 1353 und die Fünferordnung von 1360 bei Dchs, II, 88 u. 89, u. III, 571.

man auch in Mühlhausen u. a. m.⁸⁾. In Weissenburg nannte man diese Steine Mondatsteine, da die Stadtmark daselbst das Mondat genannt worden ist⁹⁾. Mit einer Säule war die Grenze der Stadtmark von München, Memmingen, Lindau u. a. m. versehen. Daher nannte man sie z. B. in München die Marksäul oder die Saul ohne weiteren Beisatz¹⁰⁾ und in Memmingen und Lindau die Friedsäul¹¹⁾. Anderwärts war die Grenze der Stadtmark mit einem Kreuz bezeichnet, z. B. in Ipehoe¹²⁾ oder mit einem Bild oder mit irgend einem anderen Zeichen, z. B. in Speier und Leipzig (§. 92). Viele Stadtmarken waren auch mit einem Zaun oder mit einer andern Einfriedung umgeben, z. B. in Baugen mit einem Flurzaun¹³⁾, in Echongau mit einem Friedzaun¹⁴⁾, in anderen Städten mit einem Bannzaun oder mit einem sogenannten Burgfrieden, mit einem Friedhag, mit einer Burgfriedsäul u. dergl. m.¹⁵⁾. Wieder andere Stadtmarken waren mit einem Graben umgeben z. B. in Flensburg¹⁶⁾ und Rotenburg, wo der Stadtgraben Harg und später Landwehr genannt worden ist¹⁷⁾ oder auch mit Wall und Graben z. B. der Stadthagen von Goessfeld. Daher wurde derselbe auch die städtische Landwehr genannt¹⁸⁾. Solche Landwehren kommen übrigens auch

8) Rathsbeschluß von 1302 bei Grasshof, p. 27. „gut in der stat ober in den steyn.“

9) Herzog, Elsaß. Chron. B. X, p. 177.

10) Freiheitsbrief von 1460 bei Mayr, Erl. Samml. IV, 969.

11) Stadtr. von Memmingen von 1396, c. 4 u. 24 bei Freyberg, V, 254 u. 279. Heider, p. 144.

12) Urf. von 1308 im Corpus const. Hols. III, 515. extremitates terminorum — per cruces signari. —

13) Urf. von 1282 bei L. u. St. p. 398. intra metas aut terminos civitatis, qui vulgariter flurzcune vocantur.

14) Urf. von 1435 bei Lori, p. 134.

15) Urf. von 1405 bei Schilter, glossar, v. Burgfried p. 148. — „die Burgfrieden und Bannezune an den steyden.“ — Heider, Lindau Aufg. p. 368—370.

16) Stadtrecht art. 29 bei Westphalen, IV, 1907.

17) Bensen, Gesch von Rotenb. p. 282. Vergl. Schmeller, IV, 284.

18) Söfeland, p. 61.

noch vor in Braunschweig, Frankfurt, Friedberg, Hannover, Lübeck u. a. m.¹⁹⁾.

§. 222.

Wie bei den großen Marken und bei den Dorfmarken so pflegten auch bei den Stadtmarken jedes Jahr die Markgrenzen besichtigt und die vorgefundenen Zuwiderhandlungen bestraft zu werden. So hatte seit unbordenflichen Zeiten in Basel jedes Jahr ein feierlicher Umgang, der sogenannte Bannritt statt. Alle Ackerleute sollten sich zu dem Ende vor der St. Ulrichs-Kirche zu Roß einfinden und von dort aus mit dem Meier und den Schiedleuten und mit dem Leutpriester und dem Sacrament „um „Zwing und Bann reiten — und was argwöhnisch und „strafbar erfunden ward gestraft werden“¹⁾. Nach jedem Umritt pflegte ein Mahl eingenommen zu werden, das eine Jahr in dem Zunftthause der Knechte und das andere Jahr im Hause der Gärtner. Auch der Domprobst mußte an jenem Tage dem Meier und seinem Gefolge eine „Suppe, Fleisch, Wein und Brod“ geben, der Stadtrath aber „ein Pfund Stäbler“ zu dem Mahl (zu der Zrrte) beisteuern²⁾. Auch in Magdeburg pflegte jedes Jahr mit der Fahne des heiligen Mauritius ein Umzug um die Feldmark gemacht zu werden (*per marcam more solito deferendum*)³⁾. Im Jahre 1561 wurden jedoch, nachdem sich die Fischer, Bäcker und Schmiede bei einem solchen feierlichen Umzuge tüchtig durchgeprügelt hatten, jene Markumzüge abgeschafft⁴⁾.

19) Haltaus, p. 1190 f. Gruben, ant. Hanov. p. 172—176. Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 215 u. 216. Kriegl, Frankfurt. Bürgerzwiste, p. 251—253.

1) Alte Verordnung bei Ochs, V, 67 u. 68. Verordnung von 1469 in Rechtsquellen, I, 197. Vergl. noch Basel im 14. Jahrhundert, p. 25, 26, 367 u. 368.

2) Ochs, V, 66 u. 68.

3) Chron. episc. Merseburg. ad an. 1315 bei Ludewig, rel. Mpt. IV, 411. Chron. Magdeb. bei Meibom. II, 336. Vergl. Rathmann, II, 237.

4) Rathmann, IV, 1. p. 51.

In Baden sollte nach der Almendordnung aus dem 16. Jahrhundert alle fünf Jahre ein sogenannter Untergang vorgenommen werden von dem Bürgermeister mit Zweien vom Gericht, Zweien vom Rath, Zweien von der Gemeinde und mit vier Bürger söhnen von 14 Jahren⁵⁾. In der Stadt Lüneburg wurden noch im 18. Jahrhundert die sogenannten Weidebeziehungen (Grenzbeziehungen), so oft es nothwendig erachtet wurde, gehalten. Bürgermeister, Syndikus und Rathsherren (Weideherren) fuhren mit reisenden Dienern und Rathsjägern vor das Thor, wo sich ihnen ein zahlreiches Gefolge zu Roß und Wagen anschloß. Der Zug folgte dem Laufe der Grenze (Schnebe), untersuchte Grenzgraben, Brücken, Bäume und andere Markzeichen. Der Syndikus erörterte die Wichtigkeit der Besichtigung und der Gerichtsburmester führte das Protokoll. Ging die Grenze durch ein Bauernhaus, so wurde der mit dem Zeichen der Stadt versehene Kesselhafen geprüft. War ein Brunnen die Marke, so schöpfte der Bürgermeister, als Zeichen städtischer Hoheit, drei Eimer Wasser aus demselben. Am Abend wurde die Gesellschaft im Hause eines Rathsherrn „vergnüglich regallret.“ Und dieses geschah vier Tage nach einander, jedes Mal aus einem anderen Thore⁶⁾. Eben so wurden auch in Frankfurt a. M. im Jahre 1405 durch Rathsglieder und Geschworne die Grenzscheiden („lantscheidunge“) der Ackerfelder, insbesondere auf dem Nieder- und Galgenfelde, begangen und besichtigt⁷⁾. Auch in Bielefeld und Hörter wurden jene Markumgänge bis auf unsere Tage gehalten. In Bielefeld pflegte bei dem Markumritte immer der jüngste Bürgermeister voranzureiten und die Zünfte zu Pferd ihm zu folgen⁸⁾. In jenen Städten endlich, in welchen die einzelnen Bauerschaften oder Kirchspiele ihre eigenen Marken behalten hatten, pflegten in jeder einzelnen Gemeinde solche Markumzüge gehalten zu werden, z. B. in Osnabrück in jeder einzelnen Pairschaft. Und man nannte daselbst einen solchen Umzug den Schnatgang⁹⁾.

5) Almendordn. §. 2 bei Mone, Zeitschr. I, 437.

6) Havemann, III, 481.

7) Kriegl, p. 249 not. 5.

8) Piper, Markenv. p. 64. Wigand, Nord. Gesch. I, 240.

9) Klöntrup, v. Pairschaften, §. 19 Th. II, p. 240.

§. 223.

Die zu einer Stadt gehörige Mark pflegte, so weit sie kulturfähig und zur Ernährung der Stadtbürger nothwendig war, in derselben Weise unter diese getheilt zu werden, wie dieses auch bei den Dorfmarken der Fall war, das übrige nicht kulturfähige oder zum Anbau nicht nothwendige Land aber in ungetheilter Gemeinschaft zu bleiben. Daher wird öfters, z. B. in Worms¹⁾, Regensburg²⁾, Bremen u. a. m.³⁾ das kultivirte Land (*terra culta* oder *ager cultus*) dem nicht kultivirten Lande (der *terra inculta* und dem *ager incultus*) entgegengesetzt, und unter dem Letzteren das in ungetheilter Gemeinschaft gebliebene Land oder die gemeine Mark verstanden. Und in demselben Sinn wird zuweilen auch das Feld (*campus*) als das kultivirte und vertheilte Land von dem Wald oder von der nicht kultivirten gemeinen Mark unterschieden, z. B. in Magdeburg u. a. m.⁴⁾. Auch waren die städtischen Feldmarken von je her in derselben Weise wie die Dorfmarken in drei Felder, Fluren, Zelgen oder Eschen eingetheilt, z. B. in Worms⁵⁾, in München^{5a)}, in Bretten^{5b)}, in Frankfurt a. M.^{5c)}, in Basel^{5d)}, in Osnabrück⁶⁾, in Lindau u. a. m.⁷⁾.

Die ungetheilte Mark wurde zum Unterschiede von der getheilten öfters die Mark ohne allen Beisatz oder die gemeine Mark (Gemeinmerk z. B. in Winterthur⁸⁾), Menemark z. B. in

1) Urk. von 897 u. 898 bei Schannat, II, 13 u. 14. Urk. von 928 bei Gerden, cod. dipl. Brand. VIII, 376.

2) Urk. von 794 u. 1005 bei Ried, I, 8 u. 124.

3) Urk. von 987 bei Lappenberg, Hamburg. Urkb. I, 42.

4) Schöffensbrief aus 13. sec. bei L. u. St. p. 271. *proprieta-
tam in campis quam in sylvis.* —

5) Urk. von 1137 bei Schannat, II, 68. *in una celga campestris
agri 70 jurnales, in altera 32 et 8 jugera vinearum.* —

5a) Stadtr. art. 312 bei Muer, p. 120.

5b) Urk. von 1463 bei Mone, I, 156.

5c) Riesen, p. 240, 241, 248.

5d) Heusler, Stadtverf. p. 60 not. 4.

6) Klöntrup, v. Esch §. 11 und Lauschaften §. 9.

7) Heider, p. 803 u. 805.

8) Stadtrecht bei Bluntschli, II, 392.

Melbort (§. 65) u. f. w.) genannt, oder auch die *Gemain* z. B. in München⁹⁾, die *Gemeinde* z. B. in Innsbruck¹⁰⁾, in Gera u. a. m.¹¹⁾, die *Mende* oder die *Gemeinländereien* (*loci communes*), z. B. in Hilbesheim¹²⁾, oder das *Gemeingut*¹³⁾, sodann die *gemeinen Waldungen* und *gemeinen Weiden* (*silvae communes* und *pascua communia* oder *pascuae communes*), z. B. in Weissenburg¹⁴⁾, Ulm u. a. m.¹⁵⁾, die *gemeinen Wiesen*, die *gemeinen Weiden* und das *Gemein Holz*, z. B. in Alstedt¹⁶⁾, die *Waltgemeine*, z. B. in Paderborn¹⁷⁾, die *Woldemeine*, z. B. in der Stadt Buren¹⁸⁾, *Waldemeyne* oder *Woldemeyne* z. B. in Schwaney im Stifte Paderborn¹⁹⁾, *Woldemeyne* oder *Waldmey* z. B. in Isenlon²⁰⁾ und die *Almend*. Es wird zwar dieses Wort, wie wir gesehen, in einem engeren und in einem weiteren Sinne und insgemein nur bei *Gemeinweiden* und *Gemeinwaldungen* gebraucht. In einem weiteren Sinne werden jedoch auch die *Wege* und *Stege*, das *Wasser* und der *Wasserlauf* und alles andere ungetheilte also in *Gemeinschaft* gebliebene Gut darunter verstanden, z. B. in Weissenburg²¹⁾, in Lindau²²⁾, in

9) Stadtr. art. 484 bei Auer, p. 183. — „ain hoffstatt auf der gemain.“ —

10) Stadtr. von 1239 §. 2 bei Gaupp, II, 253. *pascuarum communio quae Gemeinde dicitur.* —

11) Statut von 1487 bei Walch, II, 94. *Kaiserrecht*, II, 78. — „sein gemeinde, die zu einer stat gehoret.“ —

12) Urf. bei Gruben, ant. Hanov. p. 234. — *de locis communibus quod dicitur Mende.*

13) *Kaiserrecht*, II, 56.

14) Grimm, I, 765 u. 766.

15) Urf. von 1241 bei Jäger, Ulm, p. 722.

16) Statut von 1565 §. 15, 16 u. 23 bei Walch, VI, 207.

17) Urf. von 1281 bei Wigand, Archiv, II, 1 p. 60.

18) Urf. von 1296 bei Wigand, Arch. III, 3 p. 44. *campos communes pascuales dictos vulgariter Woldemeyne* und p. 45.

19) Stadtr. von 1344 bei Wigand, Arch. III, 4, p. 100 u. 101. *pascua communia, que Waldemeyne dicuntur — pro jure communitatis dicte Woldemeyne.* —

20) Urf. von 1336 bei Steinen, I, 1032. „Dat de Woldemeynen bliven „liegende tho der Stades van Lon vomeyde. Vergl. noch p. 897.“

21) Grimm, I, 765 u. 766. *in communibus pascuis, que almeinde vulgari vocabulo nuncupantur.* — *Sed omnes alie silve sint*

Ulm²³⁾, in Neustadt an der Hart²⁴⁾, in Seligenstadt²⁵⁾, in Gerosheim²⁶⁾, in Bern u. a. m.²⁷⁾. Daher wird öfters von der Almende innerhalb und außerhalb der Stadt gesprochen, z. B. in Straßburg²⁸⁾, in Worms²⁹⁾, in Baden³⁰⁾, in Frankfurt a. M., wo die Almenden öfters auch Allmeien genannt worden sind³¹⁾, u. a. m. Und es pflegten dazu insbesondere auch die Straßen und die öffentlichen Plätze in der Stadt gerechnet zu werden, z. B. in Worms³²⁾, in Straßburg³³⁾, Dürkheim³⁴⁾ u. a. m. In

communes et almeinde vulgari vocabulo. — uti et gaudere plenarie debeat super aquas et pascua, quo congundet et constitur super silvas. Item de structuris, superedificatis, aquarum decursibus atque viis. Vergl. Zeuss, trad. Wiz. p. 331 u. 332. Vergl. meine Gesch. der Dorfverf. I, 47 u. 48.

22) Heider, p. 211 u. 309. — „Der Stadt Lindau Allmaind.“

23) Urf. von 1241 bei Jäger, Ulm p. 722. *communis pascua sive alimendam que ad eorum comunes usus spectabant.*

24) Urf. bei Würdtwein, *monasticon Palat. V, 53.*

25) Weisthum bei Steiner, Seligenst. p. 355.

26) Grimm, I, 483.

27) Berner Handfeste von 1218, c. 6. Urf. von 1231 bei Guden, III, 1102. *pascua communis, que vulgariter almeina vocantur. —*

28) Urf. von 1214 u. 1261 bei Schoepflin, I, 326 u. 434. — *pro terris in civitate sive extra, quae vulgo nuncupantur almen de. — Almendas in civitate et ejus banno sitas. —*

29) Urf. von 1314 bei Würdtwein, *chron. Schönau. p. 254. — alimendam nostre civitatis in muro nostre civitatis. —* Vergl. noch Urf. von 1277, eod. p. 170. und Guden, *syl. p. 270.*

30) Almenbordn. von 1517 §. 8 bei Mone, *Zeitschr. I, 438. „Der stat „almendeslud“, inn oder aussershalb der stat gelegen.“*

31) Battonn, *Verh. Besch. von Frankfurt, II, 45, 123, 142, 143. Kriegl, p. 280.*

32) *Annal. Worm. ad 1278 bei Böhmer, font. II, 207. Judei dederunt — pro almenda, quam ipsi in duobus vicis apud eos occupaverant. Rachtung von 1386 §. 3 bei Schannat, II, 201. „Auch „ist berebt von der almen de wegen, das die pfaffheit mogen ire keller „bore, und kellers helse, und ire schoppen darüber widder buwen und „machen, doch unscheidelichen der strassen.“ — Rachtung von 1407 §. 14 bei Schannat, II, 221. „es soll ouch kein phaff noch geistlich „person die strassen und almen den fürbas nicht überbawen.“ —*

Speier war noch im 17. Jahrhundert ein Theil der Stadt Almenb und als solches im Eigenthum der Stadt. Ein Theil dieser städtischen Almenb stieß an den Bischofshof, an die Pfalz, und wurde im Jahre 1613 dem Bischof abgetreten, um seine Pfalz erweitern zu können ³⁵).

Zur gemeinen Markt oder zur Almenbe gehörte demnach Alles was nicht getheilt worden, vielmehr in ungetheilter Gemeinschaft geblieben war, also außer den gemeinen Wäldungen und Weiden auch noch die gemeinen Felder, die gemeinen Wiesen, die Wege und Stege, insbesondere auch die Straßen in der Stadt und die öffentlichen Plätze, sodann das Wasser, also auch die Brunnen der Stadt u. dergl. m. ³⁶). Sogar die Flüsse, Seen und Weier sind öfters gemeine Almenb, ihre Benutzung daher für alle Genossen gemein geblieben, z. B. der Neckar bei Heidelberg ³⁷), der sogenannte Galgenweier zu Gengenbach, der Almenb See zu Bühl ³⁸) und der Altrhein bei Sandhofen ³⁹), die Almenb Bäche zu Baden ⁴⁰).

Die alten Stadtmarken waren öfters sehr groß. Sie umfaßten zuweilen außer der Stadt selbst noch mehrere Dörfer, mit welchen sie in Feld- oder Marktgemeinschaft waren. So hatten z. B. die Städte Mainz, Worms, Speier, Eltville, Soest u. a. m. ursprünglich, wie wir gesehen, sehr große Marken. Noch im 13.

Vergl. noch Urk. von 1270 u. 1314 bei Würdtwein, chron. Schönan p. 170 u. 254. und Guden, syl. p. 270.

33) Urk. von 1280 bei Schoepflin, I, 365. — eundem locum, qui vulgo *almenda* nuncupatur. Glosener, p. 77. „Daz nieman seinen überhang me machen sol über die almenbe.“

34) Vertrag von 1495 im Grünen Buch: „Der vberbaum halber soll es bleiben bei dem weißthumb, der Abbt nicht gestatten das Gassen vnd Almenb zu Dürckheim verbawt, das die Gemain nicht leiden möchte.“ —

35) Bischöflicher Revers von 1613 bei Moser, reichsf. Hbb. II, 781—783.

36) Ochs, V, 60 f. u. 81. Vergl. oben §. 52, 54, 69 u. 72.

37) Fischereiordnung von 1502, §. 1 bei Mone, Zeitschr. IV, 89. „nachdem der Rector vom Rin biß an die Reimbach gemein allmenb ist, das yederman darin fischen mag.“ —

38) Mone, Zeitschr. I, 394 u. 396.

39) Grimm, I, 461.

40) Almenbordnung §. 3 u. 4 bei Mone, I, 437.

Jahrhundert besaßen die Dörfer Pfifflligheim und Hochheim bei Worms mit dieser Stadt eine Almende auf der rechten Seite des Rheins, zum Beweise, daß jene drei Gemeinden in früheren Zeiten, ehe der Rhein seinen Lauf geändert hatte, eine einzige Marktgemeinde gebildet oder vielmehr jene beiden Dörfer in der Stadtmark von Worms gelegen haben⁴¹⁾. Diese alten großen Marken sind nun meistentheils durch Abmarkung der in denselben gelegenen Dorfschaften bedeutend verkleinert worden, wiewohl sich öfters auch in späteren Zeiten noch Spuren der alten mit den umliegenden Dörfern bestehenden Marktgemeinschaft erhalten haben (§. 31 u. 129). Andere Stadtmarken sind aber auch dadurch verkleinert worden, daß die Almenden mehr und mehr zur Stadt selbst gezogen und zu Straßen, zu Bauplätzen und zu freien Plätzen verwendet oder auch an die Bürger veräußert worden sind. Dies war z. B. in Worms der Fall⁴²⁾. Eben so wurden in Straßburg und Basel die Almenden zur Stadt gezogen und als Bauplätze verwendet⁴³⁾. Auch in Frankfurt, München, Hannover, Köln u. a. m. wurden die Stadtgraben, die Gärten und Felder nach und nach mit der Stadt vereinigt und neue Straßen und Gebäude darauf angelegt (§. 203). Eben so in Lübeck, wo bereits im 14. Jahrhundert ein großer Theil der gemeinen Stadtmark an die Bürger veräußert und zur Anlegung von Straßen, Marktplätzen, Häusern und Buden verwendet worden ist⁴⁴⁾.

§. 224.

Wie in den Dorfmarken so hatte auch jeder in einer Stadtmark angeessene Mann seinen Antheil an der

41) Urk. von 1278 bei Schannat, II, 140.

42) Urk. von 1277 bei Würdtwein, chron. Schonau. p. 170. und Guden, syl. p. 270. — *almeindam, quam aedificiis suis attraxerant*. Urk. von 1314 bei Würdtwein, l. c. p. 253 u. 254. — *in omni loco, ubi civitatis almendam civitati distractam et edificiiis preclusam — almendam nostre civitatis in muro nostre civitatis, quam suis usibus applicuerunt*. — Vergl. noch Nachtrag von 1386 §. 2 und von 1407 §. 14 bei Schannat, II, 201 u. 221.

43) Königshoven, p. 273. Rathsverordnung von 1496 bei Ochs, V, 60 u. 61. Heusler, Verf.-Gesch. von Basel, p. 93.

44) Pauli, Lüb. Zustände im 14. Jahrhundert, p. 22—26 u. 44—55.

getheilten Markt und an der ungetheilten oder gemeinen Markt. Jeder Stadtbürger hatte nämlich in der Stadt selbst ein Haus und einen Hof und ein dazu gehöriges Besizthum in der getheilten Feldmarkt, welches sein Sondereigen war, sodann einen ideellen Antheil an der gemeinen Markt und an der Marktnutzung, bestehend in dem Weiderecht in den Wäldern und Feldern, in dem Beholzigungs- und Mastrecht in den Gemeinwaldungen, und in dem Rechte der Benutzung des Gemeinwassers, der Wege und Stege und der anderen Gemeinländereien. So war es in den freien Städten wie in den grundherrlichen und in den gemischten, in den ehemals römischen Städten wie in den nach Deutscher Art angelegten Städten in Schlesien, in der Markt Brandenburg und in Pommern, z. B. in Diessenhofen ¹⁾, in Freiburg ²⁾, in Burgdorf ³⁾, in Murtten ⁴⁾, in Arberg ⁵⁾ u. a. m. in der Schweiz, dann in Winterberg in der Grafschaft Spanheim ⁶⁾, in Selz, Worms, Ronzingen, Bern, Basel, Lucern, Zug, Weissenburg, Frankfurt, Magdeburg, Dortmund, Münster, Hamburg, Lübeck, Meldorf, Stendal, Löwenberg, Brieg u. a. m. (§. 9, 51—53, 66—72). In Frankfurt a. M. namentlich hatten die Bürger das Weiderecht nicht bloß in den gemeinen Weiden und Waldungen, sondern auch auf den Feldern. Die Stadt besaß noch im 16. Jahrhundert mehrere gemeine Weiden und Waldungen, in welche die Bürger ihr Vieh treiben durften. Die Waldungen waren zum Theil sehr entfernt, und das Vieh mußte jeden Morgen über den Main in den entfernten Wald getrieben und am Abend wieder zurückgetrieben werden. Daher wurde bereits im 14. Jahrhundert in Niederrad eine Scheune gebaut, in welcher das Vieh übernachten konnte ⁷⁾. Aber auch auf den Feldern hatten die Bürger das Weiderecht. Es galt nämlich auch in Frankfurt die Dreifelderwirtschaft. Jedes der drei

1) Handfeste von 1260 art. 3 bei Schauberg, II, 54. *cives participes esse concedo in pascuis, in fluminibus, in nemoribus, in silvis.* —

2) Handfeste von 1249, §. 6 bei Gaupp, II, 83.

3) Handfeste von 1316, §. 15 bei Gaupp, II, 121.

4) Stadtrodel §. 7 bei Gaupp, II, 153 u. 162.

5) Handfeste von 1272 bei Walther, p. 27.

6) Stadtr. von 1331 bei Walch, VI, 258.

7) Statut von 1352, c. 86 bei Senckenberg, sel. jur. I, 74.

Felder sollte demnach im dritten Jahre brach liegen und zur Viehweide benutzt werden. Das zur Viehweide bestimmte Brachfeld wurde jedoch öfters eingesäet. Daher verordnete der Stadtrath im Jahre 1504 im Interesse der Viehzucht, daß jedes Jahr ein Drittel des Ackerlandes brach liegen solle ⁸⁾.

Der ideelle Antheil an der gemeinen Mark oder die Marknutzung hieß auch in den Städten Nutzung, Nutzen oder gemeiner Nutzen (*utilitas* oder *utilitas communis* z. B. in Wimpfen ⁹⁾ und in Worms ¹⁰⁾), *usus* oder *usus communis* z. B. in Frau und Ulm ¹¹⁾), *usuagium* z. B. in Bern ¹²⁾ oder gemeiner Nutz ¹³⁾), sodann Gemeinberecht, Gemeinde oder Meente z. B. in Meldorf (§. 65), Gemein Theil z. B. in Alstedt ¹⁴⁾ oder auch Allgemeine z. B. in Wimpfen ¹⁵⁾ oder gemeine Mark (Gemeinmerch) z. B. in Winterthur ¹⁶⁾), ferner Achtwort z. B. in Wetter ¹⁷⁾ u. s. w.

Auch war dieser ideelle Antheil an der gemeinen Mark Zugehör von Haus und Hof in der Stadt. Wie bei anderen Marken, insbesondere auch bei den Dorfmarken, so ruhten

8) Rathsverordnung von 1504 bei Kriegl, p. 240 Not. 1. „Nachdem hievon von alter umb diese Statt Fr. allewege drey Felde gewest sein und alle jare eins brach gelegen ist, doch biß anhero in dieselben brachfelde frucht gesewet worden, dardurch die lude so die brachfelde mit irem seche gebruchen, zu bußen komen“ u. s. w.

9) Urf. von 1223 bei Pistorius, *amoenitat. hist.* III, 692.

10) Urf. von 897 bei Schannat, II, 13.

11) Urf. von 1270 bei Kopp, *Gesch.* II, 304 Not. Urf. von 1241 bei Jäger, Ulm, p. 722.

12) Handfeste von 1218 c. 6.

13) *Kaiserricht*, II, 56 u. 73

14) Statut von 1565 §. 16 bei Walch, VI, 207.

15) Urf. von 1223 bei Pistorius, *amoenitat. hist.* III, 692. *damus forestum in proprietatem et jure illo quod vulgariter dicitur Allgemeine.* —

16) Stadtrecht von 1264 bei Bluntschli, II, 392. — *silva dicta E. eo jure communi quod volgo dicitur gemeinmerche.* —

17) *Beisthum* von 1239 bei Wend, II, 167—168. *Item de achtwort dicimus et pronunciamus, quod nemo debet pascere sive immittere pecora in forestum, quod dicitur Achtewort.*

nämlich auch in den Stadtmarken alle Rechte und Verbindlichkeiten auf dem Hause und Hofe in der Stadt, nicht aber auf den zu dem Hause und Hofe gehörigen Ländereien. So ruhte z. B. das Recht Bier zu brauen und Wein zu schenken auch in späteren Zeiten noch in vielen Städten auf dem Hause und nicht auf dem Gute, z. B. in Plankenburg und Rudolstadt¹⁸⁾. Eben so war denn auch die Marknutzung Zugehör der Wohnung in der Stadt, z. B. in Worms, Mainz, Münster u. a. m. (§. 53 u. 66). Als Pertinenz des Hauses und Hofes durfte daher die Marknutzung nicht von demselben getrennt werden, z. B. in Meppen. Erst seitdem die alte Verfassung ihrem Verfall entgegen ging, fing man auch dort an das Weiderecht allein ohne das Bürgerhaus zu veräußern und die Marknutzung auch auf andere Häuser, die keine Bürgerhäuser waren, zu übertragen¹⁹⁾. Denn das Haus und der Hof war auch in den Städten das Haupt des ganzen Besitzthums²⁰⁾. Endlich wurden die Marknutzungen zuweilen auch in den Städten auf eine bestimmte Anzahl fixirt, z. B. in Melbors auf 109 Meenten (§. 65) oder es wurde die Anzahl der Bürgerhäuser fixirt, wie dieses seit dem 18. Jahrhundert in Meppen der Fall war²¹⁾. Die meisten theils haben sich jedoch die Stadtmarktgenossen zunftartig abgeschlossen, wodurch sie denselben Zweck erreicht haben wie durch die Fixation. Auf diese Weise ist denn die Richezgeheit in Köln entstanden, und die Hausgenossenschaft in Speier, die Junfer Compagnie in Lübeck und wahrscheinlich auch die Gesellschaft Alt Limburg und Frauenstein in Frankfurt am Main (§. 47).

18) Rudolstädter Statut von 1594 art. 10 §. 1. 10 §. 1, 12 u. 17 bei Walch, V, 51 u. 96. „Soll ein jeder so eine eigene Behausung, allhier hat, und Bürger ist, Macht haben ein Viertel Bier zu brauen, wer aber keine eigene Behausung, und gleichwohl schoßbare Güter hat, der soll sich des Brauens enthalten.“ — „Es soll auch wie vor Alters kein Einwohner in der Altenstadt so nicht Bürger's Häuser haben, Wein schenken oder verzapfen.“

19) Diepenbrock, Gesch. von Meppen, p. 210 u. 212 Not.

20) Meine Einleitung zur Gesch. der Markt- u. Verf. p. 127 u. 136. Meine Gesch. der Dorfverf. I, 61—68.

21) Diepenbrock, p. 210 u. 211.

Seit dem Siege der Zünfte hat sich dieses Alles in den meisten Städten geändert. Die Stadtgemeinden wurden nämlich nun meistens politische Gemeinden. Die Markgemeinschaft hat demnach aufgehört die Grundlage der Stadtverfassung zu sein. Dennoch haben sich viele Einrichtungen auch in späteren Zeiten noch erhalten, welche nichts als die Consequenzen der ursprünglich bestandenen Markgemeinschaft waren und welche ohne die Kenntniß dieses Zusammenhangs gar nicht verstanden werden können.

3. Eigenthumsrechte an der Stadtmark.

§. 225.

Hinsichtlich der Eigenthumsrechte an der Stadtmark gilt ganz dasselbe, was bereits von den Dorfmarken und von den großen Marken bemerkt worden ist¹⁾. Da nämlich die Antheile, welche die Stadtmarkgenossen an der gemeinen Stadtmark hatten, bloßes Zugehör von Haus und Hof in der Stadt waren, die Grundlage der Stadtverfassung aber Markgemeinschaft war, so hatten die Stadtmarkgenossen wie die Dorfmarkgenossen an der gemeinen Mark dieselben Rechte, welche sie an ihrer Wohnung in der Stadt und im Dorfe gehabt haben. Sehr frühe hat sich jedoch dieses ursprüngliche Recht zu Gunsten der nach Freiheit strebenden Städte geändert, zumal seit dem Verschwinden der Hörigkeit und der damit zusammenhängenden Grundherrschaft in den Städten. Denn in den meisten Städten ward sodann das freie Eigenthum zur Regel und zwar in der getheilten Mark ebensowohl wie in der ungetheilten oder gemeinen Mark.

In den freien Städten, in welchen die Stadtmarkgenossen oder die Stadtbürger freies Eigenthum an ihrer Wohnung in der Stadt gehabt haben, hatten sie in früheren und in späteren Zeiten auch freies Eigenthum an der gemeinen Mark. So war es in Magdeburg und in den Städten des Magdeburgischen Rechtes²⁾,

1) Meine Gesch. der Dorfverf. I, 68 ff. Meine Gesch. der Markenverf. p. 63 ff.

2) Schöffengewisthum aus 13. sec. §. 3 bei L. u. Et. p. 271. — proprietatem, quam ad communionem civitatis de vestra largitate tam in campis quam in sylvis aut in quibuscunque locis tribuistis. —

in Eisenach ³⁾, in Biesenthal in der Mark Brandenburg ⁴⁾, in Mel-dorf (§. 65), in Hildesheim u. a. m. Eben so war es insbeson- dere auch in den reichsfreien Städten, z. B. in Dortmund ⁵⁾, in Lübeck ⁶⁾, in Regensburg ⁷⁾ u. a. m. Nur in Bern scheint die Bürgerschaft ursprünglich bloße Nutzungsrechte (*usuagia*) an der Almende erhalten zu haben ⁸⁾. Späterhin gehörte aber auch in Bern das Eigenthum an der Almende der Stadt ⁹⁾. Daher durfte in den freien Städten die Bürgerschaft und der Stadtrath frei über die gemeine Mark verfügen. Nur in vogteilichen und landesherrlichen Städten mußte öfters der vogteiliche oder landes- herrliche Beamte beigezogen werden, so daß zwar der vogteiliche oder landesherrliche Beamte nicht ohne die Bürgerschaft, die Bür- gerschaft aber auch nicht ohne Mitwirkung des Vogtes über die Gemeinländereien verfügen durfte, wie dieses z. B. in Hildesheim vorgegeschrieben war ¹⁰⁾.

In den grundherrlichen Städten gehörte das Eigen- thum an der ganzen Stadtmark, an der getheilten wie an der un- getheilten oder gemeinen Mark, der Grundherrschaft. Auch in den

3) Stadtr. von 1283 §. 19 bei Gaupp, I, 201. *Pascua etiam — nostris burgensibus jure proprietatis contulimus.* —

4) Privilegium von 1315 bei Zimmermann, märk. Städteverf. II, 162. — *universa ligna et gramina pertinent ad civitatem nostram titulo proprietatis.*

5) Altes Stadtr. §. 27, 33 u. 34 bei Wigand, Korb. Gesch. I, 268, II, 218. Vergl. oben §. 65.

6) Freiheitsbriefe von 1188 u. 1204 im Lüb. Urkb. I, 9 u. 17. Vergl. oben §. 64.

7) Urk. von 1318 bei Gemeiner, I, 544.

8) Handfeste von 1218, c. 6. *Concedimus vobis regia libertate sil- vam, que dicitur Bremegarto — pro usuagio, quod vulga- riter dicitur Almenda.* —

9) Gerichtsatzung von 1539 bei Schnell, Handbuch des Civilrechts, p. 550 — 551. „Wir lyhendt üch ouch mitt küniglichenn Freyheitenn den „Wald, der da heysß Bremgarte — für recht Almenbt.“ Vergl. oben §. 72.

10) Urk. bei Grunp, ant. Hanov. p. 234. *Advocatus sine burgensibus, nec burgenses sine advocato possunt aliquid ordinare vel facere de locis communibus quod dicitur Mende.*

grundherrlichen Städten pflegte nämlich Walb, Weide und andere Almende zur gemeinschaftlichen Benutzung der Bürgerschaft ausgeschieden und ihr, wie jeder anderen Markgenossenschaft, auch das Recht darüber zu verfügen überlassen zu werden. Das Eigenthum selbst blieb aber nach wie vor dem Grundherrn. So war es in Selz ¹¹⁾, in Münster u. a. m. (§. 66). Daher durfte zwar der Grundherr nicht allein ohne Zuziehung der Bürgerschaft, aber auch die Bürgerschaft nicht ohne Zustimmung des Grundherrn über die Substanz der gemeinen Mark verfügen, z. B. in Seligenstadt u. a. m. ¹²⁾. Klar und deutlich tritt dieses Alles zumal in Weissenburg hervor. Der Abt war daselbst Grundherr (dominus) und zu gleicher Zeit Obermärker (magister) in der Stadtmark, während die Bürger Märker, d. h. Stadtmarkgenossen waren, und daher ohne ihre Zuziehung nicht über die gemeine Mark verfügt werden durfte ¹³⁾. In den reichsgrundherrlichen Städten gehörte aller Grund und Boden, welcher nicht in das Privat- oder Sondereigen oder in das Eigenthum eines anderen Grundherren übergegangen war, also auch die gemeine Stadtmark dem Reich. Daher wurde in Zürich aller Grund und Boden, der nicht Privateigenthum geworden war, auch in späteren Zeiten noch das Reich genannt ¹⁴⁾. Und nur mit Genehmigung des Kaisers durfte in Ulm über die Almende (algmenda oder algmande) ¹⁵⁾ und in Dünkelsbühl über die Gemein verfügt werden ¹⁶⁾. Das Nutzungs- und Verfügungsrecht der Stadtgemeinde beruhte in den grundherrlichen Städten ursprünglich auf der Gnade des Grund-

11) Weisthum von 1810 §. 80 u. 88 bei Grimm, I, 763. „Dar nah tei-
„lent die scheffen, die almennden, die die stat von Selse hat
„von alter, von demme clostere zu Selse, die sol daz closter
„unt die stat mittenander nutzen unt bruchen“ — „unt solnt doch
„walt, weide unt almende mit den burgeren nutzen.“

12) Weisthum bei Steiner, Seligenst. p. 355—356.

13) Weisthum von 1275 bei Grimm, I, 765 u. 766 u. Zenss, trad. Wiz.
p. 331 u. 332. Vergl. oben §. 69.

14) Bögelin, das alte Zürich, p. 336. Vergl. meine Einleitung zur Gesch.
der Markverf. p. 259.

15) Urf. von 1241 bei Jäger, Ulm, p. 722.

16) Urf. von 1328 bei Moser, Reichst. Handb. I, 386.

herrn und auf einer Verleihung von ihm, z. B. in Monzingen¹⁷⁾, in Selz¹⁸⁾, in Hagenau¹⁹⁾, in Seligenstadt u. a. m.²⁰⁾. Daher mußte für die Nutzung öfters eine kleine Abgabe entrichtet werden, z. B. in Monzingen ein sogenanntes Weide Huhn²¹⁾. Späterhin, seitdem das freie Eigenthum in den Städten zur Regel geworden war, hat man jedoch auch den grundherrlichen Städten das Eigenthum an der gemeinen Mark zugestanden, z. B. in Gernsheim²²⁾, in Seligenstadt, in den Städten in Schlesien u. a. m. (§. 69 u. 72).

Auch in den gemischten Städten endlich fanden dieselben Rechtsverhältnisse statt wie in den gemischten Dörfern. Öfters gehörte das Eigenthum an der gemeinen Mark einem einzigen Grundherren, z. B. in Dürkheim dem Abte von Limburg. Die Stadtmarkgenossen mußten daher für den Genuß der Weide ein Huhn, ein sogenanntes Holzhuhn liefern, oder statt dessen einen Geldzins entrichten²³⁾. Öfters war aber das Eigenthumsrecht und das ausschließliche Verfügungsrecht über die gemeine Mark streitig, indem der Herr der Stadt und auch der Stadtrath dasselbe in Anspruch nahm. So war es in Straßburg, bis zuletzt auch dort das Eigenthum an der Mark und das Recht über die Almenden zu verfügen der Stadt überlassen worden ist (§. 52). Meistentheils hat indessen auch in den gemischten Städten das Eigenthum an der gemeinen Mark der Stadt selbst gehört. Es hatte

17) Uraltes Gerichtsbuch bei Königsthal, I, 2. p. 57. „wasser und weid
„herkommen und Freyheit, die uns unser gnädiger Herr von
„Maynz, mit willen des Rhumb Capitels unser Statt begnadigt
„hatt.“ —

18) Grimm, I, 768 §. 30.

19) Stadtrecht von 1164 §. 9 bei Gaupp, I, 97. *Nostra liberalitate nemus adjacens usui illic in habitancium permittimus.* —

20) Weisthum bei Steiner, p. 355.

21) Gerichtsbuch bei Königsthal, I, 2, p. 57. — „von der Weide da der
„gememe Mann die hühner von gibt.“ —

22) Grimm, I, 483. — „allmende und weide ganz der gemeinde zu Gerns-
„heim.“

23) Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 67, 68, 298, 300 u. 301. Meine
Gesch. der Dorfverf. p. 79—81.

daher die Bürgerschaft oder der Stadtrath ganz allein darüber zu verfügen, z. B. in Worms, Basel u. a. m. ²⁴⁾).

Was von der gemeinen Markt überhaupt gilt, gilt insbesondere auch von den einzelnen Theilen des Gemeinlandes, also auch von den Markt- und anderen Plätzen, von den Straßen, Stadtgraben u. s. w. und von den insgemein auf Gemeinland stehenden öffentlichen Gebäuden, Brücken, Brunnen, Stadthoren und Stadthürmen. Auch sie waren in den freien Städten allenthalben, in den gemischten meistens und in den grundherrlichen Städten wenigstens in späteren Zeiten im Eigenthum der Stadt selbst. So gehörten der Bürgerschaft in Eisenach alle freien Plätze, die Straßen, die Wege und Stege, die Stadthore und die Flüsse. Sie durften daher dem gemeinen Gebrauch nicht entzogen und nur von der Bürgerschaft darüber verfügt werden ²⁵⁾. In Worms und Dürkheim wurden die Straßen und öffentlichen Plätze mit zu den Almenden gerechnet (§. 223 u. 224). Sie durften daher nicht verbaut oder sonst für den gemeinen Gebrauch geschlossen werden. Und nur die Bürgerschaft hatte darüber zu verfügen ²⁶⁾. Auch in Köln gehörten die Straßen und die freien Plätze und die Stadtgraben der Stadt. Ohne Beiziehung der Bürgerschaft durften sie daher von Niemand in Besitz genommen werden ²⁷⁾. Auch in Basel und in Freiburg im Breisgau gehörten

24) Urk. von 1277 bei Guden, syl. p. 269—270. *Consules et universi cives Wormatienses — quod nos vendidimus abbati — almeindam, quam edificiis suis attraxerant.* — Vergl. noch Urk. von 1277 u. 1314 bei Würdtwein, chron. Schönau. p. 170 u. 253—254. Vergl. oben §. 53 u. 70 ff.

25) Stadtr. von 1288 §. 13 u. 19 bei Gaupp, I, 200. — *quod burgensium communitates infra civitatem et extra civitatem, in plateis et in vicis, in viis et in semitis, nullus occupare praesumat, nisi fuerit de consensu et bona voluntate ipsorum.* — *Pascua etiam et communitates ante portas et valvas civitatis, secus fluvios et torrentes — nostris burgensibus jure proprietatis contulimus et donavimus.* —

26) Urk. von 1277 u. 1314 bei Würdtwein, chron. Schönau. p. 170 u. 253—254.

27) Schiedsspruch von 1258 Nr. 30 bei Lacomblet, II, 246 u. 250. *Quod aliqui cives sibi usurpant in aliquibus locis vias publicas in*

die Stadtgraben zur städtischen Almend^{27a)}. Eben so gehörten in München u. a. m. die gemeinen Plätze und Straßen der Stadt²⁸⁾. Insbesondere die Marktplätze gehörten fast allenthalben, wenigstens in den freien und gemischten Städten, der Stadtgemeinde und wurden von dieser insgemein mit den darauf errichteten Bänken, Buden, Ständen und Häusern verpachtet, und dafür entweder ein jährlicher Zins oder ein sogenanntes Marktgeld oder ein Marktzoll erhoben. So war es in Köln. Der Hühnermarkt, der Fischmarkt und der alte Markt daselbst gehörten der Stadt und sie wurden von dieser nebst den darauf stehenden Buden, Bänken, Ständen und Häusern gegen einen jährlichen Zins verpachtet²⁹⁾. Eben so war es in Breslau, in Görlitz, in Strehlen³⁰⁾, in München u. a. m. Auch die Straßen in der Stadt und die Wege und Stege wurden von der Stadt zuweilen gegen einen jährlichen Zins verpachtet, z. B. in Worms³¹⁾. Als daher späterhin die Städte gepflastert worden sind, pflegte man ein Pflastergeld zu erheben, z. B. schon seit dem 14. Jahrhundert in München³²⁾, in Zittau³³⁾, in Donaumörth³⁴⁾ u. a. m.

Was nun aber von den Straßen und von den öffentlichen Plätzen bemerkt worden ist, gilt ganz in derselben Weise auch von

civitate — et etiam ipsa fossata et in eis commodum proprium agunt, quod deberet esse communitalis. — quod omnes vie publice et strate intra fossata vel etiam extra fossata existentes, et etiam vie et strate undecunque ad portas civitatis venientes, et etiam fossata omnia libera esse debere et a nemine occupanda.

27a) Rathsordn. von 1496 bei Ochs, V, 60 u. 61. Urf. von 1282 bei Schreiber, Freib. Urkb. I, 1. p. 95.

28) Stadtr. art. 484 bei Nuer, p. 183.

29) Glaser, Schreinspr. p. 31, 65 u. 67.

30) L. u. St. p. 258.

31) Urf. von 1314 bei Würdtwein, chron. Schönau. p. 254 u. 255. — *locavimus dictum vicum sicut nunc habent et almendas de stega muri in eorum monachorum orto posita usque ad stegam qua itur super portam Pavonis pro annuo censu.* —

32) Urf. von 1394 u. 1430 in Mon. Boic. 35, II, p. 183 u. 299.

33) Urf. von 1348 bei L. u. St. p. 258.

34) Jäger, Ulm, p. 440.

den öffentlichen Gebäuden, von den Brücken und Brunnen, von den Stadtmauern, Stadthoren und von den Stadthürmen und von den Festungsgraben. In den meisten alten freien und gemischten Städten gehörten die Gemeindeg Häuser der Stadt, z. B. die Gebuirhäuser in Köln. Daher durfte jede Gebuirschaft frei darüber verfügen³⁵⁾. Eben so war es in Worms, München u. a. m. (§. 188). Auch die Kaufhäuser, Gewerbshallen, Gewerkslauben, Buden, Bänke, Stände, Gademmen, und die verschiedenen Fleisch-, Brod- und anderen Schranen gehörten meistens der Stadt. Der für ihren Gebrauch zu entrichtende Grund-, Pacht- oder Miethzins floß daher in die städtische Kasse (§. 189—191). Eben so waren die Brücken und Brunnen Eigenthum der Stadt, z. B. in Coesfeld, Basel, München u. a. m. (§. 68 u. 70). Und auch die Stadtmauern, die Stadthore und Stadthürme gehörten der Stadt, z. B. in Köln³⁶⁾, in Halle³⁷⁾, in Altstedt³⁸⁾, in München³⁹⁾ u. a. m. Zwar wurden die Stadthore und Stadthürme öfters von Bürgern bewohnt. Allein diese hatten sodann, ursprünglich wenigstens, daran nur einen widerruflichen Besiß. Sie mußten daher jene Thore und Thürme wieder verlassen, so oft es zur Vertheidigung der Stadt nothwendig oder sonst von der Stadt begehrt worden war (§. 28). Endlich gehörten auch die Stadtgraben, mit denen die Städte umgeben zu sein pflegten, zu den städtischen Almenden, z. B. in Freiburg („von sir alminde mit namen den graben vnd die hofstett inwendig der ringmur“). Auch diese Graben wurden öfters Anderen, z. B. in Freiburg den Deutschherren, zur Benutzung eingeräumt. Dann mußten aber auch sie, wenn die Stadt ihrer bei einer Kriegsnoth bedurfte („von ürlüges not bedorftin“), zur Vertheidigung der Stadt offen sein, bis die Noth wieder vorüber war⁴⁰⁾.

Nur die grundherrlichen Städte und einige ge-

35) Glaser, Schreinspr. p. 40 Not.

36) Glaser, Schreinspr. p. 35, 36 u. 38. Ennen, Gesch. II, 524 f.

37) Dreyhaupt im Auszuge von Stiebritz, I, 764.

38) Statut von 1565 §. 12 bei Walch, VI, 206.

39) Stadtr. art. 484 bei Auer p. 183.

40) Urk. von 1282 bei Schreiber, I, 95.

mischte Städte machten hievon eine Ausnahme. Da nämlich der Grund und Boden in den grundherrlichen Städten dem Grundherren ganz allein, in den gemischten Städten aber theilweise gehört hat, so gehörte ihm natürlicher Weise auch das Eigenthum an den Straßen und an den Markt- und anderen öffentlichen Plätzen. So war es in Bonn. Da die Stadt auf einem erzbischöflichen Fronhofe, auf dem Hofe Merhausen, lag, so gehörte das Eigenthum des Marktes und der Straßen dem Erzbischof von Köln⁴¹⁾. Auch nahm derselbe außerdem noch die Stadt-Thore, Thürme und Stadtmauern, dieses jedoch in einer etwas späteren Urkunde nicht mehr als Grundherr in Anspruch, sondern als Landesherr kraft der Landeshoheit (als *merum et mixtum imperium*)⁴²⁾. Der Erzbischof hatte demnach gegen Ende des 14. Jahrhunderts selbst schon den Ursprung seines Eigenthums Rechtes vergessen. Denn als Landesherr hatte er wohl ein Oberaufsichtsrecht über die öffentlichen Plätze und über die Festungswerke der Stadt. Ein Eigenthums Recht hatte er aber in dieser Eigenschaft nicht. Denn die Theorie von einem Staatsobereigenthum an dem ganzen Land ist schon längst aufgegeben worden⁴³⁾. Auf den grundherrlichen Markt- und anderen Plätzen und Straßen durfte nun nur von dem Grundherren selbst oder wenigstens nur mit seiner Zustimmung gebaut werden. Dies gilt von den Rathhäusern ebensowohl wie von den Kaufhäusern, Gewerbshallen, Buden, Bänken und Schranken. Auch gehörten dem Grundherren alle davon zu ziehenden Nutzen, das Marktgeld und der Marktzoll ebensowohl wie der für die Benutzung der um den Markt herum gebauten Gewerbshallen, Buden und Kammern, dann für die Fleisch- und Brodbänke und Schranken zu entrichtende Zins. Frühe schon wurden

41) Weisthum aus 14. sec. bei Lacomblet, Archiv, II, 817.

42) Urf. von 1373 bei Lacomblet, Arch. II, 96. *quod dudum plenum, merum et mixtum imperium viae publicae, plateae, vici, stratae, portae, turres et muri oppidi nostri Bonnensis ad nos et ecclesiam nostram Coloniensem tanquam ad verum et immediatum dominum solum et in solidum pertineant* — vergl. noch p. 69 u. 301. Das citirte Weisthum enthält offenbar älteres Recht als diese Urkunde.

43) Meine Einleitung zur Geschichte der Markt-, Dorf- u. Verfassung, p. 123 u. 124.

jedoch, wie wir gesehen, alle diese Nutzungen und auch die Gebäude, Buden und Schranken selbst den Städten überlassen (§. 189—192). Dieses war insbesondere auch hinsichtlich der Marktplätze und der um dieselben herum gebauten Buden und anderen Gewerbshallen der Fall. So hat z. B. die Stadtgemeinde von Wistof in der Mark Brandenburg den ganzen Markt mit dem Kaufhause und mit den um den Markt herum gebauten Buden und anderen Gewerbshallen von dem Grundherren erworben⁴⁴⁾. Eben so die Stadtgemeinde von Stendal den ganzen Marktplatz⁴⁵⁾ und die Gemeinde von Köln die um den alten Markt herumstehenden Gebäude⁴⁶⁾.

Jeder Grundherr und jeder Grundbesitzer war nämlich berechtigt auf seinem Grund und Boden zu machen was er nur wollte. Er durfte daher auch Straßen und Märkte darauf anlegen. So besaßen z. B. in Erfurt die Grafen von Gleichen außer mehreren Hausplätzen (*areas ad nostrum jus et dominium pertinentes*)⁴⁷⁾ auch noch eine Straße (*platea*), welche sie den Predigermönchen schenkten⁴⁸⁾. Auch die Bisdome von Apolde besaßen daselbst eine Straße (*platea*), welche sie denselben Mönchen abtraten⁴⁹⁾. Auch die Erzbischöfe von Mainz besaßen in Erfurt mehrere Straßen und Plätze, auf welchen die Bürger ohne ihre Erlaubniß Buden und Gewerbshallen (*casas*) gebaut hatten, welche

44) Urf. von 1275 bei Bedmann, Beschreibung der Mark Brandenburg, V, 2. 7. p. 272. und Ludewig, rel. Mpt. VIII, 274. — *civitati vendidimus totum forum pro pecunia numerata. videlicet theatrum (Kaufhaus) Krambode et quicquid in foro et circa forum edificatum est.*

45) Urf. von 1227 bei Lenz, I, 27. *Insuper et totum forum quod hactenus commune fuit (der Markt hat also frühe schon zur gemeinen Benutzung gedient), ad utilitatem communis liberaliter contulimus perpetuo possidendum et in usus sibi utiles convertendum.*

46) Urf. von 1180 bei Lacomblet, I, 334.

47) Urf. von 1240 bei Mencken, I, 536.

48) Urf. von 1269 bei Lambert, p. 131 und bei Mencken, I, 538.

49) Urf. von 1270 bei Mencken, I, 538 und Urf. von 1269 bei Lambert, p. 132.

sie aber späterhin ebenfalls der Stadt zum öffentlichen Gebrauch (*ad communes civitatis usus*) überlassen haben ⁵⁰). Eben daselbst besaß endlich auch das St. Peterskloster acht Brobbänke, welche aber seit der Anlegung eines städtischen Brobhauses (*domus panum*) werthlos geworden und sodann an die Stadt verkauft worden sind ⁵¹). Auch durfte jeder Grundherr und jeder Grundbesitzer auf seinem Grund und Boden in der Stadt Kaufhäuser, Buden und Gewerbshallen bauen und für die Benutzung derselben einen Zins oder auch ein Marktgeld oder einen Marktzoll erheben ⁵²). Besaß nun eine Stadtgemeinde selbst den nöthigen Grund und Boden, was in den freien Städten immer, insgemein auch in den gemischten Städten und öfters sogar in den grundherrlichen Städten der Fall war, so ließ sie nun selbst die Straßen, Markt- und anderen Plätze auf städtischem Grund und Boden anlegen und auch die öffentlichen Gebäude, Buden, Schranken und Hallen darauf bauen. So war es in München ⁵³), in Worms, Köln u. a. m. Daher standen die öffentlichen Gebäude, Buden und Gewerbshallen meistentheils auf dem Markte oder um diesen herum auf städtischem Grund und Boden (§. 187—192). Sogar die Trinkstuben der Bürger oder die sogenannten Trinkhäuser standen in München u. a. m. auf dem Markte (§. 187) oder sie waren wenigstens auf städtischem Grund und Boden erbaut. So standen z. B. in Straßburg die vier Trinkstuben der alten Geschlechter, die sogenannten Herrenstuben, sammt und sonders auf der städtischen Almende ⁵⁴). Wenn jedoch die Almende nicht hinreichte, so baute man sodann öfters auch auf Privatgrund oder auf Sondereigen, z. B. in Goslar sogar auf den Grundbesitz der Kirche Gewerbsbuden und Stände und andere Gewerbshallen (*structuras, utpote*

50) Urk. von 1265 bei Faldenstein, Erf. Hist. p. 106. Vergl. noch Urk. von 1256 bei Lünig, Reichsarchiv P. spec. cont. 4. Abthl. 2. p. 428.

51) Urk. von 1265 bei Lambert, p. 127.

52) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 65. Vergl. oben §. 75 u. 192.

53) Stadtr. art. 484 bei Auer, p. 183.

54) Glosener, Straßb. Chron. p. 102—103. — „Donoch brach man den herren ire Drinkestuben abe, die do worent gebuwen uj die almen de — doch hettent si ein hülpen sumerhus uj der almen de stond.“ — Vergl. Königshoven, p. 807.

officinas, seu stationes monetariorum, institorum, sutorum, cordonum, alecia-vendentium et simium — hallae pistorum) sogar gegen den Willen der Kirche, was denn natürlicher Weise zu Streitigkeiten und zuletzt zu dem Versprechen geführt hat, dieses in der Folge nicht mehr ohne Zustimmung der Kirche und nur gegen gehörige Entschädigung thun zu wollen ⁵⁵).

Dasselbe Recht nun, wie die Stadtgemeinden hatten auch die Grundherren und die in der Stadt angesessenen Grundbesitzer. Auch sie durften daher auf ihrem Grund und Boden, wie wir gesehen, Straßen und Märkte anlegen, und darauf bauen, was sie wollten, also auch Gewerbsbuden, Stände und andere Gewerbshallen errichten, und für deren Benutzung einen Zins oder eine andere Abgabe erheben. Daher findet man auch in späteren Zeiten noch in manchen Städten Grundbesitzer und Grundherren im Besitze des Rechtes ein Marktgeld zu erheben. In Augsburg hatten viele Klöster und Stifter und alte Geschlechter Metzger- oder Fleischbänke und Brodtische, welche sie gegen einen jährlichen Zins vermietheten oder als Lehen hingaben oder auch ihre eigene Leute darauf setzten, bis späterhin die Metzger- und Becker Gerechtigkeit auf gewisse Häuser beschränkt worden ist ⁵⁶). Eben so hatten in Köln viele Klöster auf den öffentlichen Plätzen Gaddemen, in welchen sie durch ihre eigene Leute die Erzeugnisse ihrer Güter verkaufen ließen ⁵⁷). Auch in Frankfurt waren bereits in den Jahren 1307 und 1310 die Brodtische und die Schrodämter im Eigenthum von Privatleuten ⁵⁸). In Lemgo erhoben die Freiherrn von Wendt als Grundherren der Slavenstraße einen Grundzins von den in jener Straße gebauten Häusern ⁵⁹). Und in Regensburg, Freising u. a. m. hatten die Klöster auch in späteren Zeiten noch das Recht Fleischbänke, Brodbänke und andere Gewerbsgerechtigkeiten zu verleihen ⁶⁰).

55) Urk. von 1293 bei Leuckfeld, antiquit. Goslar. p. 312—313.

56) von Stetten, Kunst- und Gewerbsgeschichte von Augsb. I, 4.

57) Glaser, Schreinspr. p. 39 f.

58) von Richard, p. 150 u. 151.

59) von Harthausen, Ursprung und Grundlage der Verf. in den ehemals slavischen Ländern Deutschlands, p. 78.

60) Gemeiner, Ursprung von Regensburg, p. 37. Not.

III. Stadtmarkgemeinde.

1. Die Stadtgemeinde eine Stadtmarkgemeinde.

§. 226.

Die Stadtverfassung war, wie wir gesehen haben, eine Stadtmarkverfassung, die Stadtgemeinde also eine Stadtmarkgenossenschaft oder eine Stadtmarkgemeinde (§. 42 u. 52—72). Die Grundlage der Genossenschaft war demnach, wie bei den großen Marken und bei den Dorfmarken, Markgemeinschaft. Daher nannte man auch die Genossenschaft selbst eine Gemein, Gemeinde, Gemeinschaft, Gemeinheit, commune, communio oder communitas. Eine Gemein z. B. hier in München ¹⁾ und in Augsburg ²⁾; eine Gemein der Burger, Gemein der Stadt oder Gemein der er samen Burger z. B. in Augsburg ³⁾, in Worms ⁴⁾ und in Regensburg „diu Gemein der „Burgär“ ⁵⁾, sodann eine Gemaine, Gemaine der Stat, Gemaine der Burger oder Gemaind der Stat z. B. in Augsburg ⁶⁾, eine Gemeinde z. B. in Straßburg ⁷⁾ und in

1) Stadtrecht, art. 100 u. 101 bei Auer, p. 290—296.

2) Altes Stadtbuch bei von Stetten, Geschl. Gesch. p. 372, 376 u. 381.

3) Stadtbuch bei Stetten, p. 376, 377, 380 u. 383.

4) Urf. von 1316 bei Moriz, II, 184.

5) Urf. von 1290 bei Gemeiner, Chron. I, 429.

6) Stadtbuch bei Stetten, p. 369, 370, 375 n. 377.

7) Urf. von 1261 bei Schoepflin, Als. dipl. I, 432.

Worms⁸⁾ oder auch eine Gemeinſamkeit oder eine Gemeinſamkeit der Bürger z. B. in Lucern⁹⁾, und eine Gemeinſchaft (Gemeinſchaft) z. B. in Frankfurt¹⁰⁾ und in Straßburg¹¹⁾; oder eine Gemeinheit z. B. in Soest „den Ghemeynheit der Borghere“¹²⁾, in Braſel die „meynet der burger“, die „ghemeynheit“ oder „meynheit“¹³⁾, ferner ein commune oder commune civitatis z. B. in Hamburg¹⁴⁾, Soest¹⁵⁾ und Münster¹⁶⁾; eine communio oder communio civitatis z. B. in Magdeburg und in den Städten des Magdeburgiſchen Rechtes¹⁷⁾ und in Hörter¹⁸⁾; eine communio civium z. B. in Lübeck¹⁹⁾ und Hamburg²⁰⁾, und eine communitas oder communitas civitatis z. B. in Nürnberg²¹⁾, in Stendal²²⁾, Straßburg²³⁾, Magdeburg²⁴⁾ oder eine communitas oppidanorum z. B. in Braſel²⁵⁾.

Zuweilen wurde die Stadtgemeinde auch eine universitas, eine universitas civium oder eine universitas burgensium genannt, z. B. in Straßburg²⁶⁾, in Lucern²⁷⁾, in Frank-

8) Rahtung von 1300 §. 4, 5 u. 8 bei Schannat, II, 157.

9) Urk. von 1282 bei Ropp, Urkunden p. 26.

10) Urk. von 1377 bei Böhmer, Frankf. Urkb. I, 748.

11) Stadtr. c. 85 bei Grandidier, II, 56.

12) Jude Schrae bei Emminghaus, p. 137.

13) Urk. von 1322, 1341, 1343 u. 1345 bei Wigand, Archiv, V, 160, 163—165.

14) Urk. circa 1210 bei Lappenberg, Urkb. I, 335.

15) Stadtrecht von 1120 §. 63 bei Seiberg.

16) Urk. von 1257 bei Wilkens p. 122.

17) Schöffengewisthum aus 13. sec. §. 3 u. 18 bei L. u. Et. p. 271.

18) Statut aus 13. sec. bei Wigand, Archiv, III, 3. p. 15.

19) Urk. von 1216 im Lüb. Urkb. I, 22.

20) Urk. circa 1220 bei Lappenberg, I, 427.

21) Urk. von 1356 bei Guden, III, 339.

22) Urk. von 1227 bei Lenz, I, 27.

23) Urk. von 1261 bei Schöpflin, I, 434.

24) Im Anfang des 14. sec. in chron. Magd. bei Meibom. p. 338.

25) Urk. von 1239 bei Wigand, IV, 8.

26) Urk. von 1265 bei Wencker, collect. archiv. p. 145.

27) Urk. von 1252 im Geschichtsreund, I, 181.

furt (§. 151), in Magdeburg²⁸⁾, oder eine universitas civitatis z. B. in Bräfel²⁹⁾. Allein auch dieses nicht im Sinne einer römischen universitas, so wenig als dieses bei den Dorfge- meinden der Fall war³⁰⁾. Man verstand darunter vielmehr die Gesamtheit der Stadtbürger, die Genossenschaft der Bürger (con- sorcium civium³¹⁾ consortium civitatis oder concivilitatis col- legium)³²⁾. Die universitas civium bedeutete demnach so viel als universi cives, z. B. in Worms³³⁾, in Frankfurt u. a. m. (§. 151 u. 155). Daher wird auch in der altdeutschen Uebersetzung des Stadtrechtes von Lucern vom Jahre 1252 universitas civium mit „du menigi der burger“, d. h. die Menge der Bürger oder die Gesamtheit der Bürger übersetzt³⁴⁾. Und statt gesammte Ge- meinde heißt es öfters die Menge, z. B. in Straßburg die Me- nige³⁵⁾, in Zürich die Menge³⁶⁾ und in Lucern die Mengi Arm und Reich³⁷⁾, in München aber das Volk oder Stadtvolk³⁸⁾, in Bonn das Bonner Volk (populus bunnensis)³⁹⁾ und in Wei- ßenburg die Menge oder das Stadtvolk (vulgus et totus populus civitatis)⁴⁰⁾.

Auch Bauerschaft kommt öfters noch vor, z. B. in Hörter

28) Urf. von 1246 bei Sagitt, hist. Magd. bei Boysen, III, 6.

29) Urf. von 1281 bei Wigand, Archiv, IV, 2.

30) Meine Gesch. der Dorfverfassung, I, 84.

31) Stadtrecht von Hagenau von 1164 §. 6, 13 u. 14 bei Gaupp, I, 97.

32) In einer Urf. von 1263 bei Lehmann, p. 544. wird universitas ci- vium und consortium civitatis und concivilitatis collegium abwech- selnd und als gleichbedeutend gebraucht. Urf. von 1264 bei Remling, p. 301. — ejecta a nostro consorcio. —

33) Urf. von 1261 bei Schannat, II, 131.

34) Geschichtsfreund, I, 180. Vergl. 181.

35) Artikel von 1420 bei Schilter zu Rönigsh. p. 853.

36) Richtebrief, II, 18.

37) Urf. von 1330 bei Ropp, Urf. p. 158. „Dem schultheissen, den reiten vnd der mengi ze lucern.“ Urf. von 1343, eod. p. 180. „Die Rebe beidu nuwe vnd alte ze Luzerren, vnd darzuo ein Menge Ri- cher vnd armer ze Luzerren sint vber ein komen.“

38) Rasmairs Gebenbuch ad an. 1397 im Oberbair. Archiv, VIII, 11 u. 12.

39) Urf. von 1243 bei Lacomblet, II, 148.

40) Stadtrecht von 1265 bei Zeuss, trad. Wiz. p. 329.

Burscap⁴¹⁾, in Coest Burschaft, gemeine Bur, Burschap, Burgerſchop und Bürgerſchop⁴²⁾, in Horstmar burscapium⁴³⁾ und in Köln Gebuirſchaft (§. 202). Eben so wurden die Stadtmarkgenossenschaften ursprünglich auch Nachbarschaften, Heimschaften und Kluchten genannt, z. B. in Speier, Worms, Köln und in Coesfeld (§. 53, 202, 212 u. 218). Späterhin haben sich jedoch diese Benennungen entweder gänzlich verloren, oder sie sind wenigstens nur noch als Unterabtheilungen der Städte, nämlich als die Benennung der Stadtviertel geblieben. In späteren Zeiten wurden die Stadtgemeinden insgemein Bürgerſchaften genannt und seit der Anwendung des römischen Rechtes auch Körperschaften oder Korporationen. Schon im Anfang des 14. Jahrhunderts wird die Stadtgemeinde von Horstmar ein corpus sive collegium concivii sive burscapii genannt⁴⁴⁾.

2. Die Stadtbürger sind Stadtmarkgenossen.

§. 227.

Da die Stadtgemeinde eine Stadtmarkgenossenschaft war, so waren die Stadtbürger nothwendiger Weise Stadtmarkgenossen. Wie bei anderen Markgenossenschaften, bei den großen Marken eben sowohl wie bei den Dorfmarken, konnten demnach nur in Grund und Boden angefessene Leute, welche in der Stadtmark wohnten und ihr Gut selbst bauten, vollberechtigte Genossen sein¹⁾. Zwar meint Herr Professor Thudichum auch in seinem neuesten Werke²⁾ immer noch, daß ohne Rücksicht auf Grundbesitz jeder Bürger oder Gemeindsmann, der in einer Mark mit eingenem Haushalt gewohnt habe, ein vollberechtigter Genosse gewesen sei.

41) Stadtr. von 1223 bei Wigand, Arch. I, 1. p. 96 f. und III, 3. p. 15. Quicunque Huscariam intraverit et communionem civitatis scilicet burscap conquisierit. —

42) Stadtrecht aus 14. sec. §. 149 u. 150 bei Westphalen, IV, 3077.

43) Urf. von 1303 bei Kindlinger, Hörigkeit, p. 342.

44) Urf. von 1303 bei Kindlinger, Hör. p. 342.

1) Meine Gesch. der Dorfverf. I, 120 ff.

2) Rechtsgeschichte der Wetterau, I, 21, 71—74 u. 210—212.

Als wenn es Bürger und Gemeindsleute gegeben hätte, die nicht in Grund und Boden angesessen, und nicht in Markgemeinschaft waren. Er meint freilich auch, daß es häuslich angesessene Leute gegeben habe, die nicht in Grund und Boden angesessen waren. Außerdem spricht Thudichum auch in diesem Werke hauptsächlich wieder nur von einer späteren Zeit, in welcher die alte Verfassung an vielen Orten schon in Verfall gerathen war.

Nur in Grund und Boden in der Stadtmark angesessene Leute konnten vollberechtigte Stadtmarkgenossen oder Stadtbürger sein, und zwar, da das Haus und der Hof das Haupt des ganzen Besitzthums war, nur solche Grundbesitzer, welche ein Haus und einen Hof oder wenigstens einen Hausplatz in der Stadt besaßen. So war es in den freien Städten wie in den grundherrlichen und in den gemischten, z. B. in Bern³⁾, in Freiburg⁴⁾, in Magdeburg⁵⁾, in Worms⁶⁾, in Speier⁷⁾, in Dortmund⁸⁾, in St. Goar⁹⁾, in Medebach¹⁰⁾, in Schwaney¹¹⁾, in München¹²⁾,

3) Handfeste von 1218, c. 24.

4) Stadtrecht von 1120 §. 41. Stadtrohel §. 28. Stadtrecht von 1275 u. 1293 bei Schreiber, I, 1. p. 78, 79 u. 129. „Es enmag nieman burger werden, nuwent er habe zem minnesten ein ahtot an eime huse, das zweier marke wert si vnd unverkummert.“

5) Schöffengewisthum aus 13. sec. §. 1 bei L. u. St. p. 271. quilibet burgensis aut propriam habens aream vel domum.

6) Urf. von 1315 bei Arnold, II, 311. „Daß keener der nicht baulich und erblich in der Stadt angesessen sei für einen Bürger gehalten sein solle.“

7) Urf. von 1315 u. 1347 bei Lehmann, p. 666 u. 699. „wer nicht baulich und beheblich sitet in Städten sättinglichen, daß niemand den soll für ein bürger haben oder verantworten.“

8) Urf. von 1418 bei Fahne, Gesch. der Köln. Geschl. I, 164.

9) Weisthum bei Hofmann, de scabinor. demonstr. p. 147. „Wer Burger zu st. Goar seye? Alle die Einwohner der Stadt St. Goar und Biberheim und alle die in der Mark wohnen — werden gehalten vor Burger zu st. Goar.“

10) Stadtr. von 1165 §. 11 u. 23.

11) Stadtr. von 1344 bei Wigand, Archiv, III, 4. p. 99. quod de tribus mansis unicuique domo et aree ibidem eis jam deputatis. —

12) Urf. von 1289 u. 1295 bei Vergmann, II, 2 u. 5.

Zürich u. a. m. (§. 24, 25 u. 33). Daher gehörte zum Erwerbe des Vollbürgerrechts der Erwerb eines Hauses und Hofes und des dazu gehörigen Grundbesizes in der Stadt z. B. in Buren ¹³⁾, in Wesel ¹⁴⁾ u. a. m. Und Fremde, welche als Bürger aufgenommen zu werden wünschten, mußten bei ihrer Bürgeraufnahme den Ankauf oder den Bau eines Hauses binnen einer gewissen Frist verbürgen, wie dieses z. B. in Zürich ¹⁵⁾, in Rain ¹⁶⁾ und Worms vorgeschrieben war ¹⁷⁾. In Erfurt erhielt Graf Albert von Gleichen, als er zum Bürger aufgenommen ward, hundert Mark Silber, womit derselbe zehn Mark jährliche Einkünfte, also ein Besizthum zu kaufen versprach, wegen dessen er als Mitbürger betrachtet werden konnte ¹⁸⁾. In Freiburg erhielt jeder neue Ansiedler einen Hausplatz, um ein Haus darauf zu bauen (*ad domos in eisdem areis aedificandas*) ¹⁹⁾. Und der Erwerber einer leeren Hofstätte mußte darauf bauen, wenn er Bürger werden wollte. (*Si autem alter curtim emerit, burgensis inde non erit, nisi superedificet* — „loht aber ein andire die hofstat, der ist nüt burger daran, er „buwe denne ein huf daruf“) ²⁰⁾. Die vollberechtigten Bürger

13) Stadtr. aus 14. sec. bei Wigand, Arch. III, p. 32. Item emens domum dabit domino nostro duodecim denarios ut iudex conferat domum ad jus quod vocatur wicbiledede. — Der altdeutsche Text, eod. p. 38. „Item we eyn hus lopet de sal „gheven vnser heren twelf pennighe uppe dat de richtere dat hus „bronghe to deme rechte dat dar het wicbiledede.“

14) Privilegien von 1277, c. 18 bei Wigand, Archiv, IV, 410. quod quicumque — factus fuerit civis Wesaliensis, per annum et diem in civitate residebit, et ibidem hereditatem habebit. —

15) Rathserkenntniß von 1314 u. 1316 bei Bluntschli, I, 148.

16) Stadtrecht von 1332 bei Lori, p. 51. „Ist auch, daz sie einen Burger „empfabent, der soll in verborgen ain Haus in der Stadt zu pawen.“ —

17) Annal. Worm. bei Boehmer, fontes, II, 214. — in numerum civium nullus receptus fuit, qui bona fide non promitteret, se intra . . . ni spatium empturum domum vel aliam hereditatem ad valorem decem librarum in civitate Wormaciensi.

18) Urk. von 1277 bei Mencken, I, 540.

19) Stadtrecht von 1120 §. 1. Stadtrobel §. 1.

20) Stadtrobel von Freiburg, §. 68. Stadtrecht von 1175 bei Schreiber I, 81. Vergl. §. 374.

waren und hießen daher angefessene oder geerbte, erbge-
fessene, behaute oder hausgefessene Leute, Erben oder
Erbbürger z. B. in Bamberg „purger der gesezen vnd der
geerbz“ ²¹⁾, in Hamburg „erffeten borgere“ ²²⁾ oder „erfhafte
Lude“ ^{22a)}, in Meiningen „ein iglicher burger, der do geerbt
ist“ ²³⁾, in Freibrg ein „gefessen Mann“ oder ein wohl be-
fessener Mann ²⁴⁾, in Ulm ein „haushebig vnde gefessener
Burger“ ²⁵⁾, in Friedberg ein „behauster Burger“ ²⁶⁾, in Basel
„burgere, die sesshaft sint“ ²⁷⁾, in Flensburg ein „hausgefessen“
Mann ²⁸⁾, oder „erffgessene Menner“ und *propriam terram ha-*
bentes ²⁹⁾, in Hameln Erben ³⁰⁾, in Wien u. a. m. Erb-
bürger ³¹⁾.

Außer der Angeseßtheit mußte aber der vollberechtigte Bür-
ger auch noch in der Stadtmark selbst wohnen und daselbst seinen
eigenen Rauch, d. h. seine eigene selbständige Haushaltung ha-
ben, wie dieses auch bei den Dorfmarken vorgeschrieben war, z. B.
in Lübeck ³²⁾, Flensburg ³³⁾, Blankenburg ³⁴⁾, Rudelstadt ³⁵⁾, Seli-

21) Stadtr. §. 132 u. 184 bei Zoepfl, p. 39.

22) Stadtr. von 1270, VII, 20. von 1292, C, 19. und von 1497. E. 9
u. 18.

22a) Stadtr. von 1270, I, 8, VI, I, von 1292, C. 4, G. 1.

23) Grimm, III, 599.

24) Statut §. 54—62 bei Walch, III, 182.

25) Schwörbrief von 1327 bei Jäger, Ulm, p. 742.

26) Stadtrecht von 1404 §. 14 bei Loxi, p. 96.

27) Bischofsrecht §. 9.

28) Polizeiordnung von 1600. tit. 12 §. 2 in *Corpus constit. Slesvic.*
II, 271.

29) Stadtrecht, art. 66 u. 117 bei Westphalen, IV, 1920 ff.

30) Haltans, p. 355.

31) Urk. von 1396 bei Hormayr, Wien, I, Bb. 2, Urk. p. 87. Urk. von
1320 bei Krenner in Abhl. der Bair. Akad. von 1813, p. 67. Oester-
reich. Landrecht aus 13. sec. §. 82 bei Senckenberg vision. p. 231.
Ueber die Rechte der Erbbürger in Wien vergl. Schlager, alterthüm-
liche Ueberlieferungen von Wien. p. 18—31, der sie jedoch mit Unrecht
für die Urbürger der Stadt aus den Römerzeiten hält.

32) Stadtrecht bei Sach, I, c. 2. und Westphalen, III, 622. *omnis qui
possessor est proprii caumatis.* —

genstadt ³⁶⁾, Freiberg u. a. m. ³⁷⁾. Darum sollten nur die selbständigen Hausväter vollberechtigte Bürger sein, z. B. in Elgg im Kanton Zürich ³⁸⁾, in Main ³⁹⁾. Denn sie nur allein hatten einen eigenen Rauch.

Frauen und unverheirathete Kinder, welche noch keinen eigenen Rauch hatten, konnten daher das Vollbürgerrecht nicht erhalten. Sie gehörten zwar zur Familie ihres Ehemanns oder Vaters, standen demnach unter deren Schutze, und gehörten daher mit zur Stadtgemeinde. Zur Vollbürgerschaft gehörten sie aber nicht. Diese mußten sie erst besonders erwerben (§. 301 u. 369).

Endlich wurden ursprünglich nur diejenigen als vollberechtigte Bürger betrachtet, welche ihr Gut selbst bauten, wie dieses auch bei den großen Marken und bei den Dorfmarken der Fall war. Wenn daher Haus und Hof in der Stadt auf kürzere oder längere Zeit verpachtet war, so hatte der Pächter die Rechte eines Stadtbürgers auszuüben, so lange er im Besitze des berechtigten Gutes war, z. B. in Freiberg ⁴⁰⁾, in München u. a. m. ⁴¹⁾. Dies

33) Polizeiordnung von 1600, tit. 12. §. 2. ein Bürger soll „hausge-
„setzen seyn und sein eigen Feuer und Rauch halten.“

34) Statut, art. 4 §. 5 bei Walch, V, 81. „ein Einheimischer oder der all-
„hier Feuer und Rauch hält.“ —

35) Statut, art. 3 §. 5 bei Walch, V, 35.

36) Grimm, I, 504. „ehlich lude die ir eygin brot eszin.“ —

37) Freiberg. Statut, §. 56 bei Walch, V, 183. Vergl. meine Einleitung
zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 143. Meine Gesch. der Dorfverf.
I, 124.

38) Elgger Herrschaftsrecht, art. 1 §. 3, art. 2 §. 2, art. 4 §. 6 u. art.
7 §. 6 bei Pestaluz, I, 260 ff.

39) Stadtr. von 1332 bei Lori, p. 51.

40) Statut §. 56 bei Walch, III, 183. „Hat ein Mann eigen Rauch,
„das ist gemietete Herberge, der heist auch geseßen.“ —

41) Urf. von 1289 bei Bergmann, II, 2. „Das Sy einen Wirth darein
„setzen — der soll Steuern, vnd mit der Statt heben vnd legen
„als ein ander Burger.“ Urf. von 1295, eod. p. 5. „alle die
„Zeit vnd weil die si daz vorg. Haus in aigens oder lehens gewer,
„oder in noze habent, soln si die sivr geben, vnd alle die zeit
„vnd si dieselben sivr mit vns gebent, suln si haben vnser

ist der Ursprung der hörigen Stadtbürger, deren es, wie wir gesehen, sehr viele gegeben hat (§. 23, 24, 25 u. 33).

§. 228.

Um Stadtbürger zu sein mußte man demnach in der Stadtmark in Grund und Boden angeessen sein. Gleichgültig war es jedoch, ob die in der Stadtmark angeessenen Leute freie oder hörige Grundbesitzer, Edelleute oder Geistliche waren.

In den alten freien Städten waren alle Bürger freie Grundbesitzer und daher eben so frei wie die Freien auf dem Lande. Sie waren daher wahre Athelbonden oder vollfreie Geschlechter. Und sie wurden auch insgemein die Geschlechter oder die alten Geschlechter genannt¹⁾. In den grundherrlichen Städten dagegen waren ursprünglich alle Bürger hörig und in den gemischten Städten wenigstens sehr viele. Sie waren öfters Grund- oder Schutzhörige der in der Stadt selbst wohnenden Grund- oder Vogtheiherren, öfters aber auch die Hörigen eines auswärts wohnenden Herren²⁾. Zur vollen Berechtigung reichte nämlich die Angenessenheit in der Mark hin. Ganz gleichgültig war es dagegen, ob die in der Stadtmark angeessenen Leute freie Leute oder Hörige waren, freies Eigen, vogteiliches Eigen oder bloß nutzbares Eigen, Lehen, erblichen oder nicht erblichen Colonat u. s. w. gehabt haben. Daher konnten z. B. in Regensburg auch Zins- und Vogtleute, wenn sie in der Stadt ansässig waren und Steuern (collectae) zahlten, Bürger werden³⁾. Eben so die freien zinspflichtigen Bürger (cives und burgenses) von Freiburg im Breisgau⁴⁾, von Bern⁵⁾, von Freiburg im Uechtlande⁶⁾, von Neuburg⁷⁾, von Wurten⁸⁾, von Diessenhofen⁹⁾ u. a. m., welche, un-

„Burigaer Recht in unserer Stat.“ Vergl. meine Gesch. der Dorfverf. I, 125 ff.

1) Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Dorfverf. p. 181.

2) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 128 ff. u. 179. vergl. oben §. 203.

3) Privilegium von 1230 §. 21 u. 22 bei Gaupp, I, 171.

4) Stadtr. von 1120 §. 1.

5) Handfeste von 1218. §. 1.

6) Handfeste von 1299 §. 10 bei Gaupp, II, 84.

7) Freibrief von 1214 bei Waltherr, p. 18 u. 19.

8) Stadtrodel §. 2 bei Gaupp, II, 152 u. 162.

beschadet ihres Vollbürgerrechtes, von dem ihnen bei ihrer Ansiedelung angewiesenen Grund und Boden einen jährlichen Zins entrichten mußten. Und hörige und sogar unfreie Bürger findet man in sehr vielen Städten, z. B. in Freiburg ^{9a}). Auch Handwerker und Krämer (institores) findet man öfters als Stadtbürger (cives), wenn dieselben, was jedoch gewöhnlich nicht der Fall war, in Grund und Boden selbständig angesessen, also Markgenossen und nicht bloße Hintersassen waren, z. B. in Basel ^{9b}). Auch war es hinsichtlich der Markgenossenschaft einerlei zu welcher Art von Hörigen die angesessenen Leute gehört haben, ob dieselben Fiscalinen, Klosterleute, Wachsziinsige oder eine andere Art von Hörigen gewesen sind. Daher findet man öfters in einer und derselben Stadt mehrere Arten von hörigen Leuten, welche zuweilen wie z. B. in Worms unter sich nicht einmal ebenbürtig gewesen sind ¹⁰). Waren nun diese Leute in Grund und Boden in der Stadtmart angesessen, so waren sie Stadtmartgenossen also Bürger, ihr Hörigkeitsverhältniß mochte sein welches es wollte z. B. in Worms ¹¹), in Zürich (§. 24), in Augsburg ¹²). Am Günstigsten war freilich die Lage der Fiscalinen und der übrigen Hörigen des Reiches und der Kirche. Denn sie hatten von je her größere Freiheiten als alle übrigen. Sie konnten sich daher leichter mit den freien Leuten verbinden. Darum haben sich auch die Königsstädte und die Bischofsstädte früher als die anderen Städte gehoben, sich meistens sogar bis zu freien Reichsstädten erhoben ¹³). Erst seit dem Abschaffen der Hörigkeit wurde die Freiheit der Stadtbürger zur Regel. Es ist demnach nicht ganz richtig, wenn Eichhorn, Hüllmann, Hegel, Heusler u. a. von einer altfreien

9) Handfeste von 1260 art. 1 bei Schauberg, II, 53. vergl. oben §. 105.

9a) Stadtrecht von 1120 §. 61. Burgensis habens domum, cujus fateatur esse proprius cum moritur.

9b) Heusler, p. 139 u. 141—144. Vergl. unten §. 237.

10) Leges familiae St. Petri von 1024 §. 13, 15, 16, 18, 26 u. 29 bei Grimm, I, 805.

11) Leges St. Petri, §. 26.

12) Stadtrecht bei Freyberg, p. 111. „Ein ieglich Zinser der burger hie „zer stat ist“ und p. 110. „Ewelch burger hie zu auspurf sihet der eins „Herren aigen ist.“

13) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 8—11, 78—80. vergl. oben §. 163.

Gemeinde reden und diese als die Grundlage der Stadtverfassung betrachten. Ich stimme in dieser Beziehung vielmehr mit Lambert überein ¹⁴⁾. Denn es hat ursprünglich auch hörige und gemischte Stadtgemeinden gegeben. Erst seit der Abschaffung der Hörigkeit in den Städten waren alle Stadtbürger freie Bürger, die Stadtgemeinden also freie Gemeinden, die Stadtbürger sodann aber eben frei, wie die Freien auf dem Lande.

An die freien und hörigen Bürger reihten sich in vielen Städten auch noch Burgmannen und Ministerialen an. Denn auch sie sind, wenn sie in der Stadtmark angesessen waren, Marktgenossen also Stadtbürger gewesen (§. 33, 124—126 u. 140), z. B. die Dienstmannen des Gotteshauses in Straßburg ¹⁵⁾, die Ritter, Dienstmanne und Edelleute in Basel ¹⁶⁾. Daher werden öfters die in der Stadt ansässigen Burgmannen und Ministerialen von den außerhalb der Stadt auf dem Lande wohnenden ausdrücklich unterschieden, z. B. in Worms, Weissenburg, Oppenheim u. a. m. ¹⁷⁾.

Endlich gehörten ursprünglich auch die in der Stadtmark angesessenen Geistlichen und die Kirchen und Klöster zur Stadtmarktgemeinde. Die Geistlichen konnten daher ebenfalls Stadtbürger sein. Darum wurden die in Grund und Boden angesessenen Geistlichen (*clerici* und *canonici*) z. B. in Köln ¹⁸⁾, in Magdeburg ¹⁹⁾ und in Worms zu den *cives* ²⁰⁾, in Frankfurt aber ²¹⁾

14) Lambert, Gesch. von Erfurt, p. 28—29.

15) Stadtrecht von 1249 §. 19 bei Strobel, I, 556. „Ein jeglicher unser „burger er sie gotzhus dienstman oder nilt.“

16) Stadtfrieden von 1286 §. 11 u. 13 in Rechtsquellen, I, 14. „swel „gotzhus dienstman burger oder swer ze basele seßhaft weren die „rittere vnd die edeln liute vnd die burger — vnd swer in der stadt „seßhaft ist.“

17) Urf. von 1181 bei Arnold, I, 241. Weisthum von 1275 bei Grimm, I, 766. vergl. oben §. 125 u. 126.

18) Urf. von 1237 bei Lacomblet, II, 115—116. *civibus colon. scilicet ecclesiis et tam clericis quam laicis qui domos habent sitas colonie in vico.* —

19) Stadtrecht von 1188 bei L. u. St. p. 269. *cives quoque Magdeburgenses — et alii multi tam clerici quam laici.*

20) Urf. von 1181 bei Arnold, I, 241.

und in Stendal zu den burgenses gerechnet ²²). In Dürkheim bestand die Gemeinde aus Priestern, Edelleuten und aus anderen daselbst ansässigen Leuten ²³). Eben so in Coblenz ²⁴). Anderwärts wurden auch die in der Stadtmart angesessenen Kirchen und Klöster als Stadtbürger betrachtet und als solche behandelt z. B. die Kirchen (ecclesiae) in Köln ²⁵), die Mönche von Arnsburg in Frankfurt, indem sie daselbst einen Hof (curtis) hatten ²⁶), die Klöster Fürstenseld und Scheiern in München, da dieselben in der Stadtmart von München angesessen waren ²⁷), die Abtei Lützel und das Kloster Wettingen aus demselben Grunde in der Stadt Basel und zwar der Abt und Convent des Klosters des erwähnten Klosters von Alters her (conciues ex antiquo ²⁸), das Kloster Marienseld in den Städten Münden, Warendorp und Beckum ²⁹). Eben so viele Stifter und Klöster in Straßburg, Speier, Worms, Mainz, Trier, Würzburg, Hildesheim u. a. m. In Trier, Speier und Mainz wurden sogar die Augustiner, Dominikaner, Karmeliter, Franciskaner und andere Bettelmönche ins Bürgerrecht aufgenom-

21) Urf. von 1228 u. 1230 bei Böhmer, I, 52 u. 54.

22) Urf. von 1231 bei Lenz, I, 30. testes sunt — (nun folgen mehrere Namen) — canonicus in Stendal — burgenses Stendalienses. Urf. von 1233 eod. p. 32. Burgensibus nostris de Stendal — (nun folgen die Namen) canonicis in Stendal.

23) Weisthum bei Grimm, I, 787. — „Die ganz gemeinde, priester, edel und alle andere seßhaftig zu Dürkheim.“ Dürkheimer grünes Buch: „Es müssen und sollen alle Priester und Edle zu Dornheim seßhaft wasser walbt waibt gebrauchen, beineben der Gemein vff dem Obermarkht erscheinen, dem Abbt sein Herrlichkeit helfen sprechen.“

24) Urf. von 1276 bei Günther, II, 416. totius universitatis, cleri, sculteti, militum, scabinorum, ac ceterorum oppidanorum.

25) Urf. von 1237 cit.

26) Urf. von 1228 bei Böhmer, I, 53. fratres de Arnsburg nostri notorii sunt concives. Vergl. noch Urf. von 1228, eod. p. 52.

27) Urf. von 1289 u. 1295 bei Bergmann, II, 2 u. 5.

28) Dñs, I, 249 n. 362. Vergl. Heusler, p. 139.

29) Urf. von 1336, 1347 u. 1367 bei Kindinger, Hör. p. 405, 436 u. 469.

men ³⁰⁾, in Frankfurt a. M. die Antoniter ³¹⁾, und in Basel außer den Klöstern Wettingen, St. Blasien und Lützel ³²⁾, auch noch die Klosterfrauen von Klingenthal ³³⁾. Auch in Freiburg im Breisgau ³⁴⁾, in Wimpfen u. a. m. konnten die Geistlichen ins Bürgerrecht aufgenommen werden ³⁵⁾. Es ist daher unrichtig, wenn Planck ³⁶⁾, Eichhorn ³⁷⁾ u. a. m. glauben, die Geistlichen haben nicht zur Gemeinde gehört. In Basel hat sich sogar ein Bischof als Stadtbürger betrachtet und die Basler seine Mitbürger genannt (*concives nostri in civitate Basileensi*) ³⁸⁾.

Es versteht sich jedoch hiebei von selbst, daß jene geistlichen und weltlichen Grundherren, welche zwar in einer Stadtmark angesessen waren, aber daselbst nicht ihren eigenen Rauch hatten und den Grund und Boden nicht selbst bauten, nicht selbst, vielmehr ihre Colonen, denen sie den Grund und Boden hingegeben hatten, die eigentlichen Bürger waren (§. 227).

Die Stadtbürgerschaften haben demnach ursprünglich aus denselben sehr verschiedenartigen Elementen bestanden, wie die Bauerschaften auf dem Lande. Die Einen wie die Anderen waren freie oder grundherrliche oder gemischte Markgemeinden. Späterhin erst, meistentheils seit dem 15. Jahrhundert hat sich ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden dadurch gebildet, daß die Grundherrschaft auf dem Lande aus der Markgemeinschaft ausgeschieden, in den Städten dagegen in der Gemeinschaft geblieben sind. Daher sind erst seit dieser Zeit die Dorfmarkgemeinden wahre Bauerngemeinden geworden ³⁹⁾. Und sie entbehrten aller jener freien

30) Urk. von 1480 bei Moser, Reichsst. Handbuch, II, 726 u. 727. Bodmann bei Siebenkees, Beitr. zum teutsch. Recht, I, 14—16.

31) Urk. von 1287 bei Böhmer, p. 228.

32) Heusler, p. 263.

33) Urk. von 1278 bei Dörs, I, 440.

34) Urk. von 1291 bei Schreiber, I, 119. Urk. von 1392, eod. II, 92.

„Item umb die klöster die hie burger sind, es sein mannklöster ober
„frauenklöster.“

35) Urk. von 1382 bei Moser, a. a. O. II, 893.

36) Geschichte der kirchl. Gesellschaftsverfassung, IV, 2 p. 183 ff.

37) Staats- u. Rechtsg. II, §, 329, p. 545.

38) Urk. von 1289 bei Dörs, I, 448.

39) Meine Geschichte der Dorfverfassung, I, 130.

Elemente, durch welche die Städte groß und mächtig geworden sind. Während die Stadtmartgemeinden sich in der Lage befanden, einen eigenen von dem Ritter- und Bauernstande verschiedenen Bürgerstand auszubilden, durch welchen eine ganz neue Zeit vorbereitet und herbeigeführt worden ist (§. 232, 301, 365—368).

§. 229.

Alle diese verschiedenen Bestandtheile der Bürgerschaft, bestehend aus Ministerialen, Burgmannen, Geistlichen und freien und hörigen Grundbesitzern, standen ursprünglich neben einander und bildeten noch keinen eigenen Stand. Sie waren zwar sammt und sonders, da sie in der Stadtmart ansässig waren, Stadtmartgenossen und wurden auch, weil sie in einem befestigten Orte wohnten, Bürger genannt (§. 32 u. 33). Durch dieses Wohnen in einer Burg ward jedoch ihr angeborener Stand nicht geändert, überhaupt kein neues Rechtsverhältniß begründet, also auch kein neuer Stand gebildet. Die Stadtbürger blieben vielmehr nach wie vor entweder schöffensbar freie Leute, freie Zinsleute, oder Ministerialen des Königs oder des Landesherrn und daher desselben Standes wie die Schöffensbarfreien, die freien Zinsleute und die Ministerialen auf dem Lande. Oder sie waren die Hörigen irgend eines geistlichen oder weltlichen Grundherrn und dann hatten sie dieselben Rechte und Verbindlichkeiten, wie die Hörigen derselben Herrschaft auf dem Lande. Von einem eigenen Bürgerstande war demnach anfangs noch keine Rede. Erst seit dem Abschaffen der Hörigkeit und seit dem Siege der Zünfte hat sich dieses Alles geändert.

Da die Bürger in Grund und Boden angesessen, also Martgenossen sein mußten, so waren nun seit dem Abschaffen der Hörigkeit alle Bürger freie wenn auch zinspflichtige Martgenossen, also eben so freie Grundbesitzer wie die Freien auf dem Lande. Sie waren demnach nun sammt und sonders, wie früher schon in den freien Städten, Schöffensbarfreie, das heißt Leute von Rittersart oder ritterbürtige Leute (*de stirpe militari*, wie in Basel die Aichtbürger oder die Bürger von der hohen Stube¹⁾), oder „von art frey von allenn ihren geschlächten oder

1) Arg. Urth. von 1887 bei Ochs, II, 50 u. 51.

hoheheimer (hohe hahmer)“, wie in Freising die Schöffen²⁾ oder „sentmessige Manne“, oder Leute die „sentmaezziges Recht“³⁾, oder „ritterleiches Recht rittermessiger Leut“ haben, wie die Bürger von Wien⁴⁾. Sie waren also Standesgenossen der Freien auf dem Lande und ihnen ebenbürtig, und daher eben so lehensfähig, schöffenbarfrei und turnirfähig wie jene. Denn sie hatten dieselben Rechte und Freiheiten, wie die freien Landsassen und die Ritterbürtigen auf dem Lande, wie dieses auch in manchen Stadtrechten, z. B. in jenem von Wien⁵⁾ und von Wesel ausgesprochen und von den Kaisern und Landesherren anerkannt worden ist⁶⁾. Daher sollten sie, wenn sie wie andere ritterbürtige Leute dem Reiche oder dem Landesherren Ritterdienste leisteten, eben so steuerfrei sein, wie die Ritterschaft auf dem Lande⁷⁾. Aus demselben Grunde sollten auch die außerhalb der Stadt liegenden Ländereien der Bürger, wenn sie nicht vogtbar waren, frei von allen Lasten sein, wie die Ländereien der Ritterbürtigen auf dem Lande, z. B. in Augsburg⁸⁾, in Hagenau⁹⁾ u. a. m.

2) Ruprecht von Freising, II, 100.

3) Wiener Stadtrecht aus 13. sec. §. 27. und von 1296 §. 22 bei Senckenberg, vision. p. 233 u. 289.

4) Wiener Stadtrecht von 1278 bei Senckenberg, sel. jur. IV, 448.

5) Stadtrecht von 1278 bei Lambacher, II, 161. — gaudeant jure militum et militarium personarum und bei Senckenberg, sel. jur. IV, 448. — „Den purgern das si sicherung ritterleiches rechtens rittermessiger leut an geczeugnuß zu tragen.“ —

6) Bestätigung der Privilegien der Stadt Wesel von 1311 bei Wigand, Archiv, IV, 399. Concedimus opidanis ut — eadem defendantur et gaudeant libertate qua militum ac militarium ac aliorum proborum hominum terre gaudent bona, salvo nobis. — Und nach der altdeutschen Uebersetzung, eod. p. 399. „Wy verleeven den Burgheren van Wesell, dat — van allsulder vryheidt, daer van die guede unser rybberen und rybbeschappe und der anderen erberen hervemanne unses landes sich verureunen.“ —

7) Stadtrecht von Colmar von 1293, §. 38. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 397—398, 408 u. 515—517.

8) Urk. von 1276 bei Moser, Reichsst. Handb., I, 92. — civibus — quod de bonis suis, curiis, hobis et aliis possessionibus extra muros civitatis sitis, ita si nullo jure advocatio constringantur, nulla servitia faciant. —

9) Urk. von 1255 bei Gaupp, I, 102.

Auch wurde die Schöffenbarfreiheit und Lehensfähigkeit der Stadtbürger allgemein anerkannt, nicht bloß von den Kaisern und Landesherren und in den Stadtrechten, sondern auch schon in den Rechtsbüchern. In den kaiserlichen und landesherrlichen Privilegien und Stadtrechten erfolgte diese Anerkennung schon früh für die Bürger von Hagenau¹⁰⁾, in Köln¹¹⁾, Winterthur¹²⁾, Lucern¹³⁾, Nürnberg¹⁴⁾, Speier¹⁵⁾, Augsburg¹⁶⁾, Basel¹⁷⁾, Landau¹⁸⁾, Kolmar¹⁹⁾, Ulm²⁰⁾, Goslar²¹⁾, Frankfurt a. M.²²⁾,

-
- 10) Urf. von 1262 bei Schoepflin, I, 441. — *ut concives eorum in iudicio nostro et nostrorum officialium sicut ministeriales et milites rite valeant ferre sentencias.* — Urf. von 1255, eod. I, 412. — *feuda possint (cives) recipere et tanquam milites libere retinere.* Vergl. noch Urf. von 1275, eod. II, 11.
- 11) Kölner Chron., fol. 140 b. „Item ouch synt des Rychs burgere ge-
„vryet dat sy des Rychs dienstmanne noch iemant bekyngen mach, dat
„yn an yr lyff off an yr ere moege gain.“ — „Duch hait yn (des
„Rychs burgeren) der keyser die genade gebain dat sij moegen des
„Rychs lehen besizen, so lehen rechte, gelijchs den Rychs dienstmanne,
„die wyle sij des Rychs burger synt.“
- 12) Urf. von 1275 bei Bluntschli, I, 481. „Das si nach edlr lübe sitte
„vnd rechte lehen suln enpfahen vnd haben.“ —
- 13) Urf. von 1277 bei Ropp, Urf. p. 23. — *ut more nobilium et militum imperii feodorum capaces esse possitis (scil. cives Lucernenses).*
- 14) Privilegium von 1313 §. 9. *Nemo sententiam in iudicio provinciali — nisi milites vel honesti cives* vergl. Privilegium von 1219 §. 5 bei Gaupp, I, 177 u. 181.
- 15) Urf. von 1315 bei Lehmann, p. 666. „Daß sie lehenbar mögen seyn,
„und Urtheil sprechen mögen mit den Rittern allenthalben.“
Vergl. noch Urf. von 1347, eod. p. 699.
- 16) Urf. von 1316 bei von Stetten, Gesch. der Geschl. p. 8. *volumus ut cives — valeant sententias sive jus dicere, cum aliis nobilibus et vasallis.*
- 17) Urf. von 1357 bei Dörs, II, 193 f. *quod ipsi cives sicut simplices milites et militaris conditionis homines feuda militaria recipere.* Die vom Ritter- oder niederen Adel pflegen milites simplices genannt zu werden. Vergl. du Cange, v. miles, p. 407. Vergl. noch Heusler, p. 136.
- 18) Urf. von 1291 bei Schoepflin, II, 49.
- 19) Stadtr. von 1293 §. 33 bei Gaupp, I, 120.

Wien ²³⁾ u. a. m. Aber auch die Rechtsbücher erkennen schon die Lebensfähigkeit der Stadtbürger an, indem dieselben nur die Bauern, Kaufleute und alle nicht Ritterbürtigen für lebensunfähig erklären ²⁴⁾. Unter den Kaufleuten werden nun zwar öfters, aber doch nicht immer, Stadtbürger verstanden. Hier an dieser Stelle kann aber um so weniger mit Homeyer ²⁵⁾, an Stadtbürger gedacht werden, als diese nach dem vorhin Bemerkten damals schon ritterbürtig, also nach den Rechtsbüchern selbst lebensfähig waren. Auch wird ihre Lebensfähigkeit und Ritterbürtigkeit in dem Kaiserrecht (IV, 1) ausdrücklich anerkannt. Daher findet man frühe schon Bürger von Ulm als Vasallen oder Ministerialen im Dienste des Kaisers ²⁶⁾, Bürger von Goslar im Besitze von Reichslehen ²⁷⁾, Bürger von Konstanz im Besitze von Lehen des Abtes von St. Gallen und des Bischofs von Konstanz ²⁸⁾, Bürger von Frankfurt an der Oder und von Stendal als Vasallen der Markgrafen von Brandenburg ²⁹⁾ und Bürger von Köln, von Frankfurt a. M. und von Basel im Besitze von Lehen von benachbarten Stiftern, Fürsten, Grafen und Herren ³⁰⁾.

Als schöffenbarfreie und ritterbürtige Geschlechter waren die Stadtbürger ferner Standesgenossen der Ritterbürtigen auf dem Lande und ihnen ebenbürtig, z. B. in Münster noch das

20) Stadtr. von 1296 §. 33 bei Jäger, Ulm, p. 733.

21) Privilegien von 1340 u. 1506 bei Göschen, Goslar. Statut. p. 215 u. 217.

22) von Richard, Entstehung von Frankfurt, p. 113.

23) Stadtrecht von 1278 bei Lambacher, II, 161. und bei Senckenberg, sel. jur. IV, 448.

24) Sächs. Lehnrecht, art. 2, §. 1. Vergl. Kaiserrecht, IV, 1 a. G.

25) Homeyer, System des Lehnrechts, p. 299. Vergl. oben §. 81.

26) Urf. von 1244 bei Jäger, p. 91.

27) Urf. von 1290 bei Göschen, Goslar. Statut. p. 516.

28) Lenz, p. 25.

29) Urf. von 1287 bei Wohlbrück, Gesch. von Lebus, I, 383. Urf. von 1304 bei Lenz, I, 166.

30) Ennen, Gesch. I, 451. Urf. von 1374, 1503 u. 1640 bei (von Richard) Nachtrag der Bittschrift der Gewerbschaft Alt-Limpurg, p. 12 u. 13. Urf. von 1338 u. 1351 bei Herrgott, III. 661 u. 688.

ganze 13. und 14. Jahrhundert hindurch ³¹⁾, die Ehen der Ritter mit Bürgerstöcktern also standesmäßige Ehen z. B. in Frankfurt am Main ³²⁾, in Köln ³³⁾, in Schaffhausen, im Städtchen Thien-
gen ³⁴⁾, in Basel ³⁵⁾, in Augsburg, in Ulm u. a. m., insbesondere auch nach Lübischem Recht, nach welchem jedoch dergleichen Ehen keineswegs begünstigt worden sind ³⁶⁾. Aus demselben Grunde hatten die Stadtbürger auch noch das Recht ein eigenes Wap-
pen und ein Siegel zu führen, wie andere zu Helm und Schild geborne Leute, z. B. in Augsburg ³⁷⁾, in Ulm ³⁸⁾, in Basel ³⁹⁾, in München, Köln u. a. m. ⁴⁰⁾. Mit vollem Rechte konnten daher die Hausgenossen von Speier den Adel der Umgegend ihre „gutte freunt vnd magen“ nennen ⁴¹⁾.

Zwar tritt die Ritterbürtigkeit der Stadtbürg(r meistentheils nur in den größeren Städten, zumal in den Reichsstädten hervor, und wurde auch in späteren Zeiten, seit dem Siege der Zünfte, nur bei ihnen anerkannt. Der Grund davon liegt jedoch nicht in der in den kleineren Städten mangelnden Fähigkeit der Bürger sich zur Ritterbürtigkeit und zum Ritterstande zu erheben, sondern in der mangelnden Gelegenheit und Veranlassung sich ihres Rechtes zu bedienen. Denn dem Rechte nach waren seit dem Abschaffen der Hörigkeit alle in Grund und Boden angefessenen Bürger freie Grundbesitzer, und zwar eben so frei wie die freien Grundbe-

31) Wilkens, p. 13.

32) von Fichard, Nachtrag, p. 11. Derselbe, Entstehung von Frankf. p. 113.

33) Glaser, das edele Cöllen p. 64.

34) Die Beweisstellen bei Mone, Zeitschrift, V, 224, 225, 226 u. 229.

35) Viele Beispiele bei Heusler, p. 136.

36) Lübisches Recht bei Hach, I, 17. *Quecumque matrona sive vidua existens in civitate militi vel alicui viro volenti miles fieri nupserit; non plus quam formatas vestes ejus de omni substantia sua retinebit.* Vergl. oben §. 64 u. 103.

37) von Stetten, Gesch. der Geschl. p. 19 f.

38) Jäger, p. 94.

39) Heusler, p. 136.

40) Urf. von 1389 in Mon. B. XIII, 414. von Krenner, über die Siegel vieler Münchner Geschlechter in Histor. Abh. der Bair. Akad. von 1813, p. 1 ff. u. 55. Vergl. oben §. 132.

41) Alter Bericht bei Rau, I, 22.

sitz auf dem Lande. Daher waren und hießen nun alle Bürger (cives), d. h. Vollbürger, Herren, Geschlechter, Bürgergeschlechter⁴²⁾ oder gentes plebejas⁴³⁾ alte Geschlechter oder auch kurzweg die Alten, d. h. die alten Geschlechter, z. B. in Speier und Mainz⁴⁴⁾. Und die Geschlechterstube nannte man eine Bürgerstube oder das Bürgerhaus, und das Haus eines Geschlechters ein Bürgerhaus, z. B. in Augsburg⁴⁵⁾, in Eßlingen⁴⁶⁾ u. a. m.

Seit dem Abschaffen der Hörigkeit wurden demnach die Stadtbürger sammt und sonders, wenigstens dem Rechte nach, schöffenbar freie und ritterbürtige Leute, also Standesgenossen der freien Landsassen und der Ritterbürtigen auf dem Lande, ihnen also ebenbürtig. Ein neuer Stadtbürgerstand entstand aber dadurch noch nicht. Nach und nach haben sich jedoch auch in den Städten verschiedene Stände gebildet.

§. 230.

So wie nämlich der Rosßdienst auf dem Lande zum Ritterdienst geführt und aus den roßdienstpflichtigen Freien und Ministerialen sich eine freie und hörige Ritterschaft gebildet hat, so auch in den Städten. Zum Rosßdienst waren nämlich alle Schöffenbarfreien und die Ministerialen, also nun auch die Stadtbürger berechtigt, beziehungsweise sogar verpflichtet. Sie waren daher auch zur Ergreifung des ritterlichen Berufes und, seitdem es eine Ritterwürde gab, zur Erlangung der Ritterwürde berechtigt, d. h. sie waren ritterbürtig oder Leute von ritterlicher Art, indem jene Berechtigung schon durch die Geburt erworben worden ist. Der Sohn eines Ritters oder eines anderen ritterbürtigen Mannes in der Stadt war daher zur Ergreifung des ritterlichen Berufes berechtigt und war, wenn er sich seines Rechtes bediente und die Ritterwürde erlangte, selbst Ritter und daher steuerfrei, und mußte sodann mit den anderen Rittern zu Pferd dienen. Machte er aber

42) Heusler, Verj. Gesch. von Basel, p. 67 u. 140.

43) Urk. von 1337 bei Ochs, II, 50.

44) Hau, I, 24 u. 40. Vogt, Gesch. von Mainz, p. 116 u. 118.

45) von Stetten, Gesch. der Geschl. p. 8.

46) Pfaff, p. 71 u. 293.

von seinem Rechte keinen Gebrauch, so blieb er zwar nach wie vor ein ritterbürtiger Bürger, er selbst war aber sodann kein Ritter. Er hatte daher mit den übrigen Bürgern zu Fuß zu dienen und zu steuern ¹⁾).

Den Kern der Ritterschaft in den Städten bildeten, wie wir gesehen, die in der Stadt ansässigen Ministerialen (§. 140). Daher werden die Ministerialen öfters geradezu Ritter genannt, wiewohl auch sie die Ritterwürde erwerben mußten und bis dahin keine Ritter waren. („Wanne eynich sent peters dyenstman Riter worden is“) ²⁾. Als Ritter wurden die Ministerialen von den übrigen Bürgern unterschieden ³⁾, wiewohl die Einen wie die Anderen Stadtbürger (cives) ⁴⁾, also nur dem Range, nicht aber

1) Züricher Richtebrief, IV, 25. „Swel burger in dirre Stat ist, des vatter ritter was, der sol ze ritter werden, e das er drizig iar alt werde. Tuot er des niht, so sol er gewerf geben mit dien burgern alle die wile vnz er niht Ritter worden ist.“ Richtebrief IV, 16. „Vnd sol der Ritter dienen mit den Rittern vnd Burger mit dien Burgern.“ Vergl. noch IV, 81. im Archiv für Schweizer Geschichte, V, 216, 219 u. 220.

2) Rbln. Dienstrecht in Quellen, I, 217. *Jura ministerialium*, eod. I, 216. *Quicumque frater suus miles fuerit.* —

3) Z. B. in Basel nach Dops, I, 867, 872 u. 876, II, 78, V, 848. Stadtfrieden von 1286 §. 13 in Rechtsquellen, I, 14. „die rittere vnd die edeln liute vnd die bürger.“ In Regensburg. Urk. von 1238 bei Ried, I, 878. *presentibus melioribus tam militibus quam civibus Ratisponensibus.* — Ekkehardi chron. ad 1104 bei Pertz, VIII, 225. — *tam urbanis Ratisponensibus. quam diversarum partium ministerialis ordinis hominibus.* — Vergl. meine Gesch. der Fronhöfe, II, 80 f. In Straßburg. Urk. von 1218 u. 1220 bei Schoepflin, I, 887 u. 842.

4) Martyr. Arnoldi ep. Mog. bei Böhmer, fontes III, 285. — *a Maguntinis civibus tam ministerialibus quam burgensibus.* — Daß Ritter und Bürger bis ins 12. und 13. Jahrhundert nur eine Genossenschaft gebildet haben, nimmt auch Heusler (p. 71—76) an: Nur hält auch er mit Nisßch alle Bürger für Ministerialen. Er schließt dieses, wie es scheint, aus jenem alten Statut (bei Fechter, Archiv, XI, 20), nach welchem der Bischof Handwerkern dadurch das Bürgerrecht in Basel erteilen konnte, daß er zu ihnen sprach, „reit hin und sei Ritters“ und Knechten, unsern Dienstmännern, gleich, und besitze den Rath

dem Stande nach verschieden waren. So findet man z. B. in Straßburg, Worms u. a. m. *ministeriales et burgenses* neben einander⁵⁾, oder auch *ministeriales et cives*, z. B. in Straßburg⁶⁾, in Mainz sogar Grafen, Freiherren (*liberi*), Dienstmannen (*familia*, d. h. *ministeriales*) und *cives* neben einander⁷⁾, sodann *ministeriales* und *urbani* z. B. in Augsburg⁸⁾, oder *milites* und *burgenses*, z. B. in Frankfurt a. M.⁹⁾, *milites* und *cives* z. B. in Weßlar¹⁰⁾, in Hagenau¹¹⁾ und in Frankfurt an der Oder¹²⁾, und sogar *nobiles* und *cives* oder *nobiles cives* und *cives de plebe* z. B. in Worms¹³⁾, wiewohl die Einen und die Anderen Stadtbürger und auch die übrigen Bürger ritterbürtig, also *nobiles* waren und daher auch z. B. in Basel *nobiles*¹⁴⁾ oder die edeln Rute¹⁵⁾ und in Ulm sogar *nobilissimi cives civitatis*¹⁶⁾, in Straßburg aber¹⁷⁾ und in Köln Edle, edle

„zu Basel, wenn du als nützlich daren gelosen wirst.“ Allein es folgt aus diesem, jedenfalls sehr interessanten, Statute nur so viel, daß der Bischof auch Handwerker zu seinen Rittern und Knechten aufnehmen, und dadurch das Bürgerrecht erteilen konnte, indem in Basel auch die bischöflichen Ministerialen Bürger waren. Daß aber alle Bürger Ministerialen seien, steht auch in diesem Statut nicht.

- 5) Urf. von 1200 bei Schoepflin, I, 309. Urf. von 1156 bei Schannat, II, 77.
- 6) Urf. von 1220 bei Schoepflin, I, 344. Stadtrecht bei Grandidier, II, 37 u. 59.
- 7) Urf. von 1135 bei Urstitius, Germ. hist. I, 576. und Guden, I, 118. *comites, liberi cum civibus et familia — consilio comitum, liberorum, familiae et civium, habitantes infra ambitum muri civitatis et manere volentes.* — Und bei den Zeugen werden statt der *familia* die *ministeriales* genannt.
- 8) Stadtr. von 1156 in Mon. Boic. 29, I, p. 329 f.
- 9) Urf. von 1228 u. 1230 bei Böhmer, I, 52 u. 54.
- 10) Urf. von 1240 bei Böhmer, Frankf. Urf. I, 69.
- 11) Urf. von 1255 bei Gaupp, I, 102.
- 12) Urf. von 1352 bei Gerden, cod. Brand. V, 8.
- 13) Urf. von 1181 bei Arnold, I, 241.
- 14) Alberti Argentinensis chronicon bei Urstisius, II, 99.
- 15) Stadtfrieden von 1266 pr. u. §. 13 in Rechtsquellen von Basel, I, 12.
- 16) Urf. von 1246 u. 1272 bei Jäger, Ulm, p. 90 u. 91.
- 17) Königshoven, p. 295. „von den edeln und von den antwerken.“ Vergl. p. 294 u. 296.

Bürger, *nobiles burgenses* und Leute von rechter edler Art genannt worden sind (§. 55).

An diesen aus Ministerialen bestehenden Kern der städtischen Ritterschaft schlossen sich nun die in den Städten ansässigen Burgmannen und die übrigen roßdienstpflchtigen freien Geschlechter, also insbesondere auch die Constopler in Straßburg, Zürich, Braunschweig und Hannover an (§. 130). Endlich kamen dazu auch noch viele auswärtige Rittergeschlechter, welche sich in die Städte gezogen und daselbst niedergelassen hatten, z. B. in Ulm die Krafte, die Rothe u. a. m.¹⁸⁾, in München die Sentlinger, Freymanner, Kaufringer, Mamminger, Menzinger, Ezenhauser, Schongauer, Mansheimer, Laimer, Giesinger, Peissenberger, Wilprechte u. a. m.¹⁹⁾, in Münster die Rottulen, die Herrn von Schonebeck und Korf, die von Bischopping, von Judeveld, die Flore von Stormethe u. a. m.²⁰⁾, in Göttingen die Gifeler, die Ritter von Winnigerode u. a. m., in Lüneburg die Hardenberge, in Stade die Herren von Lobeck²¹⁾, in Basel die von Arguel, von Blazheim, von Guna, von Gundolzdorf, von Solothurn, von Reinach u. a. m.²²⁾, in Breslau die Cindal, die Mühlheim, Mollesdorf u. a. m.²³⁾, in Nürnberg die Imhof, Volkmaier u. a.²⁴⁾, in Bern die Egerdon, von Bubenbergh, von Muhlern, von Erlach u. a. m.²⁵⁾. Auf diese Weise ist denn in vielen Städten eine sehr zahlreiche und glänzende aus Ministerialen und anderen roßdienstpflchtigen freien Geschlechtern bestehende Ritterschaft entstanden, und zwar nicht bloß in den größeren Städten

18) Jäger, Ulm p. 89 ff. 753 u. 758 ff.

19) Krenner in histor. Abh. von 1813, p. 16 ff.

20) Urf. von 1262, 1265, 1268, 1283 u. 1301 bei Wiltens, p. 26, 126, 129, 130, 139 u. 143.

21) Havemann, Gesch. von Braunschweig-Lüneburg, I, 607.

22) Heusler, p. 64—67.

23) Urf. von 1292 bei T. u. Stenzel, p. 417. Grünhagen, Breslau, p. 28.

24) Meisterlin, Chron. VI, 9 in Chronik von Nürnberg, III, p. 137. — „auch zogen sie herein in die stat treffentlich geschlecht auß andern staten umb zunemung der stat, als die Imhoff von Laugingen, — und die Volkmaier. —

25) Joh. von Müller, Schweiz. Gesch. I, 14 in sämtlichen Werken 19 p. 800.

Basel, Speier, Ulm, Augsburg, Straßburg ²⁶⁾ und insbesondere auch in Regensburg, wo es nach Hund ebenfalls „vil stattlicher vom Adel Burger“, z. B. die Preising, Rainer, Notthafften u. a. m. gegeben hat ²⁷⁾, sondern auch in den kleineren Städten und in den ganz kleinen. So findet man z. B. in der kleinen Stadt Rütten in Westphalen im 14. Jahrhundert noch an 70 adelige Geschlechter ²⁸⁾ und in dem ganz kleinen Sobernheim in der Pfalz im 16. Jahrhundert noch viele adelige Geschlechter mit einer eigenen Ritterstube ²⁹⁾. Auch in Dürkheim findet sich noch im 14. und 15. Jahrhundert eine zahlreiche Ritterschaft, z. B. die Herren von Engas, von Sachsenhausen, von Fleckenstein, von Meckenheim, von Schwarzenberg, von Stausenberg, von Lichtenberg, von Flerßheim, von Zeiskam u. a. m. ³⁰⁾.

§. 231.

Sehr merkwürdig sind auch die Mitterbürger gewesen, welche in manchen Städten von den übrigen Bürgern unterschieden werden und die Achtbürgergeschlechter in Basel. In Schwäbisch Hall werden nämlich Bürger, Mitterbürger und Handwerker von einander unterschieden ¹⁾. Auch in Regensburg findet man Mitterbürger. Denn der aus der Bürgerschaft gewählte Bürgermeister mußte schwören, „daz er ein mitterman sei, und niemaz aytgenoz“ ²⁾. Und auch in den übrigen Theilen von Baiern kommen Mitterleute neben den Stadtbürgern vor ³⁾. Sie

26) Im Jahre 1419 sind über 100 edle Geschlechter aus Straßburg ausgewandert. Schilter, Königshoven, p. 810–812.

27) Hund, Bayr. Stammb. II, 239. Gemeiner, II, 96.

28) Wigand, Archiv, I, 4. p. 37.

29) Wibber, IV, 118.

30) Lehmann, Dürk. Thal p. 23 u. 24.

1) Alte Wallordnung von 1340 bei Koenigsthal, I, 2. p. 5. — „einen Rath, der sechs vnnnd zwainzig sollenn sein zwölff Burger die richter vnnnd Reth sein sollen, sechs mitter Burger vnnnd acht vnnn denn Hanttwerdhernn.“

2) Verordnung von 1334 bei Freyberg, V, 120.

3) Urk. von 1315 bei Oesele, II, 131 u. 132. „von den Lannb Herren, von den Mitterleuten unnd von Burgern der Stet.“ — Und mehrmals werden genannt „Dienstmann Mitterleut und Burger.“ —

sind wohl in den Städten dasselbe gewesen, was nach den Rechtsbüchern die Mitterfreien⁴⁾ und nach den alten Volksrechten die Mittelfreien (*mediocres*, *medii* und *mediani*)⁵⁾. Und dasselbe was diese Mitterbürger und Mittelfreien sind offenbar in Magdeburg die mittelmatigen Bürger gewesen, welche dort in der Mitte zwischen den Reichen (*de riken*, d. h. den Geschlechtern) und der gemeinen Bürgerschaft (*de meinheit*) gestanden haben^{5a)}. Auch mit den Achtbürgergeschlechtern in Basel haben sie einige Ähnlichkeit. Denn die Einen und die Anderen waren Standesgenossen der übrigen Bürger und nur dem Range nach von ihnen verschieden. Achtbürger nannte man nämlich in Basel die acht Bürger, welche im Rath zwischen den Rittern und den Zünften saßen. Sie wurden aus jenen Bürgern gewählt, welche man die Bürger von der hohen Stube oder die Achtbürgergeschlechter, d. h. diejenigen Geschlechter, aus welchen jene acht Bürger gewählt wurden, zu nennen pflegte. Denn außer jenen Achtbürgergeschlechtern hat es in Basel auch noch andere Geschlechter gegeben, aus welchen keine Rathsherren gewählt werden durften⁶⁾. Die Achtbürgergeschlechter waren demnach von den Rittergeschlechtern und von den übrigen bürgerlichen Geschlechtern verschieden und sie hatten bei den Raths- und Oberzunftmeisterwahlen sehr große Vorrechte vor den übrigen Bürgern voraus⁷⁾. Sie stammen offenbar von jenen alten Geschlechtern ab, welche reich genug waren, um ohne ein bürgerliches Geschäft zu treiben mit einem gewissen Aufwand also rittermäßig leben, das heißt, wie man sagte, müßig gehen zu können, und daher berechtigt waren sich in eine der Stuben einzukaufen, wie dieses Weinheim in seiner Chronik sehr gut sagt: „Die Achtbürger, das sind die von der

4) Schwäb. Fr. W. c. 2, ju. 5. Ruprecht von Freis. I, 3 u. 5. Vergl. Sächsl. Fr. I, 2 §. 1 u. 3 §. 2.

5) Vergl. Konrad Maurer, über das Wesen des ältesten Abels, p. 222 ff.

5a) Schöppenchronik von Magdeburg, Bd. II, 1276 — 1278, p. 161. — „*de riken quemen erlif ut mit vordeckeden rosen, de middelmatigen mit starken perden und wepenere, de meinheit mit tulen swerden unde speren.*“ —

6) Dchs, I, 376, 377 u. 476—481.

7) Dchs, I, 482, 488, 489, II, 260.

„Stube, die dieselbige Stube kauft hand, und vast vor by den „Zünften gsin, und jetzt müßig gon wellent“⁸⁾. Wiewohl nun die Achtbürgergeschlechter von den Rittergeschlechtern verschieden gewesen sind, so waren sie dennoch ritterbürtig. Denn sie waren lebensfähig⁹⁾. Mehrere Achtbürgergeschlechter haben auch die Ritterwürde wirklich erhalten und sich sodann unter den übrigen Rittern verloren¹⁰⁾. Die Einen wie die Anderen wurden daher Edelleute („die edeln liute“) genannt¹¹⁾. Sie waren demnach wohl dem Range, nicht aber dem Stande nach von einander verschieden.

§. 232.

Gleichzeitig mit der Ritterschaft hat aber auch die Geistlichkeit begonnen sich über die übrige Bürgerschaft zu erheben und sich zwar noch nicht von derselben zu trennen, wohl aber schon von ihr zu unterscheiden. Daher werden in vielen Städten schon seit dem 13. Jahrhundert die Geistlichkeit der Adel und die Bürger zwar noch nicht als besondere Stände, wohl aber schon als besondere dem Range nach verschiedene Bürger Klassen unterschieden, z. B. in Frankfurt *clerici, milites und burgenses*¹⁾, in Straßburg *canonici, ministeriales und burgenses oder cives*²⁾, in Dürndheim *Eble, Priester und Gemein*³⁾ und in Worms *clerus familia* (b. h. *ministeriales*) und *populus*⁴⁾ oder *clerici, cives*

8) Dchs, I, 481 u. 498, II, 106.

9) Dchs, I, 488 u. 488.

10) Dchs, I, 487, II, 108, III, 102 Rot. u. IV, 358.

11) Dchs, I, 491 u. 492. Stadtfrieden von 1286, pr. u. §. 13 in Rechtsquellen, I, 12.

1) Urk. von 1228 u. 1280 bei Böhmer, I, 52, 54 u. 55.

2) Urk. von 1200 u. 1220 bei Schoepflin, I, 309 u. 344. Stadtrecht, art. 48 bei Grandidier, II, 59.

3) Im grünen Buch heißt es öfters: „anno 1482 haben Eble Priester vnd Gemein zu Dörndheim nachfolgende waldbordnung gemacht.“ — „Die Eble Priester vnd ganze Gemein zu Dörndheim — anno 1488 als die Amptleuth, Eble Priester vnd ganze Gemein zu Dörndheim, der Gemein zu notturfft vnd nuß des dreiverweins halber ein ordnung gemacht.“ —

4) Urk. von 1187 bei Schannat, II, 69.

nobiles und cives de plebe⁵⁾. Denn auch die erwähnten *cives de plebe* und der *populus* in Worms sind noch von keinem eigenen von der ritterbürtigen Bürgerschaft verschiedenen Bürgerstande zu verstehen, eben so wenig wie der *totus populus* in Speier⁶⁾, der *totus populus civitatis* in Augsburg⁷⁾ und die *universa plebis multitudo* in Frankfurt⁸⁾, sintemal damals die Handwerker und die übrigen nicht ritterbürtigen Leute noch keinen Antheil an dem Stadtre Regiment gehabt haben, also das zur Versammlung berufene Volk in Worms, in Speier u. a. m. nur die ritterbürtige Bürgerschaft gewesen sein kann⁹⁾. Jene Ausdrücke müssen deshalb als gleichbedeutend mit *universi cives* und *universi burgenses*¹⁰⁾, mit *cives et alii quam plures*¹¹⁾ und *et ceteri quam plures viri ydonei et discreti*¹²⁾, mit *universitas burgensium*¹³⁾ und *universitas civium*¹⁴⁾ oder *universitas civitatis*¹⁵⁾ betrachtet und daher die ritterbürtige Bürgerschaft darunter verstanden werden. Ein eigener nicht ritterbürtiger Bürgerstand hat sich erst später seit dem Siege der Zünfte gebildet. Seitdem nämlich Handwerker und andere Leute, welche keinen vollfreien Grundbesitz hatten, oder welche wenigstens keine Stadtmarkgenossen und keine ritterbürtige Grundbesitzer waren, das Bürgerrecht erhalten hatten, seitdem schieden die ritterbürtigen Geschlechter, um ihre Ebenbürtigkeit mit der Ritterschaft auf dem Lande zu retten, als ein besonderer Stand aus der gemeinen Bürgerschaft aus, und diese bestand nun nur noch aus den übrigen nicht ritterbü-

5) Urk. von 1181 bei Arnold, I, 241.

6) Urk. von 946 bei Remling, Urkb. von Speier, p. 13.

7) Stadtrecht von 1156 in Mon. Boic. 29, I, p. 329 u. 330.

8) Urk. von 1230 bei Böhmer, I, 54 u. 55.

9) Urk. von 1232 bei Moriz, II, 165 und Boehmer, fontes, II, 162 u. 219 f. *convocato populo per campanam — omni populo, pulsata campana, in curia convocato. —*

10) Urk. von 1225, 1228 u. 1232 bei Böhmer, Urkb. I, 44, 52 u. 57.

11) Urk. von 1228, 1228 u. 1230 bei Böhmer, I, 42, 52 u. 54.

12) Urk. von 1227 u. 1236 bei Böhmer, I, 50 u. 62.

13) Urk. von 1234 bei Böhmer, I, 60.

14) Urk. von 1240 u. 1242 bei Böhmer, I, 69 u. 70.

15) Urk. von 1226 bei Böhmer, I, 45. Vergl. noch oben §. 151.

tigen Bürgern. Denn gleichzeitig mit den ritterbürtigen Geschlechtern hat sich auch die Geistlichkeit von der Bürgerschaft zurückgezogen. Die Stadtbürger bildeten demnach von nun an, da sie als freie Leute nicht zu dem hörigen Bauernstand gerechnet werden konnten, einen eigenen Stand von freien Leuten, welchen man zum Unterschiede von der Geistlichkeit und von dem Adel den Bürgerstand zu nennen pflegte. Geschlechter oder *progeniosi* waren daher und nannte man nun nur noch den städtischen Adel oder die ritterlichen Geschlechter ¹⁶⁾).

§. 233.

Die gewöhnliche Benennung der Stadtmarkgenossen, d. h. der in Grund und Boden in der Stadtmark angesessenen und daher vollberechtigten Genossen war, wie wir gesehen, Bürger, *burgenses* und *cives* und, seitdem sie schöffensbar frei oder ritterbürtig waren, edle Bürger, *nobiles cives* oder *nobilissimi cives*, zuweilen auch *Semperleute* oder *Semperbürger* z. B. in St. Gallen ¹⁾. Als freie Grundbesitzer waren und hießen sie auch gute Leute oder *boni homines* z. B. in Köln und in Straßburg ²⁾, oder auch *boni viri* z. B. in Goslar ³⁾, oder wegen der Markgemeinschaft, in welcher sie lebten, gute Gemeiner („*gudea gimeinunniu*“, *boni concives*) ⁴⁾, oder auch Herren, *domini*, und *seniores* (*seigneurs*), d. h. freie Grundherrschaft. Die freien Grundherren wurden nämlich von je her *seniores* genannt ⁵⁾. Und so war es denn auch in den alten Städten, z. B.

16) Henschel, V, 472. Chron. Corn. Zantfliet bei Martene, collect. vet. script. V, 121. eodem anno (1284) *nobiles et progeniosi civitatis Leodiensis contra cleri et populi voluntatem*. — Hier bedeutet *populus* offenbar schon die nicht ritterbürtige Bürgerschaft, den eigentlichen Bürgerstand. Es scheint, daß man die Geschlechter zuweilen auch *generosi* genannt hat. Kölner Gedicht aus 13. sec. V, 108. bei Lacomblet, Archiv, II, 368. *nunc has ornatas generosis ante ferebant*.

1) von Arr, I, 454.

2) Glosener, p. 99. Königshoven, p. 301. Vergl. oben §. 47.

3) Urk. von 1108 bei Leuckfeld, ant. Goslar. p. 111.

4) Fabula aus 8. sec. bei Eckhart, I, 866 u. 891.

5) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 266—268.

in Lübeck, Breslau, Hainau u. a. m. ⁶⁾. Daß aber diese *seniores* nicht von ihrem Alter so genannt worden sind, geht aus dem Umstande hervor, daß sich unter ihnen auch Jünglinge (*juvenes*) ⁷⁾ und Kaufleute befanden ⁸⁾. Die *seniores* müssen demnach auch in den Städten freie Grundherren gewesen sein. Und sie wurden daher auch im späteren Mittelalter noch Herren oder *domini* genannt (§. 365). Und als Ritterbürtige wurden sie auch *Eble*, *nobiles*, edle Geschlechter und die edle Gemeinde genannt, z. B. in Köln, Dürkheim, Freiburg, Basel und Winterthur ⁹⁾. Seitdem sich auch noch andere Leute in der Stadtmart angesiedelt hatten, welche, da sie nur ein geringes oder gar kein Besitzthum hatten, nicht markberechtigt, also nicht vollberechtigt waren, seitdem nannte man die Stadtmartgenossen oder die vollberechtigten Bürger öfters auch die Reichen oder die erbgesessenen Leute, sodann die Mächtigen, die Mächtigeren, die Bornehmen, die Angesehenen, die Besseren oder auch die Besten und, da man die Reichen, wie schon bei den alten Griechen ¹⁰⁾, für angesehenen, für verständiger, klüger und für tüchtiger hielt, die Klugen, Weisen und die Weisesten oder Wittigsten (§. 447), oder auch die ehrbaren, tüchtigen und zuverlässigen Leute. In Köln z. B. nannte man sie abwechselnd

6) Urk. von 1353 bei L. u. St., p. 570. — *eligere possunt et debent alios consules — eligi sex persone, quarum tres esse debent de numero seniorum*. — Urk. von 1292, eod. p. 417. *ceterique seniores concives ibidem*. Vergl. die folgenden Noten.

7) Urk. von 1306 bei L. u. St. p. 480. — *qui tunc consules civitatis — Conrade juvene Plessil* — aus den *seniores* sollten nämlich die consules gewählt werden (Urk. von 1353). Daher wurden auch die consules unter den *seniores* begriffen (Urk. von 1292 in voriger Note). Und da unter diesen *seniores* oder consules auch *juvenes* genannt werden, so können die *seniores* keine alte Herren gewesen sein. Vergl. Grünhagen, Breslau p. 27 ff.

8) Urk. von 1353 bei L. u. St., p. 570. — *de numero seniorum seu mercatorum*. —

9) Im Stadtrecht von Freiburg von 1293 bei Schreiber, I, 132 werden neben einander genannt — „den edeln — den forflüten — den „antwerflüten.“ Vergl. oben §. 55, 228—230.

10a) Aristoteles, polit., IV, c. 8. Andere c. 6.

die Reichen (die Reichsten), ihre Genossenschaft also die Reicherzucht, sodann die *potentes*, *potentiores* und *potentes cives*, die *meliores* und *saniores de civitate*, die *maiores civitatis* (§. 47 u. 55) und die Höchsten und Besten von der Stadt („die Hoisten und Besten van der stat“)¹⁰⁾; in Wien ebenfalls die Reichen oder die Erbbürger und man unterschied sie, wie in Freiburg die Edelen, von den Kaufleuten und von den gemeinen Handwerkern¹¹⁾; in Ehenheim im Elsaß *potentiores universitatis* und *potiores cives*¹²⁾; in Goslar *optimi cives* und *nominatissimi cives*¹³⁾, in Stade *optimi cives*¹⁴⁾; in Magdeburg *optimi civitatis*¹⁵⁾, die weisesten Leute, *sapientes* oder die Weisesten¹⁶⁾; in Lübeck die Reichen, *divites* und *personae altae*¹⁷⁾ und die *maiores* und *maiores sive seniores*¹⁸⁾; in Wien *honestiores et divites* und *potentiores cives civitatis*¹⁹⁾; in Wiener Neustadt *meliores civitatis*²⁰⁾; in Straßburg *cives maiores*, *cives meliores et sapientiores*, *cives civitatis meliores et honorabiliores*²¹⁾; in Worms *meliores de civitate* und *meliores de civibus*²²⁾; in Hörter *prudenciores civitatis*²³⁾;

10) Sagen, V, 1181, 1225, 1317, 1388 u. 1386.

11) Urf. von 1396 bei Hormayr, Wien, I. Bd. II, Urf. p. 87. Vergl. oben §. 227.

12) Urf. von 1312 bei Schoepflin, II, 101.

13) Urf. von 1108 u. 1159 bei Leuckfeld, ant. Goslar. p. 110 u. 161.

14) Privilegium von 1209 bei Pufendorf, II, 152.

15) Dietmar, chron. I. c. 7 bei Pertz, V, 738. circa an. 930.

16) Urf. von 1261 §. 1 und von 1304, pr. u. §. 1. bei L. u. St. p. 351 u. 449. Zwei Urf. aus 13. sec. bei Leuckfeld, antiqu. Praemonstr. Magd. p. 104 u. 105.

17) Freiheitsbrief von 1188 im Lüb. Urfb. I, 9. und bei Michelsen, I, 3.

18) Urf. von 1265 u. 1266 im Lüb. Urfb. I, 266, 272 u. 273.

19) Stadtr. von 1221 §. 21 bei Gaupp, II, 243. und Stadtr. von 1278 bei Lambacher. p. 148 u. 161.

20) Stadtrecht c. 7 bei von Würth, p. 60.

21) Grandidier, II, 86.

22) Annal. Worm. ad 1249 bei Boehmer, fontes, II, 186.

23) Urf. von 1347 bei Sigand, denkwürdige Beitr. p. 164.

in Stendal die Reichen (*divites*) und *burgenses maiores* ²⁴); in Ruppin *viri discretiores* ²⁵); in Nordhausen *discretiores de civitate* und die Weisesten der Stadt ²⁶); in Augsburg *cives discreti et idonei* und die Besten und Wizzigsten ²⁷); in Andertnach *ditiores, potentiores, meliores und prudentiores* ²⁸); in Lucern die Reichen (*Reiche und reiche Bürger*) ²⁹); in Frankfurt *viri idonei et discreti* ³⁰); in Ulm *honesti, discreti* und ehrbare Männer ³¹); in Hamburg u. a. m. erbgeseßene oder geerbte Bürger (§. 227). Oesters führten aber die Stadtmarkgenossen auch noch den alten Namen *Nachbarn*, z. B. *Nachbure* in Mühlhausen ³²), *Nachbure* in Mittenwalde in der Mark Brandenburg ³³), *Nachgebure* in Speier ³⁴) und in den französischen Städten *voisins* ³⁵) oder auch *Buren* oder *Bauern*. *Bur* oder *Buur*, *Gebur*, *Gibur*, *Ribur* u. s. w. nannte man nämlich jeden in Grund und Boden angeßenen und zu einer Markgemeinde gehörigen Mann. Es konnten demnach die Bauern eben sowohl wie die Bürger so heißen ³⁶) und auch die Bürgerversammlungen *Burdinge*, *Bursprachen*, *Bauerdinge* oder *Bauersprachen*, und die Gemeindegienste *Burwerke* genannt werden. Merkwürdig ist es nur, daß

24) Urf. von 1233 u. 1285 bei Lenz, I, 34 u. 128.

25) Zimmermann, I, 87 u. 115 in den Notizen.

26) Altes Stadtrecht bei Senckenberg, *vision. leg.* p. 327 u. 341.

27) Stadtr. art. 3 bei Walch, IV, 26. Urf. von 1316 bei von Stetten, *Gesch. der Geschl.* p. 8 u. 369.

28) Urf. von 1171 bei Günther, I, 407 u. 408.

29) Segeßer, *Rechtsgesch. von Lucern*, B. 4 p. 139.

30) Urf. von 1227 u. 1236 bei Böhmer, I, 50 u. 62.

31) Jäger, Ulm, p. 89—94.

32) Stadtr. aus 13. sec. bei Grasshof, p. 234.

33) Urf. von 1427 bei Gerden, *cod. dipl. Brand.* VII, 311.

34) Rathschluß von 1328 §. 57 bei Lehmann, p. 287.

35) Meine Einleitung zur *Gesch. der Mark- u. Verf.* p. 71. *Meine Gesch. der Dorfverf.* I, 102—103.

36) Glossen aus 12. sec. in *Diutiska*, III, 156. *cives gebur*. Graff, III, 19. *gipuro, municeps.* — *gebur, civis*. Schmeller, *gloss. Sax.* p. 16 u. 81. *nâbûr, gibûr, vicinus*. Vergl. noch *Brem. Niederf. Wörterb.* I, 166 und *meine Gesch. der Dorfverf.* I, 103 u. 133.

die Benennungen Bur oder Bauer und Bürger zuweilen neben einander in einer und derselben Stadt vorkommen, z. B. in Berlin und Köln³⁷⁾, in Königsberg³⁸⁾, in Magdeburg³⁹⁾, in Regensburg⁴⁰⁾ u. a. m. Unter diesen in derselben Stadt neben den Bürgern ansässigen Bauern, welche unter den Bürgern mitbegriffen worden sind, können demnach nur solche Bürger verstanden werden, welche den Ackerbau noch in eigener Person betrieben, welche also weder zu den Handwerkern noch zu jenen alten Geschlechtern, die sich nicht mehr selbst mit dem Ackerbau befaßten, gehört haben. Da sich nun ursprünglich die meisten Stadtbürger, auch die alten freien Geschlechter, mit dem Feldbau zu beschäftigen pflegten, und daher auch die Stadtbürger zuweilen Buren genannt werden sind, so kann der erwähnte Unterschied zwischen Bürgern und Buren erst im späteren Mittelalter entstanden sein, als bereits die alten Geschlechter begonnen hatten sich von den Feldarbeiten zurückzuziehen und wie die Edelleute auf dem Lande ihre Felder durch Colonen oder Pächter bewirthschaften zu lassen.

3. Beisassen.

§. 234.

Ursprünglich hat es wie in den Dörfern eben so wenig in den Städten Einwohner gegeben, welche ohne selbst Bürger zu sein dennoch zur Gemeinde gehört haben. Ursprünglich waren und hießen nämlich alle in der Stadt in Grund und Boden angefessenen

37) Urf. von 1338 bei Gerden, cod. Brand. III, 102. „beyde van den guderhanden luden van borghern und van Buren.“ Aus dem Zusammenhang folgt, daß hier unter den Buren Stadtbürger verstanden werden müssen. Vergl. noch Zimmermann, I, 61 u. 62.

38) Urf. von 1336 bei Gerden, III, 167. „di dar sithen in vnser stat zu Kongsberg, di darin burger und bure sin.“

39) Nach einem alten Autor aus dem 14. sec., Wurm bei Tzschoppe u. Stenzel, Urff. p. 228. „so lewtet man czu dem Bawerdinge drei Stunt, dorozu sal eyn iclicher der Burger unde Gebawer seyn und Bawermol dorynne heben czu dem Bawerdinge komen.“

40) Im Jahre 1485 nach Gemeiner, III, 700.

Leute Bürger. Die Haus- und Hofdiener, zu welchen auch die Handwerker gehört haben, wohnten noch im Hause oder Hofe ihrer Herrschaft, gehörten demnach nebst den unverheiratheten Kindern zur Familie ihrer Herrschaft oder ihres Vaters. Sie kamen daher, da sie keine selbständige Wohnung in der Stadt hatten, in der Stadtmargemeinde gar nicht in Betracht. Andere in der Stadtmargemeinde angesessene Leute hat es aber in den alten Städten keine gegeben. Es konnte demnach auch noch keine Einsassen oder Beisassen an der Seite der Bürger geben¹⁾. Erst seitdem freie und hörige Leute, durch den in den Städten entstandenen freien Verkehr angezogen, in den Städten zusammenströmten und sich daselbst niederließen ohne Grundbesitz mit Marknuzungen zu erwerben entstand an der Seite der Bürger eine eigene Klasse von Einwohnern. Alle diejenigen nämlich, welche kein selbständiges vollberechtigtes Besizthum erwerben und daher nicht ins Bürgerrecht selbst aufgenommen werden konnten, ließen sich auf dem Besizthum eines Stadtbürgers oder der Stadtgemeinde selbst nieder und wurden dadurch Hinterlassen oder Schutzhörige desjenigen, auf dessen Grund und Boden sie sich niedergelassen hatten. Als Hinterlassen oder Schutzhörige eines Stadtbürgers oder der Gemeinde selbst haben sie aber zur Stadtgemeinde, wenn auch nur mittelbar gehört. Seitdem daher die Hörigkeit abgeschafft worden und das alte Schutzverhältniß verschwunden war, seitdem sind dieselben in ein unmittelbares Verhältniß zur Stadt gekommen und dadurch unmittelbare Angehörige der Gemeinde, also im weiteren Sinne des Wortes selbst Gemeindeglieder geworden. Und man nannte sie sodann Beisassen oder Schutzverwandte, um sie von den eigentlichen Bürgern zu unterscheiden.

Die Beisassen haben aus sehr verschiedenen Elementen bestanden. Ihre Benennung war demnach sehr verschieden, verschieden nicht bloß in den verschiedenen Städten, sondern öfters sogar in einer und derselben Stadt. Man nannte sie, wenn sie nur ein Häuschen oder eine Hütte ohne ein anderes Besizthum erworben hatten, Häusler, Hausfess oder Häuslinge, oder auch z. B. in Strausberg Bündner²⁾ und, wenn sie einen bloßen Garten oder

1) Meine Gesch. der Dorfverfassung, I, 185 ff. Vergl. oben S. 33 u. 102.

2) Daher werden in Strausberg Bürgerhäuser und Bündnerhäuser von

eine Selben besaßen, Sedemer³⁾, Sadenleute (Sadenlute)⁴⁾ oder Selbner, Soldner oder Selber, z. B. in Klein Basel und Kolmar⁵⁾, in der Wiener Neustadt⁶⁾, in Augsburg⁷⁾, und in Frauenfeld, wo zum Unterschiede von ihnen die bloßen Mietsleute oder Ingeessenen Ingomen genannt worden sind⁸⁾. Eine sehr verbreitete Benennung war auch Schußverwandte, Schirmverwandte und Zugethane, weil sie ein Schußgeld entrichten mußten, dafür aber auch von der Stadt geschützt wurden und gewisse Gewerbe, zu denen das Bürgerrecht nicht nothwendig war, treiben durften⁹⁾. Wenn sie entweder gar kein Besitzthum oder wenigstens keinen selbständigen Grundbesitz hatten, nannte man sie Unbeerbte Einwohner (inhabitantes non hereditati oder incolae non hereditati) z. B. in Namslau¹⁰⁾, ungerate Leute im Gegensatz der Haus- und Hofbesitzer, z. B. in Augsburg¹¹⁾ oder arme Leute (pauperes) im Gegensatz der Reichen oder der vollberechtigten Grundbesitzer, z. B. in Lübeck¹²⁾, in

einander unterschieden, nach von Lancizolle, Grundzüge der Gesch. der deutschen Städte, p. 29. Not.

3) Haltans, p. 582.

4) Urf. von 1355 u. 1360 bei Böhmer, Frankf. Urkb. I, 668 u. 671. Kirchner, I, 628 u. 629.

5) Urf. von 1340 u. 1365 bei Heusler, p. 358 f. „ein burger mit ein „bürger und ein selber mit ein selber.“

6) Stadtrecht bei von Wirth, p. 79. „Es sein soldner oder Burger, „mer vnd peßer recht haben schullen, dann den geß oder den frömden, „die auß der Stat gesezzen sind.“

7) Stadtrecht bei Lori, p. 4. „So jemannts ain Sölbe besizet jar und „Tag.“ —

8) Stadtrecht von Frauenfeld von 1331, §. 1, 7, 9 u. 19 bei Schauberg, Zeitschrift II, 117.

9) Straßburger Almosen Ordnung von 1575 bei Mone, I, 154. „alle ire „burger, inwoner, schirmsverwandte, angehörige und zugethane.“ — Eichhorn, Priv. R. §. 376. Haubold, Sächs. Pr. R. §. 412.

10) Urf. von 1270 u. 1333 bei L. u. St. 382 u. 536.

11) Stadtr. von 1276 bei Freyberg, p. 52. „Swär ein vngeraten man „ist. vnde weder Hus noch Hof hat.“

12) Urf. von 1188 u. 1226 im Lüb. Urkb. I, 11 u. 47.

Straßburg ¹³⁾, und in Köln ¹⁴⁾, sodann niedere, geringe oder dienende Leute (*personae humiles* oder mittlern Leute oder „einvaltige Manne“ im Gegensatz der *meliores civitatis* ¹⁵⁾, *personae servientes vel leviores* im Gegensatz der *cives potentiores* und *divites*) ¹⁶⁾, *personae humiles* und *parvae* ¹⁷⁾, *impotentes*, *populares* und *populares civitatis*) ¹⁸⁾, oder auch Tagelöhner, z. B. in Basel, Thäuner, Tauner oder Taumer ¹⁹⁾. Da dieselben mit zur Gemeinde gehörten ohne doch das volle Bürgerrecht zu besitzen, so nannte man sie öfters auch geringe Bürger (*cives minores* z. B. in Köln ²⁰⁾ und *burgenses minores* in Freiburg im Uechtland) ²¹⁾, oder auch dienende und diensthörige Bürger z. B. in Augsburg *cives servilis conditionis* ²²⁾. An und für sich stand zwar die Hörigkeit, wie wir gesehen, mit dem Bürgerrechte keineswegs in Widerspruch. Ursprünglich waren in den grundherrlichen Städten alle Bürger hörig und in den gemischten sehr viele. Seitdem jedoch die Freiheit der Stadtbürger zur Regel geworden war, hat sich dieses geändert (§. 23, 24 u. 100—102). Denn es konnten sodann nur noch freie Leute Bürger sein. Dies hinderte jedoch diese nicht auf ihren Besitzungen dienende oder diensthörige Leute zu haben und durch sie ihre Ländereien bauen zu lassen. Und diese nannte man sodann hie und da, da sie als Hinterlassen eines Bürgers zur Gemeinde gehörten, dienende oder diensthörige Bürger, zum Unterschiede von den wirklichen Bürgern, welche nun, wie bemerkt, freie Leute waren.

13) Urk. von 1261 bei Schoepflin, I, 434.

14) Urk. von 1159 in Quellen, I, 551. — *dives aut pauper*. — Urk. von 1258 u. 1259 bei Lacomblet, II, 245 u. 258.

15) Stadtrecht von Wiener Neustadt bei von Würth, p. 60.

16) Stadtrecht von Wien von 1221 §. 21 bei Gaupp, II, 243.

17) Privilegium von 1188 u. 1226 im Lüb. Urkb. I, 11 u. 47.

18) Schiedsspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 245 u. 250. Urk. von 1276 bei Clasen, Schreinspraxis p. 66.

19) Rathsbeschluß von 1475 bei Dörs, IV, 300. „es mögen Thäuner oder andere dergleichen hier säßhafte Frauen oder Männer seyn.“ Vergl. Stalder, I, 259. und Schmid, Schwäb. Wörterb. p. 121.

20) Urk. von 1264 bei Securis, p. 97.

21) Urk. von 1179 bei Dörs, I, 494.

22) Urk. von 1251 bei Stetten, Gesch. der Geschl. p. 15 u. 16. bei Freyberg, teutsch. Rechtsalt. p. IX.

Von dem bloßen Wohnen in 'der Stadt nannte man diejenigen Bewohner einer Stadt, welche das Bürgerrecht nicht hatten, zum Unterschiede von den Bürgern, die Einwohner oder Einsassen, z. B. in Zürich²³⁾, in Bamberg²⁴⁾ und in Wien²⁵⁾, sodann inhabitatores z. B. in der Stadt Breben in Westphalen²⁶⁾, incolae civitatis z. B. in Wiener Neustadt²⁷⁾, ferner Beisassener z. B. in Mainz²⁸⁾, Inleute, Insaßen, Einsessen, Freisessen und inquilini z. B. in Regensburg und in anderen Bairischen Städten²⁹⁾, oder auch unbehauste Bürger, Hausgenossen oder Inwohner z. B. in Schläiz³⁰⁾ und Alstedt³¹⁾. Endlich nannte man diese Beisassen und Einsassen öfters auch Hoffessen z. B. in Straßburg³²⁾, dann Hinterassen oder Hintersiedel z. B. in Basel³³⁾, in Lucern³⁴⁾, in Bam-

23) Richtbrief, I, 15. „Wa ein burger den andern burger alb der in „der Stadt wonend ist“ — vergl. noch eod. I, 16, 17, IV, 16 u. 33. — „swa behein burger alb der in diesem gericht geßeßen ist.“

24) Stadtrecht, §. 434, 435 u. 437 bei Zoepfl, p. 120—123. „Inwoner „oder Burger — Bürger oder geßeßen Leut.“ —

25) Rudolfs Handfeste bei Senckenberg, sel. jur. IV, 445 u. 454. „alle purger und inwonender — unser purger oder inwonern.“

26) Urf. von 1252 bei Niesert, Münster. Urfb. I, 2. p. 501. — in opido nemo recipietur inhabitator ut civis.

27) Stadtrecht c. 55 bei Wirth, p. 78. sunt incolae civitatis, plus juris habeant, quam extranei civitatis.

28) Urf. von 1430 §. 42 bei Mone, VII, 17. — „burger oder bißwon- „ner.“

29) Schmeller, I, 71, 72, III, 286. Urf. von 1304 in Mon. Boic. XII, 154. inquilini qui vulgariter dicuntur Inlent.

30) Statut, art. 19 bei Walch, VIII, 94 u. 95.

31) Statut, art. 10 u. 11 bei Walch, VI, 205 u. 206.

32) Urf. von 1299, 1308, 1337, 1362 u. 1364 bei Mone, Zeitschr. V, 389—393. possessores, vulgariter dicendo hovesessen — und hofessen. Urf. von 1280, 1317 u. 1363 bei Schilter, de bonis laudemial. §. 48 u. 49 im Codex jur. Aleman. p. 396. Stadtrecht c. 37 bei Grandidier, II, 57.

33) Urf. von 1410 bei Dohs, III, 72. „sie seyen unsre Bürger oder Hin- „terßeßen.“

34) Stadtrecht im Geschichtsfreund, I, 163. „wan si (die burger) vnd swas „si hindersezen hant die vs ir gute mit lib vnd mit gute ir hin- „tersezen sint.“

berg ³⁵⁾ und in Weimar ³⁶⁾, indem sie in der That Hintersassen oder Hofhintersassen waren.

§. 235.

Die Beisassen waren nämlich ursprünglich sammt und sonders Hintersassen, Hintersiedel, Schutzhörige oder Schutzverwandte entweder der gesammten Bürgerschaft oder der einzelnen Bürger. Sie standen demnach, wenn auch nur mittelbar, im Gemeindeverbande und wurden, wie wir sehen werden, im weiteren Sinne des Wortes zur Gemeinde gerechnet.

Bei weitem die meisten freien und hörigen Leute, welche von dem freien Verkehr angezogen sich in den Städten niedergelassen hatten, siedelten sich in der gemeinen Stadtmark, also auf städtischem Grund und Boden an und wurden daher, wenn sie nicht ins Bürgerrecht selbst aufgenommen worden waren, Hintersassen oder Schutzhörige der gesammten Bürgerschaft. Ihre Rechte und Verbindlichkeiten beruhten im Ganzen genommen auf den Bedingungen, welche ihnen bei ihrer Niederlassung gesetzt worden waren. Sie konnten demnach hörige Colonen der Bürgerschaft oder auch hörige Handwerker und Künstler werden. Meistentheils wurden sie jedoch freie Hintersassen der Stadtgemeinde, indem ihnen gegen Entrichtung eines Grundzinses ein Hausplatz oder sonstiger Grund und Boden auf der städtischen Almende angewiesen zu werden pflegte. Zu diesen freien Hintersassen gehörten insgemein auch die freien Kaufleute, Künstler und Handwerker, welche sich, durch den freien Verkehr angezogen, in der Stadt niedergelassen hatten. Denn der Grund, warum diese ihre Herrschaft auf dem Lande verlassen und sich in der Stadt niedergelassen hatten, war eben die Hörigkeit oder Unfreiheit, welche sie an dem freien Betriebe ihres Gewerbes gehindert hatte. Sie sind demnach, wenigstens in der Regel, gewiß nicht wieder in eine neue Hörigkeit in der Stadt eingetreten. Sie haben sich vielmehr in den

35) Stadtrecht §. 184 bei Zoepfl, p. 52. „die hetten arm hinter ses auff dem landt.“

36) Stadtrecht von 1410 bei Walch, II, 84 „welch burger hintersiedel „oder gebuer Erbegut had in deme wickbilde.“ Vergl. oben über das Wort Bur §. 233.

Schutz der bereits durch den freien Verkehr reich und mächtig gewordenen Städte begeben und ſind, um von dieſem freien Verkehr ſelbſt Nutzen zu ziehen, ihre freien Hinterſaſſen oder Schutzverwandten geworden und daher inſgemein auch Schutzverwandte oder Schutzbürger oder auch ſelbſt Bürger und Mitbürger (*conciues*) genannt worden¹⁾, öfters aber auch Söldner oder *incolae civitatis*²⁾. Meſtentheils wurden indeſſen die Handwerker als bloße Bei- oder Hinterſaſſen den Bürgern entgegegeſetzt, z. B. in Bamberg³⁾. Bei- oder Hinterſaſſen waren übrigens die Handwerker auch dann, wenn ſie Grundbeſitz, aber nur zinspflichtigen oder ſonſt abhängigen Grundbeſitz bei ihrer Niederlaſſung in der Stadt erhalten oder ſonſt erworben hatten, z. B. in Baſel. Denn nur durch den unabhängigen und abhängigen Grundbeſitz unterſcheiden ſich in Baſel u. a. m. die Bürger oder Geſchlechter von den Handwerkern oder Hinterſaſſen⁴⁾. Daher konnten auch die Handwerker Bürger und ſelbſt Geſchlechter werden, wenn ſie unabhängigen oder ſelbſtändigen Grundbeſitz erwarben und dadurch Markgenoſſen wurden (§. 228).

Zu dieſen freien Hinterſaſſen oder Schutzverwandten der Bürgerschaft gehörten nun außer den erwähnten Colonen, Handelsleuten, Künſtlern und Handwerkern auch noch alle jene hörigen und unfreien Leute, welche in die Stadt geflohen und daſelbſt Jahr und Tag anſäßig waren. Denn auch ſie ſollten unter dem gemeinen Stadtfrieden ſtehen und daher von dem Stadtrath und von den Gerichten geſchützt werden, z. B. in Lucern⁵⁾ u. a. m. Die in die Städte geflohenen Hörigen und Unfreien er-

1) Urk. von 1240 bei Wencker, collect. archiv. p. 644.

2) Stadtrecht von Wiener Neustadt, c. 55. bei Würth, p. 78. Vergl. den lateiniſchen Text mit dem altdeutſchen.

3) Stadtrecht, §. 392, 407 u. 430 bei Zoepfl, p. 109 ff. „ez ſei purger „oder hantwerkman.“ — „Er ſey Burger Hantwerker Zuwoner noch „knecht.“

4) Vergl. Heusler, p. 169—175.

5) Altes Bürgerbuch zum Jahre 1357 bei Segeffer, Rechtsgeſch. von Lucern, I, 191. Not. „Daz eins iſſlichs burgers knecht vnd gefinde, geſſe „die iar vnd tag gedinget ſint, burgerrecht vor dem Rat vnd an „dem gericht hand.“

hielten demnach wohl Jahr und Tag nach ihrer Niederlassung in der Stadt ihre persönliche Freiheit mit allen damit verbundenen Rechten, also insbesondere auch mit dem Rechte des freien Verkehrs und mit dem Schutze in diesen Rechten. Antheil an der gemeinen Mark und an den damit verbundenen Rechten erhielten sie jedoch dadurch noch nicht. Denn zu dem Ende war der Erwerb von Grund und Boden mit Marknutzung und die Aufnahme in die Stadtmargenossenschaft nothwendig (§. 369). Daher nannte man alle diejenigen, welche in der Stadt ansässig waren ohne in die Stadtmargemeinde, also ins volle Bürgerrecht aufgenommen worden zu sein, Schutzverwandte, zuweilen auch Schutzbürger. Und das auch ihnen zuweilen zugestandene Bürgerrecht war nichts anderes als ein bloßes Schutzbürgerrecht.

§. 236.

Zu den Schutzverwandten oder Schutzbürgern gehörten in vielen Städten auch die Juden. In vielen Städten durften sie nämlich, wie die Stadtrechte und Urkunden sagen, als Bürger aufgenommen werden z. B. in Speier ¹⁾, in Worms ²⁾, in Mainz ³⁾, in Frankfurt ⁴⁾, in Köln ⁵⁾, in Lindau ⁶⁾, in Lucern ⁷⁾,

1) Urk. von 1347 bei Lehmann, p. 699. „Daß sie empfangen mögent zu Bürgern in ihr Stadt Juden welche des begehren.“ —

2) Urk. von 1298 bei Boehmer, font. II, 240. „Daz wir den rat nit hindern sulen swanne sie wellen — juden ze burger emphahen.“ Urk. von 1288, art. 6 bei Schannat, II, 145.

3) Urk. von 1365, 1469 u. 1470 bei Schaab, Gesch. der Juden in Mainz, p. 99, 101, 128 u. 129.

4) Statut von 1352 c. 56 bei Senckenberg, sel. jur. I, 53. Kriegt, p. 452 ff.

5) Urk. von 1331 bei Lacomblet, III, 209.

6) Meine ungedruckte Chronik von Lindau ad 1413. „In diesem jar wurde Leo der Jud von Baden zu burger alhie angenommen mit allen rechten als andere juden alhie zu Lindaw burger sind, sollt alle jar zu steür geben einen Rheinischen gulden vnd zwei Rheinisch gulden an die wacht, vnd 10 johann an ein Armbrust.“

7) Altes Bürgerbuch bei Segeßer, I, 191. „der dien juden, die vnser burger sint, tehein leit tut mit Worten oder mit Werken in der Stat alder vor, der muß daz bessern als ein andern burger.“

in Basel aber nur auf eine bestimmte Zeit ⁸⁾, in Zürich ⁹⁾, in Ulm ¹⁰⁾, in Wimpfen ¹¹⁾, in Regensburg ¹²⁾, in Berlin ¹³⁾, in Stendal ¹⁴⁾ u. a. m., in Mittenwalde in der Mark Brandenburg jedoch immer nur vier Juden ¹⁵⁾ und in Görlitz nur zwölf ¹⁶⁾.

Allein das volle Bürgerrecht erhielten sie darum in der Regel doch nicht. Sie kamen vielmehr durch die Aufnahme ins Bürgerrecht meistens nur unter den Schutz und Schirm der Stadtgemeinde und des Stadtraths, und mußten dafür der Stadt ein bestimmtes Schutzgeld entrichten, z. B. in Basel ¹⁷⁾, in Köln ¹⁸⁾, in Augsburg ¹⁹⁾, in Stendal ²⁰⁾, in Berlin ²¹⁾, in Salzwehel ²²⁾, in Prenzlau ²³⁾, in Regensburg ²⁴⁾, in Ulm ²⁵⁾, in Schwäbisch Hall ²⁶⁾, in Hörter ²⁷⁾, in Lindau, in Halle u. a. m. ²⁸⁾.

8) Heusler, p. 262. Urf. von 1382 u. 1386 bei Ochs, II, 446. — „in „unsrer Stette Schirm und Trostung.“ —

9) Urf. von 1335 u. 1397 bei Bluntschli, I, 150. Not.

10) Jäger, Ulm, p. 398 u. 399.

11) Urf. von 1332 bei Moser, Reichsf. Handbuch, II, 893.

12) Gemeiner, Chron. I, 317, 328 u. 538. II, 14.

13) Im 15. sec. nach Fidicin, III, 134, 169 u. 171.

14) Urf. von 1297 bei Bedmann, V, 1. 2. p. 204. *judei communi jure gaudeant civitatis, et a consulibus tanquam burgenses eorum proprii teneantur.* Vergl. noch p. 205.

15) Urf. von 1336 bei Gerden, cod. Brand. VI, 530.

16) T. u. St. p. 251.

17) Urf. von 1390 bei Ochs, II, 323. „Die Basler mögen 14 Jahre lang „alle Juden, die bey ihnen wohnhaft sind, in haben, halten, „schützen, schirmen und deren genießen.“ Vergl. noch Urf. von „1366 u. 1385, eod. II, 322 u. 446.

18) Urf. von 1331 bei Lacomblet, III, 209.

19) Urf. von 1298 bei Stetten, Gesch. der Geschl. p. 379.

20) Urf. von 1351 bei Gerden, vet. march. I, 103. „Dat si in vse Stat „tu Stendal Joden nemen mogen tu beschermene vnd tu verbe- „dingen liß andnern vsen borgern.“

21) Fidicin, III, 54.

22) Urf. von 1349 bei Gerden, vet. march. I, 324.

23) Urf. von 1355 bei Gerden, cod. Brand. VI, 512.

24) Gemeiner, I, 317 u. 328.

25) Jäger, p. 396 ff.

26) Wallordnung von 1340 bei Königsthal, I, 2. p. 6. „Das sie die ju- „denn schirmen schützen vnd sizen sollene lassenn.“ —

Sie mußten ferner getrennt von den übrigen Bürgern in der Judengasse wohnen, und wurden daselbst, namentlich auch in Berlin, jeden Abend eingeschlossen und bewacht (§. 182).

In manchen Städten mußten sie sogar ein eigenes Judenzeichen, z. B. einen gelben Ring, tragen²⁷⁾. Von einem vollen Bürgerrechte konnte demnach doch nicht wohl bei ihnen die Rede sein. Sie waren vielmehr auch in jenen Städten, in welchen ihnen das Bürgerrecht verliehen worden war, bloße Schutzbürger, also sogenannte Schutzjuden. Sie sollten daher in Speier Eigene der Stadt sein²⁸⁾. Und in Worms nannten sich die Juden selbst, und zwar noch im 17. Jahrhundert, des Raths Leibsangehörige²⁹⁾. Oefters wurden sie auch zum Unterschiede von den wirklichen Bürgern Judenbürger genannt, z. B. in Landau³⁰⁾.

Die Rechte der Schutzjuden waren nun sehr verschieden in den verschiedenen Städten. Meistentheils hatten sie aber in früheren Zeiten größere Rechte als in späteren. Denn fast allenthalben durften sie Grundbesitz erwerben, z. B. in Speier³¹⁾, in Berlin und Köln³²⁾, in Salzwedel³³⁾, in Schweidnitz³⁴⁾, in Köln

27) Wigand, Norv. Gesch. I, 334.

28) Haltans, p. 1045.

29) Chronik von Augsburg, I, 322, II, 374 — 376. Gengler, cod. jur. munic. I, 89.

30) Privilegium Kaiser Karls IV. bei Lehmann, p. 768. „Daß alle Juden „so zu Speyr wohnen oder wohnen wollen, eigen in der Stadt Nutz „mit Leib und Gut ergeben seyn sollen.“

31) Apologie der Stadt Worms, p. 52.

32) Urf. aus 14. sec. bei Mone, III, 302.

33) Urf. von 1090 bei Remling, Urkb. von Speier, p. 65 f. de rebus eorum, quas jure hereditario possident in areis, in casis, in ortis, in vineis, in agris, in mancipiis. —

34) Urf. von 1320 bei Föbich, II, 20 u. 21. omnes nostros judeos divites et egenos in dictis civitatibus hereditatem propriam habentes — omnes nostros vulgares, hoc est communes judeos, propriam hereditatem in dictis civitatibus non habentes. —

35) Urf. von 1349 bei Gerden, vet. march. I, 324.

36) Urf. von 1285 bei L. u. St. p. 403.

am Rhein ³⁷⁾, in Frankfurt a. M. ³⁸⁾, in Wien ³⁹⁾, in Regensburg ⁴⁰⁾, in Zürich ⁴¹⁾, in Würzburg ⁴²⁾, in Heidelberg vor ihrer Vertreibung ⁴³⁾ u. a. m. In Köln am Rhein hatten die Juden sogar eigene Schreinsbücher im Schreine von St. Lorenz, in welche die Ankäufe und Vererbungen ihres Häuser- und sonstigen Grundbesitzes eingetragen werden mußten ⁴⁴⁾. In vielen Städten wurde ihnen der Handel mit Gold und Silber gestattet, öfters sogar der Wechselverkehr verpachtet (§. 78) oder auch umsonst überlassen z. B. in Ulm ⁴⁵⁾. Allenthalben war aber der Wucher in ihren Händen, indem die Juden den kanonischen Zinsverböten nicht unterworfen, meistentheils sogar ausdrücklich von den Wucherverböten ausgenommen waren ⁴⁶⁾. Eine Begünstigung, welche jedoch, wie die Begünstigungen so oft, zu ihrem größten Nachtheil — zu den späteren Verfolgungen und in vielen Städten zu ihrer Vertreibung geführt hat. Das volle Bürgerrecht erhielten sie indessen auch in früheren Zeiten in der Regel gewiß nicht. In den meisten Städten waren sie sogar vielen Beschränkungen unterworfen, z. B. in Ulm ⁴⁷⁾, in Köln ⁴⁸⁾, in Mainz ⁴⁹⁾, in Wien ⁵⁰⁾, in Augsburg ⁵¹⁾, in Wiener Neustadt ⁵²⁾, in München ⁵³⁾, in Lu-

37) Glaser, Schreinspr. p. 39. Urk. von 1352 bei Lacomblet, III, 413, — „guet erue ind varende haue“ — und Securis, p. 107.

38) Urk. von 1288 bei Böhmer, p. 240 u. 605. Kriegt, Bürgerzwiste, p. 447—448.

39) Urk. von 1238 bei von Hormayr, Wien, I, 2. Urkb. p. 22.

40) Urk. von 1210 u. 1230 bei Gemeiner, Ursprung von Regensb. p. 71 u. 74. Derselbe, Chron. I, 327.

41) Urk. von 1347 bei Bluntschli, I, 150. Not.

42) Urk. von 1180 u. 1183 bei Lang, regest. I, 311 u. 321.

43) Urk. von 1391 bei Wundt, Magazin für Kirchengesch. III, 388 u. 385.

44) Ennen, Gesch. I, 470 u. 473.

45) Jäger, p. 391, 392 u. 397.

46) Jäger, Ulm, p. 396. Vergl. §. 180.

47) Jäger, p. 397, 398 u. 400—402.

48) Ennen, Gesch. I, 475.

49) Vergl. Schaab, Gesch. der Juden in Mainz. Fast auf jeder Seite.

50) Freiheitsbriefe von 1237 u. 1278 bei Lambacher, II, 12 u. 159.

51) Stadtrecht von 1276 bei Freyberg, p. 39—41.

52) Stadtrecht, c. 109—111.

53) Stadtrecht §. 455.

cern ⁵⁴⁾, in den Schlesiſchen Städten ⁵⁵⁾ u. a. m. Merkwürdig iſt auch das Privilegium, welches die Bürger von Neutlingen im Jahre 1495 vom Kaiſer erhalten haben, das Privilegium nämlich keinen Juden zum Bürger oder Einſaſſen annehmen zu müſſen und die bereits angeſeſſenen Juden zum Auswandern zwingen zu dürfen ⁵⁶⁾.

Möglich war es jedoch, daß auch die Handwerker und Juden das volle Bürgerrecht erhielten, wenn ſie nämlich in Grund und Boden angeſeſſen und außerdem noch ins Bürgerrecht und zwar nicht bloß als Schutzbürger aufgenommen waren. Denn dann hatten ſie alle Eigenſchaften eines Stadtmarkgenoſſen und waren daher Vollbürger ſo gut wie alle anderen Bürger. Bei den Handwerkern kommt dieſes ſogar öfters vor. Längſt vor dem Siege der Zünfte wurden nicht bloß einzelne Handels- und Gewerbsleute ins Bürgerrecht aufgenommen, ſondern zumweilen ſogar ganze Zünfte, z. B. in Bremen die Tucher oder Tuchhändler ^{56a)}, in Baſel die Kaufleute, Weinhändler, Krämer und die Hausgenoſſen, welche daher auch in ſpäteren Zeiten noch den Geſchlechtern am nächſten ſtanden und den Titel Herrenzünfte geführt haben ^{56b)}, und wahrſcheinlich auch in Zürich die Großhändler, Wechſler, Goldſchmiede und Salzleute, weßhalb dieſelben bei der Brunſchen Neuerung mit der Conſtafel und nicht mit den Zünften vereinigt worden ſind ^{56c)}. Bei den Juden dagegen ſcheint dieſes äußerſt ſelten, meines Wiſſens nur allein in Köln, und auch dort nur eine Zeit lang der Fall geweſen zu ſein. Daher konnten aber damals auch die Juden in Köln Gemeindecämter bekleiden und insbeſondere auch Gemeindevorſteher (Burmeiſter oder *magistri vicinorum*) werden ⁵⁷⁾.

54) Segeſter, I, 191 u. 192.

55) L. u. St. p. 251.

56) Gayler, p. 132.

56a) Donandt, I, 246.

56b) Ochs, II, 110—118. Vergl. unten §. 317.

56c) Bluntschli I, 152 f. u. 154 f. Vergl. unten §. 318.

57) Zwei Urk. gegen das Jahr 1200 bei Föhne, Geſch. der Köln. Geſchl. I, 192. Not. — hoc factum eſt eo tempore, quo Egeberth, qui judeus fuit, et Hartwig erant magistri vicinorum parochie ſti Laurenzii. —

§. 237.

Endlich hat es auch in manchen Städten Edelleute, Priester und Klöster gegeben, welche nicht ins Bürgerrecht aufgenommen worden, sondern bloße Hinterlassen oder Schutzbürger waren. So gab es z. B. in Basel Edelleute und Priester, welche keine Bürger sondern Hinterlassen waren, und welche daher bei ihrer Aufnahme einen eigenen Eid schwören mußten¹⁾. Die edeln Hinterlassen hatten wie andere Schutzbürger ein Schirmgeld zu entrichten und außerdem noch Wächchendienste zu leisten²⁾. Als Hinterlassen waren sie jedoch steuerfrei (§. 377). Auch in Arau waren die in den Bann und in den Schutz der Stadt aufgenommenen Gotteshäuser und Klöster (in defensionem nostram recepimus) bloße Schutzbürger. Sie erhielten jedoch gleichen Antheil mit den Bürgern (utantur illis sicut et alii cives) an den Straßen und Wegen, Wassern und Mühlen, an Wunne und Weide, am Markt (fora) und an allen anderen Nutzungen der Gemeinmark (quocumque ad usum nostrum communem pertinent³⁾). Eben so hatte die in Basel ansässige Abtei Wettingen daselbst von Alters her das Schutzbürgerrecht⁴⁾. Und in Zürich mußten die Bürger sich zum Schutz und Schirm ihrer Gotteshäuser und Klöster ausdrücklich verpflichten und daß sie es thun wollten beschwören⁵⁾.

Wie andere Hinterlassen mußten auch die so eben erwähnten Hinterlassen und Schutzhörigen von ihrem Schirmherrn, also von dem Stadtrath und von der Gemeinde, geschützt und geschirmt, und daher auch bei auswärtigen Gerichten vertreten

1) Ochs, V, 170.

2) Rathserkenntniß von 1525 bei Ochs, V, 518 u. 519. „so auch jemand „von den Edeln ein Hinterläß bleiben, und ihm das Bürgerrecht „zu kaufen ungelogen seyn wollte, doch seinen haushäblichen Sitz hier „hätte, der soll jährlich der Stadt auf das Rachthaus vier Gulden „rheinish geben und mit denen von der hohen Stube, oder den „Vorstädten, so er darin geseßen, hüten und wachen.“

3) Urk. von 1270 bei Kopp, Gesch. II, 304. Not. 1.

4) Urk. von 1262 bei Ochs, I, 362.

5) Kopp, Gesch. II, 9 u. 36.

werden ⁶⁾. Als daher im Jahre 1404 eine Angehörige von Basel vor das Kaiserliche Hofgericht vorgeladen worden war, faßte der Stadtrath den Entschluß sich dagegen zu setzen und jene Frau auf Kosten der Stadt („in unseren Kosten und Schaden“) daselbst zu „verstehen, versprechen und zu verantworten“ ⁷⁾.

§. 238.

Sehr viele freie und hörige Leute siedelten sich indessen nicht in der gemeinen Stadtmark, sondern auf dem Grund und Boden eines Stadtbürgers an und waren demnach, wenn sie nicht ins Bürgerrecht selbst aufgenommen worden sind, Hintersassen oder Schutzhörige dieses Bürgers. Dahin gehörten vor Allem die Knechte und Mägde eines Bürgers und die übrige Dienerschaft desselben, z. B. in Bamberg ¹⁾, in Rain u. a. m. Der Herr mußte sie daher schützen und schirmen und, wenn es nöthig war, auch vor Gericht vertreten, z. B. in Freiberg ²⁾, in Augsburg ³⁾, in Regensburg ⁴⁾, in Wiehe ⁵⁾, in Rain ⁶⁾ u. a. m. Wie andere Hintersassen standen demnach auch sie, wenn auch nur mittelbar, unter dem Schutze des Stadtrathes und des Stadtgerichtes, z. B. in Lucern u. a. m. ⁷⁾. Eben dahin gehörten ferner die Colonen, durch welche die reichen Geschlechter, z. B. die Stolzhirche in Augsburg u. a. m. ihre in der Stadtmark liegenden Ländereien bauen ließen ⁸⁾. Man nannte daher diese Colonen in Augsburg *cives servilis conditionis* ⁹⁾, in Straßburg

6) Urk. von 1407 bei Dohs, III, 45. — „sie zu schirmen und zu handhaben zum Rechten gegen jedermann, gleich als andere unsre Bürger und Einsäßen.“ —

7) Rathschluß von 1404 bei Dohs, III, 180.

1) Stadtrecht §. 430 bei Zoepfl, p. 119.

2) Statut §. 65, 145 u. 147 bei Walch, III, 185.

3) Stadtbuch bei Stetten, Gesch. der Geschl. p. 371 a. G.

4) Verordn. von 1331 bei Gemeiner, I, 551.

5) Statut aus 15. sec. bei Walch, III, 57.

6) Stadtrecht von 1332 bei Lori p. 51.

7) Altes Bürgerbuch zu 1357 bei Segeßer, I, 191. Not.

8) Urk. von 1260, 1317 u. f. w. bei Stetten, Gesch. der Geschl. p. 16 f., 366 u. 384.

9) Urk. von 1251 bei Stetten, p. 15 u. 16. Vergl. oben §. 234.

Hoffessen, in Basel Hintersassen, in Lucern Hindersezen und in Weimar Hindersebel (§. 234), anderwärts aber arme Leute, z. B. die Hintersassen jenes reichen Kaufmanns in Verdün ¹⁰⁾, dann die Hintersassen in Ulmberg ¹¹⁾, in Bamberg ¹²⁾, in Eisenach ¹³⁾ u. a. m.

Auch diese Colonen und die anderen Hintersassen mußten von den Bürgern, deren Hintersassen sie waren, geschützt und geschützt und vor Gericht vertreten werden, z. B. in Augsburg ¹⁴⁾, in Rain ¹⁵⁾ u. a. m. Dieser Schutz und Schirm scheint jedoch mißbraucht worden zu sein. Darum ward z. B. in Hagenau verordnet, daß kein Bürger mehr seine Hintersassen oder andere Colonen gegen einen anderen Bürger schützen oder sonst unterstützen solle ¹⁶⁾. Auch folgt aus der so eben angeführten Verfügung des Stadtbuchs von Augsburg, daß auch dort Mißbrauch mit jenem Schutz und Schirm getrieben worden ist.

Zu den schutzhörigen Leuten der Bürger gehörten insbesondere auch die in den Städten sehr verbreiteten Mundmanne und Vogtleute z. B. in Nürnberg ¹⁷⁾, in Regensburg ¹⁸⁾, in Augsburg ¹⁹⁾, in Köln ²⁰⁾, in Worms ²¹⁾, in Speier ²²⁾, in München ²³⁾,

10) Von zwein Kaufmann, V. 922. bei Grimm, altd. Wälber, I, 65.
„lat mich sin ewern arm man.“

11) Stadtrecht bei Schenk, Sammlung, I, 9 u. 13.

12) Stadtrecht §. 184.

13) Chron. Thuring. bei Schoettgen et Kreysig, I, 90.

14) Stadtbuch bei Stetten, p. 371. „Es sol auch nieman den andern vor gericht versprechen ern si deann sin Mag oder sin aigen. oder sin Lehen oder sin gedingter Knecht. oder er si ze vff sinen aigen vff sinem Lipdinge oder vff sinem Zinslehen.“ —

15) Stadtrecht von 1332 bei Lori, p. 51.

16) Urk. von 1332 bei Schoepflin, I, 145. „Dy ensal kein burger keinen lantman schirmen, noch im beholfen sin, wider einen anderen burger.“ —

17) Privilegium von 1219, §. 1 u. 2 bei Gaupp, I, 177.

18) Privilegium von 1230 §. 17 u. 21 bei Gaupp, I, 170.

19) Urk. von 1284 u. 1303 bei Stetten, p. 372 u. 381 f.

20) Schiedsspruch von 1258 N. 19 bei Lacomblet, II, 164.

21) Urk. von 1287 bei Boehmer, fontes, II, 238.

22) Rathsbeschluß von 1328 §. 23 bei Lehmann, p. 285.

23) Stadtrecht, c. 117 bei Auer, p. 47.

in Passau ²⁴⁾, in Magdeburg ^{24a)}, in Wien ²⁵⁾, in Prag ²⁶⁾, in Trier u. a. m. Es gehörten zu ihnen namentlich auch die *mundilingi* in Speier, die *Jamundlinge* in Hamburg und Bremen und die übrigen *Mundiliones* und *Mundiculi* in anderen Städten ²⁷⁾, so wie jene armen Handwerker in Straßburg, welche um Schutz und Hülfe gegen ihre Gläubiger zu finden, sich in den Schutz irgend eines in der Stadt ansässigen Edelmanns begeben mußten („under den Edeln wart etlicher so hochtragende wen
„ime ein snider oder ein schuchmeister oder ein ander antwergman
„phennige hiesch so slug der Edelman den antwergman und gap
„ime streiche dran. Sus kunde under den antwergluten nieman
„wol bezalet werden er machte sich denne an einen edeln
„man in der stat dem er jores diene. also zu den dör-
„fern ein gebure sime herren dienet. der beschirmete
„den antwergman vor gewalte und half ime das er
„bezalet wart.“) ²⁸⁾. Die Mundmanne und anderen schutz-
hörigen Leute wohnten meistentheils auf dem Grund und Boden
ihres Schirmherrn, z. B. in Bern, Köln u. a. m. (§. 177). Und
wie andere freie und hörige Hinterlassen wurden auch sie von
ihrem Schirmherrn geschützt und geschirmt und so oft es nothwendig
war vor Gericht von ihm vertreten, z. B. in Worms ²⁹⁾, in Mün-
chen ³⁰⁾, in Augsburg ³¹⁾.

Dieser Schutz und Schirm wurde jedoch öfters mißbraucht. In Köln haben die reichen Bürger ihre Mundmanne für die geheimen Dienste, welche sie ihnen leisteten, sogar bei Vergehen unterstützt und dadurch jede Rechtspflege unmöglich gemacht. Dies

24) Stadtrechtsbuch bei Schmeller, II, 596.

24a) Urk. um 1150 bei Leudfeld, antiqu. Praemonstr. Magdeb. p. 64. ut nullo secularis persone mundiburdio se vel sua voluerit committere.

25) Stadtr. von 1278 bei Lambacher, II, 164.

26) Stadtrecht von 1287 §. 4 bei Rößler, p. 169.

27) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 53.

28) Königshoven, p. 304. Vergl. noch p. 305 und Alte Chronik, eod. p. 306 Not.

29) Urk. von 1287 bei Boehmer, font. II, 238.

30) Stadtrecht, c. 117.

31) Stadtrecht §. 81 bei Walch, IV, 108.

führte zu den bekannten Klagen und dann erst zur Abstellung jener Mißbräuche ³²⁾).

Für diesen Schutz mußten nun aber auch die Mundleute ihrem Schirmherrn (dem sogenannten Mundherren) helfen und ihn auf jegliche Weise unterstützen („helfen und stercken“ — „hine dienen odir geben“), so oft er es für nothwendig hielt ³³⁾. Denn sie waren seine Dienstleute und Vasallen ³⁴⁾ und bildeten daher seine stete Begleitung und sein bewaffnetes Gefolge, z. B. in Augsburg, wo dieses jedoch im Jahre 1303 nach dem damals stattgehabten Aufstande verboten worden ist ³⁵⁾. Eben so hatten die Auer in Regensburg, ein altes und mächtiges Geschlecht jener Stadt, eine aus ihren Vasallen und Mundmannen bestehende zahlreiche Leibwache, und zogen öfters mit mehr als 40 Mundmannen zur Kirche ³⁶⁾. Auch in Straßburg ging kein Rathsherr, seit dem Siege der Zünfte im Jahre 1332 auch kein Rathsherr aus einer Zunft auf den Rath oder sonst über die Straße ohne ein bewaffnetes Gefolge von zwei und mehr Leuten ³⁷⁾. Bei den fortwährenden

32) Schiedsspruch von 1258 Nr. 19 bei Lacomblet, II, 245. *Quod diversi cives divites et potentes recipiunt et recipere consueverunt populares et impotentes in suam protectionem, nominantes vulgari nomine Munt Man, ita quod quando tales populares delinquerunt, clandestina servitia dant ipsis potentibus, et ob hoc ipsorum excessus defendunt, sicque iurisdictio ipsius archiepiscopi perit. und eod. p. 250 Nr. 19. approbamus responsionem civium dicentes, quod nullum omnino iniuste defendere debent. Es wurde demnach bloß der Mißbrauch, keineswegs das Recht selbst abgeschafft.*

33) Arg. Augsburger Stadtbuch bei Stetten, p. 372. Friedebuch von Mainz §. 90 bei Mone, VII, 27.

34) Regensburg. Privilegium von 1280 §. 17. — *ut singuli potentes de civitate sua, qui vasallos sibi faciunt —, qui mundman vulgariter nominantur. Wormser Urk. von 1287 bei Beehmer, font. II, 238.*

35) Urk. von 1303 bei Stetten, p. 381. f. „Es sol auch unser kainer kainen Muntman haben, der im nach gange noch kainen Knecht „wer der sin Brot ezze.“

36) Gemeiner, Chron. I, 564.

37) Glosener, p. 102. „Welre ouch ein rotherre was, ez wer burger ober

Kämpfen der alten Geschlechter spielte dieses bewaffnete Gefolge eine oft nur zu blutige Rolle. Auch wurde dasselbe bei Aufständen benutzt, z. B. im Jahre 1303 in Augsburg (§. 131), in den Jahren 1349 und 1350 in Trier gegen den Erzbischof selbst³⁸⁾, in Regensburg aber zur Störung des Stadtfriedens (*ad turbandum pacem civitatis*)³⁹⁾, und in Köln, wie wir gesehen, zu noch anderen unrechtlichen Dingen (*clandestina servitia*). Daher wurde die Annahme von Mundmannen späterhin den Bürgern verboten, in den Reichsgesetzen und Landfrieden eben sowohl wie in den verschiedenen Stadtrechten von Augsburg, Nürnberg, Mainz, Speier, Passau, Regensburg, Magdeburg, Wien, Prag u. a. m.⁴⁰⁾. In Regensburg sollte sogar jeder, der sein eigen Brod aß, und einem anderen Mann nachging, gestraft werden, weil man ihn für einen Mundmann hielt⁴¹⁾.

Mit den Mundmannen wurden meistentheils auch die Bogteileute abgeschafft z. B. in Nürnberg⁴²⁾ und in Annweiler⁴³⁾, oder doch jenes Verhältniß dadurch unschädlich gemacht, daß die willkürliche Erhöhung (*coactio*) des althergebrachten Bogteidienstes (*certum et ab antiquo determinatum servitium*) verboten ward, z. B. in Regensburg⁴⁴⁾. Durch dieses veränderte Schutzverhältniß kamen nun auch die erwähnten Mundmänner und Bogtleute unter

„antwergman der gieng uf die Psalz, oder war er gienge, selbe dirte
„ober me, mit bangier unn mit swerten.“ Vgl. Königshoven,
p. 306.

38) Datt, de pace publ., cap. 14 Nr. 22 ff., p. 104 Brower, annal. Trevir. ad 1349 u. 1350, lib. 17 Nr. 142 u. 146, tom. II, 221 u. 222.

39) Regensburg. Privilegium cit. §. 17.

40) Reichsabschiede und Landfrieden von 1235 §. 9, von 1276, 1281 §. 15 und von 1287 §. 17 bei Pertz, IV, 315, 411, 433, 437, 449 u. 576. Augsb. Stadtrecht §. 80 u. 82 bei Walsch, IV, 108 u. 109. Friedebuch von Mainz bei Würdtwein, subs. dipl. XI, 375 u. bei Mone, VII, 27. Prager Stadtfrieden von 1287 §. 4 bei Rößler, p. 169. und die in den Noten 14 ff. angeführten Urkunden, Privilegien und Stadtrechte.

41) Gemeiner, I, 515.

42) Privilegium von 1219, §. 1 u. 2.

43) Stadtrecht von 1219 §. 3 bei Gaupp, I, 127.

44) Privilegium von 1230 §. 21.

den unmittelbaren Schutz der Stadt, wurden also ihre schutzhörige Hinterlassen, wenn sie nicht, wie dieses öfters der Fall war, in das Bürgerrecht selbst aufgenommen worden sind ⁴⁵⁾.

§. 239.

. Zu den Hinterlassen der Stadtbürger gehörten endlich auch noch die Hinterlassen der in der Stadt angesessenen Grundherren, wenn diese selbst Bürger waren. Denn wenn die Grundherren das Bürgerrecht nicht hatten, so waren ihre Hinterlassen entweder selbst Stadtbürger oder sie standen in gar keinem markgenossenschaftlichen Verbands mit der Stadt, gehörten demnach, ursprünglich wenigstens, gar nicht zur Stadtgemeinde. Zu den Letzteren gehörten insbesondere auch die hörigen Colonen der Ausmärker oder Forensen, sodann alle jene Schutzjuden, welche ohne in den Gemeindeverband aufgenommen worden zu sein Kaiserliche oder landesherrliche Schutzjuden waren, endlich die auf einem Fronhofe eines Nicht Bürgers in der Stadt wohnenden oder unter Hoffschutz stehenden Handwerker und anderen Gewerbsleute, wie z. B. in München die Hoffschutzbesreiten oder Hoffschützler u. a. m. ¹⁾. Dahin gehörten offenbar auch die in eines fremden Herren Schutz oder Diensten stehenden Handwerker, z. B. in Worms die verherreten Handwerker und Zunftmeister, welche daher auch nicht in den Rath der Sechszehner gewählt werden durften ²⁾. Dahin gehörten endlich auch diejenigen Handwerker, welche keine Bürger und keine Beisassen, aber doch in eine Zunft aufgenommen waren. Sie wurden daher auch in Basel Fremde im Gegensätze der heimischen Leute genannt ³⁾.

Ursprünglich sind demnach die Beisassen sammt und sonders Hinterlassen oder Schutzhörige entweder der Stadtbürger

45) Privilegium von Regensburg von 1230, §. 21. Vgl. oben §. 228.

1) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 333.

2) Brief von 1392 bei Schannat, hist. Worm. II, 207. „uz iglicher Zunftte einen bidermann unter ijn kiesen, der doch keinem Herrn zu dinste siße, oder angehore, — daz derselben (Zunftmeister) deheine verherret sij, oder deheine Herren zu dinste siße.“

3) Rathsschluß von 1401 bei Schö, III, 15.

oder der Gemeinde selbst gewesen. Denn wer nicht selbst Bürger oder Hinterfasse eines Bürgers oder der Stadtgemeinde war, der hat ursprünglich, auch wenn er in der Stadt wohnte, nicht zur Gemeinde gehört. Seit der Abschaffung der Hörigkeit und seit der veränderten Schutzherrschaft hat sich jedoch Alles dieses geändert. Denn es kamen nun alle Arten von Hinterfassen und Schutzhörigen unter den Schutz der Stadt selbst und zwar unter ihren unmittelbaren Schutz. Sie wurden demnach nun sammt und sonders Schutzverwandte der Stadt und daher mit vollem Recht Beifassen oder Beisiger oder Schutzverwandte genannt. Als Hinterfassen oder Schutzverwandte der Stadt gehörten sie aber nun sämmtlich zur Gemeinde und wurden auch, wie wir sehen werden, in Gegensatz zur Bürgerschaft die Gemeinde genannt.

4. Ausleute, Ausmärker, Ausbürger und Ehrenbürger.

§. 240.

Wer sich in einer Stadt aufhielt ohne daselbst Bürger oder Beifasse zu sein gehörte nicht zur Gemeinde. Er hatte demnach kein Recht auf den städtischen Schutz und konnte sogar genöthiget werden die Stadt wieder zu verlassen¹⁾. Denn er war und hieß ein Fremder (§. 33) und wurde daher auch zu den Ausleuten oder Gästen gerechnet, z. B. in Worms²⁾, in Speier³⁾, in München⁴⁾, in Rain⁵⁾, in Bielefeld⁶⁾ u. a. m. Zu ihnen gehörten insbesondere auch die in einer Stadt wohnenden Kaiserlichen oder

1) Züricher Richtebrief, IV, 16. „Ewa ein burger sin burgrecht vj git, „vnd doch in vnserre Stat wil wonhaft sin, der sol liden alle die ge- „sezebe vnd einunge vnd dū gerichte, dū ein burger liden sol vmb alle „sachen —. Swer des nicht tuon wil, der sol von der Stat „varn.“

2) Urf. von 1287 bei Boehmer, fontes, II, 238.

3) Rathsbeschluß von 1328 §. 25 u. 27 bei Lehmann, p. 285.

4) Stadtrecht art. 200 u. 359 bei Auer, p. 78 u. 139. Urf. von 1294 bei Bergmann, II, 10.

5) Stadtrecht von 1332 bei Lori, p. 51.

6) Burgersprache von 1578 bei Walch, III, 75.

landesherrlichen Schutzjuden, dann die im Hofschutz stehenden Handwerker und anderen Gewerbsleute, wenn dieselben von der Stadt weder als Schutzbürger noch als Beisassen aufgenommen worden waren (§. 239).

Auch die Ausmärker oder Forensen, welche zwar in der Stadtmark begütert waren, aber nicht darin wohnten, gehörten nicht zur Gemeinde. Denn zu dem Ende war, wie wir gesehen, eigener Rauch in der Stadt nothwendig ⁷⁾. Ursprünglich haben zu ihnen auch die in der Stadt wohnenden Hinterassen eines Ausmärkers gehört, wenn dieselben nicht selbst ins Bürgerrecht aufgenommen worden waren (§. 239).

Eine Ausnahme von der Regel des eigenen Rauches in den Städten machten die **Ausbürger**. So nannte man nämlich diejenigen Bürger, welche, gleichviel ob in der Stadt begütert oder nicht, in das Bürgerrecht einer Stadt aufgenommen worden waren, gegen die sonstige Regel auswärts wohnen und daselbst ihren Rauch haben durften. Man nannte sie öfters auch **Pfalbürger**, zumal im südlichen Deutschland ⁸⁾, zuweilen aber auch im nördlichen Deutschland, z. B. zu Stendal in der Mark Brandenburg ⁹⁾. Ursprünglich verstand man zwar unter einem Pfalbürger einen Bürger, der vor den Stadtpfälen, also in der Vorstadt wohnte (§. 195). Späterhin wurde jedoch jene Benennung ausgedehnt auf alle auswärts wohnenden Bürger und es war sodann Pfalbürger gleichbedeutend mit Ausbürger, wie dieses schon Eichhorn bemerkt hat ¹⁰⁾. Es ist über dieses merkwürdige Bür-

7) Meine Gesch. der Markenverf. p. 82. Meine Gesch. der Dorfverf. I, 124 ff. und oben §. 227.

8) Urf. von 1356 bei Wencker, de pfalburgeris, p. 68. qui in partibus Alamannie Pfalburger, consueverunt volgariter appellari. Vergl. noch Frankfurter Stadtrecht von 1297 §. 20, 22 u. 26 in Wetteravia, p. 255. und Urf. von 1356 bei Wender, von Außburgern, p. 67 u. 69 und Goldene Bulle, c. 16 §. 1.

9) Urf. von 1480 bei von Raumer, Samml. ungedr. Urf. II, 59. Zimmermann, I, 64 Not.

10) Eichhorn, Rechtsgesch. II, §. 243, p. 162. Vertrag von 1889 bei Wencker, de pfalburgeris, p. 89. — „Den von Straßburg alle irre „ußburgere genannt pfalburgere — die von Straßburg keinen „ußburger genannt Pfalburgere me empfahen.“ Vergl. noch Urf.

gerrecht bereits schon sehr viel geschrieben worden. Das Hauptmaterial darüber findet man bei Wencker, in seinen beiden Abhandlungen über die Pfsalbürger und über die Ausbürger. Um mich indessen nicht zu lange bei diesem nun ganz unpraktisch gewordenen Gegenstande aufzuhalten, bemerke ich darüber nur Folgendes.

Nach der alten Stadtmarkverfassung mußte man sich, um Bürger zu werden, in der Stadtmark ansäßig machen und daselbst seinen eigenen Rauch haben. Dies änderte sich jedoch seitdem die emporstrebenden Städte reich und mächtig geworden, mit ihren Grund- und Landesherren in Kampf gerathen und dadurch zur Vermehrung ihrer Streitkräfte genöthiget worden waren. Jene Städte nahmen nämlich zu dem Ende nun auch auswärts wohnende Leute ins Bürgerrecht auf. (*Cives non residentes, quod vulgo appellatur paloburger*)¹¹⁾. Anfangs sollten diese zwar jedes Jahr noch eine Zeit lang in der Stadt, in welcher sie das Ausbürger- oder Pfsalbürgerrecht erhalten hatten, wohnen z. B. in Frankfurt von Martini bis zu Petri Stuhlfeier Residenz halten¹²⁾. Späterhin machte man aber auch dieses nicht mehr zur Bedingung. Und da mit dem Bürgerrechte ein in jenen Zeiten des Faustrechtes doppelt wichtiger Schutz gegen Gewalt jeder Art, dann Zollfreiheit u. dergl. m. verbunden war, so entsprach dieses Verhältniß auch dem Interesse der auswärts wohnenden Leute, gleichviel ob diese in der Stadt selbst begütert waren oder nicht. Gegen Uebernahme der Bürgerpflichten, zumal zur Vertheidigung der Stadt, erhielten sie, ohne ihren bisherigen Wohnort ändern zu müssen, das Bürgerrecht in der Stadt, mit diesem aber insbesondere

von 1356, eod. p. 68. und Vers. von Außburgern, p. 67 u. 69. Landfrieden von 1308, c. 7 in Sammlung der R. A. I, 39. Goldene Bulle, c. 16 §. 1. Ohne allen Grund hat jedoch Thomas, Oberhof zu Frankfurt, p. 174—185 wieder die auswärts wohnenden Pfsalbürger von den Ausbürgern unterschieden.

11) Convent. civit. Worm. von 1254 bei Pertz, IV, 370.

12) Stadtrecht von 1297 §. 20. *cives qui dicuntur palburgere in die beati Martini debent intrare cum suis uxoribus et familia civitatem, et in ea cum proprio igne residenciam facere usque ad cathedram sancti Petri, et tunc licitum erit eis exire cum sua familia, si placet.* Vergl. noch Urk. von 1333 bei Boehmer, I, 529.

auch den so wichtigen Schutz der damals allmächtigen Städte. Dazu kam, daß auch die Grund- und Landesherrn anfangs keinen Grund hatten, sich gegen solche Bürgerannahmen zu setzen, indem die persönlichen Verhältnisse der Ausbürger oder Pfalzbürger an ihrem bisherigen Wohnorte durchaus nicht verändert werden sollten, die hörigen Aus- oder Pfalzbürger also zins- und besthauptpflichtig bleiben und auch die übrigen Abgaben und Dienste ganz unverändert beibehalten werden sollten¹³⁾. Das neue Bürgerrecht entsprach demnach dem beiderseitigen Interesse der Städte und der Ausbürger selbst und brachte keinem Theil Nachtheil.

Seitdem sich jedoch die Stadtverfassung weiter ausgebildet hatte und dazu insbesondere auch die persönliche Freiheit gehört hat, seitdem wurde die Aufnahme ins Ausbürgerrecht mehr und mehr bloß dazu benutzt, sich von allen Lasten und Verbindlichkeiten, welche man der Grund- oder Landesherrschaft seines Wohnortes schuldete, zu befreien. Daher erhielt das Wort Aus- oder Pfalzbürger nun erst jene gehässige Nebenbedeutung eines Mißbrauchs des Bürgerrechts zum Nachtheile der Grund- und Landesherrn, welche es auch in späteren Zeiten behalten hat. Auch begannen jetzt erst die Klagen der Grund- und Landesherrn über diesen Mißbrauch. Schon früh klagte der Bischof von Straßburg: „die von Dungesheim, Belheim, Zeinheim, Pfettensheim „wellent keinen Banwein drincken, sü enwellent ouch nut engern „noch nut fronetage tun. Item. Alle Bürger in der Pflege wel- „lent nut engern noch fronetagen tun noch Bar Einungen halten „mit den die bi gessen sint, sü enwellent ouch nut zu rehte ston „in den Gerihten do sü gessen sint¹⁴⁾. Jene Beschwerden dauerten auch späterhin fort. Sie sind noch aus der goldenen Bulle und aus den späteren Reichsabschieden ersichtlich¹⁵⁾. Selbst auf dem Reichstage zu Worms im Jahre 1521 beschwerten sich noch mehrere Grafen, Herren und Andere des Adels, „So eyn Bauer „hinder eynem Graven, Herren oder eynem Edelman sitzt, oder „Gütter hinder ime hat, und dann derselbig Bauer in eyn Statt

13) Vergl. unter Anderen das Frankfurter Stadtrecht von 1297 §. 22.

14) Wender, von Aufburgern, p. 45.

15) Goldene Bulle von 1356, c. 16. §. 1. Reichs-A. von 1431, c. 1. in Sammlung der R. A., I, 146.

„zeucht, und das Burgerrecht faufft, der wirt by den Stetten eyn „Pfalburger genant, das er dann seine Gütter, an dem ende sie „liegen pauwen mage, und von solchen Güttern kein Steuer oder „Gewerff, dem Herren oder Edelman darimder die Gütter liegen „geben dörfte, das dann denselben Graven, Herren und Abell ganz „beschwerlich und unleidlich ist¹⁶⁾. Jene Beschwerden waren aber um so gegründeter, da die Aus- oder Pfalbürger zu gleicher Zeit fortführen alle Gemeinderechte an ihrem Wohnorte in Anspruch zu nehmen, also von den Verbindlichkeiten sich los sagten, von den Rechten aber nicht lassen wollten. So heißt es z. B. in mehreren Ausbürgerlisten von Straßburg: „diese vorgeschriben burger die „burger zu Straßburg sint und ouch burger zu Oberkirche die „sitzent hußlich und hebelich in dem gerichte zu Appenwiler und „genießent aller Keiserl. und Weltlich Recht, sy gent jores zu dem „H. Sacramente do, sy döissent jr sint do, sy hant ir begrebede „do, sy slahent ir Rume und swin, faren vur den gemei- „nen Hirten, sy genießent wasser weide welde und „almenne me danne die andern die den Herren die- „nent wanne sy auch me sihes hant — und dem zu wieder doch „in den gerichten sitzen, und wald und weide daselbst niesen, „mehr dann andere ihrer Herren arme leuthe“¹⁷⁾.

Diese fortwährenden Beschwerden hatten fortwährende Einschreitungen der Reichsgesetze zur Folge seit dem 13. Jahrhundert bis ins 15. und 16. In sämtlichen Landfrieden und Reichsab- schieden, welche in den Jahren 1231, 1232, 1235, 1231, 1287¹⁸⁾, 1303, 1333, 1389, 1431, 1438 u. s. w. erschienen sind¹⁹⁾, wurde die Aufnahme von Aus- oder Pfalbürgern verboten und verordnet, daß nur diejenigen ins Bürgerrecht aufgenommen werden dürften, welche sich in der Stadt niederlassen und die bürgerlichen Lasten tragen wollten. Auch an einzelne Städte erging jenes Verbot von Seiten des Kaisers, an die Städte Speier²⁰⁾, Frankfurt, Friedberg,

16) Wender, Continuation von Aufbürgern, p. 164.

17) Wender, Continuat. von Aufb. p. 50. Vergl. noch Wender, von Aufbürgern, p. 4.

18) Pertz, IV, 282, 292, 315, 433, 437, 449 u. 576.

19) Samml. der R. A. I, 89, 43 f. 95, 146 u. 160.

20) Urk. von 1315 u. 1347 bei Lehmann, p. 666 u. 699.

Wetzlar und Gelnhausen ²¹⁾, Oppenheim und an die so eben erwähnten Städte in der Wetterau ²²⁾, an Schwäbisch Hall ²³⁾, an Straßburg ²⁴⁾ u. a. m., und von Seiten der Landesherrn in ihren Territorien z. B. an die Stadt Stendal von den Markgrafen von Brandenburg ²⁵⁾. Manche Reichsfürsten und Herrn erhielten sogar das Privilegium, daß ihre Unterthanen nicht als Pfalzbürger von einer Stadt aufgenommen werden durften z. B. der Graf von Ravensellenbogen ²⁶⁾, der Bischof von Straßburg ²⁷⁾, die Ritter von Trimberg ²⁸⁾ u. a. m. Auch wurden viele Verträge von den Reichsfürsten und von den Städten abgeschlossen, nach welchen diese der Aufnahme von Pfalzbürgern entsagten, z. B. von den Pfalzgrafen bei Rhein und den Herzogen von Baiern mit der Stadt Speier ²⁹⁾, von den Bischöfen von Straßburg mit der Stadt Straßburg ³⁰⁾ u. a. m. Selbst die Reichsgerichte schritten zuweilen ein und erkannten die ins Pfalzbürgerrecht aufgenommenen Leute nicht als Stadtbürger an. So erkannte z. B. im Jahre 1434 das kaiserliche Hofgericht zu Basel, daß die ins Pfalzbürgerrecht von Basel aufgenommenen von Delsperg nicht Bürger von Basel sein mögen ³¹⁾.

Außer die Pfalzbürger waren in jenen stürmischen Zeiten eine zu kräftige Stütze der in die Höhe strebenden Städte. Der erwähnte Mißbrauch dauerte daher nach wie vor fort. Nicht bloß Einzelne, öfters sogar ganze Bürgerschaften, Bauerschaften und

21) Urf. von 1288 bei Senckenberg, sel. jur. I, p. 193. bei Boehmer, I, 528.

22) Urf. von 1340 in Samml. der R. A. I, 44 und bei Senckenberg, sel. jur. II, 622. Urf. von 1340 u. 1341 bei Boehmer, I, 565 u. 572.

23) Wallordnung von 1340 bei Koenigsthal, I, 2. p. 6.

24) Urf. von 1372 bei Wender, von Ausbürgern, p. 137.

25) Urf. von 1480 bei v. Raumer, Samml. ungebr. Urf. II, 59. Zimmermann, I, 64. Rot.

26) Urf. von 1289 bei Boehmer, I, 245 u. 246.

27) Urf. von 1308 bei Wender, von Pfalzburgern p. 62 und noch viele andere Urkunden, eod. p. 63–82.

28) Urf. von 1329 bei Senckenberg, select. jur. I, 610.

29) Urf. von 1313 bei Lehmann, p. 649.

30) Urf. von 1368 bei Wender, von Pfalzburg. p. 82 ff. Noch viele Urkunden, eod. p. 85–104.

31) Heusler, p. 263–264.

Dorfschaften ließen sich in das Aus- oder Pfalzbürgerrecht irgend einer hervorragenden Stadt aufnehmen. Die Gemeinden Sulzbach, Eoden und Neuenhain ließen sich in das Ausbürgerrecht von Frankfurt a. M. aufnehmen³²⁾. Ueber 70 in den Gerichten Appenweilr, Oberkirch und Roppenau im Elsaß ansässige Bauern ließen sich als Pfalzbürger zu Straßburg aufnehmen und waren demnach Bürger in zwei verschiedenen Gemeinden³³⁾. Eben so suchten und erhielten Marle, Morheim, Kirchheim, Winzenheim, Uttelnheim, Sulz und viele andere Dorfschaften im Elsaß den Schutz und Schirm der Stadt Straßburg, gegen das Versprechen unter dem Banner der Stadt auszugiehen und ein gemeinsames Geschrei mit ihr zu haben. („Wo'lent sii sich gern zu der Stat Straßburg tun, „mit ir und den iren ziehen, und iren mit irem Libe und Gut „beho'ffen sin — zu ziehen under der Stett Banner, — und also „ein gemein geschrey mit der Stat und den iren zu haben“)³⁴⁾. Auch die Stadt Basel hatte nicht bloß einzelne Ausbürger³⁵⁾, sondern ganze Städte und Landschaften im Ausbürgerrecht, z. B. die Stadt Delisberg und das ganze Münsterthal und das Delspergerthal³⁶⁾. Eben so haben viele Dörfer das Ausbürgerrecht in Burgdorf erhalten und in der Stadt Bern außer den Dorfschaften Ober- und Nieder Sulgen und Sulgenbach auch noch die Landschaft Sanen, die Herrschaft Rigerz u. a. m.³⁷⁾. Auch in der Stadt Zug u. a. m. hat es Ausbürger aus den Unterthanenlanden gegeben³⁸⁾. Und so verbreitete sich denn das Bürgerrecht vieler Städte nach und nach über ganze Landschaften und Territorien, wie das Römische Bürgerrecht in den Römischen Provinzen.

Allein nicht bloß Bürger und Bauern, auch viele Edelleute und ganze Stifter und Klöster ließen sich in das Ausbürger- oder Pfalzbürgerrecht zumal der Reichsstädte aufnehmen.

32) Urk. von 1282 u. 1321 bei Boehmer, I, 209, 460 u. 461.

33) Wendler, von Außburgern, p. 3 u. 4. Versf. Continuation, p. 50.

34) Urk. bei Wendler, von Außburgern, p. 225 u. 226.

35) Ochs, II, 444, III, 228.

36) Zwei Urk. von 1407 bei Ochs, III, 44—46.

37) Stettler, geschichtl. Entwicklung der Gemeinde- und Bürgerrechtsverhältnisse, p. 37, 73—75 u. 77.

38) Renaud, Rechtsgesch. von Zug, p. 31 u. 45.

Es waren in Straßburg sehr viele im Elsaß begüterte Herrn, Ritter, Prälaten und Aebte Ausbürger³⁹⁾. Eben so im 14. Jahrhundert viele auf dem Land wohnende Edelleute Bürger in Rotenburg⁴⁰⁾. Desgleichen im 14. Jahrhundert viele Grafen und Herren, unter ihnen auch die Pappenheim, Heideck, Fuchs, Groß, Lamprecht, Etainheim u. a. m. Bürger in Nürnberg⁴¹⁾. Gleichfalls im 14. Jahrhundert die Grafen von Hanau und von Königstein, die Herren von Heusenstamm, von Hattstein, von Kumpenheim, von Cronenberg und viele andere in der Wetterau angesessene Edelleute und Ritter Bürger in Frankfurt⁴²⁾. Im 15. Jahrhundert die Ritter von Hornungen Bürger in Biberach⁴³⁾. In den Jahren 1302 und 1305 die Grafen von Luxemburg und von Spanheim Bürger in Trier⁴⁴⁾. Bereits im 13. Jahrhundert die Grafen von Jülich, von Berg, von Ragenellenbogen, von Limburg, von Löwenburg, von Geldern, von Nienburg u. a. m. Bürger in Köln⁴⁵⁾. Sehr viele Stifter und Klöster im Elsaß hatten das Ausbürgerrecht in Schlettstadt, Kolmar, Kaisersberg, Ehenheim und Breisach erworben⁴⁶⁾. Die in der Wetterau liegenden Stifter und Klöster meistens in Frankfurt oder auch in Mainz⁴⁷⁾ u. s. w. Auch in Basel waren nicht bloß einzelne Domherren und Edelleute, sondern auch ganze Stifter und Klöster ins Ausbürgerrecht aufgenommen worden⁴⁸⁾. Sogar zwei Markgräfinnen von Baden waren Bürgerinnen zu Basel „und schworen der Stadt „gehorsam ze sinde mit ihr Bestinen, Land und Luten“⁴⁹⁾. Und

39) Wender, von Ausbürgern, p. 71—74 u. 77.

40) Benzen, Rotb. p. 239.

41) Siebenkees, Materialien, I, 346, 351—358.

42) Urk. von 1308 u. 1340 u. s. w. bei Boehmer, I, 349 u. 562.

43) Bürgerbrief von 1424 bei Jäger, Mag. IV, 395 u. ff.

44) Urk. von 1302 u. 1305 bei Hontheim, II, 15 u. 32.

45) Ennen, Gesch. I, 455—456, II, 168, 169 u. 215.

46) Bodmann, vom Ausbürgerrecht bei Siebenkees, Beitr. zum L. R. I, 19—22.

47) Bodmann, a. a. O. p. 23—25. Thomas, Oberhof zu Frankfurt, p. 176 ff.

48) Urk. von 1388 u. 1416 bei Ochs, II, 315, 316, III, 117.

49) Urk. von 1363 bei Ochs, II, 445.

noch in den Jahren 1603, 1610 u. 1667 ließen sich daselbst mehrere auswärtige Junker ins Ausbürgerrecht aufnehmen ⁵⁰⁾.

Die Rechte und Verbindlichkeiten der Ausbürger wurden meistens bei ihrer Aufnahme vertragsmäßig bestimmt. So wurde zu Basel im Jahr 1388 bei der Aufnahme eines Domherrn festgesetzt: „Wer Bürger werden will, dem soll man das „Bürgerrecht nicht anders als wenigstens für fünf Jahre ertheilen, „und mit der Bedingniß, daß er während dieser Zeit mit Widen „und Liden, und auch mit seinen Schlössern, Bestinen, Leuten und „Gut dienen werde, in der Maß, als es dann der Rath mit ihm „übereinkommen wird“ ⁵¹⁾. In Straßburg sollten die Ausbürger zur Vertheidigung der Stadt gehörig gerüstet erscheinen und sodann unter den von der Stadt ernannten Hauptleuten Ritterdienste thun ⁵²⁾. Man nannte sie wegen ihrer Bewaffnung mit Gleven öfters auch Glevenbürger, wiewohl man dieses in Straßburg, um die Glevenbürger gegen das Verbot der Aufnahme von Ausbürgern zu schützen, im Anfang des 16. Jahrhunderts geleugnet hat (§. 134). Und sie waren, da sie der Stadt Ritterdienste leisteten, steuerfrei (bete fry) ⁵³⁾. In Rotenburg sollten die ins Bürgerrecht aufgenommenen auswärtig angefessenen Edelleute fünf oder mehr Jahre mit einer bestimmten Anzahl Gleven oder Lanzen oder Spießen der Stadt dienen und ihr ihre Burgen öffnen, dafür aber in der Stadt steuerfrei sein ⁵⁴⁾. In Nürnberg mußten die ins Bürgerrecht aufgenommenen Grafen und Herren versprechen, vor 5 Jahren das Bürgerrecht nicht wieder aufgeben, der Stadt mit einer bestimmten Anzahl von Spießen auf eigene Kosten dienen, ihre Schlösser öffnen und dazu noch, wie andere Bürger, Steuern und die Vossung entrichten zu wollen ⁵⁵⁾. In Trier sollten die ins Bürgerrecht aufgenommenen Grafen von Luxemburg und von Spanheim die Bürger schützen und schirmen, und nöthigenfalls

50) Ochs, VI, 805, VII, 354.

51) Ochs, II, 315 u. 316.

52) Viele Urf. bei Wender, Ausbürg. p. 76 u. 77. Vers. von Glevenbürgern, p. 66.

53) Verträge von 1368 u. 1389 bei Wender, von Pfalzburgern, p. 84 u. 96.

54) Wenssen Rotenb. p. 239 u. 243.

55) Siebenkees, I, 346—353.

mit einer Anzahl schwer Bewaffneter die Stadt vertheidigen⁵⁶⁾. Eben so die Grafen von Jülich u. a. m. in Köln. Sie wurden, da sie das erbliche Bürgerrecht erhalten hatten, Erbbürger (erffliche Burgere) oder auch Edelbürger (cives nobiles) genannt. Und als Gegenleistung erhielten sie von der Stadt eine erbliche Rente von 40 und mehr Mark (an redelicheme erve — in hereditate rationabili — hereditatio jure)⁵⁷⁾. Auch die Chorherrn des Stiftes Trutenhausen mußten als Ausbürger zu Ehenheim Ritterdienste und zur Vertheidigung der Stadt Burgdienste thun. Dafür waren sie aber auch frei von allen übrigen städtischen Diensten und Leistungen⁵⁸⁾. Dasselbe gilt von dem Collegiatstifte Unserer lieben Frauen zu Mainz⁵⁹⁾. Andere Stifter und Klöster hatten keinen Ritterdienst zu leisten. Daher waren sie den bürgerlichen Abgaben und Diensten unterworfen. Meistentheils waren diese verträgmäßig nach einem sehr billigen Maßstab bestimmt, öfters auch die städtischen Abgaben ihnen ganz oder theilweise erlassen⁶⁰⁾. Von dieser gänzlichen oder theilweisen Befreiung von den städtischen Abgaben und Diensten erhielten ihre Besitzungen in der Stadt den Namen Freigüter oder Freihäuser. Und viele von ihnen haben sich bis auf unsere Tage erhalten⁶¹⁾.

Der bestehenden Verbote ungeachtet dauerten dennoch die Aufnahmen in das Aus- oder Pfalzbürgerrecht und deshalb auch die Beschwerden über die damit verbundenen Mißbräuche nach wie vor fort. Daher wurden jene Verbote von Zeit zu Zeit wiederholt, namentlich auch in der goldenen Bulle (c. 16) und nachher noch öfter. Da jedoch die Reichsstädte bei Abfassung der goldenen Bulle nicht beigezogen worden waren, so beschwerten sie sich nun auch darüber. Auf Antrieb von Straßburg verbündeten sich die Schwäbischen Reichsstädte gegen die Ausführung jener Bestimmungen über die Pfalzbürger, und es kam sogar zum Kampfe zwischen den

56) Urf. von 1302 u. 1305 bei Hontheim, II, 15 u. 33.

57) Mehrere Urf. von 1263 in Quellen, II, 465 — 481. Vergl. Ennen, Gesch. von Köln, I, 455, II, 169 u. 215.

58) Urf. von 1312 bei Schoepflin, II, 101.

59) Urf. bei Bodmann, a. a. O. p. 26.

60) Bodmann, a. a. O. p. 24 u. 28—32.

61) Bodmann, a. a. O. p. 1, 4 u. 33—38.

Städten mit den Fürsten und Herren. Die Reichsgesetze blieben demnach auch jetzt wieder unvollzogen. Die Kaiser Ludwig, Wenceslaus, Ruprecht und Friedrich III. ertheilten sogar den Städten Frankfurt, Speier, Schweinfurt, Nördlingen, Kaufbeuern u. a. m. das Privilegium, des bestehenden Verbotes ungeachtet, die Unterthanen anderer Herren als Ausbürger aufzunehmen, nur sollte dieses nicht mit Gewalt und nicht aus freventlichem Muthwillen geschehen⁶²⁾. Die Klagen der Fürsten und Herren wegen der Aufnahme ihrer Unterthanen zu Pfalbürgern dauerten daher fort. Sie dauerten sogar seit der Errichtung des ewigen Landfriedens noch fort. Denn es wurde noch auf den Reichstagen zu Trier und Köln im Jahre 1512 und zu Worms im Jahre 1521 geklagt, aber auch jetzt wieder ohne allen Erfolg⁶³⁾. Erst seitdem im Laufe des 16. Jahrhunderts das Faustrecht verschwunden, die Macht und der Wohlstand der Städte gesunken und die Landeshoheit fester begründet war, seitdem hat sich dieses Alles geändert. Seitdem nämlich die Städte nicht mehr schützen, die Landesherrn aber den Gehorsam ihrer Unterthanen erzwingen, die von den Unterthanen geschuldeten Abgaben also nicht mehr verweigert werden konnten, seitdem hatte das Ausbürgerrecht nicht mehr den alten Werth. Mit dem Werthe des Rechtes verloren sich aber auch die damit verbundenen Mißbräuche, und mit der Ursache zu den Klagen zuletzt auch die Klagen selbst. Das Ausbürgerrecht dauerte zwar auch unter diesen veränderten Umständen noch fort. Es nahm jedoch nun mehr und mehr die Natur eines Ehrenbürgerrechtes an.

Ehrenbürger nannte man nämlich diejenigen Bürger, welche wohl die Rechte nicht aber die Pflichten, wenigstens nicht alle Pflichten der Stadtbürger hatten. Ihre Rechte und Verbindlichkeiten pflegten vertragsmäßig bestimmt zu werden. Daher wurden sie auch Pactbürger (*cives pactitii*) genannt⁶⁴⁾. Sie sind offenbar seit dem 16. Jahrhundert an die Stelle der Ausbürger

62) Urk. von 1333 bei Boehmer, Frankf. Urkb. I, 525. Wender, von Pfalbürgern, p. 41 — 44 u. 183. Häberlin, Reichsgesch. VIII, 278 — 281.

63) Wender, von Ausbürgern, Continuation, p. 123—165.

64) Repertorium des Staatsrechts, I, 764, IV, 182. Not. b.

oder Pfalzbürger getreten und gewissermassen aus denselben hervorgegangen. Seitdem nämlich der Ritterdienst außer Gebrauch gekommen war, seitdem sind die geistlichen und weltlichen Glevenbürger, da sie ohnedies schon abgabefrei waren, der Sache nach wahre Ehrenbürger gewesen. Da nun ferner die Abgaben der übrigen auswärtig verbürgerten Stifter und Klöster, welche keinen Ritterdienst zu leisten hatten, vertragsmäßig bestimmt, öfters sogar ganz oder theilweise erlassen worden waren, so bildete sich aus diesen verschiedenen Arten von Ausbürgern und anderen sogenannten Freibürgern eine eigene Klasse von Bürgern, welche man seit dem 16. Jahrhundert Ehrenbürger zu nennen pflegte⁶⁵⁾. Das älteste Beispiel eines Ehrenbürgers in Basel findet sich im Jahre 1546. Der Ehrenbürger sollte vertragsmäßig „jährlich fünf Gulden „Bürgerrechtgeld oder Uball“ entrichten und dem Stadtrath gehorsam sein, dafür aber „wie andere Ausbürger“ geschützt und geschirmt werden⁶⁶⁾.

5. Die verschiedenen Genossenschaften in der Stadt.

a. Im Allgemeinen.

§. 241.

Die nicht vollberechtigten Bürger, Weisassen und Schutzverwandten wohnten, wie wir gesehen, meistentheils nach ihrer Beschäftigung oder Nationalität beisammen in einer und derselben Straße und bildeten eigene Genossenschaften oder Gemeinden. Daher wurden öfters auch die Straßen selbst *vici* oder Dörfer genannt, z. B. in Zürich, Basel, Regensburg u. a. m.¹⁾. Diese verschiedenen in einer Stadt ansässigen Genossenschaften standen sammt

65) Vergl. Bodmann, vom Ausbürgerrecht bei Siebenkees, a. a. O. I, 17, 33 u. 36.

66) Ochs, VI, 495.

1) Urk. von 1221 bei Neugart, II, 146. — *curtim suam in vico*, qui Nieumarkt dicitur, sitam. Urk. von 1264 bei Schauberg, Zeitschr. I, 68. *inter muros Turegi. in vico qui dicitur an dem Rennewege.* Altes glossar. bei Mone, Anzeiger, VII, 169. *vicus*, gaß. Vergl. oben §. 184 u. 207.

und sonder8 entweder unmittelbar unter dem Schutze der öffentlichen Gewalt oder, wie wir gesehen, unter dem Schutze der Stadtgemeinde. Unter sich selbst waren aber die Einen ganz unabhängig von den Anderen. Der Gegensatz gegen die Altbürgerschaft brachte sie jedoch einander näher. Daher bildeten sie alle zusammen später als Gemeinde den Gegensatz zur Bürgerschaft.

Die ältesten hörigen Genossenschaften in den Städten waren ohne alle Frage die Hof- und Schutzgenossenschaften, die Genossenschaften der hörigen Handwerker eben sowohl wie die Genossenschaften der hörigen Colonen und der schutzhörigen oder schutzpflichtigen Mundmannen und Vogtleute.

Wie auf jedem Fronhose, so bildeten nämlich auch die auf den in einer Stadt gelegenen Fronhöfen oder auf der Burg wohnenden Künstler und Handwerker eigene Aemter²⁾, von denen nachher bei den Zünften noch weiter die Rede sein wird. Eben so bildeten die zu einem in der Stadt liegenden Fronhose gehörigen Colonen eigene Hofgenossenschaften. Und auch von diesen Fronhofgenossenschaften gilt dasselbe was bereits von den Hofgenossenschaften überhaupt bemerkt worden ist³⁾. Da nun in den alten Städten eine mehr oder weniger große Anzahl von geistlichen und weltlichen Grundherrschaften ansäßig waren, eine jede von ihnen aber ihren eigenen Fronhof entweder in der Stadt selbst oder auswärts hatte, und mit jedem Fronhose eine eigene Hofgerichtsbarkeit verbunden zu sein pflegte, so findet man in den meisten alten Städten eine mehr oder weniger große Anzahl von hörigen Genossenschaften mit den dazu gehörigen Fronhof- oder Herrschaftsgerichten. In Köln z. B. findet man außer den geistlichen Grundherrschaften der Stifter und Klöster St. Severin, St. Pantaleon, St. Kunibert, St. Gereon und Sancta Maria in Capitolio mit den dazu gehörigen Genossenschaften und Gerichten auch noch die erzbischöfliche Herrschaft Hachte mit dem dazu gehörigen Herrschaftsgerichte, sodann den Immunitätsbezirk Lan, mit dem dazu gehörigen Gerichte Unterlahnen, ferner die freie Genossenschaft der Rheinmüller mit dem dazu gehörigen Gerichte, endlich die Inhaber der verschiedenen Mannlehen mit den dazu gehörigen Gerichten (§. 121 u. 217).

2) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 333—335.

3) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 1 ff.

Ähnliche Grundherrschaften mit den dazu gehörigen Genossenschaften und Gerichten in Augsburg, Basel, Bremen, Münster, Straßburg, Regensburg, Schwerte, Zürich u. a. (§. 39 u. 217). Namentlich hatten auch in Worms die geistlichen Stifter St. Andreas und St. Pauli, sodann der Bischof selbst und seine Vasallen und Ministerialen ihre Fronländereien und Beneficien in der Stadt selbst, und auch das Münster einen Immunitätsbezirk. Mit jedem Fronhofe pflegte aber eine Hofgenossenschaft mit der dazu gehörigen Fronhofgerichtsbarkeit verbunden zu sein⁴⁾. Auch die bischöflichen Colonen bildeten daselbst eine eigene Genossenschaft (*societas*) mit einem Vorstande (*minister loci*) und mit der dazu gehörigen genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit (*judicium sociorum*)⁵⁾. Von den hörigen Colonen verschieden waren die weit höher stehenden bischöflichen Fiscalinen. Und auch diese bildeten wieder eine eigene Genossenschaft (*societas*) mit einem eigenen Vorstande (*minister*) und mit einer genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit⁶⁾. Unter den Fiscalinen scheint es sogar ursprünglich wieder, je nach den verschiedenen Dienstzweigen, verschiedene Genossenschaften gegeben zu haben. Denn in einer Urkunde von 897 wird einer *societas parafridorum* erwähnt (— *fiscalinos servos, qui Regiae potestati parafridos in expeditione reddere consueverunt — cum omni progenie ad eandem societatem parafridorum pertinente*)⁷⁾. Die *parafridi* wie die übrigen Fiscalinen und die bischöflichen Colonen waren demnach bischöfliche Hintersaßen. Unter sich waren sie jedoch wieder in mehrere Genossenschaften geschieden, die unter sich nicht einmal ebenbürtig waren⁸⁾. Endlich bildeten auch noch die in einer Stadt befindlichen Mundmanne und Vogtleute eigene Schutzgenossenschaften in ihrem Mundherren und Vogtherren an der Spitze, wie dieses auch anderwärts der Fall war. Da jedoch diese Genossenschaften schon frühe verboten worden und sodann die Mund- und Vogtleute in den Städten verschwunden sind, so

4) *Leges familiae St. Petri* von 1024 §. 14 u. 15 bei Grimm, I, 805.
Vergl. oben §. 22 u. 217.

5) *Leges familiae S. Petri*, §. 2, 7, 12, 18, 24, 31 u. 32.

6) *Leges familiae St. Petri*, §. 13, 22, 24, 25 u. 30.

7) Urt. von 897 bei Schannat, II, 14.

8) *Leges familiae St. Petri* §. 13 u. 16.

geben die städtischen Urkunden nur wenig Aufschluß über ihr genossenschaftliches Verhältniß.

§. 242.

Zu den Ansiedelungen nach Nationalitäten und den damit zusammenhängenden Genossenschaften gehören auch die Niederlassungen der Kaufleute, theils in fremden Ländern und Städten theils in den Deutschen, und die damit zusammenhängenden kaufmännischen Genossenschaften, welche man und zwar zuerst in England dann aber auch in Deutschland *Hansen* genannt hat¹⁾. Diese kaufmännischen Genossenschaften unterscheiden sich von den Zünften und Gilben wesentlich dadurch, daß sie es mit dem auswärtigen Handel, also mit dem eigentlichen *Großhandel* zu thun hatten und daher weit höher als die gewöhnlichen Zünfte und Gilben gestanden haben.

So wie nämlich bereits im Alterthum die phöniciſchen Kaufleute zu Memphis, Delos, Puteoli, Rom u. a. m., die Damascener Kaufleute aber in Samarien und die Juden in Damascus²⁾, und später die Amalfitaner zu Palermo, Messina und Syracus, die Venetianer in Palermo, Antiochien, Thyruſ, Tripolis, die Genueser in Messina und die Piſaner in Tripolis, Accon, Zoppe, Thyruſ u. a. m. in der Levante Factoreien gebildet und z. B. in Palermo, Syracus, Thyruſ, Accon u. a. m. ganze Straßen und Stadtviertel inne gehabt haben³⁾, eben so ließen sich auch die Deutschen in Italien z. B. in Venedig, in den Niederlanden, in England und an

1) Daß das Wort *hansa*, wiewohl gleichbedeutend mit *gilda*, vorzugsweise zur Bezeichnung der kaufmännischen Genossenschaften und zwar zuerst in England gebraucht worden ist, hat Sartorius, *Gesch. der deutschen Hanse*, I, 73 u. 74 nachgewiesen. Das Wort *hansa* kommt aber auch schon im *Ulfilaſ* vor und bedeutet daselbst theils eine Schaar (*cohors*) (Johann. 18 c. 3 u. 12. Marcus, 15 c. 16.), theils eine jede Menge, weshalb es auch mit *multitudo* und *Folk* überſetzt wird. (Lucas, 6. c. 17.)

2) *Movers*, *Phönizier*, II, 8 p. 115, 116 u. 123.

3) *Leo*, *Gesch. der italienischen Staaten*, II, 141 ff. u. 179 ff. *Urf.* von 1123, 1125. bei *Tafel* und *Thomas*, *Urf. zur Gesch. von Venedig*, p. 80, 81, 85, 90.

verschiedenen Punkten an der Ostsee nieder, und in Deutschland selbst Friesen, Walen oder Wälschen, Romanen, Flamländer und auch Deutsche Kaufleute in Worms, Köln, Soest, Paderborn, Bremen, Lübeck, Hamburg, Magdeburg, Regensburg, Wien, Prag, Freiburg, Bern u. a. m. (S. 64, 107, 178 u. 189). Mit diesen Niederlassungen waren allenthalben Waarenniederlagen oder sogenannte Höfe und andere gemeinsame Hallen, Wohnungen für die Landsleute, öfters auch eigene Begräbniskorte und Kirchen oder Kapellen, meistens auch eigene Genossenschaften mit einem Vorstande verbunden. So haben die Amalfitaner in Messina, die Venetianer in Palermo, die Deutschen in Venedig u. s. w. eigene kaufmännische Genossenschaften gebildet z. B. die Deutschen in Venedig eine *societas Alemanos*⁴⁾. Im Orient wurden diese Genossenschaften Nationen genannt und daher z. B. in Tripolis von einer französischen Nation und von einer venetianischen Nation gesprochen⁵⁾. Die Vorsteher dieser Genossenschaften wurden im Orient Oberste z. B. Oberste der französischen Nation oder der venetianischen Nation zu Tripolis, oder auch Oberste Consolo und Consuln ohne Beisatz genannt⁶⁾, in den italienischen Städten aber insgemein Consuln, und zwar zum Unterschiede von den Gemeindefonsuln (*consules de communi*) Consuln der Kaufmannschaft (*consules mercatorum*, *consules maris* und *consules marinariorum*) oder auch Fremdenconsuln (*consules foretaneorum*)⁷⁾. Diese kaufmännischen Consuln hatten die Angelegenheiten ihrer Genossenschaft zu besorgen und die unter ihren Landsleuten entstandenen Streitigkeiten, der althergebrachten germanischen Sitte gemäß, nach angeborenem Gewohnheitsrecht zu entscheiden. Den Venetianern ist schon im Jahre 991 ihre eigene Ge-

4) Urk. von 1448 bei Mone, Zeitschrift, V, 27.

5) Hans Ulrich Krassfs Reisen, u. Haszler, p. 75, 185, 301.

6) Hans Ulrich Krassfs Reisen, p. 75, 161, 167, 185, 242, 245 u. 301.

7) Vergl. Leo, II, 141 ff. Leop. Neumann, Handbuch des Consulatwesens, p. 12 ff. Statute von Vistula von 1164. — *consules marinariorum et mercatorum*, qui apud ecclesiam St. Michaelis curiam tenere consueverunt. Von Venedig Urk. von 1374 bei Mone, a. a. O. V, 24. *provisores comunis et consules mercatorum*.

richtsbarkeit nach ihrem hergebrachten Rechte zugestanden worden⁸⁾. Und auch späterhin ist ihnen ihre eigene Gerichtsbarkeit in allen ihren Niederlassungen in der Levante geblieben⁹⁾. Und später sind aus diesen Handelsconsulaten die Handels- und Wechselgerichte hervorgegangen.

In der Levante und in Italien bestand ursprünglich jedes Consulat aus einem geschlossenen Raume (*fonda*, *funda*, *fondicus*, *fundicus* oder *fundicius* genannt), in welchem der Consul mit seinen Landsleuten wohnte, wo sich die Waarenlager, die Buden, Hallen und insbesondere auch die Kirche befanden, und wo auch die Märkte und die Gerichte gehalten zu werden pflegten¹⁰⁾. Die eigenthümliche Stellung, welche die Handelsconsulate im Orient heute noch haben und ihre ganz selbständige Gerichtsbarkeit erklärt sich aus jenen früheren Einrichtungen und ist nur als ein Ueberrest derselben zu betrachten.

§. 243.

Ähnlich jenen Niederlassungen in Italien und in der Levante und den mit ihnen zusammenhängenden Genossenschaften und jedenfalls unseren Deutschen Einrichtungen weit näher stehend waren

8) Freiheitsbrief von 991 bei Tafel und Thomas, I, 38. — *et ipsi Venetici — judicentur secundum quod ab antiquo fuit consuetudo.* —

9) Urf. von 1123 bei Tafel und Thomas, p. 80 u. 81. *si Venetus cum Veneto causam habuerit, secundum ipsorum morem et justitiam judicabitur* — und p. 87 u. 92. — *in curia Veneticorum diffinitur.* — Urf. von 1167, eod. p. 149. *et facere iudicia secundum legem et statuta eorum.*

10) Henschel, v. *funda* und *fundicus*, II, 433. G. B. Depping, *histoire du commerce entre le Levant et l'Europe depuis les Croisades*. Paris 1830, II, 47 — 56. Ueber den *fondicus Teutonicorum* in Venedig die Urf. von 1347, 1374 u. 1448 bei Mone, V, 19, 23 u. 27. Anderwärts wird dieser *fondicus* das Deutsche Haus zu Venedig genannt. (Reisen Hans Ulrich Krassits, ed. Dr. Haszler, p. 122). In Tripolis hatten die Franzosen einen *Fondico* der französischen Nation, nach Hans Ulrich Krassits Reisen, p. 43 u. 185. Ueber den *fundicius* der Venetianer in Antiochien und Tyrus in Urf. von 1123, 1125 u. 1167 bei Tafel und Thomas, Urf. zur Gesch. von Venedig, p. 80, 92 u. 149.

nun die Niederlassungen der Deutschen Kaufleute in England, in den Niederlanden, an der Ostsee und in Frankreich. Sehr wahrscheinlich war auch der Hörige des Stiftes St. Emmeran in Regensburg, welcher sich nach einer alten Tradition in Kiew in Rußland niedergelassen hatte, ein Kaufmann¹⁾. Und da diese Niederlassungen zur Erklärung der Deutschen Einrichtungen beitragen können, so muß ich etwas bei ihnen verweilen²⁾.

Schon seit dem Anfang des 12. Jahrhunderts findet man in mehreren englischen Städten Genossenschaften von englischen Kaufleuten, welche man insgemein *Hansen* (*hansae*) oder auch *Kaufmannsgilden* (*gildae mercatoriae*) genannt hat³⁾. Und bald nachher wurde es auch den in England sich aufhaltenden Deutschen Kaufleuten von den Königen des Landes gestattet, in eben solche Hansen zusammen zu treten. Schon seit der Mitte des 12. Jahrhunderts besaßen die Kaufleute von Köln ein eigenes Vereinshaus in London⁴⁾, welches man später die *Gildhalle* genannt hat⁵⁾. Sie hatten auch das Recht eine eigene Genossenschaft zu bilden (*mercatores Colonienses hansam suam habent*)⁶⁾. Späterhin erhielten auch die Kaufleute von Hamburg und von Lübeck dieses Recht (*habeant hansam suam*)⁷⁾ und wahrscheinlich auch die Kaufleute von Dortmund und Münster. Die verschiedenen Genossenschaften, welche anfangs, wie schon im Alterthum die in Puteoli und Athen neben einander wohnenden

1) Codex trad. St. Emmeran, c. 188 bei Pez, thes. I, 8 p. 178. — ecclesiae familiaris Hartwic nomine, habitans in regione Rusciae in civitate Chiebe dicta. In den Quellen zur Bair. Gesch. I. fehlt diese wichtige Tradition.

2) Vergl. Gierke, I, 350 ff.

3) Sartorius, Gesch. der Deutschen Hanse, I, 78.

4) Urf. von 1157 bei Lappenberg, Stahlhof, II, 8. und Sartorius, II, 4. de domo in London. Quellen zur Gesch. von Köln, I, 544.

5) Urf. von 1189 u. 1210 bei Sartorius, II, 10 u. 14. Urf. von 1194, 1213 u. 1235 bei Lappenberg, Stahlhof, II, 5, 8 u. 12.

6) Nach Urf. von 1267 bei Sartorius, II, 94. besaßen die Kölner dieses Recht damals schon längst.

7) Urf. von 1266 u. 1267 bei Sartorius, II, 98 u. 94.

Thyrier, Berhtler, Sidonier und anderen phönizischen Kaufleute, besondere Innungen gebildet hatten⁸⁾, traten späterhin zu einer einzigen Genossenschaft Deutscher Kaufleute in London zusammen (*mercatores de hansa Almannie* oder *hansa de partibus Almannie*). Als Vertreter der einzelnen Genossenschaften werden dabei in London wohnende Bürger von Köln, Hamburg, Dortmund und Münster genannt⁹⁾, woraus folgt, daß jene vier Städte besondere Hansen in London gehabt haben. Jedenfalls hatten außer den Kaufleuten von Köln auch die Kaufleute von Hamburg und von Lübeck ihre besonderen Hansen und ihre eigenen Vorstände (*Altermanne*)¹⁰⁾. Ob sie auch, wie die Kaufleute von Köln, ein eigenes Vereinshaus (eine *Gildhalle*) gehabt haben, wissen wir nicht. Wahrscheinlich ist es jedoch nicht. Es scheint vielmehr, daß außer der *Gildhalle* der Kölner keine andere Deutsche *Gildhalle* in London bestanden hat, daß daher nach der Vereinigung aller Deutschen Kaufleute das *Gildehaus* der Kölner das allgemeine *Gildehaus* der *Gesammthanse* geworden ist. Jedenfalls haben sich die besonderen Hansen seit der Vereinigung aller Deutschen Kaufleute sehr bald und mit ihnen auch ihre besonderen *Gildhallen* verloren, wenn diese je bestanden haben sollten. Nur die Kölner Hanse macht hievon eine Ausnahme. Denn sie hat sich, mit einem kölnischen *Altermann* an der Spitze und mit eigenen auf die Kölner Verhältnisse beschränkten Statuten, noch neben der *Gesammthanse* erhalten¹¹⁾. Wann die *Gesammthanse* entstanden ist, wissen wir nicht. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts hat sie jedoch schon bestanden. Denn in einer Urkunde von 1260 wird bereits ihres Vorstandes (*aldermannus mercatorum Alemannie in Angliam venientium* und ihrer *Gildhalle* Erwähnung gethan¹²⁾. Das Vereinshaus der *Gesammthanse* wird insgemein *gildhalla Teutoni-*

8) Movers, Phönizier, II, 3 p. 123.

9) Urf. von 1282 bei Cartorius, II, 123 u. 124. und Lappenberg, Stahlhof, II, 15. — *civis Colonie — burgensis Tremonie — burgensis de Hamburgu — burgensis Monasterii, tunc in eadem civitate existentes, pro se et pro omnibus mercatoribus et sociis suis de hansa predicta.* —

10) Lappenberg, Geschichte des hanfischen Stahlhofes zu London, I, 18 u. 14.

11) Ennen, Gesch. von Köln, II, 552—554.

12) Urf. von 1260 bei Lappenberg, II, 13.

corum ¹³⁾ oder auch aula Alemannorum ¹⁴⁾, der Deutschen Hof ¹⁵⁾, wie in Venedig das Deutsche Haus, und zuweilen auch Esterlyngys-Halle ¹⁶⁾, späterhin aber Stahlhof genannt ¹⁷⁾.

Wie im Orient und in Italien, so hatten sich nämlich die Deutschen Kaufleute auch in London in einem geschlossenen Raume niedergelassen, in welchem sich außer der Gilbhalle auch noch ihre Wohnungen, Waarenlager und Buden befanden. Der Umfang ihres Grundbesitzes war anfangs sehr klein. Durch neuen Erwerb dehnte er sich aber mehr und mehr aus. Und seit dem 15. Jahrhundert ist daraus jener große geschlossene Stahlhof hervorgegangen, wie ihn Lappenberg beschrieben hat und in seinem interessanten Werke abbilden ließ ¹⁸⁾. Zu diesen Erwerbungen gehörte nämlich auch der Stahlhof selbst, der ursprünglich nur aus einigen Häusern mit einer Färberei und einem Weinkeller bestanden hat. Dieser Stahlhof bildete seit seiner Vereinigung mit den übrigen Besitzungen den östlichen Theil der Gesamtniederlassung. Und er wurde lange Zeit noch von dem Hofe der Deutschen selbst unterschieden und als ein abgeschlossener Raum betrachtet, welcher reinlich gehalten und während der Eßstunde verschlossen werden sollte ¹⁹⁾, bis zuletzt die ganze Niederlassung den Namen Stahlhof erhielt ²⁰⁾.

An der Spitze dieses Stahlhofes, worauf Lappenberg zuerst aufmerksam gemacht hat, standen zwei Altermänner, ein englischer und ein deutscher. Der englische Altermann, insgemein al-

13) Urk. von 1260, 1321, 1325, 1327 u. a. m. bei Lappenberg, II, 18, 18, 20. Mercatores Alemanie, qui habent domum in civitate London, que gildhalla Teutonicorum nuncupatur. Urk. von 1423 u. 1446, eod. p. 53 u. 68. mercatores de hansa Alemannie infra London residentes et Guyhaldam Teutonicorum vulgariter nuncupatam optinentes. —

14) Urk. von 1321 bei Lappenberg, II, 19.

15) Statut von 1434 bei Lappenberg, II, 120 art. 51.

16) Urk. von 1410 bei Lappenberg, I, 56, II, 35.

17) Lappenberg, I, 70 u. 71.

18) Lappenberg, I, 56—72.

19) Statute von 1320, 1410, 1434, 1446, 1449, 1450 u. 1452 bei Lappenberg, II, 119—121, art. 48—55.

20) Lappenberg, I, 68—71.

dermanus mercatorum Alemannie in Angliam venientium ²¹⁾ oder aldermannus hansae und aldremannus de societate mercatorum de Alemannia genannt ²²⁾, hatte nach Art der Gastgerichte über alle Schuldsachen der Deutschen Kaufleute zu entscheiden ²³⁾. Er sollte von den Deutschen Kaufleuten selbst, aber nicht aus ihrer Mitte, sondern aus den Altermannern der Stadt London oder aus den Bürgern von London (ita tamen, quod aldermannus ille sit de libertate civitatis predictae) gewählt, und sodann dem Stadtrath von London präsentirt und von ihm beidigt werden (aldermannus — per predictos mercatores electus fuerit, majori et aldermannis civitatis presentetur et coram eis sacramentum faciat) ²⁴⁾. Seine Gerichtssitzungen mußte er aber in der Gildehalle des Hofes der Deutschen halten. (Qui aldremannus dictae societatis curiam suam tenebit in domo que vocatur gilda aula Alemannorum in civitate predicta, de omnibus placitis conventionum, debitorum et contractuum, que moveri contigerit inter mercatores de hansa predicta) ²⁵⁾. Der Deutsche Altermann, theutonicus aldermannus mercatorum hanze ²⁶⁾ oder „Olbderman van der Duttschen Hense“ genannt ²⁷⁾, durfte nach dem sehr interessanten Statutenbuch von den Kaufleuten aus ihrer Mitte gewählt werden. Ihm zur Seite standen noch zwei, gleichfalls aus der Genossenschaft zu wählende, Beisitzer und neun andere Männer, welche XII Männer mit einander den Rath der Hanse bilden und die inneren Angelegenheiten der Hanse besorgen sollten ²⁸⁾. Unter ihnen standen noch außer den eigentlichen Dienern, dem Speuser, dem Koch, dem Lastträger (Porter), dem Wootsmann u. a. m., auch noch drei Schößmeister, zwei Hausmeister, zwei Baumeister, zwei Gartenmeister und einige Rechnungsbeamte ²⁹⁾.

21) Urf. von 1260 bei Lappenberg, II, 18.

22) Urf. von 1282 u. 1321 bei Lappenberg, II, 15 u. 19.

23) Lappenberg, I, 19—22.

24) Urf. von 1282, 1321 u. 1427 bei Lappenberg, II, 15, 19 u. 53.

25) Urf. von 1321 bei Lappenberg, II, 19.

26) Urf. von 1461 bei Lappenberg, II, 124.

27) Urf. von 1397 bei Lappenberg, II, 167.

28) Lappenberg, I, 28, II, 103—106.

29) Lappenberg, I, 84.

Außer in London hatten übrigens die Deutschen Kaufleute auch noch an anderen Orten in England, zumal in den Hafenstädten, Factoreien, z. B. in Boston, Lynn, York, Hull, Bristol, Norwich, Ipswich, Yarmuth u. a. m., von denen eine jede wieder eine eigene Hanse mit einem Altermann an der Spitze bildete ³⁰⁾. Alle diese Deutschen Hanssen in England standen unter sich und mit der Hanse in London in Verbindung. Sie bildeten eine Art von hanseatischem Bunde, schlossen Verträge mit auswärtigen Hanssen, z. B. mit der Hanse zu Bergen in Norwegen ³¹⁾ und hielten zu dem Ende und zur Besorgung der übrigen gemeinsamen Angelegenheiten gemeinschaftliche Versammlungen und Sitzungen („waren vergadert to London bey copman van den ghemeen „hauentuns“ ³²⁾ — „mit sulbort der gemenen Dutschen van allen „hauen in England vorgadert“) ³³⁾. Die in jenen Sitzungen gefaßten Beschlüsse banden alle, auch die an dem zur Berathung anberaumten Tage nicht erschienenen Kaufleute ³⁴⁾. Und ihr gemeinschaftlicher Vorstand war offenbar der oberste Altermann des gemeinen Kaufmanns in ganz England („des ghemeinen copmans „ouerste alderman van al Engellant“) ³⁵⁾.

§. 244.

Eben solche Handelsgenossenschaften von theils einheimischen theils Deutschen Kaufleuten findet man frühe schon auch in Brügge und in anderen Städten in den Niederlanden. So hatten die Kaufleute von Hamburg ihre eigenen Genossenschaften (Hanssen) in Utrecht, Ostflekten u. a. m. An der Spitze jeder Hanse stand ein Aldermann. Die Genossen hießen Hansebrüder (Hansebrodere) und ihre Versammlungen Morgensprachen (Morgheensprache) ¹⁾. Die in diesen Morgensprachen gemachten Satzungen

30) Lappenberg, I, 33, II, 23.

31) Urf. von 1383 bei Lappenberg, II, 22.

32) Urf. von 1383 bei Lappenberg, II, 22. Hauentun von Hafen und towe, d. h. Stadt, also Hafenstadt.

33) Statut art. 14 bei Lappenberg, II, 112

34) Statut art. 14.

35) Urf. von 1383 bei Lappenberg, II, 23. Vergl. I, 21.

1) Hamburg. altes Schiffrecht art. 2 u. 3 bei Lappenberg, Hamb. Rechtsalt. I, 75 u. 76. und Delrichs, Samml. der Brem. Ges. p. 291.

wurden später von dem Rath zu Hamburg bestätigt und aus den Schiffrechten von Damm und von Stavern, welche ihrerseits aus dem Seerechte (Waterrechte) von Oleron geschöpft hatten, ergänzt und erweitert. So entstand noch im Laufe des 13. Jahrhunderts das alte Schiffrecht von Hamburg, welches bald nachher in Riga, in Bremen und in Oldenburg, und wahrscheinlich auch in Lübeck recipirt worden ist²⁾. Eben solche Hansen hatten wahrscheinlich auch die Kaufleute von Lübeck, Köln, Bremen, Hamburg, Halle, Stendal u. a. m. in Brügge, Utrecht, Dordrecht u. a. m.³⁾ und die Kaufleute von Konstanz in Paris, Troyes, Brüssel u. a. m., wo sie jedenfalls eigene Häuser und Waarenniederlagen hatten⁴⁾. Außerdem hat aber auch noch eine allgemeine Genossenschaft aller Deutschen Kaufleute in Brügge bestanden, welche man den gemeinen Kaufmann, die Kaufleute des Römischen Reichs (*mercatores Romani imperii*) und die Flandernfahrer (*mercatores universi Flandriam frequentantes*) zu nennen pflegte⁵⁾. Wann dieser Verein der Deutschen Kaufleute entstanden ist, wissen wir nicht. Seine erste Verordnung ist vom Jahre 1347. Nach ihr bestand der Verein aus drei Theilen, der erste Theil aus den Kaufleuten von Lübeck und aus den wendischen und sächsischen Städten, der zweite Theil aus den Kaufleuten aus Westphalen und Preussen, und der dritte Theil aus denen von Gothland, Livland und Schweden. Und seine Sitzungen hielt der Verein in dem Refectorium bei den Carmelitern zu Brügge⁶⁾. Da nun in Brügge auch noch die Spanischen Kaufleute und die Flamländer selbst ihre eigenen Hansen gehabt haben, so findet man daselbst neben einander die Genossenschaften der

2) Hamburger altes Schiffrecht §. 17 — 22. Lappenberg, I, 81 — 83. und Einleitung p. 137—145.

3) Sartorius, I, 7—11.

4) Einwathordnung von 1289 bei Lender, Beiträge zur Gesch. von Konstanz, p. 15. „Wir setzen und gebietzen das nieman enkain linwatt „verlöffen sol vff den märkten in unsern hüsern ze Para (Paris) „ze Prusiz (Brüssel) vnd ze Lami, wann der ain seßhaft burger „zu Constanz ist vnd das die linwatt sie eigen sye

5) Sartorius, I, 8 ff., II, 117 u. 125.

6) Sartorius, I, 234 ff. Vergl. Eunen, Gesch. von Köln, II, 555—560.

Deutschen, Spanischen und Flandrischen Kaufleute⁷⁾. So wie denn auch in Frankreich hie und da fremde und einheimische Kaufmannsgilden und Hansen vorkommen, z. B. in Montreuil eine Englische Kaufmannsgilde (*gilda mercatoria et Anglica*)⁸⁾ und in Paris selbst eine Hanse, in welcher sich Pariser Bürger (*burgenses hansati*), neben ihnen aber auch noch fremde Genossen (*foranei associati*) befanden (§. 45). In früheren Urkunden wurden die Bürger von Paris, welche Mitglieder jener Genossenschaft waren, *aquae mercatores* und ihre fremden Genossen *socii*, die Genossenschaft selbst aber eine *societas mercatorum aquae Parisiensium* genannt⁹⁾. Später erst wurden die Genossen *mercatores hansati*¹⁰⁾ und *burgenses hansati* genannt¹¹⁾. Der Name Hanse scheint demnach erst später daselbst in Aufnahme gekommen zu sein. Der Vorstand der Hanse wird in der Urkunde von 1350 *prepositus mercatorum* (*prevost des marchands*) genannt. Und es ist merkwürdig, daß auch diese Hanse sich bloß auf den Großhandel mit Auswärtigen bezieht. Dasselbe gilt von der Hanse in Mittelburg. Auch diese Genossenschaft, welche Hanse oder auch *fraternitas* und *confraternitas mercatorum* (Kaufmannsbruderschaft) genannt zu werden pflegte¹²⁾, war eine Genossenschaft von Großhändlern, welche den Handel mit dem

7) Urf. von 1282 bei Sartorius, II, 125. *ex parte mercatorum Romani imperii — ex parte mercatorum hispanorum — ex parte mercatorum flandrensium.* —

8) Wilba, *Gildew.* p. 265.

9) Lettres von 1170, 1315, 1345 u. 1351 in *Ordonnances du L. II*, 433. *quod cives nostri Parisienses, qui mercatores sunt per aquam* (Also waren auch nach diesen Urkunden nicht alle Bürger Mitglieder der Genossenschaft. Diese war demnach verschieden von der Altbürger-schaft. Vergl. oben §. 45). — *nisi ille sit Parisiensis aquae mercator, vel nisi aliquem Parisiensem aquae mercatorem socium in ipsa mercatoria habuerit.*

10) Urf. von 1204 u. 1220 in (le Roy) *Dissertation sur l'histoire de l'hôtel de ville de Paris*, p. 98 u. 99. vor Felibien et Lobineau, *histoire de la ville de Paris.* Paris 1725.

11) Lettres von 1350 in *Ordonn.* du L. IV, 9.

12) Urf. von 1271, §. 4, 6, 7 u. 9 bei Mieris, *Groot Charterboek*, I, 356.

Auslande trieben und die Schifffahrt nach Ost und nach West (eod. §. 4 u. 6). Die Kleinhändler oder die Krämer waren demnach, wie z. B. in Regensburg, ausgeschlossen von der Hanse (§. 1—4). Der Vorstand der Genossenschaft hieß Hansgraf (*comes hanse*). Er hatte Gerichtsbarkeit in allen genossenschaftlichen Angelegenheiten und daher auch die Strafgeelder von den Genossen beizutreiben (§. 7 u. 10). Endlich stand auch diese Hanse, wie jene zu London, unter dem Stadtmagistrat (*praetorium de Middelburg* — eod. §. 10).

Unter den Niederlassungen der Deutschen Kaufleute an der Ostsee sind zur Erklärung der Deutschen Einrichtungen jene zu Malmö (Elnbogen) auf Schonen ¹³⁾ und ganz besonders jene zu Wisby auf der Insel Gothland am wichtigsten. Auch in Wisby ließen sich nämlich schon seit dem 12. und 13. Jahrhundert Deutsche Kaufleute nieder. Sie bildeten eine eigene Deutsche Gemeinde (*advocatus, consules et commune Theutonicorum civitatis Wisbucensis*) ¹⁴⁾ neben der daselbst befindlichen Gothländischen Gemeinde. Jede von beiden Gemeinden hatte ihr eigenes Siegel, die Deutsche eine kleine Lilie, die Gothländische ein Lamm mit der Siegesfahne. Beide Gemeinden bildeten mit einander die Stadtgemeinde von Wisby und standen, wie es scheint, unter einem gemeinschaftlichen Stadtrath ¹⁵⁾. Außerdem hatten aber auch noch die Kaufleute der einzelnen Deutschen Städte ihre eigenen Handelsgenossenschaften in jener Stadt, und jede Genossenschaft einen Olbermann an ihrer Spitze. Denn es wird in der ältesten Ekra des Hofes der Deutschen in Nowgorod eines Olbermanns von Gothland, d. h. der in Wisby angesessenen Deutschen Kaufleute (denn es ist daselbst nur von Deutschen die Rede) so dann eines Olbermanns von Lübeck, von Soest und von Dortmund auf der Insel Gothland erwähnt ¹⁶⁾. Wahrscheinlich bildeten daselbst die Kaufleute der bedeutenderen Städte eigene Genossenschaften, während die Kaufleute der kleineren Städte, welche

13) 2. Urk. von 1329 im Lüb. Urkb. II, 1. p. 457—459.

14) Urk. von 1280 im Lüb. Urkb. I, 368 u. Sartorius, II, 116.

15) Sartorius, Gesch. der deutsch. Hanse, I, 16 u. 17. Not., u. II, 117.

16) Ekra von 1225 bei Sartorius, II, 27. vergl. noch I, 12—16 u. II

28. Ekra in Lüb. Urkb. I, 708

nicht zahlreich genug waren, um eine eigene selbständige Genossenschaft zu bilden, sich an eine größere, z. B. die Kaufleute von Salzwechel an die Genossenschaft (*consortia*) der Kaufleute von Lübeck anschlossen¹⁷⁾. Wie in Brügge, so bildeten aber auch auf Gothland wieder alle Deutschen Kaufleute eine Gesamtgenossenschaft, welche man den gemeinen Kaufmann oder die *Gemeinschaft aller Deutschen Kaufleute auf Gothland* (*societas seu consodalitas mercatorum, — consorcium mercatorum* oder *omnes mercatores diversarum civitatum et locorum, terram Gotlandiam frequentantium*) zu nennen pflegte, und welche ebenfalls wieder ihr eigenes Siegel (*sigillum omnium mercatorum*) gehabt hat. Dieser Gesamtverein der Deutschen Kaufleute war schon im 13. Jahrhundert so mächtig, daß er den Deutschen Städten gebieten und dieselben mit dem Ausschuß aus der Gemeinschaft bedrohen konnte¹⁸⁾. Bemerkt muß noch werden, daß auch in Wisby die Handelsgesellschaften neben der Deutschen Gemeinde, vielleicht unter derselben gestanden haben, und daß erst später die Gesellschaften verschwunden sind, die Gemeinde aber mehr und mehr hervorgetreten ist.

§. 245.

Von allen diesen Handelsgesellschaften gilt der Grundsatz, daß sie auch in der Fremde nach ihrem nationalen Rechte leben durften, wie heute noch die Franken in der Levante. Nach einem alten Herkommen ward dieser Grundsatz schon im 7. Jahrhundert für alle fremden Kaufleute anerkannt¹⁹⁾ und später auch für die Deutschen Kaufleute in England²⁰⁾, für die Lübecker und Salzwecheler in Wisby und auf ganz Gothland²¹⁾, für die Greifswalder in Falsterbo auf Schonen²²⁾, für die Lübecker auf Rügen, in Liefland u. a. m.,

17) Urf. von 1263 bei Sartorius, II, 90. u. Lüb. Urfb. I, 254.

18) Urf. von 1287 bei Sartorius, II, 152. Vergl. I, 14—17.

19) L. Wisig. XI, tit. 3, c. 2.

20) Urf. aus 13. sec. bei Sartorius, II, 723. — *jus theutonicorum in Anglia*. Urf. von 1383 u. 1397 bei Lappenberg, Stahlhof, II, 167.

21) Urf. von 1265 im Lüb. Urfb. I, 254.

22) Urf. von 1280 bei Sartorius, II, 115.

woher die weite Verbreitung des Lübschen Rechtes²³⁾, und selbst für die Deutschen in Nowgorod. Denn die *Stra* des dortigen Hofes der Deutschen enthält nichts als deutsches Recht, nach welchem die Deutschen dort lebten.

Das Gericht bestand meistentheils aus dem Aldermann, Aldermann oder Hansegraf mit den Genossen, öfters aber auch aus einem bloßen Ausschuß mit dem Aldermann an der Spitze, z. B. in Nowgorod aus dem Aldermann mit einem Rathe von vier Genossen²⁴⁾ und in Paris aus dem Vorsteher der Kaufleute und aus vier Schöffen²⁵⁾. Hier und da durften sich die Genossen einen eigenen Richter wählen, z. B. die Kaufleute von Lübeck in Wisby, auf Rügen, in Liefland, in Skanör und Falsterbo auf Schonen, u. a. m. einen Vogt oder Richter (*advocatus* oder *judex*)²⁶⁾. Eben so die Greifswalder in Falsterbo auf Schonen einen Vogt²⁷⁾. Und von den gescholtenen Urtheilen ging öfters die Berufung an einen heimathlichen Oberhof, z. B. von der hamburgischen Hanse zu Utrecht an den Rath von Hamburg²⁸⁾, und von den hanseatischen Nisterleuten zu Bergen an den Rath zu Lübeck, welcher der Oberhof aller nach Lübschem Recht lebenden Gemeinden und Genossenschaften war²⁹⁾.

23) Privilegium des Fürsten Wjslav I. von Rügen von 1224. *Quodsi* (*familiares nostri de Lubeke*) *opus judicio habuerint, statuent judici ex parte ipsorum, qui cum iudice nostro praesident et judicando procedant secundum leges et justiciam civitatis eorum* Privilegium des Heermeisters Gottfried in Liefland von 1299. *Ceterum Lubecenses, si in littoribus maris aut ripis fluminum inter se ipsos aliquid quaestionis emerit, ibidem de se ipsis iudices eligant, qui secundum jus illud, quod in Lubeke observatur.* Dreyer, *spec. jur. publ. Lubecens.* p. 163 u. 189.

24) *Stra* bei Sartorius, II, 18. *Stra* im Lüb. Urfb. I, 700—711.

25) Urk. von 1281, 1293 u. 1296 bei Roy, *dissert. cit.* p. 103, 106 u. 109.

26) Urk. von 1263 bei Sartorius, II, 90. Vergl. die erwähnten Privilegien von 1224 u. 1299, und Urk. von 1203 im Lüb. Urfb. I, 20, u. Sartorius, II, 12.

27) Urk. von 1280 bei Sartorius, II, 115.

28) Das ältere Schiffsrecht §. 5 bei Lappenberg, *Rechtsalt.* I, 76. und bei Delrichs, *Sammlung*, p. 292.

29) Zwei Urtheile von 1476 bei Michelsen, *Oberhof zu Lübeck*, p. 167—169.

Auch pflegten alle diese Niederlassungen der deutschen Kaufleute in geschlossenen Räumen statt zu haben, in sogenannten Höfen oder Kaufhöfen, in welchen sich auch die Waarenlager und Buden befanden. Die Lübecker Kaufleute hatten einen solchen Hof in Riga, (*curiam turri adjacentem infra muros civitatis*)³⁰⁾, welcher, da er wie alle Höfe der Deutschen mit einem Zaun oder einer Mauer oder mit einem Graben umgeben, also befestiget war, auch Thurm, *turris nostra* in Riga, genannt worden ist³¹⁾. Die drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck hatten ebenfalls einen solchen geschlossenen Kaufhof zu Antwerpen, das Haus der Desterlingen oder das Osterhaus genannt, in welchem die Gilben der Kaufleute und ihre Waaren Unterkunft fanden. Und die Kaufhöfe der deutschen Kaufleute in England waren die Stahlhöfe zu London, Boston, Lynn u. a. m.³²⁾, welche sehr wahrscheinlich von den daselbst befindlichen Waarenlagern den Namen Stahlhof erhalten haben (§. 338). Mit der veränderten Art und Richtung des Handels verloren jene Kaufhöfe ihre alte Bedeutung. Sie wurden daher, um sie doch einiger Massen zu verwerthen, lange Zeit als Pacht Häuser vermiethtet, zuletzt aber veräußert. Der Stahlhof zu Boston wurde bereits im Jahre 1641, der Stahlhof zu Lynn im Jahre 1751 verkauft³³⁾. Das Haus der Desterlingen zu Antwerpen aber erst im Jahre 1860 und der Stahlhof zu London in den 1850er Jahren³⁴⁾. Der Verkauf des Stahlhofes zu London hat zu dem ausgezeichneten Werke von Lappenberg über die Geschichte des hanseatischen Stahlhofes zu London geführt. Und es ist zu hoffen, daß das gegebene Beispiel recht bald zur Herausgabe der sehr wichtigen Urkunden und Statute der deutschen Hanse (des deutschen Hauses) in Venedig führen wird, welche unser Thomas in den dortigen Archiven gefunden hat.

30) Urk. von 1231 in Lüb. Urkb. I, 61. bei Sartorius, II, 29.

31) Verzeichniß der Einkünfte von 1262 im Lüb. Urkb. I, 250. Vergl. meine Gesch. der Fronhöfe, I, 120, 126, 135—137, II, 151 ff.

32) Lappenberg, I, 56 ff., 162 u. 165.

33) Lappenberg, I, 164, 167 u. 171.

34) Beilage zur allg. Zeitung vom 19. März 1860, Nr. 79, p. 1302 u. 1308.

§. 246.

Wie die deutschen Kaufleute in den Niederlanden, in England und an der Ostsee, so ließen sich auch fremde Handels- und Gewerbsleute in Deutschland und Deutsche in anderen deutschen Städten und noch weiter in den slavischen Ländern nieder. Und durch Ertheilung von Freiheiten suchte man die fremden Kaufleute und Gewerbsleute anzuziehen. Friesen, bereits zur Zeit Karls des Großen schon durch ihren Gewerbsfleiß, zumal durch ihre prachtvollen Tücher und Gewänder berühmt¹⁾, ließen sich seit dem 9. Jahrhundert in Worms, Mainz, Soest (§. 107), Köln, Braunschweig u. a. m. nieder, und trugen nicht wenig zur Verbreitung der Wollweberei bei. Walen, Wälsche, Romanen und Lombarden ließen sich in Bonn, Soest, Regensburg u. a. m. nieder (§. 107), Fläminger in Bremen, Münster, Jglau und Wien²⁾, Gothen, Normannen, Ruthenen, Schweden und andere Völkerschaften aus dem Orient (*et cetera gentes orientales*) in Lübeck³⁾, Kaufleute von Köln, Aachen, Ulm und Regensburg in der Stadt Enß⁴⁾. Kaufleute aus Schwaben und aus dem Wälschland (*Cuovi* und *Latini*), dann aus Passau, Regensburg, Köln, Aachen, Meß und Mastricht und selbst aus Rußland (*Ruzia*) in Wien⁵⁾, Kaufleute aus Soest, Bardewic, Stendal, Salzwedel, Ertheneburg, Wittenburg, Bremen, Euttorp u. a. m. in Lübeck⁶⁾, Kaufleute von Raczburg, Bardewic, Berewich, Lübeck, Münster, Soest, Hornhausen u.

1) *Monachi Sangall. de gestis Karoli M.*, II, 9 u. 21 bei Pertz, II, 752 u. 762. — *pallia Fresonica alba, cana, vermiculata vel saphirina. — saga Fresonica.* —

2) Urf. von 1254 u. 1255 bei Sartorius, II, 69 f. u. 70. Not. Vergl. oben §. 178.

3) Freiheitsbriefe von 1188, 1204 u. 1226 im Lüb. Urfb. I, 10, 18 u. 46.

4) Urf. von 1101 bei Plato, Ursprung des Regensburg. Hansgrafenamtes, p. 25. Urf. von 1190 bei Scheid, orig. Quelf. III, praef. p. 80.

5) Urf. von 1192 bei Scheid, a. a. O. p. 81 u. 82. *Rationarium Austriae* bei Rauch, script. rer. Austr. II, 106. Stadtrecht von Wien von 1320 bei Rauch, III, 20. Gemeiner, Chron. I, 281—285.

6) Urf. 1177, 1188 u. 1253 in Lüb. Urfb. I, 7, 12 u. 179. Vergl. oben §. 64.

a. m. in Riga⁷⁾, Kaufleute von Regensburg und aus anderen deutschen Städten in Salzburg und München⁸⁾, Kölner Kaufleute wahrscheinlich auch in Freiburg, Bern u. a. m. Denen, welche sich in der Stadt ansiedeln wollten, gab man zu dem Ende Grund und Boden, z. B. in Freiburg, Bern, Hamburg u. a. m. (§. 107). Und so entstanden denn in den verschiedenen Städten die Ansiedelungen nach Nationalitäten in eigenen Straßen und Stadtvierteln, wie wir dieses in Regensburg, Wien, Prag, Brünn, Olmütz u. a. m. gesehen haben (§. 178 u. 179). Auch erhielten von diesen Ansiedelungen der Kaufleute nach Nationalitäten und von den damit verbundenen Vereinen sehr wahrscheinlich die Zünfte und Gilden der Kaufleute selbst zuweilen den Namen Nationen (Nationen), z. B. in Brabant und auch in Lübeck⁹⁾, und, wie wir gesehen, im Orient (§. 242).

Mit diesen Ansiedelungen waren Waarenlager, sogenannte Höfe oder Kaufhöfe und Gildhallen, *curiae hospitum mercatorum* oder *curiae hospitum*, öfters auch eigene Kirchen verbunden. So hatten die Italiener (die sogenannten Lamparten) in manchen Deutschen Städten ihre Kaufhöfe, Höfe zum Lamparten genannt. In Oppenheim war noch im Jahre 1434 ein solcher Hof zum Lamparten im Besitze der Verwandten Johann Guttentbergs¹⁰⁾. Die römischen Kaufleute (*mercatores nobiles cives romani*) hatten in Köln einen Römerhof (*curia romana*)¹¹⁾. Eben so hatten die Sachsen oder Westphalen in Köln den sogenannten Sassenhof, die Bürger von Burg in Magdeburg ein eigenes Kaufhaus und die Deutschen Kaufleute in Prag, Breslau, Brünn, Olmütz u. a. m. eine *curia hospitum*¹²⁾, die Kaufleute in Magdeburg,

7) Urk. 1281 in Lüb. Urk. I, 61 f.

8) Urk. von 1274 u. 1315 bei Bergmann, II, 6 u. 63.

9) Warnkönig, Flandr. Staats- u. Rechtsgesch., I, 358. Wehrmann, Lüb. Zunftrollen, p. 25.

10) Wetter, Geschichte des Doms zu Mainz, p. 83. Roth von Schredenstein, Patriziat, p. 142.

11) Urk. von 1218 bei Ennen, Quellen, II, 45.

12) Köppler, das altprager Stadtrecht, Einleitung p. XV f. Derselbe Stadtrecht von Brünn, Einleitung p. XI. Grünhagen, Breslau unter den Platten, p. 6. Vergl. oben §. 189.

Prag, Wien und Brünn aber ihre eigenen Kirchen ¹³⁾, wie denn auch die Deutschen Kaufleute in Wisby, Nowgorod u. a. m. ihre eigenen Kirchen gehabt haben ¹⁴⁾. Der Kaufhof (curia hospitum mercatorum) von Prag, der sogenannte Teynhof, bestand wahrscheinlich schon seit dem 10. Jahrhundert. Es war damit ein Spital für Fremde verbunden. Auch gehörte die altberühmte Marienkirche vor dem Teyn zu diesem Kaufhose. Sie war zu gleicher Zeit auch die Spitalkirche und wurde daher auch die Marienspital Kirche genannt ¹⁵⁾.

Einen ähnlichen Zweck, wiewohl von diesen Kaufhöfen verschieden, hatten offenbar auch die geselligen Vereine der fremden Kaufleute in manchen Handelsstädten zur Zeit der Messe. In Frankfurt a. M. z. B. errichteten die fremden Kaufleute im 16. Jahrhundert in dem Glauburger Hofe, der wegen der Beherbergung der Nürnberger Kaufleute später den Namen Nürnberger Hof erhielt, eine Gesellschaft, Schwägerschaft oder Tafelrecht genannt. Der nächste Zweck dieser Gesellschaft war zwar gesellige Unterhaltung, außerdem aber ganz gewiß auch gegenseitige Unterstützung während der Meßzeit ¹⁶⁾.

§. 247.

Das Bedürfnis, welches in London, Brügge, Wisby u. a. m. die Kaufleute der verschiedenen Nationen und Städte zur Bildung eigener Handelsvereine und alle zusammen wieder zu Gesamtvereinen oder Hansen geführt hat, dasselbe Bedürfnis hat wahrscheinlich auch in den Deutschen Städten zu ähnlichen Special- und Gesamtvereinen geführt. Da sich auch im späteren Mittelalter noch der germanische Grundsatz nach dem Rechte seiner Nation zu leben und gerichtet zu werden erhalten hat, so waren schon zu dem Ende eigene Genossenschaften und genossenschaftliche Gerichte nothwendig. Indessen habe ich doch außer der Genossen-

13) Mößler, Stadtrecht von Brünn, p. XXV. Tomeš, Geschichte von Prag, I, 22. Vergl. oben §. 107 u. 189.

14) Ekra bei Sartorius, II, 27.

15) Tomeš, Geschichte von Prag, I, 22, 23 u. 72.

16) Römer-Büchner, Stadtverfassung, p. 191—192. Kriegt, Burgezwise, p. 297.

schaft der Fläminger in Wien bis jetzt noch in keiner Deutschen Stadt eine Specialgenossenschaft von fremden Kauf- oder Gewerbsleuten gefunden. Denn die Deutschen Gemeinden in Prag, Brünn, Olmütz u. a. m. mögen wohl aus vielen Deutschen Kauf- und Gewerbsleuten bestanden haben. Bloß aus kaufmännischen Genossenschaften oder Gewerbsgilden haben sie aber gewiß nicht bestanden. Sie können daher eher mit der Deutschen Gemeinde in Wisby, als mit den Kaufmannsgilden und Hansen in den Deutschen Städten verglichen werden. Wie jene so haben auch sie ursprünglich eine eigene Deutsche Gemeinde an der Seite der einheimischen slavischen oder ungarischen Gemeinde gebildet, bis sie später das Uebergewicht über die einheimische erhielten und so dann zur herrschenden Gemeinde geworden sind. Sehr wahrscheinlich haben sich in den Deutschen Städten die fremden und einheimischen Kaufleute frühe schon mit einander zu einer einzigen Gesamtgenossenschaft oder Hanse verbunden und es haben sich sodann die Specialvereine (die eigentlichen Landsmannschaften) wieder verloren.

Merkwürdig ist es jedoch, daß sich auch in den Deutschen Städten die eigentlichen Großhändler, welche den Handel mit dem Auslande trieben, zuerst über die übrigen Kaufleute erhoben haben. So in Augsburg die mit Köln in Verbindung stehenden Kaufleute und später alle Kaufleute¹⁾, in Freiburg im Breisgau die *mercatores personati*²⁾, und später alle Kaufleute, indem dieselben zwischen den Edelen und den Zünften in der Mitte standen³⁾. Ebenso in Wien alle Kaufleute⁴⁾, in Konstanz die Großhändler, welche später eine eigene Zunft bildeten⁵⁾, in Köln die zur Weinbruder-

1) Stadtrecht von 1156 in Mon. B. 29, I, p. 330. *institutores qui coloniam vadunt*. Vergl. Langenmantel, Historie des Regiments von Augsburg, p. 89.

2) Stadtrecht von 1120 bei Dümge, regest. p. 122.

3) Verf.-Urk. von 1293 bei Schreiber, I, 132. Zwei Urkunden von 1392 bei Schreiber, II, 89—91. — „acht von den kaufleuten vnd acht von den edeln „vnd acht von den gemeinen Zünften.“

4) Urk. von 1396 bei Hormayr, Wien, I, Bd. II, Urk. p. 87. — „von „erbern Cibpurgern, kaufleuten vnd gemaynen erbern hantwerchern.“ —

5) Lender, Konstanz, p. 15.

schaft gehörigen Kaufleute ⁶⁾, in Speier und Utrecht die Rhein Kaufleute ⁷⁾ und in Basel die Kaufleute, welche als Großhändler weit über den Krämern standen ⁸⁾. Auch hatten in Wien die Kaufleute mit Gewand den Vorrang vor den Wiltwerchern und vor den Chramern ⁹⁾. Desgleichen die Mitglieder der Hanse in Regensburg vor den Krämern und die Mitglieder der kaufmännischen Genossenschaften in Hamburg und Lübeck vor den Mitgliedern der Kramercompagnie. In Bremen traten die Kaufleute (de Kopmann, offenbar die Großhändler) seit dem 14. Jahrhundert als ein eigener von der Geschlechtergemeinde und von den Zünften verschiedener Stand hervor (§. 301). Und der Vorstand der Kaufmannschaft, das Collegium der Aeltermänner, machte sich seit dem Anfang des 15. Jahrhunderts vor den Vorständen der übrigen Zünfte bemerklich und wurde auch schon bei der Vertretung der Bürgerschaft berücksichtigt ¹⁰⁾. Eben so traten in Stralsund die Aelterleute des Gewandhauses (der vornehmsten Kaufmannscompagnie) seit dem 15. Jahrhundert als die Vertreter der gesamten Bürgerschaft hervor und machten die Vermittler zwischen dem Rath und der Bürgerschaft. Und auch in späteren Zeiten noch blieben sie mit kurzen Unterbrechungen die Wortführer in dem Hundertcollegium und in dem späteren Fünzigercollegium ¹¹⁾.

Als reiche und angesehene und daher einflußreiche Leute spielten die Großhändler von je her eine Rolle in den Angelegenheiten der Städte. Schon im 11. Jahrhundert stellten sich in Köln 600 der reichsten Kaufleute an die Spitze der unzufriedenen Bevölkerung (§. 19). Daß aber alle Bürger Kaufleute und darum die Richeze ursprünglich eine Kaufmannsgilde gewesen sei, wie man behauptet hat, folgt daraus dennoch noch nicht. Die meisten Kauf-

6) Ennen, Gesch. II, 600 ff.

7) Lehmann, p. 280, 588 u. 589. Urk. von 1288 und 1281 in Forsch. zur Deutsch. Gesch. IX, 515, 516 u. 524.

8) Dohs, I, 376 u. 377, u. II, 124.

9) Ennen bei Rauch, I, 302. In demselben Sinne wird in der Urkunde von 1192 bei Scheid, orig. Guelf. III, praef. p. 31. das Wagengiwant von dem Gramgiant unterschieden.

10) Donandt, I, 343 u. 344. Johann Krüger, Bilder der Geschichte Bremens, p. 161.

11) Fabricius, Verfassung von Stralsund, p. 5, 10, 20 u. 47.

leute waren in den alten Städten entweder selbst Handel treibende Bürger, z. B. in Köln, Nürnberg, Frankfurt, Ulm, München u. a. m. (§. 82) oder sie ließen sich wenigstens frühe schon ins Bürgerrecht aufnehmen. Daher saßen z. B. in Lübeck schon im 12. Jahrhundert so viele Bürger aus fremden Städten im Stadtrath (§. 64). Eben so pflegten viele Genossen der Hanse in Regensburg und die Hansgrafen selbst Bürger zu sein ¹²⁾. Allein nicht alle Hansegenossen waren daselbst Bürger. Denn da nur diejenigen den Markt besuchen und an dem Großhandel Theil nehmen durften, welche wie zu Paris und St. Goar in die Hanse aufgenommen waren ¹³⁾, so pflegten auch Fremde in die Genossenschaft aufgenommen zu werden. Und da ferner nur diejenigen Bürger, „die uf der Strazze und uf dem lande und uf dem wazzer varent und anders nieman“, also nur die Großhändler Hansegenossen sein konnten ¹⁴⁾, so hat es auch in Regensburg Bürger gegeben, welche keine Hansegenossen waren. Die Mitglieder einer Kaufmannsgilde oder Hanse als solche gehörten demnach nicht zur Bürgerschaft, wenigstens nicht vor dem Siege der Zünfte. Daher können auch die Stadtgemeinden nicht aus jenen Gilden oder Hansen hervorgegangen sein. Bei keiner einzigen Stadt kann dieser Zusammenhang nachgewiesen werden (§. 43 u. 81). Und die Geschichte der Hanse von Regensburg liefert sogar für das Gegentheil einen unumstößlichen Beweis.

§. 248.

Der Handel von Regensburg reicht schon in die Zeiten Karls des Großen, vielleicht auch noch weiter hinauf (§. 75). Daher ließen sich unter Anderen auch fremde Kaufleute frühe schon daselbst nieder, Walen oder Wälſchen und Romanen, die Wälſchen in der Wälſchgasse, die Romanen im Römling, die eigentlichen Krämer in der Kramgasse, alle zusammen aber in einem eigenen Stadttheil in der Kaufmannsstadt (§. 107 u. 179). Ob die in einer Straße beisammen wohnenden Landsleute eigene Genossen-

12) Urk. von 1240 in Mon. B. XI, 357. — hansgravio civi Ratisponensi. — Vergl. noch Urk. von 1288 bei Ried, I, 383.

13) Die alten Artikel von St. Goar im Jahr 1627 von neuem bestätigt bei Wend, Heß. Land. Gesch. I, 116.

14) Urk. von 1281 bei Gemeiner, I, 415.

schaften gebildet haben, wie die Deutschen Kaufleute in London, Brügge, Wisby u. a. m., wissen wir nicht, wie wohl es sehr wahrscheinlich ist. Offenbar haben aber alle Specialgenossenschaften zusammen wieder, wenn sie überhaupt existirt haben, eine Gesamtgenossenschaft mit einander, wenigstens die Großhändler, gleichviel ob Fremde oder Einheimische, eine einzige Genossenschaft gebildet, welche man auch in Regensburg die Hanse („di Hans“) und die Mitglieder Genossen („Genozzen“) oder auch Hansen, ihren Vorstand aber Hansgraf genannt hat¹⁾. Schon Karl der Große hatte zur Beforgung der Handelsangelegenheiten jener Gegend (von Forchheim bis nach Lorch bei der Stadt Ens) einen Beamten namens Audulfus aufgestellt²⁾. Späterhin erhielt dieser Beamte den Namen Hansgraf und die Bürgerschaft von Regensburg das Recht ihn zu ernennen³⁾. Im 15. Jahrhundert nahmen jedoch die Herzoge von Baiern das Recht den Hansgrafen zu ernennen in Anspruch⁴⁾. Der Grafentitel war in früheren Zeiten sehr verbreitet. Auch die nicht vollfreien Hofbeamten haben ihn von je her geführt⁵⁾. Es kann demnach nicht auffallen, daß auch der Vorstand der Großhändler jenen Titel erhielt. Wie anderwärts der Zöllner (telonarius)⁶⁾, so hatte wahrscheinlich auch der

1) Verordnung von 1334 bei Freyberg, Samml. histor. Schriften, V, 119. Regensburg. Hansegerichtsordnung cap. 1, 2, 6 u. 7. bei Jäger, jur. Mag. der Reichsstädte, II, 89 ff. cap. 7. „Kein Hannß soll ohne Erlaubniß und ehe der Hannßgraf aufsteht, aus der Hannß abgehen.“

2) Capit. von 805, c. 7 bei Pertz, III, 138. Benedicti Capit II, 273, eod. IV, 86. De negotiatoribus qui partibus Sclavorum et Avarorum pergunt, quousque procedere cum suis negotiis debeant, id est — ad Foracheim et ad Breemberga, et ad Ragenisburg praevideat Audulfus et ad Lauriacum Warnarius.

3) Urk. von 1207 bei Gemeiner, Ursprung von Regensb. p. 70. und Jäger, jur. Mag. der Reichsst. II, 85. Item cives ratisponenses facultatem habebunt ex arbitrio suo eligendi magistrum qui vulgariter hanisgrave dicitur. Privilegium von 1280, §. 12. Vergl. oben §. 54.

4) Instruction von 1492 bei von Krenner, Landt. Gbl. X, 529.

5) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 219, 220, II, 460 u. 461.

6) L. Wisigoth. XI, tit. 8, c. 2. Dum transmarini negotiatores inter se causam habuerint, nullus de sedibus nostris eos audire praesumat, nisi tantummodo suis legibus audiantur apud telonarios suos.

Hansgraf die Zölle und sonstigen Abgaben von den ankommenden Waaren zu erheben und die unter den Handelsleuten entstandenen Streitigkeiten nach dem angeborenen Rechte eines jeden zu entscheiden. Und da sein Bezirk bis nach Lorch bei Ens gereicht hat, so hatte er auch in späteren Zeiten noch den Markt bei Ens zu besuchen und gemeinschaftlich mit den Richtern des Ortes den Zoll von den jenen Markt besuchenden Kaufleuten zu erheben ⁷⁾. Auch ist ihm in späteren Zeiten noch die Besorgung der Mautangelegenheiten und die Gerichtsbarkeit darüber geblieben ⁸⁾. Außerdem hatte er auch noch die Marktangelegenheiten ⁹⁾, wie die *mercatores hansati* in Paris ¹⁰⁾, überhaupt alle Handelsangelegenheiten zu besorgen, zu welchen auch die Straßen zu Wasser und zu Land gehört haben ¹¹⁾. Späterhin kam dazu noch die Aufsicht über die Handwerks Innungen ¹²⁾ und über die Gewerbs- und Polizeisachen überhaupt ¹³⁾. Auch hatte die Hanse Autonomie und durfte da-

7) Urf. von 1101 bei Plato, a. a. O. p. 25 f. — *peracto foro et ibidem navibus oneratis Comes Ratisponensis cum iudicibus de villa ad portum veniens a nautis inquirat, quid queque navis ferat, de centenario XII denarios persolvat, tum de cera tum de cutibus et de equipollentibus.* Vergl. noch Urf. von 1190 bei Scheid, orig. Guelf. III, praef. p. 30.

8) Urf. von 1329 bei Plato, p. 21 u. 22. und Jäger, a. a. O. II, 37.

9) Urf. von 1207 cit. *ut ille (Hansgraf) de officiis sua jura consuetudines ipsorum in nundinis requirat.* — Privilegium von 1230 §. 12. *qui (hansgravius) disponat et ordinet — ea tantum, quae respiciant negotia nundinarum.*

10) Urf. von 1220 bei le Roy, dissert. cit. p. 99. *mercatoribus nostris hansatis aque Parisiis concedimus crierias Parisiis in perpetuum tenendas u. s. w.* vergl. Wilba, p. 241.

11) Verordnung von 1334 bei Freyberg, V, 119. „Daz sich der hansgraf „ihttez mer an nem, noch dhem ander sommung hab dann umb der „chaufmanschaft und der strazze, auf wazzer und auf Lant, geschäft und „not durft.“ — Urf. von 1492 bei Krenner, Landt. Bbl. X, 529. „Hansgrafen, der über die Kaufmannschaft zu richten habe.“ Vergl. noch Urf. von 1281 u. 1333 bei Gemeiner, Chron. I, 415 u. 562. Diese Verordnung von 1333 ist dieselbe, welche Freyberg in das Jahr 1334 setzt.

12) Leberer-Ordnung von 1477 bei Plato, p. 22. und Jäger, II, 37 u. 38.

13) Regimentsordnung von 1514 bei Jäger, Mag. IV, 36. Hannßgerichtsordnung cap 8 u. 12 bei Jäger, II, 42 u. 46.

her in genossenschaftlichen Angelegenheiten Verordnungen machen ¹⁴⁾ und auch für die unter ihr stehenden Kramer, Unterkäufer, Schiffeleute, Wäger, Ohmer, Schröter und Karrenleute Gewerbsordnungen erlassen, wie dieses im Jahre 1311 geschehen ist ¹⁵⁾.

Die Hanse selbst war, wie wir gesehen, eine Genossenschaft der Großhändler und daher verschieden von der Kaufmannsgilde oder von der Bruderschaft der Kramer. Es ist demnach ein Irrthum, wenn Wittmann ¹⁶⁾ den Hansgrafen für einen Vorsteher der Kaufmannsgilde hält. Die Kaufmannsgilde wohnte nicht bloß in einer eigenen Straße, sie hatte auch ihr eigenes Bruderhaus und saß im großen Rath nach den Rathsherren in der Hans, stand diesen demnach im Range nach ¹⁷⁾. Der an der Spitze der Hanse stehende Hansgraf und die Hanse selbst standen in früheren und in späteren Zeiten in sehr großem Ansehen. Der Hansgraf wird öfters sogar neben dem Bürgermeister genannt ¹⁸⁾. So hoch indessen die Hanse auch stand, so stand sie dennoch, wie in Mittelburg u. a. m. unter der Stadt und dem Stadtrath ¹⁹⁾. Daher hatte die Bürgerschaft, wie wir gesehen, das Recht den Hansgrafen zu ernennen. Daher durften die Hansgrafen und die Hanse nur mit Zustimmung der Bürger oder des Stadtrathes neue Anordnungen treffen und Verordnungen in genossenschaftlichen Angelegenheiten machen ²⁰⁾. Und so oft die Rechte der Hanse streitig waren, hatte der Stadtrath den Streit zu entscheiden ²¹⁾. Der Stadtrath kann demnach schon aus diesem

14) Verordnung von 1378 bei Gemeiner, II, 172.

15) Gemeiner, I, 479.

16) Quellen zur Bairischen Gesch. V, 137.

17) Gemeiner, I, 563 u. 564. ad an. 1333.

18) Historia annor. 1264 — 1279 bei Pertz, XI, 650. ad. an. 1266. — cum magistro civium et hansgravio. —

19) Hannßgerichtordnung, cap. 7, 8, 11 u. 12 bei Jäger, II, 39 ff.

20) Urf. von 1207 bei Jäger, II, 35 et si infra civitatem is (Hansgraf) aliquid ordinare disposuerit, id non nisi secundum civilia instituta et ex consensu urbanorum fiat. Dasselbe soll offenbar auch das Privilegium von 1230 §. 12. sagen. Vergl. noch Gemeiner, I, 296, 325 u. 415. und Hannßgerichtordnung c. 1, u. 8 bei Jäger, II, 39

21) Verordnung von 1334 bei Freyberg, V, 119. „Mein Herren an

Grunde nicht, wie man geglaubt hat ²²⁾, aus der Hanse hervorgegangen sein. Er ist aber um so weniger aus derselben hervorgegangen, als die Hanse auch in späteren Zeiten noch und zwar bis auf unsere Tage neben und unter dem Stadtrath bestanden und sogar in ihrer Eigenschaft als Hanse Sitz und Stimme im großen Rath gehabt hat ²³⁾.

Die laufenden Angelegenheiten der Hanse besorgte der Hansgraf entweder allein oder wie in Paris und Nowgorod gemeinschaftlich mit einem aus den Hansgenossen gewählten Rath, welchen man den Rat in der Hans zu nennen pflegte ²⁴⁾. Späterhin wurden die Mitglieder dieses Hanserathes Beisitzer und, da sie auch Gerichtsbarkeit hatten, Hannßgerichts-Personen oder auch Hannßherren genannt ²⁵⁾. Ueber jene Geschäfte, welche der Hansgraf allein zu besorgen hatte, mußte er dem Hanserath Rechenschaft ablegen und ihm jedes Jahr über alle Ausgaben und Einnahmen Rechnung stellen ²⁶⁾. Bei wichtigeren Angelegenheiten mußten jedoch alle Genossen („die Gemin der Hans“) beigezogen werden ²⁷⁾. Seit dem 15. und 16. Jahrhundert scheint aber die gesamte Genossenschaft nicht mehr berufen,

„dem rat schuln auch auszpringen, ob die hantsgewalt haben
„schul oder niht umb die Pfefferwag ze leihen, und umb den golt
„reicher, und umb underchäufel, und umb omer und schroter, bi si
„auch in di Hans vodernt.

22) Z. B. Gemeiner, Urspr. von Regensb. p. 56—61.

23) Urk. von 1244 u. 1333 bei Gemeiner, Chr. I, 351 u. 563—564.

24) Urk. von 1331 bei Plato, p. 29. Urk. von 1813 u. 1333 bei Gemeiner, I, 500 u. 563.

25) Hannßgerichtsordnung, c. 1 ff. 10 u. 12 bei Jäger, II, 38. Urk. von 1477 bei Plato, p. 22. „Hannßgraf und auch für uns die Herren
„in der Hans.“

26) Hannßgerichtsordn. c. 10.

27) Urk. von 1331 bei Plato, p. 29. Urk. von 1281 bei Gemeiner, I, 415. — „Der (Hansgraf) die burgär samme. Die uf der strazze und
„uf dem land und uf dem wazzer varent. — und swenn er dar ge-
„biutet bi dem Wandel, des die burgär ze rat werdent unde sehent
„nach der merere menig umb des geschäfte. Des si habent ze handeln
„uf dem Lande und uf der strazze“. Daß aber hier unter den Bür-
„gern nur Hansgenossen zu verstehen sind, geht aus dem oben Be-
merkten hervor. Oben S. 247.

alles vielmehr von dem Hanſerath allein, theils an den wöchentlichen Hanſtagen, theils auch in außerordentlichen Hanſ-Verſammlungen (in der gewöhnlichen und außerordentlichen Hanſß) beſorgt worden zu ſein²⁸⁾. Die Mitglieder des Hanſerathes waren demnach von nun an die eigentlichen Herrn in der Hanſe und wurden auch die Hanſherren genannt. Unter dem Hanſgrafen und Hanſrathe ſtanden noch als untergeordnete Beamten ein Hanſſchreiber und ein Hanſknecht und die Marktknechte²⁹⁾. Einen fixen Gehalt bezogen die Hanſherren nicht, wohl aber für jede Sitzung, welcher ſie beiwohnten, eine gewiſſe Gebühr. Zu dem Ende erhielten ſie für jeden Beſuch eines Hanſtages ein ſogenanntes Hanſzeichen³⁰⁾. Bei ihrem Eintritt in den Hanſrath mußten ſie aber ein Eintrittsgeld entrichten und ihren Mitaffeſſoren eine Mahlzeit geben³¹⁾. Und in dieſer Geſtalt iſt die Hanſe in Regensburg bis auf unſere Tage gekommen.

§. 249.

Wie in Regensburg, ſo ſind wahrſcheinlich auch im übrigen Deutschland die Hauſen entſtanden. Karl der Große ſtellte nämlich nicht bloß in Regensburg, ſondern auch in Bardewiſ, Echeſel, Magdeburg, Erfurt und Hallſtatt, vielleicht auch noch an anderen wichtigen Handelsorten eigene Beamten, eine Art von Handelsconſuln, an, zur Beſorgung der Handelsangelegenheiten jener Gegenden¹⁾. An ſie ſchloſſen ſich die einheimiſchen und fremden Handelsleute an, bildeten wie in Regensburg

28) Hanſßgerichtſordn. c. 2, 5 u. 8.

29) Hanſßgerichtſordn. c. 3, 11 u. 12.

30) Hanſßgerichtſordn. c. 2 u. 4.

31) Hanſßgerichtſordn. c. 12.

1) Capit. roi 805, c. 7 bei Pertz, III, 188. De negotiatoribus qui partibus Sclavorum et Avarorum pergunt, quousque procedere cum suis negotiis debeant, id est partibus Saxoniae usque ad Bardaenowic, ubi praevideat Hredi, et ad Schezla, ubi Madalgandus praevideat, et ad Magadoburg praevideat Aito. Et ad Erpesfurt praevideat Madalgandus, et ad Halazstat praevideat item Madalgandus.

und in Bremen ²⁾ Handelsgesellschaften oder Hansen, und entschieden nach ihrem angeborenen Rechte die in Handelsangelegenheiten entstandenen Streitigkeiten unter dem Vorstize des erwähnten Beamten. Aus diesen oder aus ähnlichen Beamten sind offenbar die Hansgrafen oder Hansgrafen in Wien ³⁾, in Bremen ⁴⁾, in Brilon in Westphalen ⁵⁾, und vielleicht auch noch in anderen Deutschen Städten hervorgegangen. Meistentheils haben sich jedoch jene Beamten in späteren Zeiten wieder verloren. Die Hansen selbst sind übrigens in Deutschland weit verbreitet gewesen, viel weiter als man es insgemein annimmt. Denn sie haben gewiß allenthalben bestanden, wo man wie in Lübeck ⁶⁾, in Paderborn ⁷⁾, in Göttingen ⁸⁾, in Dam, Bierrliet ⁹⁾ u. a. m. ein Hansgeld (*hansa*) von den Kaufleuten zu erheben pflegte, oder wo man wie in Köln ¹⁰⁾ und in St. Goar die fremden Handelsleute hansen durfte, ein alter großer Mißbrauch (*pravus abusus*), welchen schon Friedrich II. für die Bürger von Lübeck abgeschafft hat ¹¹⁾. Seit

2) Stat. von 1308 bei Delrichs, p. 54 — „wel he oc en copman wesen, so scal he ver schellinghe gheren vor sine hense.“

3) Urf. von 1458 u. 1480 bei Hormayr, Wien, I, Bd. II, Urf. p. 109 ff. und II, Bd. I, Urf. p. 28 ff. Rauch, scriptor, rer. Austr. III, 69 u. 70.

4) Lappenberg, Vorwort zu Sartorius, Ursprung u. Gesch. der Hanse, I, p. XVIII bis XX.

5) Seiber, Rechtsgesch. von Westphalen, III, 453.

6) Freiheitsbrief von 1188 u. 1204 im Lüb. Urfb. I, 10 u. 18. — *absque theloneo et absque hansa*. — Michelsen, Urff. von Schleswig-Holstein-Lauenburg I, 3, 4 u. 5.

7) Urf. von 1327 bei Wigand, III, 219. *habent jus, quod hanse dicitur*. —

8) Urf. von 1430 bei Sartorius, I, 75.

9) Urf. von 1180 bei Warnkönig, Flandr. Rgsh. II, 2 p. 4, 5 u. 209. — *consuetudini quam negotiatores mei hansam vocant — hansam exigat*. —

10) Urf. von 1259 bei Lacomblet, II, 262. *ab ipso cive impune et licite arrestari et puniri poterit more antiquo, secundum quod vulgo hansin vocatur, quod taliter fieri consuevit, quod civis Coloniensis mercatorem in tali excessu a se deprehensum calamo vel junco consimili ligamento ligabit, et si mercator ille hoc vinculum u. s. w.*

dem Siege der Zünfte haben sich jedoch die Handelsgesellschaften und Hansen meistentheils unter den Zünften verloren. Sie sind nämlich entweder wie in Basel, Augsburg, Speier u. a. m. eine der ersten und vornehmsten Zünfte geworden, oder es haben sich wie in Lübeck, in Stralsund und in Hamburg an ihrer Stelle eigene Handelscompagnien für den Großhandel gebildet. In Basel gehörte die Zunft der Kaufleute oder die Zunft zum Schlüssel, bestehend aus den Handelsleuten und Fabrikanten, also insbesondere auch aus den Tuchsheerern und Gewandschneidern, den sogenannten Tuchleuten, zu den Herrenzünften und bildete unter den vier Herrenzünften die erste, sogar noch vor den Münzger Hausgenossen ¹²⁾. In Augsburg hatte die Zunft der Kaufleute den zweiten Rang unmittelbar nach den Geschlechtern, weit vor den Kramern. Und als im Jahre 1368 das Zunftregiment eingeführt ward, erhielten die Kaufleute einen eigenen Zunftbrief, eine Auszeichnung, welche den übrigen Zünften nicht zu Theil ward ¹³⁾. Und als im Jahre 1548 die Zünfte und die Zunft Häuser wieder abgeschafft wurden, blieb den Geschlechtern und den Kaufleuten nach wie vor ihre Stube und ihre Stubengesellschaft ¹⁴⁾. In Speier endlich bildeten die Rheinkaufleute eine eigene Zunft unmittelbar nach der Münzger Hausgenossenzunft. Und sie durften daselbst vier Mitglieder in den Rath wählen, während die übrigen 13 Zünfte aus jeder Zunft nur einen Rathsherren wählen durften ¹⁵⁾. In Köln gehörten die Kaufleute sogar zu den Geschlechtergaffeln ¹⁶⁾ und in Lübeck zu den Patriciern. Die Junter- oder Circulcompagnie und die Kaufleute Compagnie bildeten in Lübeck die beiden patricischen Collegien oder Zünfte. Und die Compagnien der Schonenfahrer, Nowogorodsfahrer, Bergensfahrer, Rigafahrer und Stockholmfahrer standen wenigstens an der Spitze der sogenannten bürgerlichen Collegien, noch vor der Com-

11) Freiheitsbrief von 1226 im Lüb. Urkb. I, 46.

12) Urk. von 1370 u. 1404 u. a. m. bei Dohs, I, 876, II, 110 ff. u. 123 ff.

13) Langenmantel, p. 89 u. 47.

14) Langenmantel p. 92. Not.

15) Urk. von 1304 u. 1349 bei Lehmann, p. 588, 589 u. 614.

16) Verbundsbrief von 1396 in Materialien, I, 7 p. 4 ff.

pagnie der Gewandschneider und der Kramercompagnie¹⁷⁾. In Stralsund aber, wo es keine Patricier gab, bildeten die Kaufleute und an ihrer Spitze die Compagnie der Wandschneider (Tuchhändler) sogar den ersten Stand in der Stadt mit allen den Rechten und Vorrechten, welche anderwärts nur allein den Geschlechtern zustanden¹⁸⁾. Und in Hamburg haben sich seit dem 14. Jahrhundert vier kaufmännische Genossenschaften, die Englandsfahrer, Flandernfahrer, Schonenfahrer und Bergensfahrer oder Islandsfahrer gebildet. Die drei ersten umfaßten den eigentlichen Handelsstand, „den gemeinen Kopman“, welcher alle Handelsangelegenheiten allein zu ordnen hatte. Alle vier Gesellschaften mit einander bildeten aber die höhere nicht zu den Zünften gehörige Bürgerschaft¹⁹⁾.

Und zuletzt ist von den alten Hansen außer in Regensburg nichts weiter als der Name Hans zur Bezeichnung eines vornehmen, an Reichtum und Ansehen vor Anderen hervorragenden Mannes und in einer lächerlichen Bedeutung der Groß Hans²⁰⁾ und das Hänfeln geblieben, das Hänfeln in St. Goar sogar noch bis auf unsere Tage nicht ohne Beziehung auf eine alte früher daselbst bestandene Hanse. Es hat sich nämlich zu St. Goar von Alters her eine ursprünglich aus einer wirklichen Hanse hervorgegangene Verbindung erhalten, welche man den Hansband, Burschband oder den Hansband- oder Burschband-Orden genannt hat. Sie war berechtigt jeden zum ersten Mal den Rhein hinabreisenden Fremden in ihren Orden aufzunehmen und feierlich zu verhansen. Die Aufnahme geschah in dem Wirthshause unter allerlei lächerlichen Ceremonien. Die Hauptsache dabei war, daß auf Kosten des Gehänseten, welchem während der Ceremonie eine messingene Krone auf das Haupt gesetzt ward, tüchtig getrunken und zwar aus einem großen sogenannten Hansbecher getrunken und zuletzt dessen Name in das Hansebuch eingetragen wurde, worauf derselbe noch in verschiedene Büchsen

17) Dreper, Einleitung z. Lüb. Verordnung. p. 75 u. 76.

18) Fabricius, Verfassung von Stralsund, p. 16 u. 17.

19) Staphorst Hamburg. Kirchengesch. I, 222 u. 242. Wilda, p. 267—269.

20) Brem. niedersächf. Wörterb. II, 592. Haltaus, p. 828. Schmeller, II, 215.

einen sogenannten freiwilligen Beitrag für die Armen einlegen mußte ²¹⁾).

§. 250.

Auch die Universitäten waren freie Genossenschaften, welche sich in den Städten angesiedelt hatten. Schon der Ausdruck *Universitas* bedeutete ursprünglich eine gelehrte Genossenschaft, entweder eine Genossenschaft der Lehrenden und Lernenden (*universitas magistrorum et scholarium*) wie in Bologna, oder eine Genossenschaft der Lehrenden (*universitas doctorum* oder *magistrorum*) wie in Paris. An eine Gesamtheit der Wissenschaften, wie in neueren Zeiten, hat bei jenem Ausdruck ursprünglich niemand gedacht. Auch ward nicht die hohe Schule selbst, vielmehr die mit der Schule verbundene Genossenschaft eine *Universitas* genannt. Nach ihrer Entstehung und ersten Einrichtung waren die Universitäten von anderen germanischen Genossenschaften durchaus nicht verschieden. Erst seit dem Verschwinden des genossenschaftlichen Geistes und seit der Anwendung des Römischen Rechtes sind auch diese Genossenschaften als römische Korporationen behandelt worden ¹⁾).

Die einzigen höheren Lehranstalten oder Schulen, welche es im Mittelalter gegeben hat, waren die Dom- und Klosterschulen. Dort wurden jedoch in der Regel nur die sieben freien Künste (*septem artes*) gelehrt, nämlich das sogenannte *Trivium*, d. h. Grammatik, Rhetorik und Dialektik, und das *Quadrivium*, d. h. Arithmetik, Geometrie, Astronomie und Musik. Nur gelegentlich wurde hie und da auch noch Unterricht im römischen und kanonischen Recht erteilt, z. B. zu Pavia, Ravenna und Bologna längst vor Irnerius, oder in der Theologie und Philosophie, z. B. in Paris, oder in der Medicin z. B. in Montpellier ²⁾. Seit dem

21) Wend, Hess. Landesgesch. I, 115 u. 116.

1) von Savigny, Geschichte des Röm. Rechts im Mittelalter, III, 380 u. 381. der jedoch die Universitäten vom Anfang an für Korporationen im römischen Sinne hält.

2) von Savigny, II, 119, 161, 162, 225 u. 226, III, 314 u. IV, 1–8. Eichhorn, Rechtsgesch. II, §. 265. Rot. g. u. §. 266. Histoire de Languedoc, II, 517.

11. Jahrhundert wurde es indessen in Italien und Frankreich Sitte, daß neben den ordentlichen Lehrern an den Dom- und Klosterschulen auch noch andere wissenschaftlich gebildete Männer, nachdem sie hiezu von den Prälaten die Befugniß zu lehren (*licentia docendi*) erhalten hatten, austraten und über einzelne Theile des Wissens Unterricht ertheilten. So traten Peter Abälard in Paris, Irnerius in Bologna, und Placentinus und Azo in Montpellier auf, um der Erste Theologie und Philosophie und die Letzteren römisches Recht zu lehren³⁾. Der von solchen freien Lehrern ertheilte Unterricht mochte leicht besser sein, als der gewöhnliche Unterricht in den Dom- und Klosterschulen. Daher versammelten sich bald um einen ausgezeichneten und für seine Wissenschaft begeisterten Lehrer Schüler in Menge. Obofredus in der Mitte des 13. Jahrhunderts spricht von 10,000 Studierenden in Bologna. Zumal nach Paris und nach Bologna strömten Tausende von lernbegierigen Schülern aus allen Theilen Europas. Die Landsleute hielten natürlich zusammen und bildeten nach der Sitte jener Zeit Genossenschaften zur gegenseitigen Unterstützung und Belehrung. Und so gingen denn aus diesen Landsmannschaften oder Nationen, wie man sie damals genannt hat, die ersten gelehrten Genossenschaften, die späteren Universitäten, und zwar aus einem inneren Bedürfnisse hervor ohne alles Zuthun von Oben. So war es in Bologna. Eben so in Paris. Und da nach dem Vorbilde von Paris alle Deutschen Universitäten errichtet worden sind, so wird es keiner Rechtfertigung bedürfen, wenn ich bei dem Vorbilde etwas verweile.

§. 251.

Die Universität Paris ist aus einer Theologenschule hervorgegangen. Der theologische Unterricht und die mit der katholischen Religion verbundene Hierarchie führten nothwendiger Weise zu einer größeren Abhängigkeit der Schüler von den Lehrern und zu einer größeren Einheit der Verfassung, als dieses in Bologna der Fall war. Die Universität erhielt daher von Anfang an einen hierarchischen Zuschnitt, welcher ihr auch später geblieben und von

3) Hist. de Langued. III, 517 von Savigny, IV, 216 ff.

Paris auf die Deutschen Universitäten übertragen worden ist. Die theologische Fakultät, von Anfang an der Glanzpunkt der Hochschule, ist es auch in späteren Zeiten geblieben. Daher konnte schon Ludwig XI. in einem Schreiben vom Jahr 1473 von ihr sagen: „Vorzüglich gepriesen ist die Fakultät der Theologen, die „wie das leuchtendste Gestirn durch die Klarheit der Strahlen „nicht allein unser Reich, sondern die ganze Welt entzündet und erhellt hat, indem sie stets die nützlicheren Lehren ergriff, die minder nützlichen verwarf“ ¹⁾. Nach der theologischen blühte am meisten die Fakultät der Artisten und in ihrem Schooße das Studium der Philosophie. Dadurch wurde Paris zum geistigen Mittelpunkt der theologischen und philosophischen Bewegungen bis ins 15. Jahrhundert. Auch ist diese geistig hervorragende Stellung als der tiefere Grund zu betrachten, warum gerade die Universität Paris das Vorbild der Deutschen Universitäten geworden ist. Als nämlich in einer sittlich und religiös zerrütteten Zeit die Deutschen Kaiser und Landesherren eines geistigen Anhaltspunktes bedurften, da konnte, wie Häusser ²⁾ sehr schön sagt, die verfallende Klosterwissenschaft zu ersetzen, der Autorität des Papstes ein wissenschaftliches Surrogat unterzuschieben, nichts besser dienen, als freie, wissenschaftliche Anstalten, die auf der Kirche beruhten und doch im Stande waren, im Augenblick kirchlicher Zermürfnisse auf eigenen Füßen zu gehen.

Wie in Bologna u. a. m. so findet man auch in Paris seit dem 11. und im Anfang des 12. Jahrhunderts an der Seite der Domschule und der verschiedenen Klosterschulen, zumal von St. Victor und St. Genoveva eigene Schulen, in welchen Theologie und Philosophie gelehrt ward. Ganz im Anfang des 12. Jahrhunderts traten bereits der berühmte Magister Wilhelm und Peter Abälard als solche freie Lehrer auf ³⁾. Zu ihnen gesellten

1) Bulaeus, hist. univ. Paris. V, 706.

2) Geschichte der rheinischen Pfalz, I, 195.

3) Anonymus bei Bouquet, XIV, 279. und Eccardus, corp. histor II, 368. Parisius sum, modo in scholis magistri Guillelmi, summi viri omnium hujus temporis quos ego noverim in omni genere doctrinae. Abaelardi, hist. calam. c. 2. Pervenit tandem Parisios, ubi jam maxime disciplina haec florere consueve-

sich später noch Andere. Sie standen jedoch sammt und sonders noch mit den Dom- und Klosterschulen in Verbindung. Die Verfolgung Peter Abälard's, wie die Verfolgung großer über ihrer Zeit stehender Männer so oft, gab den ersten Anstoß zu Neuerungen ⁴⁾. Abälard versuchte nämlich, als er in Paris verfolgt ward, in der Nähe von Paris eigene Schulen zu gründen, um von dort aus seine Feinde in der Stadt mit geistigen Waffen zu bekämpfen ⁵⁾. Um dieselbe Zeit begann in Paris selbst ein gewisser Magister Walo oder Galo einen Kampf mit dem Bischof. Und er hatte kein geringeres Ziel, als sich damals schon von der bischöf-

rat, ad Guillelmum scilicet Campellensem praeceptorem meum in hoc tunc magisterio re et fama praecipuum. eod. c. 2. bei Bouquet, XIV, 279. — aut ab urbe Parisius, aut a consueto philosophiae studio eum revocavit. sed in ipso quoque monasterio (S. Victoris) ad quod se causa religionis contulerat, statim more solito publicas exercuit scholas. — et ipse qui in scholis Parisiacae sedis magistro nostro successerat. — Paucis itaque diebus ibi me studium dialecticae regente. — eod. c. 8 bei Bouquet, p. 286. — ad cellam quandam recessi, scholis more solito vacaturus. Ad quas quidem tanta scholarium multitudo confluit, ut nec locus hospitii, nec terra sufficeret alimentis. Ubi, quod professioni meae convenientius erat, sacrae plurimum lectioni studium intendens, saecularium artium disciplinam — quo illos philosophico sapore inescatos ad verae philosophiae lectionem, attraherem. — Vergl. noch Crevier, hist. de l'université de Paris, I, 122, 288 u. 500.

- 4) Die von ihm selbst geschriebene Verfolgungsgeschichte in Petri Abaelardi epist. ad amicum seu libell. de calamitatibus suis bei Bouquet, XIV, 278–294.
- 5) Abaelardi, hist. calam., c. 2. bei Bouquet, p. 278 u. 279. — ad castrum Corbolii, quod Parisiacae urbi vicinius est, quantocius scholas nostras transferrem. — Sed quia locum nostrum ab aemulo nostro fecerat occupari, extra civitatem in monte S. Genovefae scholarum nostrarum castra posui, quasi eam obsessurus qui locum occupaverat nostrum. — Tunc ego Melidunum reversus, scholas ibi nostras, sicut antea, constitui. — Alles dieses beweist die Bildung gelehrter Schulen ohne alles Zuthun von Oben und sogar gegen den Willen der Oberen.

lichen Gerichtsbarkeit zu emancipiren⁶⁾. Um diese berühmten Lehrer sammelten sich nun lernbegierige Schüler in Menge. Die Landsleute hielten zusammen und bildeten Landsmannschaften oder Nationen, wie es gerade das Bedürfnis erheischte. Bereits im Jahre 1169 wird ihrer oder, was dasselbe ist, der Eintheilung in Provinzen Erwähnung gethan⁷⁾. Und im Jahre 1255 werden die Nationen schon in einem Schreiben der Universität an den Papst eine alte Einrichtung genannt⁸⁾. Sehr wahrscheinlich haben sie sich nach und nach, die Einen ganz unabhängig von den Anderen, in derselben Weise wie die Hansen der Deutschen Kaufleute gebildet. Und erst später sind dieselben zu einem Gesamtverein zusammengetreten, wie die erwähnten Specialhansen zu einer Gesamthanse. Wann dieses geschehen kann mit Bestimmtheit nicht angegeben werden, wahrscheinlich aber schon im Laufe des 12. Jahrhunderts oder jedenfalls im Anfang des 13. Denn schon im Jahre 1195 wird von einem consortium magistrorum gesprochen, welches als eine Genossenschaft von Lehrern betrachtet werden kann⁹⁾. Jedenfalls beweist aber das Konkordat der vier Nationen vom Jahre 1206 die damals bereits vollzogene Vereinigung der verschiedenen Landsmannschaften zu einer Gesamtgenossenschaft¹⁰⁾, welche um dieselbe Zeit in einer Decretale von Innocenz III. zum ersten Mal eine Universitas (universitas scholarium Parisiensium) genannt worden ist¹¹⁾. Die einzelnen Na-

6) Brial bei Bouquet, XIV, praefat. p. 31–33.

7) Radulfus ad an. 1169 bei Bouquet, XIII, 188. — seu scholaribus diversarum provinciarum aequa lance negotium examinantibus. Dieselben Worte bei Mathaeus Paris. ad an. 1170. Vergl. Bulaeus, II, 364 u. 365.

8) Bulaeus, II, 667. Nationes ab antiquo distinctae.

9) Mathaeus Paris. ad an. 1195 bei Bouquet, XIV, praef. p. 33. — hic in juventute scholarum Parisiensium frequentator assiduus, ad electorum consortium magistrorum mervit attingere.

10) Leider hat sich nur die Ueberschrift und der Hauptinhalt dieses Konkordates erhalten, Bulaeus, II, 662, u. III, 31.

11) c. 7. X, de procuratoribus, I, 38. Vergl. von Savigny, III, 316 u. 318.

tionen hängen demnach mit dem ersten selbständigen Unterricht in der Theologie und Philosophie zusammen. Und erst aus der Vereinigung dieser Nationen ist die Universität hervorgegangen.

Die Anzahl der Nationen oder Landsmannschaften ist etwas sehr Zufälliges gewesen. In Montpellier z. B. theilten sich die Scholaren in drei Nationen, in Orleans in 10 und in Bologna sogar in 35 Nationen, von denen 17 Nationen eine eigene Universität mit einem eigenen Rector, nämlich die Universität der Citramontanen und die anderen 18 Nationen die Universität der Ultramontanen gleichfalls mit einem eigenen Rector an der Spitze gebildet haben¹²⁾. Wahrscheinlich sind die Scholaren, welche aus den zum damaligen Frankreich gehörenden Provinzen nach Paris kamen, die Ersten gewesen, welche eine eigene Landsmannschaft gebildet haben. Daher war die Französische Nation die Erste, und sie ist auch später noch dem Rang nach die Erste geblieben. Das damalige Frankreich war aber weit kleiner als das heutige. Denn viele Provinzen waren damals noch nicht mit der Krone vereinigt. Deshalb bildeten die Picarden und die Normannen wieder eigene Landsmannschaften. Ebenso die damals in großer Menge nach Paris strömenden Engländer. Zur Zeit als die Landsmannschaften sich zu einer einzigen Universität vereinigten gab es vier solcher Landsmannschaften, die Französische Nation, dann die Picardische, die Normannische und die Englische, welche später auch die Deutsche genannt worden ist. Und auch später ist es bei dieser Anzahl geblieben. Denn die später hinzugekommenen Provinzialen und Fremden mußten sich einer der vier Nationen anschließen, weshalb denn die Nationen wieder in Provinzen oder nach den Bisthümern in Sprengel eingetheilt worden sind. So bestand z. B. die Französische Nation aus fünf Provinzen, die Picardische aus zwei und die Englische oder Deutsche aus drei Provinzen, die Normannische aber aus sieben Sprengeln. Welcher Nation und Provinz die später Hinzugekommenen sich anschließen wollten blieb einem jeden selbst überlassen. Daher erklärt sich das Willkürliche in der Eintheilung. So gehörten zu der zur Französischen

12) von Savigny, III, 162, 169 ff., 363 u. 371.

Nation gehörenden Provinz Bourges, außer Bourges ſelbſt, dann Toulouse, Poitiers, Karbonne, Bordeaux, Arles, Avignon, Aix und anderen franzöſiſchen Provinzen auch noch ganz Spanien, Italien und Sicilien und die Romanischen Nationen (les Nations de Romanie), ſodann Egypten, Perſien, Medien, Syrien, Armenien, Samarien und Paläſtina. Und zur Engliſchen oder Deutſchen Nation gehörten außer England, Schottland, Irland und ganz Deutſchland auch noch Holland, Böhmen, Ungarn, Polen und alle nordiſchen Reiche ¹³⁾.

Die verſchiedenen Nationen und Provinzen bildeten eigene Genoffenſchaften, zu welchen die Profefſoren und Scholaren je nach ihrem Vaterlande ohne Unterſchied des Lehrſachs gehört haben. An der Spitze der Nationen ſtand ein von jeder Nation gewählter Procurator, an der Spitze der Provinzen ein von den Mitgliedern der Provinz ernannter Decan. Die Decane beſorgten die Angelegenheiten ihrer Provinz, die Procuratoren die Angelegenheiten ihrer Nation. Und die Decane waren hiebei die gebornen Räte der Procuratoren ¹⁴⁾. Jede Nation hatte das Recht der Autonomie und der Selbſtbeſteuerung, dann das Recht außer dem Procurator auch noch Quäſtoren, Bedelle, Bibliothekare und andere Beamten zu ernennen zur Beſorgung der genoffenſchaftlichen Angelegenheiten. Auch hatte jede Nation ihren eigenen Patron, ihre eigene Kirche, ihren eigenen Verſammlungsort mit eigenen Schulen oder Hörfälen und ihr eigenes Siegel ¹⁵⁾. Alle vier Nationen zuſammen bildeten eine Geſamtgenoffenſchaft, welche man die Univerſität genannt hat. Ein von den Procuratoren der vier Nationen gewählter Rector war das Haupt der Univerſität. Er beſorgte die laufenden Geſchäfte und die minder wichtigen Angelegenheiten der Geſamtgenoffenſchaft theils allein theils mit den Procuratoren, mit dieſen inſbeſondere auch die genoffenſchaftliche

13) Bulaeus, de decanat. Nation. Gallicae, p. 4 u. 5. Du Breul, le theatre des antiquitez de Paris. Paris 1612, p. 606 u. 607.

14) Bulaeus, de decanat. Nat. Gall., p. 5. Sunt enim veri, et ut vulgo dicitur, consiliarii nati nationis, quibus inconsultis nefas est procuratori quidquam agere, quod alicujus momenti sit.

15) Pasquier, les recherches de la France, liv. 9. ch. 6 p. 898. Meiners, Geſchichte der hohen Schulen, I, 37—41, II, 131 ff.

Gerichtbarkeit ¹⁶). Bei wichtigeren Angelegenheiten mußten auch noch die Nationen beigezogen werden, denn sie bildeten die gelehrte Gemeinde selbst. Die Nationen bestanden zwar, wie wir gesehen, aus Professoren und Scholaren. Die Scholaren waren jedoch keine vollberechtigte Genossen. Sie hatten demnach keinen Zutritt zu den Versammlungen. Das Regiment der Universität lag vielmehr in den Händen der Professoren allein. Darum wurden nur die Lehrer zur Generalversammlung berufen und zwar ursprünglich alle Doctoren und Magister, auch diejenigen, welche nicht lehrten, seit dem 13. Jahrhundert aber in der Regel nur noch die wirklichen Lehrer, die *magistri regentes* oder die *magistri actu regentes* ¹⁷).

Die Universität Paris ist demnach aus einer Vereinigung der vier gelehrten Landsmannschaften hervorgegangen. An der Spitze der Gesamtgenossenschaft stand der Rector. Die Procuratoren der vier Nationen waren seine Räte und die Vertreter ihrer Landsleute beim obersten Regiment der Universität. Als eine Art von kleinem Rath besorgten sie gemeinschaftlich mit dem Rector die minder wichtigen Angelegenheiten der Gesamtgenossenschaft, insbesondere auch die genossenschaftliche Justiz. In wichtigeren Angelegenheiten wurden alle Doctoren der vier Nationen beigezogen. Sie waren die Vertreter der gelehrten Gemeinde und bildeten demnach den großen Rath der Universität. Jeder einzelnen Nation und Provinz überließ man aber die Besorgung ihrer eigenen genossenschaftlichen Angelegenheiten. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts hat sich nun aber dieses Alles geändert. Die neu entstandenen Bettelmönche verlangten nämlich Lehrerstellen an der Universität. Diese setzte sich dagegen, ward jedoch unter Androhung des päpstlichen Bannes zu deren Aufnahme gezwungen. Der darüber geführte mehrjährige Kampf veranlaßte indessen sämtliche Doctoren der Theologie, die Ordensgeistlichen und die mit ihnen zusammenhaltenden Weltgeistlichen, aus den Nationen auszutreten und ein besonderes Collegium, eine theologische Fakultät, zu bilden, einen Dean an die Spitze des

16) Bulaeus, III, 593—596. von Savigny, III, 833—836.

17) Bulacus, III, 568 u. 569, IV, 165. von Savigny, III, 823. f.

Collegiums zu stellen und sich sodann als eine neue gelehrte Genossenschaft an die vier Nationen anzuschließen¹⁸⁾. Ihrem Beispiele folgten die Lehrer des kanonischen Rechtes nach und später auch noch die Doctoren der Medicin. Die neue Universität, wie man sie nun zum Unterschiede von der alten aus den vier Nationen bestehenden Universität zu nennen pflegte, bestand demnach aus vier Nationen und aus drei Fakultäten, und der an der Seite des Rectors stehende Rath aus den vier Procuratoren und den drei Defanen¹⁹⁾. Anfangs wurde zwar die Stellung der vier Nationen nur wenig verändert. Denn nur die Professoren waren aus den Nationen ausgetreten und zu den drei Fakultäten zusammengetreten, die Scholaren aber sammt und sonders in den Nationen geblieben²⁰⁾. Auch hatten die Procuratoren der vier Nationen nach wie vor den Rector und zwar aus den Artisten, also nicht aus den Fakultäten, und die übrigen Beamten zu wählen und alle Angelegenheiten der Universität zu besorgen²¹⁾. Im Jahre 1280 wurde zwar den Procuratoren das Recht den Rector zu wählen entzogen und dieses vier sogenannten Wählern oder Eingehenden (electores oder intrantes) übertragen. Nach wie vor blieben jedoch die Procuratoren die Räte des Rectors²²⁾. Auch behielten die vier Nationen ihre eigenen Schulen, Versammlungsorte und Kirchen²³⁾. Nach und nach hat sich jedoch dieses Alles geändert. Die Fakultäten fingen an selbständig zu promoviren oder Grade zu ertheilen. Dadurch wurden aber die Graduirten Mitglieder derjenigen Fakultät, in welcher sie promovirt hatten und traten demnach aus den Nationen, denen sie angehört hatten, aus²⁴⁾. Jede Fakultät bildete eine eigene Genossenschaft, deren Vorstand ein von der Fakultät gewählter Defan war. Nur die Fakultät der Artisten hatte keinen eigenen

18) Bulaeus, III, 357.

19) Bulaeus, III, 565—567.

20) Bullaeus, III, 248 f. Crevier, I, 466 f.

21) Bulaeus, III, 565. von Savigny, III, 328 u. 329.

22) Bulaeus, III, 451, 572 u. 593.

23) Du Breul, p. 595, 638, 640, 641 u. 643. Pasquier, liv. 9 ch. 24, p. 939—942.

24) Bulaeus, III, 565.

Defan. Ihr Vorstand war vielmehr der Rector selbst. Wie andere Genossenschaften so hatten auch die Fakultäten ihre eigene Autonomie mit dem Rechte Statuten für die Fakultät zu machen, sodann Gerichtsbarkeit in Angelegenheiten der Fakultät und ihr eigenes Siegel²⁵⁾, ja sogar das Recht die Professoren selbst zu ernennen. Auch in den einzelnen Fakultäten lag demnach das Regiment in den Händen der Professoren. Im Jahre 1541 verlangten zwar auch die juristischen Scholaren einen Antheil an der Wahl neuer Professoren. Sie wurden jedoch von dem Parlament mit ihrem Begehren abgewiesen²⁶⁾. Endlich hatten auch die Fakultäten ihre eigenen Schulen oder Hörsäle, ihre eigenen Versammlungsorte und Kirchen. So hielten die Kanonisten in der Kirche vom Latran ihren Gottesdienst, ihre Versammlungen und ihre Promotionen²⁷⁾. Eben so die Mediciner bald in der Kirche der heiligen Genoveva, bald bei den Mathuriniern, bis sie sich eine eigene Kapelle erbaut hatten²⁸⁾. Durch diese Absonderung wurden nun die Fakultäten anfangs unabhängig von den Nationen und zuletzt erhielten sie auch noch das Uebergewicht über dieselben. Die Defane der drei Fakultäten traten nämlich, wie wir gesehen, in den Rath des Rectors an die Seite der vier Procuratoren und besorgten nun gemeinschaftlich mit ihnen die Angelegenheiten der Universität und saßen mit ihnen zu Gericht. Noch weit wichtiger war aber ihr Eintritt in die Generalversammlungen der Universität. Ihr moralischer Einfluß gab ihnen bei den Abstimmungen ein Uebergewicht über die Nationen. Man gewöhnte sich daran die vier Nationen nur noch als eine Fakultät, als die vierte Fakultät, (als die Fakultät der Artisten, *facultas artium*) zu betrachten und den vier Nationen zusammen sodann nur noch eine Stimme einzuräumen. Und obwohl der Kampf der Fakultäten bis ins 17. Jahrhundert gedauert hat, so hat sich doch der Einfluß der Nationen schon früher verloren²⁹⁾. Und die Universität ward seitdem nicht mehr von den Nationen, sondern von den Fakultäten regirt und repräsentirt.

25) Bulaeus, III, 397, 401, 569 u. 570.

26) von Savigny, III, 338 u. 339.

27) Du Breul, p. 585, 597, 749, 750 u. 752.

28) Du Breul, p. 598, 599, 752 u. 753.

29) Meiners, I, 86—89.

Was ganz vorzüglich noch zur Untergrabung der Nationen beigetragen hat, das waren die vielen Collegien, welche nach und nach für die Scholaren, anfangs bloß für die Armen, später aber auch noch für die übrigen Scholaren errichtet worden sind. Das älteste und berühmteste dieser Collegien war die im Jahre 1250 gestiftete Sorbonne. Sie war ursprünglich für arme Schüler (*ad opus scholarium*) und für arme Lehrer der Theologie bestimmt (*ad opus congregationis pauperum magistrorum in theologia studentium*). Es durften jedoch auch arme Artisten ohne Unterschied der Nation, wenn sie sich dem Studium der Theologie widmen wollten, aufgenommen werden (*pauperes magistros et idoneos qui rexerunt in artibus, de quacunque sint natione possit admittere*)⁸⁰). Es wurde zu dem Ende eine ganze Straße angekauft und diese sodann des Nachts mit zwei Thoren geschlossen, und daher die Straße selbst die Straße zu den zwei Pforten genannt (*la rue des deux portes. vicus ad portas*)⁸¹). Durch die daselbst errichteten Lehrstühle der Theologie und Philosophie wurde die Sorbonne zum Sitz der theologischen und philosophischen Studien. Und sie hat bekanntlich eine sehr bedeutende Rolle bis zur Reformation gespielt. Fast eben so berühmt wie die Sorbonne war das im Jahre 1304 gestiftete Collegium von Navarra. Denn es sind aus ihm nicht bloß viele große Männer hervorgegangen, sondern auch noch viele andere Collegien nach seinem Muster angelegt worden. Auch ist dasselbe dadurch merkwürdig, daß es durch seine schöne Lage auf dem Berge der heiligen Genoveva der Mittelpunkt für die späteren Anlagen ähnlicher Art und dadurch die Veranlassung zur Gründung einer eigenen Universitätsstadt in der Stadt geworden ist⁸²). Die Inhaber eines Freiplazes in einem solchen Collegium nannte man Bursarien (*boursiers*) und die Freiplätze selbst Bursen von *bursa*, *bourse*, d. h. Beutel, weil die in eine solche

80) Urf. von 1250, 1263 u. 1268 bei Du Breul, p. 617, 618 u. 621. Pasquier, liv. 9. ch. 15. p. 917—920.

81) Urf. von 1258 u. 1268 bei Du Breul, p. 616—618 u. 621.

82) Du Breul, p. 658—665. Pasquier, liv. 3. ch. 29 u. liv. 9. ch. 16, p. 276, 277 u. 919—922. Vergl. oben §. 183.

Anstalt aufgenommenen Schüler von dem gemeinschaftlichen Beutel zehrten.

Ursprünglich hatte das Wort *Burs*, *bursa* und *bursarius* eine viel weitere Bedeutung. Man verstand nämlich unter *Burs* eine Genossenschaft (*societas*) z. B. eine Genossenschaft von mit einander Freigelassenen (*colibertus*, *conlibertus*, *ensemble affranchi*)³³). Daher nannte man auch den Genossen (*socius*, *consors*), insbesondere auch den Mitvasallen einen *Burs* oder *Burs*³⁴) und jeden leutseligen Mann (*homo socialis*) einen *geburischen Mann*³⁵), sodann aber auch eine Zusammenrottung (*conventiculum*) eine *bursa* oder *societas communis*³⁶), die gemeinschaftliche Kasse (*arca communis*) eine *bursa*³⁷) und diejenigen, welche aus einer gemeinschaftlichen Kasse unterhalten wurden, *bursarii* (*boursiers*) und die Freiplätze selbst *Bursen*. Anfangs waren diese *Bursen* bloß für arme Schüler bestimmt, später aber auch noch für die Wohlhabenden und Reichen. Dadurch wurden jene Collegien wahre Pensionsanstalten für Arme und Reiche, und die Aufnahmen in dieselben nach und nach zur Regel, so daß die wenigen Schüler, welche keine *Burse* hatten, seit dem 15. Jahrhundert sogar einen Spitznamen, den Namen *Martinet's* oder *Galoches* erhielten³⁸). Seitdem sich nun beinahe die ganze Universität in den Collegien befand, seitdem sind mit dem Bedürfnisse nach und nach auch die *Nationen* selbst wieder verschwunden.

Die Universität ist aus einer an der Seite der Dom- und Klosterschulen entstandenen Theologenschule hervorgegangen. Sie war demnach ursprünglich eine kirchliche Anstalt und ist dieses

33) Domesdag book, I, 38 u. 57. b. — ubi tempore Regis Edwardi erant 8 burs i. coliberti cum 4 carucis — 18 burs. — Vergl. Henschel, v. coliberti, II, 434.

34) Urk. von 1403 bei Schilter, glossar. p. 151.

35) Der Kaiser Albrecht „was ein geburische man“ nach Clossener, Chron. p. 49. und Königshoven, p. 122.

36) Statuta episc. Trecor. von 1439 bei Marten, IV, 1149. Qui conventicula et bursam vel communem societatem., seu collegium illicitum fecerint. —

37) Henschel, v. bursa, I, 819.

38) Du Breul, p. 660. Crevier, IV, 250.

in einem gewissen Sinne auch später noch eine Zeit lang geblieben. In den Dom- und Klosterschulen lehrten nämlich die Bischöfe und Äbte entweder selbst, oder sie bestellten zu dem Ende eigene Lehrer. Oefters übertrugen sie auch ihren Kanzlern die Vollmacht neuen Lehrern die Befugniß zu lehren (*licentia docendi*) zu ertheilen. Da nun die neben den ordentlichen Lehrern an den Dom- und Klosterschulen freiwillig auftretenden Lehrer mit diesen dadurch, daß sie die Lizenz von den Prälaten oder ihren Kanzlern erhalten hatten, in Verbindung standen, so waren auch die aus diesem freien Unterricht hervorgegangenen Universitäten in einem gewissen Sinne kirchliche Anstalten. Alle Promotionen in Paris setzten daher ursprünglich die Genehmigung entweder des Domkanzlers oder des Kanzlers der Abtei von St. Genoveva³⁹⁾ oder des Bischofs selbst voraus, bis im Jahre 1231 jenes Recht dem Domkanzler allein zuerkannt worden ist⁴⁰⁾. Die Päbste hatten der Universität zu verschiedenen Zeiten Privilegien ertheilt und zu dem Ende Conservatoren der apostolischen Privilegien mit Gerichtsbarkeit ernannt⁴¹⁾. Auch sollten die Lehrer ursprünglich Geistliche oder wenigstens ledigen Standes sein. Nach und nach erhielt jedoch die Universität eine von der Kirche ganz freie Stellung. Die Könige selbst nahmen sie unter ihren unmittelbaren Schutz und nannten daher die Universität ihre älteste Tochter⁴²⁾. Sie ertheilten den Lehrern und Schülern eine Menge Privilegien und bestellten den Prevot von Paris zum Universitätsrichter unter dem Titel eines Conservators der Königlichen Privilegien, welcher sodann bei seinem Amtsantritt in die Hände des Rectors einen Eid leisten mußte⁴³⁾. Die Würde eines Conservators der apostolischen Privilegien wurde nun mehr und mehr ein bloßer Ehrentitel und seit dem Ende des 16. Jahrhunderts kam jene Würde ganz in Verfall⁴⁴⁾.

39) Eichhorn, Kirchenrecht, II, 682 ff. von Savigny, III, 814 u. 886.

40) Meiners, II, 218 u. III, 45.

41) von Savigny, III, 880 u. 886. Meiners, III, 2—11.

42) Pasquier, liv. 9. ch. 26, p. 946. von Savigny, III, 819.

43) Pasquier, liv. 8. ch. 29 u. liv. 9. ch. 27, p. 277 u. 948. Du Breul, p. 601.

44) von Savigny, III, 880.

Auch der Einfluß des Domkanzlers auf die Universität ging nach und nach verloren, seitdem man die Lizenz auch ohne ihn erhalten, er selbst aber keine Gerichtsbarkeit erwerben konnte. Im Jahre 1452 wurden die Mediciner von dem ehelosen Leben dispensirt. Und seit dem 16. Jahrhundert haben sich sodann auch die Canonisten emancipirt und sich größtentheils selbst von dem Eölibat dispensirt⁴⁵⁾. Und im Jahre 1340 ist auch noch die vollständige Civilgerichtsbarkeit auf den Prevot von Paris und im 15. Jahrhundert die Kriminalgerichtsbarkeit auf das Parlament von Paris übertragen worden⁴⁶⁾. Und so ist es bis auf unsere Tage geblieben.

§. 252.

Auch in Deutschland wurden längst vor Errichtung der Universitäten an den Dom- und Klosterschulen Vorträge über einzelne Theile des Wissens gehalten, welche viel weiter als der gewöhnliche Unterricht reichten. So findet sich schon seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts in Köln eine sehr bedeutende Theologenschule, das studium generale für die Dominikaner und der Sitz des berühmten Albertus Magnus, während die Universität selbst erst im Jahre 1388 gestiftet worden ist¹⁾. Und in Wien wurde von Friedrich II. sogar schon der Versuch gemacht eine von den Dom- und Klosterschulen unabhängige Gelehrten Schule zu errichten²⁾. Die deutschen Universitäten haben sich jedoch nicht wie in Paris an der Seite jener Schulen und aus diesen gewissermaßen herausgebildet. Sie wurden vielmehr gerade so, wie sie sich im Ausland nach und nach von selbst gebildet hatten, als etwas bereits Fertiges auf Deutschland übertragen. Denn alle deutschen Universitäten sind nach einem fremden Muster gebildet worden,

45) Du Breul, p. 601.

46) Pasquier, liv. 8. ch. 29 u. liv. 9. ch. 27, p. 277 u. 948. von Savigny, III, 881—888.

1) Ullmann, Reformatoren vor der Reformation, II, 305. Ludwig Delsner, über die Pflege der Studien bei den Dominikanern, bei von Sybel, Zeitschr. III, 415.

2) Freiheitsbriefe von 1237 u. 1247 bei Lambacher, II, 12 u. 13. und von Hormayr, Wien, I, 2. Urkb. p. 28.

meistentheils nach dem Muster der Universität Paris oder nach jenem von Bologna. Alle waren demnach mehr oder weniger bloße Kopien eines fremden Originals. Und es wurde dabei, wie in Deutschland so oft, nicht bloß das Gute und Zweckmäßige kopirt, sondern auch das bloß zufällig Entstandene und das Lokale. Dahn rechne ich unter Anderem die Anlegung einer eigenen Universitätsstadt in der Stadt, wie dieses bei den beiden ältesten Universitäten in Prag und zu Wien nach dem Muster von Paris geschehen ist (§. 183). Auch hört man daselbst später nichts weiter von jenen Universitätsstädten. Sie scheinen demnach bald wieder verschwunden zu sein. Und bei den später in Heidelberg, Köln, Erfurt u. s. w. errichteten Universitäten findet sich ohnedies keine Spur von einem solchen Zusammenwohnen in einem eigenen Stadttheil. Zu eben jenen gedankenlosen Nachahmungen gehört aber vor Allem die Einführung von vier Nationen neben den vier Fakultäten.

§. 253.

In Paris sind die vier Nationen nach und nach aus einem inneren Bedürfniß hervorgegangen, und zu ihnen später erst die vier Fakultäten hinzugekommen, die Nationen aber fortwährend durch die Fakultäten bekämpft und nach und nach untergraben worden. In Deutschland wurden aber die vier Nationen und gleichzeitig mit ihnen auch ihr Gegensatz die vier Fakultäten eingeführt, so daß auch hier wieder die Fakultäten sich durchkämpfen und nach und nach die Nationen verdrängen mußten. Wiewohl nämlich in Paris die Eintheilung in vier Nationen etwas sehr Zufälliges war, so nahm man sie dennoch auch in Deutschland bei der Errichtung der ersten Universitäten an, zu Prag (1348), zu Wien (1365), zu Heidelberg (1386), zu Köln (1388), zu Leipzig (1409) und anfangs auch noch in Frankfurt an der Ober, und vielleicht auch in Ingolstadt. Wenigstens soll nach einer Bemerkung von Wiguläus Hund die Eintheilung in vier Nationen beabsichtigt gewesen, jener Plan aber als nicht zu den deutschen Einrichtungen passend bald wieder fallen gelassen worden sein. Daher weder im Stiftungsbriefe noch in den Satzungen von 1472 der vier Nationen gedacht worden ist³⁾. In Wien waren jene vier Nationen die

3) Wigul. Hund, metrop. Salisb. II, 289. Vergl. von Pözl, über die

südlische, Sächsische, Böhmisches und Ungarische, später die Oesterreichische, Rheinische, Sächsische und Ungarische Nation. In Prag die Böhmisches, Polnische, Bairische und Sächsische Nation. Wie schon in Paris so bekämpften sich die verschiedenen Nationen auch auf den deutschen Universitäten, insbesondere auch in Prag. Die deutschen hatten daselbst, da auch die aus deutschen Schlesiern bestehenden Polen zu ihnen hielten, das Uebergewicht. Um dieses zu brechen setzten es Johann Huß und Hieronimus von Prag durch, daß künftig die Böhmen wie die Franzosen in Paris drei Nationen, die Deutschen zusammen aber nur eine einzige Nation bilden sollten. Dies führte aber im Jahre 1409 zur Auswanderung mehrerer tausend deutscher Lehrer und Schüler nach Leipzig und zur Stiftung der Universität Leipzig. Und auch die aus den Trümmern von Prag hervorgegangene neue Universität erhielt wieder, der gemachten Erfahrung ungeachtet, vier Nationen, die Meißnische, Sächsische, Bairische und Polnische Nation⁴⁾.

Gleichzeitig mit den vier Nationen wurden aber auch die vier Fakultäten eingeführt und zwar, wie in Paris, eine Fakultät der Theologie, des kanonischen Rechtes und des Civilrechtes (*juris canonici et civilis*), der Medicin und der Artisten (*facultas artistarum seu artium liberalium*), z. B. in Heidelberg⁵⁾, Wien, Köln u. a. m. Und die Nationen und Fakultäten erhielten auch in Deutschland wieder dieselbe Einrichtung wie in Paris. Gleich die Eintheilung der Lehrer und Schüler in vier Nationen bezog sich auch in Deutschland nur auf die Artisten, also auf die vierte Fakultät, welche man später die philosophische genannt hat. In Paris war dieses consequent, indem die Universität selbst ursprünglich aus den vereinigten vier Nationen bestanden hat. In Deutschland aber war es eine bloße Kopie, welche sich aber dennoch in Heidelberg⁷⁾,

Stellung der Studirenden an der Universität Ingolstadt. München. 1859. p. 14 u. 15.

4) Urf. von 1471 bei Jarnde, die deutschen Universitäten im Mit., I, 214.

5) Urf. von 1386 bei Tolner, codex diplom. Palat. p. 128.

6) Urf. von 1365 bei von Hormayr, Wien, I, 5. Urkb. p. 61 u. 62.

7) Urf. von 1386 bei Tolner, p. 123. Quam (Quarta facultas artistarum) in quatuor nationes sicut Parisiis est volumus dividi et

Prag, Wien, Köln u. a. m. vorfand. Eben so bildete ursprünglich auch in Deutschland jede Nation eine eigene Genossenschaft mit einem Procurator an der Spitze, welcher die Angelegenheiten seiner Nation zu besorgen hatte. Und wie jede andere Genossenschaft, so hatte auch jede Nation ihre eigene Autonomie und daher das Recht Statute für die Nation zu machen, z. B. in Heidelberg ⁸⁾. in Leipzig ⁹⁾ u. a. m. Auch hatten die vier Procuratoren der vier Nationen den Rektor zu wählen und zwar wie in Paris aus der Fakultät der Artisten, z. B. in Wien ¹⁰⁾, Heidelberg ¹¹⁾ u. a. m. Aber auch die Fakultäten erhielten dieselbe Einrichtung wie in Paris. Namentlich erhielten nur die drei ersten Fakultäten einen Dekan als eigenen Vorstand, z. B. in Wien ¹²⁾, Heidelberg u. a. m. Die vierte Fakultät oder die Fakultät der Artisten hatte keinen eigenen Dekan, wie in Paris, wo die vier Nationen ursprünglich noch keine eigene Fakultät gebildet hatten, also auch noch keinen eigenen Vorstand haben konnten. Der Vorstand der vierten Fakultät war vielmehr wie in Paris der Rektor selbst, da er der Vorstand der vier Nationen war, aus welchen in Paris die vierte Fakultät hervorgegangen ist, ein Grund der jedoch auf Deutschland nicht paßte. In einer Notiz vom Jahre 1386 finde ich zwar, daß in Prag damals zwei Rektoren neben einander gestanden haben, ein Rektor der Theologen, der Mediciner und der Artisten neben einem Rektor der Universität der Juristen. Der Dekane wird keine Erwähnung gethan. Beide Rektoren sollen vielmehr mit dem Stadtrath verhandelt haben ¹³⁾. Wenn diese Nachricht richtig ist, so

distingui. Urk. von 1386, eod. p. 126. quatuor procuratoribus quatuor nationum facultatis artium.

8) Urk. von 1386 bei Tolner, p. 124. quaelibet natio vel provincia ejusdem possit condere statuta licita et sibi congrua. —

9) Jarnde, die deutschen Universitäten, I, 258 u. 259.

10) Urk. von 1386, a. a. O. p. 62.

11) Urk. von 1386, a. a. O. p. 123.

12) Urk. von 1386, l. c. p. 62 u. 63.

13) In dem Stadtbuch von Prag, wo auf zwei Blättern De jure universitatis Pragensis geredet wird, heißt es: Notandum quod a. 1386. 26. die mensis Septembris — in praetorio majoris civitatis pragensis honorabiles viri magistri Johannes Westivali Rector Theologorum, Medicorum et Artistarum et Magister Ber-

haben damals auch in Prag, wie bei den italienischen Universitäten, zwei Universitäten, eine jede mit einem eigenen Rektor an der Spitze, neben einander bestanden. Ich bezweifle jedoch die Richtigkeit jener Notiz. Jedenfalls verdiente aber dieser Gegenstand eine genauere Untersuchung an Ort und Stelle. Auch bildete jede Fakultät wieder eine eigene Genossenschaft mit dem Rechte der Autonomie in den Angelegenheiten der Fakultät, z. B. in Heidelberg¹⁴⁾, in Leipzig¹⁵⁾ und in Wien¹⁶⁾, und mit Gerichtsbarkeit über ihre Mitglieder und Untergebenen z. B. in Wien¹⁷⁾.

Die Fakultäten und Nationen bildeten mit einander die Universität¹⁸⁾. Daher hatten die mit dem Rektor vereinigten vier Procuratoren der vier Nationen und die drei Dekane der drei ersten Fakultäten das Recht der Autonomie in den Angelegenheiten der ganzen Universität, z. B. in Wien¹⁹⁾. Und das Siegel der Universität hatten der Rektor und die drei Dekane gemeinschaftlich in Verwahrung, z. B. in Wien²⁰⁾. Die Fakultäten erhielten demnach gleich bei der Errichtung der deutschen Universitäten nicht bloß dieselben, sondern sogar noch weit größere Rechte als in Paris. Und da diese im Laufe der Zeit mehr und mehr

toldus de Waching Rector universitatis Juristarum de consilio et consensu doctorum ac magistrorum majorum et seniorum alme universitatis studii pragensis cum honestis et prudentibus viris iudice et scabinis civitatis — concordaverunt, statuerunt. — Bischoff, Oesterreichische Stadtrechte, p. 181 u. 182.

14) Urf. von 1386, l. c. p. 124. quaelibet facultas — possit condere statuta licita et sibi congrua — quodque singulorum sua statuta ad eorum observantiam statuantes. — Ueber den Inhalt dieser Fakultätsgesetze vergl. Wundt, Magazin für Pädag. Gesch., III, 351—360.

15) Jarnde, I, 261.

16) Meiners, I, 96, 389, u. II, 156 ff.

17) Meiners, I, 97.

18) Stiftungsurkunde der Universität Heidelberg von 1386, l. c. p. 128. Quod omnes hae facultates et nationes unam faciant universitatem.

19) Urf. von 1365 bei Formayr, p. 68. eadem jura — meliorare, extendere et ampliare volumus ad consilium sui cancellarii rectoris, quatuor procuratorum et trium decanorum. Vergl. Meiners, II, 156 ff.

20) Urf. von 1365, l. c. p. 62.

vermehrt und dadurch die Nationen selbst untergraben worden sind, so sind diese zuletzt gänzlich verschwunden. Die im Jahre 1392 gestiftete Universität Erfurt war meines Wissens die erste deutsche Universität, bei welcher die Eintheilung in Nationen fehlt. Und auch auf den seit dem 15. Jahrhundert gestifteten Universitäten wurden die Nationen nicht mehr eingeführt, außer in Leipzig und auf kurze Zeit noch in Frankfurt an der Ober. Die Universitäten bestanden demnach auf den später errichteten Universitäten bloß aus den vier Fakultäten. Aber auch bei ihnen bildete jede Fakultät wieder eine eigene Genossenschaft mit einem Dekan an der Spitze. Auch hatte jede Fakultät das Recht der Autonomie und Gerichtsbarkeit in Allen Angelegenheiten der Fakultät, z. B. in Freiburg²¹⁾, in Ingolstadt²²⁾, meistens sogar ein wenn auch nur beschränktes Recht die Professoren zu ernennen, z. B. in Ingolstadt, Tübingen u. a. m. die Wahl der Collegiaten²³⁾. Endlich hatte jede Fakultät auch ihr eigenes Siegel z. B. in Basel²⁴⁾, in Ingolstadt²⁵⁾ u. a. m.

Die Gesamtangelegenheiten der Universität wurden gemeinschaftlich von allen vier Fakultäten besorgt, insbesondere auch die Autonomie in den Angelegenheiten der ganzen Universität, z. B. in Ingolstadt²⁶⁾, in Freiburg²⁷⁾ u. a. m. Das Recht der Autonomie wurde jedoch in Deutschland frühe schon beschränkt, indem die Stifter der Universitäten sich das Recht Verordnungen zu machen und die bestehenden Statute zu verändern oder wenigstens das Bestätigungsrecht der von den Universitäten gemachten Statute und Verordnungen vorbehielten, z. B. bei der Stiftung der Universitäten zu Wien²⁸⁾ und zu Ingolstadt²⁹⁾, und bei allen seit dem 15. Jahr-

21) Stiftungsbrief von 1457 §. 2 bei Schreiber, II, 449.

22) Vergl. die Statuten der Juristenfakultät von 1524 bei Mederer, IV, 237 ff.

23) Statut von 1472 u. 1522 in Annal. Ingolstad. von Mederer, IV, 46, 47, 48 u. 191. Vergl. Meiners, II, 199 f.

24) Ochs, IV, 94—96.

25) Statut der Juristenfakultät von 1524 §. 5 bei Mederer, IV, 242.

26) Statut von 1472 u. 1522 in Annal. Ingolst. IV, 45 u. 59. 184 u. 210.

27) Stiftungsbrief von 1457 §. 2.

28) Urf. von 1365, I, c. p. 63.

29) Statut von 1472, I, c. p. 45.

hundert errichteten Universitäten³⁰⁾. Und seit dem 16. Jahrhundert machten die Landesherrn die Universitätsstatuten ganz allein. Auch die Statute der Universität Ingolstadt von 1562 wurden vom Herzog Albrecht V. allein, auf den Bericht und nach der Berathung mit seinen Rätheu erlassen. Der Herzog ernannte sogar einen landesherrlichen Beamten, welcher ihn bei allen wichtigen Angelegenheiten als Patron der Hochschule vertreten sollte (*is consensus nostrum vel patronorum, quos scholae nostrae perpetuo praeficiemus, requiret*)³¹⁾. Daher hat sich seit dem 16. Jahrhundert die Autonomie der Universitäten gänzlich verloren. Auch wurde ihnen das Recht die Professoren zu ernennen seit dem 16. Jahrhundert entzogen³²⁾. Nur wenige Universitäten machen hiervon eine Ausnahme. So hatten z. B. in Halle noch im 17. Jahrhundert die vier Fakultäten das Recht der Autonomie. Die von jeder Fakultät für ihre Fakultätsangelegenheiten entworfenen Statute mußten jedoch dem Landesherrn zur Bestätigung vorgelegt werden. Und sie wurden sodann auch von dem Landesherrn publicirt z. B. im Jahre 1694 die vier von den verschiedenen Fakultäten entworfenen Statute der theologischen, juristischen, der medicinischen und der philosophischen Fakultät³³⁾.

§. 254.

Die deutschen Universitäten hatten demnach eine wesentlich verschiedene Grundlage, je nachdem sie wie in Paris nach Nationen und Fakultäten eingetheilt worden waren. Und die verschiedene Grundlage hat nothwendiger Weise zu ganz verschiedenartigen Einrichtungen geführt.

Bei den bloß auf Fakultäten gegründeten Universitäten waren alle Fakultäten gleichberechtigt. Jede Fakultät hatte ihren eigenen Vorstand und besorgte die Angelegenheiten ihrer Fakultät ganz unabhängig von den Anderen. An der Spitze der vier Fakultäten oder der gesamten Universität stand ein Rector.

30) Reiners, II, 155—161.

31) Statut von 1562 bei Mederer, IV, 296—298 ff.

32) Reiners, I, 102, II, 199—202.

33) Die vier Statute von 1694 bei Dreyhaupt, Beschr. des Saalkreises, II, 89—115.

Er wurde von den Fakultäten gewählt und zwar entweder nach Willkür aus Einer der vier Fakultäten oder nach einer bestimmten Reihenfolge der Fakultäten, wie dieses z. B. in Ingolstadt vorgeschrieben war ¹⁾. Die laufenden Geschäfte und die minder wichtigen Angelegenheiten der Universität besorgte der Rector theils allein theils mit den vier Defanen der verschiedenen Fakultäten, welche seine Rätthe waren und auch so genannt worden sind, z. B. in Ingolstadt, Tübingen u. a. m. ²⁾. Die wichtigeren Angelegenheiten wurden von einer Generalversammlung (*consilium generale*) aller Fakultäten besorgt. Zu ihr hatten in Ingolstadt anfangs alle Doctoren, Licentiaten und Magister der vier Fakultäten Zutritt, seit dem 16. Jahrhundert aber nur noch die wirklichen Lehrer der drei ersten Fakultäten, dann der Defan der Artisten-Fakultät mit drei von dieser Fakultät zu wählenden Mitgliedern ³⁾. In Tübingen hatte die Artisten-Fakultät anfangs gar keinen Zutritt und seit dem Jahre 1544 wenigstens nur der Defan mit zwei Mitgliedern jener Fakultät, deren Anzahl jedoch später noch vermehrt worden ist ⁴⁾. Ueberhaupt mehrten sich die willkürlichen Einrichtungen seit dem 16. Jahrhundert auf allen deutschen Universitäten, so daß dieselben bald eben so sehr von den alten abwichen als sie unter sich selbst von einander verschieden waren ⁵⁾.

Auch bei den nach Nationen und Fakultäten gegründeten Universitäten stand der Rector an der Spitze. Er wurde jedoch nicht von den Fakultäten, vielmehr von den Procuratoren der vier Nationen und zwar ausschließlich aus der Artisten-Fakultät gewählt. Frühe schon erhielten jedoch auch die Fakultäten wenigstens einen passiven Antheil an der Wahl. So ward z. B. in Heidelberg schon im Jahre 1393 die freie Rectorswahl unter allen Lehrern der vier Fakultäten durchgesetzt ⁶⁾. Jede Nation und jede

1) Statut von 1472 in *Annal. Ingolstadt.* IV, 60.

2) Statut von Ingolstadt von 1472 u. 1522 in *Annal. Ingolstadt.* IV, 45, 46, 186 u. 191. *Meiners*, III, 81.

3) Statut. von 1472 u. 1522, l. c. p. 45, 59 u. 185.

4) *Meiners*, III, 81.

5) Vergl. *Meiners*, III, 82—88.

6) *Acta universit. Heidelberg.* I, 37, 38, 50 u. 60. *Wundt*, *Magazin für Pfälz. Gesch.* III, 299—301 u. 308.

Fakultät bildete eine eigene selbständige Genossenschaft. Die Universitäts-Angelegenheiten wurden daher bald nach Nationen bald nach Fakultäten berathen, ohne daß die Grenze zwischen beiden Berathungsarten genau bestimmt gewesen wäre.

Anfangs hatten nur die drei ersten Fakultäten einen eigenen Vorstand. Später erhielt jedoch auch die Artisten-Fakultät einen Dean und dann wurden auch die vier bloß aus Artisten bestehenden Nationen mehr und mehr zu einer wirklichen Fakultät verbunden, welche nun kein Vorrecht mehr vor den übrigen Fakultäten voraus haben sollte.

Die laufenden Geschäfte und die minder wichtigen Angelegenheiten der Universität besorgten anfangs der Rector und die vier Procuratoren der Nationen, z. B. in Wien⁷⁾ und in Heidelberg⁸⁾, und bei wichtigeren Angelegenheiten wurden außer den vier Procuratoren auch noch die drei Deane beigezogen, z. B. in Wien⁹⁾. Seitdem jedoch auch die Artistenfakultät einen Dean erhalten hatte, seitdem bestand auch der kleine Universitätsrath nur noch aus den vier Deanen. Denn die Procuratoren wurden nun nicht mehr berufen, z. B. in Wien¹⁰⁾. Dadurch erhielten aber die Fakultäten die Herrschaft im kleinen Rath. Die Generalversammlung oder der große Rath bestand ursprünglich in Wien aus allen Graduirten, späterhin aus den wirklichen Lehrern (*magistri actu regentes*) und bald darauf nur noch aus 12 Mitgliedern, nämlich außer dem Rector nur noch aus den vier Deanen und aus eben so vielen Seniores der einzelnen Fakultäten, dann aus den vier Procuratoren der Nationen¹¹⁾. Auch in Heidelberg hatten ursprünglich alle, wenigstens die lehrenden Doctoren und Magister Zutritt nicht nur zu den Versammlungen ihrer Fakultät, sondern auch zu jenen des Generalstudiums. Da jedoch die Artistenfakultät weit zahlreicher war als die übrigen Fakultäten, so wurde verordnet, daß nicht mehr nach Mehrheit der Stimmen, vielmehr nach Fakultäten abgestimmt werden, und die Artisten-Fakultät wie

7) Urf. von 1365, l. c. p. 62.

8) Urf. von 1386 bei Tolner, p. 126.

9) Urf. von 1365, l. c. p. 63.

10) Meiners, I, 92.

11) Meiners, I, 92 u. 93.

in Paris nur noch eine Stimme haben sollte¹²⁾. Dadurch erhielten nun die Fakultäten auch im großen Rath das Uebergewicht über die Nationen und das Regiment kam mehr und mehr in die Hände der Fakultäten. Nur die Wahl der Rectoren und Profuratoren blieb noch eine Zeit lang in den Händen der Nationen. Seit dem 15. Jahrhundert hat sich aber auch dieses geändert. Seitdem nämlich die Lehrer nicht mehr nach Nationen, vielmehr bloß nach Fakultäten abgetheilt zu werden pflegten, seitdem schwand auch noch dieser letzte Einfluß der Nationen. Denn es kam sodann auch noch das Recht den Rector zu wählen in die Hände der Fakultäten¹³⁾. Und zuletzt sind auch die Nationen selbst, in Leipzig zwar erst im 19. Jahrhundert spurlos verschwunden. Denn die heutigen Landmannschaften sind nur noch ein Schatten der alten Nationen. In Leipzig erinnerten aber das consilium rectoris, bestehend aus dem Rector und aus einem Assessor aus jeder Nation, und das consilium nationale magnum noch im 19. Jahrhundert an die früheren Nationen. Und dieser große akademische Rath bestand daselbst bis tief in das 19. Jahrhundert aus sämtlichen Professoren, Doctoren, Magistern und Licentiaten der Universität und es wurden darin alle wichtigeren Angelegenheiten verhandelt und insbesondere auch der Rector gewählt¹⁴⁾. Zur Untergrabung der vier Nationen hat übrigens auch in Deutschland die Errichtung von Collegien und Bursen wesentlich beigetragen.

§. 255.

Die Collegien und Bursen wurden meistens gleich bei der Stiftung der Universität entweder selbst schon errichtet oder ihre Errichtung wenigstens erlaubt und die Art und Weise ihrer Einrichtung angeordnet. So war es in Prag und in Wien¹⁾. Auch in Heidelberg lebten viele Scholaren gleich von Anfang an in

12) Bulle von 1385 in Act. Acad. Palat. I, 390. Acta univers. Heidelberg. I, 38. Wundt, Mag. III, 271—273.

13) Meiners, I, 98.

14) Meiners, I, 70, 71 u. III, 79. Moscher in der deutschen Vierteljahrschrift von 1861, p. 396. not. 2.

1) Meiners, I, 148 ff.

solchen Bursen²⁾. Eben so in Köln u. a. m., insbesondere auch in Ingolstadt, wo gleich in der Stiftungsurkunde sehr weitläufige Anordnungen über die Errichtung und Einrichtung der Collegien und Bursen getroffen worden sind³⁾. Es haben in Ingolstadt gleich von Anfang an mehrere Bursen und späterhin wenigstens elf Bursen bestanden, die bursa Draconis, Aristotelis, Angelica, Solis, Liliorum, Rosarum, Aquilae früher Dingolfingensis, Leonis, Pavonis, Parisiensis und Viennensis⁴⁾. Viele Collegien und Bursen wurden aber erst später theils von den Landesherrn theils von Privaten errichtet. So wurden in Heidelberg bald nach der Gründung der Universität vier verschiedene Collegien und Bursen errichtet, von dem Kurfürsten selbst das Collegium zur wissenschaftlichen Bildung der jungen Cistercienser Mönche im Jahre 1389 und das sogenannte Fürstencollegium im Jahre 1391, und von Privaten die alte Burse im Jahre 1390 und das berühmte Dionysian im Jahre 1396⁵⁾. Und später sind zu ihnen noch mehrere andere hinzugekommen, z. B. die neue Burse im Jahre 1401, dann die Burse der heiligen Katharina u. a. m.⁶⁾. Auch in Basel hat es seit der Stiftung der Universität mehrere Bursen gegeben. Im Jahre 1496 wurde ihre Anzahl auf vier und im Jahre 1501 auf zwei herabgesetzt, von denen jedoch nur die Namen von dreien bekannt sind, nämlich die Pariser Burs, in welcher sich die Studierenden aus Paris und aus dem übrigen Frankreich vereinigten, sodann die Burs im sogenannten Untercollegium und die Leuenburs, welche auch neue Burs genannt worden ist⁷⁾. In Freiburg hat es ursprünglich nur eine einzige Burse gegeben. Sie hatte aber zwei Häuser eines mit dem Bilde zum Pfau und das andere mit

2) Urf. von 1386 bei Tolner, p. 126 *scholares in bursa manentes*.

3) Urf. von 1472 in *Annal. Ingolst.* 48, 49, 78 ff. u. 95 ff.

4) Mederer, *annal. Ingolst.* I, praef. p. XXXIII. Die *statuta bursalia bursae Pavonis* von 1472 bei Mederer, IV, 95 ff.

5) Bundt, *Mag.* III, 292 — 298. und die Urfunden eod. p. 381—393. Daß aber das Collegium für die Cistercienser im Jahre 1389 gestiftet worden ist, hat Kremer in *Act. Acad. Palat.* I, 877. Not. nachgewiesen.

6) Vergl. Joh. Fried. Hautz, *Lycei Heidelberg. origines*, p. 184 ff.

7) *Diss.*, V, 160—162 u. 244.

dem Bilde zum Adler. Man sprach daher von einer Bursa Pavonis und von einer Bursa Aquilae. An ihrer Spitze standen zwei Meister der Artistenfakultät. Seit der Trennung der Lehrer und Schüler der Artistenfakultät in Nominalisten und Realisten wurde jedoch auch die bis dahin vereinigte Burse getheilt und jeder Partei ein eigenes Haus mit einem Vorstande in ihrer Richtung gegeben. Auch wurden späterhin noch einige andere Collegien errichtet, in welchen die Schüler entweder gar nichts oder doch nur sehr wenig zu bezahlen hatten⁸⁾. Wie in Freiburg u. a. m. so war auch in Ingolstadt die Artistenfakultät in zwei Theile, in Realisten und Nominalisten (*via antiqua* oder *via antiquorum* und *via moderna* oder *via modernorum*) getheilt. Und jede Abtheilung hatte ihren eigenen Dean, ihren eigenen Rath, ihr eigenes Siegel und ihre eigene Matrikel⁹⁾.

Wie zuletzt in Paris, so bildete das Zusammenwohnen der Scholaren auch in Deutschland die Regel. Meistentheils war sogar das Einzelwohnen verboten, oder wenigstens nur das Wohnen bei seinen Eltern in der Stadt oder als Famulus eines Doktors oder Magisters, und außerdem nur mit Erlaubniß des Rectors oder Deans das Einzelwohnen erlaubt. So war es in Prag und in Wien¹⁰⁾, in Leipzig¹¹⁾, in Ingolstadt¹²⁾, Basel¹³⁾, Heidelberg u. a. m. Die Deutschen Collegien und Bursen waren jedoch von den französischen in mehrfacher Beziehung verschieden. An vielen Deutschen Universitäten wurden nämlich eigene Collegien für die Lehrer errichtet, in welchen die Lehrer beisammen wohnen, daselbst freigehalten werden und dort auch ihre Hörsäle haben sollten. Dies war die Bestimmung des vorhin erwähnten Fürstencollegiums in Heidelberg¹⁴⁾. Eben so wurde in Ingol-

8) Schreiber, Gesch. von Freiburg, I, 2 p. 37, 38 u. 40.

9) Statut von 1472 bei Mederer, IV, 70, 71, 80, 81 u. 82.

10) Meiners, I, 149, 150 u. 152.

11) Mandate im leipziger Formularbuche bei Barnde, die deutschen Universitäten, I, 167 f., 181, 204 u. 226.

12) Statut von 1472, l. c. p. 100.

13) Ochs, V, 159, 160 u. 244.

14) Urf. von 1393 bei Tolner, p. 127. — „sechs Artisten-Meister — und sie sollent auch by einander in eime collegio wonen.“ Vergl. noch Urf. von 1391 bei Wundt, Mag. III, 382.

Stadt gleich bei der Stiftung der Universität ein Collegium errichtet, in welchem anfangs 6, später 12 besoldete Lehrer beisammen wohnen sollten¹⁵⁾. Eben so war es in Prag, Wien, Leipzig u. a. m.¹⁶⁾. Von den in diesen Collegien befindlichen Hörsälen haben die Vorlesungen selbst den Namen Collegien erhalten und diesen Namen bis auf unsere Tage behalten, wiewohl von dem Lesen in einem Collegium längst schon keine Rede mehr ist. Aber auch die für die Scholaren bestimmten Collegien und Bursen waren von den französischen wesentlich dadurch verschieden, daß die Studierenden nur darin wohnen, aber keinen Unterricht in denselben erhalten, vielmehr die Vorlesungen der Professoren an der Universität besuchen sollten. So war es bei der alten Burse, im Dionysian und sogar im Collegium der Cistercienser Mönche in Heidelberg, eben so in Prag und Wien, in Basel u. a. m., insbesondere auch in Ingolstadt. Der Herzog Georg hatte daselbst im Jahre 1495 ein Collegium für arme Studenten und für einen Meister der freien Künste als Regent oder Aufseher gestiftet, welches noch bis auf die jetzige Stunde, seitdem die Universität hierher verlegt worden ist, hier in München das Collegium Georgianum genannt wird. Die Studenten und Regenten sollten darin wohnen und aus den Einkünften der Stiftung unterhalten werden. Sie sollten aber die Vorlesungen der Professoren an der Universität besuchen¹⁷⁾. Ein ähnliches Collegium wie das Georgianum, früher in Ingolstadt, heute in München, war das Collegium der Baccalauren in Wien. Ein gelehrter Arzt (Bucharzt), der früher Leibarzt der Herzoge von Oesterreich und später Professor der Medizin an der Universität („lerer in der Erczney“) war, hatte dieses Collegium für Lehrer und Schüler im Jahre 1370 gestiftet, und zu dem Ende ein Haus in der Kernerstraße gekauft. Es sollten darin drei Baccalauren unterhalten werden und diese an der Universität und in der Schule bei St. Stephan Vorlesungen halten, weshalb sie auch Sublectores genannt worden sind. Es sollten in demselben aber auch Studenten aufgenommen und unter-

15) Urk. von 1472, l. c. p. 48.

16) Meiners, I, 148, 149, 389, III, 246.

17) Stiftungsurkunde von 1495 in Annal. Ingolst. IV, 185 ff.

halten werden. Daher nannte man es auch das Studenten Haus in der Kernerstraße ¹⁸⁾).

Bursen nannte man in Deutschland die gemeinschaftlichen unter der Aufsicht eines Meisters der freien Künste stehenden Wohnungen. Im Einzelnen waren sie aber sehr von einander verschieden. In vielen von milden Stiftern errichteten Bursen erhielten die Studierenden freie Wohnung und freie Kost. Dies waren die sogenannten Freibursen. Zu ihnen gehörten z. B. die alte Burse und das Dionysian in Heidelberg ¹⁹⁾. In anderen Bursen, welche keine Freibursen waren, wohnten zwar die Studierenden ebenfalls beisammen und erhielten darin auch ihre Kost. Allein sie mußten dafür ein geringes Mieth- und Kostgeld entrichten, z. B. in Wien ²⁰⁾, in Freiburg im Breisgau ²¹⁾, und in Basel ²²⁾. Meistentheils waren jedoch die Bursen bloße von einem Magister der freien Künste unterhaltene Privatanstalten, in welchen die Studenten für einen mäßigen Zins und für ein geringes Kostgeld aßen und wohnten und den für die Bursen gegebenen Gesetzen unterworfen waren, z. B. in Ingolstadt ²³⁾, Basel ²⁴⁾, Wien ²⁵⁾, Heidelberg u. a. m. Auch die Burse zur Himmelspforte in Rostock, in welcher im Anfang des 16. Jahrhunderts Ulrich von Hutten und andere arme Poeten gepflegt worden sind, scheint eine solche Privatanstalt gewesen zu sein ²⁶⁾. An der Spitze dieser Bursen stand ein sogenannter Regent (regens) oder Rector oder Probst, in Ingolstadt conventor genannt, welcher die Studien und die wöchentlichen Disputationen der Studierenden zu leiten, über die Sitten seiner Zöglinge die Aufsicht zu führen, die Uebertreter der Satzungen zu bestrafen und am Ende der Woche mit seinen Zöglingen abzurechnen hatte.

18) Urf. von 1370 u. 1446 bei Hornmayer, Wien, I, 5. Urf. p. 174 u. 179.

19) Wundt, Mag. III, 294—297 u. 386—390.

20) Meiners, I, 150. Not.

21) Schreiber, Gesch. der Stadt und Universität, I, 2 p. 37.

22) Ochs, V, 160 u. 245.

23) Urf. von 1472 in Annal. Ingolst. IV, 49, 78 u. 95—99.

24) Ochs, V, 160.

25) Meiners, I, 152.

26) Strauß, Ulrich von Hutten, I, 66.

Die in einer Burse aufgenommenen Studenten nannte man Bursanten, Bursalen oder Bursarien, späterhin Burschen. Sie mußten in der Burse selbst wohnen, an dem gemeinschaftlichen Tisch speisen, an allen Uebungen Theil nehmen und sich der Hausordnung, überhaupt allen Anordnungen des Vorstehers des Hauses unterwerfen ²⁷⁾).

Seit dem 16. Jahrhundert kamen auch diese Collegien und Bursen in Verfall. Die durch die Reformation hervorgerufene Freiheit der Forschung hat auch ihnen den Untergang gebracht. Denn der in jenen Collegien und Bursen herrschende Schulzwang war dem innersten Wesen der neuen Universitäten zuwider. Wenn daher das neue Leben und die geistige Freiheit auf den Universitäten nicht wieder verkümmern sollte, so mußte auch den Studierenden größere Freiheit gestattet werden. Man gab ihnen Freiheit von dem gewöhnlichen Gerichtszwang und andere Freiheiten, und mit diesen mußten auch die engen Schranken jener Collegien und Bursen fallen. Von den alten Bursanten sind daher nur noch die Burschen, sie nun aber in ihrer vollen Freiheit geblieben. Auf einigen Universitäten haben sich jedoch jene Collegien, wenn auch in einer etwas anderen Form, noch längere Zeit, zum Theile sogar bis auf unsere Tage erhalten. So das Georgianum früher in Ingolstadt, jetzt in München. Eben so in Tübingen das vom Graf Eberhard errichtete Pädagogium, das vom Herzog Ulrich errichtete theologische Stipendium und das zur Erziehung geistvoller Jünglinge für den Hof- und Staatsdienst im Jahre 1592 errichtete sogenannte Collegium illustre. In Leipzig haben drei Collegien, bis ins 19. Jahrhundert fortgebauert und das collegium beatae Mariae virginis existirt heute noch, wiewohl ohne Theilnahme von Studierenden ²⁸⁾. Endlich ist auch das Waisenhaus in Halle heute noch eine Art von Freiburse für arme Studenten ²⁹⁾.

§. 256.

Um die seit dem 16. Jahrhundert untergegangenen Collegien

27) Vergl. Statut von 1472 in Annal. Ingolst. IV, 49, 78 ff. u. 95 ff. und Schreiber, Gesch. von Freiburg, I, 2. p. 38 ff.

28) Roscher, in der deutsch. Vierteljahrschrift von 1861, p. 394. Not. 2.

29) Reiners, I, 165—167.

und Bursen einiger Maßen zu ersetzen und die Studierenden nicht ganz ohne alle Aufsicht zu lassen, pflegten die Universitätsbehörden sogenannte Inspectoren oder Praeceptoren über sie zu setzen oder ihnen selbst die Wahl solcher Aufseher zu überlassen. In Ingolstadt lebten schon nach den Satzungen der Juristenfacultät von 1524 die Studirenden der Rechte nicht mehr in den Bursen. Sie sollten jedoch bis zum 17. Jahre einen Führer und Aufseher (*ductor et praeceptor*) haben und in seinem Hause wohnen ¹⁾. Und nach den Universitätsatzungen von 1562 ward jene Vorschrift zur Regel, indem damals bereits alle Bursen verschwunden waren. Und die Aufsicht über sämtliche Studirende ist seitdem auf die Defane übergegangen ²⁾. Nur in England hat sich jener Collegien- und Bursenzwang, aber zum größten Nachtheil für das Universitätsleben selbst, und die Annahme von Praeceptoren in Upsala bis auf unsere Tage erhalten. Dasselbst muß sich nämlich, wie uns Bulgarin berichtet, heute noch jeder die Universität besuchende junge Mann binnen acht Tagen in das Album der Universität, d. h. in die Matrikel einzeichnen. Denn über acht Tage dürfen junge Schweden, die nicht zur Universität gehören, nicht in der Universitätsstadt bleiben. Beim Antritt der Universität muß sodann jeder Student sich in seine Provinz einschreiben, d. h. in die Gesellschaft der Studenten, welche aus den Eingebornen einer einzelnen Provinz besteht. Jede Gesellschaft hat ihren besonderen Versammlungsort in der Stadt, und steht unter der Leitung eines von ihr früher gewählten Professors, welcher gehalten ist, den Vorsitz darin zu führen. Ueberhaupt wählen die Studenten auch ihre Aeltesten (Senioren) unter sich. Und diese Einrichtung hat sich bis jetzt hinsichtlich der Aufführung der Studenten sehr wohlthätig erwiesen ³⁾. In Deutschland pflegten aber die ankommenden Studenten ihre älteren Landsleute auf der Universität zu ihren Aufsehern zu wählen. Und aus diesen Verbindungen der älteren und jüngeren Studenten einer oder mehrerer Provinzen sind sodann seit dem 17. Jahrhundert jene Stu-

1) Statut von 1524 bei Mederer, IV, 250.

2) Statut von 1562 bei Mederer, IV, 304 ff. u. 308 ff.

3) Bulgarin im Ausland, vom 27. Januar 1841, Nr. 27. p. 106.

dentengesellschaften hervorgegangen, welche man heute noch Landsmannschaften zu nennen pflegt. Sie mögen sich hier und da nach dem Vorbilde der alten vier Nationen gebildet haben. In der Hauptsache haben sie aber nichts mit denselben gemein ⁴⁾.

Von diesen Studentenverbindungen verschieden war natürlicher Weise die Genossenschaft aller Studenten. So wie nämlich die Lehrer auf den Deutschen Universitäten eine Genossenschaft der Lehrer (*universitas doctorum*) gebildet haben (§. 250), so bildeten auch die Lernenden wieder eine eigene Genossenschaft, welche man die Studentengenossenschaft (*studentium consortium*) genannt hat. Als Mitglieder dieser Genossenschaft hatten nun die Studenten die Rechte einer jeden anderen Genossenschaft, wenigstens viele genossenschaftliche Rechte. Sie standen nicht unter den öffentlichen Gerichten. Sie hatten vielmehr ihre eigene akademische Gerichtsbarkeit. Sie durften daher auch von den öffentlichen Beamten nicht verhaftet werden. Und wenn dieses dennoch geschehen sein sollte, mußten sie auf der Stelle wieder freigegeben oder an die Universitätsbehörden ausgeliefert werden. Das Universitätshaus und das Lesehaus der Juristen war ein Asyl (eine Freyung), in welches sich daher auch Nichtstudirende flüchten konnten. Und wenn ein Student oder ein Doctor oder Magister von einem Nichtstudenten getödtet worden war, so durfte jeder Student, als wäre er des Getödteten nächstgesippter Freund („als ob der — sein negstgesippter Grunde wäre“), den Thäter bei jedem Gerichte anklagen, wo er ihn fand. So war es in Jngolstadt ⁵⁾ u. a. m. Wie in jede andere Genossenschaft, so mußten aber auch die neu ankommenden Studenten (*novelli studentes*) in diese Studentengenossenschaft aufgenommen werden. Und es hatte zu dem Ende eine feierliche Aufnahme statt. Bis zu dieser Aufnahme waren und hießen die bisherigen Schüler oder Bacchanten *beani*, d. h. Selbstschnäbel, von *becjaune*, *bejaune*, *bejaunius* oder *bejannus*, d. h. Selbstschnabel ⁶⁾. Der Zustand eines solchen *beanus* wurde *beanium* und die durch die Aufnahme in die Studentengenossenschaft

4) Vergl. Meiners, I, 71 u. IV, 161 u. 162.

5) Stiftungsbrief von 1472 bei Moderer, IV, 50—52.

6) Henschel, I, 682.

bewirkte Aufhebung dieses Zustandes *depositio beanii* oder *beania* (Pennalisation oder Fuchstaufe) genannt. Erst durch diese Deposition oder Pennalisation wurde der bisherige Schüler zum Studenten, und zwar zunächst zum Pennal oder Fuchs erhoben. Die Gelbschnäbel mußten sich bei dieser Ceremonie viele Neckereien und Hänseleien gefallen lassen, die auch nach der Pennalisation oder Fuchstaufe noch eine Zeit lang fortbauerten. Diese Fuchstaufe ist uralt. Daher wird sie schon in dem alten *manuale scholarium* ein *antiquus adventus* genannt ⁷⁾. Späterhin ist die feierliche Fuchstaufe abgeschafft worden oder wenigstens außer Gebrauch gekommen ⁸⁾. Das Hänselein der Füchse dauert aber bis auf die jetzige Stunde noch fort.

Als Genossenschaften hatten aber auch die Studenten die Rechte aller anderen freien Genossenschaften. Sie hatten das Recht Verbindungen einzugehen, das Recht Waffen zu tragen, das Recht der Fehde und das damit zusammenhängende Recht des Zweikampfs. Und was früher ein Recht war, ist heute zwar nicht mehr ein Recht, aber doch noch eine Sitte und ein weit verbreiteter Gebrauch. Denn heute noch bestehen allenthalben Landsmannschaften und andere Studentenvereine. Das Recht der Fehde zeigt sich noch in den bei Conflikten mit der Obrigkeit vorkommenden Auszügen aus der Universitätsstadt. Das Waffentragen der Studenten war noch im vorigen Jahrhundert allgemeine Sitte. Als mein Vater in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Heidelberg studirte, trug noch jeder Student einen Degen. Sogar ins Bad ging jeder Student mit dem Degen an seiner Seite. Das Tragen eines Degens ist zwar nicht mehr im Gebrauch. Aber auch heute noch kennt jeder Student seinen Schläger. Und auch die Duelle sind leider nur noch zu häufig.

§. 257.

Die Deutschen Universitäten sind sammt und sonders nach dem Muster der Universität von Paris gebildet worden. Die

7) *Manuale scholarium* bei Zarncke, die deutschen Universitäten im Mittelalter, I, 3 ff., 162, 174 u. 227.

8) Wiesand, jur. Handbuch v. Pennalismus, p. 805. Böhl, a. a. O. p. 7 u. 8.

Scholaren hatten demnach keinen Antheil an dem Regiment. Dieses lag vielmehr, wie wir gesehen, in den Händen der Lehrer. Eine Ausnahme macht nur Basel. Die Universität Basel wurde nämlich im Jahre 1459 durch eine päpstliche Bulle gestiftet und zwar nach dem Muster von Bologna. Die Bulle ordnete ein Generallstudium in der Theologie und in beiden Rechten (*jure canonico et civili*) wie auch in jeder anderen erlaubten Fakultät an (*quavis alia licita facultate*). Der Papst ernannte den Bischof von Basel zum Kanzler der hohen Schule und ertheilte den Lehrern und Schülern (*logentes ac studentes*) alle Privilegien und Freiheiten der Meister, Doctoren und Studenten in Bologna (*in generali studio nostrae civitatis Bononiensis*). Auch ertheilte der Papst dem Kanzler, den Meistern und den Schülern der Hochschule, wie zu Bologna, das Recht Statuten zu machen und andere Anordnungen zu treffen¹⁾. Allein erst nach reiflicher Erwägung aller Vortheile und Nachtheile, erst nachdem, wie der Berichtstatter sagt, „die Boten und beyde Rätthe abermal „über diese Sache geseßen und solche nach aller Nothdurft erwogen, und das Süße und das Saure gegen einander gemessen“ hatten²⁾, und nachdem die Schwierigkeiten wegen der Besoldungen der Lehrer beseitiget waren, ward auch vom großen Rath zu Basel die Errichtung einer Hochschule beschlossen und im Jahre 1460 die feierliche Einsetzung der Universität im Münster vollzogen³⁾. Der Rath erkannte in einer Urkunde von 1460 die Freiheiten der Universität mit einigen Vorbehalten an, erwähnte darin auch nicht bloß der hohen Schule von Bologna, wie dieses in der päpstlichen Bulle geschehen war, sondern versprach den Meistern und Schülern alle Freiheiten und Rechte, wie diese den hohen Schulen zu Bologna, zu Paris, Rōln, Heidelberg, Erfurt, Leipzig und Wien ertheilt worden seien⁴⁾. Die Grundlage waren jedoch die Einrichtungen von Bologna. Daher erhielten auch die Studenten Antheil an dem Regiment.

1) Die Bulle bei Dñs, IV, 70 u. 71. Auch die von der Stadt ertheilte Instruction von 1459 bei Dñs, IV, 74. spricht bloß von Bologna.

2) Dñs, IV, 59.

3) Dñs, IV, 54—82.

4) Urk. von 1460 bei Dñs, IV, 82—90.

Sie wurden zu den Wahlen des Rectors beigezogen und auch in dem akademischen Gerichte, in dem sogenannten Consistorium, saß ein Student ⁵⁾. Da jedoch der große Rath auch auf die Einrichtungen von Paris, Wien, Heidelberg und Köln Bezug genommen hatte, so wurden die Studenten bald wieder von dem Regiment entfernt ⁶⁾. Und es hat sich sodann auch in Basel alles wie auf den übrigen Deutschen Universitäten gestaltet. Aus dem anfangs stattgehabten Einfluß der Universität von Bologna mag es sich auch erklären, warum in Basel und Freiburg auch in späteren Zeiten noch alle Studenten Juristen genannt worden sind, auch wenn sie nicht zur juristischen Fakultät gehört haben. Denn Bologna war eine Rechtsschule.

§. 258.

Die Universität von Paris ist aus einer Theologenschule hervorgegangen und daher lange Zeit als eine kirchliche Anstalt betrachtet worden. Da nun die Deutschen Universitäten nach dem Muster von Paris gebildet worden sind, so hingen auch sie anfangs mit der Kirche zusammen. Rein kirchliche Anstalten sind sie aber in Deutschland niemals gewesen und seit der Reformation ist auch der ursprüngliche Zusammenhang mit der Kirche wieder verschwunden, nicht bloß in den protestantischen sondern auch in den katholischen Staaten.

Anfangs wurden die Professoren und Scholaren als Cleriker betrachtet, z. B. in Wien ¹⁾, in Prag, Heidelberg und Köln. Und noch im Jahre 1457 wurden in Freiburg ²⁾, um dieselbe Zeit und auch noch später in Leipzig u. a. m. ³⁾ und im Jahre 1460 in Basel die Studenten (Scholäre) den Laien, d. h. den nicht Geistlichen entgegen gesetzt ⁴⁾. Auch waren die Lehrer meistentheils

5) Ochs, IV, 96 u. 97.

6) Ochs, IV, 97.

1) Urk. von 1365, bei Formayr, l. c. p. 61. totum universitatis clerum in partes quatuor dividi, — ut earundem nationum seu quartarum quelibet signanter clericorum in septem artibus liberalibus legendi. —

2) Stiftungsbrief von 1457 bei Schreiber, II, 456.

3) Manuale scholarium bei Zarncke, die deutschen Universitäten, I, 28 u. 280.

4) Ochs, IV, 86.

Geistliche, sogar noch in dem im Jahre 1501 gestifteten Wittenberg. Und es sollte wenigstens der Rector unverheirathet sein ⁵⁾. Jede Fakultät und die Universität selbst hatte ihren Schutzgott (Deus tutelar). Die Universitäten Wittenberg und Freiburg waren Gott selbst und der heiligen Jungfrau geweiht und nächst ihnen in Wittenberg dem heiligen Augustin. Der Schutzpatron der theologischen Fakultät in Wittenberg war der Apostel Paulus. Der Schutzpatron der juristischen Fakultäten zu Wien, Erfurt, Freiburg und Wittenberg der heilige Ivo. Der Schutzpatron der Mediciner in Wittenberg der heilige Kosmas und Damian, und in Freiburg der heilige Lukas, der Schutzpatron der Philosophie aber in Wittenberg und in Freiburg die heilige Katharina. Und jedes Jahr wurden die Feste der Schutzheiligen feierlichst begangen ⁶⁾. Auch die einzelnen Collegien und Bursen hatten öfters ihren Schutzheiligen z. B. in Heidelberg das Dionysian den heiligen Dionysius und die Burse der heiligen Katharina diese Heilige selbst. Im Uebrigen waren aber die Deutschen Universitäten wesentlich verschieden von ihrem Pariser Originale. Denn sie waren von den Landesherrn gestiftete und auch von ihnen unterstützte und geschützte weltliche Anstalten.

Auch in Deutschland ist zwar die päpstliche Bestätigung der Universitäten zur Regel geworden. Oefters ging sogar die päpstliche Bulle der weltlichen Stiftungsurkunde voran, z. B. in Heidelberg ⁷⁾, in Ingolstadt ⁸⁾, in Basel u. a. m. Auch pflegte der päpstlichen Anerkennung schon in den Stiftungsurkunden erwähnt zu werden, z. B. in Wien ⁹⁾, in Heidelberg ¹⁰⁾ u. a. m. Allein die Stiftung selbst ging allenthalben von der Landes-

5) Karl Jürgens, Luther's Leben, II, 209 ff. u. 217 ff.

6) Jürgens, II, 212 u. 213. Schreiber, Gesch. von Freiburg, I, 2. p. 44, 171 u. 218. Stiftungsbrief der Universität Freiburg von 1457 bei Schreiber, Urkb. II, 447 u. 450.

7) Bulle von 1385 in Acta acad. Palat. I, 388. während die Stiftungsurkunde vom Jahr 1386 datirt ist.

8) Bulle von 1459 in Annal. Ingolst. IV, 16. während die Stiftungsurkunde von 1472 ist.

9) Urk. von 1365, l. c. p. 48.

10) Urk. von 1386 bei Tolner, p. 128.

herrschaft, nicht von dem Papste aus. So war es in Prag, Wien, Heidelberg, Köln u. a. m. Und sogar in Basel gingen, wie wir gesehen, alle Anordnungen und die Einsetzung der Universität selbst von dem großen Rath aus. Daher standen die Universitäten in Deutschland gleich von Anfang an unter dem unmittelbaren Schutze der Landesherrschaft. Und sie erhielten alle ihre Privilegien von den Landesherrn, nicht aber wie in Paris von dem Papst. Nur die Befugniß der Universitäten zu lehren, die *licentia docendi*, ging wenigstens theilweise von dem Papst aus. Allein auch in dieser Beziehung gingen die Landesherrn weiter als die Päpste, indem in den päpstlichen Bullen insgemein nur von dem Generalstudium in der Theologie und im kanonischen Rechte, z. B. in Heidelberg ¹¹⁾, oder in beiden Rechten, z. B. in Basel und erst später in allen vier Fakultäten, z. B. in Ingolstadt die Rede ist ¹²⁾, während bereits in sämtlichen Stiftungsurkunden, z. B. von Prag, Wien, Heidelberg, u. s. w. von allen vier Fakultäten gesprochen wird.

Da nun die Deutschen Universitäten von den Päpsten keine Privilegien erhielten, so hatten sie auch keine Conservatoren der apostolischen Privilegien nothwendig. Und sie haben auch keine erhalten, wiewohl man es insgemein annimmt ¹³⁾. Man findet zwar Conservatoren und Subconservatoren in Prag u. a. m., und in Heidelberg sogar vier Conservatoren und zuweilen auch noch Subconservatoren. Auch waren die ersten Conservatoren in Heidelberg angesehenen Geistliche, nämlich der Abt von Schönau und die Dechanten der Marienkirche in Neustadt, der Trinitätskirche zu Speier und der Viktoriskirche zu Mainz. Daß sie aber von dem Papste ernannt worden und päpstliche Conservatoren gewesen seien, steht nirgends. Und auch in späteren Zeiten findet sich in Deutschland keine Spur von Conservatoren der apostolischen Privilegien. Nur in Ingolstadt findet sich

11) Bulle von 1385 l. c. p. 390. — *studium generale* — *tam in theologia et juris canonici quam alia qualibet licita facultate*. —

12) Bulle von 1459, l. c. p. 17. *studium generale* — *tam in theologia, jure canonico et civili, in medicina et artibus, quam in qualibet alia licita facultate*.

13) z. B. Bundt, Mag. für Pfälz. Gesch. III, 277. und Meiners, III, 24 ff. u. 80 ff.

etwas Aehnliches. Auf die Klage der Lehrer und Schüler jener Universität, daß geistliche und weltliche Fürsten und Herren die Rechte, Güter und Einkünfte der Universität verletzten und in Beschlag nahmen, ernannte nämlich der Papst die Bischöfe von Augsburg, von Freising und von Eichstätt zu Conservatoren der Rechte und Güter der Universität mit der Vollmacht nöthigenfalls mit geistlichen Censuren einschreiten und selbst den weltlichen Arm zu Hülfe rufen zu dürfen ¹⁴⁾. Auch diese Conservatoren in Ingolstadt hatten demnach etwas ganz anderes als apostolische Privilegien zu bewahren. Sie waren demnach von den Conservatoren der apostolischen Privilegien in Paris wesentlich verschieden. Und sie hatten auch keine Gerichtsbarkeit.

In Deutschland standen vielmehr die Universitäten gleich von Anfang an unter dem unmittelbaren Schutze der Landesherrn. Sie erhielten alle ihre Privilegien und daher auch die Conservatoren dieser Privilegien von den Landesherrn. In Wien übernahmen die Erzherzoge selbst diesen Schutz und ernannten zu dem Ende den Landmarschall der Provinz Oesterreich zum Conservator der landesherrlichen Privilegien. Späterhin wurde es der Universität gestattet unter den beiden dem Stadtrath beigeordneten landesherrlichen Beamten (Schultheissen) Einen zum Conservator zu wählen ¹⁵⁾. In Prag findet man Subconservatoren ¹⁶⁾. Von den vier landesherrlichen Conservatoren und Subconservatoren in Heidelberg ist bereits die Rede gewesen. Seit dem 15. Jahrhundert pflegten sich die Landesherrn das Schutzrecht ausdrücklich vorzubehalten, z. B. in Leipzig. Und sie übertrugen sodann das ihnen zustehende Schutzrecht entweder einem von ihnen ernannten Kanzler z. B. in Tübingen, oder sie übertrugen die Würde eines Conservators einem Mitgliede der landesherrlichen Familie, z. B. in Frankfurt an der Oder, oder sie behielten sich jene Würde selbst vor und ernannten zur Besorgung der damit verbundenen Geschäfte einen sogenannten Curator, z. B. in Halle, Mainz, Göttingen u. a. m. ¹⁷⁾.

14) Urk. von 1477 in Annal. Ingolst. IV, 105—108.

15) Stiftungsurkunde von 1865 bei Formayr, l. c. p. 58. Meiners, III, 26.

16) Meiners, III, 24 u. 25.

17) Meiners, III, 27, 31, 32 u. 33.

Das Recht die Lizenz zu ertheilen ging auch in Deutschland anfangs von dem Kanzler aus, z. B. in Prag und Wien^{17a)}, in Heidelberg¹⁸⁾, in Ingolstadt¹⁹⁾ u. a. m. Auch wurde der Kanzler insgemein noch von dem Papst ernannt, z. B. für Heidelberg der jedesmalige Probst der Kathedralkirche von Worms²⁰⁾ und für Basel der Bischof von Basel²¹⁾. Auch erhielten die Universitäten von Köln²²⁾, Erfurt, Leipzig und Tübingen ihre Kanzler vom Papst. Allein auch die Landesherrn selbst begannen schon früh die Kanzler zu ernennen. So ernannten die Erzherzoge von Oesterreich für Wien den jedesmaligen Probst des allerheiligen Stiftes in Wien²³⁾ und die Herzoge von Baiern den Bischof von Eichstätt²⁴⁾. Der Graf Eberhard von Württemberg über ernannte wenigstens den von dem Papst für Tübingen bestellten Kanzler zu seinem eigenen Commissarius bei jener Hochschule²⁵⁾. Die seit dem 16. Jahrhundert errichteten Universitäten erhielten meistens gar keinen Kanzler. Und dann wurde das Recht die Lizenz zu ertheilen entweder den Fakultäten selbst überlassen, z. B. in Wittenberg, Jena, Königsberg u. a. m., oder die Landesherrn behielten sich die Würde eines Kanzlers selbst vor und ernannten sodann einen Vicekanzler oder Prokanzler oder überließen die Wahl desselben der Universität selbst, z. B. in Halle, Erlangen u. a. m.²⁶⁾.

Aber auch die Stellung der Kanzler war in Deutschland eine ganz andere als in Paris. Denn außer dem Rechte die Lizenz zu ertheilen erhielten sie meistens auch noch eine mehr oder weniger ausgedehnte Gerichtsbarkeit, welche später auf die Universitäten selbst übertragen worden ist. Karl IV. befreite die Universität Prag gleich bei ihrer Errichtung im Jahre 1348 von der

17a) Meiners, II, 291 u. 298.

18) Bulle von 1385 in Act. Acad. Palat. I, 890.

19) Annal. Ingolst. IV, 262.

20) Bulle von 1385, l. c. p. 890.

21) Ochs, IV, 70.

22) Bulaeus, IV, 685.

23) Urk. von 1365 l. c. p. 48 u. 55.

24) Urk. von 1472 in Annal. Ingolst. IV, 47.

25) Meiners, II, 48.

26) Meiners, III, 48 u. 49.

weltlichen Gerichtsbarkeit und verlieh sie (die Civil- und Strafgerichtsbarkeit) dem Rector und seinen Räthen, den Procuratoren der vier Nationen. Er verlieh ihnen also eine weit größere Gerichtsbarkeit, als die Rectoren und Procuratoren in Paris jemals gehabt haben. Die geistliche Gerichtsbarkeit aber überließ er dem Erzbischof von Prag, als dem Kanzler der Universität, und machte demnach die Universität von ihrem Kanzler weit abhängiger, als dieses in Paris der Fall war, bis denn im Jahre 1398 auch die geistliche Gerichtsbarkeit noch auf die Universität übertragen worden ist²⁷⁾. Nach dem Muster von Prag erhielt auch in Leipzig die Universität die vollständige Civil- und Strafgerichtsbarkeit. Allein schon im Jahre 1466 war man genöthiget die Strafgerichtsbarkeit wieder der Universität zu entziehen. Und sie wurde sodann dem Kanzler (dem Bischof von Merseburg) übertragen²⁸⁾. In Heidelberg, wo die Scholaren meistens Cleriker waren oder doch als solche galten, lag die Gerichtsbarkeit über die Scholaren ursprünglich in den Händen des Bischofs von Worms. Allein schon im Jahre 1393 wurde dieser bewogen die Gerichtsbarkeit auf den Rector der Universität, welcher sein Vicekanzler war, zu übertragen²⁹⁾. Auch in Wien wurde gleich anfangs die Universität von der weltlichen Gerichtsbarkeit befreit, dem Rector und seinen Beisitzern jedoch nur die Civilgerichtsbarkeit und die Voruntersuchung in Strassachen übertragen. Die Strafgerichtsbarkeit selbst mit der Urtheilsfindung erhielt der Probst des allerheiligen Stiftes in seiner Eigenschaft als Kanzler der Universität. Auch durfte daselbst der Rector statt Seiner einen Unterrichter bestellen³⁰⁾. Bei den seit dem 15. Jahrhundert gestifteten Universitäten wurde die Gerichtsbarkeit bald nach dem Muster von Prag, bald nach jenem von Wien geordnet. In Ingolstadt, welches Wien nachgebildet war, hatte der Rector die Civil- und Strafgerichtsbarkeit mit Ausnahme der todeswürdigen Verbrechen, welche vor den Bischof von Eichstädt als den Uni-

27) Meiners, II, 113—115.

28) Meiners, II, 117.

29) Acta univers. Heidelberg. I, 87 u. 55. Bunt, Mag. III, 279—281.

30) Stiftungsurkunde von 1365 bei Formayr, p. 51, 55 u. 58 — 60. Meiners, II, 115 u. 116.

versitätskanzler gehörten ⁸¹⁾. Auch in Freiburg, welches Paris, Wien und Heidelberg nachgebildet worden war, erhielt der Rector die Civil- und Strafgerichtsbarkeit mit Ausnahme der schwereren Verbrechen, welche vor den Bischof gehörten ⁸²⁾. Meistentheils erhielten aber die Universitäten die gesammte Civil- und Strafgerichtsbarkeit, insbesondere auch die Universität Würzburg ⁸³⁾.

Bemerkt muß noch werden, daß die Päpste seit dem 13. und 14. Jahrhundert anfangen die Doctorwürde auch unmittelbar zu verleihen oder irgend einer beliebigen Person zumal Bischöfen die Vollmacht zu ertheilen, diese Würde unter päpstlicher Autorität zu verleihen ⁸⁴⁾, und daß sodann auch die Kaiser seit dem 15. Jahrhundert angefangen haben aus Kaiserlicher Machtvollkommenheit Doctoren zu creiren und dieses Recht auch ihren Beamten, den Pfalzgrafen, zu übertragen ⁸⁵⁾, was denn zu großen Mißbräuchen geführt hat, welche erst in unseren Tagen durch Abschaffung der Pfalzgrafenwürde abgestellt worden sind.

Die Universitäten waren demnach, wie die Hansen und die Zünfte, in der Stadt angesessene freie Genossenschaften. Zur Stadtgemeinde gehörten sie jedoch nicht. Sie standen daher nicht unter dem Stadtrath, vielmehr unmittelbar unter der öffentlichen Gewalt. Auch Basel macht hievon keine Ausnahme, indem daselbst der Rath die öffentliche Gewalt in Händen gehabt und in dieser Eigenschaft über der Hochschule gestanden hat. Daher kommt es, daß manche Landesherren heute noch Rectoren ihrer Landesuniversitäten sind und sodann ein bloßer Prorector die wirklichen Geschäfte besorgt. In Freiburg wurde zwar bereits im 15. Jahrhundert der Versuch gemacht wenigstens diejenigen Angehörigen der Universität, welche sich mit einer Bürgerstochter, „die der Stadt mit ihrem Gut verwandt sei“, verheirathet hatten

81) Urf. von 1472 u. 1522 in Annal. Ingolst. IV, 51 u. 206, vergl. eod. I, praef. 21.

82) Stiftungsbrief von 1457 §. 4 u. 12 bei Schreiber, II, 452 u. 456.

83) Verordnung von 1748, §. 57 in Samml. der Würzburg. Verordn. II, 864.

84) Meiners, II, 288 ff. u. 308.

85) Meiners, II, 308 ff. u. 320 ff.

dem Stadtrath zu unterwerfen. Der Stadtrath verlangte nämlich im Jahre 1477, daß dieselben dem Bürgermeister schwören und wie andere Hinterlassen günstig werden sollten. Die Universität wies jedoch dieses und das spätere Begehren, die ungangbar gewordenen Straßen repariren zu helfen, ganz entschieden zurück. Und obwohl der Bürgermeister hierauf erwiderte, „es könnte dazu kommen, daß die Universitätschen auf einen Tag mit Hundem aus der Stadt geheßt würden,“ so hatte der erbitterte Kampf doch kein anderes Resultat, als daß der Landesherr durch seinen Landvogt zu vermitteln suchte. Die Universität behielt aber nach wie vor ihre alte Stellung³⁶⁾. Als nicht zur Stadtgemeinde gehörig konnten nun aber auch die Universitäten keinen Einfluß auf die Ausbildung der städtischen Verfassung haben. Es kann daher hier nicht mehr und nicht weiter von ihnen die Rede sein. Sehr zu wünschen wäre es jedoch, daß dieser Gegenstand eigens und ausführlich bearbeitet werden möchte. Denn so viel auch in neueren Zeiten vom Herrn von Savigny, Zarncke u. a. geleistet worden ist, so viel bleibt doch noch zu thun übrig, indem Herr von Savigny nur die Rechtsschulen und zwar außer Deutschland vor Augen gehabt hat, für die weit schwierigere Materie der deutschen Universitäten aber außer von Zarncke noch so gut wie gar nichts geschehen ist, Meiners wenigstens nicht mehr genügt, so schätzbar auch das Material ist, welches er zusammengebracht hat.

b. Zünfte.

1. Entstehung.

§. 259.

In früheren Zeiten hat man die Zünfte, wie die städtische Verfassung überhaupt, aus der Römischen Verfassung abgeleitet. Unter den Neuern hat es selbst Gaupp noch gethan¹⁾. Sieht man indessen den Römischen Ursprung der Stadtverfassung auf, so muß man um so mehr auch die römische Abstammung der Zünfte aufgeben, sintemal die germanischen Zünfte von den Römischen noch

36) Schreiber, Gesch. von Freiburg, I, 2. p. 174—176.

1) Gaupp, über deutsche Städtegründung, p. 220 u. 373—376.

weit wesentlicher verschieden sind, als die germanische Städteverfassung von der Verfassung der römischen Municipien. Die Römischen Zünfte der Fuhrleute, Schiffer, Bergleute, Fabrikarbeiter u. a. m. sind nämlich hauptsächlich für den Staatsdienst organisiert und jedenfalls seit Constantin erblich geschlossene Kasten gewesen, aus denen z. B. die Schiffer²⁾, die Bäcker³⁾, die Metzger⁴⁾ und andere Handwerker mehr⁵⁾ weder heraustreten noch herausheirathen, auch nicht in eine andere Zunft übertreten durften, sogar nicht einmal mit Zustimmung der Zunft selbst, während die germanischen Zünfte nichts mit dem Staatsdienst zu thun hatten und von einer erblichen Kaste bei ihnen niemals die Rede war. Die germanischen Zünfte haben vielmehr einen doppelten Ursprung. Sie sind theils aus der Hofverfassung theils aus freien Vereinen oder Genossenschaften hervorgegangen.

§. 260.

Auf den Fronhöfen, auf den Königshöfen eben sowohl wie auf den Höfen der freien Leute und Grundherren, waren von je her Künstler und Handwerker ansässig. Sie waren unfreie oder wenigstens hofhörige Leute. Und sie gehörten, wie wir gesehen, zu den niederen Hofdienern und Ministerialen¹⁾. Wie andere Hofdiener standen auch sie unter einem Hofbeamten oder höheren Ministerialen. Und da der Dienstzweig, welchem ein Hofbeamter vorstand, dessen Ministerium oder Amt (*officium*) genannt zu werden pflegte, so hießen auch die unter einem solchen Amte stehenden Künstler und Handwerker Ministerialen, Amtleute, *officiati*, *officiales* oder ganz allgemein Diener²⁾. So war in Augsburg das Recht Wirthschaft zu treiben ein von

2) L. 11. C. Th. de naviculariis (XIII, 5.)

3) L. 8 u. 21 C. Th. de pistorib. (XIV, 3).

4) L. 8, pr. C. Th. de suariis (XIV, 4).

5) L. 8 § 3 C. Th. de suariis, L. 37. C. Th. de decurionib. (XII, 1).

1) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 181, 244 ff., 253 u. 263, II, 315—337.

2) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 181, 245—246, II, 28, 297, 315 u. 333 ff.

dem Burggrafen verliehenes Amt³⁾. Eben so das Recht Bier zu brauen z. B. in Regensburg⁴⁾. Auch in München gab es ein herzogliches Brauamt (Brewampt)⁵⁾. Und auch später noch war es daselbst einem jeden, der nicht von dem Herzog die Lehen-
schaft empfangen hatte, verboten Bier zu brauen und zu mul-
zen⁶⁾. Eben so war das Recht zu weben in Bonn noch im 14.
Jahrhundert ein Amt⁷⁾.

Ob die Handwerker und Künstler selbst zur Karolingischen Zeit schon nach ihrer gleichartigen Beschäftigung in Aemter (officia) eingetheilt waren, kann mit Bestimmtheit nicht nachge-
wiesen werden. Es ist jedoch wahrscheinlich, indem an der Spitze eines jeden Dienstzweiges ein Aufseher oder Meister (ein magister oder actor) gestanden hat und die unter ihm arbeitenden Leute, wie im späteren Mittelalter, seine Diener (servi) genannt worden sind⁸⁾, jeder Meister mit seinen Dienern also ein eigenes Hand-
werksamt gebildet zu haben scheint. Ganz gewiß haben aber die Handwerksämter bereits schon vor dem 12. Jahrhundert bestanden. Das alte Stadtrecht von Straßburg spricht von ihnen als von einer längst bestehenden Einrichtung. Und auch in Bremen haben sie jedenfalls schon im 13. Jahrhundert bestanden⁹⁾.

Die Künstler und Handwerker waren Hofdiener, und sie gehörten, wie wir gesehen, zu dem Hofgesinde. Sie wurden von ihrem Dienste Dienstleute (ministeriales) und von ihrem Amte Amtleute (officiales oder officiati) genannt. Die zu einem Dienstzweige oder Amte vereinigten unter einem und demselben

3) Stadtrecht von 1276 bei Freyberg, p. 116 u. 117.

4) Privilegium von 1280 §. 19 bei Hund, I, 160. und bei Gaupp, I, 171. — qui officium habent braxandi cerevisiam. —

5) Urk. von 1851 in Mon. Boic., 35, II, p. 96.

6) Urk. von 1492 in Mon. Boic. 35, II, p. 424 f.

7) Urk. von 1341 bei Lacomblet, Archiv, II, 311. officium texentium exercentes — instrumenta ad officium texentium habeat — ad officium textorum. —

8) Capit. de villis, c. 57. Si aliquis ex servis nostris super ma-
gistrum suum — und c. 61. Capit. von 809 c. 2 bei Pertz, III
158 und Baluz, I, 342. Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 245, II, 335,
336.

9) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 334—335.

Vorstand stehenden gleichartigen Künstler und Handwerker nannte man gleichfalls das Amt (*officium*), öfters auch, um diesen Dienst von dem eigentlichen Hofdienst zu unterscheiden, das *Wert*, *Gewert*, *opus* oder *Handwert* (*Handwerch*¹⁰⁾ oder *Antwert*¹¹⁾, und den Vorsteher eines solchen Handwerksamtes *magister operis*, *praepositus operis*, *Wertmeister*, *Meister des Amtes* oder *magister officii*¹²⁾. So bildeten nach dem alten Stadtrecht von Straßburg die Sattler ein eigenes Amt, eben so die Kürschner, die Handschuhmacher, die Schuster, Schmiede, Müller, Kiefer, Bechermacher, Schwertsfeger, Obsthändler, Wirths und Kaufleute (c. 44 u. 88). Und an der Spitze jedes Amtes stand ein Meister (*magister officii* oder *Meister des Ambts*), also an der Spitze des Mülleramtes ein Müllermeister (*magister molendinariorum*), an der Spitze des Wirthsamtes ein Winlutenmeister (*magister cauponum*), an der Spitze des Kürschneramtes ein Kürschnermeister (*magister pellificum*), an der Spitze des Kieferamtes ein Kieusermeister (*magister cupariorum*) u. s. w. (c. 44, 98, 102 u. 112). Die zu einem solchen Amte gehörigen Handwerker waren, wie in früheren Zeiten, die Untergebenen des an der Spitze des Handwerksamtes stehenden Meisters. Sie wurden daher öfters dessen *subjecti*, *famuli*, *Knechte*, *Knappen* oder *Knaben*, und noch im 14. Jahrhundert in Neutlingen¹³⁾ und in Ulm dessen *Untertanen* genannt¹⁴⁾. Auch in Bremen werden noch im 13. und 14. Jahrhundert die Mitglieder des Amtes der Schuhmacher *officiati* und *famuli* und nur die Vorsteher des Amtes *Magistri* und *Ambtsmeister* und die Mitglieder des Lohgerberamtes *Diener* (*servi*)¹⁵⁾, und auch

10) Saalbuch in Mon. Boic. VIII, 112.

11) Vergleich von 1263, §. 3 bei Schilter zu Königsborn, p. 729.

12) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 377—378, II, 334, 335 u. 336.

13) Urk. von 1343 bei Gaylor, histor. Denkw. von Neutlingen, I, 47.
„ie der Zunft maister sol zwen siner vndertan.“ —

14) Schwörbrief von 1327 bei Jäger, Ulm p. 738. — „ainem jeglichen
„Zunftmeister vnder sinem handwerckh vnde allen sinen Vndertanen.“
Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 335 ff.

15) Rollen von 1274 u. 1300 bei Böhmert, p. 68, 69 u. 70.

die übrigen Handwerker Amtleute genannt¹⁶⁾. Insgemein aber nannte man die Handwerker von ihrem Gewerbe und zum Unterschiede von den Gewerbsmeistern, Müller, Weinleute, Kürschner, Riefer, Schmiede u. s. w.¹⁷⁾. Den Titel Meister erhielten sie erst später, seitdem sich die Handwerksämter zu freien Zunftgenossenschaften ausgebildet hatten.

Als Hofdiener mußten sie ihrer Herrschaft dienen. Die Schiffer in Köln, Speier und Straßburg mußten ihre Herren und die herrschaftlichen Beamten auf dem Rhein und den benachbarten Flüssen fahren, wohin diese wollten; die Fischer zu Straßburg, Worms, Trier, Frankfurt und Bremen ihrem Herrn Fische fangen; die Pelzarbeiter zu Straßburg und Trier das nöthige Pelzwerk liefern; die Schuster, Schneider und Schmiede zu Straßburg, Trier und Soest für ihren Herrn arbeiten und ihm gewisse Lieferungen machen. Eben so die Sattler, Handschuhmacher, Riefer und Zimmerleute zu Straßburg; die Kaufleute zu Straßburg und die Metzger zu Trier, Eßlingen und München Boten- und Staffetendienste thun; die Handwerker zu Soest die Weingefäße reinigen, die Wirth zu Straßburg den Abtritt segnen u. s. w.¹⁸⁾. Auch die Erbschiffer in Bonn hatten jährlich einen Zins zu entrichten, den Erzbischof mit seinem Gefolge (*nostra comitiva*) den Rhein hinauf und hiazufahren, und an den drei hohen Festtagen als dessen Diener (*tanquam famuli*) bei seinen festlichen Mahlzeiten zu erscheinen¹⁹⁾. Eben so mußten noch im 13. Jahrhundert in Halle die Schuster dem Bischof Sommer- und Winter Schuhe und Stiefel (*duas stivales estivales et similiter duos calcios*), und die Bäcker dem Vogt, Schultheiß und den Schöffen Brode liefern, und die Metzger dem Büttel eine Geldleistung entrichten²⁰⁾. Auch in Neuenburg sollten die Schmiede noch an den hohen Festtagen Lieferungen machen und nur diejenigen, welche mit ihrem Gewerbe belehnt worden waren, frei von

16) Statut von 1330 bei Delrichs, p. 63. „So wese ammetman ratman „wolde wesen, de scal siner ammetes vortighen.“

17) Stadtrecht von Straßburg, c. 44, 98, 102, 103, 108—115.

18) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 323 — 325, 338 — 339. Vergl. oben §. 102.

19) Urf. von 1325 bei Lacomblet, Archiv, II, 309 u. 310.

20) Schöffenbrief von 1235 §. 38, 40 u. 42 bei L. u. St. p. 298.

allen Abgaben sein²¹⁾. In Worms hatten die Metzger noch im 14. und 15. Jahrhundert Naturallieferungen an den Dompropst zu machen²²⁾ und in Mainz im 14. Jahrhundert noch fast alle Handwerker und die Krämer an den Erzpriester²³⁾ und die Bäcker und Weber an den Gewaltboten²⁴⁾. Sogar noch im Anfang des 16. Jahrhunderts mußten daselbst die Faßbinder dem Stadtkämmerer acht Fäßer und die Metzger dem Erzpriester zwei Schinken liefern²⁵⁾. Späterhin sind die Naturaldienste und Leistungen meistens in Geldabgaben verwandelt worden, z. B. in Augsburg, Regensburg, Bremen, Trier, Bamberg, Norvei, Flensburg u. a. m., bis auch diese im Verlaufe der Zeit entweder verschwunden oder in Gewerbesteuern übergegangen sind²⁶⁾. Auch in der Stadt Schongau mußten die Handwerker lange Zeit noch an die Herzoge von Baiern einen jährlichen Geldzins entrichten²⁷⁾, und hier in München an den Stadtrichter^{27a)}. In Worms hat der Stadtrath im Jahr 1448 die Rechte des Dompropstes an sich gekauft und sodann die Naturalleistungen der Metzger in eine jährliche Abgabe von 12 Gulden verwandelt²⁸⁾. In Regensburg wurde die Zinspflichtigkeit der Handwerker, der sogenannte Kammerdienst, erst im Jahre 1486 abgeschafft²⁹⁾.

§. 261.

Wie andere Hofdiener so wurden auch sie und ihre Vorsteher von ihrer Herrschaft oder von den herrschaftlichen Beamten ernannt,

21) Freiheitsbrief von 1214 bei Walthers, Bern. Stadtr. p. 20. *immunes — et portarii et fabri infeodati, ei eorum feoda. Alii vero fabri debent nobis quolibet anno die Coene duodecim ferros.*

22) Urk. von 1398 bei Schannat, II, 212—214.

23) Urk. von 1300 bei Würdtwein, dioeces. Mogunt. I, 20—29.

24) Grimm, I, 533.

25) Vertrag des Domkapitels mit der Bürgerschaft von Mainz von 1525 §. 18 u. 28 bei Schunk, Beitr. zur Mainzer Gesch. III, 68.

26) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 331 ff.

27) Saalbuch von 1275 bei Lori, p. 89.

27a) Stadtrecht bei Auer, p. 94 u. 95.

28) Schannat, II, 214.

29) Gemeiner, III, 784.

z. B. in Selz, Zürich, Eichstätt u. a. m.¹⁾. Die Meister der Handwerksämter sollten ernannt werden in Straßburg von dem Burggraf²⁾, in Trier von dem Schultheiß³⁾, in Speier zum Theil von dem bischöflichen Schultheiß oder Amtmann⁴⁾, zum Theil von dem herrschaftlichen Kämmerer⁵⁾, in Bremen von dem Vogt⁶⁾, ebenso in Weidenau in Schlesien von dem Vogt⁷⁾, in Hagenau von dem Reichsschultheiß⁸⁾, in Basel von dem Bischof selbst⁹⁾, in Weissenburg von dem Abt¹⁰⁾, in Freiburg von dem Herrn der Stadt¹¹⁾, eben so in früheren Zeiten auch in Görlitz u. a. m. von dem Grundherrn der Stadt¹²⁾. Auch in Worms scheint ursprünglich der Bischof seine Handwerker und die Vorsteher der Handwerksämter selbst ernannt zu haben. Wenigstens ernannte er im Anfang des 12. Jahrhunderts 23 Fischer, ertheilte ihnen das ausschließliche Recht Fische zu verkaufen und verordnete, daß bei ihrem Tode ihre Erben in dem Amt nachfolgen, in Ermangelung eines Erben aber die entstandene Lücke von dem Stadtrath ergänzt werden solle¹³⁾. Das Fischeramt sollte demnach erblich sein, wie

1) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 319.

2) Altes Stadtrecht c. 44. Vergleich von 1263 §. 3 bei Schilter zu Königshoven, p. 729.

3) Weisthum aus 13. sec., X, 11 bei Lacomblet, Arch. I, 321.

4) Altes Weisthum §. 14 bei Mone, Zeitschr. I, 21.

5) Urf. von 1272 bei Mone, Anzeiger, V, 93.

6) Donandt, Gesch. des Brem. Stadtr. I, 70.

7) Urf. von 1291 bei L. u. St. p. 412.

8) Stadtr. von 1164 §. 28 bei Schoepflin, I, 257 und bei Gaupp, I, 100.

9) Urf. von 1248 u. 1271 bei Ohs, I, 319 u. 404. Alte Handschrift bei Wadernagel, Dienstmannrecht, p. 11.

10) Stadtrecht von 1265 bei Zeuss, trad. Wiz. p. 330.

11) Urf. von 1293 bei Schreiber, I, 1 p. 142.

12) Urf. von 1392 bei L. u. St. p. 610.

13) Urf. von 1106 bei Schannat, II, 62. *episcopus XXIII piscatores constituit — eisque hoc privilegium sub tali conditione distribuit, ut si eorum aliquis morte. praeventus succumberet, proximus ejus, haereditario more officio suo succederet. Sin vero haeres deesset, urbanorum communi consilio supradicti numeri fieri restitutio.*

denn auch anderwärts die Handwerksämter erblich geworden waren¹⁴⁾. Die Verleihung des Amtes konnte nämlich auf kürzer oder längere Zeit, also auch erblich geschehen. So waren, wie wir gesehen, in Neuenburg einige Schmiede mit ihrem Amte belehnt, andere nicht. In München wurde das Recht Bier zu brauen zu Lehen gegeben. Und in Bonn hatten 20 Schiffer die Fahrgerichtigkeit über den Rhein von dem Erzbischof von Köln erblich erhalten gegen einen jährlichen Zins und gegen gewisse Dienstleistungen¹⁵⁾. Erbliche Ämter, wie in Rom, sind jedoch diese Ämter niemals gewesen, indem das Erbrecht allzeit ein Recht, aber keine Pflicht der Erben gewesen ist, niemand also zur Annahme dieser Erbschaft gezwungen worden ist.

Als Hofdiener standen übrigens die Handwerker und ihre Meister in Dienst- und Disciplinarsachen unter den herrschaftlichen Beamten und unter ihrer Gerichtsbarkeit, meistens unter einem der vier obersten Hofbeamten, z. B. in Regensburg und Trier unter dem Kämmerer, in Köln zum Theil unter dem Kämmerer, zum Theil unter dem Marschall, in Speier zum Theil unter dem Kämmerer, zum Theil unter dem Schultheiß, in Basel unter einem vom Bischof bestimmten Ministerialen, in Augsburg und Straßburg aber unter dem Burggraf, in Bremen unter dem Vogt, in Fulda unter dem Vicedom, und in Mainz unter dem Walthoten, wie dieses in Aachen schon zur fränkischen Zeit der Fall war¹⁶⁾. Ob auch die Handwerksmeister schon eine Gerichtsbarkeit über das unter ihnen stehende Amt gehabt haben kann nicht nachgewiesen werden, ist jedoch sehr wahrscheinlich, indem ohne alle Disciplinargewalt ein regelmäßiger Geschäftsgang nicht wohl möglich war. Jedenfalls muß aber die Disciplin über die Unfreien weit strenger gewesen sein, als über die hörigen Handwerker, indem die Unfreien zur Strafe geschlagen und auch sonst härter gehalten werden durften, als die Freien¹⁷⁾. Nun haben aber die

14) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 380.

15) Urk. von 1325 bei Lacomblet, Arch., II, 309.

16) Capit. von 809 bei Pertz, III, 158. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 314, 320–321, 337.

17) Edict. Pistens. von 864, c. 16, 20 u. 28 bei Pertz, III, 491. si servus vel colonus, nudus cum virgis vapulet.

Hörigen von je her zu den persönlich freien Leuten gehört. Und so wie die zu einem Fronhufe gehörigen Colonen frühe schon eine Hofgenossenschaft gebildet haben und diese sodann zu einer genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit geführt hat¹⁸⁾, eben so haben sich gewiß auch die Handwerksämter frühe schon zu hörigen Genossenschaften ausgebildet und die unfreien Handwerker sich sodann in derselben Weise unter den hörigen verloren, wie dieses bei den Colonen der Fall war. Da die Münzer (*monetarii*) und die Gold- und Silberarbeiter durch ihren Eintritt in den Hofdienst zwar Ministerialen geworden¹⁹⁾, aber ihre angeborenen Freiheitsrechte nicht verloren haben, also wenn sie Römer waren, nach wie vor nach römischem Recht leben durften²⁰⁾, so haben sie gewiß auch das jedem persönlich Freien zustehende Recht sich zu einer Genossenschaft zu verbinden bewahrt. Und dasselbe Recht hatten offenbar auch alle übrigen hörigen Handwerker und Künstler. Zwar waren die Handwerksämter noch keine freien Zunftgenossenschaften. Aber den Hofgenossenschaften nachgebildete hörige unter herrschaftlichen Vorstehern stehende Genossenschaften sind sie gewiß frühe schon gewesen. Denn dadurch allein wird es erklärbar, wie es möglich war, daß sie seit dem 12. Jahrhundert so schnell in freie Genossenschaften übergehen konnten.

Seitdem nämlich der freie Verkehr in den Städten zur Abschaffung der Hörigkeit geführt hatte, seitdem wurden auch die hörigen und unfreien Handwerker frei von ihrer Herrschaft. Der Grad ihrer Freiheit hing jedoch von der Art und Weise ab, wie die Hörigkeit abgeschafft worden war. In jenen Städten, in welchen wie z. B. in Speier die hörigen Leistungen der Handwerker ganz abgeschafft worden sind, waren sie natürlich weit freier als in jenen Städten, in welchen, wie z. B. in Halle, Worms u. a. m.

18) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 477 ff.

19) Capit. de villis, c. 45. Breviarium von 812 bei Pertz, III, 179. Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 181.

20) Edict. Pistens. von 864, c. 13 u. 16 bei Pertz, p. 491. *monetarii* — in illis regionibus in quibus secundum legem Romanam iudicia terminantur. und c. 28, p. 494. *Faber vero* — in illis regionibus in quibus iudicia secundum legem Romanam terminantur, iuxta illam legem puniatur.

jene Leistungen noch längere Zeit geblieben sind (§. 101, 102 u. 260). Und es ist interessant ihre allmähliche Befreiung von den Banden der Hörigkeit in den verschiedenen Städten zu verfolgen. Denn nirgends sind die hörigen Handwerksämter mit einem Schritt in freie Zünnungen übergegangen. Dieser Uebergang erfolgte vielmehr erst nach und nach in der einen Stadt früher in der anderen später, und zwar auf eine mehr oder weniger stürmische Weise, je nachdem der Herr der Stadt die neu entstandenen Bedürfnisse durch freiwillige Zugeständnisse befriedigte oder, weil er seine Zeit nicht begriff, sich alles abtropfen ließ.

§. 262.

Das erste sichere Beispiel einer aus der Hofverfassung hervorgegangenen freien Zunft findet sich meines Wissens in Magdeburg und, wie wir sehen werden, in Köln. Der Erzbischof Wichmann von Magdeburg hat nämlich bereits in der Mitte des 12. Jahrhunderts seine Handwerksämter in der Stadt freigegeben und im Jahre 1157 den Schuhmachern gestattet, sich selbst einen Zunftvorstand (magister) wählen zu dürfen. Auch sollte niemand, der nicht in die nun freie Genossenschaft (in die Zunft oder Zünninge) aufgenommen war, gemachte Schuhe (opus operatum) verkaufen dürfen. Für die den Schustern gestattete Freiheit sollten sie jedoch an den Erzbischof einen jährlichen Zins entrichten¹⁾. Um dieselbe Zeit gestattete derselbe Erzbischof die Errichtung einer Krämer- und Gewandschneider-Zunft (uniones institutorum, pannicidarum), deren Einrichtung bald nachher den Gewandschneidern in Stendal zum Muster gedient hat²⁾. Um das

1) Urk. von 1157 bei Ludewig, rel. Mpt. II, 889. quod officia civitatis nostre magna sive parva, — jus et magisterium suorum ita consistere volumus, ut nullus magistratum super eos habeat, nisi quem ipsi ex communi consensu magistrum sibi elegerint. — Itaque ad recognoscendum se annuatim Magdeburgensi archiepiscopo duo talenta solvent, que magister eorum presentabit.

2) Chron. Magdeburg. bei Meibom, II, 829. archiepiscopus Wichmannus primo uniones institutorum, pannicidarum fecit. Vergl. Urk. von 1281 bei Zenz, p. 29.

Jahr 1202 gestattete der Erzbischof Rudolph die Errichtung einer Schilderinnung (*unio clipeatorum*, quae dicitur die Schilder innunge)³⁾. Etwa um dieselbe Zeit müssen auch die Innungen der Kürschner, Fleischer, Schmiede u. a. m. errichtet worden sein, da dieselben schon im 13. Jahrhundert Zutritt zum Stadtrath erhalten und ihre Einrichtungen schon im Jahre 1235 in Neumarkt zum Muster gebient haben⁴⁾. Etwa um dieselbe Zeit wie in Magdeburg, also in der Mitte des 12. Jahrhunderts, gestattete der Erzbischof Wichmann auch in Halle die Errichtung freier Zünfte, nämlich der Innungen der Schuster, Fleischer und Bäcker (*Innuntorum*, *innunge carnificum* und *societas pistorum*, quod *Innunge* dicitur)⁵⁾. Da jedoch die meisten Handwerker, wie wir gesehen, noch im 13. Jahrhundert Lieferungen an ihre Herrschaft zu machen hatten⁶⁾ so blieben sie noch in größerer Abhängigkeit als die Innungen in Magdeburg. Auch in Speier sind die Zünfte wahrscheinlich schon im 12. Jahrhundert freie Genossenschaften gewesen, indem wenigstens die Schiffer, Bäcker und Metzger damals schon von allen hörigen Leistungen befreit worden waren (§. 102). Zwar sind die Metzger, Gold- und andere Schmiede und einige andere Gewerbsleute noch bis ins 13. Jahrhundert in Abhängigkeit theils von dem herrschaftlichen Schultheiß theils von dem Kammerer geblieben⁷⁾. Die freien Zünfte müssen jedoch jedenfalls bereits seit dem Ende des 13. Jahrhunderts bestanden haben, da sie sich schon im Jahre 1304 den Zutritt zu dem Stadtrath erkämpft hatten. In Hagenau bildeten wenigstens die Bäcker und die Metzger schon seit dem 12. Jahrhundert eine Genossenschaft (*consorcium*)⁸⁾. In Regensburg hatten die Handwerker, wiewohl sie noch dienstpflichtig waren, schon im Jahre 1244 das Recht ihren Meister zu

3) Chron. Magdeburg. bei Meibom. II, 329.

4) Schöffensbrief von 1235, §. 36—42 bei L. u. St. p. 298. Rathmann, I, 324, 369 u. II, 185.

5) Schöffensbrief von 1235, §. 36, 39 u. 41 bei L. u. St. p. 298. Dreyhaupt im Auszug von Stiebritz, I, 22, II, 393.

6) Schöffensbrief von 1335, §. 42 bei L. u. Stenzel, p. 299.

7) Urk. von 1272 bei Mone, Anz. V, 93. Weisthum §. 14 u. 15 bei Mone, Zeitschr. I, 21.

8) Stadtr. von 1164 §. 23 u. 26.

wählen und eine genossenschaftliche Gerichtsbarkeit⁹⁾. In Bremen erhielten die Handwerksämter im Jahre 1273 ihre eigene von dem Vogt unabhängige Gerichtsbarkeit und bald nachher auch eine von dem Stadtrath unabhängige Autonomie. Die Schuhmachergunst insbesondere wurde bereits im Jahre 1274 von dem Stadtrath bestätigt¹⁰⁾. Auch die an die Stelle des alten Hofdienstes getretenen Gelbleistungen der Handwerker, welche dem Erzbischof noch im Jahre 1246 zugesichert worden waren¹¹⁾, haben sich noch im Laufe des 13. Jahrhundert verloren. Der Uebergang der Gewerksämter in freie Zunftgenossenschaften fällt demnach auch in Bremen in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts¹²⁾. In Augsburg waren die Handwerker zwar noch nach dem Stadtrecht von 1276 dienstpflchtig. Da jedoch die Zünfte schon im Jahre 1303 den Versuch gemacht haben das Zunftregiment einzuführen¹³⁾, so müssen sie bereits schon im 13. Jahrhundert bestanden haben. Auch gestattet jenes Stadtrecht schon den Bäckern Einigungen („einbunge“) zu machen. Sie sollten es nur nicht ohne Zustimmung des Burggrafen und der Bürger thun¹⁴⁾. In Straßburg hat der Uebergang der Handwerksämter in freie Genossenschaften längere Zeit gedauert. Denn nach dem alten Stadtrecht waren die Ämter noch keine freie Zünfte. Sie hatten noch Hofdienste zu leisten, erhielten ihren Vorstand von den Burggrafen und standen noch unter seiner Gerichtsbarkeit¹⁵⁾. Eogar nach dem Vergleich von 1263 sollte der Burggraf noch die Meister ernennen. Erst im Jahre 1332, nach dem Siege der Zünfte, scheint der Burggraf die Ge-

9) Gemeiner, Chron. I, 850. Urk. von 1244 bei Freyberg, V, 90 u. 92.

10) Rynesberch, Brem. Chron. ad 1273 bei Lappenberg, Geschichtsquellen von Bremen, p. 74. — „in der suluen tyt (an. 1273) wart den ampten van dem rade geuen ere eghene gherichte.“ — Urk. von 1274 „bei Delrichs, Samml. von Gesetzbüchern der Stadt Bremen, p. 414, und bei Böhmert, p. 69. quibusdam burgensibus. nostris, videlicet his qui nigros calceos operantur, perpetuam contulimus fraternitatem.

11) Urk. von 1246 bei Assertio Brem. p. 84.

12) Lohndt, I, 229—233. Böhmert, Gesch. des Zunftwesens, p. 6.

13) von Stetten, Gesch. von Augsburg, I, 87.

14) Stadtr. von 1276 bei Freyberg, p. 121.

15) Stadtr. c. 44.

nichtbarkeit über die Zünfte verloren zu haben¹⁶). Indeß hat daselbst die Bewegung der hörigen Handwerker nach einer freieren Stellung auch schon zur Zeit des alten Stadtrechtes begonnen. Denn nur 12 Kürschner, 4 Handschuhmacher und 8 Schuhmacher sollten noch hofdienstpflchtig und daher frei von den Gemeindediensten sein (§. 93, 102, 108, 109). Alle übrigen Kürschner, Handschuh- und Schuhmacher waren daher in ihrem Gewerbe ganz frei, sie mußten daher auch, wie alle übrigen nicht hofdienstpflchtigen Bürger, Gemeindedienste leisten (arg. §. 93). Auch die Sattler, Schmiede, Zimmerleute, Metzger, Kürser, Schwertfeger, Pecherer und Bäcker waren noch zu gewissen Hofdiensten theils auf ihre Rechnung theils auf Kosten des Bischofs verbunden. Im Uebrigen waren aber auch sie frei in ihrem Gewerbe und daher ebenfalls zu den Gemeindediensten verpflichtet (§. 93, 103 — 107, 110 — 114 u. 118). In Worms bildeten die Handwerker im Anfang des 12. Jahrhunderts noch hörige Nemer. Eine freiere und von der Herrschaft unabhängigere Stellung hatte jedoch das Amt der Fischer schon damals erhalten, da es für erblich erklärt und in Ermangelung eines Erben das Ernennungsrecht nicht dem Bischof vorbehalten, vielmehr dem Stadtrath übertragen worden war. Auch scheinen sich daselbst noch im Laufe des 12. Jahrhunderts, seit Abschaffung der Hörigkeit, freie Zünfte gebildet zu haben. Denn schon im Jahre 1232 auf dem Reichstage zu Ravenna klagte der Bischof über die Handwerksverbrüderungen und über ihre selbständige Gerichtsbarkeit, wodurch die bischöflichen Rechte so gut wie vernichtet worden seien¹⁷). Die Zünfte hatten sich demnach schon damals von allen mit der früheren Hörigkeit verbundenen Rechten des Bischofs emancipirt. Zwar wurden die freien Zünfte mit Ausnahme der Münzer und Wildwerker in den Jahren 1232 und 1233 zuerst von dem Kaiser und dann auch von dem Bischof wieder auf-

16) Vergleich von 1268 §. 3 bei Schilter zu Königsb. p. 729. vergl. mit p. 305. Grandidier, II, 102.

17) Anpal. Worm. bei Böhmer, font. I, 160 u. 162. — se propter societatem fraternitatum in civitate sua pro nichilo reputari. — et per se consilia et judicia in confraternitatibus uniuscujusque operis inter se haberent, judicia episcopi quasi pro nichilo reputaverint.

gehoben¹⁸⁾. Sie bestanden jedoch nach wie vor fort. Wenigstens hatten die Metzger in Worms im 14. Jahrhundert einen eigenen Zunftmeister aus ihrer Mitte, dann eine Art von Marktpolizei und eine eigene genossenschaftliche Gerichtsbarkeit, welche sie jedoch noch im Fronhofe („in des Domprobstes Hofe“) ausüben mußten. Auch hatten die Bäcker bereits einen eigenen Büttel, dessen sich auch die Metzger bei ihren Vorladungen zu bedienen hatten¹⁹⁾. Eben so hatten auch die Weinschröder ihre eigene Zunft. Der Bischof hatte jedoch noch im 15. Jahrhundert das Recht einen Theil der Mitglieder zu ernennen, die sogar beherret sein durften und das Recht eine Abgabe von ihnen zu erheben²⁰⁾.

In Köln, wo die Kämpfe schon im 11. Jahrhundert begonnen hatten (§. 19), scheinen die horigen Aemter sich bereits im Laufe des 12. Jahrhunderts zu freien Genossenschaften durchgekämpft zu haben. Schon seit dem Anfang des 12. Jahrhunderts scheint nämlich die Zunft der Bettziehenweber eine freie Genossenschaft (*fraternitas textorum culcitrarum pulvinarium*) gebildet zu haben. Denn schon im Jahre 1149 wurde sie von den städtischen Behörden und von der Bürgerschaft bestätigt. Und alle in der Stadt wohnenden Gewerbsgenossen, die Eingebornen wie die Fremden, sollten ihrer Bruderschaft beitreten²¹⁾. Ob damals auch schon die in jener Urkunde genannten Leinweber (*textores peplosum*) eine Bruderschaft gebildet und auch noch andere Gewerbsgenossenschaften bestanden haben, wird zwar nicht gesagt, ist jedoch wahrscheinlich. Denn schon in der Mitte des 13. Jahrhunderts waren sie sammt und sonders freie Genossenschaften und wurden daher Bruderschaften (*fraternitates*) genannt. Sie wählten ohne Zustimmung des Erzbischofs mächtige Bürger, welche zum Theile nicht einmal zu einer Bruderschaft gehörten, zu ihren Vorstehern. Von Seiten des Erzbischofs wurde

18) Urk. von 1282 u. 1283 bei Böhmer, font. II, 219 u. 222. *confraternitates, que in civitate vestra hucusque habuistis, vobis potestate regia auferimus. — omnes fraternitates husgenoz et weltwerkere ammodo penitus cessabunt.* Vergl. Chron. Worm. bei Ludewig, II, 111.

19) Urk. von 1398 §. 6 u. 7 bei Schannat, II, 218.

20) Urk. von 1463 §. 2 bei Schannat, p. 242.

21) Urk. von 1149 bei Lacomblet, Urkb. I, 251.

zwar Einsprache dagegen gethan, zuletzt aber dennoch ihr freies Wahlrecht anerkannt, indem es auf einem alten Herkommen beruhe (ab antiqua consuetudine), woraus jedenfalls folgt, daß die Handwerker damals schon längere Zeit Bruderschaften gebildet haben und im Besitze jenes Wahlrechtes gewesen sein müssen²²⁾. Sogar den Marktpreis wollten die Zünfte schon bestimmen. Dieses Recht wurde ihnen jedoch vom Erzbischof nicht zugestanden²³⁾. Daß aber auch in Köln diese Bruderschaften aus den alten horigen Handwerksämtern hervorgegangen sind, folgt theils aus den Bestimmungen des Kölner Hofdienstes aus dem 12. Jahrhundert, theils aus dem Umstande, daß dieselben in früheren und späteren Zeiten Aemter (officia) oder Gasseln genannt worden sind²⁴⁾. Auch blieb die Zunft der Beutelmacher in späteren Zeiten noch unter der Aufsicht und Gerichtsbarkeit des Vogtes, also des alten erzbischöflichen Fronhofbeamten. Diese Zunft hatte nämlich ihr Zunfthaus auf dem Domhofs, also im Amtsbezirke des Vogtes. Und die Erbvögte behaupteten ihre hergebrachten Rechte, bis der Rath nach dem Weberaufstande sämtlichen Zünften das Bruderschaftsrecht nahm²⁵⁾.

Etwa zu derselben Zeit wie in Köln haben sich auch in Soest freie Bruderschaften (Broderscoppe) gebildet und diese den

22) Schiedspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 247 Nr. 44. und Quellen, II, 385 u. 395. Nr. 44. Quod cum diversorum officiorum diverse sint fraternitates in civitate Colon., ipsi de fraternitatibus, ipso archiepiscopo irrequisito et sine eius consensu, potentes cives, de sua fraternitate minime existentes, eligunt in suos magistros — und Lacomblet, p. 250 u. Quellen, II, 392. Adicimus etiam, quod ab antiqua consuetudine fraternitates elegerunt et eligunt sibi quosdam, qui magistri fraternitatum dicuntur —

23) Schiedspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 250. Hiis etiam adiungimus, quod fraternitates de rebus venalibus ad suam fraternitatem pertinentibus terminum pretii in vendendo vel emendo limitare non possunt.

24) Kölner Chronik, fol. 219. b. ad an. 1263. „Den meysteren van den broderschafften. Dat nu gasselen synt ind genoempt werden.“ Vergl. Hofdienst aus 12. sec. bei Rindlinger M. Beitr. II, 148—152. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 315.

25) Ennen, Gesch. II, 598.

Versuch gemacht sich größere Freiheiten zu erkämpfen. In einer Urkunde von 1259 wurde ihnen jedoch weiter nichts zugestanden, als daß sie von nun an ungestraft Zusammenkünfte halten und, wenn sie „etwas Gutes fänden,“ dieses durch „zwei Männer von jeder Bruderschaft ohne größeren Aufbruch und ohne alles Geschrei dem Rathe kund thun,“ sich aber sodann bei dem Beschluß des Rathes beruhigen sollten²⁶⁾. Daß aber auch diese Bruderschaften aus hörigen Handwerksämtern hervorgegangen sind, geht unter Anderem schon aus dem Umstande hervor, daß nach einem Rechtsbuch aus dem 15. Jahrhundert die Handwerker noch Lieferungen an den Hof machen und für ihn arbeiten mußten²⁷⁾. Auch in Frankfurt a. M. sind die Zünfte ursprünglich offenbar ebenfalls Hofämter, wahre Handwerksämter gewesen. Denn mit dem Palatium in Frankfurt war nothwendiger Weise auch eine Palatialeinrichtung verbunden, und zu dieser gehörten, wie wir gesehen, auch die Künstler und Handwerker. Bereits im 12. Jahrhundert oder im Anfang des 13. müssen indessen die Handwerksämter freie Gewerbsgenossenschaften gewesen sein. Denn eine Urkunde von 1284 spricht schon von Handwerksgenossen („antwercegenoz“)²⁸⁾, also von Handwerksbruderschaften oder von freien Handwerksvereinen. Diese Handwerksvereine hält nun zwar Kriegl für keine Gewerbsgenossenschaften, sondern gleich von Anfang an für politische Korporationen²⁹⁾. Dieser Ansicht widerspricht jedoch der ganz naturgemäße Gang der Entwicklung der Zünfte in allen anderen Städten, und ist demnach auch in Frankfurt nicht wahrscheinlich. Politische Korporationen wurden die Zünfte vielmehr auch in Frankfurt erst seit dem Siege der Zünfte. Auch gehören die von Kriegl für seine Ansicht angeführten Gründe sämtlich einer späteren Zeit an, in welcher die Zünfte (wenigstens einige Zünfte) schon Zutritt zu dem Stadtrath erhalten, also gesiegt hatten, und deshalb bereits politische Abtheilungen der Bürgerschaft

26) Urk. von 1259 bei Seiberz, II, 1 p. 392. Urk. von 1259 bei Wigand, Archiv, IV, 10.

27) Liber iurium et feudorum um 1448 bei Seiberz, II, 623 ff. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 338—339.

28) Urk. von 1284 bei Böhmer, p. 214.

29) Kriegl, p. 357—363.

geworden waren. Am interessantesten ist es jedoch den Uebergang der horigen Handwerksämter in freie Genossenschaften in Basel und in Trier zu verfolgen.

§. 263.

Auch in Basel waren die Handwerker ursprünglich Hofdiener, und die Handwerksämter wurden wie andere Hofämter von dem Bischof besetzt¹⁾. Allein schon in der Mitte des 13. Jahrhunderts waren jene Handwerksämter in freie Genossenschaften übergegangen und wurden auch in mehreren aufeinander folgenden Zunftbriefen von dem Bischof selbst als solche anerkannt, am frühesten die Zunft der Kürsner²⁾. Sehr interessant ist hiebei die Beobachtung, wie nach und nach aller Einfluß des Bischofs verschwunden ist, und wie nach den ersten Zunftbriefen die Gewalt des Bischofs noch weit größer war als nach den späteren. Die ersten freien Genossenschaften, welche der Bischof anerkannt hat, waren nach den Kürsnern die Zunft der Metzger, die Zunft der Spinnwetter und die Bäckerzunft. Der Zunftbrief, in welchem die Zunft der Metzger anerkannt wurde, ist vom Jahr 1248. Die Zunft wird darin abwechselnd *societas*, *communio*, *confraternitas*, *confrateria* und *zunfta* genannt, und derselben gestattet, über die Angelegenheiten ihrer Zunft Verabredungen zu machen (*condictum super operibus ipsorum, per ipsos noviter factum*). Nur die Mitglieder der Zunft durften ihr Fleisch in den gemeinen Fleischbänken verkaufen. Und die Strafgeelder sollten zum Nutzen der Zunft verwendet werden (*expendi debent in usus zunftae*). Im Uebrigen war jedoch die Abhängigkeit der Zunft von dem Bischof noch sehr groß. Denn der Bischof hatte noch den Zunftmeister zu ernennen (*ipsis magistrum de ipsorum opere tradidimus*). Die Verabredungen der Zunft bedurften der bischöflichen Bestätigung. Und die oberste Aufsicht und Leitung hatte ein jährlich von dem Bischof zu ernennender Dienstmann (*unus ex ministerialibus ecclesiae nostrae*)³⁾. Allein schon im 14. Jahrhundert war aller Einfluß

1) Wadernagel, das Dienstmannrecht von Basel, p. 11. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 334.

2) Zunftbrief von 1226 bei Fehrer, Archiv, XI, 35. Heusler, p. 116.

3) Zunftbrief von 1248 bei Ochs, I, 319 u. 320.

des Bischofs dahin. Die Zunft stand seitdem unter dem Stadtrath. Sogar die Fleischbänke, welche früher dem Domkapitel gehört hatten, waren nun Lehen des Raths und wurden öfters erblich an Metzgers Söhne und sogar an die Töchter verliehen, wenn diese unter dem Handwerk mannten, d. h. einen günstigen Metzger heiratheten⁴⁾.

Ueber die Zunft der Spinnwetter, d. h. der Maurer, Gimpfer, Zimmerleute, Kübler und Wagner, besitzen wir zwei Zunftbriefe von den Jahren 1248 und 1271. Und es ist interessant hinsichtlich der abnehmenden Gewalt des Bischofs beide Zunftbriefe mit einander zu vergleichen. In dem Zunftbriefe von 1248 wird die Genossenschaft abwechselnd *societas*, *confraternia*, und *zunfta*, in jenem von 1271 aber immer Zunft genannt. Nach beiden Zunftbriefen durfte die Zunft in Zunftangelegenheiten Verabredungen treffen, allein nur nach jenem von 1248 war noch die Zustimmung des Bischofs nothwendig. Nach beiden Zunftbriefen hatte der Bischof noch das Recht den Zunftmeister zu ernennen. Unter der Oberaufsicht und Leitung eines von dem Bischof jährlich zu ernennenden Dienstmannes stand jedoch der Zunftmeister nur noch nach dem Zunftbriefe von 1248, während in jenem von 1271 davon keine Rede mehr ist. Und in dem Zunftbrief von 1271 findet sich sogar eine merkwürdige Bestimmung über den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen dem Bischof und der Zunft, wie unter ganz selbständigen und unabhängigen Mächten, wonach sich der Bischof und die Zunft gegenseitige Hülfe eidlich versprechen. („Und „soll man daß wissen das wir inen und si uns und unserne „Gothus gisworn hant ze helfenne ze unsiren Nöten, und „wir inen ze irren nöten“). Auch ist es bemerkenswerth, daß der Zunftbrief von 1248 von dem Bischof ohne die Stadt, jener von dem Bischof mit dem Stadtrath und der Gemeinde ausgestellt worden ist⁵⁾.

Die Bäckerzunft wurde im Jahr 1256 von dem Bischof anerkannt. Es geht aber aus dem Zunftbrief selbst hervor, daß dieselbe vorher schon bestanden hat, daß also vorher schon das alte Bäckeramt in eine freie Genossenschaft übergegangen war. Die

4) Dhs, II, 156—158.

5) Zunftbrief von 1248 u. 1271 bei Dhs, I, 322 u. 408—405.

Zunft wird in jener Urkunde *communitas panificum, universitas panificum* und *consortium pistorum* genannt. An der Spitze der Zunft stand ein von den Bischof zu ernennender Zunftmeister (*magister panificum*), welcher die Aufsicht über den Brodverkauf und daher drei Mal wöchentlich den Brodmarkt (*forum panis*) zu besuchen, dann das Marktrecht, das heißt das Recht auf dem Markt Brod feil halten zu dürfen, mit Zuziehung der Bäcker zu ertheilen und in minder wichtigen Zunftangelegenheiten die Gerichtsbarkeit hatte. Die wichtigeren Angelegenheiten mußten an einen bischöflichen Dienstmann, an den Vikthum, oder an den Bischof selbst gebracht werden. Auch hatten diese (der Vikthum oder Bischof) den Preis des zu verkaufenden Brodes zu bestimmen. Und Zunftmeister wie Bäcker mußten dem Vikthum jährlich eine bestimmte Abgabe entrichten⁶⁾. Seit dem 14. Jahrhundert stand jedoch auch diese Zunft unter dem Stadtrath und von einem Einfluß des Bischofs ist nicht weiter die Rede⁷⁾. Der Zunftmeister wurde öfters auch Brodmeister (*magister panis*) genannt⁸⁾, und er wurde nicht immer aus der Zunft selbst genommen. Im 14. Jahrhundert hatte ein Patriciergeschlecht das Brodmeisteramt zu Lehen. Später wurde es an einen Bürger von Basel versetzt und im Jahr 1404 mit Zustimmung des Bischofs an den Stadtrath verkauft⁹⁾. Im Jahre 1260 wurde auch den Schneidern und Gärtnern das Recht eine Fruderschaft zu bilden zugestanden (*ut inter se confratriam habeant*)¹⁰⁾. Eben so den Webern und Linnwettern im Jahr 1268¹¹⁾ und den Schiffleuten und Fischern im Jahre 1354¹²⁾. Auch findet sich bereits in den Zunftbriefen der Gärtner von 1260 und der Weber und der Linnwetter von 1268 jene merkwürdige auch im Zunftbriefe der Spinnwetter von 1271 vorkommende Bestimmung über das zwischen dem Bischof und der Zunft bestehende Schutz- und Trutzbündniß („das wir innen unde

6) Zunftbrief von 1256 bei Ochs, I, 840 ff. in Rechtsquellen, I, 3—6.

7) Ochs, II, 140 u. 141.

8) Urf. von 1268 u. 1273 bei Ochs, I, 844. Not.

9) Ochs, I, 844, III, 23.

10) Zunftbrief von 1260 bei Ochs, I, 850 u. 851 ff.

11) Ochs, I, 892 ff.

12) Ochs, II, 91 ff.

„si uns und unserm Gotzhus gesworen hant, zi helfenen, zu unsern nöten unde wir inen z'iren nöten gegen menlichen“¹³⁾). Aus dem Zunftbriefe der Schneider von 1260 geht hervor, daß damals schon die meisten Handwerker mit Zustimmung des Bischofs Zünfte gebildet hatten¹⁴⁾. Zunftbriefe scheinen sie aber nicht erhalten zu haben oder dieselben wieder verloren gegangen zu sein.

Aus sämtlichen uns erhaltenen Zunftbriefen seit 1260 tritt indessen das fortwährende Abnehmen der Gewalt des Bischofs klar und deutlich hervor. Der Bischof hatte nach ihnen nicht mehr das Recht den Zunftmeister zu ernennen, jede Zunft durfte ihn vielmehr nach Mehrheit der Stimmen erwählen. In sämtlichen Zunftbriefen findet sich ferner von nun an die vorhin erwähnte Bestimmung über den Abschluß eines gegenseitigen Schutz- und Trutzbündnisses. Auch ward kein Zunftbrief mehr vom Bischof allein ausgestellt. Sammt und sonders wurden sie vielmehr nur mit Zustimmung des Stadtraths und der Gemeinde erlassen. Und seit dem 14. und 15. Jahrhundert standen auch die Zünfte nur noch unter dem Stadtrath und von einem Einfluß des Bischofs auf die Zünfte war nicht weiter die Rede¹⁵⁾.

Auch in Trier kann der Uebergang von den hörigen Handwerksämtern in freie Zünfte klar und deutlich nachgewiesen werden. Im Anfang des 13. Jahrhunderts waren die Handwerker noch sammt und sonders Hörige des Erzbischofs. Sie standen unter der erzbischöflichen Kammer und unter dem Kämmerer, welcher in allen Dingen ihr Richter war, mit Ausnahme der Friedbrüche. An der Spitze eines jeden Amtes stand ein von dem Schultheiß ernannter Meister. Nur bei dem Amte der Kürschner stand noch ein Ausschuß von sechs anderen Kürschnern dem Meister zur Seite. Sie mußten für den erzbischöflichen Hof und die Kammer arbeiten und die nöthigen Lieferungen und Botendienste besorgen. Bei dem Amte der Kürschner hielt sich der Kämmerer zunächst an den Aus-

13) Dchs, I, 352 u. 393.

14) Dchs, I, 350. Cum fere quodlibet genus hominum nostrae civitatis artes mechanicas exercentium, qui dicuntur vulgariter Handwerflüte, sartoribus exceptis, tam de nostra quam de praecessoris nostri gratia, confratrias habeant. —

15) Dchs, II, 96, 148 -- 152 u. 155.

schuß der Siebener. Nöthigenfalls mußten aber auch die übrigen Kürschner, welche sich nicht in dem Ausschuß befanden, Hilfe und Beistand leisten¹⁶⁾. Schon am Ende des 13. Jahrhunderts waren aber jene Handwerksämter wahre Zünfte (*fraternitates*) mit einer von der erzbischöflichen Kammer weit freieren Stellung unter dem Schultheiß und Centner (*centurio*)¹⁷⁾. Die Zunftmeister hatten nun schon in Zunftangelegenheiten eine wahre Gerichtsbarkeit¹⁸⁾. Jede Zunft hatte zwar noch gewisse herrschaftliche Dienste, z. B. Botendienste, zu leisten. Die meisten Leistungen bestanden jedoch schon in Geld (§. 8—17 u. 19), und seit dem Jahre 1319 bestanden sie nur noch in Geld (§. 20 ff.). Ueberhaupt sind die Zünfte im 14. Jahrhundert schon wieder einen Schritt weiter in der Entwicklung ihrer Freiheiten gegangen, wie dieses aus einem Weisthum der Fischerzunft um das Jahr 1323 entnommen werden kann¹⁹⁾. Nach diesem Weisthum pflegte die Fischerzunft (*universitas piscatorum*) regelmäßige Sitzungen in dem erzbischöflichen Palast zu halten, in diesen Sitzungen ihren Vorstand zu wählen, ihre genossenschaftlichen Angelegenheiten zu besorgen und abzuurtheilen, und insbesondere auch in einem Weisthum ihrem Herrn selbst das Recht zu weisen (§. 1—3). Die ganze Abhängigkeit der Fischer bestand demnach nur noch darin, daß sie dem Erzbischof Fische liefern oder einen Geldzins entrichten und ihm einen Dienst-eid leisten mußten (§. 4—10), und daß ihnen die Herrschaft in dem Falle einen Meister setzen durfte, wenn sie selbst sich über dessen Wahl nicht vereinigen konnten (§. 2).

Auf der Grenze zwischen den Handwerksämtern und den freien Zünften stand auch die Genossenschaft (*consortium*) oder Gesellschaft) der Gewerbsleute aus Flandern (der Flamingen oder Flämmiger) in Wien. Sie waren zwar selbst freie Leute und so-

16) *Jura Archiepiscopi* aus dem Anfang des 13. sec.; X, 8—11 bei Lacomblet, *Arch.*, I, 321—322.

17) Weisthum aus dem Anfang des 14. sec. §. 9—11, 16, 17 u. 19—30 bei Lacomblet, I, 261 ff.

18) eod. § 19. *magister sutorum* — *pro quodam regimine in suos subditos*, und §. 25. *solum coram eorum magistro iuri stare tenentur*.

19) Lacomblet, *Archiv*, I, 388—391.

gar Bürger (Burger oder burgenses). Ihre Genossenschaft war jedoch noch ein Gewerbsamt (officium oder Amt). Und ihren Gerichtsstand hatten sie nicht vor dem Stadtgericht, sondern vor dem herrschaftlichen Kämmerer der Münzer (coram camerario monete nostre — vor vnserm Munßs kamrar)²⁰). Und dasselbe was von der Genossenschaft der Gewerbsleute aus Flandern in Wien gilt, gilt offenbar auch von der Genossenschaft der Tuchmacher und Färber aus Flandern in Jglau, welche ihren Gerichtsstand ebenfalls unter dem herrschaftlichen Münzmeister gehabt hat (S. 179).

§. 264.

Unfreie und hörige Handwerker und Künstler waren es demnach, welche ursprünglich auf den Fronhöfen die Gewerbe betrieben. Auf jedem Herrenhof fand sich die für das Bedürfniß der Herrschaft nöthige Anzahl. So war es auf dem Lande. Eben so in jenen Städten, in welchen es Herrenhöfe gegeben hat. Und in den meisten alten Städten hat es gewiß wenigstens einen größeren Fronhof oder eine Burg gegeben. Zur Erleichterung der Arbeit wohnten nun diejenigen, welche gleiches Gewerl oder Handwerk betrieben, beisammen. Sie bildeten, wenigstens auf den bedeutenderen Fronhöfen, eigene Ämter mit eigenen Aufsehern oder Meistern. Sie versertigten und lieferten dem Hofe, zu welchem sie gehörten, Alles was dieser nothwendig hatte. Und diese Leistungen und Lieferungen waren der Dienst, welchen sie als Unfreie oder Hörige ihrer Herrschaft zu leisten hatten. Durch die Abschaffung der Hörigkeit in den Städten erhielten sie eine freiere Stellung. Und so war es denn möglich, daß aus den alten hörigen Ämtern nach und nach freie Zünungen und Zünfte hervorgehen konnten. Den alten Namen Amt (officium) oder auch Gasse¹) behielt man

20) Die Urkunden von 1208 bei Hormayr, Wien, I, 2 p. 195 u. 196. Vergl. oben §. 179.

1) Eine Erklärung des Wortes Gasse habe ich in keinem Glossar gefunden. In Köln haben die Zünfte diesen Namen sehr wahrscheinlich von einem Hause zur Gasse (furca), in welchem sich eine Ritterzunft zu versammeln pflegte, erhalten. Von diesem Hause erhielt nämlich diese Ritterzunft den Namen societas furcae dicta der Gassen. Und später haben sodann auch die übrigen Zünfte den Namen Gasse angenommen. Ennen, Gesch. von Köln, II, 460.

jedoch, da man an ihn gewöhnt war, meistens bei. Man wird ihn indessen vorzugsweise nur in jenen Städten finden, in welchen wie z. B. in Straßburg, Bremen und Köln die Zünfte aus den ehemaligen Handwerksämtern wo nicht hervorgegangen sind, doch jedenfalls mit ihnen zusammenhängen. Die eine Quelle der Zünfte war demnach die Aemterverfassung der hörigen Handwerker. Eine andere noch weit wichtigere Quelle waren die Einigungen der freien Handwerker.

Es ist nämlich ein großer Irrthum, gegen welchen sich schon Eichhorn erklärt hat²⁾, wenn man glaubt, daß ursprünglich alle Handwerke nur von unfreien oder hörigen Leuten getrieben worden seien. Es hat vielmehr von je her Gold- und Silberarbeiter und andere Handwerker und Künstler gegeben, welche nicht auf einem Fronhose ansäßig, vielmehr freie Leute waren, welche daher nicht zu den Ministerialen gerechnet worden sind³⁾. Auch manche Gold- und Silberschmiede, welche nach Römischem Recht lebten, waren vielleicht ganz freie Leute⁴⁾. Manche Gewerbe wurden sogar von den Geschlechtern betrieben, z. B. in Straßburg und Zürich (§. 130). Jedenfalls müssen aber alle Künstler und Handwerker, welche nach Vorschrift Karls des Großen auf die Königshöfe und auf die königlichen Villen gezogen werden sollten und welche Karl der Große selbst an seinen Hof nach Aachen u. a. m. gezogen hat⁵⁾, freie Leute gewesen sein, denn sonst hätten sie nicht herbeigezogen werden können, wenigstens nicht ohne Zustimmung ihrer Herrn. Eben so waren alle Kaufleute, wenigstens seitdem sie Karl der Große unter seinen unmittelbaren Schutz gestellt hatte, freie Leute. Ohne Freiheit wäre ja der Handel und Wandel gar nicht möglich gewesen. Es kam daher schon im 11. Jahrhundert in Köln zu einem Aufstand, als daselbst ein Kaufmannsschiff hofrechtlich behandelt werden sollte (§. 19 u. 85). Auch findet man bereits in allen Marken, in den großen Marken wie in den kleineren Dorfmarken, freie Handwerker, wenn auch in einem mehr oder weniger gedrückt-

2) Eichhorn in Zeitschrift, I, 241 u. 242.

3) L. Burgund, tit. 10, c. 1. u. 3 — 6. L. Romana Burgund. tit. 2. L. Wisigoth. VII, tit. 6, c. 4. Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 181.

4) Edict. Pisten. von 864, c. 23. Vergl. oben §. 261.

5) Capit. de villis, c. 45. Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 245.

ten Zustande⁶⁾. Schon im 9. Jahrhundert wurden daher die freien in den Städten wohnenden Handwerker den hörigen für ihre Herrschaft arbeitenden Handwerkern entgegengesetzt⁷⁾. Und noch im 12. und 13. Jahrhundert pflegten in Freising, Prag u. a. m. die Hofhandwerker, auch wenn sie nicht auf dem Fronhose vielmehr in der Stadt selbst wohnten, von den städtischen also nicht hofhörigen Handwerkern unterschieden zu werden⁸⁾.

Zahlreicher wurden indessen die freien Handwerker in den Städten erst dann, seitdem der mit der Marktfreiheit verbundene freie Verkehr zur Abschaffung der Hörigkeit geführt hatte. Denn es strömten nun nicht bloß die freien, sondern auch viele hörige, ihrer Herrschaft entlaufene Handwerker in die mit Marktfreiheit besetzten Orte. Und frei von aller Hörigkeit haben sie daselbst unter dem Schutze der Stadtmauern, begünstigt durch den freien Verkehr und durch die damit verbundene Freiheit der Gewerbe, nicht wenig zu dem raschen Emporblühen jener Orte beigetragen. Um ihr Gewerbe besser und mit größerem Erfolg betreiben zu können, vielleicht auch nach dem Vorbilde der hörigen Handwerker, ließen sich die gleichartigen Handwerker neben einander in derselben Straße meistentheils in den Vorstädten nieder und bildeten daselbst eigene Dörfer (§. 181, 184 u. 261). Aus demselben Grunde nun, um sich bei dem Betriebe ihres Gewerbes nöthigenfalls schützen und unterstützen zu können, vereinigten sich die gleichartigen Handwerker zu, den hörigen Aemtern ähnlichen, Genossenschaften, wozu sie als freie Leute berechtigt waren. Das Beispiel der hörigen Aemter mußte hierbei um so wirksamer sein, da sich in den meisten alten Städten hörige Handwerksämter befanden, das Vorbild also allenthalben in der Nähe war. Auch unterschieden sich die Zünfte der freien Handwerker von den hörigen Handwerksämtern nur dadurch, daß sie freie Einigungen, also freie Genossenschaften gewesen, und daher auch uniones, Einungen, Innungen, adunationes, conjunctiones, fraternitates, confraternitates, Bruderschaften, societates, Gilben und Zünfte genannt worden sind, und daß ihre

6) Meine Geschichte der Markenverfassung, p. 118 ff. u. 181—183. Meine Gesch. der Dorfverfassung, I, 144 ff.

7) Edict. Pist. von 864, c. 20 bei Pertz, p. 493.

8) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 322.

Vorsteher von der Innung selbst gewählt werden durften, während die hörigen Aemter hörige Genossenschaften und ihre Vorsteher herrschaftliche von der Herrschaft gesetzte Beamte, und meistentheils sogar hörige Diener waren. So wie übrigens die aus freien Handwerkern bestehenden Innungen und Gilden sich nach dem Muster der hörigen Aemter gebildet haben, eben so wirkte umgekehrt auch die freiere Thätigkeit jener wieder auf diese zurück. Der große Vorzug der freien Genossenschaften vor den hörigen Aemtern mußte bald in dem Uebergewichte der ersteren hervortreten. Daher von jetzt an das Bestreben der hörigen Aemter sich mehr und mehr von ihrer Herrschaft zu emancipiren und sich gleichfalls zu freien Genossenschaften umzubilden. Das Resultat jener Bestrebungen war aber eine von Tag zu Tag sich ähnlicher werdende Verfassung der beiden Genossenschaften, bis sich zuletzt die Einen gänzlich unter den Anderen verloren. Wie großen Antheil bei der Bildung der freien Gilden und Innungen übrigens der Drang der Umstände, also eine gewisse innere Nothwendigkeit gehabt haben mag, beweist zumal die Geschichte der orientalischen Zünfte bis nach China hin, von denen doch gewiß niemand einen auch nur entfernten Einfluß auf die germanische Rechtsbildung behaupten wird. Um so mehr mußten daher bei dem nahen Vorbilde der hörigen Aemter und bei der gleichen inneren Nothwendigkeit die germanischen Zünfte gerade jenen Entwicklungsgang nehmen, welchen wir sie allenthalben nehmen sehen.

§. 265.

Als freie Genossenschaften bildeten sich die ersten freien Zünfte aus eigenem Antrieb von selbst ohne alles Zuthun von Oben. Man findet daher in früheren und späteren Zeiten freie nicht aus hörigen Handwerksämtern hervorgegangene Zünfte und Gilden ehe sie noch von den Grund- und Landesherrn oder von den Stadtgemeinden anerkannt worden waren. Meistentheils wurden sie später, nachdem sie bereits schon eine Zeit lang bestanden, von den grund- oder landesherrlichen oder städtischen Behörden bestätigt, öfters jedoch auch verboten und die bereits schon bestehenden wieder abgeschafft. So wurde z. B. in Pirna die längst (ab antiquitate) bestehende Genossenschaft der Kalfbrenner

von der Landesherrschaft bestätigt¹⁾. Eben so in Gersdorf die Zünfte der Schmiede, Schuster, Schneider, Weber, Bäcker, Metzger, Kürschner, Brauer und Gastwirth (nunc et extiterint ab antiquo)²⁾. Auch in Köln hat die Bruderschaft der Bettziechenweber schon bestanden, als dieselbe im Jahre 1149 von den städtischen Behörden und der Bürgerschaft bestätigt worden ist (*fraternitatem textorum culcitrarum — confirmatam*). Denn sie konnte schon damals aus eigenen Mitteln (*a communi bono ejusdem fraternitatis*) den Platz, wo die Leinweber feil hielten, trocken legen. Sie muß demnach damals schon längere Zeit bestanden haben³⁾. Eben so hat in Köln das Wollenweberamt längst bestanden, ehe die Erzbischöfe von ihm Notiz nahmen. Denn in der ältesten Urkunde über dieses Amt wird bereits einer löblichen Ordnung gedacht, nach welcher die Zunftgenossen bereits seit längerer Zeit gelebt hatten (*laudabilem ordinationem, quam honesti viri cives nostri colonienses exercentes officium lanei operis diutius observauerunt*)⁴⁾. In Stendal bestätigten die Markgrafen von Brandenburg im Jahre 1231 die bereits schon bestehenden Innungen und ertheilten der Gewandschneiderinnung die Rechte der Gewandschneider von Magdeburg⁵⁾. In Magdeburg hat sich die Bäcker- und Brauerzunft im Jahre 1330 während den Kämpfen um die Verfassung gebildet. Sie erhielt aber noch in demselben Jahre die landesherrliche Bestätigung⁶⁾. In Wezlar

1) Urf. von 1292 bei Horn, Sächs. Handbibliothek, p. 194. *quod omnes confederationes seu compromissiones que vulgariter nuncupantur Innung quas universitas calcificum ex antiquitate usque ad nos habuisse dignoscitur ratas — confirmamus.*

2) Urf. von 1277 bei Schöttgen et Kreysig, II, 198.

3) Urf. von 1149 bei Lacomblet, Urfb. I, 251. Ennen, Quellen, I, 329.

4) Urf. von 1230 bei Ennen, Quellen, II, 122.

5) Urf. von 1231 bei Fenz, p. 29. *jura fratrum gilde et illorum qui incisores panni nuncupatur, hactenus in civitate nostra Stendal observata in melius immutavimus. —*

6) Chron. Magdeb. bei Meibom. II, 339. *Et tunc facta est unio braxatorum et pistorum quae antea non erat.* Urf. von 1330 bei Rathmann, II, 493 u. 494. „dat unse leue Bürger, de Brauer undt de Beder jnung hebben undereinander gemaket. — Undt hebben uns flitig gebethen, dat wy desülbigen jnnunge wollten bestetigen.“

vereinigten sich im Laufe des 14. Jahrhunderts die Schmiede zu einer Zunft und ließen sodann ihre Zunftordnung im Jahre 1361 von dem Stiftsprobst und im Jahre 1362 auch noch von dem Kaiser bestätigen ⁷⁾. In Frankfurt a. M. hatten sich im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts 14 Zünfte gebildet, die Gewandmacher, Metzger, Kürschner, Bäcker, Schuhmacher, Löhner, Fischer, Schneider, Schiffeleute, Steinbecker, Zimmerleute, Steinmetzen, Bender und Gärtner. Aber erst im Jahre 1354 begehrtten sie und erhielten dann auch, nach einigem Zögern des Stadtraths, die begehrte Anerkennung und die Bestätigung ihrer alt hergebrachten Zunftordnungen ⁸⁾. Als jedoch die Gewandschneider (die Gaben Lude) ebenfalls eine Zunft bilden wollten und die Bestätigung ihrer hergebrachten Gebräuche begehrtten, diese auch von dem Kaiser ertheilt, von dem Stadtrath aber verweigert worden war, da kam es zu einem Aufstande der vereinigten Zünfte gegen den Rath ⁹⁾. In Soest haben sich die Zünfte wahrscheinlich schon im 12. Jahrhundert gebildet. Denn bereits im 13. wurden sie vom Rath anerkannt, und ihnen das Recht Vorschläge zu machen und diese dem Rath vorzulegen zugestanden ¹⁰⁾. Auch in Lübeck reichen die Zünfte bis ins 12. Jahrhundert hinauf, ihre Statute wurden aber erst seit dem 14. und 15. Jahrhundert niedergeschrieben und dem Rath zur Bestätigung vorgelegt ¹¹⁾. Auch in Stuttgart hat sich im Jahr 1484 eine Bruderschaft der Schneider und Tuchscherer gebildet. Und erst nachdem sie bereits gebildet war, wurde sie von den Grafen von Württemberg bestätigt ¹²⁾. In Basel sind zwar die Zünfte aus den horigen Handwerksämtern hervorgegangen. Ihre ersten Handwerksordnungen machten sie jedoch selbst ohne Zustimmung des Bischofs. Erst später wurden sie vom Bischof bestätigt, z. B. die Zunftordnungen der Kürsner ¹³⁾, der Metzger, der Spinnwetter, der Schneider und der Gärtner ¹⁴⁾.

7) Urf. von 1361 u. 1362 bei von Ulmenstein, I, 639 ff. u. 264 ff.

8) Urkunden bei Böhmer, Urkb. p. 635—650 u. 667. Kriegl, Frankf. Bürgerzünfte im Mittelalter, p. 30—34.

9) Böhmer, p. 653 u. 668. Kriegl, p. 34 ff.

10) Urf. von 1259 bei Seiberh, II, 1 p. 392. vergl. §. 262.

11) Wehrmann, p. 11 ff.

12) Sattler, Gesch. der Grafen, V, 126 ff.

13) Zunftbrief von 1226 bei Fehler, Archiv, XI, 35. — *conductum super*

§. 266.

Ofters wurden jedoch die freien Zünfte und Innungen, welche sich eigenmächtiger Weise ohne Zustimmung der Grund- und Landesherrn gebildet hatten, zumal in früheren Zeiten wieder aufgelöst und nur mit Zustimmung der Grund- und Landesherrn ihre Neubildung gestattet. Da nämlich die freien Handwerker Hinterlassen entweder der in der Stadt ansässigen Grundherrschaft oder der Stadtbürger oder der Stadt selbst waren und jedenfalls unter der öffentlichen Gewalt standen, so bedurften ihre Genossenschaften, wiewohl sie als freie Leute zu deren Eingehung berechtigt waren, je nach den Umständen der grundherrlichen oder städtischen oder landesherrlichen Bestätigung. Diese scheint nun öfters gar nicht nachgesucht, öfters aber auch verweigert worden zu sein, indem man sich damals, wie heute noch, vor dem zuweilen etwas stürmisch auftretenden Geiste der Freiheit fürchtete. Da jedoch eine innere Nothwendigkeit zur Bildung freier Zünfte drängte, so kam es fast allenthalben zum Kampf und sodann, wie bei allen Regierungen, welche ihre Zeit nicht begreifen, zu Verboten und, statt zur Leitung jener Bestrebungen, zu ihrer Unterdrückung und zur Abschaffung der bereits schon bestehenden Zünfte. Die jenen voranstrebenden freieren Zunftgeist fürchtenden Grund- und Landesherrn drängten die Kaiser. Und diese ließen sich zu jener unheilvollen schwankenden Politik drängen, nach welcher sie jenen Aufschwung bald bekämpften bald auch wieder unterstützten, je nachdem es die Weltlage oder ihr momentanes Interesse erheischte die Landesherrn gegen die Städte zu unterstützen oder die Städte gegen die Landesherrn. Schon im Jahr 1158 wurden von Friedrich I. alle Conventikel und Verbindungen in den Italienischen Städten verboten (*conventiculas omnes et conjurationes in civitatibus*)¹⁾, und später auch in den Deutschen Städten von Friedrich II. auf den Reichstagen zu Worms und zu Ravenna in den Jahren 1231 und 1232. Zu Ravenna wurden namentlich auch die Handwerksbrüderschaften und Vereine, welche sich damals

operibus ipsorum pro honore et utilitate civitatis nostre per ipsos noviter factum adprobavimus.

14) Zunftbriefe von 1248, 1260 u. 1271 bei Dñs, I, 318, 323, 350 u. 352.

1) *Constitutio pacis* von 1158 bei Pertz, IV, 112. Radevicus, *de gest. Frid.* I, lib. II, c. 7. bei Urstisius, p. 511.

schon gebildet hatten, wieder abgeschafft. (*Irritamus et cassamus cujuslibet artificii confraternitates seu societates, quocumque nomine vulgariter appellantur*)²⁾. Jene Verbote traten aber fast nirgends ins Leben. Die Bildung der freien Zünfte ging vielmehr nach wie vor ihren mehr oder weniger stürmischen Gang. So namentlich auch in jenen Städten, in welchen specielle Kaiserliche Verbote erschienen waren. So hatte Friedrich II. im Jahre 1218 in Basel, nachdem er daselbst früher die freiere Richtung unterstützt, auf Betreiben des Bischofs jede neue Einrichtung sie möge heißen wie sie wolle (*aliquam institutionem novam quocumque nomine possit appellari*), also auch die ohne Zustimmung des Bischofs entstandenen Zünfte verboten³⁾. Was jedoch, wie wir gesehen, die Bildung freier Zünfte mit Zustimmung des Bischofs keineswegs hindert hat (§. 263). Eben so wenig in Worms, wo Heinrich VII. im Jahre 1232 die Bruderschaften aufgehoben hatte⁴⁾. Auch in Goslar wurden die Gilben und Zünfte im Jahre 1219 von Friedrich II. verboten⁵⁾, von Rudolf von Habsburg aber im Jahre 1290 wieder erlaubt⁶⁾. In Eßlingen wurden sie von Rudolf von Habsburg im Jahre 1275 verboten gegen Ende des 13. Jahrhunderts aber, wahrscheinlich im Jahre 1284 von ihm selbst wieder erlaubt, „um“, wie er selbst sagte, „Frieden und Zucht zu erhalten“, und die fortwährenden Kämpfe der Geschlechter mit den Zünften zu beenden⁷⁾. In Frankfurt wurden die Zünfte im Jahre 1366 abgeschafft⁸⁾, und in Freiburg im Jahre 1454, im Jahre 1464 aber wieder hergestellt⁹⁾. Und in

2) Edict. von 1231 u. 1232 bei Pertz, IV, 279 u. 286.

3) Sententia von 1218 bei Pertz, IV, 230. vergl. oben §. 46.

4) Urf. von 1232 bei Böhmer, fontes, II, 219.

5) Urf. von 1219 bei Heineccius, antiquit. Goslar. p. 219. — quod nulla sit conjuratio, nec promissio vel societas, quae theutonice dicitur Eyninge vel Ghilde, nisi solum monetariorum. —

6) Urf. von 1290 bei Heineccius, p. 305 u. 306. vergl. 222.

7) Jäger, Ulm, p. 201 Note. Pfaff, Gesch. von Eßlingen, p. 38, 41 u. 94. Pfaff verwechselt jedoch die Einführung der Zünfte mit ihrem Antheil an der städtischen Verwaltung. Denn Antheil an dieser erhielten sie erst im Anfang des 14. Jahrhunderts.

8) Böhmer, p. 718.

9) Schreiber, II, 436 u. 484.

Ulm wurden sogar noch im Anfang des 14. Jahrhunderts alle Zünfte die sich mit mechanischen Arbeiten beschäftigten verboten, kurz vor ihrem Siege über die Geschlechter ¹⁰⁾.

Was nun aber den Kaisern nicht gelingen wollte, das konnte noch weniger den damaligen Landesherrn in ihren Territorien gelingen. Auch sie machten nämlich den vergeblichen Versuch gegen den Strom der Zeit zu schwimmen. In Würzburg hatten sich im Laufe der Zeit freie Zünfte gebildet. Sie wurden von dem Bischof abgeschafft, im Jahre 1279 aber, wie es in der Urkunde heißt, wegen der von den Bürgern geleisteten Dienste wieder hergestellt ¹¹⁾, wenige Monate nachher indessen abermals abgeschafft, weil sie dem Handel und Wandel hindernd im Wege stehen ¹²⁾. Eben so wurden in Worms die Zünfte und Bruderschaften im Jahre 1233 auch von dem Bischof abgeschafft, wie man sagte, im Interesse der Käufer und Verkäufer (*ad commodum et libertatem omnium vendentium et eumentium*) ¹³⁾. In Erfurt wurden die Innungen der Bäcker und Metzger aus demselben Grunde (*ad utilitatem et commoditatem pauperum quam divitum*) im Jahre 1264 wieder abgeschafft und der Verkauf von Brod und Fleisch freigegeben ¹⁴⁾. Auch in Regensburg wurden die Zünfte und Innungen (Innungen) im Jahre 1384 von den Herzogen von Baiern abgeschafft und auch dieses, wie man sagte, im Interesse der Gewerbsfreiheit verfügt („daz ein iglicher arbeiten chan on alle irrung“) ¹⁵⁾. In Wien wurden im Jahre 1278 von Rudolf

10) Weisthum von 1312 bei Jäger, p. 212 u. 732 Note. *Cassanus omnes zunftas in omne arte mechanica.*

11) Urf. von 1279 bei Lang, regest. IV, 89. *societates, Zünfte vocatas, in civitate Herbipolensi prius abrogatas, propter servitia a civibus — praestita, restaurat.*

12) Urf. von 1279 bei Lang, IV, 97. *propter clamorem cleri et populi contra societates sive collegia civitatis Herbipolensis, vulgariter Zünfte nuncupatas, rerum commercia impediennes, easdem tollit et revocat.*

13) Chron. Worm. bei Ludewig, rel. Mpt. II, 111. Urf. von 1233 bei Böhmer, fontes, II, 222.

14) Zwei Urkunden von 1264 bei Faldenstein, Hist. von Erfurt, p. 103 u. 104. Drei Urf. von 1264 bei Lambert, p. 124—127.

15) Gemeiner, Chr. II, 210.

von Habsburg alle Zunftvereinigungen (uniones) abgeschafft¹⁶⁾. Und im Jahre 1288 mußten die Bürger dem Herzog Albrecht sogar versprechen keine Vereinigungen irgend einer Art mehr eingehen zu wollen¹⁷⁾. Späterhin wurden die Zünfte wieder erlaubt¹⁸⁾, dann aber vom Herzog Rudolf IV. von Oesterreich abermals und zwar, weil sie gemeinschädlich („der Stat gemainlich schädlich“) seien, verboten und das Recht Verordnungen in Handwerksangelegenheiten zu machen dem Bürgermeister und Stadtrath übertragen¹⁹⁾. In Wesel wurden die Zünfte im Jahre 1308 abgeschafft²⁰⁾, bald nachher aber die Errichtung eines Wollenamtes und anderer Zünfte wieder erlaubt²¹⁾. Von den Landgrafen von Hessen wurden zu Frankenberg im Jahre 1368 während des Kampfes der Gemeinde mit dem Rath alle Zünfte mit Ausnahme jener der Wollenweber verboten²²⁾, in Cassel dagegen im Jahre 1337 erlaubt²³⁾. Auch in Chemnitz wurden im Jahr 1414 während des Kampfes der Gemeinde mit den rathsfähigen Geschlechtern alle Handwerksinnungen, welche bis dahin ganz unabhängig von dem Stadtrath bestanden hatten, abgeschafft, die Bildung neuer Innungen aber

16) Stadtrecht von 1278 bei Lambacher, II, 157. *omnium mechanicorum, carnificum, panificum, piscatorum, gallinatorum et aliorum quorumcunque nomine nuncupentur uniones singulas strictius inhibemus.*

17) Urk. von 1288 bei von Formayr, Wien, I, 2. Urkb. p. 38. *Quod nullas uniones, congregationes, confederaciones seu conspiraciones publicas vel ocultas facere presumemus.* —

18) Arg. Urk. von 1364 bei Senckenberg, sel. jur. IV, 465.

19) Urk. von 1364 bei Senckenberg, IV, 466. und bei Formayr, Wien, I, Bd. 5, Urk. p. 42 ff. „vernichten und verpieten all zechen ainigung und gesellschaft und auch all seß ordnung und gepot die „die hantwercher in unser Stat daher gemacht oder gehabt habend.“

20) Urk. von 1308 bei Wigand, Archiv, IV, 399. *cassamus et annullamus et prohibemus ab hoc in antea omnes gyltas, confraternitates seu conjurationes quascunque in predicto opido hactenus habitas.*

21) Privilegium von 1329 bei Wigand, IV, 419. *concessimus — opido, quod in eo exerceri possit opus lanificii, quod vulgo wullenampt nominatur.* —

22) Chron. Francoberg. bei Ruchenbeder, Annal. Hass. V, 201 u. 202.

23) Urk. von 1337 bei Ruchenbeder, IV, 276.

mit Zustimmung des Rathes und unter dessen Aufsicht gestattet ²⁴⁾. Auch in Zürich war noch nach dem Richtbrief (IV, 20) der Zusammentritt zu Zünften oder zu sogenannten Meisterschaften und anderen Gesellschaften auf's Strengste verboten, kurz vor der Brunischen Neuerung, nach welcher die Bürgerschaft in 13 Zünfte getheilt und den Zunftmeistern der Zutritt zum Rath ertheilt worden ist ²⁵⁾.

Anderwärts waren nur die gemeinschädlichen Einigungen und Bruderschaften verboten, z. B. in Wiener Neustadt ²⁶⁾, in Bamberg ²⁷⁾, in München ²⁸⁾ u. a. m. Und von solchen verbotenen Einigungen und Verabredungen spricht auch noch die Reichspolizei Ordnung von 1577 tit. 37. Es pflegten nämlich in vielen Städten, auch nachdem die Zünfte bereits anerkannt und sogar zum Regiment beigezogen worden waren, noch Einigungen und Bündnisse, größtentheils für unerlaubte Zwecke, verabredet zu werden. Und diese eben wurden fast allenthalben verboten, insbesondere auch in Straßburg ²⁹⁾, hier in München ³⁰⁾ u. a. m. Auf die Zünfte selbst hatten aber dergleichen Verbote durchaus keinen Einfluß. Diese bestanden vielmehr nach wie vor fort. Denn nur der Mißbrauch des Einigungsrechtes sollte unschädlich gemacht und daher abgestellt werden.

Die Errichtung der Zünfte mit Zustimmung der Grund- und Landesherren und späterhin der Stadträthe war jedoch von je her erlaubt. Denn zum Kampfe pflegte es allzeit erst dann zu kommen, wenn sich die Zünfte ohne diese Zustimmung gebildet oder ganz unabhängig gestellt hatten, oder wenn die Zustimmung ohne Grund verweigert worden war. Mit Zustimmung der Obrigkeit

24) Urk. von 1414 bei Horn, Friedrich der Streitbare, p. 807.

25) Geschworne Brief von 1336 und Zunftbriefe von 1336 im Schweizer Museum, I, 70 u. 78—85.

26) Stadtrecht aus 13. sec. c. 55.

27) Stadtrecht, §. 430. Zöpfl, altes Stadtr. von Bamberg p. 67 u. Urkb. p. 119 f.

28) Stadtrecht, art. 366 bei Auer, p. 141.

29) Schwörbrief von 1482 bei Schilter zu Königshofen, p. 1096.

30) Handwerksartikel von 1403 bei Sutner, in histor. Abhl. der Akad. von 1813 p. 526 u. 527.

erhielt aber die Stadt Wetter bereits im Anfang des 13. Jahrhunderts mehrere Innungen ³¹⁾, Hörter gegen Ende des 13. Jahrhunderts schon Gilden der Schneider, Kürschner und Schmiede ³²⁾, Arberg in der Schweiz im Jahr 1271 ³³⁾, Witstot ³⁴⁾, Salzwedel ³⁵⁾, Havelberg ³⁶⁾ und Prizwall in der Mark Brandenburg im 13. und 14. Jahrhundert ³⁷⁾, Byritz ³⁸⁾ und Gollnow in Pommern im 13. Jahrhundert ³⁹⁾, Braunschweig in der Mitte des 13. Jahrhunderts ⁴⁰⁾, Hammeln im Jahre 1277 ⁴¹⁾, Piberach im Jahr 1374 ⁴²⁾, Jßni im Jahr 1381 ⁴³⁾ u. a. m. Zuweilen wurde auch das Recht eine oder mehrere Zünfte oder Innungen zu haben von den Kaisern und Reichsfürsten ganz unabhängig von der Zustimmung des Stadtrathes verliehen. So verliehen z. B. die Herzoge von Braunschweig der Stadt Braunschweig mit dem Rechte des freien Verkehrs auch das Recht eine Innung zu haben. Und sie nannten dieses Recht selbst eine Innung oder Gilde ^{43a)}. Und in derselben Weise verliehen die Kaiser

31) Weisthum von 1239 bei Wend, II, Urfb. p. 167. Item nemo debet facere Einunge sine consilio advocati. Item de articulis institutorum, qui Innige vocantur.

32) Gildebrief von 1276 u. 1280 bei Wigand, Gesch. von Norb. I, 330. Not.

33) Handfeste von 1271 bei Walther, p. 52.

34) Urk. von 1275 bei Ludewig, rel. M. VIII, 274 und Bedmann, Besch. der Mark Brandenburg, V, 2. 7. p. 273.

35) Urk. von 1233 u. 1351 bei Lenz, p. 31 u. 302.

36) Urk. von 1310 bei von Raumer, cod. dipl. Brand. I, 15.

37) Urk. von 1335 bei Ludewig, rel. M. VII, 25.

38) Urk. von 1263 bei Dreger, cod. Pom. I, 470.

39) Urk. von 1268 bei Dreger, I, 531.

40) Urk. von 1240 u. 1293 bei Rehtmeier, Chron. p. 1830 u. 1843.

41) Stadtr. von 1277 bei Pufendorf, II, 268.

42) Jäger, Urm, p. 242. Not.

43) Kaufbrief von 1381 bei Jäger, Magazin für Reichsf. III, 244 u. 245.

43a) Urk. von 1240 im Urkundenbuch der Stadt Braunschweig, I, 9. — quandam gratiam vendendi que vulgariter dicitur innige. — Urk. von 1245, eod. p. 10. — damus talem gratiam qua vulgariter dicitur innige, ut possint ibi emere et vendere pannum quem ipsi parant. Urk. von 1305, eod. p. 26. — pannos laneos faciunt —

der Stadt Ueberlingen im Jahre 1309 eine Zunft (zunftam) und wiederholten diese Verleihung in den Jahren 1315 und 1330^{43b)}. Diese Zunft hält zwar Roth von Schreckenstein für keine Handwerkszunft, sondern für eine Zunft der Rathsgeschlechter. Allein die Geschlechterzünfte sind allenthalben erst später, erst seit dem Siege der Zünfte entstanden. Und sie haben sich allenthalben bei der Auseinandersetzung mit den Zünften ohne landesherrliche Verleihung gebildet. Es muß demnach auch hier unter der zunfta eine Handwerkszunft verstanden werden.

Ofters wurden auch die Zunftsteinrichtungen von einer Stadt auf die andere übertragen, z. B. von Halle auf die Schlesiſchen Städte⁴⁴⁾, von Hagen auf Braunschweig⁴⁵⁾ u. ſ. w., oder es wurden die bereits schon bestehenden Zunftsteinrichtungen nach dem Vorbilde einer anderen Stadt verbessert, z. B. jene von Stendal nach dem Vorbilde der Gilden von Magdeburg⁴⁶⁾. Und später findet sich keine Stadt ohne eine mehr oder weniger große Anzahl von Zünften oder Gilden.

2. Zeit ihrer Entstehung.

§. 267.

Die Zeit ihrer Entstehung war verschieden in den verschiedenen Städten. Sie hing mit der Entstehung der Freiheit des Verkehrs zusammen. Denn die Freiheit des Verkehrs hat auch zur Freiheit der Gewerbe und zur Bildung freier Zünfte geführt. Je nachdem daher diese früher oder später in einer Stadt entstanden war, sind auch die freien Zünfte früher oder erst später entstanden.

ut gaudeant et fruantur sine impedimento eo jure quod gilden dicitur in vulgari. Vergl. noch Urf. von 1298 u. 1309, eod. p. 16 u. 26.

43b) Roth von Schreckenstein in Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, XXII, 19 u. 20.

44) Echöffensbrief von 1235 §. 36—42 bei L. u. St. p. 298.

45) Urf. von 1298 bei Rehlmeier, p. 1818.

46) Urf. von 1281 bei Lenz, p. 29. cupientes jura fratrum gilde — in melius immutavimus, ita videlicet quod ipsi eadem super hoc jura observent, que fratres gilde et incisores panni in Magdeburg observare hactenus consueverunt.

Den großen Werth der Freiheit für den Handel und die Gewerbe hatte schon der Erzbischof Wichmann erkannt, als er in Magdeburg die Schusterinnung bestätigte. Denn Ehre und Vortheil ohne Freiheit, meinte er, sei elende Slaverie¹⁾. Der freie Verkehr in den mit Marktfreiheit begnadigten Städten führte zu Handel und Wandel. Ohne Freiheit der Gewerbe konnte aber dieser nicht lange bestehen. Und die Freiheit der Gewerbe machte ihrerseits wieder die Gewerbsvereine nothwendig.

Die fortwährenden Kämpfe und Reibungen in den Städten und die damit verbundenen Unordnungen waren wohl die erste Veranlassung zur Bildung der freien Zunftgenossenschaften. Die hörigen Handwerker standen nämlich unter dem Schutze ihrer Leib-, Grund- oder Schutzherrn. Die freien Handwerker waren aber ohne einen besonderen Schutzherrn. Die Freien waren also weniger geschützt als die Hörigen. Die freien Handwerker hatten demnach, um den nöthigen Schutz zu erlangen, nur die Wahl entweder sich ebenfalls einem besonderen Schutzherrn zu unterwerfen, wie dieses die armen mißhandelten Schneider, Schuster und anderen Handwerker in Straßburg thun mußten²⁾, oder sich zu freien Genossenschaften zu vereinigen, wozu sie als freie Leute das Recht hatten. Und sie entschieden sich natürlich für den letzten Ausweg. Denn den Schutz, dessen sie bedurften und die nöthige Erleichterung und Sicherung ihres Gewerbes fanden sie am natürlichsten in der Vereinigung der gleichartigen Gewerbsleute und Handwerker zu einer Gilde oder Zunft. Das Bedürfniß hat demnach zu den ersten freien Zünften geführt. Das Bedürfniß hing aber mit dem

1) Urk. von 1157 bei Ludewig, rel. M. II, 389. — *ut libertas suprema semper existeret, quia honor et utilitas, sine libertate, vilis servitus estimatur.*

2) Königshoven, p. 304. „under den edeln wart etlicher so hochtragende „wen ime ein snider oder ein schuchmeister oder ein ander antwergman „pfennige hiesch so slug der edelman den antwergman und gap ime „streiche dran. Sus kunde under den antwergluten nieman wol be- „zalet werden er machte sich denne an einen edeln man in der stat dem „er jores diene, also zu den Dörfern ein gebure sine herren dienet. „Der beschirmete den antwergman vor gewalte und half ime das er „bezalet wart.“

erweiterten Handel und Wandel zusammen. Daher waren die Kreuzzüge, durch welche der Handel und die Gewerbe neu belebt und dadurch den Städten die Gelegenheit gegeben worden war, eine früher noch nicht gesehene Thätigkeit zu entfalten, zu gleicher Zeit auch die Zeit der Entstehung der freien Gilden und Zünfte und der mit denselben Hand in Hand gehenden Umbildung der hörigen Handwerksämter in freie Zünfte. Die Einen wie die Anderen datiren deshalb, wenigstens am Rhein und an der Donau und an der Elbe und wo sonst noch wie in Westphalen der Handel mit dem Orient zu neuem Leben geführt hatte, aus dem 12. und 13. Jahrhundert. In jenen Städten dagegen, in welchen das Bedürfniß erst später entstanden ist, wie z. B. in Speyer, Biberach und Stuttgart, entstanden auch die Zünfte und Gilden erst seit dem 14. und 15. oder gar erst im 16. Jahrhundert, wie in Goesfeld, wo erst durch den Aufschwung des Handels und Gewerbsfleißes in den benachbarten Niederlanden seit dem Ende des 15. Jahrhunderts der Handel und das Gewerbswesen zur Blüthe und zur Bildung freier Zünfte geführt hat³⁾.

Sehr wahrscheinlich haben sich anfangs die freien Zünfte an der Seite der hörigen Handwerksämter und ganz unabhängig von ihnen gebildet. So wie daher die Hofhandwerker von den städtischen unterschieden worden sind (§. 264), eben so gewiß anfangs auch die hörigen Handwerksämter von den freien Zünften. Seitdem jedoch die Hörigkeit abgeschafft worden und die hörigen Handwerker freie Leute geworden waren, seitdem durften auch sie sich mit anderen freien Handwerkern zu einer Genossenschaft vereinigen. Und es haben sich sodann die gleichartigen Handwerker, die früher hörigen mit den freien Handwerkern, zu einer freien Genossenschaft vereinigt, die Handwerksämter also mit den freien Zünften verschmolzen. Ursprünglich konnte man noch hie und da die Handwerksämter von den freien Einigungen unterscheiden. Bei der von Tag zu Tag sich ähnlicher werdenden Verfassung beider war dieses aber bald nicht mehr möglich. In einzelnen Fällen ist es sogar schwer zu bestimmen, ob die Zunft aus einem hörigen

3) Söfeland, Goesfeld, p. 73—78.

Amt oder aus einer freien Einigung hervorgegangen ist. Und in vielen Städten, z. B. in Magdeburg und Halle, wurden sie frühe mit Zustimmung des Landesherrn zu freien Vereinen (Einigungen, Innungen oder uniones) verbunden (§. 262). Mit der Hörigkeit der Handwerker und mit den hörigen Handwerksämtern ist nun aber auch ihre Eigenschaft als Hofbeamte und als Hofämter verschwunden. So hat es z. B. in Bamberg schon im 15. Jahrhundert keine eigentliche Hofschuster mehr gegeben. Denn diejenigen Schuster, welche für den Hof und das Hofgesind arbeiteten, standen bereits unter dem Schultheiß und Rath und hatten kein anderes Vorrecht, als daß sie einen oder mehrere Knechte mehr halten durften, als die anderen Schuster in der Stadt⁴⁾. Und auch anderwärts ist von der früheren Hofhörigkeit weiter nichts als der Titel, Hofschuster, Hofschneider, Hofattler u. s. w. geblieben, durch welchen sich die von dem Hofe bevorzugten Handwerker heute noch von den bürgerlichen Gewerbsleuten unterscheiden⁵⁾.

Auch begannen nicht alle Handwerker zu gleicher Zeit sich zu freien Genossenschaften zu vereinigen oder aus hörigen Handwerksämtern in freie Zünfte und Gilden überzugehen. Vielmehr entschied auch in dieser Beziehung wieder das Bedürfniß. Die ältesten Gilden und Zünfte sind daher meistentheils jene der Kaufleute, der Wollenweber oder Tuchmacher und der Gewandschneider gewesen, indem diese durch den mit der Marktfreiheit verbundenen freien Verkehr am frühesten gehoben worden sind, also am ersten der Unterstützung und des Schutzes ihrer Genossen und zu dem Ende eines solchen Vereines bedurften. Nach ihnen oder auch gleichzeitig mit ihnen kamen die Zünfte der Schuhmacher, Bäcker, Metzger und anderer für das tägliche Bedürfniß nothwendigen Handwerker.

§. 268.

Die Kaufmannsgilden reichen schon in die karolingischen

4) Verordnung von Schultheiß und Rath zu Bamberg von 1492 u. 1497 bei Rudhart, Taschenbuch für vaterländische Geschichte von 1851, p. 271 u. 272.

5) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 822, 832, 833.

Zeiten hinauf. Die unter dem unmittelbaren Schutze des Königs stehenden Kaufleute erhielten an wichtigen Handelsorten, z. B. in Aachen, schon von Karl dem Großen einen besonderen Vorstand ¹⁾. Auch die Hansgrafen waren ursprünglich, z. B. in Regensburg, Bremen und Wien, solche Handelsvorsteher (§. 248). Da jedoch das Geschäft der Kaufleute unverträglich mit jeder Art von Hörigkeit war, so haben die unter einem herrschaftlichen Vorsteher stehenden Kaufleute gewiß niemals wie die Handwerksämterhörige Ämter gebildet. Der bloße Versuch ein Handelsschiff nach Hofrecht zu behandeln, hat daher schon im 11. Jahrhundert in Köln zu einem Aufstand geführt. Auch waren die *gildoniae de naufragio*, welche bereits Karl der Große, wenn auch nicht als Eidgenossenschaften, erlaubt hatte, wahre Handelsgilden ²⁾. Eben so sind die ersten Hansen nichts anderes als solche Kaufmannsgilden gewesen. Da sie sich jedoch nur auf den Großhandel bezogen und auch Fremde dabei Zutritt hatten, so werden sie insgemein von den Zünften unterschieden. Die kaufmännischen Verbindungen und Vereine waren nämlich von je her sehr verschiedener Art. Die alten Geschlechter hatten die volle und ganz unbeschränkte Freiheit des Verkehrs. Sie trieben daher in allen alten Städten selbst Handel. Die Handel treibenden Geschlechter bildeten nun zuweilen eigene Geschlechtergesellschaften, z. B. in Köln die Kaufleute auf dem alten Markt (§. 82). Dergleichen Vereine waren aber keine Handelsgilden, vielmehr wahre Geschlechterverbindungen. Daher sind aus ihnen öfters die späteren Ritterzünfte hervorgegangen, z. B. in Köln aus den Gesellschaften zur alten Windeck auf dem Altenmarkt, zur Gaffel auf dem Eisenmarkt, zum Himmelreich auf dem Himmelreich, zum Ahren auf dem Fischmarkt und zum Schwarzhause in der Streitzeuggasse die Ritterzünfte Windeck, Eisenmarkt, Himmelreich, Ahren und Schwarzhause ³⁾. Auch die Hansen und Handelscompagnien der Großhändler, von denen bereits die Rede war, sind keine eigentliche Zünfte gewesen. Sie hatten auch keinen Einfluß auf die Ausbildung der städtischen Verfassung. Sie erhielten

1) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 245.

2) Capit. von 779, c. 16. Vergl. oben §. 43.

3) Ennen, Gesch. II, 460 -- 461.

jedoch sehr früh hie und da Zutritt zum Stadtrath. Von beiden verschieden waren nun die eigentlichen Gilben und Zünfte der Kaufleute. Sie bildeten sich in den Städten erst dann, seitdem sich daselbst neben den alten Geschlechtern noch andere Kaufleute niedergelassen hatten, welche keinen eigenen freien Grundbesitz mit dem nöthigen Antheil an der gemeinen Mark gehabt, also nicht zur Stadtmarktgemeinde gehört und den Handel als ihren Beruf und als ein Gewerbe getrieben haben, während die alten Geschlechter vor Allem freie Grundbesitzer und dann erst Handelsleute waren (§. 82 u. 107). Diese Kaufleute waren daher keine Geschlechter. Sie wurden vielmehr, z. B. in Freiburg und Wien u. a. m. ausdrücklich von den Edelen und von den Erbbürgern eben sowohl wie von den gemeinen Handwerkern unterschieden (§. 232 u. 233). Eben so in Frankfurt a. M., wo die Ulner (eigentlich Topfer, dann Krämer), schon seit 1318 eine eigene Gesellschaftsordnung und in der Mitte des 15. Jahrhunderts eine von den Geschlechterstuben verschiedene Trinkstube hatten^{3a)}. Wie die übrigen Gewerbsleute so sind nämlich auch diese Kaufleute freie Hintersassen, also bloße Beisassen gewesen. Die Einen wie die Anderen hatten demnach dasselbe Bedürfniß zum Schutze ihres Gewerbes in eigene Gilben zusammen zu treten. Da jedoch dieses Bedürfniß bei den Kaufleuten früher als bei den übrigen Gewerben entstanden ist, so haben sich auch die Kaufmannsgilden früher als die übrigen Gilben, meistentheils schon seit dem 12. Jahrhundert gebildet, z. B. in Basel⁴⁾ u. a. m. Wiewohl nun auch die Kaufleute ihres Gewinnbringenden Geschäftes wegen und da der Handel nach wie vor als das edelste Gewerbe galt, in großem Ansehen standen und z. B. in Straßburg, wie die Rheinkaufleute in Speier, mit großer Auszeichnung behandelt worden sind⁵⁾, in Straßburg sogar von einem Geschlechte der Kaufleute (von sichte der kossliute) geredet worden ist⁶⁾, so gehörten sie dennoch nicht zur Vollbürgerschaft, und erhielten daher erst seit dem Siege der Zünfte Antheil am Stadt-

3a) Römer-Büchler, p. 188 u. 196.

4) Ochs, II, 126.

5) Stadtrecht von Straßburg, c. 89 bei Grandidier, II, 78. Brief von 1804 bei Lehmann, p. 588 f.

6) Alles Stadtrecht von Straßburg, c. 88.

regiment. Die Kaufmannsgilden wurden jedoch allenthalben höher als die übrigen Gilden gestellt. Sie wurden daher, z. B. in Dortmund und Hörter die großen Gilden (*major ghilda*, *major fraternitas* oder *grote Ghilde*) genannt und die Krämergilden als die kleinen Gilden (*minor ghilda*) von ihnen unterschieden ⁷⁾. Und in Königsberg gehörte die Kaufmannszunft zur Großbürgerschaft, während die übrigen Zünfte mit Ausnahme der Milzenbrauerzunft zur Kleinbürgerschaft gehörten ⁸⁾.

Erst nach den Kaufmannsgilden oder auch gleichzeitig mit ihnen kamen die Gilden der Gewandschneider, der Tuchmacher oder Wollenweber u. a. m. So sind z. B. in Hörter die Kaufmannsgilden und die Gilden der Wollenweber die ältesten Gilden gewesen ⁹⁾. Nach ihnen wurde daselbst zuerst die Gilde der Schneider im Jahre 1276, und dann die Gilde der Schmiede und der Kürschner, beide im Jahre 1280 anerkannt ¹⁰⁾. Auch in Jglau bildeten die Tuchmacher und mit ihnen die Färber aus Flandern bereits im Anfang des 13. Jahrhunderts die älteste und auch späterhin noch die hervorragendste Zunft. Nach ihnen erst kamen die vier Handwerke der Schneider, Schuster, Lederer und Kürschner ¹¹⁾. Eben so gehörten auch in anderen Städten die aus Flandern eingewanderten Tuchmacher zu den ältesten Innungen, z. B. in Nordhausen die Innung der Fläminger ^{11a)}, in Wien die Innung der Flandrer u. a. m. (§. 179) In Köln ist die älteste Zunft die der Pettziehenweber ¹²⁾, dann das Wollenweberamt ¹³⁾. Auch in Soest die Zunft der Wollenweber (*fraternitas lanificum*), denn nach einer Urkunde von 1260 hat sie damals schon längst (*ex antiquo*) be-

7) Stadtrecht von Dortmund aus 18. sec. §. 11. Urf. von 1327 bei Wigand, denkwürdige Beiträge für Geschichte, p. 187 u. 188. Vergl. oben §. 65.

8) von Baczo, Gesch. von Königsberg, p. 229—232.

9) Wigand, Gesch. von Kornei, I, 329 f.

10) Gildebriege von 1276 u. 1280 bei Wigand, denkwürdige Beiträge für Geschichte, p. 135—137.

11) Werner, Gesch. der Jglauer Tuchmacherzunft, p. 4—10.

11a) Michelsen, Mainzer Hof zu Erfurt, p. 6.

12) Urf. von 1149 bei Lacomblet, I, 251.

13) arg. Urf. von 1230 in Quellen, II, 122. — *ordinationem, quam — diutius observaverunt.*

standen ¹⁴⁾. In der Mark Brandenburg gehören die Gewand-
schneidergilden zu den ältesten. Sie kommen zuerst im Jahr 1231
in Stendal und Ruppín und im Jahr 1233 in Salzwedel vor.
Nach ihnen kommen die Wollenwebergilden z. B. zu Stendal im
Jahr 1233 ¹⁵⁾. Nach ihnen kamen die Gilden der Schuhmacher,
Krämer, Kürschner, Gerber, Metzger und Bäcker. Daher wurden
die Rathsglieder z. B. in Stendal aus ihrer Mitte gewählt ¹⁶⁾.
In Magdeburg war die Innung der Schuhmacher die älteste.
Dann kamen erst die Innungen der Gewandschneider, Krämer u. s. w.
Eben so in Halle (§. 262). In Regensburg wurden die Genossen-
schaften der Schuhmacher, der Sademer (Zimmerleute) und der
Schreiner vor allen anderen, bereits im Jahre 1244, anerkannt ¹⁷⁾.
In Basel machten die Metzger, Spinnwetter und Bäcker den An-
fang (§. 263). In Helmstädt war die Innung der Gewandschnei-
der die erste. Sie wurde um das Jahr 1244 anerkannt und erst
drei Jahre nachher auch die Innung der Kaufleute, der Eisen-
schmiede, der Bäcker und der Zimmerleute ¹⁸⁾. In Bremen war
die Bruderschaft der Schuhmacher eine der ältesten Zünfte ¹⁹⁾. Auch
in München war die Innung der Schuhmacher und der Lederer
eine der ältesten. Allein auch die Tuchscherer, Weber, Hutmacher,
Schneider und Bäcker hatten bereits im 13. Jahrhundert ihre
eigene Zunft ²⁰⁾. Ueberhaupt scheinen sich die meisten Gilden und
Zünfte im Laufe des 13. Jahrhunderts gebildet zu haben. So
war es in Schlesien ²¹⁾, in der Mark Brandenburg u. a. m., ins-
besondere auch in Berlin ²²⁾, in Lübeck aber ²³⁾, so wie am Rhein,
an der Donau und an der Elbe schon seit dem 12. Jahrhundert.

14) Urk. von 1260 bei Seiberts, II, 1 p. 395.

15) Zimmermann, I, 175 u. 176.

16) Urk. von 1345 bei Gerden, vet. march. I, 90.

17) Urk. von 1244 bei Freyberg, V, 90 u. 92.

18) De origine Helmst. bei Meibom, III, 230.

19) Urk. von 1274 bei Böhmert, p. 69. und bei Delrichs, Samml. Gesetzb.
von Bremen, p. 414.

20) Urk. von 1294 bei Bergmann, I, 11 u. II, 7. Schlichthörle,
die Gewerbsbefugnisse in München, I, 86.

21) T. u. Stenzel, p. 249.

22) Zimmermann, I, 183 f.

23) Tende, Grundlinien zur Gesch. von Lübeck, p. 37 u. 40. Wehrmann,
p. 11 ff.

3. Genossenschaft

a) im Allgemeinen.

§. 269.

Jede Zunft bildete eine eigene mehr oder weniger selbständige Genossenschaft. Von den freien Zünften versteht sich dieses von selbst. Allein auch die hörigen Handwerksämter sind, wie es mir scheint, den Hofgenossenschaften nachgebildete hörige Genossenschaften gewesen (§. 261). So wie nämlich die zu einem Fronhose gehörigen Colonen in Beziehung auf ihre Herrschaft ein Amt (*officium*) gebildet haben und wegen des zu leistenden Dienstes Diener, z. B. Sanct Patroclus Diener u. s. w. genannt worden sind ¹⁾, sie unter sich aber eine Genossenschaft, eine Hode, Echte, Pflege, *societas* u. s. w. gebildet haben ²⁾, eben so haben auch die gleichartigen Handwerker ihrer Herrschaft gegenüber ein Amt gebildet und waren als hörige Diener die Untergebenen, die Unterthanen und die Knechte des Vorstehers ihres Amtes (§. 260), was sie jedoch nicht gehindert hat unter sich ebenfalls eine hörige Genossenschaft zu bilden. Vielleicht haben auch manche freie Handwerker, wie dieses in Westphalen u. a. m. so viele freie Colonen und andere ärmere freie Leute gethan haben, um einen Schutzherrn zu erhalten, ihr Handwerk irgend einem Heiligen als dessen Echte oder Hode unterworfen, woher es sich sodann erklären würde, warum so viele Zünfte einen eigenen Schutzpatron gehabt haben. Jedenfalls waren aber auch die Handwerksämter seit ihrem Uebergang in freie Zünfte eben so wie diese selbst mehr oder weniger freie Genossenschaften. Dies beweisen schon die verschiedenen Benennungen der Zünfte, welche mehr oder weniger auf eine freie Vereinigung oder auf eine Genossenschaft hindeuten.

Die Zünfte werden nämlich insgemein und zwar schon seit dem 12. Jahrhundert genannt: *uniones* z. B. in Stendal ³⁾, in Braunschweig ⁴⁾, in Magdeburg und in Wien (§. 262 u. 268);

1) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 462—464, III, 230—233.

2) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 1—11.

3) Urf. von 1340 bei Gerden, vet. march. II, 11.

4) Urf. von 1309 in Braunschweiger Urkb. I, 26 f.

unanimitates z. B. in Wien⁵⁾; **Einigungen** z. B. in Wien⁶⁾; **Einunge** oder **Eininge** z. B. in Goslar und Regensburg (§. 266); **Innunge** oder **Inninge** z. B. in Magdeburg, Halle, Wetter, Wistodt und Erfurt⁷⁾; **societates** z. B. in Basel, Halle, Erfurt, Speier und Brädel⁸⁾ oder **Gesellschaften** z. B. in Zürich⁹⁾; in Frankfurt a. M. die Krämer, die Steindecker, die Schuhmacher, die Schneider und die Sadträger¹⁰⁾; **consorcia** z. B. in Etendal¹¹⁾ und in Hagenau¹²⁾; **Compagnien** z. B. in Lübeck¹³⁾; **Bruderschaften** (**fraternitates**, **confraternitates** und **confrateriae**) z. B. in Basel, Köln, Wiener Neustadt und Baden¹⁴⁾; **Eidgenossenschaften** (**conjuraciones** oder **promissiones** z. B. in Goslar (§. 266), **confederationes** oder **compromissiones** z. B. in Pirna (§. 265); **Zeichen** z. B. in Wien¹⁵⁾, Wiener Neustadt¹⁶⁾, Prag¹⁷⁾, in der Mark Brandenburg¹⁸⁾, in Straubing, Passau und in anderen Bairischen Städten¹⁹⁾; **uni-**

5) Continuat. Vindobon. ad 1276 bei Pertz, XI, 707. — **unanimitates omnium artificialium.** —

6) Urf. von 1364 bei Senckenberg, sel. jur. IV, 465 u. 466.

7) Urf. von 1264 bei Faldenstein, Hist. von Erfurt, p. 108 u. 104. **societate carnificum et pistorum quae Innunge appellatur.** Urf. von 1235 §. 36, 39, 41 bei Tschoppe und Stenzel, p. 298. Urf. von 1275 bei Bedmann, V, 2. 7. p. 278. **magistri omnium officiorum Inninghe vocabunt.** und oben §. 262 u. 266.

8) Urf. von 1809 bei Wigand, Archiv, V, 156 u. 157. **mercatorum societati.** — Urf. von 1830 bei Rau, I, 35.

9) Zunftbrief von 1836 im Schweiz. Museum, I, 78 u. 85.

10) Kriegl, p. 369. not. 3 u. 587—588. Böhm, p. 681 u. 644.

11) Urf. von 1238 bei Bedmann, V, 1. 2. p. 195.

12) Stadtrecht von 1164, §. 23 u. 26.

13) Dreyer, Einleit. zu Lübis. Verordn. p. 76.

14) Stadtr. von Wiener Neustadt, c. 55. Kölner Urf. von 1149 in Quellen, I, 329. Urf. von 1467 bei Wone, Zeitschr. II, 4. **de fraternitate mercatorum sive institorum.** —

15) Urf. von 1364 bei Senckenberg, sel. jur. IV, 465 u. 466.

16) Stadtrecht, c. 55.

17) Stadtrecht bei Rößler, p. 100.

18) Urf. von 1468 bei von Raumer, cod. Brand. I, 248. „zu ire Gzechge und innunge — eyne innunge Gzechge und gulde.“

19) Urf. von 1448 bei Ried, I, 1017. **ex zecha seu societate.** — Schmeller, IV, 220.

versitates z. B. in Basel, Trier, Pirna (§. 263 u. 265) und Mainz²⁰⁾; *communitates* z. B. in Gersdorf²¹⁾; und Speier²²⁾; *communiones* z. B. in Basel (§. 263); Gemeinden z. B. in Basel, Reutlingen, Lindau, Ulm und Schweidnitz²³⁾; sehr häufig Gilden z. B. in Braunschweig²⁴⁾, in Salzwehel²⁵⁾, Rauen²⁶⁾, Goslar u. a. m.; zuweilen auch Hansen z. B. in Brafel²⁷⁾, in Mülhausen²⁸⁾ und Hadamar²⁹⁾, wiewohl das Wort Hanse vorzugsweise nur zur Bezeichnung der Kaufmannsgilden gebraucht worden ist (§. 242). Bei den Maurern und Steinmetzen endlich nannte man die Bruderschaft öfters auch eine Hütte (Loge)³⁰⁾. Neben diesen eine Genossenschaft andeutenden Benennungen behielt man indessen da wo man an sie gewöhnt war auch die alten Aemternamen bei³¹⁾, z. B. in Straßburg und Köln die Be-

20) Urf. von 1300 bei Würdtwein, dioeces. Mog. I, 28. *universitas cufariorum sive ligatorum vasorum.*

21) Urf. von 1277 bei Schoettgen et Kreysig, II, 198. *communitas quae vulgo inunge dicitur.* —

22) Urf. von 1380 bei Rau, I, 35.

23) Schö, II, 122, V, 641 u. 655. — „Die Gemeinde der Zunft.“ — Schwörbrief von 1327 bei Jäger, Ulm, p. 788. „alle die gemainde der handwerker hie ze Ulme.“ — Zunftordn. von Lindau §. 3 bei Heider, p. 636. Handfeste von Schweidnitz von 1328 §. 20 bei L. u. Et. p. 522. Privilegium von Reutlingen von 1576 bei Moser, reichst. Hdb. II, 598. — „Richter aus der Zunft-Gemeinde“ — Vereinigungsbrief der Schuhmacher u. Pantoffelmacher zu Bremen von 1635 bei Böhmert, p. 88. „Amptsgemeine geräthe.“ —

24) Urf. von 1293 in Braunsch. Urfb. I, 16.

25) Urf. von 1287 bei Bedmann, V, 1. 3. p. 70. *fraternitatem que teutonice Gilde vocatur.*

26) Urf. von 1375 bei Gerden, Stifftshistorie, p. 603 u. 604.

27) Urf. von 1315 bei Wigand, Archiv, V, 158. *mercatorum societati, que vulgariter hanse dicitur.* — Urf. von 1815, eod. V, 158. *si quis civium hanzam pistorum adintraverit.* — Urf. von 1879, eod. V, 173. „Der hanse eder ghilde.“ —

28) Statut aus 13. sec. bei Grasshof, p. 115. *quod mechanici ansas suas.* —

29) Eistor, bürgerl. Rechtsgel. I, §. 210.

30) Stod, Grundzüge der Verfassung des Gesellenwesens, p. 58.

31) Daß auch die freien Innungen wahre Aemter, sogar öftentlich

nennung officium, Amt oder Gaffel³²⁾, sodann officium z. B. in Hammeln³³⁾, in Stendal³⁴⁾, in Schweidnitz³⁵⁾ u. a. m. Eben so auch noch die ganz allgemeine Benennung Werk (opus) z. B. in Stendal³⁶⁾, in Frankfurt an der Oder³⁷⁾ und in Wittenberg³⁸⁾, ferner Gewerk z. B. in Schweidnitz³⁹⁾, Handwerk z. B. in Straßburg u. a. m. oder auch Gewerk Gemeinde („die Gewercken Gemeine“) z. B. in Wittenberg⁴⁰⁾. Und alle diese Benennungen wurden als völlig gleichlautend gebraucht⁴¹⁾.

Die Mitglieder der Zünfte führten zwar hie und da noch ihre alten an die Handwerksämter erinnernden Namen fort, die Benennung Amtleute oder officiales, z. B. in Hammeln⁴²⁾, in Stendal⁴³⁾ u. a. m., sodann Untergebene oder Unterthane (§. 260). In der Regel wurden sie nun aber Genossen, (Genozzen)⁴⁴⁾, Zunftgenossen (Zunftgnoz)⁴⁵⁾, Werkgenos-
sen (Werggenossen)⁴⁶⁾, Handwerksgenossen („des Antwercks

Aemter gewesen seien, wie Gierke, I, 360 u. 361, glaubt, ist gewiß unrichtig.

32) Scherz, v. Gaffel und oben §. 264.

33) Stadtr. von 1277 bei Pufendorf, observ. II, app. p. 268. omnes officiales vel operarii n. annuales (Handwerker) habebunt officia sua, que vocantur Innunge a consulibus.

34) Urf. von 1233 bei Bedmann, V, 1. 2. p. 195.

35) Urf. von 1293 §. 2 bei L. u. St. p. 420.

36) Urf. von 1231 bei Lenz, p. 30.

37) Urf. von 1294 u. 1350 bei Wohlbrüd, I, 397 u. 555. — opus carnicum.

38) Zunftbrief von 1424 bei Horn, Friedrich der Streitbare, p. 938 u. 940. — „Die Bederwerden — der Begler Wergk.“

39) Handfeste von 1328 §. 3 bei L. u. St. p. 520.

40) Zunftbrief von 1424 bei Horn, Friedrich der Streitbare, p. 940.

41) Reichspoliceiordnung von 1577, tit. 38 §. 1. — „in Zünfften, Amp-
ten und Gölten.“

42) Stadtrecht von 1277 bei Pufendorf, II, 268.

43) Urf. von 1233 bei Bedmann, V, 1. 2. p. 195. Urf. von 1340 bei Gerden, vet. march. II, 11.

44) Urf. von 1244 bei Gemeiner, Chron. I, 350. und Freyberg, V, 90.

45) Zunftbrief von 1271 bei Dohs, I, 404 u. 405.

46) Zunftbrief von 1424 bei Horn, Friedrich der Streitbare, p. 938.

rechte genoz⁴⁷⁾, artifices qui antwerogenoz dicuntur⁴⁸⁾, Gildegenossen u. s. w. genannt, oder auch Brüder (fratres und confratres)⁴⁹⁾, Zunftbrüder⁵⁰⁾, Gildebrüder („Gyldebröder“)⁵¹⁾ u. s. w. oder Freunde⁵²⁾ oder auch Gefellen⁵³⁾, Zunftgesellen⁵⁴⁾ u. s. w., zuweilen auch Hanse, z. B. in Hadamar, wo die Gilde der Weinschenke Weinhanse und daher die Genossen selbst Weinhänse und ihre Vorsteher Hänsemeister genannt worden sind⁵⁵⁾. Die bei weitem am verbreitetsten Benennung wurde nun aber Meister. In früheren Zeiten hießen nämlich nur die Vorsteher der Handwerksämter Meister, und die denselben untergeordneten Handwerker waren und hießen ihre Untergebenen oder Knechte (§. 260). Seitdem jedoch die früheren Ämter Genossenschaften und die Knechte Genossen geworden, und zur Ausnahme in die Genossenschaft gewisse Kenntnisse und Fertigkeiten nothwendig waren, seitdem wurden nun auch die früheren Knechte Meister, z. B. in Frankfurt, Lübeck u. a. m.⁵⁶⁾, oder auch ihre eigene selbständige Herrn (suus proprius dominus oder suus proprius)⁵⁷⁾, Sulvesherre⁵⁸⁾, syn sulve Here⁵⁹⁾ oder fines sulves⁶⁰⁾ genannt. Und ihre Gehilfen kamen nun zu ihnen in ein ähnliches Verhältniß, in welchem sie selbst früher in den Handwerksämtern zu dem Meister des Amtes gestanden hatten.

47) Zunftbrief von 1260 u. 1268 bei Dohs, I, 358 u. 398.

48) Urk. von 1284 bei Böhmer, Frankf. Urkb. I, 214.

49) Zunftbrief von 1248 bei Dohs, I, 323. Urk. von 1281 bei Benz, p. 29. Urk. von 1288 bei Bedmann, V, 1. 2. p. 195.

50) Dohs, II, 122.

51) Urk. von 1345 bei Ludewig, rel. M. VII, 145.

52) Urk. von 1428 bei Förstemann, H. Schrift. I, 159—161.

53) Kölner Chronik, fol. 273. a. und 274. a. Gewohnheiten der Handwerker zu Frankfurt von 1355 bei Böhmer, p. 645, 647 u. 648.

54) Urk. von 1271 bei Dohs, I, 404.

55) Estor, I, §. 210.

56) Urk. von 1355 bei Böhmer, p. 636, 638, 641, 642, 644, 647, 648. Wehrmann, p. 255, 258, 455, 457.

57) Wehrmann, p. 317.

58) Wehrmann, p. 260.

59) Wehrmann, p. 162, 216, 217.

60) Wehrmann, p. 157, 161, 177, 238, 246, 249, 255, 258.

Diese waren und hießen nun ihre Lehrlinge (discipuli)⁶¹⁾, ihre Knappen oder Knaben⁶²⁾, z. B. die Tuchknappen in Nürnberg⁶³⁾, die Bäcker in den Städten am Rhein und in der Wetterau⁶⁴⁾, ihre Diener (servientes)⁶⁵⁾, ihre Untergebenen oder Unterthanen, ihre Helfer oder Gehilfen⁶⁶⁾, ihre Knechte z. B. die Schneiderknechte u. a. m.⁶⁷⁾, zumellen auch ihre Gumpen z. B. die Zimmergesellen in Lübeck⁶⁸⁾, und späterhin ihre Gesellen. Bei manchen Zünften haben die Gesellen auch in späteren Zeiten noch bis auf unsere Tage den Namen Knechte behalten, namentlich bei den Bäckern, Müllern, Metzgern, Schustern und Brauern und in Nordhausen auch bei den Wagnern und Pöltchern⁶⁹⁾. Bei allen übrigen Zünften ist aber der Name Geselle gebräuchlich geworden. Seitdem nämlich das Zunftwesen mehr und mehr nach dem Vorbilde der Ritterorden geordnet worden ist, seitdem unterschied man in jeder Zunft die Meister von den Gesellen und diese wieder von den Lehrburschen, wie bei den Ritterorden die Ritter von den Knappen und diese von den Pagen. Und wie die Pagen nach beendigten Lehrjahren zuerst Knappen werden mußten, ehe sie den Mitterschlag erhalten konnten, eben so mußten die Lehrlinge nach beendigter Lehrzeit zuerst Gesellen werden, ehe sie Meister werden konnten.

Durch diese Einrichtung erhielten nun auch die Gesellen eine selbständigere Stellung. Sie wurden sehr unabhängig von ihren Meistern, weit unabhängiger noch als es die untergeordneten Handwerker in den horigen Handwerksämtern gewesen sind. Daher

61) Trierer Weisthum aus 13. sec. X, 9 bei Lacomblet, Archiv, I, 321. *discipulis sutorum et pellificum.*

62) Dops, II, 152. Stod, Grundzüge, p. 42 ff. u. 78. Not.

63) Siebenkees, II, 681.

64) Urf. von 1352 bei Böhmer, p. 626.

65) Zunftbrief von 1256 bei Dops, I, 340.

66) Bamberger Gerichtsbuch aus 14. sec. bei Zoepfl, p. 164 u. 165. — „Dehein meister — von seinem entertan, der sein helfer ist.“ —

67) Siebenkees, II, 681.

68) Wehrmann, p. 462.

69) Urf. von 1428 bei Förstmann, kleine Schriften zur Gesch. von Nordhausen, I, 159 u. 160.

singen nun auch die Gesellen jedes Handwerks an eigene Genossenschaften zu bilden, welche man Gesellen=Bruderschaften genannt hat. Diese Gesellenvereine begannen in manchen Städten schon seit dem 14. Jahrhundert, z. B. in Basel ⁷⁰⁾. Auch in Speier haben die Weberknechte, die Wolleschläger, die Rüssen, d. h. die Schuhknechte und Schuhflicker, und die Müllerknechte schon im Anfang des 14. Jahrhunderts eigene von den Zünften unabhängige Gesellschaften gebildet ⁷¹⁾. Seit dem 15. und 16. Jahrhundert verbreiteten sie sich aber über ganz Deutschland. In Ulm z. B. bestand die Bruderschaft der Webergesellen schon seit dem Anfang des 15. Jahrhunderts ⁷²⁾; in Görlitz die Bruderschaft der Schuhmachergesellen und der Hut- und Sensenschmiedegesellen jedenfalls schon seit der Mitte des 16. Jahrhunderts ⁷³⁾, die Bruderschaft der Schuhknechte in Eßlingen seit dem 17. Jahrhundert ⁷⁴⁾, die Gesellenbruderschaft der Schuhknechte in Frankfurt an der Oder seit dem 15. Jahrhundert ⁷⁵⁾; die Bruderschaft der Brauknechte in Hamburg seit dem 16. Jahrhundert ⁷⁶⁾; in Lübeck die Bruderschaft der Gesellen des Maler- und Glaseramtes seit dem 15. und jene der Schmiedegesellen seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts ⁷⁷⁾, die übrigen Gesellenbruderschaften in Lübeck aber erst seit dem 16. Jahrhundert. Noch im Jahre 1480 wurde das Recht eine eigene Rolle zu haben den Barbiergesellen ⁷⁸⁾ und im Jahre 1545 den Zimmergesellen das Recht eine eigene Ordnung mit eigenen Beamten zu haben verweigert ⁷⁹⁾. Für ihre Lustbarkeiten durften zwar auch die Gesellen in Lübeck einen Schaffer wählen.

70) Döb, II, 151.

71) Urk. von 1313, 1351 u. 1362 bei Rau, II, 9. Die Rüssen erinnern an die Rueßigen in Nürnberg, wo man die Metallarbeiter in Feuer so genannt hat. Vergl. Schmeller, III, 138.

72) Jäger, Ulm, p. 538.

73) Neumann, p. 601.

74) Pfaff, p. 700.

75) Privilegien bei Zimmermann, II, 122 ff. u. 126 ff.

76) Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 341.

77) Wehrmann, Lüb. Zunftrollen, p. 153 u. 154.

78) Wehrmann, p. 116 u. 166.

79) Wehrmann, p. 116 u. 462.

Nach beendigtem Feste mußte er aber sein Amt wieder niederlegen⁸⁰⁾. In Iglau wurde die Tuchknappenbruderschaft sogar erst im Jahre 1669 errichtet⁸¹⁾.

Auch diese Gesellenbruderschaften wurden den Ritterorden mehr aber noch den geistlichen Orden und den Klöstern nachgebildet. Was z. B. in den Klöstern der Bruder Keller oder der Speisemeister, das war bei ihnen der Schenkgesell. Auch bezieht sich auf jene Nachbildung die bei mehreren Gesellenbruderschaften gebräuchliche Entschuldigungsformel, wenn man einem wandernden Gesellen nicht helfen konnte, „das Kloster ist arm, der Brüder sind viel und der Abt trinkt selber gern“⁸²⁾. In unseren Tagen ist jedoch mit dem Zunftwesen überhaupt auch das Gesellenwesen zu Grabe gegangen. Denn nur in wenigen Territorien, z. B. in Schleswig und Holstein, dauern diese Gesellen Bruderschaften heute noch fort⁸³⁾.

b) Vorstände.

§. 270.

Die Vorsteher der alten Handwerksämter waren Hofbeamte, unter deren Aufsicht und Verantwortlichkeit ihre Untergebenen für den Hof arbeiten mußten¹⁾. Seitdem jedoch die zu einem Handwerksamte gehörigen Handwerker eine freiere Stellung erhalten hatten und nun von jedem Amte nur noch eine bestimmte Anzahl von Handwerkern in Anspruch genommen zu werden pflegte, seitdem bildeten diese eine Art von Handwerks Ausschuß, an welchen sich die Hofherrschaft zu halten pflegte und welcher nun das ganze Handwerksamt der Herrschaft gegenüber zu vertreten hatte. Denn die Beihilfe der Uebrigen trat erst, wenn es nothwendig war, ein. Die früher dem Meister allein obliegende Verantwortlichkeit ging daher nun auf den Amtsausschuß über. Auch wurden die Mitglieder des Ausschusses nun gewissermaßen selbst Amtsvorsteher

80) Wehrmann, p. 116 u. 423.

81) Urf. von 1669 bei Werner, Gesch. der iglauer Tuchmacherzunft, p. 86 ff.

82) Stodt, p. 46, 48 u. 70.

83) Rautert bei Faldt, Archiv für Geschichte, I, 81 ff.

1) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 335.

und zuweilen auch *officiati* genannt. So die zwölf Kürschner, die acht Schuster und die vier Handschuhmacher in Straßburg und die sieben Kürschner in Trier²⁾. Und dieser Amtsvorstand wurde, wie wir gesehen, von den herrschaftlichen Beamten oder von der Herrschaft selbst ernannt (§. 261). Seitdem nun die Handwerksämter in freie Zünfte übergegangen und andere freie Zünfte neu gebildet worden waren, seitdem hat sich die Zunftvorstandschaft wesentlich geändert. Zwar hatte jede Zunft nach wie vor noch ihren eigenen Vorstand oder auch mehrere Vorsteher. Diese wurden jedoch nicht mehr von der Herrschaft ernannt und waren auch keine Hofbeamte mehr. Sie wurden vielmehr von jeder Zunft selbst nach Mehrheit der Stimmen gewählt. Jede Zunft, groß oder klein, sollte, wie der Erzbischof Wichmann bei Gelegenheit der Bestätigung der Schusterinnung sagte, ihre eigene Ehre und ihr eigenes Recht haben, und daher unter keinem anderen als unter dem von ihr selbst gewählten Vorstand stehen (*quod officia civitatis nostre magna sive parva, quodlibet in suo honore secundum jus suum integrum esse, volentes, jus et magisterium suorum ita consistere volumus, ut nullus magistratum super eos habeat, nisi quem ipsi ex communi consensu magistrum sibi elegerint*)³⁾. Die Vorsteher waren demnach genossenschaftliche von der Genossenschaft selbst abhängige Beamte, welche nun auch einen neuen zu ihrer neuen Stellung passenden Namen erhielten.

Jede freie Zunft hatte einen, öfters auch zwei oder mehrere Vorsteher. In Wittenberg z. B. standen an der Spitze jeder Zunft zwei von derselben gewählte Zunftmeister, welche von dem Stadtrath beeidigt zu werden pflegten⁴⁾. In Soest zwei von dem Amte oder der Gilde zu wählende Richtleute⁵⁾. In

2) Urf. von 1240 bei Wencker, collect. archiv. p. 644. — *duodecim officiatos inter pellifices aream — ad officium ipsorum pertinentem per manum magistri eorum*. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 336 vergl. oben §. 263.

3) Urf. von 1157 bei Ludewig, rel. II, 389.

4) Zunftbrief von 1424 bei Horn, Friedrich der Streitbare, p. 938 u. 940.

5) A. Ged, Beschreibung der Stadt Soest. Soest 1825. p. 128.

Eher zwei von der Zunft gewählte Oberzunftmeister, welche alle Jahr im Amt alternirten ⁶⁾. Auch in Schlesien standen öfters zwei Meister an der Spitze jeder Innung, z. B. in Breslau, Grottkau u. a. m. ⁷⁾. Noch öfter findet man vier oder auch drei, fünf, sechs, sieben Vorsteher. Zwei, drei oder vier Zunftmeister z. B. in Schweidnitz und Ratibor ⁸⁾, vier Vormunde in Nordhausen ⁹⁾, vier Zunftmeister in München, Regensburg und in anderen Bairischen Städten ¹⁰⁾. Sie wurden daher die Vierer oder auch die Vorgeher der Handwerker genannt ¹¹⁾. Auch in Erfurt hatten manche Handwerksämter vier Vorsteher, welche man die vier Regenten des Handwerks zu nennen pflegte ¹²⁾. Eben so hatte in Hamburg die Brauerbruderschaft vier Vorsteher, welche die vier Alten genannt worden sind ¹³⁾. In Lübeck hatten die größeren Zünfte vier Alterleute, die weniger zahlreichen nur zwei ¹⁴⁾. Fünf Vorsteher, einen Gilbemeister und vier andere von der Gilde gewählte Meister findet man in Stendal ¹⁵⁾, sechs Vorsteher, zwei Zunftmeister und vier andere erbare Männer aus der Zunft, die Sechse genannt, in Speier ¹⁶⁾. Sechs Meister in Frankfurt a. M. ¹⁷⁾, sieben Zunftvorsteher später in Zürich und in Basel, außer einem Zunftmeister noch sechs andere von der Zunft gewählte Meister, welche daher die Sechser genannt zu werden pflegten ¹⁸⁾. Acht Vorsteher z. B. in Frank-

6) Simler, eidgenöß. Regiment, p. 607.

7) Urk. von 1824 §. 6 bei L. u. St. p. 505.

8) Urk. von 1293 §. 3 bei L. u. St. p. 420.

9) Urk. von 1428 u. 1475 bei Förstemann, I, 160 u. 161.

10) Schmeller, I, 631.

11) Bair. Landr. und Policey Ordnung von 1616, IV, tit. 1, art. 10 u. 12.

12) Beschreibung von 1332 bei Faldenstein, Hist. von Erfurt, p. 205.

13) Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 308 ff.

14) Wehrmann, p. 133 f.

15) Urk. von 1231 bei Lenz, p. 30. Quolibet anno unus magister, quatuor alii boni viri, qui rebus gilde presint, fideliter elegantur.

16) Zunftstatute von 1338 u. 1527 bei Rau, II, 5 u. 31.

17) Gesetz von 1352 bei Böhmer, p. 624.

18) Zunftbrief von 1336 im Schweizer. Museum, I, 79, 82, 83. Ochs, I, 352, II, 93, 125, 126, 135, III, 15—18.

furt a. M. bei den Päckern, welche daher die Achter (Echter) genannt wurden ¹⁹⁾.

Die Wahl der Zunftvorsteher geschah fast allenthalben von den Zunftgenossen selbst nach Mehrheit der Stimmen. In Magdeburg und Halle hatten die Gilben und Innungen schon im 12. Jahrhundert freies Wahlrecht erhalten (§. 262). In Basel die Zunft der Schneider, der Gärtner und der Weber und Linwetter schon seit dem 13. Jahrhundert und später auch noch die anderen Zünfte ²⁰⁾. Das Wahlrecht wurde zwar späterhin auf die Zunftsechser beschränkt, die Wählbarkeit der übrigen Zunftmitglieder aber nicht ausgeschlossen ²¹⁾. In Köln war das freie Wahlrecht schon im Jahr 1258 ein altes Herkommen, es muß daher schon im 12. Jahrhundert entstanden sein. Auch in Regensburg hat es schon im 13. Jahrhundert bestanden. In Trier seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts (§. 262 u. 263). Auch in Wittenberg, Stendal, Prizwalf und in den meisten anderen Städten in der Mark Brandenburg schon seit dem 13. und 14. Jahrhundert ²²⁾. Und seit dem 14. Jahrhundert bildete das freie Wahlrecht die Regel in ganz Deutschland, namentlich auch in Zürich, wo jedoch in dem Falle, wenn die Zunftgenossen sich nicht vereinigen konnten, der Bürgermeister den Zunftmeister geben sollte ²³⁾. In Frankfurt a. M. sollten die sechs Zunftvorsteher der Schneider und der Tuchscherer ihre Nachfolger selbst wählen ²⁴⁾. Nur in wenigen Städten hatte der Stadtrath, z. B. in Hannover ²⁵⁾, in Breslau und Grottau ²⁶⁾, in Schweidnitz und Ratibor ²⁷⁾, in Görlitz ²⁸⁾ und in

19) Gesetze von 1377 §. 28 u. 30 bei Böhmer, p. 751.

20) Zunftbriefe von 1260 und 1268 bei Ohs, I, 352, 398, 550, III, 14 u. 15. Vergl. oben §. 263.

21) Heusler, p. 376—377.

22) Urf. von 1335 bei Ludewig, rel. M. VII, 25. — *gildam secundum communem aliarum nostrarum civitatum consuetudinem.* —

23) Zunftbrief von 1386 im Schweizer. Museum, I, 79.

24) Gesetze von 1352 bei Böhmer, p. 624.

25) Urf. von 1241 in Orig. Guelf. IV, 184 u. 186.

26) Urf. von 1324 §. 6 bei L. u. St. p. 505.

27) Urf. von 1293 §. 2 und von 1328 §. 3 bei L. u. St. p. 420 u. 520.

28) Urf. von 1391 bei L. u. St. p. 610.

Wien ²⁹⁾, oder die gesammte Gemeinde z. B. in Parchwitz ³⁰⁾, die Zunftmeister zu ernennen oder wenigstens die von den Zünften gewählten Meister zu bestätigen z. B. in Lübeck ³¹⁾ und in Basel ³²⁾. Im Jahre 1401 wurde in Basel das Recht die Zunftmeister zu wählen den Zünften selbst wieder entzogen und den alten und neuen Sechsern, also den zwölf Sechsern und dem jedesmaligen Zunftmeister übertragen und diesen dreizehn sogenannten Riefern gestattet die Zunftmeister auch aus einer anderen Zunft zu nehmen ³³⁾, eine Wahlart, welche indessen im Jahre 1504 wieder dahin abgeändert worden ist, daß die Zunftmeister nur aus der Zunft selbst gewählt werden sollten ³⁴⁾. Ueberhaupt wurde in Basel viel in Zunftangelegenheiten verordnet und abermals wieder geändert. So sollten z. B. in der Zunft der Schiffeleute und Fischer im 14. Jahrhundert die neuen Sechser jedes Jahr von den alten Sechsern, der Zunftmeister aber von den Fünfzehn, d. h. von den alten und neuen Sechsern, von den beiden Rathsherren aus der Zunft und von dem alten Zunftmeister gewählt werden. Späterhin fiel jedoch der Unterschied zwischen den alten und neuen Sechsern und der jährliche Wechsel selbst weg. Und die früher jährlichen Sechser wurden nun beständige und zwar lebenslängliche Zwölfer ³⁵⁾. In Speier wählte jede Zunft zwölf erbare Männer ihrer Zunft, die Rießer, welche sodann die Sechse (die beiden Zunftmeister und die vier erbaren Männer) aus der Zunft selbst zu erwählen hatten ³⁶⁾. Im Laufe des 15. Jahrhunderts scheint der Rath die Ernennung der Zunftmeister an sich gezogen und diese aus dem Rath selbst genommen zu haben. Denn auf eine darüber erhobene Beschwerde wurde im Jahre 1512 verordnet, daß die Zünfte selbst wieder die beiden Zunftmeister wäh-

29) Urk. von 1364 bei Senckenberg, sel. jur. IV, 468.

30) Urk. von 1374 §. 1 bei T. u. St. p. 597.

31) Wehrmann, p. 68.

32) Rathschluß von 1497 bei Ochs, V, 16.

33) Ochs, III, 15—18

34) Ochs, III, 18.

35) Ochs, II, 92 u. 93.

36) Zunftstatut von 1338 bei Rau, II, 5 u. 31.

ten, jedoch nur einen aus der Gemeinde, den anderen aber aus den Rathsherren nehmen sollten. Und dieser wurde seit dem 17. Jahrhundert der Zunftherr genannt, um ihn von dem aus der Gemeinde genommenen Zunftmeister zu unterscheiden ³⁷⁾.

Die Zunftvorsteher wurden ursprünglich allenthalben immer nur auf ein oder auf mehrere Jahre gewählt. Da jedoch der öftere Wechsel der Personen nicht vortheilhaft, die Anzahl derer, die sich zu dem Geschäfte eigneten, in manchen Zünften nicht groß war, so wurden öfters dieselben Personen immer wieder gewählt und zuletzt sodann das Amt ein lebenslängliches, wie z. B. die lebenslänglichen Zwölfer in Basel und die Aelterleute in Lübeck ³⁸⁾.

Ursprünglich pflegte jede Zunft ihre Vorsteher aus ihrer eigenen Mitte zu wählen. Da jedoch die Wahl eines Fremden nicht verboten war, so wählte man zuweilen auch andere, zumal reiche Bürger und Geschlechter. Schon im 13. Jahrhundert wählten die Zünfte in Köln, um ihre Ansprüche desto leichter durchsetzen zu können, mächtige Bürger, was zu den bekannten Beschwerden des Erzbischofs geführt hat (S. 262). Aber auch anderwärts stellte man einflußreiche Geschlechter an die Spitze der Zünfte, zumal seit dem Beginne der Kämpfe unter den Geschlechtern und der Zünfte gegen den Stadtrath und gegen die Geschlechter. Und die Geschlechter ließen sich solche Wahlen um so lieber gefallen, als sie mittelst der Zünfte ihre Privat Zwecke besser zu erreichen hoffen konnten. Daher findet man in Köln ³⁹⁾, in Straßburg, Zürich und Basel, und wahrscheinlich auch in Ulm öfters Geschlechter an der Spitze der Zünfte ⁴⁰⁾. In Basel wählten einmal die Schneider einen Rechtsgelehrten zu ihrem Sechser ⁴¹⁾ und das Brodmeisteramt war daselbst einem Patriciergeschlechte sogar zu Lehen gegeben und späterhin an einen Bürger versetzt worden (S. 263).

Die Einsetzung des Zunftvorstehers in das Amt, die Investitur, geschah öfters in feierlicher symbolischer Weise,

37) Rau, II, 5.

38) Wehrmann, p. 184.

39) Schiedspruch von 1258 Nr. 44 in Quellen, II, 385 u. 395.

40) Jäger, Ulm, p. 207.

41) Ochs, II, 147.

z. B. bei der Fischerinnung in Trier mittelst Uebergabe eines Straußes an den neugewählten Fischermeister. Und in derselben Weise ward das Amt nach Ablauf des Jahres wieder niedergelegt. („obergab darmit sein ambt mit einem strauß“) ⁴²⁾.

Der Name der Zunftvorsteher richtete sich meistens nach dem Namen der Zunftgenossenschaft, welcher sie vorstanden. Da wo die Zünfte Gilden hießen wurden die Zunftvorsteher Gildemeister oder *magistri gildae* genannt, Zechmeister aber ⁴³⁾ oder Zunftmeister oder Oberzunftmeister, Handwerkmeister, Hansemeister u. s. w. da, wo die Genossenschaften Zechen, Zünfte, Handwerke, Hanse u. s. w. genannt zu werden pflegten. Daher wurden sie in jenen Städten, in welchen die alten Namen Ämter oder Gewerbe (*opus*) geblieben waren, auch späterhin noch Amtsmeister ⁴⁴⁾, *magistri officiorum* ⁴⁵⁾, Gewerkemeister (*magistri operum*) z. B. in Frankfurt an der Oder ⁴⁶⁾, oder Handwerkmeister, und Zunftmeister, und späterhin Oberherrn z. B. in Straßburg genannt ⁴⁷⁾, öfters aber auch ganz allgemein Vorsteher (*rectores gildae* ⁴⁸⁾ oder *rectores officii* ⁴⁹⁾, Vormunde ⁵⁰⁾, Älterleute z. B. in Lübeck Olberlude ⁵¹⁾ und in Bremen *aldermanni* ⁵²⁾ oder *Olbermanne* ⁵³⁾, Johann Altmeister ⁵⁴⁾, Obermeister ⁵⁵⁾, Obmänner, Zunft herrn oder

42) Verhandlungen der Fischerinnung von 1611 bei Grimm, II, 282. Not.

43) Stadtrecht von Freiberg bei Schott, III, 293.

44) Eßor, Rechtsgel. I, §. 258.

45) Urf. von Witslod von 1275 bei Bedmann, V, 2. 7. p. 273.

46) Urf. von 1294 bei Wohlbrüd, I, 397.

47) Hermann, notices hist. sur la ville de Strasbourg, II, 4 u. 11. Heiß, Zunftwesen, p. 24.

48) Urf. von 1335 bei Ludewig, rel. M. VII, 25.

49) Urf. von 1293 §. 2 bei T. u. St. p. 420.

50) Urf. von 1428 u. 1475 bei Förstmann, I, 159—161. Gölßen, p. 76 u. 251.

51) Wehrmann, p. 129 ff., 159 ff.

52) Urf. von 1305 bei Delrichs, p. 423.

53) Statute bei Delrichs, p. 17, 398 u. 400.

54) Eßor, I, §. 258.

55) Urf. von 1332 bei Faldenstein, Hist. von Erfurt, p. 198.

Wetteherrs⁵⁶⁾, Wirthalter z. B. in Goslar⁵⁷⁾, Nichtleute z. B. in Soest⁵⁸⁾ oder Befehlshaber z. B. in Thur, wo die Zunftvorsteher abwechselnd Zunftmeister, Oberzunftmeister und Befehlshaber („Befehler auf der Schmidzunft“) genannt worden sind^{58a)} oder auch capitanei unionum seu gildonum als gleichbedeutend mit magistri unionum seu gildonum, z. B. in Braunschweig⁵⁹⁾. In jenen Städten, in welchen die Zunftvorsteher jedes Jahr gewählt zu werden pflegten, wurden sie öfters auch Jahrmeister genannt, z. B. in Frankfurt a. M.⁶⁰⁾. Sehr häufig wurden die Zunftvorsteher von ihrer Anzahl auch Vierer, Sechser, Achter u. s. w. genannt⁶¹⁾. In Mainz wurde der Vorsteher der Seiler König genannt⁶²⁾, wie in Genf die Vorsteherin der freien Frauen Königin (S. 425).

Die Vorsteher der Zünfte hatten die Angelegenheiten der Genossenschaft zu besorgen. Öfters stand ihnen jedoch ein Zunfttrath zur Seite, in Basel der Rath der Sechser⁶³⁾, in Zürich die Sechse, welche daher auch die Ratgeber des Zunftmeisters genannt werden⁶⁴⁾, in Soest zwei von dem Amte oder der Gilde gewählte Beisitzer⁶⁵⁾, in Straßburg 15 Zunftgenossen,

56) Berlepsch, Chronik der Maurer u. Steinmeyer, p. 136 u. 137.

57) Schölzer, Briefwechsel, VI, 218.

58) A. Ged, Beschreibung der Stadt Soest, p. 128.

58a) Lienhard Glarner's Erzählung von 1658 bei von Mohr, Archiv für Geschichte von Graubünden, I, S. 2. p. 20 u. 24.

59) Urk. von 1309 im Braunsch. Urkb. I, 26 f.

60) Kriegl, p. 539.

61) Kriegl, p. 391. Vergl. oben S. 270.

62) Grimm, I, 533.

63) Zunftbrief von 1260 u. 1271 bei Döb, I, 352 u. 404. — „Denne solen si nemen Sechse mit der Rate der Meister ir Zunft unde ir Almyusen verrichte.“

64) Zunftbrief von 1386 im Schweizer. Mus. I, 79. — „sechs erbet manne von ir zunft die bi dem zunftmeister sitzen vnd im helfen besorgen vnd betrachten des antwerkes vnd der zunft nuß vnd frommen swenne sin der zunftmeister notturftig ist.“ Vergl. noch p. 83 u. 85.

65) Ged, p. 128.

welche den Titel Schöffen führten ⁶⁶⁾, in Lindau 11 Zunftgenossen, die Hilff oder Hilfffer genannt ⁶⁷⁾, in Speier vier erbare Männer aus der Zunft ⁶⁸⁾, in Freiburg die Ächter oder die 8 ältesten der Zunft ^{68a)}, in Schweidnitz die Ältesten des Handwerks ⁶⁹⁾, in Reutlingen die Zunfttrichter ⁷⁰⁾ und in Kaufbeuren außer den Zunfttrichtern u. a. m. auch noch die sogenannten Gilfer. In Kaufbeuren bestand nämlich jede Zunft aus einem Zunftmeister, einem Rathsfreund, zwei Zunfttrichtern, zwei Zunftrechnern und aus 11 Männern aus den Zunftverwandten, den sogenannten Gilfern, welche die Zunftgemeinde bei dem Zunftvorstande repräsentirten ⁷¹⁾, in Wien der Acht Meister Rath ⁷²⁾, in Stendal die vier neben dem Gilbemeister stehenden Meister u. j. w. Einzelne Geschäftszweige pflegten jedoch von ihrem Amte ausgeschieden und an einzelne Meister hingewiesen zu werden. So hatte bei den sogenannten geschnitten Handwerken öfters Einer der Meister für die wandernden Gesellen zu sorgen und dieselben zu bewirthen. Er wurde daher Schenker oder Ordenmeister genannt ⁷³⁾. Anderwärts war das Rechnungswesen einem oder meh-

66) Hermann, II, 8, 11 u. 26 f. Heitz, das Zunftwesen in Straßburg, p. 24.

67) Heider, p. 88, 636, 637, 638 u. 641.

68) Rau, II, 5 u. 31.

68a) Urf. von 1490 bei Schreiber, II, 583.

69) Willführ von 1389 bei L. u. St. p. 608. „Daz die neuwin und die aldin Meister mit erin Elbstein alle us idem Handwerk czwene „Man tyfin.“ —

70) Schon nach der Urf. von 1348 bei Gayler, histor. Denkw. von Reutlingen, p. 48. standen Zunfttrichter an der Seite des Zunftmeisters einer jeden Zunft. Ihre Anzahl wird nicht angegeben. Späterhin hatte jede Zunft 10 Zunfttrichter, welche mit den zwei sogenannten Zunftbüthen und dem Zunftmeister an der Spitze das Zunftgericht gebildet haben. Urf. von 1576 bei Moser, reichsst. Hdb. II, 598. Vergl. Jäger, Magazin, V, 259.

71) Jäger, Magazin, V, 355.

72) Urf. von 1340 bei Rauch, script. rer. Austr. III, 6. „Wir wollen auch daz die maister, welich zechmeister vnder in sein — da sollen sie nicht mit tuen noch wandeln an der acht maister rat, die man zu in jacht.“

73) Stodt, Grundzüge des Gesellenwesens, p. 38 ff., 42 Not. u. 48.

rerer Meistern übertragen und diese führten sodann den Namen Seckelmeister z. B. in Basel⁷⁴⁾, oder Tafelherren z. B. in Goslar⁷⁵⁾, insgemein aber Ladenmeister. Der jüngste Meister, der sogenannte Jungmeister, hatte die Vorladungen und die anderen Botendienste zu besorgen.

§. 271.

Die Anzahl der Vorsteher einer Gesellenbruderschaft war verschieden je nach der Größe der Bruderschaft. Bei der aller kleinsten Bruderschaft findet man wenigstens zwei Beamtete, einen Altgesellen und einen Junggesellen, oder einen Altführer und Jüngstführer, welcher zuweilen auch Knappmeister genannt worden ist, bei den größeren Bruderschaften dagegen zwei bis vier Altgesellen, von denen sodann der ältere Vorhalter und der zweite Ladengesell oder Schaffer oder Rechnungsführer genannt zu werden pflegte¹⁾. In Ulm standen an der Spitze der Bruderschaft der Webergesellen ein eigener Zunftmeister und Zwölfsmeister²⁾. In Speier nannte man den Vorstand der Gesellschaft der Weberknechte Büchsenmeister, offenbar von der Gesellschaftsbüchse, welche er in Händen hatte³⁾. An der Spitze der Bruderschaft der Brauknechte in Hamburg standen sechs Vorsprachen und ein sogenannter Baumtrager. Der Baumtrager hatte seinen Namen von dem Baume, der ihm bei Uebernahme seines Amtes übergeben wurde und auf welchen er seinen Eid leistete und den er in früheren Zeiten (vor der Reformation) mit einem auf die Spitze des Baumes gesteckten Lichte vor jeder Leiche eines Bruders hertragen mußte. Er war der vornehmste Brauknecht, der über allen anderen stand, diese in gewissen Fällen zu vertreten und selbst eine Gerichtsbarkeit über sie hatte⁴⁾. Die eigentlichen Vorsteher und Vertreter der Bruder-

74) Zunftbrief von 1260 bei Döb, I, 349 u. 350.

75) Schölzer, Briefwechsel, VI, 218.

1) Stod, p. 6 u. 78. Berlepsch, Chron. vom Bäckergerwerb, p. 125.

2) Jäger, Ulm, p. 688.

3) Rau, II, 9.

4) Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 342 - 347.

schaft waren aber die sechs Vorsprachen⁵⁾. Zur Hölgezeit kamen zu ihnen noch einige andere aus der Bruderschaft zu wählende Beamte hinzu. Vor Allem ein Großvogt und zwei Beisitzer, welche während der Hölgezeit die Gerichtsbarkeit auszuüben hatten. Dann ein großer Raspelvogt mit acht Knechten und ein kleiner Raspelvogt mit acht Knechten, welche die Befehle des Großvogtes zu vollziehen hatten. Ein Schlummervogt, welcher denen, die während des Festes eingeschlafen waren, den Hut wegnehmen und ihn nur gegen ein Lösegeld wieder hergeben sollte. Ein Bäcker, ein Koch und ein Kerzengießer, jeder mit zwei Knechten, welche für das Brod und Fleisch und für die Lichter zu sorgen hatten. Zwei Schaffer, welche die Aufsicht über das Bierzapfen führten. Dann noch mehrere andere Gesellschaftsbeamte, welche mehr des Scherzes wegen ernannt zu werden pflegten, nämlich ein Doctor der Medizin mit zwei Knechten, ein Bartschärer mit zwei Knechten, ein Schreiber, der Alles aufschreiben sollte, ein Buchträger, wie man scherzweise einen Buchhalter zu nennen pflegte, der natürlich kein Buch zu halten hatte, außerdem auch noch ein Döfenschreiber, der hinter dem Buchträger herzugehen und ihn zu hänseln hatte, endlich noch viele sogenannte Döfenschläger, welche mit einem Döfeken (d. h. einem Zapfen von Holz mit einem Pfeischen an der Seite) und mit einem hölzernen Hammer versehen die Ordnung bei den öffentlichen Umzügen der Brautknechte scherzweise handhaben sollten, und welche sammt und sonders für die Unterhaltung bei dem Feste zu sorgen hatten⁶⁾. In Jglau standen an der Spitze der Tuchknappenbruderschaft 6 Aelteste, welche von den amttragenden Aeltesten auf ein halb Jahr gewählt zu werden pflegten⁷⁾. In Frankfurt an der Ober standen an der Spitze der Bruderschaft der Schuhknechte zwei Meisterknechte und an der Spitze der Gesellenbruderschaft der Bäckerknechte zwei Meistergesellen, welche auch Knapen oder Meisterknappen genannt worden sind⁸⁾. Diejenigen Gesellen, welche für die

5) Schlüter, p. 348—354 u. 373.

6) Schlüter, p. 361 — 373. Vergl. Beneke, Hamburg. Geschichten und Denkwürdigkeiten, p. 286 ff.

7) Urk. von 1669 bei Werner, p. 87.

8) Privilegien bei Zimmermann, II, 123 u. 127.

wandernden Gesellen zu sorgen und sie zu bewirthen hatten, hießen Schenkgesellen⁹⁾ und diejenigen, welche sich für die wandernden Gesellen nach Arbeit umsehen sollten, Umschaugezellen, Ordengestellten oder Ordenjünger¹⁰⁾. Die umschauenden Böttchergesellen in Magdeburg trugen als Abzeichen ihres Amtes blaue Mäntel mit einem mit goldenen Tressen besetzten Kragen und die Seilergesellen ein Herz in der Hand, durch welches ein Pfeil gesteckt war¹¹⁾. Bei vielen Handwerken hatte jedoch der Altgesell oder der Schaffner die Umschau zu besorgen¹²⁾. Der eigentliche Vorstand der Bruderschaft war übrigens der Altgesell. Der Junggesell oder der Ordenjünger hatte die Botendienste zu thun¹³⁾.

Die Vorsteher der Gesellenbruderschaften wurden insgemein von der Bruderschaft selbst, in Zglau von den regirenden Ältesten selbst gewählt. Ganz eigenthümlich war jedoch die Wahl und die Amtsinvestitur des Baumtragers und der Vorsprachen bei der Bruderschaft der Brauknechte in Hamburg. Der Baumtrager wurde daselbst alle zwei Jahre im Hofe des Högshauses unter freiem Himmel von den Brauknechten gewählt und mittelst Uebergabe des Baumes feierlich in sein Amt eingesetzt. Die bei dieser Gelegenheit zu haltenden Reden waren genau vorgeschrieben¹⁴⁾. Auch die Wahl der Vorsprachen hatte alle zwei Jahre in der Art statt, daß immer die drei Ältesten austreten und an deren Stelle drei neue gewählt werden sollten. Die Wahl geschah jedoch nicht von der Bruderschaft selbst, vielmehr in nachfolgender Weise. Die vier Alten der Brauerknechte (§. 284) und die sechs Vorsprachen versammelten sich in der St. Katharinenkirche. Die drei austretenden Vorsprachen schlugen jeder drei, also im Ganzen neun Knechte vor, aus denen sodann die vier Alten der Knechte (also im Grunde genommen die Brauer und nicht die Brauknechte) die drei neuen Vorsprachen ernannten. Die Bekanntmachung der Wahl erfolgte am nächsten Sonntag nach der Kirche

9) Stod., p. 42 u. 48.

10) Stod., p. 50, 61, 65 u. 66.

11) Stod., p. 51.

12) Stod., p. 66 u. 67.

13) Stod., p. 8 u. 73. Berlepsch, Chronik der Feuerarbeiter, p. 162 ff.

14) Schlüter, p. 343—346.

und nach einem bei einem der vier Älten eingenommenen Mittagsmahle. Den neu Ernannten wurde als Zeichen ihres Amtes ein aus Blumen und Kräutern, ursprünglich wahrscheinlich aus Rosen bestehender Kranz übergeben, weshalb dieser Kranz der Rosenkranz genannt worden ist. Um ihre Brauchbarkeit und Geschicklichkeit zu bewähren, mußte ein jeder von ihnen einen Becher voll Bier 10 Mal austrinken und Malz brechen. Um zu beweisen, daß sie sich als ehrbare Männer verhalten wollten, sollten sie sich die Haare vom Kopf ganz glatt abscheeren lassen. Endlich sollten sie ein Huhn sammt den Knochen essen, womit man ihnen zu verstehen geben wollte, daß sie in ihrem Amte manchen Verdruß haben und öfters in einen sauren Apfel zu beißen und harte Bissen zu verschlucken haben würden. Seit dem 17. Jahrhundert durften sie jedoch gegen Entrichtung einer bestimmten Summe ihre Haare lösen, wie man es nannte, also ihre Haare behalten, und auch das Essen der Hühnerknochen loskaufen. Endlich mußten sie auch den Kranz, der bereits im 17. Jahrhundert ein bis zwei Reichsthaler kostete, bezahlen. Und daß auch bei dieser Feierlichkeit Neben hin und her gehalten werden mußten, versteht sich gewissermaßen von selbst ¹⁵⁾).

c) Rechte und Verbindlichkeiten der Zunftgenossen.

§. 272.

Die Zünfte waren freie Genossenschaften. Die Zunftgenossen hatten demnach alle Rechte und Verbindlichkeiten der freien Genossenschaften überhaupt und der Gilden insbesondere, von denen sie nur eine Unterart waren, von welchen Wilba in seinem bekannten Buch über das Gilbenwesen im Mittelalter gehandelt hat.

Wie andere Gilbegenossen so hatten auch die Zunftgenossen das Recht ihre Vorsteher zu wählen und gemeinschaftlich mit ihnen die Angelegenheiten der Innung zu besorgen. In Köln hatten jedoch dieses Recht nur die verdienten Brüder (*fratres deserviti*) d. h. diejenigen Zunftgenossen, welche das vorschriftsmäßige Essen gegeben hatten. Während die unverdienten Brüder (*fratres indeserviti*) zwar das Handwerk selbständig betreiben durf-

15) Schlüter, p. 848—851.

ten, an dem Zunftregiment aber keinen vollen Antheil hatten¹⁾. Die minder wichtigen Angelegenheiten besorgten die Zunft- oder Gilbenmeister allein oder gemeinschaftlich mit den ihnen zur Seite stehenden Räten. Bei wichtigeren Angelegenheiten mußten aber sämtliche Genossen beigezogen werden. Man nannte diese Zunftversammlungen Bursprachen z. B. in Wittenberg²⁾, sodann Gildesprachen oder Brudersprachen (*colloquia fratrum*) z. B. in Stendal³⁾, Jahrestage z. B. in Amberg⁴⁾, in Speier das kleine Gebot im Gegensatz zu dem Herrengebot, das vom Rath ausging⁵⁾, in Frankfurt a. M. das gemein Gebot im Gegensatz zu dem Gebote von der Stadt wegen⁶⁾ oder das Gebot oder Gesellengebot im Gegensatz zu dem von dem Rath ausgehenden Herrengebote⁷⁾, insgemein aber Morgensprachen z. B. in Bremen⁸⁾, in Lübeck⁹⁾, Magdeburg¹⁰⁾, Regau¹¹⁾, Stendal¹²⁾, Schweidnitz und Ratibor¹³⁾, in Berlin¹⁴⁾, Wittenberg, Zittau u. a. m.¹⁵⁾, bei den Steinmegern aber das Hüttenrecht¹⁶⁾. Diese Versammlungen wurden regelmäßig einmal, öfters aber auch drei Mal des Jahres und, wenn es nothwendig war, noch öfter

1) Ennen, Gesch. II, 619—621. Quellen, I, 413 ff.

2) Zunftbrief von 1424 bei Horn, Friedrich der Streitbare, p. 940. Sie wurde auch Morgensprache genannt, eod. p. 939.

3) Urf. von 1281 bei Lenz, p. 29 u. 30.

4) von Löwenthal, Gesch. von Amberg, I, 365.

5) Rau, II, p. 5.

6) Zunftordnungen von 1352 u. 1355 bei Böhmer, p. 623 u. 664.

7) Kriegt, p. 393 u. 539.

8) Copialbuch aus 14. sec. bei Donandt, I, 69. Urf. von 1300 bei Delrichs, p. 415. *colloquium quod Morgenspraeke dicitur*.

9) Nach fast allen Zunftrollen bei Mehrmann.

10) Stod, p. 73. Not. „Drei hoch gehegte Morgensprachen des Jahrs.“

11) Urf. von 1387 bei Horn, p. 673.

12) Urf. von 1285 bei Lenz, p. 130. *in collacione, que Morgensprach dicitur*.

13) Urf. von 1293 §. 7 und von 1328 §. 20 bei L. u. St. p. 421 u. 522.

14) Urf. von 1284 bei Ludewig, rel. M. XI, 622.

15) Haltaus, p. 1028.

16) Steinmegerordnung von 1462 Nr. 47 bei Heibeloff, die Bauhütte des Mittelalters, p. 51. und Stod, p. 77.

gehalten und in denselben alle wichtigeren Angelegenheiten verhandelt, die Rechnungen abgelegt, die Wahlen vorgenommen und insbesondere auch die Handwerksordnungen erlassen und nöthigenfalls auch wieder abgeändert. Denn jede Zunft hatte eine mehr oder weniger vollständige Autonomie.

Daher findet man viele alte Zunft- und Handwerksordnungen, welche von den Zünften selbst erlassen worden sind, z. B. eine von der Fischerzunft zu Auenheim erlassene Fischerordnung von 1442¹⁷⁾, eine Goldschmiedordnung von 1394 in Ulm¹⁸⁾, eine Baderordnung von 1462 in Berlin und Köln¹⁹⁾, die Gesetze der Schneider und Tuchscherer in Frankfurt von 1352²⁰⁾. Oder es wurden die Zunftordnungen wenigstens mit ihrer Zustimmung erlassen, z. B. in Ulm im Jahre 1346 eine Baderordnung vom Stadtrath mit Zustimmung der Bader²¹⁾. In Jglau wurde die von der Tuchmacherzunft selbst beliebte Ordnung im Jahre 1385 mit Zustimmung des Stadtraths erlassen²²⁾. Auch in Frankfurt hatten die Gewandmacher, Metzger, Kürschner, Bäcker, Schuhmacher, Leher, Fischer, Schneider, Schiffeleute, Steindecker, Zimmerleute, Steinmessen, Bader und Gärtner ursprünglich das Recht ihre Zunftangelegenheiten selbst zu ordnen und Willküren zu machen. Im Jahre 1355 mußten sie aber alle ihre Gewohnheiten und Willküren dem Stadtrath mittheilen und ihre Erklärung eidlich erhärten²³⁾. Man nannte diese autonomen Anordnungen der Zünfte und Innungen *Küren*, z. B. in Breslau²⁴⁾, in Brieg und Grottkau²⁵⁾ und in Schweidnitz²⁶⁾,

17) Mone, Zeitschrift IV, 79.

18) Jäger, Ulm, p. 596.

19) Zimmermann, II, 246.

20) Böhmer, p. 628.

21) Jäger, Ulm, p. 455.

22) Urk. von 1385 bei Berner, Gesch. der Jglauer Tuchmacherzunft, p. 8. ex decreto magistrorum ejusdem artis cum sensu juratorum edita et constituta.

23) Boehmer, Jrf. Urkb. I, 635—650. Vergl. noch p. 749 u. 754.

24) Urk. von 1306 bei L. u. St. p. 479. que inter artifices mechanicos super excessibus specialibus sunt institute, que in vulgari Kur dicuntur. —

25) Urk. von 1324 §. 7 bei L. u. St. p. 506. — „der sal by Kur, by „gemacht wirt, vorbusen.“

sobann Willfüren und gemeine Gebote, z. B. in Frankfurt ²¹⁾, Gesetze z. B. in Brieg und Grottkau ²⁸⁾ und Frankfurt ²⁹⁾. Willfüren oder Gesetze (Gesetze) in Berlin und Köln ^{29a)} und sehr häufig Einungen z. B. in Freiburg Einunga ³⁰⁾. Und von den Willfüren nannte man sodann auch die gewillfürten Geldstrafen, über welche man sich geeinigt hatte Einungen, z. B. in Frankfurt ³¹⁾ und Kuren z. B. in Breslau ³²⁾, oder Koren z. B. in Schweidnitz ³³⁾. Das Wort Kur kommt daher in einer dreifachen Bedeutung vor, als Zunftordnung, als Zunftstrafe und dann noch als gleichbedeutend mit Zunft oder Innung selbst, z. B. in Breslau (que Innunge aut Kur dicuntur) ³⁴⁾. Man nannte diese Handwerksordnungen ferner, weil sie auf ein Pergamentblatt geschrieben und aufgerollt zu werden pflegten, Rollen, z. B. in Lübeck ³⁵⁾.

§. 273.

Der Versammlungsort der Zünfte war das Zunft-
haus oder Gildehaus, welches in Berlin der Convent ¹⁾ und
bei den vornehmeren Zünften der Kaufleute u. a. m. zuweilen, wie
bei den Geschlechtern, die Stube oder Trinkstube genannt wor-

26) Handfeste von 1328 §. 25 bei L. u. St. p. 522. — „noch der Kur
„ires Handwerch.“ —

27) Gewohnheiten der Handwerker von 1355 bei Boehmer, Frkf. Urkb. I,
644. „Die Enyber. — Auch han wir eyne willefure under uns —
„wan wir ein gemeyn gebot han.“ —

28) Urk. von 1324 §. 7 bei L. u. St. p. 505.

29) Urk. von 1352 u. 1377 bei Boehmer, p. 623, 749 u. 754.

29a) Urk. von 1462 u. 1486 bei Zimmermann, II, 246.

30) Urk. von 1293 bei Schreiber, I, 133 u. 140.

31) Boehmer, I, 635—649. Vergl. meine Gesch. der Markenverfassung, p.
275.

32) Urk. von 1306 bei L. u. St. p. 479. de omnibus penis — que
Kur dicuntur.

33) Willfür von 1344 §. 6 bei L. u. St. p. 554. — „unde di Kore,
„dy dor uf gesaczt ist.“ —

34) Urk. von 1306 bei L. u. St. p. 479.

35) Wehrmann, die Lüb. Zunftrollen, p. 15 ff.

1) Ficinus, III, 64.

den ist. In Basel z. B. nannte man das Gesellschaftshaus der Zunft der Kaufleute die Stube zum Schlüssel²⁾. In Augsburg hatten die Kaufleute ihre Stube hinter der Herrenstube der Geschlechter³⁾. Eben so hatten die Krämer in Regensburg ihre eigene Stube⁴⁾. Trinkstube nannte man aber das Zunfthaus der Kaufleute in Lucern⁵⁾, in Straßburg das Zunfthaus der Fasz zieher⁶⁾, in Wertheim den Versammlungsort der Fischerzunft⁷⁾, und in Eßlingen das Zunfthaus der Rärcher⁸⁾. Auch in Ulm wollten die Kaufleute ihr Zunfthaus eine Kaufleutestube nennen, wogegen jedoch die Geschlechter protestirten⁹⁾. In Speier aber durften auch die Zunft Häuser der Gärtner, Metzger, Fischer u. a. m. Stuben und Zunftstuben genannt werden¹⁰⁾. In Augsburg nannte man auch den Versammlungsort der Münzmeister und der ihnen verwandten Goldschmiede und Goldschlager eine Stube¹¹⁾. Und auch in Frankfurt hatten im 14. Jahrhundert nicht bloß die Geschlechter, sondern auch die Weinhändler (Winherrn) und die Fischer eine Trinkstube¹²⁾.

Jede Zunft hatte übrigens schon seit dem 13. Jahrhundert ihr eigenes Zunft- oder Gildehaus, z. B. in Hamburg¹³⁾, Augsburg, Köln, Magdeburg u. a. m. In Lübeck jedoch, wo die Rünste Aemter hießen, erhielten die vier großen Aemter der Schmiede, Bäcker, Schneider und Schuster erst im 16. Jahrhundert eigene Amt Häuser, und die übrigen Aemter noch weit später¹⁴⁾.

2) Urk. von 1404 bei Ochs, II, 123—124.

3) Langenmantel, p. 92. Rot.

4) Gemeiner, Chron. I, 564.

5) Stalder, Zbiotikon, I, 156.

6) Urk. von 1304 bei Mone, Zeitschr. V, 395. communis stupa, vulgariter exponendo ein drinksube.

7) Mone, Zeitschr. IV, 977.

8) Pfaff, p. 293.

9) Jäger, Ulm, p. 252 u. 253.

10) Lehmann, p. 946.

11) Langenmantel, Historie des Regiments in Augspurg, p. 57.

12) Römer-Büchner, Stadtverf. p. 194—195.

13) Lappenberg, Programm zur 3. Secularfeier der Hamburg. Verfassung, p. 51.

14) Wehrmann, p. 46.

v. Maurer, Städteverfassung. II.

Die größeren Zünfte hatten zuweilen sogar mehrere Zunfthäuser. Die größeren Zünfte pflegten nämlich in mehrere Untergesellschaften abgetheilt zu werden, von denen sodann eine jede wieder ihr eigenes Zunfthaus besaß. Man nannte dergleichen Zünfte öfters gespaltene Zünfte. So gab es in Basel vier gespaltene Zünfte, die Zunft der Schuhmacher und Gerber, der Schneider und Kürschner, der Barbierer und Maler und der Fischer und Schiffeleute. Eine jede von ihnen, und eine Zeit lang auch jene der Brautücher und Nebleute, bestand aus zwei besondern Gesellschaften, welche man halbe Zünfte zu nennen pflegte, und von denen jede halbe Zunft wieder ihr eigenes Zunfthaus gehabt hat¹⁵⁾. Die Fischer und Schiffeleute in Basel hatten außer ihren beiden Zunfthäusern noch ein drittes ihnen beiden gemeinschaftliches Versammlungshaus in der St. Johannesvorstadt, welches zur Mägd genannt worden ist¹⁶⁾. In Straßburg waren die dort sehr angesehenen Schiffeleute in fünf Stuben (zum Ender, zum Schiff, zum Holzapfel, zum Gewölbe und zum Nocken) vertheilt, bis sie sich später zu einer einzigen Stube, zum Ender genannt vereinigten¹⁷⁾. Zumal die Wollenweberzünfte bestanden öfters aus mehreren Unterabtheilungen, von denen eine jede wieder ihr eigenes Zunfthaus hatte. Die Wollenweber in Frankfurt a. M. bestanden aus zwei Abtheilungen. Ihre beiden Zunfthäuser waren das Kaufhaus und das Haus zur Sommerwonne. Und jede Abtheilung durfte nur in ihrem Zunft Hause ihre Tücher zum Verkaufe auslegen und daselbst ihre Urten halten¹⁸⁾. Die Gärtner in Straßburg waren im 14. Jahrhundert in 5 Stuben und späterhin noch in 3 Zunftstuben vertheilt¹⁹⁾. Eben so bestand die allmächtige Wollenweberzunft in Köln aus zwei Unterabtheilungen, von denen eine jede ihr eigenes Banner und ihr eigenes Zunfthaus zu Nirßburg, und auf dem Kriechmarkt gehabt hat²⁰⁾.

15) Dchs. I, 479, II, 92 Not. u. 121 u. 170.

16) Dchs. II, 170 u. 173, VI, 482.

17) Stobcl, II, 295 u. 298. Heiß, p. 36.

18) Kriegk, p. 389 u. 390. Handwerksgebräuche bei Boehmer, p. 636 u. 637.

19) Heiß, p. 74.

20) Kölner Chron. ad an. 1372 fol. 275. a. Vergl. Verbundbrief von

Zuweilen waren diese Zunft Häuser wahre Paläste, z. B. das Zunfthaus der Wollenweber in Köln²¹⁾. Ursprünglich versammelten sich die Zünfte in ihren Kaufhäusern, Gewandhäusern und in ihren sonstigen Waarenhallen. Die Zunft- und Gildehäuser waren demnach theils Waarenlager oder Kaufhäuser, theils Rathshäuser der Zünfte. So dienten z. B. in Köln die beiden Gewandhäuser der Wollenweber zu gleicher Zeit als ihr Kauf- und Rathhaus²²⁾. Eben so die Gildehäuser der Gewandschneider, der Kramer und der Leinwand Schneider in Magdeburg²³⁾. Eine ähnliche Bestimmung scheint das Kaufhaus Stüblein in Speier gehabt zu haben²⁴⁾. In Basel sollte sogar der Bürgereid in den Zunfthäusern geschworen und in Worms die Nachtung daselbst jedes Jahr verlesen, also ein öffentlicher Akt daselbst vorgenommen werden, und zu dem Ende in Basel der Oberstzunftmeister und in Worms die beiden Bürgermeister mit zwei Rathsherren jedes Jahr von einer Zunft zur anderen umhergehen und die Bürger „zu Handen des Rathes schwören“ lassen²⁵⁾. Außerdem waren die Zunft Häuser auch noch die Versammlungsorte der bewaffneten Zünfte, wenn diese, wie die Wollenweber im Jahre 1372 in Köln, zum Kampfe auszogen²⁶⁾, oder wenn Aufstände oder sonstige Veranlassungen das Einschreiten der bewaffneten Macht nothwendig machten, z. B. in Speier²⁷⁾. Auch scheinen die Zunft Häuser öfters befestigt gewesen zu sein. Denn die Gildehäuser in Magdeburg konnten eine

1396 in Materialien zur Statistik, I, S. 7. p. 8 u. 9. Ennen, Gesch. II, 613.

21) Limburger Chronik, p. 64. — „ein groß gemein Hauß, das gleichet sich einem großen Pallast, darauf sie zusammen giengen um ihres Handwercks Noth.“

22) Kölner Chronik, fol. 276. a. — „Die t̄zwey hūserē — dat der Weuere gewant hūserē waren ind dair up s̄ii plaegen zo Rait zo gain — t̄zwey k̄oestlicher hūser. dair s̄ii plaegen t̄zo Raide t̄zo gain.“ Ennen, Gesch. II, 613.

23) Rathmann, II, 461.

24) Lehmann, p. 829. „In diesem Jahr (1434) ist das Kaufhaus-Stüblein gemacht worden, kostet ohne die Materialia 2 fl. 7 Gr.“

25) Döb, III, 72, V, 851. Urf. von 1424 bei Schannat, II, 234.

26) Kölner Chron. fol. 275. a.

27) Rau, II, 8.

förmliche Belagerung aushalten²⁸⁾. Als daher in Köln nach dem Aufstande vom Jahr 1372 die Gewalt der übermüthigen Wollenweber gebrochen werden sollte, ließ der Stadtrath ihre beiden Versammlungshäuser bis auf den Grund abbrechen²⁹⁾. Endlich dienten die Zunsthäuser auch noch als Versammlungsorte zum geselligen Vergnügen. Denn sie waren zu gleicher Zeit Trink- und Spielhäuser z. B. in Basel³⁰⁾. In Speier, Frankfurt a. M. u. a. m. wurden daselbst nicht bloß die gemeinschaftlichen Gelage (Urten), sondern auch die Familiensfeste der einzelnen Zunftgenossen, die Heiraten, Kindtaufen, Leichenbegängnisse u. s. w. gehalten³¹⁾. Auch die Brauerbruderschaft in Hamburg hatte ihr eigenes Haus, in welchem sie sich zur Berathung ihrer Angelegenheiten zu versammeln, aber auch ihre sogenannten Högen, d. h. ihre Gastereien und Lustbarkeiten zu halten pflegten, welche jedoch schon im 17. Jahrhundert außer Gebrauch gekommen sind³²⁾. Zu dem Ende hatten natürlicher Weise nur die Mitglieder der Zunft nebst ihren Frauen und Kindern Zutritt. Den ehrbaren Fremden ward jedoch der Zutritt gleichfalls gestattet, z. B. in Basel³³⁾.

§. 274.

Eine Hauptbestimmung dieser Versammlungen der Zünfte war auch die Gerichtsbarkeit in allen genossenschaftlichen An-

28) Rathmann, II, 461.

29) Kölner Chron. fol. 276. a. „Item up dat die gewalt der Weuere mere underdruckt wurde. so deden die Duersten van Coellen die zwoe „huysere affbrechen van ouen aff bis in den grunt.“

30) Nach der Ordnung des Stubenknechts zum Safran aus dem 16. sec. bei Ochs, V, 424. f. — „soll er Karten und Lichter geben, ein „neues Kartenspiel um 1 Schilling Stebler, ein altes Kartenspiel um 1 Bierer, d. i. zwey Rappen. Von einer Kerze, die er „den Spielern darsetzt, soll er einen Rappen nehmen.“

31) Rau, II, 7. Kriegt, p. 369.

32) Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 311, 314 u. 315.

33) Stubenknechtsordnung a. a. O. p. 425. „Wäre es, daß fremde ehrbare Leute, Kaufleute, Krämer, oder andere auf die Zunft kämen und da zehren wollten, so soll der Stubenknecht auch allezeit gehorsam seyn zu bringen, zu verkaufen und zu thun, was sie „ihm empfehlen, nothdürftig sind und heißen.“

gelegenheiten. Die genossenschaftliche Gerichtsbarkeit der Zünfte ist gewiß eben so alt als die Zunftgenossenschaft selbst. Denn es läßt sich nach germanischen Ideen keine Genossenschaft ohne genossenschaftliche Gerichtsbarkeit denken. Seitdem demnach die Handwerksämter in freie Genossenschaften überzugehen und neue freie Handwerksgenossenschaften sich zu bilden begannen, seitdem müssen sie auch eine genossenschaftliche Gerichtsbarkeit gehabt haben. Denn selbst bei den horigen Genossenschaften waren die Richter nur Trager des Rechtes, die Urtheilsfinder aber hörige Genossen. Schon zur Karolingischen Zeit deutet das Recht der Handwerker und Künstler nach nationalem Recht leben zu dürfen, dahin. Denn dieses Recht setzt Urtheilsfinder aus der betreffenden Nation voraus (§. 261 u. 264). Jedenfalls hatten aber seit dem 12. und 13. Jahrhundert schon alle freien Zunftgenossenschaften eine eigene genossenschaftliche Gerichtsbarkeit. In Köln hatten sie bereits im 13. Jahrhundert mit dem Rechte Verordnungen zu machen auch schon eine Strafgerichtsbarkeit alt hergebracht. Das Recht dazu muß demnach schon im 12. Jahrhundert oder noch früher entstanden sein. Denn nur über die dabei eingeschlichenen Mißbräuche wurde damals geklagt, das Recht selbst aber auch von dem Erzbischof anerkannt¹⁾. Seit dem 13. Jahrhundert in Regensburg²⁾, in Freiburg³⁾, in Basel⁴⁾ und in Trier⁵⁾. Und jedenfalls schon seit dem 14. Jahrhundert in Ulm⁶⁾, in Zürich⁷⁾,

1) Schiedsspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 250. — quod ab antiqua consuetudine fraternitates elegerunt — per quos insolentes fraternitatum compescuntur. — Hiis etiam adiungimus, quod fraternitates de rebus venalibus ad suam fraternitatem pertinentibus terminum pretii in vendendo vel emendo limitare non possunt.

2) Urk. von 1244 bei Gemeiner, Chron. I, 350 u. 351.

3) Urk. von 1298 bei Schreiber, I, 140 – 141.

4) Zunftbriefe von 1258, 1260 u. 1354 bei Dops, 340, 341, 350, 354, II, 98.

5) Weisthum aus Anfang des 14. sec. §. 19 u. 25 bei Lacomblet, Archiv, I, 268 u. 272. Vergl. oben §. 268.

6) Schwörbrief von 1327 bei Jäger, Ulm, p. 740. „so soll dann derselb Zunftmeister unde sie Zunft daiber sitzen, und sich of ir er „vnd aibe erkennen, wie der oder dieselben von ir Zunft gestraft „vnde gebessert worden.“ —

in Speier ⁷⁾, in Wehlar ⁸⁾, in Prag ¹⁰⁾, in Regau ¹¹⁾, Leipzig ¹²⁾, Wittenberg ¹³⁾, Nordhausen ¹⁴⁾, Straßburg, Braunschweig u. a. m. ¹⁵⁾.

Zu dieser genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit haben nun alle Gewerbsangelegenheiten und außerdem auch noch alle anderen Streitigkeiten gehört, durch welche die brüderliche Eintracht unter den Genossen gestört werden konnte, natürlich mit Ausnahme des Blutbanns und aller jener Friedbrüche, welche vor die öffentlichen Gerichte gehörten ¹⁶⁾. Denn auch die Gilden und Zünfte haben ihren eigenen Frieden, den Gildesfrieden (iold frotho) gehabt ¹⁷⁾, für dessen Aufrechthaltung jede Zunft- oder Gildengenossenschaft selbst zu sorgen hatte.

Ueber den Zunftgerichten standen natürlich die öffentlichen Gerichte. Dahin gehörten außer dem Blutbann auch alle Streitigkeiten der Meister und Gesellen mit Fremden, und insbesondere auch die Streitigkeiten unter sich selbst, wenn sie die Zunftgerichte nicht entscheiden konnten oder wollten, z. B. in den rheinischen und wetterauschen Städten ¹⁸⁾. Gewerbsstreitigkeiten durften jedoch

7) Zunftbrief von 1336 im Schweizer. Mus. I, 82.

8) Rundschaft circa 1340 §. 15 bei Mone, Zeitschr. I, 21.

9) Zunftbrief, von 1361 bei Ulmenstein, I, 641.

10) Stadtrecht aus 14. sec. §. 33 bei Rößler, p. 24.

11) Urk. von 1387 bei Horn, Friedrich der Streitbare, p. 673.

12) Urk. von 1414 bei Horn, p. 810.

13) Zunftbrief von 1424 bei Horn, p. 939.

14) Urk. von 1428 bei Forstmann, I, 159 u. 160.

15) Haltans, p. 1025 u. 1026.

16) Weisthum von 1256 bei Ohs, I, 840. Rechtsquellen, I, 4. Quicquid inter panifices, molendinarios, et eorum servientes ortum fuerit quaestionis, praeter insolentias, et maleficia quae poenam sanguinis irrogant, ipsorum magistri debet iudicio definiri. Vergl. noch Zunftbrief von 1260, eod. p. 354. Zunftbrief von 1336 in Schweiz. Mus. I, 82 u. 83. Rau, Regimentsverfassung von Speier, II, 5 u. 6. Zunftbrief von 1361 bei Ulmenstein, I, 641. Kriegl, Frkf. Bürgerzwiste, p. 385 u. 386. Wehrmann, p. 73, 130 u. 131. und Steinmeßenordnungen von 1462 u. 1563 bei Heibeloff, p. 51 ff. u. 64 ff.

17) Rülfringer, Rechtsf. §. 4 bei Richthofen, p. 121. Vergl. Gierke, I, 397.

18) Vertrag von 1383 bei Böhmmer, p. 760. Vertrag von 1421 §. 2 bei Kriegl, p. 541.

erst dann vor die öffentlichen Gerichte gebracht werden, wenn sie zuvor bei den Zunftgerichten ohne Erfolg angebracht worden waren ^{18a)}).

Zuweilen wird, wenn von der Gerichtsbarkeit die Rede ist, nur des Zunftmeisters erwähnt, z. B. in Trier ¹⁹⁾, in Regensburg ²⁰⁾, bei manchen Zünften in Basel ²¹⁾ u. a. m., als wenn dieser allein das Urtheil zu sprechen gehabt hätte. Dem ist aber nicht so ²²⁾, wenigstens nicht in jenen Städten, in welchen die Zünfte freie Genossenschaften waren. Denn so wenig der Land-, Stadt- oder Hofrichter allein ohne Beziehung einzelner Genossen oder des gesammten Umstandes das Urtheil finden konnte, eben so wenig hatte dazu der Vorsteher einer Zunftgenossenschaft das Recht.

Da jedoch die alten Handwerksämter und Zünfte in manchen Städten nicht als freie Genossenschaften anerkannt worden sind, so konnten sie daselbst auch keine genossenschaftliche Gerichtsbarkeit haben. Daher kommt es, daß die Zünfte hie und da keine Gerichtsbarkeit gehabt, und z. B. in Berlin die Metzger, Bäcker, Schuhmacher und Wollenweber auch bei Gewerbsstreitigkeiten unter der Gerichtsbarkeit des Stadtgerichtes gestanden haben ²³⁾. Anderwärts wurde ihnen die Gerichtsbarkeit und die damit verbundene Autonomie wieder entzogen und beides dem Stadtrath übergeben, z. B. in Wien (§. 266) und seit dem Jahre 1330 auch hier in München ²⁴⁾. Bei größeren Zunftgenossenschaften, an deren Spitze ein Zunfttrath stand, pflegte nicht die ganze Zunft beigezogen zu werden. Die Gerichtsbarkeit lag vielmehr in den Händen des Zunfttrathes, z. B. in Basel und in Zürich in den Händen der

18a) Wehrmann, p. 130 u. 131.

19) Weisthum a. a. O.

20) Urf. von 1244 bei Gemeiner, Chron. I, 351.

21) Zunftbriefe von 1256 u. 1260 bei Dhs, I, 340 u. 350.

22) In dem Weisthum von 1256 bei Dhs, I, 340. Rechtsquellen, I, 4. wird dem Bäckermeister Gerichtsbarkeit gestattet. Allein nach derselben Urkunde (eod. p. 341) sollte das Urtheil von drei beigezogenen Bäckern gefunden werden.

23) Urf. von 1272, 1284, 1295 u. 1311 bei Ludewig, rel. Mpt. XI, 620, 623, 626 u. 632.

24) Urf. von 1330 bei Bergmann, Gesch. von München, II, 97.

Sechser ²⁵⁾, in Reutlingen in den Händen des aus dreizehn Personen bestehenden Zunftgerichtes ²⁶⁾ und in Erfurt in den Händen der vier Zunftregenten ²⁷⁾. Bei den Steinmessen sollten je nach den Umständen noch andere Meister beigezogen oder von den Meistern der Richter und von den Gesellen die Schöffen gewählt werden ²⁸⁾. In Straßburg stand neben dem Zunftschöffenrathe noch ein eigenes Zunftgericht. Die Zunftgerichtsleute wurden theils aus den Zunftschöffen, theils aus den übrigen Handwerkern gewählt. Ihre Anzahl war verschieden bei den verschiedenen Zünften und wechselte von 8 bis zu 14 Mitgliedern. Den Vorsitz beim Zunftgerichte hatte immer der Zunftmeister ²⁹⁾. In manchen Städten bestand auch noch eine höhere Instanz für Gewerbsangelegenheiten. So wurden in Osnabrück die minder wichtigen Gewerbsstreitigkeiten der Gildebrüder von den Gildeämtern entschieden, die wichtigeren Angelegenheiten aber von den aus sämtlichen Gildemeistern der elf Ämter und aus denjenigen Rathsherren, die vordem Gildemeister gewesen, bestehenden sogenannten Freunde Collegium ³⁰⁾. Auch in Frankfurt a. M. hat bei den Wollwebern im 15. Jahrhundert eine Art Revisions Collegium bestanden, welches aus 22 Vertretern der Zunft zusammengesetzt war, und das Ergebnis seiner Prüfung der Zunft vorzulegen hatte ³¹⁾.

Verhandelt wurde offenbar, ursprünglich wenigstens, in den gewöhnlichen althergebrachten germanischen Formen, also insbesondere auch mündlich und öffentlich, öfters sogar an den alten Gerichtsorten unter freiem Himmel. Die Morgensprachen in Lübeck wurden lange Zeit in Kirchen oder auf Kirchhöfen gehalten und die Sitzungen, wie bei anderen Gerichten, in feierlicher Weise eröffnet und gehegt ³²⁾. Im Jahre 1275 saß der Obermeister der

25) Ochs, II, 93. Zunftbrief von 1336 im Schweizer. Mus. I, 82.

26) Jäger, Mag. V, 259.

27) Beschreibung von 1332 bei Faldenstein, Hist. von Erfurt, p. 206.

28) Steinmessenordnung von 1462, Nr. 39, 40 u. 43 bei Heibloff, p. 51.

29) Heib, p. 24.

30) Klöntrup, II, 19 u. 91. Die Verordnungen über dieses elf Ämter Collegium der Freunde bei Walch, VI, 268 ff.

31) Krieger, p. 392.

32) Wehrmann, p. 75—76. Nur die Morgensprachen der Gewandtschnei-

Maurer bei dem Dombau zu Straßburg sogar unter einem Balbachin zu Gericht³³⁾. Der Großvogt der Bruderschaft der Brauerknechte in Hamburg saß noch im Anfang des 18. Jahrhunderts auf einer erhöhten Bühne, das hohe Recht genannt, zu Gericht³⁴⁾. Und wie bei anderen Rügegerichten mußten auch die Zunftgenossen alle Zuwiderhandlungen ihrer Genossen und zwar bei Strafe rügen, z. B. die Gärtner in Basel³⁵⁾.

§. 275.

Mit der Zunftgerichtsbarkeit pflegte auch eine Sittenpolizei und Gewerbspolizei verbunden zu sein. Nur diejenigen, welche einen guten Leumuth hatten, sollten zum Gewerbe zugelassen werden¹⁾. Betrügerische und andere beschimpfende Handlungen, Ehebruch u. s. w. sollten den Ausschluß aus der Zunft zur Folge haben und zur Wiederaufnahme unfähig machen²⁾. Die Aufnahme von Knechten (Gesellen) eines Zunftgenossen vor Ablauf seiner Dienstzeit, das sogenannte Abspannen der Knechte, war verboten³⁾. Die Zünfte sollten ein wachsames Aug auf die schlechten Haushälter und Müßiggänger haben⁴⁾. Liederliche Zunftbrüder, Verschwenker und Spieler sollten bestraft und, wenn sie sich nicht besserten, aus der Zunft ausgeschlossen (ihnen der Schuh, d. h. das Handwerk niedergelegt) werden^{4a)}. In Straßburg waren zur Beobachtung der Sitten der Zunftgenossen in jeder Zunft geheime Rüger angestellt (§. 622). Und auf den Zunftstuben sollten jedes Jahr wenigstens vier Mal Sittengerichte gehalten und die gott-

der, welche Ladelstage hießen, wurden in dem Gewandhause gehalten.
eod. p. 80 u. 490.

33) Stodt, p. 85. Not.

34) Beneke, Hamburg. Gesch. p. 287.

35) Zunftbrief von 1260 bei Döb, I, 354.

1) Urk. von 1256 bei Döb, I, 342 u. 346. Vergl. noch unten §. 286.

2) Urk. von 1260 u. 1268 bei Döb, I, 354 u. 393. Statut aus 15. sec. bei Rau, II, 10.

3) Zunftbriefe von 1248 u. 1271 bei Döb, I, 321, 323 u. 404. Verordn. von 1355 bei Rau, II, 7. Urk. von 1355 bei Boehmer, Urkb. I, 689.

4) Verordn. von 1541 bei Döb, VI, 491.

4a) Jäger, Ulm, p. 537, 538 u. 540.

losen, lasterhaften und sündlichen Zunftgenossen bestraft werden ^{4b)}. Auch in Köln wurde die Sittenpolizei streng gehandhabt und insbesondere auch kein Kleiderluxus geduldet. Selbst die Gürtelmacher sollten die gewöhnliche Kleidung der Handwerker ohne alle Sticerei tragen (sich mit gewoenlicher Amptlude cleydungen halden ind nyet sticken noch beslaen en solen) ^{4c)}. Sehr ausführliche Bestimmungen über die Sittenpolizei findet man zumal in den Steinmehren Ordnungen, z. B. in jener vom Jahre 1462 ⁵⁾. Jede Zunft hatte eine Aufsicht über das Gewerbe, z. B. über die öffentlichen Fleisch- und Brodbänke und über die anderen Gewerbslokale, womit allzeit eine Marktpolizei verbunden war. Daher sollte in Basel der Bäckermeister drei Mal in der Woche den Brodmarkt (forum panis) besuchen und die zuwiderhandelnden Bäcker zur Strafe ziehen ⁶⁾. Darum die Aufsicht über den Kauf und Verkauf, z. B. in Basel über den Fleischverkauf der Metzger auf den gemeinen Fleischbänken ⁷⁾ und über den Obst- und Gemüseverkauf der Obsthändler und Gärtner ⁸⁾, in Frankfurt a. M. über den Fleischverkauf der Metzger ⁹⁾, und in Wittenberg über den Brodverkauf auf den Brodbänken ¹⁰⁾. Daher die Besichtigung der Gewerbe durch die Zunftvorsteher z. B. in Ulm bei allen Zünften ¹¹⁾, in Erfurt bei der Ziechner Innung ¹²⁾, in Frankfurt a. M. zumal bei der Zunft der Gewandmacher oder Wollenweber. Bei ihnen war bereits eine Prüfung und Verbleiung der gefertigten Tücher, eine bestimmte Länge und Breite derselben, die Anzahl der Webestühle

4b) Polizeiordn. von 1628, tit. 17 §. 5—10 bei Heib, Zunftwesen, p. 99—101.

4c) Quellen, I, 403. Ennen, Gesch. II, 627—628

5) Heibeloff, p. 53 ff.

6) Urf. von 1256 in Rechtsquellen, I, 4. und bei Dohs, I, 340 u. 341.

7) Zunftbrief von 1268 bei Dohs, I, 318 u. 319.

8) Zunftbrief von 1260 bei Dohs, I, 354.

9) Statut von 1352 bei Senkenberg, I, 20. Urf. von 1355 bei Böhmmer, p. 638.

10) Zunftbrief von 1424 bei Horn, p. 939.

11) Jäger, Ulm, p. 597.

12) Beschreibung von 1332 bei Faldenslein, p. 205.

u. f. w., überhaupt eine sehr strenge Zunftpolizei vorgeschrieben¹³⁾. Sogar der Preis der zu verkaufenden Waaren wurde zuweilen von den Zünften bestimmt, ein Mißbrauch, der jedoch im Interesse des Publikums schon im 13. Jahrhundert in Köln und im 14. Jahrhundert in Frankfurt wieder abgeschafft worden ist¹⁴⁾. Auch die Anordnungen, welche zur Sicherung der Handwerksleute vor Nichtbezahlung und ihrer Kunden vor Brandschadungen getroffen waren, hängen mit jener Gewerbepolizei zusammen¹⁵⁾. Eben so das Verbot die Waaren an einem anderen Orte, als in den Kaufhäusern, Gewandhäusern und in den anderen Gewerbshallen feil zu bieten, z. B. in Salzweide¹⁶⁾, Glogau u. a. m.¹⁷⁾. Endlich hängt auch der Zunftzwang einigermaßen mit der den Zünften zustehenden Gewerbepolizei zusammen.

§. 276.

Einen Zunftzwang hat es vor den freien Zunftgenossenschaften gar nicht gegeben. Erst mit den freien Zünften, aber auch gleichzeitig mit ihnen ist er entstanden. Der Zunftzwang ist demnach eben so alt als die freien Zünfte selbst.

Das Recht ein Gewerbe zu betreiben war ursprünglich auch in den Städten keinen anderen Beschränkungen unterworfen, als in den Dörfern, aus welchen die Städte hervorgegangen sind. Die auf einem Fronhose ansässigen hörigen Handwerker standen unter dem Hofrecht und waren allen den im Hofrechte liegenden Beschränkungen unterworfen. Alle übrigen aber unterlagen denselben Beschränkungen, welchen auch die in den Dörfern ansässigen Handwerker unterworfen gewesen sind¹⁾. Durch den mit der Markt-

13) Gewohnheiten der Gewandmacher von 1855 bei Böhmer, p. 685—687.

14) Schiedspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 250. Frankfurter Statut von 1852 c. 7 u. 8 bei Senckenberg, sol. jur. I, 14 u. 15. Vergl. oben §. 274.

15) Zunftbrief von 1248 bei Ochs, I, 821 u. 828. Bair. Landts- und Policy Ordnung von 1616, IV, tit. 1, art. 15—17.

16) Urk. von 1288 bei Lenz, p. 82. Vergl. Urk. von 1828 bei Ludewig, rel. M. IX, 528.

17) Weisthum von 1802 §. 6 bei L. u. St. p. 445. Vergl. oben §. 189.

1) Meine Gesch. der Dorfverfassung, I, 144 ff.

freiheit entstandenen freien Verkehr wurden jedoch jene in der Hof- und Dorfmarkverfassung liegenden Bande gesprengt. Und es war sodann mit dem vollen Bürgerrechte auch, wie wir gesehen, die volle Handels- und Gewerbsfreiheit verbunden (§. 82, 108—116). Spuren jener allgemeinen Gewerbsfreiheit finden sich in allen alten Städten, auch noch zur Zeit der Entstehung der Zünfte. In Frankfurt a. M. vereinigten sich im Jahre 1352 die Schmiede zu einer Zunft zur Einführung eines Zunftzwangs. Der Stadtrath hob aber ihre Verabredungen auf und verordnete, daß jedermann beschlagen und verkaufen dürfe und daß sogar Fremde nicht von dem Markte ausgeschlossen sein sollten („die Smyde hant die ein „Verbund unn ein Gebod under in gemacht. Das sie uff ein „Geld beslahen sullen und verkouffen. Das Gebod sal allis abe „sin. Unn sal iederman beslahen unn verkouffen alse zitlich un „mogelich ist. — Brachte auch yman kouffmanschaft here. von Mey- „ten obir von Ysene. Den sullen sie lassen kouffen und verkouffen „als in der Merkil lerit, unn sullen in nicht daran hindern“) ²⁾. In demselben Jahre machten daselbst die Zimmerleute, Steindecker und Steinmeyer mit einander eine Zunft zur Herbeiführung eines Zunftzwangs. Der Stadtrath hob aber auch diese Zunft auf und bestätigte die allgemeine Gewerbsfreiheit für Bürger und Fremde. („Auch hant die Zymmerlude die steyndecker und die steynmeyer „ohne Zunft mit einandir. Die Zunft sal allir Dinge abe sin. „Auch sullen sie ehnen yglichen hy lasten erbeiden um sein geld. he „sh burger obir gast. unn ensullen ime des nicht werin“) ³⁾. In Stendal hatte ursprünglich jeder Bürger das Recht in seinem Hause Tuch auszuschneiden und zu verkaufen. Denn erst im Jahre 1281 wurde dieses verboten ⁴⁾. Eben so in Salzweber u. a. m. ⁵⁾. Erst seitdem sich die Gewandschneider und die anderen Gewerbsleute, welche sich mit einem bestimmten Gewerbe beschäftigten, zu einer

2) Statut von 1352, c. 7 bei Senckenberg, I, 14 u. 15.

3) Statut von 1352, c. 8 bei Senckenberg, I, 15.

4) Urk. von 1281 bei Lenz, p. 80. Quicunque fratrum pannos in domo sua parare consuevit, et illos more aliorum vendere aut incidere solet. —

5) Urk. von 1283 bei Lenz, p. 82.

Genossenschaft vereinigt hatten ⁶⁾, entstand die Idee der Beschränkung der bis dahin bestandenen Gewerbefreiheit. Die zu einer Zunft vereinigten Gewerbsleute mußten nämlich sehr bald einerseits auf den Nachtheil aufmerksam werden, welcher ihnen durch die Konkurrenz der übrigen Bürger entstand. Andererseits mußte es ihnen aber auch klar werden, daß bei einer, ganz freien Konkurrenz eine Gewerbspolizei, wie sie damals von den Zünften ausgeübt zu werden pflegte, nicht wohl möglich sei. Sie verlangten daher und erhielten auch die landesherrliche Bestätigung ihres Vereines, mit dieser aber zu gleicher Zeit auch die ausschließende Berechtigung zum Gewerbe. Die Bettziechenweber zu Köln erhielten bereits im Jahre 1149 die Bestätigung ihrer Bruderschaft. Allein diejenigen, welche dieses Gewerbe in der Stadt treiben wollten, mußten sich in die Bruderschaft aufnehmen lassen und sich ihren Anordnungen unterwerfen ⁷⁾. Die Gewandschneider in Stendal begehrten im Jahre 1231 die Bestätigung ihrer Gilde. Gleichzeitig mit dieser erschien aber auch das Gebot, daß nur die Gildegenossen Tuch ausschneiden und verkaufen durften ⁸⁾. Eben so erlangten die Schuhmacher in Magdeburg im Jahre 1157 mit dem Rechte der Innung auch das Verbot, daß niemand, der nicht in ihre Zunft aufgenommen sei, gemachte Schuhe verkaufen dürfe. Der Zunftzwang war, wie die Urkunde selbst sagt, nur eine Folge der erteilten Innung. (*Cum enim jus et distinctio que inter eos est, eos, qui eo jure participare non debent, ita excludat, quod opus operatum alienigene infra jus communis fori vendere non debeant, constitui- mus, ne alienigene opus suum operatum ad forum non deferant, nisi cum omnium eorum voluntate, qui juri illo quod Innunge appellatur, participes existunt*) ⁹⁾. In Frankfurt a. M. machten bereits im Jahre 1352, wie wir gesehen, die Zimmerleute, Steindecker, Steinmessen und die Schmiede den wiewohl vergeblichen Versuch gleichzeitig mit der Errichtung einer Zunft auch einen Zunftzwang einzuführen. Die Metzger in Frankfurt ließen keinen

6) Vergl. über Stendal die Urf. von 1231 bei Lenz, p. 29. und oben §. 265.

7) Urf. von 1149 bei Lacomblet, I, 251. Vergl. oben §. 262.

8) Urf. von 1231 bei Lenz, p. 29.

9) Urf. von 1157 bei Ludewig, rel. II, 389. Vergl. oben §. 262.

Fremden Fleisch verkaufen, er mußte denn eine Meisters Tochter geheirathet haben ¹⁰). Andere Zünfte machten andere Beschränkungen. Aber erst die Zunftverordnungen von 1377 verordneten ganz allgemein, daß jeder, welcher ein Handwerk treibe, der betreffenden Zunft angehören müsse ¹¹). Auch anderwärts erschien das Verbot ein Gewerbe zu betreiben ohne in die betreffende Zunft aufgenommen zu sein gleichzeitig mit der landesherrlichen Bestätigung der Zunft, z. B. in Kassel ¹²), in Salzwehel ¹³), in Berlin ¹⁴), in Braunschweig ¹⁵), in Gersdorf ¹⁶), in Freiberg ¹⁷) u. a. m., namentlich auch in Basel. Die Metzgerzunft daselbst wurde in einem Zunftbriefe von 1248 anerkannt und in derselben Urkunde verordnet, daß nur die Zunftgenossen Fleisch in den gemeinen Fleischbänken verkaufen dürften ¹⁸). Eben so ist das Verbot das Handwerk zu treiben ohne in die Zunft aufgenommen zu sein gleichzeitig mit der Anerkennung der Zunft bei der Gärtner- und der Weber- und Linwetter-Zunft erschienen ¹⁹). Auch durfte daselbst niemand, der nicht zu den Weinleuten zünftig war, Wein schenken, ausgenommen sein eigenes Gewächs ²⁰), niemand Fische verkaufen, der nicht in die Fischerzunft aufgenommen war ²¹), niemand Bücher einbinden, der nicht als Buchbinder in die Zunft zu Safran auf-

10) Handwerksgewöhnheiten von 1355 bei Böhmer, p. 608.

11) Kriegl, p. 371, 377—379, der jedoch mit Unrecht annimmt, daß der Zunftzwang nicht von den Zünften ausgegangen, vielmehr durch den Stadtrath herbeigeführt worden sei. Während gerade umgekehrt das angeführte Beispiel der Schmiede, Zimmerleute u. a. m. zeigt, daß der Rath die Gewerbsfreiheit begünstigte.

12) Urf. von 1337 bei Kuchenbeder, IV, 276.

13) Urf. von 1233 bei Lenz, p. 32. — Vergl. Urf. von 1323 bei Ludwig, IX, 523.

14) Urf. von 1280, 1284, 1288 u. 1295 bei Fibicin, II, 2—8.

15) Urf. von 1281 u. 1245 in Urfundenbuch der Stadt Braunschweig, I, 8 u. 10.

16) Urf. von 1277 bei Schöttgen et Kreysig, II, 198.

17) Stadtr. c. 42 ff. bei Schott, III, 273 ff.

18) Zunftbrief von 1248 bei Dohs, I, 319.

19) Zunftbriefe von 1260 und 1268 bei Dohs, I, 353 u. 393.

20) Rathschluß von 1484 bei Dohs, V, 40 f.

21) Rathschluß von 1455 bei Dohs, V, 42.

genommen war. Daher wurde es im Jahre 1490 den Mönchen zu Kleinbasel verboten Bücher einzubinden ²²⁾. Sogar die Nonnen mußten sich, wenn sie weben wollten, in die Weberzunft aufnehmen lassen ²³⁾.

Aber auch ohne ein ausdrückliches Gebot oder Verbot verstand sich der Zunftzwang gewissermaßen von selbst. Denn jede Zunft hatte das Recht zu verlangen, daß die ihr übertragenen Arbeiten von niemand Anderem als von den dazu berechtigten Genossen der Zunft gefertigt werden durften. Jede Zunft hatte demnach ein ausschließliches Recht auf diese Arbeiten, und mit diesem nothwendiger Weise auch ein Verbotungsrecht gegen Andere. Und die Stadträthe mußten die Zünfte in ihrem Rechte schützen. Daher erschienen in fast allen Städten so viele Verordnungen und Mandate gegen Beeinträchtigungen der Zunftgenossen durch Unbefugte sogenannte Pfücher, Amtsstörer oder Bönhäsen, z. B. in Lübeck noch das ganze 16. Jahrhundert hindurch ²⁴⁾. Eben so in Bremen ²⁵⁾.

So entstand denn der Zunftzwang gleichzeitig mit der Zunft selbst, wie dieses auch die alten Zunftbriefe schon sagen ²⁶⁾. Er war anfangs nothwendig und gewiß auch zweckmäßig. Denn er war ursprünglich kein Gewerbsmonopol. Jederman durfte vielmehr jedes beliebige Gewerbe betreiben, wenn er sich in die betreffende Zunft aufnehmen ließ. Der Zunftzwang bestand demnach nur in dem Zwang sich in die Zunft aufnehmen zu lassen und sich der Polizei dieser Zunft zu unterwerfen. Erst seitdem mit dem Verfall des Handels die Handels- und Gewerbsgenossenschaften zu engherzigen Zünften zusammenschrumpften, verlor auch der Zunftzwang seinen Werth und ward sogar zu einer schwer drückenden Last.

22) Ochs, V, 40.

23) Rathserkenntniß von 1526 bei Ochs, II, 169.

24) Wehrmann, p. 96, 97 u. 98.

25) Urk. von 1440, 1467, 1491 u. 1635 bei Böhmert, 75, 80, 81 u. 89.

26) Zunftbrief von 1260 bei Ochs, I, 353. „Wir erlauben inen ouch, „Iwer sich mit ir antwerde begat, daß si den twingen niugent mit „dem antwerde in ir Zunft.“ Vergl. noch Zunftbriefe von 1268 und 1271 bei Ochs, I, 393 u. 404. Ueber den Zunftzwang vergl. noch Gierke, I, 361 ff.

Der also entstandene Zunftzwang ist ohne alle Frage ursprünglich auf die Stadt und auf die Stadtmark beschränkt gewesen. Seitdem jedoch das Gewerbswesen zur städtischen Nahrung, also ein Vorrecht der Städte geworden war, seitdem suchten ihn die Zünfte auch über die Stadtmark hinaus zu erweitern. Und so entstand denn das sogenannte Meilenrecht, nach welchem es keinem Gewerbsmann, insbesondere auch keinem Wirth oder Brauer erlaubt war, sich im Umkreise einer Meile, öfters auch mehrerer Meilen ²⁷⁾ um die Stadt niederzulassen. Die Stadt Ens erhielt dieses Recht bereits im 13. Jahrhundert ²⁸⁾ und im 14. Jahrhundert Freiburg ²⁹⁾, Magdeburg ³⁰⁾, Görlitz ³¹⁾ u. a. m. Friedrich II. wollte es in seinen neu angelegten Städten schon im Jahr 1232 wieder abschaffen ³²⁾. Und seit dem 13. Jahrhundert wurde dasselbe bei den Städteanlagen nach Deutscher Art in Schlesien eingeführt ³³⁾. Es muß demnach schon seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts in ganz Deutschland verbreitet gewesen sein.

Mit dem Zunftzwang war öfters auch ein Bannrecht verbunden, nämlich das Recht die umherliegenden Ortschaften zu zwingen alle ihre Einkäufe und Verkäufe in der Stadt zu machen, wie dieses z. B. den Eingekessenen des Gerichtes Meppen ³⁴⁾, den im Amt Alstedt angekessenen Bauern ³⁵⁾ und den Eingekessenen der Soester Börde vorgeschrieben war ³⁶⁾, und das Recht den Bewohnern der Stadt selbst zu verbieten zum Nachtheil der städtischen

27) z. B. in der Mark Brandenburg zwei bis drei Meilen. Vergl. Rescript von 1694 bei Mylius, V, 2, p. 61 und Zimmermann, I, 186. In Zürich zwei Stunden rings um die Stadt. Vergl. Bluntichli, II, 11. Not. In Lübeck wurde die Bannmeile bis auf acht Meilen ausgedehnt. Behrmann, p. 98—100.

28) Urk. von 1244 bei Gaupp, II, 224.

29) Urk. von 1337 bei Ludewig, rel. M. VI, 42.

30) Berlepsch, Chronik der Feuerarbeiter, p. 72.

31) Neumann, Gesch. von Görlitz, p. 81 u. 82.

32) Constit. von 1232 bei Pertz, IV, 291. In civitatibus nostris novis bannitum miliare deponatur.

33) L. u. St. p. 252 u. 253.

34) Urk. von 1488 bei Diepenbrock, Gesch. des Amtes Meppen, p. 690 f.

35) Statut von Alstedt §. 22 bei Walch, VI, 209.

36) Wigand, Archiv, II, 3. p. 294.

Gewerbe bei auswärtigen Handwerkern arbeiten zu lassen, z. B. in Soest³⁷⁾, in Zürich u. a. m.³⁸⁾. Sehr verbreitet war insbesondere der Bierzwang. Er bestand in Nabburg in der Oberpfalz schon im 13. Jahrhundert³⁹⁾.

§. 277.

Wie andere Genossenschaften, z. B. die Schützengesellschaften und die Universitäten (§. 137 u. 258) so hingen auch die Zunftgenossenschaften mehr oder weniger mit der Kirche und mit kirchlichen Einrichtungen zusammen, woraus jedoch nicht, wie es öfters geschieht¹⁾, gefolgert werden darf, daß die Zünfte selbst ursprünglich kirchliche Bruderschaften gewesen, oder, wie Wilda glaubt, die weltlichen Gilden nur eine Erweiterung der geistlichen Gilden seien²⁾. Bloß kirchliche Vereine können nämlich die Zünfte schon darum nicht gewesen sein, weil die Religion wenigstens nicht gerade die gleichartigen Gewerbe zusammengeführt haben würde, während gerade die Verbindung der gleichartigen Handwerker und Künstler und deren Zusammenwohnen in derselben Straße beweist, daß eine gewerbliche Ursache als der Keim der Zünfte betrachtet werden muß. Höchstens wäre es möglich, daß die gleichartigen Handwerker ihr Handwerk unter den Schutz irgend eines Heiligen gestellt haben und sodann dessen Schutzhörige geworden wären, wie dieses bei den freien Colonden öfters der Fall war (§. 269), wiewohl ich auch hievon keinen einzelnen Fall nachzuweisen vermag. Auch ist es nicht richtig, wenn Jäger³⁾, Berlepsch⁴⁾, Mone⁵⁾, Wehrmann⁶⁾ u. a. m. kirchliche Bruderschaften der gleichartigen Handwerker oder anderen Gewerbsleute neben den

37) Wigand, II, 3, p. 298.

38) Bluntschli, II, 11 Not.

39) Urf. von 1296 bei von Löwenthal, Gesch. von Amberg, I, 315.

1) Vergl. Münchner gel. Anzeigen, von 1843, Nr. 18, p. 151 mit Rüsseler, Gesch. des Schweizerlandes, I, 271.

2) Wilda, Gildewesen, p. 344.

3) Ulm's Verfassung, p. 533 ff.

4) Chronik der Feuerarbeiter, p. 78.

5) Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins, II, 8 u. 4.

6) Wehrmann, die älteren Lübeckischen Zunftrollen, p. 150 ff.

v. Maurer, Städteverfassung. II.

Zünften annehmen, als wenn die kirchlichen Bruderschaften der Genossen eines und desselben Handwerks oder Gewerbes und ihre Zünfte zwei ganz verschiedene Bruderschaften gewesen wären. Zweifelhaft ist dieses zwar nach der von Mone beigebrachten Notiz über die Bruderschaft der Krämer oder Kaufleute zu Baden (*fraternitas mercatorum sive institorum*). Denn es ist in jener Notiz (eine Urkunde ist es ja nicht) bloß von der religiösen Seite jener Bruderschaft die Rede ⁷⁾. Klar und deutlich geht aber die Identität beider Bruderschaften aus einer Urkunde über die Bruderschaft der Wagner und Böttcher zu Nordhausen von 1428 hervor. Die Wagner und Böttcher vereinigten sich nämlich zwar zu einer Bruderschaft zur Ehre Gottes und seiner Mutter und „unsres Hauptherrn des heiligen Blasius.“ Allein in derselben Urkunde sind auch die Bestimmungen über das Gewerbswesen enthalten, zum klaren Beweise, daß jene religiöse Bruderschaft zu gleicher Zeit auch eine gewerbliche Bruderschaft war. Wegen der religiösen Seite der Genossenschaft ließen indessen die Zunftgenossen die Urkunden von 1428 und die spätere Stiftung eines eigenen Altars von dem Ortspfarrer und von dem Stiftskapitel bestätigen ⁸⁾. Eben so waren die Zünfte der Fischer in Plau und der Schmiede in Sternberg, dann die Bruderschaft der Schmiede zu Ehren des heiligen Brandanus in Lübeck zu gleicher Zeit Zünfte und geistliche Bruderschaften. Die Bruderschaft der Schmiede in Lübeck ließ daher ihre Stiftung einer Vicarie in der Petri Kirche im Jahre 1450 durch das dortige Domcapitel bestätigen ⁹⁾. Und von einer eben solchen Bestätigung der Stiftung eines Altares und eines jährlichen Gottesdienstes zu Baden durch den Generalvicar von Speier ist, wie es mir scheint, in der von Mone beigebrachten Notiz die Rede, was aber nicht ausschließt, daß dieselbe Bruderschaft zu gleicher Zeit auch eine gewerbliche Genossenschaft gebildet habe. Denn die Benennung *fraternitas mercatorum sive institorum* beweist noch keineswegs, wie Mone glaubt, daß jene Genossenschaft eine bloß religiöse Bruderschaft gewesen sei, indem auch die gewerb-

7) Notiz von 1467 bei Mone, II, 4.

8) Zwei Urf. von 1428 und von 1475 bei Förstemann, kleine Schriften zur Geschichte von Nordhausen, I, 159—161.

9) Wehrmann, Lüb. Zunftrollen, p. 149, 150, 152 f.

lichen Genossenschaften den Namen *fraternitas* führen (§. 269) und daher Zunft oder Amt abwechselnd und als gleichbedeutend mit Bruderschaft gebraucht wird, z. B. in der Rolle der Barbieri und Krämer zu Lübeck¹⁰⁾.

Gewiß ist nämlich nur so viel, daß auch die Zünfte einen Heiligen als Schuttpatron gehabt haben und zwar entweder alle Zünfte einer Stadt Einen und Denselben, z. B. in Basel fast alle Zünfte die heilige Maria¹¹⁾, nur die Krämer hatten den heiligen Andreas¹²⁾, oder jede Zunft ihren Besonderen, z. B. die Zimmerleute in Erfurt den heiligen Joseph, die Maurer und Steinmetzen daselbst aber den heiligen Hieronimus¹³⁾, die Goldschmiede in Frankfurt a. M. den heiligen Eulogius¹⁴⁾, die Hufschmiede in Straßburg ebenfalls den heiligen Eulogius (St. Elogius oder Eli-gius). Viele andächtige Leute im Bisthum Straßburg empfahlen ihre Pferde diesem Heiligen und entrichteten dafür eine Steuer, mit welcher jedoch großer Mißbrauch getrieben und daher im Jahre 1481 die Erhebung dieser Sant Elogiussteuer von dem Bischof nur noch denjenigen erlaubt wurde, welche einen Handschein von der Schmiedezunft in Händen hatten¹⁵⁾. Aber auch alle übrigen Handwerker in Straßburg hatten ihren Schuttpatron, die Schiffeleute den St. Clemens, St. Christophorus und St. Nikolaus, die Metzger das heilige Kreuz, die Wollstricker den St. Andreas, die Tuchhändler St. Peter und St. Paul, die Tuchfärber St. Moriz und St. Helena, die Strumpffstricker St. Jakob, die Weber St. Ambrian, die Wollenweber St. Hildebert, die Wundärzte St. Cosmus und St. Damian, die Krüser Unsere liebe Frau, die Bierstieber St. Leonhard, die Gerber St. Martin, die Weinsticker St. Eutinus, St. Eustachius und St. Franciskus, die Schneider St. Gutmann und St. Dominikus, die Schlosser St. Ambrius, die Schuster St. Crispinus, die Schuhflicker St. Amandus, die Zimmerleute St. Joseph, die Maurer

10) Behrmann, Lübeckische Zunftrollen, p. 164 f. u. 280.

11) Zunftbriefe von 1248, 1260 u. 1268 bei Dohs, I, 819, 823, 851, 855 u. 893.

12) Basel im 14. Jahrhundert, p. 80.

13) Stodt, p. 60. Not.

14) Kriegl, p. 367.

15) Heiß, das Zunftwesen in Straßburg, p. 68.

St. Simon und Judas u. s. w.¹⁶⁾. Die Bäcker in Leipzig hatten den heiligen Autbert¹⁷⁾, die Trompeter, Pfeifer, Lautenschläger und Spielleute in Stuttgart die Jungfrau Maria¹⁸⁾, die Fischerzunft in Auenheim den heiligen Laurentius¹⁹⁾, die Weingärtnerzunft in Neutlingen den heiligen Urban²⁰⁾, die Wagner und Böttcher in Nordhausen den heiligen Blasius²¹⁾, die Kaufleute und Schiffer in Flensburg den heiligen Nikolaus, die Goldschmiede den heiligen Lukas, die Barbierer und Bader von Hamburg, Lübeck und Flensburg den heiligen Gervasius²²⁾, die Schmiede in Lübeck den heiligen Brandanus²³⁾ und die Kaufleute in Ulm den heiligen Franziskus²⁴⁾, weshalb denn auch die Bruderschaft der Schmiede in Lübeck die St. Brandanus Bruderschaft und die Bruderschaft der Kaufleute in Ulm die Franziskus Bruderschaft genannt worden ist. Aus demselben Grunde wurde in Freiburg die Bruderschaft der Wundärzte, Wartscherer und Bader die St. Annabruderschaft und die Bruderschaft der Schneider die St. Sebastianusbruderschaft²⁵⁾ und in Hamburg die Bruderschaft der Bäcker die Bruderschaft der Märtyrer, jene der Bodecker (Böttcher) und Brauer die Bruderschaft des heiligen Leichnams und jene der Maurer die Bruderschaft Aller Heiligen genannt²⁶⁾. Eben solche Bruderschaften waren in Köln die Bruderschaft der Schröder im Dom, die St. Severinsbruderschaft der Weber in St. Johann Baptist, die Crispinusbruderschaft der Gerber in St. Maria in Capitolio, die Evergislusbruderschaft der Maler in St. Cäcilien, die Leonardsbruderschaft der Schuhflicker in St. Cäcilien, die Ka-

16) Heitz, p. 23.

17) Bogel, histor. Erläuterungen über die Bäcker-Zunungen in Leipzig, p. 61. Not.

18) Urf. von 1458 bei Sattler, Gesch. der Graven, V, 816.

19) Mone, Zeitschr. IV, 69.

20) Gayler, I, 603.

21) Zwei Urf. von 1428 bei Förstemann, kleine Schriften zur Gesch. von Nordhausen, I, 159, 160.

22) Wilda, das Gilbewesen, p. 47.

23) Berlepsch, Chron. der Feuerarbeiter, p. 78.

24) Jäger, Ulm p. 534.

25) Schreiber, Gesch. IV, 277 u. 278.

26) Etaphorst, Hamburg. Kirchen Gesch. I, 223, 224 u. 231.

tharinenbruderschaft der Fischer in St. Martin, die Laurentiusbruderschaft der Schwärter in St. Lorenz, die Sacramentsbruderschaft der Goldschmiede in St. Lorenz, die Nikolausbruderschaft der Schwertmacher in St. Lorenz, die Cosmas- und Damianusbruderschaft der Bäcker in der Minoritenkirche, die Agathabruderschaft der Sattler in St. Agatha, die St. Jakobusbruderschaft der Waidhändler in St. Jakob u. a. m. ²⁷⁾.

Auch hatten manche Zünfte ihre eigene Kapelle oder einen eigenen Altar in der Kirche mit einer Vicarie, z. B. die Krämerzunft in Basel ²⁸⁾, die Bruderschaft der Peristeyndreher, der Schmiede, der Knochenhauer und Goldschmiede in Lübeck ²⁹⁾, die Bruderschaft der Schiffer (die Schiffergilde) in Berlin ³⁰⁾, die Bruderschaft der Bäcker, der Bodecker und Brauer, der Maurer und der Glaser und Maler in Hamburg ³¹⁾, die Bruderschaft der Wagner und Böttcher in Nordhausen ³²⁾, die Bruderschaft der Krämer oder Kaufleute in Baden ³³⁾, die Krämerinnung in Götting ³⁴⁾, die Bruderschaft der Bartscherer und Bader, der Granatenschleifer und die Innung der Fischer in Freiburg ³⁵⁾, zuweilen auch die Maurer- und Steinmehrzunft, z. B. in Köln ³⁶⁾. Meistentheils wurden jedoch die Bauhütten neben den Kirchen, wo gebaut wurde, angelegt, z. B. in Wien bei St. Stephan, in Nürnberg bei St. Sebald, in Straßburg an dem Münster u. s. w. ³⁷⁾.

Bei den jährlichen Zusammenkünften der Zünfte ging nun allzeit der feierliche Gottesdienst Hand in Hand mit den geselligen Freuden ³⁸⁾. Manche Zünfte hielten sogar einen eigenen Jahrestag:

27) Ennen, Gesch. von Köln, II, 158 u. 605.

28) Ochs, V, 43.

29) Behrmann, p. 151, 152, 153, 261 u. 262. Berlepsch, a. a. O. p. 78.

30) Fibicin, II, 37. III, 345.

31) Staphorst, I, 223, 231 u. 486.

32) Urk. von 1475 bei Förstemann, I, 161.

33) Mone, II, 4.

34) Neumann, p. 267.

35) Schreiber, Gesch. IV, 277 u. 278.

36) Ennen, Gesch. II, 458.

37) Heibelloff, die Bauhütte des Mittelalters, p. 12 u. 13.

38) Wilsa, p. 333.

zu Ehren ihres Schutzheiligen an dessen Festtage, z. B. die Schuhmacher in Erfurt am sogenannten grünen Montag nach Jacobi ³⁹⁾, die Trompeter, Pfeifer und Spielleute am Marienstage zu Stuttgart ⁴⁰⁾, die Krämer in Basel am St. Andrestage ⁴¹⁾, die Schneider zu Freiburg am St. Sebastianstage ⁴²⁾, und die Kaufleute in Ulm am Franziskusfesttage ⁴³⁾. Auch die Bruderschaft der Kaufleute in Baden feierte ihren Jahrestag am Marienstage in der dortigen Spitalkirche ⁴⁴⁾. Eben so die Bruderschaft der Wagner und Böttcher in Nordhausen am Tage nach St. Andreas ⁴⁵⁾. Die Weinausrüfer und Rührer in Nürnberg feierten noch im 17. Jahrhundert zu Ehren des heiligen Urban (des Gottes des Weines) den Urbanstag mit einem feierlichen Umzug, welchen man das Urbanreiten genannt hat ⁴⁶⁾. Und in Reutlingen wird heute noch der heilige Urban (das Nebenmännchen) am St. Urbanstage von der Weingärtnerzunft umhergetragen. Zur Reformationszeit wurde dieses Umhertragen zwar verboten, aber schon im Jahre 1578 wieder als unschuldiges Denkzeichen wieder erlaubt. Nur trägt heutiges Tages das Nebenmännchen eine goldene Denkmünze der Uebergabe der Augsburgerischen Confession auf der Brust, und ist mit zahlreichen silbernen Anathemen aus dem 17. und 18. Jahrhundert bedeckt ⁴⁷⁾.

Auch sollten die Strafen und die Aufnahmegebühren in Wachs oder Wachsgeld, oder in Wachskerzen bestehen, und diese sodann für gottesdienstliche Zwecke verwendet werden, z. B. bei allen Zünften in Basel ⁴⁸⁾, in München ⁴⁹⁾, in Götting ⁵⁰⁾,

39) Stod, p. 111. Not.

40) Urk. von 1458 bei Sattler, V, 316.

41) Basel im 14. Jahrhundert, p. 80.

42) Schreiber, Gesch. IV, 278.

43) Jäger, p. 534 u. 535.

44) Urk. von 1467 bei Mone, Zeitschr. II, 4.

45) Urk. von 1428 bei Förstemann, I, 160.

46) Siebenkees, Materialien, III, 47—50.

47) Gayler, I, 603.

48) Ochs, I, 319, 323, 342, 346, 351, III, 538, V, 39 u. 41.

49) Stadtr. §. 15, 15 u. 17 bei Auer, p. 272 u. 278

50) Neumann, p. 262.

in Frankfurt a. M. ⁵¹⁾, und in Chemnitz ⁵²⁾, anderwärts aber nur bei einigen Zünften, z. B. in Nordhausen bei der Bruderschaft der Wagner und Böttcher ⁵³⁾ und in Stuttgart bei der Bruderschaft der Schneider und Tuchscherer. Der Zunftmeister wurde daher öfters, da er für die Kerzen zu sorgen hatte, Kerzenmeister genannt, z. B. in Stuttgart u. a. m. ⁵⁴⁾.

§. 278.

Es hatten demnach die meisten Zünfte irgend einen Heiligen als Schuttpatron, an dessen Festtage und auch noch bei anderen Gelegenheiten sie sich zu versammeln, gottesdienstliche Handlungen vorzunehmen, insbesondere den Begräbnissen und den Seelenmessen die für die Gestorbenen gelesen wurden beizuwohnen, feierliche Umzüge zu halten oder sich auf sonstige Weise zu unterhalten pflegten. In der Regel war, wie wir gesehen, die gewerbliche Zunft nicht von der religiösen Bruderschaft getrennt, die Zunft und die religiöse Bruderschaft vielmehr eine und dieselbe Genossenschaft. Daher ließen sich öfters auch nicht Handwerker, sogar Frauen, in eine Zunft aufnehmen, bloß um bei ihrem Tode in feierlicher Weise von der Zunft beerdigt zu werden. Eine solche Mitschwester der Bruderschaft der Bäcker kommt im Anfang des 16. Jahrhunderts in Frankfurt a. M. vor ¹⁾. Eben so wurden auch in die Leichnamssbruderschaft der Goldschmiede in Lübeck Fremde, d. h. nicht Amtsgenossen, wahrscheinlich aus demselben Grunde aufgenommen. Denn man findet in der Stiftungsurkunde von 1382 unter den Stiftern einen Schreiber, der also kein Goldschmied war ²⁾.

Auch haben sich zuweilen mehrere Zünfte mit einander zu einer religiösen Bruderschaft vereinigt, z. B. die Schmiedegesellen und die Rüfertnechte zu Freiburg zur Scapulier Bruderschaft ³⁾.

51) Böhmer, p. 641, 642 u. a. m.

52) Urk. von 1414 bei Horn, Friedr. Streitb. p. 807.

53) Urk. von 1428 bei Förstmann, I, 160.

54) Sattler, Gesch. der Graven, V, 126 u. 127. Berlepsch, Chronik vom Schuhmachergewerk, p. 8. Vergl. unten §. 339.

1) Kriegt, p. 403.

2) Behrmann, Lüb. Zunftrollen, p. 151 ff. u. 499.

3) Schreiber, IV, 277.

Und noch öfter findet man aus Geistlichen und Weltlichen bestehende religiöse Bruderschaften, z. B. in Magdeburg schon im 12. Jahrhundert eine solche Bruderschaft (*fraternitas societatis sue*)⁴⁾. Eben solche aus Geistlichen und Laien bestehende religiöse Bruderschaften findet man in Eßlingen⁵⁾, in Rakeburg, in Rostock, in Wismar, in Doberan u. a. m.⁶⁾. Eben dahin gehört auch die Bruderschaft zwischen dem Deutschen Hause und dem Schuhmacheramt zu Bremen zur Ehre der heiligen Crispin und Crispinian⁷⁾; dann die Wolfgangsbruderschaft in Berlin⁸⁾ und die mit der Gefangbruderschaft vereinigte Bruderschaft des Rosenkranzes bei den Dominikanern in Freiburg⁹⁾.

Ofters ließen sich die Zünfte auch in eine bereits schon bestehende geistliche Bruderschaft aufnehmen, oder sie wurden ohne ihr Zutun von dieser selbst aufgenommen. Die Schneidergesellen zu Görlitz ließen sich im Jahre 1475 in die Bruderschaft der Franziskanermönche aufnehmen¹⁰⁾. Und in Nordhausen nahmen im Jahre 1421 die Predigermönche die Schützenbruderschaft mit allen ihren Angehörigen, Frauen, Kindern, Vätern, Müttern, Brüdern, Schwestern u. s. w., die noch Lebenden wie die Verstorbenen, in die Bruderschaft des Ordens auf, zur Theilnahme an allen Messen, Vigilien, Predigten, Fasten und Gebeten in allen 52 Klöstern der Provinz¹¹⁾.

Wen eine neben der Zunft stehende und von dieser verschiedene religiöse Bruderschaft eines und desselben Gewerbes habe ich nirgends gefunden. Die Zunft und die religiöse Bruderschaft einer und derselben Zunft pflegen vielmehr eine und dieselbe Genossenschaft zu bilden. Die Goldschmiede in Lübeck hatten zwar verschiedene Statute für ihre religiösen und gewerblichen Verhältnisse¹²⁾.

4) Urk. aus 12. sec. bei Leudfeld, *antiquit. Praemonstrat.* p. 105.

5) Pfaff, p. 258.

6) Urkunden von 1854 bei Mantels, Lübeck und Marquard von Westensee, p. 48—51.

7) Urk. von 1450 bei Böhmert, p. 67 f.

8) Urk. von 1482 bei Zimmermann, II, 232 ff.

9) Schreiber, III, 169 u. IV, 277.

10) Neumann, p. 267 u. 620.

11) Förstemann, II. Schr. I, 111.

12) Wehrmann, Lüb. Zunftrollen, p. 151 ff., 215 u. 499.

Daß aber die Leichnambruderschaft eine von der Zunft oder dem Amte der Goldschmiede verschiedene Genossenschaft gewesen sei, steht nirgends.

§. 279.

Wie die Familiengenossenschaften und Geschlechter und andere Genossenschaften, so hatten öfters auch die Zünfte ihr eigenes Zeichen oder Wappen, bestehend aus der Hausmarke ihres Zunfthauses¹⁾, oder aus dem Zeichen ihres Gewerbes oder aus irgend einem anderen Zeichen, oder aus dem Bilde des Heiligen, welcher ihr Schutzpatron war.

So war in Basel das Zeichen des Zunfthauses der Hausgenossen ein Bär, jenes der Weinleute ein Weingeschirr, welches man zur Gelsen genannt hat, und das Zeichen des Zunfthauses der Scheerer, Mahler und Sattler ein Himmel. Daher nannte man jene Zünfte selbst zum Bären, zur Gelsen und zum Himmel²⁾. In Bern war das Zeichen des Zunfthauses der Schneider ein Mohr und jenes der Steinhauer und Steinmeger ein Affe, darum nannte man die Zünfte selbst Mören und Affen³⁾. In Lucern war das Zeichen der Herren- oder Edelleute Stube ein Affenwagen. Daher nannte man die Gesellschaft selbst zum Affenwagen⁴⁾. In Straßburg war das Zeichen der Zunftstube der Kaufleute ein Spiegel, jenes der Metzger eine Blume, das Zeichen der Stube der Kornläufer, Müller u. s. w. eine Lucern (Laterne), der Gesalzwaarenhändler eine Mohrin, der Gold- und Silberarbeiter, Maler u. s. w. eine Stelze (Stütze)⁵⁾. Man nannte daher die Zünfte selbst Zunft zum Spiegel, zur Blume, zur Lucern, der Mohrin und zur Stelze⁶⁾. Und das Zeichen des Hauses wurde sodann das Wappen der Zunft.

1) Ueber den Zusammenhang der Wappen mit den alten Hausmarken vergl. Michelsen, über die Ehrenflüde und den Rautenfranz als historische Probleme der Heraldik, p. 8 ff.

2) Ochs, II, 127, 182 u. 161.

3) Simler, p. 499.

4) Simler, p. 506 u. 548.

5) Schmeller, III, 684.

6) Heiß, das Zunftwesen in Straßburg, p. 38, 41, 48, 50 u. 52.

Anderere Zünfte nahmen das Zeichen ihres Gewerbes oder irgend ein anderes Zeichen als ihr Zunftzeichen an, z. B. in Basel die Kaufleute einen Schlüssel, die Hausgenossen eine Krone, die Krämer eine Safranblume, später eine schwarze Lilie, die Pfister drei verschiedene Brode in einem rothen Feld, die Schmiede zwei Hämmer, eine Zange und ein feuerrothes Eisen, die Gerber und Schuhmacher zwei Löwen, die Schneider und Kürschner eine Scheere und etwas Pelzwerk, die Gärtner eine Heugabel und eine Mistgabel, die Metzger einen aufrecht stehenden Hammel in einem rothen Felde, die Spinnwetter ein Zimmerbeil, einen Zirkel und einen Hammer, die Scheerer einen Sack, die Bader einen Quast, die Leinwetter und Weber einen rothen Greif, und die Fischer und Schiffeleute einen Salmen und einen Anker. Und diese Zunftzeichen wurden sodann das Wappen der Zunft⁷⁾. Eben so hatten in ihrem Wappen in Straßburg die Tuchmacher eine Tuchscheere, die Küfer ein Faß, die Gerber zwei Gerbeisen, die Schneider eine Scheere, die Schmiede ein Hufeisen, die Schuhmacher mehrere Schuhe, die Fischer einen Fisch, die Zimmerleute mehrere Wagenräder, die Gärtner einen Spaten (Grabscheit) und zwei Rettiße, die Maurer eine Maurerkelle, die Schiffer einen Enten (Anker), ihre Zunft hieß daher die Zunft zum Enten⁸⁾.

Wieder andere Zünfte nahmen das Bild ihres Schutzpatrons zu ihrem Zunftzeichen und Wappen an, z. B. die Fischerzunft zu Auenheim bei Rühl das Bild des heiligen Laurentius, indem er mit der Rechten den Rost, auf dem er gebraten wurde, emporhebt⁹⁾.

Von vielen Städten kennt man zwar die Zunftwappen nicht. Man weiß jedoch, daß auch bei ihnen die Zünfte ihr eigenes Wappen oder Zeichen führten. In Bremen hatten die Schuhmacher ihr eigenes Wappen oder Zeichen. Und im Jahre 1635, als das Pantoffelmacheramt mit dem Schuhmacheramte vereinigt wurde, wurde verordnet, daß nun auch das Pantoffelmacheramt sich des Wappens der Schuhmacher bedienen sollte („auch eines Wappens

7) Ochs, II, 123, 127, 134, 140, 144, 146, 152, 156, 159, 162, 163 170.

8) Heiß, Zunftwesen, p. 36, 46, 59, 62, 65, 66, 69, 70, 72, 74 u. 71

9) Mone, Zeitschrift, IV, 69.

sich gebrauchen — Loden undt Wapen oder Zeichen, nemblich der „Schuchmacher führen“) ¹⁰⁾. Woraus folgt, daß die Pantoffelmacher auch vorher schon ein eigenes Wappen geführt haben. Und sehr wahrscheinlich hatten daselbst auch die übrigen Zünfte eigene Zeichen oder Wappen. Eben so war es sehr wahrscheinlich in Lübeck. Wenigstens die Goldschmiede daselbst hatten ihr eigenes Zeichen. Denn sie sollten auf ihre Waaren neben das Stadtwappen ihr eigenes Zeichen setzen ¹¹⁾.

Viele Zünfte hatten außer ihrem eigenen Zunftzeichen oder Wappen auch noch ihre eigene Farbe, z. B. in Reutlingen alle zwölf Zünfte ¹²⁾ und in Köln wenigstens die Ritterzünfte ein eigenes mit Stickereien versehenes Kleid, eine Art Uniform ¹³⁾.

Mit diesen Zunftwappen oder Schilden sollten nun die Zünfte die von ihnen verfertigten Geschirre und anderen Waaren zeichnen. Wenigstens war dieses in Straßburg der Zunft der Lucernen vorgeschrieben ¹⁴⁾.

Auch war jede Zunft berechtigt außer dem eigenen Zeichen oder Wappen, wie jede andere Genossenschaft auch noch ein eigenes Siegel, ein Zunftsiegel, zu haben. Es machten jedoch nicht alle Zünfte Gebrauch von diesem Rechte. So führten z. B. die Bäckerzünfte von Mainz, Worms, Speier, Oppenheim, Frankfurt und Bingen ihr eigenes Zunftsiegel („zünfte ingesiegele“). Die Bäcker von Bacharach und Boppard hatten aber keines ¹⁵⁾. Eben so hatten die Schmiedezünfte von Mainz, Worms und Speier eigene Zunftsiegel, die Schmiede von Frankfurt, Gelnhausen, Aschaffenburg, Bingen, Oppenheim und Kreuznach aber nicht ¹⁶⁾. Auch in Frankfurt hatten die Gewandmacher ein eigenes Zunftsiegel ¹⁷⁾, andere Zünfte hatten es nicht. Im Jahre 1366, nach

10) Brief von 1635 bei Böhmer, p. 88 u. 89.

11) Urk. von 1492 bei Wehrmann, p. 215. Vergl. S. 404.

12) Gayler, I, 578 u. 574.

13) Ennen, Gesch. II, 461.

14) Alte Ordnung bei Wender, von Glevenburgern, p. 52. — „Die zur Lucernen sollent — es zeichen mit irs antwerds schilt in das „issen das er zu kennen sy und sollich geschirre für sich selbs haben.“ —

15) Urk. von 1852 bei Böhmer, Urkb. p. 627.

16) Urk. von 1888 bei Böhmer, p. 761.

17) Urk. von 1855 bei Böhmer, p. 685.

Unterdrückung des Zünfte Aufstandes, wurden die Zunftflegel in Frankfurt zerschlagen, und ihr Gebrauch verboten. Bald nachher erhielten aber auch dort die Zünfte wieder das Recht ein Siegel zu führen¹⁸⁾. In Köln hatten alle Zünfte ihr eigenes Siegel¹⁹⁾. Eben so in Frankfurt a. M.²⁰⁾, in Worms u. a. m.

§. 280.

Die Zunftgenossen waren sich gegenseitigen Schutz und Unterstützung schuldig. Sie sollten, wie es in der Stiftungs-urkunde der Schmiedezunft zu Weplar heißt, „Lieb und Leid“ mit einander tragen¹⁾. „Lieb und Leid mit einander leiden bei „der Stadt und wo es Noth geschehe,“ wie es die Zunftordnung der Bader in Frankfurt von 1355 vorschreibt²⁾, „alle brüderliche Liebe und Treu“ mit einander theilen, wie es die Ordnung der Krämer in Frankfurt am Main verlangt³⁾, „friedlich und einmütlich,“ auch „mit Bescheidenheit unter einander leben, wie es in den Zunftstatuten von Speier heißt⁴⁾, und „sich erlich vnd frumblich halten nach christlicher Ordnung vnd brüderlicher lieb — vnd getreulich schaffen jren nutz,“ wie es die Steinmegerordnung von 1498 vorschreibt⁵⁾. Daher sollte kein Zunftgenosse oder Gildebruder dem anderen seine Kundschaft oder seinen Knecht während seiner Dienstzeit abspannen, z. B. in Speier⁶⁾, in Frankfurt a. M.⁷⁾, in Basel⁸⁾ und Freiberg⁹⁾, kein Gildegenosse für jemand Arbeit unternehmen, der die

18) Kriegl, p. 381. Urk. von 1366 bei Böhmer, p. 714. unten §. 404.

19) Ennen, Gesch. II, 642 f.

20) Urk. von 1352 bei Böhmer, p. 625.

1) Urk. von 1361 bei Ullenstein, Gesch. von Weplar, I, 640.

2) Böhmer, p. 648.

3) Ordnung von 1559 §. 27 bei Fichard, Frankfurt. Archiv, II, 145. Kriegl, p. 360.

4) Rau, II, 7.

5) Heibeloff, p. 58.

6) Rau, II, 7.

7) Böhmer, p. 637, 639 u. 751.

8) Dohs, I, 323 u. 404.

9) Stadtr. bei Schott, III, 291.

von einem anderen Genossen gekaufte Arbeit nicht bezahlen wollte¹⁰⁾, überhaupt kein Bruder gegen den anderen unredlich handeln, ihm etwas Uebles nachreden, ihn nicht einmal im Scherze Lüge strafen („hugestraffen“) ¹¹⁾, oder ihn auf irgend eine Weise benachtheiligen. Und es war eine Hauptbestimmung der Zunftgerichtsbarkeit und der Zunftpolizei die brüderliche Eintracht und den Gildesfrieden unter den Genossen zu erhalten (§. 274 u. 275). Darum waren die Zunfthäuser zu gleicher Zeit auch die Trink- und Spielhäuser der Genossen. Denn auch die geselligen Freuden sollten die Zunftgenossen mit einander theilen (§. 273). Aus demselben Grunde sollten die armen Meister und Gesellen von ihrer Bruderschaft aus dem Zunftvermögen unterstützt¹²⁾, während ihrer Krankheit gepflegt¹³⁾, und, wenn sie starben, auf Kosten der Zunft beerdigt werden¹⁴⁾. Zu dem Ende hatten viele Zünfte ihr eigenes Beichengeräth zur Beerdigung der Todten ihrer Zunft z. B. in Königsberg¹⁵⁾. Andere Zünfte hatten zu dem Ende Sterbelassen oder

10) Dohs, I, 321, 323 u. 404.

11) Böhmer, p. 638, 639, 641, 642, 643, 645.

12) Ordnung der Eisenschmiede zu Trier von 1285 bei Lacomblet, Archiv, I, 270 u. 271. Si aliquis frater vel soror aliqua ejusdem fraternitatis pervenerit ad paupertatem, — fratres et sorores ejusdem fraternitatis subvenient juxta qualitatem et quantitatem bonorum fraternitatis. Die Zunft der Hosenpfähler, d. h. der Schiffeute in Speier hielt das sogenannte Sanct Nikolaus Geld zur Unterstützung der Nothleidenden Knechte im Winter, wo sie nicht leicht Arbeit finden konnten, nach der Ordnung aus dem 15. sec. bei Nau, II, 8 u. 9.

13) Ordnung der Steinhewer zu Straßburg, von 1459 Nr. 5 bei Heideloff, p. 39. „Wer es auch, daß ein Meister oder ein Geselle in Krankheit „fiel, — und ime an seiner zerunge und notpfunden abginge, dem „sol ein jeder Meister, der dan der Ordenunge Büchse hinder ime heit, „Hülff und bystant tun mit lyhen us der Büchse.“ Vergl. noch Steinhewer Ordn. von 1462, Nr. 111 und von 1568 Nr. 24 u. 35 bei Heideloff, p. 56, 66 u. 67. Frankfurter Baaderordnung von 1355 bei Böhmer, p. 648.

14) Zunftbriefe von 1248, 1260 u. 1271 bei Dohs, I, 322, 323, 355 u. 405. Frankfurter Baaderordnung, p. 648.

15) von Bacsko, Gesch. von Königsberg, p. 283.

Begräbnisstätten, aus welchen, wenn ein Meister oder dessen Frau gestorben war, eine gewisse Summe ausbezahlt werden mußte, z. B. in Königsberg mehrere Gewerke und in Görlitz die Tuchmacher¹⁶⁾. Denn die Pflicht zum gegenseitigen Beistand erstreckte sich sogar bis in den Tod.

Daher mußten alle Zunft- und Gildengenossen ihrem verstorbenen Bruder und zwar bei Strafe, die letzte Ehre erweisen und ihn zu Grabe geleiten. So die Bruderschaft der Eisenschmiede zu Trier¹⁷⁾, die Bruderschaft der Waidhändler in Köln¹⁸⁾, die Zunft der Spinnwetter, der Weber und Linwetter und der Gärtner in Basel¹⁹⁾, die Zunft der Schmiede, Bäcker und Müller in Zürich²⁰⁾, die Schnelberzunft in Speier²¹⁾, die Bäckerzunft zu Wittenberg²²⁾, die Zunft der Gewandmacher, der Kürschner, der Schneider, Metzger, der Schiffleute u. a. m.²³⁾ und der Krämer in Frankfurt am Main²⁴⁾, die Schiffergilde und Schustergilde in Berlin²⁵⁾ u. s. w. Und beim Tode eines Oberstzunftmeisters zu Basel sollten die Meister und Sechser aller Zünfte seiner Leiche folgen und sechs Wachskerzen von jeder Zunft nachgetragen werden²⁶⁾. In Frankfurt a. M. sollten die vier jüngsten Meister die Leiche eines erwachsenen Genossen („die großen Lyche“), der junge Meister aber die Leiche eines Kindes tragen²⁷⁾. Auch in Hamburg bestand eine Hauptpflicht der Brauerbruderschaft in dem Tragen der Leichen ihrer verstorbenen Brüder zur ewigen Ruhe und in der Erhaltung und Unterstützung ihrer armen Brüder und Schwestern. Diese sollten Geld, Brod und Butter erhalten. Und es sollte mit großer

16) von Baczko, p. 288. Neumann, p. 262 u. 600.

17) Lacomblet, a. a. O. p. 270.

18) Quellen, I, 415.

19) Zunftbriefe von 1248, 1260, 1268 u. 1271 bei Dops, I, 323, 364 f., 393 u. 404 f.

20) Zunftbriefe von 1386 im Schweizer. Mus. I, 82 u. 85.

21) Rau, II, 7. f.

22) Zunftbrief von 1424 bei Horn, p. 939.

23) Böhmer, p. 628, 638, 639, 641, 645 u. 648.

24) Ordnung der Krämer von 1559, §. 27.

25) Urk. von 1399 und 1453 bei Fidicin, III, 280 u. 345.

26) Verordnung von 1488 bei Dops, III, 588.

27) Böhmer, p. 624. Kriegel, p. 868.

Sorgfalt für die Herbeischaffung einer guten Butter gesorgt werden. Es wurde zu dem Ende ein eigener sogenannter Butter Alter bestellt, welcher für eine gute Butter und für deren Bewahrung in blechenen Büchsen zu sorgen und sodann deren gehörige Vertheilung zu überwachen hatte²⁸⁾. Auch sollten die Gildebrüder durch Gebete und Opfer für das Seelenheil ihrer verstorbenen Brüder sorgen und daher Seelenmessen für sie lesen lassen, z. B. die Spinnwetter, Gärtner und Weber zu Basel²⁹⁾, die Waibhändler zu Köln³⁰⁾, die Eisenschmiede in Trier³¹⁾, die Bader und die Kaufleute zu Ulm³²⁾, die Schneider und Tuchschärer zu Stuttgart³³⁾, alle Zünfte in München³⁴⁾ und Amberg³⁵⁾, die Bruderschaft der Wagner und Böttcher in Nordhausen³⁶⁾, die Goldschmiede in Frankfurt a. M.³⁷⁾, die Steinmessen zu Strassburg, Rochlitz u. a. m.³⁸⁾. Die Bruderschaft der Bader und Barbieri zu Eßlingen stiftete zu dem Ende im Jahre 1496 ein sogenanntes gesungenes Amt zu jeder Fronfasten mit wenigstens drei Sängern in der Spitalkapelle³⁹⁾.

§. 281.

Als freie, wenn auch nicht vollfreie, oder als hörige Leute oder Ministerialen waren die Handwerker und Künstler eben so waffenfähig, wie die freien und hörigen Colonen und die übrigen Ministerialen. Denn nur die unfreien Leute waren es nicht¹⁾.

28) Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 308—312.

29) Ochs, I, 328, 354 f. u. 393.

30) Ennen, Gesch. II, 605.

31) Lacomblet, a. a. O. p. 270.

32) Jäger, p. 457 u. 534.

33) Sattler, V, 126 u. 127.

34) Stadtr. §. 17 bei Auer, p. 273.

35) von Löwenthal, Gesch. von Amberg, I, 366.

36) Urf. von 1428 bei Förstemann, I, 169.

37) Kriegl, I, 367.

38) Steinmessenordn. von 1459, 1462 u. 1498 bei Heibeloff, p. 39, 48 u. 59.

39) Pfaff, p. 155. Not.

1) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 20, 32, 42, 92, 98, 248, 404, 450, III, 490, 498.

Die freien und hörigen Handwerker waren daher von je her berechtigt Waffen zu tragen. Sie waren aber auch dazu verpflichtet, so oft es die Herrschaft begehrte. Ihr regelmäßiger Waffendienst ist sogar weniger von ihnen selbst, als von ihren Herrn ausgegangen, welche bei den fortwährenden Kämpfen und Fehden eines kräftigen Armes bedurften. Daß aber ihr regelmäßiger Waffendienst von der Herrschaft ausgegangen ist, geht zumal aus der Geschichte der Zünfte in Basel hervor. In den ersten Zunftbriefen der Metzger, Spinnwetter, Bäcker und Schneider von den Jahren 1248, 1256 und 1260 ist von einem Waffendienste der Zünfte noch keine Rede. In dem Zunftbriefe der Gärtner vom Jahre 1260 wird zum ersten Mal ihre kriegerische Bestimmung berührt, indem der Bischof gemeinschaftlich mit der Bürgerschaft verordnete, daß jeder Zunftgenosse dem Aufgebote seiner Zunft Folge leisten und ihrem Banner folgen solle²⁾. Der Bischof bedurfte nämlich in den damaligen unruhigen Zeiten eines starken Armes. Als er daher im Jahre 1260 die Zunft der Gärtner anerkannte, schloß er zu gleicher Zeit, um sich ihrer Hülfe zu versichern, ein Schutz- und Trutzbündniß mit ihr³⁾. Und mit diesem Bündniß hängt offenbar auch die erwähnte Bestimmung über die Dienstpflicht zusammen. Es geht zwar aus jener Bestimmung hervor, daß die Zunft vorher schon bewaffnet gewesen sein und ihr eigenes Banner gehabt haben muß. Allein die Regelung ihrer Dienstpflichtigkeit datirt doch erst seit jenem Zunftbriefe. Auch werden dieselben Verfügungen sowohl über das Schutz- und Trutzbündniß als über die Dienstpflichtigkeit jeder Zunft in allen späteren Zunftbriefen wiederholt, z. B. in dem Zunftbriefe der Weber und Linwetter vom Jahre 1268⁴⁾, in jenem der Schifflente und Fischer⁵⁾ und insbesondere auch in dem Zunftbriefe der Spinn-

2) Dchs, I, 353. „Ewer ouch des Antwerds rechte genoz ist unde si ch „dir mitte begat, der soll zallen (d. h. zählen, Folge leisten) ernsten „ir gebottes und ir banier warten.“

3) Dchs, I, 352. „Und soll man das wissen, das wir innen unde si un „und unserm Gophus gesworen hant, zi helfenen, zu unsern nöte „gegen menlichen.“

4) Dchs, I, 393.

5) Zunftbrief von 1354 bei Dchs, II, 94.

wetter vom Jahre 1271⁶⁾), während in dem Zunftbriefe von 1248 noch keine Rede davon war. Auch in Freiburg in Breisgau ging die Bewaffnung der Zünfte von der Landesherrschaft aus. Im Jahre 1293 erhielten nämlich die von der Herrschaft ernannten Zunftmeister das Recht ihre Untergebenen zu bewaffnen und mit ihnen auszuführen, wenn es die Herrennoth oder Stadtnoth erheischte⁷⁾. Und im Jahre 1338 wurde sodann auch noch von dem Stadtrath verordnet, daß jeder der ein Vierteljahr in der Stadt sitze, zünftig sein und einen Harnisch im Hause haben müsse, um, wenn es nöthig sei, mit seinem Zunftmeister ausziehen zu können⁸⁾).

Dasselbe Interesse nun, welches die Grund- und Landesherrn, hatten auch die Städte an der regelmäßigen Bewaffnung ihrer Hinterfassen, zu denen auch die Handwerker und Künstler, ursprünglich die freien und seit Abschaffung der Hörigkeit auch die übrigen gehört haben (§. 131 u. 235). Die Zeiten der Gewaltthatigkeiten und der Uebergriffe nöthigten die Bürgerschaften zur Selbsthilfe, um dadurch den Schutz zu ersetzen, welchen die öffentliche Gewalt nicht mehr gewährte. Sie riefen daher ihre Hinterfassen zu den Waffen und die bereits bestehenden Handwerksämter und Zünfte boten sich, wie von selbst, als Anhaltspunkte zur Bildung kriegerischer Abtheilungen dar. Die Zünfte haben demnach schon als kriegerische Abtheilungen bestanden, ehe ihr Kampf mit den Geschlechtern begann und ehe es zur Errichtung eines Zunftregiments kam. Der Kampf und der endliche Sieg der Zünfte wäre sonst auch nicht wohl möglich gewesen. So zogen die bewaffneten Zünfte in Straßburg schon im Jahre 1308 mit ihren Bannern aus gegen die Geschlechter⁹⁾. Der Kampf dauerte auch später noch fort. Und im Jahre 1332 führte er zum Siege der Zünfte über die Ge-

6) Dch, I, 404 u. 405.

7) Urf. von 1293 bei Schreiber, I, 140. „Wir geben den Zunftmeistern „gewalt, das si alle die vnder in sint mugen mit einungan tetwingen, „für sich ze komende, vnd waffe ze habende, vnd us ze varende vmb „der herscheite vnd vmb der stette not.“

8) Urf. von 1338 bei Schreiber, I, 337.

9) Königshoven, p. 304. „Do zogetent die antwerke mit iren banern.“ — Vergl. noch cod. p. 294.

schlechter und zu einer neuen Verfassung. Eben so war es in Köln. Schon in der Mitte des 13. Jahrhunderts waren daselbst die Zünfte bewaffnet. Denn das damals zu den Waffen gerufene Volk war nichts anderes als die aus den Zünften bestehende Gemeinde (§. 59). Auch in dem Kampfe gegen die übermüthige Zunft der Wollenweber seit dem Jahre 1370 und in den späteren Kämpfen bis zum Siege der Zünfte im Jahre 1396 erschien jede Zunft einzeln aber bewaffnet auf dem Kampfplatz ¹⁰⁾. Die zahlreiche Wollenweberzunft (das Wullenampt) hatte wieder drei Unterabtheilungen, eine jede mit einem eigenen Banner ¹¹⁾. Im Jahre 1370 bis 1373, also während des Kampfes mit den Wollenwebern, wurde es jedoch mehreren Zünften und einzelnen Handwerkern, wahrscheinlich wegen ihrer Unterstützung der Wollenweber (*quod adhesit textoribus*,) verboten Waffen zu haben ¹²⁾. Auch in Augsburg erschienen die Zünfte seit dem Jahre 1303 bewaffnet im Kampfe. Und dasselbe gilt von allen alten Städten.

Jeder Zunftgenosse mußte mit seiner Zunft Waffendienst leisten in Basel, wie wir gesehen, schon seit dem 13. Jahrhundert. Der zu leistende Dienst war aber doppelter Art, er war theils wirklicher Kriegsdienst (Reise), theils Wache- und sonstiger Dienst in der Stadt. Daher heißt es in den Zunftrechten von Basel, jeder Zunftgenosse solle mit seiner Zunft reisen, wachen und hüten ¹³⁾. Noch im Anfang des 16. Jahrhunderts sagt Kyf: „die Zünfte hüten und wachen alle Nächte auf dem Rath-
„hause und thun ihre Umgänge um die Hochwachten zu besuchen“ ¹⁴⁾.

10) Kölner Chron. fol. 274. b. u. 275.

11) Kölner Chron. fol. 275. a. Verbundsbrief von 1396 in Materialien zur Statist. I, 7. p. 8, 4 u. 9. Limburger Chron. p. 64. „Die Weber, — „mehr denn 600 wohlbereit, mit aufgeredtem Panier.“

12) Urf. von 1373 in Quellen zur Gesch. von Köln, I, 172. — *quod sartores et slichtere non habebunt arma et hoc est ordinatum per dominos nostros.* (so muß gelesen werden statt *magistros*. eod. II, p. XI). Urf. von 1370, eod. I, 172 u. 173. — *sartores non habebunt arma. — sartor non habebit arma. — fabri non habebunt arma. — faber non habebit arma. — non habebit arma, quod adhesit textoribus.* —

13) Zunftrechte von 1451 u. 1479 bei Döb, V, 37 u. 39.

14) Döb, V, 406.

Auch in Zürich u. a. m. mußten die Zünfte die Wache beziehen¹⁵⁾. Eben so in Frankfurt a. M.¹⁶⁾. Den Zünften war insgemein die Bewachung der Stadthore, der Thürme und der Stadtmauern ganz oder theilweise anvertraut. So hatte in Magdeburg die Innung der Tuchmacher schon seit dem 13. Jahrhundert den Wartthurm, den sogenannten Burgfrieden zu bewachen und zu vertheidigen¹⁷⁾. In Glogau war im Jahr 1399 die Bewachung der Stadthore, der Wighäuser und der einzelnen Abtheilungen der Stadtmauern unter die einzelnen Zünfte vertheilt¹⁸⁾. In Weßlar war die Bewachung und die Vertheidigung der sieben Stadthürme den sieben rathsfähigen Hauptzünften anvertraut¹⁹⁾. In Freiburg war die Bewachung und Vertheidigung der Stadtmauern und der Stadthore unter die verschiedenen Zünfte vertheilt. Und wenn die Bürgerschaft ausgezogen war, mußten die Klostergeistlichen und die Weltgeistlichen die Vertheidigung übernehmen²⁰⁾. In Speier hatten die Zünfte 16 der stärksten Thürme an der inneren Stadtmauer zu bewachen und zu vertheidigen²¹⁾. Eben so war es in Halle²²⁾, in Basel u. a. m.²³⁾. Und nach dem Dienstrechte von Hennegau gehörte die Bewachung und Vertheidigung eines festen Thurms (*custodia turris*) zu dem Amte des Erbbäckermeisters (*pistor hereditarius*)²⁴⁾. Außerdem mußten die Zünfte bei Aufständen und so oft sich eine Veranlassung zum Einschreiten der bewaffneten Macht ergab, bewaffnet an den dazu bestimmten Versammlungsorten erscheinen, entweder in ihren Zunfthäusern, z. B. in Speier u. a. m. (§. 273), oder an den sonst zur Versammlung bestimmten Plätzen. In Basel z. B. sollten sich, wenn Sturm geläutet wurde, alle Edeln und Bürger (die Achtbürger) und alle die auf ihre Stube

15) Zunftbrief von 1336 im Schweizer. Mus. I, 85.

16) Böhmer, p. 644.

17) Rathmann, II, 834.

18) L. u. St. p. 388 u. 389.

19) von Ulmenstein, I, 527 u. 528.

20) Schreiber, Gesch. von Freiburg, II, 202, 203 u. 205.

21) Lehmann, p. 878.

22) Drenhaupt, Beschreibung des Saalkreises, I, 668.

23) Dörs, V, 406.

24) Rotulus officiorum Haninoviens. §. 14.

gehörten, sodann die Zünfte der Kaufleute, der Schneider und Kürschner, der Zimmerleute und Maurer und der Echerer, Maler und Sattler, mit Gewehr und Harnisch bewaffnet unter dem Rathhaus, die übrigen Zünfte aber an den Ringmauern versammeln²⁵⁾. Eben so sollten in Frankfurt a. M. die Zünfte und die Geschlechter bei einer Feuersbrunst oder so oft sonst die Sturmglocke ertönte, auf ihren Zunft- und Geschlechterstuben, oder an den Stadthoren erscheinen, um löschen oder die Ruhe im Innern aufrecht erhalten zu helfen. Sogar bei Turniren mußten sie zuweilen, z. B. im Jahre 1386, die Ordnung handhaben, und selbst den fremden Kaufleuten das Geleite auf die Messe geben, wie dieses die Metzgerzunft im Jahre 1367 gethan hat²⁶⁾.

Bei Auszügen aus der Stadt brauchten nicht alle zu marschiren. Es wurde vielmehr die von jeder Zunft zu stellende Mannschaft bestimmt und sodann die Art und Weise wie diese Mannschaft zusammengebracht werden solle jeder Zunft selbst überlassen, z. B. in Straßburg²⁷⁾, in Ulm²⁸⁾ u. a. m. In manchen Städten sollten immer die jüngsten Meister ausziehen, z. B. in Lübeck bei der Zunft der Kistenmacher und der Kammacher²⁹⁾. Die Zurückbleibenden mußten die Kosten des Auszugs bestreiten. Jede Zunft hatte daher für ihre ausziehenden Zunftgenossen zu sorgen (§. 134). In Lübeck hatten die Spinnrademacher je nach ihrem Vermögen oder Uebereinkommen ihren eigenen Reiter zu halten und zu besolden („ore eigen rutere holden vnd besoldenn“³⁰⁾). Die Zünfte dienten nämlich in der Regel zwar zu Fuß, in manchen Städten aber auch zu Pferd. Und in Lübeck hatten die Kistenmacher, die Kammacher, die Holzbrechsler und Spinnrademacher einen oder mehrere Reiter auf eigene Kosten zu stellen³¹⁾.

25) Rathserkenntniß von 1525 bei Dohs, V, 519

26) Kriegl, Bürgerzwiste, p. 364—365 u. 538.

27) Wendler, von Oleven Burgern, p. 65. „Die Schislute sollent ußrichten „XIII man mit Glesen, die Kremer, die Metziger et seqq. mehr oder „weniger, ie nach der zahl ihrer zünfftigen.“

28) Jäger, p. 416.

29) Wehrmann, p. 111, 245, 258 u. 451.

30) Hf. von 1526 bei Wehrmann, p. 111 u. 451.

31) Wehrmann, p. 111, 245, 258 u. 451. Vergl. §. 130.

In Bremen dagegen sollte die Schneiderzunft zwar keine Reiter, aber doch acht Schützen für die Stadt halten („de gemeyne sel-
 „schup des sroder amptes schall holden deme rade achte schutzen
 „to der stadt behoeff“) ³²⁾. Jede Zunft sollte daher gehörig be-
 waffnet und zwar auf eigene Kosten bewaffnet sein, z. B. in Frei-
 burg ³³⁾, in Ulm ³⁴⁾, in Zürich ³⁵⁾, in Speier ³⁶⁾, in Basel ³⁷⁾, in
 Straßburg ³⁸⁾, in Frankfurt a. M. ³⁹⁾ u. a. m. In manchen
 Städten mußte schon bei der Aufnahme in die Zunft ein Harnisch
 oder eine andere Waffe geliefert oder ein Harnischgeld entrichtet
 werden (§. 133 u. 286). In Straßburg wurden die Zünfte wäh-
 rend ihres Kampfes mit den Geschlechtern entwaffnet und ihnen
 das Tragen von Harnischen und anderen Waffen verboten ⁴⁰⁾. Bald
 nachher sehen wir sie jedoch wieder unter den Waffen und im
 Jahre 1332 siegreich über die Geschlechter. Seitdem gingen Bür-
 ger und Handwerker mit Panzern und Schwertern („mit panzen
 „und mit swerten“) in den Rath ⁴¹⁾, bis im Jahre 1482 das
 Waffentragen gänzlich verboten worden ist ⁴²⁾.

Meistentheils waren jedoch die Zünfte auch in Straßburg
 nur mit Hellebarden, Mordarten, Schweinspießen („Swinspiessen“)
 und anderen langen Spießen bewaffnet ⁴³⁾. Die vollständige Be-
 waffnung der Schiffer in Straßburg bestand in einem eisernen Hut,
 einem Halskragen, einem Panzer, Blech, Schurz, einem Paar

32) Urf. von 1491 bei Böhmert, p. 81.

33) Urf. von 1298 bei Schreiber, I, 1. p. 140. „Wir geben den Zunft-
 „meistern gewalt, das siu alle die vnder in sint mugen mit einungan
 „berwingen, für sich ze komende vnd waffen ze habende, vnd uf
 „ze varende vmbe der herscheste vnd vmbe der stette not.“

34) Jäger, p. 413.

35) Zunftbriefe von 1336 im Schweizer. Mus. I, 83 u. 85.

36) Statut der Kürschnerzunft aus 15. sec. bei Rau, II, 8.

37) Urf. von 1534 bei Ochs, VI, 489 u. 490.

38) Zunftbrief von 1350 bei Strobel, II, 298 ff.

39) Böhmert, p. 639, 641, 643, 648.

40) Königshoven, p. 306. „Men nam ju ouch allen iren harnesch und
 wofen.“ Vergl. Glosener, p. 101.

41) Königshoven, p. 306. Glosener, p. 102.

42) Schilter zu Königshoven, p. 1098.

43) Alte Ordnung bei Wender, von Clevenburgern, p. 50.

Handschuhe, Beinschienen („beingewant“), in einem Spieß oder einer Hellebarde oder Streitart (Mortart) und in einem Schwert⁴⁴⁾. In Frankfurt a. M. war die Bewaffnung nach dem Vermögen eines jeden Zunftgenossen verschieden („jeder man nach siner mögde“⁴⁵⁾, nach marczal⁴⁶⁾, der es wale virmag⁴⁷⁾, den die mehstir „dunket daz he in billige hette“)⁴⁸⁾. Diejenigen, welche ein Vermögen von 30 Gulden besaßen, sollten den ganzen Harnisch haben, bestehend in einer eisernen Kopfbedeckung, in einem Panzer, einem Beingewand, einem Schwert, Armleder und Handschuhen⁴⁹⁾. Die Armeren hatten den kleinen Harnisch zu tragen, welchem je nach ihrem Vermögen bald das eine bald das andere oder auch mehrere jener Waffenstücke fehlten⁵⁰⁾. Bei den Bäckern richtete sich die Ausrüstung nach der Zahl der Schweine, die jeder hielt. Die Bäcker, welche mehr als vier Schweine hielten, hatten den ganzen Harnisch, die übrigen nur den kleinen Harnisch zu stellen, welcher bei ihnen aus einem Panzer, Eisenhut, Armleder und aus Handschuhen bestand⁵¹⁾. Eine Hauptwaffe der Zünfte war die Armbrust und die Büchse. In Straßburg sollten immer zwei Schützen, Einer mit einer Armbrust und Einer mit einer Handbüchse bewaffnet mit einander marschiren⁵²⁾. Und wenn ein Handwerk nicht zahlreich genug war, so wurden mehrere Handwerke zusammengeworfen und bestimmt, wie viele Schützen jedes Handwerk zu stellen habe⁵³⁾. Die Zunftmeister hatten die Aufsicht über die Bewaffnung und daher darauf zu sehen, daß die Waffenrüstung in gehörigem Stand erhalten werde, z. B. in Freiburg, Speier u. a. m.⁵⁴⁾. In Gdrlik hatten die Handwerksältesten sogar die Harnische und

44) Zunftbrief von 1350 bei Strobel, II, 299.

45) Böhmer, p. 609, 638 u. 641.

46) Böhmer, p. 749, 753, 754.

47) Böhmer, p. 648.

48) Böhmer, p. 648.

49) Böhmer, p. 749, 753 u. 754.

50) Kriegel, p. 365, 366, 538.

51) Böhmer, p. 640 u. 749.

52) Alte Ordnung bei Wender, von Glevensbürgern, p. 50.

53) Bamberg. Stadtrecht bei Zoepfl, Anhang, p. 144 u. 145.

54) Schreiber, a. a. O. Rau, II, 8.

Waffen ihrer Innung in Gewahrsam. Im Jahre 1372 mußten sie diese jedoch auf das Rathhaus abliefern ⁵⁵⁾.

In den reicheren Städten hatten die Zünfte sogar Waffenvorräthe, um nöthigenfalls auch noch die Gesellen und Lehrlinge bewaffnen zu können, z. B. in Wien ⁵⁶⁾ und in der Mark Brandenburg ⁵⁷⁾. In Görlitz pflegten die Gesellen immer bewaffnet, d. h. eine Auswahl aus den Gesellen getroffen und die ausgewählten sodann bewaffnet zu werden. Auch führten daselbst die Innungen schon seit dem 15. und 16. Jahrhundert Kanonen mit sich, z. B. die Tuchmacher eine große Büchse ⁵⁸⁾. Viele Zünfte hatten auch ihre eigene Zelte („Gezelde“), welche sie mit sich zu führen pflegten, z. B. die Schuhmacher, Schmiede, Schneider und Krämer in Frankfurt a. M. ⁵⁹⁾.

Jede Zunft hatte ihr eigenes von dem Stadtbanner verschiedenes Banner oder ihre eigene Fahne, z. B. in Neutlingen ⁶⁰⁾, in Augsburg ⁶¹⁾, in Frankfurt a. M. ⁶²⁾, in Basel, in Straßburg, Zürich, Speier, Köln u. a. m. Auch dienten die Zünfte in der Regel zu Fuß. Sie wurden daher den reitenden Bürgern oder den Constoffern entgegengesetzt. Späterhin wurden sie zwar ebenfalls beritten gemacht. Allein auch dann noch waren sie bloße Wagenreiter und gehörten daher nicht zur Reiterei (§. 130).

Jede Zunft bildete eine eigene Abtheilung oder eine Compagnie, deren Hauptmann der Zunftmeister war. Sie rückte demnach unter ihrem Zunftmeister und unter dem Banner der Zunft aus, z. B. in Ulm ⁶³⁾, in Straßburg, in Freiburg, in Basel u. a. m. Daher wurden die Zunftmeister zuweilen auch Befehlshaber, z. B. in Thur, oder Bannerherren z. B. in Köln genannt, indem sie das Banner der Zunft vorantrugen (§. 270 u. 351).

55) Neumann, p. 115 u. 118.

56) Schlager, Wiener Skizzen, p. 44.

57) Zimmermann, I, 192.

58) Neumann, p. 115.

59) Böhmer, p. 641. Kriegl, p. 866. Not. 1.

60) Eine Beschreibung der verschiedenen Stadt-, Schützen- und Zunftfahnen bei Gayler, I, 573 u. 574.

61) Jäger, Augsburg, p. 162. von Etetten, Augsb. Gesch. I, 114.

62) Böhmer, p. 623, 641.

63) Jäger, Ulm, p. 413 u. 424.

Wenn aber sämtliche Zünfte ausrückten, so standen sie entweder unter dem unmittelbaren Befehle des Bürgermeisters oder des Ammeisters oder unter einem von ihnen gesetzten Hauptmann und unter dem Banner oder Wenlein der Stadt, z. B. in Köln⁶⁴), in Straßburg⁶⁵), in Ulm⁶⁶) u. a. m. (§. 135). Das Stadtbanner oder die Stadtfahne, *panerium civium* z. B. in Basel genannt⁶⁷), wurde auch in Deutschland öfters, z. B. in Worms und Straßburg, auf einem Heerwagen (*carrocium*), welchen man die *Stanthart* oder *Standard* zu nennen pflegte, aufgepflanzt und in der Schlacht von einer auserlesenen Mannschaft vertheidigt⁶⁸). Und auch späterhin noch, z. B. in Straßburg im 15. Jahrhundert, sollte der oberste Hauptmann, wenn er im Lager oder im Feld stand, eine Fahnenwache anordnen „by dem Wenlin zu bliben also das das Wenlin „nyemer alleyn sy weder tages oder nachtes. sunder allezt wol „verjorget und in eren gehalten“⁶⁹).

Ofters wurde den vereinigten Zünften ein eigener Hauptmann (*capitaneus*) vorgefetzt, z. B. in Straßburg⁷⁰), in Ulm⁷¹) u. a. m., wahrscheinlich auch in Gfelingen, Neutlingen und Weil, indem auch dort neben dem *scultetus* noch ein *capitaneus* gestanden hat⁷²). Dann bestand die bewaffnete Mannschaft aus zwei Abtheilungen, aus den Zünften und aus den Geschlechtern. Die Zünfte standen sodann unter dem Oberbefehl des Oberstzunftmei-

64) Kölner Chron. fol. 274. b. und 275. a.

65) Alte Ordnung bei Wender, von Glevenburgern, p. 51, 53 u. 55.

66) Jäger, p. 413 u. 424.

67) Albert Argent. bei Urstis. II, 115.

68) Annal. Worm. ad 1258 und 1260 bei Boehmer, fontes, II, 159 u. 199. — *cum curru qui dicitur stanthart — cum vexillo ac carru suo heerwagen.* — Matth. Paris. ad 1236. *cum standardo suo, quod carrucam vel carrochium appellant.* Schilter zu Königsheven. p. 1103. Du Cange ed. Henschel, II, 201—202. Freher, rer. Germ. script. I, 679 u. 667.

69) Alte Ordnung bei Wender, von Glevenburgern, p. 51.

70) Alte Ordnung bei Wender, Glevenburger, p. 50.

71) Jäger, p. 205 u. 424.

72) Urt. von 1291 u. 1305 in Docum. rediv. monast. Wirtemberg. p. 32 u. 398.

lers oder Ammeisters oder unter einem von diesem oder von dem Bürgermeister gesetzten Hauptmann, und die Geschlechter unter dem Oberbefehl des Bürgermeisters, welcher ursprünglich das Haupt der Geschlechter war ⁷³⁾.

Die kriegerische Tüchtigkeit der Zünfte in jenen Zeiten ist bekannt. Die geregelte Unterordnung der Lehrbursche unter die Gesellen, der Gesellen unter die Altgesellen und Meister, und der Meister wieder unter die Zunftvorsteher war eine eben so treffliche Grundlage für die militärische Disciplin, wie bei dem Ritterwesen die Unterordnung der Page unter die Knappen und dieser wieder unter die Ritter. Daher haben auch die Zünfte ihrerseits eben so Großes geleistet, als die Ritterorden in anderer Beziehung geleistet haben.

§. 282.

Wie andere freie waffenfähige Leute und waffenfähige Genossenschaften so hatten auch die Zünfte das Recht der Privatrache, der Fehde und der Selbsthilfe. Das Recht der Privatrache war lange Zeit, wie wir gesehen, das Recht eines jeden Bürgers gegen Fremde. Denn der Stadtfriede war ursprünglich auf die Stadtmark beschränkt (§. 94 u. 110). Daher hatten dieses Recht auch die Gewerbsleute gegen fremde Gewerbsleute, in Bremen noch im 15. Jahrhundert. Denn noch im Jahre 1477 mußte daselbst ein fremder Kaufmann den Meistern des Schuhmacheramtes Urfehde schwören, weil derselbe von ihnen wegen verkaufte schlechter Stiefel in Haft und Strafe genommen worden war (*quod propter istam arrestationem et apprehensionem — unquam vellet ulcisci vel vindicare vel quenquam molestare seu inquietare*)¹⁾.

Von einer regelmäßig geführten Zunftfehde ist mir zwar kein Beispiel bekannt. Fehdebriege von einzelnen Handwerkern existiren aber mehrere, z. B. ein Fehdebrief der Bäcker und Buben des Markgrafen von Baden an die Städte Eßlingen, Neutlingen und Wile von 1450, dann ein Fehdebrief der Bäcker des Pfalz-

73) Vergl. Weuder, a. a. O. p. 50. Jäger, p. 205 u. 424.

1) Urf. von 1477 bei Böhmert, p. 76.

grafen Ludwig an die Städte Augsburg, Ulm, Rothweil, Kempten u. a. m. von 1462²⁾, und wenn die Urkunde echt ist, ein Fehdebrieff eines Kochs mit seinen Küchenjungen und Fegemägden an den Grafen Ott zu Solms von 1477³⁾. Und da, wie wir sehen werden, sogar die Schusterknechte das Recht der Fehde gehabt haben, so muß dieses Recht um so mehr auch den Zunftmeistern zugestanden haben, als das Recht selbst nur eine Folge der persönlichen Freiheit und der damit verbundenen Waffenfähigkeit war.

Mit dem Rechte der Fehde hängt auch das Recht, unseren Arbeiter-Vereinen und Arbeitercoalitionen ähnliche, Bündnisse, sogar Schutz- und Trutzbündnisse einzugehen zusammen. In Basel haben die Zünfte, wie wir gesehen, mit dem Bischof selbst solche Bündnisse geschlossen. Die Einigungen dieser Art müssen aber im 13. und 14. Jahrhundert sehr häufig gewesen sein, wie die oft wiederholten Verbote der gemeinschädlichen Einigungen beweisen. Und es dauerte lange Zeit bis man ganz Herr darüber geworden ist. Denn noch die Reichspolizei Ordnung von 1577 spricht von solchen verbotenen Einigungen und Verabredungen (§. 266). Im Jahre 1352 schlossen die Bäcker und im Jahre 1383 die Schmiede von Mainz, Worms, Speier, Frankfurt, Aschaffenburg, Bingen, Oppenheim, Bacharach, Boppard u. a. m. einen Bund mit einander zum gegenseitigen Schutze und zur Erhaltung ihrer hergebrachten Gewohnheiten⁴⁾ und im Jahre 1494 die Schmiede von Lübeck mit jenen von Hamburg, Rostock, Stralsund, Wismar und Lüneburg⁵⁾. Sehr merkwürdig ist zumal der Bund der Schneiderzünfte von Worms, Speier, Frankfurt, Mainz, Heidelberg, Oppenheim, Aschaffenburg, Landau, Bingen, Alzei, Kreuznach, Coblenz, Boppard und Ladenburg von 1520. Die Zünfte jener 14 Städte vereinigten sich über mehrere Handwerksgebräuche und über die gleichförmige Ausübung des Zunftzwangs und der Handwerkspolizei in den erwähnten Bundesstädten. Der Bund sollte 15 Jahre dauern und jedes Jahr ein Bundestag in der Schneiderherberg zu Worms ge-

2) Datt, de pace, p. 118 Nr. 40 u. 41.

3) Lochner, das deutsche Mittelalter, p. 205. Vergl. die Abhandlung: Ob die Stände Antheil an der D. Gerichtsbarkeit? p. 14.

4) Urk. von 1352 u. 1383 bei Böhmer, Urkb. p. 625 u. 760.

5) Urk. von 1494 bei Wehrmann, Zunftrollen p. 446—448.

halten und dieser von den Abgeordneten jener Zünfte, (von den „stett gesanten“) besucht werden ⁶⁾.

Mit dem Recht der Fehde hängt auch das Recht der Selbsthilfe zusammen, welches den Zünften in den Zunftbriefen zuweilen noch im 15. Jahrhundert zugestanden worden ist. Danach hatten die Gewandschneider in Lüneburg das Recht, wenn auf dem Markt gestohlen wurde, den Thäter mit Ellen und Fäusten zu verfolgen ohne deshalb straffällig zu werden. Nur mußten sie für diese Lizenz dem Stadtvogt ein Paar Hosen oder, wenn er es vorzog, 12 Schilling entrichten ⁷⁾. Eben so durften die Schuster in Hessen dem Schuhdieb „die Schue wieder nehmen inwendig ihren Bänken und möchten ihn schlagen mit Fäusten und mit Schuen unter den Bänken, daß „er kaum genesen mag“ ⁸⁾. Die Bäcker und Metzger zu Homburg durften das gestohlene Brod und Fleisch „wieder nehmen und schlagen den mit Fäusten und rauffen ihn mit seinen Haaren, und züchtigen ihn“ ⁹⁾. Und die Bäcker von Bierenberg durften die entwendeten Brode und Wecke „wieder nehmen und dem Thädrer eine gute Haarfusche oder Backenstreich zum Tranfgeld geben“ ¹⁰⁾. Auch in Ulm, wo jeder, der Güter bauen wollte, das Zunftrecht der Bauleute kaufen mußte, hatten die Ackerleute gegen auf der That er- tappte Felddiebe die Selbststrache ¹¹⁾.

Eine Art von erlaubter Selbsthilfe war auch das Pfändungsrecht der Gewerbsleute in München im 13. und 14. Jahrhundert. Wenn nämlich ein Abnehmer nicht „beraiten Pfennig“, d. h. kein baar Geld hatte, so war der Gewerbsmann berechtigt ein Pfand von ihm zu verlangen und dieses sodann ohne richterliche Hilfe zu veräußern oder, wenn dieses nicht möglich war,

6) Der Bundesbrief von 1520 bei Mone, Anzeiger, VIII, 285—289.

7) Gewandschneider Artikel von 1402, art. 18 bei Hagemann, Erörterungen, V, 9. Not. 17.

8) Zunftbrief von 1456 bei Ulr. Fr. Kopp, Bruchstücke zur Erläuterung der teutsch. Gesch. u. Rechte, I, 188.

9) Zunftbriefe von 1398 und aus dem 15. sec. bei Kopp, a. a. O. p. 188.

10) Zunftbrief bei Kopp, a. a. O. p. 188.

11) Jäger, Ulm, p. 611.

die „*Leistung*“ (*obstadium*) zu begehren. Für dieses Pfändungsrecht mußten die Zünfte, denen es bewilliget war, jährlich dem Richter gewisse „*Panpfennige*“ entrichten. Und diese Abgabe hat sich bis auf unsere Tage erhalten, ist jedoch öfters als eine Ehrengeldung oder Gewerbsrecognition betrachtet worden ¹²⁾.

Seit dem 15. und 16. Jahrhundert wurde jedoch auch den Gewerbsleuten das Recht der Selbsthilfe in den meisten Städten verboten. Von einem solchen Verbote der Selbsthilfe der Schneider in Bremen reden auch die Urkunden von 1436 und 1444, welche Böhmert nicht richtig verstanden zu haben scheint ¹³⁾. Denn es wird daselbst den Schneidern verboten aus eigener Macht gegen einen anderen Schneider ein zu schreiten. („*Darna were Hinrik gekommen myt sinen vrunden, unde hedden eren willen dar umme gemaket. — unde se en scholen of vurder over nemende nenen wyllfore, dwang edder koste vurder don*“). Und dieses Verbot erstreckte sich auch auf eigenmächtige Willkür und Gesetze („*Unde de rad bot den vorg. scroderen offte se jenige wyllforinge offte scrifte gemaket hedden, de scholden nene macht hebben*“), welche natürlich einige wenige Schneider nicht gegen einen anderen Schneider eigenmächtig machen konnten ¹⁴⁾.

§. 283.

So große Rechte nun auch die einzelnen Zunftgenossen und die Genossenschaften selbst gehabt haben, so waren sie dennoch in Abhängigkeit, die hörigen Zünfte von ihrer Herrschaft und die freien Zünfte von dem Stadtrath und von der Bürgerschaft, deren Hintersassen sie waren.

Die hörigen Handwerker und Künstler waren allenthalben in Abhängigkeit von ihrer Herrschaft. Denn sie standen unter den Hof- und Grundherren und unter den herrschaftlichen Beamten, entweder unter dem Burggraf, Vogt oder Schultheiß, oder unter dem Marschall, Kämmerer oder unter einem anderen Ministerialen. Sie wurden von ihnen ernannt, standen unter ihrer

12) Eutner, in Abh. der Akad. der Wissensch. II, 481.

13) Böhmert, p. 21.

14) Urk. von 1436 u. 1444 bei Böhmert, p. 79—80.

Aufsicht und Gerichtsbarkeit und hatten noch keine eigene Autonomie (§. 261 u. 270). Seit der Aufhebung der Hörigkeit erhielten nun auch die hörigen Handwerksämter eine freiere Stellung. Ganz unabhängig von ihrer Herrschaft wurden sie jedoch dadurch noch nicht. Als freie Leute waren indessen die Handwerker und Künstler nun in der Lage die Handwerksämter in freie Zunftgenossenschaften umgestalten zu können, wiewohl auch dieses, wie wir gesehen, nur mit Zustimmung ihrer Herrschaft geschehen konnte und auch nur mit ihrer Zustimmung zu geschehen pflegte (§. 262—264). Anfangs genügte hiebei die Zustimmung der Herrschaft allein. Späterhin zog man auch noch den Stadtrath und die Bürgerschaft bei. Und zuletzt hatte sich der herrschaftliche Einfluß gänzlich verloren und die Zünfte standen nur noch unter dem Stadtrath (§. 263).

Die freien Handwerker und Künstler waren in Abhängigkeit von der Stadtgemeinde und von dem Stadtrath, sientmal sie ihre Hintersassen waren. Sie standen daher unter dem Stadtrath und mußten sich den Anordnungen desselben unterwerfen, in Soest und Köln schon seit dem 12. Jahrhundert, später auch in Augsburg, Regensburg u. a. m.¹⁾ Auch bedurften alle Zunftsteinrichtungen, öfters sogar die von den Zünften gewählten Vorsteher der Bestätigung des Stadtrathes (§. 270). In Köln hatten die Amtleute der Richezche die Aufsicht über die Zünfte und das Recht Verordnungen zu machen (§. 57). Späterhin, seit dem Sturze der Richezche, traten zwei von dem engen Rath ernannte Rathsherren an die Stelle der Obermeister aus der Richezche²⁾, und der enge Rath selbst hatte Möße und Macht die Handwerksordnungen zu längen, zu kürzen, zu mehrn und zu mindern³⁾.

In den gemischten Städten bildeten sich neben den hörigen Handwerksämtern auch noch freie Zünfte. Die hörigen

1) Soester Stadtr. von 1120 §. 38. Gassar. ad 1309 bei Mencken, I, 1475. Gemeiner, Chron. I, 508 — 510. Vergl. oben §. 57. Vergl. Gierke, I, 372 ff.

2) Eibbuch von 1372 §. 20 in Quellen, I, 47.

3) Rathssordnungen für die Färber und Earmörter aus dem 14. Jahrh. in Quellen, I, 383 u. 407.

Nemter standen unter der Herrschaft, die freien Zünfte unter dem Stadtrath. Dies führte sehr häufig zu Konflikten, da die Hörigen nach Freiheit, die Stadträthe aber nach Ausdehnung ihrer Rechte strebten, bis es dem Stadtrath fast allenthalben gelungen ist, die Rechte der Herrschaft mehr und mehr zu beschränken und in vielen Städten zuletzt alle Gewalt an sich zu bringen. So war es namentlich in Zürich. Die Hörigen auf der geistlichen Grundherrschaft angesessenen Handwerker standen daselbst unter der Aebtissin. Noch im Jahre 1343 wurde sie in dem Rechte ihr Pfisteramt zu besetzen und zu entsetzen durch ein Rathserkenntniß geschirmt⁴⁾. Die freien nicht auf jener Grundherrschaft, vielmehr in der gemeinen Stadtmark angesiedelten Handwerker, welche offenbar wie in anderen gemischten Städten die Mehrzahl gebildet haben, standen unter dem Stadtrath. Die Oberaufsicht des Stadtrathes war demnach anfangs beschränkt auf die freien in der gemeinen Mark angesessenen Handwerker. Schon im 12. Jahrhundert sah sich jedoch die Aebtissin genöthiget, sich über die Eingriffe des Rathes in die Wahl ihrer eigenen Handwerker bei dem König zu beschweren⁵⁾. Und wiewohl dieselbe auch im Jahre 1343 noch von dem Stadtrath selbst in ihrem Rechte geschirmt worden ist, so finden wir dennoch schon zur Zeit des Richtebriefes alle Handwerker der Aufsicht des Rathes unterworfen⁶⁾.

In jenen Städten endlich, in welchen die Hörigkeit abgeschafft worden, die Zünfte aber noch nicht als freie Genossenschaften anerkannt waren, blieben sie nach wie vor in Abhängigkeit entweder in Abhängigkeit von ihrer Herrschaft oder von dem Stadtrath. Dester ist nämlich daselbst der Stadtrath an die Stelle der Herrschaft getreten. Daher ging sodann die Ernennung der Zunftvorsteher von dem Stadtrath aus, z. B. in Wien, Breslau, Görlitz u. a. m. (§. 270). Aus demselben Grunde hatte der Stadtrath die Gerichtsbarkeit über die Zünfte, z. B. in Berlin (§. 274), und die Entscheidung bei Handwerksstreitigkeiten

4) Bluntschli, I, 152.

5) Bluntschli, I, 140 u. 161.

6) Das V. Buch des Richtebriefes enthält bereits eine Menge Verordnungen des Rathes über Handels- und Gewerbsachen und über die einzelnen Handwerke.

z. B. in Frankfurt an der Ober (*dissentio super opus carnificum inter carnifices*)⁷⁾. Daher das Rechtspruchwort „Handwerks=sachen“ gehören vor den Rath⁸⁾. Und alle Verordnungen über das Zunft= und Gewerbswesen wurden von dem Stadtrath erlassen, z. B. in Wien⁹⁾ u. a. m. Auch in Berlin machte der Stadtrath ohne Zuziehung der Zünfte alle Verordnungen über das Gewerbe der Wollenweber und Leinweber, der Bäcker, Kürschner, Schneider, der Schuhmacher und Schuhflicker, der Metzger u. a. m.¹⁰⁾. In Speier, wo die Altbürgerschaft aus der Hausgenossenschaft hervorgegangen ist, hatten zwölf Hausgenossen die Aufsicht über die Zünfte und das Recht in Gewerbsachen Verordnungen zu machen¹¹⁾. In Weissenburg machte der Abt gemeinschaftlich mit dem Stadtrath ohne Zuziehung der Zünfte alle Verordnungen über die damals schon sehr zahlreichen Gewerbe und Gewerbsleute¹²⁾.

So kamen denn nach und nach alle Handwerker und alle Zünfte in Abhängigkeit von dem Stadtrath. Sie waren ihm Gehorsam schuldig, z. B. in Ulm¹³⁾, in den oberbairischen Städten¹⁴⁾, in Schweidnitz u. a. m.¹⁵⁾. Ohne Zustimmung des Rathes durfte keine Zunft mehr errichtet werden, z. B. in Berlin¹⁶⁾, in Frankfurt a. M.¹⁷⁾, Chemnitz u. a. m.¹⁸⁾. Der Stadtrath hatte die Aufsicht über sie z. B. in Hagenau schon im 12. Jahrhundert. Er durfte die Bäcker und Metzger sogar aus ihrer Bruderschaft (con-

7) Urf. von 1294 bei Wohlbrüd, Gesch. von Lebus, I, 397.

8) Pistorius, thes. paroem. centur. 9. Nr. 9. p. 814 ff.

9) Urf. von 1364 bei Senckenberg, sel. jur. IV, 466.

10) Urf. von 1284, 1288, 1289, 1295, 1311, 1331 u. 1448 bei Fidicin, I, 63, 66, 263 u. 264. II, 8, 5, 7 u. 8. und Urf. von 1272, 1280, 1284, 1288 u. 1295 bei Ludewig, rel. Mpt. XI, 622, 626 f., 631 f., 683 f. u. 686 f.

11) Urf. von 1298 bei Rau, II, 2.

12) Stadtr. von 1265 bei Zeuss, trad. Wiz. p. 328 u. 329.

13) Roth's Buch bei Jäger, Magazin, III, 507.

14) Freiheitsbrief von 1369 bei Lort, p. 70.

15) Handfeste von 1328 §. 3 bei L. u. St. p. 520.

16) Fidicin, III, 280.

17) Statut von 1352, c. 22 §. 2 bei Senckenberg, sel. I, 23.

18) Urf. von 1414 bei Horn, p. 807. Vergl. oben §. 266.

sorcium) ausstoßen und dieselben aus der Stadt verweisen¹⁹⁾. In Görlitz mußten die Oberältesten der Innungen jährlich dem Stadtrath Rechnung stellen²⁰⁾. In Ulm waren die Zunftmeister dem Stadtrath verantwortlich für jede Unordnung in ihrer Zunft²¹⁾. In Freiberg hatte der Stadtrath die Aufsicht und Gerichtsbarkeit über die Innungen²²⁾. Eben so hatte der Stadtrath in Breslau über die Zunft- und Handwerksstreitigkeiten zu entscheiden (*super statuto, quod Innunge dicitur et super penis, que inter artifices mechanicos super excessibus specialibus sunt institute*)²³⁾. Eben so in Bremen²⁴⁾. In Nürnberg wurde bereits im 14. Jahrhundert ein eigenes aus mehreren Rathsherren bestehendes Rugamt niedergesetzt, unter welchem die Handwerker standen²⁵⁾. In München hatte der Stadtrath bei Streitigkeiten unter den Zünften in letzter Instanz zu entscheiden²⁶⁾. Und es wurde zu dem Ende noch im Laufe des 14. Jahrhunderts ein Bußamt, bestehend aus zwei Rathsherren, Bußmeister genannt, eingesetzt, welches Bußamt bis zum Jahre 1803 bestanden hat²⁷⁾. Zur Beaufsichtigung der Zünfte wurden in vielen Städten ein oder mehrere Rathsherren abgeordnet, welche man öfters Weddeherren oder Obmannen²⁸⁾, in Hamburg Amtspatrone²⁹⁾, in den braunschweig lüneburgischen Landen Gildopatrone oder Morgensprachsherren³⁰⁾ und auch in Bremen bis auf unsere Tage Morgensprachsherren genannt hat.

19) Stadtrecht von 1164, §. 23 u. 26 bei Gaupp, I, 100. und Schoepflin, I, 257.

20) Neumann, p. 600.

21) Jäger, Ulm, p. 597.

22) Stadtr. c. 48 bei Schott, III, 279.

23) Urf. von 1306 bei L. u. St. p. 479.

24) Viele Rathserkenntnisse aus dem 15. sec. bei Böhmert, 74—80

25) Eichenfees, Material. II, 421—423.

26) Urf. von 1330 bei Bergmann, II, 97. Eine Entscheidung des Rathes von 1407 in Bairischen Annalen von 1833, p. 849.

27) Eutner, Abhdl. der Akad. II, 496. Schlichthörle, I, Einleitung p. 65.

28) Westphal, Pr. N. I, 227.

29) Westphalen, I, 386 ff.

30) Selchow, braunschw. lüneb. Pr. N. §. 189.

Auch die Autonomie der Zünfte wurde in jenen Städten, in welchen sie eine freie Autonomie hergebracht hatten, an die Zustimmung des Stadtraths gebunden. Denn keine Zunft durfte mehr Verordnungen über Zunftangelegenheiten ohne Wissen und Zuziehung des Stadtraths machen. Die Anordnungen und Verordnungen der Zünfte mußten wenigstens dem Stadtrath vorgelegt und von ihm genehmigt werden, z. B. in Mühlhausen ³¹⁾, in Ulm ³²⁾, Wittenberg ³³⁾, Basel ³⁴⁾, Stendal ³⁵⁾, Wittenstock ³⁶⁾, Berlin ³⁷⁾, Breslau, Brieg und Grottkau ³⁸⁾, Schweidnitz und Ratibor ³⁹⁾, Frankfurt am Main ⁴⁰⁾, Leipzig, Erfurt u. a. m. ⁴¹⁾. In manchen Städten wurde sogar das Recht selbst Verordnungen zu machen gesetzlich beschränkt. In Frankfurt a. M. z. B. sollten die Zunftgenossen ihrer Zunft nur noch zum Kriegsdienste und zu kirchlichen Zwecken dienen („der ensal der Zunft nicht dynen dan zu der Stede noden zu uzpertin und zu den ferczen, darzu sullen „sie dienen“). Allen übrigen ohne Zustimmung des Stadtraths erlassenen Anordnungen ihrer Zunft sollten sie keinen Gehorsam mehr schuldig sein ⁴²⁾. Und Verabredungen der Mitglieder einer Zunft über einen von allen einzuhaltenden Preis der Waare oder der Arbeit wurden im Interesse des Publikums von dem Stadtrath aufgehoben ⁴³⁾. Und seit dem 15. und 16. Jahrhundert nahmen die Stadträthe fast allenthalben in Gewerbsfachen auch noch

31) Altes Statut bei Grasshof, p. 115.

32) Ordnung von 1448 bei Jäger, Ulm, p. 596 u. 597. Rothes Buch bei Jäger, Mag. III, 507.

33) Zunftbrief der Bäcker von 1424 bei Horn, p. 940.

34) Zunftbrief der Schiffleute von 1354 bei Dohs, II, 96.

35) Urf. von 1285 bei Lenz, p. 130.

36) Urf. von 1275 bei Bedmann, Besch. der Markt, V, 2. 7. p. 278.

37) Urf. von 1280, 1489 bei Fibicin, I, 262. II, 2.

38) Urf. von 1324 §. 7 bei L. u. St. p. 505.

39) Urf. von 1293 §. 2 u. 7 und von 1328 §. 20 bei L. u. St. p. 421 u. 522.

40) Statut von 1352 bei Senckenberg, sel. jur. I, 23. Vergl. p. 14. und oben §. 272.

41) Glosse zum Sächsl. Reichsbild, art. 43. Haltaus, p. 1026 u. 1027.

42) Statut von 1352, c. 22 bei Senckenberg, sel. I 22 u. 23.

43) Statut von 1352, c. 7 u. 8 bei Senckenberg, I, 14 u. 15.

das Recht der Gesetzgebung selbst in Anspruch. In Lübeck z. B. mußten seit dem 15. und 16. Jahrhundert, wie in anderen Städten, alle von den Zünften verabredeten Verordnungen, dem Rath zur Bestätigung vorgelegt werden ⁴⁴⁾. Sehr viele Zunftordnungen wurden aber auch von dem Rathe selbst erlassen, entweder nach Anhörung oder auf Betreiben der Zünfte ⁴⁵⁾, oder auch ohne Beziehung und Vernehmung der Zünfte ⁴⁶⁾. Viele dem Stadtrath vorgelegte Zunftordnungen wurden gleich bei ihrer Bestätigung theilweise verändert ⁴⁷⁾. Und in vielen Zunftordnungen hat sich der Rath das Recht die Statute zu verändern sogar ausdrücklich vorbehalten ⁴⁸⁾. In vielen Städten durften sich die Zünfte sogar nicht einmal mehr versammeln und keine Gesellengebote oder Morgensprachen mehr halten ohne Erlaubniß des Stadtrathes oder wenigstens nicht ohne Zuziehung einiger Mitglieder des Rathes, z. B. in Mühlhausen ⁴⁹⁾, Wittenberg ⁵⁰⁾, in den braunschweig lüneburgischen Städten ⁵¹⁾, in Berlin ⁵²⁾, Freiberg ⁵³⁾, in den Bairischen Städten ⁵⁴⁾, in Schweidnitz ⁵⁵⁾, in Frankfurt a. M. ⁵⁶⁾, in Zittau,

44) Viele Beispiele bei Wehrmann, p. 173, 176, 177, 178, 181, 186, 195, 259, 270, 276, 304, 343 f., 413, 457 u. 477.

45) Wehrmann, p. 163, 164, 170, 368.

46) Hofer Rolle bei Wehrmann, p. 235. „Dat de ersame radt bußer „stadt Lubeke hebben gegeven eren borgeren den hoferen desse nagescreven artifele.“ — p. 248. „De herenn de radt to Lübede vorra- „met unde gesettet,“ — vergl. noch p. 167, 178, 188, 189, 209, 215, 221, 233, 308, 314, 494.

47) Rolle der Drechsler von 1507 bei Wehrmann, p. 197. — „hefft de „ersame radt der stadt — den dreyeren gegeben buße nagescreven rullen unde gerechticheyt, darinne se eyn part erer gewonte vornyet eyn part vorandert.“ Vergl. p. 249 u. 252.

48) Wehrmann, p. 163. „mit vorbeholdinge, densulven to vorlengen edder to vorforten.“ p. 308. „hofft sich eyne erbar Stadt vorbeholdenn, dith „alles tho verändern tho mynren vnnnd tho mehrenn. — Vergl. p. 166, 169, 190, 249, 312, 468. Vergl. Wehrmann, p. 58—62.

49) Altes Statut bei Grasshof, p. 115.

50) Zunftbrief von 1424 bei Horn, p. 940.

51) Selchow, br. lüneb. Pr. R. §. 190.

52) Urk. von 1284 bei Ludewig, rel. M. XI, 622. Fibicin, II, 4. III, 64.

53) Stadtr. c. 42 u. 43 bei Schott, III, 274 u. 276.

54) Bair. Landts- und Policy Ordnung von 1616, IV, tit. I, art. 12.

Zwickau u. a. m.⁵⁷⁾, namentlich auch in Bremen und Lübeck. In Bremen durften die Zünfte ursprünglich ihre Morgensprachen ganz unabhängig und selbständig halten ohne einer Bewilligung des Rathes nothwendig zu haben. Erst seit dem Aufstande der Zünfte im Jahre 1366 wurde verordnet, daß ihre Sitzungen nur noch mit Wissen und Willen des Rathes und unter dem Voritze eines Rathsherrn, des sogenannten Morgensprachsherrn, gehalten werden sollten⁵⁸⁾. Eben so durften auch in Lübeck sämtliche Zünfte ihre Morgensprachen ganz selbständig halten, mit Ausnahme der Platen schläger und der Harnischmacher, welche zwei Rathsherrn beiziehen sollten, und der Knochenhauer, welche wegen ihres Antheils an den Unruhen in den Jahren 1380 und 1384 in völliger Abhängigkeit von dem Rath waren⁵⁹⁾. Erst bei Gelegenheit der Revision des Stadtrechtes im Jahre 1579 wurde die Zuziehung der Wetteherrs zu den Morgensprachen verordnet, diese Vorschrift indessen, wie es scheint, nicht streng vollzogen. Auch sollten den Lateltagen der Gewandschneider nicht die Wetteherrs sondern die Rämmereiherrs beizohnen, und die Brauer nicht unter den Wetteherrs sondern unter den Acciseherrs stehen⁶⁰⁾. In Amberg endlich hatten nicht alle Zünfte die gleiche Stellung. Die Einen standen vielmehr unter dem Landgerichte, die Anderen unter dem Stadtmagistrat, Andere theils unter dem Landgericht theils unter dem Magistrat, und wieder Andere unter dem Hofkastenamt, zum Beweise daß die Zünfte daselbst in früheren Zeiten verschiedenen Herrschaften unterworfen gewesen sind⁶¹⁾.

d) Rechte und Verbindlichkeiten der Gesellenbruderschaften.

§. 284.

Auch die Gesellenbruderschaften waren freie Genossen-

55) Handfeste von 1293 und von 1328 §. 20 bei T. u. St. p. 421 u. 522.

56) Kriegel, p. 384 not. 4; 393 u. 539.

57) Haltaus, p. 1028 u. 1029, T. u. Stenzel, p. 249. Wehrmann, p. 78 u. 79.

58) Böhmert, Geschichte des Zunftwesens, p. 35—36.

59) Wehrmann, Lüb. Zunftrollen, p. 80, 234, 260 u. 366.

60) Wehrmann, p. 82—94.

61) von Löwenthal, Gesch. von Amberg, I, 370.

schaften, und ihre Rechte und Verbindlichkeiten vielfältig jenen der Zunftgenossenschaften nachgebildet.

Die Gesellen waren Haus- und Tischgenossen des Meisters. Sie gehörten zur Familie ihres Meisters und wurden daher zuweilen dessen Eidgesellen genannt, z. B. in den Städten am Rhein und in der Wetterau ¹⁾. Sie sollten ruhig und bescheiden im Hause des Meisters leben und alles vermeiden, was den Hausfrieden stören könne. Ihrem Meister waren sie Gehorsam schuldig und beim Tode eines Meisters sollten sie seiner Leiche folgen ²⁾. Um die Gesellen in gehörigem Gehorsam zu erhalten, nahmen die Meister öfters über das gegenseitige Verhältniß der Meister zu ihren Gesellen oder Knechten Bestimmungen in die Zunftordnungen auf. Und die rheinischen und wetterauischen Städte setzten dieses Verhältniß sogar vertragsmäßig fest, um es den Gesellen vorkommenden Falles unmöglich zu machen bei anderen Meistern und in anderen Städten Arbeit zu finden ³⁾. Ähnliche Bestimmungen findet man in Lübeck ⁴⁾. Im Uebrigen waren sie und ihre Bruderschaften ganz unabhängig von ihrem Meister und von der Zunft selbst. Sie standen unmittelbar unter den städtischen Behörden und hatten öfters sogar selbst eine Aufsicht über das Gewerbe ihres Meisters ⁵⁾. Verordnungen in Zunftangelegenheiten durften sie jedoch nur mit Zustimmung der Zunft, z. B. die Schneidergesellen in Basel ⁶⁾, und in Mainz, Worms, Speier und Frankfurt nur mit Zustimmung des Stadtraths machen ⁷⁾.

Ihre genossenschaftlichen Angelegenheiten besorgten sie in eigenen Versammlungen, welche Labentag, Friedenstag, Umfrage, Eingang, Gebot, Vierwochengebot, Schenke,

1) Vertrag von 1383 bei Böhmer, p. 760. Vergl. Wehrmann, p. 117.

2) Stodt, p. 11 u. 13 — 16. Jäger, Ulm, p. 537. Zglauer Tuchnapfenbruderschaft von 1669 §. 1, 24, 49 bei Werner, p. 86 ff.

3) Verträge von 1352 u. 1383 bei Böhmer, p. 625 u. 760. Vertrag von 1421 bei Kriegt, p. 541.

4) Wehrmann, p. 117—119.

5) Stodt, p. 11 u. 12. Auch die Bruderschaft der Brauerknechte in Hamburg stand unter dem Stadtrath. Beneke, Hamburg. Gesch. p. 286.

6) Dohs, II, 151 u. 152.

7) Vertrag von 1421 bei Kriegt, p. 400 u. 541.

Tischgefaß, insgemein aber Auflage genannt zu werden pflegten. Zu den genossenschaftlichen Angelegenheiten gehörte die Erhebung der von einem jeden Gesellen geschuldeten Beiträge, der sogenannten Auflagen, dann die Sittenpolizei, die Aburtheilung der Zuwiderhandlungen der Gesellen und die Gerichtsbarkeit in allen genossenschaftlichen Angelegenheiten, in gewissen Fällen sogar bei Streitigkeiten mit dem Meister, z. B. in Görlitz⁸⁾, in Frankfurt an der Oder⁹⁾ u. a. m.¹⁰⁾. Die meisten Streitigkeiten der Gesellen mit ihren Meistern hatten den Arbeitslohn zum Gegenstand. Und sie endigten öfters mit Arbeitsweigerungen und Aufständen, z. B. in Mainz, Speier und Konstanz¹¹⁾. Strafen durften jedoch die Gesellen keinen Meister, wohl aber ihn schelten, d. h. ihn in Verruf thun¹²⁾, was öfters zu stürmischen Austritten geführt hat, z. B. im Jahr 1725 zu einem Aufstand der Schuhmachergesellen in Augsburg und im Jahre 1799 zu einem Auszug der Schlossergesellen in Frankfurt am Main¹³⁾. Das Schelten der Meister wurde zwar bereits durch das Reichsgutachten wegen der Handwerks Mißbräuche von 1731 verboten. Es scheint jedoch mit diesem Verbote gegangen zu sein, wie mit so vielen anderen Geboten und Verboten. Es wurde nicht, wenigstens nicht allenthalben gehalten¹⁴⁾. Die Versammlungen der Gesellenbruderschaften waren demnach wahre Rügegerichte. Seit dem 15. Jahrhunderte wurden diese Gesellenversammlungen öfters beschränkt. In Mainz, Worms, Speier und Frankfurt sollten sie, nach einem Vertrage von 1421, nur noch vier Mal im Jahre gehalten werden und ihre Kompetenz auf die gemeinsamen kirchlichen Angelegenhei-

8) Reumann, p. 601.

9) Privilegien der Schuhknechte und der Bäckerknechte bei Zimmermann, II, 124, 125 u. 127—129.

10) Stod, p. 4, 5, 72—77 u. 88. Berlepsch, Chronik der Feuerarbeiter, p. 72 ff. u. 162 ff. Derselbe, Chronik vom Schuhmacherwerk, p. 68 ff. Jäger, Ulm, p. 536 ff.

11) Mone, XIII, 155. XVII, 56 u. 57.

12) Ochs, II, 151. Rot. Sibicin, III, 390. Steinmessenordnung von 1462 Nr. 15 bei Heibelloff, p. 49.

13) Stod, p. 105—109.

14) Reichsgutachten von 1731 §. 10 in Sammlung der Reichs Abschiede. IV, 382.

ten beschränkt sein ¹⁵). Auch wurde diesen Gesellengenossenschaften öfters das Recht Verordnungen zu machen wieder entzogen, z. B. in Konstanz im Jahre 1407 ¹⁶). Noch größeren Beschränkungen waren die Gesellen in Lübeck unterworfen ¹⁷).

Die Berufung der Versammlung geschah durch den Junggesellen öfters in symbolischen Formen. Die Schmiede schickten nämlich einen Nagel oder Hammer, die Schuhmacher den Ladenschlüssel herum, von einer Werkstatt zur anderen ¹⁸). Die Versammlung hatte statt in Gegenwart eines oder zweier dazu eingeladenen Meister, welche man die Gesellenväter zu nennen pflegte ¹⁹). Zur Bruderschaft der Braufnechte in Hamburg gehörten vier Brauer, welche man die vier Alten der Brauerknechte Bruderschaft zu nennen pflegte ²⁰). In Frankfurt a. M. sollten die zwei jüngsten Geschwornen dem Gesellengebot beiwohnen ²¹). Den Vorsitz bei der Versammlung führte jedoch der Altgesell. Er hatte als Zeichen seiner richterlichen Würde den Gesellenstab in der Hand ²²). Durch Klopfen mit dem Hammer oder Schlüssel gab er während der Sitzung die nöthigen Zeichen ²³). Auch wurden die Eide auf den Hammer geschworen ²⁴). Der Altgesell war jedoch bloß Frager des Rechtes. Denn die in einem Kreis umherstehenden Gesellen hatten alle Zuwiderhandlungen zu rügen und das Urtheil zu finden, und der Junggesell dasselbe zu vollziehen ²⁵).

Auch die ihnen wie jeder anderen Genossenschaft zustehende

15) Kriegl, p. 403 u. 541.

16) Mone, XIII, 155.

17) Wehrmann, p. 116.

18) Stodt, p. 8 u. 73.

19) Stodt, p. 3 u. 73.

20) Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 341 u. 342.

21) Persner, I, 1. p. 486.

22) Stodt, p. 30.

23) Stodt, p. 73, 77, 79, 85 u. 86.

24) Stodt, p. 81.

25) Privilegien der Schuhknechte in Frankfurt an der Ober bei Zimmermann, II, 124. „soll gestraft werde nach irrentnis aller Gesellen.“ Stodt, p. 7 u. 8. Berlepsi, Chronik der Feuerarbeiter, p. 163 u. 173. Derselbe, Chronik der Maurer und Steinmessen, p. 163 ff. Jäger, Ulm, p. 586.

Autonomie übten die Gesellenbruderschaften in diesen Versammlungen aus. Es existirt noch eine alte Ordnung, welche auf dem Höge der Bruderschaft der Brautknechte in Hamburg beliebt worden ist. Nach dieser Ordnung war vorgeschrieben, wann die Brautknechte in ihrem Versammlungshause erscheinen und wie sie sich daselbst verhalten, insbesondere wie sie sich bei Tisch und nach Tisch benehmen sollten, daß sie unter Anderem nach der Mahlzeit die erhaltenen Messer wieder zurückgeben, sich jedes Habers, Zankes und Aufruhrs enthalten und schlag 11 Uhr des Abends wieder nach Haus gehen sollten. Die Strafen bestanden nach Verschiedenheit der Fälle in Geldstrafen zum Festen der Armenbüchse, dann in einer ganzen oder halben Tonne Bier, in einem Stübchen Wein, und bei Zank und Streit u. a. m. sogar in einer 6stündigen Kettenstrafe. („bei Straffe 6 Stunden in der Ketten zu stehen“) ²⁶⁾. Auch das Strafverfahren war genau vorgeschrieben und ganz eigenthümlich bestimmt. Der Großvogt, welcher zur Högezeit die Gerichtsbarkeit hatte (§. 271), legte das hohe Recht, wie man es nannte, oben im Högehause. Drei stufenweise über einander gesetzte Ruven, so daß man hinaufsteigen konnte, führten zum hohen Recht. War nun etwas Strafbares vorgefallen, so klopfte der Großvogt mit seinem Stab auf eine zu dem Ende dastehende Tonne. Auf dieses Zeichen hörte Musik und Tanz auf und allgemeine Stille trat ein. Die Raspelvögte mit ihren Knechten hatten den Schuldigen vorzuladen und nöthigenfalls vorzuführen. Der Beschuldigte mußte über die Ruven zum hohen Rechte hinaufsteigen. Dort erhielt er zuerst, wenn er wollte, einen Trunk. Dann wurde ihm seine Strafe verkündet, und diese auf der Stelle vollzogen. Bestand die Strafe in der Kette, so wurde sie unten im Högehause auf der Deeke, wo getanzet ward, vollzogen. Die Kette wurde dem Verbrecher (der etwa mit einem Mädchen öfter als es erlaubt war getanzet oder dasselbe geküßt oder sich mit einem Bruder gezankt hatte) um den Leib angelegt und sodann an einem Pfeiler oder Stender befestiget ²⁷⁾. Auch besitzen wir noch die autonomen Anordnungen der Gesellenbruderschaften der Schuhknechte

26) Die Ordnung ist gedruckt bei Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 358 u. 359.

27) Schlüter, p. 366—368.

und der Bäckerknechte in Frankfurt an der Oder aus dem 15. Jahrhundert. Sie wurden Artikel, Bewilligung, Eintracht und Willor und, da sie dem Stadtrath zur Bestätigung vorgelegt worden waren, auch Privilegien genannt. Auch in diesen Willküren waren die Rechte und Verbindlichkeiten der Gesellenbrüder, insbesondere auch bei ihren Versammlungen ganz genau verzeichnet. Zumal das Schelten, Schlagen und Raufen, das Spielen um Geld und das Uebernehmen beim Trinken war streng verpönt. Die Strafen bestanden in Geldstrafen, in einem halben oder in einem ganzen Pfund Wachs, in einigen Fällen auch in einer Tonne Bier ²⁸⁾).

Der Versammlungsort der Gesellen war ihre Herberg und in Hamburg das sogenannte Högghaus. Die Gesellen einer jeden Zunft hatten ihre eigene Herberge. Die Brauknechte in Hamburg hatten sogar wegen ihrer Menge zwei Högghäuser ²⁹⁾. In manchen Städten hatten sie auch ihre besondere Trinkstube, z. B. in Mainz, Worms, Speier und Frankfurt bis zum Jahre 1421 ³⁰⁾ und in Straßburg die Bäckerknechte und die Gesellen der Schneider und Schuhmacher ³¹⁾. Diese Herbergen oder Trinkstuben waren demnach die Rathhäuser der Gesellen, wie auch die Zunft Häuser die Rathhäuser der Zünfte gewesen sind. Zu gleicher Zeit waren sie aber auch noch der Ort ihrer geselligen Freuden. So versammelten sich z. B. in Nürnberg die Schuhknechte jedes Jahr am Fastnachtstage auf ihrer Herberge und hielten von dort aus, nachdem sie mit einander gegessen und getrunken hatten, in weißen Bademänteln und den Badhut auf dem Kopf unter Vorantritt von Trommeln und Pfeifern einen feierlichen Umzug in der Stadt nach dem Badehaus und von da wieder zurück in die Herberg, welchen man den Badegang der Schuhknechte genannt hat ³²⁾. Auch die Bäcker-, Schreiner-, Lebluchner-, Metzger-, Schlosser-, Messerschmiede- und anderen Gesellen hielten

28) Privilegien bei Zimmermann, II, 122 ff. u. 126 ff.

29) Schlütter, p. 855.

30) Vertrag von 1421 bei Kriegl, p. 541.

31) Heiß, Zunftwesen, p. 31 u. 55.

32) Nürnberger Chronik bei Siebenkees, Materialien zur Nürnberg. Gesch. III, 184–186

in Nürnberg feierliche Umzüge und tanzten sodann auf ihren Herbergen oder auch auf der Straße³³). In Freiburg versammelten sich die Bäckerknechte am Neujahrstage in der Herrenstube des hl. Geistspitals und zogen von da aus mit ihren Fahnen und Musik und mit einer großen Brezel durch die Stadt. Ein Hauptvergnügen dabei war ein großer von ihnen gepuzter Weihnachtsbaum, welchen der Altgesell schütteln und die Armen die herabfallenden Früchte und Backwerke auflesen durften. Zum Beschluß wurde auch Wein kredenzt und dann getanzt³⁴). In Amberg durften die Gesellen alle 14 Tage ihren guten Montag, den sogenannten Pabtag halten, jedoch erst des Nachmittags nach beendigtem Tagewerk. Wer aber vor der Vesper in das Wirthshaus ging, der sollte in den Jordan (ein Kerker der Stadt) gelegt werden³⁵). In Görlitz wurde alle Quartale an dem Badetage, an welchem sich die Gesellen baden und gründlich reinigen sollten, ein Mahl gehalten. Den vorhergehenden Tag sollten aber die Gesellen doppelt fleißig arbeiten³⁶). In Hamburg durften die Brauerknechte alle zwei Jahre einen sogenannten Höge (eine öffentliche Lustbarkeit) halten. Die Högezeit, welche acht volle Tage dauerte, wurde mit Essen und Trinken, mit Tanz und Spiel und mit öffentlichen Umzügen durch die Stadt zugebracht. Mehrere sogenannte Döbelen-
schläger, welche bei den Umzügen das Volk neckten und hänselten, sodann ein Schlummervogt, welcher die eingeschlafenen Brüder zu pfänden hatte, dann ein Bartscherer und ein Doctor in der Medicin, welche die Brüder scherzweise zu barbieren und als Quacksalber und Marktchreier zu kuriren suchten, dann noch ein sogenannter Buchtrager, ein Ochsenreiber u. a. m. sorgten für die bei dergleichen Festlichkeiten übliche Unterhaltung. Für die Aufrechthaltung der guten Sitte und Ordnung hatte der Großvogt mit seinen Weisigern und Raspelvögten zu sorgen. Aber bereits im Jahre 1786 wurde mit der Bruderschaft auch die Höge

33) Die Urkunden bei Siebenkees, Material. III, 194—220 u. IV, 505—507.

34) Schreiber, Gesch. IV, 277 u. 278.

35) von Löwenthal, Gesch. von Amberg, I, 869.

36) Neumann, p. 601.

selbst abgeschafft³⁷⁾. Außer diesen alle zwei Jahre zu haltenden Högen versammelten sich aber die Braufnechte auch noch alle vier Wochen, um einen Labentag zu halten und außerdem noch an bestimmten Tagen zur geselligen Unterhaltung in ihren Högehäusern. Und auch die vier Alten der Braufnechte versammelten sich jedes Jahr zwei Mal auf Pfingsten und Johanni mit den sechs Vorgesetzten und mit dem Baumtrager zu einem Höge³⁸⁾. Sehr verbreitet waren in früheren Zeiten die Schäßfler- oder Reistänze der Schäßfler, Böttcher oder Fassbinder. Sie pflegten in Nürnberg und Zittau bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts und in Erfurt bis zum Anfang des 19. aufgeführt zu werden. In Erfurt tanzten die Böttcher noch im Jahre 1808 vor Napoleon. Und in Breslau, Salzburg und hier in München dauern jene Tänze heute noch fort. In Nürnberg pflegten die Böttcher zur Fastnachtzeit ihren Reistanz zu tanzen. Sie trugen dabei rothe tuchene Hosen, schöne weiße Hemden, grüne ungarische Kappen mit Bändern auf der Seite. Auch fehlte dabei nicht ein Cortisan oder Narr³⁹⁾. Hier in München, wo der Schäßflertanz alle 7 Jahre aufgeführt werden darf, besteht der Anzug der Schäßflergejellen in der ehemaligen Tracht der Edelknaben, nämlich in einem grünen Sammetkäppchen, geschmückt mit weiß und blauen Federn der Bairischen Landesfarbe, in einer rothen silberbordirten Jacke, in einer weißen Weste, in Kniebeinkleidern von schwarzem Manchester, darüber das gelbe Schurzfell und aus weißen Strümpfen und aus Schuhen mit silbernen Schnallen. So ziehen sie in der ganzen Stadt herum und führen auf der Straße selbst ihren Tanz aus, zuerst vor der Königlichen Residenz, dann vor den Wohnungen der Königlichen Prinzen, der höheren Staatsbeamten und anderer vornehmer Leute und ihrer Hauptkunden⁴⁰⁾. In Nürnberg tanzten in früheren Zeiten auch die Tuchknappen einen Reistanz und die

37) Bencke, Hamburg. Gesch. p. 285 — 291. Besonders ausführlich handelt von diesen Braufnechts Högen Schlüter, p. 354—376. Vergl. noch Berlepsch, Böttchergewerk, p. 76—89.

38) Schlüter, p. 323, 324, 351, 355, 358 u. 359.

39) Siebenkees, Material. III, 195.

40) Schmeller, III, 327 u. 328. Vergl. über den Reistanz überhaupt Berlepsch, Böttchergewerk, p. 71—75.

Luchmacher einen Fahnentanz⁴¹⁾. Ganz besonders verbreitet waren jedoch die mit dem Fahnenschwenken vor dem Hause eines jeden Meisters verbundenen feierlichen Umzüge der Bäckergefallen, welche in Wien bis zum Jahr 1809 gedauert haben, in früheren Zeiten aber auch in Dresden, Leipzig, Erfurt, Kassel, Hamburg u. a. m. gebräuchlich waren⁴²⁾.

Wie die Zunftgenossen, so hatten auch die Gesellenbruderschaften irgend einen Heiligen zum Schutzpatron z. B. in Basel die Schuhmacherknechte den heiligen Martin und die Schneibergefallen den heiligen Augustin⁴³⁾ und die Brauerknechte zu Hamburg den heiligen Vincentius. Sie wurden daher auch die Vincentsbrüder genannt⁴⁴⁾. Auch waren sich die Gesellen gegenseitigen Schutz und Unterstützung schuldig. Sie hatten für die Kranken und für die wandernden Gesellen zu sorgen, die Verstorbenen zur Erde zu bestatten und zwar, wenn sie arm waren, auf Kosten der Bruderschaft selbst, und zur Bestreitung der gemeinsamen Bedürfnisse Beiträge zu liefern, welche man Auflage oder auch Zeitgeld, Stuhlgeld oder Stättegeld zu nennen pflegte⁴⁵⁾. Die sechs Vorsprachen der Brauerknechtebruderschaft in Hamburg mußten die Leichen ihrer verstorbenen Brüder tragen und alle Brüder mußten bei Strafe mit zur Leiche gehen⁴⁶⁾. Die Webergefallen in Ulm unterhielten im Hospital zwei Betten für arme Gesellen. Und für die Leichenbegängnisse ihrer verstorbenen Brüder hielten sie in der Hospitalkirche ein eigenes Messgewand und zwei Kerzen, dann noch vier weitere Kerzen zur Beleuchtung des Chores⁴⁷⁾. In Frankfurt an der Oder wurden die Schuhknechte ebenfalls aus der Gesellen Bruderschafts Casse, wenn sie krank waren, unterstützt. Sie mußten aber das Erhaltene aus ihrem ersten Lohn wieder

41) Siebenkees, III, 217.

42) Tschischka, Geschichte von Wien, p. 350. Berlepsch, Chronik vom Bäcker-gewerk, p. 146—150.

43) Basel im 14. Jahrhundert, p. 53.

44) Beneke, Hamburg. Gesch. p. 285.

45) Stodt, p. 7—10 u. 41 ff. Berlepsch, Chronik vom Schuhmacherwerk, p. 71 u. 72.

46) Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 324, 353.

47) Jäger, Ulm, p. 536.

zurückerstatten. Und ehe dieses geschehen durften sie nicht auf die Wanderschaft gehen ⁴⁸). In Bremen sollten die Knechte der Pantoffelmacher Zunft, wenn sie ausgelernt hatten, eine Abgabe in ihre Kasse („in der Knechte laden“) entrichten zur Unterstützung der armen und kranken Knechte und zur Bestreitung eines christlichen Begräbnisses bei ihrem Tode ⁴⁹). Auch die Brauerknechte in Hamburg hatten eine Armenkasse, welche heute noch besteht, obwohl die Bruderschaft selbst bereits im Jahre 1786 abgeschafft worden ist ⁵⁰). In Frankfurt a. M. hatten die Gesellen (die Knechte) zwar keine eigene Armenkasse. Auch sie mußten jedoch einen jährlichen Beitrag und zwar in die Zunftkasse (Meisterbüchse) entrichten. Dafür wurden aber auch die Gesellen von der Zunft, wenn sie krank waren, gepflegt und, wenn sie starben, in gleicher Weise wie die Meister begraben ⁵¹). Die Bruderschaft der Schmiedknechte hatte daselbst sogar eine eigene Gruft im Dominikaner Kloster ⁵²).

Endlich hatten die Gesellenbruderschaften auch, wie jede andere freie Genossenschaft, das Faustrecht und das Recht der Fehde. Die Sitte der Schuhmachergesellen in Frankfurt a. M. ihre Streitigkeiten durch ganz regelmäßig geführte Faustduelle zu entscheiden, welche bis ins 17. Jahrhundert gedauert hat, ist offenbar ein Ueberrest der alten wirklichen Zweikämpfe gewesen ⁵³). Auch besitzen wir noch einen Fehdebrief der Schusterknechte und Schusterjungen von Leipzig an die dortigen Doctoren, Licentiaten, Meister und Studenten von 1471 ⁵⁴). Daher durften auch die Gesellen einen Degen tragen. Und noch im 18. Jahrhundert

48) Privilegien bei Zimmermann, II, 122 u. 128.

49) Rolle von 1589 bei Böhmert, p. 89 a. G.

50) Beneke, p. 291.

51) Gewohnheiten der Baader von 1855 bei Böhmert, p. 648.

52) Revers von 1421 bei Kriegl, p. 403.

53) Lersner, I, 484 u. 485 Verleypsch, Chronik vom Schuhmachergewerk, p. 153 ff.

54) Fehdebrief von 1471 und andere diese Schusterfehde betreffende Urkunden von 1471 bei Bärnke, die deutschen Universitäten im Mittelalter, I, 209—220. und bei Horn, Handbibliothek von Sachsen, p. 396—409. Vergl. oben §. 282.

pfliegten sie an Sonn- und Festtagen und bei ihren feierlichen Umzügen einen Degen an der Seite zu haben, z. B. die Bäcker-, Lechtüchner-, Messerschmieds-, Schuhmacher-, Schlosser- und anderen Gesellen in Nürnberg, Frankfurt, Wien, Erfurt, Jena u. a. m.⁵⁵⁾. Auch durften die Gesellen auf ihrer Wanderschaft eine Wehre bei sich tragen z. B. die Bäckerknechte in Frankfurt an der Oder⁵⁶⁾. Daß sie aber auch im Gebrauch der Waffen geübt waren beweisen die Schwerttänze, welche die Schusterknechte zu Frankfurt und die Messerschmiedsgesellen zu Nürnberg zur Fastnachtszeit aufzuführen pflegten⁵⁷⁾.

Der Mißbrauch der Waffen hat jedoch auch die Handwerksbursche um ihr althergebrachtes Recht Waffen zu tragen gebracht. Schon im 14. Jahrhundert wurde in Frankfurt a. M. das Tragen von Schwertern und langen Messern verboten. („We ist verbabyn das nyman keyne Swert adir zu lange meßsir sal dragē“) ⁵⁸⁾. Und im 16. Jahrhundert wurde daselbst weiter verfügt, „daß hinfüro kein Meister oder Knecht des Schuchmacher Handwerks, darzu auch kein Fremder bey Tag oder Nacht einig Schwerdt, lange Messer oder Degen die länger seyn dann von Alters ein Maas zu Frankfurt gegeben; und an den Römer verzeichnet ist“ tragen solle. Außerdem wurde verordnet, daß „niemandß einige spitze sorglich Schweizer- Degen, Barthen, Fusttegin, Heimmer, Werffgezüg oder dergleichen“ tragen solle ⁵⁹⁾. Seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts wurde ihnen aber auch in vielen anderen Städten das Tragen von Degen verboten, z. B. in Berlin, in Köln an der Spree und in den anderen Residenzstädten in den Marken ⁶⁰⁾, in Wezlar ⁶¹⁾, in der

55) Siebentees, Material. III, 194 u. 198. Tschischla, Gesch. von Wien, p. 365 u. 366. Berlepsch, Chronik vom Bädergewerb, p. 120 u. 148. Derselbe, Chronik vom Schuhmachergewerb, p. 49 u. 50. Ordnung der Schmiede- und Schlossergesellen zu Jena von 1678 Nr. 8 bei Berlepsch, Chronik der Feuerarbeiter, p. 163.

56) Privilegien bei Zimmermann, II, 128.

57) Kirchner, Gesch. von Frankfurt, II, 509. Siebentees, III, 197 u. 198.

58) Statut von 1852, c. 77 bei Senckenberg, sel. jur. I, 67.

59) Persner, I, 483.

60) Ebdie von 1704, 1708 u. 1709 bei Mylius, V, 93, 95 u. 98.

61) Verordnung von 1726 bei Ulmenstein, III, Urkb. p. 153 u. 154.

Pfalz am Rhein ⁶²⁾ u. a. m. Und für ganz Deutschland wurde das Degen Tragen den Handwerksburschen im Jahre 1731 durch das Reichsgutachten wegen der Handwerks Mißbräuche verboten ⁶³⁾, und im Jahre 1732 in Straßburg durch die Verordnung über die Handwerksmißbräuche, welche offenbar durch das Reichsgutachten hervorgerufen worden ist, indem Straßburg damals zwar längst keine deutsche Stadt mehr war, sich aber doch noch als Reichsstadt fühlte ⁶⁴⁾.

e) Aufnahme in die Genossenschaft.

§. 285.

Mit dem Zunftzwang war eine ausschließende Gewerbsberechtigung entstanden. Es durfte daher nun niemand mehr ein Gewerbe betreiben, wenn er nicht in die betreffende Zunft aufgenommen worden war (§. 276). Die Aufnahme setzte aber, wie bei den Ritterorden, denen die Zünfte vielfältig nachgebildet worden sind (§. 269), gewisse Vorbedingungen, außer gutem Ruf, unbefleckter Ehre und Unbescholtenheit auch noch die regelmäßige Erlernung des Handwerks oder der Kunst, also gewisse Lehr- und Wanderjahre und ein Meisterstück voraus, worauf sodann erst die feierliche Aufnahme in die Zunft erfolgen konnte.

Vor Allem mußte demnach das Handwerk oder die Kunst bei irgend einem Meister erlernt werden. Denn es durfte niemand in eine Zunft aufgenommen werden, der das Handwerk oder die Kunst nicht verstand („si solben nemanne dey bruderschaph leenen hee in lunde ir werdt“) ¹⁾. Wer aber die nöthige Kenntniß nachweisen konnte, dem wurde auch die Aufnahme nie-

62) Verordnung von 1722 bei Janson, churpfälz. Verordn. I, 404.

63) Reichsgutachten von 1731 §. 9 in Sammlung der Reichsabschiede, IV, 882.

64) Ordnung der Handwerker abgestellte Mißbräuche betreffend von 1732 §. 9 bei Feiß, p. 115.

1) Urk. von 1330 in Quellen zur Gesch. von Köln, I, 387. Gewohnheiten von 1355 bei Böhmer, Urk. p. 641. „auch wer nicht schube kan machen, der sal keinen veyle han.“ Urk. von 1300 im Lübis. Urkb. II, 920. Wehrmann, p. 365.

mals versagt²⁾. Mit der Lehre war allzeit auch die Erziehung des Lehrlings (des Lehrlingnechts³⁾, Lehrlingnaben⁴⁾ oder Knaben⁵⁾ im Hause des Meisters verbunden. Es wurde daher schon bei der Aufnahme der Lehrlinge mit großer Vorsicht verfahren. Eine freie eheliche und ehrliche Geburt und Abstammung auf vier Ahnen zurück war zu dem Ende erstes Erforderniß, in Frankfurt a. M. noch im 18. Jahrhundert⁶⁾. Der Aufnahme ging demnach eine Art Ahnenprobe vorher. Und in einem sogenannten Geburtsbrief mußten diese Eigenschaften des Knaben bestätigt werden. In früheren Zeiten wurde die unehrliche Geburt in einem sehr ausgedehnten Sinne genommen. Denn als unehrliche und anrüchige und daher von der Aufnahme in eine Zunft ausgeschlossene Personen galten bis zu den Jahren 1548 und 1577 sogar die Leineweber, Schäfer, Müller, Zöllner, Pfeifer, Trompeter, Barbierer und Bader und ihre Kinder, und bis zum Jahre 1731 selbst noch die Kinder der Landgerichts- und Stadtknechte, die Gerichts-, Fron-, Thurm-, Holz- und Feld-Hüter, die Todtengräber, Nachtwächter, Bettelbögte, Gassenlehrer und Bachseger⁷⁾. Und die Wasenmeister und Abdecker und ihre Kinder wurden sogar erst durch ein Kaiserliches Mandat von 1772 für ehrliche Leute und daher für fähig erklärt in eine Zunft aufgenommen zu werden⁸⁾. In manchen Städten durfte kein Meister allein einen Lehrlingnaben aufnehmen. Er mußte vielmehr zu dem Ende noch den Zunftmei-

2) Gierke, I, 867.

3) Stadtr. von München §. 15 u. 16 bei Auer, p. 272 f. Zunftbrief von 1836 im Schweizer. Museum, I, 80.

4) Zunftbrief von 1836 im Schweizer. Museum, I, 79.

5) Kriegl, p. 896, 897 Not. u. 540.

6) Lersner, I, 1. p. 485.

7) Polizei Ordnungen von 1548, tit. 87 und von 1577, tit. 38. Reichsgutachten von 1781, §. 4 in Sammlung der Reichs Abschiede, II, 605, III, 397 u. 379. Bairische Landts- und Policei Ordnung von 1616, IV, tit. 1. art. 2. Brandenburgische Edicte von 1659 u. 1671 bei Mylius, V, 2 p. 639—642. Sächsische Polizeiordnung von 1661, tit. 21 §. 4. und Mandat von 1731 §. 4 im Cod. August. I, 582 u. 1585.

8) Mandat von 1772 bei Meyr, Generalien Sammlung, II, 878.

ster und einige andere Meister beiziehen, z. B. in Zürich⁹⁾. Auch mußten die Lehrlinge öfters bei ihrer Aufnahme eine kleine Abgabe an die Zunft entrichten, z. B. ein oder mehrere Pfund Wachs in München, in Wezlar, Nordhausen u. a. m.¹⁰⁾. Freie Geburt war aber allenthalben nothwendig. Denn unfreie Leute wurden in freien Genossenschaften nicht geduldet. Die Zunftgenossen durften nicht verherret sein, d. h. sie sollten keinen Herrn haben¹¹⁾. Daher war im nördlichen Deutschland die Aufnahme von Wenden und anderen nicht Deutschen („so scholen budesch unde „nicht wendesch gebaren syn“) ¹²⁾, und aus demselben Grunde im Ordenslande die Aufnahme von Preussen verboten¹³⁾. Nach beendigten Lehrjahren wurde der Lehrling von seinem Lehrmeister dem Handwerk oder der Zunft vorgestellt und sodann von dem Zunftmeister im Namen der Zunft von dem Stande eines Lehrlingen frei- oder losgesprochen, zum Jünger oder Gesellen erklärt, und ihm über die beendigten Lehrjahre eine Urkunde, der sogenannte Lehrbrief ausgestellt¹⁴⁾. Dieses Freisprechen, Loszählen, Ledigsprechen oder Lossprechen der Lehrlinge war insgemein mit der Aufnahme in die Gesellenbruderschaft verbunden.

Die Promotion eines Lehrbuben zum Gesellen, das sogenannte Gesellenmachen, geschah allenthalben in feierlicher Weise vor dem versammelten Handwerk in Formen, welche den Doctor Promotionen nicht unähnlich waren. Der Lehrmeister stellte seinen bisherigen Lehrling den auf der Herberg versammelten Meistern und Gesellen vor und es erfolgte sodann nach vielen Ceremonien

9) Zunftbrief von 1336 im Schweizer. Museum. I, 80.

10) Stadtr. §. 16 bei Auer, p. 273. Zunftbrief von 1361 bei Ullenstein, V, 640 f. Urk. von 1428 bei Förstmann, I, 160. Böhmer, p. 750.

11) Urk. von 1463, §. 2 bei Schannat, II, 242. Ennen, II, 623. Wehrmann, p. 114.

12) Wehrmann, p. 84, 114, 186, 285, 370, 398, 436, 455.

13) Voigt, Gesch. Preussens, VI, 728.

14) Stodt, p. 17—20. Berlepsch, Chronik der Feuerarbeiter, p. 44—48. Derselbe, vom Bäckerwerk, p. 116—119. Ders. vom Böttchergewerk, p. 28—31. Ders., vom Schuhmachergewerk, p. 62—65. Ders., Chronik der Maurer und Steinmetzen, p. 156—161. Wehrmann, Züb. Zunftrollen, p. 114—116.

und symbolischen Handlungen, und nach vielem Hin- und Herreden die Aufnahme in die Gesellenbruderschaft. Die symbolischen Handlungen waren verschieden bei den verschiedenen Handwerken. Und sie waren sammt und sonders nicht ohne tieferen Sinn und Bedeutung. Bei den Tischlern bestanden sie in einem figürlichen Hebeln und in einem leichten Backenstreich als dem Zeichen der Investitur, bei den Schmieden in dem Aufblasen des Feuers, bei den Schuhmachern und Rüstern in einem figürlichen Schleifen oder im Hänfeln, bei den Schlossern im sogenannten Bartbeißen, bei vielen Gewerben in einer scherzhaften Taufe, bei welcher Einer der Gesellen oder ein Meisters Eöhuchen den Taufpaten oder Gevattersmann machen mußte u. dergl. m., bei allen Gewerben aber in gar mancherlei Neckereien¹⁵⁾. Daher nannte man öfters das Gesellenmachen selbst oder die Aufnahme in die Gesellenbruderschaft ein Hänfen oder Hänfeln, z. B. in Reutlingen¹⁶⁾. Bei den Metzgern bestanden jene Ceremonien in dem mit dem symbolischen Backenstreich und mit einer Taufe verbundenen sogenannten Metzgersprung, z. B. in Rosenheim, Tölz u. a. m. Und heute noch wird dieser Metzgersprung hier in München zur großen Belustigung des Publikums jedes Jahr am Fastnacht Montag aufgeführt¹⁷⁾. Ein Hauptgegenstand der bei diesem Gesellenmachen gehaltenen Reden war die sogenannte Vorsage, in welcher dem Lehrbuben für seine Wanderschaft und für sein künftiges Gesellenleben gute Lehren gegeben wurden¹⁸⁾. Auch war es bei manchen Gewerben, z. B. bei den Tischlern und Steinmächern Sitte bei dem Gesellenmachen ein Zeichen anzunehmen, um sich auf der Wanderschaft durch dessen Vorzeigung gehörig legitimiren zu können. Und heute noch sieht man, zumal in den Kirchen, solche Gesellenzeichen der Steinmächergesellen z. B. in Weinsberg u. a. m.¹⁹⁾.

15) Etodt, p. 21—34. Berlepsch, Chron. der Feuerarbeiter, p. 49—61. Derselbe, vom Böttchergewerk, p. 32—47. Derselbe, vom Schuhmacher-gewerk, p. 65 u. 66.

16) Verordn. von 1671 u. 1678 bei Gayler, I, 590. Vergl. oben S. 249.

17) Berlepsch, vom Metzgergewerk, p. 117—121. Schmeller, III, 591.

18) Vergl. Berlepsch, Chronik der Feuerarbeiter, p. 50 ff. Derselbe, vom Böttchergewerk, p. 33 ff.

19) Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit, I, 15 f. II, 152 u. 239.
v. Maurer, Städteverfassung II.

Die bei diesem Gejellenmachen eingerissenen Mißbräuche hatten, wie so oft in der Welt, zur Folge, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde. Durch das erwähnte Reichsgutachten von 1731 wurden nämlich die bei der Loßzählung der Lehrlingen gebräuchlichen symbolischen Handlungen, das „Hoblen, Schleiffen, „Predigen, Tauffen, wie sie es heißen, ungewöhnliche Kleider Anlegen, auf den Gassen herum Schicken, und dergleichen, als seltsame theils lächerliche, theils ärgerliche und unerbarliche Gebräuche“ ganz abgeschafft und verboten, das Verbot aber nicht allenthalben gehalten ²⁰⁾. In der Mark Brandenburg, wo die Lehrlingen beim Loßsprechen unter der Assistenz von einigen Taufpaten getauft und dabei Predigten gehalten und andere „Schandpossen und Narrentheidungen“ getrieben zu werden pflegten, wurden diese Ceremonien bereits im Jahre 1674 bei schwerer Strafe verboten, weil darin eine Verspottung des Sacraments der heiligen Taufe und eine Lästerung des Predigtamtes liege ²¹⁾. Auch in Straßburg, wiewohl es keine Deutsche Reichsstadt mehr war, wurden im Jahre 1732, offenbar in Folge des Reichsgutachtens von 1731, das Hobeln, Schleifen, Predigen, Taufen, ungewöhnliche Kleider Anlegen und andere Ceremonien als Handwerks Mißbräuche vom Stadtrath abgeschafft ²²⁾.

Eine der wichtigsten Einrichtungen zur Ausbildung der Gesellen war die gebotene Wanderschaft der Gesellen. Das Reisen ist zu allen Zeiten bildend gewesen und daher auch als ein Hauptbildungsmittel betrachtet worden. Daher meinte schon Cato, daß die Füße das Geld ersetzen ²³⁾. Im Mittelalter war

Steinmessenordnung von 1462, Nr. 25 — 27, 30, 31, 72, 94 u. 109 und von 1563, Nr. 59 bei Heideloff, p. 50 u. 70. Stodt, p. 28. Berlepsch, Chronik der Maurer und Steinmessen, p. 193. Vergl. 188 u. 189. Schnaase, Gesch. der bildenden Künste, IV, 1. p. 305. Vergl. noch Homeyer, über das Hantgemal, p. 75. Derselbe bei Wolf, Zeitschrift für Mythologie, I, 185 ff. und Michelsen, die Hausmarke, p. 59 ff.

20) Reichsgutachten von 1731, §. 9, in Samml. der Reichs A. IV, 381.

21) Mylius, V, 2, p. 643.

22) Verordnung von 1732 §. 9 bei Heitz, p. 113.

23) Cicero, pro Flacco, c. 29. Catonis est dictum, pedibus compensari pecuniam.

aber das Wandern von einem Meister zum anderen um so nothwendiger, da es an anderen Bildungsmitteln und an Bildungsanstalten gänzlich gefehlt hat. Seit welcher Zeit die Wanderschaft zur Pflicht gemacht worden ist, wissen wir nicht. Als Sitte hat jedoch das Wandern gewiß schon seit dem 13. oder 14. Jahrhundert bestanden. In Baiern ist die Wanderschaft erst durch die Polizeiordnung von 1616 und durch ein Mandat von 1669 als Bedingung zur Meisteraufnahme vorgeschrieben worden ²⁴⁾. Nichts desto weniger dauerte es in den einzelnen Städten noch einige Zeit, bis jene landesherrlichen Verfügungen zum Vollzug kamen. In München z. B. geschah es erst im Jahre 1661 ²⁵⁾. Auch in Frankfurt a. M. scheint das Wandern in die Fremde erst seit dem 17. Jahrhundert vorgeschrieben worden zu sein ²⁶⁾. Für das ganze Reich ward aber die Nothwendigkeit der Wanderschaft erst durch den Reichsschluß von 1731 vorgeschrieben ²⁷⁾, worauf sodann in den meisten Territorien landesherrliche Verordnungen nachfolgten. In Lübeck war jedoch das Wandern bei den Bernsteinbrechern (Paternostermakern) wahrscheinlich um die Verbreitung der Kunst zu verhindern, verboten ²⁸⁾. Die Wanderzeit wurde genau regulirt und vorgeschrieben, in welcher Weise der wandernde Geselle unterstützt und zwar nicht bloß für dessen Unterhalt, sondern auch durch die Umschau und das Zuschicken für Arbeit gesorgt werden sollte ²⁹⁾.

Nach beendigten Wanderjahren mußte der Geselle, ehe er Meister werden konnte, auch noch eine Meisterprüfung bestehen und ein Meisterstück machen. Und auch diese Sitte datirt schon aus dem 14. Jahrhundert, z. B. in Nürnberg, Köln, Freiberg, München u. a. m. ³⁰⁾. In vielen Städten wurde indessen erst am

24) Landts- und Policy Ordnung von 1616, IV, tit. 1, art. 8. Mandat von 1669 in Generalien Sammlung von 1771, p. 87.

25) Rath's Resolution von 1661 bei Schlichthörle, die Gewerbsbefugnisse von München, I, Einleitung, p. 39.

26) Lersner, I, 1. p. 485.

27) Reichsgutachten von 1731, §. 3 in Sammlung der R. A. IV, 379.

28) Wehrmann, p. 121 u. 348.

29) Stod, p. 35—54. Vergl. noch Berlepsch, in den angeführten Werken.

30) Siebenkees, Material. IV, 679 u. 680. Ennen, Gesch. II, 685 f. Stadtr. von Freiberg bei Schott, III, 293 u. 294. Münchner Hand-

Ende des 15. oder im 16. Jahrhundert das Verfertigen eines Meisterstücks von dem Stadtrath vorgeschrieben z. B. in Frankfurt a. M. im Jahre 1495 für die Bänder, im Jahre 1512 für die Bäcker und im Jahre 1517 für die Goldschmiede³¹⁾, auch in Bremen erst seit dem Ende des 15. Jahrhunderts und im 16.³²⁾, und in Straßburg für 42 Handwerke erst im Jahre 1629³³⁾. In vielen Zunftordnungen war genau vorgeschrieben, worin das Meisterstück bestehen solle, z. B. in Straßburg für die Buchbinder, Goldschmiede, Glaser, Maler, Glasmaler, Possamentirer, Maurer und Steinmetzen und Hosenstricker³⁴⁾; in Lübeck für die Hutmacher, Schwertsfeger, Zinngießer, Gürtler u. a. m.³⁵⁾. Die Goldschmiede sollten meistentheils Ringe mit Steinen oder anderem künstlichen Beiwerk, Spangen oder Armbänder u. dergl. m. verfertigen z. B. in Straßburg „ein geschnitten Insigel, vundt ein Diamant „in ein gulden Ring versetzt“³⁶⁾; in Lübeck und Riga „ein gulden vingerlehn mit vinsteren“ (ein Ringelein mit Fenstern d. h. mit Oeffnungen oder durchbrochener Arbeit) „ene engelsche breszen“ (d. h. eine Spange, Schnalle, Armband, bracelet), „ene hanttruwe bressen, geblaßmalet (gravirt), vnde enen biworp mit „smelte“³⁷⁾. Fast eben so in Stade und Wismar. (Der Goldschmied soll machen „eenen ringh enem messe ummeghedden gebeten „byworp“ — anulum cutello circumdatum dictum byworp, geblaßmalet³⁸⁾).

§. 286.

Erst nachdem alle diese Vorbedingungen erfüllt waren, konnte von einer Aufnahme als Meister die Rede sein. Und auch

werks Artikel vom Anfang des 15. sec. bei Gutner in histor. Abhl. der Akad. d. Wiss. von 1818, p. 503. Stadtrecht bei Auer, p. 170. Vergl. noch Berlepsch in den citirten Werken.

31) Kriegel, p. 372, 373 u. 538 f.

32) Böhmert, p. 18, 21, 22, 81 u. 82.

33) Heiß, p. 32 u. 159 ff.

34) Verordnung von 1629. Heiß, p. 159—163.

35) Wehrmann, p. 125. und die einzelnen Zunftrollen.

36) Heiß, p. 160.

37) Wehrmann, p. 217.

38) Wehrmann, p. 217. Not.

diese war wieder an gar mancherlei zum Theile sehr lästige Formen und Bedingungen gebunden. Allenthalben galt der Grundsatz, daß Fremde in keine Zunft aufgenommen werden dürften. Fremde, welche in eine Zunft aufgenommen werden wollten, mußten sich zuvor als Bürger oder wenigstens als Weisassen aufnehmen lassen. Es war dieses eine nothwendige Folge des mit dem Gemeindeverbande verbundenen Schutzes (§. 240). Ich kann daher dem Herrn Dr. Kriegt nicht beipflichten, welcher der Ansicht ist, daß ursprünglich auch die Fremden Zutritt zu den Zünften gehabt haben ¹⁾. Die förmliche Aufnahme ins Bürgerrecht und die Ableistung des Bürgereides mag manchmal in Frankfurt unterblieben sein. Ein Recht zur Aufnahme in eine Zunft hatten aber gewiß auch in Frankfurt die Fremden nicht. Auch wird daselbst nur allein zu Gunsten der Steinmeyer eine Ausnahme gemacht ²⁾. Und die Aufnahme von fremden Steinmeyern läßt sich auch wohl noch erklären und rechtfertigen. Auch war die vorherige Aufnahme ins Bürgerrecht ausdrücklich vorgeschrieben in Bremen ³⁾, in Frankfurt ⁴⁾, in München, denn es sollte daselbst niemand Meister sein, der nicht „mit der gemain stewart und wacht“ ⁵⁾. Eben so in Speier ⁶⁾, in Memmingen ⁷⁾, in Berlin ⁸⁾, Stendal ⁹⁾, Freiberg ¹⁰⁾, Löwenberg ¹¹⁾, Görlitz ¹²⁾, Havelberg u. a. m. ¹³⁾. In vielen Städten reichte indessen auch die Aufnahme zum bloßen Weisassen schon hin, um in eine Zunft aufgenommen werden zu kön-

1) Kriegt, p. 381, 382 u. 539.

2) Böhmer, p. 647.

3) Urk. von 1274 u. 1300 bei Böhmer, p. 69 u. 72.

4) Statut von 1352 bei Senckenberg, I, 13. Gesetze der Bäder von 1377 bei Böhmer, p. 750, 754.

5) Handwerks Artikel bei Gutner, p. 503. Vergl. noch Stadtrecht bei Auer, p. 169.

6) Rau, II, 6.

7) Stadtrecht von 1396, art. 38.

8) Urk. von 1288 bei Ludewig, rel. M. XI, 637.

9) Urk. von 1233 bei Bedmann, V, 1. 2. p. 195.

10) Stadtr. bei Schott, III, 288 u. 290.

11) Willfür von 1311, §. 6 u. 7 bei L. u. St. p. 489.

12) Neumann, p. 82.

13) Urk. von 1441 bei Zimmermann, I, 60, Not. 43.

nen, z. B. in Basel u. a. m. ¹⁴⁾). In früheren Zeiten waren, wie wir gesehen, die meisten Handwerker bloße Hinterlassen.

Außerdem war guter Ruf, unbefleckte Ehre und Unbescholtenheit ¹⁵⁾, dann eheliche rein Deutsche Abkunft und daher eine Art von Ahnenprobe nothwendig, z. B. in Wittenberg ¹⁶⁾, in Freiberg ¹⁷⁾, in den Hansestädten ¹⁸⁾, in den Märkischen Städten ¹⁹⁾ u. a. m. In Bremen wurden sogar die Ehen mit Weberstöcktern noch im 15. Jahrhundert von der Schuhmacherzunft als nicht standesmäßig beanstandet ²⁰⁾.

Wenn das Gewerbe auf einem bestimmten Hause ruhte, wie dieses bei Gemeinbeschmieden, bei sogenannten Ehehaftschmieden oder Eheschmieden, öfters der Fall war ²¹⁾, oder wenn es den Besitz einer Brodbant, eines Badhauses oder einer Fleischbant u. s. w. voraussetzte ²²⁾, so war auch noch der Erwerb dieses Hauses oder dieser Bant nothwendig. Namentlich war auch die Badergerechtigkeit öfters an den Besitz einer Badstube gebunden z. B. in Görlitz seit dem 14. Jahrhundert bis zum Jahre 1845 ²³⁾, und in München und anderen Städten und auch in den Landgemeinden von Altbaiern heute noch an den Besitz eines bestimmten Hauses ²⁴⁾.

14) Dchz, V, 38 u. 41, VI, 490.

15) Zunftbrief von 1256 bei Dchz, I, 342. Urk. von 1231 bei Lenz, p. 29. Münchner Handwerks Artikel bei Gutner, a. a. O. p. 503. Vergl. oben §. 285. Berlepsch a. a. O.

16) Zunftbrief von 1424 bei Horn, Friedrich der Streitbare, p. 940. — „Das er recht echt vnd von dutscher Zungen von Vater vnd Mutter vnd von all sine vier Anen geboren sie.“

17) Stadtrecht bei Scholt, III, 288.

18) Klöben, Stellung des deutschen Kaufmanns im Mittelalter, Stüd 1 p. 38.

19) Zimmermann, I, 192 u. 193. Vergl. oben §. 285.

20) Urk. von 1440 bei Böhmert, p. 19 u. 74.

21) Verordnung von 1399 bei Siebenkees, Materialien, IV, 687 u. 688. Vergl. Schmeller, I, 6.

22) Neumann, Gesch. von Görlitz, p. 78—80. Berlepsch, Chronik vom Bäddergewerk, p. 129. Derselbe, Chronik vom Messergewerk, p. 53.

23) Neumann, p. 79, 607 u. 608.

24) Vergl. Schlichthörle, I, 299.

Allenthalben mußte ein Aufnahmsgeld entrichtet werden, welches bei der Aufnahme von Fremden höher als bei Einheimischen war, z. B. in Basel ²⁵⁾, Epcier ²⁶⁾, Weßlar ²⁷⁾, München ²⁸⁾, Trier ²⁹⁾, Stendal ³⁰⁾, in den Schlesiſchen Städten, insbesondere in Schweidnitz und Ratibor u. a. m. ³¹⁾. Das Aufnahmsgeld wurde zuweilen zwischen der Zunft und dem Zunftmeister getheilt und noch ein anderer Theil von dem Handwerk vertrunken, z. B. in Zürich ³²⁾. Und dieses Geld erlegen nannte man die Zunft kaufen, sich in eine Zunft einkaufen, der Zunft dienen oder den Dienst geben, z. B. in Zürich ³³⁾, in Straßburg ³⁴⁾, in Frankfurt a. M. ³⁵⁾, in Basel ³⁶⁾, in Baiern ³⁷⁾.

Außerdem mußten die angehenden Meister bei ihrer Aufnahme in die Zunft auch noch zur Bezahlung der bei der Beerdigung ihrer Zunftgenossen nothwendigen Kerzen und Leichentücher eine kleine Summe entrichten, z. B. in München ³⁸⁾ oder einige Pfund Wachs liefern für die beim Gottesdienst und bei anderen Festlichkeiten nothwendigen Kerzen, z. B. in Weßlar die Schmiede für den Gottesdienst und für den Empfang des Kaisers, wenn dieser nach Weßlar kam („ehe man ihn zum Meister nehme sechs Pfund „Wases zu ihren Kerzen, damit die Schmiede Gott dienend, und „einen Röm. Kayser und König, wann er zu Weßlar inreittend

25) Zunftbriefe von 1248, 1260, 1268, 1271 u. 1854 bei Döb, I, 819, 828, 850, 858, 893, 404 u. II, 98 f.

26) Rau, II, 6 u. 7.

27) Zunftbrief von 1361 bei Ulmenstein, I, 640.

28) Stadtr. §. 15 bei Auer, p. 272.

29) Urf. von 1285 bei Lacomblet, Archiv, I, 270.

30) Urf. von 1233 bei Bedmann, V, 1. 2. p. 195. Urf. von 1281 bei Lenz, p. 29.

31) Urf. von 1293 §. 18 u. 19 und von 1828 §. 26—28 bei L. u. St. p. 421 u. 523. Vergl. noch Berlepsch, in den angeführten Werken.

32) Zunftbrief von 1836 in Schweizer. Museum, I, 79.

33) Zunftbrief von 1836 im Schweizer. Mus. I, 79 ff. u. 82.

34) Zunftbrief von 1350 §. 1 u. 2 bei Strobel, Gesch. II, 296 ff.

35) Handwerksgewöhnheiten von 1855 bei Böhmer, p. 639, 646, 647.

36) Zunftrecht von 1484 u. 1487 bei Döb, V, 38 u. 41.

37) Bair. Landts- u. Policy Ordnung von 1616, IV, tit. 1, art. 11.

38) Stadtr. §. 15 bei Auer, p. 272. Vergl. oben §. 280.

„empfehend“) ³⁹⁾. Eben so die Schneider und Tuchscherer in Frankfurt a. M. ⁴⁰⁾ und die übrigen Zünfte daselbst. In Frankfurt mußte nämlich jeder Meister bei der Aufnahme in eine Zunft ein nach dem Herkommen bestimmtes Aufnahmegeld entrichten. Und dieses bestand in drei Dingen, in baarem Gelde, in Wachs und in Wein. Das baare Geld wurde in die Zunftbüchse ⁴¹⁾ oder in die Meistersbüchse („Meisters buzen“) ⁴²⁾ oder an die Zunft selbst entrichtet („in unser zunftt eyn phund heller“) ⁴³⁾. Das Wachs wurde zu den bei Leichen oder anderen Feierlichkeiten notwendigen Kerzen verwendet („zwey phund waxes zu den kerzen“) ⁴⁴⁾. Der Wein war eine Art Weinkauf und wurde daher zur Beurkundung der geschehenen Aufnahme in die Zunft den Zunftmeistern entrichtet („sech virteil wyneß den gesellen zu kunt-„schafft, das he geselle sij“ ⁴⁵⁾ „ein virteil wyneß den gesellen zu „eyne urkunde“) ⁴⁶⁾. Daher heißt es auch öfters bloß Wein „zu urkunde“ oder Wein den „meystirn zu urkunde“ ⁴⁷⁾ oder Wein „den meystern“ ⁴⁸⁾. Und der Wein wurde, wie bei anderen Weinkäufen, von den Meistern getrunken. Außerdem mußten die Schiffer in Frankfurt auch noch jedem Meister ein Paar Handschuhe und jedem Gesellen der Zunft einen Schappel, d. h. einen Hut geben ⁴⁹⁾. Auch in Lübeck mußten bei der Aufnahme in eine Zunft sehr verschiedenartige Abgaben entrichtet werden, sehr häufig auch eine Abgabe für das Leichentuch und ein Harnischgeld, bei vielen Zünften sogar der Harnisch selbst, den der Geber zwar selbst tragen

39) Zunftbrief von 1361 bei Ulmenstein, I, 640.

40) Gesetze von 1352 bei Böhmer, p. 623.

41) Handwerksgewohnheiten von 1355 bei Böhmer, p. 640, 642, 644 645 u. 647.

42) Böhmer, p. 641.

43) Böhmer, p. 644.

44) Böhmer, p. 640, 641, 645, 648.

45) Böhmer, p. 648. Auch die Zunftbrüder wurden öfters Gesellen d. h. Genossen, genannt. Oben S. 269.

46) Böhmer, p. 647.

47) Böhmer, p. 623 u. 644.

48) Böhmer, p. 642 u. 644.

49) Böhmer, p. 645.

durfte, bei seinem Tode aber der Zunft als Eigenthum hinterlassen mußte ⁵⁰). Eben so sollte in Bremen jeder Schneider bei seiner Aufnahme in die Zunft außer einer Abgabe in Geld und in Wachs auch noch eine Hakenbüchse („Hakenbussen“), eine Knipferne ⁵¹), vier Pfund Pulver („veer punth bussen krudes“), nebst einer ledernen Tasche und vier Pfund Blech („veer punth blygs“) für die Stadt liefern, und außerdem noch für sich selbst einen Harnisch, Eisenhut und Krevet anschaffen ⁵²).

Dazu kam in vielen Städten noch ein meistens sehr kostbares sogenanntes Meisteressen z. B. in Lübeck ⁵³), in Trier u. a. m. ⁵⁴).

Die Aufnahme selbst geschah unter mancherlei Förmlichkeiten entweder von der Zunft selbst in der Gildesprache, z. B. in Basel, Stendal u. a. m. ⁵⁵), oder von dem Zunftvorstande, z. B. bei den Schiffleuten und Fischern in Basel ⁵⁶), oder von dem Stadtrath oder wenigstens in dessen Gegenwart z. B. in Stendal ⁵⁷), oder auch gemeinschaftlich von der Zunft und von dem Stadtrath, z. B. in Wittenberg ⁵⁸). Der Stadtrath hatte nämlich allenthalben, in der einen Stadt früher in der andern später, eine Obergewalt über die Zünfte erhalten, und machte diese sodann auch bei den Aufnahmen in eine Zunft geltend. Machte z. B. eine Zunft unbillige Schwierigkeiten, so pflegte der Rath die Aufnahme zu befehlen. Und wenn die Zünfte den obrigkeitlichen Anordnungen keine Folge leisten wollten, oder sogar ihre

50) Wehrmann, p. 126—127.

51) Wahrscheinlich von knippen, d. h. schnellen. Also ein Instrument zum Schnellen. Wie Knippscheer, Knippen u. s. w. Bremisch-niedersächs. Wörterb. II, 827.

52) Urf. von 1491 bei Böhmert, p. 81.

53) Wehrmann, p. 127—128.

54) Urf. von 1285 bei Lacomblet, Arch. I, 270. prandium cum septem ferculis habundantibus sicut fieri est consuetum. Vergl. noch Berlepsch, vom Bädergewerk, p. 128 u. 129. Derselbe, Böttchergewerk, p. 53 u. 56. Derselbe, Schuhmachergewerk, p. 82.

55) Dch, V, 38. Urf. von 1231 bei Lenz, p. 29.

56) Zunftbrief von 1354 bei Dch, II, 93 f.

57) Urf. von 1233 bei Weidmann, V, 1. 2. p. 195.

58) Zunftbrief von 1424 bei Horn, p. 938.

Gewerbe einstellten, so pflegten die Räte neben den Zünften noch sogenannte Freimeister, Freibäcker, Freimeßger u. a. m. zu ernennen, oder die Zünfte selbst sogar zu suspendiren, bis dieselben wieder gehorchten, z. B. in Lübeck⁵⁹⁾. Und bei jenen Zünften, welchen das Recht der Aufnahme neuer Mitglieder zur Strafe entzogen worden war, wie z. A. den Knochenhauern in Lübeck, pflegten die Räte selbst die erledigten Stellen wieder zu besetzen⁶⁰⁾.

f) Auch die Frauen und Kinder gehören zur Zunft.

§. 287.

Zur Zunftgenossenschaft gehörten indessen nicht bloß die in die Zunft aufgenommenen Meister, sondern auch noch ihre Frauen, Kinder und die Wittwen¹⁾. Bei manchen Zünften war sogar das Heirathen selbst eine wesentliche Bedingung des Meisterwerdens, so daß vor der Aufnahme eine ehrbare Jungfer oder Wittwe als künftige Lebensgefährtin bezeichnet werden, oder wenigstens versprochen werden mußte, binnen einer gewissen Frist zu heirathen. Auch die Braut mußte sodann von ehelicher Geburt sein und von makellosen Eltern abstammen, also sich einer Art von Ahnenprobe unterziehen²⁾. In München durfte niemand Meister werden er „hab denn ein elich weib, oder er sey ein witiber“³⁾. In Gdrlik war an den Eintritt in eine Handwerksinnung die Bedingung der Verheirathung binnen Jahresfrist gebunden⁴⁾. Und in

59) Wehrmann, Lüb. Zunftrollen, p. 63—67 u. 85.

60) Wehrmann, p. 64 u. 260.

1) Zunftbrief von 1271 bei Dohs, I, 405. „In derre selbin Zunft sint die Browen als die Man, die weile ir wirt (Ehemänner) lebent, „und nach ir Manne Tod dieweile sie Wittewen sint.“ Eben so in Frankfurt. Kriegt, p. 388, Not.; in Lübeck, Wehrmann, p. 134—137. 186.

2) Berlepsch, Chronik der Feuerarbeiter, p. 76. Derselbe, Chronik der Maurer und Steinmeyer, p. 143. Klöden, Stellung des deutschen Kaufmanns im Mittelalter, St. 1. p. 38 f.

3) Münchner Handwerks Artikel bei Gutner, p. 503. Stadtrecht bei Auer, p. 169.

4) Neumann, p. 600.

Frankfurt a. M. durfte kein Fremder Fleisch feil halten, wenn er nicht eine Meisters Tochter geheirathet hatte ⁵⁾).

Bei allen Festlichkeiten hatten auch die Frauen und Kinder Zutritt zu den Trinkstuben und Herbergen, und zumal die Meisterstöchter spielten dabei öfters als sogenannte Bräute und Tischjungfern eine nicht unbedeutende Rolle ⁶⁾. Beim Tode der Frauen, Söhne oder Töchter eines Meisters mußten alle Zunftgenossen mit zur Leiche gehen oder wenigstens beim Gottesdienst erscheinen und die Gesellen die Leiche zu Grab tragen, z. B. in Basel, Trier, Ulm, Arnstadt, Halberstadt, Nordhausen u. a. m. ⁷⁾. In Wittenberg, Zürich, Frankfurt a. M., Bremen und Raumburg sollten auch die Frauen mit zur Leiche eines Mitgliedes der Zunft gehen ⁸⁾, und in Raumburg und Nordhausen auch noch die Knechte und Dienstmägde ⁹⁾. Und in Basel sollten beim Tode der Frau eines Oberzunftmeisters die Meister und Sechser aller Zünfte ihrer Leiche folgen, wie beim Tode ihres Mannes ¹⁰⁾. Die Wittwen von Meistern erhielten Unterstützung aus der Zunftkasse, welche erst bei neuer Verheirathung wieder aufhörte, z. B. in Görlitz ¹¹⁾.

Die Zunfthörigkeit der ganzen Familie zeigte sich aber zumal bei der Aufnahme in die Zunft. Nach einem Vertrage von 1352, welchen die Bäckerzünfte von acht Städten am Rhein und in der Wetterau abgeschlossen hatten, sollten die Meister, welche Knaben oder Knechte, die nicht zum Beckerhandwerk geboren seien („die „nit zu dem antwerg gebörn sint“), das Handwerk lehrten, gestraft

5) Urk. von 1355 bei Böhmer, p. 638.

6) Eiebenkees, Materialien, III, 195, 198, 202, 212 u. 218 u. IV, 507. Döb, V, 425.

7) Zunftbrief von 1260 u. 1268 bei Döb, I, 354 f. u. 398. Jäger, Ulm, p. 534. Zunftbrief von 1285 bei Lacomblet, Arch. I, 270. Statut der Gesellenbruderschaft zu Arnstadt von 1628 Nr. 35 bei Berlepsch, vom Schuhmachergewerk, p. 72. Urk. von 1428 bei Förstemann, I, 160. Stod, p. 11.

8) Zunftbrief von 1424 bei Horn, p. 939. Zunftbrief von 1336 im Schweizer. Mus. I, 82. Böhmer, Irkf. Urkb. p. 645. Rolle von 1598 bei Böhmert, p. 87.

9) Berlepsch, Chron. vom Bäckergerwerk, p. 126. Förstemann, I, 160.

10) Döb, III, 538.

11) Reumann, p. 600.

werden ¹²⁾. Nach dem Gesetze der Frankfurter Schneider von 1377 erhielten durch die Aufnahme in eine Zunft die neuen Zunftgenossen und ihre Kinder Recht zu Allem, was dem Handwerke in Gemeinschaft zugehörte ¹³⁾. Eben so nach den Handwerksgewohnheiten der Schuhmacher in Frankfurt von 1355 ¹⁴⁾. Daher werden die Kinder öfters umsonst aufgenommen, z. B. die Söhne und Töchter der Messerschmiede und die Söhne der Goldschmiede in Freiberg ¹⁵⁾, und die Krämers Kinder in Frankfurt am Main ¹⁶⁾, oder sie brauchten wenigstens nur ein weit geringeres Aufnahmsgeld zu entrichten, z. B. die Metzgers-, Schneiders- und Webers Söhne und Töchter in Basel ¹⁷⁾, die Bäckers- und Metzgers Söhne in Halle und Neumarkt ¹⁸⁾, die Bäckers-Söhne und Töchter und die Goldschmiede-Töchter in Freiberg ¹⁹⁾, die Söhne, Töchter und Wittwen der Schmiede, Bäcker und Müller in Zürich ²⁰⁾, der Fischer und Gärtner in Speier ²¹⁾, der Schuhmacher und Lohgerber in Bremen ²²⁾, die Wittwen der verschiedenen Zünfte in Lübeck und Köln ²³⁾, alle Meisters Söhne und Töchter in München ²⁴⁾ u. a. m. Fast allenthalben wurden wenigstens die Meisters Söhne und diejenigen bei der Aufnahme begünstigt, welche Meisters Wittwen oder Töchter heiratheten, die also, wie man sagte, ins Handwerk heiratheten, z. B. in Görlitz ²⁵⁾, in Lübeck ²⁶⁾ u. a. m. Und wie-

12) Vertrag von 1352 bei Böhmer, p. 626.

13) Kriegl, p. 388.

14) Böhmer, p. 641. Vergl. §. 288.

15) Stadtr. bei Schott, III, 289 f. u. 294.

16) Ordnung der Krämer von 1559 in Richard, Frankfurt. Archiv, II, 145.

17) Zunftbriefe von 1248, 1260 u. 1268 bei Dohs, I, 319, 350 u. 393.

18) Schöffensbrief von 1235 §. 37 u. 40 bei L. u. St. p. 298.

19) Stadtr. bei Schott, III, 274 u. 290.

20) Zunftbriefe von 1336 im Schweizer. Museum, I, 79—81 u. 85.

21) Nau, II, 7.

22) Urk. von 1300, 1308 u. 1305 bei Böhmer, p. 69, 70 u. 73. qui in tali arte nati sunt — qui natus non fuerit in officio. —

23) Wehrmann, p. 136 u. 137. Ennen, II, 623.

24) Stadtrecht art. 15 bei Auer, p. 272.

25) Neumann, p. 600.

26) Rollen von 1553 u. 1591 bei Wehrmann, p. 171 u. 302.

wohl die Reichsgesetzgebung diesen Mißbrauch abgeschafft hat²⁷⁾, so blieb derselbe dennoch nach wie vor im Gebrauch. Denn auch diese Sitte war stärker als die Gesetze. Auch in Lübeck erhielt sich die Sitte, daß niemand in eine Zunft aufgenommen werden solle, wenn er nicht die Tochter oder Wittwe eines Meisters zur Frau nehme, bis ins 18. Jahrhundert. Noch im Jahre 1749 appellirten die Knochenhauer an das Reichskammergericht gegen das Decret des Rathes, in welchem geäußert war, daß es unter Umständen einem jungen Meister nicht gewehrt werden könne, außerhalb seiner Zunft zu heirathen²⁸⁾.

Die Folge dieser Erleichterung der Aufnahme und dieser Bevorzugung bei der Aufnahme war nur zu häufig die Erblichkeit des Zunftrechtes selbst, wie schon im 12. Jahrhundert bei den Fischern in Worms (§. 261). So erbte in Freiberg die Metzger-, Messerschmied-, Sensenschmied- und Tuchmacher Innung auf den jüngsten Sohn ohne alle Abgabe. Wollten daselbst die älteren Söhne in die Innung eintreten, so mußten sie das gewöhnliche Eintrittsgeld entrichten²⁹⁾. In Speier erbten die Söhne der Hausgenossen und der Metzger das Zunftrecht ihres Vaters³⁰⁾. In Wiener Neustadt war das Gewerbe der Fleischhauer, Schmeerbereiter und Tuchweber erblich. Es ging auf die ehelichen Kinder beiderlei Geschlechts und auf die Wittwen über. Bei Wittwen und Töchtern war jedoch die Vererbung an die Bedingung geknüpft, daß sie ehrliche Männer heiratheten, welche sodann durch die Heirath das Meisterrecht erhielten³¹⁾. Und zuletzt hat die Erblichkeit des Gewerbes und die damit verbundene Veräußerlichkeit, so wie früher schon die Erblichkeit der Dienstgüter der hörigen Handwerker³²⁾ zur abdicirten und realen Gewerbsgerechtsamen geführt, z. B. in München und in anderen Städten von Altbaiern seit dem 18. Jahr-

27) Reichsgutachten von 1731; §. 13 Nr. 6 u. 7 in Sammlung der R. A. IV, 384.

28) Wehrmann, p. 128—129.

29) Stadtr. bei Schott, III, 276, 288, 290 u. 291.

30) Rau, II, 6 u. 7.

31) von Würth, das Stadtrecht von Wiener Neustadt, p. 54.

32) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 330.

hundert, welche daselbst unter gewissen Beschränkungen heute noch bestehen ³³⁾).

g) Zunfteigenthum.

§. 288.

Wie jede andere Genossenschaft, so hatten auch die Zunftgenossenschaften ein allen Genossen der Zunft gemeinsames Eigenthum. Dahin gehörten vor Allem die Zunfthäuser. Daher wurden die Zunftgenossen öfters, z. B. die Mitglieder der Wollenweberzunft in Frankfurt a. M. Hausgesellen, oder, z. B. die Mitglieder einer Winzergenossenschaft, Hausgenossen, und die Mitglieder der Krämergesellschaft in Frankfurt Ganerben (condomini) ¹⁾ genannt. In Frankfurt war die Wollenweberzunft in zwei Abtheilungen getheilt, von denen eine jede Abtheilung ihr eigenes Zunfthaus besaß. Daher wurden die Mitglieder jener beiden Abtheilungen Hausgesellen des einen oder des anderen Hauses genannt ²⁾. Außer dem Zunfthause besaßen aber die Zünfte auch noch anderes gemeinsames Eigenthum, bestehend in baarem Gelde, in Wachs und Kerzen, in Zelten und in anderen Dingen mehr. Und durch die Aufnahme in eine Zunft erhielt der Aufgenommene Antheil an diesem gemeinsamen Eigenthum, z. B. in Frankfurt a. M. („Wer in unser zunftt komet, der — hat mit uns alles daz recht, „daz wir han an gelde, an lerkzen, an gezeldin und an andern dingen, die zu unserm hantwerkes nuß gehorint“) ³⁾. Daher war und hieß auch das Erlegen des Aufnahmsgeldes ein Einkaufen in die Zunft und in das gemeinsame Eigenthum der Zunft (§. 286). Und die Geldbeiträge der Zunftgenossen wurden „dem hantwerg in

33) Bürgervergleich von 1770 bei Schlichthörle, die Gewerbsbefugnisse in München, I, Einleitung, p. 48—55. Verordnung von 1804, die Handwerksbefugnisse betr. im Bair. Regierungsblatt von 1805, p. 43—48.

1) Römer-Büchner, Stabversf. p. 191.

2) Kriegl, p. 390.

3) Handwerksgewöhnheiten von 1355 bei Böhmer, p. 641. Eben so nach dem Gesetze der Schneider von 1377 bei Kriegl, p. 388. Vergl. oben §. 287.

„gemeinen nuzze“ gegeben⁴⁾. Wenn daher zwei früher getrennte Zünfte mit einander vereinigt wurden, so wurde nun auch das Zunfteigenthum gemeinschaftlich, z. B. in Bremen bei der Vereinigung der Pantoffelmacherzunft mit der Schuhmacher Zunft⁵⁾. Das baare Geld bestand aus den Aufnahmsgeldern, dann aus den Strafgebern und aus den regelmäßigen Beiträgen der Genossen einer Zunft, welche öfters Fronfastengelder genannt wurden, weil sie vierteljährlich (an allen Fronfasten) erhoben zu werden pflegten⁶⁾. Die Zunftgelder wurden in der Zunftkasse, in der sogenannten Zunftbüchse oder Meisterbüchse, niedergelegt (§. 286) und die Bedürfnisse der Zunft daraus bestritten.

4. Verschiedene Arten von Zünften.

§. 289.

Das Bedürfniß hat die Zünfte ins Leben gerufen. Je nach dem lokalen Bedürfnisse haben sie sich daher früher oder später in größerer oder minder großer Anzahl gebildet. In manchen Städten gab es ihrer sehr viele, in anderen dagegen nur wenige. Auch hat ihre Anzahl in einer und derselben Stadt öfters gewechselt. So hat es z. B. in Straßburg im 13. Jahrhundert nur 9 Zünfte gegeben, im 14. aber 28, im Jahre 1442 nur 24 und seit 1482 gar nur 20¹⁾. In München im 13. Jahrhundert nur 6, seit dem 15. aber 39, welche nach und nach bis zu 44 vermehrt worden sind²⁾. In Freiburg im 14. Jahrhundert 18 und im 15. 12 Zünfte³⁾. Zur Zeit des Sieges der Zünfte gab es in Neutlingen 12 Zünfte⁴⁾, in Speier 13 Zünfte⁵⁾, in Ulm 17⁶⁾, in

4) Gesetze der Bäder zu Frankfurt von 1377 §. 10 u. 11 bei Böhmer, p. 750.

5) Brief von 1635 bei Böhmer, p. 88. — „ihren Vorrath undt Ampts-
„gemeine geräthe also Thodienladen, Becher undt dergleichen bey der
„Schuftermacher Vorrath und Amptsgeräthe bringen.“ —

6) Kriegl, p. 389. Not. u. 393. Böhmer, p. 751.

1) Grandidier, II, 60. Not.

2) Schlichthörle, die Gewerbsbefugnisse in München, I, Einleitung, p. 86.

3) Urf. von 1392 u. 1490 bei Schreiber, II, 90, III, 584.

4) Gayler, I, 596 ff.

5) Urf. von 1304 bei Lehmann, p. 588.

6) Urf. von 1292 u. 1327 bei Jäger, Ulm, p. 736 f. u. 738.

Mugsburg 18 ⁷⁾, in Köln 22 ⁸⁾, in Weßlar dagegen nur sieben ⁹⁾, und in Lindau nur acht ¹⁰⁾.

In der Regel wurden nur Männer in die Zunft aufgenommen, zuweilen aber auch Frauen, z. B. in Köln in die Zunft der Gewandmacher, Fleischer, Beutelmacher, Wappensticker u. a. m. ¹¹⁾, in Basel in die Weberzunft sogar die Nonnen (§. 276). Es gab sogar Zünfte, welche bloß aus Frauen bestanden haben, z. B. in Köln die beiden Bruderschaften der Garnmacherinnen und der Goldspinnerinnen, welche außer einem Meister auch noch eine Meisterin zu wählen hatten, um das Amt zu regiren ¹²⁾. In Genf, Frankfurt und Paris bildeten sogar die feilen Dirnen eine eigene Zunft (§. 290).

In früheren Zeiten bildeten die gleichartigen Handwerker und Gewerbsleute meistens eine Zunft. Zuweilen wurden auch die verwandten Gewerbsleute zu einer einzigen Zunft vereinigt. So gehörten in Basel zur Zunft der Spinnwetter die Maurer, Gipser, Zimmerleute, Kübler und Wagner ¹³⁾, zur Zunft der Gärtner auch noch die Obsthändler (die Obzer) und die Wiefeller oder Grämper ¹⁴⁾, zur Zunft der Schiffsleute auch noch die Fischer u. s. w. In Straßburg bildeten ursprünglich die Rintfuter und Rurde-wener ein einziges Handwerk ¹⁵⁾ und man versteht unter den Rintfutern insgemein die Gerber und unter den Corduanern) cordonniers) die Schuhmacher ¹⁶⁾. Auch in Mainz nannte man alle Schuhmacher corduani oder corduonarii. Sie wurden daher auch calcifices genannt ¹⁷⁾. Es könnten jedoch unter den Rintfutern in Straßburg auch die in Rindsleder, also in grobem Leder arbeiten-

7) Zunftbrief von 1368 bei Langenmantel, p. 43 ff.

8) Verbundbrief von 1396 in Materialien, I, 7. p. 3 ff.

9) Ulmenstein, I, 495.

10) Heider, p. 87 u. 638.

11) Ennen, Gesch. II, 622 f.

12) Ennen, Gesch. II, 622 u. 625.

13) Zunftbrief von 1248 bei Dhs, I, 321.

14) Zunftbrief von 1260 bei Dhs, I, 352.

15) Vertrag von 1263 c. 3 bei Schiller zu Königshoven, p. 729.

16) Scherz, h. v. p. 848 u. 1305 f.

17) Urk. von 1300 bei Würdtwein, dioec. Mog. I, 22 u. 23.

den Schuster verstanden werden, so daß demnach die Zunft aus den verschiedenen Arten von Schustern, aus den in Rindsleder und in weichem Corduanleder arbeitenden Schustern bestanden hätte. In Augsburg wenigstens werden die Schuster Rintschuster genannt und von ihnen die Weißgerber (Wizmaler) und von diesen wieder die Lederhändler (Läderär) unterschieden¹⁸⁾. Auch die Maurer und Steinmeyer bildeten öfters eine einzige Zunft, z. B. in Magdeburg, Wittenberg u. a. m.¹⁹⁾.

Seitdem jedoch das Gewerbswesen mehr und mehr ausgebildet worden war, seitdem machte sich das Bedürfniß der getheilten Arbeit geltend. Und es theilten sich sodann die einzelnen Zweige eines und desselben Gewerbes in verschiedene Zünnungen. So verfertigten die Eisenschmiede ursprünglich alle Arten von Eisenarbeiten. In Frankfurt a. M. gehörten zu den Schmieden die Sporer, Kannengießer, Waffen-, Nagel-, Huf- und Messerschmiede, und seit 1552 auch noch die Uhrmacher²⁰⁾. Seit dem 13. Jahrhundert trennten sich aber öfters die Hufschmiede von den Waffenschmieden und diese wieder von den Messerschmieden, von den Kleinschmieden oder Schlossern und von den Ketten- und Nagelschmieden. Die Waffenschmiede theilten sich weiter in Haubenschmiede und Helmschmiede, in Schilderer oder Plattner, in Harnischmacher und Harnischpolirer und in Panzerweber oder Zorworchte, dann die Messerschmiede in Klingenschmiede und Sensenschmiede. Und jedes von ihnen bildete wieder ein besonderes Handwerk und öfters auch eine eigene Zunft²¹⁾. Die Wollenweber in Köln waren in drei Abtheilungen getheilt (§. 273 u. 281). In Basel pflegte man die in mehrere Untergesellschaften getheilten Zünfte halbe Zünfte und gespaltene Zünfte zu nennen (§. 273). In Ulm gehörten ursprünglich die Warner oder Loderer mit den Färbern zur Zunft der Kaufleute, bildeten jedoch eine

18) Stadtrecht von 1276 bei Freyberg, p. 82 u. 83.

19) Stodt, p. 58 u. 59. Berlepsch, Chronik der Maurer und Steinmeyer, p. 149.

20) Kirchner, Gesch. von Frankfurt, I, 415.

21) Berlepsch, Chronik der Feuerarbeiter, p. 14, 23, 94, 95, 106—110, 120 ff. u. 157 ff. Stadtrecht von Freiberg bei Schott, III, 287, 288, 290 u. 293.

eigene Abtheilung in jener Zunft. Im 15. Jahrhundert sind jedoch die Marner mit den Färbern aus der Zunft der Kaufleute ausgeschieden und haben eine eigene Zunft gebildet²²⁾. Auch die Schuhmacher theilten sich öfters in Neumeister, welche neue Schuhe machten, und in Altmacher, Altpußer (Alpuzzer), Altreißer oder Schuhflicker, und in Pantoffelmacher, jedes mit einer eigenen Innung²³⁾. In der Stadt Düren kommen Schuhmacher für Kinder (*calceatores puerorum* und *calcifices puerorum*) neben Schumachern für Erwachsene vor²⁴⁾. In Lübeck waren die Schuhmacher (Schomaker) verschieden von den Altschumachern oder Altflickern (Oldenschomaker, Oldlaper oder Lepperenn) und von den Pantoffelmachern (Glozenmakern, Glozenmeyer, Klossenmaker oder Glozenmeyer). Und jedes dieser drei Gewerbe bildete ein eigenes Amt. Erst im Jahre 1862 wurden diese Ämter vereinigt²⁵⁾. Auch werden zuweilen die Cordewaner oder Corduaner von den übrigen Schustern, offenbar von den in Rindsleder arbeitenden Schustern, unterschieden z. B. in Regensburg²⁶⁾ und ehemals auch in Osnabrück²⁷⁾. Eben so wurden auch in Bremen zweierlei Schuhmacher von einander unterschieden. Die Einen durften schwarze Schuhe verfertigen (*qui nigros calceos operantur*), die Anderen nicht. Die Ersteren wurden vorzugsweise Schuhmacher (*sutores*) oder auch Schwarze Schuhmacher (*sutores vulgariter dicti Schwarteschomakere*), die Anderen aber *allutarii* oder Cordewanere genannt (*allutarii, qui Cordewanere vulgariter appellantur*). Und sie waren offenbar dasselbe, was anderwärts die in Rindsleder und in weichem Leder arbeitenden Schuhmacher gewesen sind. Sie bildeten lange Zeit zwei ver-

22) Jäger, Alm, p. 637, 666 u. 667.

23) Berlepsh, Chronik vom Schuhmachergewerk, p. 39—46. Urk. von 1244 bei Gemeiner, Chronik, I, 349 u. 350. — „Werchgenozzen, bi nimes „Schuhwerk würchent — all ander Schuster, die das Alt Werch würchent.“ Im Augsburger Stadtrecht bei Freyberg, p. 83 werden die Rintschuster als Neumeister von den Altpußern (Alpuzzern) oder Schuhflickern unterschieden. Altbüßer bei Schreiber, Urkb. II, 147.

24) Urk. von 1380 u. 1383 bei Kriegl, Frankf. Bürgerzwise, p. 375. not.

25) Wehrmann, p. 209, 213, 343, 346 u. 413.

26) Gemeiner, Chron. I, 349 u. 350.

27) Albntrup, v. Gilbe, §. 2.

schiedene Zünfte oder Ämter ²⁸⁾. Wegen der fortwährenden Mißhelligkeiten und Streitigkeiten wurden sie aber im Jahre 1388 zu einer einzigen Zunft vereinigt (duo officia in unum officium redigere et adunare) ²⁹⁾. Neben ihnen bildeten aber auch die Pantoffelmacher (Tuffelmafer) noch eine eigene sehr wichtige Zunft („Tuffelmafer geselschap“) ³⁰⁾. Ihre fortwährenden Streitigkeiten mit den Schuhmachern führte indessen im Jahre 1635 auch zur Vereinigung des Tuffelmacheramtes mit dem Schuhmacheramte ³¹⁾. Ähnlich wie die Schuhmacher theilten sich zuweilen die Schneider, z. B. in Lübeck, in Neuschneider und Altschneider („nye schroder und altschroder“). Und die Altschneider durften in Lübeck machen „nye mouwen (Ärmel) in olden wanbousen (Wamse) vnde „finder hosen vnde finder fogelen, vnde halve manshosen vnde „vrouwen hosen vnde bindelmouwen (Binde- oder Schnürärmel) „vnde allerleye soeffte (weite runde Kleider) van wande vnde ledderen „wanboyse vnde ledter werf“ ³²⁾. Zu den Webern gehörten in München im 13. Jahrhundert alle Arten von Wollen- und Leinenwebern. Im 15. Jahrhundert schieden sich die Leinen- und Wollen- oder Rodenweber in zwei Zünfte und seit 1494 die Wollen- oder Rodenweber wieder in Tuchmacher oder Geschlachtgewander zur Bearbeitung der feinen flämischen und italienischen Wolle und in Rodenweber oder Roderer, Rodler oder Rodzeuger zur Bearbeitung der gröberen inländischen Wolle. Hierzu kamen im 15. Jahrhundert für die Verfertigung wollener Handschuhe und Hosen noch Handschuhher und Hosenstricker, aus denen später, wie in Königsberg, die Strumpfweber, Strumpfwirker und Strumpfstricker hervorgegangen sind. Endlich sind aus den Geschlachtgewandern seit dem 15. Jahrhundert auch noch die Zeugmacher und die Tuchscherer ausgeschieden worden ³³⁾.

28) Urk. von 1274, 1300 u. 1308 bei Böhmert, p. 68—70. und Delrichs, p. 413—418.

29) Urk. von 1388 bei Böhmert, p. 70—71. Delrichs, p. 419—421.

30) Rolle von 1589 u. 1598 bei Böhmert, p. 82 ff.

31) Brief von 1635 bei Böhmert, p. 87.

32) Behrman, p. 425 u. 426.

33) Schlichthörle, II, 30, 31, 306, 307 u. 314. Vergl. von Baczko, Gesch. von Königsberg, p. 288.

Eine wahre Theilung der Arbeit, durch welche diese besser und billiger gemacht wird, findet sich aber bereits in Nürnberg. Daher war auch jene schöne Stadt im Mittelalter die bedeutendste Gewerbstadt in ganz Europa. Bei den Rothschmieden in Nürnberg beschäftigte sich, nach Mannert, ein Mann sein langes Leben hindurch einzig mit Ausfertigung der Lehmformen zum Abgusse, ein anderer goß das zubereitete Metall, der dritte bekam zur Ausfertigung in die Hände die einzelnen Festandtheile des Leuchters, einer den Schaft, der andere den Henkel, der dritte die Schale, ein vierter vereinigte die Theile zu einem Ganzen, welchem der Künstler auf der Drehselmühle seine volle Reinheit und Vollendung gab. Alle erwarben sich unglaubliche Fertigkeit in ihrem einzelnen Stückerke; keiner konnte ein Ganzes zur Vollendung bringen. Daher erhielt sich auch dieser wichtige Zweig der allgemeinen Thätigkeit, wenig verkümmert, durch alle Jahrhunderte. Fabrikarbeit war es, aber einzig hervorgebracht durch Menschenhände, sehr wenig durch Maschinen ⁸⁴⁾.

§. 290.

Zünfte der Bäcker, Metzger, Schuhmacher, Schneider und anderer für das tägliche Bedürfniß nothwendigen Handwerker findet man allenthalben. Im Uebrigen entschied auch in dieser Beziehung das Bedürfniß. Daher findet man in manchen Städten Handwerker und auch Künstler zu Zünften geeinigt, welche anderwärts nicht zünftig waren, ja sogar in einer und derselben Stadt zünftige Gewerbe neben nicht zünftigen, welche demnach außer der Zunft betrieben werden durften. So waren in Wien die Bogner und Pfeilschnitzer bis ins 16. Jahrhundert zu einer Zechen oder Zunft mit einander vereinigt, bis im 16. Jahrhundert, seit der Einführung der Feuerwaffen, die Büchsenmacherzunft an ihre Stelle getreten ist ¹⁾. Eben so waren hie und da die Bierbrauer in Zünften vereinigt, z. B. in Straßburg ²⁾, in Hamburg ³⁾, in Kö-

84) Mannert, Ueberblick über Nürnbergs Aufsteigen, Blüthe und Sinken im Taschenbuch von Nürnberg, 1822. p. 88–89.

1) Schlager, Wiener Skizzen, p. 8 u. 9. Vergl. oben §. 188.

2) Grandidier, II, 60. Not.

3) Staphorst, Hamburg. Kirchengesch. I, 281.

nigsberg u. a. m. anderwärts aber nicht, z. B. in Görlitz⁴⁾. In Hamburg, wo das Recht Bier zu brauen ursprünglich, wie wir sehen werden, das Recht eines jeden Altbürgers in der Altstadt, also eines jeden Patriciers gewesen ist, späterhin aber das Vorrecht gewisser Häuser, der sogenannten Brauerben geworden ist (§. 373), vereinigten sich, wie es scheint im 16. Jahrhundert, viele und zwar die meisten Besitzer solcher brauberechtigten Häuser zu einer Brauerbrüderschaft. Andere Eigenthümer solcher Brauerben traten aber nicht in diese Brüderschaft ein. Und man nannte diejenigen Brauer, welche sich nicht in der Brüderschaft befanden, Junterbrauer oder Freibrauer, um sie als freie Eigenthümer ihres Brauhauses, gleichsam als Nachkommen der Altbürger oder Patricier von den Hauerbrauern zu unterscheiden, welche das Brauhaus nicht zu Eigen, vielmehr bloß gemiethet (gehäuret) hatten⁵⁾. Auch in Königsberg, wo es noch im Anfang dieses Jahrhunderts 211 Brauhäuser gegeben hat, und die Braunahrung ein sehr wichtiges Gewerbe war, bildeten die Brauhausbesitzer eine eigene sehr angesehene Zunft, die Mälzenbräuerzunft, welche nicht bloß mit der Kaufmannszunft zur Großbürgerschaft gehört, sondern im Röbenicht sogar den Rang vor der Kaufmannszunft gehabt hat⁶⁾. Zuweilen findet man sogar eigene Bierhefenhändler Zünfte, z. B. zu Schweinfurt, indem daselbst der Handel mit Bierhefe in früheren Zeiten sehr bedeutend war⁷⁾. Eben so bildeten die Wirthhe zuweilen eine Zunft z. B. in Straßburg⁸⁾, in Hadamar die sogenannten Weinhänse⁹⁾, in Basel u. a. m. In Basel, wo die Wirthhe seit dem 15. Jahrhundert zu der Gärtnerzunft gehört haben, gab es dreierlei Wirthhe, Herrenwirthhe, Mittelwirthhe und Kochwirthhe. Die Herrenwirthhe waren für die Herren und für vornehme Reisende. Bei ihnen hielten auch die Bürger ihre Gastmahle. Die Mittelwirthhe oder Karrenwirthhe

4) Neumann, p. 608.

5) Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 308 u. 316—319.

6) von Baczo, Gesch. von Königsberg, p. 229.

7) Schultes, Henneberg. Gesch. II, 264—266.

8) Altes Stadtr. art. 44 u. 114 bei Grandidier, II, 60. Not.

9) Esler, I, §. 210. Vergl. oben §. 269.

waren für die Fuhrleute und für gemeinere Reisende. Beide durften auch Fremde beherbergen. Die Kochwirth oder Köche durften nur Speisen geben und niemand beherbergen¹⁰⁾. Die Kochwirth waren demnach dasselbe, was man anderwärts Garköche, oder in Lüneburg Gaarbrader¹¹⁾, und noch im Plattdeutschen Garbreder zu nennen pflegt¹²⁾. Wie in Basel, so gab es auch in Nürnberg dreierlei Wirth. Solche, welche ein Leithaus hatten, welche also geistige Getränke ausschenken und, wie es scheint, auch Fremde beherbergen durften. Sodann Wirth, welche nur Wagenleute und Karrenleute beherbergen durften. Endlich Kochwirth („köche wirtte“)¹³⁾. Auch in Ulm gab es dreierlei Wirth, solche, welche Herren und Reisende aller Art beherbergten, dann wieder andere, bei welchen nur die Städteboten und Kaufleute einfuhrten und sogenannte Heckenwirth, die vom Zapfen lebten¹⁴⁾. In den Baiischen Städten unterschied man die Leitgeber von den Gastgebern¹⁵⁾. In Worms gab es zur Zeit des Reichstags im Jahre 1520 zweierlei Wirthshäuser („offene Herberge“), Herrenherberge und gemeine Herberge („die großen zwö hernherberg zum Schwan und im „Kaufhaus auch ander gemein herberg“)¹⁶⁾. Auch die Gärtner bildeten in manchen Städten eine eigene Zunft, z. B. in Frankfurt a. M.¹⁷⁾, und in Basel seit 1260 (§. 263). Eben so die Rebleute in Basel¹⁸⁾, die Weingärtner in Reutlingen¹⁹⁾ und in Wien, wo ihre Vorsteher die Bierer genannt wurden²⁰⁾

10) Döb, II, 154.

11) Stadtrecht, c. 110 bei Kraut, p. 78.

12) Dähnert, h. v. p. 142.

13) Polizeygesetze aus 14. u. 15. sec. bei Siebenkees, Material. II, 460 u. IV, 728 u. 733.

14) Jäger, Ulm, p. 428 u. 429.

15) Landgebot von 1468 bei Krenner, Landt. Hbl. V, 342. „mögen auch „offene Wirth und Gastgeber und Leitgeber in unsern Städten.“ — Vergl. Schmeller, II, 520.

16) Gastordnung von Worms von 1520 in Beilage zur allg. Zeitung vom 23. Juni 1868, Nr. 175, p. 2655.

17) Böhmer, p. 648.

18) Döb, II, 136—139.

19) Gayler, I, 608.

20) Ordnung des Weingartipaus bei Hormayr, Wien, I, 5. Urk. p. 228 ff.

öfters sogar die Ackerleute, z. B. in Seligenstadt ²¹⁾, in Neutlingen ²²⁾, in Ulm ²³⁾, in Worms ²⁴⁾, in Frankfurt a. M. ²⁵⁾ u. a. m. Diese jedoch offenbar erst seit dem Siege der Zünfte, seitdem jeder Bürger Mitglied einer Zunft sein mußte. Denn die ursprünglichen Genossenschaften der Colonen waren offenbar die Dorfmarktgenossenschaften und die Hohen, Hehen, Echten, Achten u. s. w. Die Zunftgenossenschaften waren demnach für die Colonen gar kein Bedürfnis ²⁶⁾. In Landau bildeten die Weinbauer und die Ackerleute mit einander eine einzige Zunft, die sogenannte Wingert- und Ackerzunft ²⁷⁾. In Biberach ²⁸⁾ und in Speier gehörten die Ackerleute oder die Altspeierer zur Zunft der Gärtner ²⁹⁾. Und in Basel hatten die Ackerleute die Wahl zwischen der Zunft der Knebleute und jener der Gärtner ³⁰⁾. Ueberhaupt pflegten alle Arten von Gewerben zunftmäßig betrieben zu werden. Oefters bildeten sogar die feilen Dirnen eine eigene Zunft. In Genf lebten sie in einem Stadt Viertel beisammen unter einer selbstgewählten Königin, welche vor ihnen schwören mußte, ihr Amt recht und treu zu verwalten ³¹⁾. Auch in Frankfurt hielten die zünftigen gemeinen Frauen fest zusammen gegen diejenigen, welche nicht zu ihrer Zunft gehörten ³²⁾. Und in Paris stand an der Spitze ihrer Zunft sogar eine Schutzheilige, die heilige Magdalena ³³⁾.

Sehr merkwürdig ist auch die Ansiedelung der für unehrlich gehaltenen Schinder, Todengräber und Abtrittsfeger und

21) Steiner, Seligenst. p. 181.

22) Gayler, I, 597.

23) Jäger, Ulm, p. 610 u. 611.

24) Zorn, Chron. p. 252. Vergl. 164.

25) Kriegl, p. 540.

26) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 1 ff.

27) von Birnbaum, Gesch. von Landau, 2. ed. p. 116.

28) Zunftordnung von 1485 bei Jäger, Mag. IV, 175.

29) Rau, II, 2, 3, 4 u. 8.

30) Rathsschluß von 1482 bei Dops, II, 139—140.

31) Henry, das Leben Calvins, p. 165.

32) Lersner, ad. 1456, I, 683. „Haben die unehrbahre Weiber — gebeten, denen gemeinen Dirnen so nicht in ihre Gemeinschaft gehörig, zu inhibiren.“ —

33) Hüllmann, IV, 271.

der gewerbsmäßigen Bettler auf dem Kohlenberg, einer kleinen Anhöhe in Basel. Die Kohlenberger bildeten daselbst, getrennt von allen übrigen Einwohnern eine zunftartige Genossenschaft mit einem eigenen Gerichte, welches das Kohlenberger Gericht genannt worden ist. Das Gericht bestand aus sieben Sachträgern, welche man die Freiheiten oder Freiheitsknaben, „die da ohne Hosen und ohne Messer gehen“ genannt hat³⁴⁾, von denen der Aelteste der vorsitzende Richter, die sechs anderen aber die Urtheilsfinder (Urteilsprecher) waren. Sie hatten Gerichtsbarkeit über die Echarfrichter, Todengräber und über die Bettler. Das Gericht wurde öffentlich unter einer Linde gehalten und wie jedes andere altdeutsche Gericht feierlich gehalten³⁵⁾. Während der Sitzung hielt der Richter den Stab in der Hand, den rechten Schenkel hatte er entblößt und den Fuß im Winter wie im Sommer in einem neuen Zuber voll Wasser. Die sechs Urtheilsprecher saßen auf beiden Seiten des Richters mit entblößtem rechten Schenkel. Hinter dem Richter stand innerhalb der Schranken der Vogt („der bluotsvogt“) zwischen zwei Amtleuten. Hinter den Urtheilsprechern standen die beiden anderen Amtleute. Die Urtheilsprecher fanden nach vorausgegangener Berathung mit dem Vogt das Urtheil und der Richter sprach es öffentlich aus, und stieß sodann den Zuber voll Wasser mit seinem Fuß um, wodurch offenbar das sonst übliche Stabbrechen ersetzt werden sollte. Und dieses ganz eigenthümliche Gericht hat noch im 17. Jahrhundert bestanden³⁶⁾.

§. 291.

Auch wurden nicht bloß die Handwerke und die mechanischen Gewerbe zunftmäßig betrieben. Dasselbe war vielmehr auch hinsichtlich der Kunst und Wissenschaft der Fall. Von den Universitäten oder Hochschulen ist bereits schon die Rede gewesen. Ähnliches gilt aber auch von den Volksschulen. In

34) Dchs, V, 75.

35) Die Hegungsformel bei Dchs, V, 78—79.

36) Die Weisthümer bei Grimm, I, 818—820. Die übrigen Notizen bei Dchs, V, 69—80. Basel im 14. Jahrhundert, p. 111—113. und Jäger, Ulm, p. 307 u. 308.

München bildeten die Schullehrer noch im 16. und 17. Jahrhundert eine eigene Zunft, wie früher schon in Florenz, wo sie eine der unteren Zünfte gebildet haben ¹⁾. Eben so in Frankfurt, wo ihre Verbindung zwar nicht eine Zunft, wohl aber eine Gesellschaft genannt worden ist ²⁾. Und in Nürnberg bildeten die Schulmeister, d. h. die Schreib- und Rechenmeister noch im 18. Jahrhundert eine eigene von der Stadt nicht besoldete, sondern lediglich auf ihr Schulgeld angewiesene Korporation oder Zunft ³⁾. Denn das Schulhalten ward damals noch wie jedes andere Handwerk betrieben. An der Spitze der Zunft standen in München die Vierer der Schulhalter. Sie hießen zwar Vierer, es waren ihrer aber nur zwei ⁴⁾. Die Vierer hatten die Volksschulen zu visitiren, die Versammlungen der Schulhalter ansagen zu lassen, überhaupt alle Angelegenheiten der Schulen zu besorgen. Die jüngsten Schulhalter, die sogenannten Umsagethnechte (Umsagethnecht), hatten die Anordnungen der Vierer zu vollziehen und bei Prozessionen die Fahnenstange zu tragen („die stanngen im Umbgaung tragen“). Und beim Tode eines Schulhalters oder seiner Frau oder Wittwe mußten, wie bei anderen Zünften, alle Schulhalter bei Strafe mit zur Leiche gehen ⁵⁾. Anderwärts hießen die Mitglieder der Schullehrerzunft, wie bei anderen Zünften, Meister (Schulmeister). Und jeder Meister hielt sich wieder seine Gesellen, durch welche er den deutschen und auch den lateinischen Unterricht ertheilen ließ ⁶⁾.

Eben so bildeten die Bader und Barbieri in manchen Städten eine eigene Zunft, z. B. in Breslau ⁷⁾, in Berlin und in Köln an der Spree u. a. m. ⁸⁾. Die Bader hatten für die früher sehr gebräuchlichen Bäder zu sorgen, die Barbieri oder Scherer aber die Bart- und Kopfhaare zu schneiden oder zu scheeren, weshalb sie denn auch Bartscherer genannt worden sind. Beide waren demnach

1) Hüllmann, Städtewesen, IV, 338.

2) Römer-Büchner, Entwicklung der Stadtverfassung, p. 185.

3) Lochner, die Stadt Nürnberg im Ausgang ihrer Reichsfreiheit, p. 30.

4) Satz der Schuelhalter von 1595 §. 1 u. 8 im Oberbairischen Archiv, XIII, 44. — „einem jeden Vierer, deren zwen seindt.“ —

5) §. 4, 5 u. 21. die cit. Sätze. Vergl. oben §. 280, 284 u. 287.

6) Haub, Gesch. der Redarschule in Heidelberg, p. 12.

7) Reisen Hans Ulrich Krassfs. ed. Dr. Haszler, p. 402.

8) Zimmermann, I, 193.

wesentlich von einander verschieden, z. B. in Ulm noch im 14. Jahrhundert ⁹⁾ und in Lübeck sogar noch das ganze 16., 17. und 18. Jahrhundert hindurch bis in 19. ¹⁰⁾. Sie bildeten ursprünglich verschiedene Zünfte und hatten sogar verschiedene Wappen und Zunftzeichen. In Basel hatten die Scherer einen goldenen Stern und einen Sack in ihrem Wappen, und die Bader einen Quast ¹¹⁾. Die Bader durften nebenbei auch ihre Badgäste barbieren, sie schröpfen und ihnen zur Ader lassen. Und seitdem die Bäder abgekommen sind, wurde das Nebengeschäft zur Hauptsache. Diefers wurden die an einem Orte befindlichen Bäder oder Badstuben einem Scherer in Pacht gegeben oder als Erblehen verliehen. Und dann durfte natürlich auch er beide Functionen mit einander vereinigen, z. B. zu Liebenzell ¹²⁾, zu Germersheim, Bruchsal, Rastatt, Ruppenheim u. a. m. ¹³⁾. Die Barbierer oder Scherer besorgten zu gleicher Zeit die Geschäfte eines Wundarztes. Daher sollten in Straßburg die Barbierer keine Verwundung verschweigen, sie vielmehr der Kanzlei zur Untersuchung und Bestrafung anzeigen ¹⁴⁾. Und als Wundärzte durften die Barberer in Lübeck die Wunden verbinden („der barberer ampt mit vorbindende oder mit scherende“) und sie nur allein Pflaster und Salben verkaufen. („Item schal „nchmand plaster offte salben weyle hebben, dat vnsme ampte tobe- „horet“) ¹⁵⁾. Die Bader und die Barbierer waren demnach wahre Volksärzte. Und vielleicht haben sie auch den zuweilen vorkommen-

9) Jäger, Ulm, p. 455.

10) Dreyer, Einleitung, p. 516. Die Rollen der Bader (Sadstover) und der Barberer bei Wehrmann, p. 162—167.

11) Dörs, II, 161 u. 162.

12) Urf. von 1498 bei Mone, II, 281. — „in den zweyen badherbergen „daselbs, fremden und heimschen scheren und sich gebruchen mögen alles „des, das einem scherer zuftet, von andern bädern und scherern ganz „ungeirret, also das si den lüten, fremden und heimschen mit baden, „scheren, schröpfen und anderm guten rate thun, auch die „badstube.“ — Vergleiche noch Urf. von 1408, 1415 u. 1480 eod. p. 279 u. 280.

13) Urf. von 1427, 1480, 1473, 1484, 1487 u. 1488 bei Mone, II, 287 — 290. Vergl. noch eod. p. 263.

14) Rathesbeschluß von 1664 bei Heiß, Zunftwesen, p. 172.

15) Rolle der Barberer von 1480 bei Wehrmann, p. 164.

den Titel Dietarzt, d. h. Volksarzt geführt ¹⁶⁾. Walther von der Vogelweide ließ sich bekanntlich von einem solchen Volksarzte operiren und auch der Ritter von Lichtenstein seinen Mund durch einen Meister zu Grätz in Steyerland schneiden ¹⁷⁾. Da sich jedoch die beiderseitigen Geschäfte vielfach berührten, so wurden sie seit dem 14. Jahrhundert meistens zu einer einzigen Zunft vereinigt, z. B. in Basel zur Zunft der Scherer ¹⁸⁾, in Eßlingen zur Zunft der Bader und Barbierer ¹⁹⁾, in München zur Zunft der Barbierer und Wundärzten oder Chyrurgii ²⁰⁾, in Hildesheim zur Bader- und Chirurgen Zunft ²¹⁾, und in Weßlar zum Collegium der Barbierer. Da nämlich die Barbierer zu gleicher Zeit Wundärzte waren, also dem Stande der Gelehrten näher als dem Stande der Handwerker zu stehen glaubten, so wollten sie auch ihre Zunft nicht mit einem bei Handwerkern üblichen Namen belegt haben, und nannten sie daher ein Collegium ²²⁾. In Speier ließen sie sich jedoch in verschiedene Zünfte aufnehmen, die Scherer bei den Tuchern und die Bader bei den Schmieden. Auch hatten sie daselbst nebenbei noch ganz besondere Funktionen und Beschäftigungen. Die Bader „gebrauchen sich ihres Handwerks und pflegen darbei die „Brunnen in der Stadt Speier zu seggen, haben auch in gebrauch allerhandt ströen und geflochtene hüett zumachen, zukauffen und „wider zuuerlaufen, darzu mögen sie wie die Scherer schlechte „Bauren fenster mit Biertheile und Waldtglas machen, und ein „zerbrochen scheyb oder rautten wider einsetzen“ ²³⁾. In Reutlingen hielten die Bader und Barbierer zur Messgerzunft. Außer dem Scheeren und Schröpfen hatten sie daselbst auch noch das Recht Seife zu fieden ²⁴⁾. In Eßlingen gehörten die Bader oder Truckscherer bis ins 18. Jahrhundert zur Kürschnerzunft. Sie hatten

16) Grimm, Wörterb. II, 1145.

17) Ulrich von Lichtenstein, ed. Lied, p. 10—12.

18) Ochs, II, 161.

19) Pfaff, p. 155. Not.

20) Sätz u. Ordnung von 1529 bei Schlichthörle, I, 296.

21) Estor, kleine Schriften, I, 917 ff.

22) von Ulmenstein, III, 227.

23) Urk. von 1514 bei Rau, II, 4.

24) Gayler, I, 598.

jedoch ihren eigenen Büchsenmeister. Erst im Jahre 1730 wurde eine Barbierzunft von dem Rath anerkannt²⁵⁾. In Wiberach gehörten die Bader und die Echerer zur Metzgerzunft und außer ihnen auch noch die Gerber und die Fischer²⁶⁾.

Die Bader und Echerer hatten keine gelehrte Bildung. Sie wurden vielmehr als Lehrlinge und Gesellen bei irgend einem Meister handwerkemäßig herangebildet. Die gelehrten Aerzte entstanden erst seit dem Studium des Hippokrates, Galenus, Celsus und der anderen medicinischen Classiker. Sie erhielten daher den Namen Arzt von artista²⁷⁾, indem artista gleiche Bedeutung mit einem magister artium gehabt, die Heilkunde aber zu den freien Künsten gehört hat. In deutscher Sprache nannte man die gelehrten Aerzte Buchärzte²⁸⁾ und die gelehrte Medicin eine Bucharznei²⁹⁾. Die Aerzte, d. h. die gelehrten Aerzte, erhielten ihre Bildung nicht bei günstigen Meistern, sie studirten vielmehr auf den Universitäten. Sie bedurften daher keines Zunftverbandes und sie haben auch in Deutschland niemals eigene Zünfte gebildet, wie dieses z. B. in Mailand, Florenz und Pisa der Fall war³⁰⁾. In Frankfurt a. M. vereinigten sich jedoch die Doctoren im Jahre 1613, nachdem ein Rathsedict verkündet hatte, daß alle Bürger in Zünfte oder Gesellschaften zu treten hätten, zu einer freien Gesellschaft, zu dem Collegium der Graduirten, von welchem man übrigens, außer ihrem Kampfe für ihre Vorrechte, nichts weiter weiß³¹⁾.

So wie demnach die Bekanntschaft mit dem Römischen Rechte zu einem gelehrten Recht geführt, das vollsthümliche germanische Recht aber dennoch nicht gänzlich zu verdrängen vermocht hat, eben so hat auch die Bekanntschaft mit der Hippokratishen Lehre zu einer gelehrten Medizin geführt, die althergebrachte vollsthümliche

25) Pfaff, p. 289. 759 u. 761.

26) Zunftordnung von 1485 bei Jäger, Mag. IV, 176.

27) Graff, I, 477.

28) Urf. von 1359 in Mon. B. 80, p. 244. Urf. von 1406 bei Jäger, Ulm, p. 450 Urf. von 1414 bei Zerngibl, in histor. Abbl. der Med. IV, 293. Vergl. meine Gesch. der Fronhöfe, II, 811.

29) Scherz. gloss. p. 194.

30) Hüllmann, Städtewesen IV, 46, 47 u. 50.

31) Urf. von 1613 bei Versner, I, 245 u. 246. Römer-Büchner, Entwicklung der Stadtverfassung, p. 185, 247—258.

Medizin aber keineswegs verdrängt. Die volksthümlichen Bader und Parbiere haben sich vielmehr nach wie vor neben den gelehrten Aerzten erhalten und heute noch stehen sie dem Volke weit näher als selbst die gelehrtesten Aerzte. Auch ist es ihnen in manchen Städten gelungen sich in großem Ansehen zu erhalten, z. B. in Straßburg, wo sie zur Herrenstube³²⁾ und in Landau, wo sie mit den Berückenmachern zur Rittersunft gehört haben³³⁾. In manchen Territorien und Städten hat man jedoch frühe schon angefangen ihre Praxis möglichst zu beschränken und zu controliren. So verordnete bereits die Stiftungsurkunde der Universität Freiburg, daß nicht bloß die gelehrten Aerzte („libartzat“), sondern auch die Wundärzte und Echerer und die Apotheker („wundartzat, „scherer, appenteker, wildwurtzeler vnd die man nempt empeericos“), ehe sie practicirten („libartzny triben“) von der medicinischen Fakultät geprüft und zugelassen („von der facultet der artznie bewert oder zugelassen“) werden sollten³⁴⁾. Sehr interessant ist auch, was unser berühmter Walthër über die ungelehrten Volksärzte gesagt hat³⁵⁾.

Endlich haben auch die Notare, wenigstens in Italien, eigene Zünfte gebildet³⁶⁾.

Was von der Wissenschaft gilt auch von der Kunst. Denn auch die Kunst wurde ursprünglich handwerksmäßig betrieben. Daher bildeten die Mahler in sehr vielen Städten eigene Zünfte oder Gilden, entweder allein oder mit anderen verwandten Künstlern oder auch Handwerkern, z. B. in Ulm eine eigene Mahlerbrüderschaft³⁷⁾, in mehreren Städten der Mark Brandenburg und in Pommern eigene Gilden³⁸⁾, und hie und da auch in Baiern eigene Mahlerzünfte³⁹⁾. In Augsburg bildeten die Mahler zwar

32) Grandidier, I, 60 Not.

33) von Birnbaum, Gesch. von Landau, I, 115.

34) Stiftungsbrief von 1457 §. 8, bei Schreiber, II, 454.

35) Fr. von Walthër, über das Verhältniß der Medizin zur Chirurgie. Karlsruhe 1841.

36) Hüllmann, Städtewesen, III, 284 ff. u. 488 f.

37) Jäger, Ulm, p. 569 u. 580.

38) Urk. von 1463 bei von Raumer, cod. Brand. I, 281. Vergl. 282. Not.

39) Schmeller, I, 681.

keine eigentliche Zunft, wohl aber mit den Bildhauern und Glasern, die gewöhnlich auch Glasmahler waren, eine zunftartige Gesellschaft mit einer eigenen Ordnung und mit einem sogenannten Gerechtigkeitsbuch, in welches alle Mitglieder mit ihren Namen und Wappen eingetragen zu werden pflegten⁴⁰⁾. In Straßburg⁴¹⁾, Basel⁴²⁾, Nördlingen⁴³⁾ u. a. m. waren die Mahler mit anderen Künstlern und Handwerkern zu einer Zunft vereinigt.

Wie die Mahler so haben auch die Säng^er zunftartige Gesellschaften gebildet. Seitdem nämlich die nationale Kunst und Wissenschaft ihren Sitz in den Städten aufgeschlagen und seitdem insbesondere auch der Meistergesang, seitdem seit dem 15. Jahrhundert die Zeit des Hoflebens und Wanderns für den Minnegefang vorüber war, sich in den Städten niedergelassen hatte, und daselbst in die Hände der Schuster, Kürschner, Seiler, Schmiede, Tuchmacher, Weber und anderer Bürger gekommen war⁴⁴⁾, seitdem fingen auch die Meistersänger an zunftartige Gesellschaften mit Sängerschulen zu bilden. Die ersten Gesellschaften des Meistergesangs bildeten sich am Ende des 15. Jahrhunderts in Straßburg⁴⁵⁾ und in Freiburg in Breisgau⁴⁶⁾ und seit dem 16. Jahrhundert auch in Ulm⁴⁷⁾, in Eßlingen⁴⁸⁾, in Nürnberg, in Augsburg u. a. m. In Augsburg hielten die Meistersänger ihre Versammlungen anfangs in der Barfüßerkirche, später in einer Stube in der St. Jakobs Pfründe, und noch später abwechselnd in den Kirchen oder auch in Privathäusern. Ihre Vorsteher waren die sogenannten Werker und die Büchsenmeister. Die Meistersänger waren daselbst zu

40) von Stetten, Kunst- und Handwerksge^schichte, I, 268 u. 269. Jäger, Augsburg, p. 179 u. 180. Kunstblatt vom 20. August 1846, Nr. 41, p. 167.

41) Grandidier, II, 60. Not.

42) Dö^s, II, 162.

43) Bairische Annalen von 1833, p. 707.

44) Jakob Grimm, über den altdeutschen Meistergesang, p. 33, 34, 39 u. 186. Jäger, Ulm, p. 587. Schilter, glossar. p. 88 u. 89.

45) Schilter, glossar. p. 89. Gervinus, poet. National Lit. II, 261.

46) Schreiber, Gesch. von Freiburg, III, 168 ff.

47) Jäger, Ulm, p. 587.

48) Pfaff, Gesch. von Eßlingen, p. 38, 39 u. 233.

gleicher Zeit Schauspieler und sie hatten zu dem Ende einen eigenen Komödienstadel⁴⁹⁾. Auch anderwärts waren diese Sängergesellschaften zunftartig eingerichtet. Ihre Vorsteher hießen meistentheils Merker, weil sie aufzumerken und den Gesang zu prüfen hatten⁵⁰⁾, oder auch Meister, z. B. in Straßburg und Nürnberg die 12 Meister⁵¹⁾. In Freiburg stand ein Hauptmann oder Meister an der Spitze der Gesangbrüderschaft und vier Merker an seiner Seite. Die jährlichen zwei Hauptsingen wurden im Predigerkloster, die gewöhnlichen Uebungen aber auf der Stube der Tuchmacher zum Rosenbaum gehalten⁵²⁾. Wie in Augsburg, so pflegte auch in Eßlingen, in Freiburg u. a. m. mit der Singschule eine Komödie verbunden zu sein⁵³⁾.

Auch die Goldschmiede waren zünftig. Sie hatten entweder ihre eigene Zunft z. B. in Straßburg, Heidelberg⁵⁴⁾, Freiberg⁵⁵⁾ u. a. m., oder gemeinschaftlich mit den Münzern z. B. in Basel⁵⁶⁾. Auch bildeten öfters die Münzer allein eine eigene zunftartige Gesellschaft, von welcher bereits die Rede gewesen ist (§. 77).

§. 292.

Zu den interessanteren Bünften gehören insbesondere auch die Maurer- und Steinmessenbrüderschaften. Sie waren von den Handwerkszünften der Maurer, Zimmerleute und der Steinmessen verschieden und dürfen daher nicht mit ihnen vermengt und vermischt werden. Wie in anderen Städten, so bestand z. B. auch in Wien neben der Maurer und Steinmessenbrüderschaft noch

49) von Stetten, Kunst- und Handwerksgegeschichte von Augsburg, I, 528—530.

50) Grimm, a. a. O. p. 93—96 u. 159.

51) Schilter, a. a. O. p. 89.

52) Schreiber, Gesch. von Freiburg, III, 169 u. 170.

53) Pfaff, Eßlingen, p. 233. Schreiber, Gesch. von Freiburg, III, 170.

54) Zunftordnungen von 1363 u. 1563 bei Mone, Zeitschrift für die Gesch. des Oberrheins, III, 157 u. 161.

55) Stadtrecht bei Schott, III, 289 f.

56) Ochs, II, 128.

eine Zunft der Maurer und Zimmerleute¹⁾ und späterhin eine Zunft der Maurer und Steinmengen²⁾. Wie die anderen Handwerkszünfte in Wien (S. 266), so hatte auch diese Zunft keine eigene Autonomie. Ihre Zunft- und Handwerksordnungen wurden vielmehr von dem Stadtrath gegeben. Auch nannte man ihre Zunft nicht eine Bruderschaft, sondern wie die anderen Handwerkszünfte in Wien, eine Zech und die Zunftvorsteher Zechmeister. Die Mitglieder dieser Zech hatten die gewöhnlichen Maurer- und Steinmengen Arbeiten gegen einen gesetzlich fixirten Taglohn zu besorgen und waren von den übrigen Handwerkern durchaus nicht verschieden. Die Mitglieder der Maurer- und Steinmengenbruderschaft dagegen waren Künstler. Ihre Bruderschaft stand daher der Zunft der Maurer und Steinmengen in derselben Weise gegenüber, wie die Gesellschaften und Hansen der Kaufleute den Krämerzünften und wie die Wähler- und Sängerbuderschaften den Zünften der Lüncher und Anstreicher und der Stadtmusikanten gegenüber gestanden haben.

Die Bauhütten sind offenbar mit dem Bauwesen selbst in Aufnahme gekommen. Sie reichen daher schon in die karolingischen und vorkarolingischen Zeiten hinauf, worauf auch eine alte Tradition, welche sich bei den Steinmengen in Paris und in Wien erhalten hat, hindeutet³⁾. Sehr wahrscheinlich hatten die alten Bauhütten dieselbe Einrichtung wie die Handwerksämter. Die Maurer und Steinmengen wohnten wie die übrigen Handwerker und Künstler beisammen, entweder in dem herrschaftlichen Palatium oder Fronhof, oder in dem Kloster, oder bei der Domkirche, bei welcher sie beschäftigt waren. Und an der Spitze des Bauamtes stand ein von der Herrschaft ernannter Baumeister, wie bei jedem anderen Handwerksamt der Meister. Noch im 13. Jahrhundert hatten die Könige von Frankreich den Meister

1) Handwerks Ordnung von 1412 u. 1480 bei Hormayr, Wien, I, 5. Urf. p. 117 u. 118. Vergl. noch p. 230.

2) Ordnung der Steinmengen und Maurer von 1435, 1537 u. 1550 bei Hormayr, I, 5, p. 118—124.

3) Schnaase, IV, 1. p. 301. Nach der auf der Bauhütte bei St. Stephan in Wien befindlichen Steinmengentafel will man schon die Namen der Baumeister seit dem Anfang des 8. sec. kennen. von Hormayr, Wien, I, 5, Urf. p. 246 u. 250.

der Steinmehenzunft in Paris zu ernennen⁴⁾. Die Hütte, in welcher gearbeitet wurde, stand meistens neben der Baustelle, wo gearbeitet werden sollte, z. B. in Straßburg an dem Münster, in Wien bei St. Stephan, in Nürnberg bei St. Sebald, in Ulm an dem Münster. Erst im Anfang des 16. Jahrhunderts sind die Bauhütten verschwunden⁵⁾.

Den Hauptmittelpunkt der deutschen Baukunst bildete ursprünglich der Kirchenbau. Daher entstanden bei allen Kirchen und Klöstern, wo viel gebaut wurde, eigene Bauhütten. Und Geistliche waren es, welche daselbst als Baumeister oder als Werkmeister an der Spitze des Bauamtes oder der Bauhütte standen z. B. in St. Gallen im Anfang des 9. Jahrhunderts⁶⁾. Die Kirchen und Klöster waren indessen nicht die einzigen Bauten. Karl der Große zumal baute auch schon Palatien und andere weltliche Gebäude, und ließ zu dem Ende Künstler und Handwerker aus weiter Ferne an seinen Hof kommen⁷⁾. Wie andere Künstler und Handwerker, so haben offenbar auch sie in dem königlichen Palatium oder königshofe selbst gewohnt und unter eigenen Meistern und unter den höheren Hofbeamten gestanden, wie es auch bei den anderen Handwerksämtern der Fall war. Seit der Abschaffung der Hörigkeit in den Städten hat nun auch die Umbildung dieser Bauämter in freie Genossenschaften und die Bildung neuer freier Bruderschaften und Innungen begonnen. Die früher hörigen Maurer und Steinmehzen waren demnach nun freie Maurer oder Freimaurer geworden. Die berühmtesten Bau- und Steinmehzenhütten sind übrigens an der Seite eines Domes oder Münsters entstanden. Und Epoche machend waren jene zu Köln, Straßburg, Freiburg im Breisgau, Wien und Zürich.

Wann diese Bauämter zu freien Genossenschaften umgebildet oder auch neue Genossenschaften dieser Art an der Seite

4) Schnaase, IV, 1. p. 300 f.

5) Vergl. Heibeloff, die Bauhütte des Mittelalters in Deutschland, p. 4 ff., 12 u. 18. Königshoven, p. 302 a. G. „zu dem Münster by der steinhütten.“ Jäger, Ulm, p. 566. von Hormayr, Wien, II, 1. Heft 2. p. 16.

6) von Arr, I, 61 u. 62.

7) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 181, 245 u. 246.

jener Bauämter gebildet worden sind, liegt bis jetzt noch im Dunkeln. Nach den großen Leistungen dieser Bruderschaften zu urtheilen muß es aber schon in sehr frühen Zeiten, sehr wahrscheinlich schon seit dem 12. und 13. Jahrhundert, gleichzeitig mit den Hansen und Kaufmannsgilden geschehen sein. Die ältesten Steinmehen Ordnungen datiren zwar erst aus dem 15. Jahrhundert. Sie enthalten jedoch bereits altes Herkommen, alte Gebräuche und alte Satzungen. Ihr Inhalt gehört daher einer weit früheren Zeit an.

In den Residenzstädten haben sich die alten Hofbauämter nach wie vor neben den freien Bruderschaften meistentheils sogar bis auf unsere Tage erhalten. Daher findet man denn noch im 15. Jahrhundert in München einen Hofmarrnermeister⁸⁾, im 15. und 16. Jahrhundert in Speier ein bischöfliches Baumeisteramt und ein Steinmehenamt⁹⁾, und in Heidelberg ein landesherrliches Baumeisteramt, bestehend aus einem Oberbaumeister, welcher jedes Jahr zwei Hofkleider, ein Sommer- und Winterkleid erhalten sollte, und aus einem Bauschreiber¹⁰⁾, woraus jedoch nicht mit Mone gefolgert werden darf, daß es daselbst niemals eine Bauhütte gegeben habe. Denn daß es auch in Speier und in Heidelberg Bauhütten gegeben, sagen mehrere Steinmehenordnungen ausdrücklich¹¹⁾. Und bestätigt wird es noch durch die Rachtung der Stadt Speier vom Jahre 1420, welche von Geschwornen des Steinmehen Handwerks spricht¹²⁾, und durch die angeführte Verordnung von 1538 §. 12, in welcher von dem Steinmehen Handwerk in Heidelberg und von dem Hüttengebrauch daselbst die Rede ist. Jene Bau- und Steinmehenämter in Speier und Heidelberg haben demnach neben den Steinmehenbruderschaften bestanden, wie dieses auch später noch an fast allen landesherrlichen Höfen der Fall war, und heute noch neben den Steinmehen Innungen solche Hofbauämter unter gar mancherlei Benennungen

8) Schreiben von 1410 in Bairischen Annalen von 1838, p. 875.

9) Urf. von 1446, 1455 u. 1488 bei Mone, Anzeiger, V, 251 u. 252.

10) Verordnung von 1538 §. 1, 2 u. 17 bei Mone, Anzeiger, V, 377 ff.

11) Steinmehenordnungen von 1563, §. 26 und von 1578 bei Heibeloff, p. 66, 73 u. 77.

12) Rachtung von 1420 bei Mone, Anzeiger, V, 101.

bestehen. Hier in München führt dieses Amt den Namen Hofbau-
intendanz¹³⁾.

Die Steinmessenbruderschaften waren genossenschaftliche Verbindungen und von anderen Zünften durchaus nicht verschieden. An ihrer Spitze stand immer ein Baumeister. Die Genossen hießen Meister oder Werkleute. Unter ihnen standen die Gesellen, Lehrlinge und noch andere Diener¹⁴⁾. Das Oberhaupt der Gesellen war ihr Sprecher, wie in Goslar u. a. m. der Worthalter und in Hamburg der Vorsprach (§. 270) oder der Parlirer¹⁵⁾, oder Parlier¹⁶⁾, woraus man später einen Palierer, Pallirer, Polirer und Palier gemacht hat¹⁷⁾. Die Baukunst wurde geheim gehalten und daher in eine symbolische Sprache und in symbolische Formen gehüllt. Jede Mittheilung an Fremde war verboten. Eben so die schriftliche Abfassung der Geheimlehre. Auch die Aufnahme in die Bruderschaft geschah in symbolischen Formen. Und an geheimen Zeichen erkannten sich die Genossen¹⁸⁾. Ob und wie weit nun der Freimaurerorden mit den alten Bauhütten und Baubruderschaften zusammenhängt, ist bis jetzt schwer zu entscheiden. Jedenfalls scheinen aber die Ceremonien von ihnen entlehnt worden zu sein.

Die Bauhütten und die damit verbundenen Bruderschaften waren sehr verbreitet. Denn jede damals hervorragende Stadt hatte ihre eigene Hütte und ihren eigenen Baumeister, Werkmeister,

13) Ueber das zu den Hofbauämtern gehörige Personal vergl. von Moser, teutsches Hofrecht, II, 260—263.

14) Steinmessenordnung von 1459 bei Heideloff, p. 34—42.

15) Steinmessenordnung von 1459 u. 1498 bei Heideloff, p. 36, 37, 38, 39, 40, 41 u. 59. In der Steinmessenordnung von 1498 bei Mone, Anz. V, 496 u. 497. heißt es offenbar unrichtig Barbierer statt Parlierer.

16) Steinmessenordn. von 1564 bei von Hormayr, Taschenbuch von 1844, p. 433 u. 434. Steinmessenordn. von 1498 u. 1568, §. 37, 43, 45, 50 u. 60 bei Heideloff, p. 58 u. 68 ff.

17) Steinmessenordn. bei Heideloff, p. 39, 49, 52, 53 u. 69.

18) Heideloff, p. 16 — 18. Steinmessenordnung von 1568, §. 55, eod. p. 70. Steinmessenordnung von 1462, art. 25—27, 30, 31, 72, 94. Vergl. Michelsen, Hausmarke, p. 61—64.

Stadtmeister oder Stadtwerkmeister mit dem nöthigen Personal ¹⁹⁾. Außer den vier Haupthütten zu Straßburg, Köln, Wien und Zürich kennt man noch die Bauhütten zu Basel, Speier, Mainz, Heilbronn, Ulm, Augsburg, Regensburg, München, Nürnberg, Frankfurt, Heidelberg, Freiburg, Hagenau, Schlettstadt, Constanz, Bern, Meisenheim, Stuttgart, Salzburg, Ansbach, Bassenburg, Dresden, Magdeburg, Wittenberg u. a. m. ²⁰⁾. Mit jeder Bauhütte war wieder eine Bruderschaft verbunden und jede Bruderschaft hatte ihre eigene Ordnung. Zwar datiren die Lokal-Steinmessen- und Maurer Ordnungen, welche wir bis jetzt kennen, sammt und sonders erst aus dem 16. und 17. Jahrhundert. So die Steinmessen- und Maurer Ordnung von Breslau, Eßlingen, Winterthur und Zeiz; eben so das Artickelsbuch der Maurerbruderschaft in Ulm und das Hütten- oder Bruderbuch zu Magdeburg und Wittenberg ²¹⁾. Ihr Inhalt reicht aber in frühere Zeiten hinauf.

Die Bauhütten und Baubrüderschaften standen anfangs, wie die anderen Zünfte, vereinzelt da. Erst der berühmte Meister Döfinger von Straßburg brachte sie mit einander in Verbindung. Daher bildeten die deutschen Bauhütten erst seit der Mitte des 15. Jahrhunderts einen Gesamtverein, ein „ganzes gemeinsames Handwerk des Steinwerks und der Steinmessen in deutschen Landen“ ²²⁾. Auf Betreiben des berühmten Werkmeisters am Münster zu Straßburg, Döfinger, wurde nämlich auf einer im Jahre 1459 zu Regensburg gehaltenen Versammlung ein Verein aller Deutschen Baumeister und Steinmessen, und für diesen Verein eine eigene Steinmessenordnung beschlossen, welche im Jahre 1498 nochmals vom Kaiser bestätigt worden ist ²³⁾. Danach

19) Vergl. die Unterschriften unter der Steinmessenordnung von 1459 bei Heideloff, p. 44 ff.

20) Steinmessenordnungen von 1563 §. 26, dann von 1563 u. 1578 bei Heideloff, p. 66, 73 u. 77. Stodt, p. 58 u. 59.

21) Berlepsch, Chronik der Maurer und Steinmessen, p. 137, 138, 150 u. 151. Jäger, Ulm, p. 569 u. 582. Pfaff, Gesch. von Eßlingen, p. 707. Stodt, p. 59.

22) Steinmessenordnungen von 1459 u. 1498 bei Heideloff, p. 34 u. 57.

23) Steinmessenordn. von 1459 u. 1498 bei Heideloff, p. 34 u. 57 und jene von 1498 auch bei Mone, Anz. V, 494 ff.

wurden alle Deutschen Bauhütten unter vier Haupthütten gestellt. Die Haupthütten waren Straßburg, Köln, Wien und Zürich, eine jede mit einem sehr ausgedehnten Hüttengebiet. Zu Straßburg sollten alle Hütten in Schwaben, Baiern, Franken, Hessen, Sachsen, Meissen und Thüringen gehören, zu Köln alle Städte am Rhein, zu Wien ganz Oesterreich, Steiermark, Ungarn und die Städte an der Donau, und zu Zürich das ganze Gebiet der Eidgenossen. An der Spitze einer jeden Haupthütte sollte der Werkmeister als Oberster Richter, über allen Haupthütten aber wieder die Hütte von Straßburg stehen, der Werkmeister des Münsters von Straßburg also gleichsam der Großmeister der gesammten Bruderschaft sein, und in dieser Eigenschaft mit seinen Gesellen und Mitbrüdern alle unter den Genossen entstandenen Streitigkeiten in letzter Instanz entscheiden ²⁴⁾. Im Jahre 1563 hatten zu Basel und Straßburg wieder neue Berathungen statt, deren Resultat eine neue vielfach veränderte Steinmessenordnung war, welche später noch öfter (in den Jahren 1578, 1613 und 1697) bestätigt worden ist ²⁵⁾.

Die vier Haupthütten sollten nach wie vor bleiben. Auch blieb der Werkmeister von Straßburg Oberster Richter oder Großmeister. Die unter einer Haupthütte stehenden Bauhütten wurden aber wieder in kleinere Bezirke getheilt, ein jeder Bezirk mit einem eigenen Oberen, welcher das Hüttenbuch bei sich haben sollte ²⁶⁾. Außer dem Gesamtverein, welcher von Zeit zu Zeit zu Regensburg, Speier, Straßburg, Basel u. a. m. allgemeine Versammlungen zu halten pflegte ²⁷⁾, durfte auch jede Haupthütte und jeder einzelne Bezirk wieder seine besonderen Versammlungen halten. Auf einem solchen Haupthüttentag zu Wien kam im Jahre 1564 eine Steinmessenordnung und im Jahre 1637 ein Vergleich

24) Steinmessenordn. von 1459 u. 1498 bei Heideloff, p. 41 u. 59. Steinmessenordnung von 1564 bei von Hormayr, Taschenbuch von 1844, p. 433.

25) Steinmessenordnungen von 1563, 1578, 1613 u. 1697 bei Heideloff, p. 61, 73, 77, 81 u. 91.

26) Steinmessenordn. von 1563, §. 23—26 u. 38—42, und von 1578 bei Heideloff, p. 65 ff. u. 79.

27) Heideloff, p. 40—43, 57 u. 61.

der Steinmeyer und Maurer zu Stand ²⁸⁾. Das Letztere geschah im Jahre 1462 zu Torgau und das Resultat der daselbst versammelten Werkmeister von Magdeburg, Halberstadt, Hilbesheim, Merseburg, Meißen, Voigtland, Harzland und Thüringen war die berühmte Steinmeyerordnung von 1462 ²⁹⁾. Auch die Oesterreichischen Provinzen erhielten auf diese Weise ihre besonderen Ordnungen ³⁰⁾. Die allgemeinen Deutschen Steinmeyerordnungen von 1459 und 1563 blieben aber nach wie vor in allgemeiner Geltung. Denn jene Partikularordnungen setzten die allgemeinen voraus und suchten sie nur zu ergänzen und zu lokalisieren. Sie verhielten sich daher zu ihnen wie das partikulare Recht zu dem gemeinen ³¹⁾. Daher haben auch die Steinmeyerbrüderschaften, welche in Köln, Basel, Zürich, Hamburg und Danzig bis auf unsere Tage bestanden, die Steinmeyerordnung von 1563 bis in die letzten Zeiten beobachtet ³²⁾. Seitdem jedoch die Verbindung mit der Haupthütte zu Straßburg, da jene schöne Stadt nicht mehr zu Deutschland gehörte, durch einen Reichstagsbeschluß von 1707 aufgehoben ³³⁾ und im Jahre 1731 auch noch die Vereidung auf Geheimnisse verboten worden und die Haupthütten selbst aufgehoben worden waren, seitdem war es um jenen schönen Verein aller Deutschen Bauhütten geschehen ³⁴⁾. Auf die Bildung des Freimaurerordens scheint jedoch jener großartige Gesamtverein der Deutschen Bauhütten nicht ohne Einfluß gewesen zu sein, vielleicht sogar die erste Idee zu dem Orden selbst gegeben zu haben. Jedenfalls ist indessen der Freimaurer Orden erst im Anfang des 18. Jahrhunderts in England entstanden und hat sich von dort aus über ganz Europa verbreitet ³⁵⁾.

28) Bruderschaftsordnung von 1564 bei von Hormayr, Taschenbuch von 1844, p. 424—436. Vergleich von 1637 bei Heideloff, p. 86 ff.

29) Heideloff, p. 47.

30) Urk. von 1626, 1646 u. 1662 bei Heideloff, p. 85, 88 u. 89.

31) Steinmeyerordn. von 1563 §. 23. bei Heideloff, p. 65. Berlepsch, Chronik der Steinmeyer, p. 187.

32) Schnaase, VI, 1. p. 306.

33) Theatr. Europ. XVIII, p. 43.

34) Berlepsch, a. a. O. p. 191.

35) Winzer, die deutschen Bruderschaften, p. 96 ff. Bluntschli im Staatswörterbuch, III, 749 ff.

5. Künfte auf dem Lande.

§. 293.

Handwerker hat es von je her auch auf dem Lande gegeben, in der Regel jedoch keine Künfte. Die auf dem Lande wohnenden horigen Handwerker wohnten nämlich wie die in den Städten wohnenden auf den Fronhöfen, und sie standen daselbst ganz in derselben Weise unter ihrer Herrschaft, wie dieses auch in den Städten der Fall war. Die freien Handwerker aber waren in den großen Marken wie in den Dorfmarken bloße Hinterlassen oder Beisassen, und außerdem noch sehr großen Beschränkungen unterworfen. Man ging nämlich in fast allen Marken von der Ansicht aus, die Gewerbe möglichst zu beschränken. Dies führte nicht nur zu Bann- und Zwangsrechten, sondern auch noch zu anderen großen Beschränkungen, welche die auf dem Lande wohnenden Handwerker verhinderten einen höheren Aufschwung zu nehmen. Man duldete nämlich auf dem Lande nur diejenigen Handwerker, welche für die Landwirthschaft und für das tägliche Bedürfnis durchaus nothwendig waren. Und auch diese waren noch in dem Verlaufe der von ihnen gefertigten Waaren und in der Betreibung ihres Gewerbes selbst in jeglicher Weise beschränkt, indem das Gewerbe nicht ohne Erlaubnis ausgeübt werden durfte, diese aber fast allenthalben nur einer sehr geringen Anzahl von Handwerkern und dazu noch unter sehr erschwerenden Bedingungen ertheilt zu werden pflegte¹⁾. Das Bedürfnis der gegenseitigen Unterstützung führte zwar auch schon in den Marken zu gemeinschaftlichen Ansiedelungen der gleichartigen Handwerker, wie später in den Städten. So siedelten sich z. B. im Rheingau die Hafner oder Mner in Aulhausen, die Köhler aber in Gladbach an, und aus ihren Ansiedelungen sind die erwähnten Ortschaften hervorgegangen²⁾. Allein zur Bildung von Künften haben es die Handwerker auf dem Lande fast nirgends gebracht. Die talentvollen und emporstrebenden Künstler und Handwerker waren demnach genöthiget sich in den Städten niederzulassen. Und

1) Meine Gesch. der Markenverf. p. 118 ff. Meine Gesch. der Dorfverf. I, 144 ff.

2) Bodmann, I, 112 u. 478.

sie haben daselbst nicht wenig zu dem schnellen Emporkommen der Städte und zu ihrer Blüthe beigetragen.

Der Grund warum die Zünfte sich vorzugsweise in den Städten gebildet haben, so daß zuletzt das Gewerbswesen selbst zur städtischen Nahrung gerechnet worden ist, liegt zunächst in dem freien Verkehr und in der damit verbundenen Marktfreiheit, und in dem durch die Freimärkte gesicherten Absatz. In den meisten Marken, in den großen Marken wie in den Dorfmarken, bestand kein freier Verkehr und keine Marktfreiheit. Die mangelnde Gewerbs- und Marktfreiheit hatte sogar zu jenen beschränkenden Verfügungen geführt, wie wir sie in den meisten Marken finden. Daß aber jene Beschränkungen nicht in dem Wesen der Markgenossenschaften selbst ihren Grund hatten, geht zumal aus dem Umstande hervor, daß in denjenigen Marken und Territorien, in welchen wie z. B. im Lande Delbrück freier Verkehr und Marktfreiheit bestanden hat, sich auch Zünfte und Gilden auf dem Lande gebildet haben. Ein anderer Hauptgrund, warum sich die Zünfte in den Städten und nicht auf dem Lande gebildet haben war, wie wir gesehen, das größere Bedürfnis und die größere Leichtigkeit der Eini-gung in den Städten (§. 108, 264 u. 267). Immer war es daher das Bedürfnis, welches entschied. Wo es demnach das Bedürfnis erhob, bildeten sich auch auf dem Lande Gilden und Zünfte.

§. 294.

Ofters wurden nun die in dem städtischen Gebiete oder in der Nähe einer Stadt wohnenden Handwerker zu den betreffenden Zünften in der Stadt gezogen. Die in dem Aachnerreich, d. h. in dem Gebiete der Stadt Aachen wohnenden Handwerker mußten sich in die Zünfte der Stadt aufnehmen lassen und bildeten mit den in der Stadt selbst wohnenden Zunftgenossen eine einzige Zunft¹⁾. Eben so gehörten die in einem Umkreise von vier Meilen um Magdeburg herumwohnenden Hufschmiede zur Innung der Hufschmiede in der Stadt²⁾. In einem Umkreise von drei Meilen um Neu Brandenburg durfte niemand Tuch scheren,

1) Roppius, Aacher Chronik, p. 148.

2) Berlepsh, Chronik der Feuerarbeiter, p. 72.

wer nicht in die Zunft der Tuchscherer aufgenommen war. Die in den umherliegenden Dörfern wohnenden Tuchscherer waren demnach zur Aufnahme in jene Zunft berechtigt und sogar verpflichtet³⁾. Eben so mußten sich die im Dorfe Gersdorf wohnenden Handwerker in die Innungen von Liegnitz aufnehmen lassen, wenn sie daselbst etwas verkaufen wollten⁴⁾. Auch die Dörfer Aeschach, Schödnau und Rickenbach waren vor dem Jahre 1430 in die Stadt Lindau zünftig. Sie hatten daselbst das Bürgerrecht, das Pfarrecht und das Zunftrecht⁵⁾. Die Zunft der Rebleute insbesondere erstreckte sich über das ganze städtische Gebiet. Nur sollten die auf dem Lande wohnenden Zunftgenossen nicht in den Zunftvorstand gewählt werden⁶⁾. In Altbaiern durften sich zwar die Handwerker auf dem Lande in die Zunft einer Stadt oder eines Marktes aufnehmen lassen. Und es waren damit gewisse Vortheile verbunden. Sie mußten es aber nicht thun, wenn sie nicht wollten⁷⁾. Die Handwerker der Vorstadt Au hier in München waren in früheren Zeiten zünftig nach dem Markt Wolfratshausen. Und heute noch ist nicht aller Zusammenhang zwischen den Handwerkern in der Au und Wolfratshausen verschwunden, indem z. B. arme zurückgekommene Meister in Wolfratshausen von jenen in der Au und umgekehrt diese von jenen unterstützt werden müssen. In der Mark Brandenburg hatte das Meilenrecht zu fortwährenden Streitigkeiten der Zünfte mit den benachbarten Dorfmeistern geführt. Dahr wurde in den Jahren 1694 und 1698 verordnet, daß die Dorfmeister sich zu den Zünften jener Städte halten sollten, welche ihnen am nächsten waren, und daß, wenn mehrere Dörfer zwischen zwei Städten lägen, sodann die in jenen Dörfern

3) Urk. von 1335 bei Zimmermann, II, 164. *in tota orbita civitatis adjacente ad trium miliarium spacium pannum vel pannos scindant aliquales nisi habent unionem pannicidarum nostre civitatis.*

4) Urk. von 1277 bei Schöttgen et Kreysig, II, 198. *ibidem communitatem, quae vulgo invnge dicitur, acquirant, et sic deinceps vendendi liberam ibidem habeant facultatem.*

5) Heider, p. 222.

6) Heider, p. 88 u. 639.

7) Bair. Landts- und Policy Ordnung von 1616, IV, tit. 1. art. 11. Mandate von 1788 u. 1798 bei Mayr, Erl. G. V, 162 u. 277.

wohnenden Handwerksmeister unter die beiden Städte getheilt werden sollten⁸⁾. Im Lande Delbrück bildeten alle Handels- und Gewerbsleute mit einander eine einzige Gilde mit einem Gildemeister an der Spitze und mit drei Gild knechten⁹⁾. Auch die in dem herzoglich Zweibrückischen Amte Richtenberg, gleichviel ob in der Stadt Kusel oder in den dazu gehörigen Dörfern wohnenden Metzger, Bäcker und Müller bildeten eine einzige Zunft. Alle sechs Jahre sollten acht Zunftmeister gewählt werden, zwei aus der Stadt Kusel, die übrigen sechs aus den Dörfern, welche die Gerichtsbarkeit in allen Zunftangelegenheiten hatten. Die Zunftmeister und Zunftknechte mußten bei Strafe „alle rugbare oder waffbare „sachen fürbringen“¹⁰⁾, und sich daher jedes Jahr auf dem Zunfttag zu Kusel einfinden, um daselbst nach stattgehabtem Gottesdienst die Zunftangelegenheiten zu ordnen und zu entscheiden und sodann mit den Zunftbrüdern ein fröhliches Mahl („ein jubs“) einzunehmen¹¹⁾. Eine ähnliche Zunft bildeten die Schneider der Grafschaft Hohenzollern¹²⁾. Die alte Grafschaft Rieneck scheint sogar in mehrere Zechen oder Zunftbezirke eingetheilt und jeder Zechen ein Freibot vorgesetzt gewesen zu sein¹³⁾. Eben so soll die alte Grafschaft Wallerstein in Zünfte eingetheilt gewesen sein.

§. 295.

Berühmt sind auch die Ketzler- oder Kaltschmiede Bezirke, welche sich in einigen Theilen von Deutschland bis auf un-

8) Mylius, V, 2. p. 651—654.

9) Delbrücker Landrecht, c. 1 §. 10. bei Wigand, Provinzialr. von Raderborn, III, 88.

10) Waffen schreien oder um Waffen, um Hilfe rufen, um Rache, weh rufen. Vergl. Schmeller, IV, 34. f. Also waffenbare Sachen solche, weshalb um Hilfe oder um Rache gerufen werden durfte, d. h. strafbare Sachen.

11) Vergl. den Zunftbrief von 1587 im Anhang Nr. II.

12) Schneiderordnung der Grafschaft Hohenzollern von 1593 bei Rone, XIII, 313—317.

13) Weisthum von 1380 bei Gr. III, 522. „were es, das eyn fryman hin- „wed zuge aber fure vß der zechen, dar inne er geseßen were, wo „aber welchen ort er hin püge aber füre, so soll der frybotte, der „uber die zechen gesezt were, demselben nach volgen.“ —

tere Tage erhalten haben. Die alten Herzogthümer Franken und Schwaben waren nämlich nach den verschiedenen Provinzen in Keßlerbezirke eingetheilt. So gab es denn einen rheinischen Keßlerbezirk, soann einen elsassischen, einen fränkischen, einen bairsborsischen, einen oberpfälzischen, einen schwäbischen und wahrscheinlich auch einen allemannischen Keßlerbezirk. Ludwig der Vater fügte, offenbar nach einem alten Herkommen¹⁾, noch einen Oberbairischen Bezirk bei, zu dessen Vorstand er den Kaltschmied Ulrich, einen Bürger von München ernannte. Sämmtliche in einem solchen Bezirk angesessenen Keßler oder Kaltschmiede bildeten militärisch organisirte Zünfte, welche als Dienstmannschaften die Städte zu schützen und zu vertheidigen und im Felde die Geschütze zu bedienen hatten. Die Keßler oder Kaltschmiede eines jeden Bezirks standen unter ihrem Dienstherrn, entweder unter dem mit der Schirmgewalt und dem Richteramte über die Keßler belehnten Herren oder direct unter dem Pfalzgrafen. Sie hatten das Privilegium, daß niemand ohne ihre Einwilligung dasselbe Handwerk in ihrem Bezirk ausüben oder mit dergleichen Waaren Handel treiben durfte. Sie waren übrigens wie andere Zünfte eingerichtet, hatten eigene Gerichtsbarkeit und hielten zu dem Ende regelmäßige Versammlungen, in welchen die Zunftangelegenheiten verhandelt und entschieden wurden. Die Keßler- oder Kaltschmieds-Handwerkstage zu Alzei sind berühmt. Sie haben sich bis auf unsere Tage erhalten. Winder berühmt war der Keßlertag zu Würzburg und der St. Urbanstag zu Amberg. Die Keßler in Schwaben scheinen keinen bestimmten Versammlungstag und Versammlungsort gehabt zu haben. Denn nach dem Keßlerbriefe von 1495 sollten sie ihren „Tag legen, wohin sie wollten“²⁾. Die Kaltschmiede von Oberbayern

1) Urk. von 1345 bei Bergmann, Gesch. von München, II, 96. „Sye „(die Kaltschmidte) sollen unns unnd der Kayserin — thuen die Dienß, die sye unns von alterher gethan haben.“ —

2) Kremer, Gesch. des Rheinischen Franzien, p. 158—209 u. 402—418. Wibber, III, 10. Freiheitsbriefe von 1444, 1461, 1472 u. 1477 bei Rone, Zeitschr. für Gesch. des Oberrheins, II, 5—10. Keßlerbriefe von 1495 u. 1659 bei von Hormayr, Taschenbuch von 1844, p. 127—134.

aber hatten ihren Versammlungsort in München. Diese Ketzergesellschaften mit eigenen größeren Bezirken findet man zwar bloß in der Pfalz am Rhein und in der Oberpfalz, in den Fürstenthümern Würzburg und Ansbach, sodann in Schwaben und im Elsaß, und seit Ludwig dem Baier auch in Oberbaiern, also in den alten Herzogthümern Franken, Schwaben und Baiern. Da dieselben jedoch mit dem Herzogthum selbst zusammenhängen, so haben sie wahrscheinlicher Weise in früheren Zeiten in allen alten Herzogthümern bestanden.

§. 296.

Aus einem besonderen Bedürfnisse sind auch die Fischerzünfte und die Schiffleutezünfte am Rhein, am Neckar, an der Murg, Tauber u. a. m. und wahrscheinlich auch die Bruderschaft der Trompeter, Pfeifer, Lautenschläger und Spielleute in Württemberg, Sachsen u. a. m. hervorgegangen. Wegen der reichen Fischerei im Rhein und im Neckar und in den Nebenflüssen haben sich nämlich in vielen Ortschaften daselbst seit dem 14. und 15. Jahrhundert eigene Fischerzünfte gebildet, nicht bloß in den Städten Basel, Straßburg, Germersheim, Speier, Worms, Heidelberg und Wertheim, sondern auch in den Dörfern Auenheim bei Retsch, Neckarhausen, Seckenheim, Ilbesheim, Feudenheim, Sondernheim, Altripp, Oggersheim, Roxheim, Hamm u. a. m.¹⁾ Eigene theils von den Zünften gewählte theils von der Herrschaft ernannte Beamte, welche man Rheingrafen und Neckargrafen zu nennen pflegte, hatten die Aufsicht über die Fischerei in jenen Flüssen. Die genossenschaftlichen Rhein- und Neckargrafen wurden in früheren Zeiten von jeder Fischerzunft aus ihrer eigenen Mitte gewählt, z. B. in Heidelberg zwei Neckargrafen. Die herrschaftlichen Rhein- und Neckargrafen dagegen pflegten aus den Zolleinnehmern, Zollschreibern und aus anderen Finanzbeamten, öfters sogar, wegen des Zusammenhangs der Fischerei mit dem Vogelfang, aus den Wald- und Jagdaufsehern genommen und von der Herrschaft ernannt zu werden. Im Laufe des 18. Jahrhunderts sind jedoch die genossenschaftlichen Grafen allenthalben ver-

1) Mone, Zeitschr. IV, 68, 69, 73, 81, 91 u. 97.

schwunden und nur noch die herrschaftlichen Rhein- und Neckargrafen geblieben, welche aber nun aus den Fischerzünften genommen zu werden pflegten, was wie bemerkt früherhin nicht der Fall war²⁾. Diese Rhein- und Neckargrafen waren nun die Aufseher über die gesammte Fischerei. Sie hatten insbesondere die Zuwiderhandlungen gegen die Fischereiordnungen zu constatiren und sodann auf den von Zeit zu Zeit gehaltenen Rügetagen, auf den sogenannten Rheinrügen und Neckarrügen vorzubringen und zu rügen, was jedoch die Pflicht der übrigen Fischer nicht ausschloß, die zu ihrer Kenntniß gelangten Zuwiderhandlungen gleichfalls zu rügen³⁾. Diese sehr praktische Einrichtung hat bis zum Jahre 1802 bestanden. Dann ist aber mit der schönen Pfalzgrafschaft am Rhein und mit so vielem Anderen auch dieses alt ehrwürdige Institut der Rhein- und Neckargrafen verschwunden⁴⁾. Dasselbe Schicksal hatte auch die Zunft- oder Bruderschaft sämmtlicher Schiffleute des Neckarthales.

Wie die Fischer so bildeten nämlich auch die Schiffer in vielen an schiffbaren Flüssen gelegenen Städten eigene Zünfte oder Bruderschaften. Und sämmtliche Zünfte eines Flußthales traten wieder zu einer großen Fischerzunft zusammen. Urkundenmäßig kenne ich zwar nur eine solche größere Fischerzunft, die Zunft oder Bruderschaft sämmtlicher Schiffleute und Hümpler (Pfuscher oder Stümper) des Neckarthales. Sehr wahrscheinlich haben aber auch die Schiffer des Rheinthales und die Schifferzünfte anderer Flußthäler ähnliche Genossenschaften gebildet. Ueber die Bruderschaft sämmtlicher Schiffleute und Hümpler des Neckarthales existirt eine äußerst merkwürdige Zunft- oder Bruderschaftsordnung vom Jahre 1728⁵⁾. Nach ihr sollten zwei von den Schiffleuten und Hümplern verordnete Brudermeister, einer in Mannheim und der andere in Mosbach, an der Spitze der Bruderschaft und an ihrer Seite sechs ehrliche und betagte Schiffleute oder Hümpler als Richter stehen, welche die Angele-

2) Mone, IV, 70, 71, 73 u. 88.

3) Mone, p. 71, 87, 88 u. 91.

4) Mone, p. 70 u. 71.

5) Janson, Materialien, kurpfälz. Verordn. I, 311—315.

genheiten der Bruderschaft zu besorgen und die Zuwiderhandlungen gegen die Ordnung und gegen das Gebot und Verbot der Bruderschaft zu rügen und zu bestrafen hatten. Zu den Angelegenheiten der Genossenschaft gehörte insbesondere auch die Güterfracht, für welche eine eigene Tarordnung bestand, dann die Unterhaltung der Wege an und in dem Neckar, die Erhebung und Verrechnung der Beiträge der Bruderschaftsgenossen, der Geldstrafen und des Steuer-geldes. Auch die Bruderschaftsgenossen waren bei Strafe verpflichtet alle Zuwiderhandlungen, welche ihnen bekannt waren, zu rügen. Jedes Jahr sollte ein Brudertag zu Heidelberg auf der Schiffs-leutezunft- oder auf dem Amthause gehalten werden, bei welchem alle Zunftgenossen bei Strafe erscheinen mußten. Die Oberaufsicht über den Neckarstrom und über sämtliche Neckarschiffer hatte ein landesherrlicher Beamter, der Landtschreiber in Heidelberg, der in seiner Eigenschaft als Neckargraf auch den Brudertagen und der Rechnungsablage beiwohnen sollte.

Die Musiker Württembergs aber traten in der Mitte des 15. Jahrhunderts zu einer Bruderschaft zusammen, welche im Jahre 1458 von dem Grafen Ulrich bestätigt worden ist. Sie wählten aus ihrer Mitte einen Meister zu ihrem Oberen oder Vorgänger und setzten ihm einen Vorstand von zwölf Mitgliedern an die Seite, welcher die unter den Brüdern entstandenen Irrungen entscheiden sollte. Und jedes Jahr feierten sie zu Stuttgart ihren Tag zu Ehren der Jungfrau Maria, welche ihr Schutzpatron war⁶⁾. Eine ähnliche Verbindung hatten die Trompeter und Heerpauker in Sachsen. Ihre Bruderschaft hatte das ausschließliche Vorrecht bei Bürger- und Bauernhochzeiten, bei Kindtaufen und anderen Gelagen („bei Lobetänzen und dergleichen Convivien“) dann bei Jahrmärkten und Kirchmessen mit Trompeten und Heerpauken zu musciren. Und eine ganze Reihe von „wider das un-“, „befugte Trompetenblasen“ bis ins 17. und 18. Jahrhundert erlassenen Mandaten suchte sie gegen die Gewerbsbeeinträchtigungen der Stadthürmer, der Stadtpfeifer, der Comödianten und Gaukler (gegen den „unverantwortlichen Mißbrauch der Trompeten“) zu

6) Sattler, Gesch. der Grafen, V, 126 u. 126. und die Urk. von 1458, eod. p. 316.

schützen⁷⁾. Auch das Königreich der fahrenden Leute im Elsaß, an dessen Spitze ein Pfeiferkönig stand, hat aus einer solchen Bruderschaft, eigentlich aus drei verschiedenen Bruderschaften bestanden, welche bis zum Anfang dieses Jahrhunderts jedes Jahr ihre Pfeifertage gehalten haben⁸⁾.

Aus einer großartigen Idee endlich ist der Gesamtverein aller deutschen Maurer und Steinmeger hervorgegangen. Die Zeit seiner Größe und seiner Hauptwirksamkeit fällt zusammen mit der Größe des deutschen Reichs. Mit dem Reiche zerfiel aber auch dieser großartige Verein.

6. Deutsche Zünfte im Auslande.

§. 297.

Von den Zünften in Deutschland verschieden sind die deutschen Innungen und Zünfte im Ausland, deren Geschichte noch völlig im Dunkeln liegt. Dasselbe Bedürfnis nämlich, welches zu den Niederlassungen der deutschen Kaufleute im Ausland und zu kaufmännischen Genossenschaften geführt hat, dasselbe Bedürfnis hat auch zur Niederlassung deutscher Handwerker und zur Bildung deutscher Zünfte im Ausland geführt. Das deutsche Gewerbswesen hatte im Mittelalter eine hohe Stufe der Vollkommenheit erreicht. Mit dem deutschen Handel hat demnach auch das mit diesem zusammenhängende Gewerbswesen eine weite Verbreitung im Ausland erlangt. Denn nichts war natürlicher, als daß an allen jenen Orten, welche Sitze des deutschen Handels im Ausland geworden waren, sich auch deutsche Handwerker niederließen und, um sich gegen die Mißgunst der Einheimischen zu schützen, ähnliche gewerbliche Genossenschaften bildeten, wie es auch die Kaufleute gethan hatten. Solche Handwerksgenossenschaften findet man namentlich in Italien, z. B. in Florenz, Lucca und Pisa. Eben so in Frankreich, z. B. in der Languedoc und wahrscheinlich auch in London und im Norden Europas an allen jenen Orten, wo wir Niederlassungen deutscher Kaufleute und deutsches Städtewesen finden. Sehr merkwürdig ist in dieser Beziehung eine deutsche Urkunde von 1344, welche sich im Archive zu Pisa befindet. Es ist ein

7) von Weber, aus vier Jahrhunderten Mittheilungen, II, 447—449.

8) Fortel, II, 752. Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 406 u. 407.

Schreiben der deutschen Schusterzunft in Lucca an die deutsche Schusterzunft in Florenz mit der Bitte zum Gottesdienst der Bruderschaft in Pisa ein Scherlein zu spenden. Und es geht daraus hervor, daß diese Schusterzunft eine ähnliche Einrichtung hatte, wie die Zünfte in Deutschland. Die Zunftgenossen waren zur gegenseitigen Unterstützung und zur Abhaltung von Seelenmessen verpflichtet. Und wie in Deutschland, so stand auch dort ein Heiliger als Schutzpatron an der Spitze in Lucca und in Florenz Unsere liebe Frau ¹⁾. Mit den Handelsniederlassungen sind jedoch auch die deutschen Handwerks-Niederlassungen und Zünfte wieder verschwunden. Es wäre indessen interessant ihre Geschichte genauer zu untersuchen und zu beschreiben.

c) Judengemeinden.

§. 298.

Die Juden waren schon vor der Zerstörung Jerusalems über das Römische Reich verbreitet. Seit der Zerstörung Jerusalems waren sie aber über das ganze Römische Reich zerstreut. Sie hielten allenthalben zusammen. Und fester als alle Anderen hielten sie an ihren religiösen und anderen Gebräuchen. Durch dieses feste Zusammenhalten und durch ihre Menge übten sie öfters einen, wenn auch nicht gerade wohlthätigen Einfluß auf die Volksversammlungen und setzten allenthalben die freie Ausübung ihrer Satzungen durch ¹⁾. Ihre Hauptbeschäftigung war schon damals der Handel. Die sehr bedeutende jährliche Ausfuhr von Gold für jüdische Rechnung aus Italien und aus den Provinzen nach Jerusalem führte bereits zu Beschwerden und zur Einschreitung des Römischen Senates ²⁾. Zumal war es aber der Kleinhandel oder der Schacher der sie beschäftigte ³⁾. Eine Folge ihres Zusammenhaltens waren die vielen Judengemeinden in allen Theilen des Römischen

1) Urf. von 1344 in Beilage zur allg. Zeitung vom 27. Juni 1858, Nr. 178, p. 2886 u. 87.

1) Dio Cassius, 37, c. 17. Cicero, pro Flacco, c. 28.

2) Cicero, pro Flacco, c. 28.

3) L. 18. C. Th. de naviculariis (XIII, 5.) vilibus commerciis occupati.

Reiches. Jene in Alexandrien war so zahlreich, daß sie allein von den fünf Regionen der Stadt zwei bewohnte⁴⁾. Jede Jubengemeinde bildete eine selbständige Korporation (*Judaeorum corpus ac Samaritanorum*⁵⁾ oder *universitas judaeorum*⁶⁾. Die Vorsteher, welche die Angelegenheiten der Gemeinde zu besorgen und auch Gerichtsbarkeit hatten, hießen *maiores judaeorum*, *seniores judaeorum*, *primates judaeorum* oder *proceres*⁷⁾, in Alexandrien, *Ethnarchen*⁸⁾ und in den übrigen griechischen Städten *Archonten* oder *Proteuonten*⁹⁾. Die Juden mußten zwar im Ganzen nach Römischem Recht leben und sie standen in dieser Beziehung unter den römischen Richtern. Bei Streitigkeiten unter sich, so wie bei allen inneren Angelegenheiten, insbesondere wenn diese mit der Religion zusammenhingen, durften sie sich jedoch ihrer nationalen Gesetze bedienen¹⁰⁾.

Eben so blieb es unter der germanischen Herrschaft bei den Ost- und Westgothen. Die Gemeinde Ältesten (*religionis suae majores*) besorgten die Angelegenheiten der Jubengemeinde. Und bei Allem was mit dem Religionswesen zusammenhing, so wie bei Streitigkeiten unter sich lebten die Juden wie unter der römischen Herrschaft nach ihrem nationalen Rechte. (*Hebraeis legibus*)¹¹⁾. Es ist daher möglich und sogar wahrscheinlich, daß die Jubengemeinden in den ehemaligen Römerprovinzen bis zur römischen Herrschaft hinaufreichen. In Deutschland, Köln und andere ehemals römische Städte ausgenommen, ist dem jedoch nicht so. Denn hier

4) Joseph, contra Apion. II, 8—5.

5) L. 18. C. Th. de naviculariis (XIII, 5.) an. 390.

6) L. 1. C. Just. de judaeis (I, 9.) an. 214.

7) L. 1, 8, 10, 23 u. 29. C. Th. de judaeis (XVI, 8.) an. 315, 392, 396, 416 u. 429. L. 1, 15 u. 17. C. Just. de judaeis (I, 9.) an. 315, 418 u. 429.

8) Joseph. antiquit. Jud. XIV, 7, 2, XIV, 10 und bell. Jud. XVIII, 7.

9) Chrysostomus, serm. 27. de nativitate Joannis Baptistae, — ἀρχοντας. — Socrates, VII, c. 13. Τοὺς Ἰουδαίων πρωτεύοντας.

10) L. 10. C. Th., de jurisdict. (II, 1.) ann. 398 und Gothofred. daselbst. L. 18. C. Th. de judaeis (XVI, 8.) an. 397. L. 7 u. 8. C. Just. de judaeis (I, 9.) an. 393 u. 398.

11) Interpretat. ad L. 10 C. Th. de jurisdict. (II, 1.) Vergl. Cassiodor, IV, 33.

haben sich die Juden erst seit der germanischen Herrschaft angesiedelt. In Deutschland haben sich die Judengemeinden vielmehr ganz in derselben Weise gebildet, wie die Zünfte und wie die übrigen Gemeinden, welche aus Ansiedelungen der Handels- und Gewerbsleute und der verschiedenen Nationalitäten hervorgegangen sind (§. 179—182, 242—247 u. 259).

Die Juden bedurften nämlich als Fremde eines Schutzherrn. Sie standen daher, wie andere Fremde und wie alle nicht vollfreien Leute, wenn sie keinen besonderen Schutzherrn hatten, unter dem unmittelbaren Schutze des Königs und unter dem Königsfrieden. Sie erfreuten sich aber dieses Königsschutzes um so mehr, als sie von je her zu den Kaufleuten gerechnet worden sind und daher schon in dieser Eigenschaft seit Karl dem Großen unter unmittelbarem Königsschutz und unter dem Königsfrieden gestanden haben müssen ¹²⁾. Der Judenschutz wurde als Königsfrieden in den Formen des Königsbannes ausgeübt und ging daher später mit diesem auf die Landesherrn über, z. B. in Magdeburg schon im 10. Jahrhundert ¹³⁾, in Wiener Neustadt ^{13a)} und in Prag ¹⁴⁾. Auch ist der Grundsatz, daß die Juden unter dem unmittelbaren Schutze des Königs und unter dem Königsfrieden und Königsbann stehen, schon in die Landfrieden ¹⁵⁾ und in die Rechtsbücher übergegangen ¹⁶⁾.

Ein Regal war jedoch jener Judenschutz damals noch nicht.

12) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 100. Vergl. oben §. 86 u. 88.

13) Urf. von 965 bei Rathmann, I, 382. *Et ne judaei, vel caeteri ibi manentes negotiatores ullam aliunde, nisi ab illo, qui eidem ecclesiae praesuerit, districtiois aut disciplinae sententiam.* — Urf. von 973, eod. p. 383. *bannum nisi advocatus — et negotiatores vel judaei inhabitantes — a nullo alio nisi eodem advocato.* — Schöffensbrief von 1304 §. 118 bei L. u. St. p. 473.

13a) Stadtr. aus 13. sec. c. 109. *Pacem nostram eis mandamus firmiter.* —

14) Rechtsbuch §. 206.

15) Landfrieden von 1108 bei Pertz, IV, 60. — *pacem ecclesiis, clericis, monachis, laicis, mercatoribus, mulieribus ne vi rapiantur, judeis.* Die Juden stehen hier auf gleicher Linie mit den Geistlichen, Frauen und Kaufleuten unter dem Königsschutz.

16) Sächs. Kr. II, 66 §. 1, III, 2 u. 7 §. 3. Schwäb. Kr. c. W. 205 u. 214. Ruprecht von Freising, I, 172.

Auch wurde noch kein Schutzzeld von den Juden erhoben. Da nämlich der besondere Königschutz nur dann eintrat, wenn kein anderer Schutzherr vorhanden, die Unterwerfung unter einen besonderen Schutzherrn aber bei den Juden nicht ausgeschlossen war, so konnte der Judenschutz noch kein Regal sein. In der That findet man auch frühe schon Juden, zumal in geistlichen Herrschaften, welche einen besonderen Schutzherrn gehabt haben. So hatte sich z. B. in Würzburg schon im 12. Jahrhundert ein Jude in den Schutz einer geistlichen Stiftung begeben¹⁷⁾. In Quedlinburg standen die Juden wie die anderen Mancipien der Kirche unter dem Schutze der Aebtissin¹⁸⁾. Dasselbe war in mehreren geistlichen Grundherrschaften in Baiern der Fall¹⁹⁾. Wann nun und wie die Regalität des Judenschutzes entstanden ist, liegt bis jetzt völlig im Dunkeln. Stobbe leitet dieselbe aus dem römischen Rechte und aus den auf die Deutschen Kaiser übergegangenen Rechten der römischen Cäsaren ab²⁰⁾, wogegen sich jedoch schon Konrad Maurer erklärt hat²¹⁾. Eichhorn^{21a)} und Stenzel²²⁾ setzen die Entstehung der Regalität des Judenschutzes ins 11. Jahrhundert, in die Zeiten Heinrichs IV. Eben so Stobbe u. a. m. Jedenfalls findet sich vorher keine Spur weder von einer Regalität des Judenschutzes noch von einer Hörigkeit der Juden und von einer Verpflichtung zur Entrichtung einer besonderen Steuer an die Königl. Kammer. Die Hörigkeit der Juden hängt, wie es mir scheint, mit der im 11. und 12. Jahrhundert erfolgten Umgestaltung

17) Urf. von 1184 bei Lang, regist. I, 327. *Judaens, nomine Vivis, spe defensionis et gratiae eidem collegio offert domum suam in censum.*

18) Urf. von 1272 bei Kettner, antiquit. Quedlinburg. p. 309. *Cum judaeorum commorantium in civitate nostra ad Quedlingburg sicut aliorum mancipiorum ecclesiae nostrae ad Nos pertineat protectio et tutela.*

19) Urf. aus 14. sec. in Mon. B. XII, 452. Urf. von 1257, eod. XIII, 87.

20) Stobbe, die Juden in Deutschland.

21) In der Kritischen Vierteljahresschrift von Veffler und Böhl. München 1867. p. 564 ff.

21a) Rechtsgesch. II, 421. Not. c.

22) Geschichte Deutschlands unter den Fränkischen Kaisern, I, 565 u. 566.

des Vogteiwesens zusammen, wonach alle diejenigen, welche unter einer Vogtei standen, Vogteihörige geworden und nun wie andere hörige Leute behandelt worden sind, von welcher Regel nicht einmal die Geistlichen ausgenommen waren ²³⁾. Die Hörigkeit der Juden mußte aber um so drückender für sie werden, da sie als Fremde und als nicht Christen weder als Sachsen noch als Baiern, Franken oder Schwaben betrachtet werden konnten, vielmehr dem gemeinen Kaiserrecht unterworfen waren, und daher aller der besonderen Rechte entbehrten, welcher sich die Sachsen, Baiern, Franken und Schwaben erfreuten ²⁴⁾. Da nun die meisten Juden keinen besonderen Schutzherrn hatten, sich also im unmittelbaren Schutze des Königs befanden, dieser unmittelbare Schutz aber seit dem 11. und 12. Jahrhundert immer nothwendiger wurde und von den Juden selbst gesucht worden ist, sientemal sie gegen die seit den Kreuzzügen immer häufiger werdenden fanatischen Verfolgungen der Christen nur noch von den Königen geschützt zu werden pflegten, so gewöhnte man sich daran den faktischen Zustand für einen rechtlichen zu halten, den Judenschutz selbst also als ein Regal zu betrachten. Und es ist sodann der Grundsatz der Regalität auch in die Reichsgesetzgebung übergegangen ²⁵⁾. Auf diese Weise ist denn die Vogtei über alle Juden im Reich (*advocatia judaeorum*) an den Kaiser gekommen ²⁶⁾. Der Kaiser war nun ihr Schutz- und Schirmherr ²⁷⁾ und die Juden waren seine Schutzhörigen und hießen wegen des an die Kaiserliche Kammer zu ent-

23) Meine Gesch. der Fronhöfe, IV, 365—369.

24) Glosse zum Sächs. Kr. III, 7. — „Das sich die Juden der gemeinen „Kaiserrecht zu gebrauchen haben sollen. — Weil aber vnser Recht sagt, das ein jeglich einkommen man Sächsisch Recht haben sol, er sey „ein Beyer, Frand oder Schwabe zc. so möchstu vielleicht bedenken, das „ob auch ein Jude in das land zu Sachsen keme, so möchte er sich „auch der Sächsischen Recht gebrauchen. — Hiezu sagen wir, daß das „Recht allein von den Christen redet, so einkömlinge sind, und nicht von Juden.“

25) Vergl. Eichhorn, Deutsch. Priv. R. §. 80.

26) Urf. von 1317 bei Steinen, I, 468.

27) Limburger Chronik, p. 111. „Daß ein römischer Kayser und König „ihr (der Juden) Herr ist.“ Urf. von 1544 bei Senckenberg, sel. jur. I, 680. — „Herr und Beschirmer.“ —

richtenden Schutzelbes Kaiserliche Kammernechte (*servi camerae*) z. B. in Wien ²⁸⁾, in Frankfurt a. M. ²⁹⁾, in Hagenau ³⁰⁾, in Friedberg, Wehlar, Gelnhausen ^{30a)}, in Speier ^{30b)}, in Mainz ^{30c)} u. a. m. Und statt des Kaisers und Königs sollte der Reichskanzler sie schützen und schirmen ³¹⁾, wofür er den Zehnten von allen aus ganz Deutschland an die kaiserliche Kammer eingehenden Judensteuern erhielt ³²⁾.

Durch die Regalität des Judenschutzes ist nun die Ansiedelung der Juden in den Städten vielfach verändert und erschwert worden. Früher konnten sie sich in jeder Stadt niederlassen, in welcher ihnen der König oder ein anderer Grundherr oder die Stadt selbst den nöthigen Raum zur Niederlassung abgetreten hatte. So ließen sich die Juden in Worms auf kaiserlichem Grund und Boden nieder. Denn die Juden durften daselbst kein Grundeigenthum erwerben. Die Judengasse selbst aber, in welcher sie beisammen wohnten, war bis auf Kaiser Karl IV. Eigenthum des Kaisers ³³⁾. In Speier wies ihnen der Bischof das für ihre Ansiedelung nöthige Land an ³⁴⁾. In Quedlinburg und Würzburg aber waren sie Schutzhörige der geistlichen Grundherrschaft oder einer anderen geistlichen Stiftung. Und allenthalben waren sie die Hinterlassen des Königs oder derjenigen Grundherrschaft oder der Stadt selbst, auf deren Grund und Boden sie sich angesiedelt hatten, wie dieses auch bei den Niederlassungen der Künstler und Handwerker und der verschiedenen Nationalitäten der Fall war. Durch die Regalität des Judenschutzes hat sich nun aber dies Alles geändert. Denn nun waren die Juden sammt und sonders Hörige des Königs oder desjenigen Landes- oder Grund-

28) Urf. von 1238 bei von Hormayr, Wien, I, 2. Urth. p. 32.

29) Urf. von 1246 bei Boehmer, Frkf. Urth. I, 76.

30) Urf. von 1262 bei Schoepflin, I, 441.

30a) Urf. von 1265 bei Boehmer, a. a. O. I, 184 u. 185.

30b) Urf. von 1317 bei Guden III, 153.

30c) Urf. von 1286 bei Schaab, Gesch. der Juden zu Mainz, p. 59.

31) Schwäb. Landr. W. c. 106. Sächs. c. 125. Ruprecht von Freising, I, 87. Das Sächs. Er. III, 55. weiß hievon noch nichts.

32) Urf. von 1309 und 1314. bei Guden, III, 56 u. 106.

33) Moriz, II, 88, 85 u. 86.

34) Urf. von 1024 bei Remling, Urkundenbuch von Speier, p. 58.

herru geworden, welchem der König den Judenschutz übertragen, oder wie in Köln zu Lehen gegeben hatte³⁶⁾. Die Aufnahme eines Juden konnte demnach nur noch von dem König selbst oder von denjenigen geschehen, welchen das Regal entweder allein oder mit den übrigen Regalien übertragen worden war, wie dieses auch die späteren Reichsgesetze noch vorschreiben³⁶⁾. In manchen Städten war die Aufnahme von Juden nur mit Zustimmung der Judengemeinde erlaubt, z. B. in Freiburg³⁷⁾. Da nun die Landesherren und die Kaiser selbst meistens kein Grundeigenthum mehr in den Städten besaßen, so waren sie zwar zur Judenaufnahme berechtigt, sie konnten jedoch wegen mangelnden Grund und Bodens zu solchen Niederlassungen keinen Gebrauch mehr von ihrem Rechte machen, was denn die Niederlassungen selbst gar sehr erschwert hat. Zur Erleichterung der Ansiedelungen der Juden gestattete man daher auch den Städten die Aufnahme von Juden ins Schutzbürgerrecht (§. 236). Die Städte Speier³⁸⁾, Frankfurt³⁹⁾, Basel⁴⁰⁾ u. a. m. erhielten dieses Recht von dem Kaiser, Stendal aber⁴¹⁾ Amberg⁴²⁾, Hörter⁴³⁾ u. a. m. von ihrem Landesherren. Anderwärts übertrug man den Judenschutz selbst und mit ihm das Recht der Judenaufnahme und der Judensteuer auf die Städte, z. B. auf die Stadt Augsburg⁴⁴⁾, auf Schwäbisch Hall⁴⁵⁾ u. s. w. Diefers

36) Schiedsspruch von 1258 Nr. 52 bei Lacomblet, II, 247. Tenet ipsos judeos in feodo ab imperio. —

36) Reichspolizeiordnung von 1548, tit. 20. „Daß niemand Juden anzunehmen oder zu halten gestattet werden soll, dann denjenigen, die von Uns und dem Heiligen Reich Regalia haben, oder insonderheit dertalben privilegiert seynd.“ In der goldenen Bulle (cap. 9.) hatten bereits die Kurfürsten das Recht Juden aufzunehmen erhalten. Vergl. noch Reichspolizeiordnung von 1577, tit. 20 §. 1.

37) Urf. von 1338 bei Schreiber, I, 338.

38) Urf. von 1347 bei Lehmann, p. 699.

39) Urf. von 1363 bei Böhmer, p. 685.

40) Urf. von 1385 und 1390 bei Ochs, II, 322 u. 323.

41) Urf. von 1351 bei Gerden, vet. march. I, 103.

42) Urf. von 1347 bei von Löwenthal, Geschichte von Amberg, II, 14.

43) Wigand, Nord Gesch. I, 334.

44) von Etten, Gesch. von Augsburg, I, 76. an. 1270. Urf. von 1398

wurde nur die Judensteuer an die Stadt abgetreten oder verpfändet, z. B. in Frankfurt ⁴⁶⁾, in Nürnberg ⁴⁷⁾, in Worms ⁴⁸⁾ u. a. m., und dadurch derselbe Zweck erreicht. Denn mit dem Rechte die Juden zu schützen war allzeit auch das Recht sie zu besteuern, und umgekehrt mit dem Besteuerungsrechte auch das Recht des Judenschutzes und der Judenaufnahme verbunden ⁴⁹⁾. Auf die eine oder die andere Weise erhielten nun nach und nach sehr viele Städte das Recht Juden aufnehmen zu dürfen, z. B. Zürich ⁵⁰⁾, Berlin ⁵¹⁾ u. a. m. Durch die Aufnahme der Juden in den städtischen Verband wurden nun diese auch Schutzverwandte der Stadt (§. 236 u. 239) und mußten daher auch an sie ein Schutzgeld entrichten. Wenn nun die Juden, wie dieses öfters der Fall war, auch noch im Schutze des Landesherrn oder Kaisers, also nach wie vor landesherrliche oder kaiserliche Kammerknechte blieben und daher das hergebrachte Schutzgeld, z. B. in Stendal ⁵²⁾, Mittenwalde ⁵³⁾, Prenzlau ⁵⁴⁾ u. a. m. an den Landesherrn entrichteten, so mußten sie sodann ein doppeltes Schutzgeld bezahlen, eines an die Stadt und ein anderes an den Landesherrn oder an den Kaiser, z. B. in Ulm ⁵⁵⁾, in Frankfurt ⁵⁶⁾, in Köln ⁵⁷⁾, in Regensburg ^{57a)} u. a. m., oder die Abgaben der Juden wurden von

bei Stetten, Gesch. der Geschl. p. 379. Chronik von Augsburg, II, 372 f.

45) Stadtordnung von 1340 bei Königsthal, I, 2 p. 6.

46) Urf. von 1349 bei Senckenberg, sel. jur. I, 634 ff. Kriegt, Bürgerzwiste, p. 419, 434 ff.

47) Urf. von 1347 in Hist. dipl. Norimberg. p. 325.

48) Urf. von 1315 u. 1316 bei Moriz, II, 183—185.

49) Mehrere Beispiele bei Dohs, II, 322 u. 323. Heusler, p. 261, 262 u. 273.

50) Bluntschli, I, 150. Not.

51) Fidein, II, 20, III, 134, 169 u. 171.

52) Urf. von 1229 und 1351 bei Gerden, vet. march. I, 49 u. 103.

53) Urf. von 1356 bei Gerden, cod. dipl. Brand. VI, 531.

54) Urf. von 1355 bei Gerden, cod. dipl. Brand. VI, 512.

55) Jäger, Ulm, p. 404.

56) Kriegt, Bürgerzwiste, p. 434.

57) Ennen, Gesch. I, 474.

57a) Gemeiner, Chron. I, 328.

der Stadt und dem Landesherrn getheilt z. B. in Amberg⁵⁸⁾. In einigen Städten blieben die Juden bis auf unsere Tage unter Kaiserlichem Schutze. Und in diesen Städten hatte der Stadtrath, wenn ihm das Recht des Judenschutzes übertragen worden war, dieses Recht im Namen des Reiches auszuüben („des Reichs Kammerknechte aufzunehmen, von des Reichs wegen zu versprechen, zu schützen und zu schirmen“)⁵⁹⁾. Als Kaiserliche Kammerknechte mußten daher die Juden bei den Kaiserkrönungen dem Kaiser oder statt dessen dem Reichskanzler huldigen, wie dieses noch im Jahre 1790 bei der Krönung Kaiser Leopolds in Frankfurt der Fall war⁶⁰⁾.

§. 299.

Die Juden waren demnach Schutzhörige oder Schutzverwandte, also persönlich freie Leute. Ihre spätere drückende nahe an Leibeigenschaft grenzende Lage mit den willkürlichen Verfügungen über ihr Vermögen datirt erst aus späteren Zeiten, als bereits die Judenverfolgungen begonnen hatten und die Hörigkeit in allen Städten für die Christen verschwunden, für die Juden aber geblieben war. Als hörige also persönlich freie Leute hatten nun auch die Juden das Recht der Einigung. Daher konnten sich in allen Städten, in welchen sie in gehöriger Anzahl vorhanden waren, Judengemeinden bilden, in Köln wie in Trier, Mainz, Frankfurt, Worms, Speier, Ulm, Augsburg, Regensburg, Wien, Prag u. a. m. Die Judengemeinden sind wahre Genossenschaften gewesen. Sie wurden daher *universitas judaeorum*¹⁾, die *Gemain der Juden*²⁾ oder die *Judenschaft* (*Jüdischheit*³⁾, *Judscheit*⁴⁾, *Judischait* u. s. w.)⁵⁾ und die Mitglieder

58) Urf. von 1347 bei von Löwenthal, II, 14.

59) Mehrere Urf. bei Ochs, II, 822. Heusler, p. 261.

60) Ritter von Lang, Memoiren, I, 218. Vergl. oben Note 31.

1) Urf. von 1169 bei Lacomblet, I, 308. Urf. von 1288 bei Böhmer, p. 240.

2) Urf. von 1298 bei von Stetten, Gesch. der Augsburg. Geschl. p. 378 u. 379.

3) Jäger, Ulm, p. 398.

4) Urf. von 1812 bei Schannat, hist. Worm. II, 161.

5) Urf. von 1434 in Mon. Boic. XIV, 290.

Genossen (pares) genannt⁶⁾. Und wie andere Genossenschaften durften auch sie ihre inneren Angelegenheiten selbst ordnen und besorgen und unter sich nach nationalem Recht leben, z. B. in Wien⁷⁾, in Worms⁸⁾, in Mainz⁹⁾, in Augsburg¹⁰⁾, in Köln¹¹⁾ u. a. m., insbesondere auch in Speier (secundum legem suam iusticiam faciat). Daher sollten die Juden daselbst nicht zur christlichen Feuer- und Wasserprobe genöthiget werden¹²⁾.

Die Vorsteher der Judengemeinden führten öfters den Titel Judenbischof, z. B. in Köln¹³⁾, in Trier¹⁴⁾, in Worms¹⁵⁾, in Mainz¹⁶⁾, in Nürnberg¹⁷⁾ u. a. m., zuweilen auch Judenmeister (magister judeorum) z. B. in Bamberg¹⁸⁾, in Frankfurt a. M.¹⁹⁾, in Regensburg u. a. m.²⁰⁾ oder auch Oberrabbiner oder Synagogen-Vorsteher (archisynagogus) z. B. in Speier²¹⁾, Hofmeister und Corrigirer der Juden z. B. in

-
- 6) Urf. von 1298 bei Etetten, a. a. O. p. 379. — „auch mer Juden „unsere Genossen.“ — Urf. von 1210 bei Gemeiner, Urspr. von Regensburg, p. 71. cum judaeis Abraham et suis consortibus. — Urf. von 1090 bei Remling, p. 67. — a suis paribus et non aliis convincantur et judicentur.
- 7) Urf. von 1238 bei von Hormayr, Wien, I, 2. Urth. p. 22 u. 23. secundum legem suam —
- 8) Urf. von 1312 bei Schannat, II, 162. — „nach jutschem Recht richten.“ —
- 9) Urf. von 1513 bei Guden, IV, 581. „nach irem Gelas — nach irer „iudischer ordnung Recht zu sprechen, Vermehrung zu machen.“ —
- 10) Stadtr. bei Freyberg, p. 39. — „nach iudischem rehte.“ —
- 11) Glasen, Schreinspr. p. 39 u. 49.
- 12) Urf. von 1090 bei Remling, Urth. p. 66.
- 13) Glasen, Schreinspr. p. 49. Urf. von 1335 bei Lacomblet, III, 240. Urf. von 1252 in Quellen, II, 322.
- 14) Weisthum aus 13. sec. X, §. 4 u. 7 bei Lacomblet, Archiv, I, 320.
- 15) Urf. von 1312 bei Schannat, II, 162.
- 16) Urf. von 1286 bei Schaab, Gesch. der Juden zu Mainz, p. 59. Urf. von 1295 bei Hüllmann, Städtewesen, II, 89. Not. 75.
- 17) Urf. von 1320 im Anzeiger für Kunde der d. Vorzeit, 1865. Nr. 11. p. 424.
- 18) Stadtrecht §. 33 u. 34 bei Zöpfl, p. 12.
- 19) Urf. von 1288 bei Böhmer, p. 240.
- 20) Gemeiner, Chron. II, 14. Haltaus, p. 1051.
- 21) Urf. von 1084 bei Remling, Urth. p. 58.

Mainz²²⁾, Meister oder auch Parnosß z. B. in Regensburg²³⁾ und Oberbarnosse in München²⁴⁾. Die Vorsteher der Judengemeinden hatten die laufenden Geschäfte der Gemeinde zu besorgen und insbesondere auch die Gerichtsbarkeit über die Juden. Sie hatten demnach in der Judengemeinde ganz dieselbe Stellung wie in der Stadtgemeinde die Gemeindevorsteher²⁵⁾. An der Seite der Vorsteher stand öfters ein jüdischer Gemeinderath oder ein sogenanntes Kapitel, z. B. in Köln²⁶⁾. In Worms stand ein aus 12 Juden bestehender Juden Rath an der Spitze der Geschäfte. Einer von ihnen führte den Titel Judenbischof. Das Amt selbst ging aber monatlich unter den 12 Judenrathsleuten um. Der Bischof von Worms hatte nämlich den Judenbischof unter den 12 Judenrathsleuten auf Lebenszeit zu ernennen. Das Amt selbst wechselte jedoch jeden Monat der Reihe nach unter den 12 Rathsleuten ab²⁷⁾. Auch in Mainz standen Judenrathsleute (*consules judaeorum*) an der Seite des Judenbischofs²⁸⁾. Das Amt wurde daselbst von dem Rämmerer verliehen. Denn das Judenrathamt (Juden Ratampt), wovon in einer Urkunde von 1335 die Rede ist und das sich Schaab nicht zu erklären weiß, ist offenbar nichts anderes als das Amt der erwähnten *consules judaeorum* gewesen²⁹⁾. In Regensburg hießen die Vorsteher der Judengemeinde, welche daselbst an der Seite des Judenmeisters standen, Parnossen³⁰⁾. In Nürnberg standen vier sogenannte Meister (Judenmeister) an

22) Urf. von 1513 bei Guden, IV, 581.

23) Gemeiner, II, 14 u. 18.

24) Schmeller, I, 294.

25) Urf. von 1084 bei Remling, a. a. O. p. 58. — *sicut tribunus urbis inter cives, ita archisynagogus omnem judicet querimoniam, que contigerit inter eos vel adversus eos.*

26) Glaser, Schreinspr. p. 39 u. 49. *episcopus et alii seniores in lege sua.* — Eibuch von 1821 §. 50 in Quellen, I, 12. *vor dem bischoffe inde dem Capittle der joitzschasa.* —

27) Vergleich von 1312 bei Schannat, II, 162. Vergl. notb p. 444. — „den Juden Rath.“

28) Urf. von 1286 bei Schaab, Gesch. der Juden p. 59.

29) Urf. von 1335 bei Schaab, p. 72 f.

30) Gemeiner, II, 14 u. 318. Schmeller, I, 294.

der Seite des Judenbischofs und bildeten den Judenrath³¹⁾. Oef-
ters hatte die Judengemeinde auch einen eigenen Judenrichter
z. B. in Augsburg³²⁾, in Regensburg³³⁾, in Wien³⁴⁾, in Wiener
Neustadt³⁵⁾, in Prag³⁶⁾, in Krems³⁷⁾ u. a. m.

Die Gemeindeversammlungen und Judengerichte wurden ins-
gemein in der Judenschule gehalten, z. B. in früheren Zeiten in
Prag³⁸⁾, in Regensburg³⁹⁾, in Köln⁴⁰⁾, in Augsburg⁴¹⁾, in
Basel⁴²⁾, in Nürnberg u. a. m., öfters aber auch vor der Juden-
schule oder unter der Thüre, z. B. in Wiener Neustadt⁴³⁾, in
Prag⁴⁴⁾. Manche Judengemeinden hatten aber auch ein eigenes
Gemeindehaus, z. B. in Regensburg, wo es den Namen
Pfalz geführt hat⁴⁵⁾, in späteren Zeiten in Prag, wo man einem
heute noch das jüdische Rathhaus in der Judenstadt zeigt, dann
in Augsburg, wo es das Tanzhaus⁴⁶⁾ und in Speier, wo es
bald Tanzhaus bald Brauthaus („der Juden Danzhus —
„der Juden Brutehus“) genannt worden ist⁴⁷⁾, indem daselbst, wie

31) Urk. von 1320 im Anzeiger cit. von 1865 p. 424.

32) Stadtr. bei Freyberg, p. 39.

33) Urk. von 1280 in Mon. Boic. 31. I, p. 589 und bei Gemeiner, Urspr.
von Regensburg, p. 74.

34) Urk. von 1288 bei von Formayr, Wien, I. 2. Urkb. p. 28.

35) Stadtrecht c. 109.

36) Judenrecht von 1254, c. 15—17 u. 22 bei Rößler, p. 183.

37) Urk. von 1398 in Mon. Boic. 80, p. 478.

38) Judenrecht von 1254, c. 30.

39) Gemeiner, Chron. II, 14.

40) Glaser, Schreinspr. p. 39. Urk. von 1385 u. 1341 bei Lacomblet, III,
240 u. 293.

41) Stadtrecht bei Freyberg, p. 39.

42) Heusler, p. 262.

43) Stadtr. c. 109. qui hoc judicium ante foras exercent synagoge —
„sicze fur der schultur.“

44) Judenrecht von 1254, §. 19. — jurare debet ante scholas ad ho-
stium dictae scholae.

45) Gemeiner, Chron. IV, 378.

46) von Stetten, Gesch. von Augsburg, I, 82. an. 1298.

47) Urk. von 1361 u. 1381 bei Zeuß, Speier, p. 8.

in Köln u. a. m., auch die Hochzeiten und die anderen Feste gefeiert zu werden pflegten ⁴⁸⁾).

Zuweilen hatten sie auch ein eigenes Gemeindefiegel, z. B. in Köln ⁴⁹⁾, in Augsburg ⁵⁰⁾ und in Ulm ⁵¹⁾.

Wie andere Gemeinden, so besaßen auch die Judengemeinden Gemeindecigenthum. Ein Judenkirchhof und eine Judenschule hat wohl nirgends gefehlt. Judenschulen findet man insbesondere in Köln ⁵²⁾, in Mainz ⁵³⁾, in Speier ⁵⁴⁾, in Wien ⁵⁵⁾, in Ulm ⁵⁶⁾, Salzwehel ⁵⁷⁾, hier in München ⁵⁸⁾, in Prag u. a. m. In Frankfurt a. M. gab es außer der Synagoge oder Judenschule auch noch, wahrscheinlich für die jüdischen Feste, ein Spielhaus oder Tanzhaus der Juden ⁵⁹⁾.

In Regensburg hat sogar eine jüdische Hochschule (ein Studium Generale) bestanden, in welcher viele Juden-Lehrer und Gelehrte für ganz Deutschland gebildet worden sind ⁶⁰⁾. Diese Juden Universität wurde, nachdem die Juden im Jahre 1519 aus Regensburg vertrieben worden waren, wahrscheinlich nach Fürth verlegt. Wenigstens hat auch in Fürth eine solche Hochschule bestanden ⁶¹⁾. Auch in Worms soll nach dem Berichte eines Juden eine hohe Schule der Juden bestanden haben ⁶²⁾.

48) Vergl. Glaser, a. a. O. p. 39.

49) Ennen, Gesch. I, 475.

50) von Stetten, Gesch. von Augsb. I, 70 u. 85.

51) Jäger, Ulm, p. 399 f.

52) Glaser, a. a. O. p. 39.

53) Urf. von 1320 u. 1473 bei Guden, II, 520 u. IV, 413.

54) Zeuß, a. a. O. p. 8.

55) Urf. von 1204 bei von Hormayr, Wien, I, 1. Urth. p. 48.

56) Jäger, p. 399.

57) Urf. von 1357 bei Gerden, vet. march. I, 384.

58) Urf. von 1442 bei Oefele, II, 231.

59) Kriegl, Bürgerzwiste, p. 445 u. 555.

60) Urf. von 1478 bei Gemeiner, Chron. III, 617. Ipsi Judaei apud nostram civitatem studium generale ab antiquo habuerunt.

61) Zoff, Geschichte der Juden, VIII, 189. Vergl. noch Fald, neues staatsbürgerliches Magazin, I, 773 f.

62) Altes Manuscript bei Schaab, Gesch. der Juden zu Mainz, p. 74. „Im jahr 5382 bin ich kommen hieher in die heilige Gemeinde zu

Oefters hatten die Juden auch ein eigenes Spital, z. B. in Regensburg ⁶³⁾), in Köln ⁶⁴⁾), in Mainz ⁶⁵⁾), in Ulm ⁶⁶⁾), sodann ein eigenes Schlachthaus mit einem eigenen Judenmarkt (*macellum judeorum*) z. B. in Mainz ⁶⁷⁾), eigene Fleischbänke, Kramladen und andere Buden, z. B. in Regensburg ⁶⁸⁾), ein eigenes Judenbadhaus z. B. in Mainz ⁶⁹⁾), ein eigenes Spielhaus und einen Brunnen, z. B. in Köln ⁷⁰⁾ und ein eigenes Badhaus oder eine Badstube z. B. in Köln ⁷¹⁾), in Augsburg ⁷²⁾), in Ulm ⁷³⁾ und in Speier ^{73a)}). Auch in Mainz hatten die Juden ein eigenes Judenbad, das sogenannte kalte Bad, in welchem auch die fremden Juden, jedoch nur eine oder zwei Nächte, beherbergt werden durften ⁷⁴⁾. Endlich hatten die Juden in Mainz auch ihren eigenen Galgen, den Judengalgen am Judengalgenplatz ⁷⁵⁾.

§. 300.

Wie andere hörige Gemeinden, so standen auch die Judengemeinden unter ihrem Schutz- und Schirmherrn und unter den von ihm bestellten Beamten und Gerichten, also unter dem Kaiser und unter den kaiserlichen Gerichten in jenen Städten, in welchen die Juden kaiserliche Kammerknechte waren, z. B. in Wien ¹⁾), in Frankfurt ²⁾ und in Rup-

„Wirmeyso zu lernen auf der hohen schul, das selbigmal ist Rabbiner gewesen der vortrefliche und hochwürdige alte Eli.“ —

63) Urf. von 1210 bei Gemeiner, Urspr. von Regensb. p. 72.

64) Elfen, p. 89.

65) Urf. von 1478 bei Guden, IV, 418.

66) Jäger, p. 399.

67) Urf. von 1473 bei Guden, IV, 418.

68) Gemeiner, II, 14.

69) Schaab, Gesch. der Juden, p. 132 u. 133.

70) Ennen, I, 475. Urf. von 1288 in Quellen, III, 278.

71) Ennen, Gesch. I, 475

72) Stadtrecht bei Freyberg, p. 41. von Stetten, Gesch. Augsb. I, 81.

73) Jäger, p. 399.

73a) Zeuß, p. 19.

74) Urf. von 1492 u. 1507 bei Schaab, Gesch. der Juden, p. 134 ff. u. 144 f.

75) Schaab, p. 135.

1) Urf. von 1288 bei von Formayr, Wien, I, 2. p. 22 u. 24.

pin in der Mark Brandenburg ²⁾, in Prag unter dem König oder Herzog und unter dem königlichen oder landesherrlichen Kämmerer ³⁾, eben so in Brünn unter dem König und unter dem von dem Kämmerer präsidierten Gerichte ⁴⁾. Unter dem Landesherrn und unter den landesherrlichen Beamten und Gerichten standen sie in jenen Städten, in welchen sie landesherrliche Kammerknechte waren, z. B. in Speier unter dem Bischof und unter dem bischöflichen Kämmerer ⁵⁾, in Trier unter dem Erzbischof und unter dem erzbischöflichen Kämmerer ⁶⁾, in Wiener Neustadt unter dem Herzog und unter dem landesherrlichen Kämmerer ⁷⁾. Eben so in den übrigen Oesterreichischen Städten, z. B. in Wien, Prag und Brünn, welche streng genommen ebenfalls hierher unter die landesherrlichen Städte gehören. Eben so standen sie auch in Worms in früheren Zeiten unter dem Bischof und unter dem bischöflichen Kämmerer, denn später erst kamen sie unter den Stadtrath ⁸⁾, in Köln unter dem Erzbischof und unter dem Burggraf ⁹⁾, in Mainz und in Erfurt unter dem Erzbischof und unter den erzbischöflichen Gerichten ¹¹⁾, in Augsburg unter dem Stadtvogt ¹²⁾ und in Quedlinburg unter der Aebtissin selbst ¹³⁾. Auch in den Städten der Mark Brandenburg standen sie meistentheils unter den Markgrafen und unter den landesherrlichen Vögten ¹⁴⁾, namentlich in Berlin und in Köln an der Spree unter dem Hausvogteigerichte und in

2) Kirchner, I, 197. Not.

3) Zimmermann, I, 339.

4) Judenrecht von 1254 §. 8. Rößler, Einleitung, p. 90 u. 182.

5) Judenrecht von 1268 §. 4 bei Senckenberg, visiones p. 313. bei Rößler, p. 369 §. 120.

6) Urf. von 1034 bei Kemling, Urfb. p. 58.

7) Weisthum aus 13. sec. X, §. 4—8 bei Lacomblet, Archiv, I, 320.

8) Stadtr. aus 13. sec. c. 112.

9) Schannat, I, 206. Vergl. mit Moritz, II, 88 f.

10) Urf. von 1169 bei Lacomblet, Urfb. I, 303. Urf. von 1252 in Quellen, II, 321 f.

11) Urf. von 1209 u. 1212 bei Guden, I, 417 u. 419.

12) Stadtr. von 1276 bei Freyberg, p. 89.

13) Urf. von 1272 bei Rettner, ant. Quedlinb. p. 309.

14) Urf. von 1341 bei Gerden, cod. dipl. Brand. IH, 230 u. 231. Urf. von 1356, eod. VI, 531. Zimmermann, I, 331 u. 336—339.

den wichtigeren Sachen unter dem Kammergerichte¹⁵⁾. Unter dem Stadtrathe und unter den Stadtgerichten standen demnach die Juden nur in jenen Städten, in welchen sie in das Schutzbürgerrecht aufgenommen worden, also Schutzverwandte der Stadt geworden waren, z. B. in Mühlhausen¹⁶⁾, in Augsburg¹⁷⁾, in Stendal¹⁸⁾, in Salzweil¹⁹⁾ und in einigen anderen Städten in der Mark Brandenburg²⁰⁾, dann in Breslau und Glogau in Schlessien²¹⁾, in späteren Zeiten auch in Mainz²²⁾, in Frankfurt a. M.²³⁾, in Worms²⁴⁾ u. a. m. In jenen Städten, in welchen die Juden unter dem doppelten Schutze der Stadt und der öffentlichen Gewalt standen, in jenen Städten standen sie auch unter den Gerichten der beiden Schutzherrn. Daher konnten die Juden in Regensburg, wiewohl sie daselbst das Bürgerrecht hatten und unter dem Magistrat standen, dennoch im Jahre 1394 von den obersten Kammermeister des Königs nach Prag geladen werden²⁵⁾. Und in Köln, wo die Juden außer dem Erzbischof auch noch unter dem Rath standen, pflegte dieser zwei Rathsherren, die sogenannten Judenmeister, zu ernennen, um die Angelegenheiten der Juden zu besorgen (umb der juetschaff sachen zu hantyo- ren)²⁶⁾.

Wiewohl nun die Judengemeinden unter einem Schirmherrn oder unter dem Stadtrathe gestanden haben, so waren sie dennoch, so wenig wie andere Genossenschaften in der Stadt, zu willenlosem Gehorsam verbunden. Hinsichtlich ihrer inneren Angelegenheiten

15) Verordnung von 1702 u. 1706 bei Mylius, II, 1. p. 348 u. 349.

16) Grasshof, p. 129 u. 180.

17) Urf. von 1298 bei von Stetten, Gesch. der Geschl. p. 879. Vergl. Jäger, Augsburg, p. 150 u. 151.

18) Urf. von 1351 bei Gerden, vet. march. I, 108.

19) Urf. von 1349 bei Gerden, vet. march. I, 824.

20) Zimmermann, I, 381, 383 u. 389.

21) Weisthum von 1302 §. 1 bei L. u. St. p. 444.

22) Urf. von 1365 bei Schaab, Gesch. der Juden, p. 101.

23) Kriegl, Bürgerzwiste, p. 450. Urf. von 1331 bei Böhmer, p. 510.

24) Nachtung von 1519 art. 55. bei Schannat, II, 386.

25) Gemeiner, I, 817 u. II, 818.

26) Eidbrief von 1841 §. 4 u. 5 in Quellen, I, 40. Vergl. p. 83.

waren sie vielmehr, wenigstens im Mittelalter, sehr unabhängig und selbständig. Sie sollten nicht willkürlich besteuert und auch im Uebrigen nach den bestehenden Verträgen behandelt werden. Daher sollte über die Judensteuer ein Uebereinkommen mit ihnen getroffen, über andere Angelegenheiten mit ihnen geteilt, die ihnen zustehenden Rechte verbrieft (Schutzbriefe ausgestellt) und auch die Juden gegen jede Gewalt, selbst gegen die Machtsprüche des Kaisers geschützt und gesichert werden, z. B. in Frankfurt²⁷⁾.

Daß die Juden für den erteilten Schutz ihrem Schutzherrn, also dem Kaiser oder Landesherren und, wenn sie Schutzverwandte einer Stadt waren, auch dieser, öfters sogar beiden zugleich ein Schutzgeld entrichten mußten, ist bereits schon bemerkt worden. Dazu kamen nun in manchen Städten noch andere weit drückendere Leistungen. In Trier z. B. mußten sie jährlich eine sehr bedeutende Summe (150 Mark) entrichten und Arbeiter ohne Lohn in die erzbischöfliche Münze stellen und der Judenbischof außerdem noch jedes Jahr dem Erzbischof 10 Mark ohne Zinsen leihen. Dazu kamen an gewissen Tagen im Jahre noch sehr bedeutende Pfefferlieferungen für den Erzbischof und für den erzbischöflichen Kämmerer, und reiche Stoffe für neue Kleider für den Erzbischof und seinen Kapellan, dann für den Kämmerer und für seine Frau²⁸⁾. Auch in Köln erhielt der Burggraf jährlich eine sehr bedeutende Summe von der Judengemeinde (10 Mark) und außerdem noch sechs Pfund Pfeffer²⁹⁾. In Worms mußte dem Bischof jeder neue Judenbischof 20 Pfund Pfennige und jeder neue Judenrath 60 Pfund Heller entrichten³⁰⁾. In Mainz hatten die Juden dem Kaiser nach der Krönung eine sogenannte Krönungssteuer (*aureum coronarium*) und außerdem noch mehrere andere Steuern, dem Kurfürsten ein jährliches Schutzgeld, einen Juden Zoll und Judengeleitgelder, und dem Bürgermeister eine jährliche Abgabe und bei verschiedenen Gelegenheiten sogenannte Geschenke zu ent-

27) Urf. von 1381 u. 1363 bei Böhmer, p. 510 u. 685. Kriegl, Bürgerzwiste, p. 450, 451, 558.

28) Weisthum aus 13. sec. X, §. 8, 6, 7 u. 8. bei Lacomblet, Archiv, I, 320.

29) Urf. von 1169 bei Lacomblet, II. 16. I, 308.

30) Vergleich von 1312 bei Schannat, II, 162 u. 163.

richten. Außerdem erhielt das Domkapitel eine jährliche Abgabe, beim Tode eines jeden Kurfürsten sogenannte Interimsgelder und beim Tode eines jeden Juden eine Abgabe. Die Pfarrer von St. Emmeran und von St. Quintin erhielten als Ersatz für die Stolgebühren eine jährliche Abgabe und die Glöckner jener beiden Kirchen ein sogenanntes Glockengeld. Endlich hatte sogar der Todtengräber von jedem auf dem Judenkirchhofe begrabenen Juden einen Judenzoll zu erheben und diesen dem erzbischöflichen Keller jährlich zu verrechnen³¹⁾. Dafür erhielten aber auch die Juden oder vielmehr die Judenbischöfe hie und da gewisse Geschenke, freilich mehr zum Scherz und zu ihrer Demüthigung, z. B. in Trier von dem Erzbischof unter anderen unbedeutenden Dingen eine Kuh und einen alten Mantel, welchen der Erzbischof selbst nicht mehr tragen mochte (*mantellum vetus, quo abjecto deinceps indui non vult*)³²⁾.

6. Die Altbürgerschaft und die Gemeinde

a) im Allgemeinen.

§. 301.

In den alten Stadtmarken haben demnach Stadtmarktgenossen, Weisassen, Ausmärker und bloße Schutzverwandte neben einander gewohnt. Zur Stadtmarktgemeinde gehörten jedoch nur die in der Stadtmark in Grund und Boden angesessenen Leute, also die Stadtmarktgenossen selbst und ihre Hintersassen oder Weisassen. Zu den Stadtmarktgenossen gehörten, seit Abschaffung der Hörigkeit in den Städten, alle in der Stadtmark angesessenen freien Grundbesitzer, die Ritter und die schöffenbar freien Leute, also die ritterbürtigen Geschlechter. Beide waren, wie wir gesehen, dem Range nach, nicht aber dem Stande nach von einander verschieden. Sie waren die vollberechtigten Bürger und wurden insgemein auch Bürger genannt. Die Stadtmarktgenossenschaft aber pflegte man, wegen der unter den Genossen bestehenden Marktgemeinschaft die *Gemeinde*, oder auch die *Bürgerschaft*, und in späteren Zeiten seit dem Siege der Zünfte, um sie von der neuen Bürgerschaft zu unter-

31) Schaab, Gesch. der Juden in Mainz, p. 139 bis 143.

32) Weisthum aus 13. sec. cit. §. 7.

scheiden, die Altbürgerschaft zu nennen (§. 226, 228—232). In dem Gemeindeverbande standen indessen auch noch die Hintersassen und Schutzhörigen der Stadtmarktgenossen und der Stadt selbst, welche man zum Unterschiede von den Bürgern Beisassen zu nennen pflegte (§. 234—239 und 298). Die übrigen Bewohner der Stadtmarkt, nämlich die Ausleute, Ausmärker und die Schutzverwandten, welche keine Hintersassen eines Stadtbürgers oder der Stadt selbst waren, standen nicht im Gemeindeverband. Sie gehörten daher nicht zur Gemeinde (§. 240 u. 298).

Die im Gemeindeverband stehenden Bewohner der Stadtmarkt bestanden demnach, wie in den Dorfmarken¹⁾, aus zwei wesentlich verschiedenen Theilen, aus Stadtmarktgenossen oder Bürgern und aus den verschiedenen Arten von Beisassen welche man im späteren Mittelalter, seitdem ihre Anzahl sich bedeutend vermehrt hatte, im Gegensatz zur Bürgerschaft die Gemeinde oder das Volk (*populus*) zu nennen pflegte.

In früheren Zeiten war dem zwar nicht so. So lange als es noch wenige Beisassen gegeben hat, kamen diese in ihrer Gesamtheit gar nicht in Betracht. Sie wurden daher auch noch nicht die Gemeinde genannt. Wie nämlich in früheren Zeiten die Bürger und Handwerker oder die Geschlechter und Handwerksleute einander entgegen gesetzt zu werden pflegten²⁾, so wurden auch die Handwerker der Bürgerschaft und der Gemeinde, d. h. der Stadtmarktgemeinde entgegengesetzt und von derselben unterschieden, z. B. in Frankfurt a. M. im 13. und 14. Jahrhundert³⁾, in Wezlar im 14. Jahrhundert⁴⁾ und auch noch später. Und in Bremen

1) Meine Gesch. der Dorfverf. I, 162 ff.

2) Jäger, Ulm, p. 241.

3) Urk. von 1284 bei Böhmer, Frankf. Urkb. I, 214. *civitati* (der Bürgerschaft) *et artificibus, qui antwerogenoz dicuntur*. Zwei Urk. von 1359 und zwei Urk. von 1360 bei Böhmer, p. 662, 663, 671 u. 672. — „den hantwerken und der gemeynde — Drey u3 den hantwerken und „drei u3 der gemeinde.“ — Urk. von 1395 bei Böhmer, p. 773. „Die „burger von der gemeynde und von den czunfften.“ —

4) Urk. von 1390 u. 1393 bei von Ulmenstein, I, 496 ff. u. 505. „Wir „die Gemeynde und Handwerke — so suln sie das brengen in die Gemeine und Handwerker.“ —

wurde bis ins 15. Jahrhundert die Gemeinde (de Menheit, d. h. die Geschlechter oder die Altbürgerschaft) von der Kaufmannschaft und von den Zünften (den Aemtern) unterschieden⁵⁾. Die Gemeinde bestand demnach ursprünglich bloß aus den rathsfähigen Bürgern. Man unterschied daher, z. B. in Rotenburg, die Rathsherren als Bürger vom Rath von der übrigen rathsfähigen Gemeinde als Gemeinde vom Rath⁶⁾, und in Frankfurt die Bürger von der Gemeinde von den Bürgern von den Zünften⁷⁾, dann in Wezlar die Räte von der Gemeinde von den Räten von den Handwerkern die in den Rath gehen⁸⁾. Die im Gemeindeverband stehenden Bewohner einer Stadtmark gehörten demnach ursprünglich entweder zur Gemeinde oder zu den Handwerkern. Zur Gemeinde gehörten aber alle Stadtmarkgenossen, also auch diejenigen Gewerbsleute, welche in der Stadtmark in Grund und Boden angesessen und in keine Zunft eingetreten waren. Dies geht zumal aus einem Verzeichnisse der Frankfurter Bürger vom Jahre 1387 hervor. Jenes Verzeichniß zerfällt in zwei Abschnitte. Der Eine ist überschrieben: „Die Gemeinde, die geschworen hat“, und der Andere hat die Ueberschrift: „die Handwerker, die geschworen haben.“ Unter dem Abschnitt der Gemeinde werden aber auch einzelne Sattler, Weißgerber, Drechsler, Spengler und andere Gewerbsleute genannt⁹⁾. Auch die Gadenleute, d. h. die Inhaber von Gaden und Kramladen, gehörten zur Gemeinde, so lange sie noch in keine Zunft eingetreten waren¹⁰⁾. Denn alle nicht zünftigen Bürger gehörten zur Gemeinde. Die Zünfte konnten daher erst im Jahre 1358, nachdem die Gadenleute zu den Zünften über-

5) Scheding von 1433 bei Delrichs, p. 442. — „Dat de menheit kope man unde ampte bi eren olden lofiken leden wonheit — bliven „scholen.“ — Rynesberch und Schene, Brem. Chron. ad 1366 bei Lappenberg, Geschichtsquellen, p. 115. — „ere nyge radmans, der sie — „vte der menheit vnde vte de ammeten. —

6) Willkürenbuch §. 46, 50 u. 78 bei Vensen, Gesch. von Rotenburg, p. 100 u. 500 ff.

7) Urk. von 1388 u. 1395 bei Böhmer, p. 658 u. 778.

8) Urk. von 1390 bei von Ulmenstein, I, 497.

9) Kriegl, p. 355.

10) Böhmer, p. 668

getreten waren, in ihrem (der Zünfte) und der Gemeinde Namen („von der Zünfte und von der gemeinde wegin“) eine Vermehrung des Rathes um acht Personen begehren¹¹⁾. Und die darauf folgende Richtung vom Jahre 1358 war daher ein Vertrag zwischen dem Rathe einerseits und den Zünften und der Gemeinde andererseits. („Zuschin dem rate zu Frankinford uff eyne siten, und den „artwertyn unde der gemeine zu Fr. uff die andern syten“) ¹²⁾. Die Gemeinde war demnach ursprünglich eine Stadtmarktgemeinde (§. 226) oder eine Geschlechtergemeinde. Und in manchen Städten, z. B. in Frankfurt a. M., in Wezlar u. a. m., ist sie dieses auch in späteren Zeiten noch geblieben (§. 302, 339, 342 u. 356). Die Weisassen als solche kamen demnach ursprünglich noch gar nicht in Betracht. Sie wurden daher auch noch nicht die Gemeinde genannt.

Seitdem sich jedoch die Anzahl der Weisassen bedeutend vermehrt hatte, und seitdem die Weisassen sich der Bürgerschaft gegenüber mehr und mehr als Gesamtheit zu fühlen und politischen Einfluß zu üben begannen, seitdem nannte man sie in vielen Städten im Gegensatze zur Bürgerschaft die Gemeinde. Zwar gehörte die Bürgerschaft auch in späteren Zeiten noch zur Gemeinde, indem zu ihr in einem weiteren Sinne Alles gehört hat, was im Gemeindeverband stand. Um jedoch die gleichfalls im Gemeindeverbande stehenden Weisassen als Gesamtheit von der Stadtmarktgemeinde zu unterscheiden, nannte man diese die Bürgerschaft und sämtliche Weisassen mit einander die Gemeinde. So war es in Köln bereits im 13. Jahrhundert. Die ärmeren und geringeren Bürger (*pauperes*, *cives inferioris ordinis*, *populares* und *minores cives*) und die Bruderschaften (*fraternitates*) wurden baselbst den Vollbürgern (*maiores civitatis*) oder Reichen entgegengesetzt und als Gemeinde oder Volk (*communitas* oder *populus communitatis*) von der Richerzerecht unterschieden¹³⁾. Auch nach

11) Böhmer, p. 668 u. 669. Vergl. Kriegel, p. 85—87 u. 855.

12) Richtung von 1358 bei Böhmer, p. 658.

13) Schiedsspruch von 1258 bei Lacomblet, II, 245. *fraternitates et alii populares, qui communitas appellantur*. Urk. von 1276 bei Glaser, Schreinspr. p. 66. u. Quellen, I, 323 *fraternitates et populares civitatis col. maiores suos civitatis col.* — gu-

Hagen und nach der Kölner Chronik bildete daselbst die Gemeinde den Gegensatz zu den Bürgern und zu den edlen Geschlechtern ¹⁴⁾ und man nannte sie „die gemeynen Bürger“ ¹⁵⁾ oder „die gemeyn“ ^{15a)}. Eben so hat in Basel die aus den Zünften bestehende Gemeinde den Gegensatz gegen die Bürger gebildet ¹⁶⁾. Erst seit dem 16. Jahrhundert hat sich daselbst jene Bedeutung verloren. Und es hat sodann das Wort Gemeinde den Gegensatz zum kleinen Rath bedeutet ¹⁷⁾. Auch in Straßburg wurden die populares und pauperes von den Rittern und Geschlechtern (milites und cives nobiles) und die Bürger von der Gemeinde (cives et communitas) unterschieden ¹⁸⁾. Eben so noch im 15. Jahrhundert die Ritter und Knechte und die ritterbürtigen Bürger von den Handwerkern und von der Gemeinde ¹⁹⁾. In Metz bildet die Gemeinde (commun oder paraige du commun) seit dem 13. Jahrhundert den Gegensatz gegen die 5 Geschlechtergenossenschaften (5 paraiges), während ursprünglich auch dort die Altbürgerschaft allein das Volk oder die Gemeinde (populus oder

bernatores reip. dedignantes solitoque eorum regimini subesse nolentes. — Urf. von 1259 bei Lacomblet, II, 258. fraternitates, populus communitatis et generaliter tota universitas civium (also die Gesamtheit der aus Armen und Reichen bestehenden Bürgerschaft). — quod pauperes et plebei immo generaliter qui communitas appellantur. Urf. von 1259 in Quellen, II, 416. — civis inferioris ordinis. Urf. von 1265, eod. II, 518. tam majores quam minores cives. Vergl. oben S. 233 u. 234.

14) Hagen, v., 1209, 1318, 1389, 3266, 3290, 3477, 5734 u. 5722
Vergl. oben S. 55.

15) Kölner Chron. fol. 220. a.

15a) Kölner Chron. fol. 221. b. u. 234. a.

16) Urf. von 1373 bei Dörs, II, 221 j. „Dem Burgermeister, dem Rathe, „den Bürgern und der Gemeinde.“ Urf. von 1373, eod. p. 223. — „den Bürgern und der Gemeinde.“ — Urf. von 1385, eod. p. 279. — „den Bürgern und der Gemeinde unsrer Stadt.“ —

17) Dörs, II, 222. Not.

18) Urf. von 1261 bei Schöpflin, I, 434.

19) Schwurbrief von 1482 bei Schiller zu Königshoven, p. 1092 u. 1095.
„Die Meister, die Rät, die Ritter, die Knechte, die Burger, die „Handwerd und die Gemeind.“

universitas civium) gebildet hat (§. 149). Derselbe Unterschied findet sich in Nürnberg, wo die *populares* den Reichen entgegengesetzt werden ²⁰⁾, in Lübeck, wo die *maiores* und *seniores* von den *populares civitatis* unterschieden werden ²¹⁾, in Worms, wo die Zünfte zur Gemeinde gerechnet und den Bürgern (*cives*, *pociores* und *meliores*) entgegengesetzt werden ²²⁾, in Speier, wo die Gemeinde oder die gemeine Bürgerschaft den Hausgenossen gegenübersteht ²³⁾, in Eßlingen, wo die Zünfte mit der übrigen Gemeinde den Bürgern entgegengesetzt werden ²⁴⁾, in Reutlingen, wo die Zünfte als Gemeinde den Bürgern die in keiner Zunft sind entgegen gesetzt werden ²⁵⁾, in Ulm, wo „von den Burgern und „von der Gemaind“ die Rede ist ²⁶⁾, in Bamberg, wo die Gemeinde den Bürgern entgegengesetzt wird, und unter der Gemeinde hauptsächlich die Handwerker oder die Zünfte verstanden werden ²⁷⁾,

20) Rebdorff ad 1848 bei Freher, I, 685. quod populares se contra divites erexerunt. Und die populares waren die gegen die Geschlechter im Aufstand begriffenen Zünfte.

21) Urf. von 1265 u. 1266 im Lübb. Urfb. I, 266, 272, 273 u. 274.

22) In den annal. Worm. ad 1268 bei Böhmer, font. II, 171, 172 u. 173 werden die Zünfte (*fraternitates* und *societates fraternitatum*) zur Gemeinde (*populus civitatis*) gerechnet und den *cives* und *pociores* entgegen gesetzt. Eben so die *populares* den *meliores* im Chron. Worm. bei Ludewig, rel. Mpt. II, 141. *consulibus et melioribus cum popularibus in civitate altercantibus*. — Vergl. noch Rachtung von 1366 pr. und art. 4 bei Schannat, II, 181. „Dem „Rade, den Burgern und der gemeynde gemeinlich der stat.“ Und unter der Gemeinde werden daselbst die Hinterlassen und Zünfte verstanden, nach Vergleich von 1386, bei Schannat, II, 200.

23) Urf. von 1304 u. 1327 bei Lehmann, p. 588, 596 u. 597. Bericht über die Unruhen von 1349 bei Rau, I, 89.

24) Regimentsordnung von 1316, pr. u. art. 7 bei Jäger, Mag. V, 9 u. 11. „Denen Burgern, die auswendig des Raths sind, und den Zünften und der Gemeinde.“ —

25) Urf. von 1343 bei Gayler, historische Denkwürdigkeiten von Reutlingen, p. 48.

26) Rathsordnung von 1372 u. 1386 bei Jäger, Mag. III, 498.

27) Stadtrecht, §. 480. — „wider die burger oder wider die gemein.“ — Und vorher heißt es: — „er sey bürger Handwerker Inwoner noch knecht.“ — Die Gemeinde bestand demnach hauptsächlich aus den Zünften.

in Augsburg, wo die Gemeinde von den Zünften oder die Zünfte der Gemeind den Bürgern gegenüberstehen²⁸⁾, in Ulm²⁹⁾, in Rotenburg³⁰⁾, in der Stadt Goldberg in Schlessen³¹⁾ u. a. m., wo die Gemeinde den Bürgern entgegengesetzt wird, und in Liegnitz, wo die *seniores populi* der *tota communitas plebis civitatis* gegenüber steht³²⁾. Und was in jenen Städten die Gemeinde das war anderwärts das Gedigen, Gedigene oder Gidigen. Das Wort *githigini* bedeutete ursprünglich das Gefolge oder das nachfolgende dienende Volk³³⁾, das Gedigen oder Gedigene in den Städten also das gemeine dienende Volk („das gediegen volk“³⁴⁾, „das volg und gedigene“³⁵⁾, oder die Gemeinde im Gegensatz der herrschenden Bürgerschaft und der edeln Geschlechter, z. B. in Straßburg. („Geschelle zwüschent den edeln und dem gedigen“³⁶⁾. „Sus „gesiegetent die edeln und von dem gediegen wurden XVI erschlagen“³⁷⁾ „ein gescholle zwüschent den edeln un den gedigenen „zu Strossburg un gesiegetent die edeln, baz si der gedigenen „XVI erschlugen“³⁸⁾. „An den burgern und an den gedigen“³⁹⁾. „Das volg und gedigene mittenander in der stat“⁴⁰⁾. Und in Basel bedeutete das Gedigen, Geding oder

28) Zunftbrief von 1368 bei Langenmantel, p. 44. Chronik von Augsburg, I, 186 ff., 189.

29) Schwörbrief von 1327 bei Jäger, Ulm, p. 741.

30) Jensen, p. 100. Der jedoch irrthümlich glaubt, daß die Gemeinde aus lauter Unfreien bestanden habe.

31) Urf. von 1357 bei L. u. St. p. 575 u. 577.

32) Urf. von 1326 bei L. u. St. p. 512.

33) Otfrid, ad Ludovicum Reg. v. 26. und Otfrid, I, c. 15. v. 39 und I, c. 20. v. 35. Dann Rhythmus in victoriam Ludovici, v. 10. Vergl. Schilter, glossar. p. 280 u. 284. und Wadernagel, das Dienstmännerrecht von Basel, p. 8.

34) Königshoven, p. 298.

35) Königshoven, p. 52.

36) Königshoven, p. 394.

37) Königshoven, p. 304. Vergl. noch p. 59.

38) Closenener, p. 100.

39) Königshoven, p. 403.

40) Königshoven, p. 52.

Sidigen die vorzugsweise aus Handwerkern bestehende Gemeinde im Gegensatz des Stadtraths⁴³⁾. In manchen Städten heißt es auch *universitas civium et hominum civitatis*, z. B. in Erfurt⁴⁴⁾, und es ist daselbst wohl unter der *universitas civium* die Altbürgerschaft und unter der *universitas hominum* die Gemeinde zu verstehen, indem damals die von der Bürgerschaft verschiedene Gemeinde in Erfurt vielleicht noch aus Hörigen (*homines*) bestanden hat. Zur Gemeinde gehörten übrigens auch die Frauen und die unverheiratheten Kinder. Sie gehörten nämlich zur Familie ihres Ehemanns oder Vaters, standen demnach unter dem Schutze ihres Ehemanns oder Vaters, und gehörten daher, wie andere Schutzverwandte, zu der Gemeinde (§. 227 oben). Die unmündigen Kinder brauchten deshalb bei der Aufnahme ihres Vaters in eine fremde Bürgerschaft kein Einzugsgeld zu entrichten. Denn sie gehörten zur Familie ihres Vaters und folgten ihm daher auch in das fremde Bürgerrecht, z. B. in Lübeck⁴⁵⁾. Als Gemeindegengenossen wurden sie von der Gemeinde geschützt und geschirmt, und bei ihrer Bürgeraufnahme u. a. m. begünstigt (§. 369). Zur Strafe konnten jedoch auch sie wieder aus der Genossenschaft ausgestoßen werden, z. B. die Bürgerstöchter in Speier, wenn sie ohne Zustimmung ihrer Eltern geheirathet hatten⁴⁶⁾.

§. 302.

Die Altbürgerschaft ist aus der alten Stadtmarktgemeinde und zwar, wie wir gesehen, aus sehr verschiedenartigen Bestandtheilen hervorgegangen. Seit der Abschaffung der Hörigkeit hat sie

43) Bunftbriefe von 1260, 1268 u. 1271 bei Dohs, I, 351, 393 u. 404 — „mit rate unsers Ratz und unsers Gedigen gemeinliche, — unsers Raths und unsers Gedings gemeinliche, — unsers Rates, unsers Gedigenes gemeinlich. Urf. von 1271, eod. p. 406. „Der Rath und gemeinlich das Sidigen von Basel.“ Vergl. Heusler, p. 125, 129 u. 180.

44) Zwei Urf. von 1284 bei Lambert, Gesch. von Erfurt, p. 115 u. 116.

45) Frensdorff, p. 192. „De moghen der borgerschip van inner (des Vaters) weghene brufen.“

46) Urf. von 1264 bei Remling, p. 301. *a consulibus civitatis et universis civibus eodem die ejecta sine spe revertendi a nostro consorcio penitus excludatur.*

aber aus den schöffenbar freien und Ritter- und ritterbürtigen Geschlechtern bestanden. Die Altbürger waren demnach nun sammt und sonders Geschlechter¹⁾. Anfangs haben nun diese verschiedenartigen Bestandtheile sehr lose neben einander gestanden. Denn nur die gemeine Mark und die Besorgung der markgenossenschaftlichen Angelegenheiten hat sie mit einander verbunden. Der frühe schon begonnene Kampf mit den um sich greifenden Landes- und Grundherrschaften hat sie zuerst genöthigt sich zunftartig abzuschließen. Und der rasch zunehmende Einfluß der Zünfte und der hauptsächlich aus ihnen bestehenden Gemeinden war eine weitere Mahnung zum festen Zusammenhalten. Die markgenossenschaftliche Grundlage der Bürgerschaft ist aber nach wie vor geblieben. Auf diese Weise ist denn aus der alten Stadtmarkgemeinde in Köln die Ritterschheit hervorgangen, in Speier die Hausgenossenschaft, in Lübeck die Cirkeler Gesellschaft oder Junker Compagnie, in allen alten Städten aber die aus den in der Stadt ansässigen Geschlechtern bestehende Altbürgerschaft (§. 47 u. 164). Denn in fast allen alten Städten haben die Geschlechter eine Art von geschlossener Zunft oder Gilde rathsfähiger Geschlechter gebildet, z. B. hier in München²⁾, in Straßburg³⁾ u. a. m., insbesondere auch in Frankenberg in Hessen, wo die Gemeinde sich im 14. Jahrhundert über den Rath und die rathsfähigen Geschlechter beschwerte, daß sie die Rathsstellen zu Erbämtern machen wollten („daß die Geschlechter es „wollen vor Erbämtern haben“)⁴⁾. In Weßlar, wo ursprünglich, wie in Frankfurt u. a. m., die Altbürgerschaft im Gegensatz der rathsfähigen Zünfte die Gemeinde genannt worden ist (§. 301), wurde bis auf unsere Tage diese Gemeinde in dem eben angegebenen Sinne für die älteste Zunft in der Stadt gehalten⁵⁾. Aus demselben Grunde wurden die Geschlechter in Erfurt zuweilen

1) Vergl. hierüber Roth von Schredenstein, Patriziat, p. 59—88. Lambert, Gesch. von Erfurt, p. 29—34 leitet das Patriciat irrtümlich von den Schöffen und herrschaftlichen Officialen und Ministerialen ab.

2) von Krenner, über die Siegel der Münchner Bürgergeschlechter, in Histor. Abhandl. der Bair. Akad. von 1818, p. 60—62.

3) Glosener, p. 100 u. 101. Königshoven, p. 305. Vergl. unten §. 848.

4) Chron. Francoberg. bei Kuchenbeder, anal. Hass. V, 201.

5) von Ulmenstein, I, 498.

amicati civitatis ⁶⁾ oder auch Befreundete und Gefreundete genannt ⁷⁾. Denn die rathsfähigen Geschlechter einer Stadt bildeten in der That eine Art Freundschaft (Familiengenossenschaft). Daher wurden auch die gildenartig geschlossenen Altbürgerschaften zuweilen *amicitiae* genannt, z. B. in Artois ⁸⁾. Auch die adelige Gesellschaft Alt Limpurg in Frankfurt, heute noch aus 20 Familien bestehend, welche noch im Jahre 1852 bei dem Bundestage das althergebrachte Recht auf eine bestimmte Zahl von Stellen in dem Senate in Anspruch genommen hat, ist als der Rest einer solchen gildenartig geschlossenen Altbürgerschaft zu betrachten. Wirkliche Gilden oder Zünfte waren aber darum die Altbürgerschaften in Deutschland doch nirgends, wenn man nicht alle Marktgenossenschaften Gilden nennen will, von denen sie doch wesentlich verschieden gewesen sind. Auch werden sie immer nur Genossenschaften (*consorcia*) und Gemeinheiten (*communiones*, *communia*, *universitates*) u. s. w. (§. 226), aber niemals Gilden oder auch nur *confoederationes* oder *conjuraciones* genannt (§. 47).

Wie die Gilden und Zünfte, so hielten nun auch die Geschlechter zusammen und hatten zu dem Ende Versammlungsorte, welche zum Unterschiede von den Gilde- und Zunfthäusern Stuben, Geschlechterstuben, Herrenstuben oder Trinkstuben genannt worden sind (§. 273).

§. 303.

Ursprünglich hat es, wie es mir scheint, in jeder Stadt immer nur eine Stube gegeben, in welcher sich alle Geschlechter zu versammeln pflegten. So war es, wie wir sogleich sehen werden, in Frankfurt, in Basel u. a. m. Diese Stube befand sich ursprünglich, wenigstens in vielen Städten, auf dem Rathhause. Die aus den Geschlechtern bestehende Altbürgerschaft versammelte sich daselbst zur Berathung der genossenschaftlichen Angelegenheiten und

6) Erphnrd. antiquit. variloquus bei Mencken, II, 498.

7) Lambert, Gesch. von Erfurt, p. 98 u. 99. Michelsen, Rathsverf. von Erfurt, p. 18.

8) Urk. von 1188 in d'Achery, spicileg. III, 558, §. 1, 4, 8 u. a. m. Vergl. Wilba, Gildewesen, p. 147—149.

zu gleicher Zeit auch zu ihrer geselligen Unterhaltung. So war es z. B. in Augsburg. Erst im Jahre 1412, seit dem Siege der Zünfte, welche die Geschlechtergesellschaften auf dem Rathhause nicht mehr gestatteten, wurde daselbst die Herrenstube von dem Rathhause in das Haus eines reichen Geschlechters auf dem Perlach verlegt ¹⁾. In Speier, wo die Altbürgerschaft aus der Münzer Hausgenossenschaft hervorgegangen ist, war die Münze das alte Rathhaus und zu gleicher Zeit auch der Versammlungsort der Münzer ²⁾. In Straßburg befanden sich zwar die Geschlechtertrinkstuben nicht auf dem Rathhause. Sie standen jedoch auf der Almende, über welche die Geschlechter als Altbürgerschaft zu verfügen hatten ³⁾. Allenthalben scheint es aber ursprünglich nur eine Geschlechtertrinkstube gegeben zu haben. Und in jenen Städten, in welchen die Geschlechter einige geblieben sind, ist es auch in späteren Zeiten bei einer Herrentrinkstube geblieben, z. B. in Augsburg, Ulm, Speier, Konstanz, Nürnberg u. a. m. In Rotweil nannte man die Geschlechterstube eine Herrenstube und ihr Vorstand war der Oberstubenmeister ⁴⁾. In Lucern nannte man die Geschlechterstube die Edelleutestube zum Affenwagen ⁵⁾. In Konstanz war der Versammlungsort der alten Geschlechter das Haus zur Kaze. Das erste Haus lag in der Sammlungsgasse und heißt heute noch die Kазenschmiede. Im Jahre 1429 kaufte aber die Gesellschaft der Geschlechter zur Kaze das Haus des Jakob von Ulm hinter St. Stephan gelegen. Und dann wurde der Name zur Kaze auf das neuerkaufte Haus übertragen. Daher nannten sich die Mitglieder jener Gesellschaft nach wie vor die Gesellen auf der Kaze ⁶⁾. Zutritt zur Trinkstube zur Kaze wurde zwar einzelnen Bürgern, die nicht edel waren, gestattet.

1) von Stetten, Geschl. Gesch. p. 42, 185 u. 186.

2) Urk. von 1289 bei Lehmann, p. 279. Vergl. oben S. 53 u. 188.

3) Glosener, p. 102 f. „Donoch brach man den herren ire Drinkestuben abe, die do worent gebuwen uf die almennde. — doch hettent si ein hülzen sumerhus uf der almennde stonb.“ Vergl. Königshoven, p. 307.

4) Jäger, Magazin, VI, 81 u. 86.

5) Simler, eidgenöss. Reg. p. 548.

6) Anzeiger der d. Vorzeit. September 1856, Nr. 9. p. 265 f.

Aufnahme in die Gesellschaft fanden jedoch nur die edelen Geschlechter. Als daher im Jahre 1442 ein Christoph Grüenberg, von Kaiser Friedrich III. empfohlen, Aufnahme begehrte, wurde sie ihm verweigert und beschlossen, daß künftig nur noch Edelleute und jene Bürger, welche sich mit ihnen befreundet, d. h. mit ihnen verheirathet hatten, aufgenommen werden sollten⁷⁾. In Nürnberg wurde die Geschlechterstube Herrentrinkstube genannt⁸⁾, in Lindau das Gesellschaftshaus der Sünffzen⁹⁾. Es stand an derselben Stelle, wo jetzt die Harmonie steht. In Regensburg¹⁰⁾ und in München nannte man sie die Trinkstube¹¹⁾. Die Trinkstube zu München befand sich an derselben Stelle, wo sich bis ins Jahr 1864 der große Sitzungssaal der Kreisregierung befunden hat. Bis ins 16. Jahrhundert pflegten daselbst die Geschlechter ihre Bürgerfeste zu feiern, an denen auch die Herzoge und der herzogliche Hof Theil nahmen¹²⁾. Auch wurden auf dem berühmten Landtage von 1669 daselbst die besonderen Versammlungen und Berathungen desjenigen Theiles des landständischen Adels gehalten, welcher damals gegen die Gebrechen der landständischen Verfassung Beschwerde erhob¹³⁾. Diese Trinkstube war jedoch verschieden von dem für die hofsähigen Geschlechter bestimmten fürstlichen Tanzhaus des Hofes zu München¹⁴⁾. In Kaufbeu-

7) Urk. von 1442 bei Lander, Konstanz, p. 26. — „Daß hinfür keiner „solt mehr gesell vff der kazen werden, er war denn Edel oder „hatte sich zu ihnen gesründet.“ Es existirt auch noch ein Verzeichniß der Geschlechter vom Jahre 1551 und eine andere von 1547 nach Roth von Schredenstein, Patriciat, p. 617.

8) Verordn. von 1557 bei Siebenkees, Material. II, 460. Roth, Verzeichniß der Genannten des größern Rathes, p. 49.

9) Meine ungedruckte Chronik von Lindau ad an. 1358. „Die Geschlechter haben in diesem Jahr ir Gesellschaftshaus der Sünffzen genannt „erbawt vnd erweitert.“

10) Mon. Boic. XIII, 63.

11) Vergl. die Sesselträger Instruction von 1686 in den Bairischen Blättern für Geschichte, vom 14. März 1832, Nr. 4, p. 32.

12) Lipowsky, Urgesch. von München, II, 116.

13) Der Landtag in Baiern vom Jahre 1669, gedruckt 1802, p. 68—73, 110—116 u. 312 ff.

14) Ordnung der Edelleute von 1524 bei Bergmann, II, 171.

ren und Speier findet man noch am Ende des 15. Jahrhunderts ein von den Zunfthäusern verschiedenes Tanzhaus, welches nicht bloß für die gesellige Unterhaltung, sondern auch noch für die Versammlungen der gesamten Bürgerschaft bestimmt war, und die Herrenzunft in Kaufbeuren hielt ihre Sitzungen in der Rathsstube, während die Zünfte sich in ihren Zunfthäusern zu versammeln pflegten ¹⁵⁾. Die Bürgertrinkstube in Bamberg ist wahrscheinlich ebenfalls eine Herrentrinkstube gewesen ¹⁶⁾. Eben so die Trinkstube in Amberg ¹⁷⁾. In Eßlingen nannte man die Geschlechterstube, wo sich die Geschlechter und alle jene Bürger zu versammeln pflegten, welche kein Gewerbe trieben, die Bürgerstube oder das Bürgerhaus ¹⁸⁾. In Zürich hatten noch im 15. Jahrhundert die Geschlechter oder Constafler nur eine einzige Stube, die Trinkstube zur Constafel. Erst Waldmann setzte ihr eine andere Stube, die Trinkstube auf dem Schnecken entgegen, in welcher er seine Anhänger versammelte ¹⁹⁾. Auch in den kleineren Landstädten findet man solche Geschlechterstuben, z. B. in Ebernheim in der Pfalz am Rhein eine Ritterstube ²⁰⁾, in Molsheim im Elsaß eine Edelleute Trinkstube ²¹⁾, und in Landsberg in Altbaiern eine Trinkstube ²²⁾. Eben so findet man in Ulm nur eine Geschlechterstube. An ihrer Spitze stand als oberster Stubenherr der Bürgermeister. Er war das eigentliche Haupt der Geschlechter und daher auch der oberste Stubenherr ihrer Gesellschaftsstube ²³⁾. Unter ihm standen drei Stubenmeister, welche die genossenschaftlichen Angelegenheiten der Stubengesellschaft zu besorgen und gemeinschaftlich mit dem Obersten Stubenherrn die genossenschaftliche Gerichtsbarkeit auszuüben hatten. Unter den Stubenmeistern stand ein Stubenknecht und eine

15) Jäger, Mag. V, 357 u. 358. Lehmann, p. 946.

16) Zoepfl, Bamberger Recht, p. 66. Roppolt, I, p. 110.

17) von Löwenthal, Gesch. von Amberg, p. 378.

18) Pfaff, p. 71, 157, 298 u. 509.

19) Bluntschli, I, 355.

20) Bidder, IV, 118.

21) Königshoven, p. 312.

22) Urk. von 1434 bei Lori, p. 133.

23) Jäger, Ulm, p. 424 u. 528.

Tanzladerin, welche die Hochzeiten, Kirchgänge, Tänze und Reichen den Geschlechtern anzufagen hatte. Zutritt zur Gesellschaft hatten nur die Geschlechter, nachdem sie das 17. Jahr erreicht und das Stubengeld entrichtet hatten, außer ihnen aber nur noch diejenigen aus der Gemeinde, welche unter die Geschlechter geheirathet hatten und kein Handwerk trieben. Die Gelage der Geschlechter nannte man auch noch Bürgerzechen²⁴⁾. In Bremen war das Casaal oder Casales Haus, welches auch die Steenkammer (Steinkammer, Steinhaus) genannt worden ist, ein eben solches Geschlechterhaus theils zur geselligen Unterhaltung der Geschlechter theils zu ihrer Vertheidigung. Die Genossen der Gesellschaft, welche in jenem Steinhaufe ihren Sitz hatten, hießen Casalsbrüder (Casaalbrodere). Sie waren keine erzbischöflichen Ministerialen, wie dieses Lappenberg annimmt, vielmehr freie Geschlechter (Slechte) wie sie auch zuweilen genannt wurden²⁵⁾. Ihr Uebermuth veranlaßte einen Aufstand, bei welcher Gelegenheit die Casalsbrüder und andere Geschlechter verjagt und das Steinhaus zerstört worden ist²⁶⁾.

§. 304.

Ursprünglich hat es demnach in den alten Städten nur eine Stube gegeben, in welcher sich sämtliche Geschlechter, d. h. alle Altbürger zu versammeln pflegten. Erst seitdem die Geschlechter sich trennten und sich gegenseitig bekämpften, sind mehrere Stuben entstanden, z. B. in Basel, Frankfurt, Freiburg, Lübeck und sehr wahrscheinlich auch in Straßburg. In Basel hat es im Anfang des 13. Jahrhunderts nur eine Geschlechterstube, die Stube zur Mucke gegeben. Als jedoch im 13. Jahrhundert die Rittersgeschlechter sich in zwei Parteien, in die Sternträger und Papageien (in die vom Stern und vom Psittich), trennten, entstand noch eine zweite Stube, die Stube zum Seufzen. Die Stube zur

24) Jäger, *Ulm*, p. 250—252 u. 528—532.

25) Rynesberg, *Bremische Chronik* ad ann. 1307, 1347, u. 1365 bei Lappenberg, p. 83, 92, 113 u. 256. *Bremisch Niederf. Wörterb.* II, 745—748.

26) Rynesberg, ad. 1347, eod. p. 92. Vergl. Krüger, *Bilder aus der Geschichte Bremens*, p. 88—89.

Mucke ward sodann die Trinktube der Papageien', und die Stube zum Seufzen die Trinktube der Sternträger ¹⁾. Im 14. Jahrhundert kam dazu noch eine eigene Trinktube für die Aichtbürgergeschlechter, die Stube zum Brunnen ²⁾. Später trennte sich ein Theil der Aichtbürger von dieser Gesellschaft. Die Einen behielten die Stube zum Brunnen als ihre Trinktube und nannten sie seitdem die obere Stube. Die anderen Aichtbürger hielten sich aber zur Stube zum Seufzen, so daß demnach in dieser Stube Ritter- und Aichtbürgergeschlechter vereinigt waren. Diese Stube erhielt nun aber den Namen niedere Stube ³⁾. Seitdem jedoch die Sternträger und Papageien wieder mit einander ausgesöhnt, im Laufe des 14. Jahrhunderts aber mit den Aichtbürgern in Zerwürfniß gerathen waren, seitdem vereinigten sich die beiden Rittergeschlechter wieder in eine einzige Stube. Und die Stube zur Mucke ward sodann wieder das eigentliche Gesellschaftshaus der Rittergeschlechter oder der Edlen Gesellschaft, wie man sie zuweilen genannt hat ⁴⁾. Die Stuben zum Brunnen und zum Seufzen waren aber nun die Aichtbürgerstuben ⁵⁾. Das Interesse der Rittergeschlechter war jedoch zu innig mit jenem der Aichtbürgergeschlechter verbunden, als daß jene Trennung lange hätte dauern können. Die Rittergeschlechter ließen sich, um sich zu nähern, in die beiden Aichtbürgerstuben aufnehmen. Dann war aber die Stube zur Mucke kein Bedürfniß mehr. Sie ging daher gegen Ende des 15. Jahrhunderts ganz ein. Denn die beiden anderen Stuben genügten nun den wenigen Edelleuten, welche noch in der Stadt waren ⁶⁾. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts ging indessen auch noch die Stube zum Brunnen aus Mangel an Mitgliedern ein. Und dann waren wieder alle Geschlechter in einer Stube, in der Stube zum Seufzen vereinigt ⁷⁾. Seitdem jedoch die Aichtbürgergeschlechter im Laufe des 16. Jahrhunderts ausgestorben oder weg-

1) Dchs, I, 329, II, 100, 101 u. 104.

2) Dchs, I, 482. Rot., II, 108, III, 101. Rot.

3) Dchs, I, 480, II, 108, 104, III, 100.

4) Dchs, II, 102, 248, III, 100.

5) Heusler, p. 254 u. 258.

6) Dchs, II, 102, V, 86.

7) Dchs, II, 108, 104, VI, 179 u. 180.

gezogen waren, seitdem ward auch die Stube zum Seufzen wieder eine reine Adelsstube für die wenigen noch in der Stadt befindlichen Edelleute. Da indessen die gemeinen Stubengesellen zum Seufzen, wie sie sich nannten, die im Laufe des 17. Jahrhunderts gemachten Schulden nicht mehr bezahlen konnten und daher, im Jahre 1640 das Gesellschafts Haus verkaufen mußten, so hatte nun auch diese Stubengesellschaft ihre Endschaft erreicht ⁸⁾.

Auch in Frankfurt hat es ursprünglich nur eine einzige Geschlechtertrinkstube gegeben. Es wird ihrer bereits in Urkunden von 1352 und 1360 und in einem Statut von 1353 gedacht ⁹⁾ und die älteste Ordnung der Trinkstube ist aus dem 14. Jahrhundert ¹⁰⁾. Die Trinkstube ist demnach im Anfang des 14. Jahrhunderts, vielleicht sogar schon im 13. entstanden. Zutritt zu ihr hatten nur die Schöffen und die Rathspersonen und ihre Brüder, Söhne, Eidame und Schwäger, und die übrigen von dem Rathe aufgenommenen Personen ¹¹⁾, also die rathsfähigen Geschlechter. Diese Trinkstube ist offenbar dieselbe, welche in den Jahren 1352, 1354 und 1360 die Trinkstube am Fahrthor und auf der Fahrpforte genannt worden ist ¹²⁾. Sie diente den rathsfähigen Geschlechtern nicht bloß zur geselligen Unterhaltung, sondern auch noch als Rathhaus zur Berathung der städtischen Angelegenheiten. Im Anfang des 15. Jahrhunderts hat sich jedoch der Name Fahrpforten Trinkstube verloren ¹³⁾. Denn die Trinkstube wurde um diese Zeit in das Haus zum Römer ¹⁴⁾, und später in das Haus

8) Dds, II, 105, VI, 179, 180, 666—668, VII, 359.

9) Senckenberg, sel. jur. I, 23. Römer-Büchner, Stadtverf. p. 193.

10) Älteste Ordnung der Trinkstuben bei Kirchner, I, 637. „Wer uff die „Dringsloben horit.“ — Nach Römer-Büchner Stadtverf. p. 196. gehört die Trinkstubenordnung in die Mitte des 15. Jahrhunderts. Schöffenprotokoll von 1361 bei Kirchner, I, 429. Not. „Hans uff der „Trinkstuben.“ Es ist demnach immer nur von einer einzigen Trinkstube die Rede.

11) Trinkordnung bei Kirchner, I, 637.

12) Römer-Büchner, 193, 194 u. 198.

13) Römer-Büchner, p. 198 u. 199.

14) Daher wird die Gesellschaft am Anfang des 15. Jahrhunderts zum Römer genannt. Vergl. Böhmer, Urkb. I, 788.

Limpurg verlegt, von welchem die Gesellschaft den Namen Gesellschaft auf Limpurg oder die Ganerben auf Limpurg erhalten und diesen Namen auch nach der Verlegung der Trinkstube in ein anderes Gebäude bis auf unsere Tage behalten hat ¹⁵⁾. Daß nun aber die Gesellschaft auf Limpurg ursprünglich wirklich eine gildenartig geschlossene Altbürgerschaft gewesen, geht außer dem Umstande, daß sie ihre Trinkstube auf dem alten Rathhause gehabt auch noch daraus hervor, daß auch in späteren Zeiten noch, als schon die übrigen Stubengesellschaften und Zünfte Antheil am Stadtre Regiment erhalten hatten, die jedesmaligen Reichsschultheiße und Stadthauptleute, wenn sie nicht ohnedies schon zu ihrer Gesellschaft gehörten, wenigstens während der Dauer ihres Amtes als Ehrenmitglieder dieser Geschlechtergesellschaft betrachtet worden sind; daß die Bürgermeister die Knechte und reisigen Diener der Stadt ihre Reche auf dem Hause Limpurg halten ließen; daß fremde Räte oder Abgeordnete, welche mit der Stadt zu unterhandeln hatten, auf Kosten der Stadt in der erwähnten Geschlechtertrinkstube bewirthet wurden; daß diese Geschlechtergesellschaft stets den ersten Rang in der Bürgerschaft unmittelbar nach den Mitgliedern des Rathes eingenommen hat und ihr Versammlungshaus allein die Herrenstube genannt werden durfte ¹⁶⁾. Späterhin entstanden noch drei andere Stubengesellschaften, die Gesellschaft auf dem Hause Frauenstein, auf dem Hause Löwenstein und auf dem Hause Lateram. Bereits eine Archivalnote aus der Mitte des 15. Jahrhunderts erwähnt der Trinkstuben Lateram, Löwenstein und Salzhuß, das spätere Frauenstein ¹⁷⁾. Die Veranlassung zu ihrer Entstehung kennen wir nicht. Wahrscheinlich ist es jedoch, daß Reibungen unter den Geschlechtern die Sonderung der Gesellschaft Frauenstein von Alt-Limpurg veranlaßt hat, indem nach dem Rezeß von 1713 beide noch als unter sich verwandt dargestellt werden ¹⁸⁾. Die beiden übrigen Stubengesellschaften scheinen aber

15) (von Fichard) Nachtrag der Bittschrift der Ganerbschaft Alt Limpurg p. 8 u. 9. Besonders Römer-Büchner, p. 220—246.

16) Vergl. (von Fichard) Nachtrag, l. c. p. 8—14.

17) Römer-Büchner, p. 196.

18) Rezeß der Bürgerschaft vom 7. April 1713 im Nachtrag, l. c. p. 22.
v. Maurer, Städteverfassung II.

durch den Gegensatz gegen die herrschende Altbürgerchaft hervorgerufen worden zu sein. Zur Stadtmarktgemeinde gehörten nämlich im 14. Jahrhundert außer den Altbürgern auch noch alle diejenigen freien Grundbesitzer und Handwerker, welche sich in der Stadtmark neu angesiedelt hatten, ohne in eine Stubengesellschaft oder in eine Zunft aufgenommen worden zu sein. Und ihre Anzahl war gar nicht gering¹⁹⁾. Sie hatten, wiewohl sie zur Gemeinde gehörten, keinen Antheil am Stadtrecht, indem die Rathsfähigkeit auf dem Beitritt zu einer Stubengesellschaft oder zu einer Zunft beruht hat. Sie vereinigten sich daher ebenfalls zu solchen Stubengesellschaften, seitdem sie im Jahre 1360 das Recht der Einigung vom Kaiser erhalten hatten²⁰⁾. Die Gesellschaften zu der guldernen Schmiede und zum Salzhaus waren ursprünglich zwei von einander verschiedene Gesellschaften. Denn im Jahre 1382 werden die Trinkstuben „zur goldenen Smytten“ und „vff dem Salzhuße“ neben einander genannt²¹⁾. Im Anfang des 15. Jahrhunderts wurden aber beide Gesellschaften mit einander vereinigt, ihre Trinkstube auf das Salzhaus verlegt und daher die Gesellschaft von nun an zum Salzhaus genannt²²⁾. Nach dem Ankaufe des Hauses Frauenstein wurde die Stube im Jahre 1444 dahin verlegt und sodann die Gesellschaft von diesem Hause benannt. Die Gesellschaft auf dem Hause Löwenstein wird zuerst in der Mitte des 14. Jahrhunderts und dann wieder im Jahre 1394 genannt. Sie löste sich im Jahre 1482 wieder auf. Die Gesellschaft auf dem Hause Laderam endlich erscheint zum ersten Mal im Jahre 1416, löste sich aber schon im Jahre 1480 wieder auf²³⁾. Nur die beiden Geschlechtergesellschaften Limpurg und Frauenstein haben

„Alle im Rath befindliche Alt-Limpurger und Frauensteiner seyen unter einander verwandt.“

19) Bürgerverzeichniß von 1387 bei Kirchner, I, 426. Not.

20) Urk. von 1360 bei Böhmer, Urkb. I, 672. — „und erlauben ir (der gemeinde) daz si eynunge under sich rebliche setzen mugen, in aller weis als auch die hantwerk so selbst noch iren guten gewonheiten pflegen zu tun.“

21) Römer-Büchner, p. 194 u. 196.

22) Böhmer, I, 788. Römer-Büchner, p. 194, 209, 210.

23) Nachtrag, l. c. p. 7, 8, 16 u. 17. Kirchner, I, 426—433. Besonders Römer-Büchner, p. 195, 196, 201—204, 210 ff.

demnach das 15. Jahrhundert überlebt und sich bis auf unsere Tage erhalten. Sie bildeten auch nach der Beiziehung der Zünfte zu dem Rath noch die eigentliche Gemeinde (die Altbürgerschaft) und wurden auch noch so genannt²⁴). Aus ihnen wurden daher die beiden ersten Rathsbänke, die Schöffen- und die Gemeindebank, besetzt und die beiden Bürgermeister genommen, der ältere Bürgermeister aus der Schöffenbank und der jüngere aus der Gemeindebank²⁵). Die Gesellschaft der alten Geschlechter des Hauses Alten Limpurg hatte den heiligen Andreas zum Schutzpatron. Daher wurden die Generalversammlungen, die sogenannten gemeinen Versammlungen, am Andreastage gehalten. Die Mitglieder dieser Gesellschaft hießen Gesellen oder auch Ganerben oder Hausgenossen. Ohne förmlich aufgenommen worden zu sein war niemand Mitglied. Die Verwandten und Angeheiratheten hatten jedoch ein Recht zur Aufnahme. Indessen durften doch auch Fremde aufgenommen werden. Im 15. Jahrhundert wurden öfters sogar die Söhne reicher Zunftgenossen, wenn sie ihr Gewerbe aufgaben, aufgenommen. Und noch im 17. Jahrhundert wurde der berühmte Baur von Eyseneck, obgleich er nicht angeheirathet war, aufgenommen, bloß um den Retter seiner Vaterstadt zu ehren und zu belohnen²⁶). Ueber die Aufnahme ward in der gemeinen Versammlung der Gesellen abgestimmt. Der Aufgenommene mußte einen Eid leisten und das Eintrittsgeld erlegen, worauf sodann sein Name in die Gesellentafel eingetragen wurde. Die Gesellschaft war, wie der Stadtrath, in drei Bänke oder Klassen eingetheilt. Gesellen oder Ganerben von der dritten Bank sind nach der Stubenordnung von 1636 diejenigen „so mit Statt-Neupfern oder anderen Stattdinsten nicht versehen — so, wie gemelt, noch nicht mit gewissen Stattdinsten oder Befehlen behaft“ waren. Wer auf den beiden ersten Bänken geessen habe, wird nicht gesagt. Sehr wahrscheinlich

24) Urf. von 1358, 1359 u. 1360 bei Böhmer, I, 658, 662, 663, 670, 671 u. 672.

25) von Richard, Entstehung von Frankf. p. 201, 225, 245, 283, 305, 321 u. 344.

26) von Richard, Ernst. Frankf. p. 246 u. 345.

waren es aber die ſtädtiſchen Beamten, wie dieſes bereits Wilba²⁷⁾ bemerkt hat. Die Bürgermeiſter, Schöffen und Stadträthe ſaßen wahrſcheinlich auf der erſten Bank, und die minder wichtigen Beamten auf der zweiten. Daher ſollten auch, nach der Stubenordnung, nur die Geſellen von der dritten Bank beim Schlagen der Sturmglöcke „auff dem Römerberg vor dem Hauß Alten-Limpurg „erſcheinen, und baſelbſt dem Vaterland zum beſten eines löblichen „Magiſtrats oder der Stuben-Meiſter verordnung und Befehls ge- „wärtig“ ſein. Denn die auf den beiden erſten Bänken ſitzenden ſtädtiſchen Beamten wußten ohnedies was ihres Amtes war. Aus jeder dieſer drei Bänke ſollte jedes Jahr ein Stubenmeiſter, alſo im Ganzen drei gewählt werden. Dieſe drei Stubenmeiſter, welche auch Baumeiſter genannt wurden, ſtanden an der Spitze der Geſellſchaft. Sie hatten die Leitung der Geſellſchaftsangelegenheiten, die Verwaltung, Polizei und die Gerichtsbarkeit in ganz unbedeutenden genoffenſchaftlichen Angelegenheiten. An ihrer Seite ſtanden die Fünfzehner, beſtehend „aus den älteſten Geſchlech- „tern, je von einem Geſchlecht Einer, wie die nacheinander in der „Taffel ſtehen.“ Und unter ihnen ſtand der Geſellſchaftsdie- ner oder Stubenknecht. Beim Tode eines Fünfzehners durften dieſe ſich ſelbſt ergänzen. Sie waren die Räthe der Stubenmeiſter und hatten in wichtigeren Angelegenheiten der Geſellſchaft zu entſcheiden und die Vergehen der Geſellen abzuurtheilen. In den aller wichtigſten Angelegenheiten gebührte jedoch die Entſcheidung und die Erlaſſung des Straferkenntniſſes der gemeinen Verſammlung. Immer war jedoch die Gerichtsbarkeit des Stadtrathes und der Reichsgerichte vorbehalten. Endlich hatte auch die gemeine Verſammlung der Ganerben die Autonomie der Geſellſchaft auszuüben²⁸⁾. Von der Organifation der übrigen Stubengeſellſchaften wiſſen wir nur, daß ihre Vorſteher nicht Stubenmeiſter, ſondern Burggrafen genannt worden ſind²⁹⁾.

§. 305.

Auch in Freiburg im Breisgau hat es urſprünglich nur

27) Wilba, Gildeweſ. p. 216.

28) Stubenordnungen von 1585 und 1636 hinter (Thomas). Der adelichen Geſellſchaft Alt-Limpurg angesprochenes Recht. p. 1—34.

29) Kirchner, I, 432. Römer-Büchner, p. 189, 201 u. 216.

eine Geschlechterstube gegeben, welche von einem von der Gesellschaft gekauften Hause, die Stube zum Gauch genannt worden ist. An der Spitze der Gesellschaft standen drei jedes Jahr von der Gesellschaft gewählte Gesellen, die Drei oder Dreier (die Drie, Drig oder Driger) genannt. Sie hatten die minder wichtigen Angelegenheiten der Gesellschaft allein zu besorgen, bei wichtigeren Angelegenheiten aber, z. B. bei der Aufnahme oder Ausschließung der Gesellen und bei der Berathung neuer Statute und Anordnungen alle Gesellen zu berufen. Dies geschah unter Anderem im Jahre 1384. Die Versammlung beschloß damals den Vorstand von drei auf neun Mitglieder zu verstärken. Und die Neun machten sodann eine neue Ordnung für die Gesellschaft. Zutritt zur Gesellschaft hatten nur die von ihr aufgenommenen Gesellen, und auch diese nur gegen Erlegung eines Eintrittsgeldes. Aufgenommen wurden aber nur die Söhne der Gesellen, also nur allein die einheimischen Geschlechter. Die aufgenommenen Gesellen hängten ihren Schilt an die Wand. Eine Sitte, die wahrscheinlich auch anderwärts bestanden hat. Und beim Austritt aus der Gesellschaft oder wenn ein Geselle ausgeschlossen wurde, mußte der Schilt wieder heruntergenommen werden („vnd nüt gehorsam wölte sin, sinen „schilt ab dem bret machen, mit der gesellen rat vnd erkanntnisse. „Vnd welcher ouch also von der geselleschaft feme, oder der sinen „schilt selber also abmachte, oder im abgemacht wurde, mit der gesellen rat vnd erkanntnisse“ —) ¹⁾. Erst im 15. Jahrhundert tauchte in Freiburg noch eine zweite Geschlechterstube, die Stube zum Ritter, auf. Auch hatte daselbst die Priesterschaft, wie meines Wissens sonst nirgends, eine eigene Stube. Sie war jedoch ohne politische Bedeutung ²⁾.

Wie in Basel, Frankfurt und Freiburg, so hat es auch in Lübeck ursprünglich nur eine einzige Geschlechtergenossenschaft mit nur einer Geschlechterstube gegeben. Dies war die Junker- oder

1) Satzungen der Gesellschaft zum Gauch von 1361 und 1384 bei Schreiber, I, 488 ff., II, 86 ff.

2) Verfassung von 1454 bei Schreiber, II, 436. — „dann allain die zwo „stuben zum ritter vnd zum gauch sollen stet bleiben — der priester- „schaft reben wir in ir stuben noch ander ir erber vnd gut herkomen „nicht.“

Eirkelercompagnie, welche seit dem 14. Jahrhundert hervortritt. Sie wurde späterhin auch adelige Gesellschaft zur heiligen Dreifaltigkeit genannt und bereits im Jahre 1485 von Kaiser Friedrich III. und im Jahre 1641 von Ferdinand III. bestätigt³⁾. Erst im Laufe des 15. Jahrhunderts kamen auch noch die beiden anderen Geschlechtergenossenschaften, die Greveraden- und die Kaufleute-Compagnie hinzu. Die Greveraden Compagnie hat sich später wieder verloren. Daher findet man, nachdem die Bürgerschaft seit dem Siege der Zünfte in XII Zünfte oder Collegien eingetheilt worden war, nur noch zwei patricische Collegien (die Junfer- oder Eirkelcompagnie und die größtentheils aus Rentnern bestehende Kaufleute Compagnie) neben den 9 bürgerlichen Collegien⁴⁾.

§. 306.

Auch in Straßburg hat es ursprünglich, wie es scheint, nur eine einzige Trinkstube gegeben. Wenigstens wird im Jahre 1308 nur einer einzigen, jener zum Hohensteg erwähnt¹⁾. Im Jahre 1321 gab es aber schon zwei, die Trinkstube der von Mühlheim und der Zorne²⁾ und wenig Jahre nachher schon vier. Denn im Jahre 1332 wurden bereits alle vier Trinkstuben von den Zünften zerstört. Dies waren die Stuben zum Hohensteg, zum Mühlstein, zum Schiff und zum Brieße. Und auch die letztere war eine Zeit lang wieder in zwei weitere Stuben getheilt³⁾. Nach der neuen Verfassung durften jedoch auch die Geschlechter wieder Stuben, sogenannte Adelsstuben („der edellüte stuben“⁴⁾),

3) Becker, Gesch. Lübeds, I, 446 ff. Die Statute der Eirkelbruderschaft bei Moser, II, 170—172, 199 f.

4) Vergl. Wilba, p. 221 u. 261. Waiz, Lübed. I, 281 u. 282. und unten §. 354.

1) Königshoven, p. 308. „Die antwerg — woltent zogen zu dem Hohensteg uf die Dringstube über den schultheissen.“ — Vergl. noch p. 304.

2) Königshoven, p. 284.

3) Glosener, p. 102 u. 103. „Die zum Brieße zwoieten sich dernoeh un machtent zwo Stuben. — Dernoeh über etwie manig jor, do vereinbertent sii sich, un giengent aber wider zusame.“ Vergl. Königshoven, p. 307. Herzog, Elsaß. Chron. B. VIII, Straßburg. p. 49.

4) Urf. von 1406 u. 1420 bei Schiller zu Königsh. p. 818 u. 856.

und mit obrigkeitlicher Erlaubniß sogar wieder auf der Almende errichten⁵⁾. Im Jahre 1372 werden bereits sechs Stuben genannt, die zu dem Bippernanze, die vor dem Münster, die zum Mülstein, die zum Hohensteg, die zu Sanct Thumann (St. Thomann) und die zum Brieße⁶⁾. Und Hermann und Heiß sprechen sogar von acht Abelsstuben in Straßburg, welche im Jahre 1456 auf vier und im Jahre 1482 auf zwei reducirt worden seien⁷⁾, eine Angabe für welche ich jedoch keine Belege gefunden habe. Wahrscheinlich rechnen sie zu jenen acht Abelsstuben auch die Stuben derjenigen Handwerker (der Tuchscherer, der Goldschmiede und der Küfer oder Wäfelere), welche in früheren Zeiten zu den Constofflern gehört haben, im Jahre 1362 aber aus den Stuben ausscheiden und in eine Zunft eintreten mußten⁸⁾. Jedenfalls hat es aber seit dem Jahre 1685 wieder nur eine einzige Stube für den Adel gegeben. Die innere Einrichtung dieser Stuben kennen wir nicht. Wir wissen nur, daß auch diese Stubengesellschaften eine selbständige Autonomie und Gerichtsbarkeit in genossenschaftlichen Angelegenheiten gehabt haben⁹⁾. Als nach dem Nimweger Frieden von 1679 die 10 Reichsstädte im Elsaß mit Frankreich vereinigt worden waren und auch der Elsässer Adel sich Ludwig XIV. unterworfen hatte, wurde das Directorium dieses Adels von Straßburg, welches damals noch nicht zu Frankreich gehörte, nach Ehenheim, zwei Jahre nachher aber wieder nach Straßburg verlegt, wo dasselbe sodann im sogenannten Ritterhause bis zur französischen Revolution geblieben ist¹⁰⁾.

5) Glosener, p. 103. „Do noch erwurbent si umbe die stat, daz man sie lies wider druf (uf der almende) buwen.“ Dieselben Worte bei Königshoven, p. 307.

6) Urf. von 1372 bei Wender, von Clevenburgern, p. 63 u. 64. Auch Königshoven, p. 294. und Herzog, B. VIII, Straßburg, p. 51. sprechen von einer „Dringstube vor dem münster.“

7) Hermann, notices hist. sur la ville de Strasbourg, II, 26. Heiß das Zunftwesen in Straßburg, p. 19.

8) Glosener, p. 117. Königshoven, p. 312. Vergl. Heiß, p. 19, 46, 52 u. 59.

9) Urf. von 1420 bei Schilter, p. 841. „Item die stubengesellen sul-
lent wol macht haben ordenunge vnder in selbs ze machen
vnd gerihte vnder in selbs haben, nach iren gelegenheit.“ Vergl.
noch Urf. von 1419 u. 1420 bei Schilter, p. 813, 837 u. 847.

10) Heiß, p. 7 u. 21.

Ob es auch in Köln ursprünglich nur einen Versammlungsort der Geschlechter gegeben hat, wissen wir nicht. Wahrscheinlich ist es jedoch, daß bereits die Richezeche, die älteste Geschlechtergenossenschaft in Köln, auf dem Rathhause, wo sie sich zur Besorgung der städtischen Angelegenheiten zu versammeln pflegte, auch ihre übrigen Versammlungen gehalten hat. Späterhin erst trennten sich die Geschlechter und hielten an fünf verschiedenen Orten ihre Versammlungen, von denen sodann die Geschlechtergesellschaften selbst (die späteren Ritterzünfte) ihren Namen Winded, Eisenmarkt, Himmelreich, Ahren und Schwarzhaus erhalten haben (§. 268).

§. 307.

An der Spitze einer jeden Geschlechterstube stand allzeit ein Vorstand, bestehend aus einem oder auch aus mehreren Stubenmeistern. An der Seite der Stubenmeister stand ein Ausschuß von Stubengenossen, mehr oder weniger zahlreich, und unter ihnen die nöthige Anzahl von Gesellschaftsbienern, Stubenknechten, Tanzladerinnen u. a. m. Die Stubenmeister besorgten theils allein, theils gemeinschaftlich mit dem Ausschuß die minder wichtigen Angelegenheiten der Stubengesellschaft und die genossenschaftliche Gerichtsbarkeit. Die wichtigeren Angelegenheiten wurden in der Versammlung sämmtlicher Genossen verhandelt und entschieden, insbesondere auch die autonomen Verordnungen daselbst erlassen. So war es, wie wir gesehen, in Ulm, Freiburg, Frankfurt, Straßburg u. a. m. Und so war es insbesondere auch in Augsburg. An der Spitze der Geschlechtergesellschaft in Augsburg stand von je her ein Stubenmeister, zu welchem insgemein wie in Ulm der Bürgermeister genommen zu werden pflegte, und ein Ausschuß, in früheren Zeiten die Ältesten seit dem Jahre 1500 aber die Zwanziger genannt. Beide miteinander besorgten die Angelegenheiten der Gesellschaft und übten die Gerichtsbarkeit über die Gesellen in Gesellschaftsangelegenheiten aus. Die autonomen Anordnungen und Verordnungen machten die versammelten Gesellen ohne Zuthun des Stadtrathes. Und im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts sind mehrere solche Statute und Verordnungen erschienen. Wie in Frankfurt die Gesellschaft der alten Geschlechter des Hauses Limpurg, so hatten auch in Augsburg die Stubengesellen einen Heiligen als Schutzpatron, nämlich den gewöhnlichen Patron des Adels, den heiligen

Georg¹⁾. Eine ähnliche Einrichtung hatte offenbar auch die Cirkeler Gesellschaft in Lübeck. Sie hatte auch einen Schuttpatron und nannte sich deshalb die Gesellschaft der heiligen Dreifaltigkeit²⁾.

In jenen Städten, in welchen mehrere Trinkstuben, also mehrere Geschlechter Partien bestanden, trugen öfters die Genossen der verschiedenen Stuben und Parteien verschiedene Kleider oder andere Abzeichen, um sich auch äußerlich von einander zu unterscheiden. So machten sich in Straßburg die Gesellen der Trinkstube zu Sanct Thomann und jene vom Hohensteg durch eine eigene Kleidung kenntlich („der Kleider treit mit der trinckstuben zu sant „Doman, — vnder den hettent zwein röcke an also die vom Hohensteg“³⁾). — In Mühlhausen trugen die Patricier noch im Jahre 1515 die Einen eine Pfauenfeder vorne auf dem Hut und die Anderen eine Straußenfeder von hinten um den Hut herum⁴⁾. In Basel war das Abzeichen der Schaler ein weißer Stern im rothen Feld in der Fahne. Sie hießen daher die Sternträger oder die vom Stern. Ihre Gegner, die Mönche, hatten einen Papagei im weißen Feld in der Fahne und hießen deshalb die Papageie oder die vom Psittich⁵⁾. In Colmar unterschieden sich durch ihre Parteifarben die Rothen und die Schwarzen⁶⁾. Auch die Cirkeler in Lübeck hatten außer dem Ordenszeichen auch noch eine Ordens-tracht⁷⁾. In Köln trugen die Mitglieder der Ritterzünfte eine mit Stickereien versehene Kleidung als ihre Livré. (van heren livereyen of van geselschaff)⁸⁾.

1) von Stetten, Geschl. Gesch. p. 137 u. 188. von Stetten, Augsb. Gesch. I, 232, 247, 452 u. 629.

2) Statut der Cirkelbruderschaft und deren Bestätigung von Friedrich III. von 1485 bei Moser, reichsst. Handb. II, 170–172.

3) Inquisition von 1382 Nr. 5 u. 15 bei Schilter, Königshoven, p. 788 u. 784.

4) Math. Wieg, Geschichte der Stadt Mühlhausen, I, 119.

5) Annal. Colmar. an. 1271 u. 1278. Albert. Argent. chron. an. 1218, 1273 u. 1303 bei Urstisius, II, 9, 10, 99, 100 u. 113. Ochs, I, 329 ff.

6) Barthold, IV, 8.

7) Wilba, Gildwesen, p. 225.

8) Ennen, Gesch. II, 461.

§. 308.

In ganz eigenthümlicher Weise haben sich die Geschlechtergenossenschaften in Metz gebildet. Von denen daher hier noch die Rede sein muß. Auch in Metz hielten nämlich ursprünglich, wie wir gesehen, die alten Geschlechter zusammen, und bildeten mit einander das Volk oder die Bürgerschaft. Erst im Anfang des 13. Jahrhunderts trennten sie sich, aber nicht um sich wie anderwärts zu bekämpfen, sondern um sich die Herrschaft in der Stadt bleibend zu sichern. Die Gemeinde wurde nämlich in 6 Zünfte eingetheilt, von denen 5 aus Geschlechtern (die 5 *paraiges*) und die 6. aus der übrigen Bürgerschaft (*commun* oder *paraige du commun*) bestanden hat (§. 149). Diese Geschlechtergenossenschaften waren demnach, wie die Zünfte und die Geschlechterzünfte in den übrigen Städten, politische Abtheilungen der Gemeinde. Sie hatten außerdem aber auch noch eine genossenschaftliche Bedeutung. Denn, so wie die Zünfte ihre inneren Angelegenheiten selbst zu besorgen hatten und zu besorgen pflegten, so besorgten auch die Geschlechtergenossenschaften in Metz ihre genossenschaftlichen Angelegenheiten allein und ganz selbständig. Jeder *paraige* hatte nämlich seinen eigenen genossenschaftlichen Beamten, einen Schatzmeister (*trésorier*). Und jeder *paraige* verfügte allein und ganz selbständig über seine inneren Angelegenheiten, und machte zu dem Ende die nöthigen Verordnungen, z. B. über die Wahl des Schatzmeisters u. a. m. Solche Verordnungen findet man bei dem *paraige Jeurue* (*accord du paraige de Jeurue pour faire le trésorier*)¹⁾, bei dem *paraige Saint Martin*. (*Accord, du paraige de S. Martin, pour faire le trésorier*)²⁾, und wahrscheinlich auch bei allen übrigen *paraiges*. Jeder *paraige* hatte ferner seinen eigenen Versammlungsort (seine Trinkstube), wiewohl dieses nirgends ausdrücklich gesagt wird. Es folgt dieses jedoch aus der Natur solcher Genossenschaften selbst und aus dem Umstande, daß sich auch in ihren Statuten Verordnungen über das Spiel im *paraige* finden³⁾.

1) 2. Urf. 1386 in Hist. de Metz, IV, 2. p. 371 u. 372.

2) Urf. von 1388, eod. IV, 2. p. 382.

3) Von dem *paraige St. Martin* heißt es in dem *accord* von 1388, eod. IV, 2. p. 382. *et se li brainche estoit mespartie, ils doient juer*

Und vielleicht haben die paraiges selbst ihre Namen von ihren Versammlungsorten erhalten (§. 149). Auch führten öfters die einzelnen Geschlechter (paraiges), wie die einzelnen Zünfte, Fehden theils mit der Stadt, theils mit auswärtigen Feinden. Die 'parentela Portasalis kämpfte eine Zeit lang ganz allein mit der Stadt und wurde daher aus der Stadt verbannt, später aber wieder aufgenommen⁴⁾. Und im Jahre 1262 schloßen drei Geschlechter (li parages de Porsaillix, li parages de Juive-ruë, et li parages de Porte Muzelle) ein förmliches Schutz- und Trugbündniß mit dem Grafen Thibaut von Bar gegen ihre Feinde, wobei nur der Bischof und die Stadt Metz ausgenommen wurden⁵⁾. Eine Eigenthümlichkeit der Geschlechtergenossenschaften in Metz, welche sich in keiner anderen deutschen Stadt findet, war auch noch ihre Theilung in mehrere gleichfalls selbständige Unterabtheilungen (branches), ähnlich den Schlachten und Klufften im Dithmarschen. Jeder paraige bestand nämlich aus mehreren Zweigen (branches), welche in so fern ebenfalls selbständige Genossenschaften bildeten, als kein Mitglied aus einem Zweig in den anderen übertreten durfte. So bestand der paraige d'Outre-Seille aus mehreren selbständigen branches⁶⁾. Eben so der paraige Jeurue⁷⁾, der paraige von St. Martin⁸⁾ und alle übrigen paraiges. Denn es wird öfters ganz allgemein von den branches des paraigez und den brainchez en un paraige gesprochen⁹⁾. Und jeder selbständige Besitzer eines Geschlechterhauses (chief dez Osteilz (Maison) — chief d'Oste du paraige — chief d'Ostel —) war Mitglied eines dieser paraiges und ihrer Zweige¹⁰⁾.

au plus de point à trois delz, et li quel partie qui averoit plus de point, doit faire le trésorier celle année.

4) Chronic. Metens. bei Calmet, I, preuv. p. 69 u. 70.

5) Urf. von 1262 bei Calmet, II, preuv. p. 489

6) Urf. von 1390, hist. de Metz IV, 2. p. 397. — et qu'il ne puet, ne ne doit traire, ne alegnier à nulle autre brainche.

7) 2. Urf. von 1386 u. 1397, eod. IV, 2 p. 371—373 u. 489.

8) Urf. von 1388, eod. IV, 2. p. 382—383.

9) Urf. von 1312, eod. IV, 1. p. 300—301.

10) Urf. von 1312, 1386, 1388, 1398, eod. IV, 1, p. 301, IV, 2. p. 371, 382 f. u. 441.

b) Kampf der Gemeinde mit der Altbürgerschaft.

§. 309.

Es haben sich demnach zwei Gemeinden neben einander in einer und derselben Stadtmark gebildet, eine engere oder herrschende und eine weitere oder beherrschte Gemeinde. Die herrschende Gemeinde oder die Altbürgerschaft bestand aus den in der Stadt angesessenen Rittern und ritterbürtigen Geschlechtern. Denn was Königshoven von Straßburg sagt, „zu diesen ziten stunt der gewalt der stette mit einander an den Edeln“¹⁾, gilt mehr oder weniger von allen alten Städten. Daher werden in Mainz noch in dem Friedebuch von 1430 die an der Seite des Bürgermeisters stehenden Vierer der Stadt Junker („der stede jungherren“) genannt²⁾. Die beherrschte Gemeinde, welche man, wie wir gesehen, die Gemeinde zu nennen pflegte, bestand aus allen Arten von Weisassen, hauptsächlich aber aus den Zünften. So lange es nun nur noch wenige Weisassen gab und so lange die Handwerker arm waren, und wie in Straßburg, Basel, Zürich, Köln, Bremen u. a. m. in einem sehr gedrückten Zustand lebten, ungestraft geschmäht und mißhandelt werden durften³⁾, so lange konnten die Geschlechter das Regiment ganz ungestört fortführen. Seitdem sich jedoch die Weisassen vermehrt, die Geschlechter aber vermindert hatten, und seitdem die Handwerker durch ihren Gewerbsfleiß reich, durch ihren Reichthum aber unabhängig und mächtig geworden waren, seitdem konnten sie ihre gedrückte Stellung nicht mehr ertragen. Sie begehrten vielmehr Antheil an dem Regiment. Wie es jedoch zu allen Zeiten schwer gewesen ist, sich freiwillig, wenn auch nur theilweise von der Gewalt zu trennen, so konnten sich auch die Geschlechter in den meisten Städten nicht entschließen durch freiwilliges Aufgeben eines Theiles ihrer Gewalt die gerechten Ansprüche der Zünfte und der übrigen Gemeinde zu befriedigen und

1) Königshoven, p. 304.

2) Friedebuch §. 22, 46, 47 u. 50 bei Mone, VII, 13 ff.

3) Königshoven, p. 304 u. 305. und Schilter, eod. p. 816 — 831. über die unerhörten Mißhandlungen der edlen Geschlechter in Straßburg. Dhs, II, 49 u. 294. arg. Geschworner Brief von Zürich von 1336. Hynesberg, Brem. Chron. bei Lappenberg, Geschichtsquellen von Bremen, p. 88. Vergl. oben §. 288, 310 u. 311.

dadurch ihre eigene Gewalt wieder neu und zwar fester noch als zuvor zu begründen. Es kam deshalb fast allenthalben zum Kampf⁴⁾.

§. 310.

In Straßburg begannen die Kämpfe der Zünfte mit den Geschlechtern im Anfang des 14. Jahrhunderts. Die Veranlassung zur ersten Erhebung der Zünfte war im Jahre 1308 ein Schultheiß aus dem Geschlechte der Zorne, der ihnen vielen Verdruß gemacht hatte („der schultheiß hette in vil wiederdrießes geton“). Damals stiegten jedoch die Geschlechter und von der Gemeinde wurden viele erschlagen, andere flohen und wurden sodann verbannt oder geächtet¹⁾. Wie die herrschenden Parteien so oft, so benahmen sich zwar nicht alle, aber doch viele Geschlechter mit einem Uebermuthe, der alle Andern verletzte und, bald darauf zu einer neuen Erhebung und diese zu einer neuen Verfassung geführt hat. Die armen Leute zumal und die Handwerker ließ man es fühlen, daß alle Gewalt sich in den Händen der Geschlechter befand. Verlangte ein Schneider, Schuster, Kürschner oder ein anderer Handwerksmann oder ein Kaufmann die für seine Arbeit oder seine Waare geschuldete Zahlung, so erhielt er kein Geld und auch keinen ihm zu seinem Recht verhelfenden Richter, und bei weiterem Drängen sogar Schläge und auch dafür keine Entschädigung²⁾. Dieser Zustand dauerte jedoch nur so lang, als die Geschlechter einig blie-

4) Vergl. über diesen Kampf der Zünfte gegen die Geschlechter Roth von Schreckenstein, Patriziat, p. 261—318.

1) Königshoven, p. 303 u. 304.

2) Glosener, p. 101. „wand die herren begiengent grozzen gewalt an in. „Was es, daz ein snider, oder ein schuchfuter, oder ein kurfener, oder „waz antwerfmaunes er was, eime herren hiesche daz er umbe in ver- „dienet hette, oder daz er ime schuldig, was von kousende würge oder „buch, oder warumbes es danne was: wolt er, so galt er ime die „schulde, wolters nüt gelten, so getorste in der arme man nüt derumbe „bekumben in gerichteswise. hiesche ers ime danne zu dicke, so schlug „er in dran, unn gieng dernoeh keine beszerunge. Soliche gewalt unn „andern manigen unlüste begiengent sū an armen lüten. Dis doent „sū doch nüt alle, wand ir maniger was, die niemanne keinen gewalt „doent.“ Vergl. Königshoven p. 304 u. 305 — 306. Vergl. oben §. 238.

ben und unter sich selbst zusammenhielten. Mit ihrer Uneinigkeit brach aber ein Sturm los, welcher ihre Gewalt gebrochen und dieselbe in die Hände ihrer Gegner — der beherrschten Gemeinde geführt hat ³⁾. Unter den Geschlechtern jener Zeit ragten nämlich zwei vor allen anderen hervor, die Zorne und die Mülheimer. Sie hatten ihre eigene Trinkstuben und faktisch alle Gewalt in der Stadt an sich gebracht. Sogar das alte Rathhaus, welches zwar den Mülheimern und ihrem Versammlungsorte, nicht aber den Zornen bequem lag, mußte, weil sie es wollten, an einen ihnen bequemeren Ort mitten in die Stadt verlegt werden ⁴⁾. Im Jahre 1332 geriethen nun jene beiden Geschlechter mit einander in Streit in einem Garten, in welchem alle Edelleute und Edelfrauen zum Tanze vereinigt waren. („in eime garten do alle edellüte und edelfrowen uf die zit hettent inne getanget“). Sie griffen zu den Waffen und benutzten einen kurzen von dem Landvogte gebotenen Stillstand („einen frieden zwüschent den zweien parten“) sich durch Herbeiziehung von Landedelleuten beiderseitig zu verstärken („Hiez zwüschent stercketent sich die zwei geslechte vaste mit herren uf dem lande“). Die übrigen Geschlechter, die Einmischung der Landedelleute (der „Landesherrn“) fürchtend, vereinigten sich mit den Handwerkern und das Resultat dieser Vereinigung war der Sturz der alten Verfassung. So kam denn die Gewalt von den Geschlechtern an die Zünfte („Sus kam der gewalt us der herren hant an „die antwerke“ ⁵⁾).

§. 311.

In Köln hatte der Kampf der Zünfte mit den Geschlechtern bereits schon im 13. Jahrhundert begonnen. Wie in Straßburg u. a. m., so lebten auch in Köln die Zünfte (fraternitates) unter einem gewaltigen Druck. Sie wurden bis zur Verarmung willfür-

3) Königshoven, p. 304. „Dis werte also lange unß das die zwei geslechte die Zörne und die von Mülheim ein geschelle miteinander „hettent do wart der gewalt von den edeln gezogen.“

4) Königshoven, p. 284. Vergl. §. 188.

5) Glosener, p. 100 u. 101. Königshoven, p. 304 u. 305. Zeugenverhör über den Kampf dieser beiden Geschlechter im Jahre 1332 bei Schiller zu Königshoven, p. 782 ff.

lich besteuert¹⁾ und die städtischen Einnahmen nach Willkür verwendet. Um die darüber entstandenen Beschwerden zu heben wurde im Jahre 1258 eine Commission niedergesetzt, bestehend aus einigen Schöffen, einigen aus den Zünften (*aliquot de fraternitatibus*) und aus einigen anderen Bürgern. Die Mitglieder dieser Commission sollten die Stadtkasse unter sich und die drei zu jener Kasse führenden Schlüssel in Verwahrung haben. Alle drei Monate, also vier Mal im Jahre, sollten sie in Gegenwart von 12 Schöffen, 12 Zunftmeistern (*duodecim ex magistris fraternitatum*) und von 12 anderen Bürgern Rechnung stellen und diese 36 für die richtige Verwendung der Einnahmen zu öffentlichen Zwecken sorgen²⁾. Dadurch erhielten die Zünfte einen, wenn auch nur geringen Antheil an dem Stadtregent. Späterhin wurden sie öfters auch zu den Verhandlungen des Rathes beigezogen. Daher heißt es in den Urkunden: *judices, scabini, consilium, fraternitates et universitas civium*³⁾. Und gegen das Ende des 13. oder im Anfang des 14. Jahrhunderts wurde ihr Antheil am Stadtregent auch noch dadurch vermehrt, daß an der Seite des Geschlechterathes noch ein aus den Zünften und aus der übrigen Gemeinde zu wählender weiter Rath errichtet worden ist (§. 60). In der Praxis blieb jedoch Alles beim Alten. Die Reibungen und Kämpfe der Geschlechter mit der vorzugsweise aus den Zünften bestehenden Gemeinde dauerten daher nach wie vor das ganze 13. und 14. Jahrhundert hindurch fort⁴⁾, und die herrschsüchtigen Erzbischöfe waren dabei nicht ganz frei von Aufhebereien. Denn durch Theilung der Gemeinde und der Geschlechter suchten sie zu herrschen

1) Schiedspruch von 1258 Nr. 22 bei Lacomblet, Urfb. II, 245. — *nova exactionum statuta, quarum exactionum onus portant fraternitates et alii populares, qui communitas appellantur, et sic depauperantur.* —

2) Schiedspruch von 1258, Nr. 22 u. 23 bei Lacomblet, II, 245 u. 250. Ennen, Quellen, II, 382, 383 u. 393 Nr. 22 u. 23.

3) Urk. von 1259, 1260 u. 1262 in Quellen, II, 409, 410, 420, 428 u. 452.

4) Vergl. z. B. die Urk. von 1276 bei Glaser, Schreinspr. p. 66. Quellen, I, 323. *quod fraternitates et populares civitatis Col. majores suos civitatis Col. providos utique gubernatores reip. dedignantes solitoque eorum regimini subesse nolentes.* —

und sodann beide zu beherrschen ⁵⁾. Zum Aufstand kam es jedoch erst im Jahre 1369. Die Veranlassung dazu war die Beraubung kölnischer Kaufleute durch Edmund Bircklin. Die Gemeinde glaubte, daß es der Rath hätte verhindern können. Die Zunft der Wollenweber, damals die reichste in Köln und den Geschlechtern an Vermögen gleich, wo nicht überlegen, zog daher vor das Rathhaus (vor das Bürgerhuys) und verlangte zuerst die Verhaftung von drei Rathsherren, welche die Menge für die schuldigsten hielt und, als der Rath nachgab, am anderen Tag auch noch die Verhaftung von acht anderen Rathsherren, welche sich jedoch durch die Flucht in ein Asyl retteten ⁶⁾. Diese Nachgiebigkeit des Stadtrathes führte indessen weiter. Sie führte zum Sturze des alten Rathes selbst. Die Wollenweber erschienen nämlich abermals vor dem Bürgerhaus und begehrten nun auch noch die Entfernung der Schöffen aus dem Rath und die Aufhebung des Amtes der Richterzeche. Und auch dieses mußte geschehen, wie die Kölner Chronik sagt, denn jene „Weuer — waren sere rijch ind mechtig — und — Wat die „weuer vur sich namen idt were recht off frum idt moist nac hren „willen gain“ ⁷⁾. Im Jahre 1370, vierzehn Tage nach St. Johann, wurde der neue Rath gewählt. Er bestand aus einem engen und aus einem weiten Rath, der enge Rath aus fünfzehn aus den Geschlechtern und der weite Rath aus fünfzig aus den Zünften zu wählenden Männern ⁸⁾. Der enge Rath hat ursprünglich aus 13, seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts aber aus 15 Rathsher-

5) Kölner Chronik, fol. 219 b. 224 u. 225, 226 u. 227 a. — Vergl. über diese Kämpfe: Dat nuwe Boek in Quellen, I, 422—444. Ennen, Gesch. II, 662 ff. und Faghe, Gesch. der köln. Geschlechter, I, 33, 34, 200—208.

6) Kölner, Chron. fol. 273. b.

7) Kölner Chron. fol. 273. b. „Item wir willen ouch dat men bried „dat Ampt van der Richterzechen.“ Vergl. oben S. 61. Fagen, v. 231—243 bei von Groote, p. 221—222.

8) Fagen, V, 247—273. Kölner Chron. fol. 274. a. „Item dae wur: „den van den geslechten man geforen so dem Raide as idt van „alder her was komen ind dat hiesch der enge rait. Item „dair so wurden geforen van vil ampten noch vunstzig man ind „dat hiesch der wijde rait.“

ren bestanden⁹⁾. Es wurde demnach für ihn im Jahre 1370, wie es auch die Kölner Chronik sagt, die althergebrachte Anzahl beibehalten.

Die Folgen dieser Umwälzung waren sehr groß. Das Amt der Richerzegheit ward abgeschafft und daher die Genossenschaft der Altbürger oder die Richerzegheit aufgelöst. Es scheint, daß die Richerzeche, um sich im Interesse der Stadt mit der Gemeinde zu versöhnen („umb cynß gemeynen besten ind guß wille „der Stat van Coelne ind alle yrrre ingeseffene“), selbst auf ihre Rechte verzichtet, das Amt der Richerzeche sich also freiwillig aufgelöst habe. Wenigstens besitzen wir zwei nicht datirte Concepte eines solchen freiwilligen Verzichtes¹⁰⁾. Vielleicht gehören aber auch diese Verzichte einer späteren Zeit an, etwa ins Jahr 1382. Da jedoch die Geschlechter selbst nicht vertrieben, ihnen vielmehr die Besetzung des engen Rathes überlassen worden war, so setzten nun die Geschlechtergesellschaften, welche von ihren Versammlungsorten die Namen von dem Eisenmarkt, Himmelreich, Schwarzenhaus, Windecke und Uhr erhalten, und diese Namen auch später noch bis auf unsere Tage behalten haben, den Kampf fort. Und wenige Jahre nachher, im Jahre 1372, erschienen schon mehrere dieser Geschlechtergesellschaften, die von dem Eisenmarkt und vom Himmelreich, im Kampfe gegen die übermüthige Zunft der Wollenweber¹¹⁾. Die Wollenweber hatten den Sturz der alten Verfassung herbeigeführt. Darum rissen sie auch nach dem Siege alle Gewalt an sich¹²⁾. Ihr Hochmuth stieg von Tag zu Tag und ward zuletzt ganz unerträglich. Als sie daher im Jahre 1372 so weit gegangen waren, einen bereits zum Tode Verurtheilten mit Gewalt zu befreien, da griffen die Geschlechter und mit ihnen alle übrigen Zünfte zu den Waffen und brachen ihre Gewalt für immer¹³⁾. Die Rathsverfassung blieb im Ganzen genommen wie sie

9) Hüllmann, Städtewesen, II, 450—452. Vergl. oben S. 59.

10) Quellen, I, 143 u. 144.

11) Kölner Chron. fol. 274 b.

12) Kölner Chron. fol. 274. b. „Der weuer gewalt ind homoit was so „grois. Dat de Rait hadde gheyn macht vur dem wullen ampt. Sy „habben die macht ind die gewalt in Coellen.“

13) Kölner Chron. fol. 274—276. Limburger Chronik, p. 63 u. 64.

v. Maurer, Städteverfassung. II.

im Jahre 1370 eingeführt worden war ¹⁴⁾. Der enge Rath sollte aus 15 Geschlechtern, der weite jedoch aus 31 in der Stadt ange-
 sessenen Bürgern bestehen ¹⁵⁾. Das Stadtreghement lag demnach
 nun, nachdem die Gewalt der Wollenweber gebrochen worden, wie-
 der in den Händen der Geschlechter oder vielmehr in den
 Händen des von ihnen besetzten engen Rathes. Daher nannte
 man auch die Mitglieder dieses engen Rathes die Obersten von
 Köln, die Obersten der Gemeinde ¹⁶⁾, oder die obersten
 Rathsherren (consules majores), während die Mitglieder des
 weiten Rathes die gemeinen Rathsherren (consules commu-
 nes) genannt worden sind ¹⁷⁾. Und die Geschlechter selbst konnten
 nun mit vollem Recht wieder die Herren von Köln („die heren
 „van Coellen van den alden geslechten“) genannt werden ¹⁸⁾. Ihr
 Regiment dauerte indessen nicht lang. Sie ließen sich von sämt-
 lichen Zünften die Statute einreichen, angeblich um dieselben zu
 reviviren ¹⁹⁾, in der That aber, um sie zu behalten und die Bruder-
 schaften selbst aufzulösen ²⁰⁾. Sie mißbrauchten auch in anderer
 Beziehung ihre Gewalt, drückten das Volk und machten nach Will-
 kür neue Verordnungen. Auch die Rikherzeche selbst trat, wahr-
 scheinlich im Jahre 1372 seitdem die Gewalt der Wollenweber ge-
 brochen worden war, wieder ins Leben, und wurde auch von Neuem
 wieder anerkannt ²¹⁾. Sie ließ ihre althergebrachten Rechte im

14) Kölner Chron. fol. 276. a. „so bleyff noch tant die verandering des
 „Raths, als si gesayt hadden, as mit den Schessen. Doch bleuen
 „die tzenen Raede, as der enge rait ind der wijde rait.“

15) Eibbuch von 1372 §. 2 in Quellen, I, 43.

16) Kölner Chron. fol. 276. a. „Duersten von Coellen“ und fol. 276. b.
 „Die Duersten der gemeynde.“

17) Urf. von 1375 bei Securis, p. 126, 127, 145 u. 146. Bei Lacom-
 blet habe ich diese Urkunde nicht gefunden.

18) Kölner Chron. fol. 276. a. u. 284. a. „Die Duersten ind heren van
 „den alden geslechten“ und fol. 285. a. „Die heren van den alden ge-
 „slechten.“

19) Das neue Buch in Quellen, I, 425.

20) Eibbrief von 1372, §. 33 in Quellen, I, 49. Ennen, Gesch. II, 685—
 687.

21) Eibbuch von 1372 §. 32—34 in Quellen, I, 48 u. 49. „Item want
 „unse heirren von der Rikherzecheit ire amt benomen was ind si des

Jahre 1375 durch ein Schöffenweisthum wieder neuerdings anerkennen und durch den Kaiser bestätigen²²⁾. Daher konnte der Richezcheit bereits im Jahre 1376 wieder bei einer Verhandlung in den Schreinen Erwähnung gethan werden²³⁾. Und sie machte wieder gemeinschaftlich mit den beiden Räten neue Verordnungen über das Gewerbswesen, z. B. über den Weinverkauf²⁴⁾, über den Victualienverkauf und über andere Angelegenheiten der Stadt²⁵⁾. Da jedoch diese Verordnungen öfters sehr lästig und drückend waren, so schritten zuweilen sogar die beiden Räte dagegen ein. Sie verlangten, daß die Richezche keine neuen Satzungen mehr machen, keine Aufnahme in die Bürgerschaft und Weinbruderschaft mehr vornehmen²⁶⁾ und auf ihre Rechte verzichten solle²⁷⁾. Auch

„oeverlat waren, so haint unse heitric vom engin Rade mit den widen
„Reeden ind mit irin vrunnin oever dragin, also dat man in ire Ampt
„ind heitricheit weder laigent“ u. s. w.

22) Schöffenweisthum von 1375 bei Grimm, II, 746.

23) Urk. von 1376 in Quellen, I, 299. „Dat so we eyn ordel beroefft
„vur me schrijne up dat huyß vur unse heitric van der Richezcheit,
„de sal sejin eynden verbeinden amptman zo borge.“ —

24) Verordnung von 1381 in Quellen, I, 134. — „Dat unse heren van
„der Richezch mit unsen heren vanme Raide ind mit dem wijden:
„raide umb eyn gemeyne beste yre Steede eyndrechtiglicgen over:
„dragen u. s. w. Vergl. noch eod. p. 155.

25) Verordnung ohne Datum in Quellen, I, 112. — „Dat unse heren
„van der Richezche mid unsen heren vanme Raide ind van den
„wijden reeden umb eyn gemeyne beste yre stede eyndrechtlich over:
„dragen haen u. s. w. Vergl. noch eod. p. 57 u. 430.

26) Eibuch von 1382 §. 9 in Quellen, I, 57. „mit unsen heerren van
„der Richezcht is man oevertomen, dat sij gheyne Burgerfchap noch
„wijnbroiderschap vurbas lenen en solen, mer gemeyne sayngen mit
„unsen heerren vanme Raide zezij: oeverdragen.“ —

27) Quellen, I, 430. „dat die gemeynde vnd burger sere verschat vnd
„verhauen wurden an dem brode vnd an mangel sachen, die
„die Burgermeystere vnd Richezche do hantherden, asverre dat der
„Stat umb des besten wille do badinghe mit den van der Richezche,
„dat sij de scheyunge vnd genot af deden umb des gemeynen beste
„wille. — Darop antwerden sij, id were yr alre Recht vnd hercomen
„ind heb sij ouch vil gecostet, dat sij darumb also nyet verzijen en-
„weulden. Also dat man zo leste mit yn badinghe vnd oeverquam

traten an die Stelle der früher aus der Richezeche genommenen Obermeister zwei von dem engen Rath ernannte Rathsherren zur Aufsicht über die Zünfte²⁸⁾. Die abgetretenen Amtleute sollten jedoch nach wie vor, wie auch die noch vorhandenen Quittungen beweisen, die althergebrachten Gebühren und Geschenke erhalten²⁹⁾. Die drückende Herrschaft der Geschlechter und die mit derselben verbundenen Mißbräuche und die Klagen der Zünfte dauerten demnach fort³⁰⁾.

Dies führte denn im Jahre 1395 zu einem neuen Aufstand der Zünfte gegen die Geschlechter, bei welchem sich ein Theil der Geschlechter selbst an die Spitze der aus den Zünften bestehenden Gemeinde stellte³¹⁾. Die meisten Geschlechter wurden nun vertrieben, die Zurückbleibenden den Zünften eingereiht und das Regiment selbst ging sodann über in die Hände der Zünfte oder der Gemeinde³²⁾.

u. s. w. Vielleicht gehören auch die erwähnten Verzichte in diese Zeit. Vergl. oben Note 10.

28) Eibbuch von 1372 §. 20 in Quellen, I, 47. Item sal der enge Rait keisin zwene heirrin by ekelig ampt. —

29) Eibbuch von 1382 §. 9 in Quellen, I, 57, dann p. 139 ff. u. 430. Ennen, Gesch. II, 484. Not.

30) Ennen, Gesch. II, 774. ff.

31) Limb. Chron. p. 122. „Daß ein Theil von den Mächtigen und den „Obersten an sich nahm die Gemeinde.“

32) Kölner Chron. fol. 276. b. „Die ouersten der gemeynde syn „zo leflich ind zo swair geuallen nu mit arisen, nu mit schepunge, „nu mit veranderinge der munzen. — Dairumb die seluen „vurss alde herschaff hauen verloren — anno 1396 und 1397 — want „sy verbant, veriaget ind verstoruen syn. ind dat Regiment der „seluer Stat is in de gemeynde hende komen, doch werden van den „naefomelingen der seluer geslechte, die noch bynen Goellen syn zo „raide vnd zo dem Schessendom gekoren.“ und fol. 285. a. „Do die „gemeynte van der Stete Goellen die heren van den alben geslech- „ten. Die dat Regiment vom ambegynne der Stat bis noch her „gevoirt hadden, verwunnen veriaget ind affgesagt hadden umb reden „as vurss is So namen sy die Stat in ijr hant. ind namen „die slüssel der Stede na in ins toiren vnder ind van yn Bur- „germeyster ind Raib heren die die Stat regierten. Dae

Die Schöffen endlich, welche nun von dem Rath ausgeschlossen waren, konnten sich nicht sogleich in ihre neue Stellung finden. Sie verlangten im Jahre 1375 den Vortritt vor den Bürgermeistern und begannen auch mit dem weiten Rath einen Kampf. Sie mußten den Erzbischof und den Kaiser für sich zu gewinnen³³⁾, während der Papst gegen den Erzbischof für die Bürger Partei nahm. Dies führte zu einer mehrjährigen Fehde, welche scheinbar zwar schon im Jahre 1377 durch einen Vergleich beendet worden ist³⁴⁾, in der That aber erst im Jahre 1392 mit der völligen Vernichtung der Schöffenbruderschaft als einer eigenen Genossenschaft und mit der Gleichstellung aller Schöffen, der höchsten und der gemeinen Schöffen, geendigt hat³⁵⁾.

§. 312.

Auch in Speier hatte sich im Laufe der Zeit neben den hauptsächlich aus den Münzer und Hausgenossen bestehenden alten Geschlechtern eine zumal aus Handelsleuten und Handwerkern bestehende Gemeinde gebildet, welche frühe schon in großem Ansehen gestanden haben und sehr zahlreich gewesen sein muß, da die Handwerker schon im 13. Jahrhundert von den Geschlechtern Bürger und Mitbürger (*conciues*) genannt worden sind¹⁾ und die aus ihnen bestehende Gemeinde schon vor der Verfassung von 1304 aus dreizehn Zünften bestanden hat. Auch diese Gemeinde verlangte nun Antheil an dem Regiment. Die Geschlechter hatten nämlich, wie wir gesehen, im Laufe des 13. Jahrhunderts den Bischof be-

„wart affgestalt dat Raithuys de alder heirschaff ind der ghenre
 „die van den alden geslechten waren ind wart opgericht ind gemacht
 „dat nuwe Raithuys dat daer sijt dat Burgerhuys genoempt
 „wart. Mer nu noempt men dat der herenhuys.“ Vergl. noch
 fol. 284 und Glasen, Köln. Senat, p. 16 u. 17. Ennen, Gesch. III,
 806—815.

33) Urkunden von 1375 bei Securis, p. 127—134. Schöffenweisthum von 1375 bei Grimm, II, 745 ff.

34) Urf. von 1377 bei Securis, p. 136—139.

35) Kölner Chron. fol. 277 ff. Vergl. Limburger Chron. p. 116 u. 117. Glasen, Köln. Senat, p. 14—16 und oben §. 62.

1) Urf. von 1261 bei Rau, I, 15. — *tensor pannorum concivis noster* — *pellifex concivis noster*. —

kämpft, und nicht ohne Beihilfe der Zünfte ihre und der Stadt Selbständigkeit erkämpft (§. 164). Dafür verlangten nun aber und erhielten auch die Zünfte fröhe schon einigen Antheil an dem Regiment. Nach Lehmann geschah dieses schon vor dem Jahre 1304, also bereits im Laufe oder gegen Ende des 13. Jahrhunderts. Er erzählt nämlich, „aus alten brieflichen Urkunden habe man die Nachricht, daß die Münzer und Hausgenossen samt den Zunftmeistern und gewissem Ausschuß aus jeder Zunft die Rathspersonen haben pflegen zu erwählen“, und — „daß der Ausschuß der Gemeinde zu Rathspersonen keine andere als Adelige und fürnehme Geschlechter erkohren, den halben Theil, das ist, sechs aus der Gesellschaft der Münzer und sechs von Hausgenossen und anderen bürgerlichen Geschlechtern“ ²⁾. Dieser Antheil der Zünfte an dem Regiment genügte ihnen jedoch nicht. Daher erhoben sie sich schon im Anfang des 14. Jahrhunderts gegen die Geschlechter. „Sie wollten“, wie ein alter Bericht aus dem 15. Jahrhundert sagt, „auch zu den Alten in den Rath, daß sie auch wüßten, wie die mit der Stadt Gut umgingen“ ³⁾. Sie verlangten demnach, wie wir heut zu Tag sagen würden, die aktive und passive Wahlfähigkeit. Die Geschlechter gaben nach. Es wurde daher im Jahre 1304 ein aus dem alten Rath und den Hausgenossen und aus sechs Genossen jeder Zunft bestehender Ausschuß niedergesetzt. Das Resultat der Berathung war ein Vergleich, nach welchem der Stadtrath aus 24 Mitgliedern, (aus 11 Hausgenossen und anderen ehrsamern Bürgern, die nicht zünftig waren) und aus dreizehn Zunftgenossen, aus Einem aus jeder Zunft, bestehen, und dieser Rath die beiden Bürgermeister, Einen aus den 11 Geschlechterrathsherren und den Anderen aus den 13 Zunftathsherren wählen sollte ⁴⁾. Die Eintracht dauerte jedoch nicht lange. Die Geschlechter klagten über die Zünfte, die Zünfte über die Geschlechter. Die Geschlechter beschwerten sich über die einseitigen Anordnungen der Zünfte, behaupteten daß von Alters her ihnen allein das Regiment zugestanden habe und noch zustehc. Sie vermehrten daher, um wieder größeren

2) Lehmann, p. 269.

3) Rau, I, 24.

4) Brief von 1304 bei Lehmann, p. 588 u. 589.

Einfluß zu gewinnen, die ihnen zustehenden Rathsstellen von 11 auf sechzehn und ließen sogar die Sechzehn ganz allein Beschlüsse fassen ohne die Stimmen der Zunfttrathsherren zu beachten ⁵⁾. Die Zünfte dagegen klagten über die Eingriffe in die die Verfassung von 1304, über die willkürliche Verwaltung der Geschlechter, insbesondere über die schwere Besteuerung der Kaufleute, über die schlechte Justiz und über die gewaltige Verschwendung der städtischen Einkünfte. Sie beschwerten sich aber auch über die besondere genossenschaftliche Gerichtsbarkeit der Hausgenossen, über die Immunität ihrer Häuser und über ihre anderen althergebrachten Rechte, also über dasjenige, was wir heut zu Tage die Vorrechte der alten Geschlechter nennen würden ⁶⁾. Da die Zünfte kein Gehör fanden, so traten sie im Jahre 1327 zu einer Eidgenossenschaft gegen die Geschlechter zusammen, welche die Erhaltung ihrer Freiheiten zum Zweck hatte, und ordneten einen aus 15 Hausgenossen und anderen Geschlechtern und aus 16 Zunftgenossen bestehenden neuen Rath an ⁷⁾. Dadurch wurde jedoch die gegenseitige Erbitterung nur noch vermehrt. Ein großer Theil der Hausgenossen und anderen Geschlechter verließ die Stadt und im Jahre 1330 kam es zum offenen Kampf ⁸⁾. Man suchte zwar zu vermitteln und den Streit in Güte zu schlichten. Auch die Städte Straßburg, Mainz, Worms, Frankfurt und Oppenheim vermittelten. Und so kam es denn noch in demselben Jahre 1330 zu einem neuen Vergleich, nach welchem der Stadtrath aus 28 Personen, vierzehn Bürgern vom Adel und vierzehn von den Zünften bestehen sollte ⁹⁾. Auch wurde im Jahre 1331 zur Befestigung der Verfassung ein Schwörtag eingeführt, an welchem jedes Jahr nach der Rathswahl der neue Rath in Gegenwart der gesammten auf dem Bürgerhof versammelten Bürgerschaft dem alten Rath schwören und sodann auch die Bürgerschaft dem neuen Rath den Bürgereid leisten sollte ¹⁰⁾. Der Unfriede dauerte jedoch nach

5) Lehmann, p. 590, 591 u. 598.

6) Lehmann, p. 596, 597 u. 611.

7) Lehmann, p. 592, 597 u. 598.

8) Lehmann, p. 592 ff., 599 ff. u. 611.

9) Lehmann, p. 601—604.

10) Lehmann, p. 616.

wie vor fort. Die Zünfte strebten nach Erweiterung ihrer Rechte und änderten in diesem Sinne an der Verfassung. Statt der verabredeten 28 Rathsherren saßen im Rathe nur 24, und zwar wie nach der abgeschafften Verfassung von 1304 nur 11 von den Geschlechtern und 13 von den Zünften. Und die Geschlechter wollten gar das Geschlechterregiment wieder herstellen. Sie ließen sich zu dem Ende ihre alten Freiheiten vom Kaiser wieder erneuern¹¹⁾. Erst im Jahre 1349, nach dem Tode Kaiser Ludwigs, der die Geschlechter fortwährend unterstützt hatte, kam es zu einem neuen dauernden Vergleich. Die Gemeinde wurde in diesem Jahre in 14 Zünfte eingetheilt und verordnet, daß diejenigen, welche nicht zünftig seien, keinen obrigkeitlichen Schutz und Schirm haben sollten, also jeder Bürger einer Zunft angehören solle¹²⁾. Die Hausgenossen aber verzichteten auf ihre hergebrachten Freiheiten und Rechte mit Ausnahme der Münze, des Geldwechsels und der genossenschaftlichen Münzgerichtsbarkeit. Sie unterwarfen sich, gleich den anderen Bürgern, den städtischen Kriegs- und anderen Diensten („den ußzogen, Wachten und andern Diensten“) und versprachen auch bei der Besetzung des Stadtraths kein Vorrecht vor den anderen Zünften mehr in Anspruch nehmen und selbst nur noch eine Zunft, die „Hausgenossen Zunft“, bilden zu wollen¹³⁾. Auch sollte es nach der neuen Verfassung drei Rätze geben und jeder Rath aus 28 Personen, der Gesamtrath also aus 84 Personen bestehen. Jeder Rath sollte das Regiment nur ein Jahr führen und sodann zwei Jahre feiern, ehe er wieder zum Regiment kommen könnte. Bei wichtigen Angelegenheiten sollten jedoch die Rätze der zwei vorhergehenden Jahre von dem regierenden („sitzenden“) Rathe beigezogen werden, und zwar nach dem Ermessen des regierenden Rathes entweder einer der abgehenden Rätze allein oder die beiden Rätze der zwei vorhergehenden Jahre mit einander¹⁴⁾. Die Wahl und Ergänzung des

11) Lehmann, p. 611—614.

12) Lehmann, p. 614.

13) Verzicht von 1349 bei Lehmann, p. 614 u. 615. Vergl. den Bericht eines Münzers über die Unruhen von 1349 bei Rau, I, 26, 27, 39 u. 40.

14) Rathsbeschluß von 1375 bei Rau, II, 11. „werez aber sache daz die-

Rathes sollte in nachfolgender Weise geschehen. Jedes Jahr sollten aus jeder Zunft vier Personen von den Zunftgenossen gewählt und aus diesen Vier von dem regierenden Rath zwei für den Rath des künftigen Jahres, also im Ganzen 28 Personen gewählt werden, die neu Gewählten aber, wie bemerkt, nur ein Jahr im regierenden Rath sitzen und sodann wieder zwei Jahre feiern¹⁵⁾. Nun war die Gewalt der alten Geschlechter (der Hausgenossen) gebrochen. Die meisten von ihnen verkauften daher ihre Häuser und Höfe in der Stadt und wanderten aus, so daß im Jahre 1688 kein einziger Hausgenosse mehr Bürger zu Speier war¹⁶⁾. Auch wurde um diese Zeit, im Jahre 1340, das alte den Hausgenossen gehörige Rathhaus verlassen und vor dem Münster ein neues, der sogenannte Rathhof erworben (§. 188).

§. 313.

Auch in Worms herrschten ursprünglich die Altbürger oder die Geschlechter. Die Behauptung, daß erst Friedrich I. die freien Geschlechter rathsfähig gemacht habe, vorher aber das Regiment von 12 Ministerialen geführt worden sei, eine Behauptung, welche auch Arnold (I, 172) nur in etwas anderer Fassung wieder vorgebracht, hat bereits Moriz (I, 388) widerlegt. Seit dem 12. und 13. Jahrhundert hatte sich aber schon eine zum Theile aus Handwerkern bestehende Gemeinde an der Seite der Geschlechter gebildet. Schon im Jahre 1190 hatten nämlich die Wollenweber das Recht die beiden Bedellen der Stadt zu erwählen¹⁾. Das Amt eines Bedellen war aber um so wichtiger, als derselbe von allen Bür-

„selben gesworn Ratlude (der sitzende Rath) me Rates bedorfften
 „in vnserer stetbe sachen so moegen sie wanne vnd wie Dedē sie
 „wollent den vjgegangenen Rate vor in oder dem dritten
 „webers sie wollent ieglichen sunderlichen oder in beden ge-
 „meinlichen zu in besenden vnd berufen.“ — Vergl. noch Urk. von
 1361, eod. p. 11.

15) Lehmann, p. 615.

16) Lehmann, p. 294, 615 u. 617.

1) Urk. von 1190 bei Böhmer, fontes, II, 215. Pannifices duos pidellos quovis anno statuunt quibus tantum burgenses obediant et nullo pidello alii.

gern Gehorsam verlangen und die 16 Heimbürger ernennen durfte²⁾. Die Wollenweber hatten demnach schon damals einen nicht unbedeutenden Antheil an dem Regiment. Daß sie aber die gesammte niedere Stadtverwaltung in Händen gehabt und die Heimbürger aus ihrer Mitte gewählt haben, wie dieses Arnold (I, 297, 298, II, 36.) meint, steht nirgends und ist auch nicht wahrscheinlich. Erst am Anfang des 13. Jahrhunderts begannen die Kämpfe der Zünfte und zwar damals gegen den Bischof. Wahrscheinlich haben sich die Geschlechter mit den Zünften vereinigt, um gemeinschaftlich mit einander den Bestrebungen des Bischofes Heinrich entgegen zu treten. Auch scheint damals schon eine Verbrüderung aller Zünfte zu einer Gemeinde bestanden zu haben. Denn auf dem Reichstage zu Ravenna klagte der Bischof nicht bloß über die Altbürger (*cives*), sondern auch noch über die verbrüdereten Zünfte (*super consortio fraternitatum cujusque operis und propter societatem fraternitatum*)³⁾. Und diese Klagen des Bischofs führten in den Jahren 1232 und 1233 zur Abschaffung der Zünfte (§. 262 u. 266). Wie anderwärts, so dauerten die Zünfte indessen auch in Worms nach wie vor fort. Im Jahre 1264 nahmen sie Antheil an dem Kampfe der Geschlechter gegen den Rath wegen des Ungeltes. Die Geschlechter bedienten sich ihrer um das Regiment an sich zu bringen. Und auch damals waren wieder alle Zünfte zu einer Gemeinde (*communitas fraternitatum*) verbrüdert⁴⁾. Der Streit wurde zwar scheinbar versöhnt. In der That dauerte er aber das ganze 13. Jahrhundert fort⁵⁾. Und am Ende des 13. Jahrhunderts bediente sich der Bischof selbst der Gemeinde, um mittelst ihrer den Rath zu beherrschen⁶⁾. Dies führte sodann zu einem Antheil der Gemeinde an dem Regiment

2) Annal. Worm. bei Böhmer, II, 212. In festo Martini denominabit pedellus civitatis in stega sedecim viros, qui dicuntur heimbürgen, quos ipse solus per se in quatuor parrochiis eligit et constituit.

3) Annal. Worm. bei Böhmer, II, 160.

4) Annal. Worm. bei Böhmer, II, 171—173.

5) Arg. Urk. von 1287 bei Böhmer, II, 237.

6) Chron. Worm. bei Ludewig, II, 141. populares et communitatem sibi attraxit, ut consules eo melius domaret.

und zur Rachtung vom Jahre 1300 (§. 155). Durch diese Rachtung ward nun zwar die Gewalt der Geschlechter gebrochen, zu gleicher Zeit aber auch die Selbständigkeit des Rathes vernichtet. Und die Rachtung von 1366 vollendete die Abhängigkeit des Rathes von dem Bischof. Bis zum Jahre 1300 hatten nämlich die Zünfte keinen anerkannten Antheil an dem Regiment. Selbst die nach der Rachtung von 1233 aus den vier Pfarreien beizuziehenden Sechszehner waren noch Altbürger oder Geschlechter. Dies folgt theils aus der Abschaffung der Zünfte in jener Rachtung. Denn abgeschafften Zünften konnte man keinen Antheil an dem Regiment zugestehen⁷⁾. Theils folgt es aus der Rachtung von 1300, in welcher die Sechszehner von der Gemeinde zum ersten Mal anerkannt worden sind. Klar und deutlich geht aber aus der Chronik von Erietheim hervor, daß die Gemeinde früher keinen Zutritt zu dem Rath gehabt habe⁸⁾. Erst seit der Rachtung von 1300 erhielten demnach mit der Gemeinde auch die Zünfte Antheil an dem Regiment. Dieser Antheil war jedoch anfangs nicht groß. Denn die nun aus der Gemeinde zu nehmenden Sechszehner, welche als Gemeindevorsteher die Gemeinde vertreten und, mit dem Geschlechterrathe vereinigt, gewissermaßen den großen Rath bilden sollten, wurden nicht immer, vielmehr nur bei den wichtigeren Verhandlungen beigezogen. Daher wird ihrer, so oft sie zu einer Verhandlung beigezogen wurden, immer ausdrücklich erwähnt. („Wir der Rat, die Seffehene und die Gemeinde,“ oder „Wir der Rat, die Seffehene und die Bürger“)⁹⁾. Später erst wurden die Sechszehner häufiger und seit dem Jahre 1360, wie es scheint, immer beigezogen. Und nach der Rachtung von 1366 gehörten sie mit zu dem engeren Rath¹⁰⁾. Der Rath sollte demnach von nun an aus 6 Rittern, aus 9 Geschlechtern, aus Sechszehen von der

7) Urf. von 1233 bei Böhmer, II, 222.

8) Chron. Hirsangiens. ad 1298, p. 266. Eberwinus de Kronenberg — ad instantiam civium suorum consensit, quod de communitate viri sedecim ad consilium senatus admitterentur, quod antea non fiebat.

9) Urf. von 1305 u. 1316 bei Moriz, II, 182 u. 185. Vergl. Arnold, II, 319—322. und oben §. 155.

10) Rachtung von 1366 §. 3 bei Schannat, II, 182.

Gemeinde und aus den vier Bischofsmännern bestehen¹¹⁾. Die Sechszehner durften nun auch aus den Zünften genommen werden, indem diese zur Gemeinde gehört haben. Es scheint jedoch, daß sie bei der Wahl der Sechszehner nicht gehörig berücksichtigt worden sind. Wenigstens waren die Zünfte nicht als solche vertreten. Sie durften sich nicht einmal über Zunft- und städtische Angelegenheiten mit einander berathen. Bei einzelnen wichtigen Angelegenheiten wurden sie zwar vom Stadtrath um ihre Meinung gefragt, zu dem Ende auch Rathsherren an die einzelnen Zünfte gesendet. In jeder Zunft mußte aber sodann einzeln darüber berathen werden¹²⁾. Daher dauerte die Zwietracht zwischen den Zünften und dem Rathe nach wie vor fort bis ans End des 14. Jahrhunderts. Erst im Jahre 1392 ward den Zünften von dem Rathe zugestanden, sich mit einander berathen zu dürfen, und zu gleicher Zeit verordnet, daß die Sechszehner aus den Zünften gewählt und die Zunftmeister zur Rechnungsablage des Rathes beigezogen werden, also den großen Rath bilden sollten. („Daz die Zunftmeister dabi j sint in Ratiswijse“)¹³⁾. Und im Jahre 1393 wurde die Wahl der Sechszehner näher dahin bestimmt, daß die Sechszehner des vorigen Jahres die 24 Männer aus der Gemeinde nicht mehr nach den vier Pfarreien, vielmehr aus den 24 Zünften wählen, und aus diesen 24 Zunftgenossen der Bischof die neuen Sechszehner ernennen und diese sodann in derselben Weise im Rath sitzen sollten, wie die bisher aus den vier Pfarreien gewählten Sechszehner¹⁴⁾. Diese Verordnung scheint jedoch nicht vollständig ins Leben getreten zu sein. Denn nach der alten Rathsortnung aus der Mitte des 15. Jahrhunderts sollten die 24 Männer wieder nach den vier Pfarreien, jedoch vorzugsweise aus den Zünften gewählt und aus diesen sodann die Sechszehner von dem Bischof ernannt werden¹⁵⁾. Der Rath sollte demnach nach wie vor aus 6 Rittern, aus 9 Geschlechtern, aus den Sechszehnern von der Gemeinde oder

11) Urk. von 1386 §. 1, 1292, 1298 u. 1481 bei Schannat, II, 200, 207, 208 u. 286 f.

12) Arg. des Briefes von 1292 bei Schannat, II, 206 u. 207.

13) Brief von 1392 bei Schannat, II, 206 u. 207.

14) Urk. von 1398 bei Schannat, II, 208.

15) Schannat, II, 439. Vergl. oben §. 155.

von den Zünften, und aus den 4 Bischofsmännern bestehen, der große Rath aber aus den 24 Zunftmeistern. In ganz wichtigen Angelegenheiten wurde jedoch auch im 15. Jahrhundert noch die gesamte Gemeinde berufen¹⁶⁾. Und in dieser Weise hat sich denn die Verfassung, unter fortwährenden Kämpfen der Bürgerschaft mit dem die Uneinigkeit unter den Bürgern und Zünften nährenden Bischof¹⁷⁾ und mit der Geistlichkeit bis zum Jahre 1514 erhalten.

Im Jahre 1513 entstand nämlich ein von dem Bischof begünstigter Aufstand der Zünfte gegen den Rath, welcher im Jahre 1514 zu einer neuen Verfassung geführt hat. Nach dem Vergleich von 1514 sollte ein aus 10 Personen bestehender beständiger Rath und ein von diesem jährlich aus seiner Mitte ernannter Bürgermeister an der Spitze des Regiments und ihm zur Seite ein aus 38 Personen bestehender Rath der Gemeinde stehen. Die Rathsherren der Gemeinde sollten aus den 19 Zünften, aus jeder Zunft zwei Vertreter genommen werden, und ebenfalls lebenslänglich im Amt bleiben¹⁸⁾. Allein schon im Jahre 1519 mußte diese Verfassung wieder einer neuen weichen.

Nach dem vom Pfalzgrafen Ludwig der Stadt aufgedrungenen und daher die Pfalzgrafenrathung genannten Vergleich sollte der Stadtrath aus 6 Rittern, 12 Geschlechtern und 18 Zunftgenossen, also aus 36 Personen bestehen. Die 6 Ritter sollten von dem Bischof aus den 12 rathsfähigen Rittern ernannt, von den 12 Rathsherren aus den Geschlechtern aber sechs von den Geschlechtern selbst aus ihrer Mitte gewählt, und die sechs anderen von dem Bischof aus 9 ihm präsentirten Candidaten ernannt, endlich auch die 18 Rathsherren aus den Zünften von dem Bischof aus 36 ihm von den Zünften präsentirten Zunftgenossen ernannt werden. An der Spitze dieses Rathes sollte ein Stättmeister und ein Bür-

16) Urf. von 1411 u. 1424 bei Schannat, II, 225 u. 234. „Wir die Bürgermeister, Rad und Burger gemeinlich.“ Urf. von 1430, eod. II, 235. „Wir die Burgermeistere, Räte und die ganze gemeynde.“

17) In einem Sendschreiben der Zunftmeister an dem Bischof vom Jahre 1406 werfen sie ihm selbst geradezu vor, daß er sie zur Zweiung und Uneinigkeit treiben wolle bei Moriz, II, 196.

18) Zorn, Chron. p. 216 ff. Arnold, II, 489–492.

germeister stehen, und der Stättmeister aus zwei aus der Ritterschaft oder aus den Geschlechtern präsentirten Candidaten, der Bürgermeister aber aus den Zünften von dem Bischof ernannt werden¹⁹⁾. Gegen diese Nachtung legte zwar der Magistrat Protest ein²⁰⁾. Sie wurde aber dennoch vollzogen. Allein schon nach wenigen Jahren begann man wieder zu ändern. Bereits im Jahre 1522 wurde ein ständiger Rath von 13 Mitgliedern auf Lebenszeit aus der Bürgerschaft ernannt und diesem Rath der Dreizehner die gesammte Verwaltung und das Stadtre Regiment selbst übertragen²¹⁾. Und die Nachtung von 1526 brachte noch einige Veränderungen mehr. Der ständige Rath der Dreizehner wurde zwar neuerdings bestätigt und verordnet, daß derselbe „auß dem Adel oder der erbaren Bürgerschaft“, d. h. aus den Rittern oder Geschlechtern genommen werden solle. Allein an die Seite dieses beständigen lebenslänglichen Rathes wurde noch ein äußerer Rath gesetzt, welcher jedes Jahr neu gewählt und nur bei wichtigen Angelegenheiten beigezogen werden sollte. Dieser äußere Rath sollte aus 12 Räten bestehen und zu dem Ende von dem ständigen Rath gemeinschaftlich mit dem abgehenden äußeren Rath jedes Jahr 24 Candidaten aus der gemeinen Bürgerschaft gewählt und daraus die 12 äußeren Rathsherren von dem Bischof bestimmt werden. Der Stättmeister sollte aus dem ständigen Rath und der Bürgermeister aus dem äußeren Rath jedes Jahr von dem Bischof ernannt werden²²⁾. Und diese oligarchische Verfassung hat sich dreihundert Jahre lang bis auf unsere Tage erhalten.

§. 314.

Wie in Straßburg, Speier, Worms und Köln so herrschten auch in Mainz ursprünglich die Geschlechter, welche man dort die Alten (die alten Geschlechter) zu nennen pflegte. Die Zünfte hatten zwar frühe schon einen Antheil an dem Regiment nämlich

19) Nachtung von 1519 §. 1—11 bei Schannat, II, 317 ff.

20) Protest von 1519 bei Moriz, II, 227.

21) Urk. von 1522 bei Moriz, II, 231 ff.

22) Nachtung von 1526 bei Schannat, II, 402 u. 403.

das Recht 22 Rathsherren zu wählen erhalten. Und die Rathsherren aus den Zünften saßen im Stadtrath auf einer eigenen Zunftbank, der Bank der Alten gegenüber. Allein die Alten durften eben so viele Rathsherren aus ihrer Mitte und außerdem auch noch den Schultheiß, 4 Stadtrichter und zwei Bürgermeister wählen. Sie hatten demnach das Heft in der Hand. Dazu kamen noch die reichen Münzer Hausgenossen im Thiergarten, welche, wie anderwärts auch, sehr große Vorrechte und den ganzen einträglichen Handel mit Gold und Silber ausschließlich in ihren Händen hatten. Die Eifersucht gegen die Alten mußte demnach sehr groß sein. Zum Kampfe kam es jedoch erst im Jahre 1332. Die Gemeinen oder die Zünfte beschwerten sich, daß die Frauen der Alten sich nicht mit den gemeinen Bürgern verheiratheten, wodurch ihre Geschlechter immer anwüchsen, während die Gemeinen täglich abnahmen. Die Gemeinen wählten wie die Alten nur 22 zum Rath, da es doch 29 Zünfte in Mainz gäbe. Jeder Bürger, sei er ein Alter oder ein Gemeiner, solle demnach sich in eine Zunft einschreiben lassen und sodann jede Zunft einen Herren zum Rath wählen. Die Alten wiesen jedoch dieses Begehren mit Stolz und Verachtung zurück. Daher griffen die Gemeinen zu den Waffen, stürmten die Höfe der Alten, nahmen ihnen ihre Waffen und nöthigten sie, unter der Vermittelung der Städte Worms, Speier und Frankfurt, zu einem Vergleich. Die alten Geschlechter sollten auf 129 beschränkt werden, und diese nur als die Alten gelten. Wer außer ihnen das Bürgerrecht haben wolle, solle sich in eine Zunft einschreiben lassen. Aus jeder Zunft solle Einer zum Rath gewählt werden. Im Uebrigen sollten die Alten die bisher übliche Anzahl Rathsherren wählen und zur Hälfte an den öffentlichen Aemtern Antheil haben. Der Friede ward jedoch durch diesen Vergleich, nicht hergestellt. Der Sturm brach daher schon im Jahre 1420 von Neuem wieder los. Bei dem Einzuge des Kaisers und des Kurfürsten wurden nämlich die gemeinen Bürgermeister von den Alten beschimpft. Die Gemeinen griffen deshalb abermals zu den Waffen, stürmten die Höfe der Alten und die meisten alten Geschlechter, die Fürstenberg, Gensfleisch, Gelthaus, Malsberg, Humbracht, die zum Jungen u. a. m., wanderten aus. Mit den zurückgebliebenen Geschlechtern kam es, aber erst im Jahre 1430, unter der abermaligen Vermittelung der Städte Worms, Speier und Frankfurt und des Kurfür-

sten Konrad III. zu einem neuen Vergleich, nach welchem der Rath aus 36 Rathsherren bestehen und von ihnen die Alten aus ihrer Mitte 12, die Gemeinen aber 24 wählen sollten. Wenn während des Jahres ein Rathsglied abging, sollte es durch einen von derselben Seite gewählten Bürger ersetzt werden. Wenn aber von der Seite der Alten keine rathsfähige Männer vorhanden waren, sollte der Rath den fehlenden aus der Gemeinde wählen. Es sollten künftig nur drei Bürgermeister sein und davon zwei aus der Gemeinde und einer aus den Alten von dem Rath gewählt werden. Auch sollten zwei Rechenmeister aus der Gemeinde und einer aus den Alten gewählt werden. Zu der Kammer, in welcher das große und kleine Siegel und die Freiheiten der Stadt aufbewahrt wurden, sollten drei Schlüssel verfertigt werden und davon einer dem Bürgermeister von den Alten, der andere dem Bürgermeister und den Rathsherren von der Gemeinde und der dritte der Gemeinde aus den künftigen Bürgern anvertraut werden. Eben so sollten die Rechenmeister, jeder von seiner Partei, einen Schlüssel zu dem Archive, Register und Gelde der Stadt erhalten. Nur zwei Paumeister, von jeder Seite einer, sollten gewählt, und im Uebrigen alle anderen Geschäfte und Aemter von dem Rath gemeinschaftlich verwaltet werden. Um Rangstreitigkeiten zu verhüten sollten im Rathhaus auf der Bank der Alten zuerst einer von den Alten, dann ein Gemeiner und so fort, und auf der Bank der Gemeinen zuerst ein Gemeiner, dann ein Alter und so weiter, wie sie im Alter aufeinander folgten, sitzen. Nur die Bürgermeister aus der Gemeinde und die künftigen Bürger sollten die Stadthore und Thürme, die Stadtmauern und Graben und die Schlüssel dazu inne haben und verwahren. Den Alten wurden ihre hergebrachten Rechte und Freiheiten gelassen, den Ausgewanderten die Rückkehr gestattet und allen Alten überlassen, ob sie sich in eine Zunft einschreiben lassen wollten oder nicht. Endlich setzte man fest, daß keine große öffentliche Schuld oder Ausfahrt oder ein Bündniß mit fremden Herren oder Städten ohne Wissen und Zuthun der ganzen Gemeinde („der ganzen Gemeynnden, beyde von den Alten vnd auch „von der Gemeynnden von den zunfftten burgeren“) sollte eingegangen oder gemacht werden. Die gesetzgebende Gewalt und die gesamte Verwaltung lag demnach in den Händen des Stadtraths, welcher aus Geschlechtern und Gemeinen zusammengesetzt war. Die

vollziehende Gewalt theilten die alten und die gemeinen Bürgermeister, und unter ihnen standen wieder die Rechenmeister, Baumeister, Stadthauptleute u. a. m.¹⁾.

§. 315.

In Augsburg hat der Kampf der Zünfte im Jahre 1303 begonnen, indem ein ehrgeiziges Geschlecht, die Stolzhirsche, sich an ihre Spitze stellte, um mittelst ihrer das Bürgermeisteramt zu gewinnen und andere selbstsüchtige Zwecke zu verfolgen. Die Häupter dieser Bewegung wurden jedoch von dem Landvogt aus der Stadt vertrieben und die übrigen bei dem Aufstande betheiligten Geschlechter angewiesen keinen Harnisch in der Stadt zu tragen und keine Muntmanne mehr aufzunehmen. Und damit war damals die Ruhe wieder hergestellt¹⁾. Neue Streitigkeiten der Gemeinde (der Handwerker) mit dem Stadtrathe führten indessen bald nachher, jedenfalls noch vor 1340, zu einer Vertretung der Gemeinde im Rathe. Bei der Erhebung und Verrechnung der Gemeindecinnahmen sollten sechs Männer aus der Gemeinde beigezogen werden, „das arm und rich auch wizzen, wa dasselb gut hin „chumen sy.“ Auch sollte der kleine Rath allein nur noch über fünf Pfund Pfenninge verfügen, bei größeren Ausgaben aber die ganze Gemeinde („rich und arm“) beiziehen²⁾. Und bei der Erhebung des Ungeldes sollten nach einer späteren Anordnung drei von der Gemeinde beigezogen werden³⁾. Schon in der Mitte des 14. Jahrhunderts brach jedoch der Sturm wieder von Neuem los. Und dieses Mal waren es die reich gewordenen Zünfte allein, an ihrer Spitze die Weber, welche nun einen überwiegenden Antheil an dem Regiment beehrten, und auch erhielten. Die Unruhen hatten zwar schon im Jahre 1352 begonnen. Zum gewaltsamen

1) Joannes, rer. mog III, 458 – 464. Riffas Vogt, Geschichte von Mainz, p. 115 – 123. Derselbe, Grundriß des Kirchen- und Staatsgebäudes im Mittelalter, p. 223 – 227. Die Nachricht von 1430 bei Joannes, p. 460 – 463.

1) Urf. von 1303, 1304 u. 1305 bei von Stetten, Gesch. der Geschl. p. 380 – 383. Jäger, Gesch. von Augsburg, p. 51 u. 52.

2) Urf. von 1340 in Chronik von Augsburg, I, 129 – 131.

3) Statut von 1363 in Chronik von Augsburg, p. 159.

Ausbruch kam es aber erst im Jahre 1368⁴⁾. Die Zünfte, 24 Fähnlein stark, versammelten sich nämlich am 21. Oktober 1368 auf dem Perlachplatze, besetzten die Stadthore und zwangen die auf dem Rathhause versammelten Rathsherren die Regierung niederzulegen, ihnen das Stadtbuch, Stadtiegel und die Schlüssel zu den Stadthoren, zur Sturmglocke und zum Rathhaus zu übergeben.

Um die neue Verfassung nicht zu übereilen ward, und zwar auf den Vorschlag der alten Rathsherren aus den Geschlechtern, beschlossen Erkundigungen bei anderen Städten einzuziehen, das Regiment aber einstweilen wieder dem alten Rath zu übergeben und ihm nur zwölf Beisitzer aus dem Gewerbsstande beizugeben. Nachdem man sich nun in Basel, Constanz, Mainz, Speier, Straßburg, Ulm und Worms Raths erholt und noch mehrere alte Geschlechter den Zünften beigetreten waren, kam man über eine neue Verfassung überein⁵⁾. Die Stadtgemeinde sollte aus den Geschlechtern und aus 18 Zünften bestehen. Diejenigen Handwerker aber, welche zu einer anderen oder zu gar keiner Zunft gehörten, sollten sich einer der 18 anerkannten Zünfte anschließen, wenn sie rathsjähig sein, also das volle Bürgerrecht haben wollten⁶⁾. Aus demselben Grunde sollten sich die alten Geschlechter in die Geschlechter Gesellschaft aufnehmen lassen. Die Geschlechter wurden daher aufgefordert sich zu erklären, ob sie in das Geschlechter Register eingetragen werden wollten oder nicht. Da sie jedoch im bejahenden Falle müßig gehen, d. h. kein Gewerbe treiben sollten, so zogen es viele Geschlechter vor, sich in eine der 18 Zünfte einschreiben zu lassen⁷⁾. Daher findet man unter den Zünften viele, welche kein Handwerk trieben, sondern als Doctoren lebten oder sich mit gelehrten Studien beschäftigten, oder wie die Geschlechter selbst auf ihren Landgütern oder sonst von ihren Renten lebten⁸⁾. Diese angesch-

4) von Etten, Gesch. der Geschl. p. 39 u. 40. von Etten, Kunst- und Gewerbs Gesch. von Augsburg, p. 6.

5) Langenmantel, p. 21 ff. Jäger, Gesch. von Augsburg, p. 52 ff.

6) Zunftbrief von 1368 bei Langenmantel, p. 43, vergl. 57. Zunftbrief in Chronik von Augsb. I, 135 ff. 146—147.

7) von Etten, Geschl. Gesch. p. 41, 42, 43, 44, 50, 51, 52, 55, 56, 57, 60, 61 u. 62. Langenmantel, p. 37 u. 38. „Daß sie aller und jeder Gwerb müßig stehen sollen.“ —

8) von Etten, a. a. O. p. 136 u. 137.

neren Leute unter den Zünften wurden später, in der Mitte des 15. Jahrhunderts, von den Geschlechtergesellschaften angezogen und denselben nebst den Geschlechtern aus anderen Städten oder Rittermäßigen vom Lande und den den Geschlechtern Angeheiratheten der Zutritt zur Geschlechtergesellschaft gestattet, unter dem Namen der Mehreren Gesellschaft ⁹⁾. Die Gemeinde sollte demnach aus der Geschlechtergesellschaft und aus 18, später aus 17 Zünften bestehen. An ihrer Spitze sollten zwei Bürgermeister stehen, und der Eine aus den Geschlechtern, der Andere aber aus den Zünften gewählt werden. Der kleine Rath sollte aus 44 Rathgebern (29 aus den Zünften und 15 aus den Geschlechtern) bestehen, der große Rath aber außer dem kleinen Rath noch aus den zwölf Erbarsten einer jeden Zunft, aus den sogenannten Zwölfern oder Zugeordneten, also aus 216 Zunftgenossen, und aus zwölf Herren aus den Geschlechtern, im Ganzen demnach aus 272 Rathsherren bestehen ¹⁰⁾. Nachdem die neue Verfassung niedergeschrieben worden, ließ man sie auch noch dem Kaiser zur Bestätigung vorlegen, welche jedoch erst nach einigem Zögern erfolgte ¹¹⁾. Und dann schlossen sich die Geschlechter und die Zünfte in ihren Gesellschaften streng von einander ab. Da jedoch jedes die Rechte des Anderen ehrte, so dauerte diese Verfassung, eine kurze Unterbrechung abgerechnet, bis zu dem Gewaltschritt Karls V. im Jahre 1548.

Peter von Argon nämlich, aus einem reichen Geschlechte, der sogar Münze und Waage vom Bischof gekauft hatte, darüber aber mit den übrigen Geschlechtern verfallen und im Jahre 1450 aus der Stadt weggezogen war, bekämpfte die Stadt Jahre lang und brachte sie sogar in die Reichsacht. Auch nach seinem Tode ward der Kampf noch von seinen Söhnen mit großer Erbitterung fortgesetzt, bis erst im Jahre 1483 der Streit friedlich beigelegt worden ist ¹²⁾. Die Zeit dieser Unruhen benutzte nun ein ehrgeiziger Zunftmeister, um die Verfassung der Stadt neuerdings zu modificiren.

9) von Etetten, p. 43, 133, 136, 137 u. 141 ff.

10) Zunftbrief von 1368 bei Langenmantel, p. 43, 44 u. 49. Zunftbrief in Chronik von Augsb. I, 136 ff.

11) Urk. von 1374 bei Langenmantel, p. 47 f. Jäger, Augsburg, p. 56 f.

12) Jäger, Augsburg, p. 83—85. Vergl. Chronik von Augsburg, II, 395—420.

Die Zunahme der Geschäfte hatte nämlich schon seit einiger Zeit die Niederlegung einer besonderen Abtheilung im kleinen Rath nothwendig gemacht. Man nannte diese Abtheilung den geheimen Rath. Er bestand aus 13 Beisitzern, theils aus den Geschlechtern theils aus den Zünften. Die wichtigsten Angelegenheiten wurden in diesem Collegium berathen. Daher suchte der ehrgeizige Zunftmeister der Zimmerleute, Ulrich Schwarz, als er in den Jahren 1475, 1476, 1477 und 1478 vier Mal hinter einander Bürgermeister geworden war, vor Allem dieses Collegium zu reformiren und dem demokratischen Elemente auch in den übrigen Collegien ein entschiedenes Uebergewicht zuzuwenden. Er wollte es durchsetzen, daß der geheime Rath mit acht, der kleine Rath aber mit achtzehn von der Gemeinde verstärkt, und im großen Rath die Anzahl der Geschlechter von 15 auf 12 herabgesetzt werden sollte. Nachdem jedoch Schwarz sein tolles Regiment einige Jahre getrieben, fiel im Jahre 1478 mit ihm selbst auch wieder seine neue Verfassung. Es blieb daher der große und kleine Rath und als eine besondere Abtheilung des letzteren der geheime Rath in seiner früheren Gestalt bis ins 16. Jahrhundert ¹³⁾.

Die Geschlechter hielten ihre Versammlungen nach wie vor auf dem Rathhause (S. 303). Früher hatte dazu jeder Altbürger Zutritt. Seit der neuen Verfassung waren indeß auch die Zunftgenossen Bürger geworden. Daher glaubten sie gleiches Recht an dem Rathhause zu haben und wollten sich deshalb auch in die Geschlechtergesellschaft eindrängen. Da jedoch zu dieser Gesellschaft niemand gehörte, der nicht in das Geschlechter Register eingeschrieben und in die Gesellschaft aufgenommen war, so wurde die Geschlechtergesellschaft im Jahre 1383 geschlossen und nur noch den Geschlechtern der Zutritt gestattet ¹⁴⁾. Um sich nun dafür zu rächen setzten die Zünfte das Verbot durch, daß die Geschlechtergesellschaften nicht mehr auf dem Rathhause gehalten werden dürften.

13) Jäger, Augoburg, p. 85—89. Ueber das tolle und blutige Regiment des Ulrich Schwarz vergl. Maßmann in Pairschen Annalen von 1833. p. 1092 ff. u. 1137—1144.

14) von Stetten, Geschl. Gesch. p. 42 u. 135.

Dies war die Veranlassung zur Gründung einer sogenannten Herrenstube in einem Privathause ¹⁵⁾).

§. 316.

In Ulm haben die Kämpfe der Zünfte bereits im 18. Jahrhundert begonnen. Schon seit Rudolf von Habsburg standen sich in Ulm zwei feindselige Parteien gegenüber, die von Oesterreich begünstigten Geschlechter und die von Baiern unterstützten Zünfte, zu welchen auch mehrere Geschlechter hielten. Der Kampf unter den beiden Parteien führte bis zu Mord und Totschlag. Seit dem Siege Kaiser Ludwigs über seinen Oesterreichischen Gegner söhnten sich die Geschlechter mit einander aus, die Zünfte dagegen, diese Vereinigung der Geschlechter fürchtend, setzten nun nur um so entschiedener ihren Kampf mit den Geschlechtern fort bis zur erreichten politischen Emancipation ¹⁾. Zwar behauptet Jäger, die Zünfte haben schon im 13. Jahrhundert Zutritt zum Stadtrath erhalten und daselbst eine eigene Zunftbank gebildet ²⁾. Dem ist aber nicht so. Die von ihm angeführten Beweisstellen beweisen dies nicht. Und das Gegentheil geht aus dem Schwörbrieft von 1327 hervor, indem nach ihm von dem alten Rath und der Altbürgerschaft („Rat vnde alle Burgere gemeinlich“) mit den Zünften contrahirt worden ist, zum Beweise, daß bis dahin die Zünfte noch nicht im Rath gesessen haben ³⁾. Ihre politische Emancipation erfolgte vielmehr erst durch die beiden Schwörbrieft von 1327 und 1345. Danach sollte die Gemeinde aus den Geschlechtern und aus 17 Zünften bestehen, der kleine Rath aber aus 32 Mitgliedern, aus 14 Rathgebern von den Geschlechtern und aus den 17 Zunftmeistern und der große Rath aus 40 Personen, 10 von den Geschlechtern und 30 von den Zünften ⁴⁾.

15) von Stetten, a. a. O. p. 136 und von Stetten, Augsburg. Gesch. I, 127 u. 144.

1) Jäger, Ulm, p. 217—231.

2) Jäger, p. 127, 188 ff. u. 206—212.

3) Schwörbrieft von 1327 bei Jäger, p. 737 u. 738.

4) Zunftbrieft von 1327 u. 1345 bei Jäger, a. a. O. p. 281, 243 ff., 738 u. 739. und bei Jäger, Magazin für die Reichsstädte, III, 294—308.

Auch in Eßlingen begannen die Kämpfe der Zünfte mit den Geschlechtern schon im 13. Jahrhundert. Erst im Anfang des 14. Jahrhunderts erhielten aber die Zunftmeister Zutritt zum Stadtrath. Bis dahin herrschten die Geschlechter, nämlich ein aus Schöffen und Rathmannen (consules) bestehender Rath. Im Anfang des 14. Jahrhunderts erhielten jedoch auch die Zunftmeister der 13 Zünfte Zutritt zum Rath und dieser bestand sodann aus 18 Geschlechtern (12 Schöffen oder Richtern und 6 Rathmannen) und aus 13 Zunftmeistern⁵⁾. Und dabei ist es auch nach der Regimentsordnung von 1316 geblieben. Um nämlich einige Ordnung in das Regiment, wie es sich bis dahin gebildet hatte, zu bringen, kamen im Jahre 1316 der Bürgermeister, Schultheiß und der Rath, dann die Bürger, Zunftmeister, Zünfte und die Gemeinde mit einander überein, daß die Bürger, d. h. die Geschlechter, und die Zünfte ihre althergebrachten Rechte behalten, der Rath also aus 18 Bürgern und aus 13 Zunftmeistern bestehen, beide Theile aber nicht mehr allein berathschlagen („keinen sondrigen Rath haben“) sollten, die Bürger nicht ohne die Zunftmeister und diese nicht ohne die Bürger. Den Bürgermeister sollten die Zunftmeister setzen und entsetzen, und die Rathsbeschlüsse den Bürgern von dem Bürgermeister in Gegenwart von zwei nicht im Rath („auswendig des Rathes“) befindlichen Bürgern und zwei Zunftmeistern, jeder Zunft aber von ihrem Zunftmeister in Gegenwart von zwei Bürgern publicirt werden⁶⁾. Zu diesem kleinen Rath, welchen man später den rechten Rath zu nennen pflegte, kam seit 1322 auch noch ein großer Rath, bestehend aus 14 Bürgern und 14 Zunftgenossen, von denen zwei, die sogenannten Zweener oder die Zween, die Vorsteher und die 12 anderen, die sogenannten Zwölfer, die Beisitzer sein sollten⁷⁾. Der Kampf der Geschlechter mit den Zünften dauerte jedoch nach wie vor fort. Denn die Geschlechter konnten sich in diese Theilung der Gewalt mit den Zünften nicht finden. Sie arbeiteten vielmehr fortwährend an dem Umsturz der neuen Verfassung und brachten es auch bei dem Rai-

5) Die Urkunden bei Pfaff, p. 94. Not. 18 u. 19. Vergl. noch Jäger, Magazin, V, 8. und oben S. 266.

6) Regimentsordnung von 1316 bei Jäger, Mag. V, 9—12.

7) Pfaff, p. 97.

ser Karl IV. endlich dahin, daß dieser jene Verfassung im Jahre 1375 aufhob⁸⁾. Sie erreichten indessen nicht ihren Zweck. Denn nach heftigen Kämpfen kam eine neue Regimentsordnung im Jahre 1376 zu Stand, welche auf möglichste Gleichstellung der Bürger und Zunftgenossen berechnet, den Geschlechtern weit weniger günstig war als die erste. Die beiden Räte sollten zwar wie früher, der große Rath aus 14 Bürgern und 14 Zunftgenossen, nämlich aus den Zweiern und Zwölfern, und der kleine Rath aus 12 Richtern, 6 Rathsherren und aus den 13 Zunftmeistern bestehen, allein jedes Jahr neu gewählt werden. Auch sollte die Wahl des kleinen Rathes durch sieben, theils aus den Bürgern theils aus den Zünften genommenen, Wahlherren vorgenommen werden, und die aus dem Rath Austretenden erst im dritten Jahr wieder wählbar sein. Endlich ward es nun den Zunftmeistern und auch den Rathsherren gestattet, sich allein zu berathen, nur sollten die Zunftmeister zwei Rathsherren und diese zwei Zunftmeister zu ihren Sonderberathungen beiziehen⁹⁾. Und noch weiter wurden die Rechte der Zünfte durch eine dritte Regimentsordnung von 1392 erweitert, indem sie verordnete, daß die Räte nicht mehr jedes Jahr gewechselt werden, die alten vielmehr bleiben sollten, bis die 13 Zunftmeister die Erklärung abgäben, daß wegen Alter, wegen Krankheit oder aus einem anderen Grunde eine Neuwahl nothwendig sei¹⁰⁾. Zwei weitere Regimentsordnungen von 1401 und 1414 enthielten noch einige untergeordnete Verfügungen. Und dann herrschten die Zünfte bis 1552, in welchem Jahre Karl V. auch in Eßlingen das Zunftregiment aufhob¹¹⁾.

In Schwäbisch Hall erhielt die Stadt, nach heftigen Kämpfen unter den Bürgern, eine von Kaiser Ludwig dem Baier bestätigte Wahlordnung, nach welcher der Rath aus 26 Mitgliedern bestehen sollte, nämlich aus 12 Bürgern, welche Richter oder Schöffen sein sollten, aus sechs Mitterbürgern und aus acht Handwerkern. Dieser Rath sollte jedes Jahr einen Bürgermeister aus seiner

8) Pfaff, p. 99.

9) Regimentsordnung von 1376 bei Jäger, Mag. V, 14—19.

10) Regimentsordnung von 1392 bei Jäger, V, 19—24.

11) Jäger, V, 24—26. Vergl. Pfaff, p. 99—103.

Mitte wählen und die abgegangenen Mitglieder selbst wieder ergänzen ¹²⁾).

§. 317.

Der Stadtrath von Basel bestand ursprünglich bald aus 4 Rittersn und 11 Bürgern, bald aus 11 Rittersn und 21 Bürgern ¹⁾), seit der Handfeste von 1260 aber aus sechzehn Personen und zwar aus acht Rittersn und acht Bürgern, den späteren Ahtbürgern ²⁾), welche zur Hälfte aus der Partei der Papageien und zur anderen Hälfte aus der Partei der Sternträger genommen werden sollten ³⁾). Diese Zusammensetzung des Rathes war aber nicht von langer Dauer. Denn bereits im 14. Jahrhundert bestand derselbe nur noch aus vier Rittersn und aus acht sogenannten Ahtbürgern ⁴⁾) Auffallend ist es zwar, daß bereits schon im 13. Jahrhundert öfters nur 4 Ritter unter den Gerichtszeugen genannt werden. Es kann jedoch daraus um so weniger mit Heusler auf eine schon damals bestehende Besetzung des Rathes mit nur 4 Rittersn geschlossen werden ⁵⁾), als auch unter den Gerichtszeugen öfters nur 3 Ritter vorkommen, und überhaupt von Gerichtszeugen nicht auf Rathsherren geschlossen werden kann. Jene Fixation der Ritter auf die Anzahl vier erfolgte wahrscheinlich im Jahre 1308, als nach der Ermordung König Albrechts die Mönche, Schaler und andere Anhänger des ermordeten Königs aus der Stadt verbannt worden waren. Durch die Verbannung der Partei der Papageien wurden nämlich vier ritterliche Rathsherren Stellen erlediget. Statt nun die im Rath entstandene Lücke durch andere Ritter zu ergänzen, zog man es vor zu dem Ende die vier ersten Zünfte beizuziehen ⁶⁾).

12) Alte Ballordnung von 1840 bei Koenigsthal, I, 2. p. 5 u. 6.

1) Basel im 14. Jahrhundert, p. 370.

2) Urk. von 1263 bei Döps, I, 385.

3) Albert. Argentinens. chron. bei Urstisius, II, 113. — et quod tot milites et tot probi cives in consilium de una parte, sicut de reliqua, sumerentur.

4) Urk. von 1370 bei Döps, I, 376.

5) Heusler, p. 155 u. 156.

6) Döps, II, 16—19.

Schon seit der Mitte des 13. Jahrhunderts gehörten nämlich die Kaufleute, Weinhändler (Weinleute), Krämer (institores) und Hausgenossen, wenigstens im weiteren Sinne des Wortes, zur Bürgerschaft. Sie wurden *cives* genannt und mit den Rittern als Gerichtzeugen und Urtheilsfinder bei den öffentlichen Gerichten beigezogen⁷⁾. Als daher die Oesterreichisch gesinnten Ritter aus der Stadt vertrieben worden waren, so ergänzte man die im Rath entstandene Lücke durch sie, theils um den Oesterreichischen Einfluß zu brechen, theils um sie als Anhänger des Bischofs zu belohnen und die bischöfliche Partei zu verstärken. Da nun diese vier Zünfte früher als die übrigen Zutritt zu dem Stadtrath erhalten hatten, so blieben sie auch späterhin noch die ersten im Rang. Sie wurden die Herrenzünfte und die aus ihnen genommenen Mitglieder des Rathes Herren genannt, während die Rathsglieder der übrigen Zünfte den Titel Meister erhielten⁸⁾. Außerdem pflegten aber in besonders wichtigen Fällen seit dem 13. Jahrhundert auch noch die Zunftmeister der übrigen Zünfte und der Oberstzunftmeister beigezogen zu werden⁹⁾.

Einen regelmäßigen Zutritt zum Rath erhielten die übrigen Zünfte jedoch erst um das Jahr 1337. Denn bereits nach der Handfeste von 1337 sollten die acht Riesen einen Rath von Rittern, von Bürgern und von Handwerkern Riesen¹⁰⁾. Und der Stadtrath bestand seitdem aus vier Rittern, aus acht Bürgern und aus fünfzehn von den Zunftmeistern verschiedenen Handwerkern oder den sogenannten Zunftstrathsherren¹¹⁾. Ein eigentliches Zunftregiment ist jedoch auch dadurch noch keineswegs entstanden. Das Stadttregiment blieb vielmehr nach wie vor in den Händen der Geschlechter, indem diese alle Wahlen in Händen hatten. Nach den Handfesten von 1337 und 1399 und wahrscheinlich auch schon nach den früheren nicht mehr vorhandenen Handfesten war nämlich die Rathswahl in folgender Weise bestimmt. Der alte oder abgehende Rath („der erren Raht“) sollte sechs Riesen, zwei Dienstmanne

7) Urk. von 1253 u. 1258 bei Döb, I, 885, 887 u. 889.

8) Döb, II, 110—118.

9) Urk. von 1296, 1317 u. 1318 bei Döb, II, 12, 13 u. 26.

10) Handfeste von 1337 bei Wadernagel, Bischofsrecht, p. 24.

11) Döb, I, 375—377, II, 44—46. Heusler, p. 194—197.

oder Ritter und vier Bürger (Achtbürger) wählen, und diese sechs Kießer sodann noch zwei Domherren ernennen¹²⁾. Die acht Kießer, welche den neuen Rath zu wählen hatten, bestanden demnach aus zwei Domherren, welche gewissermaßen das Bisthum oder die Landeshererschaft repräsentirten, und aus sechs, theils Ritter= theils ritterbürtigen Geschlechtern. Der alte aus Rittern und Geschlechtern bestehende Rath wählte also mittelst der von ihm ernannten Kießer den neuen Rath. Dazu kam, daß auch der Bürgermeister ein Ritter sein mußte. Die ganze Errungenschaft der Zünfte bestand demnach nur darin, daß auch aus jeder Zunft ein Handwerker von den aus Rittern und Geschlechtern bestehenden Kießern gewählt werden sollte. Der einmal begonnene Kampf der Zünfte mit den Geschlechtern hörte indessen nun nicht mehr auf. Er dauerte das ganze 14. und 15. Jahrhundert fort bis ins 16.

Aus Mißtrauen gegen die Geschlechter und gegen den Bischof selbst wurde, wiewohl nur vorübergehend, das Ammeisteramt eingeführt¹³⁾, vielen Rittern das Bürgerrecht aufgekündigt¹⁴⁾, der Bürgermeister eine Zeit lang nicht mehr aus den Rittern, vielmehr aus den Achtbürgern genommen¹⁵⁾ oder statt eines Bürgermeisters von den Rittern ein bloßer Statthalter des Bürgermeisterthums aus den Zünften und später sogar der Bürgermeister selbst aus den Zünften genommen, wobei der Mangel an Rittern meistentheils als Vorwand gedient hat¹⁶⁾. Und im Jahre 1382 wurden auch noch die Zunftmeister regelmäßige Mitglieder des Stadtraths. Seit etwa 1337 hatten nämlich die Zünfte, wie wir gesehen, einen Stellvertreter, einen sogenannten Zunftstrathsherrn, in dem Rath. Auch wurden bereits seit dem 13. Jahrhundert die Zunftmeister zuweilen zu einzelnen wichtigen Verhandlungen beigezogen. Einen ständigen Beisitz im Rathe erhielten die Zunftmeister jedoch erst im Jahre 1382. Veranlaßt ward diese wichtige Veränderung in der Verfassung, wie es scheint, durch das Be-

12) Handfeste von 1337 bei Wadernagel, Bischofsrecht, p. 24. und von 1399 bei Döb, I, 366—368.

13) Heusler, p. 277 ff. Döb, II, 285 ff., 292 Not., III, 69 ff. u. 123.

14) Heusler, p. 273. Döb, II, 310 u. 311.

15) Döb, II, 226, 312 u. 315. Heusler, p. 273.

16) Döb, IV, 731, 762 u. 1501.

streben den damals sehr großen Einfluß der Herzoge von Oesterreich zu brechen, welchen die Rittergeschlechter fortwährend anhängen. Daher ist auch die neue Verfassung wahrscheinlich niemals vom Kaiser genehmigt worden, wiewohl ihre Bestätigung mehrmals nachgesucht worden ist¹⁷⁾. Es saßen demnach nun im Rathe außer dem Bürgermeister, der in der Regel ein Ritter, und außer dem Oberstzunftmeister, der allzeit ein Achtbürger war, vier Ritter, acht Achtbürger, fünfzehn Zunftstrathsherren und fünfzehn Zunftmeister, also im Ganzen 44 Personen. Die Zünfte hatten daher bereits eine doppelte Vertretung im Rath. Dazu nahm ihr Einfluß und ihre Unabhängigkeit von allem fremden Einfluß tagtäglich noch zu, während mit der Anzahl der Ritter und Achtbürger auch ihr Einfluß abnahm. Noch das ganze 14. Jahrhundert hindurch saßen nämlich vier Ritter und acht Achtbürger im Rath. Als späterhin Mangel an Rittern entstand suchte man fremde Ritter in die Stadt zu ziehen, um wenigstens einen ritterbürtigen Bürgermeister wählen zu können¹⁸⁾. Seit dem 15. Jahrhundert war aber die Anzahl der Ritter und der Achtbürger im Rath niemals mehr vollständig¹⁹⁾. Im Jahre 1500 saßen darin nur ein einziger Ritter und sechs Achtbürger und im Jahre 1501 gar nur noch fünf Achtbürger und kein einziger Ritter²⁰⁾. Um nun den Einfluß der Zünfte mehr und mehr noch zu heben ward im Jahre 1383 das Ammeisteramt errichtet²¹⁾ und im Jahre 1386 den Zunftmeistern gestattet, so oft sie es für nothwendig hielten, den Rath zu verlassen um sich frei von allem fremden Einflusse vor ihrer Abstimmung im Rathe unter sich oder mit den Zünften zu berathen. Auch hatten aus eben diesem Grunde die Oberstzunftmeister und die Rathsherren von den Zünften dieses Recht nicht, weil die Oberstzunftmeister von dem Bischof ernannt und die Zunftstrathsherren von den acht Riefern gewählt wurden, beide also von fremdem Einflusse nicht frei waren²²⁾. Auch fing man um dieselbe

17) Ochs, II, 257—266.

18) Ochs, IV, 445 u. 458. Heusler, p. 415—417.

19) Ochs, V, 8, 9 u. 37.

20) Ochs, IV, 781 u. 762. Heusler, p. 417.

21) Ochs, II, 287.

22) Verordn. von 1386 u. 1410 bei Ochs, II, 300, 301, III, 74.

Zeit an außer den Zünstemeistern auch noch die übrigen Zunftvorsteher, die Sechser, öfters sogar die alten und neuen Sechser, also die zwölf Sechser zur Gesetzgebung und bei anderen wichtigen Verhandlungen beizuziehen und dadurch den Rath zu einem großen Rath zu erweitern²³⁾. Man nannte daher diesen großen Rath öfters auch die Sechs²⁴⁾, oder auch, weil er die Gemeinde vertrat, die Gemeinde oder Gemeind²⁵⁾.

Ein eigentliches Zunftregiment hatte man jedoch immer noch nicht, so lange noch die Bürgermeister aus der Ritterschaft genommen, und die städtischen Aemter vorzugsweise mit Rittern und Achtbürgern besetzt werden sollten, und so lange noch die Geschlechter die Wahlen in den kleinen Rath in ihren Händen hatten. Sogar durch die Beiziehung der Sechser wurde der Charakter des Stadtreiments nicht geändert, da die Nothwendigkeit ihrer Beiziehung nicht gesetzlich bestimmt war, die Beiziehung vielmehr von dem Gutdünken des kleinen Rathes, also von den Geschlechtern abhing. Die Verfassung war und blieb daher das ganze 14. und 15. Jahrhundert eine sehr lästige Oligarchie. Das Mißtrauen der Bürgerschaft gegen den Rath dauerte demnach fort, und führte im Jahre 1402 wieder zu einem neuen Aufstand²⁶⁾. Erst durch die neuen Siege der Zünfte im Anfang des 16. Jahrhunderts ward das Regiment zu einem wirklichen Zunftregiment. Durch ein Gesetz von 1506 erhielten nämlich die beiden Rätze, der alte und neue Rath, das Recht den Bürgermeister und zwar geeigneten Falles auch aus den Zünften zu wählen, und die neuen Rätze allein das Recht die Rießer zu ernennen, nöthigenfalls ebenfalls aus den Zünften²⁷⁾. Ein weiteres Gesetz von 1515 entzog den Geschlechtern (der hohen Stube) alle ihre Vorrechte bei Besetzung der Aemter und unterwarf sie den Wache- und anderen Diensten²⁸⁾,

23) Urk. von 1385 u. 1386 bei Döb, II, 292, 301 u. 320.

24) Instruktion von 1499 bei Döb, IV, 650. „begehrten vor den großen Rath, den man nennt die Sechs.“ Vergl. p. 651. Rathserkenntniß von 1485, eod. V, 6 f. und 305.

25) Döb, III, 478, IV, 650, V, 6. Heusler, p. 382.

26) Heusler, p. 375.

27) Döb, V, 263—266. Heusler, p. 418—422.

28) Döb, V, 301—312. Heusler, p. 423—425.

um die Gleichheit Aller, der Geschlechter wie der Zünfte, herzustellen oder, wie ein Rathserkenntniß von 1515 sagt, „damit der „Hohe und der Niedere, der Reiche und der Arme gleichlich gehalten werden.“²⁹⁾ Der Hauptfieg der Zünfte erfolgte aber im Jahre 1521. Es wurde nämlich von dem großen Rath verordnet, daß dem Bischof kein Huldigungsseid mehr geleistet, sondern nur noch der Eidgenossenschaft, zu welcher Basel seit 1501 gehörte, geschworen werden solle; daß die alte Bürgermeister- und Rathswahl abgeschafft sein und der neue Rath von dem Rath, der dieses Jahr neu war, die beiden Häupter der Stadt (der Bürgermeister und der Oberstzunftmeister) aber von beiden Räten (dem neuen und alten Rath) gewählt werden sollten, ohne Zuziehung der Ritter und Domherren und ohne den Bischof auch nur der Form nach noch um einen Bürgermeister und Rath zu bitten; daß von dem Bürgermeister und Oberstzunftmeister „weder Ritterstand noch „Stubenrecht“ verlangt werden sollte, diese vielmehr auch aus den Handwerkern gewählt werden könnten; daß kein Lehenmann mehr in den Rath gewählt werden dürfe, ehe er sein Lehen aufgegeben habe; daß von den Bürgern von der hohen Stube, also von den Geschlechtern, welche kein Lehen hatten, nur zwei Rathsherren in den Rath gewählt werden sollten und zwar nicht mehr von der Stube selbst, sondern von dem Rath; daß die Bekanntmachung der neugewählten Rathsherren und der beiden Häupter der Stadt und deren Beeidigung nicht mehr wie früher in dem Bischofshofe, vielmehr auf dem St. Petersplatze und im Schützenhause vorgenommen und dem Bischof dazu nicht mehr der Zutritt gestattet werden solle; daß auf jeder Zunft die Meister und alten und neuen Sechser den Zunftmeister wählen sollen; daß endlich der Bürgereid in den Zunfthäusern von dem Oberstzunftmeister abgenommen werden solle³⁰⁾. Auf diese Weise erhielt Basel ein vollständiges Zunftregiment und mit diesem die bürgerliche Gleichheit und die Freiheit von dem Bischof. Die zwischen der Bürgerchaft und dem Rathe bestehende Verstimung dauerte aber nach wie vor fort. Denn durch die vermehrte Gewalt des Rathes, indem der abtre-

29) Dds, V, 302.

30) Dds, V, 347—352. Heusler, p. 427—430.

tende Rath den neuen wählte und beide Rätthe factisch nur ein Ganzes bildeten, ward der oligarchische Druck nur noch vermehrt und daher die zwischen Bürgerschaft und Rath bestehende Kluft nur noch erweitert.

§. 318.

Auch in Zürich herrschten ursprünglich die Geschlechter. Daher waren nur Ritter und ritterbürtige Bürger rathsfähig, beide aber ganz gleich berechtigt (§. 140). Der Stadtrath bestand aus 12 Rätthen. Zur Zeit des Richtebriefes dauerte ihr Amt nur vier Monate. Es mußten demnach drei Mal im Jahre 12 neue Rätthe, also für das ganze Jahr 36 Rätthe gewählt werden. Die Wahlzeit war um Weihnacht, um Ostern und im Anfange des Herbstes. Man nannte daher jene drei Rätthe, welche sich in das Jahr theilten, den Fastenrath, Sommerrath und Herbstath (*consules quadragesimales; estivales und auctumnales*). Und diese drei Rätthe blieben bis zur Brunischen Revolution im Jahre 1336¹⁾. Diese 12 Rätthe hatten die laufenden Geschäfte und die anderen minder wichtigen Angelegenheiten zu besorgen. Bei wichtigeren Angelegenheiten mußten die Bürger beigezogen werden. Auch war es der Minorität im Rathe gestattet, die wichtigeren Sachen an die Bürger zu ziehen, das heißt eine beliebige Anzahl Bürger beigeziehen, um sich mit ihnen zu berathen. Die anfangs unbestimmte Zahl von beigezogenen Bürgern²⁾ wurde später auf einhundert und sodann auf zwei hundert festgesetzt³⁾ und im Jahre 1335 verordnet, daß die ausgetretenen Rätthe des vorigen Jahres sich stets unter den beigezogenen Bürgern befinden sollten⁴⁾. Was anfangs Sitte war, wurde später zur Gewohnheit. Und so ist denn aus diesen beigezogenen Bürgern der große Rath hervorgegangen. Er wurde auch später noch die Zweihundert genannt, wie-

1) Richtebrief III, 1—4 u. 35. Viele Urkunden bei Gottinger im Schweiz. Museum, I, 45 u. 67—69. Bluntschli, I, 155 u. 323 und Kopp, Gesch. II, 36.

2) Richtebrief, II, 1, III, 49 u. 50.

3) Richtebrief, III, 4, IV, 53.

4) Bluntschli, I, 163—165 u. 322.

wohl er mit den 12 Rätthen aus 212 Mitgliedern bestand. Verschieden von der Beiziehung der 100 bis 200 Bürger war die Beiziehung aller Bürger oder der gesammten Bürgerschaft. Dies geschah jedoch nur bei Sachen von der allerhöchsten Bedeutung ⁵⁾.

Die Handwerker hatten noch im Anfang des 14. Jahrhunderts keinen Antheil an dem Regiment. Nach und nach hatte jedoch auch ihre Zeit gereift. Nachdem sie seit dem 12. Jahrhundert durch ihre Thätigkeit reich und mächtig geworden waren, stand im Anfang des 14. Jahrhunderts auch in Zürich, wie in anderen Städten, ein unzufriedener und emporstrebender Handwerksstand den Geschlechtern gegenüber. Die bereits bestehende Gährung wurde vermehrt durch die strengen Verordnungen gegen die Bildung von Zünften und Innungen, durch eine schmählische Behandlung der armen Leute, durch eine partiische Rechtspflege und durch die Vergeudung des Stadtgutes ⁶⁾. Zum Ausbruch kam jedoch die langjährige Bewegung erst im Jahre 1336, als die Unzufriedenen in dem Ritter Rudolf Brun ein Parteihaupt gefunden hatten, welches mit der Klugheit eines Diplomaten das organisatorische Talent eines Staatsmannes verband. In dem kurzen Zeitraum vom Mai bis in den Juli 1336 erfolgte aber sodann der Aufstand und der Zusammentritt der meistentheils aus Handwerkern bestehenden Gemeinde, die Uebertragung einer außerordentlichen Gewalt an Brun, die Berathung und Annahme der neuen Verfassung, die Wahl Bruns zum lebenslänglichen Bürgermeister, die Wahl der neuen Rätthe und die Aburtheilung der alten Rätthe. Und man nannte diese Umwälzung die Brunische Neuerung.

Nach der neuen Verfassung wurde die gesammte Bürgerschaft in zwei Theile, in die Constabel und in dreizehn Zünfte getheilt. Zur Constabel gehörten alle Ritter und alle ritterbürtigen Geschlechter, welche von ihren Renten lebten, also alle alten rathsfähigen Geschlechter. Um ihre durch Verbannung geschwächte Zahl zu ergänzen, hatte Brun die Großhändler und die Gewand Schneider

5) Richtebrief, II, 17 u. 18. Bluntschli, I, 162 u. 163.

6) Richtebrief, IV, 20. Geschworne Brief von 1336. Hottinger im Schweizer Mus. I, 37—46. Bluntschli, I, 321 u. 322.

(die sogenannten Tuchherren), sodann die Wechsler, Goldschmiede und Salzleute mit der Constafel vereinigt und auf diese Weise die alten gebornen Aristokraten durch neue Aristokraten ergänzt und verstärkt. Nur die Constafler führten und bewachten das Stadtbanner. Aus ihnen wurden dreizehn Rathsherrn gewählt, welche mit den 13 Zunftmeistern den neuen halbjährigen Rath bildeten. Man nannte die zwei jährlich wechselnden Räte der neuen Verfassung *consules baptistales* und *natales*⁷⁾. An der Spitze der Constafel stand der Bürgermeister selbst. Neben diesem aristokratischen Element stand in den Zünften das demokratische. An der Spitze jeder Zunft stand ein auf ein halbes Jahr gewählter Zunftmeister, welcher die Zunft im Stadtrath vertreten und die Zunftgenossen im Kriege anführen sollte. Jede Zunft hatte ihr eigenes Banner. Ob sämtliche Zünfte unter einem eigenen Hauptmann gestanden, wird nicht gesagt. Zwei Handwerke bildeten zwar Gesellschaften aber keine vollberechtigte Zünfte. Sie mußten unter dem Oberbefehl des Bürgermeisters mit dem Stadtbanner ausziehen, gehörten jedoch nicht zur Constafel. Sie blieben demnach in derselben Lage wie vor der Brunischen Neuverfassung alle Handwerker. Ueber beiden sich im Gleichgewichte haltenden aristokratischen und demokratischen Elementen stand noch ein drittes, ein monarchisches Element, ein lebenslänglicher unverantwortlicher Bürgermeister⁸⁾.

Diese neue Verfassung wurde zwar späterhin noch mehrmals verändert, z. B. die Zahl der Zünfte im Jahre 1448 auf 12 herabgesetzt und durch die Walbmannische Verfassung im Jahre 1498 der große Rath, bestehend aus 212 Mitgliedern, an die Spitze der Verfassung gestellt, der kleine Rath verdoppelt und die Zahl der Rathsherrn aus der Constafel auf sechs beschränkt⁹⁾. In ihren Grundzügen hat sich jedoch die Brunische Verfassung bis ins Jahr 1798, also 450 Jahre hindurch erhalten, der beste Beweis von der staatsmännischen Größe Rudolf Bruns.

7) Gottinger, l. c. I, 46. Not.

8) Geschworne Brief von 1336. Gottinger, l. c. p. 49—53. Bluntschli, I, 323 u. 324.

9) Geschworne Brief von 1489. Bluntschli, I, 355 u. 357—361.

§. 319.

Eben so herrschten in Bremen die alten Geschlechter. Die Bürgerschaft bestand aus den in der Stadt ansässigen bischöflichen Ministerialen und aus anderen ritterbürtigen Geschlechtern. Sie allein besetzten den aus 12 Rathsherren bestehenden Rath und die übrigen Stellen¹⁾. Ein solches auf bloßen Grundbesitz gestütztes Regiment konnte jedoch in einer Handelsstadt nicht lange bestehen. Die Ermordung eines bei den Zünften beliebten Geschlechters, Arend's von Gröpelingen, führte im Anfang des 14. Jahrhunderts zu einem Aufstande der Zünfte und zur Vertreibung der verhassten Geschlechter im Jahre 1308²⁾. Die zurückgebliebenen Geschlechter vermengten sich mit den übrigen Bürgern und bildeten sodann mit den Handwerkern eine Gemeinde. Es dauerte jedoch noch lange Zeit bis auch die nun rathsfähigen Handwerker wirklich in den Rath eintraten. Denn man suchte ihre Wahl auf jegliche Weise, unter Anderem auch durch das Gebot zu hintertreiben, daß alle Handwerker, welche Rathmanne werden wollten, ihr Handwerk aufgeben und von ihren Renten leben sollten. Zu einem Zunftregiment konnte es aber unter diesen Umständen natürlich nicht kommen³⁾. Seit dem im Jahre 1308 über die alten Geschlechter erungenen Siege sind zwar auch die Handwerker rathsfähig gewesen. Auch findet man bereits im Jahre 1330 Handwerker im Rathe. Und auch nach dem Statute von 1330 blieben sie rathsfähig. Denn jeder freigeborne 24 Jahre alte Mann konnte Rathmann werden. Da jedoch auch nach diesem Statute noch jeder Handwerker, der Rathmann werden wollte, sein Handwerk aufgeben sollte, („So wele ammetman ratman wolde wesen, de scal sines ammetes vor-tighen unde nen ammet oven“), so waren die Handwerker mit dieser Verfassung natürlich nicht zufrieden⁴⁾. In der Mitte des 14. Jahrhunderts kam es daher wieder zu neuen Aufständen. Die unter dem Namen der granden Compagnie vereinigt

1) Donandt, I, 245 u. 246.

2) Delrichs, p. 60—62. Donandt, I, 252.

3) Donandt, I, 250 ff.

4) Statut von 1330 bei Delrichs, Sammlung der Gesetzbücher, p. 68.

ten Zünfte verbündeten sich mit dem Erzbischof gegen den Rath und siegten im Jahre 1366 durch Verrath. Und über Hundert neue Rathmänner wurden nun aus den Zünften in den Rath gewählt. Allein schon vier Wochen nachher wurde die alte Verfassung wieder hergestellt. Es mußten die Zünfte sich einer beständigen Controle einiger Mitglieder des Raths (der Morgensprachherren) bei ihren Versammlungen unterwerfen, und alle Bürger schwören, dem Rath gehorsam zu sein⁵⁾. Die durch diese Verfassung gedemüthigten Zünfte kamen aber nicht zur Ruhe. Schon im Jahre 1398 wurde wieder an der Verfassung geändert. Der Rath sollte aus 24 Personen, aus 4 Bürgermeistern und 20 Rathmännern bestehen⁶⁾. Aber schon 30 Jahre nachher, im Jahre 1428, wurde abermals, und dieses Mal im Sinne der Handwerker geändert. Der Rath sollte aus zwei Bürgermeistern und aus 12 Rathsherren bestehen, die Wahl der Handwerker aber keiner Beschränkung mehr unterworfen sein⁷⁾. Allein auch diese demokratische Verfassung war nur von ganz kurzer Dauer. Denn unter der Vermittelung des Erzbischofs und einiger benachbarten Fürsten und Städte kam schon im Jahre 1433 ein neuer Vergleich und mit ihm eine neue Verfassung zu Stand, nach welchem der Rath volle Gewalt erhielt und alle demokratischen Elemente beseitiget wurden⁸⁾.

§. 320.

In Regensburg gehörten die Handwerker schon seit dem 13. Jahrhundert zur Gemeinde. Sie wurden zuweilen sogar schon Bürger genannt¹⁾. Das volle Bürgerrecht hatten sie jedoch damals noch nicht. Das Stadtrecht lag vielmehr hier wie

5) Die Urkunden von 1366 in *Assertio libert. Bremens.* p. 706 – 710.

6) Statut von 1398 bei Delrichs, p. 147.

7) Statut von 1428 bei Delrichs, p. 397 ff. Böhmert, *Geschichte des Zunftwesens*, p. 9.

8) Vergl. über diesen wenig interessanten Verfassungswechsel Donandt, L. 252 – 297. Böhmert, p. 7 – 10. Vieles ist jedoch noch nicht aufgeklärt, vieles vielmehr im Dunkeln.

1) Rathsschluß von 1244 bei Freyberg, *Sammlung*, V, 89. — „unser burger von ir handwerch genant Ghudermaner.“ — Gemeiner, L. 849.

in anderen alten Städten in den Händen der Geschlechter, und zwar seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts fast ausschließlich in den Händen des mächtigen Geschlechtes der Auer. Die Allgewalt der Auer führte aber zu Reibungen unter den Geschlechtern. Die Verbannung Dietrichs von Au im Jahre 1326 mag wenigstens theilweise eine Folge dieser Reibungen gewesen sein ²⁾. Um sich zu behaupten stellten sich die Auer an die Spitze der Handwerker, wie dieses ehrgeizige Geschlechter auch in anderen Städten gethan haben. Ein an und für sich unbedeutender Aufstand der Handwerker gegen einen verhaßten Bürger gab hiezu im Jahre 1330 die sehr erwünschte Veranlassung. Angeblich um Rechenschaft über die Verwendung des Stadtgutes zu erhalten vereinigten sich die Auer mit den Handwerkern. Auch andere Geschlechter traten dem Bunde bei, so daß schon im Juli 1330 der Bund außer den Handwerkern aus 200 Bürgern bestand, und die neue Verfassung durch zwei Bundbriefe von 1330 und 1331 geordnet werden konnte ³⁾. Die Auer herrschten nun ganz unumschränkt in der Stadt, und nur zu bald bemerkten die Handwerker, daß sie getäuscht worden seien. Dazu kam, daß ein Theil der unterdrückten Geschlechter die Stadt verlassen und sich mit dem Landadel vereinigt hatte, um die Stadt förmlich zu befehlen. Als sich nun auch noch innerhalb der Stadt ein Einverständniß der gestürzten Geschlechter mit den Auer gezeigt hatte und diese sich ganz offen mit einander vereinigten, da stieg das anfängliche Mißtrauen bis zur äußersten Verstimmung. Zum Aufstand kam es jedoch erst im Jahre 1334. Dann mußten aber die Auer, um sich gegen die Volksmuth zu retten, die Stadt verlassen, und die Herrschaft war für sie für immer dahin ⁴⁾.

Ueber den Antheil, welchen die Günstige damals an dem Regiment erhalten, sind wir nicht ganz im Klaren. Gemeiner hat diesen Punkt, wohl aus Mangel an Urkunden, nicht gehörig erörtert, auch nicht, wie wir sehen werden, richtig verstanden. Und die Darstellung, welche Arnold ⁵⁾ nach Gemeiner gegeben hat, ist

2) Gemeiner, I, 534.

3) Gemeiner, I, 544—551. Brief von 1331 bei Freyberg, V, 109—114.

4) Gemeiner, I, 551—566.

5) Verfassungsgeschichte der Freistädte, II, 396—408.

- selbst nach diesem nicht richtig. Gewiß ist nur so viel, daß nun auch die Kaufleute und Handwerker zur Bürgerschaft gehört und Zutritt zu den Gemeindeversammlungen erhalten und diesen auch in späteren Zeiten behalten haben. Anfangs scheint jedes Handwerk nur durch vier Abgeordnete, durch die sogenannten Vierer, in diesen Versammlungen vertreten worden zu sein. Denn in mehreren Gemeindebeschlüssen von 1334 wird nur dieser Vierer, im Ganzen also, da es dreizehn Zünfte waren, der zwei und fünfzig Handwerker gedacht ⁶⁾. Diese Beschränkung auf die Vierer scheint jedoch von keiner Dauer gewesen zu sein. Denn es wird ihrer nicht oft und später gar nicht mehr erwähnt. Bei den verschiedenen Gemeindeversammlungen war vielmehr ihre Anzahl sehr verschieden ⁷⁾. Im Jahre 1485 wohnten einer solchen Versammlung bei 6 Wollenwirker, 2 Kürschner, 8 Schneider, 6 Schuster, 4 Fleischhacker, 4 Schmiede, 3 Wagner, 5 Parchanter (offenbar Parchentmacher, die das Gölsch oder Kölnisch bereiteten) ^{7a)}, 5 Bäcker, 13 von der Kramerbruderschaft, 6 Schlosser, 4 Rüfer, 3 Lederer, 5 Bader, 2 Goldschmiede, ein Sägmüller, ein Bildschnitzer, ein Seidennater (Seidennäher), 2 Tuchscherer, dann sechs von den Bauern der Stadt und noch zwölf andere Gemeindeglieder ⁸⁾. Von einer regelmäßigen Vertretung jeder Zunft war demnach jedenfalls nicht mehr die Rede. Es scheint vielmehr, daß jeder Handwerker, wie überhaupt jeder Bürger, zu den Gemeindeversammlungen Zutritt gehabt habe, woher es sich auch erklärt, warum die Zahl der anwesenden Bürger so oft gewechselt hat. Denn es waren bald

6) Gemeindebeschuß von 1334 bei Freyberg, V, 116. „Wir, der Rat und alle gemain der Burger.“ Es ist demnach von einer Gemeindeversammlung und von keinem Stadtrath die Rede. Und dann heißt es weiter: „und auch mit den zwain und funfzig manne aus den Pantewerch Lauten, die ze den Zeiten die vier under in hiezzen und waren.“ Also hatten diese 52 Handwerker Zutritt zur Gemeindeversammlung. Vergl. noch Gemeiner, I, 547, II, 1 u. 2.

7) Gemeindebeschlüsse von 1333, 1338 u. 1339 bei Gemeiner, I, 563 u. 564, II, 12, 13 u. 18.

7a) Vergl. Gemeiner, IV, 45. mit Schmieller, II, 32.

8) Gemeiner, III, 700.

500, 350, 150, 136, 127 oder 98 anwesend, bald aber auch nur einige wenige Bürger⁹⁾).

Zu dem Stadtrath erhielten jedoch die Zünfte, wie ich glaube, im 14. Jahrhundert noch gar keinen Zutritt, wiewohl dieses Hüllmann¹⁰⁾ und Arnold annehmen. Im 13. Jahrhundert und auch noch im Anfang des 14. hat es nämlich in Regensburg nur einen Rath gegeben, und zu diesem haben die Zünfte niemals Zutritt erhalten. Dieser Rath bestand aus sechszehn Mitgliedern und wird daher öfters der Rath der Sechszehner, die Sechszehner des Rathes oder die Sechszehner¹¹⁾, insgesamt jedoch der Rath ohne Beisatz oder der Rath der Bürger genannt¹²⁾, und später zum Unterschiede von dem mittlerweile entstandenen äußeren Rath der innere oder kleine Rath. Ein äußerer oder großer Rath hat aber auch im Anfang des 14. Jahrhunderts noch nicht bestanden. Denn es ist immer nur von dem Rath der Sechszehner oder dem Rath ohne Beisatz und neben ihm von der Gemeinde die Rede¹³⁾. Zwar hält Gemeiner¹⁴⁾

9) Gemeiner, I, 430, 484—486, 564, II, 18, 65, 95, 349. Gemeindebeschuß von 1331 bei Freyberg, V, 112—114.

10) Städtewesen, III, 551.

11) Rathsbeschlüsse von 1259, 1295, 1303 u. 1383 bei Gemeiner, I, 381, 440, 456 u. 563. Rathsbeschlüsse von 1259 u. 1303 bei Freyberg, V, 94 u. 97. Oefters werden auch die Namen der 16 Rathsherren genannt, z. B. in Raths- und Gemeindebeschlüssen von 1312, 1351, 1354, 1355, 1371, 1390 u. 1400 bei Gemeiner, I, 484, II, 65, 79, 84, 164, 271 u. 349.

12) Gemeindebeschuß von 1290 bei Gemeiner, I, 430. Rathsbeschlüsse von 1244, 1314 u. 1315 bei Freyberg, V, 89, 91 u. 95.

13) Urf. von 1259 bei Freyberg, V, 94. — „Die Sechzechen des Rates und „ander purgaer.“ — Urf. von 1315, eod. p. 89 u. 91. — „Der Rat „und die gemein der burger.“ Und es werden sodann 40 von der Gemeinde namentlich genannt mit dem Beisatz: „und andere ein mischeltail“ Vergl. Gemeiner, I, 351, 381, 454 u. 480. Urf. von 1320 bei Freyberg, V, 103. „Purgermeister, der Rat und alle Gemeine der purger.“ Dann werden mit Namen genannt „von dem Rat“ 13 Personen und „von der gemein“ acht. Urf. von 1331 bei Freyberg, V, 109. „Purgermeister, der Rat und alle gemein der Burger.“ Am Ende werden 98 Bürger mit Namen genannt.

die Gemeine für einen äußeren Rath und spricht sogar in den Jahren 1371 und 1386 noch, also zu einer Zeit, als schon der Rath der Fünf und Bierzig also ein äußerer Rath bestanden hat, von einem äußeren Rath der Gemeine und von einem von der Gemeine verschiedenen Rath der Gemeine¹⁴⁾. Allein die Urkunden selbst wissen nichts von einem solchen Rath der Gemeine. Auch haben niemals zwei äußere Räte neben einander bestanden. Und schon die große Anzahl der Anwesenden beweist, daß von einer Gemeinerversammlung, nicht aber von einem äußeren Rath die Rede war und die Rede sein konnte.

Erst gegen die Mitte des 14. Jahrhunderts tritt auch ein äußerer Rath hervor. Aber auch bei ihm erhielten die Handwerker keinen Zutritt. Wann dieser äußere Rath entstanden, wissen wir nicht. Wenn es aber wahr sein sollte, daß derselbe ursprünglich von dem Bischof ernannt worden sei¹⁵⁾, so müßte auch seine Entstehung in sehr frühe Zeiten hinaufreichen. Wahrscheinlich entstand er jedoch erst in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts zur Zeit der Kämpfe mit den Auern. Anfangs bestand derselbe aus 24 Mitgliedern¹⁷⁾, später aus 32¹⁸⁾ und seit der Mitte des 14. Jahrhunderts aus 45 Mitgliedern. Man nannte ihn daher den Rath der Fünf und Bierzig oder auch die Fünf und Bierzig. Und dieser äußere Rath pflegte bei neuen Auflagen, bei der Gesetzgebung und auch bei der Aburtheilung von Friedbrüchen beigezogen zu werden¹⁹⁾. Die Handwerker hatten jedoch auch bei diesem

Urk. von 1269 bei Gemeiner, I, 398. „Der Rat und die Gemeine der „Burgär.“ Urk. von 1287, eod. I, 425. *consules et universitas civium*. Urk. von 1312 bei Gemeiner, I, 484 ff. werden sechszehn Rathsherren mit Namen genannt und 127 von der Gemein. Vergl. noch Urk. von 1351 bei Gemeiner, II, 64 u. 65 und Freyberg, V, 128. Urk. von 1354 bei Gemeiner, II, 76 u. 79.

14) Chron. I, 425. Not. 440 u. 484. Not.

15) Gemeiner, II, 164 u. 228.

16) Gemeiner, III, 698. Not.

17) Friedgerichts Buch bei Freyberg, V, 65. „Der Raister vnd die XXIV „zu rad sinbt worden.“ Vergl. noch p. 66, 67, 68, 72, 73, 74, 76 u. 77.

18) Gemeiner, II, 127.

19) Rathesbeschuß von 1390 bei Freyberg, V, 60. „Wir der Burgermeister,

Rath der Fünf und Bierzig keinen Zutritt, wiewohl dieses Hüllmann und Arnold glauben. Denn keine einzige Urkunde sagt es. Und das Gegentheil geht klar und deutlich aus den bei dem Aufstand der Zünfte im Jahre 1485 stattgehabten Verhandlungen der beiden Räte mit den Handwerkern²⁰⁾, insbesondere aus der damals vorgebrachten Beschwerde der Handwerker hervor, daß die beiden Räte (der Rath mit den Fünf und Bierzigen) ohne ihr Wissen und Willen im Namen der ganzen Gemeinde ein Umgeld eingeführt haben²¹⁾. Denn die Handwerker hätten diese Sprache nicht führen können, wenn sie bei dem Rath der 45 vertreten gewesen wären. Auch werden in der Kleiderordnung von 1485 die des Raths und die Fünf und Bierzig mit ihren Frauen, Söhnen und Töchtern als ehrbare Geschlechter streng von denen von der Gemeinde geschieden, und denselben von ihres Standes wegen gestattet, sich reicher zu kleiden als die von der Gemeinde²²⁾, woraus folgt, daß nur die ehrbaren Geschlechter rathsfähig gewesen sein können, nicht aber die Zünfte. Endlich spricht dafür auch noch der Umstand, daß die Zünfte erst im Jahre 1485 Antheil an der Wahl des Rathes der Fünf und Bierzig aus ihrer Mitte (aus der Gemeinde) begehrt, bis dahin also keinen Antheil gehabt haben²³⁾. Einzelne Kaufleute und Handwerker wurden zwar zuweilen zu einzelnen Geschäften, z. B. zu Rechnungsablagen, aber doch nur in solchen Fällen beigezogen, in welchen die gesammte Gemeinde beigezogen zu werden pflegte²⁴⁾. Zu dem Stadtrathe selbst hatten aber die Handwerker noch keinen Zutritt. Erst im Jahre 1485, nach dem Aufstand der Zünfte, wurde der Rath der Fünf und Bierzig erweitert und dann auch den Zünften

„der rat der stat und dy XLV bechennen.“ — Gemeindebeschluß von 1356, eod. p. 142. „Der Rat und die fünf und vierzich.“ Rathsbeschlüsse von 1356, 1364, 1385, 1389, 1390, 1391, 1400, 1452, 1456, 1479 u. 1485 bei Gemeiner, II, 94, 135, 222, 256, 257, 271, 282, 549, III, 215, 256, 627, 679, 686, 687, 692 u. 699.

20) Gemeiner, III, 685—688 u. 690—694.

21) Gemeiner, III, 686.

22) Gemeiner, III, 679—684.

23) Gemeiner, III, 691.

24) Urk. von 1383 bei Gemeiner, I, 563 u. 564. Vergl. oben Not. 7. a.

der Zutritt gestattet. Nach dem Vergleich von 1485 sollten nämlich die bisherigen Fünf und Vierziger in ihrer Würde erhalten, zu denselben aber noch fünf und zwanzig von dem inneren Rath aus der Gemeinde oder aus den Zünften gewählt und sämtliche Mitglieder die Genannten genannt werden²⁵). Von nun an führten daher die Mitglieder des auf 70 erweiterten äußeren Rathes den Titel Genannte²⁶). Und da sie zum Theile auch aus den Zünften genommen zu werden pflegten, so verhandelte seitdem der Rath (der innere Rath) mit den Genannten, d. h. mit den 70 Mitgliedern des äußeren Rathes, und diese wieder mit den Zünften und Bruderschaften, welche sie im äußeren Rath repräsentirten²⁷). Erst seit dem Jahre 1485 führten demnach die Mitglieder des äußeren Rathes den Titel Genannte. Mit Unrecht nennt daher Arnold die Fünf und Vierziger schon Genannte. In den Urkunden wenigstens werden sie niemals so genannt. Die Genannten, deren früher schon erwähnt wird, waren etwas ganz anderes. Sie waren, wie anderwärts auch zur Erleichterung des gerichtlichen Zeugnisses ernannte glaubwürdige Männer²⁸). Und in dieser Eigenschaft mögen sie zuweilen, wenn sich Gemeiner nicht auch in dieser Beziehung geirrt hat, in den Rath gefordert worden sein²⁹). Allein selbst Rathsherren waren sie nicht. Denn erst seit dem Jahre 1485 bildeten die Genannten den äußeren

25) Gemeiner, III, 693.

26) Gemeiner, III, 700, 701, 704, 705 u. 706.

27) Gemeiner, III, 697, 698, 701 u. 708.

28) Privilegium von 1280 § 2. *tertia manu se purgabit, inter quos sint duo, qui dicuntur denominati.* Und im Friedgerichts Buch bei Freyberg, V, 67, 69, 70, 71 u. 75. heißt es öfters „gerichten mit czwain der genanten“ und p. 74 „wenn die Richter ymant verurtheilen wellent, so sollen sie senten nach czwain der genanten oder „nach ainem“ — Vergl. noch Gemeiner, I, 824 u. 825, der jedoch ebenfalls diese Genannten mit dem großen Rath verwechselt und dazu noch von dem großen Rath den äußern Rath unterscheidet, während es doch, nach dem Bemerkten, keine zwei solche Räte neben einander gegeben hat. Sachse, das Beweisverfahren, p. 47 hält jene *denominati* irriger Weise für Eidhelfer.

29) Gemeiner, II, 122.

Rath³⁰⁾. Daher ist nun erst von einem Rath und den Genannten³¹⁾ oder statt dessen von einem inneren und äußeren Rath die Rede³²⁾. Völlig unrichtig ist es demnach, wenn Gemeiner von einem inneren und äußeren Rath und von den Genannten³³⁾ oder gar von einem äußeren Rath, den Genannten und den Fünf und Bierzigern spricht³⁴⁾, als wenn die Genannten einen von dem äußeren Rath und von dem Rath der Fünf und Bierzig verschiedenen großen Rath gebildet, also vier verschiedene Räthe, ein innerer Rath, ein äußerer Rath, ein Rath der Fünf und Bierzig und ein großer Rath der Genannten neben einander bestanden hätten!!!

Neben den beiden Räthen sollten indessen die Gemeindeversammlungen fortbauern, wie früher neben dem Rath und den Fünf und Bierzigen³⁵⁾, so auch seit 1485 noch neben dem Rath und den Genannten. Denn alle Neuerungen mußten an die ganze Gemeinde gebracht werden³⁶⁾. Und mit der übrigen Gemeinde hatten auch die Handwerker Zutritt zu diesen Versammlungen³⁷⁾.

Auch nach der Verfassung von 1485 blieb demnach das Regiment verfassungsmäßig in den Händen der Geschlechter. Denn den inneren Rath hatten sie ganz allein zu besetzen und den äußeren Rath größtentheils, indem die alten Fünf und Bierziger in ihrer Würde erhalten worden waren. In der Wirklichkeit scheint sich jedoch das Geschlechterregiment nun nach und nach verloren zu haben. Viele Geschlechter sind schon im 14. Jahrhundert mit dem

30) Gemeiner, III, 704, 705 u. 706.

31) Gemeiner, III, 717 u. 737.

32) Gemeiner, III, 706, 730 u. 738.

33) Gemeiner, III, 701 u. 729.

34) Gemeiner, I, 824 u. 825.

35) Urk. von 1400 bei Gemeiner, II, 349.

36) Vergleich von 1485 Nr. 5 bei Gemeiner, III, 698. „Daß sie (die Genannten des äußeren Rathes) keine der Stadt nachtheilige Neuerung gestatten oder zulassen, ohne Wissen und Willen der ganzen Gemeinde.“ Vergl. noch p. 692, 698, 700, 701, 706, 715, 717 u. 729.

37) Gemeiner, III, 700

Geschlechter der Auer ausgewandert. Andere Geschlechter mögen während des Aufstandes der Zünfte im Jahre 1485 oder bald nachher ausgewandert, nur wenige zurückgeblieben, und die Zurückgebliebenen bei den späteren Rathswahlen übergangen worden, und so das Regiment nach und nach ein bürgerliches Regiment geworden sein. Jedenfalls ist so viel gewiß, daß das Regiment am Ende des 15. Jahrhunderts und im Anfang des 16. in den Händen der Bürger, zwar nicht der Zünfte, wohl aber in den Händen der übrigen nicht ritterbürtigen Bürger gelegen hat, daß das Regiment also damals bereits ein bürgerliches Regiment war. Von einem Zunftregiment konnte jedoch auch dann noch keine Rede sein, indem die Bürgerschaft nicht einmal in Zünfte, vielmehr in acht Wachten eingetheilt war und daher wohl öfters nach Wachten³⁸⁾, niemals aber nach Zünften berufen worden ist. Die Versammlungen der Bürger einer Wacht nannte man Wachtgedinge zum Unterschiede von den Versammlungen der gesamten Gemeinde, welche Burggedinge genannt worden sind³⁹⁾. Im Jahre 1492 wurde auch einmal die gesamte Bürgerschaft nach Wachten berufen, worauf aus jeder Wacht acht Abgeordnete erschienen⁴⁰⁾. Eine solche Berufung aller Wachten scheint auch die im Jahre 1410 von dem Bicedom verlangte Berufung der Achtziger oder Hunderter (also 10 bis 12 Abgeordnete aus jeder Wacht) gewesen zu sein, die jedoch damals als eine Neuerung abgelehnt worden ist⁴¹⁾. Der Antheil der Zünfte war demnach jedenfalls nicht sehr groß und auch dieser wurde noch seit den Jahren 1495 und 1514 mehr und mehr beschränkt⁴²⁾. So entstand denn am Anfang des 16. Jahrhunderts ein bürgerliches Regiment, das weder ein Geschlechterregiment noch ein Zunftregiment war.

§. 321.

Wie in Regensburg so herrschten ursprünglich auch in München die Geschlechter. Die Bürgerschaft bestand aus den in der

38) Gemeiner, I, 323, 469, III, 255 u. 451.

39) Gemeiner, I, 322, 323, 469, III, 255 u. 451.

40) Gemeiner, III, 791.

41) Gemeiner, II, 391.

42) Gemeiner, IV, 248.

Stadt ansässigen schöffenbar freien, ritterlichen und ritterbürtigen Geschlechtern, unter denen viele sich erst in der Stadt angesiedelt hatten ¹⁾. Die Bürgerschaft war demnach eine Geschlechtergemeinde und das Regiment ein Geschlechterregiment. Der Stadtrath bestand ursprünglich aus 12 Geschlechtern ²⁾. Man nannte ihn daher die Zwölfer oder die Zwölf des Rathes pflegen ³⁾, und seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts den inneren Rath ⁴⁾. Er besorgte die minder wichtigen Geschäfte allein und die wichtigeren unter Beiziehung der gesamten Bürgerschaft. Daher heißt es in den Urkunden, „der Rath vnd die Gemain der Statt —. „Der Rath vnd die Gemain der Burger —. Der Rath vnd die „gemain vnser Burgaer —, die des Rathes Pflegen vnnnd die Gemain der Burigaer —, oder *consules et universitas civium* ⁵⁾, und, da die Rathsherren Geschlechter waren, *consules nobiles* ⁶⁾. Seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts kam zu diesem inneren Rath auch noch ein äußerer Rath. Er wird zum ersten Mal in einer Urkunde von 1318 erwähnt, und bestand schon damals aus 24 Mitgliedern ⁷⁾. In den Jahren 1362 bis 1366 bestand der innere Rath aus 16 und der äußere aus 32 bis 36 Mitgliedern, seit dieser Zeit aber regelmäßig wieder der innere Rath aus 12 und der äußere aus 24 Personen ⁸⁾. Auch dieser äußere Rath war mit Geschlechtern besetzt, wie die Namen der Rathsherren beweisen ⁹⁾. In welchen Fällen der äußere Rath beigezogen werden

1) von Krenner, in den histor. Abhl. der Akad. der Wiss. von 1818, p. 16 ff., 51 ff. u. 62 ff.

2) Urf. von 1295, 1297 u. 1318 bei Bergmann, II, 5, 12 u. 55. Urf. von 1300 bei Krenner, l. c. p. 102. Vergl. noch Krenner, p. 55 ff.

3) Urf. von 1294 u. 1297 bei Bergmann, II, 9 u. 12. Stadtrecht bei Auer, p. 178, 182 u. 188.

4) Urf. von 1318 bei Bergmann, II, 56. Stadtrecht bei Auer, p. 178.

5) Urf. von 1288, 1294, 1295, 1301 u. 1315 bei Bergmann, II, 1, 3, 5, 9 u. 36.

6) Urf. von 1301 bei Bergmann, II, 36.

7) Bergmann, II, 55 u. 56.

8) von Gutner, in histor. Abhl. der Akad. von 1818, p. 526.

9) Urf. von 1318 u. 1326 bei Bergmann, II, 55 u. 80. Vergl. von Krenner in histor. Abhl. v. 1818, p. 60. und Lipowsky, Urgesch. von München, I, 174 ff.

mußte war nicht bestimmt, scheint vielmehr von dem Ermessen des kleinen Rathes abgehängt zu haben. Denn in den Händen des kleinen Rathes oder der Zwölfer lag nach dem Stadtrecht die gesamte Verwaltung, die Steuererhebung und die Gesetzgebung, und nur zuweilen, wahrscheinlich in schwierigeren Fällen, wurde von ihm noch der äußere Rath beigezogen ¹⁰⁾. Nach wie vor wurde aber zuweilen, wahrscheinlich in den aller wichtigsten Fällen, auch noch die gesamte Gemeinde zugezogen ¹¹⁾.

Neben diesem inneren und äußeren Rath kommt nun gegen die Mitte des 14. Jahrhunderts auch noch ein Ausschuß aus der Gemeinde vor, welchen man später den großen Rath genannt hat. Von diesem Ausschuß reden nicht bloß die Urkunden von 1318 und 1326, sondern auch noch das Stadtrecht, indem es an verschiedenen Stellen sagt, „die gesworen von dem rat und von „der gemain habent gesagt“, und „die gesworn habent gesetzt von „gemeinem rat und mit willen der pesten von der gemaine“ ¹²⁾. Im Jahre 1377 sollte dieser große Rath wieder abgeschafft werden („der grozz rath sol ab sein“) ¹³⁾. Ein Beschluß der zwar eben so wenig wie die übrigen damals gefaßten Beschlüsse zur Ausführung gekommen ist, aus welchem jedoch hervorgeht, daß der dritte sogenannte große Rath damals schon längere Zeit neben dem innern und äußeren Rath bestanden haben muß. Wahrscheinlich zog man anfangs, wenn der Fall nicht so wichtig war, daß man die gesamte Gemeinde bemühen wollte, ähnlich wie in Zürich, eine beliebige Anzahl Bürger und zwar die Besten von der Gemeinde bei. Da sie zur Berathung beigezogen zu werden pflegten, so nannte man auch sie einen Rath (*consilium civium*) ¹⁴⁾.

10) Stadtrecht bei Auer, p. 158, 169, 178 u. 188.

11) Urf. von 1319, 1331 u. 1347 bei Bergmann, II, 62, 98 u. 100.
Stadtrecht bei Auer, p. 154, 173, 176 u. 178.

12) Auer, p. 151 u. 160.

13) Auer, p. 291.

14) Urf. von 1301 bei Bergmann, II, 3, wo von *consulibus nostris et duo de consilio predictorum civium* die Rede ist, während vorher von *consules et universitas civium* die Rede war, unter dem *consilium civium* also die *universitas civium* verstanden werden muß, wenn man nicht lieber die gesamte Geschlechtergemeinde, wie in Köln, für einen großen Rath halten will.

und die beigezogenen Bürger, da auch sie zuvor beeidiget werden mußten, die Geschwornen von der Gemeinde. Die Anzahl der Beizuziehenden war anfangs nicht bestimmt. Daher werden im Jahre 1318 vier und dreißig Anwesende genannt und im Jahr 1326 nur drei und zwanzig ¹⁵⁾, während dem großen Rath (consilium majus) im Jahre 1380 zwei hundert und drei und im Jahre 1383 sogar 1102 Personen beigezogen haben ¹⁶⁾. Erst gegen Ende des 14. Jahrhunderts wurde die Anzahl auf 300 Mitglieder festgesetzt und daher der große Rath seitdem die Dreihundert ¹⁷⁾ oder der große geschworne Rath der Dreihundert genannt ¹⁸⁾. Niemals hat aber dieser Bürgerschaft aus 36 Gemeinde Repräsentanten bestanden, wie dieses von Krenner behauptet worden ist ¹⁹⁾. Diese Ansicht beruht vielmehr auf einer Verwechslung mit den im Wahlbriefe von 1403 genannten 36 Bürgern.

Der Vorstand des inneren und des äußeren Rathes war der Bürgermeister, welcher öfters auch, weil er die Rede namens der Gemeinde zu führen hatte, wie der Sprecher im englischen Unterhause und der Parlirer bei den Steinmessen, Redner oder Stadtrebner und sein Amt ein Redneramt (Redampt) genannt worden ist ²⁰⁾. Der große Rath hatte aber anfangs gar keinen Vorstand. Erst als gegen Ende des 14. Jahrhunderts die Unruhen begannen, erst im Jahre 1397, bekehrten und erhielten auch die Dreihundert einen eigenen Redner zum Vorstand ²¹⁾.

15) Bergmann, II, 56 u. 80.

16) von Sutner, l. c. p. 528.

17) Gedenkbuch des Bürgermeisters Ratzmaier zu den Jahren 1397, 1398 und 1399, mitgetheilt von Schmeller im Oberbairischen Archiv, VIII, 7, 8, 17, 24, 27, 33, 34 u. 35.

18) Urf. von 1400 in Mon. Boic. 35, II, p. 224 u. 225.

19) von Krenner, l. c. p. 60.

20) Statut von 1320 bei Auer, p. 288. Vergl. noch p. 78, 106, 139, 187 u. 295.

21) Ratzmaier, a. a. O. p. 7. „Item in dem 97 (1397) jar — hueb sich an der lauf zu München mit den 300, des ersten, daß si je rebner maintien und wolten haben. Die muessst man in lassen.“ Vergl. noch p. 14 u. 17. und Urf. von 1400 bei Mon. Boic. 35, II, p. 224. „Conradt Angstlich zu den zeiten des grossen geschwornen Rathes Redner der Dreyhundert.“ —

Die Zünfte hatten vor der Mitte des 14. Jahrhunderts keinen Zutritt zu einem der drei Räthe. Denn auch die Mitglieder des großen Rathes waren, so weit wir ihre Namen kennen, sammt und sonders Geschlechter²²⁾. Bürger im weiteren Sinne des Wortes waren zwar auch schon die Schuster, Lederer, Raltschmiede und andere Handwerker²³⁾. Einen Antheil an dem Regiment hatten sie aber noch nicht. Denn erst seit der Mitte des 14. Jahrhunderts begannen sie darnach zu streben. Während der glorreichen Regierung Ludwigs des Baier war nämlich die Bevölkerung, das Gewerbswesen und der Handel in München mit solch unglaublicher Schnelligkeit gestiegen, daß daselbst schon nach den uns noch erhaltenen Steuerrechnungen von 1369, 1370 und 1371 ein äußerst zahlreicher Handels- und Gewerbsstand bestanden haben muß. Denn schon damals waren in München 60 Handelsleute (mercatores), 59 Wollen- und Leineweber, 8 Zamer (Tuch- oder Zeugweber)²⁴⁾, 12 Kramer, 22 Fragner (Kleinhändler), 23 Wollenschlager, 2 Tuchscherer, 11 Färber, 12 Taschner, 9 Handschuher, 26 Lederer, 24 Kürschner, 5 Hutmacher, 4 Zinngießer, 13 Sattler, 3 Kiemer, 1 Gürtler, 4 Glaser, 2 Maler, 43 Schmiede und außerdem noch 10 Goldschmiede, 2 Helmschmiede, 6 Schwertschmiede, 5 Klingenschmiede, 5 Kupferschmiede, 4 Sensenschmiede, 16 Messerer, 5 Plätner, 7 Eporer, 2 Schlosser, 1 Radler, dann 103 Schuster, 55 Schneider, 50 Metzger, 45 Bäcker, 37 Zimmerleute, 22 Wagner, 12 Ristler, 18 Maurer, 20 Schächler u. s. w. und sogar schon 16 Bader²⁵⁾. Ein so zahlreicher Handels- und Gewerbsstand setzt aber einen nicht unbedeutenden Handel voraus. Durch ihn wurden die Handels- und Gewerbsleute reich und verlangten sodann, wie anderwärts auch, Antheil an dem Regiment. Bereits in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts scheinen sie auch zuweilen zu dem großen Rath beigezogen worden zu sein. Denn die im Jahre 1383 anwesenden 1102 Personen können unmöglich bloß Münchner Geschlechter gewesen sein. Auch zweifle ich

22) Vergl. Urk. von 1318 u. 1326 bei Bergmann, II, 55, 56 u. 80.

23) Urk. von 1330 u. 1345 bei Bergmann, II, 96 u. 97. Stadtrecht bei Auer, p. 169.

24) Schmeller, IV, 210.

25) von Gutner, a. a. O. p. 497—500.

nicht, daß die seit der Mitte des 14. Jahrhunderts zwischen dem Rath und der Gemeinde entstandenen Irrungen größtentheils wenigstens durch den Andrang der Zünfte veranlaßt worden sind. Zu ihrer Beseitigung wurde im Jahre 1377 ein Ausschuß niedergesetzt, bestehend aus 14 aus den beiden Räten und aus 14 aus der Gemeinde. Und diese acht und zwanzig sollten eine neue Verfassung berathen. Nach ihrem Uebereinkommen sollte der innere und der äußere Rath vermehrt, durch eigene Wähler gewählt und der große Rath ganz abgeschafft werden. Der bisherige Rath sollte nämlich ein Mitglied des inneren und eines des äußeren Rathes und die Gemeinde zwei aus ihrer Mitte wählen. Diese vier Wähler sollten sodann 16 für den inneren Rath und diese 16 des inneren Rathes 32 für den äußeren Rath wählen, die beiden Räte also aus 16 und 32 Personen bestehen²⁶⁾. Allein wie dergleichen Berathungen so oft, so blieben auch diese Berathungen ohne alles Resultat. Der innere Rath bestand nach wie vor, — eine kurze Unterbrechung abgerechnet —, aus 12, der äußere aus 24 Mitgliedern, und der große Rath zuletzt aus dreihundert. Erst die Stürme bei dem Regierungsantritt der Herzoge Ernst und Wilhelm gegen Ende des 14. Jahrhunderts und im Anfang des 15. führten auch die Zünfte zum Ziel. Während dieser Unruhen hielten nämlich die Zünfte heimliche Zusammenkünfte und Berathungen und erschienen auch in den öffentlichen Versammlungen der Gemeinde. Ein Schwertfeger führte daselbst das große und zwar sehr grobe Wort, die Metzger machten Opposition, und auch die Schuster blieben nicht zurück und wurden daher selbst wieder verfolgt und in die Gefängnisse geworfen²⁷⁾. Die Gemeinde bemächtigte sich des Stadtbanners, der Thorschlüssel und der Sturmglocke, ernannte aus ihrer Mitte Hauptleute und vertraute diesen die Stadthore, die Banner und die Sturmglocken an²⁸⁾. Die Vierer der Handwerker wurden nun zwar, wie in Regensburg im Anfang

26) Die Beweisstellen bei Auer, p. 290 ff. Vergl. von Gutner, a. a. O. p. 524 u. 526.

27) Ratzmaier, Gedächtnisbuch ad 1398 u. 1400 im Oberbair. Archiv, VIII, 17, 36 u. 38. Vergl. Urtheilsbrief von 1400 in Mon. Boic. 35, II, p. 224.

28) Ratzmaier, a. a. O. p. 19—21.

des 14. Jahrhunderts von dem großen Rath beigezogen, woraus zu gleicher Zeit folgt, daß bis dahin und auch damals noch die Handwerker nicht im Rathe gesessen haben²⁹⁾. Allein die Ruhe lehrte doch erst mit dem Wahlbriefe von 1403 wieder zurück.

Um nämlich die zwischen dem Rath und der Gemeinde entstandenen Irrungen zu beseitigen und die Bürgerschaft wieder mit den Herzogen Ernst und Wilhelm zu versöhnen, traten diese im Jahre 1403 mit dem innern und äußeren Rath, bestehend aus 36 Rathsherren, und mit noch weiteren 36 von der Gemeinde gewählten Männern, also mit 72 Gemeindegliedern in Unterhandlungen und kamen mit ihnen über eine neue Verfassung überein. Die Bürgerschaft sollte nämlich künftig aus allen in Grund und Boden angesessenen Einwohnern ohne Unterschied ob Geschlechter oder Handwerker bestehen („alle die haws vnd hof habend zue München, „oder ein halb pfund Münicher pfennig ze stwr geben, dieselben „sullen hin fuer ein gemain sein, vnd nymand mer“). An ihrer Spitze sollten zwei Räte, ein innerer Rath von 12 und ein äußerer Rath von 24 Mitgliedern stehen, welche die laufenden und minder wichtigen Geschäfte zu besorgen hatten. Zur Wahl dieser Räte sollten drei Wähler gewählt werden, Einer von dem äußeren Rath aus dem inneren, und die beiden Anderen von dem inneren Rath Einer aus dem äußeren Rath und Einer aus der Gemeinde. Diese drei Wähler sollten sodann die 12 Rathsherren des inneren Rathes aus aller Stadt, d. h. aus der gesamten Bürgerschaft wählen, und die zwölf des inneren Rathes sodann die 24 Rathsherren des äußeren Rathes ernennen. Zwei Bürgermeister, Einer von dem inneren und Einer von dem äußeren Rath, standen an der Spitze der beiden Räte. Kein Rathsherr sollte abgesetzt werden, ihr Amt vielmehr lebenslänglich sein, also nur die durch Tod oder sonst entstandene Lücke durch eine Neuwahl ergänzt werden. Von einem großen Rath war nicht mehr die Rede. Er war daher stillschweigend abgeschafft. In allen wichtigeren Ange-

29) Urk. von 1400 in Mon. Boic. 35, II, p. 224 u. 225. — „Der inner „vnd eyser Rhat, vnd auch der gross geschworn Rhat der Dreyhundert „ist, vnd etwo vill Bierer aus dem handwerchen — von den in- „neren Rhat, vnd von den grossen geschwornen Rhat der Dreyhundert „ist, vnd von den Biern die auch darbey waren von den handwerchen.“

legenheiten sollte vielmehr die gesammte Gemeinde berufen werden. Auch sollte die Gemeinde keinen eigenen Vorstand mehr haben. Ihr Redner sollte vielmehr der Bürgermeister von dem äußeren Rath sein. („Es sol auch die Gemain keinen redner mer haben, „also wer Burgermayster ist, von dem außern Rat, der sol ir redner sein auf dem haws, also das er nichtz reden sol, dann was „die Gemain mit dem außern Rat, ainträchtlichein ze Rat wirt, „das sol er dann fürbringen“). Endlich wurden noch die heimlichen Zusammenkünfte und Berathungen, welche diesen Umschwung der Dinge herbeigeführt hatten, den Zünften und der übrigen Gemeinde verboten³⁰⁾. Und diese Verfassung hat sich sodann bis zum Jahre 1791, also fast 400 Jahre lang erhalten.

§. 322.

Auch in Magdeburg herrschten anfangs die Geschlechter. Die Bürgerschaft bestand aus den in der Stadt ansässigen Ministerialen und aus anderen schöffensbar freien, also ritterbürtigen Geschlechtern (§. 22). Bis ans Ende des 13. Jahrhunderts saßen auch die Schöffen im Rath (§. 161). Nach ihrem Austritt bildeten sich aber im Anfang des 14. Jahrhunderts drei Abtheilungen im Rath, bestehend aus den 12 regierenden Stadträthen und aus den Räthen der beiden früheren Jahre, also im Ganzen aus 36 Personen¹⁾. Die beiden letzten Abtheilungen bildeten den alten Rath, welcher bei wichtigen Angelegenheiten von dem regierenden Rath beigezogen zu werden pflegte. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts begannen auch die Zünfte ihren Einfluß geltend zu machen. Schon im Jahre 1283 begehrtten die Innungen der Gewandschneider und der Kürschner die Abschaffung der alten Gesetze und griffen zu dem Ende zu den Waffen²⁾. In den Jahren 1290

30) Wahlbrief von 1408 bei Mayr, Generalien Sammlung, V, 687 — 689 und Mon. Boic. 35, II, p. 249 — 253. Vergl. noch die Handwerksartickel aus dem Anfang des 15. sec. bei von Gutner, a. a. O. p. 526 — 527.

1) Chron. Magd. ad 1380 bei Meibom, II, 338 u. 339. — omnes consules de tribus consiliis qui erant viri XXXVI. Chron. episc. Merseburg. bei Ludewig, rel. Mpt. IV, 416. — consules de tribus consulatibus numero triginta sex.

2) Magdb. Schöppen Chron. bei Boysen, histor. Mag. II, 185 u. 186.

v. Maurer, Städteverfassung. II.

und 1293 kämpften die Innungen gemeinschaftlich mit dem Stadtrath gegen die Schöffen, und der Kampf endigte mit der Beschränkung der Kompetenz der Schöffen und mit ihrer Entfernung aus dem Stadtrath. Auch erhielten damals schon die Meister der fünf Innungen, welche an der Spitze des Aufstandes gestanden hatten, das Recht gemeinschaftlich mit den Rathsmannen die Schöffen zu wählen ³⁾. Die Zünfte verlangten jedoch noch mehr. Sie verlangten Antheil an dem Regiment selbst. Sie begannen daher bald darauf einen Kampf mit den rathsfähigen Geschlechtern. Die Innungsmeister (*magistri unionum*) wurden jedoch im Jahre 1301 ergriffen, auf dem Markte lebendig verbrannt und dadurch der Aufstand gewaltsam unterdrückt ⁴⁾. Allein schon im Jahre 1324 findet man wieder die fünf Meister der großen Innungen im Rath ⁵⁾, und im Jahre 1330 haben die Zünfte vollständig gesiegt. Die Veranlassung zu den im Jahre 1330 eingetretenen Veränderungen waren die Kämpfe mit dem Erzbischof Burchard III. und dessen Ermordung (S. 164). Es wurde nämlich zur Bestrafung jenes Mordes der Kirchenbann und die Reichsacht über die Stadt ausgesprochen. Dies hatte außer der Entbehrung des kirchlichen Segens den gänzlichen Ruin des damals sehr bedeutenden Magdeburgischen Handels zur Folge. Die Unzufriedenheit darüber führte zu Klagen gegen den Rath der Sechs und dreißig, welcher jenen Zustand verschuldet hatte, und im Jahre 1330 zu einem Aufstand. Nur die rathsfähigen Geschlechter und die Kaufleute, nämlich die Gewandschneider, nahmen Partei für den Rath. Sie versammelten sich bewaffnet auf dem Rathhause, auf dem St. Johannis Kirchhofe und auf dem Innungshause der Seidenramer. Gegen den Rath traten alle übrigen Innungen und die gemeine Bürgerschaft auf. Sie versammelten sich gleichfalls bewaffnet im Barfüßer Kloster und auf dem St. Ulrichskirchhofe. Ehe es jedoch zum Kampfe kam, trat der damalige Erzbischof zwischen die erbitterten Parteien und stiftete Frieden. Die 36 Rathsherren wurden ihres Amtes entsetzt und aus der Stadt verwiesen. Das Stadt-

3) Urf. von 1294 bei Rathmann, II, 165 u. 492. Vergl. oben S. 161.

4) Chron. Magd. bei Meibom, II, 384. Rathmann, II, 208 u. 209.

5) Urf. von 1324 bei Dreyhaupt, Beschreibung des Saalkreises, I, 55.

regiment aber sollte gänzlich geändert werden. Zwar sollte der alte Rath mit seinen drei Abtheilungen bleiben, bestehend aus den zwölf jedes Jahr neu zu wählenden Rathsherren, welche man den regierenden Rath nannte, dann aus den Rathsherren des vorigen Jahres, welche den alten Rath bildeten, endlich aus denjenigen, welche zwei Jahre vorher das Regiment geführt hatten und daher überalter Rath genannt worden sind. Auch sollte der alte und überalte Rath nach wie vor nur bei wichtigeren Angelegenheiten beigezogen werden. Allein die Rathsherren sollten nicht mehr wie bisher aus den Geschlechtern, vielmehr aus und von den Zünften und außerdem noch zwei aus der gemeinen Bürgerschaft gewählt werden. Erst später wurden statt 12 jährlich 25 Rathsherren gewählt, wonach sodann der vollständige, der sogenannte weite Rath, aus 75 Mitgliedern bestanden hat. Ein sogenannter geheimer Rath, bestehend aus dem regierenden Bürgermeister, dem Stadt Syndikus, dem Obersecretär, dann aus vier gewesenen Bürgermeistern und zwei Rathsherren, hatte die wichtigeren Geschäfte zu leiten. Und, an der Seite des Rathes stand ein Ausschuss der Bürgerschaft, welcher nach und nach bis auf 100 Personen vermehrt und daher die Hundertmänner genannt worden ist. Er sollte in ganz wichtigen Angelegenheiten zu Rath gezogen und zuweilen auch noch der Schöffensstuhl beigezogen werden ⁶⁾. Die Zünfte hatten demnach nun vollständig erreicht, wonach sie schon im Jahre 1301 gestrebt hatten. Auch der Kirchenbann und die Reichsacht wurden nun aufgehoben, der Kirchenbann jedoch unter sehr schweren Bedingungen, unter welchen die Folgeschwerste die war, daß die Bürgerschaft jedem neuen Erzbischof als ihrem Landesherrn den bis dahin nicht gebräuchlichen Huldigungsseid leisten solle. Denn die bereits schon untergrabene Herrschaft des Erzstiftes ward dadurch wieder befestiget, der Bürgerschaft aber alle Hoffnung benommen, sich zu einer Reichsstadt zu erheben ⁷⁾.

Die Unruhen in der Stadt, sogar die Streitigkeiten der Stadt

6) Schöppen Chronik ad an. 1330. Chron. Magd. bei Meibom, II, 338 u. 339. Rathmann, II, 263—265, 488 u. 489.

7) Rathmann, II, 267, 270, 271, 385 u. 485. .

mit dem Erzbischof, dauerten jedoch nach wie vor der Hulbigung noch eine Zeit lang fort ⁸⁾. Die alten Geschlechter und die zu ihnen haltenden Schöffen waren nämlich unzufrieden mit der neuen Verfassung. Mehrere in der Stadt angeessene Ritter verließen sogar die Stadt. Um nun auch die Geschlechter mit der neuen Ordnung der Dinge zu versöhnen ward den vertriebenen Rathsherren die Rückkehr von dem Erzbischof gestattet. Auch ließ er sich im Jahre 1333 von der gesamten Bürgerschaft versprechen, daß die bisherige Zwietracht vergessen sein, allen Verbindungen gegen den Erzbischof entsagt und zur Aufrechthaltung der neuen Verfassung mitgewirkt werden solle. Die jährlich gewählten Rathmanne und Innungsmeister sollten diese Verpflichtung beim Antritt ihres Amtes beschwören ⁹⁾. Der Widerstand der Schöffen endlich wurde dadurch gebrochen, daß ihre Abhängigkeit vom Rathe durch mehrere Beschlüsse des neuen Rathes vom Jahre 1336 vermehrt und ihr Einkommen bedeutend geschmälert ward ¹⁰⁾. Wdrauf sich sodann die Ruhe allmählig wieder hergestellt und die neue Verfassung, eine kurze Unterbrechung abgerechnet, bis zum Jahre 1630, also drei volle Jahrhunderte gedauert hat. Die neue Verfassung war nämlich ein Zunftregiment. Da jedoch drei Gilden, jene der Gewandschneider, der Leinwandschneider und der Kramer, also die Gilden der Kaufleute durch den damals blühenden Handel zu großem Reichthum und dadurch zu größerem Ansehen und Einfluß gelangt waren, so erregte dieses die Eifersucht der übrigen Gilden (der Handwerksilden) und der gemeinen Bürgerschaft. Und im Jahre 1402 kam es sogar zu einem sehr gefährlichen Aufstand. Dieser endigte indessen mit der Unterwerfung der Empörer und mit einer weit größeren Abhängigkeit der Gilden von dem Stadtrath, als diese nach der neuen Verfassung begründet war ¹¹⁾.

§. 323.

Wie in Magdeburg so herrschten auch in Halle ursprünglich

8) Rathmann, II, 273, 320 f., 329 ff., 333 ff. u. 401 ff.

9) Urk. von 1333 bei Rathmann, II, 494—496. Vergl. p. 265, 269 u. 270.

10) Rathmann, II, 278.

11) Rathmann, II, 458—470, 490, III, 281 u. 282.

bis zum Jahre 1427 die Geschlechter. Bis ins 14. Jahrhundert bestand der Stadtrath aus acht ¹⁾, seit dem 14. aber aus 12 Geschlechtern. Sehr wahrscheinlich wurde damals schon der Rath in drei jährlich wechselnde Abtheilungen von je 12 Rathsherren eingetheilt, indem bereits im Jahre 1327 der 36 Rathmanne Erwähnung geschieht ²⁾. Auch wurden seit dem 14. Jahrhundert bei wichtigeren Verhandlungen die Schöffen des Gerichtes auf dem Berge und aus dem Thale, gleichfalls Geschlechter ³⁾, außerdem aber auch noch die fünf Meister der großen Innungen beigezogen ⁴⁾. Das Geschlechterregiment dauerte jedoch nach wie vor fort. Denn es wurde erst im Jahre 1427 gestürzt. Der Geschlechterrath hatte nämlich sein Amt mißbraucht und sogar einen erzbischöflichen Beamten, einen Salzgrafen, hinrichten lassen. Dadurch war die Stadt in Acht und Bann gekommen. Und um sie daraus wieder zu lösen waren außerordentliche Steuern nothwendig geworden. Dies machte die Bürgerschaft schwierig. Sie griff daher im Jahre 1427 zu den Waffen und zwang den Rath außer dem Oberbornmeister aus dem Thale auch noch 30 Bürger aus den vier Stadtvierteln in den Rath aufzunehmen, worauf sodann die Geschlechter von selbst aus dem Stadtrath verschwanden. Neue Irrungen veranlaßten im Jahre 1479 den Erzbischof Ernestus eine neue Regimentsordnung zu erlassen, nach welcher auch der Oberbornmeister wieder aus dem Rath entfernt und der Stadtrath in drei jährlich wechselnde Abtheilungen getheilt wurde, von denen jede Abtheilung aus 26 Personen, aus 12 Rathmannen und aus 14 Meistern aus den Innungen und aus der Gemeinde, bestehen sollte. Und diese Verfassung hat sich sodann bis zum Jahre 1688 erhalten ⁵⁾.

§. 324.

Bis zum Jahre 1345 bestand auch in Stendal das Regi-

1) Urf. von 1258 bei Ludewig, rel. Mpt. V, 58.

2) Zwei Urf. von 1327 bei Dreyhaupt, I, 62 u. 68. „Wie sesse unde drittich Ratmanne tho Halle.“

3) Urf. von 1314 bei Ludewig, V, 72.

4) Urf. von 1324 u. 1327 bei Dreyhaupt, I, 55, 62 u. 68.

5) Dreyhaupt, I, 177, II, 326. Ueber die jährliche Rathswahl handelt das Manuale von 1555, eod. p. 327 u. 328.

ment der Stadt aus Rathmannen und aus der Bürgerschaft ¹⁾. In diesem Jahr ward aber auch dort das Zunftregiment durchgesetzt. Die Zünfte verlangten nämlich Antheil an dem Regiment und geriethen darüber in Kampf mit dem Stadtrath und mit den Bürgern ²⁾. Um den Streit zu schlichten wurde von beiden Theilen eine Commission niedergesetzt ³⁾. Die Markgrafen, welche gleichfalls mit dem Stadtrath und den Bürgern in Streit waren ⁴⁾, begünstigten die Gilden. Daher führte der Kampf noch in demselben Jahre zu einem vollständigen Zunftregiment. Denn von den 12 Stadträthen sollten zehn aus den Gilden und nur zwei aus den gemeinen Bürgern („ut den meinen börgern“) gewählt werden ^{4a)}. Und bei Verordnungen und Satzungen sollten die Gildemeister beigezogen werden („wenn die Rat Bot und „Settinge dun machen und setten will in der Stadt, dat „scal die Rat dun met rade met vollbord und met Willen „der Gildemeistere“) ⁵⁾. Die Gildemeister bildeten demnach den großen Rath.

Eben so wurde auch in den übrigen Städten in der Mark Brandenburg, z. B. in der Neustadt Brandenburg ⁶⁾, in Frankfurt an der Oder ⁷⁾ u. a. m. gekämpft und der Kampf dauerte noch im 15. Jahrhundert fort.

In Breslau, wo ebenfalls die Geschlechter herrschten ⁸⁾, pflegten nach dem Ermessen der Bürger einzelne Handwerker zu Rath gezogen ⁹⁾, und auch einzelnen, wahrscheinlich in Grund und Boden angeessenen, reichen Handwerkern Zutritt zum Rath gestattet

1) Urk. von 1345 bei Gerden, vet. march. I, 83.

2) Urk. von 1345 bei Gerden, a. a. O. I, 95.

3) Urk. von 1345 bei Gerden, I, 87 u. 88.

4) Zwei Urk. von 1345 bei Gerden, I, 83 f. u. 95.

4a) Urk. von 1345 bei Gerden, I, 89 u. 90.

5) Urk. von 1345 bei Gerden, I, 90. Vergl. noch Urk. von 1351, eod. I, 105.

6) Urk. von 1427 bei Gerden, cod. dipl. Brand. VII, 810.

7) Urk. von 1428 bei Gerden, Cod. Brand. VII, 812.

8) Grünhagen, p. 27 ff.

9) Urk. von 1324 §. 6 bei L. u. Stenzel, p. 505. — „Das dy Ratluyte „uz iclichem Hantwerke sullen heysen swern zwene Man, — das sy an „helfen vor dy Stat raten, ob sy ir bedurfsen.“

zu werden¹⁰⁾. Erst am Anfang des 14. Jahrhunderts nöthigte jedoch die Finanznoth den Zünften einen verfassungsmäßigen Zutritt zu gestatten. Im Jahre 1314 wurden nämlich dem bestehenden Geschlechterrathe 6 Mitglieder aus den Zünften beigelegt, und im Jahre 1315 ward bestimmt, daß der Rath aus 12 Rathsherren bestehen und davon 6 aus den Geschlechtern und 6 aus den Zünften genommen werden sollten¹¹⁾. Allein schon im Jahre 1316 begannen die Geschlechter wieder zu reagiren. Denn unter den 12 Rathsherren findet man wieder nur vier, dann immer weniger und weniger Handwerker, im Jahre 1320 sogar nur noch einen einzigen. Man war demnach faktisch wieder zur alten Geschlechterverfassung zurückgekehrt¹²⁾. Und im Jahre 1327 wurde die alte Verfassung auch noch durch die weitere Bestimmung befestiget, daß die jedes Jahr abgehenden Rathsherren ihre Nachfolger wählen und ihnen den Eid der Treue abnehmen sollten¹³⁾. Diese planmäßige Vernachlässigung der Zünfte verbunden mit den fortwährenden Streitigkeiten der Handwerker der Neustadt mit jenen der Altstadt führte jedoch im Jahre 1333, auf Anstiften der Tuchmacher, zu einem Aufstande der Zünfte gegen den Rath, der indessen bald unterdrückt und das Geschlechterregiment nicht nur wieder hergestellt, sondern im Jahre 1343 auch noch dadurch verstärkt worden ist, daß an die Stelle der 8 jährlich wechselnden Rathsherren 32 lebenslängliche gesetzt worden sind. Auch diese Verfassung wurde zwar später wieder abgeschafft. Allein die Bürgerschaft kam doch erst nach neuen Kämpfen der Zünfte mit den Geschlechtern unter König Wenzel wieder zur Ruhe¹⁴⁾.

Auch in Löwenberg in Schlesien bestand ein solcher Kampf zwischen der Gemeinde mit dem Rath, d. h. mit den rathsfähigen Geschlechtern. Der Streit ward zuletzt dahin geschlichtet, daß die Handwerksmeister drei aus den Schöffen wählen sollten, um der Rechnungsablage beizuwohnen, und daß keine Sitzungen mehr

10) Grünhagen, p. 33—36.

11) Grünhagen, p. 40 u. 41.

12) Grünhagen, p. 42.

13) Grünhagen, p. 46.

14) Grünhagen, p. 63—74.

ohne Zuziehung der Schöffen und der Handwerksmeister gemacht werden sollten¹⁵⁾).

In Sörlitz begann der Kampf der Zünfte gegen die rathsfähigen Geschlechter im 14. Jahrhundert und dauerte das ganze Jahrhundert fort bis ins 15., und das Resultat des Kampfes war der Eintritt von drei Handwerksältesten in den Rath¹⁶⁾).

§. 325.

Eben so ward in Weßlar das ganze 14. Jahrhundert hindurch von der Gemeinde mit den rathsfähigen Geschlechtern gekämpft, zuerst im Jahre 1367 („zwischen Rath und der Gemeinde, „also daß der alte Rath ward vertrieben aus der Stadt, und die „Gemeinde machte einen neuen Rath und regierten nach ihrem Sinn „in das fließende jar“)¹⁾). Die vertriebenen alten Rätche²⁾ wurden jedoch im Auftrage des Kaisers durch den Grafen von Solms wieder zurückgebracht und mehrere neue Rätche enthauptet. Im Jahre 1390 begannen indessen jene Kämpfe von Neuem. Sie führten zum Siege der Zünfte und in den Jahren 1390 und 1393 zu einer neuen Verfassung³⁾. Nichts desto weniger ward auch im Jahre 1394 noch einmal gekämpft von den „Zünfften, von der „Gemeind“ mit dem Rath und den rathsfähigen Geschlechtern³⁾).

Auch in Konstanz dauerte der Kampf das ganze 14. Jahrhundert hindurch bis ins 15. Im Jahre 1342 siegten die Zünfte und die Geschlechter wurden vertrieben. Schon nach wenigen Monaten kehrten aber diese zurück und bemächtigten sich wieder des Regiments und die Zünfte begnügten sich mit zwei Zunftmeistern im Rath. Die Ermordung eines Zunftmeisters führte im Jahre 1370 zu neuen Stürmen und zur Herrschaft der Zünfte. Karl IV. stellte aber die Ordnung wieder her und setzte fest, daß die Geschlechter und die Zünfte zu gleichen Theilen das Regiment führen sollten. Und nun dauerte die Ruhe bis zum Jahre 1429. In diesem Jahre stellte sich aber ein ehrgeiziger Geschlechter, Heinrich

15) Urk. von 1365 bei T. u. St. p. 589.

16) Neumann, p. 54, 55 u. 114—128.

1) Limburger Chronik, p. 57.

2) Vergleich von 1390 u. 1393 bei Ulmenstein, I, 495 u. 503.

3) Limburg. Chron. p. 117. Ulmenstein, I, 512, III, 360.

Ehinger an die Spitze der Zünfte und der blutige Kampf endete mit der Vertreibung aller Geschlechter, (mit Ausnahme von sechs, welche zu bleiben gewagt hatten) und mit dem vollständigen Siege der Zünfte. Unter der Vermittelung des Kaisers Sigismund wurde nun die Bürgerschaft in zehn Zünfte eingetheilt, ein kleiner Rath von 12 Mitgliedern an die Spitze des Regiments und an seine Seite ein großer Rath von 48 Mitgliedern gestellt, welcher unter dem Voritze des Bürgermeisters die nöthigen Satzungen und Verordnungen erlassen, jährlich den Bürgermeister wählen und über Berufungen gegen Aussprüche des kleinen Rathes entscheiden sollte. Die Geschlechter, welche fortwährend eine eigene Zunft, die Zunft zur Rahe bildeten, wurden zwar nicht genöthiget in diese Zunft einzutreten. Sie pflegten es jedoch, wenn sie Handel trieben, freiwillig zu thun, und mußten es thun, wenn sie Antheil an dem Regiment haben wollten⁴⁾. Und jeder Zunft wurde gestattet zwei Mitglieder in den Rath zu senden⁵⁾.

Auch in Frankfurt a. M. u. a. m. kämpften im 14. Jahrhundert die Zünfte mit den rathsfähigen Geschlechtern. Denn die neue Verfassung mußte fast allenthalben erkämpft werden.

§. 326.

Was bisher von den Zünften bemerkt worden ist, gilt ganz in derselben Weise auch von den übrigen Beisassen und Hintersassen, indem auch sie zur Gemeinde gehört haben.

In Melbors im Dithmarschen, wo ursprünglich 109 Meenthaber die vollberechtigte und rathsfähige Bürgerschaft gebildet haben, bestand die Gemeinde oder die gemeine Bürgerschaft größtentheils aus den sogenannten Röthnern (§. 65). Ihre anfangs geringe Anzahl hat sich nach und nach bedeutend vermehrt. Sie bildeten sodann im Gegensatz zu den Meenthabern die gemeine Bürgerschaft, welche in fünf Quartiere eingetheilt worden ist. Aus jedem Quartiere pflegten zwei, also im Ganzen zehn Viertelsvor-

4) Hüllmann, Städtewesen, III, 562—566. Zender, Konstanz, p. 15, 16, 25 u. 27—31. Konstanzer Chronik bei Mone, Quellenammlung, I, 317 u. 332.

5) Hüllmann, Städtewesen, III, 562—566.

steher gewählt zu werden, welche für das Beste der gemeinen Bürgerschaft sorgen und zu dem Ende den jährlichen Rechnungsablagen, Collecten und Einquartirungen beigezogen werden sollten¹⁾. Es stand demnach nun auch in Melbors eine herrschende Gemeinde (die Bürgerschaft) einer beherrschten Gemeinde (der gemeinen Bürgerschaft) gegenüber. Und es dauerte nicht lang, so kam es auch zwischen ihnen zu Conflicten. Ohne eine Meente oder sogenannte Bürgerschaft zu besitzen, war nämlich die gemeine Bürgerschaft durch Ackerbau, Handel oder Gewerbe, oder auch durch den Besitz eines landesherrlichen Amtes zu Reichthum und Ansehen gelangt. Sie wollte daher die ausschließliche Herrschaft der Genossenschaft der Meenthaber nicht mehr ertragen. Die Viertelsvorsteher fingen an die Zuständigkeit der Bürgersechse zu bestreiten. Und die gemeinen Bürger machten Ansprüche auf die gemeine Mark (Menemark). In einem Vergleiche von 1572 waren ihnen zwar einige Nutzungsrechte an der Gemeinweide zugestanden worden. Allein sie waren weit geringer als jene der Bürger (der Meenthaber). Und sie mußten dafür noch eine Abgabe an die Bürgerschaft entrichten²⁾. Sie verlangten deshalb noch mehr und wendeten sich zu dem Ende an die Gerichte, bei welchen sie jedoch allzeit unterlagen³⁾. Im Jahre 1598 traten die Bürger (die Meenthaber), welche man auch Freibürger zu nennen pflegte, mit den gemeinen Bürgern zusammen und errichteten eine allgemeine Fleckens Beliebung. Da jedoch auch nach dieser Beliebung die Bürgersechse noch die eigentlichen Fleckensvorsteher blieben, so dauerten die Streitigkeiten auch später noch fort. Erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts erhielten alle Einwohner von Melbors in Gemeindeangelegenheiten ein Stimmrecht, und es wurden sodann zwei Fleckensvorsteher, Einer aus den Meenthabern und ein Zweiter aus den Röthnern ernannt. Die Meenthaber-Verfassung hörte demnach nun auf die ausschließliche Grundlage der Gemeindeverfassung zu sein. Da jedoch noch wie vor viele Befugnisse der Ortsvorsteher noch den Bürgersechsen und viele Ge-

1) Verordnung von 1701 im Corpus Const. Holsat. III, 886.

2) Vergleich von 1572 im Corp. Const. III, 1887.

3) Urtheile von 1582 u. 1602 im Corp. Const. III, 1888—1890.

rechtfame und Verbindlichkeiten den 109 Meenthabern oder Freibürgern geblieben waren, die im Uebrigen nun eine Privatgemeinde gebildet haben, so dauerte die alte Meenthaberverfassung theilweise wenigstens nach wie vor fort. Man sieht daher neuen Verfassungsveränderungen entgegen⁴⁾.

Auch in Erfurt stand neben oder vielmehr unter den herrschenden Geschlechtern ein aus Bei- und Hintersassen bestehende Gemeinde, zu welcher insbesondere auch die Handwerker gehört haben. Von den Geschlechtern gedrückt und mißhandelt erhob sich die Gemeinde im Jahre 1809 und machte der Alleinherrschaft der Geschlechter für immer ein Ende⁵⁾.

§. 327.

Auch die Bewohner der Vorstädte waren öfters bloße Hintersassen, Schutzverwandte oder Beisassen, z. B. in Basel, Soest, in einigen Städten des Hochstiftes Fulda, und in allen jenen Städten, in welchen die Handwerker in den Vorstädten wohnten, oder sie hatten wenigstens ein untergeordnetes sogenanntes kleines Bürgerrecht, wie dieses z. B. in Köln der Fall war. Daher gehörten auch die Bewohner dieser Vorstädte zu der von der Bürgerschaft der Altstadt beherrschten Gemeinde (§. 196, 200, 201, 202—205). Die Bürgerschaft und der Rath der Altstadt leitete die städtischen Angelegenheiten, und die in den Vorstädten wohnenden Gemeinden mußten ihren Beschlüssen gehorchen. Man fing jedoch frühe schon an bei wichtigeren Angelegenheiten auch die Bewohner der Vorstädte oder wenigstens ihre Vorsteher beizuziehen. In noch nähere Berührung mit der Altstadt kamen die Vorstädte seitdem durch Erweiterung der Stadtmauer auch sie mit den übrigen Theilen der Stadt zu einem Ganzen verbunden, und sodann mit den Zünften auch die Vorstädter zur Vertheidigung der nun gemeinschaftlichen Stadtmauern zugezogen zu werden pflegten. Eine Folge dieser innigeren Verbindung der Vorstädte mit der Altstadt

4) Michelsen, in Zeitschrift, VII, 102—105.

5) Michelsen, Rathsverfassung von Erfurt im Mittelalter, p. 14 — 17. Die neue Ordnung ist nach Michelsen v. J. 1809. Bei Walch, I, 95. ist aber das Statut v. J. 1806 datirt.

war, daß ihre Bewohner mit den Bewohnern der Altstadt dieselben Vortheile theilten, und bei größerem Fleiß zu größerem Reichthum und Ansehen gelangten, während die Bürger der Altstadt, welche zu ihnen in demselben Verhältnisse standen, wie die Grundherrschaft auf dem Lande zu ihren hörigen Gemeinden, sich mehr und mehr der ritterlichen Lebensart zuwendeten oder, wie man es nannte, müßig gingen, und dadurch in ihrem Vermögen zurückliefen. Mit dem vermehrten Reichthum und Ansehen entstanden aber auch größere Ansprüche. Die in den Vorstädten wohnenden Gemeinden vereinigten sich mit den in der Altstadt wohnenden Zünften. Beide verlangten nun gemeinschaftlich mit einander den ihnen gebührenden Antheil an dem städtischen Regiment. Und da man ihnen diesen nicht freiwillig zugestehen wollte, so begannen jene Kämpfe¹⁾, welche fast alle größeren Städte erschüttert und mehr oder weniger mit dem Siege der Gemeinden und Zünfte und mit der Aufnahme der Vorstädter in die Bürgerschaft und in die Zünfte der Altstadt geendigt haben. Und wer erblickt nicht in jenen Kämpfen im Kleinen, was unsere Tage im Großen bewegt?

c) Veranlassung und Erleichterung des Kampfes.

§. 328.

Die nächste Veranlassung zum Kampfe der Gemeinden und Zünfte gegen die Geschlechter war meistens ein unbedeutender oder wenigstens ein im Hinblick auf die Größe des Kampfes nicht sehr bedeutender Vorfall. Es war meistens eine Beschwerde über eine schmählische Behandlung oder Mißhandlung oder über eine andere persönliche Verletzung, oder über den Uebermuth der Geschlechter überhaupt, eine Klage über den Mangel aller Gerechtigkeit oder über eine parteiische Rechtspflege, über die Vergeudung des städtischen Vermögens u. dgl. m.¹⁾. Der wahre Grund des ge-

1) Vergl. über jene Kämpfe in Köln außer der Chronik auch Hagen, v. 1209 u. 8477—78.

1) Vergl. die Beschwerden in Augsburg bei Langenmantel, p. 22 f. Die Klagen gegen die edlen Geschlechter in Straßburg von 1406 bis zum Aufstand im Jahre 1419 bei Schiller zu Königshoven, p. 816—831.

waltigen Zermürfnisse, welches seit dem 13. und 14. Jahrhundert die meisten alten Städte in zwei feindliche Lager getheilt hat, lag jedoch weit tiefer. Er lag in jener gänzlich veränderten Stellung der hauptsächlich aus Gewerbsleuten bestehenden Gemeinde zu den Geschlechtern und in den durch diese veränderte Stellung neu entstandenen Ansprüchen und Bedürfnissen, welche entweder befriediget werden oder zum Umsturz der alten Verfassung führen mußten.

Die Grundlage der alten Verfassung war nämlich die Marksgemeinschaft. Die vollberechtigten Genossen waren demnach Stadtmartgenossen, also, seit Abschaffung der Hörigkeit in den Städten, die ritterbürtigen Geschlechter. Ihr Regiment war natürlich und auch gerecht, so lange der Hauptreichtum in Grundbesitz und die Hauptbeschäftigung der Stadtbürger im Ackerbau bestanden hat. Seitdem jedoch der Handel und das Gewerbswesen zu noch größerem Reichtum als der Ackerbau, zur Kenntniß fremder Sitten und Verfassungen und dadurch zur Ueberlegenheit über die Geschlechter geführt hatte, die Zünfte aber die Sitze des Handels und des Gewerbswesens und des damit verbundenen Geldreichtums geworden waren, während die Geschlechter sich mehr und mehr von dem Handel und von den Gewerben zurückzogen, müßig gingen und von ihren Renten lebten, seitdem war es nicht mehr naturgemäß, auch nicht mehr gerecht, daß die oft weit reicheren und intelligenteren Gewerbsleute bloß Antheil an den Lasten haben sollten, nicht aber an den bürgerlichen Rechten. Sie verlangten daher, und mit vollem Recht, den ihnen gebührenden Antheil an dem Stadtreiment. „Sie wollten“, wie es in dem Berichte eines Münzers über die Zunftunruhen in Speier aus dem 15. Jahrhundert heißt, „auch zu den Alten in den Rath, daß sie auch wüßten, wie die mit der Stadt Gut umgingen“²⁾. Auch in Augsburg verlangten die Zünfte (die Ge-

Die Klagen der Zünfte in Speier bis zu dem Aufstande im Jahr 1827. oben §. 312. Beschwerden der Gemeinde zu Erfurt gegen die Junker bis zum Aufstande in den Jahren 1809 u. 1810 bei Faldenstein, Historie von Erfurt, p. 178 ff. Lambert, Gesch. von Erfurt, p. 98 ff. Michelsen, Rathsverfassung von Erfurt, p. 14.

2) Rau, I, 24.

maind) die Einführung des Zunftregiments hauptsächlich aus dem Grunde, weil „des Ungelts und Steuern kein End seyn wollte, „und wüßten doch nicht wo solch Guth und Geld hinfäme, biweil „die Schulden der Stadt nicht ab, sondern nur zunehmen“, und weil sie der Meinung waren, daß nur durch das Zunftregiment der städtische Haushalt wieder geordnet werden könne („und hat ein „erbar Gemeind offtermalen gedacht, wie daß den Sachen mit nichten daß geholfen werden möcht, dann so mit gutem Fried und „freundlichem Willen, die beständige zünffliche Regierung allhie „angerichtet und für Hand genommen wurd“) ³⁾. In Frankfurt a. M. forderten die Zünfte im Jahre 1358 in ihrem und der Gemeinde Namen eine Vertretung der Bürgerschaft im Stadtrath, weil sie um der Stadt Geschäfte wissen wollten, wohin der Stadt Gut und Gefälle gekommen wären und kämen ⁴⁾. In Freiburg im Breisgau gab sogar ein Jude als Grund der Brunnenvergiftung in seinem Verhöre an, daß die alten Geschlechter lange Zeit genug die Herrn in der Stadt gewesen seien. („Do sprach er — „vnd ouch vmb das, das wir ouch herren wolten gewesen sin, wan „ir genug lang herren gewesen sint“) ⁵⁾. Und da man die Gerechtigkeit dieser Ansprüche nicht begriff oder nicht begreifen wollte, so führte dieses allenthalben zu großer Verstimmung und, wo nicht geholfen ward, zu noch größerer Aufregung. Und es bedurfte sodann nur noch eines, wenn auch unbedeutenden Anlasses, um wie so oft in der Geschichte zum offenen Kampf und zum Siege zu führen ⁶⁾.

§. 329.

Der erste Schritt der Handwerker und der übrigen Gewerbsleute, um sich ihrer bisherigen Abhängigkeit zu entziehen, war die Bildung freier Gilden und Zünfte und die Umbildung der hörigen Handwerksämter in freie Zünfte.

3) Alte Regiments Chronic bei Langenmantel, p. 22 u. 23.

4) Böhmer, Urkb. p. 669. „wand sie wulden wizen um der stede geschefte, war der stede gud und gevelle komen were adir gweme.“

5) Protokoll von 1349 bei Schreiber, Urkb. I, 382.

6) Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der Mark-, Hof- u. Verfassung, p. 213, 214 u. 322. Vergl. oben §. 107—112.

Dadurch erhielten sie das Recht und selbst die Pflicht der gegenseitigen Unterstützung und, da sie waffenfähig waren und das Recht der Selbsthilfe und der Fehde hatten, auch das Mittel ihre gewerblichen und genossenschaftlichen Interessen mit dem gehörigen Nachdruck zu verfechten. Ihre kriegerische Tüchtigkeit machte sie bald unentbehrlich, nicht bloß den Herren der Städte, sondern auch den in den Städten herrschenden Geschlechtern. Je häufiger sie nun zur Vertheidigung der Stadt und des Landes zu den Waffen gerufen wurden, desto mehr stieg auch ihre Bedeutung und mit dieser ihr Selbstgefühl. Da jedoch dieses Gefühl der eigenen Kraft und Bedeutung sich öfters auf eine etwas stürmische Weise geltend machte, so bekam man Furcht vor den freien Zünften. Man suchte ihre Errichtung zu hindern und, wo sie sich bereits schon gebildet hatten, sie wieder abzuschaffen, in Ulm und Zürich sogar noch kurz vor ihrem Siege über die Geschlechter. Die Zünfte gingen aber nach wie vor ihren mehr oder weniger stürmischen Gang. Sie siegten um so leichter in jenen Städten, in welchen sie gegen die rathsfähigen Geschlechter von den Landesherrn selbst unterstützt worden sind, z. B. in Stendal und in einigen anderen Städten der Altmark Brandenburg ¹⁾. Anderwärts hatte freilich die landesherrliche Hilfe einen anderen Erfolg. Denn zuletzt unterlagen beide, die Geschlechter und die Zünfte, der landesherrlichen Gewalt, wie dieses zum Theile in Worms (§. 313), namentlich aber in Berlin der Fall war. Auch dort bekämpften sich nämlich im 15. Jahrhundert die rathsfähigen Geschlechter und die Zünfte. Und die Zünfte, die Unzufriedenheit des Kurfürsten mit der Stadt zu ihrem Vortheil benutzend, riefen den Fürsten herbei zur Entscheidung ihres Streites mit den Geschlechtern. Im Jahre 1441 kam auch Friedrich II. nach Berlin. Statt den Zünften zu helfen ließ er jedoch die städtischen Freiheiten und Privilegien sich einhändigen und riß davon selbst die Siegel herunter. „Also“, sagt der Mönch Detmar, „hat er beide Partheien bezwungen, den Rath und die Gemeinde, denn sie sind nun beide eigen, da sie vorher frei waren und wohl hätten bleiben können, wenn sie einig geblieben wären“ ²⁾.

1) Zimmermann, I, 51 u. 52. Vergl. oben §. 324.

2) von Raumer, cod. dipl. Brandb. I, 155 f. Zimmermann, I, 53 u. 54.

Was jedoch den Zünften bei diesen Kämpfen ganz besonders zu statten kam, das war ihre tagtäglich sich mehrende Menge, der durch ihren Gewerbsfleiß erzeugte Reichthum und ihr dadurch gestiegenes Ansehen, sodann ihre gewaltige Thatkraft und Energie, während durch die fortwährenden Kämpfe der Geschlechter unter sich und mit Anderen die Anzahl und Bedeutung der Geschlechter vermindert, ihre Kraft gebrochen, durch das Zurückziehen von dem Handel und den Gewerben und durch die rittermäßige Lebensart ihr Interesse an den städtischen Angelegenheiten verschwunden, dadurch aber ihr Einfluß darauf vermindert, öfters sogar gänzlich vernichtet worden war, so daß sie, als es zum offenen Kampf kam, den Zünften nicht mehr gewachsen waren. In vielen Städten suchten zwar die Geschlechter aus den Zünften selbst neue Kräfte an sich zu ziehen, und sich durch Wechselheirathen und durch die Aufnahme von Gewerbsleuten in die Geschlechterstuben zu verstärken, z. B. in Straßburg, in Basel, in Frankfurt, in Augsburg u. a. m. (§. 367 u. 368). Da dieses jedoch gegen das Interesse der Zünfte war, so suchten diese selbst es zu verhindern, und erhoben dagegen Beschwerde. So klagten die Zünfte in Speier im Jahr 1327 gegen die Hausgenossen: „damit sie sich wider die gemeine Bürgerschaft desto mehr können stärken, haben sie diß „Mittel erfunden, und für ein Gerechtigkeit gebraucht, daß sie andere Bürger, Rauffleut und Handwercker ehrlichen Namens zu „sich in der Hausgenossen Gesellschaft gezogen“³⁾. Die Zünfte in Mainz klagten, daß die Geschlechter Kinder unebenbürtiger Ehe in ihren Stand aufgenommen und die Zünfte auf diese Weise geschwächt hätten⁴⁾. Ähnliche Klagen führten die Zünfte in Straßburg⁵⁾, in Basel u. a. m. In Wien beschwerten sich die Zünfte sogar über den ausgedehnten Handel der Geschlechter, welchen sie für eine Beeinträchtigung ihrer bürgerlichen Nahrung hielten (§. 367). Daher wurden die Wechselheirathen und die Aufnahmen von Gewerbsleuten in die Geschlechterstuben und Zünfte öfters wieder beschränkt oder sogar gänzlich verboten.

3) Lehmann, p. 597. achte Beschwerde.

4) Freiherr Roth von Schreckenstein, p. 298.

5) Königshoven, p. 312.

Anfangs waren zwar die Handwerker, so lange sie noch in viele einzeln stehende Zünfte, eine jede mit ihrem eigenen Versammlungsort, getheilt waren, sehr schwach und den unter sich einigen und in einer Stube zusammen haltenden Geschlechtern in keiner Weise gewachsen. Seitdem jedoch das gemeinsame Interesse die Zünfte vereinigt und die vereinigten Zünfte als eine Gesamtheit (als eine Gemeinde der Handwerker ⁶⁾, oder als eine Eidgenossenschaft oder ein geschwornes Bündniß ⁷⁾ oder als eine *communitas fraternitatum*, *societas fraternitatum* und als ein *consortium fraternitatum* (§. 313)) einen Gegensatz gegen die meistens uneinig gewordenen Geschlechter zu bilden begannen und durch ihren häufigeren Kriegsdienst ihre Bedeutung gestiegen war, da wuchs durch die Vereinigung ihre Kraft und durch ihre kriegerische Thätigkeit auch ihr Selbstvertrauen. Drohend und gefährlich ward jedoch ihre Stellung erst dann, als sie auch noch einen äußeren Vereinigungspunkt für ihre Bestrebungen gefunden hatten. Dieser war aber verschieden zu verschiedenen Zeiten und an den verschiedenen Orten.

In manchen Städten erhielten die Zünfte einen gemeinsamen Vereinigungsort für alle Zünfte, z. B. in Ulm eine gemeine Beche für alle ehrbaren Zünfte in der Trinkstube der Kaufleute ⁸⁾. Auch in Straßburg versammelten die Ammeister die Zünfte auf ihrer Stube ⁹⁾. Und in Zürich vereinigte der Bürgermeister Walbmann alle Zunftmeister und Handwerker zu einer Gesellschaft auf dem Schnecken, um diese Gesellschaft der Trinkgesellschaft zur Constafel entgegen zu setzen ¹⁰⁾. Anderwärts bildeten mächtige Zünfte den Vereinigungspunct, z. B. die reichen Wollenweber in Köln im Jahre 1369 (§. 311), noch öfter aber einzelne Geschlechter. Meistentheils waren es nämlich ehrgeizige oder mißvergnügte Geschlechter, welche sich als Zunftmeister entweder wie

6) Ulmer Schwörbrief von 1327 und 1345 bei Jäger, Mag. III, 295 u. 304. und bei Jäger, Ulm, p. 788. — „Die gemainde der handwerker — die Gemainde der Antwerch.“ —

7) Speirer Brief von 1327 bei Lehmann, 597 u. 598. und oben §. 312.

8) Jäger, Ulm, p. 253.

9) Urf. von 1420 bei Schiller zu Königshoven, p. 886.

10) Bluntischli, I, 355.

in Basel, Straßburg, Köln, Ulm und Zürich an die Spitze der einzelnen Zünfte ¹¹⁾ oder auch an die Spitze der vereinigten Zünfte stellten, wie dieses die Overstolze und Rodenkirchen in Köln, die Stolzhirsche in Augsburg, die Auer in Regensburg, die Ehinger in Konstanz, andere Geschlechter in Worms u. a. m. gethan haben, um mittelst ihrer die ihnen feindlichen Geschlechter oder auch den Herrn der Stadt zu bekämpfen oder sich an die Spitze der Geschäfte zu erheben. Nur selten waren es uneigennützig Führer des Volkes, wie wahrscheinlich Johann von Arguel in Basel (*in plebs adhaesit*) ¹²⁾, oder wie Rudolf Brun in Zürich, hoch über ihrer Zeit stehende und die Richtung ihrer Zeit begreifende Geschlechter, welche sich der Zünfte bedienten, um mittelst wohlburchdachter Reformen ihre Vaterstadt zu retten, sich selbst aber einen unsterblichen Ruhm zu bereiten. Allenthalben haben aber auch diese Kämpfe zum Siege der Zünfte beigetragen oder ihn wenigstens gar sehr erleichtert. In jenen Städten, in welchen wie in Speier und Straßburg, vielleicht auch in Regensburg, viele Geschlechter selbst von dem Regiment ausgeschlossen waren, wurde dieser Sieg um so leichter. Denn sie vereinigten sich mit den Zünften zum Sturze der alten Verfassung (§. 53, 320 u. 342). Auch der Kriegsdienst hat nicht wenig die immer festere Vereinigung der Zünfte zu einer wahren Gemeinde befördert, zumal in jenen Städten, in welchen die vereinigten Zünfte einen eigenen Hauptmann (*capitaneus*) erhalten, und unter diesem oder unter ihrem Oberstzunftmeister oder Ammeister eine eigene Abtheilung im städtischen Heere gebildet haben, wie dieses z. B. in Ulm und in Straßburg der Fall war (§. 281).

§. 330.

In mehreren Deutschen Städten hatten nämlich die vereinigten Zünfte in der Person des Oberstzunftmeisters oder Ammeisters ein eigenes Oberhaupt erhalten, welches dem Volkshauptmann in den Italienischen Städten nicht unähnlich war. In den Italienischen Städten haben bekanntlich zwei verschiedene Ge-

11) Jäger, Ulm, p. 206 ff. u. 566 ff.

12) Albert Argent. chron. bei Urstis. II, 118. Heusler, p. 145.

meinden, das größtentheils aus Zünften bestehende Volk und die aus den Geschlechtern bestehende Gemeinde neben einander bestanden. Jede dieser beiden Gemeinden hatte ihren eigenen Vorstand, das Volk seinen Hauptmann (*capitano del popolo*) und die Geschlechtergemeinde den Podesta. In ähnlicher Weise haben sich nun auch in den Deutschen Städten die vereinigten Zünfte und die Geschlechter in zwei Gemeinden geschieden. An der Spitze der Zunftgemeinde stand der Oberstzunftmeister oder Ammeister, an der Spitze der Geschlechtergemeinde aber der Bürgermeister. Und wie in Italien der Volkshauptmann, so besorgte in Deutschland der Oberstzunftmeister oder Ammeister die Angelegenheiten der Zunftgemeinde, deren Haupt er gewesen ist. Da jedoch in den Deutschen Städten die beiden Gemeinden sich nirgends so feindlich entgegenstanden, wie in den Italienischen, so gelangten auch die Häupter der vereinigten Zünfte in Deutschland nirgends zu derselben Gewalt wie in Italien. Auch war ihre Anzahl und ihre äußere Stellung sehr verschieden in den verschiedenen Städten.

In Zürich hat es drei Oberstzunftmeister gegeben. Sie hatten mit den Zunftmeistern ohne Beiziehung des Rathes die Zunftstreitigkeiten zu entscheiden, sodann aber auch darüber zu wachen, daß gleiches Recht gehandhabt und niemand das Gehör verweigert oder irgend eine Gewalt angethan werde. Eine Entscheidung hierüber hatten sie aber nicht. Sie sollten vielmehr die Sache, wenn es nothwendig war, vor den Rath bringen und dasselbst die geeigneten Anträge stellen. Im Verhinderungsfalle der Bürgermeister hatten sie deren Stelle zu vertreten und gemeinschaftlich mit ihnen den geheimen Rath zu bilden, welcher bei plötzlicher Gefahr zusammentreten und die geeigneten provisorischen Maßregeln treffen sollte ¹⁾.

In Chur gab es zwei Oberstzunftmeister. Sie wurden von dem großen Rath aus den Oberzunftmeistern der Zünfte gewählt und wechselten alle Jahr im Amt ab ²⁾. Der jedes Mal regierende Oberstzunftmeister hatte das Interesse und die Rechte der Zünfte der Obrigkeit gegenüber zu vertreten und durfte zu

1) Bluntschli, I, 861.

2) Simler. eidgenöss. Regiment, p. 607.

dem Ende die Zunftvorsteher (die Oberzunftmeister) allein oder auch sämtliche Zunftbrüder versammeln, um sich mit ihnen zu berathen („er laßt von allen 5 Zünften die Zunftbrüder alle auf die L. „Zumpft von Schmiden berufen, daß es ein rechts Mehr „gebe“). Er konnte aber auch die Zünfte einzeln berufen und sodann die Umfrage und Abstimmung durch die Oberzunftmeister vornehmen lassen. („Da hat der Oberzunftmeister auf der „Schneiderzunft die Umfrag gehalten“). Die Abstimmung geschah wie bei den Volksversammlungen in der Schweiz mittelst Handaufhebens³⁾.

§. 831.

In Basel hat es einen Oberstzunftmeister und eine Zeit lang neben ihm auch noch einen Ammeister gegeben. Auch in Basel standen sich nämlich die Geschlechter und die Zünfte als zwei verschiedene Parteien gegenüber. Beide Theile waren, wie wir gesehen, im Stadtrath vertreten. An der Spitze der Geschlechter stand der Bürgermeister, und an der Spitze der Zünfte der Oberstzunftmeister, und beide vertraten bei jeder Gelegenheit in und außer dem Rathe das Interesse ihrer Partei. Auch hatten beide Theile seit dem Jahre 1382 ihren eigenen Schreiber. Früher hatte nämlich der Stadtschreiber alle Schreibereien des Stadtrathes zu besorgen. In jenem Jahre wurde ihm aber noch ein sogenannter Rathschreiber an die Seite gesetzt, welcher dem Oberstzunftmeister zur Seite stehen sollte, so oft dieser allein auftrat. Darum sollte der Rathschreiber und nicht der Stadtschreiber mit dem Oberstzunftmeister auf den Zünften umhergehen, wenn dieser den Bürgereid abnahm; darum sollte der Rathschreiber bei den Malefizgerichten der versammelten Bürgerschaft das Bekenntniß des Verurtheilten vorlesen; und mit dem Oberstzunftmeister auch den Huldigungen der Landleute beiwohnen. Auch hatte er die Schreibereien und Angelegenheiten der Zünfte zu besorgen. Jedes dieser beiden Parteien hatte demnach sein eigenes Oberhaupt und gewissermaßen seinen eigenen Kanzler, die

3) Lienhard Glarner's Erzählung von 1658 bei von Mohr, Archiv für Geschichte von Graubünden, I, §. 2. p. 23 u. 24.

Geschlechter den Bürgermeister und Stadtschreiber, die Zünfte aber den Oberstzunftmeister und den Rathschreiber ¹⁾).

Die erste Spur eines Oberstzunftmeisters findet sich im Jahre 1272. Früher, so lange noch die einzelnen Zünfte unter einem bischöflichen Ministerialen standen, konnte von einem Haupte der vereinigten Zünfte keine Rede sein. Der Bischof hatte ihn jedes Jahr aus den Aichtbürgergeschlechters zu ernennen. Und da die Rechte des Reichsvogtes und des Bürgermeisters durch ihn geschmälert wurden, so konnte die Errichtung dieses Amtes dem Bischof nur erwünscht sein ²⁾. Anfangs hatte der Oberstzunftmeister keinen Zutritt zu dem Stadtrath. Er war aber gleich von Anfang an das Haupt der Zünfte. Und unter seinem Voritze wurden in den sogenannten Meistergebotten alle Zunftangelegenheiten von den Zunftmeistern besorgt und entschieden ³⁾. Seit dem 13. Jahrhundert wurden indessen mit den Zunftmeistern auch die Oberstzunftmeister zuweilen in den Rath gezogen. Wann sie aber regelmäßigen Zutritt erhalten, ist sehr zweifelhaft ⁴⁾, wahrscheinlich im Jahre 1382 gleichzeitig mit den Zunftmeistern ⁵⁾, jedenfalls aber doch schon gegen das Ende des 14. Jahrhunderts. Denn in einer Verordnung von 1386 wird ihre ständige Anwesenheit im Rathe bereits vorausgesetzt ⁶⁾ und in einer Urkunde von 1399 wird eines Oberstzunftmeisters im Rathe erwähnt ⁷⁾. Als ein Haupt der Stadt wird aber der Oberstzunftmeister zum ersten Male im Jahre 1457 bezeichnet, wiewohl er es in der That früher schon, seit seinem ständigen Zutritt in den Rath, war ⁸⁾. Er hatte nicht bloß das Interesse der Zünfte im Rath und in der Gemeinde zu ver-

1) Dchs, I, 370, II, 263, 264, V, 34.

2) Dchs, II, 349 u. 350.

3) Urf. von 1360 bei Heusler, p. 373. not. 1.

4) Dchs, II, 350 u. 251. Im Jahre 1317 wurde der generalis magister societatum bei der Erhebung eines Ungeltes beigezogen. Dchs, II, 26. Verordnung von 1354 bei Dchs, II, 77. Urf. von 1386 u. 1350 bei Heusler, p. 373 not. 2. Vergl. oben §. 317.

5) Dchs, II, 260.

6) Dchs, II, 300.

7) Dchs, II, 354.

8) Urf. von 1457 bei Dchs, II, 352. „Durch Abwesen der Houpier, eines Burgermeisters und (Oberst) Zunftmeisters.“

treten, sondern auch die Streitigkeiten unter den Zünften zu entscheiden. Und die Zunftmeister bildeten sodann seinen Zunfttrath⁹⁾.

Beide Häupter der Stadt standen unter fremdem Einfluß, der Bürgermeister, als Ritter und Dienstmann oder Vasall des Kaisers, des Bischofs oder eines anderen Herrn unter diesem, und der Oberstzunftmeister unter dem Einfluß des Bischofs, da er von diesem ernannt wurde. Diese Abhängigkeit ihrer Häupter hatte der Stadt manche Nachtheile gebracht. Daher wurde im Jahre 1385 die Errichtung eines neuen Amtes beschlossen, welches unter keinem fremden Einfluß stehen und nur von der Bürgerschaft abhängen sollte.

Dieses dritte Haupt der Stadt nannte man Ammanmeister, Ammenmeister oder Ammeister. Dieser Ammeister war nun nicht bloß, wie in Straßburg, das Haupt der Zünfte. Denn der Oberstzunftmeister blieb dieses nach wie vor. Er war vielmehr das Haupt der gesamten Bürgerschaft im Gegensatz gegen die städtische Ritterschaft. Denn es ist aus der Verordnung von 1385 selbst zu entnehmen, daß die Aichtbürgergeschlechter bei der Errichtung dieses Amtes Hand in Hand mit den Zünften gegangen sind, das Amt also bloß gegen die Ritterschaft gerichtet war. Daher sollte der Ammeister jedes Jahr von dem Stadtrath entweder aus seiner Mitte oder aus den Zünften oder Aichtbürgergeschlechtern oder aus anderen ehrbaren Leuten in der Stadt gewählt werden. Nur „keines Herrn Mann“, d. h. kein Dienstmann, Vasall oder Ritter durfte er sein. Außer den übrigen Bürgern hatte er jedoch insbesondere auch die Zünfte zu berathen und zu vertreten. Daher durfte, nach einer Verordnung von 1386, der Ammeister mit den Zunftmeistern den Stadtrath verlassen, um sich vor der Abstimmung im Rathe mit den Zünften zu berathen. Allein schon im Jahre 1391 hörte dieses Amt wieder auf¹⁰⁾.

Neues Mißtrauen gegen die Ritter und nun auch gegen die Aichtbürger und gegen den Bischof selbst führte indessen im Jahre

9) Verordnung von 1410 bei Dohs, III, 74—75. Urf. von 1369 u. 1440 bei Heusler, p. 378 not. 2.

10) Dohs, II, 285—288, 292 u. 298—302. Vergl. ganz besonders, Heusler, p. 279—282.

1410 abermals zur Errichtung des Ammeisteramtes. Der neue Ammeister war jedoch von dem früheren dadurch verschieden, daß er ein zweites Haupt der Zünfte sein und daher mit dem Oberstzunftmeister auf den Zünften umhergehen sollte, um den Burgereid abzunehmen. Darum sollten ihn auch nur die 30 Zunftmeister (die 15 alten und 15 neuen) entweder aus ihrer Mitte oder aus den Zünften wählen und auch die beiden Ehrenmahle, welche ihm nach seiner Wahl gegeben werden mußten, auf der Zunftstube des alten und neuen Ammeisters gegeben werden. Im Jahre 1414 wurde indessen das Wahlrecht dahin erweitert, daß nun außer den Zunftmeistern auch noch die Rathsherren von den Zünften, nicht aber jene von den Stuben mitwählen durften¹¹⁾. Die Gewalt und das Ansehen dieses Ammeisters war sehr groß. Er hatte seinen Rang vor dem Oberstzunftmeister unmittelbar nach dem Bürgermeister¹²⁾. Auch verhandelte er zuweilen mit dem Bürgermeister und Rath ganz allein und ohne den Oberstzunftmeister¹³⁾. Der Stadtrath und die gesammte Bürgerschaft mußte ihm einen Eid leisten¹⁴⁾. Die Correspondenz mit dem Auslande durfte nur der Ammeister oder der Bürgermeister führen. Der Oberstzunftmeister durfte die an ihn gelangten Briefe nicht einmal öffnen und lesen¹⁵⁾. Am meisten Anstoß hat jedoch das dem Ammeister eingeräumte Recht gegeben sich über alle Angelegenheiten der Stadt, ehe sie an den Rath kamen, mit den alten und neuen Zunftmeistern berathen zu dürfen. Denn dieses Recht der Vorberathung brachte die Geschlechterstuben in Abhängigkeit von den Zünften¹⁶⁾. Daher erhoben sich die Ritter und die Geschlechter von den Aichtbürgern im Jahre 1414 gegen diese und andere Bestimmungen und zogen, wie vordem die Plebejer in Rom, aus der Stadt mit der Erklärung erst dann wieder zurückkehren zu wollen, wenn die Gemeinde sie bei ihrem alten Rechte und Herkommen lassen werde¹⁷⁾. Auch wurden hierauf einige Bestim-

11) Dchs, III, 67—72.

12) Dchs, III, 68, 87, 95, 102, 105, 115 u. 117.

13) Urk. von 1411 u. 1416 bei Dchs, III, 88, 93 u. 117.

14) Dchs, III, 71 u. 72.

15) Dchs, III, 76.

16) Dchs, III, 75 u. 76.

17) Dchs, III, 102.

mungen über das Ammeisteramt und einige Jahre nachher im Jahre 1417, das Amt selbst wieder abgeschafft¹⁸⁾.

Nun war denn der Oberstzunftmeister wieder das einzige Haupt der Zünfte. Er wurde nach wie vor von dem Bischof, seit dem 15. Jahrhundert jedoch abwechselnd aus den Stuben oder aus den Zünften ernannt¹⁹⁾. Im Jahre 1424 verkaufte der Bischof dieses wichtige Amt auf Wiederkauf an die Stadt, löste es aber später wieder ein²⁰⁾, wenn auch noch nicht im Jahre 1425, wie dieses Ochs annimmt²¹⁾. Erst im Jahre 1521 nach dem vollständigen Siege der Zünfte erhielt der Stadtrath das Recht die beiden Häupter der Stadt, den Bürgermeister und Oberstzunftmeister zu ernennen²²⁾.

§. 332.

Wie in Basel, so hat es auch in Freiburg im Breisgau eine Zeit lang einen Ammeister und einen Oberstzunftmeister neben einander gegeben. Nach der Verfassung von 1388 sollte nämlich der Stadtrath aus 12 Geschlechtern, aus 18 Bürgern und aus den 18 Zunftmeistern bestehen und jede Abtheilung ihr eigenes Oberhaupt, die Geschlechter den Bürgermeister und Schultheiß, die bürgerlichen Rathsherren einen Ammeister und die Zunftmeister einen aus ihnen gewählten Obersten Zunftmeister oder Obristmeister, die Stadt also vier Häupter, den Bürgermeister, Schultheiß, Ammeister und Obristmeister haben¹⁾. Allein schon im Jahre 1392 wurde das Amt des Ammeisters wieder abgeschafft. Es blieben demnach nur noch der Bürgermeister, der Schultheiß und der Oberste Zunftmeister. Sie saßen alle drei im Stadtrath und vertraten daselbst, der Bürgermeister und Schultheiß die Geschlechter und der Oberste Zunftmeister die übrigen Bürger und die Zünfte²⁾.

18) Ochs, III, 75, 105 u. 128. Vergl. besonders Heusler, p. 288—290.

19) Ochs, V, 19. Heusler, p. 381.

20) Ochs, III, 149, 153 u. 154.

21) Heusler, p. 347.

22) Ochs, V, 347.

1) Buch der Rathsbefehlungen bei Schreiber, Geschichte von Freiburg, III, 17.

2) Zwei Urkunden von 1392 bei Schreiber, Urkb. II, 88—91.

§. 333.

Was in Basel und Freiburg der Oberstzunftmeister war in Straßburg der Ammeister, nämlich das Haupt der Handwerker oder der Zünfte. Daß der Ammeister in Straßburg seit dem Siege der Zünfte im Jahre 1332 in dieser Eigenschaft mit den vier Städtemeistern (Bürgermeistern) an der Spitze des Stadtregiments gestanden hat, ist außer allem Zweifel. Denn sowohl Glosener als Königshoven sagen es aufs aller Bestimmteste. Zweifelhaft ist es nur, ob das Amt des Ammeisters erst im Jahre 1332 entstanden ist, wie dieses z. B. Hermann glaubt ¹⁾, oder ob der Ammeister erst damals an die Spitze der Zünfte gekommen ist, früher aber nichts mit den Zünften zu thun gehabt hat, vielmehr bloß Vorstand der Gerichts Schöffen gewesen ist, wie dieses Heusler glaubt ²⁾ und auch aus Glosener und Königshoven geschlossen werden könnte. („Sü sattent ouch III meister noch der alten gewonheit, unn einen ammanmeister, der ein hou- bet solte sin der antwerke, unn des eit solt vor allen eiden gon. Daz vormols ungewonlich was: wol hette man einen ammanmeister gehebet, aber es stunt kein gewalt an ime, wande daz er die schöffel samete, so man üte mit in wolde zu rot werden“) ³⁾. Beide Ansichten sind jedoch, wie wir sogleich sehen werden, nicht richtig. Die Ansicht Heuslers, so interessant auch seine Ausführung ist, ist nämlich schon aus dem Grunde unrichtig, weil er die Schöffen in Straßburg für Gerichts Schöffen hält und sie erst später, seit dem 13. Jahrhundert, mit einem gewaltigen nicht leicht erklärbaren Sprung Zunftgenossen werden läßt, während es in Straßburg niemals Gerichtschöffen, weder bei dem Gerichte des Vogtes noch bei jenem des Schultheiß, gegeben hat. Schöffen (Schöffel) nannte man in Straßburg vielmehr die Zunftvorsteher. Daher konnte der große Rath, nachdem alle Zunftvorsteher Zutritt erhalten hatten, aus 300 Schöffen bestehen (§. 348). Am richtigsten scheint mir daher die Ansicht zu sein, daß die Ammeister schon

1) Hermann, not. hist. de Strasbourg, II, 81.

2) Heusler, p. 473—487.

3) Glosener, p. 101. Dieselben Worte bei Königshoven p. 305., der jedoch den Ammanmeister einen „Antwergmeister“ nennt.

vor dem Jahre 1332 Vorsteher der Zünfte (der Zunftschöffen) gewesen, seit diesem Jahre aber, als Haupt der Zünfte, an die Spitze des Stadtreiments gelangt sind.

Als gewiß muß nämlich angenommen werden, daß der Ammanmeister oder Ammeister vor der Revolution von 1332 ein Schöffenmeister war und auch so („Schöffenmeister“⁴⁾ oder *magister scabinorum*)⁵⁾ in früheren wie in späteren Zeiten genannt worden ist. Auch kann die Identität des Ammeisters und Schöffenmeisters schon darum nicht bezweifelt werden, weil noch der erste Ammeister seit der Revolution von 1332, Burkhard Twinger, bald *magister scabinorum*⁶⁾, bald Ammanmeister⁷⁾, bald Handwerksmeister (Antwergmeister)⁸⁾ genannt worden ist. Merkwürdig ist es auch, daß in Basel der Ammeister ebenfalls *magister scabinorum* genannt worden ist⁹⁾, und daß in Zürich sogar die Zunftmeister zuweilen *scabini* genannt werden¹⁰⁾, was doch nicht ohne allen Grund geschehen sein kann. Daher glaube ich, daß auch in Straßburg der Ammeister schon vor der Revolution von 1332 ein wie wohl noch von der Herrschaft abhängiger Oberstzunftmeister gewesen sei. Dafür spricht schon der Titel Amman Meister, welchen er bereits vor jener Zeit geführt hat¹¹⁾, und welcher bloß aus seinem Verhältniß zu den Zünften erklärt werden kann. Die Zünfte hießen nämlich in Straßburg, wie auch in Basel u. a. m. Ambacht, Aemter, Handwerksämter und officia,

4) Urf. von 1230 bei Haltaus, p. 1644. Schilter zu Königshoven, Vorrede. anno 1230.

5) Albertus, de gestis Bertoldi bei Urstisius, II, 177. Urf. von 1228 bei Schoepflin, I, 363. Verordnung von 1394 bei Wender, von Glevenburgern, p. 65.

6) Urf. von 1348 bei Schilter zu Königshoven, p. 573. und Scherz gloss. p. 37.

7) Glosener, p. 101, 103 u. 104.

8) Königshoven, p. 305 u. 308.

9) Verordnung von 1385 u. 1410 bei Dörs, II, 287, III, 69.

10) Bluntschli, I, 326.

11) Rathesbeschluß von 1308 bei Wencker, collect. archiv. p. 151. Auch Glosener, p. 101. und Königshoven, p. 305. sagen, daß das Amt schon vor dem Jahre 1332 bestanden habe „wie doch man vor einen antwergmeister (Ammeister) gehöbet hette.“

die Zunftmitglieder aber Amtleute, Ammänner, *officiales* und Schöffen (§. 269 u. 270). So oft daher die Handwerker in dem Rath beigezogen worden sind, heißt es in den Urkunden Schöffel und Ammann ¹²⁾ oder *scabini et officiales* ¹³⁾. Die Vorsteher dieser Handwerksämter wurden Meister oder *magistri*, wahrscheinlich auch Ammanne oder *officiales* genannt und, wie wir gesehen, von dem Burggrafen, also von der Herrschaft ernannt. Wie nun in Basel ein Oberstzunftmeister von dem Bischof ernannt und über alle Zünfte gesetzt worden ist, so auch in Straßburg, wie es scheint, von dem Burggrafen. Schon seit dem 13. Jahrhundert wird nämlich daselbst eines Meisters gedacht ¹⁴⁾, welcher den Umständen nach niemand anders als der spätere Ammann Meister, d. h. Meister aller Ammanne, oder Ammeister gewesen sein kann. Denn die in dem alten Stadtrecht enthaltene Vorschrift über die Wahl jenes Meisters wird später noch mehrmals fast wörtlich, aber immer nur von der Wahl des Ammeisters wiederholt. So in dem Rathsbeschluß von 1303 ¹⁵⁾ und auch noch in den Schwörbriefen von 1416 und 1482 ¹⁶⁾. Da sich nun bei keinem anderen Beamten eine ähnliche Vorschrift findet, so muß dieser Meister mit dem

12) Rathsbeschluß von 1303 bei Wencker, collect. archiv. p. 151. „Da kommt meister und rat, scheffele und Ammanne überein.“ Urf. von 1363 u. 1419 bei Schilter zu Königshoven, p. 806 u. 809. — „Meister vnd Rat, Schöffel vnd Amman sint übereinkomen.“ — Schwörbrief von 1482 bei Schilter, p. 1094. — „vor Schöffel vnd Amman.“ — Die Zunftvorsteher, d. h. die Mitglieder des Zunftvorstandes hießen in Straßburg Schöffen und die Vorsteher einer jeden Zunft wahrscheinlich Ammanne oder *officiales*.

13) Urf. von 1239 bei Wencker, l. c. p. 643. — *magister burgensium et consules — de communi consensu scabinorum et officialium*.

14) Altes Stadtrecht bei Wencker, l. c. p. 151. „Swer eins jars Meister ist. der sol an dem vünften jare aber ze Meistere gekosen werden. aber nicht e.“

15) Bei Wencker, l. c. p. 151. „Und wer eins jors Ammanmeister ist, der sol vor dem fünfften jore nit zum Ammenmeister gekosen werden.“

16) Bei Schilter zu Königshoven, p. 1094 und Herzog, Elß. Chron. Straßburg, p. 70 u. 84. „Daß man keinen alten Ammeister kiesen solle, er sey dann vor fünff ganzer jahr müßig gangen.“

späteren Ammeister identisch, also ein Oberstzunftmeister gewesen sein. Auch kommt nach dem erwähnten Rathschluß von 1303 der Name Amman Meister und Ammanmeister selbst schon vor, also längst vor der Revolution von 1332. Eben so wurde derselbe, wie auch in Basel¹⁷⁾, *magister officiorum*¹⁸⁾ und *Handwerksmeister*¹⁹⁾ und sein Amt *magistratus officiorum* genannt²⁰⁾. Auffallend für den ersten Anblick ist freilich diese Verbindung der Vorstandschaft der Handwerksämter mit jener eines Schöffensmeisters. Allein das Auffallende verschwindet, wenn man erwägt, daß hier von keinen Gerichtsschöffen die Rede ist, daß vielmehr in Straßburg, wie in Zürich und wahrscheinlich auch in Eßlingen^{20a)} die Zunftvorsteher selbst Schöffen genannt worden sind. Der Ammeister war demnach als Vorsteher der Zünfte zugleich Vorsteher der aus Schöffen bestehenden Zunftausschüsse, und konnte darum sehr wohl zu gleicher Zeit Ammanmeister, *magister officiorum* und *magister scabinorum* heißen. Denn der Schöffensmeister, Oberstzunftmeister und Ammeister waren eine und dieselbe Person (§. 159). So oft nun die Zünfte, was auch schon vor dem Jahre 1332 zuweilen geschehen ist²¹⁾, von dem Rath beigezogen worden sind, hatte der Ammeister sie zu versammeln und sodann nach ihrer Meinung zu fragen. Er durfte dieses aber natürlich nur mit Zustimmung des Rathes thun, da die Zünfte damals noch kein Recht zur Beiziehung hatten²²⁾.

17) Dhs, III, 69.

18) Urk. von 1418 bei Wencker, p. 472. — *magistro officiorum vulgariter dicto Ammeister civitatis Argentinensis.* —

19) Königshoven, p. 805, 808 u. 809.

20) Urk. von 1261 bei Schoepflin, I, 434.

20a) Pfaff, p. 94. Not. Vergl. oben §. 270.

21) Vergl. oben Not. 12. Stadtrecht von 1241 §. 21 bei Mone, Anzeiger, VI, 25 u. 28. Stadtrecht von 1249 §. 16 bei Strobel, I, 555. Stadtrecht von 1270 §. 7 bei Strobel, I, 318. — „und tut ez noi, „so sol man die schoeffele ouch heissen zu dem rate gan.“ Vergl. noch Heusler, p. 480 — 481. Solche beigezogene Zunftvorsteher sind auch die Schöffen, von denen Hegel in Chron. von Straßburg, p. 25. spricht.

22) Rathschluß von 1303 bei Wencker, p. 151. „Und en sol ouch be-
„heinen Schöffel besammen noch fragen, ernsi es denne von dem
„merern teil des Rotes geheissen und von dem Meister (Amman

Außerdem durfte der Ammeister auch noch, wie der Oberstzunftmeister in Basel ²³⁾, die Parteien vor Gericht beraten und vertreten ²⁴⁾. Das Haupt der Zünfte beim Stadtre Regiment konnte er aber darum noch nicht sein, weil die Zünfte selbst noch von dem Regiment ausgeschlossen waren.

Der Ammeister hat demnach schon vor dem Siege der Zünfte im Jahre 1332 an der Spitze der Zünfte als ihr, wenn auch noch von der Herrschaft abhängiger, Oberstzunftmeister gestanden. Erst seit jener Zeit wurde er jedoch ihr Haupt bei dem Stadtre Regiment und daher nun nicht mehr von dem Burggrafen ernannt, vielmehr von und aus den Zünften gewählt ²⁵⁾. Mit den frei und unabhängig gewordenen Zünften hat sich demnach auch ihr Vorsteher, der Ammeister, gehoben. Und es dauerte nicht lang, so stand er auch noch an der Spitze der Stadt selbst. Schon im 14. Jahrhundert wurde er in den Urkunden zuweilen vor den Bürgermeistern ²⁶⁾, seit dem 15. Jahrhundert zuweilen sogar ganz allein im Rathe genannt ohne der Bürgermeister zu erwähnen ²⁷⁾. Die Geschlechter klagten im Anfang des 15. Jahrhunderts, der aus ihrer Mitte zu nehmende Städtemeister sei nichts weiter mehr, als der Diener des Ammeisters (daß „ein Stettmeister darzu komen „sei, daß er nit me ist dann eins Ammeisters knecht“) ²⁸⁾. Man wollte damals dem Ammeister gleiche Gewalt wie den Städte-

„Meister) one gewerbe.“ Vergl. noch Glosener, p. 101. und Königs-
hoven, p. 305. — „Doch so stunt kein gewalt an ime (Antwergmeister)
„wan das er die schöffele besamete so men ut mit in ze rote wolte
„werden.“ Vergl. noch Heusler, p. 478 Not. 1.

23) Zwei Rathserkenntnisse von 1400 bei Ochs, II, 352. „Daß ein jec-
licher Oberstzunftmeister eines jeclichen Rebe, er sye fremde oder Hei-
mische, vor den Räten tun mag.“

24) Rathsbeschluß von 1303 bei Wencker, p. 151. „Und weß wort der
„Amman Meister tut das das gerichte anegat uff der Psalzen, das sol
„er vergeben one gut tun.“

25) Königshoven, p. 309, vergl. 305 u. 308.

26) Urf. von 1380 bei Schoepflin II, 279. „embieten dem ammanmeister,
„den burgermeistern, reten und den burgern.“

27) Urf. von 1405 bei Schoepflin, II, 314. „Der amanmeister, der räte
„und der burger.“ —

28) Urf. von 1419 u. 1420 bei Schilter zu Königsb. p. 813 u. 836.

meistern einräumen ²⁹⁾. Dies genügte ihm aber nicht mehr. Nach der Verfassung von 1482 sehen wir ihn bereits an der Spitze der Geschäfte und die vier Städtmeister standen unter ihm ³⁰⁾.

§. 334.

Was in Zürich, Basel, Ebur und Straßburg die Oberstzunftmeister und Ammeister waren in Soest die Großrichtleute. In Soest bestand nämlich die Bürgerschaft seit dem Siege der Zünfte aus zwei Theilen, aus den Aemtern und aus der Gemeinde, welche die Gemeinheit oder die Stahlgabums Gesellschaft genannt worden ist. Zu den Aemtern oder Gilden gehörten sämtliche 10 Handwerksämter, zur Gemeinde alle übrigen Bürger, welche in kein Amt aufgenommen waren. An der Spitze jedes Amtes standen zwei Richtleute und an der Spitze sämtlicher Aemter ein Großrichtmann, welcher die Angelegenheiten der Aemter beim Magistrate zu vertreten hatte. Eben so stand der Gemeinde ein von ihr gewählter Großrichtmann vor, welcher gleichfalls den Magistratsitzungen beizuwohnen und daselbst die Gemeinde in derselben Weise zu vertreten hatte, wie der andere Großrichtmann die Aemter ¹⁾.

In vielen alten Städten bildeten demnach die Geschlechter und die Zünfte zwei sich feindlich gegenüber stehende Gemeinden, von denen eine jede ihr eigenes Interesse und ihr eigenes Haupt hatte. Als es daher nach dem Siege der Zünfte zum Vergleich kam, so verhandelten und contrahirten beide Theile mit einander wie zwei feindliche Mächte. So war es im Jahre 1304 in Speier ²⁾. Eben so im Jahre 1316 in Eßlingen ³⁾ und in den Jahren 1334,

²⁹⁾ Schilter, p. 840.

³⁰⁾ Schwörbrief von 1482 bei Schilter, p. 1092 bis 1099.

1) Ged., Beschreibung von Soest, p. 123 u. 124.

2) Urk. von 1304 bei Lehmann, p. 588. „Daß zwischen uns dem alten Rath und den Hanßgenossen ein site, und dem Rath der jetzt ist, den jechsen von jeder Zunft und der Gemeinde ander seite — ist also geredt und übertragen.“ —

3) Regimentsordnung von 1316 bei Jäger, Mag. V, 9. „Wir der Burgermeister, der Schultheiß, der Rath, die Burger, die Zunftmeister, die Zünfte und die Gemeinde — seynd mit einander gemeiniglich übereinkommen.“ —

1382, 1416 und 1482 in Straßburg ⁴⁾. Die früheren Gegensätze sollten nun aber allenthalben aufhören und die früher getrennten Gemeinden eine einzige Gemeinde bilden, also die Bürger (die Geschlechter) nicht mehr ohne die Zünfte und die Zünfte nicht mehr ohne die Bürger über städtische Angelegenheiten berathen und nicht mehr für sich allein Gesetze machen, z. B. in Eßlingen ⁵⁾ und in Ulm ⁶⁾.

d) Die Stadtgemeinde seit dem Siege der Zünfte.

1) Im Allgemeinen.

§. 335.

Die größere Intelligenz und Thatkraft der Zünfte führte fast allenthalben zum Siege. Der Sieg und die darauf folgende neue Verfassung war jedoch sehr verschieden je nach dem größeren oder geringeren Widerstand der Geschlechter und nach ihrer Haltung während und nach dem Kampfe. In vielen Städten verließen die Geschlechter freiwillig die Stadt und wanderten auf kürzere oder längere Zeit oder auch für immer aus, z. B. in Speier ¹⁾, in Straßburg ²⁾, Augsburg ³⁾, Regensburg ⁴⁾, Amberg ⁵⁾, Osnabrück,

4) Schwörbriege von 1384, 1382, 1416 u. 1482 bei Hermann, II, 462. und Herzog, p. 59, 70 u. 83. „Wir die Meister, die Rätthe, die Ritter, die Knechte, die Burger, die Handwerck vnd die Gemeind — überkommen seynb.“ —

5) Regimentsordn. von 1316 bei Jäger, Mag. V, 10. „Es sollen auch die Bürger ohne die Zunftmeister keinen sondrigen Rath haben, um der Sache, die die Stadt gemeiniglich angehet, — dasselbe sollen auch thun die Zunftmeister, die Zünfften und die Gemeinde.“

6) Rothess Buch bei Jäger, Mag. III, 507. „Die Zünfte und Bürger sollen dem Rath gehorchen und kein Gesetz für sich machen.“ Schwörbrief von 1327 bei Jäger, Ulm, p. 741. „Daz die Burger, die des Rats syn, ane die Zunftmaister vnd ane die Rät von der gemeind noch dieselben Zunftmaister vnde Rat von der gemeindt widerumb ane die Burger, die des Rates findt, ir jetweder tail ane den andern thainen besondern Rat haben sollen.“ —

1) Lehmann, pl 600 ff., 606 ff., 615 u. 617.

2) Schilter zu Königshoven, p. 806 ff.

3) von Stetten, Geschl. Gesch. p. 46, 54 u. 55.

4) Gemeiner, I, 566, II, 5 ff.

Dortmund, Dürtheim u. a. m. (§. 339 u. 340). In anderen Städten wurden sie zur Auswanderung genöthiget und auf kürzere oder längere Zeit oder auch für immer verbannt, z. B. in Bremen ⁶⁾, in Zürich ⁷⁾, in Basel ⁸⁾, in Köln, Konstanz, Magdeburg u. a. m. (§. 311 u. 322). In den meisten Städten kam es jedoch nicht zu diesem Extrem. Auch sind in keiner Stadt alle Geschlechter ausgewandert oder verbannt worden. Und die Zurückbleibenden haben sich sodann entweder mit den Zünften und mit der übrigen Gemeinde zu einer Masse verschmolzen, oder sie ertheilten den Zünften einen beliebigen Antheil an dem Regiment. In sehr vielen Städten kam es aber auch zu einem vollständigen Zunftregiment.

2) Die Geschlechter haben sich unter der Bürgerschaft verloren.

§. 336.

In Bremen haben sich die zurückgebliebenen Geschlechter mit den übrigen Bürgern, zu welchen nun auch die Handwerker gehörten, zu einer Masse verschmolzen. Denn die Geschlechter haben sich daselbst in der Art mit den übrigen Bürgern vermengt und sich unter denselben verloren, daß es nicht einmal zur Bildung eines eigentlichen Patriciates kommen konnte ¹⁾. Nach langen Kämpfen mit den Zünften und mit dem Erzbischof kam im Jahre 1433 eine neue Verfassung zu Stand, nach welcher der Rath aus 28 Mitgliedern, aus 4 Bürgermeistern und 24 Rathmannen bestehen und das Amt der Rathmanne lebenslänglich sein sollte. Auch ging nun die volle Gewalt auf den Rath über, welcher daher nicht mehr als Bevollmächtigter der Gemeinde, vielmehr Kraft eigenen Rechtes als vollmächtiger Rath („vulmechtige Rad“) auftrat ²⁾. Die Bürgerschaft war jedoch mit dieser Verfassung keineswegs zu-

5) von Löwenthal, Gesch. von Amberg, I, 321.

6) Rhynesberch, Brem. Chron. bei Lappenberg, Geschichtsquellen von Bremen, p. 82 ff.

7) Hottinger, im Schweizer. Museum, I, 53 ff. u. 70 ff.

8) Ochs, I, 402, 408 u. 411 ff.

1) Donandt, I, 252 u. 253.

2) Statut von 1433 bei Delrichs, p. 438 ff.

frieden. Sie kam aber doch erst nach 100 Jahren und nach neuen Aufständen im Jahre 1530 zur Herrschaft, indem 104 Männer an die Stelle des früheren Rathes traten. Eine Verfassung, welche indessen ebenfalls nicht von langer Dauer war. Denn schon im Jahre 1534 wurde durch die sogenannte neue Eintracht („Nieuwe Eendracht“) die alte Verfassung, im Wesentlichen das Statut von 1433, wieder hergestellt. Nach dieser neuen Eintracht kam nun wieder alle Gewalt in die Hände des nun wieder aus 4 Bürgermeistern und 24 Rathmannen bestehenden Rathes. Die Rathmänner wurden wieder „vullmächtig.“ Sie erhielten außer der vollziehenden, verwaltenden und richterlichen, von je her besessenen Gewalt, nun auch noch die gesetzgebende Gewalt und das Recht neue Steuern zu erheben. Denn es hing von dem Rath ab, wen er bei der Gesetzgebung und bei der Steuererhebung beiziehen wollte³⁾. Durch die Observanz wurde jedoch diese Allgewalt (Vollmächtigkeit) des Rathes dahin beschränkt, daß bei wichtigen Angelegenheiten außer den graduirten Gelehrten und den Eltermännern auch die Bürger der Altstadt, welche die Hauptabgabe (den Schoß) entrichteten, auch noch einige Vertreter der Zünfte und die zur Besorgung des Armenwesens gewählten Diaconen zu den Bürgerconventen beigezogen zu werden pflegten⁴⁾. Und diese aristokratische Verfassung hat sodann 300 Jahre lang bis zu den Stürmen des Jahres 1848 bestanden.

In ähnlicher Weise hat sich die Bürgerschaft in Hamburg gebildet. Diese bestand nämlich von je her, wie in anderen alten Städten, aus den in Grund und Boden angesessenen (aus den erbgesessenen) Leuten (§. 227). Seit dem 14. Jahrhundert wurden nun zwar mit der Bürgerschaft auch die Vorsteher der Zünfte in wichtigen Angelegenheiten von dem Rath beigezogen⁵⁾.

3) Neue Eintracht von 1534 bei Delrichs, p. 774 ff. art. 18. „Unde dar dem Rade in düssen unde anderen Eaten, so eme vorfallen, nodig unde behof were, mit mehr Euden Ruggesprake to nemen, so möge de „Rad uth der Gemenheit, deme Kopman unde Ambten darto forderen, unde vorbaden laten de verslendigsten de dem Rade nutte dunket.“ —

4) Böhmert, p. 10—12.

5) Urf. von 1840 bei Lappenberg, Programm der dritten Säcularfeier der bürgerlichen Verfassung Hamburgs, p. 43. — *super hoc requirere et optinere specialiter consilium et consensum magistrorum officiorum mechanicorum ac universitatis dicti opidi*

Zur vollberechtigten Bürgerschaft gehörten aber die Handwerker nur dann, wenn sie in Grund und Boden angesessen waren. Denn auch in späteren Zeiten bestand diese aus der erbgesessenen Bürgerschaft⁶⁾. Es hat sich zwar auch in Hamburg die Bürgerschaft in zwei Theile, in die sogenannten Bürgergilden und in die Zünfte geschieden. Zu den Bürgergilden oder Gesellschaften gehörten die Englandsfahrer, die Flandernfahrer und Schonensfahrer, dann die Brauergesellschaft und die Schiffergesellschaft. Und bei der Verehelichung sollte sich jeder nicht zu einer Zunft gehörige Bürger erklären, zu welcher Gesellschaft er sich halten wolle⁷⁾. Allein weder die Gesellschaften noch die Zünfte waren in Hamburg politische Abtheilungen. Diese Gesellschaften bildeten demnach nur die höhere nicht zu den Zünften gehörige Bürgerschaft ohne alle politische Rechte⁸⁾.

§. 337.

Auch in Straßund haben sich die Geschlechter unter den übrigen Bürgern verloren. Es hat sich demnach auch dort kein Patriciat gebildet. Um so eigenthümlicher ist es, daß die Rathsherrenwürde daselbst den persönlichen Adel ertheilte. Die Bürgerschaft war mehrfach gegliedert. Sie war in Zünfte und in Stände und die Stadt außerdem noch in vier Stadtviertel eingetheilt. Allein die Zünfte waren keine politischen, sondern bloß gewerbliche Genossenschaften. Es gab daher auch unzüchtige Bürger und unzüchtige Gewerbe. Und die Stadtviertel waren eine geographische Eintheilung von untergeordneter Bedeutung. Politisch war die

et de eorum consilio et consensu ea expedire. Diese Urk. auch im Lüb. Urkb. II, 2 p. 664. Von Lübeck und anderen benachbarten Städten spricht sie übrigens nicht, wie dies unter Anderen auch Wehrmann, Zunftrollen, p. 36—37 annimmt. Vergl. noch Receß von 1483, art. 64 u. „die Zusammenrufung der werkmestere der ampte.“ —

6) Receß von 1483, art. 64, von 1529, art. 131. und von 1603, art. 75. im Nachtrag zum neuen Abdruck der vier Hauptgrundgesetze von Hamburg, p. 31, 63 u. 145. Vergl. Westphalen, Hamburgs Verfassung und Verwaltung, I, 78 u. 79.

7) Receß von 1529 §. 79. im Nachtrag, l. c. p. 55.

8) Vergl. oben §. 249 und Wilda, Gildewesen, p. 268 u. 269.

Bürgerschaft in drei Stände oder Grade eingetheilt. Der erste und wichtigste Stand war der Kaufmannsstand. Zu ihm gehörten die drei Zünfte oder Compagnien der Wandschneider (Tuchhändler), der Brauer und Mulzer, und der Kramer, dann alle unzüngstigen Kaufleute und Fabrikherren, die Doctoren und Advokaten, die Apotheker, die Gastwirthc, die Grundbesitzer und die Rentner. Zu dem zweiten Stand gehörten die vier Gewerke, nämlich die Zünfte oder Nemer der Festbäcker, Schuster, Schneider und der Schmiede, dann noch einige andere Handwerker, insbesondere auch die Schiffer, dann die Notare, die Procuratoren, die Musiker, die Schulmeister, die Schreiber u. a. m. Zu dem dritten Stand gehörten die Zünfte oder Nemer der Zimmerleute, Maurer, Schornsteinfeger, Schopenbrauer, Fuhrleute, Träger, Besener und Fischer, der Schenkwirthc, Matrosen, Tagelöhner und der Akerbürger in den Vorstädten. Der zweite Stand unterschied sich nur wenig von dem dritten. Beide Stände mit einander bildeten den Gewerksstand. Man unterschied daher in der Praxis nur zwei Stände, den ersten oder den Kaufmannsstand, und den Gewerksstand, bestehend aus dem zweiten und dritten Stand. Beide Stände hatten eine gleiche Anzahl von Vertretern im Fünfziger Collegium, der Handelsstand 25 und der Gewerksstand (die beiden letzten Stände mit einander) ebenfalls 25. Auch wurden die von dem Fünfziger Collegium ausgestellten Urkunden nur mit zwei Siegeln versehen, mit dem Siegel des Gewandhauses, namens der Bürgerschaft des ersten Standes, und mit dem Siegel der vier Gewerke namens des zweiten und dritten Standes¹⁾.

In München haben sich die Geschlechter seit der im Jahre 1403 eingeführten neuen Verfassung ebenfalls unter der übrigen Bürgerschaft verloren. Die neue Verfassung war zwar kein Zunftregiment. Sie ist aber auch kein Geschlechterregiment mehr gewesen, indem alle in Grund und Boden angesessenen Leute, gleichviel ob Geschlechter oder Handwerker, das volle Bürgerrecht hatten (§. 321). Die Trennung der Geschlechter von den übrigen Bürgern hatte demnach nun für die meisten Geschlechter keinen Zweck mehr. Durch Wechselheirathen und Theilnahme an den Gewerben haben sich vielmehr die Einen mit den Anderen verbunden und diejenigen Ge-

1) Fabricius, Verfassung von Stralsund, p. 16, 17, 28, 25 u. 29.

schlechter, welche wie die Barth, Haberl, Heger, Rasmair, Schreiber, Tichtel u. a. m. nicht mehr rittermäßig lebten, unter den übrigen Bürgern verloren. Andere Geschlechter, wie die Drähsel, Teufelhart, Schrenk u. a. m. sind ausgewandert, wieder Andere sind ausgestorben. Und zuletzt blieben nur noch wenige rittermäßig lebende Geschlechter in der Stadt übrig. Sie haben aber beim Stadtre Regiment eine so unbedeutende Rolle gespielt, daß man es in dem Wahlbriefe von 1795 für nothwendig hielt zu verordnen, daß bei den Rathswahlen auch auf sie Rücksicht genommen, daß „von den Wählenden auch auf die hiesigen alten, theils adelichen, theils Wappengenossen bürgerlichen Geschlechter ein billiges Augenmerk“ genommen werden solle²⁾.

§. 338.

Auch in Soest haben sich die Geschlechter seit dem Siege der Zünfte als ein Bestandtheil der Bürgerschaft gänzlich verloren. Die Stadtbürgerschaft bestand nämlich ursprünglich, wie wir gesehen, aus einer freien Bürgerschaft, den späteren rathsfähigen Geschlechtern, und aus den sechs mit der Stadt vereinigten höflichen Bauerschaften, welche im Gegensatz zur freien Bürgerschaft die Gemeinde (gemeine Bur) bildeten. Erst nach langen und schweren Kämpfen erhielten im Jahre 1259 auch die Vorsteher der sechs Bauerschaften (die zwölf Burrichter) als neuer Rath der Zwölfer Zutritt zu dem Stadtrath. Die Bauerschaften blieben aber nach wie vor und bildeten mit den politisch noch nicht getrennten Zünften die Gemeinde¹⁾. Seit dem Siege der Zünfte hat sich nun dieses Alles geändert. Die Gemeinde selbst theilte sich nämlich, wahrscheinlich im 16. Jahrhundert, in zwei Theile, in die Zünfte und in die Gemeinheit. Und da diese beiden Theile von nun an die Bürgerschaft bildeten, so waren alle übrigen Bewohner der Stadt bloße Einwohner ohne bürgerliche Rechte.

2) Wahlbrief von 1795, art. 21. bei Mayr, General. Samml. V, 820.

1) Auch die Zünfte oder die Bruderschaften wurden zuweilen die Gemeinde („de meynei“) genannt, z. B. in einer Urk. von 1259 bei Wigand, Archiv, IV, 10. Zutritt zum Rathe hatten sie aber auch im 15. Jahrhundert noch nicht nach Rude Schrae, art. 178 bei Emminghaus, p. 196. Vergl. oben §. 19, 64, 201 u. 262.

Viele Geschlechter ließen sich nun in die Gemeinheit aufnehmen und haben sich sodann in der Gesamtheit verloren. Andere blieben als bloße Einwohner in der Stadt und gehörten daher nicht mehr zur Bürgerschaft ²⁾. Die Bildung dieser in Deutschland ganz einzig dastehenden Bürgerschaft ist jedoch zu interessant. Ich muß daher noch etwas bei diesem Gegenstand verweilen.

Die Gemeinde (gemeine Bur) bestand ursprünglich aus den Bauerschaften und Zünften oder Bruderschaften, ohne daß jedoch die Zünfte in politischer Beziehung hervorgetreten wären. Erst im 16. Jahrhundert trennten sich zehn Zünfte von der übrigen Gemeinde, nämlich die Wollenweber, Fleischhauer, Bäcker, Schmiede, Leer- und Schuhmacher, Schneider, Krämer, Kannengießer, Kürschner oder Pelzer, und die Wollenkäufer. Jede Zunft bildete ein eigenes Amt mit einem eigenen Vorstand, bestehend aus zwei Richtleuten und zwei Beisitzern, mit einem eigenen Versammlungsorte (Amptshause) und mit einer eigenen Zunftgerichtsbarkeit ³⁾. Diese 10 Ämter zusammen bildeten wieder ein geschlossenes Ganze mit einem eigenen Versammlungsorte auf dem Seel, mit Gerichtsbarkeit und mit einem eigenen Vorstand, dem Großrichtmann, welcher bei den Versammlungen aller Ämter den Vorsitz zu führen und bei dem Magistrate die Ämter zu repräsentiren und zu vertreten hatte ⁴⁾. Zur eigentlichen Gemeinde oder zur Gemeinheit gehörten nun aber diejenigen Bürger, welche in kein Handwerksamt aufgenommen, durch die Aufnahme in die Gemeinheit aber berechtigt waren alle übrigen Gewerbe zu treiben, welche wie z. B. die sogenannte Tropfennahrung, das Gewandschneiden, das Malzen, Brauen, Goldschmieden u. dgl. m. keinem der 10 Ämter zugetheilt worden waren ⁵⁾. Sie hatten einen eigenen Ver-

2) Vergl. Ged, Besch. der Stadt Soest, p. 124.

3) Polizeiordnung von 1650 bei Emminghaus, p. 276 — 311. Etwas abweichend bei Ged, p. 123.

4) Verordnungen von 1607, 1650 u. 1709 bei Emminghaus, p. 278, 310, 325, 326, 387, 388 u. 389. Vergl. oben §. 270 u. 334.

5) Polizeiordn. von 1650 bei Emminghaus, p. 311. „Die Gemeinheit und die darunter verstanden werden, nemlich die unter vorgeschriebene Ämpter nicht gehören, und doch des Stohlgadens fähig seyn, sollen haben und gebrauchen dasjenige, was der Gemeinheit

sammlungsort auf dem Stahlgadem oder Stohlgadem, r
 beten gleichfalls eine, jedoch von den Aemtern verschiedene Ge-
 werbsgenossenschaft, die Bruderschaft auf dem Stahl-
 gadem oder die Stahlgadems Gesellschaft oder auch die
 Gemeinheit vom Stahlgadem oder auf dem Stahlga-
 dem genannt, und auch an ihrer Spitze stand ein Grobriht-
 mann, welcher ihre Versammlungen zu präsidiren und sie bei dem
 Magistrate zu repräsentiren hatte⁶⁾. Der Name Stahlgadem
 kommt offenbar von Gadem, d. h. Haus, Bude, Kramladen und
 Stahl oder Staal, d. h. Waarenprobe, eigentlich eine zur Probe,
 daß sie echt sei, gestempelte Waare, also Stahlgadem ein zur
 Niederlage von gestempelten Waaren dienendes Gebäude, wo die
 Gemeinheit vom Stahlgadem zu gleicher Zeit ihren Versammlungs-
 ort hatte, gerade wie in London der mit Gebäuden umgebene
 Ort, wo vor Zeiten die Kaufleute von der Deutschen Hanse ihren
 Aufenthalt und ihre Waarenlager hatten, Stahlhof genannt wor-
 den ist⁷⁾. An eine Richezgeheit darf demnach nicht dabei ge-
 dacht werden, wie dieses Sommer thut⁸⁾. Denn die Richezge-
 heit in Köln war eine Stadtmarktgemeinde und eine Geschlechter-
 gemeinde, während die Stahlgadems Gesellschaft eine Gewerbsge-
 meinheit gewesen ist. Alle anderen in der Stadt angesessenen
 Leute, welche weder in die Handwerksämter noch in die Bruderschaft
 auf dem Stahlgadem aufgenommen waren, durften kein Gewerbe
 vielmehr nur die allgemeine bürgerliche Nahrung treiben,
 bestehend in Ackerbau, Gartenbau u. dgl. m.⁹⁾. Sie wurden

„zugelassen, nemlich Tropfen-Nahrung, Wandschneiden, mälzen, brauen,
 „Goldschmieden und bergleichen“ — vergl. noch p. 271, 273, 274 u.
 320.

6) Emminghaus, p. 273, 274, 319, 337, 338 u. 558. Ged, p. 113 u.
 124.

7) Brem. niederf. Wörterbuch, II, 475, IV, 987 u. 988. Das Wort
 könnte übrigens auch von stala, Stall, sedes mercatorum, forum
 abgeleitet werden. Vergl. Du Cango, ed Henschel, v. stala. Und
 dann würde Stahlgadem ein auf dem Markt stehendes Waarenlager
 oder ein Kaufhaus bedeuten. Vergl. oben §. 243 u. 245.

8) Sommer, Handbuch über die bürgerlichen Rechtsverhältnisse, I, 168. Rot.

9) Emminghaus, p. 273, 274 f., 319 u. 320.

1, zwar im weiteren Sinne des Wortes ebenfalls Bürger genannt und zur Gemeinheit gerechnet ¹⁰⁾. Da sie jedoch keinen, auch keinen indirekten Antheil an dem Regiment hatten ¹¹⁾, so gehörten sie nicht zur vollberechtigten Bürgerschaft. Zu dieser gehörten vielmehr nur Mitglieder der Aemter und des Stahlgabens, die sogenannten Amptz- und Gemeins Männer, während die übrigen Einsassen bloße Einwohner oder Mitwohner waren und auch so genannt worden sind ¹²⁾. Selbst die reichen Besitzer der Salzwerke zu Sassenborn in der Soester Börde, welche in Soest wohnten, gehörten nicht zur Bürgerschaft. Man nannte sie die Salzbeerbte oder Salzjunter und von ihrem Versammlungsort, dem Stern, die vom Stern. Als reiche Leute waren sie bei den Steuerausschlägen gar sehr betheiligt. Daher begeherten und erhielten sie auch im Jahre 1680 das Recht zur Steuervertheilung beigezogen zu werden. Der zu dem Ende niedergesetzte Ausschuss bestand demnach aus den „Deputati vom Stern, „Stahlgabum und Aemtern“ ¹³⁾. Zur Bürgerschaft gehörten die Salzbeerbten darum aber doch nicht. Diese bestand vielmehr, wie bereits bemerkt worden ist, aus zwei Gewerbsgenossenschaften, aus den vereinigten Aemtern und aus der Bruderschaft auf dem Stahlgaben. Eine jede von ihnen hatte ihr eigenes Haupt, einen Großrichtmann, welcher bei ihren allgemeinen Versammlungen den Vorsitz zu führen und sie bei den Magistrats Verhandlungen zu vertreten hatte. Auch diese Verfassung hat bis zum Jahre 1752 bestanden ¹⁴⁾.

§. 339.

Etwas Aehnliches wie die Stahlgabens Gesellschaft in Soest war in Osnabrück die sogenannte Wehr. Auch in Osnabrück war nämlich die Bürgerschaft in zwei Theile getheilt, in die Gilde und in die Wehr. Die Gilde bestand aus 11 Aemtern, nämlich

10) Emminghaus, p. 274 u. 320.

11) Emminghaus, p. 315 u. 319.

12) Emminghaus, p. 272, 273, 274, 275, 311, 556, 558 u. 560.

13) Receß von 1680 bei Emminghaus, p. 554—562. Vergl. p. 5. Not.

14) Ged, p. 115—120.

aus dem Schmiedeamt, Schusteramt, Krameramt, Backamt, Lohgerberamt, Schneideramt, Riemenschneideramt, Weißgerber- oder Erferamt, Kürschner- oder Pelzeramt, Schlacht- oder Knochenhaueramt und Silber- (Mähler-, Glaser- und Sattler-)Amt. Jedes Amt bildete eine Genossenschaft, eine Amtsbrüderschaft, an deren Spitze drei bis vier Gilbemeister standen, von denen abwechselnd immer zwei, ein Vorsitzender und ein Beisitzender, das Amtsregiment führten. Alle Ämter zusammen bildeten die Gilde, an deren Spitze zwei von den Gilbemeistern aus ihrer Mitte gewählte Ältermänner standen, welche die Gilde beim Rath zu vertreten hatten. Zur Wehr gehörten alle übrigen Bürger, welche nicht Mitglieder eines Amtes waren, insbesondere auch die Gelehrten. Auch manche Innungen, z. B. die Wandschneider, Goldarbeiter, Feldscherer, Buchbinder, Tischler, Faßbinder, Leinenweber u. a. m. durften sich, wenn sie sich bei keinem Amt einschreiben lassen wollten, zur Wehr halten. Die Wehr bildete eine aus den drei Schützencompagnien bestehende Genossenschaft, die Schützenbrüderschaft genannt. Sechszehn Wehrherrs, vier aus jeder der vier Rathschaften oder Stadtviertel, waren die Vorsteher der Wehr, an deren Spitze wieder zwei aus ihnen genommene Ältermänner standen, welche die Wehr bei dem Rath zu vertreten hatten. Die Gilde und die Wehr bildeten demnach zwei Bruderschaften, deren Vorsteher als Repräsentanten ihrer Bruderschaft Sitz und Stimme im Stadtrath hatten¹⁾. Aber auch auf den Stadttagen bildeten die Repräsentanten der Gilde und der Wehr, die sogenannte Weisheit und Gemeinheit, gemeinschaftlich mit dem alten Rath die drei Stände, welche die Steuern zu bewilligen hatten²⁾. Die früher sehr zahlreichen Dienstmannen- und anderen Geschlechter haben nach dem Siege der Zünfte die Stadt meistentheils verlassen. Aber auch die Zurückgebliebenen gehörten nicht mehr zur Bürgerschaft³⁾.

1) Klöntrup, v. Altermann, Gilde, Snabrück und Wehr, I, 54, 55, II, 86—92, III, 86 u. 282—284. Walch, Beitr. zum t. R. IV, 264 ff. Vergl. oben S. 274.

2) Klöntrup, III, 87. Stüve, Gesch. des Hochstifts Snabrück, p. 166. Vergl. noch Stüve, Gesch. der Stadtverfassung von Snabrück in Mittheilungen des historischen Vereins zu Snabrück, VIII, 30 ff.

3) Klöntrup, III, 89. Stüve, p. 148.

Der Verfassung von Osnabrück sehr ähnlich war auch die Verfassung der Stadt Münster. Denn auch in Münster bestand die Bürgerschaft aus zwei Theilen, aus der Gilde und aus der Gemeinheit. Zu der Gilde gehörten die siebenzehn Gewerke oder Gilden, welche zusammen eine einzige große Gilde bildeten. An der Spitze eines jeden Gewerkes stand ein Gildemeister und an der Spitze der Gilde einige Altersleute, welche mit einander die Gewerke bei dem Stadtrath vertraten. Alle übrigen Bürger, welche nicht zu den Gewerken oder zur Gilde gehörten, bildeten die Gemeinheit⁴⁾.

Wie in Soest, Osnabrück und Münster, so war auch in Fulda die Bürgerschaft in zwei Theile getheilt, in die großen Zünfte und in die Gemeinde. Zu den großen Zünften, von denen eine jede einen Zunftvorsteher hatte, gehörten die in eine große Zunft aufgenommenen Handwerker, und zur Gemeinde alle übrigen Bürger, insbesondere auch die sogenannten kleinen Zünfte, z. B. Krämer, Wirth, Hutmacher, Sattler, Seiler, Schreiner u. a. m. An der Spitze der großen Zünfte standen die Zunftvorsteher, an der Spitze der Gemeinde aber sechszehn sogenannte Gemeindegemeinschaften, welche man auch den Unterrath nannte, und aus welchen die Rathsherren des Stadtraths genommen zu werden pflegten. Wer als Bürger aufgenommen werden wollte, mußte sich entweder in eine große Zunft oder in die Gemeinde aufnehmen lassen⁵⁾.

Etwas Aehnliches hatte auch in Schweidnitz statt. Dasselbst bestand nämlich die rathsfähige Bürgerschaft aus Handwerkern und aus Kretschmern, die nicht Handwerker waren. Aus beiden und aus den Gemeinde Ältesten sollte nun der Stadtrath in nachfolgender Weise gewählt werden. Der sitzende Rath sollte zuerst von den alten und neuen Handwerksmeistern aus jedem Handwerk zwei Handwerker, und aus diesen sodann fünf Männer von den Gemeinde Ältesten wählen lassen. Hierauf sollte der Rath an die Kretschmermeister, die nicht Handwerker waren schicken, und

4) Stüve, Geschichte des Hochstifts Osnabrück, p. 65. Not. Södeland, Gesch. von Gossfeld, p. 67.

5) Thomas, I, 134, 166 u. 167.

von ihnen aus den in Grund und Boden angesessenen oder geerbten Kretschmern acht („die Kretschmer sint unt geerbit sint“), und aus diesen sodann von den Gemeinde Ältesten vier Männer wählen lassen. Die von den Ältesten gewählten 9 Handwerker und Kretschmer sollten hierauf vier aus den Gemeinde Ältesten und aus diesen 13 sodann der Rath die sechs Rathsherren (2 Älteste, 2 Handwerker und 2 beerbte Kretschmer — „czwene us den Kretschmern, die nicht Hantwerk sint und geerbt sint“) wählen. Die sieben anderen wurden Schöffen. Alle Gewählten aber sollten geerbte Leute sein („und die sullen alle geerbt sint“) ⁶⁾.

Bis ins 14. Jahrhundert herrschten auch in Dortmund die Geschlechter. Noch im Jahre 1332 bestätigte Ludwig der Baier das alte Herkommen, wonach die Stadträthe und Schöffen aus den alten in der Stadt angesessenen Geschlechtern genommen werden sollten ⁷⁾. In dem alten Stadtrecht wird der Zünfte, mit Ausnahme einer gilda major, noch gar nicht erwähnt ⁸⁾. Gegen Ende des 14. Jahrhunderts und im Anfang des 15. flegten jedoch auch in Dortmund die Zünfte und es wurde sodann das Geschlechterregiment abgeschafft, worauf viele Geschlechter die Stadt verließen, die Zurückbleibenden aber sich theils unter der gemeinen Bürgerschaft theils unter den Zünften verloren. Die Bürgerschaft wurde nämlich um das Jahr 1400 in zwei Theile getheilt, in die gemeine oder erbgesessene Bürgerschaft, und in die aus 6 Zünften bestehenden Gilden. Das Regiment aber sollte von drei Collegien, von dem Rath, von dem Erbsassenstand und von dem Vierundzwanzigerstand geführt werden. Die laufenden und die minder wichtigen Geschäfte besorgte der Rath, an dessen Spitze zwei Bürgermeister standen. Bei wichtigeren Angelegenheiten mußten indessen auch die beiden anderen Collegien, die Ausschüsse aus der Bürgerschaft und aus den Gilden, beige-

6) Willkür von 1389 bei L. u. St. p. 236 u. 608.

7) Urk. von 1332 bei Moser, reichsst. Handb. I, 377. — statutum, ordinatum et immutabile consilium de decem et octo consulibus scabinis existentibus et non pluribus de parentelis melioribus, antiquioribus, discretioribus, uxoratis, melius hereditatis et legitime natis. —

8) Wigand, Gesch. von Korvey, I, 267, II, 209 ff. Vergl. oben S. 64.

zogen werden, von denen der Erbsassenstand die erbgeessene Bürgerschaft und der Vierundzwanzigerstand die Gilden repräsentirte. Das Collegium des Erbsassenstandes bestand aus 12 aus der erbgeessenen Bürgerschaft zu wählenden Mitgliedern. Sechs Mitglieder, die sogenannten Rathserbsassen, wurden von dem Rath auf Lebenszeit und die sechs anderen, die sogenannten Gildenerbsassen, von den Vorgängern des Vierundzwanzigerstandes auf zwei Jahre, die Einen und die Anderen aber aus der erbgeessenen Bürgerschaft gewählt. Das Collegium des Vierundzwanzigerstandes wurde von und aus den 6 Gilden zu gleichen Theilen gewählt. Die zwölf ersten Mitglieder hießen die Vorgänger und die 12 anderen die Vierundzwanziger schlechtweg. Die 12 Vorgänger und die 6 Gildenerbsassen waren miteinander die sogenannten Churfreunde. Sie bilbeten mit dem Rath das Churcollegium, welches der Rath zu wählen hatte. Der Rath selbst bestand aus 18 Mitgliedern, aus 6 sogenannten Superioren, aus 6 mittleren Rathsherren und aus 6 Silberathsherren. Die 12 Ersten (die Superioren und die mittleren Rathsherren) mußten aus dem Erbsassencollegium, die 6 Silberathsherren aber aus den 6 Gilden gewählt werden. Die Dauer dieser Rathsstellen war lebenslänglich. Die 6 Superioren, bestehend aus den beiden Bürgermeistern, aus den beiden Rittmeistern, welche die Justiz, und aus den beiden Camerarien, welche die Polizei unter sich hatten, besorgten die minder wichtigen und die dringenden Sachen allein. In der Regel mußten jedoch auch die 12 anderen Rathsherren beigezogen werden. Und diese Verfassung hat sich bis auf unsere Tage erhalten *).

Auch in Wezlar schied sich die Bürgerschaft seit dem Siege der Zünfte gegen Ende des 14. Jahrhunderts in zwei Theile, in die Gemeinde und in die sieben alten Zünfte. Zur Gemeinde gehörten nicht bloß die Altbürger (die Geschlechter), z. B. das Geschlecht der Walbschmidte, der Schuler, der Münche, der Hinkel u. a. m. ¹⁰⁾, sondern auch noch alle jene Bürger, welche kein beson-

9) Dr. Mallindrodt, Verfassung der Reichsfreien Stadt Dortmund. Dortmund 1795 und im Auszuge bei Jäger, reichsstädt. Magazin, VI, 24—47.

10) von Ulmenstein, I, 885 u. 886.

deres Handwerk oder Gewerbe trieben und zu keiner Zunft hielten. Auch die Gemeinde schloß sich jedoch zunftartig ab, und wurde daher auch in späteren Zeiten noch als die älteste Zunft betrachtet. Sie hatte sogar, wie jede andere Zunft, ihre eigenen Vorsteher, welche in dessen nicht Zunftmeister, vielmehr Kerzenmeister („der Gemeinde Kerzenmeister“ „der Gemeinde Kürzemeister,“ oder auch „Kirzen“) genannt worden sind, weil sie für die Anschaffung der in der Stiftskirche nothwendigen Kerzen zu sorgen hatten¹¹⁾. Späterhin wurden den sieben alten Zünften nach und nach noch einige neue Zünfte, dann die Gemeinden von zwei Vorstädten, der Langengasse und der Neustadt, hinzugefügt. Daher bestand die Bürgerschaft seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts aus elf Zünften, nämlich aus 8 Handwerkszünften und aus den erwähnten drei Gemeinden, aus der Stadtgemeinde und aus den beiden Vorstadtgemeinden, und seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts aus zwölf Zünften, aus 9 Handwerkszünften und aus den erwähnten drei Gemeinden, welche bis auf unsere Tage ebenfalls als Zünfte betrachtet worden sind¹²⁾.

Wie in Wehlar so schied sich auch in Nordhausen seit dem Siege der Zünfte im Jahre 1375 die Bürgerschaft in zwei Theile, in die 9 rathsfähigen Zünfte und in die aus den übrigen Handwerkern und Bürgern bestehende Gemeinde. Bis zu diesem Jahre herrschten nämlich auch in Nordhausen die alten Geschlechter („die den Geschlechtern von Sippe wegen angehören). Schon im Jahre 1365, bei der Vereinigung der Neustadt mit der Altstadt, erhielten zwar schon zwei Handwerker aus der Neustadt Zutritt zu dem Stadtrath. Das Geschlechterregiment selbst wurde jedoch erst nach dem Siege der Zünfte (1375) abgeschafft und verordnet, daß die Bürgerschaft aus 9 rathsfähigen Zünften und aus der Gemeinde bestehen solle, und in den Stadtrath 18 Handwerker (zwei aus jeder rathsfähigen Zunft) und 9 aus der Gemeinde gewählt werden sollten. Die Wahl eines aus den Geschlechtern war aber bei Strafe verboten¹³⁾.

11) Vergleich von 1390 u. 1393 bei von Ulmenstein, I, 495, 497, 498, 500, 501 u. 507, II, 141 und III, 228. Vergl. oben §. 277.

12) von Ulmenstein, III, 216—219.

13) Förstemann, Lesser's histor. Nachrichten von Nordhausen, p. 183—186. u. 260—264.

In Königsberg lebten die alten Geschlechter noch in dem Namen der Junkerhöfe und Junkergärten bis ins 18. Jahrhundert fort, ohne daß ich jedoch nachzuweisen vermag, wann sie sich unter den übrigen Bürgern verloren haben. Königsberg bestand nämlich ursprünglich aus drei verschiedenen Städten, aus der Altstadt Königsberg, aus der Neustadt Löbenicht und aus der Stadt Kneiphof. Jede dieser drei Städte hatte ursprünglich ihren eigenen Magistrat und ihr eigenes Rath- oder Stadthaus, wie dieses auch in Braunschweig u. a. m. der Fall war. Erst im Jahre 1724 vereinigten sich diese drei Städte zu einem gemeinschaftlichen Magistrat, welcher sodann seine Versammlungen auf dem Kneiphofischen Rathhause zu halten pflegte ¹⁴⁾. Seit der Vereinigung der drei Städte zu einer einzigen Stadt wurde die Bürgerschaft in zwei Klassen, in Großbürger und Kleinbürger eingetheilt. Zur Großbürgerschaft gehörten zwei Zünfte, die Kaufmannszunft und die Mälzenbräuerzunft. Wer Großbürger werden wollte mußte sich in eine dieser Zünfte aufnehmen lassen, mußte, wie man sagte, eine dieser Zünfte gewinnen. Zu den Vorrechten der Großbürger gehörte der Großhandel mit dem Ausland. Auch durften die Großbürger ihre Hochzeiten auf dem Junkerhofe halten. Ihr Versammlungsort war im Löbenicht auf der im alten Rathhause dieser Stadt befindlichen Zunftstube, in der Altstadt dagegen und im Kneiphofe in den dortigen Junkerhöfen oder Junkergärten. Wenn aber die Zünfte aus den drei Städten zusammen kamen, so versammelten sie sich auf dem Junkerhofe oder Junkergarten der Altstadt. Die Kaufmanns- und Mälzenbräuerzunft waren demnach in Königsberg, was in anderen Städten die Patricierzünfte gewesen sind. Die Kleinbürger bildeten nur eine einzige politische Zunft, zu welcher alle übrigen Gewerbe gehört haben. Die Vorsteher der Kleinbürgerschaft waren die vereideten Gemeindeältesten der drei vereinigten Städte. Sie hatten sich in dieser Eigenschaft auch bei den Zünften der Großbürger einzustellen, wenn gemeinsame städtische Angelegenheiten zu berathen waren. Bei diesen gemeinschaftlichen Versammlungen hatten fünf Stimmen nach der Mehr-

14) von Bacsko, Gesch. von Königsberg, p. 28 ff., 290—294 u. 297. Die Privilegien der Altstadt von 1286, der Stadt Löbenicht von 1300 und der Stadt Kneiphof von 1327, eod. p. 522—539.

heit zu entscheiden, die Stimme des Magistrates, des Stadtgerichtes, der beiden Großbürgerzünfte und die der Kleinbürgerschaft. Jede Kunst und jedes Handwerk bildete übrigens wieder eine eigene zunftartige Genossenschaft, ein sogenanntes Gewerk, welches die Angelegenheiten dieses Gewerkes zu besorgen und einen *Meltermann* an seiner Spitze hatte. Bei feierlichen Angelegenheiten pflegte die junge Kaufmannschaft in rother und gelber Uniform zu erscheinen und den Namen der rothen Garde zu führen. Bei solchen Aufzügen erschien auch die Schützengilde zu Pferd. Und das Unterscheidungszeichen der übrigen Bürger der drei vereinigten Städte war sodann ein besonderes Zeichen am Huth ¹⁵⁾.

§. 340.

In allen diesen Städten gehörten die Geschlechter als solche nicht mehr zur Bürgerschaft. Dasselbe war noch in vielen anderen Städten, insbesondere in allen jenen Landstädten der Fall, in denen die Geschlechter entweder niemals hervorgetreten oder sehr bald wieder unter der übrigen Bürgerschaft verschwunden sind. Man findet zwar auch in vielen Landstädten, selbst in späteren Zeiten noch, einen zahlreichen Ritterstand. Allein zur Bürgerschaft hat derselbe meistentheils nicht mehr gehört. So waren z. B. in dem kleinen *Sobornheim* in der alten Pfalz am Rhein noch im 16. Jahrhundert viele Rittergeschlechter ansässig. Sie hatten eine eigene Ritterstube und wurden auch noch in Polizeisachen, jedoch nur in diesen, vom Stadtrath beigezogen. Zur Bürgerschaft haben sie demnach nicht mehr gehört ¹⁾. Eben so war es im Städtchen *Molsheim* im Elsaß, wo die daselbst ansässigen Edelleute gleichfalls eine eigene Trinkstube gehabt haben ²⁾. Auch in *Dürkheim* bestand die Bürgerschaft ursprünglich aus Priestern, Edelleuten und der Gemeinde. Und noch das ganze 15. Jahrhundert hindurch hatten alle drei Antheil am Stadtre Regiment ³⁾. Nach einem Ver-

15) von *Bacsto*, p. 229—234.

1) *Wibber*, IV, 118.

2) *Königshoven*, p. 312. — „auf der edellute Dringstube ze *Molsheim*.“ —

3) *Meine Gesch. der Markenverfassung*, p. 303. Vergl. oben §. 22 u. 232.

frage von 1495 hatten sie noch die Ächter zu wählen u. dgl. m. ⁴⁾. Und auch im 16. Jahrhundert wurden sie noch zuweilen, z. B. in den Jahren 1515, 1542 und 1580 bei Verhandlungen über die Marknuzungen und über die Mark selbst beigezogen ⁵⁾. Seitdem wird aber der Edelleute und Priester im grünen Buch nicht mehr gedacht. Sie gehörten demnach seit dem Ende des 16. Jahrhunderts nicht mehr zur Bürgerschaft. Wann aber die Edelleute die Stadt verlassen oder sich mit den Priestern von der Bürgerschaft zurückgezogen haben, kann mit Bestimmtheit nicht nachgewiesen werden. Frey meint zwar ⁶⁾, daß dieses im Jahr 1471 nach der Eroberung der Stadt durch Friedrich den Siegreichen geschehen sei. Da jedoch die Edelleute und Priester auch später noch, wie wir gesehen, bis ins 16. Jahrhundert zu den Verhandlungen beigezogen worden sind, so ist offenbar jene Ansicht nicht richtig.

3) Das Geschlechterregiment dauerte fort. Die Zünfte erhielten aber Antheil an dem Regiment.

§. 341.

In vielen Städten dauerte das Geschlechterregiment auch nach dem Siege der Zünfte noch fort und es wurde den Zünften nur ein mehr oder weniger bedeutender Antheil an dem Stadtre Regiment eingeräumt. Die Zünfte pflegten nämlich zwar allenthalben in die Bürgerschaft aufgenommen zu werden. In vielen Städten erhielten sie jedoch außer dem Zutritt zu dem großen oder weiten Rath keinen anderen Antheil an dem Regiment. Es bildete sich demnach in diesen Städten ein durch die Aufnahme der Zünfte in

4) Ungedrucktes Grünes Buch: Vertrag de anno 1495 zwischen „Edlen „Priestern vnd Gemain zue Dorudheim vnd von dem Abt zu Limpurgch vffgericht. — Wann die Ächter von Priestern Edlen vnd der „Gemain zue Dürdheim erwehlet, sollen sie Rhein Neuerung vffrichten.“

5) Urk. von 1515 bei Würdtwein, monast. Palat. I, 156. Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 303 u. 305. Grünes Buch: „Vertrag anno 1580 zwischen dem Stifft vnd Closter Limpurgch vnd dann Edel „Priester vnd ganzer Gemain zu Dorudheim vffgericht.“

6) Frey, geographisch-historisch-statistische Beschreibung des Rheinkreises, II, 391 u. 392.

die Bürgerschaft gemildertes Geschlechterregiment. Dies war anfangs in Köln und in Basel der Fall. Denn in Köln dauerte das Geschlechterregiment auch nachdem die Richezgeheit aufgelöst worden war, noch fort bis zum endlichen Siege der Zünfte im Jahre 1396 (§. 311). Und in Basel herrschten die Geschlechter noch das ganze 15. Jahrhundert hindurch bis zum Anfang des 16. (§. 317).

Auch in Hagenau dauerte das Geschlechterregiment nach dem Siege der Zünfte noch fort. Bis zum Jahre 1332 hatte daselbst ein aus den Geschlechtern gewählter Bürgermeister und Rath das Regiment geführt. Die Bürgerschaft bestand nämlich aus ritterbürtigen Ministerialen und aus schöffensbar freien und lebensfähigen Geschlechtern ¹⁾. Und der Stadtrath war jenem von Straßburg nachgebildet ²⁾. Im Jahre 1332 wurde es aber der Gemeinde gestattet „24 von der gemeinde und den antwerchen“ in den Rath zu wählen, so daß von nun neben dem aus den Geschlechtern gewählten Bürgermeister und alten oder kleinen Rath noch ein großer Rath stehen und dieser aus 24 aus der Gemeinde und aus den Handwerkern zu wählenden Rathsherren bestehen sollte ³⁾. Dieser Rath der Vierundzwanzig hatte jedoch keinen anderen Antheil an dem Regiment, als daß er bei wichtigen Verhandlungen beigezogen werden sollte. Ohne Wissen und Willen der Vierundzwanzig sollten keine Schulden gemacht und keine Steuern aufgelegt werden („wanne man ein bette in der statt legende wird, so sullent die vier und zwainziger dabi sin“). Wenn von der Auflegung eines Ungeldes die Rede war, sollten eben so viele Handwerker aus den Vierundzwanzig als Schöffen dabei sein. Auch die Schöffen hatten demnach Zutritt zum großen Rath. Da jedoch in früheren Privilegien keine Rede von ihnen war, so scheint ihre Beiziehung erst aus späteren Zeiten zu datiren. Auch sollten die Vierundzwanzig für die Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe in der Stadt sorgen. Sie sollten daher, wenn

1) Urk. von 1255, 1262 u. 1275 bei Schoepflin, I, 412, 441, II, 11. Vergl. oben §. 229.

2) Urk. von 1255 bei Schoepflin, I, 412. *civitas consiliarios suos, more civitatis Argentinensis, valeat retinere.*

3) Urk. von 1332 bei Schoepflin, II, 144 u. 145.

„ein missehelle oder ein geschelle in der statt under den burgern
„uffstünde, dazwischen gan und bi irem eiden frieden schirmen
„und schaiden, so verre si mügent⁴⁾).

§. 342.

Ähnlich war es in Frankfurt am Main. Auch dort herrschten ursprünglich die aus Königlichen Ministerialen und aus freien Grundbesitzern bestehenden Geschlechter. Wann baselbst die Zünfte Zutritt zum Rath erhalten haben, liegt völlig im Dunkeln. Die Einen setzen ihre Bezeichnung ins 13. Jahrhundert¹⁾, Andere in die Zeiten des Aufruhrs in den Jahren 1355 bis 1368²⁾. Wahrscheinlich erhielten sie jedoch im Anfang des 14. Jahrhunderts Zutritt zum Rath. Denn nach dem Statut von 1352 saßen bereits damals schon mehrere Zünfte im Rath³⁾. Auch folgt aus dem Berichte der Schöffen über die Anforderungen der Zünfte im Jahre 1358, daß damals schon einige Zünfte in den Rath gingen⁴⁾. Es haben demnach wenigstens einige Zünfte schon vor den Zunftunruhen des Jahres 1355 Zutritt zum Stadtrath gehabt, ohne daß übrigens die Zeit wann es geschehen mit Bestimmtheit angegeben zu werden vermag. Sehr wahrscheinlich geschah es jedoch, wie bereits bemerkt worden ist, im Anfang des 14. Jahrhunderts. Denn in einer Urkunde von 1390 wird bereits von 43 Rathsmitgliedern als althergebracht gesprochen. Und dieselben Worte werden auch in einer späteren Urkunde von 1408 wiederholt⁵⁾, woraus folgt, daß die drei Rathsbänke jedenfalls

4) Urk. von 1332 bei Schoepflin, II, 145.

1) Z. B. von Richard, Entstehung von Frankfurt, p. 84 ff. u. 184 ff.
Derselbe, Nachtrag der Witzschrift der Ganerbschaft Alt Rimpurg, p. 14.

2) Z. B. Hegel, II, 423. Not.

3) Statut von 1352 bei Senckenberg, sel. jur. I, 6. Auch sollen die „Meyster der Beden die uff den Rat gen.“ und p. 20. „Das „sullen die zwene die uff dem Rat gen (die Metzeler.“).

4) Bericht von 1358 bei Böhmer, Frankf. Urkb. I, 669. — „Da by „werin alle wege ire fund gesezzin, die von der hantwerke wegin in „den rat gen.“

5) Urk. von 1390 bei Richard, p. 309. Daß sie „von alten und ver- „gangenen Zeiten biszher drey und fierzig personen in dem rate „gehabt haben“ Vergl. noch p. 320.

schon im Anfang des 14. Jahrhunderts, wie wir sie auch in späteren Zeiten noch sehen, bestanden haben müssen, bestehend aus 14 Schöffen, 14 Rathsherren der Gemeinde und aus 14 der Zunftbank, mit dem Schultheiß also aus 43 Personen. Bestätiget wird diese Ansicht durch zwei Urkunden von 1315 und 1316, nach welchen neben den Schöffen und Rathmannen noch jurati im Stadtrath saßen, welche offenbar in den Rath gehende Handwerker waren⁶⁾. Im Jahre 1355 traten indessen die Zünfte mit neuen Anforderungen auf. Sie begehrten die Vermehrung des Rathes um acht von ihnen aus ihrer Mitte zu wählenden Personen („das man irer frunde echte sulde nemen in den rat, und die echte sulden sie „lysen“). Denn auch sie wollten wissen, wie die Angelegenheiten der Stadt besorgt, das Stadtgut verwaltet und die auch von ihnen mitgetragenen Steuern verwendet würden („wand sie wulden wizen „um der stede gescheffene war der stede gud und gevelle komen „were adir gweme“)⁷⁾. Und nach einem, später vom Kaiser bestätigten, Vergleich von 1358 sollte der Rath wirklich durch sechs Mitglieder, drei aus den Zünften und drei aus der Gemeinde, vermehrt werden⁸⁾. Dadurch erhielten indessen die Zünfte nicht erst Zutritt in den Rath. Denn nach dem erwähnten Berichte der Schöffen saßen ihrer damals schon mehrere im Rath. Es war vielmehr eine Vermehrung des Rathes, um die Zünfte und die damals mit ihnen gehende Gemeinde zufrieden zu stellen. Schon im Jahre 1366 wurden jedoch die dem alten Rath, den Dreiundvierzig, beigelegten Sechse wieder abgeschafft⁹⁾ und bald nachher noch in demselben Jahre alle Bündnisse der Zünfte selbst aufgehoben.

6) Urf. von 1315 u. 1316 bei Richard, p. 185 u. 358. und Böhmer, p. 416 u. 422. Nos scultetus, scabini, consules et jurati Frankenvordenses. — In den gleichzeitigen Urf. von 1315, 1316, 1317, 1318, 1321 u. a. m. bei Böhmer, p. 425, 427, 431, 441, 443, 447 heißt es freilich immer scabini et consules oder „die scheffenen unde der „rat“ ohne jurati. Die Existenz einer dritten oder Zunftbank wird aus unzureichenden Gründen bestritten von Römer-Büchner, Stadtverfassung, p. 39 ff.

7) Böhmer, I, 668.

8) Urf. von 1358, 1359 u. 1360 bei Böhmer, I, 658, 662, 663 u. 671.

9) Böhmer, I, 702.

Der Verfassung von Osnabrück sehr ähnlich war auch die Verfassung der Stadt Münster. Denn auch in Münster bestand die Bürgerschaft aus zwei Theilen, aus der Gilde und aus der Gemeinheit. Zu der Gilde gehörten die siebenzehn Gewerke oder Gilben, welche zusammen eine einzige große Gilde bildeten. An der Spitze eines jeden Gewerkes stand ein Gildemeister und an der Spitze der Gilde einige Altersleute, welche mit einander die Gewerke bei dem Stadtrath vertraten. Alle übrigen Bürger, welche nicht zu den Gewerken oder zur Gilde gehörten, bildeten die Gemeinheit⁴⁾.

Wie in Soest, Osnabrück und Münster, so war auch in Fulda die Bürgerschaft in zwei Theile getheilt, in die großen Zünfte und in die Gemeinde. Zu den großen Zünften, von denen eine jede einen Zunftvorsteher hatte, gehörten die in eine große Zunft aufgenommenen Handwerker, und zur Gemeinde alle übrigen Bürger, insbesondere auch die sogenannten kleinen Zünfte, z. B. Krämer, Wirth, Hutmacher, Sattler, Seiler, Schreiner u. a. m. An der Spitze der großen Zünfte standen die Zunftvorsteher, an der Spitze der Gemeinde aber sechszehn sogenannte Gemeindegemeinschaften, welche man auch den Unterrath nannte, und aus welchen die Rathsherren des Stadtraths genommen zu werden pflegten. Wer als Bürger aufgenommen werden wollte, mußte sich entweder in eine große Zunft oder in die Gemeinde aufnehmen lassen⁵⁾.

Etwas Aehnliches hatte auch in Schweidnitz statt. Dasselbst bestand nämlich die rathsfähige Bürgerschaft aus Handwerkern und aus Kretschmern, die nicht Handwerker waren. Aus beiden und aus den Gemeinde Ältesten sollte nun der Stadtrath in nachfolgender Weise gewählt werden. Der sitzende Rath sollte zuerst von den alten und neuen Handwerksmeistern aus jedem Handwerk zwei Handwerker, und aus diesen sodann fünf Männer von den Gemeinde Ältesten wählen lassen. Hierauf sollte der Rath an die Kretschmermeister, die nicht Handwerker waren schicken, und

4) Stüne, Geschichte des Hochstifts Osnabrück, p. 65. Not. Södeland, Gesch. von Goesfeld, p. 67.

5) Thomas, I, 134, 166 u. 167.

von ihnen aus den in Grund und Boden angesessenen oder geerbten Kretschmern acht („die Kretschmer sint unt geerbit sint“), und aus diesen sodann von den Gemeinde Ältesten vier Männer wählen lassen. Die von den Ältesten gewählten 9 Handwerker und Kretschmer sollten hierauf vier aus den Gemeinde Ältesten und aus diesen 13 sodann der Rath die sechs Rathsherren (2 Älteste, 2 Handwerker und 2 beerbte Kretschmer — „czwene us den Kretschmern, die nicht Hantwerk sint und geerbt sint“) wählen. Die sieben anderen wurden Schöffen. Alle Gewählten aber sollten geerbte Leute sein („und die sullen alle geerbt sint“) ⁶⁾.

Bis ins 14. Jahrhundert herrschten auch in Dortmund die Geschlechter. Noch im Jahre 1332 bestätigte Ludwig der Baier das alte Herkommen, wonach die Stadträthe und Schöffen aus den alten in der Stadt angesessenen Geschlechtern genommen werden sollten ⁷⁾. In dem alten Stadtrecht wird der Zünfte, mit Ausnahme einer gilda major, noch gar nicht erwähnt ⁸⁾. Gegen Ende des 14. Jahrhunderts und im Anfang des 15. siegten jedoch auch in Dortmund die Zünfte und es wurde sodann das Geschlechterregiment abgeschafft, worauf viele Geschlechter die Stadt verließen, die Zurückbleibenden aber sich theils unter der gemeinen Bürgerschaft theils unter den Zünften verloren. Die Bürgerschaft wurde nämlich um das Jahr 1400 in zwei Theile getheilt, in die gemeine oder erbgeseffene Bürgerschaft, und in die aus 6 Zünften bestehenden Gilden. Das Regiment aber sollte von drei Collegien, von dem Rath, von dem Erbsassenstand und von dem Vierundzwanzigerstand geführt werden. Die laufenden und die minder wichtigen Geschäfte besorgte der Rath, an dessen Spitze zwei Bürgermeister standen. Bei wichtigeren Angelegenheiten mußten indessen auch die beiden anderen Collegien, die Ausschüsse aus der Bürgerschaft und aus den Gilden, beige-

6) Willkür von 1389 bei L. u. St. p. 236 u. 608.

7) Urk. von 1332 bei Moser, reichsf. Handb. I, 377. — statutum, ordinatum et immutabile consilium de decem et octo consulibus scabinis existentibus et non pluribus de parentelis melioribus, antiquioribus, discretioribus, uxoratis, melius hereditatis et legitime natis. —

8) Wigand, Gesch. von Norvey, I, 267, II, 209 ff. Vergl. oben S. 64.

zogen werden, von denen der Erbsassenstand die erbgesessene Bürgerschaft und der Vierundzwanzigerstand die Gilden repräsentirte. Das Collegium des Erbsassenstandes bestand aus 12 aus der erbgesessenen Bürgerschaft zu wählenden Mitgliedern. Sechs Mitglieder, die sogenannten Rathserbsassen, wurden von dem Rath auf Lebenszeit und die sechs anderen, die sogenannten Gildenerbsassen, von den Vorgängern des Vierundzwanzigerstandes auf zwei Jahre, die Einen und die Anderen aber aus der erbgesessenen Bürgerschaft gewählt. Das Collegium des Vierundzwanzigerstandes wurde von und aus den 6 Gilden zu gleichen Theilen gewählt. Die zwölf ersten Mitglieder hießen die Vorgänger und die 12 anderen die Vierundzwanziger schlechtweg. Die 12 Vorgänger und die 6 Gildenerbsassen waren miteinander die sogenannten Churfreunde. Sie bildeten mit dem Rath das Churcollegium, welches den Rath zu wählen hatte. Der Rath selbst bestand aus 18 Mitgliedern, aus 6 sogenannten Superioren, aus 6 mittleren Rathsherren und aus 6 Silberathsherren. Die 12 Ersten (die Superioren und die mittleren Rathsherren) mußten aus dem Erbsassencollegium, die 6 Silberathsherren aber aus den 6 Gilden gewählt werden. Die Dauer dieser Rathsstellen war lebenslänglich. Die 6 Superioren, bestehend aus den beiden Bürgermeistern, aus den beiden Rittmeistern, welche die Justiz, und aus den beiden Camerarien, welche die Polizei unter sich hatten, besorgten die minder wichtigen und die bringenden Sachen allein. In der Regel mußten jedoch auch die 12 anderen Rathsherren beigezogen werden. Und diese Verfassung hat sich bis auf unsere Tage erhalten⁹⁾.

Auch in Wezlar schied sich die Bürgerschaft seit dem Siege der Zünfte gegen Ende des 14. Jahrhunderts in zwei Theile, in die Gemeinde und in die sieben alten Zünfte. Zur Gemeinde gehörten nicht bloß die Altbürger (die Geschlechter), z. B. das Geschlecht der Waldschmidte, der Schuler, der Münche, der Hinkel u. a. m.¹⁰⁾, sondern auch noch alle jene Bürger, welche kein beson-

9) Dr. Mallindrobt, Verfassung der Reichsfreien Stadt Dortmund. Dortmund 1795 und im Auszuge bei Jäger, reichsstädt. Magazin, VI, 24—47.

10) von Ulmenstein, I, 885 u. 886.

deres Handwerk oder Gewerbe trieben und zu keiner Zunft hielten. Auch die Gemeinde schloß sich jedoch zunftartig ab, und wurde daher auch in späteren Zeiten noch als die älteste Zunft betrachtet. Sie hatte sogar, wie jede andere Zunft, ihre eigenen Vorsteher, welche in dessen nicht Zunftmeister, vielmehr Kerzenmeister („der Gemeinde Kerzenmeister“ „der Gemeinde Kürzemeister,“ oder auch „Kirzen“) genannt worden sind, weil sie für die Anschaffung der in der Stiftskirche nothwendigen Kerzen zu sorgen hatten¹¹⁾. Späterhin wurden den sieben alten Zünften nach und nach noch einige neue Zünfte, dann die Gemeinden von zwei Vorstädten, der Langengasse und der Neustadt, hinzugefügt. Daher bestand die Bürgerschaft seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts aus elf Zünften, nämlich aus 8 Handwerkszünften und aus den erwähnten drei Gemeinden, aus der Stadtgemeinde und aus den beiden Vorstadtgemeinden, und seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts aus zwölf Zünften, aus 9 Handwerkszünften und aus den erwähnten drei Gemeinden, welche bis auf unsere Tage ebenfalls als Zünfte betrachtet worden sind¹²⁾.

Wie in Weplar so schied sich auch in Nordhausen seit dem Siege der Zünfte im Jahre 1375 die Bürgerschaft in zwei Theile, in die 9 rathsfähigen Zünfte und in die aus den übrigen Handwerkern und Bürgern bestehende Gemeinde. Bis zu diesem Jahre herrschten nämlich auch in Nordhausen die alten Geschlechter („die den Geschlechtern von Sippe wegen angehören). Schon im Jahre 1365, bei der Vereinigung der Neustadt mit der Altstadt, erhielten zwar schon zwei Handwerker aus der Neustadt Zutritt zu dem Stadtrath. Das Geschlechterregiment selbst wurde jedoch erst nach dem Siege der Zünfte (1375) abgeschafft und verordnet, daß die Bürgerschaft aus 9 rathsfähigen Zünften und aus der Gemeinde bestehen solle, und in den Stadtrath 18 Handwerker (zwei aus jeder rathsfähigen Zunft) und 9 aus der Gemeinde gewählt werden sollten. Die Wahl eines aus den Geschlechtern war aber bei Strafe verboten¹³⁾.

11) Vergleich von 1390 u. 1393 bei von Ulmenstein, I, 495, 497, 498, 500, 501 u. 507, II, 141 und III, 228. Vergl. oben §. 277.

12) von Ulmenstein, III, 216—219.

13) Förstemann, Lesser's histor. Nachrichten von Nordhausen, p. 183—186. u. 260—264.

In Königsberg lebten die alten Geschlechter noch in dem Namen der Junkerhöfe und Junkergärten bis ins 18. Jahrhundert fort, ohne daß ich jedoch nachzuweisen vermag, wann sie sich unter den übrigen Bürgern verloren haben. Königsberg bestand nämlich ursprünglich aus drei verschiedenen Städten, aus der Altstadt Königsberg, aus der Neustadt Löbenicht und aus der Stadt Kneiphof. Jede dieser drei Städte hatte ursprünglich ihren eigenen Magistrat und ihr eigenes Rath- oder Stadthaus, wie dieses auch in Braunschweig u. a. m. der Fall war. Erst im Jahre 1724 vereinigten sich diese drei Städte zu einem gemeinschaftlichen Magistrat, welcher sodann seine Versammlungen auf dem Kneiphofischen Rathhause zu halten pflegte¹⁾. Seit der Vereinigung der drei Städte zu einer einzigen Stadt wurde die Bürgerschaft in zwei Klassen, in Großbürger und Kleinbürger eingetheilt. Zur Großbürgerschaft gehörten zwei Zünfte, die Kaufmannszunft und die Mälzenbräuerzunft. Wer Großbürger werden wollte mußte sich in eine dieser Zünfte aufnehmen lassen, mußte, wie man sagte, eine dieser Zünfte gewinnen. Zu den Vorrechten der Großbürger gehörte der Großhandel mit dem Ausland. Auch durften die Großbürger ihre Hochzeiten auf dem Junkerhofe halten. Ihr Versammlungsort war im Löbenicht auf der im alten Rathhause dieser Stadt befindlichen Zunftstube, in der Altstadt dagegen und im Kneiphofe in den dortigen Junkerhöfen oder Junkergärten. Wenn aber die Zünfte aus den drei Städten zusammen kamen, so versammelten sie sich auf dem Junkerhofe oder Junkergarten der Altstadt. Die Kaufmanns- und Mälzenbräuerzunft waren demnach in Königsberg, was in anderen Städten die Patricierzünfte gewesen sind. Die Kleinbürger bildeten nur eine einzige politische Zunft, zu welcher alle übrigen Gewerbe gehört haben. Die Vorsteher der Kleinbürgerschaft waren die vereideten Gemeindeältesten der drei vereinigten Städte. Sie hatten sich in dieser Eigenschaft auch bei den Zünften der Großbürger einzustellen, wenn gemeinsame städtische Angelegenheiten zu berathen waren. Bei diesen gemeinschaftlichen Versammlungen hatten fünf Stimmen nach der Mehr-

1) von Bacsko, Gesch. von Königsberg, p. 28 ff., 290—294 u. 297. Die Privilegien der Altstadt von 1286, der Stadt Löbenicht von 1300 und der Stadt Kneiphof von 1327, eod. p. 522—539.

heit zu entscheiden, die Stimme des Magistrates, des Stadtgerichtes, der beiden Großbürgerzünfte und die der Kleinbürgerschaft. Jede Kunst und jedes Handwerk bildete übrigens wieder eine eigene zunftartige Genossenschaft, ein sogenanntes Gewerk, welches die Angelegenheiten dieses Gewerkes zu besorgen und einen *Keltermann* an seiner Spitze hatte. Bei feierlichen Angelegenheiten pflegte die junge Kaufmannschaft in rother und gelber Uniform zu erscheinen und den Namen der rothen Garde zu führen. Bei solchen Aufzügen erschien auch die Schützengilde zu Pferd. Und das Unterscheidungszeichen der übrigen Bürger der drei vereinigten Städte war sodann ein besonderes Zeichen am Huth ¹⁵⁾.

§. 340.

In allen diesen Städten gehörten die Geschlechter als solche nicht mehr zur Bürgerschaft. Dasselbe war noch in vielen anderen Städten, insbesondere in allen jenen Landstädten der Fall, in denen die Geschlechter entweder niemals hervorgetreten oder sehr bald wieder unter der übrigen Bürgerschaft verschwunden sind. Man findet zwar auch in vielen Landstädten, selbst in späteren Zeiten noch, einen zahlreichen Ritterstand. Allein zur Bürgerschaft hat derselbe meistens nicht mehr gehört. So waren z. B. in dem kleinen *Sobornheim* in der alten Pfalz am Rhein noch im 16. Jahrhundert viele Rittergeschlechter ansässig. Sie hatten eine eigene Ritterstube und wurden auch noch in Polizeisachen, jedoch nur in diesen, vom Stadtrath beigezogen. Zur Bürgerschaft haben sie demnach nicht mehr gehört ¹⁾. Eben so war es im Städtchen *Molsheim* im Elsaß, wo die daselbst ansässigen Edelleute gleichfalls eine eigene Trinkstube gehabt haben ²⁾. Auch in *Dürkheim* bestand die Bürgerschaft ursprünglich aus Priestern, Edelleuten und der Gemeinde. Und noch das ganze 15. Jahrhundert hindurch hatten alle drei Antheil am Stadtre Regiment ³⁾. Nach einem Ver-

15) von Bacsto, p. 229—234.

1) Bibber, IV, 118.

2) Königshoven, p. 312. — „auf der edelleute Dringstube zu Molsheim.“ —

3) Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 303. Vergl. oben §. 228 u. 232.

frage von 1495 hatten sie noch die Ächter zu wählen u. dgl. m.⁴⁾. Und auch im 16. Jahrhundert wurden sie noch zuweilen, z. B. in den Jahren 1515, 1542 und 1580 bei Verhandlungen über die Marknuzungen und über die Mark selbst beigezogen⁵⁾. Seitdem wird aber der Edelleute und Priester im grünen Buch nicht mehr gedacht. Sie gehörten demnach seit dem Ende des 16. Jahrhunderts nicht mehr zur Bürgerschaft. Wann aber die Edelleute die Stadt verlassen oder sich mit den Priestern von der Bürgerschaft zurückgezogen haben, kann mit Bestimmtheit nicht nachgewiesen werden. Frey meint zwar⁶⁾, daß dieses im Jahr 1471 nach der Eroberung der Stadt durch Friedrich den Siegreichen geschehen sei. Da jedoch die Edelleute und Priester auch später noch, wie wir gesehen, bis ins 16. Jahrhundert zu den Verhandlungen beigezogen worden sind, so ist offenbar jene Ansicht nicht richtig.

3) Das Geschlechterregiment dauerte fort. Die Zünfte erhielten aber Antheil an dem Regiment.

§. 341.

In vielen Städten dauerte das Geschlechterregiment auch nach dem Siege der Zünfte noch fort und es wurde den Zünften nur ein mehr oder weniger bedeutender Antheil an dem Stadtre Regiment eingeräumt. Die Zünfte pflegten nämlich zwar allenthalben in die Bürgerschaft aufgenommen zu werden. In vielen Städten erhielten sie jedoch außer dem Zutritt zu dem großen oder weiten Rath keinen anderen Antheil an dem Regiment. Es bildete sich demnach in diesen Städten ein durch die Aufnahme der Zünfte in

4) Ungebrudtes Grünes Buch: Vertrag de anno 1495 zwischen „Edlen „Priestern vnd Gemain zue Doruckheim vnd von dem Abt zu Limpurgch vffgericht. — Wann die Ächter von Priestern Edlen vnd der „Gemain zue Dürckheim erwehlet, sollen sie Rhein Newerung vffrichten.“

5) Urk. von 1515 bei Würdtwein, monast. Palat. I, 156. Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 303 u. 305. Grünes Buch: „Vertrag anno „1580 zwischen dem Stifft vnd Closter Limpurgch vnd dann Edel „Priester vnd ganzer Gemain zu Doruckheim vffgericht.“

6) Frey, geographisch-historisch-statistische Beschreibung des Rheinkreises, II, 391 u. 392.

die Bürgerschaft gemildertes Geschlechterregiment. Dies war anfangs in Köln und in Basel der Fall. Denn in Köln dauerte das Geschlechterregiment auch nachdem die Richezzegheit aufgelöst worden war, noch fort bis zum endlichen Siege der Zünfte im Jahre 1396 (§. 311). Und in Basel herrschten die Geschlechter noch das ganze 15. Jahrhundert hindurch bis zum Anfang des 16. (§. 317).

Auch in Hagenau dauerte das Geschlechterregiment nach dem Siege der Zünfte noch fort. Bis zum Jahre 1332 hatte dasselbst ein aus den Geschlechtern gewählter Bürgermeister und Rath das Regiment geführt. Die Bürgerschaft bestand nämlich aus ritterbürtigen Ministerialen und aus schöffensbar freien und lebensfähigen Geschlechtern ¹⁾. Und der Stadtrath war jenem von Straßburg nachgebildet ²⁾. Im Jahre 1332 wurde es aber der Gemeinde gestattet „24 von der gemeinde und den antwerchen“ in den Rath zu wählen, so daß von nun neben dem aus den Geschlechtern gewählten Bürgermeister und alten oder kleinen Rath noch ein großer Rath stehen und dieser aus 24 aus der Gemeinde und aus den Handwerkern zu wählenden Rathsherren bestehen sollte ³⁾. Dieser Rath der Vierundzwanzig hatte jedoch keinen anderen Antheil an dem Regiment, als daß er bei wichtigen Verhandlungen beigezogen werden sollte. Ohne Wissen und Willen der Vierundzwanzig sollten keine Schulden gemacht und keine Steuern aufgelegt werden („wanne man ein bette in der statt legende wird, so sullent die vier und zwainziger dabi sin“). Wenn von der Auflegung eines Ungeldes die Rede war, sollten eben so viele Handwerker aus den Vierundzwanzig als Schöffen dabei sein. Auch die Schöffen hatten demnach Zutritt zum großen Rath. Da jedoch in früheren Privilegien keine Rede von ihnen war, so scheint ihre Beiziehung erst aus späteren Zeiten zu datiren. Auch sollten die Vierundzwanzig für die Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe in der Stadt sorgen. Sie sollten daher, wenn

1) Urk. von 1255, 1262 u. 1275 bei Schoepflin, I, 412, 441, II, 11. Vergl. oben §. 229.

2) Urk. von 1255 bei Schoepflin, I, 412. *civitas consiliarios suos, more civitatis Argentinensis, valeat retinere.*

3) Urk. von 1332 bei Schoepflin, II, 144 u. 145.

„ein missehelle oder ein geschelle in der statt under den burgern
„uffstünde, dazwischen gan und bi irem eiden friden schirmen
„und schaiden, so verre si mügent⁴⁾).

§. 342.

Ähnlich war es in Frankfurt am Main. Auch dort herrschten ursprünglich die aus Königlichen Ministerialen und aus freien Grundbesitzern bestehenden Geschlechter. Wann daselbst die Zünfte Zutritt zum Rath erhalten haben, liegt völlig im Dunkeln. Die Einen setzen ihre Entstehung ins 13. Jahrhundert¹⁾, Andere in die Zeiten des Aufbruchs in den Jahren 1355 bis 1368²⁾. Wahrscheinlich erhielten sie jedoch im Anfang des 14. Jahrhunderts Zutritt zum Rath. Denn nach dem Statut von 1352 saßen bereits damals schon mehrere Zünfte im Rath³⁾. Auch folgt aus dem Berichte der Schöffen über die Anforderungen der Zünfte im Jahre 1358, daß damals schon einige Zünfte in den Rath gingen⁴⁾. Es haben demnach wenigstens einige Zünfte schon vor den Zunftunruhen des Jahres 1355 Zutritt zum Stadtrath gehabt, ohne daß übrigens die Zeit wann es geschehen mit Bestimmtheit angegeben zu werden vermag. Sehr wahrscheinlich geschah es jedoch, wie bereits bemerkt worden ist, im Anfang des 14. Jahrhunderts. Denn in einer Urkunde von 1390 wird bereits von 48 Rathsmitgliedern als althergebracht gesprochen. Und dieselben Worte werden auch in einer späteren Urkunde von 1408 wiederholt⁵⁾, woraus folgt, daß die drei Rathsbänke jedenfalls

4) Urf. von 1332 bei Schoepflin, II, 145.

1) Z. B. von Richard, Entstehung von Frankfurt, p. 84 ff. u. 184 ff.
Derselbe, Nachtrag der Wiltichrist der Ganerbschaft Alt Eimpurg, p. 14.

2) Z. B. Fegcl, II, 423. Not.

3) Statut von 1352 bei Senckenberg, sel. jur. I, 6. Auch sollen die „Meyster der Beden die uff den Rat gen.“ und p. 20. „Das sollen die zwene die uff dem Rat gen (die Metzeler)“.

4) Bericht von 1358 bei Böhmer, Frankf. Urth. I, 669. — „Da by werin alle wege ire siund gesezsin, die von der hantwerke wegin in den rat gen.“

5) Urf. von 1390 bei Richard, p. 309. Daß sie „von alten und vergangenen Zeiten biszher drey und fierzig personen in dem rate gehabt haben“ Vergl. noch p. 320.

schon im Anfang des 14. Jahrhunderts, wie wir sie auch in späteren Zeiten noch sehen, bestanden haben müssen, bestehend aus 14 Schöffen, 14 Rathsherren der Gemeinde und aus 14 der Zunftbank, mit dem Schultheiß also aus 43 Personen. Bestätiget wird diese Ansicht durch zwei Urkunden von 1315 und 1316, nach welchen neben den Schöffen und Rathmannen noch jurati im Stadtrath saßen, welche offenbar in den Rath gehende Handwerker waren⁶⁾. Im Jahre 1355 traten indessen die Zünfte mit neuen Anforderungen auf. Sie begehrten die Vermehrung des Rathes um acht von ihnen aus ihrer Mitte zu wählenden Personen („das man irer frunde echte sulde nemen in den rat, und die echte sulden sie „hysen“). Denn auch sie wollten wissen, wie die Angelegenheiten der Stadt besorgt, das Stadtgut verwaltet und die auch von ihnen mitgetragenen Steuern verwendet würden („wand sie wulden wizen „um der stede gescheffdene war der stede gud und gevelle komen „were adir gweme“)⁷⁾. Und nach einem, später vom Kaiser bestätigten, Vergleich von 1358 sollte der Rath wirklich durch sechs Mitglieder, drei aus den Zünften und drei aus der Gemeinde, vermehrt werden⁸⁾. Dadurch erhielten indessen die Zünfte nicht erst Zutritt in den Rath. Denn nach dem erwähnten Berichte der Schöffen saßen ihrer damals schon mehrere im Rath. Es war vielmehr eine Vermehrung des Rathes, um die Zünfte und die damals mit ihnen gehende Gemeinde zufrieden zu stellen. Schon im Jahre 1366 wurden jedoch die dem alten Rath, den Dreiundvierzig, beigefügten Sechse wieder abgeschafft⁹⁾ und bald nachher noch in demselben Jahre alle Bündnisse der Zünfte selbst aufgehoben.

6) Urf. von 1315 u. 1316 bei Richard, p. 185 u. 358. und Böhmer, p. 416 u. 422. Nos scultetus, scabini, consules et jurati Frankenvordenses. — In den gleichzeitigen Urf. von 1315, 1316, 1317, 1318, 1321 u. a. m. bei Böhmer, p. 425, 427, 431, 441, 443, 447 heißt es freilich immer scabini et consules oder „die scheffenen unde der „rat“ ohne jurati. Die Existenz einer dritten oder Zunftbank wird aus unzureichenden Gründen bestritten von Römer-Büchner, Stadtverfassung, p. 39 ff.

7) Böhmer, I, 668.

8) Urf. von 1358, 1359 u. 1360 bei Böhmer, I, 658, 662, 663 u. 671.

9) Böhmer, I, 702.

ben ¹⁰⁾. Im Jahre 1390 erfolgte indessen eine abermalige Vermehrung des Rathes um 20 Personen, so daß nun der große Rath aus 63 Mitgliedern bestand. Im Jahre 1408 wurde aber auch diese Vermehrung wieder zurückgenommen und die alte Verfassung wieder hergestellt, wonach dem alten Herkommen gemäß der Rath aus drei und vierzig Mitgliedern bestehen sollte ¹¹⁾. Und diese Verfassung hat sich bis zum Jahre 1612, der Wesenheit nach sogar bis auf unsere Tage erhalten. Während des Aufstandes vom Jahre 1525 war es zwar nahe daran, daß die Verfassung abermals umgestaltet worden wäre. Die Festigkeit des Stadtrathes und die rasche Beendigung des Bauernkrieges hat jedoch damals die bestehende Verfassung gerettet ¹²⁾.

Die Bürgerschaft bestand nun aus den Geschlechtern und aus den rathsfähigen Zünften. Die Geschlechter bildeten jedoch nach wie vor die von den Zünften verschiedene Gemeinde ¹³⁾. Daher ist von Bürgern von der Gemeinde und von Bürgern von den Zünften die Rede ¹⁴⁾. Und noch im 16. Jahrhundert wurde die zweite Rathsbank, wiewohl sie bloß mit Geschlechtern besetzt war und daher auch die Junkerbank genannt zu werden pflegte ¹⁵⁾, die Bank der Gemeinde genannt ¹⁶⁾. Mit Geschlechtern waren nämlich, einzelne Fälle ausgenommen ¹⁷⁾, die beiden ersten Rathsbänke, die Schöffenbank und die sogenannte Bank der Gemeinde besetzt. Rathsfähige Geschlechter waren jedoch nur

10) Urf. von 1366 bei Böhmer, p. 713.

11) Urf. von 1390 u. 1408 bei von Fichard, p. 806 — 820. Derselbe, Nachtrag cit. p. 14 — 16. Römer-Büchner, Stadtverf. p. 81 — 98. Kriegt, Bürgerzwise, p. 81 — 103.

12) Kriegt, Bürgerzwise, p. 187 — 203. Römer-Büchner, Stadtverf. p. 98 — 102.

13) Urf. von 1358, 1359 u. 1360 bei Böhmer, I, 658, 662, 663, 670, 671 u. 672. — „Das die antwerke und die gemeyne sullen tisen „alle jar uz den antwerkin und uz der gemeyne zwellffe uff iren „eyd.“ —

14) Urf. von 1395 bei Böhmer, I, 773. „Ir die burger von der gemeynde „und von den czunfften.“ —

15) Kirchner, I, 416. Not.

16) von Fichard, p. 342 u. 343.

17) Römer-Büchner, p. 43.

die Mitglieder der Stubengesellschaften. Daher bestand die Gemeinde eigentlich aus den in die Stubengesellschaften aufgenommenen Frankfurter Geschlechtern¹⁸⁾. Auch die beiden Bürgermeister wurden in der Regel aus den Geschlechtern genommen, der ältere aus der Schöffenbank und der jüngere aus der Bank der Gemeinde¹⁹⁾. Das Regiment lag demnach nach wie vor in den Händen der Geschlechter. Denn der Antheil der Zünfte beschränkte sich auf die Besetzung einer einzigen — der dritten Rathsbank, welche daher auch die Handwerksbank genannt worden ist.

§. 343.

Auch in Nürnberg herrschten die Geschlechter. Die reich und mächtig gewordenen Zünfte verlangten aber im Jahre 1348 Antheil an dem Regiment und griffen zu den Waffen als ihnen dieser nicht zugestanden werden wollte, die damals streitige Königswahl zu ihren Gunsten benutzend. Der alte Rath und die Geschlechter wurden vertrieben und aus der Mitte der Zünfte ein neuer Rath gewählt. Karl IV. unterstützte indessen die Geschlechter, setzte den alten Rath wieder ein und überließ sodann das Regiment wieder den Geschlechtern¹⁾. Um jedoch wenigstens scheinbar etwas für die Zünfte zu thun, erhielten acht von ihnen einigen wenn auch einen nur sehr geringen Antheil an dem Regiment. Diese acht Zünfte waren die Schneider, Kürschner, Bierbrauer, Bäcker, Färber oder Tuchmacher, die Schmiede, Metzger und Lederer. Und es bildete sich sodann nach und nach, jedoch schon im Laufe des 14. Jahrhunderts²⁾, folgende Verfassung. An der Spitze der

18) von Fichard, p. 305, 342 j. u. 344.

19) von Fichard, p. 225 u. 321. Einzelne Ausnahmen. Römer-Bücher, p. 42 u. 43.

1) Rebdorff ad 1348 bei Freher, I, 635. Meisterlein, hist. Noriberg. bei Ludewig, rel. Mpt. VIII, 88 ff. Meisterlin in Chronik von Nürnberg, III, p. 131 ff. Joannis ab Indagine, Beschreibung von Nürnberg, p. 444—449.

2) Die Genannten des Rathes kommen schon seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts in den Gesetzen und Urkunden vor. Vergl. Siebenkees, Beiträge zum Deutsch. R. III, 219 — 221. und Jäger,

gesamten Bürgerschaft stand nach wie vor der Rath. Neben diesen kleinen Rath kam nun aber noch ein großer. Der kleine Rath bestand aus 42 Personen, aus 34 von den rathsfähigen Geschlechtern und aus den Repräsentanten der erwähnten 8 Zünfte. Die 34 Geschlechter bestanden aus den 26 Bürgermeistern (13 Rathsherren und 13 Schöffen) und aus den acht alten Genannten. Von den 26 Bürgermeistern waren 13 die Alten und 13 die Jungen. Alle vier Wochen wechselte das Regiment, welches stets von einem alten und einem jungen Bürgermeister geführt zu werden pflegte. Die acht alten Genannten wurden von dem kleinen Rath aus dem großen Rath gewählt. Sie sollten den größeren Rath und die gesamte Bürgerschaft bei dem kleinen Rath vertreten. Da sie jedoch immer Geschlechter waren und Geschlechter sein mußten, so haben sie in der That nur die Geschlechter des großen Rathes im kleinen Rath in derselben Weise vertreten, wie die Repräsentanten der acht Handwerke die Zünfte. Die alten Genannten und die Repräsentanten der acht Handwerke wurden indessen nur zu gewissen Zeiten und zu gewissen Handlungen beigezogen. Denn in der Regel herrschten die Bürgermeister allein. Der große Rath bestand ursprünglich aus 200 Mitgliedern. Mit der Vermehrung der Bürgerschaft wurde er aber nach und nach bis auf 400 und 500 Mitglieder vermehrt. Man nannte die Mitglieder dieses Bürgerausschusses die Genannten des größeren Rathes oder die Genannten von der Stadt im gemeinen Rath. Sie durften aus der gesamten Bürgerschaft, aus den ehrbaren sowohl wie aus der gemeinen Bürgerschaft gewählt werden. Da sie sich jedoch von keiner Handarbeit ernähren sollten, so traf die Wahl meistens Geschlechter, wiewohl zuweilen auch Handelsleute und ausgezeichnete Handwerker, Künstler und Gelehrte gewählt zu werden pflegten. Ohne Zuziehung des großen Rathes sollte nichts von Bedeutung vorgenommen werden. Und in Steuersachen hatte derselbe eine entscheidende Stimme³⁾. Der Antheil der Zünfte

Reichsst. Mag. III, 361 u. 362. Der acht Handwerker im Rath wird aber zum ersten Mal im Jahre 1378 im Rathsbuch gedacht. Vergl. (Gundling.) Des Reichs freye Stadt Nürnberg, cap. 2. p. 30 u. 31.

3) Scheuerl, epistola von 1516 bei Wagenseil, de civitate Noriber-

an dem Regiment war demnach eben nicht groß. In die inneren Angelegenheiten erhielten sie nur eine sehr geringe Einsicht und die auswärtigen Verhältnisse blieben ihnen ganz fremd. Das Regiment lag vielmehr in den Händen der Geschlechter und- auch bei diesen nur in den Händen von Wenigen. Diese regierten aber gut. Darum blühte die Stadt und blieb vor neuen Unruhen bewahrt, welche in anderen Städten nur zu oft den Wohlstand gestört und zerstört haben. Und so war es denn möglich, daß eine der Verfassung Venedigs nicht unähnliche Verfassung sich bis auf unsere Tage erhalten konnte.

Wie in Nürnberg so herrschten auch in Regensburg die Geschlechter. Die Zünfte erhoben sich zwar auch dort im Jahre 1330 und begehrten Antheil an dem Regiment. Sie wurden aber von den Geschlechtern getäuscht. Erst nach einem neuen Aufstande im Jahre 1485 erhielten sie Zutritt zum äußeren Rath. Das Geschlechterregiment dauerte jedoch noch eine Zeit lang fort, und hat sich erst gegen das Ende des 15. und im Anfang des 16. Jahrhunderts verloren (§. 320).

§. 344.

Auch in Braunschweig, in Lüneburg, in Göttingen und in anderen welfischen Städten dauerte das Geschlechterregiment fort. Da es jedoch nicht möglich ist von allen diesen Städten zu handeln, so will ich wenigstens von der interessantesten Stadt, von der Verfassung von Braunschweig etwas ausführlicher reden. Braunschweig ist nämlich aus der Vereinigung von fünf verschiedenen Städten oder Weichbilden hervorgegangen. Diese 5 Städte haben ursprünglich offenbar getrennt von einander ohne alle Verbindung neben einander gestanden, die Altenwick, der Hagen und auch der Saß noch im 13. und 14. Jahrhundert¹⁾. Bereits im 13. Jahrhundert wurden aber drei Städte, die Altstadt, die

gensi, p. 191—194. (Gundling) Des Reichs freie Stadt Nürnberg, cap. 2. p. 30—34. Jäger, Mag. III, 340 ff. u. 351 ff.

1) Urf. von 1240 in Orig. Guelf. IV, p. 183. — burgensibus de veteri vico. — Vergl. die verschiedenen Stadtrechte und Urkunden aus 13. sec. im Urkundenbuch von Braunschweig, I, 1—14, u. 33 f.

Neustadt und der Hagen (Indago) zu einer Gemeinde mit einem gemeinen Rath zur Besorgung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten vereinigt. Wenn nämlich der Vogt Recht zu sprechen verweigerte, so sollte der Rath jener drei Städte („de Stad „van den dren steden“) unter dem Voritze des Worthalters (des Bürgermeister der Altstadt) zusammentreten. Und das von ihm erlassene Urtheil hatte sodann gleiche Kraft wie der Spruch des Vogtes selbst ²⁾. Und im Laufe des 14. Jahrhunderts wurden mit ihnen noch durch Verpfändung zwei andere Städte, die Altenwick und der Eack ³⁾, alle fünf Städte also zu einer einzigen Stadtgemeinde vereinigt (§. 207 u. 215). Jede dieser fünf Städte behielt nach wie vor ihrer Vereinigung einen eigenen Bürgermeister und Rath, ein eigenes Stadt- oder Rathhaus und ein eigenes Wappen ⁴⁾. Auch blieben diese Städte nach wie vor durch Stadthore getrennt. Die Altstadt hatte zwei Bürgermeister (Vorgermester oder Vormestere) und 36 Rathsherren, der Hagen zwei Bürgermeister und 24 Rathsherren, die Neustadt einen Bürgermeister und 18 Rathsherren, die Altenwick einen Bürgermeister und 15 Rathsherren und der Eack einen Bürgermeister und 12 Rathsherren. Die Wahl dieser Rathsherren geschah von dem Rathe eines jeden Weichbildes selbst und zwar auf drei Jahre. Der Rath jedes Weichbildes war nämlich in drei Abtheilungen getheilt, von denen immer nur eine Abtheilung den sitzenden Rath bildete, die drei Abtheilungen aber jedes Jahr im Regiment wechselten, so daß also 12 Rathsherren in der Altstadt, 8 im Hagen, 6 in der Neustadt, 5 in der Altenwick und 4 in dem Eack den sitzenden Rath, die übrigen 24, 16, 12, 10 und 8 aber die Zugeschwornen (Tosworen) oder Rathsgeschwornen bildeten, welche erst in den beiden folgenden Jahren in den sitzenden Rath berufen wurden ⁵⁾. Der sitzende Rath eines jeden Weichbildes hatte die Angelegenhei-

2) Urk. von 1269 im Braunschweig. Urkb. I, 15. Altes Stadtrecht, II, §. 44 u. 56 bei Leibnitz, III, 439.

3) Verpfändung von 1325 u. 1345 im Braunschw. Urkb. I, 38 f. u. 40.

4) Rathordnung der Altstadt von 1360 im Urkb. I, 49. Urk. von 1299, eod. I, 20.

5) Ordnungsbuch des Raths (ordinarius senatus Brunsvic.) von 1408 §. 1 u. 6 bei Leibnitz, III, 449. Braunschweig. Urkb. I, 145 ff.

ten seines Weichbildes zu besorgen, die städtischen Aemter unter sich zu vertheilen und die übrigen Beamten und Diener, das sogenannte Rathsgesinde („dat gesinde des Rades“) zu ernennen. So wurde in jedem Weichbilde die Obhut eines Stadthores drei Rathsherren übertragen. Zwei Richterherren sollten dem Vogt zur Seite stehen. In der Altstadt wurden zwei Kämmerer, in den vier anderen Weichbilden je ein Kämmerer ernannt, welche das Rechnungswesen zu besorgen hatten u. s. w.⁶⁾. In der Altstadt insbesondere sollten zwei Rathsherren als Weinherren den Verschleiß des von der Stadt gekauften Weines besorgen, zwei oder drei Baumeister die Bauangelegenheiten besorgen und die dabei entstandenen Streitigkeiten entscheiden, zwei Zeugmeister (Müsemestere) die Bliden, Donnerbüchsen, Armbrüste, Pulver und was sonst noch zur Stadtwehre gehörte bewahren und die Zeughauskasse (Muserie) verwalten, zwei Rathsherren die Aufsicht über die Stadtmauern und Graben und einer über die Landwehr führen, ein Rathsherr das große Stadtsiegel, zwei Rathsherren den Schlüssel zur großen Rathskiste (brevestien), in welcher die städtischen Urkunden lagen, und ein Rathsherr den Schlüssel zur Geldkiste bewahren u. s. w.⁷⁾. Der Rath sollte ferner den Probst des Stiftes auf dem Kennelberge und die Vorsteher der verschiedenen Stiftungen und Hospitäler, (die Vormünder und Hovemester) ernennen und beaufsichtigen. Eben so die Aelterleute der verschiedenen Kirchspiele und Pfarreien, die Aufseher über Maß und Gewicht, über die Dämme und Wege, über den Butter- und Honigverkauf, die Wächter, welche die Mägen zu besorgen hatten (die Brögere), die Mäkler, die Wasserfuhrleute u. s. w.⁸⁾. Endlich sollte der Rath auch noch die von der Stadt besoldeten und gekleideten städtischen Beamten und Diener, das sogenannte Rathsgesinde ernennen, nämlich vier Bauernmeister (burmestere), einen Rathsboten, einen Fronboten, sechs Stadtwächter, mehrere Thorwärter, zwei Bewahrer der festen Thürme auf der Landwehr (de de barchfrede („berchfrede) verwaret uppe den landtweren“), mehrere Thürner, einen Fischer, vier Steinweglehrer, einen Grabenbewahrer

6) Ordinarius senat. §. 7, 8, 10 u. 31—34.

7) Ordinarius, §. 9 u. 11—19.

8) Ordinarius, §. 50—69.

und einen Grabenmeister, vier Hirten für die Stadttheerden, einen Marktmeister, einen Eiervogt, einen Steinbecker u. a. m.⁹⁾. Ebenso hatten die Rathsherren der vier übrigen Weichbilde die städtischen Aemter unter sich zu vertheilen, dann die Vorsteher der verschiedenen städtischen Anstalten, die Aelterleute der verschiedenen Pfarreien und das Rathsgesinde des Weichbildes zu ernennen¹⁰⁾.

An der Spitze der Gesamtgemeinde der fünf Weichbilde stand ein gemeiner Rath, bestehend aus den sitzenden Räten der fünf Weichbilde. Der erste Bürgermeister der Altstadt hatte den Vorsitz und im Namen des gemeinen Rathes das Wort zu führen („de spricht des gemeinen Rathes Wort“). Dieser gemeine Rath versammelte sich jedes Jahr auf dem Rathhause der Neustadt, um aus den Zugeschwornen der einzelnen Weichbilde den sitzenden Rath eines jeden Weichbildes zu wählen. Die sitzenden Rathsherren eines jeden Weichbildes hatten nämlich die Namen der Zugeschwornen, welche sie als ihre Nachfolger wünschten, zu nennen, worauf sodann, nachdem sie abgetreten, in ihrer Abwesenheit die sitzenden Rathsherren der vier übrigen Weichbilde ihre Nachfolger nach Mehrheit der Stimmen erwählten. Nach beendigter Wahl begab sich jeder Rath in sein Weichbild, um die Bürgerschaft vor dem Stadt- oder Rathhause zu versammeln und ihr von der Laube herab die neuen Rathsherrn zu verkünden. Des Nachmittags versammelten sich die alten und neuen Rathsherren eines jeden Weichbildes auf ihrem Rathhause. Die alten Rathsherren ließen die neuen Rathsherren neben sich auf die Rathsbank sitzen und ließen ihnen Wein oder Bier einschenken, übergaben ihnen die Schlüssel zu den Stadthoren, zu den Kleinodien und Büchern der Stadt und zogen sodann mit einander, der alte Rath voran, auf das Rathhaus der Neustadt. Dort wurde der neue Rath eines jeden Weichbildes von dem abgehenden Bürgermeister beidigt, dann der von dem alten Rath verlassene Rathstuhl von dem neuen Rath eingenommen, aber alsbald wieder verlassen um sich auf das Rathhaus seines Weichbildes zu begeben und dort die Thorschlüssel und die

9) Ordinarius, §. 92—110.

10) Ordinarius, §. 81—84, 64, 65, 68, 70—78 u. 111—114.

Nemter in der Art, wie bereits bemerkt worden ist, zu vertheilen¹¹⁾. Am nächsten Mittwoch nach der Rathswahl versammelte der Bürgermeister der Altstadt den gemeinen Rath auf dem Rathhause der Neustadt, um sich gegenseitig brüderliche Eintracht zu geloben, die Geschäfte unter sich zu vertheilen und die Beamten und Diener der Gesamtgemeinde zu wählen. Die Rathsgeschäfte wurden in folgender Weise vertheilt. Sieben aus dem sitzenden Rath oder aus den Rathsgeschworen gewählte Eeckelmeister (Büdelherren) sollten die der Gesamtgemeinde gehörenden Abgaben erheben und verrechnen, fünf sogenannte Geteherren der Münze vorstehen, vier andere die Streitigkeiten des Rathes mit der Geistlichkeit schlichten („de by de Papeit gaen“), sieben andere der gemeinen Stadt Baumeister sein, einer das Stadtsiegel bewahren, einer den Stadtmühlen vorstehen, zwei den Kauf der Mühlsteine besorgen, vier dem Marstall vorstehen, einer die Steine in den Steinbrüchen brechen lassen. Zwei von dem gemeinen Rath ernannte Bögte sollten den Vorsitz bei Gericht führen. Zu den von dem gemeinen Rath zu ernennenden Beamten und Dienern, zu dem sogenannten Stadtgesinde oder Rathsgesinde, gehörten ein Stadthauptmann, mehrere reitende Diener (Uthridere), ein reitender Koch für die Reisen und Heersfahrten der Rathsherren und Bürger, drei Bereiter und Bewahrer der Landwehre („de de landtwere beryden“), drei Schreiber, ein reitender Schreiber, der auswärts die Rathsgeschäfte besorgte¹²⁾, ein Syndikus, der die Rathsgeschäfte bei den geistlichen Gerichten und ein anderer Diener, der die Rathsgeschäfte bei den weltlichen Gerichten, insbesondere bei dem Göding besorgte (de vor de Gödinge ridt), ferner ein Zollschreiber, ein Münzmeister, ein Marktmeister (Marktmester), welcher für die Verfertigung der Armbrüste und für die Besetzung der Schlösser mit Schützen zu sorgen und bei Auszügen die Schützen zu commandiren hatte, sodann ein Zimmermeister, ein Mühlenmeister, ein Stallmeister (Stallwerder) mit einigen Stallknechten, ein Haferwender, zwei Vorsteher der Ziegelhäuser und zwei Ziegel-

11) Ordinarius, §. 2—7.

12) Vergl. die Bestallung Henning Brabants als Reisesecretar von 1608 bei von Trombeck, Henning Brabant, p. 106—113.

meister, 10 Bauermeister und ein Scharfrichter¹³⁾. Dieser gemeine Rath hatte alle Angelegenheiten der Gesamtgemeinde zu besorgen und sollte sich zu dem Ende jeden Mittwoch versammeln. Einen Ausschuß dieses gemeinen Rathes bildete der sogenannte K ü c h e n r a t h, der aus den Bürgermeistern und aus einigen Rathsherren der fünf Weichbilde und aus den Syndiken bestand. Er hielt seine Versammlungen auf der Münzschmiede oder Küche und hatte von dem Versammlungsort seinen Namen. Dieser Küchenrath war demnach das beständige Regiment der Gesamtgemeinde¹⁴⁾. Die Gesamtgemeinde hatte auch ihr eigenes Wappen, bestehend aus den Wappen der fünf Weichbilde¹⁵⁾.

Die Zünfte hatten lange Zeit keinen Zutritt zu dem Rath. Das Stadtreghment war vielmehr in den Händen der Geschlechter. Zwar hatten sich die Gilden bereits im Jahre 1292 gegen den Stadtrath erhoben. Es gelang ihnen aber damals noch nicht den alten Rath zu verdrängen¹⁶⁾. Nach und nach erhielten jedoch mehrere Gewerbsleute, welche Grund und Boden erworben hatten, Zutritt zu dem Rathe. Und so saßen denn schon vor dem Aufstande von 1374 Kaufleute, Wandschneider, Wechsler, Kramer, Kürschner, Gerber, Schuhmacher, Schmiede und andere Gewerbsleute im alten Rath¹⁷⁾. Allein erst die Erhebung der Gilden von vier Weichbilden (von der Altstadt, der Neustadt, des Hagen und des Sack) im Jahre 1374 führte zur Abschaffung des alten Geschlechterathes und zur Einsetzung eines neuen Rathes¹⁸⁾. Die Gewalt Herrschaft dieses neuen Rathes dauerte aber nicht lang. Sie endete im Jahre 1381 mit einer schmachvollen Abbitte bei der Hanse, aus welcher die Stadt ausgestoßen worden war. Und dann ging das

13) Ordinarius, §. 20, 23, 35—46 u. 74—91.

14) Ordinarius, §. 20—22 u. 24—27. von Strombeck, p. 10. Rehtmeier, Chron. p. 967.

15) Es ist abgebildet bei Rehtmeier, p. 724.

16) Hanselmann in Chronik der niedersächf. Städte, I, p. XXVI. Es existirt ein Vertrag zwischen dem Rath und den aufständischen Gilden von 1293 im Braunschw. Urkb. I, 16, der aber, wie es scheint, nicht zur Ausführung gekommen ist.

17) Kroniken, a. a. O. p. XXVI u. p. 358.

18) Kroniken, p. XXVI—XXVIII u. p. 313—409.

Regiment wieder über an die Geschlechter¹⁹⁾. Im Jahre 1445 haben sich die Gilden und die gemeine Bürgerschaft abermals erhoben, und es ist sodann ein Vergleich des Rathes mit den Gildemeistern und den Hauptleuten der Gemeinde (hovetlude der menheit vnde gantze menheit) zu Stand gekommen, welchen man den großen Brief zu nennen pflegt²⁰⁾. Und seit dieser Zeit wurden bei wichtigeren Verhandlungen auch die Gildemeister und die Bürgerhauptleute beigezogen²¹⁾. Ueber die Bildung dieses sogenannten Großen Regimentes liegt indessen vieles bis jetzt noch im Dunkeln, insbesondere auch die Zeit der Entstehung der Bürgerhauptleute. Ursprünglich hat es nämlich nur einen einzigen von dem gemeinen Rath ernannten Stadthauptmann für die fünf Weichbilde gegeben. Selbst noch das Ordnungsbuch des Rathes von 1408 kennt nur diesen einen Hauptmann der Gesamtgemeinde. Bald nachher treten aber auch in den einzelnen Weichbilden Hauptleute hervor, welche gemeinschaftlich mit den Gildemeistern die Bürgerschaft des Weichbildes repräsentirten. Diese Bürgerhauptleute nahmen daher, wenigstens seit dem 16. Jahrhundert, in Braunschweig eine ähnliche Stellung ein, wie die Bannerherren in Köln (S. 351). Sie waren nämlich eine Controle des Rathes und eine Art von Volkstribunen, wie sie auch öfters genannt worden sind²²⁾. Das große Regiment bestand demnach seit dem 15. und 16. Jahrhundert aus dem Rath mit den Rathsverwandten, dann aus den Gildemeistern und aus den Bürgerhauptleuten, welche man die drei Stände zu nennen pflegte²³⁾. Der Rath blieb jedoch nach wie vor in den Händen der Geschlechter, der sogenannten Stadtjuncker oder Patricier. Denn die beiden anderen Stände wurden nur ausnahmsweise beigezogen. Das Regiment blieb demnach der Hauptsache nach ein Geschlechterregiment. Es haben sich zwar die Gilden und die gemeine Bürgerschaft unter Lübbeken Holland im Jahre 1488 nochmals erhoben und den alten Rath abgeschafft

19) Havemann, I, 527—535.

20) Urfundb. I, 226 ff. Rehtmeier, p. 725 u. 726.

21) Rehtmeier, p. 859, 860, 1118 u. 1124.

22) von Strombeck, S. Brabant, p. 11, 13, 15, 21, 25 u. 34.

23) Strombeck, p. 7 u. 48.

und einen neuen Rath eingesetzt, in welchem 24 Personen aus den Gilben und Gemeinen Zutritt erhielten. Aber schon im Jahre 1490 wurde das alte Regiment wieder hergestellt²⁴⁾. Auch ist im Jahre 1601 wieder, und zwar auf Betreiben der Hauptleute, welche die Stadtjunker als Erbherrn und Fürsten der Stadt verschrien, ein neuer wahrscheinlich von Henning Brabant verfaßter Receß zwischen dem Rath, den Gildemeistern und den Hauptleuten zu Stand gekommen, in welchem das demokratische Element mehr berücksichtigt und die Gewalt des Rathes beschränkt worden ist. Da jedoch die Stadtjunker und die Geistlichkeit dagegen waren, so wurde nach der im Jahre 1604 erfolgten schaudervollen Hinrichtung Henning Brabants der Receß von 1601 mit den Eingeweiden des gemarterten und wahrhaft hingeschlachteten Mannes verbrannt. Und es kamen sodann die Geschlechter wieder zum Regiment²⁵⁾.

§. 345.

In Metz endlich haben ebenfalls die Geschlechter von je her geherrscht. Das Haupt der Stadt war, wie wir gesehen, der Schöffenmeister. Er wurde in ganz eigenthümlicher Weise von dem Primicerius des Domstiftes und von den 5 Aebten in Metz jedes Jahr aus den Geschlechtern gewählt (§. 150). Und durch zwei spätere Verordnungen (atours) wurde ganz genau bestimmt, wie diese Wahl aus den mittlerweile entstandenen 6 paraiges vorgenommen werden solle¹⁾. Der Schöffenmeister war demnach in der Regel selbst ein Geschlechter. Und um jedenfalls keinen Bürgerlichen an die Spitze der Stadt kommen zu lassen, wurde auch noch im Jahre 1305 verordnet, daß jeder Schöffenmeister unmittelbar nach seiner Wahl Ritter (chevalier) werden müsse²⁾. Dieser Schöffenmeister hatte nun eine doppelte Stellung. Er war einerseits Vorstand des Stadtgerichts in allen Civilsachen. Er hatte

24) Receß von 1488 u. Vertrag von 1490 im Urfb. I, 251—265. Rehtmeier, p. 765 u. 768.

25) Havemann, II, 557—561. von Strombeck, p. 24 ff. u. 101 f.

1) Urf. von 1300 u. 1316 in Hist. de Metz, II, 338, IV, 1. p. 253 ff. u. 325 ff.

2) Atour von 1305 eod. II, 339, IV, 1. p. 273.

sogar das Recht die Schöffen zu ernennen³⁾. Er mußte jedoch, wenn er zu Gericht saß, 6 Schöffen zur Seite haben⁴⁾. Und sogar in den wenigen Fällen, in welchen die XIII eine sehr beschränkte Civilgerichtsbarkeit hatten, war die letzte Instanz bei dem Stadtgerichte. Es mußten aber in diesem Falle 12 Schöffen in der Sitzung anwesend sein⁵⁾. Andererseits war der Schöffenmeister auch noch Vorstand des Stadtraths der XIII. Daher heißt es in den Urkunden insgemein: *li Maistres Eschevins et li trezes jureis*, oder *magister scabinus, tredecim jurati* u. s. w.: Die XIII hatten indessen auch noch ihren eigenen Vorstand (*li Maistre des Treze*), dessen Stellung und Amtsbefugnisse jedoch nicht ganz klar sind, der aber jedenfalls im Falle der Verhinderung des Schöffenmeisters zu functioniren hatte⁶⁾. Endlich war der Schöffenmeister auch noch Stellvertreter des Kaisers in der Reichsstadt Metz. Er nannte sich *grand vicaire de l'Empire*!), ließ namens des Kaisers in den feierlichen Jahresitzungen (*annaux plaids*) die Rechte des Kaisers, welche dieser noch in der Stadt hatte, bekannt machen⁸⁾ und mußte dem Kaiser, wenn er nach Metz kam, als dem obersten Herrn in der Stadt, mit den XIII den Eid der Treue und des Gehorsams leisten (*à Vous très-serain Prince et Seigneur Empereur César, notre droiturier Seigneur, faisons féaulté et jurons être féaulx, loyaux et obéissans à Vous et à Votre sainte Empire* —)⁹⁾.

Auch der Rath der XIII war im Grunde genommen ein Geschlechterrath. Denn die XIII mußten aus den 5 *paraiges* und aus dem *paraige du commun* gewählt werden¹⁰⁾. Und das

3) Urf. von 1367, eod. II, 340, 355, IV, 2. p. 239.

4) Hist. cit. II, 350 f. u. 355.

5) Hist. cit. II, 355.

6) Urf. von 1254, 1264 u. 1393, eod. IV, 1, p. 210, 214, IV, 2. p. 442.

7) Meurisse, hist. des evesques de Metz, p. 631.

8) Hist. de Metz, II, 347—348.

9) Hist. de Metz, II, 355—356.

10) Urf. von 1300 eod. IV, I. p. 255. *li trezes de cui paraige k'il seroit, ou dou commun*. Vergl. Urf. von 1341, 1346, 1393, eod. IV, 2 p. 98—101, 112, 441.

Wahlrecht selbst lag, wie es scheint, ursprünglich ganz in den Händen der Geschlechter. Denn der Bischof, der kein Ernennungsrecht hatte, suchte auf die Wahlen dadurch einen Einfluß zu üben, daß er sich von den einzelnen Geschlechtern gegen die Einräumung gewisser Vortheile versprechen ließ, diesen oder jenen aus den Geschlechtern wählen zu wollen ¹¹⁾. Dieser Mißbrauch scheint aber zu einer neuen Wahlordnung geführt zu haben. Im Jahre 1346 wurde nämlich verordnet, daß alle 3 Jahre und 17 Wochen ein XII^{ner} austreten und an dessen Stelle von dem Schöffenmeister und den XII ein Hausbesitzer (chief d' Osteil) aus einer der 6 paraiges, und zwar nach einer gesetzlich bestimmten Reihenfolge der paraiges, gewählt werden, und der Gewählte sodann mit den 11 bleibenden XII^{nern} (por estre I des onzes de la commune true) und mit dem Schöffenmeister die neuen XII^{ner} bilden sollte ¹²⁾. Im Jahre 1393 wurde indessen auch diese Wahlordnung wieder abgeändert und verordnet, daß jedes Jahr neu gewählt und zwar aus jedem der 5 paraiges vier und aus der Gemeinde 6 Hausbesitzer (chief d' Osteit desdits paraiges) gewählt, die Namen dieser 26 Personen auf Zettel geschrieben, diese in eine Büchse gelegt (mis en bustes), und daraus die XII durchs Loos gezogen werden sollten. Der Schöffenmeister sollte die Loose ziehen und, wenn er verhindert war, der Vorstand der XII (li Maistre des Trezes) ¹³⁾. Wie lange diese Wahlart gedauert hat, wissen wir nicht. Es wurde jedoch späterhin noch mehrmals geändert. Nach einer späteren Verordnung sollten jedes Jahr zwei Personen aus jeder der 5 paraiges und 3 Personen aus der Gemeinde ¹⁴⁾ und

11) 3 Urkunden von 1341 eod. IV, 2 p. 98—101. — ke li Sires Nicoles Badoiche (nun werden noch einige Geschlechter mit Namen genannt) — ont cranteit (promis. juré), quil doient nomeir et nomeront, por faire Treze, dou pariaige de Porte — Muzelle. — Dann zwei undatirte Archivatnoten, eod. p. 99. Not. — que se li evesque faixoit nommeir pour Treze dou paraige de Jeuruwe, Colignon Drowin — ke se li evesques faixoit nommeier, por Treze, lou jor de la Chandelour ke or vient u. s. w.

12) Urf. von 1346 eod. II, 371, IV, 2. p. 112.

13) Atour von 1393 eod. II, 371, IV, 2 p. 441 ff.

14) eod. IV, 2 p. 512.

nach einer Verordnung von 1537 wieder in einer anderen sehr complicirten Weise gewählt werden ¹⁵⁾).

Diese XIII hatten in Metz dieselbe Stellung, wie in anderen Deutschen Städten der kleine Rath. Den Titel Rath haben sie aber niemals erhalten. Sie hatten, wie wir gesehen, die Kriminalgerichtsbarkeit, und auch in Civilsachen eine unbedeutende Kompetenz. Sie wurden daher öfters auch Richter (*tredecim justitarii*) genannt ¹⁶⁾. Ihre Hauptbestimmung war jedoch die Verwaltung und die Besorgung der Angelegenheiten der Stadt. Und sie hatten diese in derselben Weise, wie in den übrigen Städten, als Ausschüsse von VII für das Kriegswesen, VII für die Stadthore und Mauern, VII für das Steuerwesen (*les Sept de la bulette et de la maltôte*), VII für das Straßenpflaster n. s. w., unter sich vertheilt ¹⁷⁾. Bei wichtigeren Angelegenheiten mußten sie die 6 *parages*, also die Gemeinde oder, wie wir sehen werden, den großen Rath, beiziehen, z. B. bei den Friedenseinigungen (§. 150), bei allen Verträgen mit auswärtigen Fürsten und Herren ¹⁸⁾, bei Verordnungen über die Stellung und Wahl der XIII ¹⁹⁾, über die Befugnisse der Bürgermeister ²⁰⁾, und der Wechselagenten ²¹⁾, über das Gerichtswesen ²²⁾, über die Angelegenheiten der städtischen Beamten ²³⁾, über das Privat- und Strafrecht ²⁴⁾, über das Bürgerrecht und Bürgergeld (*droit de bourgeoisie*) ²⁵⁾, über die Zunftangelegenheiten ²⁶⁾, über das Steuerwesen ²⁷⁾, über Maß und Ge-

15) eod. II, 372.

16) Urf. von 1367 u. 1374, eod. IV, 2. p. 228 u. 290.

17) eod. II, 372 ff., 400 ff.

18) Urf. von 1327 u. 1328 eod. IV, 2. p. 43, 46, 50, 52.

19) Urf. von 1354 u. 1393, eod. IV, 2 p. 157, 441 u. 444.

20) Urf. von 1340, eod. IV, 2 p. 89.

21) Urf. von 1358, eod. IV, 2 p. 175.

22) Urf. von 1324, 1353, 1392, 1396, 1415, eod. IV, 2. p. 4, 137, 421, 473, 709.

23) Urf. von 1361, 1390, 1392, 1403, 1411, eod. IV, 2. p. 193, 391, 408, 529, 671.

24) Urf. von 1353, 1358, 1359, 1382, 1387, 1401, eod. IV, 2. p. 148, 178, 185, 336, 373, 501.

25) Urf. von 1382 u. 1390, eod. IV, 2. p. 343 u. 394.

26) Urf. von 1335, 1336, 1366, eod. IV, 2. p. 73, 78 u. 229.

wicht²⁸⁾, über das Armenwesen und über die Spitäler²⁹⁾, über den Getreideverkehr³⁰⁾, über die Fischerei³¹⁾, über die Weinberge³²⁾, über den Verkauf von Holz³³⁾, und von Grundstücken³⁴⁾, über das Münzwesen³⁵⁾, bei dem Erwerbe der Vogtei³⁶⁾ u. a. m.

Seit dem 13. Jahrhundert wird auch noch eines Rathes (consoulz, consaulz, consous, consiaus, consoil, consilium) oder eines großen Rathes (grand conseil) erwähnt. Nach einer Verordnung von 1248 sollte derselbe aus 140 Personen, 20 aus jedem der 5 paraiges und 40 aus der Gemeinde, bestehen³⁷⁾. Die Bestimmung dieses großen Rathes war offenbar die Gemeinde in gewissen Fällen zu vertreten. Daher wurde dieser große Rath öfters von dem Schöffmeister und von den XII zu den Berathungen beigezogen ohne der 5 paraiges und der Gemeinde weiter zu erwähnen³⁸⁾. Oefters wird aber neben diesem Rath auch noch der Gemeinde erwähnt (Nous, li Maistres Eschevins, li Treze, li consaulz (conseil) et li communiteiz de lai Citeit)³⁹⁾,

27) Urf. von 1348, 1405, eod. IV, 2. p. 113, 586.

28) Urf. von 1341, eod. IV, 2. p. 96.

29) Urf. von 1330, 1350, 1360, 1371, 1414, eod. IV, 2. p. 61, 68, 135, 191, 275, 699.

30) Urf. von 1328 u. 1350, eod. IV, 2. d. 56 u. 130.

31) Urf. von 1331, eod. IV, 2. p. 66.

32) Urf. von 1338, 1392, 1393, eod. IV, 2. p. 82, 408, 446.

33) Urf. von 1357, eod. IV, 2. p. 173.

34) Urf. von 1357, eod. IV, 2. p. 171.

35) Urf. von 1340, 1363, 1376, 1383, 1385, 1394, eod. IV, 2. p. 88, 221, 306, 351, 369, 452.

36) Urf. von 1345, eod. IV, 2. p. 104, 106 u. 111.

37) eod. II, 325 u. 327.

38) Urf. von 1297, eod. IV, 1. p. 248. Nous li Maistres Eschevins, li Treize jurei, et li consoulz (conseil) de la citeit de Mes. — Urf. von 1300, eod. p. 255. Nous, li Maistres, Eschavins, li Trezes, et li conte jurie, et li consiaus (conseil) de lai citeit de Mes. —

39) Urf. von 1297, eod. IV, 1. p. 249. Urf. von 1299, eod. p. 252. — li Maistres Eschevins, li Treze, li consous (conseil) et toute li comuneteiz de la Citeit. — Urf. von 1374, eod. IV, 2. p. 290 u. 292. Nos — Magister scabinus, ac tredecim justiciarii, necnon

oder auch neben dem Rath noch der 5 paraiges und der Gemeinde. (Nous, li Maistres Eschevins, li Treses, li consous (conseil), li paraiges et toute li communalteit de Mez)⁴⁰⁾, so daß man glauben sollte, der große Rath sei eine von den 5 paraiges und der Gemeinde verschiedene Behörde gewesen, also neben dem großen Rath zuweilen noch die aus den 6 paraiges bestehende Gesamtgemeinde berufen worden. Dies halte ich jedoch nicht für richtig. Ich glaube vielmehr, daß so oft von den 6 paraiges die Rede ist, immer nur der große Rath, nicht aber die gesammte Gemeinde selbst, gemeint ist. Für diese Ansicht spricht wenigstens eine Urkunde von 1327. Nach ihr treten nämlich, wie gewöhnlich, li Maistres Eschevins, li Treize, li paraige et toute li communiteiz de Metz handelnd auf. Sie waren jedoch nur die Repräsentanten der aus den 6 paraiges bestehenden Gesamtgemeinde, nicht die Gemeinde selbst. Denn es wird beigelegt: pour Nous et pour tous les citains et les habitans de laditte citei de Metz. Und gegen Ende der Urkunde werden diese paraiges und die Gemeinde geradezu großer Rath genannt (li Maistre Eschevin, li Treize, et encor Nous touz du grant conseil de ladite cité, pour ce affaire et spécialement establis et esleus de par les devanttdits paraiges, et la communauté de Mets — dann wieder: Nous aussi, li Maistre Eschevin, li Treze, et li grant conseil de la cité de Metz, qui seront à celluy temps —)⁴¹⁾. Die anfangs genannten paraiges et toute la communiteiz bildeten demnach den großen Rath selbst. Sie waren demnach die von der Gesamtgemeinde erwählten Repräsentanten, nicht aber die Gesamtgemeinde selbst. Woraus zu gleicher Zeit folgt, daß auch in den übrigen

consilium ac tota communitas seu universitas civitatis.

40) Urf. von 1312, eod. IV, 1. p. 800. Urf. von 1382, eod. IV, 2. p. 343. Nous, li Maistres Eschevins, li Treze, li consoil, li paraige de Porte — Muzelle (nun werden alle 5 paraiges genannt) et toute li communiteis de la cité. Urf. von 1393, eod. IV, 2. p. 441. Nous, li Maistres Eschevins, les Treze, li conseil, li paraiges de Porte — Muselle (nun werden sämtliche paraiges genannt) et toute la communalteit de la Citeit. —

41) Urf. von 1327, eod. 2. p. 46 u. 49.

Fällen, so oft in den Urkunden von den 6 paraiges oder von den 5 paraiges und der Gemeinde die Rede ist, darunter niemals die gesammte Gemeinde, vielmehr immer nur der große Rath zu verstehen ist. Die Erwähnung des conseil neben den XIII und neben den 5 paraiges und der Gemeinde in einigen Urkunden ist demnach als ein Pleonasmus zu betrachten.

Dieses Geschlechterregiment dauerte in Metz bis zur Französischen Besitznahme im Jahre 1552. Dann wanderten aber die meisten Geschlechter aus und ließen sich in Deutschland nieder. Die Folge davon war die Auflösung der fünf paraiges und der Untergang der alten Verfassung ⁴²⁾. Es blieben zwar noch wie vor der Schöffenmeister und die XIII, an die Stelle des aus den Abgeordneten der 6 paraiges bestehenden großen Rathes trat nun aber schon im Jahre 1562 eine Versammlung der drei Stände (des gens des trois Etats de la cité) ⁴³⁾. Nach einer Handschrift von 1603 bestanden diese Stände aus dem Schöffenmeister (Maitre Eschevin), aus den Schöffen (conseillers echevins oder auch le conseil genannt), dann aus dem Stadtrath (Treize), aus den in der Stadt zurückgebliebenen und daselbst ansässigen Adelligen (Messieurs de la noblesse, chacun en sa maison), aus der Geistlichkeit (Messieurs du clergé, d. h. aus dem Domkapitel: les Sieurs du clergé au chapitre de ladite eglise) und aus 3 bis 4 aus jeder Pfarrei zu wählenden Bürgern (chacun en sa paroisse, signifier trois ou quatre des plus notables bourgeois). Und der Schöffenmeister führte dabei den Vorsitz ⁴⁴⁾. Und diese Versammlung der drei Stände nannte man ebenfalls den großen Rath (grand conseil) ⁴⁵⁾. Er dauerte bis zur Regierung Ludwigs XIV. Dann verschwand aber auch dieser Rest der alten Freiheit in Metz. Denn die Regierung dieses viel gerühmten Königs war ja das Grab aller Freiheit, nicht bloß in Frankreich.

42) eod. II, 330.

43) Ordonnance von 1562, eod. II, 330.

44) Mémoire manuscrit von 1603, eod. II, 330—332.

45) eod. II, 355.

4) Die Geschlechter theilten das Regiment mit den Zünften.

§. 346.

In sehr vielen Städten theilten sich aber die Geschlechter mit den Zünften in das Regiment. Dann pflegte die Bürgerschaft in zwei Theile, in die Geschlechter und in die Zünfte getheilt und jedem Theil ein bestimmter Antheil an dem Regiment zugewiesen zu werden. Dies war anfangs in Zürich, in Schaffhausen und in Speier, in sehr vielen Städten aber auch noch in späteren Zeiten der Fall.

In Zürich wurde die Bürgerschaft, wie wir gesehen, im Jahre 1336 in zwei Theile, in die Constaffel und in die Zünfte getheilt. Zur Constaffel gehörten die ritterbürtigen Geschlechter, dann die Großhändler und einige andere vom höheren Gewerbsstande. Der übrige Theil der rathsfähigen Bürgerschaft ward in 13 Zünfte getheilt. Die Constaffler erhielten gewisse Vorrechte, im Uebrigen aber beide Theile gleiche Vertretung in dem Rath, 13 Rathsherren aus der Constaffel und 13 Zunftmeister als Vertreter der 13 Zünfte. Späterhin wurden aber die Zünfte auf 12 herabgesetzt. Auch erhielt durch die Walbmännische Verfassung der Rath eine ganz neue Gestalt. Nach dem geschwornen Brief von 1498 sollte nämlich der engere Rath aus 24 Räten, unter denen 6 Constaffler und 12 aus den Zwölfen der übrigen Zünfte sein mußten, dann aus weiteren 24 Zunftmeistern und aus den beiden Bürgermeistern, also aus 50 Mitgliedern bestehen und dieselben abwechselnd das Regiment ein halbes Jahr führen. Der große Rath aber sollte außer dem engeren Rath noch aus den Achtzehnern der Constafel und aus den Zwölfen der 12 Zünfte, also aus 144 Zunftgliedern, im Ganzen somit aus 162 Großräthen, mit den 50 engeren Räten also aus 212 Mitglieder bestehen. Die Zahl der Rathsherren aus der Constafel wurde demnach im engeren Rath auf sechs und im großen Rath auf achtzehn beschränkt und die Constafel selbst zu einer bloßen Zunft herabgesetzt. Sie bildete daher nun die dreizehnte Zunft. Und das Regiment war seitdem auch in Zürich ein wahres Zunftregiment¹⁾. Nach wie

1) Bluntschli, I, 358—360. und oben §. 318.

vor nannte man aber den Versammlungsort der Constafler eine Stube und sie selbst daher die Stübler²⁾.

Wie in Zürich so wurde auch in Schaffhausen die Bürgerschaft, nach großem Mißheiß zwischen den „edlen Räten und „der Gemeinde,“ im Jahre 1375 in zwei Theile, in die Edlen oder Geschlechter und in die Gemeinde getheilt. Die Geschlechter, zu welchen auch die Kaufleute gehörten, bestanden aus zwei Stubengesellschaften, aus der Oberen Gesellschaft oder Herrenstube, in welcher sich die meisten alten Geschlechter und bloß Geschlechter befanden, und aus der Untergesellschaft oder Kaufleute stube, in welcher neben einigen Geschlechtern auch noch die Kaufleute aufgenommen waren. Die Gemeinde war in 10 Zünfte eingetheilt. Beide Theile sollten nach der Verfassung von 1375 den kleinen und den großen Rath zu gleichen Theilen besetzen, im kleinen Rath acht von den Edlen und acht von der Gemeinde, im Ganzen 16 Personen, und im großen Rath 18 von den Edlen und eben so viele von der Gemeinde, also 36 Personen sitzen. Seit dem Ende der Oesterreichischen Herrschaft, welche auch in Schaffhausen die Geschlechter geschützt und gestützt hatte, sanken aber die Geschlechtergesellschaften zu bloßen Zünften herab und sie hatten seitdem bei Besetzung des kleinen und großen Rathes keine größeren Rechte mehr als die übrigen 10 Zünfte. Das Regiment war demnach nun auch in Schaffhausen ein Zunftregiment geworden. Nach wie vor wurden jedoch die Geschlechter, welche im kleinen Rath saßen, Oberherren genannt, um sie von den im Rath sitzenden Zunftmeistern zu unterscheiden³⁾.

Wie in Schaffhausen so war auch in St. Gallen die Bürgerschaft in zwei Theile getheilt, in die Edelleutegesellschaft zum Rottenstein oder Rothveststein und in sechs Zünfte. Zur Gesellschaft der Edelleute zum Rotten- oder Rothveststein gehörten auch die Kaufleute. Beim Stadtreiment hatte aber diese Gesellschaft vor den anderen sechs Zünften kein weiteres Vorrecht mehr, als daß die beiden Statthalter für das Stadtgericht aus ihrer Mitte genommen werden mußten⁴⁾.

2) Simler, eidgenoss. Reg. p. 454.

3) Urk. von 1375 bei Joh. von Müller, sämmtl. Werke, XXV, 896. Simler, p. 454 u. 456.

4) Simler, p. 587, 588 u. 593.

Eben so in Speier theilten im Jahre 1304 die Geschlechter das Regiment mit den Zünften. Die Bürgerschaft sollte einerseits aus den Geschlechtern, andererseits aus 13 Zünften bestehen, der bis dahin aus 12 Geschlechtern bestehende Rath auf 24 Rathsherren vermehrt und von diesen 13 aus den Zünften und 11 aus den Geschlechtern genommen werden. Auch nach der Verfassung von 1327 sollten noch 16 Zunftgenossen und 15 Geschlechter im Rath sitzen und nach der Verfassung von 1330 vierzehn von den Zünften und vierzehn von den Geschlechtern, also völlige Gleichheit herrschen. Allein die gegenseitige Erbitterung war bereits zu groß, eine Theilung der Gewalt daher nicht mehr möglich. Die Herrschaft der Geschlechter ward demnach im Jahre 1349 gänzlich gebrochen und das Zunftregiment vollständig eingeführt (§. 312).

§. 347.

Auch in Worms wurde das Regiment unter den Rittern und Geschlechtern und unter den Zünften wenigstens der Theorie nach getheilt. Bis zum Jahre 1300 herrschten daselbst, wie wir gesehen, die Ritter und Geschlechter allein. In diesem Jahre trat aber an die Seite des Geschlechterrathes der Rath der Sechszehner von der Gemeinde, welcher seit dem Jahre 1392 vorzugsweise aus den Zünften gewählt werden sollte. Im Jahre 1366 wurde zwar der Geschlechterrath mit dem Rath der Sechszehner von der Gemeinde zu einem Rathe verschmolzen und demselben noch die vier Bischofsmänner beigelegt, und aus den 24 Zunftmeistern wurde ein großer Rath gebildet, und im Jahre 1514 sogar, aber nur vorübergehend, ein wahres Zunftregiment eingeführt. Allein schon nach der Rathung von 1519 ward das Regiment wieder zu gleichen Theilen unter die Ritter und Geschlechter und unter die Zünfte getheilt, indem der Rath aus 18 Rittern und Geschlechtern und aus 18 Zunftgenossen bestehen sollte. Und auch nach der Rathung von 1526 sollte noch der ständige Rath der Dreizehner ein Geschlechterrath sein und nur der äußere Rath aus der gemeinen Bürgerschaft gewählt werden (§. 313). In der Wirklichkeit war dem jedoch nicht so. Schon seit dem 13. und 14. Jahrhundert erschienen die Ritter nicht mehr regelmäßig und seit dem 15. Jahr-

hundert gar nicht mehr in dem Rath¹⁾. Die Meisten scheinen die Stadt verlassen zu haben. Denn nach der Nachtung von 1519 (§. 2 u. 3) sollte der Bischof 12 von seinen Stiftsmännern bezeichnen und gen Worms beordern („benennen und gen Worms zu „verordnen“), und aus diesen sodann die 6 ritterlichen Rathsherren ernennen. Allein auch dieses half nichts. Schon gleich bei der ersten Besetzung des Rathes im Jahre 1519 mußten statt der 6 Ritter 6 Geschlechter ernannt und 6 Geschlechterstellen mit Zunftgenossen besetzt werden, weil Ritter gar keine und Geschlechter nicht mehr in gehöriger Anzahl vorhanden waren²⁾. Und aus demselben Grunde konnte auch der beständige Rath der Dreizehner, welcher nach der Nachtung von 1526 aus Rittern und Geschlechtern bestehen sollte, nicht mit Rittern und wenigstens nicht immer mit Geschlechtern besetzt werden. Daher kam zuletzt auch in Worms das oligarchische Regiment in die Hände der gemeinen Bürgerschaft und der Zünfte.

Auch in Mainz ist das Regiment, wie wir gesehen, bereits im Jahre 1332 unter den Alten (den Geschlechtern) und unter den Gemeinen oder Zünften getheilt worden. Und den Geschlechtern ist auch nach der neuen Nachtung von 1430 noch ein sehr bedeutender Antheil an der Gewalt geblieben. Den Haupteinfluß erhielten jedoch seit dem Jahre 1430 die Gemeinen oder die Zünfte. Denn von den 36 Rathsherren durften die Alten nur 12 aus ihrer Mitte, die Gemeinen aber 24 wählen. Von den drei Bürgermeistern und Rechenmeistern hatten die Gemeinen Zwei, die alten nur je Einen zu wählen. Und die Stadttore, Thürme, Mauern und Gräben sollten von den Bürgermeistern aus den Gemeinen und von den Zünften allein besetzt, bewacht und bewahrt werden. Da jedoch in allem Uebrigen die Rechte gleich waren, den Alten auch ihre erworbenen Rechte und Freiheiten gelassen worden sind, so war doch der Antheil der Alten an dem Regiment noch immer sehr groß (§. 314). Die Streitigkeiten zwischen den Alten mit den Zünften und mit den Erzbischöfen dauerten jedoch nach wie vor fort, bis im Jahre 1462 mit der Unterwerfung der Stadt unter

1) Arnold, II, 65, 66 u. 322. Urf. von 1431 bei Schannat, II, 236 f.

2) Arnold, II, 497 u. 498.

die Landeshoheit alle Freiheiten — die Freiheiten für Alle — dahin waren.

§. 348.

In Straßburg wurde nach dem Siege der Zünfte im Jahre 1332 die Bürgerschaft in zwei Theile, in die Geschlechter oder Bürger und in die Handwerker oder Zünfte getheilt (§. 310). Vor dem Jahre 1332 bestand die Bürgerschaft bloß aus den Geschlechtern, theils aus Rittern theils aus ritterbürtigen Bürgern. Daher saßen auch im Rathe Ritter und ritterbürtige Bürger neben einander. Denn mit Unrecht hält Mone die vor dem Jahre 1332 im Rath sitzenden Ritter für Patricier, die übrigen Rathsherren aber für bürgerliche Mitglieder, sntemal der Unterschied zwischen ritterbürtigen Geschlechtern oder Patriciern und nicht ritterbürtigen Bürgern erst seit dem Siege der Zünfte entstanden ist¹⁾. Beide, die Ritter und die ritterbürtigen Geschlechter, dienten zu Pferd. Die Einen wie die Anderen wurden daher Constopler genannt. Zu ihnen gehörten indessen auch viele zu Roß dienende Gewerbeleute, welche darum ebenfalls Constopler genannt worden sind (§. 130). Nicht alle Geschlechter waren aber rathsfähige Bürger. Es scheint vielmehr, daß das Regiment in den Händen der beiden herrschenden Geschlechter, der Mülheimer und der Zorne, gelegen habe, und daß aus ihnen und aus den zu ihnen haltenden Geschlechtern der Rath besetzt worden sei²⁾. Darum vereinigten sich

1) Urk. von 1299 u. 1308 bei Mone, Zeitschr. V, 392 u. 393. Vergl. unten §. 367.

2) Glosener, p. 100—101. „under den zwein parten worent etlich geslechte „ausgesundert, die do kuren hettent des rotes. — unn getorst ouc „kein anderer bürger, wie frumme oder biberb er was, in dem rote „gesin, es were denne, daz in der einer, der die kure hette des jores, „hette drin gesezet.“ Fast dieselben Worte bei Königshoven, p. 305. Aus den angeführten Worten könnte auch geschlossen werden, daß der Rathswahl eine Wahl der Wähler vorhergegangen sei, bei welcher sämtliche Geschlechter jedes Jahr diejenigen Geschlechter bestimmt („ausgesundert“) hätten, welche sodann die Rathswahl vornehmen sollten. Für welche Annahme außer dem Worte aussondern auch noch die Worte „einer, der die kure hette des jores“ angeführt werden könnten, indem dieselben einen jährlichen Wechsel in dem Wahlrechte voraussetzen

im Jahre 1332 so viele Geschlechter mit den Zünften, was diesen den Sieg nicht wenig erleichtert hat. Der Sieg der Zünfte war daher auch nicht vollständig. Denn wiewohl Königshoven (p. 304 u. 305.) und Elosener (p. 101.) sagen, „do wart der „gewalt von den edeln gezogen. — Sus kam der Gewalt us der „herren hant an die antwerke,“ so darf dieses doch nicht buchstäblich genommen werden. Denn die neue Verfassung wurde kein Zunftregiment, und ist auch späterhin keines geworden. Der Verfassungskampf hat zwar volle 150 Jahre, von 1332 bis 1482 gedauert. Und wiewohl die Verfassung während dieser Zeit nach Herzog acht Mal und nach Hermann sogar sechzehn Mal und zwar meistentheils zu Gunsten der Zünfte geändert worden ist³⁾, bis sie endlich im Jahre 1482 eine feste und dauerhafte Gestalt erhalten hat, so blieb dieselbe dennoch ein aus Geschlechtern und Zünften gemischtes Regiment. Und dieser weissen Mischung jener Elemente verdankt Straßburg die Erhaltung seiner Verfassung, wenige Veränderungen abgerechnet, auch unter der Französischen Herrschaft noch, bis zum verhängnißvollen Jahre 1789.

Die Bürgerschaft wurde nämlich im Jahre 1332 in zwei gleichberechtigte und gleichverpflichtete Theile getheilt. Die Geschlechter bestanden wie früher theils aus Rittern und Knechten oder Edeln theils aus den ritterbürtigen Geschlechtern, welche man nach wie vor Bürger genannt hat⁴⁾. Die Einen wie die Andern wurden, auch in dem Schwörbrief von 1482 noch, Constoffler genannt⁵⁾. Sie bildeten demnach, wie in Zürich, die Constoffel. Unter sich waren sie wieder in mehrere Geschlechterstuben getheilt (§. 306), welche zu keiner Zeit zu bloßen Zünften herab-

scheinen. Gegen jene Ansicht spricht jedoch der Umstand, daß von einem solchen Wahlrechte und von solchen Wählern in jenen Zeiten in Straßburg auch keine Spur aufzufinden ist.

3) Herzog, Elsass. Chron. Straßburg, p. 46—83. Vergl. Königshoven, p. 805—810. Hermann, notices hist. sur la ville de Strasbourg, II, 38.

4) Schwörbrief von 1334 bei Hermann, II, 462 u. 463. Schwörbrief von 1382, 1416 u. 1482 bei Herzog, a. a. O. p. 60, 70, 71 u. 88 ff. Königshoven, p. 809 u. 806 ff.

5) Herzog, p. 50 u. 83. Schilter zu Königshoven, p. 872, 1093 u. 1094.

gesetzt worden sind. Die übrige Bürgerschaft wurde in Zünfte eingetheilt, deren Anzahl öfters gewechselt hat. Vor dem Jahre 1332 gab es nur 10 Zünfte. Gleich in diesem Jahre wurde aber ihre Anzahl vermehrt. Denn viele Gewerbsleute, welche früher zu den Constofflern gehört hatten, wurden zu neuen Handwerken oder Zünften gemacht⁶⁾. Wie viele Zünfte damals errichtet worden sind, wissen wir nicht. Allein schon nach dem ersten Schwörbrief von 1334 waren es 25⁷⁾, seit dem Jahre 1349 sogar 28⁸⁾, seit 1442 aber 24 und seit 1482 nur noch 20, bei welcher Zahl es auch später geblieben ist⁹⁾. Jeder in der Stadt ansässige Mann mußte sich nun entweder zu den Geschlechtern oder zu den Zünften halten und sich daher entweder in eine Geschlechterstube oder in eine Zunft aufnehmen lassen. Darum mußten sich im Jahre 1362 die Goldschmiede, Tuchscherer und Rüfer („Besselere“), welche früher Constoffler waren, nun aber nicht mehr zu ihnen hielten, in eine Zunft, in welche sie wollten, aufnehmen lassen¹⁰⁾. Aus demselben Grunde wurden im Jahre 1372 die in der Stadt ansässigen Edelleute aufgefodert, sich binnen einer kurzen Frist zu verbürgern, wenn sie dieses nicht schon vorher gethan haben sollten. Auch die Edelleute mußten nämlich, wenn sie ins Bürgerrecht aufgenommen waren, wie andere Bürger den Bürgereid leisten („ein jeglich edelman zu Strosburg — solte ouch der stette „jweren also burger tunt“). Und dann erst hatten sie gleiche Rechte aber auch gleiche Verbindlichkeiten mit den übrigen Bürgern. Die Edelleute nahmen jedoch nur die Rechte in Anspruch, wenn sie aber Lasten tragen sollten, so wollten sie keine

6) Clojener, p. 102. „Man mahi ouch vil lutes zu neuen antwerken, die vormols kunstofeln worent: alse schüfelute (schiffe-) fornfönfer, seiler, wagner, listenere, gremper und underfönfer, und winsticher und oberger.“ Vergl. Königshoven, p. 307. Auch die in großem Ansehen stehenden Schiffer gehörten in früheren Zeiten zu den Constofflern (Constovelern). Vergl. Strobel, II, 295 u. 298.

7) Hermann, II, 462 u. 463. Herzog, p. 50.

8) Herzog, p. 52.

9) Grandidier, II, 60. Not. Sie werden aufgezählt bei Heitz, p. 21 ff. u. 186.

10) Clojener, p. 117. Königshoven, p. 812.

Bürger mehr sein („und etliche so sii der stette bedurftent so „sprochen sii sii worent burgere und was men in denne beholfen also den burgern. „Aber wenne men sii hies „etwas der stette zu helse das in nüt wol geviel. so „sprochen sii sii werent nüt burgere noch hettent mit der „stette nüt zu tunde“). Daher wurde ihnen im Jahre 1372 ein Termin gesetzt, binnen welchem sie erklären sollten, ob sie Bürger sein wollten oder nicht. Im ersten Falle sollten sie wie andere Bürger der Stadt schwören und sodann auch die bürgerlichen Lasten tragen, im letzten Falle aber die Stadt räumen. Da sich nun nicht alle Edelleute diesem Gebot fügten, so kam es zum Kampfe mit der Ritterschaft. Ein Ritter namens Hans Erbe versammelte, wie Königshoven erzählt, alle Herren, alle Bösewichte und alle Straßenräuber, welche auf die Stadt und im Lande raubten. Er wurde aber von den vereinigten Bürgern von Straßburg, Basel und Schlettstadt völlig besiegt¹¹⁾.

Der Stadtrath bestand ursprünglich aus zwölf und seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts aus 24 aus den rathsfähigen Geschlechtern gewählten Rathsmannen¹²⁾. Nach dem Siege der Zünfte im Jahre 1332 wählte man die neuen Rathsherren aus allen Geschlechtern ohne Unterschied und dazu noch aus jeder Zunft einen Handwerker. Daß 10 Rathsherren aus den Geschlechtern und 10 Handwerker gewählt worden seien, sagt zwar Arnold (II, 377), sonst aber niemand. Nach der Art, wie Glosener und Königshoven von der Wahl reden, ist es auch nicht wahrscheinlich, daß die Anzahl der aus den Geschlechtern gewählten Rathsherren damals schon vermindert worden ist. Eher wäre es nach dem vorhin Bemerkten möglich, daß die Zünfte und mit ihnen auch die Rathsherren aus den Zünften gleich Anfangs vermehrt worden seien. Außerdem wählte man noch vier Städtemeister aus den Geschlechtern, welche wie früher alle Viertel Jahr wechseln sollten, und als Haupt der Zünfte einen Ammannmeister¹³⁾, diesen aber nicht, wie Arnold will, aus den Geschlechtern, vielmehr aus den Handwerkern oder

11) Königshoven, p. 328 u. 329. Herzog, p. 58.

12) Glosener, p. 100. Königshoven, p. 305.

13) Glosener, p. 101. Königshoven, p. 305.

Zünften. Dieses sagt Königshoven ausdrücklich. („Burfart Twinger war der erste antwergmeister von den antwerfen“) ¹⁴⁾. Sein Nachfolger war jedoch ein Geschlechter ¹⁵⁾. Nachdem aber dieser im Jahre 1349 seines Amtes entsetzt worden war, „kam das antwergmeistertum wieder an die antwerg“, und sein Nachfolger im Amte war ein Metzger, und der Nachfolger dieses ein Weinmann. Erst im Jahre 1382 wurde es jedoch gesetzlich bestimmt, daß der Ammeister aus den Zünften gewählt werden müsse ¹⁶⁾. Im Jahre 1333 ward wieder ein neuer Rath gewählt, statt der fünf Meister, aber nur drei, und zwar auf Lebenszeit, nämlich zwei Städtemeister, welche alle halbe Jahre wechseln sollten, und der Ammeister des vorigen Jahres ¹⁷⁾. Die Ruhe kehrte indessen noch nicht zurück. Erst im Jahre 1334 kam es unter Vermittelung der Städte Mainz, Worms, Speier, Basel und Freiburg zu einem Vergleich. Nach dem darüber ausgefertigten Schwörbrief, welcher die Grundlage für die späteren Schwörbriefe geblieben ist, sollte der Rath aus drei Meistern, zwei Städtemeistern und einem Ammeister, dann aus 47 Rathsherren (25 Handwerkern und 22 Geschlechtern, nämlich 14 Bürgern und 8 Rittern und Knechten) bestehen. Die drei Meister sollten lebenslänglich sein, wenn aber Einer von ihnen abging, die 25 Handwerker und 14 Bürger vom Rath einen Anderen wählen. Die Rathsherren dagegen sollten jedes Jahr wechseln und, wie in Basel, durch eigens ernannte Kießer gewählt werden. Die drei Meister sollten nämlich aus den aus dem Rath abgehenden 25 Handwerkern sechs, dann die Meister und Sechs aus den abgehenden 14 Bürgern vier, und die Dreizehn zusammen den neuen Rath kiesen. Und um alte Ansprüche und daraus entstehende Streitigkeiten zu beseitigen, sollten die Geschlechter auf ihre früheren Rathfüren ausdrücklich verzichten. („Wir hant och verschworen die kuren. die wir hettent an „den Rat, daß wir die niemer geworderent u. s. w.). Eine Verfügung, welche in alle späteren Schwörbriefe übergegangen und

14) Königshoven, p. 303.

15) Herpog, p. 50. — „an desselben statt wurde von den Constofflern zum „Ammeister erwöhlet durch die Handwerker Herr Peter Schwarber.“ —

16) Königshoven, p. 296 u. 309. Glosener, p. 107. Herpog, p. 52 u. 58.

17) Königshoven, p. 308. Glosener, p. 103.

auch noch in jenem von 1482 wiederholt worden ist¹⁸⁾. Die Verfassung von 1334 dauerte indessen nur bis zum Jahre 1349. In diesem Jahre hatte ein Aufstand gegen die Juden statt. Und da die Meister und der Rath die Juden schützen wollten, so wurden sie beschuldigt von den Juden bestochen zu sein und zum Abdanke gezwungen. Statt der drei Meister wählte man sodann wieder fünf und zwar nur auf ein Jahr. Die vier Städtemeister sollten wie früher alle Viertel Jahr wechseln. Zum Ammeister wählte man einen Metzger¹⁹⁾, in den Rath aber 23 Geschlechter und 28 Handwerker²⁰⁾. Im Jahre 1372 fand man jedoch, daß die Gewalt der fünf nur auf ein Jahr gewählten Meister zu gering sei. Man wählte daher die neuen auf zehn Jahre. Der Rath aber sollte nach wie vor jedes Jahr neu gewählt werden²¹⁾. Nach 10 Jahren, im Jahre 1382, fand man indessen, daß die Gewalt der auf 10 Jahre gewählten Meister zu groß sei und daß sie ihr Amt mißbraucht haben. Man kehrte daher wieder zum jährlichen Wechsel zurück. Zu gleicher Zeit wurde verordnet, daß der Rath künftig aus 56 Mitgliedern, aus 28 Handwerkern und aus 28 Geschlechtern (11 Rittern und Knechten und 17 Bürgern) bestehen solle und daß sie nicht mehr durch Kiefer, sondern von dem abgehenden Rath gewählt werden sollten. Aus den 56 Rathsherren sollten die 4 Städtemeister und zwar ohne Unterschied ob Ritter, Bürger oder Handwerker vom Rathe gewählt werden. Die Wahl des Ammeisters aber sollte nur von den 28 Handwerkern des Rathes vorgenommen und immer ein Handwerker gewählt werden²²⁾. Daher mußten die Rathsherren von den Geschlechtern den Rath verlassen, wenn die Handwerker zur Wahl eines Ammeisters schritten²³⁾. Zu Städtemeistern pflegten aber nach wie vor ritterbürtige Geschlechter gewählt zu werden^{23a)} und daher immer nur 24

18) Schwörbrief von 1334 bei Hermann, II, 462 ff.

19) Glosener, p. 104—107. Königshoven, p. 294—296 u. 309.

20) Ihre Namen bei Herpog, p. 52.

21) Königshoven, p. 309.

22) Schwörbrief von 1382 bei Herpog, p. 59 u. 60. Königshoven, p. 309.

23) Urf. von 1420 bei Schilter zu Königsh. p. 855.

23a) Beschwerden und Urkunden von 1420 bei Schilter zu Königshoven, p. 875. „So machet man von Rittern, Knechten und Burgern Stette-

Rathsherren aus den Geschlechtern, also mit den 4 Städtemeistern 28 Geschlechter in dem Rath zu sitzen ²⁴⁾, bis deren Wahl aus den Geschlechterstuben im Schwörbrieft von 1482 wieder zur Regel geworden ist ²⁵⁾. Mit dem Schwörbrieft von 1332 stimmt auch noch jener von 1416 überein ²⁶⁾. Eben so saßen noch im Jahre 1420 Geschlechter und Zünfte in gleicher Anzahl, 28 Geschlechter und 28 Handwerker, im Rath ²⁷⁾. Nachher wurde es aber anders. Die ritterbürtigen Geschlechter nahmen nämlich zwar die Rechte der Bürger in Anspruch. Die bürgerlichen Lasten wollten sie aber nicht tragen. Daher ward im Jahre 1362 verordnet, daß sie gleiche Lasten mit den übrigen Bürgern tragen sollten. Und im Jahre 1372 wurde ihnen, wie wir gesehen, zu ihrer Verbürgerung ein kurzer Termin gesetzt. Sie wollten sich aber nicht fügen. Als daher der Rath im Jahre 1419 neuerdings auf die Beobachtung jener Verordnungen drang, da zogen über hundert Geschlechter aus der Stadt weg ²⁸⁾. Nach dem Vergleiche von 1422 ²⁹⁾ kehrten zwar die Meisten wieder zurück. Wittererweise war aber die Zahl der Rathsherren aus den Geschlechtern bis auf 14 herabgesunken, die Zahl der Handwerker aber 28, und dieses Verhältniß auch später geblieben, so daß der Rath immer mit zwei Dritttheilen von den Handwerkern und mit einem Dritttheil von den Geschlechtern besetzt zu werden pflegte. Da nun die Zünfte nach und nach bis auf 20 herabgesetzt worden sind, so wurde auch die Zahl der Geschlechter im Rath in demselben Verhältniß gemindert. Daher bestand der Rath nach dem Schwörbrieft von 1482 nur noch aus 10 Geschlechtern (Constoßlern) und aus 20 Handwerkern ³⁰⁾, im Ganzen also mit dem Ammannmeister aus 31 Personen.

„meister, daß man inen zu eren tut, do doch der Brieft den man jores vor dem Münster liest und den man alle jore sweret ze halten „eigentliche wiset daß man Stettmeister machen sol von Ritters, Knechten, Burgern und Antwerckluten, daß doch in zu eren nie beschehen ist.“ Vergl. noch p. 852 u. 854.

24) Herzog, p. 61 u. 64.

25) Herzog, p. 83.

26) Herzog, p. 70 u. 71.

27) Schilter, a. a. O. p. 852 u. 854.

28) Hermann, II, 4 u. 5. Schilter, a. a. O. p. 807 ff.

29) Schilter, p. 878 ff.

Die Geschlechter hatten, wie in Frankfurt a. M., ihre eigene Bank, die sogenannte Oberbank, während die Rathsherren aus den Zünften auf einer sogenannten Niederbank saßen³¹⁾. Im Jahre 1456 wurde verordnet, daß die Rathsherren auf zwei Jahre gewählt werden und jedes Jahr zur Hälfte austreten sollten. Und auch dabei ist es nach dem Schwörbrief von 1482 geblieben³²⁾. Nach dem Schwörbriefe von 1482, dem letzten, der erlassen worden ist, bestand demnach der Rath aus 31 Mitgliedern, aus 30 Rathsherren (10 Constöflern und 20 Handwerkern) und aus dem Ammeister. Die Rathsherren sollten für zwei Jahre gewählt jedes Jahr aber zur Hälfte, also fünf Constöfler und zehn Handwerker austreten. Der halbe Rath (5 Constöfler und 10 Handwerker) sollte demnach jährlich neu gewählt werden und jeder Rathsherr sodann zwei Jahre im Rath sitzen. Eben so sollten die vier Städtemeister zwei Jahre im Amt bleiben, zwei von ihnen aber jährlich ausscheiden und zwei andere dafür neu gewählt werden. Die Constöfler sollten von dem gesammten abgehenden Rath aus den Geschlechtern (Rittern, Knechten und Burgern³³⁾) und aus diesen sodann zwei Städtemeister und zwar aus jenen Geschlechterstuben, aus welchen die abgegangenen Städtemeister waren, gewählt werden. Die Rathsherren aus den Zünften aber wurden von den Schöffen einer jeden Zunft deren Rathsherr abging gewählt. Der Ammeister endlich sollte von den Zunstrathsherren und zwar von den 10 im Rath bleibenden und den zehn neu gewählten Handwerkern aus den Handwerkern für ein Jahr gewählt werden. Gewesene Ammeister (Altammeister) durften jedoch erst nach fünf Jahren, erst nachdem sie „fünff ganzer Jahr müßig gangen“, wieder gewählt werden³³⁾. Und so ist es im Ganzen genommen auch später bis zum Jahre 1789 geblieben. Die Geschlechter nahmen daher bis zu diesem Jahre warmen Antheil an dem Regiment. Und erst in unseren Tagen haben die Andlau, Bertheim, Berstett, Dürk-

30) Schwörbrief von 1482 bei Schilter, p. 1093. Vergl. Hermann, II, 5, 6 u. 9.

31) Schilter, p. 855 u. 856.

32) Hermann, II, 9.

33) Schwörbrief von 1482 bei Schilter, p. 1093 u. 1094. Herbig, p. 83 u. 84.

heim, Oberkirch, Zedlitz u. a. m. die Stadt verlassen, um sich in Deutschland niederzulassen ³⁴⁾).

Neben diesem Rath hat sich indessen auch noch ein großer Rath gebildet. Schon seit dem 13. und 14. Jahrhundert pflegten nämlich bei wichtigen Verhandlungen die Schöffen, gleichsam als die Vertreter der Gesamtgemeinde, von dem Rath beigezogen zu werden ³⁵⁾. Die Beiziehung wurde im Laufe des 14. Jahrhunderts nach und nach zur Regel. Daher bildeten die Schöffen schon im Anfang des 15. Jahrhunderts einen großen Rath ^{35a)}. Daß aber unter diesen Schöffen keine Gerichtschöffen, vielmehr die Vorsteher der einzelnen Zünfte zu verstehen sind, ist bereits schon bemerkt worden (§. 333). Im Jahre 1433 wurde dieser aus den Zunftschöffen bestehende große Rath neu geordnet, und nach wie vor die Versammlung eine Versammlung der Schöffen oder der große Schöffenrath genannt, wiewohl auch die Geschlechter, wenn sie im Rath oder unter den Einundzwanzigern saßen, Zutritt gehabt haben. Dieser große Schöffenrath mußte bei allen

34) Hermann, II, 30.

35) Urk. von 1239 bei Wencker, coll. archiv. p. 643. — de communi consensu scabinorum et officialium, und Rathschluß von 1308, eod. p. 151. Glosener, p. 101. Königshoven, p. 305. Die Ordnung bei Wender, von Clevenbürgern, p. 49. „Unser Herren Meister und Rat, Schöffen und Amman haben erkannt diese ordnung zu halten.“ — Urk. von 1360 u. 1372, eod. p. 56 u. 59. „Do komet unser Herren meister unn Rat, Schöffel unn Amman überein.“ Rathschlüsse von 1363 u. 1419 bei Schiller, p. 806 u. 809. „Unser Herren Meister vnd Rat, Schöffel vnd Amman sint übereinkomen.“ Vergl. oben §. 333. Stadtrecht von 1270, art. 7. bei Strobel, I, 318. „und tut ez not, so soll man die schoeffele auch heissen zu dem rate gan.“ Vergl. noch Stadtrecht von 1249, art. 21 bei Mone, Anzeiger von 1837, p. 25 u. 28. und Stadtrecht von 1322 bei Hermann, II, 31. „Es soll deheine Rat macht haben deheine neuwe Werck zu machen v n Scheffel und Amman das höher wisset dann uf funf pfundt.“

35a) In den Reichswerden der Ritterschaft von 1420 bei Schiller, p. 841 u. 847. heißt es: Es sol auch keinre sein Schöffel nu sin noch heissen, er siße denne vor einest in dem grossen Rate gewesen.“ Woraus folgt, daß die Schöffen damals schon einen großen Rath gebildet haben.

neuen Statuten und Verordnungen, bei neuen Steuern und Abgaben und bei anderen wichtigen Angelegenheiten, auch bei der Berathung der Schwörbriefe bis in das 17. und 18. Jahrhundert berufen und gehört werden⁸⁶⁾. Anfangs wurden sämtliche Schöffen der 20 Zünfte, also 300 Schöffen zum großen Rath berufen. Seit dem Jahre 1612 hatten aber keine Generalversammlungen der Schöffen mehr statt. Man berief vielmehr nur noch die Schöffen einer jeden Zunft und verhandelte mit diesen 15 Schöffen allein⁸⁷⁾. Die Gewalt des großen Schöffenrathes war daher seitdem gebrochen.

§. 349.

Auch in Augsburg führte die Mäßigung der Geschlechter bei dem Aufstande der Zünfte im Jahre 1368 zur Theilung der Herrschaft mit den Zünften. Die Bürgerschaft wurde in zwei Theile, in die Geschlechter und in 18 später 17 Zünfte getheilt. An der Spitze des Regiments standen zwei Bürgermeister, Einer aus den Geschlechtern und Einer aus den Zünften. Die Geschlechter waren im kleinen Rath wie im großen Rath neben den Zünften vertreten, die Zünfte freilich weit zahlreicher als die Geschlechter. Viele Geschlechter verließen daher die Stadt, um diese Jahre lang zu befehlen. Die meisten Geschlechter zogen es jedoch vor in der Stadt zu bleiben und sich entweder in die Zünfte aufnehmen zu lassen oder sich in einer Geschlechtergesellschaft abzuschließen, und sich jedenfalls mit den Zünften zu vertragen. Daher fällt auch die Blüthezeit Augsburgs in die Zeiten dieser Verfassung und sie dauerte bis zu jenem Gewaltschritt im Jahre 1548 (§. 315).

In Ulm wurde im Jahre 1327 die Bürgerschaft in zwei Theile, gleichsam in zwei verschiedene Genossenschaften getheilt, in die Geschlechter und in die aus 17 Zünften bestehende Gemeinde der Handwerker. („Gemaind der Antwerch“) ¹⁾. Die Einen und

86) Schwörbrief von 1482 bei Schilter, p. 1094 u. 1095. Hermann, II, 10, 11, 12 u. 34 – 36.

87) Herman, II, 35.

1) Schwörbriefe von 1327 u. 1345 bei Jäger, Ulm, p. 738. und Jäger, Reichsfl. Moz. III, 295 u. 304.

die Andern waren jedoch Bürger einer und derselben Gesamtgemeinde. Es ist daher öfters von Bürgern der Handwerke und von Bürgern die nicht der Handwerke sind ²⁾ und von edeln und unedeln Bürgern die Rede ³⁾. Auch ward jedem Theil ein bestimmter Antheil an dem Regiment eingeräumt. Denn in den kleinen Rath hatten 14 Geschlechter und 17 Zunftmeister, und in den großen Rath 10 Geschlechter und 30 Zunftgenossen Zutritt (§. 316). Dadurch erhielten nun zwar die Zünfte ein nicht unbedeutendes Uebergewicht über die Geschlechter. Da jedoch im Uebrigen die Rechte Aller gleich und die Geschlechter geehrt waren, so beruhigten sich allmählich die Gemüther. Und nur wenige Geschlechter traten aus dem bürgerlichen Verband aus. Der Geburtsrang der Geschlechter wurde nämlich möglichst geschont. Man nannte die Geschlechter nach wie vor Bürger und setzte ihnen die Zünfte als Gemeinde oder als Gemeinde der Handwerker entgegen ^{3a)}. Den Bürgermeister wählte man immer aus den Geschlechtern, wiewohl es nicht verboten war, ihn aus den Zünften zu nehmen ⁴⁾. Die Geschlechter hatten einen anderen Richter als die Zünfte. Sie wurden nämlich von dem kleinen Rath, die Zünfte dagegen von den Zünften selbst gerichtet. Die Geschlechter hatten eine eigene Geschlechterstube und duldeten nicht, daß auch die Zunftgenossen Stuben errichteten. Die Geschlechter durften sich reicher kleiden als die Zunftgenossen. Dafür hatten sie aber auch das Vorrecht bei Zuwiderhandlungen mit höheren Geldbußen belegt zu werden, als die Handwerker. Die Geschlechter mußten sich zwar, wenn sie ein Gewerbe treiben wollten, in die betreffende Zunft auf-

2) Schwörbrief von 1345 bei Jäger, Mag. III, 308. „wir alle Bürger die „nicht der Antwerch sint und wir alle Bürger der Antwerch.“ Urk. von 1411 bei Jäger, Ulm, p. 249. „Kein Burger weder von den Burgern „noch von den antwerfern.“

3) Rothes Buch bei Jäger, Mag. III, 512. — „burgerin sie si edel oder „vnebel.“

3a) In vielen Urkunden bei Jäger, Ulm, p. 249, 738, 739, 740 u. 741. heißt es „Burger und Zünfte — Burger und Gemaind — die Bürger die nit der Handwerkher noch der Zünften sint und die gemainde der handwerkher.“ —

4) Jäger, Ulm, p. 246—247.

nehmen lassen. Dadurch gingen aber ihre Geburtsrechte keineswegs verloren. Wenn sie daher das Gewerbe aufgaben, traten sie wieder in ihre früheren Rechte zurück⁵⁾. Die Geschlechter bildeten demnach auch nach der neuen Verfassung noch eine fest geschlossene von der Zunftgemeinde streng geschiedene Genossenschaft. Sie konnten daher, nachdem im Jahre 1548 der Einfluß der Zünfte gebrochen worden war, um so leichter einen Adelsbrief begehren und ihn auch von Karl V. erhalten⁶⁾. Um jedoch diese beiden Genossenschaften möglichst mit einander zu verbinden und die so nothwendige Eintracht zu befestigen, mußte jedes Jahr nach der Bürgermeisterwahl der neu gewählte Bürgermeister eine gewisse Anzahl Osterfladen einer jeden Zunft senden, und selbst in die Zechen zu den Zünften kommen, und sich daselbst eine Zeit lang neben den Zunftmeister hinsetzen. Aus demselben Grunde sollte der Bürgermeister nach Weihnacht mit einer Abordnung von Geschlechtern und gefolgt von den Stadtknechten, Thurmbläsern und Stadtpfeifern auf den Markt zu den daselbst versammelten Zünften gehen, um ihnen Glück zu dem neuen Jahr zu wünschen. Auch waren die Heirathen der Zunftgenossen mit Geschlechterinnen erlaubt und sogar gerne gesehen⁷⁾. Die Einen achteten und ehrten demnach die Anderen. Darum war auch diese Verfassung von sehr langer Dauer. Denn sie dauerte bis zum Jahre 1548.

§. 350.

Auch in Eßlingen schied sich die Bürgerschaft im Anfang des 14. Jahrhunderts in zwei Theile, in die Bürgergesellschaft, in welche sich alle Bürger, welche kein Gewerbe trieben, aufnehmen lassen mußten und in 18 Zünfte¹⁾. Und das ganze 14. und 15. Jahrhundert hindurch blieben beide Theile, wiewohl zu einer Gesamtbürgerschaft vereinigt, in mehrfacher Beziehung geschieden. Denn nur die Geschlechter wurden Bürger genannt und diese von den Zunftgenossen unterschieden. Beide Theile hat-

5) Jäger, Ulm, p. 248—252 u. 740.

6) Jäger, Ulm, p. 254 u. 255.

7) Jäger, p. 247 u. 251.

1) Pfaff, p. 154 u. 157.

ten ihre Repräsentanten in beiden Räten. Im kleinen Rath bildeten anfangs die Geschlechter die Mehrzahl, 18 Bürger gegen 13 Zunftmeister. Späterhin ward aber im kleinen wie im großen Rath die größt mögliche Gleichheit hergestellt. Die Publikation der Rathsbeschlüsse geschah in verschiedener Weise bei den Geschlechtern und bei den Zünften. Und unter gewissen Beschränkungen durften sich beide Theile sogar getrennt von einander über städtische Angelegenheiten berathen. Die fortwährenden Kämpfe der Geschlechter mit den Zünften führten aber am Ende des 14. und im 15. Jahrhundert zur Herrschaft der Zünfte, welcher erst Karl V. im Jahre 1552 ein Ende gemacht hat (§. 316).

In Ueberlingen bestand die Bürgerschaft nach einer alten Aufzeichnung aus der Mitte des 15. Jahrhunderts damals, also im 14. und 15. Jahrhundert, aus zwei Theilen, aus der Gesellschaft der ehrbaren Geschlechter und aus 7 Zünften. Die Gesellschaft der Geschlechter wurde auch die Gesellschaft ab dem Löwen genannt, oder die ältere Geschlechter Gesellschaft („der Älteren Geschlechtern Gesellschaft, so der Lew genannt“). Die Zünfte bildeten die gemeine Bürgerschaft. An der Spitze der Gesamtbürgerschaft stand der große Rath, bestehend aus 7 Amtszunftmeistern und noch 11 anderen Zunftgenossen aus jeder Zunft, also aus 84 Zunftmitgliedern, dann aus 11 Geschlechtern, die Elfer ab dem Löwen genannt, also im Ganzen aus 95 Personen. Der große Rath vereinigte alle Gewalt in sich, hatte daher den Bürgermeister und die übrigen städtischen Beamten, sogar den kleinen Rath zu ernennen, und die wichtigsten Angelegenheiten zu besorgen. Nur die laufenden und die minder wichtigen Geschäfte überließ er dem kleinen oder inneren Rath, welcher aus dem Bürgermeister und aus einigen aus dem großen Rath oder aus der übrigen Bürgerschaft zugeordneten Bürgern bestand. Auch diese Verfassung dauerte bis zum Jahre 1552, in welchem Karl V. die Zünfte aufhob und das Regiment der gemeinen Bürgerschaft wieder entzog²⁾.

Auch in Neutlingen herrschten die Geschlechter bis gegen die Mitte des 14. Jahrhunderts. Allein schon im Jahre 1343 erhielten die Zünfte Zutritt zu dem großen Rath. Und es

2) Jäger, Magazin, V, 433—436, 438 u. 445.

schied sich seitdem die Gesamtgemeinde in die Geschlechter („bürger „die in keiner Zunft sint“) und in die Zünfte, welche man im Gegensatz der Bürger die Gemeinde („gemainde“) genannt hat. Der Rath bestand seitdem aus einem großen und kleinen Rath. Der kleine Rath oder der rechte Rath scheint auch nach der neuen Verfassung ein Geschlechterrath geblieben zu sein. Denn in der Urkunde von 1343 ist von keinem Zutritt der Zünfte in den kleinen Rath, überhaupt von keiner Wahl des kleinen Rathes die Rede. Der alte Geschlechterrath muß demnach nach wie vor fortgedauert haben. Der große Rath dagegen sollte von nun an aus den Zunftmeistern und aus den 12 Zunftstrichtern einer jeden Zunft, dann aus 12 jedes Jahr von dem großen Rath zu wählenden Bürgern (Geschlechtern) bestehen. Auch sollten die Zunftmeister berechtigt sein sich allein ohne die Bürger (Geschlechter) zu einem Sonderrath zu versammeln. („Wann och die Zunftmaister sundern Rath wol- „lent han“). Sie sollten jedoch in diesem Falle zwei Richter oder zwei Rathsherren, also 2 Geschlechter, beiziehen³⁾. Im Ganzen genommen ist es auch nach der Wahlordnung von 1374 hiebei geblieben. Nur sollten nach ihr alle Aemter, auch das große und kleine Rathsherren Amt jedes Jahr ledig sein und demnach nun auch der kleine Rath gewählt werden. Auch sollten zur Vornahme der Wahlen zuerst die Fünfer und von diesen die Siebener gewählt und sodann von diesen Siebenern, die 12 Richter, die 4 Rathsherren des kleinen Rathes und die 12 Rathsherren von den Bürgern, die in den großen Rath gehen, gewählt werden⁴⁾. Erst seit dem 16. Jahrhundert ist auch in Reutlingen die Verfassung in ein vollständiges Zunftregiment übergegangen.

In Rothweil bestand die Bürgerschaft gleichfalls aus zwei Theilen, aus der Herrenstube und aus 9 Zünften. Zur Herrenstube gehörten die alten Geschlechter, welche kein Gewerbe trieben und von ihren Renten lebten. An ihrer Spitze stand der Oberstubenherr. Die Herrenstube hielt keine Versammlungen mit den Zünften. Nur außerordentlicher Weise erschien sie bei der

3) Urk. von 1343 bei Gayler, historische Denkwürdigkeiten von Reutlingen, I, 47 u. 48.

4) Wahlordnung von 1374 bei Gayler, I, 76—79.

Verhandlung allgemeiner die gesammte Bürgerschaft betreffender Angelegenheiten, um daselbst durch ihren Oberstubenherrn ihre Beschlüsse zu übergeben. An der Spitze der Gesamtbürgerschaft stand der Rath. Die verordneten Herren, der sogenannte engere Rath, waren ihm daher untergeordnet. Der Rath bestand aus den acht Beisitzern des Kaiserlichen Hofgerichtes, welche die Stadt selbst zu ernennen hatte, und aus neun Zunftmeistern. An der Seite des Rathes stand noch ein Bürgerausschuß, bestehend aus 18 Zunftmeistern, zwei aus jeder der 9 Zünfte⁵⁾.

Auch in Weissenburg herrschten ursprünglich die rathsfähigen Geschlechter oder die Münzer Hausgenossen (§. 141). Seit dem Siege der Zünfte theilten aber auch sie mit diesen die Gewalt. Der Rath wurde zwar nach wie vor von den Hausgenossen besetzt, und acht Bürgermeister aus ihnen genommen, von denen jedes Jahr vier und zwar abwechselnd ein viertel Jahr regirten⁶⁾. Zu diesem Rath der Hausgenossen, den man nun den alten Rath nannte, kam aber noch ein jüngerer Rath, bestehend aus 14 von den Zünften, von denen jedes Jahr immer nur sieben in den Rath gingen und von diesen Einer dem regierenden Bürgermeister zugeordnet war. Man nannte die Sieben, welche den Rathseß, d. h. Sitz und Stimme im Rath hatten, die Marschalle und ihr Amt das Marschallkämpt. Aus den sieben Marschallen, welche aus dem Rath austraten, aus den sogenannten Ausgängern („vßgenger“), wurde das Staffelsgericht besetzt⁷⁾.

In Freiburg im Breisgau theilten sich die Edelen mit den Kaufleuten und mit den Zünften in die Gewalt. Schon seit der Mitte des 13. Jahrhunderts sollten die neuen Rathsherren zu gleichen Theilen aus den Edelen, aus den Kaufleuten und aus den

5) Jäger, Mag. VI, 76—78, 81 u. 86.

6) Herzog, Chronik des Elsasses, Weissenburg, p. 178. „Der Rath würd „besetzt von den Hausgenossen, das nent man den alten Rath, „darauf werden erwöhlet die Burgermeister, deren regieren alle „jar vier, jedes quaterember einer, vnd gehet vnder jnen gradatim herumb, seind derselben acht.“ Vergl. noch p. 205. „Münzer, welche „man Hausgenossen nent, — dieselben werden gemeinlich in den „alten Rath zu Burgermeistern erwöhlet.“ —

7) Herzog, p. 178.

Zünften gewählt werden. Die Streitigkeiten unter den Bürgern hatten nämlich in Freiburg bereits in der Mitte des 13. Jahrhunderts begonnen. Die Vierundzwanziger wurden beschuldigt die Angelegenheiten der Stadt nach Willkür und ohne Zuziehung der Gemeinde zu besorgen. Es wurde daher im Jahre 1248 von der versammelten Bürgerschaft beschlossen, den alten aus den Geschlechtern genommenen Vierundzwanzigern noch neue Vierundzwanziger beizugeben, welche jährlich nach dem Gutfinden der Gemeinde einmal oder zweimal ganz oder theilweise gewechselt werden sollten, und ohne deren Zuziehung keine Gemeindeangelegenheit mehr geordnet werden sollte⁸⁾. Der Stadtrath sollte demnach künftig aus den alten und neuen Vierundzwanzigern bestehen. Die alten Vierundzwanziger waren auf Lebenszeit aus den Geschlechtern gewählte Rathsherren. Aus welchen Elementen die neuen Vierundzwanziger gewählt werden sollten, ist aber aus jener Verordnung nicht zu entnehmen. Es geht jedoch aus der Verfassungsurkunde von 1293 hervor, daß sie zu gleichen Theilen aus den alten Geschlechtern, aus den Kaufleuten und aus den Zünften gewählt werden sollten. Die Verfassung von 1293 ordnete nämlich einen Wahlausschuß von 9 Mitgliedern an. Und dieser Ausschuß sollte bestehen aus drei Mitgliedern des Rathes, aus einem alten Vierundzwanziger, aus einem Kaufmann und aus einem Handwerker („so sün die „drie des rates, der einer sol sin ein vierbundzweinzig, der „ander von den kowlüten, vnd der dritte von den antwerklüten, die „denne sint“). Die Kaufleute und Handwerker waren demnach damals schon, also vor der neuen Verfassung von 1293 im Rath. Der vierte in dem Ausschuß sollte der Bürgermeister sein. Diese Vier sollten nun vier andere Bürger, der Vierundzwanziger einen anderen Vierundzwanziger, der Kaufmann einen anderen Kaufmann aus dem Rath, der Handwerker einen anderen Handwerker aus dem Rath und der Bürgermeister wen er wollte zu sich nehmen, und der Schultheiß der neunte im Ausschuß sein. Diese Neun hatten nun beim Tode eines alten Vierundzwanzigers oder wenn Einer von ihnen altersschwach war, einen anderen an seine Stelle aus den Geschlechtern, die neuen Vierundzwanziger aber, welche zu den Alten in den Rath gehen sollten, jährlich zu gleichen Theilen aus

8) Verordnung von 1248 bei Schreiber, I, 58.

den Ebeln, aus den Kaufleuten und aus den Zünften zu wählen, also 8 Edele, 8 Kaufleute und 8 Handwerker. („Dieselben nüne, „die sülñ ouch die andern viervndzweinzig, die zuo den alten viervndzweinzigen in den rat sülñ gan, kiesen iergelich“ —). Den Bürgermeister aber und die Zunftmeister sollte der Landesherr selbst jedes Jahr ernennen⁹⁾. Diese Verfassung, welche auch bei der Oesterreichischen Besitznahme wieder bestätigt worden ist¹⁰⁾, dauerte jedoch nur bis ins 14. Jahrhundert. Der Krieg mit den schweizerischen Eidgenossen und die Schlacht bei Sempach hatte auch in Freiburg die Anzahl der Ritterbürtigen gelichtet und dadurch die bis dahin vorherrschende Gewalt der Geschlechter gebrochen. Noch im Jahre 1374 saßen unter den alten Vierundzwanzigern noch 12 Geschlechter und unter den neuen Räten fünf, also im Ganzen noch 17 Ritter, im Jahre 1387 nach der Schlacht von Sempach aber in beiden Räten nur noch sechs Ritter, fünf unter den Alten und einer unter den neuen Vierundzwanzigern^{10a)}. Daher trat im Anfang des Jahres 1388 die Bürgerschaft, und zwar ohne Zuziehung der Landesherrschaft zusammen, schaffte die alten und neuen Vierundzwanziger ab und errichtete statt des alten einen einzigen neuen Rath. In dem neuen Rath sollten 12 Geschlechter, 18 Bürger und 18 Zunftmeister sitzen. Der Bürgermeister und Schultheiß sollten aus den Geschlechtern genommen werden, aber auch die Bürger, wie in Basel, einen Ammeister und die Zunftmeister einen Obersten Zunftmeister (Obristmeister) als Oberhaupt, die Stadt demnach drei oder, wenn man will, sogar vier Häupter, außer dem Bürgermeister und Schultheiß auch noch einen Ammeister und einen Obersten Zunftmeister erhalten¹¹⁾. Diese Neuerung war jedoch zu volksthümlich. Der Landesherr drohte mit seiner Ungnade und viele ritterbürtige Geschlechter verließen die Stadt. Daher kam es schon nach wenigen Jahren, im Jahre 1392, zu einer neuen Verfassung. Nach dieser wurde das Amt des Ammeisters für immer abgeschafft und ein Rath eingesetzt, der aus 12

9) Zwei Urk. von 1298 bei Schreiber, I, 131—135, 141 u. 142. Vergl. oben S. 155.

10) Verfassung von 1368 bei Schreiber, I, 541.

10a) Schreiber, Geschichte von Freiburg, II, 16.

11) Schreiber, Geschichte von Freiburg, III, 17.

Edeln, aus 12 Kaufleuten und aus den 18 Zunftmeistern und außerdem noch aus sechs anderen Zunftmitgliedern, also aus 24 Handwerkern und im Ganzen aus 48 Mitgliedern bestehen sollte. Der Bürgermeister sollte aus den Edelen gewählt und der Schultheiß von dem Landesherrn ernannt werden, ohne sie aber kein Stadtrath gehalten werden. Aber auch den Zünften ließ man ihr Oberhaupt, den Obersten Zunftmeister, der aus den 18 Zunftmeistern gewählt werden und mit ihnen Sitz und Stimme im Stadtrath haben sollte. Die Wahlen sollten jedoch unter dem Vorsitz des Landvogtes und zweier landesherrlicher Räte, also unter landesherrlichem Einfluß vorgenommen werden¹²⁾. Aber auch diese Verfassung war den Erzherzogen von Oesterreich noch zu volksthümlich. Um die Zunftmeister und die Zunftmitglieder aus dem Stadtrath zu entfernen, schafften sie mit Zustimmung des alten und neuen Rathes im Jahre 1454 die Zünfte selbst ab und theilten die Stadt in 6 Viertel, an deren Spitze Sechstheilsmeister stehen sollten. Der Bürgermeister sollte nach wie vor aus den Edelen genommen und der Schultheiß von der Herrschaft gesetzt, und ohne sie kein Stadtrath gehalten werden. Auch sollte der Stadtrath nach wie vor jedes Jahr erneuert, und die Wahl unter dem Vorsitz des Landvogts und zweier landesherrlicher Räte vorgenommen werden. Der Stadtrath selbst sollte nun aber aus 6 Edelen, aus 6 Kaufleuten und aus den 6 Sechstheilsmeistern und aus noch 6 anderen Personen von den Handwerkern oder von der Gemeinde, also nur noch aus 24 Personen bestehen¹³⁾. Allein es fehlte an Edelen und an Kaufleuten, um den Rath vorschriftsmäßig besetzen zu können¹⁴⁾. Auch hatte sich die Eintheilung in Stadtvierthel nicht bewährt. Daher wurden schon im Jahre 1464 die Zünfte und mit ihnen die alte Verfassung wieder hergestellt, die Stadtvierthel aber wieder abgeschafft¹⁵⁾. Allein schon nach wenigen Decennien war die Gemeinde wieder wegen der Verwaltung des Gemeindevermögens mit dem Stadtrath in Streit. Und die Gemeinde ordnete eigenmächtiger Weise dem Rath einen aus den 12

12) Zwei Urf. von 1392 bei Schreiber, Urfb. II, 88—91.

13) Verfassung von 1454 bei Schreiber, II, 484—489.

14) Schreiber Gesch. von Freiburg, III, 118.

15) Urf. von 1464 bei Schreiber, Urfb. II, 484.

Zünften genommenen Ausschuß von 36 Mitglieder bei. Im Jahre 1490 wurde indessen auch dieser Streit und zwar von Maximilian I. wieder geschlichtet. Der erwähnte Ausschuß ward abgeschafft und die alte Verfassung wieder hergestellt, den Zünften jedoch ein größerer Einfluß bei der Verwaltung und Veräußerung des städtischen Vermögens eingeräumt¹⁶⁾.

In Wien mußten die Geschlechter (die Reichen oder die Erbbürger) ebenfalls die Gewalt mit den Kaufleuten und mit den gemeinen Handwerkern theilen. Nach einer Verordnung der Herzoge Wilhelm und Leopold sollte nämlich jedes Jahr ein neuer Bürgermeister und Rath aus den Erbbürgern, Kaufleuten und gemeinen Handwerkern gewählt werden. Der Rath sollte demnach nicht mehr bloß aus den Geschlechtern (Erbbürgern), aber auch nicht bloß aus den Kaufleuten oder Handwerkern bestehen. Er sollte vielmehr aus allen drei Klassen gemischt sein¹⁷⁾.

Auch in Coblenz scheint sich eine ähnliche Verfassung gebildet und bis ins 18. Jahrhundert erhalten zu haben. Wenigstens sollten noch nach einer Verordnung von 1527 von den beiden Bürgermeistern „einer aus dem bürgerlichen Adel seyn, und der andere aus dem Schöffen- oder Burgerrath.“ Und bis ins 18. Jahrhundert standen die Bassenheim, Boos, Breidenbach, Cloeth, Elz, Kesselstadt, von der Leyen, Metternich, Reiffenberg u. a. m. als Ritterbürgermeister neben den sogenannten Stadtbürgermeistern an der Spitze des Stadtreiments¹⁸⁾.

In Oppenheim, wo der Stadtrath seit dem 13. Jahrhundert aus Rittern oder Burgmannen und aus anderen Bürgern bestanden hat (§. 125), bestand der Magistrat der damaligen Reichsstadt noch im Anfang des 16. Jahrhunderts aus zwei Bürgermeistern, aus zwei Rittern, aus 8 anderen Bürgern und aus dem

16) Urf. von 1490 bei Schreiber, II, 582 — 584. Schreiber, Gesch. von Freiburg, III, 185.

17) Urf. von 1396 bei Hormayr, Wien, I, Bd II, Urf. p. 87. „von erbern Erbpurgern, kaufleuten vnd gemaynen erbern hantwerchern. — Sub also daz fürbaz icht mer in dem Rat beyeinander sitzen — lötig Kaufleut, oder lötig Reich oder lötig Erbpurger, oder lötig handwercher.“ Vergl. oben §. 227 u. 238.

18) de Ludolf, observ. forens. II, 12—16.

Reichsunterschultheiß. Von den beiden Bürgermeistern war der Eine der Bürgermeister von der Ritterschaft und gemeinen Bürgern wegen, und der Andere Bürgermeister von gemeiner Bürgerschaft wegen. Und der damalige Bürgermeister von der Ritterschaft wegen war kein geringerer als der Graf Ludwig zu Löwenstein, Herr zu Scharfeneck, und die beiden Ritter, welche beim Magistrat neben ihm saßen, waren der Ritter Hans Landschad zu Steinach und der Ritter Philipp von Dalberg, Kämmerer zu Worms¹⁹⁾.

5) Vollständiges Zunftregiment.

§. 351.

Allenthalben hatten demnach die Zünfte an dem Regiment Antheil erhalten. Dieser war jedoch sehr verschieden in den verschiedenen Städten. Ein vollständiges Zunftregiment entstand indessen nur in jenen Städten, in welchen die ganze Bürgerschaft in Zünfte eingetheilt worden ist. Aber auch in diesen Städten waren die Geschlechter nicht von dem Regiment ausgeschlossen. Sie mußten sich nur entweder in einer Handwerkerzunft aufnehmen lassen, oder selbst eine Geschlechterzunft bilden. In vielen Städten wurde nun gleich nach dem Siege der Zünfte das Zunftregiment eingeführt, in anderen Städten aber erst später nach langen fortwährenden Kämpfen, wie dieses namentlich in Köln, Speier, Zürich, Schaffhausen, Constanz und Basel der Fall war.

In Köln hatte zwar der Kampf der Zünfte schon im 13. Jahrhundert begonnen. Auch hatten die Zünfte bereits im Jahre 1370 den Zutritt zum Rath erkämpft und das Amt der Richterzeit gebrochen. Allein das Geschlechterregiment dauerte nach wie vor fort. Erst nach 26 jährigem weiteren Kampfe mit den noch dazu in Factionen zerrissenen Geschlechtern, welche alle billigen Forderungen der intelligenteren Zünfte zurückwiesen und sogar das im Jahre 1370 Gegebene wieder zurücknehmen wollten, wurde das Geschlechterregiment gänzlich gestürzt. Und es trat sodann im

19) Jakob Köbel, Gerichts Ordnung, Abtheilung und Zuleitung. Oppenheim 1528. fol. 8.

Jahre 1396 das späterhin berühmt gewordene Zunftregiment an dessen Stelle ¹⁾. Nach dem Verbundsbrief von 1396 ²⁾, welcher durch den sogenannten Transfir vom Jahre 1513 nochmals bestätigt und nur wenig modificirt worden ist ³⁾, wurde die gesamte Bürgerschaft in 22 Zünfte, sogenannte Gasselampfen oder Gasselgesellschaften eingetheilt. Alle in der Stadt angesessenen und wohnenden Gemeindeglieder („gesehen und wohnhaftig binnen der Statt“), also auch die Geschlechter, mußten sich in eine Gassel aufnehmen lassen. Die fünf Geschlechtergasseln, in denen sich auch die Kaufleute befanden, waren die zum Isermarbt (Eisenmarkt), zum Schwarzenhaus, zur Windeck, zum Himmelreich und zum Arren (Uhr). Von diesen 22 Gasseln hatten 10 jede einen Mann in den Rath zu wählen, nämlich die Schilberer (Mähler), die Steinmessen, Bäcker, Metzger, Schnöder (Schneider), Schuhmacher, Earwarter (Harnischmacher oder Platner), Kannegießer, Faßbinder und Ziechenweber (Leineweber); 11 andere jede zwei Mann, nämlich die erwähnten 5 Geschlechtergasseln, dann die Goldschmiede, die Bontwerter oder Bundtwärter (Kürschner), die Schmiede, Bierbrauer, Gürtelmacher und Fischer; die Wollenweber endlich, das sogenannte Wullenamt, das zahlreichste von Allen, sogar vier Mann. Diese 36 Zunft- oder Gasselherrn hatten nun weiter aus den Gasseln und Gemeinden dreizehn Rathsherren, die sogenannten Gebrechsherrn, und die 49 Rathsherren mit einander sodann die beiden Bürgermeister zu wählen, so daß demnach der Rath aus 51 Mitgliedern bestanden hat. Sie wurden nur auf ein Jahr gewählt. Alle Halbjahre sollte der halbe Rath austreten und nur die Hälfte wieder erneuert werden. Die Austretenden durften erst nach zwei Jahren wieder gewählt werden ⁴⁾. Jede Gassel bildete eine kriegerische Abtheilung mit einem eigenen Fähnlein oder einer eigenen Standarte, mit einem eigenen Bannerherrn an der Spitze und mit eigener Gerichtsbarkeit. Die

1) Ennen, Gesch. II, 779 ff. u. 806 ff. Vergl. oben §. 811.

2) Materialien zur Statistik des niederrhein. Kreises, I, §. 7, p. 8—22.

3) Transfir von 1513 in Materialien cit. II, 1 p. 86—119. auch in Statuta Coloniens. p. 252.

4) Vergl. noch Kölner Chron. fol. 285. a. und Glasen, Köln. Senat, p. 17.

Bannerherren waren als Häupter der Zünfte oder Gassen dasselbe, was anderwärts die Zunftmeister und hie und da die Fähnre oder Benner gewesen sind. Die 22 Bannerherren bildeten ein eigenes Collegium, welches man den Bannerrath genannt hat. Sie hatten eine Obergewalt über den Rath, waren die Vermittler zwischen dem Rath und den Gassen, und hielten zu den Ende alle Quatember den sogenannten Quartal- oder Bannerrath⁵⁾. Nach dem Verbundsbriege von 1396 sollte es nur noch einen Rath, also keinen engen und weiten Rath mehr geben⁶⁾. In wichtigen Angelegenheiten sollte jedoch die Gemeinde, d. h. zwei Freunde aus jeder Gasse beigezogen werden. Im Jahre 1512 traten an die Stelle dieser Rathsfreunde ein ständiger Bürgerschaftsrath, und die sogenannten Vier und Vierziger, zwei aus jeder Gasse. Sie wurden die 44 Gassenherren genannt, und sollten als Repräsentanten der gesamten Bürgerschaft in schwierigen Fällen so oft es nothwendig war von dem Rath beigezogen werden⁷⁾.

§. 352.

Auch in Speier wurde das Zunftregiment erst nach mehreren Verfassungsänderungen im Jahre 1349 eingeführt. Die Bürgerschaft wurde in 15 Zünfte eingetheilt, in eine Geschlechterzunft (die Hausgenossenzunft) und in 14 Handwerkszünfte. Und das Regiment sollte von drei, je aus 28 Personen bestehenden, Räthen in der Art geführt werden, daß jeder Rath immer nur ein Jahr das Regiment führen, und erst nach drei Jahren wieder zum Regiment kommen sollte (§. 312 u. 346). Die Verfassung von 1349 hatte jedoch große Gebrechen. Der Rath war für Speier zu zahlreich und konnte bald nicht mehr besetzt werden. Viele Geschlechter und andere wohlhabende Bürger wanderten aus. Die Stadt verarmte und mit dem schwindenden Wohlstande verminderte sich auch die Bevölkerung. Aus Mangel an Zunftgenossen konnten manche Zünfte nicht mehr bestehen, dem Rath gar nicht mehr die-

5) Arnold Zubenbunt in Materialien, II, 1. p. 68—71. Ein alter Aufsatz aus dem 17. sec. in Materialien, I, 10. p. 321—325.

6) Verbundsbrieg von 1396 in Materialien, I, 7. p. 7 u. 8.

7) Transfir von 1512 und Zubenbunt in Materialien, II, 1. p. 68, 73 u. 91.

nen. Die Zünfte wurden daher im Jahre 1432 von 14 auf 12 herabgesetzt, und auch die drei Räte sollten vermindert werden ¹⁾. Nach einem Statut, welches Lehmann ins Jahr 1429 setzt, sollte jeder Rath nur noch aus 12 Mitgliedern, alle drei Räte also aus 36 Personen bestehen. Davon sollten zwölf, aus jeder Zunft einer, zu ewigen Tagen den halben Rath besetzen, und daher der ewige Rath heißen. Dieser Rath sollte stets vollzählig erhalten und beim Abgang eines Mitgliedes binnen 8 Tagen wieder ergänzt werden. Die beiden anderen Räte sollten aber nur auf ein Jahr und zwar in der Art gewählt werden, daß jede Zunft zwei Mann geben und aus diesen der sitzende Rath Einen auswählen sollte. Einer dieser beiden Räte sollte nun den anderen halben Rath bilden und, wenn das Jahr des zugehenden halben Rathes zu Ende war, der neu zu wählende andere Rath eintreten, so daß demnach der sitzende Rath immer aus 24 Personen, aus den Zwölf des ewigen Rathes und aus zwölf auf ein Jahr gewählten Rathsherren bestehen sollte. Aus den Vierundzwanzig sollten jedes Jahr zwei Bürgermeister gewählt werden ²⁾. Dieses Statut ist jedoch niemals ins Leben getreten ³⁾. In den Jahren 1430 bis 1433 wurde aber der sitzende Rath dennoch auf 24 Mitglieder beschränkt. Jede ganze Zunft sollte zwei Rathsherren geben, jede halbe Zunft aber nur einen. Und jährlich sollten sie insgesamt wechseln ⁴⁾. Nach wie vor sollte jedoch der Gesamtrath aus drei Räten, nun also aus 72 Personen bestehen. Auch sollte die Beizichung der beiden vorhergehenden Räte nicht mehr von der Willkür des sitzenden Rathes abhängen. Es ward vielmehr festgesetzt, daß in gewissen wichtigen Fällen die Räte der zwei vorhergehenden Jahre beigezogen werden mußten ⁵⁾.

Über auch diese Verfassung war nicht von Bestand. An die

1) Rau, II, 8 u. 15.

2) Lehmann, p. 617 u. 618.

3) Rau, II, 15. Not.

4) Rau, II, 15 u. 16.

5) Statut von 1430 bei Rau, II, 16. „Wir haben ouch overkomen vnd „gesetzt das furbaszer kein rat weder losunge noch lipgedinge verkuessen „noch kein trefflich Schuld machen sol one wissen vnd willen der „andern zweier räte.“ Statut von 1440 bei Lehmann, p. 439. „Der „Rath sammenhafft in dreien Räten hat verordnet.“ —

Stelle der Geschlechter waren bürgerliche Aristokraten getreten. Von drei zu drei Jahren kehrten im Jahre immer dieselben Namen wieder. Die Erbllichkeit der Rathsstellen führte aber nach und nach zu einer sehr drückenden Oligarchie. Es entstanden wieder Beschwerden über die zahllosen und willkürlichen Auflagen, über Eingriffe in die Kunstverfassung und über Verletzungen der persönlichen Freiheit. Die Beschwerden führten, da ihnen nicht abgeholfen ward, zur Unzufriedenheit und im Jahre 1512 zu einem Aufstand gegen den Rath ⁶⁾. Nach dem vergeblichen Versuch einer kaiserlichen Commission die streitenden Theile zu vereinigen, kam es noch in demselben Jahre 1512 zu einem Vergleich zwischen dem Rath mit der Gemeinde nach welchem die Gemeinde durch einen *Gemeindeausschuß* („die drehtzehn vß der Gemeinde“ oder „die drehtzehn von „der gemein“) bei den jährlichen Rechnungsablagen und bei anderen feierlichen Handlungen im Rath vertreten werden sollte ⁷⁾. Auch sollten aus den damals bestehenden drei Räten, aus den zweiundsiebzig, zwölf gewählt werden, welche einen „ewigen“ oder „steten Rath“ bilden, also lebenslänglich im Rath sitzen sollten. Außer diesen Zwölf des ewigen Rathes sollte noch die Hälfte der Gesamtzahl der früheren drei Räte, also 36 Personen genommen und diese in drei aus je 12 Personen bestehende Räten getheilt werden. Von diesen drei Räten sollte immer Einer als sitzender Rath auf ein halbes Jahr mit dem ewigen Rath zusammengetreten und so den regierenden Rath bilden, dieser also aus 24 Personen bestehen. Der Gesamtrath sollte demnach nun nur noch aus 48 Personen bestehen, von denen zwölf den ewigen Rath bilden, die 36 übrigen aber in drei Räte getheilt von 6 zu 6 Monaten abwechseln, also immer 12 sitzende Räte mit den 12 ewigen Räten den regierenden Rath bilden sollten. Erst nachdem die Anzahl der alten 72 Rathsherren durch Todesfälle bis auf 36 zusammengegeschmolzen wäre, sollte durch den sitzenden Rath zu einer neuen Wahl geschritten werden. Aus dem ewigen und sitzenden Rath sollten immer zwei Bürgermeister genommen werden, also während des ganzen Jahres vier Bürgermeister regieren ⁸⁾.

6) Rau, II, 17—19.

7) Rau, II, 19 u. 20.

8) Rau, II, 20.

Aber auch diese Verfassung war nicht von Dauer. Schon im Jahre 1514 begannen die Unruhen von Neuem und im Jahre 1516 führten sie zu einer neuen Verfassung. Der ewige Rath und der halbjährige Wechsel des sitzenden Rathes wurden aufgehoben und aus den 48 Rathsherren zwei aus je 24 Personen bestehende Rätthe gebildet, von denen ein jeder ein ganzes Jahr regieren sollte. Der jedes Jahr ausgehende Rath sollte 24 Personen zu dem neuen Rath wählen. Die Zünfte hatten zu dem Ende das Recht drei Candidaten vorzuschlagen, an welche aber der Rath nicht gebunden war. Nur mußten von jeder ganzen Zunft zwei Genossen und von jeder halben Zunft einer in den Rath genommen werden. Aus dem neuen Rath sollten von dem ausgehenden Rath die zwei regierenden Bürgermeister gewählt werden. Um die Geschäfte besser führen zu können sollten auch die beiden Altbürgermeister und die vier Fürsprecher des ausgehenden Rathes (die Vier vor Rath) in dem neuen Rath sitzen. Auch durfte der regierende Rath nöthigenfalls („in ehaften sachen“) den ausgehenden Rath beiziehen. Der Rath hatte demnach nun die Oberhand und seine alte Herrschaft wieder erhalten. Er war dazu noch von der zünftigen Gemeinde fast ganz unabhängig geworden. Und da der ausgehende Rath den neuen Rath und die regierenden Bürgermeister zu wählen hatte und außerdem auch die Altbürgermeister und die Fürsprecher des ausgehenden Rathes im neuen Rath saßen, so war der neue Rath nur eine Fortsetzung des ausgehenden Rathes und die zu befolgende Politik immer dieselbe. Dies führte aber im Laufe des 17. Jahrhunderts zu einer vollständigen Oligarchie⁹⁾.

Eine fast nothwendige Folge dieser oligarchischen Richtung war die Ausscheidung eines engeren Collegiums aus jenen beiden Rätthen im Laufe des 16. Jahrhunderts, die „Geheime des Rathes“ oder „die Herren Dreyzehner“ genannt. Sie bestanden aus den beiden Altbürgermeistern, aus den erwähnten vier Fürsprechern und aus fünf Herren des sitzenden Rathes. Sie hatten alle wichtigen Sachen zuvor zu berathen und, wenn es nothwendig war, dem sitzenden Rath zur Beschlußfassung vorzulegen. Da sich jedoch „kein Exempel findet, daß ein von ihnen gemachter Schluß

9) Rau, II, 21 u. 22.

„umgestoßen worden wäre,“ so waren sie faktisch im Besitze der höchsten Gewalt, wiewohl die geschliche Gewalt dem sitzenden Rath zukam. Und zuletzt proklamirten sie selbst den Grundsatz, daß „die Dreizehener der rechte ewige und beständige Rath und die Obrigkeit der Stadt seyen“¹⁰⁾.

Diese Verfassung dauerte bis zum Jahr 1687. Da sich nämlich die Zahl der rathsfähigen Bürger und der Rathsherren selbst im Laufe des 17. Jahrhunderts, zumal seit den unseeligen Tagen des dreißigjährigen Krieges bedeutend vermindert hatte, so vereinigte man im Jahre 1687 sämtliche damals noch lebenden Rathsherren, acht und zwanzig an der Zahl, in ein ständiges Collegium. Die vier ersten Mitglieder wechselten zu Zweien jährlich im Bürgermeisteramt. Eben so die vier nächsten in der Stelle der Fürsprechen. Mit diesen acht bildeten die fünf ihnen in der Reihe des Rathesses folgenden das Collegium der Dreizehner. Die beiden regierenden Bürgermeister und die übrigen Rathsherren mit Ausnahme der zwei Altbürgermeister und der zwei functionirenden Fürsprechen, bildeten den aus 24 Mitgliedern bestehenden sitzenden Rath. Die Dreizehner und der sitzende Rath standen demnach nun in demselben Verhältniß, wie in anderen Städten der innere Rath zu dem äußeren¹¹⁾.

§. 353.

Auch in Konstanz, Schaffhausen und in Zürich kam es erst nach mehreren Verfassungsänderungen zum Zunftregiment, und es wurde sodann die Bürgerschaft in Konstanz in 10, in Schaffhausen in 12 und in Zürich in 13 Zünfte eingetheilt. In Zürich bildeten die Geschlechter oder die Constafler eine eigene Zunft oder Gesellschaft und in Schaffhausen zwei Gesellschaften. In Konstanz aber mußten sich die zurückgebliebenen Geschlechter, wenn sie Antheil an dem Regiment haben wollten, in eine Handwerkszunft aufnehmen lassen (§. 318, 325 u. 346).

Auch in Basel endlich kam es, nachdem die Zünfte noch das ganze 15. Jahrhundert hindurch um die bürgerliche Gleichheit und

10) Lehmann, p. 269. Rau, II, 28.

11) Rau, II, 28 u. 24.

v. Maurer, Städteverfassung II.

Freiheit gekämpft hatten, erst im Jahre 1521 zur Herrschaft der Zünfte (§. 317). Zwar war die Bürgerschaft früher schon in Zünfte eingetheilt und im Jahre 1451 beschlossen worden, daß jeder in der Stadt angeessene Mann einer Zunft, und in der Vorstadt Kleinbasel einer Gesellschaft angehören und mit dieser wachen, reisen und sonst dienen solle¹⁾. Allein neben den Zünften bestanden auch die Geschlechter Stuben noch fort und die Geschlechter selbst führten das Regiment. Erst im Jahre 1521 gelangten die Zünfte zur Herrschaft. Aber auch dann dauerten noch die Geschlechtergesellschaften fort (§. 304), und zwei Rathsherren von der hohen Stube hatten Sitz und Stimme im Rath. Dazu kam noch die Unzufriedenheit mit der Verfassung von 1521 selbst, durch welche der obligarchische Druck nur noch vermehrt worden war. Die im Jahre 1529 zur Herrschaft gelangte Reformation führte daher zu neuen Verfassungs Veränderungen²⁾. Viele in dem Rath sitzende Rathsherren waren nämlich gegen die Reformation. Daher trat im Jahre 1529 die reformirte Bürgerschaft zusammen und ließ durch einen von ihr gewählten Ausschuß die Entfernung der ihr feindlichen Rathsherren, die Anstellung reformirter Prediger und eine ihrem Interesse entsprechende Verfassungsänderung begehren. Die beiden ersten Punkte wurden bewilliget. Da jedoch hinsichtlich des letzten Begehrens Anstände erhoben wurden, so vereinigten sich die der Reformation günstigen Bürger mit den übrigen Unzufriedenen und griffen zu den Waffen, worauf sodann der Rath auch in dieser Beziehung nachgab³⁾. Nach der neuen Verfassung sollte künftig jede Zunft zwölf Sechser haben, und diese „von der Gemeinde wegen in „großen Rath gehen.“ Die Zunftmeister und Sechser sollten in jeder Zunft von der ganzen Zunftgemeinde gewählt und

1) Rathsbeschluß von 1481 bei Dhs, V, 37 u. 38. „Wer in Zunft „seine Zunft aufgibt, der mag es wohl thun, doch also, daß er eine „andere Zunft haben soll, mit welcher er wachen, reisen und gleich „wie andere dienen soll, denn Niemand in beiden Städten hier „seßhaft, soll ohne Zunft, oder ehnet Rheins“ (d. h. in Klein „Basel) „ohne Gesellschaft seyn.“

2) Heusler, p. 441—443.

3) Dhs, V, 636—654.

von ihr nöthigenfalls auch wieder entsetzt werden. Die Rathsherrn aber sollten von dem großen Rath, also nicht ohne die Sechser, erwählt und nöthigenfalls von ihm auch ihres Amtes wieder entsetzt werden. Auch sollte von dem großen Rath der kleine Rath und sodann aus dem kleinen Rath wieder der Bürgermeister und Oberstzunftmeister gewählt werden⁴⁾. Mit diesem Siege der größtentheils reformirten Zünfte ging die Abschaffung der Messe und der Bilder Hand in Hand. Daher verließen die katholischen Priester und viele Bürger die Stadt und am nächsten Sonntage sang man in allen Kirchen deutsche Psalmen und von den verlassenen Kanzeln ward von reformirten Geistlichen gepredigt⁵⁾.

Es war jedoch dem Rath mit der ihm aufgedrungenen Verfassung nicht Ernst. Er setzte daher noch in demselben Monat Februar 1529 eine aus zehn Rathsherrn und zehn Sechsern bestehende Kommission nieder zur Berathung der kaum erst gegebenen und beschwornen Verfassung⁶⁾. Die von dieser Kommission der Zwanziger gemachten Vorschläge wurden vom großen Rath angenommen und die kaum erst sanctionirte Verfassung unterm 20. Februar 1529 wieder geändert. Jede Zunft sollte zwar noch zwölf Sechser haben, die Zunftmeister und Sechser aber nicht mehr von der Zunftgemeinde, vielmehr von den alten Häuptern der Zunft und den Sechsern und von vier von der Zunft hinzugewählten Zunftbrüdern gewählt werden. Und auch dieser sehr geringe Antheil der Zünfte an der Meister- und Sechser-Wahl ward ihnen im Jahre 1533 wieder entzogen. Auch sollten die Bürgermeister-, Oberstzunftsherren- und Rathswahlen nicht mehr von dem großen Rath selbst vorgenommen werden. Es sollten vielmehr zu dem Ende von jeder Zunft vier Sechser und von jeder der drei Gesellschaften in Kleinbasel zwei Gesellschaftsmeister gewählt werden und diese sodann gemeinschaftlich mit den beiden Räten den Bürgermeister, den Oberstzunftmeister und die Rathsherrn wählen.

4) Nach einer gleichzeitigen Handschrift bei Dhs, V, 654 u. 655. Vergl. p. 641. Die Rathsverordnung selbst findet sich nicht in dem Basler Erkenntnißbuch.

5) Dhs, V, 661—669.

6) Dhs, V, 672—677.

Die Häupter und Rathsherren wurden indessen auf diese Art nur ein einziges Mal, sodann aber wieder vom kleinen Rath gewählt⁷⁾.

Schon im Jahre 1533 kam es nämlich zu einer abermaligen Veränderung der Verfassung. Nach einem Beschluß des großen Rathes von diesem Jahre sollten die Bürgermeister und Oberstzunftmeister wieder von den beiden Abtheilungen des kleinen Rathes, die Rathsherren aber von jener Abtheilung des kleinen Rathes gewählt werden, zu welcher der Fehlende nicht gehört hatte, und die Zunftmeister auf jeder Zunft ernannt und nur dann noch einige Kießer aus den Zunftbrüdern beigezogen werden, wenn die Zahl der Wählenden weniger als dreizehn betrage. Der Wahl der Sechser wird keine Erwähnung gethan. Es pflegten jedoch die vier Wahlmänner aus den Zunftbrüdern nicht mehr beigezogen zu werden, angeblich wegen Mangel an Leuten. Die Erhebung der Bürgerschaft im Jahr 1529 hatte demnach keine andere Folge, als daß im Jahre 1533 im Ganzen genommen die verhaßte Verfassung von 1521 wieder hergestellt wurde⁸⁾. Auch hörte seit dem Jahre 1545 der Beisitz der hohen Stube im Rath auf. Nach der Verfassung von 1521 sollten noch zwei Rathsherren von der hohen Stube im Rath sitzen. Schon in den Jahren 1543 und 1544 hatte jedoch aus Mangel an Geschlechtern nur ein Rathsherr von der hohen Stube im Rath gesessen. Und seit dem Jahre 1545 blieb jene Stelle ganz leer. Die beiden alten Häupter (der Altbürgermeister und der Oberstzunftmeister) vertraten seitdem gewissermaßen die Stelle der beiden Rathsherren von der hohen Stube. Das Recht selbst der Geschlechter zum Beisitze im Rathe wurde jedoch niemals abgeschafft, vielmehr das Wort Bürger, d. h. Achtbürger, noch jedes Jahr am Schwörtage bei der Publikation der Rathsbesezung gebraucht. Es war dieses nun aber nur noch eine leere Form⁹⁾.

§. 354.

In anderen Städten wurde gleich nach dem Siege der Zünfte

7) Gesetz vom 20. Februar 1529 bei Ochs, V, 677—681.

8) Heusler, p. 443—445. Ochs, VI, 83 u. 84.

9) Ochs, VI, 173—179.

das Zunftregiment eingeführt. Dieses geschah, wie wir gesehen, in Halle im Jahre 1427 und in Magdeburg im Jahre 1330 (S. 322 u. 323). Die Bürgerschaft von Magdeburg bestand seitdem aus zehn Innungen, aus den 5 großen oder alten Innungen und aus den 5 kleinen, und aus der gemeinen Bürgerschaft. Jede Innung hatte jährlich auf ihrem Gildehause durch dazu ernannte Röhr- oder Wahlherren aus ihrer Mitte einen Rathsherren zu wählen. Die 10 neuen Rathsherren wählten, nachdem sie vom alten Rath beeidigt worden, die beiden Rathsherren aus der gemeinen Bürgerschaft. Und aus diesen 12 neuen Rathsherren wurden sodann zwei Bürgermeister von den abgehenden Rathsherren gewählt. Einige Tage nachher wählten die zehn Innungen die neuen Innungsmeister, welche gleichfalls, so oft der Bürgerschaft beigezogen wurde, den Rathssitzungen beiwohnten¹⁾. Und in dieser Weise hat sich der Stadtrath bis zum Jahre 1630 im Ganzen genommen ganz unverändert erhalten. Nur die Anzahl der Rathsherren wurde noch vermehrt. Statt zwölf wurden nämlich 25 Rathsherren gewählt, wonach sodann der weite Rath statt aus 36 aus 75 Personen bestanden hat (S. 322). Auch wurde die Wahl der zwei Rathsherren aus der gemeinen Bürgerschaft im Jahre 1525 dahin abgeändert, daß dieselbe nicht mehr direkt von den 10 Rathsherren aus den Innungen, vielmehr von 10 Röhrherren aus den Pfarreien vorgenommen werden sollte. Da jedoch diese 10 Röhrherren von den 10 neuen Rathsherren aus den Innungen gewählt werden sollten, so lag die Wahl der beiden Rathsherren aus der gemeinen Bürgerschaft indirekt immer noch in den Händen der Rathsherren aus den Innungen²⁾.

In Kaufbeuren bestand die Bürgerschaft seit dem 15. Jahrhundert aus sieben Zünften, unter welchen die Herrenzunft die erste und vornehmste war und daher vor allen übrigen den Vorrang hatte. Der Rath bestand aus einem Bürgermeister und aus 13 Rathsherren, nämlich aus den sieben Zunftmeistern und aus noch sechs anderen Rathsherren, aus jeder Zunft einen, mit Ausnahme jener Zunft, aus welcher der Bürgermeister gewählt war. Jedes Jahr am 1. Mai war Wahltag. Der bisherige Rath und

1) Rathmann, III, 294 u. 295.

2) Rathmann, III, 427—429.

die Elßer der 7 Zünfte versammelten sich auf dem Rathhaus. Die Elßer der Zünfte wählten zuerst den Büttel, dann den Bürgermeister und nach diesem den Stadtkammann. Hierauf wählte jede Zunft ihren Zunftmeister, zuerst die Herrenzunft als die erste und vornehmste, dann die übrigen Zünfte nach der durch das Loos bestimmten Reihe. Zuletzt wurden die sechs Rathsherren in derselben Weise aus jeder Zunft einer gewählt. Denn aus der Zunft, aus welcher der Bürgermeister gewählt worden war, wurde kein Rathsherr erwählt³⁾.

Die Bürgerschaft in Lindau bestand aus neun Zünften, aus 8 Handwerkszünften und aus einer Geschlechter- oder Bürgerstube, aus dem sogenannten Sünffzen⁴⁾. Der aus einem Bürgermeister und 11 Rathsherren, den sogenannten Ainliffer, bestehende Rath ward jedoch von dem Bürgermeister und von den 8 Zunftmeistern allein gewählt⁵⁾.

Die Bürgerschaft von Landau in der Pfalz war in dreizehn Zünfte, in eine Ritterzunft und 12 andere Zünfte, in eine Holz-, Schneider-, Schuster-, Maurer-, Kaufmanns-, Krämer-, Feuer-, Gerber-, Metzger-, Bäcker- und Bierbrauerzunft, und in eine Acker- und Wingertzunft eingetheilt. Und jeder Bürger sollte einer Zunft angehören. Daher mußte für den bischöflichen Keller, um ihn von jener Pflicht zu befreien, vertragsmäßig festgesetzt werden, daß er frei von dem „Rathsseß, Zunft vnnd ander Ampter“ sein solle⁶⁾. Zu der Ritterzunft gehörten aber auch die Gastwirth, Glaser, Rückenmacher und die Barbier⁷⁾. Wann die Zunftverfassung eingeführt worden ist, liegt bis jetzt noch im Dunkeln. Wahrscheinlich geschah es jedoch im Laufe des 14. oder 15. Jahrhunderts. Jedenfalls hatten die Zünfte schon seit dem 14. Jahrhundert Antheil an dem Regiment. Ursprünglich hat es nämlich auch in Landau nur einen Rath und zwar einen Geschlechterrath ge-

3) Kaufbeurerische Chronik ad ann. 1499 bei Jäger, Mag. V, 355—357. vergl. später S. 434.

4) Heider, p. 87. Vergl. oben S. 303.

5) Heider, p. 688.

6) Vertrag von 1517 bei von Birnbaum, Gesch. von Landau, 2. ed. p. 494.

7) von Birnbaum, p. 115 u. 116.

geben⁸⁾. Zu diesem aus 12 Mitgliedern bestehenden Rath kam aber, nach einem Kampfe der Zünfte mit der Bürgerschaft, schon im 14. Jahrhundert ein aus 24 Mitgliedern bestehender großer Rath hinzu, welcher aus der Gemeinde und aus den Zünften gewählt werden sollte⁹⁾. Daß aber Kämpfe zwischen der Bürgerschaft mit den Zünften zur Einführung dieser Vierundzwanziger geführt haben, scheint mir aus jener Urkunde selbst hervorzugehen. Denn es heißt daselbst, „Wer es auch daz ein missehele oder ein „geschelle zwischen den burgern ufferstunde, — da sol kein hantwertman zu lauffen, noch zu keiner syten helfen, dann alleine die „X XIV und die zwölffe von dem rate“, woraus folgt, daß die Handwerksleute früher bei den stattgehabten Streitigkeiten zusammen zu laufen und zuzuschlagen pflegten. Im Jahre 1433 wurde diese Verfassung nochmals bestätigt und durch genauere Bestimmung der Stellung und der Amtsbefugnisse der Vierundzwanziger das Zunftregiment eingeführt, wenn dieses nicht schon im Jahre 1361 geschehen sein sollte¹⁰⁾.

Auch in Lübeck herrschten ursprünglich die Geschlechter. Denn seit dem 12. Jahrhundert waren daselbst nur diejenigen rathsfähig, welche freies Eigen besaßen und ihre Nahrung nicht durch ein Handwerk gewannen¹¹⁾. Und noch im 15. Jahrhundert besorgten nach Aeneas Sylvius 12 ritterbürtige Rathsmannen das städtische Regiment¹²⁾. Zwar wird dieses von Dreyer ge-

8) Urf. von 1285 bei Würdtwein, monast. Palat. III, 132. consules et scabini de civitate. — Urf. von 1291 bei Schoepflin, II, 49. consules et cives universi. — Urf. von 1295 bei Grimm, I, 766. „Wir burgman, die schöffen, und gemeinde burger.“

9) Urf. von 1361 bei Schoepflin, II, 241. „Daz wir vier und zwentzig von der gemeinde und von den zunfften in unser stat setzen und kiesen mögent, zu den zwölffen, die vor in dem rate sitzend.“

10) Urf. von 1433 bei Birnbaum, p. 510—514.

11) Verordnung von 1163 im Lüb. Urkb. I, 6. „dhe hebbe torfacht egen „binnen dher muren, — unde dhe sine neringe mit handwerke nicht ghe- „wunnen hebbe.“

12) Aeneas Sylvius, de statu Europae sub Friderico III, c. 24 bei Freher, scriptor II, 120 Duodecim viri reipublicae praesunt, quod consules appellant, quorum perpetua potestas est

leugnet ³⁾. Er leugnet es jedoch nur deshalb, weil er die alten ritterbürtigen Geschlechter mit dem späteren Adel verwechselt. Er selbst gibt zu, daß schöffenbar freie Bürger das Regiment geführt haben. Aus den schöffenbar Freien sind aber, wie wir gesehen, die ritterbürtigen Geschlechter hervorgegangen (§. 64 u. 220). Seitdem sich im Laufe des 14. Jahrhunderts die Junfer- oder Cirkelercompagnie und später auch noch die Greveraden- und die Kaufleute Compagnie gebildet hatte, seitdem wurde der Rath aus diesen drei Geschlechtergenossenschaften besetzt ⁴⁾. Indessen haben die Zünfte auch in Lübeck schon seit dem 14. Jahrhundert ihren Kampf mit den Geschlechtern begonnen. Sie haben sich bereits im Jahre 1376 gegen die Geschlechter erhoben, dann wieder in den Jahren 1380 und 1384. Im Jahre 1384 beabsichtigte man sogar schon die Einsetzung eines Zunftregimentes ⁵⁾. Im Jahre 1408 kämpften die Zünfte von Neuem. Sie setzten einen Ausschuß von 60 Bürgern nieder zur Untersuchung des städtischen Haushaltes. Sie verlangten aber auch einen Antheil an der Wahl des Rathes. Und da der Rath sich widersetzte und die Stadt verließ, so setzten sie nun einen neuen bürgerlichen Rath ein. Durch eine kaiserliche Kommission ward aber im Jahre 1416 der Streit wieder vermittelt und der alte Geschlechterrath wieder eingesetzt ⁶⁾. Und nun herrschten wieder die Geschlechter bis ins 16. Jahrhundert. Denn noch bis zum Jahre 1531 wurde der Rath aus den drei Geschlechtergenossenschaften, aus der Junfer- oder Cirkelercompagnie, dann aus der Greveraden- und Kaufleute Compagnie besetzt ⁷⁾. Erst im Jahre 1531 und dann wieder im Jahre 1533, nachdem die Reformbewegung begonnen, der Geschlechterrath aber widerstanden hatte, und nachdem die beiden Bürgermeister die Stadt verlassen hatten, wählte

(lebenslängliche) et in equestri dignitate constituti sunt. Popularibus, nisi vocentur, nulla de regimine urbis consulendi facultas. Vergl. oben §. 64.

3) Dreyer, Einl. in Lüb. Verordn. p. 88 ff.

4) Vergl. oben §. 47 u. 305 und Waiz, Lübeck, I, 70 u. 282.

5) Deede, die Hochverräther zu Lübeck im Jahre 1384, p. 35—50.

6) Rod, bei Grautoff, Chroniken, II, 638 u. 647. Vergleich von 1416 bei Moser, reichst. Handb. II, 169 u. 170.

7) Waiz, I, 70, 72, 73 u. 282.

die Gemeinde oder vielmehr ein Ausschuß aus den 64gern und 100tern in ihrem Namen, zu den alten Rathsherren aus den Geschlechtern noch mehrere neue Rathsherren, unter welchen sich kein Junker befand⁸⁾. Auch wurden nun die Geschlechtergenossenschaften selbst unterdrückt. Und die meisten Junker verließen die Stadt und wanderten aus⁹⁾. Dieser Sieg der Gemeinde dauerte jedoch nicht lang. Wullenweber, welcher als Bürgermeister an die Spitze des Regiments gelangt war, hatte sein Ziel viel zu hoch gesteckt. Er wollte nicht bloß die religiöse und politische Freiheit in der Stadt selbst. Er wollte auch noch die Herrschaft auf der Ostsee und noch weiter. Die Stadt war darüber in einen feindlichen Gegensatz gegen die kaiserlichen Befehle und in offenen Kampf mit den benachbarten Fürsten gerathen und sogar mit den übrigen hanseatischen Städten verfallen. Eine solche Last war aber den neugewählten Rathsherren zu schwer. Sie dankten daher im Jahre 1535 sammt und sonders ab¹⁰⁾. Der Rath bestand demnach nun nur noch aus den alten Rathsherren von den Geschlechtern. Diese verlangten natürlicher Weise, daß nun auch der neu gewählte Bürgermeister (Wullenweber) ab danken solle, was denn dieser auch vor der versammelten Gemeinde gethan hat¹¹⁾. Nun kam ein Vertrag zwischen dem Rath mit der Gemeinde zu Stand, in welchem zwar die religiöse Reform gesichert, im Uebrigen aber die alte Verfassung wieder hergestellt worden ist. Die Gemeinde erkannte den alten Rath wieder als seine ordentliche Obrigkeit an und unterwarf sich seiner hergebrachten fast unumschränkten Gewalt¹²⁾. Nun wurden auch die patricischen Genossenschaften, im Jahre 1580 die Junkercompagnie und bald nachher auch die Kaufleutecompagnie, wieder hergestellt, die erstere auch von den Kaisern mehrmals wieder bestätigt, und sodann die Rathsstellen bis ins 17. Jahrhundert vorzugsweise wieder aus der Junker- und Kaufleute Compagnie besetzt¹³⁾. Die Ruhe dauerte indessen nicht lang. Schon im Laufe

8) Waip, I, 95—103, 198, 199, 295—299 u. 373—375, u. III, 530.

9) Waip, I, 104 u. 105. Wilba, p. 262.

10) Waip, III, 106, 107 u. 436—438.

11) Waip, III, 113—116.

12) Vertrag von 1535 bei Waip, III, 440—443. Vergl. p. 117—119.

13) Wilba, p. 262. Urf. von 1636 u. 1641 bei Moser, II, 199 u. 200.

des 16. Jahrhunderts begannen die Beschwerden der Bürgerschaft wieder von Neuem. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts ward wieder mit Deputirten der Bürgerschaft unterhandelt. Die Unterhandlungen führten zu den Recessen von 1605, 1665 und 1669 und zum Siege der Zünfte. Denn nun ward die Bürgerschaft in zwölf Zünfte oder Collegien eingetheilt. Diese 12 Zünfte oder Collegien waren zwei patricische Collegien, (das Collegium der Patricier, welches auch die Junker- oder Eirkelcompagnie genannt worden ist, und die größtentheils aus Rentnern bestehende Kaufleute Compagnie); dann 9 sogenannte bürgerliche Collegien, nämlich die Compagnie der Schonenfahrer, der Novogorodsfahrer, der Bergensfahrer, der Rigafahrer, der Stockholmfahrer und der Gewandschneider, der Kramercompagnie, die Schiffergesellschaft und die Brauerzunft; endlich als 12. Collegium alle Handwerker, bestehend aus den vier großen Handwerksämtern der Schmiede, der Schneider, Bäcker und der Schuster, denen die übrigen 72 besonderen Handwerke, die sogenannten kleinen Nemer, untergeordnet waren ¹⁴⁾. Die Zeit wann die Bürgerschaft in Zünfte eingetheilt worden ist liegt noch im Dunkeln. Es ist zwar bekannt, daß die patricischen Genossenschaften bereits im 14. und 15. Jahrhundert entstanden sind. Auch wird der Bergensfahrer, Schonenfahrer und anderer commercirender Zünfte schon bei den Bewegungen des Jahres 1408 Erwähnung gethan ¹⁵⁾. Wann jedoch die gesammte Bürgerschaft in Zünfte eingetheilt worden ist, liegt noch im Dunkeln, ist mir wenigstens nicht bekannt. Wahrscheinlich geschah es indessen gegen Ende des 16. Jahrhunderts. Denn in dem Recesß von 1605 wird jener Collegien als bereits schon bestehend gedacht ¹⁶⁾. In derselben Zeit hat sich wahrscheinlich auch die bevorzugte Stellung der vier großen Handwerksämter gebildet. Diese vier großen Nemer erhielten indessen nur als Repräsentanten der übrigen Zünfte (der kleinen Nemer) Zutritt zu dem Stadtrath. Sie sollten daher, ehe sie ihre Stimme abgaben, sich zuvor mit den kleinen Nembtern benehmen, was jedoch

14) Dreyer, p. 75 u. 76.

15) Grautoff, Chroniken, II, 656.

16) Recesß von 1605 bei Moser, II, 180.

nicht immer geschehen ist ¹⁷⁾). Die durch den Receß von 1669 eingeführte Verfassung hat sich sodann bis zum Jahre 1848 erhalten.

§. 355.

In der Stadt Chur war die Bürgerschaft in fünf Zünfte, in die Schneider-, Schuster-, Schmiede-, Pfister- und Rebleutezunft eingetheilt. Die Häupter der Stadt waren zwei Bürgermeister und zwei Oberstzunftmeister, welche beide jedes Jahr im Amt wechselten. Der regierende Bürgermeister stand an der Spitze der beiden Rätthe, der regierende Oberstzunftmeister an der Spitze der Zünfte, also an der Spitze der Bürgerschaft selbst, in so weit diese den Rätthen also ihrer Obrigkeit gegenüberstand und einen Gegensatz gegen sie bildete (§. 330). Aber auch die beiden Rätthe wurden aus den Zünften genommen. Jede Zunft wählte nämlich drei Rathsherren in den kleinen Rath und 11 Rathsherren, die sogenannten Eilfer, unter welchen sich immer die beiden Oberzunftmeister befanden, in den großen Rath. Der kleine Rath bestand demnach aus 15 Rathsherren und, da auch die fünf regierenden Oberzunftmeister Zutritt hatten, aus 20 Mitgliedern, unter welchen sich allzeit auch die Bürgermeister und Oberstzunftmeister befanden. Beide Rätthe zusammen (der große Rath) bestanden also aus 75 Personen ¹⁾).

Auch in Bern, Freiburg, Solothurn und Lucern war die Bürgerschaft in Zünfte oder Gesellschaften eingetheilt, wiewohl es daselbst keine Handwerkszünfte gegeben hat.

In Bern wurde bereits am Ende des 13. und im Anfang des 14. Jahrhunderts die Grundlage zu jener merkwürdigen Verfassung gelegt, welche wenige Veränderungen abgerechnet fünf volle Jahrhunderte bis auf unsere Tage bestanden hat. Die Bürgerschaft bestand nämlich im 13. Jahrhundert aus vielen Edelleuten und Rittern, welche sich in der Stadt niedergelassen hatten, dann aus den achtbaren und lebensfähigen Geschlechtern, endlich aus den ärmeren Bürgern, zu welchen die Colonen und einige Handwerker gehört haben. Das Regiment wurde von den Geschlechtern und zwar von einem Rath von 12 Mitgliedern geführt. Um die Nacht

17) Wehrmann, Lüb. Zunftrollen, p. 45—54.

1) Simler, p. 607 u. 608.

der Geschlechter zu brechen, wählte die Gemeinde im Jahre 1294 sechszechn Bürger, vier aus jedem Stadtviertel. Schon früher, wahrscheinlich in der Mitte des 13. Jahrhunderts, war nämlich die Stadt zum Zweck des Kriegsdienstes in vier Quartire oder Viertel eingetheilt und jedem Viertel ursprünglich ein in dem Viertel wohnender Rathsherr und seit der Mitte des 14. Jahrhunderts ein Benner vorgesetzt worden, welcher das Banner zu tragen und den Oberbefehl zu führen hatte. Diese Sechszehn jedes Jahr aus den vier Stadtvierteln zu wählenden Bürger sollten nun bei wichtigen Verhandlungen dem Rath zur Seite stehen. In den aller wichtigsten Angelegenheiten pflegte jedoch nach wie vor die gesammte Bürgerschaft berufen zu werden. An ihre Stelle trat indessen frühe schon ein großer Rath von 50 Mitgliedern, welcher seit dem 14. Jahrhundert auf 200 und mehr vermehrt worden ist ²⁾. Mit der Bevölkerung überhaupt hatten sich nämlich auch die Handwerker vermehrt. Bereits in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts haben schon vier Handwerksgesellschaften, die Pfister, Gerber, Metzger und Schmiede bestanden. Denn schon seit der Mitte des 14. Jahrhunderts wurden aus ihnen die vier Benner genommen ³⁾. Wie anderwärts, so verlangten die Zünfte auch in Bern Antheil an dem Regiment. Sie versammelten sich willkürlich, machten Verordnungen, legten Bußen auf und wollten die Regierung zwingen, ihnen einen Antheil an dem Regiment einzuräumen. Ihre Bestrebungen scheiterten zwar an der Festigkeit der Regierung. Denn in den Jahren 1373 und 1392 wurden alle von ihnen erlassenen Verordnungen wieder aufgehoben und sogar die Zunftverbindungen selbst verboten. In der Hauptsache erreichten sie aber dennoch ihren Zweck und zwar noch im Laufe des 14. Jahrhunderts. Als nämlich im Jahre 1384 eine bedeutende Schuldenlast die Gemeinde veranlaßte den gesammten Rath abzusetzen, wurde zur Abschaffung früherer Mißbräuche beschloffen, daß künftig jedes Jahr die Hälfte des Rathes ausscheiden und durch andere Mitglieder ersetzt werden, daß alle einträglichen Stellen der Handfeste gemäß alle Jahre gewechselt und in dem großen Rath 200 ehrbare

2) Stettler, Staats- und Rechtsgeschichte von Bern, p. 43 u. 44.

3) Stettler, p. 44, 62 u. 77.

Männer sitzen, und diese durch die Venner und die Sechszehner aus den Handwerkern ernannt werden sollten. Der jährliche Wechsel des Rathes ist zwar bald wieder außer Gebrauch gekommen, im Uebrigen aber diese Verfassung bis ins 16. Jahrhundert, und der Hauptsache nach bis auf unsere Tage geblieben ⁴⁾. Auch wurde nun die Bürgerschaft in 12 Gesellschaften oder Zünfte eingetheilt und jeder Gesellschaft mit wenigen Ausnahmen der Name des vornehmsten zu ihr gehörigen Gewerbes ertheilt. Die Zunft der Edelleute nannte man die Gesellschaft zum Narren oder Distelzwang. Die übrigen 11 Gesellschaften waren die Pfister, Schmiede, Metzger, Gerber, Schuhmacher, Weber, Kaufleute, die Mören (so hieß die Zunft der Schneider), die Zimmerleute, die Affen (so hieß die Zunft der Steinhauer und Steinmetzen) und die Schiffeleute ⁵⁾. Der große Rath vertrat nun die Stelle der gesamten Gemeinde. Diese wurde daher immer seltener und seit dem Ende des 15. Jahrhunderts gar nicht mehr berufen. Nur in außerordentlichen Fällen trat noch die gesamte Bürgerschaft zusammen, z. B. im Jahre 1384, um den gesamten Rath abzusetzen und im Jahre 1527, um die Reformation gegen den Willen des Rathes durchzusetzen ⁶⁾. Um dieselbe Zeit wie die Sechszehner, also gegen Ende des 13. Jahrhunderts, wurden auch die Heimlicher eingeführt, welche als Tribunen des großen Rathes dessen Rechte bei den Sitzungen des kleinen Rathes gegen allenfallige Eingriffe zu wahren hatten ⁷⁾. Und diese Grundlage der Verfassung hat sich mit wenigen Veränderungen fünfhundert Jahre lang bis auf unsere Tage erhalten.

Die Bürgerschaft von Freiburg in der Schweiz war in 13 Zünfte eingetheilt und die Bürgerschaft von Solothurn in 11 Zünfte. Die Geschlechter bildeten daselbst keine eigenen Gesellschaften ⁸⁾, wohl aber in Lucern, wo die Bürgerschaft in 9 Gesellschaften oder Stuben eingetheilt war. Die Geschlechtergesellschaft nannte man daselbst die Herren- oder Edelleutegesellschaft

4) Stettler, p. 45.

5) Simler, p. 499.

6) Stettler, p. 44, 45 u. 46.

7) Stettler, p. 44.

8) Simler, p. 499 u. 500.

zum Affenwagen, und außer den Geschlechtern wurden von ihr nur noch Geistliche Herren aufgenommen. Die übrigen 8 Gesellschaften in Lucern waren die zum Safran oder Frittschi, die Metzger, zu welchen auch die Fischer gehört haben, die Pfister, die Schneider, die Schmiede, die Gerber (die Roth- und die Weissgerber), die Schuhmacher und die Kürschner⁹⁾.

§. 356.

Auch in Breslau herrschten ursprünglich die Geschlechter. Der Geschlechterrath bestand bis zum Jahre 1281 aus fünf, später aus acht Mitgliedern. Aber bereits im Jahre 1314 erhielten sechs Männer aus den verschiedenen Handwerken Zutritt zu dem Rathe. Schon im Jahre 1320 wurden jedoch diese 6 zünftigen Meister wieder entfernt. Dies führte im Jahre 1333 zum Aufstand, an dessen Spitze die Tuchmacher und die Bäcker standen. Der Aufstand endigte zwar mit der Hinrichtung der Häupter. Allein im Jahre 1343 wurde dennoch die Zahl der Rathsmitglieder bis auf 32 erhöht und der Bürgerschaft gestattet bei der Rathswahl auch die Zünfte zu berücksichtigen. Der neue Rath war jedoch nicht beliebt. Daher stellte Karl IV. im Jahre 1346 den alten aus 8 Mitgliedern bestehenden Rath wieder her. Und die Stadt blühte sodann bis nach Karls IV. Tode unter seinem Sohne Wenzel die Unruhen von Neuem wieder begannen. Zum Kampf kam es jedoch erst im Jahre 1390. Und an der Spitze des Aufstandes standen diesmal außer den Tuchmachern hauptsächlich die zahlreichen Schlächter. Mit kurzen Unterbrechungen wiederholten sich nun fast Jahr für Jahr diese Kämpfe, bis es im Jahre 1418 zu jenem großen Aufstande kam, der erst im Jahre 1420 mit der Hinrichtung der 23 Häupter des Aufstandes, größtentheils sehr angesehener Zunftmeister und Zunftälteste geendigt hat. Statt der Zünfte nahmen nun die Könige selbst die Regulirung der Rathswahlen in die Hand. Im Jahre 1436 wurde die Rathswahl durch Regelung angeordnet, im Jahre 1475 aber von König Matthias folgende Anordnung getroffen. Die Kaufleute sollten 24 Männer aus ihrer Mitte, diese sodann 24 Männer aus den Zechen und Hand-

9) Simler, p. 542 u. 548.

wertern, und sämtliche 48 mit den Rathmännern und mit den Schöffen vereint sieben Rathmänner wählen, während sich der König selbst die Wahl des achten vorbehielt. Auch in Breslau hatten demnach die Zünfte gesiegt, ungeachtet ihrer Niederlage im Jahre 1420. Da jedoch die Kaufleute vorherrschten, so behielt die Verfassung nach wie vor einen mehr aristokratischen Character¹⁾.

Auch in Soest, in Osnabrück, in Münster, in Nordhausen, in Fulda und Weßlar hat streng genommen das Zunftregiment bestanden, wiewohl daselbst nicht die ganze Bürgerschaft in Zünfte eingetheilt war. Denn auch dort haben die Zünfte in derselben Weise geherrscht, wie z. B. in Magdeburg, wo neben den Zünften ebenfalls noch eine Gemeinde, wiewohl in einer sehr untergeordneten Stellung bestanden hat (§. 338 u. 339). Und in Weßlar wurden sogar die neben den Zünften noch fortbestehenden drei Gemeinden selbst als Zünfte betrachtet und behandelt (§. 339).

6) Die Zünfte waren nun politische Abtheilungen der Bürgerschaft.

§. 357.

Die Zünfte waren ursprünglich, seitdem sie freie Vereine geworden waren, Gewerbsgenossenschaften (§. 259—260). Seit dem Siege der Zünfte wurden sie jedoch politische Genossenschaften. Die seit dem Siege der Zünfte erfolgte Eintheilung der Bürgerschaft in Zünfte war nämlich eine politische Eintheilung. Denn alle bürgerlichen Rechte und Verbindlichkeiten waren nun abhängig von der Aufnahme in eine jener Genossenschaften. Klar und deutlich zeigt sich dieses zumal in jenen Städten, in welchen wie in Bern, Lucern, Freiburg und Solothurn gar keine Handwerkszünfte bestanden, und die Bürgerschaft dennoch in Zünfte, Gesellschaften oder Stuben eingetheilt war, in welche sich die an dem Regiment Antheil nehmenden Bürger aufnehmen lassen

1) L. u. St. p. 235 u. 236. Ein guter Aufsatz über die Verfassungskämpfe in Breslau bis zu dem Aufstand im Jahre 1418 im Grenzboten v. J. 1859, Nr. 2. p. 56—70.

mußten ¹⁾. Allein auch in allen übrigen Städten, in welchen entweder das Zunftregiment vollständig eingeführt worden war, oder in denen die Geschlechter sich in einer Masse mit den übrigen Bürgern verschmolzen oder noch neben den Zünften fortherrschten oder die Herrschaft mit den Zünften getheilt hatten, waren die Zünfte politische Abtheilungen geworden, an welche alle bürgerlichen Rechte und Verbindlichkeiten geknüpft waren. In jenen Städten nämlich, in welchen die Geschlechter sich unter den übrigen Bürgern verloren und mit denselben zu einer Masse verschmolzen hatten, wurde nun die Bürgerschaft insgemein in zwei Theile getheilt, z. B. in Soest in die Zünfte oder Aemter und in die Gemeinheit vom Stahlgadem, in Osnabrück in die Gilde und in die Wehr, in Fulda in die großen Zünfte und in die Gemeinde, und in Dortmund in die gemeine oder erbgessene Bürgerschaft und in die Gilben. Und jeder, der Antheil an dem Regiment haben wollte, mußte sich entweder in eine Zunft oder Gilde, oder in die Gemeinde aufnehmen lassen (§. 338 u. 339). Eben so war es aber auch in jenen Städten, in welchen die Geschlechter entweder neben den Zünften noch fortherrschten oder das Regiment mit den Zünften getheilt hatten. Die Geschlechter führten daselbst zwar noch wie vor noch den Titel Bürger und die Zunftgenossen wurden ihnen entgegengesetzt und von denselben unterschieden, z. B. in Augsburg ²⁾, in Ulm ³⁾, in Zürich ⁴⁾, in Straßburg, Eßlingen, Frankfurt u. a. m. (§. 316, 342, 348 u. 350). Die Geschlechter bildeten daher immer noch die eigentliche Bürgerschaft oder, wie in Frankfurt am Main, die Gemeinde (§. 342). Da jedoch auch die Handwerker, welche daselbst in eine Zunft aufgenommen wurden, in der That Bürger waren, so bildeten nun auch dort die Zünfte politische Abtheilungen. Wer daher Antheil an dem Regiment haben wollte, mußte sich entweder in eine Geschlechterstube oder in

1) Simler, p. 499, 500 u. 542.

2) Zunftbrief von 1368 bei Langenmantel, p. 44. und Chronik von Augsburg, I, 136. „zween Burgermeister, einen von den Burgern, und „einen auß den Zünfften.“

3) Schwörbrief von 1327 bei Jäger, Ulm, p. 738, 739 u. 742.

4) Geschworne Brief von 1336.

eine Zunft aufnehmen lassen, z. B. in Frankfurt ^{4a)}, in Eßlingen ⁵⁾, in Ulm ⁶⁾, in Augsburg, Basel, Straßburg, in Metz u. a. m. (§. 315, 345, 348, 349, 353). Dasselbe war endlich auch in jenen Städten der Fall, in welchen das Zunftregiment vollständig eingeführt worden war, in späteren Zeiten also auch in Köln und in Speier, dann in Landau, Bern, Freiburg, Lucern, Solothurn u. a. m. (§. 312, 351, 354 u. 355). In Speier sollten die nicht zünftigen Leute nicht ein Mal geschützt und geschirmt, und daher kein Friedbruch und kein Frevel an ihnen begangen werden ^{6a)}. Auch gilt dieses nicht bloß von den eigentlichen Handwerkern, sondern in ganz gleicher Weise auch von allen übrigen in der Stadt angesessenen Leuten, von den Beamten, Officiren u. s. w., und insbesondere auch von den Geschlechtern.

§. 358.

Alle in der Stadt angesessenen Handwerker und Gewerbsleute mußten sich, um Antheil an dem Regiment zu erhalten, in eine der als rathsfähig anerkannten Zünfte aufnehmen lassen. Da nun immer nur eine bestimmte Anzahl von Zünften als rathsfähig anerkannt worden ist, so findet man öfters die aller verschiedenartigsten Gewerbe in einer und derselben rathsfähigen Zunft.

In Basel gehörten zu der Zunft der Kaufleute oder zum Schlüssel die Handelsleute und Fabrikanten, insbesondere auch die Tuchscherer und eine Zeit lang auch noch die Grautücher- oder Wollenweber ¹⁾. Zur Zunft der Hausgenossen die Gold- und Silberschmiede, die Zinngießer, Hafengießer und viele Handelsleute und Fabrikanten ²⁾. Zur Zunft der Weinleute die Weinhändler, Weinschenken, Weinrufer und Weinmesser, und außerdem noch Handelsleute und Fabrikanten ³⁾. Zur Zunft der

4a) Verordnung aus 15. sec. bei Kirchner, I, 428. und oben §. 304.

5) Pfaff, p. 154 u. 157.

6) Jäger, Ulm, p. 233 u. 738.

6a) Einigung von 1328 §. 63 und von 1349 bei Lehmann, p. 288 u. 614.

1) Dds, II, 123 bis 125.

2) Dds, II, 128.

3) Dds, II, 132, V, 41.

Krämer oder zum Saffran die Apotheker, Hutmacher, Gürtler, Nabler, Spengler, Weißgerber, Lederausbreiter, Handschuhmacher, Säckler, Pergamenten, Buchbinder, Knopfmacher, Nestler, Hosenließmer (Verfertiger von wollenen Strümpfen und Müßen), Kammacher, Bürstenbinder, Lebkücher, viele Handelsleute und Fabrikanten, und auch die Musikanten und Tanzmeister⁴⁾. Zur Zunft der Schmiede die Schlosser, Waffen-, Degen-, Messer-, Nagel-, Huf- und Kupferschmiede, die Windenmacher, Harnischmacher, Armbruster, Uhrmacher, Müller, Schleifer, Schriftgießer und Eisenkrämer⁵⁾. Zur Zunft der Gärtner die Obsthändler („Obzer“), die Victualien- oder Kleinhändler (die sogenannten Menkeller oder Gramper), die Wursthändler, die Köche, Pastetenbäcker, Wirth, Seiler, Fuhrleute, Postillione, dann noch Handelsleute und Fabrikanten⁶⁾. Zur Zunft der Spinnwetter (von ihrem Wappen also benannt), die Maurer, Zimmerleute, Gipser, Wagner, Dreher, Rübler, und seit dem 14. und 15. Jahrhundert auch noch die Holzhändler, Bildschnitzer oder Bildhauer, Steinmessen, Schreiner, Säger, Schindler, Decker, Ziegler, Hafner, Kaminfeger, Siebmacher und einige Handelsleute und Fabrikanten⁷⁾. Zur Zunft der Scherer und Mahler die Wundärzte, Barbieri, Zeichner, Kupferstecher, Petschaftstecher, die sogenannten Flachmahler oder Anstreicher, Glaser und Sattler, und zwar die Reit- und Kommet-sattler⁸⁾. Zur Zunft der Leinwetter und Weber die Leineweber, Wollweber, Posamentirer, Färber, Bleicher und einige Handelsleute und Fabrikanten⁹⁾. Zur Zunft der Schneider die Kürschner und Käufler oder Altgewänder¹⁰⁾.

4) Dchs, II, 134, V, 40.

5) Dchs, II, 144.

6) Dchs, I, 352, II, 152—156. Menkelllet oder Meinkeller hießen die mit Victualien einen Kleinhandel treibenden Grämper wahrscheinlich deswegen, weil sie ihre Waaren in gemeinen Kellern feil hielten, wie die Metzger auf den gemeinen Brodbänken. Vergl. Dchs, I, 352. Not. Stalder, I, 470 u. 471. und Königshoven, p. 307.

7) Dchs, I, 321, 323, 404, II, 160 u. 161. Vergl. Schmid, schwäb. Wörterb. p. 502.

8) Dchs, II, 161 u. 162.

9) Dchs, II, 163.

10) Dchs, II, 147 ff.

In Augsburg gehörten zur Krämerzunft die Buchhändler, Specereihändler, die Seckler, Handschuhmacher und die Kartenmacher. Zur Bäckerzunft auch die Müller. Zur Schneiderzunft die Sticker und Tuchscheerer. Zur Bierbrauerzunft auch die Weinwirth. Zur Ledweberzunft die Geschlachtgewandter, die Seiden-, Schön- und Leinensfärber. Zur Zimmerleutezunft die Maurer, Kistler, Bildhauer und Hafner. Zur Schmiedezunft die Huf-, Zirkel-, Waffen- und Kupferschmiede, die Schlosser, Glocken- und Stückgießer, die Zinn- und Kannengießer, die Sporer, Uhrmacher, Glaser, Glasmahler und Sattler. Zur Schefflerzunft die Drechsler und Wagner. Zur Obserzunft die Kräutler, Gärtner, Hucker und Seiler. Zur Gerberzunft auch die Weißgerber und Pergamenten¹¹⁾.

In Eßlingen gehörten zur Krämerzunft die Mahler, Apotheker, Bäcker, Knopfmacher, Buchbinder, Papierer, Dreher und Beindreher, Nestler, Seiler, Nadler, Gürtler, Sattler, Glaser und Glasmahler. Zur Schmiedezunft die Wagner, Zinngießer, Schlosser, Büchsen-, Uhren- und Wendenmacher, Polierer, Schleifer und Plattner. Zur Bäckerzunft die Maurer, Dachdecker, Steinmessen, Lüncher und Ipsen. Zur Schneiderzunft die Färber, Tuchscheerer und Leineweber. Zur Tuchmacherzunft die Zeug- und Hutmacher, die Hosen- und Strumpfstriker. Zur Küferzunft die Zimmerleute, Schreiner, Büchsenmacher und Bildhauer. Zur Kürschnerzunft die Barbierer, Bader und Hafner¹²⁾.

In Straßburg gehörten zur Zunft der Lucernen die Getreidehändler, Kornwerfer, Müller, Barbieri und Chirurgen¹³⁾, zur Zunft zur Stelz die Gold- und Silberarbeiter, die Glaser, Buchbinder, Mahler, Bildhauer, Vergolder und Laquirer, Buchdrucker, Buchhändler, Kupferstecher, Kartenmacher u. a. m., zur Küferzunft die Küfer, Kübler und Bierstieder, zur Schmiedezunft auch die Bader, Bohrenmacher, Büchsenmacher, Eiselirer, Gießer, Schlosser, Schwertfeger, Uhrmacher, Zinngießer u. a. m., zur Zimmerleutzunft auch die Wagner, Schreiner, Dreher, Sippmacher,

11) Langenmantel, p. 57 u. 58.

12) Pfaff, p. 154.

13) Grandidier, II, 60.

Korbmacher, Büchschifter, Lautenmacher, Orgelbauer u. a. m. ¹⁴⁾. In Magdeburg gehörten die Seidenkrämer, Leinenträmer, Leinwandschneider, Beutler, Zeugstricker (Baumstricker), Taschner und Sattler zu einer Gilde ¹⁵⁾. In Weßlar gehörten zur rathsfähigen Zunft der Holz- und Steinarbeiter die Zimmerleute, Maurer, Steinmetzen oder Steinhauer, Schieferdecker und die Schreiner oder Tischler, und eine Zeit lang auch noch die Faßbinder oder Küfer, die Wagner oder Rademacher und die Dreher oder Drechsler ¹⁶⁾. Und zur Zunft der Schmiede gehörten daselbst außer den Hufschmieden auch noch die Kupferschmiede, die Schlosser, die Blechschmiede oder Spängler, die Gold- und Silberarbeiter, die Kannen- oder Zingieser, die Gürtler, die Büchsenmacher, die Messerschmiede, Nagelschmiede, Glaser, Sattler, Uhrmacher, Schwerdfeger, Windemacher, Sporer, die Zeug- und Waffenschmiede, die Weißgerber, Blau- oder Schönfärber und die Hutmacher. Sie wurden eingetheilt in die im Feuer arbeitenden und in die den Hammer führenden Handwerker. Und auch diejenigen, welche zwar nicht im Feuer arbeiten, aber doch mit Eisenwaaren handeln wollten, mußten sich in die Schmiedezunft aufnehmen lassen ¹⁷⁾. Ebenso mußten sich die mit Wollenwaaren Handel treibenden Bürger in die Wollenweberzunft aufnehmen lassen. Und man nannte die mit ausländischen zumal englischen Tüchern Handelnden die englischen Zunftgenossen ¹⁸⁾.

In Speier wurde mehrmals gewechselt. Im Jahre 1327 gehörten die Ducher, Gewender und Enider zu einer Zunft; ebenso die Kolhengere, Bertener und Alderlute; dann die Zimerlute, Steinmetzen und Schislute; ferner die Schuchfutare und Laumer; endlich die Altgewender, Mütter (Kornmesser) und Sagtregere ¹⁹⁾. Später war es wieder anders. Und im Anfang des 16. Jahrhunderts gehörten zur Tucherzunft die Hutmacher, Witter, Scherer und Sackträger, zur Krämerzunft die Glaser, Seckler,

14) Heiß, das Zunftwesen in Straßburg, p. 48, 52, 59, 66, 72.

15) Glosse zum Sächs. Weichbild, art. 43.

16) von Ulmenstein, III, 220, 225 u. 226.

17) von Ulmenstein, III, 221—224.

18) von Ulmenstein, III, 224 u. 225.

19) Rau, II, 2.

Weißgerber, Nestler, Nadler, Mahler, Gürtler, Spengler, Sattler, Kartenmahler, Bürstenbinder, Weinschröter und Apotheker. Zur Weberzunft die Wollen-, Leinen- und Särgenweber, dann die Blau- und Schwarzfärber. Zur Schneiderzunft die Tuchscheerer und Seidensticker. Zur Schmiedezunft die Gold-, Fuß- und Messerschmiede, die Schlosser, Sporer, Platner, Kannengießer, Kefler und Bader ²⁰⁾.

In Biberach gehörten zur Schneiderzunft auch noch die Gewandschneider, Tuchscheerer, Grautucher, Färber, Hutmacher Kürschner, Glaser, Seiler, Säckler, Krämer und Paternosterer ²¹⁾. In Goessfeld bildeten die Mahler, Glaser, Goldschmiede, Zinn gießer und Buchbinder eine Gilde ²²⁾. In Bern gehörten zur Zunft der Zimmerleute die Wagner, Tischmacher und Dreher. Zur Weberzunft die Bleicher und Färber. Zur Zunft der Pfister die Bäcker, Grieser und Müller ²³⁾. In Lucern zur Gesellschaft zum Safran oder Fritsch die Krämer, Specirer, Maurer, Steinmessen, Zimmerleute, Schreiner und Hafner. Zur Gesellschaft der Pfister die Pastetenbäcker, Müller, Schiffeleute und Gemüßler. Zur Gesellschaft der Schmiede die Kupfer- und Degenschmiede, Schlosser, Büchsen-, Uhren- und Windenmacher und Zinngießer ²⁴⁾. In Landau zur Holzzunft die Rüfer, Schreiner, Wagner und Zimmerleute. Zur Schneiderzunft auch die Kleiderhändler. Zur Maurerzunft auch die Steinhauer und Hafner. Zur Krämerzunft die Specereihändler, Buchbinder und Zuckerbäcker. Zur Feuerzunft die Schmiede, Schlosser, Messerschmiede und Schwertfeger. Zur Metzgerzunft auch die Lichterzieher, Seifensieder, Wurstmacher und Ruttelhändler. Zur Bäckerzunft auch die Müller und Mehlhändler ²⁵⁾.

§. 359.

Allein nicht bloß die eigentlichen Gewerbsleute, auch alle

20) Rau, II, 4. Vergl. p. 8.

21) Zunftordnung von 1485 bei Jäger, Mag. IV, 175.

22) Söfeland, p. 78.

23) Simler, p. 499.

24) Simler, p. 542. Vergl. oben §. 355.

25) von Birnbaum, p. 115 u. 116.

übrigen in der Stadt angesessenen Leute mußten sich, wenn sie Antheil an dem Regiment haben wollten, in einer rathsfähigen Zunft aufnehmen lassen. In Basel hatten die Schneider schon im Jahre 1260 das Recht erhalten auch Andere, die nicht ihres Gewerbes waren, in ihre Zunft aufnehmen zu dürfen ¹⁾. Daher findet man seit dem 15. Jahrhundert auch Rechtsgelehrte und Priester in ihrer Zunft ²⁾. Aber auch die übrigen Zünfte in Basel hatten, wenigstens seit dem 15. Jahrhundert, dasselbe Recht. Daher findet man daselbst in der Zunft der Kaufleute auch Rentner, Officire und Juristen ³⁾; in der Zunft der Krämer ebenfalls Rentner, Officire und Juristen, dann noch Aerzte und, wie wir gesehen, auch Musiker und Tanzmeister ⁴⁾; in der Zunft der Hausgenossen Rentner, Officire und Juristen ⁵⁾; in der Zunft der Weinleute Klosteramtleute oder Schafner, Notare, Schreiber und andere studierte Leute, sodann Officire und Rentner ⁶⁾; in der Zunft der Schmiede Officire, Juristen, Notare, Schreiber, Aerzte und Pferdeärzte ⁷⁾; endlich auch in den Zünften der Gärtner ⁸⁾, der Spinnwetter ^{8a)} und der Leinwetter und Weber Rentner, Officire und Juristen ⁹⁾. Auch in Augsburg findet man unter den Kaufleuten, Krämern, Webern, Salzfertigern und Meßgern Doctoren und andere gelehrte nicht von ihrer Handarbeit lebende Leute ¹⁰⁾. Eben so findet man in Straßburg in der Zunft zur Lucern oder in der Herrenstube neben den Kornwerfern auch Juristen, insbesondere Licentiatii juris, Notare, Chirurgen

1) Zunftbrief von 1260 bei Döb, I, 350. *Idem faciunt qui ipsorum operis non fuerint si sepedictae societati seu confratriae voluerint interesse.*

2) Döb, II, 147.

3) Döb, II, 123.

4) Döb, II, 134, III, 94.

5) Döb, II, 128.

6) Döb, II, 132 u. 133.

7) Döb, II, 144, 145, III 94.

8) Döb, II, 156.

8a) Döb, II, 161.

9) Döb, II, 163.

10) von Stetten, Geschl. Gesch. p. 137. Vergl. oben §. 315.

und Aerzte ¹¹⁾. Zur Freiburgerzunft gehörten daselbst in früheren Zeiten die freien Leute, das heißt alle diejenigen, welche kein Handwerk trieben, weshalb die Zunft auch die Müßiggängerzunft genannt worden ist. Späterhin gehörten in diese Zunft die Gastwirth und die Garlöche ¹²⁾. Sogar die protestantischen Geistlichen mußten sich in Straßburg in eine der 20 Zünfte einschreiben lassen, die katholischen Geistlichen aber nicht. Sie brauchten nach einem Vertrage mit dem Bischof den Zünften nicht zu dienen ¹³⁾. Auch in Basel sollten sich die Priester „die seien „Domherren, Chorherren oder Caplane, allein die Seelsorger und Predikanten ausgenommen, zu einer ihnen beliebigen Zunft einschreiben lassen“, um sodann mit dieser zu hüten und zu wachen ¹⁴⁾. Und bei den Schneidern ließen sich frühe schon, wie wir gesehen, die Priester aufnehmen. In Lucern findet man die Geistlichen in der Edelleutegesellschaft ¹⁵⁾. Und in Straßburg trat Calvin, als er sich daselbst niederlassen wollte, in die Zunft der Schneider ¹⁶⁾. Die Schneiderzunft von Straßburg hat sich von je her durch ihren Muth und durch ihre Vaterlandsliebe ausgezeichnet. Als im Jahre 1681 im Schöffennathe die Frage über die Vereinigung der Stadt mit Frankreich verathen wurde, waren es nur allein die Schneider, welche widersprachen und erklärten, die Freiheit der Stadt eher bis in den Tod vertheidigen zu wollen. Und als 109 Jahre später in demselben Schöffennathe die Annahme der neuen Municipalverfassung angerathen wurde, da waren es wieder nur allein die Schneider, welche dagegen und für die Beibehaltung ihrer alten 500 jährigen Verfassung stimmten ¹⁷⁾. Und dieser fast allen Schneidern angeborne Freiheitsinn mag den berühmten Reformator angezogen und bewogen haben, sich ihrer Zunft anzuschließen. In Osnabrück endlich gehörten zwar die Gelehrten nicht zu den Gilden, wohl aber zur Wehr ¹⁸⁾.

11) Altes Zunftbuch bei Mittermaier, Pr. R. II, 644. Rot.

12) Heitz, das Zunftwesen in Straßburg, p. 48.

13) Heitz, p. 22. Rot.

14) Rathesbeschluß von 1526 bei Ochs, V, 548.

15) Simler, p. 542.

16) Henry, Leben Calvins, p. 104.

17) Heitz, p. 65—66. Rot.

18) Walch, VI, 266. Vergl. oben §. 839.

§. 360.

Auch die Geschlechter mußten sich in einer rathsfähigen Zunft aufnehmen lassen oder eine eigene Geschlechterzunft oder Geschlechtergesellschaft bilden. Meistentheils vereinigten sich die alten Ritter- und ritterbürtigen Geschlechter zu einer eigenen Geschlechterzunft. Man findet daher in fast allen alten Städten solche Geschlechterzünfte unter verschiedenen Benennungen, z. B. in Speier, Landau, Lindau, Bern, Zürich, Lucern u. a. m., insbesondere auch in Biberach ¹⁾, in Köln sogar 5 Geschlechtergaffeln und in Lübeck zwei patricische Collegien. In jenen Städten aber, in welchen sich keine Geschlechterzünfte und auch keine Geschlechterstuben gebildet hatten, mußten die Geschlechter, wenn sie rathsfähig sein wollten, in irgend eine Zunft eintreten, z. B. in Konstanz (§. 353). Darum ließ sich in Salzwehel im Jahre 1287 ein Ritterbürtiger und sogar der Markgraf von Brandenburg selbst in die freilich sehr angesehene Gewandschneidergilde aufnehmen ²⁾. Auch in Braunschweig hielten sich die Patricier entweder zur Gilde der Wandschneider oder zur Gilde der Wechsler ³⁾. Oesters traten jedoch auch in jenen Städten, in welchen es Geschlechterzünfte oder Geschlechterstuben gegeben hat, einzelne Geschlechter, welche nicht müßig gehen, vielmehr reich werden wollten, einer Handwerks- oder Gewerbszunft bei, z. B. in Augsburg der Zunft der Kaufleute, der Krämer, Salzfertiger, Weber und der Metzger ⁴⁾, vielleicht auch der Zunft der Schuster ⁵⁾, in Ulm der Marner oder Loberer Zunft ⁶⁾ oder der Zunft der Kaufleute ⁷⁾ und in Frankfurt am Main der angesehenen Zunft der Wollenweber ⁸⁾.

1) Zunftordnung von 1485 bei Jäger, Mag. IV, 175.

2) Urk. von 1287 bei Belmann, Besch. der Mark Brandenb. V, 1. 3. p. 70. Sigfridus de Walsleve, qui etiam in predicta fraternitate ad voluntatem nostram favorabiliter est receptus — et quia nos personaliter in eandem fraternitatem recepti sumus. —

3) von Strombeck, Henning, Brabant, p. 13. Not.

4) von Stetten, Geschl. Gesch. p. 48, 50, 51, 55, 57, 60 u. 62. Langenmantel, p. 88. Vergl. oben §. 315.

5) von Stetten, p. 45.

6) Jäger, Ulm, p. 637 f.

7) Jäger, Ulm, p. 637 f. u. 666.

8) von Fichard, Entst. von Frankf. p. 187 u. 188.

Ursprünglich wurden wohl nur Geschlechter in die Geschlechterstuben und auch in die Geschlechterzünfte aufgenommen. Da jedoch wenigstens in früheren Zeiten auch die Geschlechter Handel getrieben haben, so findet man in vielen Geschlechter-Zünften und Stuben auch Kaufleute, z. B. in Köln in allen fünf Geschlechtergassen und in Lübeck und in Schaffhausen wenigstens in der zweiten Geschlechtergesellschaft, welche daher in Lübeck die Kaufleute Compagnie und in Schaffhausen die Kaufleutestube genannt worden ist (§. 350 u. 354). Die meisten Geschlechter-Zünfte und Stuben verlangten jedoch, um ihre Ebenbürtigkeit mit den Edelleuten auf dem Lande zu retten, daß ihre Mitglieder rittermäßig und nicht von ihrer Handarbeit lebten. Daher mußten sich die Geschlechter in Augsburg im Jahre 1368 erklären, ob sie in das Geschlechterregister eingetragen werden und dann müßig gehen oder in eine Zunft aufgenommen werden wollten (§. 315). In Straßburg wurden sogar viele Gewerbsleute, welche bis 1332 und 1362 zu den Constoffern gehört hatten, in diesen Jahren genöthiget, entweder neue Zünfte zu bilden oder sich in einer anderen Zunft aufnehmen zu lassen (§. 130 u. 348). Aber auch anderwärts haben sich die Geschlechter gegen die bürgerlichen Zünfte abgeschlossen und dadurch, z. B. in Nürnberg, Frankfurt, Ulm u. a. m. ihre Ritterbürtigkeit bis auf unsere Tage bewahret. Nur in jenen Städten, in welchen die Geschlechter durch Auswanderung oder Verbannung bedeutend gelichtet worden waren, suchte man die alten gebornen Aristokraten durch neue Aristokraten zu ergänzen und zu verstärken. Dies geschah z. B. in Zürich schon im Jahre 1336 durch die Aufnahme der Großhändler, der Gewandschneider und anderer Gewerbsleute in die Constafel (§. 318). In Augsburg entstand auf diese Weise im 15. Jahrhundert die Mehreren Gesellschaft (§. 315). In Solothurn nahm man die geistlichen Herren in die Edelleutengesellschaft auf und in Landau gehörten in die Ritterzunft zuletzt sogar die Gastwirth, die Glaser, Perückenmacher und die Barbier⁹⁾. Meistentheils hat man es aber versäumt die durch Auswanderung und Aussterben entstandenen Lücken wieder zu ergänzen. Daher haben sich die Geschlechterzünfte und die Geschlechterstuben

9) von Birnbaum, p. 115.

und die Geschlechter selbst in vielen Städten gänzlich verloren, z. B. in Basel und Speier im Laufe des 17. Jahrhunderts (§. 304 u. 312).

§. 361.

Die rathsfähigen Zünfte sind demnach politische Abtheilungen gewesen. Und je nach den Umständen war ihre Anzahl sehr verschieden, verschieden sowohl in den verschiedenen Städten als zu den verschiedenen Zeiten sogar in einer und derselben Stadt. In Straßburg z. B., dann in Worms, Speier, Zürich u. a. m. hat die Anzahl der Zünfte, wie wir gesehen, zu verschiedenen Zeiten mehrmals gewechselt. Eben so in Wezlar, in Magdeburg und in Konstanz. In Wezlar hat es bis ins 16. Jahrhundert nur sieben rathsfähige Zünfte gegeben, im 17. Jahrhundert acht und seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts neun Handwerkszünfte, mit den drei Gemeinden also 12 Zünfte (§. 339). In Magdeburg haben anfangs nur 5 Zünfte bestanden. Daher wurden ursprünglich nur die Fünfmeister („Biefmeister“) bei den öffentlichen Verhandlungen genannt¹⁾. Später erst wurden sie auf 10 Zünfte vermehrt, aber immer noch als die fünf alten oder großen Zünfte von den fünf späteren oder kleinen Zünften unterschieden²⁾. In Konstanz aber wurden die früheren 19 Zünfte vom Kaiser Siegmund in 10 zusammen gezogen³⁾. Noch weit verschiedener war jedoch die Anzahl der Zünfte in den verschiedenen Städten. Während es nämlich in Worms 24 und später 17 Zünfte⁴⁾, in Köln 22 Gassen, in Augsburg 18 Zünfte, in Ulm 17, in Zürich, Freiburg in der Schweiz, Landau und Eßlingen 13 und in Bern 12 Zünfte gegeben hat, findet man in Solothurn nur 11, in Schaffhausen, Magdeburg und Konstanz 10, in Frankfurt, Emden, Rotweil und Lucern 9, in Nürnberg 8, in Ueberlingen 7, in Chur fünf und in Lübeck nur vier, die vier großen Handwerksämter. Auch in einigen Städten der Mark Brandenburg, z. B. in Frankfurt an der Oder und in Berlin selbst hatten nur vier Zünfte

1) Magdeburg. Schöppen Chron. ad 1292 bei Boysen, II, 198.

2) Rathmann, II, 185, III, 294.

3) Hüllmann, Städtewesen, III, 566.

4) Urf. von 1393 u. 1519 bei Schannat, II, 208 u. 320.

die sogenannten Vierwerke, Zutritt zum Stadtrath erhalten. Die Vierwerke bestanden meistentheils aus den Tuchmachern, Schuhmachern, Bäckern und Metzgern. In Briezen bestanden sie jedoch aus den Bäckern, Schuhmachern, Böttchern und Schneidern. In Landsberg hat es Fünfwerke gegeben und in Stendal sogar Dreierwerke, bestehend aus Gewandschneidern, Krämern und Metzgern⁵⁾.

Dicjenigen Zünfte nun, welche nicht als rathsfähige Zünfte anerkannt worden waren, mußten sich, wenn sie Antheil an dem Regiment haben wollten, einer rathsfähigen Zunft anschließen. In Augsburg war dieses ausdrücklich vorgeschrieben. („was aber andere Zünfften seyn, die nit einen Zunftmeister an „den Rath gehaben mögen, die sollen sich unter die achtzehn Zünfften verpflichten, vermischen und verbinden“)“⁶⁾. Aber auch anderwärts war es nicht anders. Daher finden wir, wie wir gesehen, die aller verschiedenartigsten Gewerbe mit einander verbunden zu einer einzigen rathsfähigen Zunft. War nun eine solche rathsfähige Zunft sehr groß, so gestattete man den einzelnen zu einer solchen Zunft gehörenden Handwerkern zur Besorgung ihrer Handwerksangelegenheiten eigene Genossenschaften zu bilden, oder man behielt auch die bereits bestehenden Gewerbszünfte bei. In Zürich pflegte man die Handwerksgenossenschaften Innungen zu nennen zum Unterschiede von den rathsfähigen Zünften. Und mehrere Innungen bildeten daselbst eine Zunft⁷⁾. In Köln nannte man die Unterabtheilungen der rathsfähigen Aemter oder Gassen gleichfalls Aemter. So waren mit dem Wullenamt noch die Aemter der Tuchscheerer, Weißgerber und Tirteyer verbunden; mit den Schildern (Mahlern) die Aemter der Waffensmacher oder Wapensmacher, der Sattler oder Sabelmacher und der Glaser oder Glaswärter; mit den Steinmetzen die Aemter der Zimmerleute, Holzschneider, Kistenmacher, Leinwäcker und Schleifer; mit den Gürtelmachern die Aemter der Ledercorreider (Lohgerber),

5) Urf. von 1442 bei Fibicin, II, 183. Zimmermann, I, 100, 188 u. 189.

6) Zunftbrief von 1368 bei Langenmantel, p. 43.

7) Hottinger im Schweizer. Museum, I, 49, 50 u. 85.

Nadelmacher, Dreßler (Drechsler) Bulmacher (Beutelmacher) und Henschenmacher (Handschuhmacher); mit den Schuhmachern die Aemter der Lörer (Riemer) und der Holschenmacher (Holzschuhmacher); mit den Sarwerkern die Aemter der Taschenmacher, Schwertsfeger und Bartscherer; mit den Kannegießern das Amt der Hamacher; mit den Faßbändern das Weinamt und das Amt der Weinschröter; mit den Ziegenwebern die Aemter der Decklachweber und die Leineweber⁸⁾. In Basel nannte man jene Zünfte, welche in mehrere Zunftgenossenschaften abgetheilt waren, gespaltene Zünfte oder auch halbe Zünfte, weil sie nur halb so viele Stellvertreter im Rathe hatten, als die ganzen Zünfte. Jede Abtheilung hatte ihr eigenes Zunfthaus, ihre eigene Verwaltung, ihre eigene Kasse und ihr eigenes Wappen. Bei Wahlen und beim Kriegsdienst traten jedoch beide Abtheilungen zusammen. Die gespaltene Zünfte in Basel waren die Schuhmacher und Rothgerber, die Schneider und Kürschner, welche auch Neher (Näher) genannt worden sind, dann die Fischer und Schiffeleute, und die Scheerer und Mahler. Zur halben Zunft der Scheerer haben auch die Wundärzte und Barbieri und zur anderen halben Zunft der Mahler auch die Kupferstecher, Petschaftstecher, Anstreicher, Glaser und Sattler gehört⁹⁾. Auch in Speier hat es volle und halbe Zünfte gegeben. Halbe Zünfte waren daselbst die Salzgässer und Hasenpfuhler, die Zimmerleute und Kürschner, die Bäcker und Fischer, endlich die Schuster und Lauer (Rothgerber). Und zur halben Zunft der Salzgässer gehörten noch die Höcker, Seiler und Oleher (Oehlhändler); zur halben Zunft der Hasenpfuhler die Schiffeleute, Schiffmacher und Räucher; und zur halben Zunft der Zimmerleute die Schreiner, Wagner, Dreher, Hafner, Bender, Steinmeyer, Maurer und Decker¹⁰⁾.

Unerwähnt bleiben die nicht rathsfähigen Zünfte an die Gemeinde oder an die gemeine Bürgerschaft an z. B. in Soest,

8) Verbundsbrief von 1396 in Materialien, a. a. O. I, §. 7, p. 3—5 u. 9 u. 10. Vergl. Hüllmann, Städtew. III, 584—591.

9) Dchs, II, 121, 146, 147—151, 161—163 u. 170. Vergl. oben §. 273.

10) Rau, II, 3, 4, 16 u. 21.

Osnabrück und Fulda, (§. 338 u. 339) oder sie unterwarfen sich den rathsfähigen Zünften, wie dieses z. B. in Lübeck der Fall war, wo die 72 sogenannten kleinen Aemter den vier großen Handwerksämtern untergeordnet waren (§. 354). In Wezlar hielten alle Handwerker, welche keine eigene Zunft hatten, zur Gemeinde. Zu ihnen gehörten die Beutler oder Säckler, die Seiler, die Kürschner, die Possamentierer u. a. m.¹¹⁾ Wollten sie sich aber weder zu dem Einen noch zu dem Anderen verstehen, so waren sie auch dazu berechtigt. Sie hatten jedoch in diesem Falle keinen Antheil an dem Regiment, wie z. B. in Zürich die beiden Handwerke der Rammacher und Bffbisewer¹²⁾, in Landau die Weberzunft, zu welcher auch noch die Strumpfwirler und Hutmacher gehört haben¹³⁾, und in Wezlar die sechs sogenannten neuen Zünfte, nämlich die Zunft der Fassbinder, Wagner und Dreher, dann die Knopfmacherzunft, die Perückenmacherzunft, das Collegium der Balbierer, die Buchbinderzunft und die Gilde der Handelsleute oder die Krämerzunft. Man nannte sie die neuen Zünfte um sie von den alten rathsfähigen Zünften zu unterscheiden¹⁴⁾.

§. 362.

In manchen Städten waren die Zünfte geschlossen oder der Austritt aus einer Zunft und der Uebertritt in eine andere war wenigstens erschwert. In Ulm z. B. bestand früher die Sitte, sich bald in diese bald in jene Zunft aufnehmen zu lassen („aus einer Zunft in die andere zu fahren“). Diese Sitte hinderte aber jede Stetigkeit und wirkte daher sehr nachtheilig. Darum wurde sie im Anfang des 15. Jahrhunderts verboten, oder vielmehr nur in gewissen Fällen und nur mit Zustimmung des Rathes erlaubt¹⁾. Auch in Augsburg wurde es im Jahre 1383 den Zunftgenossen verboten aus einer Zunft in die andere überzutreten²⁾.

11) von Ulmenstein, III, 228. Vergl. oben §. 339.

12) Bluntschli, I, 324. Vergl. oben §. 318.

13) von Birnbaum, p. 116. Not.

14) von Ulmenstein, III, 225—227.

1) Roth's Buch bei Jäger, Mag. III, 500 u. 518.

2) von Stetten, Augsb. Gesch. I, 127.

Eben so war in Metz der Uebertritt von einem *paraige* zum anderen verboten (§. 140). In anderen Städten waren die Zünfte nicht geschlossen. Daher wurde daselbst fortwährend von einer Zunft in die andere gewechselt. In Basel gehörten die Grautücher oder Wollenweber lange Zeit zur Zunft der Kaufleute, sodann zu den Einwettern und Webern, und zuletzt zur Zunft der Klebleute³⁾. Die Müller gehörten daselbst ursprünglich zur Bäckerzunft, seit dem 15. Jahrhundert aber zu den Schmieden⁴⁾. Die Sammetseidenweber, Posamentirer und Seidenfärber gehörten bis ins 16. Jahrhundert zur Zunft der Krämer (zu Saffran), seitdem aber zur Zunft der Einwetter und Weber⁵⁾. Die Ackerleute durften wählen zu welcher Zunft sie halten wollten, ob zu den Klebleuten oder Gärtnern⁶⁾. Auch die Aerzte und Notare wechselten öfters die Zunft. Daher findet man sie bei den Krämern, bei den Schmieden und bei den Weinleuten⁷⁾. Und die Handelsleute, Fabrikanten, Rentirer, Officiere, Juristen und die anderen Studirten findet man in allen bedeutenden Zünften (§. 358 u. 359). Auch in Speier⁸⁾ und in Eßlingen wurde zuweilen gewechselt. Die Barbieri und Bader gehörten in Eßlingen ursprünglich zur Metzgerzunft, seit dem 15. Jahrhundert aber zur Zunft der Kürschner⁹⁾.

Von dieser Art der Geschlossenheit der Zünfte verschieden waren diejenigen Zünfte, welche wir, nach der abgeschlossenen Zahl der Meister, heut zu Tage geschlossene Zünfte zu nennen pflegen. Zur Zeit der Blüthe des Zunftwesens kannte man eine solche Abgeschlossenheit nicht. Es hing vielmehr von jeder Zunft selbst ab wie viele Meister sie aufnehmen wolle. Und je nach dem Bedürfnisse pflegte man eine größere oder minder große Anzahl aufzunehmen. Das Abschließen der Zünfte auf eine nicht zu über-

3) Döb, II, 125, 136—139 u. 166.

4) Döb, II, 140, 141 u. 145.

5) Döb, II, 167 u. 168.

6) Rathschluß von 1482 bei Döb, II, 139, 140, V, 41.

7) Döb, II, 133, 145, III, 94 Not.

8) Rau, II, 2 u. 8.

9) Pfaff, p. 154.

schreitende Zahl datirt erst aus den Zeiten des Verfalls des Zunftwesens im 16. Jahrhundert oder auch noch später, z. B. in Lübeck¹⁰⁾, in Köln¹¹⁾ u. a. m. Es hat zwar schon früher Zünfte gegeben, bei welchen die Anzahl der Meister ein- für alle Mal bestimmt war. Es ist dieses aber meistens nur ein Rest der früheren Hofverfassung gewesen, bei welcher die Anzahl der Stellen öfters bestimmt war, z. B. in Worms bei den 23 Fischern¹²⁾ und bei den 44 Weinschröbern¹³⁾. Öfters beruhte aber die Fixation der Meister auch auf einer speciellen Verfügung des Stadtraths für einzelne Zünfte, entweder zur Strafe, z. B. der Knochenhauer in Lübeck¹⁴⁾, oder aus irgend einem anderen Grunde, wie dieses bei den Messingschlägern in Lübeck der Fall war¹⁵⁾.

Von diesen beiden Arten von geschlossenen Zünften verschieden waren endlich diejenigen Gewerbe, welche an den Besitz einer bestimmten Gewerbsbude oder Verkaufsstelle gebunden waren. Denn in diesem Falle richtete sich der Gewerbsbetrieb nach der Anzahl der Gewerbsbuden oder Verkaufsstellen, z. B. in Lübeck bei den 24, später 22 Buden der Goldschmiede, bei den 14 Verkaufsstellen der Mäbler und bei den 12 Gruzmacher Stellen¹⁶⁾.

7) Bemerkungen über das Zunftwesen.

§. 363.

Die Gewerbs- und Handwerkszünfte waren demnach wesentlich verschieden von den politischen Zünften, in welche seit dem Siege der Zünfte die Bürgerschaften eingetheilt zu werden pflegten.

Die Gewerbs- und Handwerkszünfte bestanden aus den Genossen eines und desselben Gewerbes. Sie hatten die Angelegenheiten des Gewerbes zu besorgen, die unter den Zunftgenossen ent-

10) Wehrmann, p. 138, 161, 285, 312. 452.

11) Ennen, II, 623.

12) Urf. von 1106 bei Schannat, II, 62.

13) Urf. von 1463 §. 1 bei Schannat, II, 242.

14) Wehrmann, p. 64 u. 259.

15) Urf. von 1380 im Lüb. Urfb. II, 474. — *statuentes, quod plures esse non debeant, nisi qui jam actu sunt.* —

16) Wehrmann, 137, 138, 339.

standenen Streitigkeiten zu entscheiden, für die Erziehung und Bildung der Lehrlingen und Gesellen, für die Wittwen und Waisen, für die Alten und Kranken aus ihrer Mitte und für die Beerdigung der verstorbenen Genossen zu sorgen, und selbst noch für ihre Seelen Messen lesen zu lassen. Auch hatten sie für die Ehre des Handwerks zu sorgen, daher die Arbeiten selbst zu überwachen, die schlechten Arbeiten zu beseitigen, etwaige Betrüger oder Fälscher, welche das Handwerk einer Stadt in Mißcredit bringen konnten, zu strafen, überhaupt eine strenge Gewerbs- und Sittenpolizei zu handhaben. Und die von den Zunft- und Gildemeistern kräftig und öfters in großartiger Weise gehandhabte Gerichtsbarkeit und Gewerbspolizei hat nicht wenig zur Blüthe der Gewerbe und zur Blüthe der Städte selbst beigetragen. Die freien Zünfte und Gilden sind nämlich, wie wir gesehen, aus einem inneren Bedürfnisse gleichzeitig mit der Freiheit des Verkehrs entstanden. Sie haben sich mit den Städten und mit dem städtischen Wesen gehoben. Auch haben sie nicht wenig zu jenem großartigen Leben beigetragen, welches wir heute noch an den mittelalterlichen Städten bewundern. Erst mit dem Verfall des freien städtischen Wesens, womit auch der Verfall des Handels und der Gewerbe zusammenhängt, sind auch die Gilden und Zünfte von ihrer Höhe zu jenen kleinlichen Bestrebungen und zu jenem verwerflichen Gewerbszwang herabgesunken, durch welchen zuletzt alle Konkurrenz vernichtet und jener engherzige Eigennuß erzeugt worden ist, welcher die Gilden und Zünfte selbst an den Rand des Abgrunds, und in unseren Tagen zu dem entgegengesetzten Extrem, zu einer unbeschränkten Gewerbsfreiheit geführt hat. Die Gilden und Zünfte blühten daher und verblühten auch wieder mit dem Handel und den Gewerben und mit dem großartigen städtischen Leben überhaupt. Zwar hat der engere Verband der Genossen desselben Gewerbes frühe schon zu eigennützigem Bestrebungen und zu einem engherzigeren Zunftgeist, dann zu einem fortwährenden Kampfe gegen das Gemeinwesen und daher in Bern, Lucern, Freiburg, Solothurn u. a. m. zur Abschaffung der Handwerkszünfte geführt. Meistentheils wurden jedoch nur die entstandenen Mißbräuche, z. B. in Köln schon im 13. Jahrhundert beseitiget (§. 274), die Zünfte selbst aber beibehalten. Und wie wenig das Zunftregiment selbst jene Handwerksmißbräuche begünstiget hat, beweisen zumal die Gewerbsreformen,

welche erst seit und zwar bald nach dem Siege der Zünfte begonnen haben. In Basel z. B. wurde die Reform des Gewerbswesens erst im Jahre 1526, wenige Jahre nach Einführung des vollständigen Zunftregiments beschlossen ¹⁾. Auch waren die Handwerks Gilben und Zünfte damals noch neben den politischen Zünften von großem Werthe und gewissermaßen ganz unentbehrlich. Denn sie besorgten nach wie vor die speciellen Angelegenheiten ihres Gewerbes. Sie hielten weit bessere Ordnung und Polizei, als dieses unseren heutigen Staatsbeamten möglich ist. Und die selbständige Besorgung der eigenen Angelegenheiten erhöhte ihr Ehr- und Selbstgefühl, und mit diesem ihre Kraft und Energie. Man ließ sie daher fast allenthalben neben und unter den politischen Zünften bestehen.

Von diesen Handwerks Gilben und Zünften waren nun die politischen Zünfte wesentlich verschieden. Da nämlich jeder Bürger, wenn er Antheil an dem Regiment haben wollte, einer Zunft beitreten mußte, so findet man in den politischen Zünften nicht bloß Handwerker und Genossen desselben Berufes, wiewohl jede Zunft den Namen des vornehmsten zu ihr gehörigen Gewerbes zu führen pflegte. Man findet darin vielmehr auch noch Genossen anderer Gewerbe, sodann städtische und andere Beamte, öfters sogar Kanzler und geheime Räte, dann Officiere und Gelehrte. Auch viele Geschlechter sind den Zünften beigetreten. Daher haben die Zünfte öfters auch von ihrem Wohnorte in der Stadt, oder von ihrem Versammlungsorte, oder von ihrem Zunftwappen, oder von einem um die Zunft verdienten Manne ihren Namen erhalten. In Speier führte die Zunft der Salzgässer ihren Namen von der Salzgasse, in welcher die Höcker, Seiler und Oleyer beisammen wohnten; die Zunft der Hasenpfluher von der Vorstadt Hasenpfluher, in welcher die Schiffleute, Schiffmacher und Rärcher wohnten; und die Zunft der Altspeierer von der Vorstadt Altspeier, in welcher die Gärtner und Ackerleute beisammenwohnten ²⁾. In Basel führten die Zünfte der Hausgenossen, der Weinleute und der Scheerer, Mahler und Sattler von dem Zeichen ihres Zunft-

1) Ochs, V, 531 ff.

2) Rau, II, 3, 4 u. 8.

hauses den Namen zum Bären, zur Selten und zum Himmel³⁾, und die Zünfte der Kaufleute und der Krämer von ihren Zunftwappen den Namen zum Schlüssel und zum Safran⁴⁾. Aus demselben Grunde nannte man in Bern die Zunft der Schneider die Mären und die Zunft der Steinhauer und Steinmessen die Affen, und in Lucern die Herren- oder Edelleute Gesellschaft die Gesellschaft zum Affenwagen und die Zunft der Krämer, Specirer, Maurer, Steinmessen, Zimmerleute, Schreiner und Hafner die Zunft zum Safran und später von einem um die Zunft verdienten Manne zum Fritsch⁵⁾.

Diese Mischung der Genossen verschiedener Berufe und verschiedener Stände wirkte aber sehr vortheilhaft auf den Geist der Zünfte zurück. Ein eigentlicher Zunftgeist konnte sich gar nicht bilden. Und der bessere Geist der politischen Zünfte hat auch wieder günstig auf die Handwerkszünfte gewirkt. Durch den Beitritt der Beamten, Officiere und Gelehrten und vieler Geschlechter wurden die Zünfte geehrt und gehoben. Und diese höhere Ehre der Zunftgenossen hat nicht wenig zur Blüthe der Städte selbst beigetragen. Auch erleichterte die Eintheilung der gesamten Bürgerschaft in gewisse Genossenschaften die Handhabung der Ordnung und des öffentlichen Friedens. Daher hörten nun die Aufstände und Ruhestörungen meistens auf. Die Handwerkszünfte konnten nun ihren Willen auf gesetzlichem Wege geltend machen. Die heimlichen Zusammenkünfte und Vereine hatten daher keinen Zweck mehr und wurden nun meistens auch verboten (§. 266). Aber auch für die Regierung selbst war ihre Zuziehung zu den Regierungsgeschäften von sehr großem Werth. Denn nichts verbindet das Interesse der Regierten inniger mit jenem der Regierung als deren Zuziehung zu den wichtigeren Verhandlungen, abgesehen sogar von den reichen Erfahrungen, welche dadurch der Regierung zu Gebot stehen. Auch ist das Zunftregiment keineswegs demokratischer Natur gewesen im heutigen Sinne des Wortes, wie dieses insgemein angenommen wird. Denn nicht die Einzelnen,

3) DchS, II, 127, 132 u. 161. Vergl. oben §. 279.

4) DchS, II, 128, 124 u. 134.

5) Simler, eidgenöss. Reg. p. 499. 542 u. 543.

sondern immer nur die Genossenschaften hatten durch ihre Vertreter Antheil an dem Regiment. Der Grundcharakter des Städtewesens war und blieb vielmehr das Streben nach möglichst vollständiger Vertretung der Interessen der einzelnen Genossenschaften oder Stände.

Die Zeiten des Kampfes und des Sieges der Zünfte über die ihnen entgegenstehenden Geschlechter werden öfters in sehr düsteren und schwarzen Farben dargestellt. In der Wirklichkeit fällt jedoch meistens die Blüthe des Handels und der Wohlstand der Städte mit jenen Zeiten zusammen. Die höhere Ehre und der Reichthum, zu welchem die Gewerbsleute gelangt waren, veranlaßte sogar viele Geschlechter den Zünften beizutreten und durch ihren Beitritt die Macht und das Ansehen der Zünfte noch zu vermehren. Ueberhaupt können Handel und Gewerbe nur da blühen, wo der Gewerbsstand selbst geehrt ist. Daher zog der Verfall dieser Ehre allenthalben den Verfall des Gewerbswesens nach sich und führte zuletzt zum Despotismus und zum Untergang des Regiments selbst. Seitdem nämlich, seit den Stürmen der Reformation, zumal aber in den unseeligen Tagen eines 30 jährigen Bruderkrieges aller Handel und Wohlstand der Städte und mit ihm die Grundlage des Zunftwesens vernichtet worden war, und dann auch die Fürsten noch begonnen hatten mit den übrigen Genossenschaften auch die Zünfte und das Zunftregiment zu untergraben, seitdem sanken zwar die Schranken des städtischen Regiments und der fürstlichen Gewalt, mit ihnen aber auch ihre Stützen. Als sich daher eine neue Zeit in gewaltsamer Weise geltend zu machen begann, da reichten schon die ersten Stürme hin das seiner Stützen beraubte Regiment, mit ihm aber auch die freien Städte selbst und noch andere Gemeinwesen zu stürzen.

7. Die Markenverfassung hört auf die Grundlage der Stadtverfassung zu sein.

§. 364.

Seit dem Siege der Zünfte und seit der Einführung des Römischen Rechtes hörte die Markenverfassung auf die Grundlage der Stadtverfassung zu sein. Seit dem Siege der Zünfte hörten

nämlich die Stadtgemeinden auf Markgemeinden zu sein und wurden persönliche oder politische Gemeinden. Und seit der Anwendung des Römischen Rechtes hörten sie sogar auf Germanische Genossenschaften zu sein. Sie wurden nun Korporationen im Sinne des Römischen Rechtes.

Die Handwerker und Künstler waren ursprünglich freie oder hörige Hinterlassen oder Schutzhörige der gesamten Bürgerschaft oder der einzelnen Bürger. Sie hatten öfters gar keinen, wenigstens keinen selbständigen und unabhängigen Grundbesitz. Denn zur Aufnahme in eine Zunft war ursprünglich nirgends Grundbesitz erforderlich, ausgenommen in dem Falle, wenn das Gewerbe auf einem bestimmten Hause oder auf einer bestimmten Gewerbsbauf beruhte. In sehr vielen Städten war das Gewerbsrecht sogar erblich geworden ohne auch in diesem Falle an den Besitz von Grund und Boden gebunden zu sein (§. 286—288). Selbst in jenen Städten, in welchen die Handwerker bei ihrer Niederlassung einen Hausplatz oder sonstigen Grundbesitz erhalten hatten, erhielten sie wenigstens keinen unabhängigen Grundbesitz, also keinen Antheil an der gemeinen Mark oder doch nur einen sehr geringen, und auch diesen ursprünglich mehr aus bloßer Begünstigung und Gnade, denn als ein Recht. Sie wurden daher nicht in die Stadtmarktgemeinde aufgenommen. In manchen Städten sollte zwar der Aufnahme von Fremden in eine Zunft die Aufnahme ins Bürgerrecht vorausgehen (§. 286). Allein auch dieses Bürgerrecht war meistens, wie wir gesehen, kein volles Bürgerrecht, vielmehr ein bloßes Schutzbürgerrecht. Daher gehörte auch dazu entweder gar kein Grundbesitz, vielmehr nur eine eigene Haushaltung (eigener Rauch), oder doch wenigstens kein solcher Grundbesitz, mit welchem der gehörige Antheil an der gemeinen Mark oder eine vollständige Marknutzung, also die Stadtmarktgenossenschaft verbunden war. In Speier z. B. reichte es im 14. Jahrhundert und auch noch im 16. hin, wenn der Fremde (vßzmann) eidlich versprach fünf Jahre lang seinen Wohnsitz und seinen eigenen Rauch in der Stadt haben zu wollen („bunwelich vnd hebelich — huszlich vnd „heblich zu sitzen vnd wonen vnd sin eigen rouch halten“) ¹⁾. In

1) Rau, II, 6.

Löwenberg sollte derjenige, der Bier schenken wollte, auf ein Jahr lang ein Haus miethen („der sal mitin ein Hus ein ganz jar unde sal Burgerrecht gewinnin“) ²⁾. Und in München, wo der Erwerb eines Hauses erforderlich war, reichte doch auch schon der selbständige Wohnsitz (der eigene Rauch) und der Besitz einer wenn auch nur gemietheten Werkstätte hin ³⁾. Von einem Antheil an der gemeinen Mark und an den Marknutzungen, also von einer Aufnahme in die Stadtmarkgemeinde war weder im einen noch im anderen Falle die Rede.

Die zumal aus den Zünften bestehende Gemeinde, welche sich, wie wir gesehen, neben der aus den Geschlechtern bestehenden Stadtmarkgemeinde gebildet hat, war demnach keine auf Grund und Boden gebaute Gemeinheit. Sie hatte vielmehr den Handel und das Gewerbswesen zur Grundlage und vertrat daher das bewegliche Vermögen, das sogenannte Kapitalvermögen im Gegensatz des von den Geschlechtern vertretenen Grundvermögens. Ihrem Grundcharakter nach war demnach die Zunftgemeinde eine Personalgemeinde und die Geschlechtergemeinde eine Realgemeinde, der Kampf der Zünfte mit den Geschlechtern also ein Kampf der Personalgemeinde mit der Realgemeinde, oder ein Kampf der Vertreter des Kapitalvermögens mit den Vertretern des Grundbesitzes (§. 108, 112, 118, 116, 169).

In manchen Stadtgemeinden schieden nun die Stadtmarkgenossen (die Altbürger oder die Geschlechter) mit der gemeinen Mark oder mit einem Theile derselben aus und bildeten sodann, wie dieses in vielen Dorfschaften der Fall war, eine von der Gesamtgemeinde (der Personalgemeinde) verschiedene Realgemeinde. So waren z. B. in Jserlon die erbgesessenen Bürger, die sogenannten Beerbten, mit der Holzmark ausgeschieden, hatten eine eigene Waldgenossenschaft gebildet, bis im Jahre 1680 die Holzmark

2) Willkür von 1811 §. 6 bei L. u. St. p. 489.

3) Handwerksartikel aus Anfang des 15. sec. bei von Sütner, in histor. Abhl. von 1813, p. 508. „er sey dann burger, und hab aigen rauch und haus oder ein gedingte werchstatt.“ — Vergl. Stadtrecht bei Auer, p. 169, wo es aber heißt: „aigen rauch, haus und ain werchstatt.“ Vergl. oben §. 285.

wieder von der Stadt erworben und sodann die Realgemeinde mit der Personalgemeinde vereinigt worden ist ⁴⁾). In ähnlicher Weise schieden in Melbors die Meenthaber mit der gemeinen Mark („Menemark“) aus der Gesamtgemeinde aus und bildeten eine von der Gesamtgemeinde verschiedene Real- oder Privatgemeinde (§. 326). Meistentheils hielt jedoch die gesamte Stadtmarktgemeinde, als die Kämpfe mit der Landes- und Grundherrschaft und mit den Zünften begannen, fest zusammen und schloß sich hin und wieder sogar, ohne jedoch mit der gemeinen Mark aus der Gesamtgemeinde auszuscheiden, zunftartig ab, z. B. die Richezgeheit in Köln, die Hausgenossenschaft in Speier und die alten Geschlechter in Lübeck, Frankfurt am Main, München u. a. m. (§. 302). Der Kampf der Zünfte mit den Geschlechtern war demnach ein Kampf der Personalgemeinde mit der Realgemeinde, der Sieg der Zünfte also ein Sieg der Personalgemeinde über die Realgemeinde. Seit dem Siege der Zünfte hörte daher die Markenverfassung auf die Grundlage der Stadtverfassung zu sein, und zwar nicht bloß in jenen Städten, in welchen das Zunftregiment vollständig eingeführt worden war, sondern auch in allen anderen, in denen die Geschlechter sich mit den Zünften in das Regiment getheilt oder neben den Zünften das Geschlechterregiment fortgeführt hatten.

In jenen Städten nämlich, in welchen das Zunftregiment eingeführt worden war, trat nun das Zunftregiment an die Stelle der Markenverfassung. Denn die gesamte Bürgerschaft wurde selbst in Zünfte getheilt. Die Zünfte waren aber, wie wir gesehen, politische Abtheilungen. Die Bürgerschaften wurden daher selbst politische Gemeinden und, da zur Aufnahme in eine Zunft kein Grundbesitz nothwendig war, persönliche Gemeinden. Aber auch in allen übrigen Städten, in welchen die Geschlechter sich mit den Zünften in das Regiment getheilt oder neben den Zünften das Geschlechterregiment fortgeführt hatten, oder in denen ein bürgerliches Regiment entstanden, welches weder ein Geschlechter- noch ein Zunftregiment war, auch in diesen Städten hörte die

4) Steinen, I, 896, 897 u. 1070. Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verfassung, p. 202. Meine Gesch. der Dorfverf. I, 163 ff., II, 249 ff.

Markenverfassung auf die Grundlage der städtischen Verfassung zu sein. Denn allenthalben waren nun die Zünfte in die Bürgerschaft aufgenommen worden und hatten einen mehr oder weniger großen Antheil an dem Regimente erhalten. Da nun auch in diesen Städten zur Aufnahme in eine Zunft kein Grundbesitz nothwendig war, so konnten auch die ins Bürgerrecht aufgenommenen Zunftgenossen keine Stadtmarkgenossen sein, sintemal die Markgenossenschaft jederzeit Grundbesitz voraussetzt. Auch findet sich nirgends auch nur eine Spur davon, daß die Zünfte seit ihrem Siege über die Geschlechter, den vollen Genuß der Marknutzungen erhalten oder auch nur begehrt hätten. Von einer Aufnahme derselben in die Stadtmarkgemeinde war demnach nirgends die Rede. Klar und deutlich geht dieses Alles aus der Verfassungsgeschichte von Worms hervor. Auch in Worms war in früheren Zeiten zur Aufnahme ins Bürgerrecht Grundbesitz nothwendig (S. 227). Seitdem jedoch mit der Gemeinde auch die Zünfte Antheil an dem Regiment erhalten hatten und im Jahre 1392 verordnet worden war, daß die Sechszehner aus den Zünften gewählt werden sollten, seitdem reichte die Aufnahme in eine Zunft zum Erwerbe des Bürgerrechts hin. Denn sogar dann, wenn ein Sechszehner aus den Zünften erwählt worden war, der das Bürgerrecht noch nicht hatte, sollte er es dadurch erwerben („und werz daz der Sechzehenerischen „deheiner nit Burger wer, der solte damite Burger sin“) ⁵⁾. Die Aufnahme in eine Zunft ersetzte demnach die Ansässigmachung und der Erwerb von Grund und Boden war zu dem Ende nun nicht mehr nothwendig. Daher findet man später in fast allen Städten Bürger, welche Grundbesitz hatten neben anderen Bürgern, welche nicht in Grund und Boden angefessen waren, z. B. in Freiberg ⁶⁾ u. a. m., wie heute noch in fast allen Städten.

Erleichtert ward aber dieser Uebergang der Stadtmarkgemeinde in eine persönliche und politische Gemeinde durch die anderweitige Verwendung der gemeinen Mark als zur Marknutzung. Den in die emporstrebenden Städte strömenden Kaufleuten und Gewerbsleuten wurden nämlich Almenden zur Niederlassung angewiesen.

5) Brief von 1392 bei Schannat, II, 207.

6) Stadtrecht, §. 272 bei Walch, III, 273. „Bürger mit Behausung oder auch ohne Haus geseffen.“ —

Die durch die neuen Ansiedelungen nothwendig gewordenen Straßen, freien Plätze, Kaufhäuser, Kauf- und Gewerbshallen, Buden und anderen öffentlichen Gebäude wurden gleichfalls auf den Almenben angelegt. Und die übrigen Almenben, welche nun wegen der Nähe der reich gewordenen Städte besser als bisher zur Viehzucht verwendet werden konnten, wurden mehr und mehr unter die Stadtbürger vertheilt und verkauft und sodann zu Gärten und Fruchtfeldern verwendet. Dadurch wurde aber der Stadtmarkverfassung ihre alte Grundlage, die gemeine Mark, größtentheils entzogen. Andererseits entstanden nun in den Städten auch neue öffentliche Bedürfnisse, welche man zuvor nicht gekannt hat. Gleich die Anlegung der Stadt und ihre Befestigung hatte Kosten veranlaßt, welche durch den städtischen Verkehr und durch die dadurch nothwendig gewordenen Kaufhäuser, Gewerbshallen, Läden, Bänke und Buden fortwährend vermehrt worden sind. Zur Befriedigung dieser neu entstandenen Bedürfnisse mußten nun neue Abgaben und Steuern eingeführt werden. Und die meisten Städte erhielten zu dem Ende das sogenannte Ungelt. Sehr bald fanden es aber die Bürgerschaften bequemer und auch zweckmäßiger, statt fortwährend Steuern und Abgaben zu entrichten, zu dem Ende die Almenben zu verwenden. Seitdem die Städte mehr und mehr Handels- und Gewerbstädte geworden waren, die Hauptnahrung der Stadtbürger also nicht mehr im Ackerbau, vielmehr im Handel und Wandel bestand, seitdem hatten auch die Marknutzungen nicht mehr denselben Werth wie zuvor. Die Almenben konnten daher nun um so leichter für öffentliche Zwecke verwendet werden. Und sie haben auch allenthalben diese Verwendung erhalten (§. 109 u. 116).

Zu diesem Allem kam nun noch das Römische Recht, welches einem inneren Bedürfnisse folgend in den Städten früher als auf dem Lande Eingang gefunden hat. Denn seit der Anwendung des Römischen Rechtes auf die städtische Verfassung wurden die meisten Bürgerschaften Korporationen im Sinne des Römischen Rechtes (*universitates*), und die gemeinen Marken Korporationsgüter, *res universitatis* oder sogenannte Kämmerergüter, oder Commungüter⁷⁾. Von einer Stadtmarkgemeinde

7) Statut von Alstedt von 1565 §. 15 bei Walch, VI, 207. Vergl. oben §. 226.

und von einer ungetheilten der Gesammtheit gehörenden gemeinen Mark war aber sodann natürlicher Weise nicht mehr die Rede.

Nichts desto weniger haben sich doch in vielen Städten noch Reste und Spuren der alten untergegangenen Markenverfassung, zum Theile sogar bis auf unsere Tage erhalten. In vielen Städten sollten nämlich nach wie vor alle Bürger, auch die Handwerker nicht ausgenommen, in Grund und Boden angesessene, also geerbte oder erbgessene Leute sein, z. B. in Köln⁸⁾, in München, Hamburg u. a. m. (§. 321 u. 336). In jenen Städten, in welchen die Bürgerschaft aus Zünften und aus einer gemeinen Bürgerschaft bestand, sollte öfters die rathsfähige gemeine Bürgerschaft erbgessen oder geerbt, d. h. in Grund und Boden angesessen sein. So in Dortmund die erbgessene oder gemeine Bürgerschaft und in Schweidnitz die Kretschmer, die nicht Handwerker und doch rathsfähig waren (§. 339). Anderwärts, sollten wenigstens die Bürgermeister, Rathsherren und Zunftmeister in Grund und Boden angesessen sein, also nur angesessene Leute dazu gewählt werden, z. B. in Ulm⁹⁾. Allenthalben mußten die Bürger ihren dauernden Wohnsitz und eine selbständige Haushaltung (einen eigenen Rauch) in der Stadt haben, z. B. in Speier¹⁰⁾ in München¹¹⁾ u. a. m. In Basel mußten daher die neuen Bürger schwören „haushäblich bey uns zu sitzen, und nirgends anderswo Haus, Küche noch „Bürgerrecht zu haben“¹²⁾. In vielen Städten ist die alte Vertretung der Bürgerschaft geblieben. Die Bürger wurden daher nicht nach Zünften versammelt, sondern wie in früheren Zeiten nach den Pfarreien z. B. in Worms (§. 318), nach Wachten z. B. in Regensburg (§. 320) nach Stadtvierteln oder Laichschaften z. B. in Osnabrück (§. 339), oder nach Nachbarschaften oder Kluchten z. B. in Coesfeld¹³⁾. Auch führten die Geschlech-

8) Verbundsbrief von 1396 in Materialien, a. a. D. I, §. 7. p. 3 u. 18. — „gessen vnd wohnhaftig binnen der Statt.“ — Vergl. oben §. 350.

9) Jäger, Ulm, p. 244 u. 742.

10) Rau, II, 10.

11) Stadtrecht bei Auer, p. 169.

12) Ochs, VI, 498.

13) Gölfsland, p. 67 u. 68.

ter eine Zeit lang noch ausschließlich den Titel Bürger und die Zünfte, wiewohl nun ebenfalls Bürger, wurden von ihnen unterschieden und im Gegensatz zu ihnen die gemeine Bürgerschaft genannt (§. 357). Daher bildete sich nun in den Städten, wie wir sogleich sehen werden, ein eigener Bürgerstand aus.

Das markgenossenschaftliche Element ist demnach in den Städten weit früher untergegangen als in den Dorfgemeinden, indem diese nach Bauern Art fester und zäher an dem Althergebrachten hingen und daran festhielten. Die Stadtgemeinden sind daher als die Wiege des persönlichen und politischen Bürgerrechtes zu betrachten. Denn in den Dorfschaften hat das Personal- und politische Bürgerrecht erst weit später Eingang gefunden, meistens erst seit dem 18. Jahrhundert, oder sogar erst in unseren Tagen. Ueberhaupt haben sich die alten Verhältnisse in den Städten weit früher gelöst als auf dem Lande, seitdem daselbst das Gewerbswesen zur städtischen Nahrung geworden und dadurch der Ackerbau verdrängt worden war. Daher entstand auch das Bedürfnis eines neuen Rechtes weit früher in den Städten als auf dem Lande. Dieses Bedürfnis erleichterte die Einführung des Römischen Rechtes und das Römische Recht führte sodann zur Umgestaltung der alten Verfassung. Denn die alten freien Stadtmarkgenossenschaften wurden nun Römische Korporationen.

8. Ein eigener Bürgerstand.

§. 365.

Seitdem die Städte befestigt worden, also Burgen geworden waren, seitdem hat es Burger gegeben. Denn alle in einem befestigten Orte, in einer Burg ansässigen Leute wurden Burger genannt. Durch dieses Wohnen in einer Burg entstand jedoch noch kein eigener Bürgerstand. Die Stadtbürger waren und blieben vielmehr nach wie vor entweder schöffensbar freie Leute oder Ministerialen oder hörige Grundbesitzer. Sie hatten keine anderen Rechte und Verbindlichkeiten als die schöffensbar Freien, Ministerialen und Hörigen auf dem Lande und waren demnach desselben Standes mit ihnen (§. 229, 231 u. 232). Erst seit dem Abschaffen der Hörigkeit in den Städten und seit dem Siege der Zünfte hat sich dieses Alles geändert.

Seit dem Verschwinden der Hörigkeit in den Städten wurden nämlich alle Bürger freie Leute, also, da nur Grundbesitzer Bürger sein konnten, alle Bürger freie Grundbesitzer und daher desselben Standes mit den freien Landsassen. Ein eigener Bürgerstand entstand demnach immer noch nicht. Denn so wie die freien Landsassen ritterbürtig waren und sich daher zur Ritterschaft erheben konnten, eben so nun auch die freien Bürger. Die in der Stadt ansässigen Ministerialen waren es aber von je her. Die Stadtbürger waren demnach nun sammt und sonders ritterbürtige Geschlechter und daher in der Lage sich zum Ritterstande erheben zu können. So wenig sich jedoch alle freien Landsassen wirklich zum Ritterstande erhoben haben, viele Landsassen vielmehr in den hörigen Bauernstand herabgedrückt worden sind, eben so wenig haben alle Stadtbürger ihre Ritterbürtigkeit behauptet und sich zum Ritterstande erhoben. Das Recht dazu hatten aber die Einen so gut wie die Anderen. Zwar sind viele Bürger, zumal in den grundherrlichen und gemischten Städten, aus einer Mischung von Freien mit Fiscalinen und anderen, wenn auch zum Theile höher stehenden Hörigen hervorgegangen, die ritterbürtigen Landsassen mochten daher an ihrer Ebenbürtigkeit und Lehensfähigkeit gezweifelt, und diese Zweifel zu jenen felerlichen Erklärungen ihrer Schöffenbarfreiheit und Lehensfähigkeit geführt haben von denen bereits die Rede war (§. 229 u. 230). Seit dem Abschaffen der Hörigkeit in den Städten, waren sie jedoch ohne alle Frage eben so freie Grundbesitzer wie die freien Landsassen und wurden daher im Gegensatze zu den Hörigen gleichfalls Semperleute, Witterleute, gute Leute, Edle, *nobiles* u. s. w. genannt (§. 231—233). Die Altbürgerschaft hat demnach aus denselben Elementen bestanden, wie die Ritterschaft auf dem Lande. So wie sich nämlich auf dem Lande aus den freien Landsassen in Verbindung mit den Vasallen und Ministerialen eine Ritterschaft erhoben hat, eben so auch in den Städten aus den freien Bürgern in Verbindung mit den daselbst ansässigen Ministerialen und anderen Rittern. Alle diejenigen nämlich, welche Reiterdienste zu leisten im Stande waren, wurden auch in den Städten, z. B. in Zürich, St. Gallen, Ulm, Speier, Bremen u. a. m. Ritter (*milites*) genannt¹⁾. Und sie dienten der Stadt und

1) Urk. von 1225 bei von Mohr, *Regesten*, I, §. 4 p. 12. Urk. von

ihrem Landesherrn oder in den Reichsstädten dem Kaiser und Reich zu Pferd, während die übrigen Bürger zu Fuß dienten²⁾. Da jedoch nur diejenigen Ritter waren, welchen den ritterlichen Beruf ihres Vaters fortsetzten und rittermäßig lebten³⁾, so gab es viele Geschlechter z. B. in Zürich, Straßburg, Köln, Speier u. a. m., von denen die Einen Ritter, die Anderen aber bloße Bürger waren. So war z. B. Bertold Swarber in Straßburg Ritter, während sein Bruder Ruleman Swarber noch kein Ritter war⁴⁾. Eben so saßen in Zürich im Jahre 1265 ein Heinrich Meiß und ein Walter Meiß und im Jahre 1276 ein Johann Manegge und ein Rudolf Manegge zu gleicher Zeit im Rathe, von denen der Eine Ritter, der Andere aber Bürger war⁵⁾. Auch in Köln war ein Bruder des Bogtes, Wilhelm von Reidt, Ritter, der andere Bruder, Gobeke aber nicht⁶⁾. Dasselbe war in Speier der Fall, wo im Jahre 1312 ein Ritter Bertold Fuchs neben einem Bürger Johann Fuchs im Rathe saß⁷⁾.

Die Ritterwürde gab nun zwar einen höheren Rang aber keinen höheren Stand. Die wirklichen Ritter haben sich demnach wohl über die übrigen Geschlechter, jedoch nur dem Range nicht aber dem Stande nach erhoben. Denn die Ritter und Bürger blieben nach wie vor ebenbürtig, z. B. in Lübeck (§. 64) und wurden beide unter demselben Stande begriffen. Daher wurden wohl öfters die Edeln und die Bürger, die *milites* und die *cives* oder die *ministeriales* und die *burgenses* von einander unterschieden und die Ersteren, da sie dem Range nach höher standen, vor

1215 u. 1240 bei von Arx, I, 455. Urk. von 1244 bei Jäger, Ulm, p. 91. Urk. von 1312 bei Rau, I, 31. Donandt, I, 245 f. Vergl. meine Gesch. der Fronhöfe, I, 32 u. 75.

2) Züricher Richtbrief, IV, 16 u. 32. Vergl. oben §. 130.

3) Züricher Richtbrief, IV, 25. Donandt, I, 245 f. Vergl. oben §. 230.

4) Glosener, p. 103. „Do starb her Ruleman Swarber, der meister, der „noch do nüt ritter was. An des stat wart zu meister erkorn sin „bruder, her Berhtolt Swarber, ein ritter.“ Auch nach einer Urk. von 1308 bei Mone, Zeitschr. V, 393. „saß ein Peter Swarber „der nicht Ritter war, neben den ritterlichen Rathsherren im Rath.“

5) Bluntschli, I, 144 Not.

6) Urk. von 1263 in Quellen, II, 487.

7) Rau, I, 31.

den Letzteren genannt, z. B. in Speier u. a. m.⁸⁾ und zuweilen sogar drei Klassen von einander unterschieden, z. B. in Straßburg Edle, Bürger und Handwerker⁹⁾ oder auch Ritter und Knechte, Bürger und Handwerker¹⁰⁾, in Basel Ritter, Bürger (Achtbürger) und Handwerker¹¹⁾, in Schwäbisch Hall Bürger, Ritterbürger und Handwerker¹²⁾ und auch in späteren Zeiten noch in Worms Ritter, Geschlechter und Handwerker¹³⁾. Da jedoch die Edlen und die Bürger desselben Standes, die Edlen also Bürger und die Bürger Edle, oder *nobiles* und Leute von edler Art und daher Herren waren, so wurden beide als Edle und Herren den Handwerkern und der Gemeinde entgegengesetzt und von denselben unterschieden¹⁴⁾. Ein eigener von dem Ritterstande verschiedener Bürgerstand entstand demnach erst seit dem Siege der Zünfte.

Schon vorher hatten zwar Reibungen stattgehabt zwischen den Rittern und Burgern. Und die Ritter blickten dabei vornehm auf die übrigen Bürger herab, erlaubten sich sogar beleidigender Reden gegen sie. So z. B. in Basel, als baselbst ein angesehenener Bürger, Johann von Arguel, (*civis — cui plebs adhaesit*), einem tapferen Ritter, Peter Schaler (*Petrus Sclarii senior, miles valentissimus*), widersprach, und dieser ihn mit den groben Worten

8) Zu Speier steht im Jahre 1312 ein Dominus Bertholdus Fuchs miles an der Spitze der Rathsherren und dann folgen erst die anderen, welche keine *milites* waren, bei Rau, I, 31. Vergl. noch oben §. 230.

9) Königshoven, p. 309.

10) Königshoven, p. 294. „Do giengent von iedem antwerg zwenn — „und noment zu in von rittern und von knechten und von den „burgern die erbersten.“

11) Dchs, I, 376, II, 78.

12) Koenigsthal, I, 2, p. 5. Vergl. oben §. 231.

13) Rachtung von 1519, art. 1—11 bei Schannat, II, 317.

14) Beschwerden von 1420 bei Schilter zu Königshoven, p. 354. „Dann „XXVIII, von Rittern von Knechten und von Burgern, und auch die „XXVIII von den Antwerden.“ Vergl. noch p. 352 u. 362. Glosener, p. 101. „Sus kam der gewalt us der herren hant an die ant- „werke.“ Königshoven, p. 295. „von den edeln und von den ant- „antworten.“ Vergl. p. 294 und p. 304. „Sus gesiegetent die edeln „und von dem gediegen wurden XVI erslagen.“ Vergl. noch p. 305. und oben §. 230 u. 231.

zurückwies, daß zwar in demselben Hause der Hausvater und die Saumutter miteinander wohnten, daß sie aber sehr verschieden gehalten werden (*sed aliter et aliter teneantur*)¹⁵). Allein einen von den Bürgern verschiedenen Stand bildeten die Ritter noch nicht. Ein eigener Bürgerstand entstand vielmehr erst seit dem Siege der Zünfte.

Seitdem nämlich Handwerker und andere Leute, welche keinen Grundbesitz hatten, oder welche wenigstens keine Stadtmarktgenossen, und keine ritterbürtige Grundbesitzer waren, das Bürgerrecht erhalten hatten, seitdem hat es Stadtbürger gegeben, welche anderen Standes als die freien Landsassen und ihnen daher nicht ebenbürtig waren. Man nannte daher die neuen Bürger zum Unterschiede von den Altbürgern (den eigentlichen Bürgern) Bürger von den Zünften und unterschied sie von den Burgern „die nit der „Zünften“, z. B. in Ulm¹⁶), in Reutlingen¹⁷), in Frankfurt¹⁸), in Weplar¹⁹) u. a. m. Die Altbürger waren nämlich den Grundherren ähnliche freie Grundbesitzer. Sie waren wirkliche Herren (*domini*) und wurden auch Herren und seniores (*seigneurs*) (§. 232) genannt, nicht, wie Arnold (II, 191) glaubt, wegen ihrer Herrschaft über die Stadt, sondern weil sie freie Grundbesitzer, also im Grunde genommen selbst Grundherren waren. In Augsburg z. B. der Herr Stolzhirsch, der Herr Langenmantel, der Herr Welfer, die Herren Heinrich, Sibot und Johann Schongauer, der Herr Konrad Reinbot, der Herr Seifried Waurer, der Herr Konrad Lotter u. a. m.²⁰). Eben so in Basel, Straßburg, Speier u. a. m. Die Rathsherren ebensowohl wie die Bürger (*domini consules et cives*)²¹).

15) Albert. Argentin. chron. bei Urstis. II, 113.

16) Schwörbrief von 1327 bei Jäger, Ulm, p. 234, 738 u. 739.

17) Urf. von 1348 bei Gayler, p. 48. „zwen raiter vs den burgern die in „tainer zunft sint vnd zwen vs der gemainde.“ —

18) Urf. von 1395 bei Böhmer, Irkf. Urkb I, 773. „Die burger von der „gemeynde und von den czunftten.“

19) Urf. von 1390 bei von Ulmenstein, I, 496—501.

20) Urf. von 1283, 1284, 1285, 1295, 1296, 1298, 1300 u. 1325 bei von Etetten, Geschl. Gesch. p. 368, 373, 374, 377, 378, 379 u. 385. Chronik von Augsburg, I, 149.

21) Urf. von 1269 bei Dohs, I, 394. Glosener, p. 101. Königshoven, p. 305. Urf. von 1312 bei Hau, I, 31.

In Straßburg z. B. der Herr Niclawes Zorn, und Herr Hug Zorn, Herr Burtart der Pfiler, Herr Heinrich der Wolfgangesheim, Herr Johannes in Falbesgassen u. a. m.²²⁾ Eben so in Köln²³⁾. Die neuen Bürger dagegen waren bloß persönlich freie Leute, welche, da sie keinen eigenen Grundbesitz zu haben brauchten und meistentheils auch keinen hatten, keine Herren, keine domini waren, sind auch nicht so genannt worden. Sehr schön und richtig drückt diesen Grundcharakter des neuen Bürgerthums ein altdeutsches Sprichwort also aus, „niemand's Herr und niemand's Knecht, „das ist des Bürgerstandes Recht.“ Die alte Volksfreiheit war nämlich von je her unzertrennlich mit freiem Grundbesitz und mit Grundherrschaft verbunden. Daher waren schon die alten freien Loosseigener wahre Grundherren mit allen Rechten der späteren größeren Grundherren²⁴⁾. Seit dem Siege der Zünfte entstand nun aber eine nicht auf Grundbesitz gebaute vielmehr bloß persönliche Freiheit, welche von der alten Freiheit eben so verschieden war wie von der Hörigkeit und daher eine ganz neue Freiheit war. Und diesen neuen Stand von Freien nannte man zum Unterschiede von dem Stande der Altfreien und der hörigen Bauern einen Bürgerstand.

§. 366.

Nicht ohne Einfluß auf die Bildung eines eigenen Bürgerstandes in den Städten war die fast gleichzeitige Entstehung eines Ritterstandes auf dem Lande. Viele freie Landsassen, Vasallen und Ministerialen hatten sich nämlich dadurch, daß sie aus dem Ritterdienste ihren ausschließlichen Beruf machten, über die übrigen Landsassen erhoben, anfangs zwar bloß zu einem höheren Rang, später aber selbst zu einem höheren Stand, welchen man den Ritterstand (*ordo militaris*) genannt hat. Alle übrigen Landsassen, welche nicht rittermäßig lebten, sich also nicht zu dem Ritterstande erheben konnten, wurden sodann in den hörigen Bauernstand herabgedrückt. Die ritterbürtigen Geschlechter in den Städ-

22) Urk. von 1299 u. 1308 bei Mone, Zeitschr. V, 392 u. 393.

23) Ennen, Gesch. I, 449 u. 450.

24) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark-, Hof- u. Verfassung, p. 226 ff.

ten, welche bis dahin ebenfalls Handel und Gewerbe betrieben hatten (§. 82) mußten demnach nun, um Standesgenossen der Ritterschaft auf dem Lande und ihr ebenbürtig zu bleiben, ebenfalls rittermäßig, d. h. nicht von ihrer Hände Arbeit leben. Auch die erbgeessenen Bürger und die Erbbürger in Wien u. a. m. blieben daher nur dann den Rittern ebenbürtige Geschlechter, wenn sie rittermäßig lebten¹⁾. Das Gewerbswesen galt bei der Ritterschaft nicht mehr als eine ehrbare Beschäftigung. Daher sagt schon ein alter Chronist von Nürnberg: „Anno 1300 fiengen etliche Geschlechter, deren Namen ehrenhalber hier verschwiegen bleiben, — zu Nürnberg an, Kaufmannschaften in fremden Landen zu treiben“²⁾. Und die Domherren von Basel rühmten sich, daß ihr Kapitel mit Bürgerblut nicht befleckt sei, weder von Seiten der bürgerlichen Geschlechter (*macula gentis plebeiae* der Achtbürger), noch von Seiten der gemeinen Bürger (*macula populari*)³⁾. Denn nur wer rittermäßig lebte ward von der Ritterschaft für ehrbar und daher für ebenbürtig betrachtet. Dieses rittermäßige Leben nannte man in Augsburg und in Basel müßig gehen. Und die ritterbürtigen, also müßig gehenden Geschlechter selbst nannte man Müßiggänger, z. B. in Basel⁴⁾, in der Reichsstadt Pfullendorf⁵⁾ u. a. m. und *otiosi* in Lüttich⁶⁾, nicht als ob dieselben wirklich hätten müßig gehen oder faulenzen müssen, wie man es glauben könnte und auch geglaubt hat, sondern weil sie kein Gewerbe treiben, vielmehr von ihren Renten leben

1) Urf. von 1320 bei Krenner, in Abhl. der Bair. Akad. von 1813, p. 67. — „Die Ritter und des Reichs Erbbürger, die mit der Ellen und der Wage nicht verkhauffen.“ Vergl. oben §. 227 u. 351. Der Großhandel blieb demnach erlaubt. Nach dem Goerliher Landrecht, c. 46 §. 4. sollten bereits die Schöffenbaren in den Städten („schessinbarin“, „markitliutin“) den Schöffenbaren in den Grafschaften nicht mehr ebenbürtig sein.

2) Bei Roth, Gesch. des Nürnberg. Handels, I, 21—22.

3) Urf. von 1387 bei Dohs, II, 50.

4) Dohs, VI, 383. Vergl. oben §. 280.

5) Junftbrief von 1383 bei Walchner, Gesch. der Stadt Pfullendorf, p. 162. — „Mießiggänger.“ —

6) Vertrag des Bischofs von Lüttich mit den Bürgern von 1325. *quorum consiliariorum sex assumuntur ex oppidanis, qui vulgariter vocantur otiosi*. Warnkönig, Beiträge zur Geschichte des Lüttich Gewohnheits Rechtes, p. 123.

sollten, weil „sie aller und jeder Gewerb müessig stehen sollten,“ wie man in Augsburg zu sagen pflegte⁷⁾. In Augsburg wurde jedoch das Müßiggehen im Jahre 1538 auf den Kleinhandel, d. h. auf die eigentliche Krämerei beschränkt, so daß demnach, wie in Biberach⁸⁾, in Wien u. a. m. (Not. 1), der Großhandel den Patriciern erlaubt blieb⁹⁾. Derselbe Grundsatz galt übrigens, wie wohl man es nicht müßig gehen nannte, auch in Worms¹⁰⁾, in Lübeck¹¹⁾, in Frankfurt am Main, Ulm, München u. a. m.

Für Nürnberg wurde dieser Grundsatz noch im 17. und 18. Jahrhundert mehrmals wiederholt¹²⁾. Denn die Ritterschaft hielt streng auf der Befolgung dieses Grundsatzes. Sie hat daher die übrigen Geschlechter, die sogenannten gebürgerten oder verbür-

7) Langenmantel, p. 88.

8) Biberachische Zunftordnung von 1485 §. 1 bei Jäger, Magazin für Reichsstädte, IV, 174. „Jeglicher Burger (d. i. Patrizier) mag sell „haben Glockenspeiß, Kupfer, Zinn, Blei, Stahl, Eisen, Wachs, Spezerey „und wollene Lücher, doch daß er nicht anders verkaufe, dann „Samentauß (en gros). Der Samentauß soll heißen: ein Centner „Glockenspeiß.“ Vergl. §. 2.

9) Als das Patriciat zu Augsburg im Jahre 1538 erneuert wurde, traten ihm nur diejenigen bei, „die von ihren jährlichen Renten und Gülden „leben, auch Handel und Gewerbschaft abthun, die mit dem kleinen „Gewichte, Elle, Maas, Duzzen und Pfensfert betrieben „worden.“ Welfer, Chronik, III, 35. Roth von Schredenstein, Patriciat, p. 559.

10) Achtung von 1519 art. 4 bei Schannat, II, 318. „von Geschlechten „sollen geheissen und benannt werden, die eins erbern alten Herkom- „mens Wapengenoss, und von ihren Lehen, Renthen und „Gülden leben. Dergleichen dero Vater oder Vorelter im Rath zu „Wormbs etlich Jahr hergangen, und sie sich von ihren Renthen „und Gülden nehren. Auch die sonst erbers Wesen, Wapenge- „nos und nicht Handwercker seyn. Darzu diejenige, so drey oder „vier Jahre zu Wormbs gewohnet. Auch von ihren Gülden und „Renthen gelebt haben.“

11) Dreper, Einleit. in Lüb. Verordn. p. 75.

12) Privilegien von 1697 u. 1721 in Hist. Norimberg. dipl. p. 1072. — „ihrem erlangten Abelsstand allerdingß gemäß leben, sich aller Handel- „schafft und anderer bürgerlicher Gewerbe gänzlich enthalten.“ Vergl. oben §. 82.

geren Geschlechter, nicht mehr als Standesgenossen anerkannt und darum von den Turniren und Stiftern ausgeschlossen, die ehelichen Verbindungen mit ihnen für unebenbürtig erklärt, und die Handel Treibenden vom Adel sogar bestraft. In diesem Sinne wurde im Jahre 1481 auf dem Turnire zu Heidelberg verordnet, „daß hinfüran die geburgerten Ebleuth zum Turnier nimmer „zugelassen sollen werden, sie haben dann ihr Burger schafft „zuvor aufgesagt“¹³⁾. Nach der Turnirordnung von Hailbronn vom Jahre 1483, art. 4 sollte der, „welcher aus freyem Willen in „einer Stadt sitzt, Steuer und Wacht giebt, oder sich beamtet, oder „das zu thun verbunden ist, so den gemeinen eingeseffenen Bürger „zu thun ist, zu Thurnieren nicht zugelassen werden,“ und nach art. 32, „alle die vom Adel Kauffschläge oder Händel treiben, „oder die mit ihnen zulegen als andere gemeine Kaufleute, die „soll man straffen“¹⁴⁾. Und in den Stiftern wurden nur noch diejenigen Bürgergeschlechter für stiftsfähig gehalten, welche wenigstens von Seiten des Vaters rittermäßig waren, z. B. in Basel¹⁵⁾. Meistentheils wurde indessen die Ahnenprobe auch noch auf die Mütter und späterhin sogar noch weiter auf 4, 8 und 16 Ahnen ausgedehnt. So wurden z. B. in den Stiftern Unserer Lieben Frauen hier in München und in Eichstädt nur noch diejenigen Bürgergeschlechter für stiftsfähig gehalten, „welche von Vater und „Mutter Rittergenosß (ritterbürtig) oder wenigstens von Altersher Wappengenosß“ waren, oder „von alter gutter Ritterschaft „herkommen sint unvermengt mit einicher Burger schafft“¹⁶⁾. Viele Hochstifter haben die Bürgergeschlechter sogar ganz von dem Hochstifte ausgeschlossen. So das Hochstift Basel bereits schon im Jahre 1337¹⁷⁾. Eben so das Hochstift Augsburg im Jahre 1474.

13) Hund, Bayr. Eitt. II, 239.

14) Goldast, Reichshandlungen, p. 25 ff.

15) Urf. von 1337 bei Ochs, II, 51. — Filius de militari stirpe ex parte patris. —

16) Urf. von 1420 u. 1498 bei von Krenner in histor. Abhandl. r Afab. von 1813, p. 41 u. 42. In der Abelsbestätigung der Rir von Nürnberg von 1474 ist schon „von Ihren 16 Ahnen recht gebol e „rittermäßige Edelcut und von 12 Ahnen Thurnierer“ die R : Siebenkees, Materialien, I, 365.

17) Urf. von 1337 bei Ochs, I, 49—52.

Und im Jahre 1475 wurden daselbst auch noch die Bürgersöhne ausgeschlossen¹⁸⁾. Auch das Domkapitel zu München hat im Jahre 1557 den Erbmänn Johann von Schenking als nicht ebenbürtig ausgeschlossen, was zu einem langwierigen Proceß des Domkapitels mit den Münsterschen Erbmännern, (dem städtischen Abel), geführt hat, der erst im Jahre 1709 entschieden worden ist¹⁹⁾.

Um daher ihre Ebenbürtigkeit und die damit verbundene Turnir- und Stiftsfähigkeit zu retten ließen sich viele alte Geschlechter von Ulm bezeugen, daß sie niemals Handel und Gewerbe betrieben und in keine Kunst aufgenommen worden seien²⁰⁾. Sogar die Grafen von Bappenheim mußten sich im Jahre 1420, als sie in den Domchor zu Eichstädt aufgenommen werden wollten, bezeugen lassen, „daß sie von freyen Herrn, Bannerherrs, vnd von „alter gutter Ritterschaft herkommen sint unvermengt mit einicher „Burgerschaft“²¹⁾. Und in München mußte die „erberge frawe „Abelheit,“ welche in das St. Alara Stift aufgenommen werden wollte, versprechen, „daß si werltlichin chausmanschaft vnd werltlichin Handlung, die nach gewinne zug, mit ir Hanten noch, mit „ir Diener noch mit ihr gut nicht treiben noch führen wil“²²⁾. Andere Geschlechter ließen aber aus demselben Grunde ihren Abel von dem Kaiser selbst anerkennen und bestätigen. So bereits im 15. Jahrhundert das Geschlecht der Rieter zu Nürnberg aus dem in der Bestätigungsurkunde selbst angegebenen Grunde, „daß das Geschlecht der Riether — sich auch iederzeit ihrer Gült als andere „Edelleuth betragen, und keinerley Kaufmanschaftt Gewerb noch Handtierung getrieben“²³⁾. Eben so die alten Geschlechter in Mainz u. a. m.²⁴⁾. Die Geschlechter von Ulm im 16. Jahrhundert²⁵⁾,

18) von Stetten, Gesch. der adel. Geschl. in Augsb. p. 148.

19) Söfeland, Gesch. von Goessfeld, p. 241 u. 242. Cramer, Weßlar. Nebenst. 58 p. 83—85. Wigand, Denkwürdigkeiten aus Reichskammergericht zu Weßlar, p. 162 ff., 166—177.

20) Urk. von 1552 bei Krenner, a. a. O. p. 48, 68 u. 69.

21) von Krenner, a. a. O. p. 41 u. 42.

22) Urk. von 1824 in Mon. Boic. XVIII, 109 u. 110.

23) Abels Bestätigung von 1474 bei Siebenkees, Materialien zur Nürnberg. Gesch. I, 364.

24) Heusser, Erzämter von Mainz, p. 11 Not. c.

25) Jäger, Ulm, p. 254.

viele Geschlechter von Nürnberg sogar noch im 17. und 18. Jahrhundert²⁶⁾. Manche Geschlechter erhielten die Bestätigung ihres Adels erst nach langwierigen Processen beim Reichskammergerichte, die Erbmänner von Münster erst im Jahre 1709 und die Salzjunker zu Werl gar erst im Jahre 1765²⁷⁾. Das berühmte in mehreren Reichsstädten ansässige Geschlecht der Welfer ließ sich von den Kaisern sogar dieselben Freiheiten, welche den Rittern und Edelleuten in Franken und Schwaben zustanden, ertheilen, welche Karl V., aus Dankbarkeit für die bedeutenden Gelbvorschüsse, im Jahre 1525 mit dem Zusatz bestätigte, „daß ihnen ihre große Handlung „an den ritterlichen Uebungen keinen Nachtheil bringen solle, weil sie nicht nur dem Kaiser mit Vorstreckung einer Million Goldes „behülflich gewesen, die Städte Indiens zu erkaufen, sondern auch „diese Städte zum Theil ihnen zu regieren eingeräumt worden“²⁸⁾. Die Welfer hatten nämlich nach der Entdeckung Amerikas (Westindiens) die Landschaft Venezuela in Besitz genommen und 26 Jahre lang auch wirklich besessen²⁹⁾.

§. 367.

Seit der Entstehung eines Ritterstandes auf dem Lande und seit dem Siege der Zünfte in den Städten schied sich demnach die Bevölkerung in zwei verschiedene Stände, auf dem Lande in den Ritterstand und in den Bauernstand, in den Städten aber in die ritterbürtigen Geschlechter oder in das Patriciat und in den Bürgerstand. Denn Patricier oder Burger von der Gesellschaft¹⁾ nannte man nun, seit dem 16. Jahrhundert, mehr und mehr alle jene alten Geschlechter in den Städten, welche wie die Ritterschaft auf dem Lande rittermäßig lebten. Sie waren und blieben daher Standesgenossen der Ritterschaft oder des niedern

26) Privilegien von 1697 u. 1721 in Hist. Norimb. dipl. p. 1071 bis 1076.

27) Cramer, Weplar. Nebenst. 58 p. 84 u. 97.

28) von Stetten, Gesch. der adelig. Geschlechter in Augsburg, p. 97.

29) Anmerkungen über die Gesch. der Reichsstädte, vornemlich der Bischöfen, p. 325.

1) Zunftordnung der Stadt Biberach von 1485 §. 1 u. 2 bei Jägl. Mag. für D. Reichsstädte, IV, 174 u. 175.

Abels und diesem ebenbürtig, z. B. die Aichtbürger oder die Bürger von der hohen Stube in Basel ²⁾, die Patricier in Nürnberg, Ulm, Augsburg und in anderen Reichsstädten. Eben so die alten Geschlechter in Stendal, in Salzwedel, Gardelegen und in anderen altmärkischen Städten ³⁾, die Patriciergeschlechter in München, in Braunschweig u. a. m. Denn nicht bloß in den Reichsstädten, sondern auch in vielen Landstädten haben sich die alten ritterbürtigen Geschlechter erhalten.

Diese beiden Stände schlossen sich jedoch in den Städten nicht so hermetisch ab, wie dieses bei der Ritterschaft auf dem Lande der Fall war. Die Geschlechter mußten sich zwar allenthalben entscheiden, ob sie müßig gehen wollten oder nicht, und im ersten Falle sich in eine Geschlechterstube oder in eine Geschlechterzunft, im letzten Falle dagegen in eine rathsfähige Gewerbszunft aufnehmen lassen. Denn es hing von jener Aufnahme das volle politische Bürgerrecht ab. In Augsburg forberte man jene Erklärung unmittelbar nach dem Siege der Zünfte. Und viele Geschlechter ließen sich sodann in das Geschlechter Register eintragen. Viele Geschlechter gaben aber auch dem Erwerbe durch Handel und Wandel den Vorzug und ließen sich daher in eine Zunft einschreiben ⁴⁾. In anderen Städten dagegen drang man nicht auf eine alsbaldige Erklärung. Man überließ es vielmehr der Zeit, jene Ausscheidung durchzuführen. Und die sich entgegengesetzten Interessen haben sich sodann nach und nach von selbst ausgeglichen und versöhnt. Während nämlich die Einen zu den Geschlechtergesellschaften gehalten haben, hielten die Anderen, wie wir gesehen, zu den Zünften und ließen sich in eine Zunft aufnehmen. Auch fuhren die Geschlechter in vielen Städten fort aus den Zünften neue Kräfte an sich zu ziehen und durch die Aufnahme von Gewerbsleuten in die Geschlechter-Stuben und Zünfte sich selbst zu verstärken. So behielten z. B. in Basel alle Bürger von den Zünften das Recht, sich wenn sie rittermäßig lebten in eine Aichtbürgerstube einzukaufen, das heißt sich in eine der beiden Aichtbürgerstuben aufnehmen zu

2) Urf. von 1387 bei Ochs, II, 50 u. 51. Heusler, p. 257.

3) Gerden, cod. dipl. Brandb. VIII, 444 u. 450.

4) Langenmantel, p. 37 u. 38. von Stetten, Geschl. Gesch. p. 41 u. 42.

lassen⁵⁾. Dieses Recht wurde zwar mißbraucht und daher im Jahre 1413 beschränkt⁶⁾. Es geht jedoch aus einem Rathschluß von 1516 hervor, daß die Zünfte nach wie vor fortführen, sich in die hohe Stube einzulassen, um sich dadurch den Verbindlichkeiten der Zünfte zu entziehen⁷⁾. In Frankfurt wurden die reichen Wollenweber in die Geschlechtergesellschaften aufgenommen⁸⁾. Auch in Augsburg, in Straßburg u. a. m. fuhr man fort Zunftgenossen, wenn sie rittermäßig lebten, in die Geschlechterstuben aufzunehmen. Daher hat es daselbst viele Geschlechter gegeben, welche in früheren Zeiten Gewerbsleute waren („wan vil gute geslechte ignote in der stat sint, die von antwerghuten sint uftomen, und nu meinent ebel zu finde“)⁹⁾. Und in Wien verschmähte es der Adel noch am Ende des 15. Jahrhunderts nicht einen sehr ausgedehnten Handel zu treiben, worüber sich die Bürger als eine Beeinträchtigung der bürgerlichen Nahrung beim König Maximilian beschwerten¹⁰⁾. Auch dauerten die Wechselheirathen zwischen den Geschlechtern und Zünften ganz ungehindert fort, z. B. in Frankfurt¹¹⁾, in Ulm¹²⁾, Augsburg, München u. a. m. Und aus diesen neu Aufgenommenen und angeheiratheten Zunftgenossen und aus den aus anderen Städten oder vom Lande aufgenommenen Rittergeschlechtern ist in Augsburg die Mehreren Gesellschaft hervorgegangen, durch welche daselbst die Geschlechtergenossenschaft vermehrt und erweitert worden ist¹³⁾. Da jedoch viele Geschlechter, welche nicht müßig gehen wollten, den Zünften beitraten, oder wenigstens bei manchen

5) DchS, II, 103, 105, 106, 315. Not. II, 102 Not.

6) DchS, III, 100.

7) DchS, V, 811.

8) von Fichard, p. 187 u. 188.

9) Königshoven, p. 312. Not.

10) Bittschrift der Bürgerschaft von Wien von 1494 bei Hormayr, Wien, I, 5. Urk. p. 202. „So treibt der Adel wider seinenn Stand, auch ander ledig gesellenn wider des Landdes vnd vnser Statthand: „uest“ vnd Freyheit, den maissen handl mit wein traib Bi; „Holcz Salz vnd annderem kauffschacz, damit sich die Burger: „ewrer fu. genade Stein vnd merckhten ernern solten.“ —

11) von Fichard, p. 187.

12) Jäger, Ulm, p. 251.

13) von Etetten, p. 42, 43, 183, 186, 187 u. 441 ff.

Geschlechtern die Einen sich in den Zünften die Anderen aber in den Geschlechterstuben aufnehmen ließen, wie dieses z. B. in Augsburg öfters der Fall war ¹⁴⁾, da ferner sehr viele Geschlechter, deren Herrschaft in den Städten seit dem Siege der Zünfte zu Ende war, im Unmuthе darüber, daß nun die Rittermäßigkeit dort nichts mehr galt, die Städte verließen und sich anderwärts niederließen, so verminderte sich die Anzahl der alten Geschlechter mehr und mehr und das bürgerliche Element kam fast allenthalben zur Herrschaft. So unter Anderem in Hörter, wo im 16. Jahrhundert die Lezten vom Adel in dem Stadtrath saßen ¹⁵⁾. Eben so in Freiburg im Breisgau, wo die Mitglieder der vorder-österreichischen Ritterschaft sich im Jahre 1670 von den Rathsstellen zurückzogen und im Jahre 1671, um ihre Stiftsfähigkeit zu retten, auch noch das Bürgerrecht aufgaben ¹⁶⁾.

§. 368.

So entstand denn ein ganz neuer Stand in den Städten und mit ihm ein Unterschied zwischen Bürgerschaft und Bürgerstand. Zur Bürgerschaft gehörten nämlich alle diejenigen, welche das volle Bürgerrecht erhalten hatten, gleichviel ob sie dem Ritter- oder Bürgerstande angehörten. Denn zur Bürgerschaft gehörten nicht bloß die Mitglieder der Zünfte, sondern auch noch alle rittermäßig lebenden Geschlechter, welche in eine Geschlechterstube oder Geschlechterzunft aufgenommen worden waren. Auf der anderen Seite wohnten aber auch noch viele dem Ritter- oder Bürgerstande angehörende Leute in den Städten, welche nicht zur Bürgerschaft gehört haben. Es wohnten nämlich in den Städten auch Rittergeschlechter, welche nicht in die Geschlechter-Stuben oder Zünfte oder wenigstens nicht ins Bürgerrecht aufgenommen worden und daher keine Bürger waren. Sie gehörten demnach wohl zum Ritterstande, nicht aber zur Bürgerschaft. Eben so hatte sich, wie früher an der Seite der Altbürgerschaft, auch neben der neuen Bürgerschaft wieder, eine besondere Klasse von Einsassen gebildet, welche zwar in den Gemeindeverband, nicht aber ins Bürgerrecht aufge-

14) von Stetten, p. 43. Rangenmantel, p. 38.

15) Wigand, Gesch. von Corvei, I, 332.

16) Schreiber, Gesch. IV, 177.

nommen worden war. Diese Einsassen bildeten einen ähnlichen Gegensatz zu den Bürgern, wie früher die Hintersassen zu den Altbürgern. Man suchte sie zwar in manchen Städten zu bewegen und sogar zu nöthigen das Bürgerrecht zu kaufen, z. B. in Basel seit dem 15. und 16. Jahrhundert angeblich, um eine größere Gleichheit unter den Einwohnern herzustellen („daß wir desto „glücker bey einander sitzen“) ¹⁾. Es ist dieses jedoch nicht immer gelungen. Man nannte diese Einsassen ebenfalls Hintersassen, Beisassen, oder Schutzwervandte, in manchen Städten auch, da sie in den Vorstädten wohnten, Pfalzbürger z. B. in Rotenburg u. a. m. ²⁾. Auch sie gehörten nun zwar nicht zur Bürgerschaft, wohl aber als freie in der Stadt angesessene Leute zum Bürgerstande. Zu ihnen gehörten vor Allem alle jene Gewerbsleute und Einsassen, welche in keine rathsfähige Zunft aufgenommen worden waren. Zu ihnen gehörten insbesondere auch die Juden.

Die Juden konnten nämlich als Fremde und als nicht Christen von den rathsfähigen Zünften nicht aufgenommen werden. Sie blieben daher, nach wie vor dem Siege der Zünfte, ausgeschlossen von dem Stadtreghment. Meistentheils wurden sie sogar von den nun herrschenden Zünften verfolgt. Denn die Verfolgung der Juden und ihre Vertreibung aus den Städten datirt größtentheils aus den Zeiten der Erhebung und des Sieges der Zünfte. Aber auch in jenen Städten, in welchen sie nicht vertrieben oder wenigstens wieder aufgenommen worden sind, ward nun ihre Lage weit abhängiger und gedrückter als in früheren Zeiten, wo sie dieselben genossenschaftlichen Freiheiten und Rechte gehabt haben, wie damals die Zünfte. Sie blieben daher nach wie vor schutzhörige Leute, also wahre Schutzjuden. Ihre früher sehr bedeutenden genossenschaftlichen Rechte wurden allenthalben beschränkt und ihnen in vielen Städten sogar gänzlich entzogen.

So war denn mit einer neuen Freiheit und mit einem neuen Rechte (§. 104) nun auch ein neuer Stand in den Städten mit ganz neuen Bestrebungen entstanden. Mit dem Bürgerstande beginnt demnach eine ganz neue Zeit. Anfangs wa

1) Rathsbeschlüsse von 1484 u. 1528 bei Dörs, V, 167, 168 u. 604.

2) Bensen, Gesch. von Rotenburg, p. 281, 240 u. 241. Vergl. oben §. 19

zwar dieser neue Stand auf die Städte beschränkt, indem es damals außer den Stadtbürgern noch keine anderen Bürger gegeben hat, ein Bürgerstand also nur in den Städten möglich war. Da jedoch auch die Vetsassen und Schußverwandten in den Städten, fintemal sie weder zum Ritter- noch zum Bauernstande gehörten, zum Bürgerstande gerechnet worden sind, wiewohl sie keine Bürger waren, so gewöhnte man sich daran auch jene auf dem Lande wohnenden Leute, welche nicht zum Adel und auch nicht zum Bauernstande gehörten, zum Bürgerstande zu rechnen, eine Begriffsbestimmung, welche späterhin auch in die Gesetzgebung, z. B. ins Preussische Landrecht übergegangen ist³⁾. Als daher auch auf dem Lande die Hörigkeit mehr und mehr zu schwinden und die Anzahl der weder zum Adel noch zum Bauernstande gehörenden freien Leute sich zu mehren begann, was zumal seit dem 18. Jahrhundert der Fall war, da reifte auch auf dem Lande eine ähnliche Zeit wie in den Städten vor dem Kampfe der Zünfte. Und seit dem Jahre 1789 begann dieser nun über das ganze Land erweiterte Bürgerstand, der sogenannte dritte Stand, einen ähnlichen Kampf wie vordem in den Städten die Zünfte. Die Städte waren demnach auch in dieser Beziehung die Vorläufer jener Kämpfe, welche heute noch ganz Europa bewegen.

9. Bürgeraufnahme.

§. 369.

Die Stadtgemeinde war ursprünglich eine Stadtmarktgemeinde. Wie bei anderen Marktgemeinden konnten demnach nur in Grund und Boden angesessene Leute, welche in der Stadtmark ihren eigenen Rauch hatten, vollberechtigte Bürger sein. Gleichgiltig war es jedoch, ob die in der Stadtmark angesessenen Leute freie oder hörige Grundbesitzer waren. Erst seit dem Abschaffen der Hörigkeit in den Städten mußten alle Bürger freie Leute, also freie Grundbesitzer sein. Und seit dem Siege der Zünfte war in den meisten Städten auch kein Grundbesitz mehr nothwendig.

3) Preuss. Landr. II, 8 §. 1. „Der Bürgerstand begreift alle Einwohner des Staats unter sich, welche, ihrer Geburt nach, weder zum Adel, noch zum Bauernstande gerechnet werden können.“

Die Aufnahme in eine Zunft vertrat vielmehr die Stelle der früher nothwendigen Ansässigmachung (§. 226—229 u. 364). In früheren und späteren Zeiten bestand aber hinsichtlich der Aufnahme in das Bürgerrecht ein wesentlicher Unterschied in Ansehung der Fremden, welche erst eingewandert waren, und hinsichtlich der Eingebornen, welche von Bürgern abstammten.

Zur Aufnahme eines Fremden in das Bürgerrecht gehörte ursprünglich, so lange die Stadtgemeinde noch eine Marktgemeinde war, wie bei den Dorfmarktgemeinden, vor Allem eine häusliche Niederlassung, also der Erwerb eines Hauses und Hofes und des dazu gehörigen Grundbesitzes in der Stadt und ein eigener Hauch, d. h. eine eigene selbständige Haushaltung ¹⁾. Und diese häusliche Niederlassung mußte hin und wieder, zumal in den alten Städten, ein volles Jahr und einen Tag gedauert haben. Die Bürgeraufnahme war nämlich ursprünglich ein Aufnehmen in die Stadtmarktgemeinde (*communio civitatis*), noch nach dem Weisthum der Schöffen zu Magdeburg aus dem 13. Jahrhundert ²⁾, nach dem Stadtrecht von Hagenau von 1164 ³⁾ und nach dem Weisthum von Wetter vom Jahre 1239 ⁴⁾. So wie denn auch der Verlust des Bürgerrechtes ein Entziehen dieser Gemeinschaft oder ein Verzicht darauf gewesen ist, z. B. in Köln ⁵⁾ und in Paderberg ⁶⁾. Die Aufnahme konnte demnach ursprünglich auch stillschweigend durch den Erwerb von Grund und Boden in der Stadtmark verbunden mit einem Wohnsitz von Jahr und Tag

1) Meine Gesch. der Dorfverf. I, 175 ff. und oben §. 227.

2) Weisthum §. 18 vergl. mit §. 8 bei L. u. St. p. 271 u. 273. *cives eum nullatenus in consortium et communionem recipere possunt. — proprietatem, quam ad communionem civitatis. —*

3) Stadtr. §. 7. — *communione ibidem acquirere. —*

4) Weisthum bei Wend, II, 167. *quicumque extraneus accedens ad oppidum in Wettera vult habere communionem, que vulgariter Almeinde dicitur, dabit. —*

5) Urf. aus 12. sec. §. 7 bei Glaser in Materialien zur Statistik I. p. 498. *rebellis de carta civium et communione nostra pudiabitur.*

6) Stadtr. von 1290 §. 7 bei Seiber, II, 1 p. 528. *Si quis communionem civium resignare voluerit. —*

geschehen. Denn durch den unangefochtenen Besitz von Jahr und Tag wurde der Grund und Boden, mit diesem aber auch das damit verbundene Recht eines Stadtmarkgenossen erworben ⁷⁾. Von diesem ursprünglichen Rechte haben sich nun in manchen alten Städten eine Zeit lang noch Spuren erhalten, indem in den Einen der ruhige Besitz eines Hauses oder Hofes während Jahr und Tag gegen jede weitere Ansprache schützte und daher auch das Recht der Stadtmarkgenossenschaft sicherte, z. B. in Speier ⁸⁾, in Augsburg ⁹⁾, in Braunschweig ¹⁰⁾, während anderwärts schon der Besitz von Grund und Boden von einem gewissen Werth zum Erwerbe des Bürgerrechts hinreichte, z. B. nach dem alten Stadtrecht von Freiburg im Breisgau ¹¹⁾, und in noch anderen alten Städten die häusliche Niederlassung Jahr und Tag gedauert haben mußte, z. B. in Wesel ¹²⁾, in Buren ¹³⁾ u. a. m., insbesondere auch in Mâcon, Audenarde, Nevers und in anderen Französischen Städten ¹⁴⁾. Erst seitdem die Stadtmarkgenossenschaften zunftartig abgeschlossen worden waren, erst seit dieser Zeit reichte die häusliche Niederlassung allein, wenn damit auch ein Wohnsitz von Jahr und Tag verbunden war, nicht mehr hin. Es war vielmehr außerdem auch noch

7) Meine Einleitung zur Gesch. der Markt-, Dorf- und Stadtverfassung, p. 100 u. 141—144.

8) Urk. von 1111 u. 1181 bei Lehmann, p. 307 u. 466. Si quis curtem aut domum per annum et diem sine contradictione possederit, nulli hoc interim scienti ultra inde respondeat.

9) Stadtrecht von 1276 bei Freyberg, p. 42. Stadtrecht, §. 89 bei Walch, IV, 118.

10) Urk. in Braunschweig Urkb. I, 2.

11) Stadtrecht von 1120 §. 23. Qui proprium non obligatum valens marcam in friburg habuerit burgensis est. Vergl. noch §. 67 u. 68. Nach dem Stadtrecht von 1293 bei Schreiber, I, 1. p. 129. sollte aber niemand Bürger werden, der nicht in Grund und Boden angeessen war, vergl. oben §. 227. Es war demnach schon eine Bürgeraufnahme nothwendig.

12) Privilegien von 1277, c. 15. Vergl. oben §. 227.

13) Stadtrecht aus 14. sec. bei Wigand, Archiv, III, 3. p. 82. — et emptor post annum et diem melius potest optinere quam aliquis eum gravare. Und der altdeutsche Text, eod. p. 88.

14) Meine Einleitung zur Gesch. a. a. O. p. 148.

eine förmliche Aufnahme ins Vollbürgerrecht nothwendig, z. B. in Speier u. a. m. (§. 47 u. 53), woher es sich erklärt, warum öfters z. B. in Speier, Straßburg u. a. m. nicht alle Geschlechter rathsfähig waren. Durch die Niederlassung und Ansässigmachung in der Stadtmark waren sie zwar Stadtmarkgenossen im weiteren Sinne des Wortes, aber keine vollberechtigte Genossen geworden. Sie gehörten demnach wohl, wie die Weisassen und Hintersassen, zur Stadtgemeinde, nicht aber zur vollberechtigten Bürgerschaft. Denn zu dem Ende war nun auch noch, wie in den Dorfmarkgemeinden, eine Aufnahme in die vollberechtigte Genossenschaft nothwendig. Dasselbe gilt auch in Ansehung der eigenen und hörigen Leute, welche sich in einer Stadt niedergelassen hatten. Nach einem unangefochtenen Wohnsitz von Jahr und Tag hatten sie zwar ihre Freiheit erworben, und gehörten sodann als Schutzverwandte oder als Hintersassen der Bürgerschaft zur Stadtgemeinde. Das Bürgerrecht erhielten sie aber dadurch noch nicht. Dieses mußten sie vielmehr noch kaufen oder in anderer Weise gewinnen. Klar und deutlich wird dieser Grundsatz bereits im 14. Jahrhundert von den versammelten Zunftmeistern in Basel als ein altes Herkommen ausgesprochen. („Wenn ein eigener Mann, oder eine eigene Frau harin kumt, und Jahr und Tag hier bi ihm selber sitzt und sin Brod isset unversprochen, soll ihn die Stadt darnach für den Ihren halten, schirmen und fristen, weil er sich dann versessen hat, doch so ist er nüt von des versizendes wegen Bürger, noch zolles frey, bis daß er Bürgerrecht kauft, oder er es in Reisen gewinne“) ^{14a)}. Eben so war auch in Memmingen eine Aufnahme der Leibeigenen und Vogtleute ins Bürgerrecht nothwendig und dazu noch ein Wohnsitz von fünf Jahren ^{14b)}.

Die Bürgeraufnahme nannte man öfters burgern oder verburgern ¹⁵⁾, in ähnlicher Weise wie man vom sich beherren bei der Unterwerfung unter eine Herrschaft gesprochen hat ¹⁶⁾. Man nannte daher die ins Bürgerrecht aufgenommenen Geschlechter

14a) Ochs, II, 383. Vergl. oben §. 285.

14b) Urf. von 1471 bei Moser, Reichsst. Handbuch, II, 125 f.

15) Schmeller, I, 99. Vergl. oben §. 848.

16) Meine Gesch. der Fronh. II, 112.

verbürgerte oder gebürgerte Geschlechter (§. 366). Insgemein nannte man aber das Bürgerrecht ein Bürgerrecht oder Burgrecht (Burchrecht, Burdrecht, Buridrecht, oder Burchrecht) z. B. in Schongau, Friedberg, Augsburg, München, Memmingen und Regensburg¹⁷⁾, sodann eine Burgerschaft (Burscap oder Burschap) z. B. in Soest¹⁸⁾, in Stendal¹⁹⁾ u. a. m.²⁰⁾, eine *burgesia* oder *burgensia* (*bourgeoisie*) z. B. in Freiburg im Uechtlande²¹⁾ und in Arberg²²⁾, oder auch ein Marktrecht oder eine Bürgererschaft z. B. in Speier und in anderen Städten jenes Bisthums²³⁾, oder eine *civilitas* z. B. in Soest²⁴⁾, in Labenburg²⁵⁾, und in Stendal²⁶⁾, ein *consortium civilitatis* z. B. in Annweiler²⁷⁾, ein *conciivium* z. B. in Berlin²⁸⁾, zuweilen auch ein Bürgermahl, Bauermal, Burmal oder Bawermol z. B. in Magdeburg und Halle²⁹⁾. Die Aufnahme ins Bürgerrecht nannte man daher eine Aufnahme ins Bürgerrecht oder Burgrecht, in die Burgschaft u. s. w.

Die Aufnahme geschah, wie bei anderen Markgenossenschaften, entweder von der Stadtmarktgemeinde selbst oder

17) Die Stadtrechte bei Zori, p. 49, 96 u. 134. Urk. von 1294 bei Bergmann, II, p. 9. Memminger, Stadtrecht von 1396, art. 38. Stadtr. von Augsburg von 1276 bei Freyberg, p. 42 Schmeller, I, 198.

18) Schrae, art. 116.

19) Urk. von 1345 bei Gerden, vet. march. I, 92.

20) Turnierordnung von 1481 bei Hund, II, 239.

21) Handfeste von 1249 §. 71 bei Gaupp, II, 95. *primo burgensie debet renunciare.* —

22) Handfeste von 1271 bei Walthert, p. 40 f.

23) Urk. von 1097 bei Dümgé, reg. Bad. p. 118. *jus acquirit quod vulgariter dicitur Marktrecht vel Bürgerschaft.* —

24) Stadtrecht von 1120, §. 40. Urk. von 1288 bei Seibert, II, 1. p. 54 u. 512.

25) Urk. von 1291 bei Guden, syl. p. 295.

26) Urk. von 1233 bei Bedmann, V, 1. 2. p. 195.

27) Stadtrecht von 1219 §. 8 bei Gaupp, I, 127.

28) Urk. von 1288 bei Ludewig, rel. Mpt. XI, 687. — *conciivium id quod dicitur burscap.* —

29) Haltaus, p. 108 u. 109. Nicolaus Wurm bei Tzschoppe und Stenzel, Urk. p. 228.

in ihrem Namen von dem Stadtrath. In grundherrlichen und gemischten Gemeinden war aber auch noch die Zustimmung der Grund- oder Vogteiherrschaft nothwendig. In den freien Städten, zu welchen in späteren Zeiten sehr viele Städte gehört haben, war die Aufnahme neuer Bürger ganz unbestritten in den Händen des Stadtraths, z. B. in Straßburg³⁰⁾, in Ulm³¹⁾, in Rotenburg³²⁾, in Greußen³³⁾ u. a. m., oder in den Händen der Stadtgemeinde, z. B. in Magdeburg³⁴⁾, in Zug³⁵⁾ u. a. m., oder auch in den Händen des Raths und der Bürgerschaft, z. B. in Zürich³⁶⁾ und in Freiberg³⁷⁾. Dasselbe Recht hatten indessen auch die die grund- und vogteilichen Städte und die gemischten, jedoch nur mit Zustimmung der Grund- und Vogteiherrn oder der herrschaftlichen Beamten, z. B. in Augsburg³⁸⁾, in Friedberg³⁹⁾, in Wesel⁴⁰⁾, in Winterthur⁴¹⁾, in Elgg⁴²⁾, in Horstmar in Westphalen⁴³⁾ u. a. m. Hier und da hatten auch die Grund- und Vogteiherrn allein das Recht neue Bürger aufzunehmen, z. B. in St. Gallen⁴⁴⁾. Aber auch die grundherrlichen, vogteilichen und gemischten Städte strebten nach dem Rechte der freien Bürgeraufnahme. Und sie erhielten es auch fast allenthalben, wenn auch hin und wieder erst nach einem Kampfe mit dem Herrn der Stadt, z. B. in Worms⁴⁵⁾, in Ehenheim im Elsaß⁴⁶⁾, in Füßen⁴⁷⁾ u. a. m.

30) Urf. von 1488 bei Wencker, de psalburger. p. 108 f.

31) Jäger, Ulm, p. 314. Jäger, Mag. III, 520.

32) Bensen, Gesch. von Rotenburg, p. 285.

33) Statut bei Walch, VII, 95.

34) Schöffeweisthum aus 13. sec. §. 18 bei L. u. St. p. 278.

35) Renaud, Rechtsgesch. von Zug, p. 23 u. 44.

36) Richtebrief, IV, 24.

37) Statut §. 273 bei Walch, III, 274.

38) Stadtrecht art. 88 bei Walch, IV, 112.

39) Stadtrecht von 1404, §. 9 u. 10 bei Lori, p. 95.

40) Privilegien von 1277, c. 1. bei Wigaund, Archiv, IV, 408 u. 413.

41) Stadtrecht von 1264 bei Bluntschli, I, 480.

42) Elgger Herrschaftsrecht, art. 53 §. 1 bei Pestaluz, I, 342.

43) Urf. von 1303 bei Rindlinger, Hörigkeit, p. 342.

44) Urf. von 1304 bei von Arr, I, 454.

45) Vergleich von 1283, §. 5 bei Schannat, II, 145.

46) Urf. von 1312 bei Schoepflin, II, 101.

47) Urf. von 1356 bei von Hormayr, Hohenschwangau, Urf. p. 22.

Ueber die Bürgeraufnahme pflegte ein Register, ein Bürgerbuch oder ein Stadtbuch geführt und in dieses die neu aufgenommenen Bürger eingetragen zu werden. In Köln geschah dieses schon seit dem 11. Jahrhundert. Denn im Kirchspiele St. Lorenz wird bereits im Jahre 1060 eines solchen Registers erwähnt, in der Vorstadt Niederich im 12. Jahrhundert einer *carta civium* und im Kirchspiele St. Alban einer *carta officialium* (§. 203 u. 204). Aber auch in anderen Städten kommen diese Bürger- und Stadtbücher frühe schon vor, z. B. in Hamburg ein *liber civium*, in Lübeck eine *littera civilitatum* und in Bremen ein Stadtbuch (*thes stades boc*)⁴⁸⁾.

Die Aufnahme ins Bürgerrecht setzte jedoch, wie bereits bemerkt worden ist, eine häusliche Niederlassung, also insbesondere auch den Erwerb von Grund und Boden voraus. Hatte sich demnach der Fremde nicht schon vor der Bürgeraufnahme in der Stadtmart ansässig gemacht, so mußte er sich bei der Aufnahme wenigstens verbürgen, binnen einer gewissen Frist, insgemein von Jahr und Tag den nöthigen Grundbesitz erwerben zu wollen (§. 227). Ob aber der aufzunehmende neue Bürger ein freier oder höriger Grundbesitzer, ein Ministeriale, ein Vasall oder Ritter war, ist ursprünglich ganz gleichgiltig gewesen. Da nämlich auch die hörigen Grundbesitzer Stadtbürger sein konnten, in den grundherrlichen Städten sogar alle, in den gemischten Städten aber wenigstens viele Bürger hörig waren, so stand die Hörigkeit ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht keineswegs im Wege. Allein auch seit der Aufhebung der Hörigkeit in den Städten war dieses nicht anders. Zwar pflegten seitdem die Stadtgemeinden niemand mehr als Bürger aufzunehmen, der noch in irgend einem Hörigkeits Verhältnisse stand, oder es war zu dem Ende wenigstens die Zustimmung der Leib- oder Grundherren nothwendig (§. 102). Wenn es aber dennoch geschehen war, so ward dadurch die Bürgeraufnahme keineswegs ungiltig. Der Hörige oder Leibeigene konnte zwar noch binnen Jahr und Tag von seinem Herrn zurückgefordert werden. Nach einem unangefochtenen Wohnsitz von Jahr und Tag hatte er jedoch

48) Statut. Brem. von 1308 §. 22 bei Oelrichs, Samml. p. 54. Vergl. Frensdorff, Lübeck, p. 194.

seine Freiheit verjährt, und mit der Freiheit, wenn er zuvor ins Bürgerrecht aufgenommen worden war, auch das Bürgerrecht definitiv erworben (§. 101, 102 u. 369. Not. 14. a). Die ins Bürgerrecht aufgenommenen Lehens- und Vogtleute bedurften indessen dieser Verjährung von Jahr und Tag nicht. Sie erhielten vielmehr das Bürgerrecht sogleich mit der Bürgeraufnahme, z. B. in Basel⁴⁹⁾, in Sursee⁵⁰⁾, in Winterthur⁵¹⁾, in Weinheim⁵²⁾, in Regensburg⁵³⁾ u. a. m. Eben so die freien Zinser in Rempten⁵⁴⁾. Denn als persönlich freie Leute konnten sie nicht zurückgefordert werden. Sie wurden demnach, unbeschadet ihrer Lehens-, Vogtei- oder Zinspflicht, alsbald mit der Aufnahme ins Bürgerrecht selbst Bürger. Eben so wenig wie die Hörigkeit stand der Dienst der Ministerialen und der Ritterdienst der Aufnahme ins Bürgerrecht entgegen. Daher findet man in fast allen alten Städten Ministerialen und Ritter unter den Bürgern. Die Aufnahme der Vasallen und Ministerialen sollte zwar nur mit Zustimmung der gesamten Bürgerschaft z. B. in Freiburg im Breisgau⁵⁵⁾, in Diessenhofen⁵⁶⁾ und mit Zustimmung ihrer Herren geschehen, z. B. in der Stadt Breden in Westphalen⁵⁷⁾ u. a. m. Auch verlangte man hier und da die Freilassung aus dem Dienstverhältnisse, z. B. in Freiburg im Breisgau⁵⁸⁾, in Augsburg⁵⁹⁾ u. a. m. Wenn aber dem ungeachtet die Aufnahme erfolgt war, so waren und blieben die ins Bürgerrecht aufgenommenen Ministerialen und Ritter Bürger, indem sie nicht von ihren Herren vindicirt werden konnten. Seit dem Siege der Zünfte hat sich jedoch dieses Alles geändert.

49) Rathsbeschluss aus 14. sec. bei Dohs, II, 384.

50) Urk. von 1299 im Geschichtsfreund, I, 69.

51) Stadtrecht von 1297 §. 6.

52) Urk. von 1264 bei Guden, II, 149.

53) Privilegium von 1280, §. 21.

54) Hagenmüller, I, 121 u. 125.

55) Stadtrecht von 1120, §. 18.

56) Handfeste von 1260 §. 12 bei Schauberg, II, 54.

57) Urk. von 1252 bei Riesert, Münster Urkb. I, 2, p. 502.

58) Stadtrecht von 1120, §. 86. (Gaupp, §. 18). Vergl. oben §. 142.

59) Stadtr. §. 88 bei Walch.

Meistentheils sollte zwar, auch noch seit dem Siege der Zünfte, der Aufnahme in eine Zunft die Aufnahme ins Bürgerrecht vorhergehen (§. 286). Da jedoch zur Aufnahme in eine Zunft kein Grundbesitz nothwendig war, so war dieser nun auch zur Aufnahme ins Bürgerrecht nicht mehr nothwendig. Die Aufnahme in eine Zunft vertrat vielmehr die Stelle der Ausförmung (§. 364). Um aber rathsfähig zu werden mußten sich die neuen Bürger in eine Zunft aufnehmen lassen. Dieses mußten insbesondere auch die Ritter und die ritterbürtigen Geschlechter thun. Auch sie mußten sich in die Geschlechterstube oder in eine Zunft aufnehmen lassen und außerdem ward noch ihre Aufnahme in den meisten Städten erschwert, wenigstens von gewissen Bedingungen abhängig gemacht. So mußten sie z. B. in Ulm seit dem 14. und 15. Jahrhundert bei ihrer Aufnahme versprechen in der Stadt wohnen, die Steuern entrichten, keine Fehden ohne Vorwissen der Stadt anfangen zu wollen u. dgl. m.⁶⁰⁾ Anderwärts mußten sie sich dem Stadtrecht unterwerfen, z. B. in Greiffenberg in Pommern⁶¹⁾. In Hagenau mußten die Herren von Riechtenberg in der Mitte des 14. Jahrhunderts bei ihrer Aufnahme ins Bürgerrecht eiblich versprechen 10 Jahre lang daselbst Bürger sein und bleiben zu wollen⁶²⁾. In Bieberach mußte der Ritter von Hornungen bei seiner Aufnahme ins Bürgerrecht versprechen 5 Jahre lang Bürger bleiben und die Steuer entrichten zu wollen⁶³⁾. Fast allenthalben mußten die Ritter wenigstens die Steuerpflichtigkeit anerkennen. Nur in wenigen Städten war ihre Aufnahme gänzlich verboten, z. B. in Hamburg und Lübeck (§. 140 u. 142). Allenthalben wurden indessen die verbürgerten Geschlechter von der Ritterschaft und dem Adel gemieden und sogar verfolgt (§. 366).

Statt des Grundbesitzes wurde nun, seit dem Siege der Zünfte, öfters der Nachweis eines bestimmten Vermögens oder eine Bürgschaft begehrt. In Ulm wurde, um den Andrang des verarmten Landvolkes in die Stadt und in die ohnedies schon überfüllten Zünfte abzuhalten, ein Vermögen von 200 Pfund Heller

60) Jäger, Ulm, p. 314.

61) Urk. von 1262 bei Dreger, cod. Pomer. I, 457.

62) Bericht von 1359 oder 1360 bei Mone, Zeitschrift V, 176.

63) Bürgerbrief von 1424 bei Jäger, Mag. IV, 396.

begehrt ⁶⁴⁾, in Kaufbeuern ein Vermögen von 100 Gulden ⁶⁵⁾, in Königsee ein Vermögen von 50 Gulden ⁶⁶⁾, in Eßlingen ein Vermögen von 60 Pfund Heller oder Bürgschaft dafür ⁶⁷⁾, in Rotenburg ein Vermögen von 100 Gulden oder eine Bürgschaft von 200 Gulden ⁶⁸⁾. Auch in Berlin mußte jeder, der das Bürgerrecht begehrte, wenn er kein Eigen besaß, Bürgschaft für sich stellen ⁶⁹⁾. Anderwärts mußte sich der neue Bürger verbürgen, (Bürgschaft stellen) eine Reihe von Jahren Bürger bleiben und während dieser Zeit die Steuer entrichten und nicht aus der Stadt wegziehen zu wollen, z. B. fünf Jahre in München ⁷⁰⁾, in Memmingen ⁷¹⁾, in Augsburg ⁷²⁾, in Schongau ⁷³⁾, in Rain ⁷⁴⁾ u. a. m., acht Jahre z. B. in Friedberg ⁷⁵⁾, zehn Jahre in Ulm und eine Zeit lang ebenfalls fünf Jahre ⁷⁶⁾. In anderen Städten sollte der neue Bürger entweder eine bestimmte Summe beim Rath hinterlegen oder Bürgschaft stellen, daß er die städtischen Steuern und Abgaben gehörig entrichten werde, z. B. in Rudolstadt, Blankenburg und in Teichel ⁷⁷⁾. Wieder in anderen Städten sollte er Bürgschaft stellen, binnen einer Reihe von Jahren kein Almosen von der Stadt begehren zu wollen, z. B. in Basel binnen 5 Jahren ⁷⁸⁾ und in Mün-

64) Rathbeschuß von 1417 bei Jäger, reichsst. Mag. III, 521—523.

65) Stadtrecht, art. 20 bei Walch, III, 317.

66) Statut, art. 19 bei Walch, V, 199.

67) Pfaff, p. 150.

68) Bensen, p. 235.

69) Urf. von 1370 bei Fidicin, I, 44. „Het der, dy de borgerſcap wonnet, tu den Berlin nicht eigens, so sal he borgen setten, dat he nicht „werde wanbur in jare vnd dagen.“

70) Stadtrecht bei Auer, p. 161. Vergl. von Gutner in histor. Abh. der Akademie von 1813, p. 501, 502 u. 503.

71) Stadtrecht, art. 38.

72) Stadtrecht, art. 88 bei Walch.

73) Stadtrecht von 1331 u. 1436 bei Lori, p. 49 u. 143.

74) Stadtrecht von 1332 bei Lori, p. 51.

75) Stadtrecht von 1404 §. 11 bei Lori, p. 96.

76) Rothes Buch bei Jäger, Mag. III, 501 u. 520. Jäger, Ulm, p. 315.

77) Stadtrecht von Rudolstadt, art. 2, §. 4. von Blankenburg §. 4 und von Teichel, art. 2, §. 4 bei Walch, V, 31, 78 u. 168.

78) Urf. von 1584 bei Dohs, VI, 490.

den binnen 7 Jahren⁷⁹⁾. In Rotenburg endlich wurden fremde Handwerker nur provisorisch auf 5 Jahre aufgenommen, „vmb zu sehen ob er sein narung alhie haben mochte“⁸⁰⁾ und in Schweidnitz mußten fremde Handwerksleute bei ihrer Aufnahme in eine Zunft Bürgen setzen, daß sie wenigstens ein Jahr in der Stadt bei ihrem Handwerk bleiben werden⁸¹⁾.

Bei der Bürgeraufnahme mußte allenthalben eine mehr oder weniger bedeutende Aufnahmegebühr entrichtet werden. In den alten Städten pflegte die Aufnahme stillschweigend durch die häusliche Niederlassung zu geschehen (§. 369 Not. 1 ff.). Es war demnach keine Aufnahmegebühr zu entrichten. Die alten Stadtrechte von Soest und von Freiburg vom Jahre 1120 enthalten daher auch noch keine Bestimmung darüber. Aber schon das Stadtrecht von Mebebach vom Jahr 1165 spricht von einer Aufnahmegebühr⁸²⁾, und später findet man ihrer allenthalben erwähnt. Sie bestand meistens in Geld. Daher der Name Aufnahme-geld, Einzugsgeld, Bürgergeld u. s. w., oder auch ganz allgemein Einzug, z. B. in Zürich, in Zug, in der Pfalz am Rhein u. a. m., oder Bürgerrecht z. B. in Greußen⁸³⁾, in Jlm⁸⁴⁾, in Schweidnitz⁸⁵⁾, oder Bürgerrechtsgebühr z. B. in Schläiz⁸⁶⁾, in Basel u. a. m. Und die Erlegung dieser Aufnahmegebühr nannte man das Bürgerrecht kaufen, z. B. in Basel⁸⁷⁾, in Friedberg u. a. m.⁸⁸⁾. Zuweilen nannte man das Aufnahme-geld auch ein Burmal oder Bürgermahl, z. B. in Halle und Magdeburg, indem daselbst auch das Bürgerrecht so genannt worden ist⁸⁹⁾. Der

79) von Suttner, a. a. O. p. 501.

80) Bensen, p. 235.

81) Handfeste von 1328 §. 26 bei L. u. St. p. 522.

82) Stadtr. §. 24 bei Seiberh, II, 1. p. 75.

83) Statut, art. 23 bei Walch, VII, 95.

84) Statut, art. 2 §. 1 u. 2 bei Walch, V, 122.

85) L. u. Stenzel, p. 256 u. 523. Not. 3.

86) Statut, art. 16 bei Walch, VIII, 88 f.

87) Ochs, II, 388, 444, V, 416.

88) Stadtrecht von Friedberg, §. 10 bei Zori, p. 96. Wenker, Continuation von Aufbürgern, p. 164.

89) Dreyhaupt, im Auszug, II, 404. u. 405. Schöffenbrief von 1235 §. 32

Betrag des Aufnahmegebühres war sehr verschieden, meistens aber in früheren Zeiten geringer als in späteren, z. B. in Bern, wo es frühe schon bis auf 300 Kronen gestiegen ist⁹⁰⁾. In Ulm betrug dasselbe anfangs 2 Gulden, später 3 Gulden⁹¹⁾, in Eßlingen 2 Gulden⁹²⁾, in Zug 11 bis 12 Gulden⁹³⁾, in Basel im 14. Jahrhundert eine Mark Silber und außerdem noch beträchtliche Abgaben an den Bürgermeister und Oberstzunftmeister, an die Rathsherren, Zunftmeister, Schreiber, Rathsknechte und Wachtmeister⁹⁴⁾, in Berlin noch im Jahre 1370 nur 10 Schilling⁹⁵⁾. Zuweilen mußte jedoch statt Geld Wein geliefert werden, z. B. in Freiburg im Uechtlande und in Burgdorf⁹⁶⁾, in Elm⁹⁷⁾ u. a. m. Daher wurde die Aufnahmegebühr *vinagium* oder *beuragium*, offenbar von *biberagium*, *beveragium* oder *beragium*⁹⁸⁾, oder auch *Weinlauf* genannt⁹⁹⁾. In den grund- und vogteilichen Städten mußte jene Gebühr doppelt, ein Mal an den herrschaftlichen Beamten und einmal an die Stadt entrichtet werden, z. B. in Wetter¹⁰⁰⁾, in Iserlohn¹⁰¹⁾, in Halle¹⁰²⁾, in Elgg¹⁰³⁾ u. a. m.

bei Gaupp, das alte Magdeb. u. Hallische Recht, p. 227. Urk. von 1226 bei Ludewig, Rel. Mpt. XII, 322. Vergl. oben Note 29.

90) Stettler, Gemeinde- und Bürgerrechtsverhältnisse in Bern, p. 72 u. 79.

91) Rothes Buch bei Jäger, Mag. III, 520. Jäger, Ulm, p. 315.

92) Pfaff, p. 150

93) Renaud, Rechtsgech. von Zug, p. 23.

94) Ochs, II, 448.

95) Fidein, I, 44.

96) Handfeste von Freiburg von 1249 §. 123. *cuppam vini pro beuragio*. Vergl. noch §. 119. Handfeste von Burgdorf von 1316 §. 37 *unum quartale vini pro beuragio seu vinagio*. Vergl. noch §. 32 u. 33 bei Gaupp, II, 103 u. 123.

97) Statut von 1596, art. 2 §. 2. bei Walch, V, 122.

98) Du Cange, h. v

99) Handfeste von Burgdorf, §. 32. *debet dare beuragium sive vinagium quod vulgo dicitur wynchof*.

100) Weisthum von 1289 bei Wend, II, 167.

101) Stenzen, I, 1069.

102) Drenthaupt, im Wuezug, II, 405.

103) Elgger Herrschaftsrecht, art. 53, §. 1 bei Pestaluz, I, 342.

Bei der Bürgeraufnahme mußte der Bürgereid geleistet werden, wahrscheinlich schon seit dem 12. und 13. Jahrhundert, seitdem die Bürgerchaften sich zumstärkig abgeschlossen hatten (§. 47). In diesem Bürgereide pflegten, wie in dem Märtereide in den Marken¹⁰⁴⁾, alle Verbindlichkeiten eines Bürgers aufgezählt und beschworen zu werden, z. B. in Basel¹⁰⁵⁾, in Speier¹⁰⁶⁾, in Freiburg¹⁰⁷⁾, in Eßlingen¹⁰⁸⁾, in Rotenburg¹⁰⁹⁾, in Bremen¹¹⁰⁾, in Stralsund¹¹¹⁾, in Schläiz¹¹²⁾ u. a. m. In Basel mußten die Bürger vom Abel einen eigenen Eid leisten, in welchem ihre zum Theile abweichenden Verbindlichkeiten enthalten waren¹¹³⁾. Nach Ableistung des Bürgereides wurde dem neuen Bürger das Bürgerrecht erteilt, hie und da mit ganz eigenthümlichen Ceremonien, z. B. in Halle dadurch, daß ihm der dirigirende Rathemeister seinen Hut reichte und der neue Bürger sodann denselben berührte¹¹⁴⁾. Hie und da pflegte der neue Bürger nach geschehener Beeidigung aufgefordert zu werden, sich nun auch in eine Zunft aufnehmen zu lassen („zünftlich zu werden“), z. B. in Speier¹¹⁵⁾. Denn zum Vollbürgerrechte war auch die Aufnahme in eine Zunft nothwendig.

In manchen Städten dauerte die früher gebräuchliche stillschweigende Bürgeraufnahme in so fern noch fort, als die neuen Ansiedler, nachdem sie eine Reihe von Jahren mit den Bürgern gesteuert und gebient oder sich auch nur häuslich niedergelassen hatten, als Bürger betrachtet und behandelt worden sind, z. B.

104) Meine Gesch. der Markenverfassung p. 114 f. u. 192.

105) Urk. von 1362 bei Ochs, II, 443. Vergl. VI, 493. Heuzier, p. 260—261.

106) Lehmann, p. 280.

107) Bürgerbrief von 1321, 1326 u. 1338 bei Schreiber, I, 237 259 u.



108) Pfaff, p. 150.

109) Benjen, p. 236 u. 491.

110) Statut 4 bei Pufendorf, II, app. p. 36.

111) Fabricius, p. 18 u. 19.

112) Statut, art. 16 bei Walsch, VIII, 88.

113) Die Eidesformel aus 15. sec. bei Ochs, V, 169 Vergl. oben § 348.

114) Dreyhaupt, II, 405.

115) Lehmann, p. 281.

in Memmingen nach einer Ansässigkeit von vier Jahren ¹¹⁶⁾, in Augsburg schon nach einem Jahr ¹¹⁷⁾ und in Ulm sogar schon nach einem Monat ¹¹⁸⁾.

Auch durch Heirath konnte das Bürgerrecht erworben werden. Wenigstens ward die Bürgeraufnahme dadurch erleichtert. Fremde Frauen erheiratheten meistens das Bürgerrecht durch die Ehe mit einem Bürgersohn, z. B. in Memmingen ¹¹⁹⁾, in Rotenburg ¹²⁰⁾ u. a. m. Allein auch fremde Männer, welche eine Bürgers Tochter oder Wittve heiratheten, kamen dadurch leichter zum Ziel. Denn in Ulm, Schlaiz u. a. m. brauchten sie nur das halbe Bürgergeld ¹²¹⁾, oder wenigstens nur eine ganz unbedeutende Aufnahmegebühr zu entrichten, z. B. in Ulm ¹²²⁾. In Memmingen reichte sodann die Ansässigkeit von Jahr und Tag zum Erwerbe des Bürgerrechtes hin ¹²³⁾. In Basel wurde es öfters den neuen Bürgern bei der Bürgeraufnahme zur Bedingung gemacht, „sich mit einer einheimischen Tochter oder Wittve und mit keiner ausländischen Fremdin zu heirathen“ ¹²⁴⁾. In Soest mußte der Fremde 4 Wochen nach der Hochzeit das Bürgerrecht gewinnen oder die Stadt für immer wieder verlassen ¹²⁵⁾.

Endlich pflegte das Bürgerrecht auch wegen geleisteter Dienste erteilt zu werden, z. B. in Basel wegen geleisteter Kriegsdienste ¹²⁶⁾ oder wegen anderer der Stadt geleisteten Dienste ¹²⁷⁾,

116) Stadtrecht von 1396, art. 88. — „wer hie ze R. vier jâr geessen ist vnd alle Dienst mit vns getân hat, der sol ouch burgrecht mit vns hân.“

117) Stadtrecht bei Balch, art. 89.

118) Rothes Buch bei Jäger, Mag. III, 501. „wer amen Manob hauchschlich hie sihet der sol vnd muz sîren vnd dienen als ain ander Burger.“

119) Stadtrecht, art. 88.

120) Benßen, p. 288.

121) Jäger, Ulm, p. 816. Statut von Schlaiz bei Balch, VIII, 88 u. 89.

122) Statut, art. 2 §. 2 bei Balch, V, 122.

123) Stadtrecht, art. 88.

124) Rathserkenntniß von 1576 bei Dörs, VI, 490. Vergl. noch Urk. von 1546, 1555 u. 1607 bei Dörs, VI, 491 u. 492.

125) Urk. von 1288 bei Seiberh, II, 1. p. 512.

126) Erkenntniß der Zunftmeister bei Dörs, II, 388. Rathesbeschuß von 1418 bei Dörs, III, 106.

ober auch um ausgezeichnete Männer zu ehren und an sich zu ziehen. Was der Ritterschlag für den Adel, das war die Ertheilung des Bürgerrechtes für den Bürgerstand, ein Mittel die städtischen Hintersassen zur Tapferkeit und zu jedem anderen Opfer zu ermuntern und auswärtige Talente ins städtische Interesse zu ziehen. So erhielt in Basel im Jahre 1514 Ludwig Schopper ein ausgezeichneter Scherer (Barbier) aus Biberach das Bürgerrecht und die Kunst der Scherer, „um willen seiner Kunst“¹²⁸⁾. Aus demselben Grunde ward daselbst im Jahre 1520 der Maler Hans Holbein von Augsburg und im Jahre 1580 der Bildhauer Michel ins Bürgerrecht aufgenommen¹²⁹⁾. Im Jahre 1580 erhielt ein Messerschmied von Wyl im Thurgau das Bürgerrecht, weil er der Bürgerschaft versprochen hatte, „die freye Kunst des Fechtens zu lehren und nach „Gebrauch des Schwertes Schule zu halten“¹³⁰⁾. Endlich wurde daselbst im Laufe des 16. Jahrhunderts mehreren Geistlichen und Professoren das Bürgerrecht verehrt¹³¹⁾. Eben so wurden in Notenburg Maler, Apotheker, Hebammen, Wundärzte, Armbrustmacher, Kannengießer, Kunstpfeifer u. a. m. auf eine Reihe von Jahren steuerfrei ins Bürgerrecht aufgenommen¹³²⁾. Auch in Freiburg erhielt ein Arzt, Meister Bernher von Buchheim das Bürgerrecht¹³³⁾.

Die Geschichte der Bürgeraufnahme ist nicht uninteressant für die Geschichte der Städte selbst. Denn sie hängt mehr oder weniger mit der Geschichte des Wohlstandes und der Blüthe der Städte zusammen. So lange der Handel und die Gewerbe im Aufblühen waren pflegte die Ansässigmachung allenthalben begünstigt und daher die Bürgeraufnahme und der Ankauf des Bürgerrechtes möglichst erleichtert zu werden, z. B. in Basel das ganze 14. und 15. Jahrhundert hindurch¹³⁴⁾. Seit dem Verfall des Handels und des Gewerbswesens und seit dem abnehmenden Wohl-

127) Ochs, V, 416.

128) Ochs, V, 415.

129) Ochs, V, 894, 416, VI, 510.

130) Ochs, VI, 497. Vergl. oben S. 187.

131) Ochs, VI, 500 u. 501.

132) Benzen, p. 287.

133) Urk. von 1321 bei Schreiber, I, 287.

134) Heusler, p. 265.

stande ward dieselbe aber auf jegliche Weise erschwert. Sehr interessant ist in dieser Beziehung die Geschichte von Bern. Im 13. und 14. Jahrhundert war man daselbst bemüht die Zahl der Bürger möglichst zu vermehren, sogar durch Aufnahme von Hörigen und von Ausbürgern. Und auch im 15. und 16. Jahrhundert fand man die Vermehrung der Bürgerschaft noch wünschenswerth und dem Interesse der Stadt angemessen. Erst seit dem Verfall des Handels und der Gewerbe im 17. Jahrhundert trat daselbst an die Stelle des früheren freien und großartigen Sinnes jenes engherzige System der Abschließung der Bürgerschaft und der in derselben regierenden Familien. Zur Erschwerung der Niederlassungen ward das Einkaufsgeld nach und nach bis auf 1200 Kronen gesteigert. Die fremden Handwerker mußten bei ihrer Aufnahme versprechen bei ihrem Handwerk bleiben und wenigstens einen ihrer Söhne für denselben Beruf erziehen zu wollen. Angeblich zur Beförderung der Handwerke und zur Abstellung des Müßiggangs wurde das Bürgerrecht im Jahre 1651 für fremde Handwerker gänzlich geschlossen und zu dem Ende Verzeichnisse der Bürger angefertigt und im Gewölbe niedergelegt. Und in den Jahren 1660 1694 ward sogar zu wiederholten Malen beschloffen, vor Ablauf von 10 und von 20 Jahren gar keine neuen Bürger mehr aufzunehmen ¹³⁵⁾.

Von der Aufnahme der Fremden war die Aufnahme der Eingebornen wesentlich verschieden. Denn Bürgerkinder durften vom Stadtrath nicht zurückgewiesen werden, z. B. in Rothenburg, Königsee u. a. m. ¹³⁶⁾. Andererseits brauchten sie in vielen Städten keine Aufnahmegebühr zu entrichten, z. B. zu Freiburg im Uechtlande und zu Burgdorf ¹³⁷⁾, zu Alstedt ¹³⁸⁾ u. a. m., oder ihre Aufnahmegebühr war wenigstens kleiner als jene der Fremden, z. B. in Halle, wo dieselben bloß einige Feuereimer zu stellen hat-

135) Stettler, Gemeinde- und Bürgerrechtsverhältnisse von Bern, p. 72, 73 u. 76—80.

136) Bensen, p. 288 u. 285. Statut von Königsee, art. 19 bei Balch, V, 199.

137) Handfeste von Freiburg, S. 119 und von Burgdorf, S. 37 bei Gaupp, II, 102 u. 128.

138) Statut, art. 11 bei Balch, VI, 206.

ten ¹³⁹⁾, in Jlm, wo sie ein Stübchen Wein oder dafür 6 Groschen zu erlegen hatten ¹⁴⁰⁾, in Schläiz ¹⁴¹⁾ u. a. m.

Auch die Beisassen und Hinterassen mußten, wenn sie zur Gemeinde gehören wollten, in den Gemeindeverband aufgenommen werden. Denn sie waren in früheren wie in späteren Zeiten, auch nach dem Siege der Zünfte noch, im weiteren Sinne des Wortes Bürger, sogenannte geringe Bürger, Kleinbürger oder Schußbürger (§. 234, 235 u. 368). Man nannte daher das Beisassenrecht, wie schon in früheren Zeiten in Köln (§. 203 u. 205), so auch in späteren Zeiten noch in Hamburg ¹⁴²⁾, in den Bairischen Städten ¹⁴³⁾, in Bremen u. a. m. ein kleines Bürgerrecht im Gegensatz des Vollbürgerrechts, welches man das Großbürgerrecht zu nennen pflegte. Die Aufnahme in dieses kleine Bürgerrecht oder Beisassenrecht geschah in ähnlicher Weise wie die Aufnahme ins Bürgerrecht, entweder stillschweigend durch den Erwerb einer Eölde und durch deren Besitz von Jahr und Tag, z. B. in Augsburg ¹⁴⁴⁾, oder durch eine förmliche Aufnahme in das Beisassenrecht. Die Aufnahme wurde wie bei der Bürgeraufnahme vom Stadtrath besorgt. Die Aufnahmegebühr war jedoch kleiner als jene der Bürger, z. B. in Basel ¹⁴⁵⁾, in Eßlingen ¹⁴⁶⁾, Rotenburg ¹⁴⁷⁾ u. a. m. Auch mußte bei ihrer Aufnahme, auch bei der Aufnahme der edeln Hinterassen, ein Eid geleistet ¹⁴⁸⁾ und hie und da, wie bei der Bürgeraufnahme, Bürgschaft gestellt werden, „in Zeit von fünf Jahren kein Almosen

139) Dreyhaupt, II, 404.

140) Statut von Jlm, art. 2 §. 2 bei Walch, V, 122.

141) Statut bei Walch, VIII, 88.

142) Westphalen, Hamburgs Verfassung, I, 346 ff.

143) Bair. Landrecht, V, c. 25, §. 4.

144) Urf. von 1156 bei Lori, p. 4. „So jemannts ain Eölde besißet jar und tag, on Widerred, der soll hinfüran niemands zur „Antwort schuldig sein.“ Vergl. Urf. von 1156 in Mon. Boic. 29, I, p. 380.

145) Ochs, VI, 489 u. 490.

146) Pfaff, p. 158.

147) Benfen, p. 241.

148) Die Eidesformel für die edeln Hinterassen aus 15. sec. bei Ochs, V, 170. Vergl. §. 377.

„begehren, noch nehmen“ zu wollen¹⁴⁹). Uebrigens wurde auch das Bei- oder Hinterlassenrecht zuweilen zur Belohnung geleisteter Dienste verliehen. So wurde im Jahre 1503 einem Orgelbauer zu Freiburg, dem Meister Martin Grünbach von Ulm, das Recht „als „Hintersäß frei in der Stadt zu wohnen“, bloß deshalb ertheilt, weil man mit seiner Arbeit zufrieden war¹⁵⁰).

Das Bürgerrecht und das Beisassenrecht ging öfters zur Strafe verloren, z. B. in Soest¹⁵¹), in Köln¹⁵²), in Basel¹⁵³), in Wiehe¹⁵⁴), in Kaufbeuern¹⁵⁵) u. a. m., insbesondere auch durch die Ehe einer Bürgerstochter ohne Zustimmung ihrer Eltern¹⁵⁶), und in späteren Zeiten auch durch die Ehe eines Bürgers oder einer Bürgersfrau mit eigenen Leuten, z. B. in Soest¹⁵⁷) und in Basel¹⁵⁸), indem der Bürgerstand ein Stand von freien Leuten geworden, die eigenen Leute also den Bürgern nicht mehr ebenbürtig waren. Das Bürger- und Beisassenrecht konnte aber auch freiwillig aufgegeben werden. In jenen Städten, in welchen Freizügigkeit bestand, konnten die Bürger und Beisassen wieder abziehen, wann sie wollten, z. B. in Straßburg¹⁵⁹). Es mußte sogar hie und da den Abziehenden sicheres Geleit gegeben werden, z. B. in Lucern und in Freiburg im Breisgau¹⁶⁰). In jenen Städten aber, in welchen sich die Bürger bei ihrer Aufnahme auf eine Reihe von Jahren verbürgert hatten, durften sie erst nach Ablauf dieser Zeit wieder ausfahren („varen — usvaren“) oder

149) Rathserkenntniß von 1584 bei Döb, VI, 490. Vergl. p. 41.

150) Schreiber, Gesch. von Freiburg, III, 289.

151) Stadtrecht von 1120, §. 40. Schrae, art. 116 bei Emminghaus, p. 172.

152) Urf. aus 12. sec. §. 7 bei Glaser in Materialien zur Statistik, I, §. 12. p. 498.

153) Heusler, p. 252. Döb, II, 310.

154) Statut aus 15. sec. bei Walch, III, 50.

155) Stadtrecht, §. 21 bei Walch, III, 317.

156) Urf. von 1264 bei Remling, p. 301.

157) Schrae, art. 152 bei Emmingh. p. 186.

158) Urf. von 1576 bei Döb, VI, 490.

159) Urf. von 1512 bei Wender, Continuat. von Außburgern, p. 136.

160) Stadtrecht von 1120 §. 7. Vergl. oben §. 103.

abziehen, z. B. in München, Schongau, Rain, Friedberg, Augsburg und Ulm ¹⁶¹⁾. Vor dem Abzug mußte das Bürgerrecht im Rath aufgesagt und der Bürger- oder Velfassen-Eid aufgegeben ¹⁶²⁾, dann die rückständigen Steuern und Schulden bezahlt ¹⁶³⁾ und öfters auch noch eine Nachsteuer oder ein sogenannter Abzug entrichtet werden, z. B. in Eßlingen ¹⁶⁴⁾, in Ulm ¹⁶⁵⁾, in Regensburg ¹⁶⁶⁾, in Augsburg ¹⁶⁷⁾, in Neutlingen ¹⁶⁸⁾, in Jßny ¹⁶⁹⁾, in München ¹⁷⁰⁾, in Kaufbeuern ¹⁷¹⁾, in Langensalza ¹⁷²⁾, in Schlaiz ¹⁷³⁾, in Rotenburg ¹⁷⁴⁾ u. a. m. Am Ende des 14. Jahrhunderts wurde jedoch die Nachsteuer in Ulm wieder aufgehoben und der freie Abzug eingeführt ¹⁷⁵⁾. Diefers mußte auch noch vor dem Abzuge das Bürgerrecht abgeschworen werden. Und diesen Eid nannte man in Basel im 16. und 17. Jahrhundert den Abzugseid ¹⁷⁶⁾. Die Wiederaufnahme eines ausgewanderten Bürgers war meistens verboten, wenn das Bürgerrecht zur Strafe verloren gegangen war, z. B. in Soest ¹⁷⁷⁾, in Wiehe ¹⁷⁸⁾ u. a. m. Allein

161) Zori, p. 49, 51 u. 96. Augsburger Stadtrecht, art. 88 Jäger, Mag. III, 501.

162) Dñs, VI, 14. Statut von Jßny §. 45 bei Jäger, Mag. II, 135.

163) Grimm, III, 600. Vergl. oben §. 103.

164) Pfaff, p. 180, 181, 150, 151 u. 152.

165) Rathesbeschuß von 1377 bei Jäger, Mag. III, 501.

166) Gemeiner, II, 102.

167) Jäger, Geschichte von Augsburg p. 148. Die Gesetzgebung hat jedoch dasselbst mehrmals gewechselt. Chronik von Augsburg, II, 888—894.

168) Urk. von 1495 bei Gayler, p. 129.

169) Statut §. 45.

170) Bairische Annalen von 1883, p. 829.

171) Stadtrecht §. 19 bei Walch, III, 815 u. 816.

172) Statut, art. 26 bei Walch, VII, 295.

173) Statut, art. 21 bei Walch, VIII, 98 ff.

174) Bensen, p. 238, 242 u. 248.

175) Jäger, Ulm, p. 318 u. 319.

176) Dñs, VI, 494.

177) Stadtrecht von 1120, §. 40. Urk. von 1288 bei Seiberg, II, 1. p. 54 u. 518.

178) Statut aus 15. sec. bei Walch, III, 50.

auch in anderen Fällen wurde die Wiederaufnahme ins Bürger- oder Weisassen-Recht öfters erschwert. In Basel z. B. war zu dem Ende die Zustimmung des kleinen und großen Rathes notwendig¹⁷⁹⁾. Anderwärts wurde jedoch die Wiederaufnahme in derselben Weise wie jede andere Bürger- oder Weisassen-Aufnahme behandelt, z. B. zu Elm und Königsee¹⁸⁰⁾.

179) Rathordnung von 1529 bei Döb, VI. 15.

180) Statut von Elm, art. 8, §. 8. und Statut von Königsee, art. 19 bei Balch, V, 126 u. 199.

IV. Rechte und Verbindlichkeiten der Stadtbürger.

1. Im Allgemeinen.

§. 370.

Die Marktgemeinschaft war ursprünglich die Grundlage der Stadtverfassung, die Aufnahme ins Bürgerrecht also nichts Anderes, als eine Aufnahme in diese Gemeinschaft (*communio civitatis* (§. 226 u. 369)). Diese Gemeinschaft erstreckte sich anfangs über die ganze Stadtmark. In vielen Städten gab es sogar ursprünglich gar kein Sondereigen. Alles Land war vielmehr Gemeinland. Und lange Zeit haben sich Spuren dieser Gemeinschaft nicht bloß auf dem Lande erhalten¹⁾, sondern auch in manchen Städten, z. B. in Dortmund (§. 64) und in Basel. Wie anderwärts so mußten nämlich auch in Basel die liegenden Güter vor Gericht übertragen und daher eine Gebühr von 1 Pfd. 3 Den. entrichtet werden. Und noch im 14. Jahrhundert nannte man dieses das liegende Gut vor Gericht kaufen, eine Benennung, welche man jedoch nicht mit dem vom Käufer zu erlegenden Rausschilling verwechseln darf. Wie anderwärts so hat es nämlich auch in Basel ursprünglich kein Sondereigen, vielmehr bloß eine Sondernutzung gegeben, und bei jedem Besitzwechsel mußte diese Sondernutzung von der Gemeinde vor

1) Vgl. meine Einleitung zur Gesch. der Markt-, Dorf- und Stadtverfassung, p. 6, 93 u. 97. Meine Geschichte der Markenverfassung, p. 10—12 u. 76.

Gericht gekauft, die Nutzung also gewissermaßen durch einen fingirten Kauf von der Gemeinde erworben und sodann vom Gericht übertragen werden. Auch sollte der Uebertrag erst nach Jahr und Tag volle Kraft haben, der Kauf also erst nach Jahr und Tag „verjahret“ sein²⁾. Dieser ursprüngliche Stand der Dinge hat sich jedoch frühe schon in den meisten Territorien und in allen Städten verloren. Denn der in den Städten entstandene freie Verkehr konnte nicht neben jener Gemeinschaft bestehen. Die Konsequenzen der ursprünglichen Verfassung haben sich jedoch allenthalben, insbesondere auch in den Städten erhalten.

Wie in allen Marken, in den alten großen Marken und in den Dorfmarken, so ruhten nämlich auch in den Stadtmarken alle Rechte und Verbindlichkeiten der Marktgenossen auf der Markgemeinschaft, also auf Grund und Boden, und zwar zunächst an dem Hause und Hofe in der Stadt, indem der Hauptplatz, wie das alt Dänische Recht sagt, das Haupt des ganzen Besizthums (*caput* oder *fundus dignior*) war, die dazu gehörigen Ländereien dagegen als das Zugehör oder als bloße Pertinenz des Hauses und Hofes, gleichsam als die Glieder des Hauptes betrachtet worden sind (*quae fundis dignioribus velut membra capitibus obsequuntur*)³⁾. So war es in Coesfeld⁴⁾, in Meppen⁵⁾, in München⁶⁾, in Lübeck^{6a)}, Worms, Bern, Freiburg, Medebach, Münster, Schwanen, in den Schlesiſchen Städten u. a. m. (§. 53, 66, 72, 224 u. 227). Die Rechte und Verbindlichkeiten der Stadtbürger ruhten demnach nicht auf den einzelnen zu dem Besizthum gehörenden Grundstücken, vielmehr auf dem Hause und Hofe, zu welchem jene Grundstücke gehörten. Wenn daher einzelne Grundstücke von der Haus- und Hoffstelle getrennt und entweder an auswärtige Besitzer oder an steuerfreie Personen veräußert wurden, so waren diese sodann frei von aller Schatzung, z. B. in Coesfeld⁷⁾. Dies war der ursprüng-

2) Ochs, II, 382 u. 383. Vergl. meine Einleitung, p. 92—105.

3) Andreas Suneſen, V, 10. Meine Einleitung, p. 127 u. 136.

4) Söfeland, p. 240, 243 u. 244.

5) Diepenbrock, p. 210.

6) Urk. von 1295 bei Bergmann, II, 5.

6a) Stadtr. bei Sach, I, 48, 52, 67, 124.

7) Söfeland, p. 240 u. 244.

liche Zustand der Dinge. Späterhin, seitdem die Stadtmarchverfassung bereits erschüttert oder auch schon ganz untergegangen war, findet man jedoch auch einzelne steuerpflichtige Ländereien, welche öfters nicht mehr zu einer Wohnung gehört haben, z. B. in Rudolstadt, Blankenburg u. a. m.⁸⁾. Auch gilt dieses Alles sowohl von dem Antheil der Bürger am Stadtre Regiment, wie von der Gerichtsfolge, von dem Gewerbsrechte, von dem Antheil an der gemeinen Mark und an den Marknutzungen, von den Diensten und Leistungen und von allen anderen genossenschaftlichen Rechten und Verbindlichkeiten.

§. 371.

Nur in Grund und Boden in der Stadtmarch angeessene Leute konnten, wie wir gesehen, vollberechtigte Bürger sein und zwar, da das Haus und der Hof das Haupt des Besitzthums war, nur solche Grundbesitzer, welche ein Haus und einen Hof oder einen Hausplatz in der Stadt besaßen (§. 227). Eben so konnten nur Grundbesitzer in den Gemeinderath wählen und in denselben gewählt werden. Denn sie nur allein waren aktiv und passiv wahlfähig (§. 156 u. 157). Das Regiment lag demnach in den Händen der Haus- und Hofbesitzer. Seit Abschaffung der Hörigkeit in den Städten war daher das Stadtre Regiment ein Geschlechterregiment. Erst seit dem Siege der Zünfte wurde es in den meisten Städten anders. Dann hörte aber auch die Markenverfassung auf die Grundlage der Stadtverfassung zu sein. Ursprünglich indessen ruhte der Antheil am Stadtre Regiment allenthalben auf dem Besitze von Grund und Boden, und zwar auf dem Besitze eines Hauses und Hofes in der Stadt. Daher hatten in Lübeck nur die in Grund und Boden angeessenen Leute (die *possessores proprii caumatis*) Zutritt zu dem *placitum legitimum*, in welchem außer den Rechtsstreitigkeiten auch die übrigen Angelegenheiten der Stadt (*de reipublice necessitatibus*) verhandelt zu werden pflegten¹⁾. Und in manchen Städten, z. B. in Hamburg,

8) Statut von Rudolstadt von 1594, art. 10. §. 1 und von Blankenburg von 1594, art. 10. §. 1 bei Balch, V, 51 u. 96.

1) Stadtr. bei Bach, p. 2 u. 3, 185 u. 186. Urf. von 1220 im Lüb. Urfb. I, 89.

hat sich dieser Grundsatz auch später noch, sogar bis auf unsere Tage erhalten. Daher hatten daselbst und haben heute noch nur die „in der Stadt Ringmauer mit eigenem „Feuer und Heerd“, angesessenen Leute²⁾, welche man seit dem 13. Jahrhundert die erbgesessenen Bürger genannt hat³⁾, Zutritt zu den Bürgerversammlungen oder Bürgerconventen. Die „unangesessenen Bürger“ dagegen hatten keinen Zutritt⁴⁾.

Eine Folge dieses Grundsatzes war der weitere Grundsatz, daß nur Bürger Grundbesitz in der Stadt erwerben durften, und daß alle Grundbesitzer Bürger waren oder Bürger werden mußten und daher alle städtischen Lasten tragen oder den Grundbesitz wieder aufgeben mußten. Ursprünglich waren nämlich alle Grundbesitzer in der Stadtmart, wenn sie ihren eigenen Rauch in der Stadt hatten, vollberechtigte Bürger. Denn nur in der Stadtmart angesessene Grundbesitzer konnten Stadtmartgenossen sein. Alle Grundbesitzer aber, welche ihren eigenen Rauch in der Stadt hatten, waren auch Martgenossen, indem ursprünglich durch den bloßen Erwerb von Grund und Boden das Bürgerrecht stillschweigend erworben worden ist (§. 227 u. 369). Seitdem jedoch zum Besitze des Bürgerrechts auch noch eine ausdrückliche Aufnahme ins Bürgerrecht erfordert zu werden pflegte (§. 369), seitdem forderte man auch, daß alle in der Stadtmart angesessenen Grundbesitzer Bürger sein mußten oder, wenn sie es nicht waren; daß sie sich ins Bürgerrecht aufnehmen lassen und die bürgerlichen Lasten tragen, oder den Grundbesitz wieder aufgeben sollten. Daher die in die meisten Stadtrechte übergegangene Bestimmung, daß der städtische Grundbesitz nicht an Fremde oder nicht ins Bürgerrecht aufgenommene Ritter oder Geistliche, vielmehr nur an Bürger verkauft oder sonst

2) Reglement der Bürgerconvente von 1710, tit. 1 art. 1 u. 5 in Hauptgrundgesetzen, p. 59 u. 63.

3) Receß von 1488, art. 64 im Nachtrag, p. 81. Receß von 1529, n. 181. Receß von 1608, art. 75. Reglement von 1710, tit. 1, art. 1, u. 6. Vergl. oben §. 227.

4) Bürgerbeschluß vom 4. März 1674 und Receß von 1674 art. 15 i Nachtrag, p. 180 u. 201.

veräußert werden dürfe, z. B. in Mühlhausen ⁵⁾, in Bremen ⁶⁾, in Coest ⁷⁾, in Freiburg ⁸⁾, in Wels ⁹⁾, in Rempten ¹⁰⁾, in Buchhorn ¹¹⁾, in Ulm ¹²⁾, in Regensburg ¹³⁾, in Augsburg ¹⁴⁾, Speier ¹⁵⁾, Eünzburg ¹⁶⁾, in Blankenburg, Ilm, Königssee, Leutenberg, Coesfeld, Lübeck u. a. m. ¹⁷⁾. Da nun in früheren Zeiten vor Ablauf von Jahr und Tag kein fremder Ansiedler, auch wenn er Bürger geworden war, gegen die Ansprache seines Herrn gesichert war, so hatte er erst nach Ablauf dieser Zeit das Recht ein Grundstück selbständig zu besitzen, z. B. in Lübeck ¹⁸⁾. Und in Köln geschah deshalb die Einweisung in den Besitz eines Hauses und Hausplatzes vom Gerichte unter dem Vorbehalte, daß binnen Jahr und Tag keine Einsprache geschehe ¹⁹⁾. Wenn nun aber dennoch Fremde oder nicht ins Bürgerrecht aufgenommene Ritter oder Geistliche oder geistliche Stifter und Klöster bürgerliche Güter gekauft, geerbt oder sonst erworben hatten, so mußten sie sich entweder ins Bürgerrecht aufnehmen lassen, und dann auch alle bürgerlichen Lasten tragen, oder sie mußten wenigstens, wie die Stadtbürger, die erworbenen Güter versteuern und zu dem Ende öfters die Dienst- und Steuerpflicht ausdrücklich anerkennen, z. B. die Fremden in

5) Urk. aus 13. sec. bei Grasshof, p. 199.

6) Statut §. 29 u. 30 bei Pufendorf, II, append. p. 45.

7) Schrae, c. 59 bei Emming., p. 217.

8) Stadtr. von 1120 §. 21 bei Schreiber, p. 9.

9) Urk. von 1491 u. 1571 bei Kurz, Oesterreichs Militärverf.; p. 431 u. 432.

10) Urk. von 1559 bei Moser, II, 88.

11) Urk. von 1299 bei Moser, I, 263.

12) Jäger, Ulm, p. 317.

13) Gemeiner, I, 468, II, 122.

14) von Stetten, Gesch. von Augsb. I, 88 u. 94.

15) Lehmann, p. 833.

16) Stadtr. §. 13 bei Pufendorf, III, app. p. 371.

17) Statute von Ilm, Königssee u. Blankenburg bei Walch, V, 80, 123, 151 u. 197. Vergl. noch Urk. von 1180 bei Ludewig, Rel. Mpt. II, 200. und Siebenkees, Beitr. zum T. R. I, 127 u. 128. und oben §. 68 und §. 82.

18) Urk. von 1368 bei Pauli, Abhl. aus Lüb. R. III, 3.

19) Urk. von 1271 bei Glasen in Materialien zur Statistik ac. II, 1. p. 123 u. 125.

Frankenhausen, Königsee, Greußen²⁰⁾, in Lübeck²¹⁾, in Nürnberg, Frankfurt, Magdeburg und Torgau²²⁾, insbesondere auch die fremden Ritter und Edelleute in Speier²³⁾, in Mühlhausen²⁴⁾, in Gera, Blankenburg, Jlm²⁵⁾, in Eisenach u. a. m.²⁶⁾, dann die Geistlichen, geistlichen Stifter und Klöster, z. B. in Augsburg²⁷⁾, in Frankfurt²⁸⁾, Friedberg in der Wetterau²⁹⁾, Weßlar³⁰⁾, Eßlingen³¹⁾, Dortmund³²⁾, Meiningen³³⁾, Königsee³⁴⁾ u. a. m., überhaupt alle Erwerber eines Bürgerhauses oder eines bürgerlichen Gutes z. B. in Ulm³⁵⁾, Rudolstadt, Blankenburg und Teichel³⁶⁾. Oder sie mußten sich unter dem Namen eines Bürgers in die Steuerlisten eintragen lassen und in dieser Weise die städtischen Steuern entrichten³⁷⁾. Wollten sie aber auch dieses nicht thun, so mußten sie sodann binnen einer kurzen Frist, insgemein binnen Jahr und Tag, die gekauften oder geerbten oder sonst neu erworbenen bürgerlichen Güter an einen Bürger verkaufen oder wenigstens verpachten, z. B. die Fremden in Nürnberg³⁸⁾, in Frankenhausen, in Jlm, in Greußen³⁹⁾, in Magdeburg⁴⁰⁾, in

20) Die Statute bei Walch, I, 267, V, 197 u. VII, 132.

21) Urf. von 1365 in Orig. Guelf. IV, praef. p. 32.

22) Riccius, Entwurf von Stadtgesetzen, p. 568—572.

23) Lehmann, p. 621.

24) Urf. von 1302 bei Grasshof, p. 27.

25) Statute bei Walch, II, 126, V, 80 u. 124.

26) Riccius, p. 573 f.

27) von Stetten, Gesch. von Augsb., I, 96. Jäger, Augsb., p. 150.

28) Urf. von 1291, 1318 u. 1338 bei Boehmer, Urfb. I, 261, 444 u. 525. Urf. von 1338 bei Moser, Reichsfl. Handb. I, 486.

29) Urf. von 1346 bei Moser, I, 696.

30) Urf. von 1349 bei Moser, II, 873.

31) Urf. von 1346 bei Moser, I, 480.

32) Urf. von 1377 bei Moser, I, 379.

33) Grimm, III, 600.

34) Stadtrecht von 1365 bei Walch, VII, 46 u. 47.

35) Jäger, Ulm, p. 317.

36) Statute bei Walch, V, 28, 77 u. 167.

37) Beispiele bei Zimmermann, mähr. Städteverj., I, 281.

38) Rathsdecrete von 1604, 1688, 1671 u. 1713 in Historia Norimb. dipl., p. 1061 u. 1062.

39) Statute bei Walch, I, 267, V, 125 u. VII, 132.

Schweidnitz ⁴¹⁾, in Neutlingen ⁴²⁾ u. a. m., insbesondere auch die fremden Edelleute z. B. in Torgau ⁴³⁾, dann die Geistlichen, die geistlichen Stifter und Klöster, z. B. in Regensburg ⁴⁴⁾, in München ⁴⁵⁾, in Ulm ⁴⁶⁾, in Augsburg ⁴⁷⁾, in Mainz ⁴⁸⁾, in Frankfurt ⁴⁹⁾, in Köln ⁵⁰⁾, in Coesfeld ⁵¹⁾, in Mühlhausen ⁵²⁾, in Stendal ⁵³⁾, in Lindau ⁵⁴⁾, in Buchhorn ⁵⁵⁾, in Rheinegg ⁵⁶⁾ u. a. m. ⁵⁷⁾. Es wurde demnach in jenen Städten der neue Erwerb von Grund und Boden den Edelleuten und der Geistlichkeit im Grunde genommen verboten, und das Verbot der Veräußerung des Grund und Bodens an die Geistlichkeit (an die tote Hand) auch in manchen Städten frühe schon ausgesprochen, z. B. in Augsburg im Jahre 1315 ⁵⁸⁾ und, wie wir gesehen, in Frankfurt a. M. (§. 104). Und was von den Fremden gilt, gilt auch von jenen Bürgern, welche ihr Bürgerrecht aufgegeben oder sonst verloren hatten und dadurch selbst Fremde geworden waren. Auch sie sollten daher binnen einer gewissen Frist ihren Grundbesitz an einen Bürger verlaufen, z. B. in Soest binnen Jahr und Tag ⁵⁹⁾, in Neutlingen binnen fünf

40) Magdeb. Policeiordnung, cap. V. Ordnung der Städte.

41) Urk. von 1328, §. 43 bei L. u. St. p. 525.

42) Urk. von 1495 bei Gayler, p. 129.

43) Urk. von 1514 bei Horn, histor. Handbibl. VI, 687 u. 688.

44) Gemeiner, I, 468.

45) Urk. von 1345 bei Bergmann, II, 87.

46) Urk. von 1300 bei Moser, II, 803. Jäger, Ulm, p. 359 ff.

47) Urk. von 1306 bei Moser, I, 93.

48) Zwei Urk. von 1366 bei Würdtwein, subs. dipl. XII, 383. und dessen nova subs. VII, 358.

49) Urk. von 1291 u. 1318 bei Boehmer, I, 261 u. 444.

50) Hüllmann, Städtewesen, IV, 129.

51) Eßelamb, p. 61, Rot. u. 241.

52) Urk. von 1292 bei Grasshof, p. 26 u. 209.

53) Urk. von 1272 bei Gerden, vet. March. I, 12.

54) Urk. von 1272 bei Heider, p. 564.

55) Urk. von 1299 bei Moser, I, 268.

56) Urk. von 1276 bei Ropp, Gesch. II, 664.

57) Noch viele Beispiele bei Riecius, p. 574 ff.

58) von Stetten, Gesch. von Augsburg, I, 96.

59) Schrae, c. 152 bei Emminghaus, p. 186.

Jahren⁶⁰⁾. Und auch seit dem Siege der Zünfte haben die meisten Städte an diesen Grundsätzen festgehalten. Es war zwar seitdem der Besitz von Grund und Boden kein wesentliches Erforderniß mehr zum Erwerbe des Bürgerrechtes. Allein nach wie vor sollten alle Grundbesitzer Bürger werden oder wenigstens alle bürgerlichen Lasten tragen. Und so ist es denn in den meisten Städten bis auf die jetzige Stunde geblieben.

§. 372.

Was von dem Antheil am Stadtre Regiment gilt, gilt auch von der Gerichts- und Landfolge. Jeder in der Stadt angesessene Mann mußte zur Vertheidigung der Stadt mitwirken. Wer dieser Pflicht nicht nachkam, mußte dafür eine Einkommensteuer als Kriegsteuer entrichten, z. B. in Köln¹⁾. Eben so war jeder in der Stadt angesessene Mann zur Gerichtsfolge, zur Nachfolge beim Gerüfte u. s. w., aber natürlich nur innerhalb der Stadt selbst verbunden, z. B. in Medebach, Brilon und Rüden²⁾. Auch die Gerichts- und Landfolge ruhte auf dem Besitze eines Hauses und Hofes in der Stadt. Wer daher zwei Häuser besaß, mußte von einem jeden die Folge thun, z. B. in Rudolstadt und in Blankenburg³⁾. Aus demselben Grunde mußten alle dingpflichtigen Leute, die Urtheilsfinder und Schöffen, die Zeugen, die gerichtlichen Bürgen, und auch die Eidhelfer in Grund und Boden angesessene Leute, sogenannte beerbte Leute oder gute Leute (*boni viri* oder *boni homines*) sein. Nur die mit einer eigenen Wohnung angesessenen Leute in Lübeck waren zum Erscheinen im Echteding berechtigt und auch dazu verpflichtet⁴⁾. Die Schöffen und

60) Privileg. von 1495 bei Gayler, p. 129.

1) Urk. von 1206 bei Pertz, IV, 209. und Quellen, II, 27. *Item quicumque habentes possessiones infra muros civitatis, tempore gwerre a defensione civitatis se subtraxerunt, de singulis marcis reddituum persolvent marcam nummorum.* Vergl. oben §. 129

2) Urk. von 1220 bei Seiber, II, 1. p. 207. — *cum gladio et clam, quod vulgariter Scrye dicitur, — sequelam facere tenebuntur*

3) Statut von Rudolstadt, art. 10 §. 10 und von Blankenburg, art. 1 §. 12 bei Walch, V, 58 u. 99.

4) Lüb. R., art. 2. bei Hach, p. 185. *Tribus vicibus in anno*

Schöffenbrüder in Köln und in den Vorstädten von Köln mußten beerbte oder geerbte oder gegutete Leute oder hereditati sein⁵⁾. Eben so durfte in Winterthur „nieman über unsern aigen „urtailde sprechen wan der och aigen het, das unsere stat marctes „reht hat“⁶⁾. Auch in Schweidnitz sollten alle Schöffen „geerbt“ sein⁷⁾. Eben so galt in den Bairischen Städten, z. B. in Landsberg, der Grundsatz, „daß niemandt unsern Burger daselben kainen „geweisen mag noch soll, dann mit Burgern, die heisslich wo- „nendt und sitzen in derselben unser Statt“⁸⁾. Eben so in Regensburg⁹⁾. Auch die Zeugen mußten, wenn von einem Zeugniß über Grund und Boden, oder von einem Zeugniß der Wahrheit bei Anschuldigungen die Rede war, in Grund und Boden in der Stadt angeessen; sogenannte besessene oder erbgessesene Leute sein¹⁰⁾. In Lübeck sollten sie gute Leute (boni viri oder probi viri) sein, welche torfsacht Eigen besaßen¹¹⁾, in Hamburg erfahrtige Lude oder erfseten Borgere¹²⁾, in Freiberg

uentus erit legitimi placiti et omnis qui possessor est proprii caumatis aderit si fuerit infra muros. Vergl. Westphalen, III, 622.

- 5) Jura Colon. §. 2 bei Glaser in Materialien zur Statistik, I, §. 12. p. 505. quicunque erit scabinus seu senator debet esse hereditatus infra parochiam. Urk. von 1377 bei Securis, p. 188. Stadtrecht von 1611, art. 25. Die Schöffenbrüder „jun Colln geerbt „vnd gegutth zum mynsten mitt eyner mark guttz gelbn uff 4 reyn- „nischer guldbenn.“ — Vergl. oben §. 60.
- 6) Stadtr. von 1297 §. 16 bei Gaupp, I, 145.
- 7) Willkür von 1889 bei L. u. St. p. 608.
- 8) Freiheit von 1376 bei Lari, p. 75.
- 9) Rathsordnung von 1359 bei Freyberg, V, 152.
- 10) Magdeburg. Schöffenbrief von 1304 §. 78 bei L. u. St. p. 465. Sächsl. Weichbild, art. 104 u. 105.
- 11) Stadtrecht bei Westphalen, III, 628. jurantibus duobus probis viris, septa domicilii sui in civitate habentibus. — eod. III, 646 cap. 61. „twe gude man date swernen, de torfsacht egen „hebben in der stat.“ Stadtrecht bei Sach, I, 48, 52, 53, 67, 124, II, 109, 150, III, 228 u. 257. Codex juris Lubecens. bei Dreyer, verm. Abhfl. I, 469. — per bonos viros cespitalitatem in civitate habentes probari possit.
- 12) Stadtr. von 1270, I, 8 u. 16. von 1497. E. §. 9 u. 18, und J. §. 10.

befessene Männer¹³⁾, in Ens namhafte Leute (*viri nominati*), d. h. angefessene Leute¹⁴⁾, in Prag an Erb und Eigen gefessene Leute¹⁵⁾, in Bränn gefessene Leute¹⁶⁾, in Lindau¹⁷⁾, dann in Landsberg¹⁸⁾, in Mittelburg¹⁹⁾, in Medebach²⁰⁾ u. a. m. in Grund und Boden angefessene Leute. Eben so mußten auch die gerichtlichen Bürgen in Grund und Boden angefessen, also z. B. in Freiberg befessene Leute sein²¹⁾. Endlich mußten auch die Eidehelfer in der Stadtmark angefessene Bürger sein, z. B. in Goe-lar²²⁾, in Lüneburg²³⁾, in Salzwehel²⁴⁾, in Apenrade²⁵⁾ u. a. m. Erst seit dem Siege der Zünfte ward auch in dieser Beziehung die alte Grundlage der Verfassung, die Stadtmarkverfassung, erschüttert. Und es hing seitdem die Dingpflichtigkeit und die Fähigkeit zum

13) Stadtrecht bei Schott, III, 175, 186, 214, 226 u. 237. Statut §. 57 u. 138 bei Walch, III, 183 u. 223.

14) Stadtrecht von 1279, c. 6. vergl. c. 5.

15) Stadtrecht, c. 66 bei Köppler, p. 47.

16) Schöffenbuch, §. 867 bei Köppler, p. 167. — *duo alii fide digni viri habentes residentiam, hoc est in vulgari dicendo scilicet zwen gezeffen man.* —

17) Rathsbeschluß bei Heider, p. 635.

18) Freiheit von 1376 bei Lori, p. 75.

19) Choro von 1217 bei Mieris, I, 171. *Nullus — potest testimonium dicere, qui neque terram, neque dominium in Middelburch habuerit.*

20) Stadtrecht von 1165, §. 23 bei Seiberz, II, 1 p. 75.

21) Stadtrecht von Freiberg, c. 5 u. 27 bei Schott, III, 174, 175 u. 226. — „Der muß burgen setzen einen besessenen man der mit eigen und mit erbe besessen ist.“

22) Urk. von 1219 bei Götscheu, p. 118. *is qui convenitur cum septem burgensibus qui proprias habent domos se debet expurgare.*

23) Urk. von 1247 in Orig. Guelf. IV, 215. *ille se cum duobus burgensibus domos in civitate habentibus expurgabit.* eod. p. 219. „De ienne schal sich entschuldigen myt twen borgeren die in der stadt eggen hus hebben.“

24) Urk. von 1278 bei Lenz, I, 73. *accusatus pro homicidio cum burgensibus in civitate manentibus se defendat.*

25) Stadtr. art. 17 bei Dreyer, vermischte AbhL III, 1390. „sich entschuldigen mit 12 Mans Egen besetene Bürger.“ und art. 24. „XII Borgeren de egen Erbe hebben.“ Vergl. noch art. 125.

Urtheil finden, zum Zeugniß geben und zur Eideshülfe entweder gar nicht mehr mit dem Grundbesitz zusammen oder doch nur noch in so beschränkter Weise, daß die Regel zur Ausnahme ward, z. B. in Lübeck ²⁶⁾.

§. 373.

Ursprünglich war mit dem Vollbürgerrechte eine unbeschränkte Gewerbsfreiheit verbunden (§. 82). Mit dem Vollbürgerrechte selbst ruhte demnach auch das Recht ein Gewerbe zu betreiben, oder das Recht der Bürgernahrung auf dem Besitze eines Bürgerhauses, z. B. in Meppen ¹⁾, in Hörter ²⁾ u. a. m. Erst seit der Entstehung der freien Zünfte und seit dem Siege der Zünfte wurde es anders. Denn das Gewerbsrecht war seitdem abhängig von der Aufnahme in eine Zunft. Nichts desto weniger blieb das Recht der Bürgernahrung ein Vorrecht der Bürger, auch wenn diese keinen Grundbesitz mehr in der Stadt hatten, z. B. in Soest ³⁾, in Ulm ⁴⁾ u. a. m. In vielen Städten hat sich jedoch das alte Recht als ein Realrecht der Bürgerhäuser, und zwar als ein Recht jedes Bürgerhauses bis ins 18. Jahrhundert erhalten, z. B. das Recht Bier zu brauen und zu schenken in vielen Städten des Hochstiftes Fulda ⁵⁾, in Alstedt, in Gera, in Rudolstadt, Blankenburg u. a. m. ⁶⁾, insbesondere auch in Waldfappel in Hessen. Jeder Hausbesitzer war daselbst zum Bierbrauen und zum Ausschanken des von ihm selbst gebrauten Bieres berechtigt. Und die Reihenfolge wurde durch das Loos, durch die sogenannten Rürloose bestimmt. Erst im Jahre 1826 wurde das Reihebrauen abgeschafft und das städtische Brauhaus an einen Bierbrauer verpachtet ⁷⁾. Dasselbe

²⁶⁾ Pauli, I, 198.

1) Diepenbrock, p. 200. Not. und 210.

2) Urk. von 1347 bei Wigand, denkwürdige Beitr. p. 163.

3) Polizeiordnung von 1650 art. 7 u. 8, tit. 13 §. 1 u. tit. 19 §. 5 bei Emminghaus, p. 273, 275, 311 u. 320.

4) Jäger, Ulm, p. 317.

5) Thomas, I, 179, 180 u. 235.

6) Statut von Gera, §. 53 u. 54, von Rudolstadt, art. 10 §. 1 ff. von Blankenburg, art. 10 §. 1 ff. von Alstedt art. 22. bei Walch, II, 123, V, 51. u. 96. u. VI, 209.

7) Landau, Geschichte von Waldfappel, p. 56—58.

gilt von dem Rechte Wein zu schenken, z. B. in Rudolstadt und Blankenburg⁸⁾. Da jedoch dieses Recht ursprünglich nur den Altbürgern (den Geschlechtern oder Patriciern) zugestanden hat, den Stadtbürgern aber seit dem Siege der Zünfte nicht mehr zugestanden zu werden pflegte, so hat sich in den meisten Städten mit jedem Jahre die Anzahl der Berechtigten vermindert⁹⁾. Und das Recht wurde sodann ein Vorrecht gewisser Häuser, also eine wahre Realgerechtigkeit dieser Häuser, während es früher das Recht eines jeden Bürgerhauses gewesen ist. So war in Hamburg das Recht Bier zu brauen ursprünglich das Recht eines jeden Hausebesizers, jedoch nur in der Altstadt. Erst seit dem 15. und 16. Jahrhundert, also seit dem Siege der Zünfte, fing man an in den Stadt-Erbebüchern beizusetzen, daß das Haus ein Brauerbe sei. Erst seit dieser Zeit ist demnach die Braugerechtigkeit ein Realrecht der Bürgerhäuser in der Altstadt geworden, während es in der erst später mit der Altstadt vereinigten Neustadt auch in späteren Zeiten keine Brauhäuser gegeben hat¹⁰⁾. Noch zu Schlüter's Zeiten, also im 17. Jahrhundert, hat es in Hamburg 531 Brauhäuser gegeben¹¹⁾. Mit dem Aussterben der Altbürger (der Geschlechter) in der Altstadt hat sich jedoch die Anzahl der Brauberechtigten mehr und mehr vermindert, indem die Neuburger gegen dergleichen Berechtigungen waren. Schon in den Jahren 1664 und 1668 hat es nur noch 148 Brauhäuser gegeben. Und späterhin hat sich auch diese Anzahl noch vermindert¹²⁾. Um jedoch einige Ordnung in das Brauwesen zu bringen ist im Jahre 1664 auf Begehren der Brauerbruderschaft das Reihebrauen von dem Rath mit dem Bürgercollegium der Sechziger eingeführt, also die Reihenfolge bestimmt worden, nach welcher die Brauberechtigten brauen sollten. Da sich jedoch viele Brauer dagegen erklärten, so wurde das Reihe-

8) Statut von Rudolstadt, art. 10 §. 14 und von Blankenburg, art. 10 §. 17. Vergl. oben §. 224.

9) Berlepsch, Chronik vom Böttchergewerk, p. 160. Neumann, Gesch. v. Götting, p. 65.

10) Schlüter, von denen Erben in Hamburg, p. 209 — 218. Vergl. o. §. 290.

11) Schlüter, p. 214.

12) Schlüter, p. 888 u. 885. Berlepsch, Chron. vom Böttchergewerk, p. 1

brauen im Jahre 1665 wieder abgeschafft, aber schon im Jahre 1668 wieder eingeführt¹³⁾. Auch in Mühlhausen in Thüringen war die Anzahl der Bürgerhäuser, welche die Braugerechtigkeit hatten, bereits im 17. Jahrhundert auf fünf, später sogar auf vier herabgesunken. Und man nannte diejenigen Häuser, welche die Braugerechtigkeit nicht hatten, Hintersiedlerhäuser im Gegensatz gegen jene vier brauberechtigten Häuser, welche Brauhäuser genannt worden sind¹⁴⁾. Eben so war in Königsberg das Recht Bier zu brauen das Recht eines jeden Hausbesizers der drei Städte, (der Altstadt Königsberg, der Neustadt Löbenicht und der Stadt Kneiphof), und ward späterhin erst das Vorrecht gewisser Häuser. Die Mälzenbräuerzunft war zwar seit dem 18. Jahrhundert bemüht die Anzahl der Brauhäuser möglichst zu vermindern. Nichts desto weniger hat es noch im Anfang dieses Jahrhunderts daselbst 211 Brauhäuser in jenen alten drei Städten und außerdem noch 4 andere auf den Freiheiten liegende Brauhäuser gegeben¹⁵⁾.

Auf diese Weise wurde denn die Brauer- und Bäckergerichtigkeit in vielen Städten eine Realgerichtigkeit gewisser Häuser oder eine auf gewisse Häuser radicirte Gerechtsame, ohne daß die Zeit wann es geschehen genau bestimmt werden kann, z. B. in Augsburg¹⁶⁾, in München und in vielen anderen Städten von Altbaiern¹⁷⁾. Eben so die Braugerechtigkeit in Hamburg. Man nannte daher die brauberechtigten Häuser daselbst Brauerbe oder auch Erbe ohne Beisatz¹⁸⁾. In Görlitz nannte man die brauberechtigten Häuser Bierhöfe¹⁹⁾. Die realen und radicirten Gewerbsgerechtsame hatten jedoch öfters auch in der Erblichkeit der Dienstgüter der Handwerker und in der Erblichkeit des Gewerbsrechtes selbst ihren Ursprung²⁰⁾.

13) Schlüter, p. 329—335.

14) Altenburg, histor. Beschreibung von Mühlhausen, p. 253 u. 254.

15) Vaczko, Gesch. von Königsberg, p. 229, 406 u. 407. Vergl. oben §. 290.

16) von Stetten, Kunst- und Gewerbsgeschichte, I, 4.

17) Schlichthörle, I, 85. Kreittmayr, II, cap. 8, §. 21 u. 28.

18) Berlepsch, a. a. O. p. 76 u. 160.

19) Neumann, p. 65 f.

20) Meine Gesch. der Fronhöfe, II, 380. Vergl. oben §. 287.

Der Antheil der Bürgerschaft an dem Eigenthum und an den Nutzungen der gemeinen Mark ruhte ebenfalls auf dem Grund und Boden und zwar auf dem Hause und Hofe in der Stadt, z. B. die Benutzung der gemeinen Wiesen in Alstedt²¹⁾, der Genuß der Gras- und Ackeramenten in Mannheim²²⁾ u. s. w. Denn auch die Eigenthums- und Nutzungsrechte an der gemeinen Mark waren, wie wir gesehen, bloßes Zugehör von Haus und Hof in der Stadt (§. 66, 224 u. 225).

Auch das Recht der Bürger in der Stadtmart jagen und fischen zu dürfen war an den Besitz eines Hauses und Hofes gebunden, wie dieses in früheren und späteren Zeiten bei jeder freien Pürsch der Fall war²³⁾. Daher durften in Meiningen nur Bürger, die „in der Stadt stower vnd bete“ sind und die „do ge-erbt“ sind in der Stadtmart jagen, fischen und Vögel fangen²⁴⁾. Und in Schongau war das „Waidtwerch“ nur „den haußgeffnen“ „Burgern erlaubt“²⁵⁾.

§. 374.

Endlich ruhten auch alle Verbindlichkeiten der Bürger auf dem Besitze von Grund und Boden, eigentlich auf dem Besitze eines Hauses und Hofes in der Stadt. So die Fron- und Wachedienste und andere Dienste in Blankenburg und Rudolstadt¹⁾, in Donaunörth²⁾, in Friedberg³⁾, Deckendorf⁴⁾, in Lauterbach⁵⁾ u. a. m. Namentlich mußten auch in Wels alle Haus-

21) Statut von 1565, art. 16 bei Walch, VI, 207. — „Einn gemeine wiesenn mit grasß vnnnd weibenn, — daruonn gibt man einem igli-
„Wenn burger, welcher haus und hoff, so vor Alters erbauet gewest
„ein gemeinn teilß grasß.“ —

22) Privilegien von 1785, art. 5 §. 8.

23) Meine Einleitung zur Geschichte, p. 154.

24) Grimm, III, 599.

25) Spruch von 1617 bei Lori, p. 460.

1) Statute von Rudolstadt, art. 10 §. 1 u. 10 und von Blankenburg art. 10 §. 1 u. 12 bei Walch, V, 53 u. 99.

2) Urk. von 1379 bei Lori, p. 79.

3) Stadtr. von 1404 bei Lori, p. 96.

4) von Krenner, Landt. Brhl. II, 182 u. 183.

5) Grimm, III, 861.

besitzer „wacht, hut vnd andere Nottürfften mitleiden“ ⁶⁾. Auch in Straßburg mußten alle Bürger, und zwar jedes Jahr fünf Tage fronen. (*Debent etiam singuli burgenses in singulis annis quinquies operari* —. Die Burgere sulent alle iar wirken funf tago). Nur die hofdienstpflichtigen Handwerker waren von diesen Diensten befreit ⁷⁾. Insgemein hält man zwar diese Dienste für Hofdienste, welche alle Bürger dem Bischof zu leisten gehabt haben. Dieses ist jedoch aus dem Grunde nicht möglich¹, weil Straßburg eine gemischte Stadt war, in welcher auch freie Bürger ansäßig waren und daher zu keinen hörigen Diensten verpflichtet sein konnten (§. 22). Auch sagt dieses das Stadtrecht selbst nicht. Die Bürger hatten jene Dienste vielmehr *ad opus burgensium* oder „zu „der Burgere nuße“, wie es in dem Stadtrechte heißt (§. 95), zu leisten. Jene Frondienste waren demnach Bürgerfronen. Eben so ruhten die Steuern und anderen bürgerlichen Lasten auf dem Grund und Boden und sie wurden nach der Markberechtigung oder nach dem Marktheil, also nach Verhältniß des Genußes von Wasser und Weide, ausgeschlagen und berechnet, z. B. in Beverungen ⁸⁾, in Donauwörth ⁹⁾, in Tectendorf ¹⁰⁾, in Rain ¹¹⁾, in Friedberg ¹²⁾, in Lauterbach ¹³⁾, in Glogau ¹⁴⁾, in Wels ¹⁵⁾, in Meiningen ¹⁶⁾, in Seligenstadt ¹⁷⁾ u. a. m. Daher waren alle Grundbesitzer bedeu- und grundsteuerpflichtig. Denn mit dem Grundbesitze gingen auch die darauf ruhenden Lasten auf den neuen Erwerber über, z. B. in

6) Urk. von 1408 bei Kurz, Oesterreichs Militärverfassung, p. 429.

7) Stadtrecht, §. 93 und oben §. 262.

8) Wigand, Provinzialr. von Baderborn, II, 218.

9) Urk. von 1379 bei Lori, p. 79.

10) von Krenner, II, 182, 183 u. 184. — „nachdem und sie Weide und „Wasser und alle Nutzung mit uns nehmen, — daß sie Steuern, „Wachten, Uebel und Gut mit uns, leiden.“ —

11) Stadtr. bei Lori, p. 51, 54 u. 100.

12) Stadtr. bei Lori, p. 96.

13) Grimm, III, 361.

14) Weisthum von 1302 §. 8 bei L. u. St. p. 445.

15) Urk. von 1408 bei Kurz, p. 429.

16) Grimm, III, 599.

17) Weisthum bei Steiner, Seligenst. p. 386. *de qualibet domo III denarios exigit.* —

Bonn ¹⁸⁾. Auch der Reichsdienst und die Reichssteuern in den Reichsstädten lasteten auf Grund und Boden. Denn alle in der Stadtmark angesessenen Grundbesitzer waren dazu verbunden, z. B. in Hagenau ¹⁹⁾, in Selnhausen ²⁰⁾, in Friedberg ²¹⁾, in Goslar ²²⁾, in Pfullendorf ²³⁾.

Alle bürgerlichen Rechte und Verbindlichkeiten ruhten demnach auf Grund und Boden, eigentlich auf dem Hause und Hofe in der Stadt (§. 224 u. 370). Zwar sollte in Freiburg, wenn eines Bürgers Haus abgebrannt war, so lange die darauf liegenden Zinsen und Steuern entrichtet wurden, das Bürgerrecht nicht verloren gehen. (*Si domus alicujus in civitate arserit, quamdiu census et collectam et alia jura non supersederit, jus burgensium non amisit* —. „Swem sin hus verbrinnet, der ver-
„lurret nüt sin burgrecht, alle die wil so er stüre vnd gewerf güt
„vnd zinse“). Wenn jedoch ein Anderer die leere Hoffstätte kaufte, so mußte er um Bürger zu werden ein Haus darauf bauen. (*Si autem alter curtum emerit, burgensis inde non erit, nisi super-*

18) Urf. von 1285 bei Lacomblet, II, 472. *et si aliqua bona infra opidum bunnense seu infra terminos banni comparauerint, huiusmodi bona seu hereditates ad ipsos cum onere transibunt, et ipsi de dictis bonis onera qualiacunque opidi bunnensis portare tenebuntur.*

19) Urf. von 1257 bei Schoepflin, I, 421 und Gaupp, I, 104. — *ut omnes, qui possessiones et bona infra eiusdem civitatis ambitum obtinent, ad precarias et servicia in civitate ipsa nobis et nostris successoribus facienda, preciarum et serviciorum huiusmodi subire onera.* —

20) Urf. von 1299 bei Moser, reichsst. Hbb. I, 753. *omnes homines cujuscunque status aut conditionis existunt, de omnibus possessionibus et bonis infra fines seu territorium oppidi — steuram, exactionem vel precariam cum ipsis civibus solvere teneantur ac alia servicia facere.* —

21) Urf. von 1299 bei Moser, I, 693. *omnia bona, infra muros de Friedberg constituta, — steuram seu precariam persolvere consueverunt.* —

22) Privileg von 1219 bei Gölchen, p. 115. *Omnes in civitate redi ad negotia burgensium debent adjuvare.* —

23) Urf. von 1220 bei Hugo, mediät. Reichsstädte, p. 340. *quicunque loco civis esse voluerit, — omnia civitatis faciat servitia.* —

edificet)^{23a)}. Wer daher mehrere Häuser besaß war auch mehrmals berechtigt und mehrmals verpflichtet. Daher schreiben die Statute von Blankenburg und Rudolstadt vor, „Welcher Bürger zwei Häuser hat, und auf beede seine Gebühr brauet, der soll auf beede in Folge, Frohne und Wachen, zu verrichten schuldig seyn, sie werden bewohnet oder nicht, von welchen Häusern aber keine Frohne oder Wache geschicht, auf dieselbe soll man auch zu brauen nicht befugt sein“²⁴⁾. Und das Statut von Jlm: „Welcher Bürger mehr Häuser hätte, denn darinnen er wohnet, dieselben soll er dem Rathe gebürl. verschossen, auch die gebürliche Frohne, Wache und andere gebürliche Pflicht davon verrichten“²⁵⁾.

§. 375.

Die Rechte und Verbindlichkeiten der Stadtbürger waren übrigens ganz gleich, gleichviel ob die Bürger Ritter oder Geschlechter oder bürgerlichen Standes, oder Geistliche, geistliche Stiftungen oder Klöster waren. Denn auch die in der Stadt angesessenen und ins Bürgerrecht aufgenommenen ritterlichen Geschlechter und Geistlichen waren gleichberechtigt und daher auch gleich verpflichtet. Vor dem Siege der Zünfte verstand sich dieses von selbst. Denn die Stadtverfassung war noch eine Markenverfassung. Alle bürgerlichen Rechte und Verbindlichkeiten ruhten demnach auf der Markgemeinschaft, also auf dem Besitze eines Hauses und Hofes in der Stadt, gleichviel welchen Standes der Besitzer war. Wenn daher Ritter und ritterbürtige Leute in der Stadtmart angesessen, also Bürger waren, so hatten auch sie die Rechte und Verbindlichkeiten der übrigen Bürger, z. B. in Straßburg, wo auch die Ritter (milites) von dem Stadtrath besteuert werden sind²⁶⁾. Eben so in Biesenthal in der Mark Brandenburg²⁷⁾, in Salz-

23a) Stadtrodel von Freiburg, §. 67 u. 68. Stadtrecht von 1275 bei Schreiber, I, 81. Vergl. §. 227.

24) Statute bei Walch, V, 58 u. 99.

25) Statut, art. 3 §. 10 bei Walch, V, 126.

26) Urf. von 1261 bei Schoepflin, I, 434. Vergl. §. 348.

27) Urf. von 1315 bei Zimmermann, II, 168. universi inhabitantes civitatem sive suerint conditionis militaris, vel cujuscun-

wedel²⁸⁾, in Lüneburg²⁹⁾, in Hameln³⁰⁾, in Breslau³¹⁾, in Schleswig und Flensburg³²⁾, in Berlin, Burg, Prenzlau u. a. m.³³⁾. Auch in Amberg in der Oberpfalz sollten die Edelleute („die Edile „Leute die in der stat geseffen sint“) mit der stat dienen allen den „diensst den die bürger tuent“³⁴⁾. Und in Hildesheim mußten auch die in der Stadt wohnenden Ritterbürtigen (*domini militares*) sich dem Dienste zur Bewachung der Stadthore unterziehen³⁵⁾.

Dasselbe gilt nun auch von der Geistlichkeit und von den in der Stadtmark angesessenen Stiftern und Klöstern. Auch sie waren markberechtigt und daher auch zur Leistung der städtischen Dienste und Steuern verpflichtet, z. B. in Braunschweig alle

que alterius, equo modo ut cives de bonis suis hereditariis ibidem facere tenebuntur. —

28) Urf. von 1273 bei Lenz, I, 78. *omnes, qui in civitate Saltwedele hereditates habent, vel adhuc emerint, de quibus secundum jura civitatis vigilie et exactiones, que Schot vulgariter dicuntur, usque ad presens habite sunt, volumus ut deinceps sine contradictione qualibet de ipsis sic faciant. —* Urf. von 1301 bei Lenz, I, 162. *ut omnis miles seu armiger sive etiam vidua militaris, qui in civitate nostra Saltwadele mansionem habere decreverit, vigilias et exactionem, Schot dictam, faciet et dabit, pro hereditate sua et aliis bonis, que in civitate habuerit, eque aliis nostris burgensibus in civitate habentibus mansionem. —*

29) Stadtrecht von 1247 §. 10 bei Rehlmeier, p. 1833. *Ministeriales nostri, in civitate manentes, (die in der Stadt ansässigen landesherrlichen Ministerialen) qui dant ad consagittationem et petitionem, quod dicitur Schot et Schulde. —*

30) Stadtrecht von 1277 bei Pufendorf, observ. II, app. p. 268. *militēs et famuli commorantes in civitate tenentur ad jura civilia infra civitatem.*

31) Urf. von 1315 §. 6 bei L. u. St. p. 497.

32) Schleswig. Stadtrecht §. 83 im Corpus const Slesvic. II, 34. „Weld „Ritter, Bannerher, Gudman, wil wonen bynnen der Stad Planen, „de sy plichtig, allene Stadtrechte vnderdanich to wesende, of all-“ „Vordene vnd Beswaringe der Stad. Flensburg. Stadtr. §. eod. II, 183.

33) Zimmermann, I, 49.

34) Urf. von 1294 bei von Löwenthal, II, 3.

35) Statut von 1297. Havemann, I, 624.

im Weichbild liegenden geistlichen Güter ^{35a)}, in München die in der Stadt angesessenen Klöster Fürstenseld und Scheiern u. a. m. ³⁶⁾, in Minden, in Warendorp und in Beckum das Kloster Marienseld ³⁷⁾, in Angermünde in der Mark Brandenburg das Kloster Chorin ³⁸⁾, in Friedberg in der Wetterau die in der Stadtmart angesessenen Geistlichen ³⁹⁾.

Auch zu Ehenheim im Elsaß u. a. m. hatten die ins Bürgerrecht aufgenommenen Edelleute und geistlichen Stifter die Rechte und Verbindlichkeiten der übrigen Bürger, und zwar ganz gleiche Rechte und gleiche Verbindlichkeiten ⁴⁰⁾. Eben so hatten die Edelleute und Geistlichen zu Dürkheim hinsichtlich der Marknutzung ganz gleiches Recht mit den übrigen Bürgern. Aber auch sie durften ihr Recht nicht nach Willkür ausüben. Sie mußten vielmehr, wie jeder andere Bürger, ihr Bedürfnis anmelden und eine Anweisung z. B. zum Holzhauen u. s. w. nachsuchen ⁴¹⁾. Auch waren sie den Gemeinde-Diensten und Steuern und den in dieser Beziehung von der Gemeinde getroffenen Anordnungen unterworfen ⁴²⁾. Eben so mußten in Weplar die auf Grund und Boden liegenden Beten

35a) Stadtrecht von 1232, II, §. 52 bei Leibnitz, III, 439. „Alle garden eber worde de to wifbilde ligget, se sin papen eber Godeshusen de scholen dem Hertoghen unde der stad scotes plegen.“

36) Urf. von 1289 u. 1295 bei Bergmann, II, 2 u. 5. Stadtrecht §. 459.

37) Urf. von 1336, 1347 u. 1367 bei Rindlinger, Hörtig. p. 405, 436 u. 469.

38) Urf. von 1292 bei Gerden, cod. dipl. Brand. II, 432.

39) Urf. von 1299 bei Moser, I, 698.

40) Urf. von 1312 bei Schoepflin, II, 101. quod prepositus et conventus — sint burgenses et cives opidi et cum aliis ejusdem opidi burgensibus sive civibus jure burgensi in omnibus communiter gaudeant et utantur sicut milites et potiores ejusdem opidi cives, inter quos et ipsi connumerari et equali jure gaudere debent et sicut alii ejusdem opidi incole sive cives.

41) Dürkheimer grünes Buch. „Haben Adell und Priesterschaft die wäldt, wasser und waidt zugebrauchen, wie ein anderer Gemeinßmann zu Dordheim, jedoch müssen sie jederzeit die notturst fordern.“ Rathsbeschluß aus dem 15. sec.

42) Meine Geschichte der Markenverfassung, p. 187 Not. 17.

und Steuern seit dem 14. Jahrhundert von den geistlichen und weltlichen Grundbesitzern entrichtet werden⁴³⁾. Auch in Mainz hatten die geistlichen und weltlichen Besitzer von bürgerlichen Häusern Wache- und Kriegsdienste zu thun oder zu dem Ende einen anderen Bürger, also einen Stellvertreter zu stellen und, wie jeder andere Bürger, alle bürgerlichen Steuern und Lasten zu tragen⁴⁴⁾. Eben so waren in Breslau in der Regel alle geistlichen und weltlichen Besitzer von Grund und Boden in der Stadt dienst- und steuerpflichtig⁴⁵⁾. Dieses gilt jedoch nur von den Gemeinde-Diensten und Steuern. Denn von den öffentlichen Diensten und Steuern, also in den Reichsstädten von den Reichs-Diensten und Steuern waren die ritterbürtigen Geschlechter insgemein frei, weil sie den Hof- und Heerdienst persönlich leisten mußten (§. 376 u. 504).

§. 376.

Seit dem Siege der Zünfte hat sich dieses zwar in vielen Städten geändert. Denn viele Ritter- und ritterbürtige Geschlechter sind ausgewandert oder sie sind wenigstens ausgetreten aus dem bürgerlichen Verbande. Und dann haben sie mit den Rechten natürlich auch die bürgerlichen Pflichten verloren. Und auch die Geistlichen und die geistlichen Stifter und Klöster befanden sich seitdem öfters nicht mehr im bürgerlichen Verbande und waren daher auch frei von den bürgerlichen Lasten. Dieses war namentlich auch in vielen Französischen Städten der Fall. Daher findet man daselbst zuweilen die Bestimmung, daß die Geistlichen und die Ritter nicht zur Gemeinde gehören sollten¹⁾, daß die Geistlichen nur dann

43) Ulmenstein, I, 387, 388 u. 537.

44) Vertrag des Domkapitels mit der Stadt von 1525 §. 3, 10 u. 11 bei Schunk, III, 64.

45) Urk. von 1315 §. 5 u. 6 bei L. u. Stenzel, p. 497. — *curie in nostra civitate site clericorum, baronum, militum, judeorum aut quorumcunque hominum dant exactionem.* —

1) Stadtbrief für Bray von 1210, art. 1. in Ordonn. du L. XI, .
Omnes qui in villa Braili manebunt, de communia erant, preter clericos et religiosos et familias eorum tantum.
 Brief für Røye von 1183, art. 53, eod. XI, 281. *Homines q*

zur Gemeinde gehören sollten, wenn sie verheirathet seien oder Handel oder Wucher trieben u. dgl. m.²⁾. Woraus jedoch nicht mit Plant gefolgert werden darf, daß es immer so war und daß es auch in Deutschland immer so gewesen sei³⁾. In jenen Städten nämlich, in welchen die Edelleute und Geistlichen ins Bürgerrecht aufgenommen worden oder im bürgerlichen Verbande geblieben waren, hatten sie nach wie vor mit den Rechten auch die Pflichten der übrigen Bürger, z. B. in Ens, Linz, Wels u. a. m.⁴⁾. Eben so waren die in Schleswich, Eternförde, Flensburg und Apenrade wohnenden Edelleute und Ritter dem Stadtrecht und den städtischen Lasten unterworfen⁵⁾. Sie machten zwar in vielen Städten den meistentheils jedoch vergeblichen Versuch sich von den bürgerlichen Lasten zu befreien, z. B. die Edelleute in Straßburg, in Basel, Freiburg u. a. m., und die Geistlichen in Speier⁶⁾, in Basel, in Ulm u. a. m. Die in der Stadt ansässigen Edelleute stützten ihre Steuerfreiheit insgemein auf ihre Freiheit von den öffentlichen Steuern, von welchen sie auch in den Städten befreit waren⁷⁾, und die Geistlichen beriefen sich zu dem Ende auf ihre geistliche

villa sunt — et milites non sunt, volumus et precipimus ut de communia sint. Vergl. noch den Brief für Royon von 1181, art. 2, eod. p. 224.

2) Brief für Roye, art. 52 in Ordonn. cit. p. 231. Si vero omnes clerici qui non tanquam clerici se habent, sed uxorati, vel mercaturam vel fenebrem pecuniam exercent, si super hoc possunt convinci, sint de communia et servitium nostrum faciant tanquam homines de communia.

3) Plant, Gesch. der kirchlichen Gesellschaftsverf. IV, 2. p. 183 ff. Vergl. oben §. 229.

4) Urk. von 1487 bei Kurz, p. 480. „wir wollen, daß du bey der Brie-
sterschofft vnd den von Abl, so Hewser daselbs zu Enns
haben, von unsern wegen darob seist vnd bestellest, daß Sy in be-
huetung, auch Wacht vnd Robot zu der bemelten vnser Stat.
von denselben jren Hewsern mittheilen.“ — Vergl. noch Urk.
von 1336, 1404, 1408 u. 1488 bei Kurz, p. 294 u. 429.

5) Stadtrecht von Schleswich, art. 83, von Eternförde, c. 2. §. 1, von
Flensburg, art. 17, von Apenrade, art. 22 im Corpus stat. Slesv.
II, 84, 136, 183 u. 365.

6) Urk. von 1279 bei Memling, p. 356.

7) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 515—517.

Immunität und auf ihr göttliches Vorrecht, nach welchem ihnen eine völlige Freiheit von Abgaben gebühre. Allein die Freiheit von den öffentlichen Steuern hatte in der Leistung des Ritterdienstes ihren Grund, indem die Heersteuer nur von den nicht Ritterdienstpflichtigen geleistet werden mußte. Dieser Grund konnte aber auf die städtischen Verhältnisse keine Anwendung finden, seitdem in den Städten jeder Bürger kriegsdienstpflichtig war. Daher wurden die Edelleute in Straßburg u. a. m. genöthiget entweder den Bürgereid zu schwören und dann auch die bürgerlichen Lasten zu tragen, oder die Stadt zu verlassen (§. 229 u. 348). In Freiburg wurde es nach der Verfassung von 1392 den Edelleuten freigestellt die Stadt zu verlassen oder die bürgerlichen Steuern zu entrichten. Und den ausgewanderten Edelleuten wurde zu dem Ende ein Termin von 10 Jahren gegeben, nach dessen Ablauf sie, wenn sie in der Stadt blieben, wie jeder andere Bürger, steuerpflichtig sein sollten⁸⁾. Nur ausnahmsweise wurde es manchen Edelleuten, die in der Regel nicht in der Stadt wohnten, und den herrschaftlichen Beamten gestattet, mittelst einer jährlichen Abgabe in Geld sich von den übrigen bürgerlichen Diensten und Lasten (Steuern, Stadt-Wachen und Zöllen, Fronen u. s. w.) zu befreien. Man nannte diese jährliche Abgabe einen *Satz* oder ein *Satzgeld* und die sie Entrichtenden *Satzbürger*⁹⁾. Auch in Basel mußten die Edelleute, welche die Vermögenssteuer nicht entrichteten oder den Bürgereid nicht leisten wollten, ihr Bürgerrecht aufgeben und die Stadt verlassen¹⁰⁾. Und bei der Aufnahme neuer Bürger vom Adel mußten diese ihre Pflicht Steuer und Ungeld zu geben ausdrücklich beschwören¹¹⁾. Eben so mußten in Bieberach die fremden Ritter bei der Aufnahme ins Bürgerrecht versprechen die Steuer entrichten zu wollen¹²⁾. In Goessfeld wanderten die meisten ritterbürtigen Geschlechter, um ihre Steuerfreiheit zu retten, seit dem 16. Jahrhundert aus der Stadt aus. Und die Zurückgebliebenen

8) Verf. Urf. von 1392 bei Schreiber, II, 92.

9) Urf. von 1457 u. 1459 bei Schreiber, II, 444 u. 465. Schreil
Gesch. von Freiburg, II, 221 u. 222.

10) Dchs, IV, 41, 42 u. 463. Heusler, p. 273.

11) Dchs, V, 169.

12) Bürgerbrief von 1424 bei Jäger, Mag. IV, 396.

erhielten entweder die Steuerfreiheit freiwillig zugestanden oder sie geriethen darüber in langjährige Streitigkeiten mit der Stadt¹³⁾. Aber auch die von der Geistlichkeit behauptete Freiheit von den städtischen Abgaben und Lasten war der bereits zur Geltung gekommenen bürgerlichen Gleichheit so sehr entgegen, daß sogar die Unterstützung der Kaiser in den einzelnen Städten, z. B. in Ulm¹⁴⁾ u. a. m. und die Reichsgesetzgebung selbst nichts mehr vermochte¹⁵⁾. Auch in Basel waren alle in der Stadt angefahrenen Stifter und Klöster den städtischen Diensten und Steuern unterworfen, und auch die Domherren nicht davon frei, wie dieses Heusler wegen des Bischofsrechtes glaubt¹⁶⁾. Denn das Bischofsrecht spricht im §. 2, in welchem es von der Dienst- und Steuerfreiheit der Domherren handelt, nur von öffentlichen Diensten und von öffentlichen Steuern, im §. 3 aber, wo es vom Ungelt handelt, spricht es die Domherren nicht frei, wiewohl ihnen, wie es aus einigen Urkunden hervorgeht, in einzelnen Fällen die Freiheit vom Ungelt gestattet worden ist. In der Regel war demnach auch in Basel die gesamte Geistlichkeit den bürgerlichen Diensten und Abgaben unterworfen. Als daher die Geistlichkeit zu Basel im Jahre 1316 die Freiheit vom Ungelt in Anspruch genommen¹⁷⁾, im Jahre 1450 die Vermögenssteuer unter dem Namen eines bloßen Geschenkes entrichtet¹⁸⁾ und im Jahre 1477 sogar die volle Steuerfreiheit behauptet hatte, hielt der Stadtrath fest an seinem althergebrachten Rechte „hoch und nieder zu besteuern“¹⁹⁾ und im Jahre 1488 wurde ihm das Recht die Geistlichen zu besteuern auch von dem Kaiser selbst zugesprochen²⁰⁾. Auch sollten die in der Stadt ansässigen Priester mit den übrigen Bürgern „hüten und wachen“ und sich daher in irgend eine Zunft einschreiben lassen. Das

13) Söfeland, p. 241—248.

14) Jäger, Ulm, p. 354 ff. u. 358.

15) Constitutio Friderici II, von 1220, c. 2. bei Pertz, IV, 248. Auth. Item nulla communitas Cod. de episcopis (I, 3).

16) Heusler, p. 260 u. 261.

17) Dchs, II, 25—29.

18) Dchs, IV, 41.

19) Dchs, IV, 346, 350 u. 354.

20) Dchs, IV, 418. Vergl. noch oben §. 359.

Motiv dieser Verordnung war, „daß diejenigen, so in ihren Ringmauern verschlossen, behütet und beschirmt werden, und deshalb gleichen Nutzen an Schirm des Leibes und des Gutes empfangen, in den Dingen, die zu ihrer aller Beschirmung dienen, auch gemeine und gleiche Bürde tragen und Hülfe thun“ ²¹⁾. Der Grundsatz der bürgerlichen Gleichheit der Rechte und Verbindlichkeiten ward demnach auch in dieser Beziehung festgehalten. In Dortmund waren zwar auch die Geistlichen, wie die übrigen Bürger, frei von der Reichssteuer. Die bürgerlichen Steuern mußten aber auch sie von ihrem Grundbesitz, welchen sie in der Stadt hatten, entrichten ²²⁾. Eben so blieben in Freiburg auch nach der Verfassung von 1392 noch die ins Bürgerrecht aufgenommenen Klöster steuerpflichtig. Die einzelnen Mönche und Nonnen und die weltlichen Geistlichen sollten jedoch nur ihr weltliches Gut versteuern, nicht aber ihre geistlichen Pfründen („sullen gewerf geben von irem weltlichen Guot, vnd nicht von pfruonden“) ²³⁾. Und dabei ist es auch späterhin geblieben ²⁴⁾. Nur ausnahmsweise wurden auch einzelne Klöster gegen die Entrichtung eines jährlichen Sazgeldes, meistens jedoch nur auswärtige Klöster, als Sazbürger aufgenommen ²⁵⁾, oder auch von allen bürgerlichen Diensten und Leistungen bei ihrer Aufnahme befreit ²⁶⁾. In Frankfurt a. M. wurde die Geistlichkeit seit dem 14. Jahrhundert (in den Jahren 1378 und 1389) mehrmals von dem Stadtrath besteuert. Die Geistlichkeit nahm aber auch dort die Steuerfreiheit in Anspruch und wurde dabei in den Jahren 1390 und 1394 von dem Kaiser unterstützt. Es entstand daher ein langjähriger Kampf, der jedoch, da der Stadtrath nicht nachgab, im Anfang des 15. Jahrhunderts zu Gunsten der Stadt geendiget hat, indem durch die Verträge von 1404 und 1407 die Steuerpflichtigkeit der Geistlichkeit anerkannt worden ist ²⁷⁾. Auch in Ulm, Es-

21) Rathsbeschluß von 1526 bei Ochs, V, 543 f.

22) Urk. von 1377 u. 1379 bei Moser, reichsfl. Hdb. I, 379 f.

23) Verf. Urk. von 1392 bei Schreiber, II, 92

24) Verfassung von 1454 bei Schreiber, II, 440.

25) Schreiber, Gesch. von Freiburg, II, 221 u. 222.

26) Urk. von 1291 bei Schreiber, Urkb. I, 119.

27) Kriegl, Frankf. Bürgerzwiste, p. 107–136.

lingen u. a. m. machte die Geistlichkeit den Versuch die Steuerfreiheit zu erzwingen und begann zu dem Ende einen Jahre lang dauernden, jedoch vergeblichen Kampf mit der Stadt²⁸⁾. Oesters haben zwar dergleichen Versuche zu besonderen Verträgen mit der Stadt oder zu schiedsrichterlichen Entscheidungen geführt z. B. in Eßlingen²⁹⁾ und in Speier³⁰⁾. Meistentheils haben sie jedoch nur dazu gedient den bereits erwähnten Grundsatz, daß die bürgerlichen Häuser und Güter nur von den Bürgern erworben werden durften oder wenigstens versteuert werden mußten, mehr und mehr zu befestigen (§. 371).

In vielen Städten ist es jedoch den Edelleuten und auch den Geistlichen und geistlichen Stiftern gelungen von den bürgerlichen Steuern und Lasten befreit zu werden, entweder für immer, z. B. dem Bischof und der Geistlichkeit in Straßburg für ihre Person und für ihre Besitzungen, (*personam, res, possessiones universas hujus episcopi —, omnium etiam canonicorum Argentiniensium ac totius civitatis cleri, — salvas in omni emunitate pariter et libertate quarumlibet exactionum infra civitatis ambitum —*)³¹⁾, dann dem Kloster St. Florian in der Stadt Enns³²⁾, der Abtei zu Niedermünster zu Regensburg in der Stadt Dechen-dorf³³⁾, der Probstei zu Ehenheim im Elsaß³⁴⁾, dem Kloster Arn-sburg in Friedberg in der Wetterau³⁵⁾, der gesammten Pfaffheit in Friedberg in Baiern³⁶⁾ und fünf herrschaftlichen Fronhöfen (*curias*) in Salzwehel³⁷⁾, oder für einige Zeit auf Widerruf oder unter anderen Vorbehalten, z. B. dem Kloster Mariensfeld in Warendorp und in Beckum³⁸⁾ und dem Kloster Bebenhausen in Ulm³⁹⁾.

28) Jäger, Ulm, p. 359 ff. Pfaff, p. 131.

29) Pfaff, p. 131.

30) Vergl. Urk. von 1279 bei Kemling, p. 356. und Urk. von 1284 bei Lehmann, p. 568 bis 570.

31) Urk. von 1220 bei Schoepflin, I, 342.

32) Urk. bei Kurz, Oesterreichs Militärverf., p. 293.

33) Beschwerden von 1458 bei Krenner, Landt. Hbl. II, 182.

34) Urk. von 1312 bei Schoepflin, II, 101.

35) Urk. von 1312 bei Baur, Urkb. Arnab. p. 280.

36) Stadtr. von 1404 §. 12 bei Lori, p. 96.

37) Urk. von 1301 bei Lenz, I, 162. — *excepta tamen curia ante castrum u. f. w.*

38) Urk. von 1347 u. 1367 bei Kinblinger, Hör. p. 435 f. u. 469.

Wegen dieser Steuerfreiheit nannte man die Besitzungen, welche die Edelleute und Geistlichen in den Städten gehabt haben, Freigüter oder Freihöfe, z. B. in Heidelberg ⁴⁰⁾ und in anderen Städten in der Pfalz. In vielen Städten hatten indessen die Edelleute und Geistlichen die Steuerfreiheit nur für ihre althergebrachten Besitzungen, nicht aber für ihre neu erworbenen Bürgergüter erhalten. So sollten in Worms nur die rathsfähigen Ritter und auch diese nur hinsichtlich ihrer gefreiten Güter steuerfrei sein. Die neu erworbenen Bürgergüter („steuerbar Güter“) mußten sie daher wie die übrigen Güter versteuern ⁴¹⁾. In Coesfeld dagegen hatten die Geistlichen und die geistlichen Stifter und Klöster auch für ihre neu erworbenen Bürgergüter, für die Willkürthgüter, die Steuerfreiheit durch Verträge mit der Stadt erhalten ⁴²⁾. Die ganz natürliche Folge einer solchen Steuerfreiheit war denn, daß ihnen der Erwerb von Bürgergütern öfters gänzlich verboten worden ist, oder daß die binnen einer gewissen Frist den neu erworbenen Grundbesitz an einen Bürger verkaufen oder verpachten, oder versprechen mußten, denselben versteuern zu wollen, oder daß sie genöthiget worden sind, sich ins Bürgerrecht aufnehmen zu lassen und sodann wie andere Bürger zu steuern, oder wenn sie ins Bürgerrecht aufgenommen waren, aber nicht steuern wollten, das Bürgerrecht aufzugeben und die Stadt zu verlassen (§. 371, 376).

Diese den Edelleuten persönlich und den geistlichen Stiftern und Klöstern bewilligte Dienst- und Steuerfreiheit, erstreckte sich indessen nicht auf ihre Hintersassen. Diese mußten vielmehr, wenn und so weit sie Antheil an den Marknutzungen erhalten hatten, auch die Gemeinde-Dienste und Steuern mittragen helfen. So z. B. in Deßendorf in Baiern. Ein daselbst gelegener der Abtei Niedermünster zu Regensburg gehöriger Hof war steuer- und wachtfrei. Als aber die Aebtissin mehrere zu ihrem Hofe gehörige Aecker

39) Jäger, Ulm, p. 358 f.

40) Wibber, I, 147.

41) Achtung von 1519 §. 3 bei Schannat, II, 318. Vergl. noch die Vergleiche von 1509 und 1521 §. 7 bei Schannat, II, 297 u. 350.

42) Söfeland, p. 62.

und Wiesen an ihre Leute hingegeben und diese nun Häuser darauf gebaut und diese „mit Webern, Schustern, Schneidern, Huctern, „Gürtlern, Maurern und andern Handwerken besetzt“ hatten, und diese „Weide, Wasser und alle Nutzung“ mit den Bürgern nahmen, so begehrten nun auch die Bürger, „daß sie mit uns (den Bürgern) „steuern, wachten, übel und gut mit uns leiden, nachdem und sie „doch mit uns alle Nutzung nehmen, und in unserm Burgfried sitzen“⁴³⁾. Eben so in Eosfeld. Als daher das daselbst ange- sessene Kloster Barlar im 13. Jahrhundert die Steuerfreiheit auch für seine eigenhörigen Leute in Anspruch nahm, wollte die Stadt gar keine Eigenhörige mehr in der Stadt dulden und verlangte, daß die jenem Kloster gehörigen Häuser und Besitzungen an Bür- ger verkauft oder verpachtet werden sollten. Durch spätere Ver- gleiche ist jedoch jenem Kloster der Besitz eines eigenhörigen Erbes innerhalb der Stadt unter der Bedingung zugestanden worden, daß die Inhaber dieses Erbes die städtische Schatzung entrichteten und die übrigen Gemeindelaften trügen⁴⁴⁾. Auch in Worms, wo das Kloster Kirchgarten einen Hof (den Hof zum Nebstock) besaß, sollten die darin wohnenden Laien die gewöhnlichen städtischen Steuern entrichten, während das Kloster selbst sich gegen Entrichtung einer jährlichen geringen Abgabe mit dem Stadtrath abgefunden hatte⁴⁵⁾. Eben so waren in Mainz alle Domstifts- und andere Stiftsdiener, als z. B. Stebler, Werkleute, Weinrufer u. a. m. den bürgerlichen Lasten unterworfen⁴⁶⁾.

Ursprünglich ruhten demnach alle Rechte und Verbindlichkeiten der Stadtbürger auf der Markgemeinschaft. Nur die Stadtmark- genossen hatten das Recht die gemeine Mark zu nutzen und das Recht der bürgerlichen Nahrung. Dafür mußten sie aber auch die bürgerlichen Lasten und Abgaben allein tragen. Und dieses alte

43) Beschwerden der Stadt Oedendorf von 1458 bei von Krenner, Landt. Hbl. II, 182—184.

44) Söfeland, p. 238.

45) Born, wormser Chronik, p. 188 f. — „und da sie ein laien drein „setzen, soll derselbig der stadt gleich als andere inwohner mit gelübden „zu thun schuldig und gewärtig sein.“

46) Vertrag des Domkapitels mit der Stadt von 1525, §. 7 bei Schunk, III, 66

Recht ist in manchen Städten bis auf unsere Tage geblieben, z. B. in Meppen ⁴⁷⁾).

§. 377.

Die Beisassen waren ursprünglich sammt und sonders Hintersassen oder Schutzhörige entweder der einzelnen Bürger oder der gesammten Bürgerschaft. Sie gehörten demnach wohl zur Gemeinde. Sie waren jedoch keine Markgenossen. Sie hatten daher weder die Rechte noch die Verbindlichkeiten der vollberechtigten Bürger. Sie entbehrten nämlich aller jener Rechte, welche auf Grund und Boden und auf der Markgemeinschaft ruhten. Sie hatten demnach kein Recht an der gemeinen Mark und an den Marknutzungen, kein Recht zu jagen, zu fischen u. s. w. Und von einem Antheil an dem Stadtre Regiment war ohnedies keine Rede. Auf der anderen Seite hatten sie aber auch keine markgenossenschaftliche Pflichten. Sie waren daher weder dienst- noch steuerpflichtig. Denn die Pflichten gingen immer Hand in Hand mit den Rechten. Daher leisteten die Edelleute auch in jenen Städten, in welchen sie Bürger waren, öfters den Eid der edlen Hintersassen, um sich als Hintersassen von den bürgerlichen Diensten und Steuern zu befreien, z. B. in Basel ¹⁾. Als zur Gemeinde gehörige Leute hatten jedoch die Bei- und Hintersassen alle jene Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeindeglieder, welche nicht auf Grund und Boden und nicht auf der Markgemeinschaft ruhten. Sie hatten demnach alle in der persönlichen Freiheit liegenden Rechte, z. B. freien Verkehr u. a. m. Sie standen ferner unter dem gemeinen Stadtfrieden und wurden daher von dem Stadtrath und dem Stadtgerichte geschützt und geschirmt, z. B. in Mainz ²⁾, in Speier ³⁾. Sie waren demnach

47) Niepenbrock, p. 200. Not. u. 210.

1) Heusler, p. 252. Vergl. §. 369 u. 380.

2) Friedebuch §. 9, 13, 14, 30 bei Mone, VII, 10 ff. — „die bij uns in dem Frieden sint — burger oder bijwonner.“ —

3) Einigung von 1328 §. 53 bei Lehmann, p. 287. „Und diesem
„richt sollent sin alle unsere Burgere, und alle die in unser E
„wohnen für sich dar, die — ihr Geschafft hie üben, die seßhaft
„in ihr eigen oder gelehnten Herbergen oder Gammern, — das
„billig an ihn frevelt, und auch die Juden unser Stadt zu G

wahre Schutzbürger oder Schutzverwandte, wie man sie auch öfters genannt hat. Sie mußten daher auch dem Stadtrath den Eid der Treue und des Gehorsams leisten, z. B. in Basel auch dann, wenn sie in keine Zunft aufgenommen waren⁴⁾. Und dieser ursprüngliche Zustand der Dinge hat sich in manchen Städten bis auf unsere Tage erhalten, z. B. in Meppen. Dasselbst hatten nur die eigentlichen Bürger, nämlich die Inhaber eines Bürgerhauses, das Recht die Gemeinweiden und anderen Gemeinländereien zu nutzen und die bürgerliche Nahrung zu betreiben. Dafür mußten sie aber auch die städtischen Lasten und Abgaben tragen. Die nicht Bürger dagegen, die sogenannten Inquilinen, wohnten auf freiem Grunde leisteten keine Abgaben, durften aber auch keine Bürgernahrung und kein Gewerbe treiben. Und nur gegen eine Abgabe an die Stadtkasse durften sie ihr Vieh auf die städtische Weide treiben⁵⁾. In vielen Städten wurden jedoch frühe schon ihre Rechte, mit diesen aber auch ihre Verbindlichkeiten vermehrt. Sie erhielten öfters einen, wenn auch geringeren Antheil an den Marknutzungen. Und nach dem Verhältnisse der ihnen zugestandenen Marknutzung wurden sie sodann auch, wie wir bei Deckendorf gesehen haben und weiter noch sehen werden, dienst- und steuerpflichtig. Denn nach dem Verhältnisse ihrer Rechte vermehrten sich auch ihre Pflichten.

Seit dem Siege der Zünfte hat sich nun in den meisten Städten dieses Alles geändert. Denn durch die Aufnahme in eine Zunft wurden seitdem alle Weisassen vollberechtigte Bürger. Mit den Rechten erhielten sie aber auch die Pflichten. Die Markenverfassung war daher nun in den meisten Städten nicht mehr die Grundlage der Stadtverfassung. Die bürgerlichen Rechte und Verbindlichkeiten ruhten demnach nun auch nicht mehr auf der Markgemeinschaft und auf dem Besitze von Grund und Boden, wiewohl sich in den meisten Städten noch einzelne Spuren der alten Verfassung erhalten haben. Auch wurden nun die gemeinen Marken mehr und mehr der Benutzung der Bürger entzogen und erhielten eine andere Bestimmung. Mit der Marknutzung ging aber ein Hauptrecht der Bürger verloren. Und zuletzt blieben in vielen Städten außer den politischen Rechten nur noch die Pflich-

4) Verordnung von 1410 bei Ochs, III, 72.

5) Tiepenbrock, p. 200. Not. u. 210. Vergl. oben §. 236 u. 237.

ten, also die Fron- und anderen Dienste und die bürgerlichen Lasten und Steuern. Diese lasteten aber nun auf allen Bürgern, gleichviel ob sie Grundbesitz hatten oder nicht. Daher begann man nun in vielen Städten die Weisassen zu nöthigen sich ins Bürgerrecht aufnehmen zu lassen, um sie sodann eben so schwer, wie die übrigen Bürger, besteuern zu können. Meistentheils datirt auch aus diesen Zeiten das Bestreben der Edelleute und der Geistlichen sich von den bürgerlichen Lasten zu befreien und umgekehrt die immer festere Handhabung des Grundsatzes, daß nur Bürger Grundbesitz erwerben dürften, und daß die Grundbesitzer sammt und sonders der Gemeinde dienst- und steuerpflichtig sein sollten.

§. 378.

Auch die Juden gehörten zu den schutzhörigen Leuten, also zu den Weisassen. In vielen Städten waren sie zwar, wie wir gesehen, Schutzverwandte oder Schutzbürger (§. 235, 298 u. 299). Aber auch sie gehörten zwar mit zur Gemeinde, wie dieses bei allen Weisassen der Fall war, nicht aber zur Stadtmargemeinde. Denn auch die ins Schutzbürgerrecht aufgenommenen Juden hatten weder die Rechte noch die Verbindlichkeiten der vollberechtigten Bürger. Sie hatten wohl ein Recht auf alle nicht auf der Marktgemeinschaft ruhenden Rechte, z. B. auf den freien Verkehr, auf den Stadtfrieden u. s. w.¹⁾, in vielen Städten sogar das Recht Grundbesitz zu erwerben. Ein Recht auf die Marknutzung hatten sie jedoch in der Regel nicht und daher auch nicht die damit verbundenen Pflichten. Sie mußten zwar, wenn sie Grundbesitz hatten, allenthalben dafür einen Zins oder eine andere Abgabe entrichten. Von den eigentlich bürgerlichen Diensten und Lasten waren sie jedoch meistentheils frei. Welche Abgaben sie aber zu entrichten hatten war verschieden bestimmt in den verschiedenen Städten. In

1) Urk. von 1401 bei Gmel, regesta Ruperti Reg. 192. „Zum er-
 „wollen wir derselben juden liebe und gute schirmen und sch-
 „zen, — vnd derzu sollent und mogent sie der freyheide, lan-
 „friede, vnd allen andern Gnade, der edeln und unedeln zu-
 „nyssen und gebruchen.“ — Vergl. Schaab, Gesch. der Zul
 p. 109.

Salzwebel sollten die Juden, wenn sie Grundbesitz (Erbe) erworben hatten, einen jährlichen Zins an die Stadt entrichten („dar scoln „se us vor geben to tynse alle jhar“). Von allen städtischen Diensten und Leistungen waren sie aber frei. („Wir mede scoln sie „fry wesen vor Echoth, vor Wale, — unde vor allerlei plicht der „us use borghere pflichtig syn“)²). Auch in Stendal mußten die Grund und Boden besitzenden Juden eine Abgabe an die Stadt entrichten, diese war jedoch verschieden von der Steuer der Bürger³). In Schweidnitz brauchten sie von ihrem Grundbesitz der Stadt keine Steuern und Dienste zu leisten, außer zu den Wachen in der Stadt und auf den Stadtmauern und auf den anderen Festungswerken⁴). Späterhin sollte daselbst kein Hof und kein Erbe mehr an sie verkauft werden, ausgenommen an die bereits in Grund und Boden angesessenen Juden. Auch sollten die geerbten Juden wie die Bürger steuern und wachen. („Ein izlich jude, der da geerbt in der Stat ist, der sal mit den burgern schozzen und wachen und „zu anderem Nuczce der Stat helfen, als eyn burger“)⁵). In Breslau brauchten die Juden nicht zu wachen. Sie mußten jedoch dafür eine bestimmte Summe Geldes entrichten. Auch mußten sie ihren Grundbesitz versteuern⁶). Ueberhaupt war die Besteuerung der Juden sehr verschieden in den verschiedenen Städten bestimmt. Oefters wurden sie ganz willkürlich besteuert und belastet, z. B. in Straßburg⁷), wo dieses aber der Bischof dem Stadtrath nicht zugestehen wollte, indem die Juden daselbst landesherrliche Schutzjuden

2) Urk. von 1349 bei Gerden, vet. March. I, 324.

3) Urk. von 1297 bei Bismann, V, 1. 2. p. 205. ut quando burgenses Stendallenses consagittacionem congregare contigerit civitatis et quevis familia judeorum unum solidum teneatur persolvere civitati. —

4) Urk. von 1285 bei L. u. St. p. 408. Judei de suis hereditatibus cum civitate nulla servitia facere debent, seu solutiones nisi ad vigilias et ad muros atque ad alias firmitudines civitatis. —

5) Handfeste von Schweidnitz von 1328, §. 48 u. 49 bei L. u. St. p. 525 u. 526.

6) Weisthum von 1315 §. 5 u. 6 bei L. u. St. p. 497.

7) Urk. von 1261 bei Schoepflin, I, 434. judaeos quoque nostros indebitis exactionibus et molestiis aggravant. —

waren. Nur in jenen Städten, in welchen die Juden Wasser und Weide genossen, mit den Bürgern also in Markgemeinschaft waren, hatten sie mit den bürgerlichen Rechten auch die bürgerlichen Verbindlichkeiten und mußten daher alle Steuern und Lasten mit den Bürgern tragen, z. B. in Rain in Bayern⁸⁾. Auch in Hammeln, wo sie keine landesherrliche Schutzjuden waren, scheinen sie den bürgerlichen Lasten unterworfen gewesen zu sein⁹⁾.

§. 379.

Ursprünglich waren wohl alle in der Stadtmart angesessenen Grundbesitzer Stadtmartgenossen, also vollberechtigte Bürger. Mit dem Grundbesitz, eigentlich mit dem Besitze eines Hauses mit Hofes in der Stadt, waren demnach alle martgenossenschaftlichen Rechte und Verbindlichkeiten verbunden, gleichviel ob die Grundbesitzer Geistliche, Ritter oder bürgerlichen Standes waren. Alle Häuser und Höfe in der Stadt mit den dazu gehörigen Ländereien waren daher vollberechtigte Häuser und vollberechtigte Güter. Man nannte sie, weil sie unter dem freien Stadt- oder Bürgerrecht oder unter dem Weichbildrecht standen, Stadtgüter (*bona opidularia*), bürgerliche Güter oder Weichbildgüter. Und da mit ihrem Besitze das volle Bürgerrecht verbunden war, so durften nur Bürger solche Güter erwerben¹⁾. Seitdem sich jedoch Handwerker und andere Hinterfassen und Weisassen in der Stadt angesiedelt und Grundbesitz ohne Martberechtigung von den Bürgern oder von der Stadt selbst erhalten hatten, seitdem ist ein Unterschied zwischen vollberechtigten Häusern und Höfen und solchen Häusern und Höfen entstanden, welche nicht vollberechtigt waren. Und, wiewohl seit

8) Urk. von 1340 bei Lori, p. 54. „daz alle die, die mit in ir Waid und ir Wasser suchen und nüssen, ez sein juden oder Christen, ir die genannt sein, mit in tragen und siewern.“ Vergl. noch Urk. von 1416 bei Lori, p. 100.

9) Stadtrecht von 1277 bei Pufendorf, II, 268 f. *quicumque in loco moratur vel morabitur in civitate, liber erit a nobis sed civitati tenebitur ad jura civilia.*

1) Stadtrecht von Rheba von 1355 bei Wigand, Archiv, VI, 260. „in der vryheynt en sal nemand wichelbe got hebben — en sy dar eyn borgHERE.“ Vergl. oben §. 105 u. 371.

Abschaffung der Hörigkeit die Einen wie die Anderen unter dem freien Stadtrecht standen, so nannte man nun dennoch nur noch die vollberechtigten Häuser und Güter bürgerliche Häuser oder Bürgerhäuser²⁾ und bürgerliche Güter³⁾ und da dieselben den bürgerlichen Steuern und Lasten unterworfen waren, feuerbare oder steuerpflichtige Güter⁴⁾, oder auch schoßbare Güter⁵⁾ und zinshafte Güter⁶⁾, um dieselben von den nicht vollberechtigten Stadtgütern zu unterscheiden. Man beschränkte demnach jene Benennung nun auf den Besitz des vollen Bürgerrechtes, während dieselbe in früheren Zeiten auf das freie bürgerliche Recht bezogen worden ist. Die Anzahl jener Häuser und Güter war anfangs unbestimmt, denn mit jeder neuen Ansiedelung konnte das volle Bürgerrecht verbunden werden. Späterhin wurde aber auch in den Städten die Anzahl der Bürgerhäuser fixirt, z. B. in Meppen⁷⁾, oder, was dasselbe war, wie in Melbork die Anzahl der Meenthaber bestimmt (§. 326 u. 364). Und in manchen Städten ist dieses bis auf unsere Tage so geblieben.

2. Marknutzung.

a. Im Allgemeinen.

§. 380.

Wie in den Dorfmarken so waren die Marknutzungen ursprünglich auch in den Stadtmarken sehr ausgedehnt und unbeschränkt. Sie erstreckten sich auf alle Arten von Nutzungen der gemeinen Mark, auf Wasser und Weide, auf Heide und Waldungen, auf Jagd und Fischerei, und auf alle anderen Nutzungen der Ge-

2) Statute von Rudolstadt, art. 2 §. 1, art. 10 §. 15 und von Blankenburg, art. 2 §. 1 u. art. 10 §. 27. bei Walch, V, 28, 55, 77 u. 101.

3) Statute von Rudolstadt, von Blankenburg und von Alm bei Walch, V, 33, 80 u. 124.

4) Wormser Rachtung von 1519 §. 3 bei Schannat, II, 318. Urk. von 1526 in Mon. Boic. X, 366.

5) Statute von Rudolstadt, Blankenburg u. Alm bei Walch, V, 33, 51, 80, 96 u. 124.

6) Handsfeste von Schweidnitz, §. 43 bei L. u. St. p. 525.

7) Dörpenbrock, p. 210 u. 211.

meinsländereien (§. 223, 224 u. 381). Auch waren die Markberechtigungen ursprünglich in einer und derselben Stadtmark ganz gleich, z. B. in Aachen¹⁾, in Innsbruck²⁾, in Stendal³⁾ u. a. m. Dem der Maßstab der Berechtigung war, wie bei anderen Marken, das Bedürfniß, z. B. in Hagenau⁴⁾, in Dürtheim⁵⁾ u. a. m., oder die Größe und der Werth des Besitzthums z. B. in Reiffe, Ottmachau u. a. m.⁶⁾. Späterhin wurden aber die Marknutzungen auch in den Stadtmarken gewissen Beschränkungen unterworfen, theils durch Fixation der Anzahl der Berechtigungen, z. B. in Melbors, theils durch Fixation der berechtigten Bürgershäuser, z. B. in Reppen, theils durch Fixation der Marknutzungen selbst⁷⁾. Der Grund, warum sich hierüber nur verhältnißmäßig sehr wenige Vorschriften in den Städten finden, ist offenbar in dem Umstande zu suchen, daß sich in den meisten Städten frühe schon die Natural Marknutzungen gänzlich verloren haben. Seitdem nämlich der Handel und das Gewerbswesen den Ackerbau und die Viehzucht verdrängt hatten, seitdem konnten die Gemeinländereien besser in anderer Weise als zur Naturalnutzung benutzt und verwerthet werden. Auch waren die meisten Marknutzungen, insbesondere die Gemeinweiden, nur so lange von Werth, als sie zur Ackerwirthschaft nothwendig waren. Mit dieser haben sie sich daher gleichfalls verloren. Dazu kam noch das fortwährend steigende Bedürfniß der Stadtgemeinden.

-
- 1) Urk. von 1192 bei Quir, I, 46. *equalem uobiscum communionem in silvis. pascuis. pratis. aquis et aliis commoditatibus.* —
 - 2) Stadtr. von 1239 §. 2 bei Gaupp, II, 253. *Ut pascuarum communio, quae Gemeinde dicitur, universitati divitum et pauperum aequaliter offeratur.*
 - 3) Urk. bei Bedmann, V, 1. 2. p. 150. *in aquis quam in pascuis et silvis ceterisque rebus equa in porcione.* — Vergl. oben §. 72.
 - 3a) Stadtr. von 1164. §. 9. *ligna, usui suo necessaria — fenum, quantum sibi necessarium fuerit.* —
 - 4) Rathsbeschluß aus 15. sec. im grünen Buch oben §. 375.
 - 5) Urk. von 1369 §. 8 bei L. u. St. p. 592. — *juxta haereditum suarum valorem, prout in Nissa et aliis civitatibus,* — Vergl. oben §. 72.
 - 6) Meine Gesch. der Dorfverf. I, 205—213. Vergl. oben §. 224 r 2

welches zuletzt den vollen Ertrag der Gemeinländereien in Anspruch genommen hat, und die Anwendung des Römischen Rechtes, wodurch die meisten Stadtmarkgemeinden in Korporationen im Sinne des Römischen Rechtes umgeschaffen worden sind, und die Gemeindegüter sodann selbst eine andere Natur angenommen und eine andere Bestimmung erhalten haben. Die ursprüngliche Bedeutung der Gemeindegüter wurde seitdem vergessen, die Natural Marknutzung der Bürger in den meisten Städten abgeschafft und alle Nutzung der gemeinen Mark zum Vortheil der Gemeindefasse eingezogen (§. 108, 116 u. 364). Nur in jenen Städten, in welchen auch in späteren Zeiten noch eine wirkliche Feldwirthschaft getrieben worden ist wie in Lübeck im 14. Jahrhundert⁷⁾ und auch seit dem 16. Jahrhundert noch in Speier, Worms, Bremen u. a. m. oder in denen die Ackerwirthschaft sogar noch ein Hauptnahrungszweig der Bürger geblieben ist, nur in jenen Städten sind auch die Natural Marknutzungen längere Zeit noch geblieben, z. B. in Goessfeld bis zum dreißigjährigen Kriege⁸⁾, in Ilm, Teuchel, Alstedt⁹⁾ und in vielen anderen Landstädten sogar bis auf unsere Tage.

Die Marknutzungen ruhten, wie wir gesehen, auf in Markgemeinschaft befindlichem Grund und Boden. Ihr rechtliches Fundament war demnach die Markgemeinschaft selbst. Sie waren daher ihrer rechtlichen Natur nach keine Servituten, überhaupt keine Rechte an einer fremden Sache. Denn die Bürger hatten jene Nutzungsrechte in ihrer Eigenschaft als Gemeiner oder als Genossen der Stadtmarkgemeinschaft. Erst seit der Anwendung des Römischen Rechtes hat sich auch die rechtliche Natur jener Nutzungsrechte in jenen Städten geändert, in welchen das Römische Recht die Grundlage der alten Verfassung untergraben hatte. Denn die Gemeinländereien waren daselbst Korporationsgüter im Sinne des Römischen Rechtes, sogenannte Stadtkämmerei- oder Commungüter, geworden¹⁰⁾.

Nur die Bürger waren in Markgemeinschaft befindliche Genossen. Daher hatten auch sie nur allein eine volle Berechtigung

7) Pauli, Lüb. Zustände im 14. Jahrh. p. 41.

8) Sckeland, p. 67, 239, 240 u. 244.

9) Die Statute bei Walch, V, 181 ff., 186, VI, 207 ff.

10) Meine Gesch. der Dorfverf. I, 219 u. 220. Vergl. oben §. 364.

zur Marknuzung. Und diese Berechtigung begann mit dem Tage der Aufnahme in die Gemeinschaft oder ins Bürgerrecht, z. B. in der Stadt Selse¹¹⁾ u. a. m. Gleichgültig war es jedoch, ob die Bürger Edelleute, Geistliche, Colonen oder Hintersassen waren. Denn auch die Colonen und Hintersassen hatten, wenn sie Bürger waren, ein Recht auf alle Marknuzungen, wie jeder andere Bürger, z. B. in Monzingen¹²⁾, in Ehenheim¹³⁾ u. a. m. Eben so die Ministerialen und anderen Edelleute und Colonen, in Schwanden im Stifte Paderborn¹⁴⁾ u. a. m. Und die Geistlichen in Aachen¹⁵⁾. In den grundherrlichen und gemischten Städten mußten jedoch die Colonen und Hintersassen für den Genuß der Weide und der sonstigen Marknuzungen öfters einen Zins oder eine sonstige Abgabe entrichten, z. B. in Monzingen Hühner, sogenannte Weidehühner¹⁶⁾, in Dürkheim Holzhühner oder dafür einen fixirten Geldzins¹⁷⁾, in Meppen ein sogenanntes Weidegeld¹⁸⁾, in Büren für den Genuß des Wassers und der Weide eine jährliche Abgabe¹⁹⁾. Eben so in Berlin eine Abgabe für den Genuß des

11) Grimm, I, 763 §. 30. „Die almen den, die die stat von Selse hat — „die sol daz closter unt die stat mittenander nuzen unt bruchen, unt „ein ietlicher der zu Selse kumet, unt da sietzhet in burgers wis.“

12) Altes Gerichtsbuch bei Koenigsthal, I, 2 p. 57. „Zu wissen seie „aller menniglichen und hintersassen vnsrer Statt Monzingen, wasser „und weid herkomen. —

13) Urf. von 1312 bei Schoepflin, II, 101. *habeat ipsa ecclesia et ejus incole pro suis animalibus quibuscunque pascua cum universitate.* —

14) Urf. von 1344 bei Wigand, Archiv, I, 4, p. 100 u. 101. Vgl. oben §. 140.

15) Urf. von 1192 bei Quir, I, 46.

16) Koenigsthal, I, 2 p. 57. „von der Weide da der gemeine Mann die „hühner von gibt.“ Vergl. oben §. 225.

17) Dürkheimer grünes Buch. Vergl. meine Geschichte der Markenverfassung, p. 68. Not.

18) Diepenbrock, p. 210 u. 211. Not.

19) Stadtrecht aus 14. sec. bei Wigand, III, 3 p. 32. *qui habet nam aream — dabit unum (nummum) de aqua et pasque nostri parentes civitati contulerunt.* Alte Uebersetzung 15. sec. eod. p. 38. „we dar hevet ganze were — sal he g!

Wassers und der Weide¹⁹⁾. In Worms nannte man den für den Almendgenuß zu entrichtenden Zins selbst *Almende* oder *Almunde*. Die Geistlichkeit protestirte aber daselbst gegen dessen Entrichtung²⁰⁾.

Die Beisassen und nicht ins Bürgerrecht aufgenommenen Hinterlassen entbehrten, wie wir gesehen, aller jener Rechte, welche auf in Markgemeinschaft befindlichem Grund und Boden ruhten. Sie hatten daher meistentheils gar keine Marknutzung oder wenigstens keine volle Berechtigung (§. 377). Auch beruhte ihre Berechtigung in jenen Städten, in welchen ihnen eine Marknutzung zugestanden worden war, nicht auf Markgemeinschaft, vielmehr auf einer bloßen Concession oder auf einem Vertrage oder auf Herkommen, z. B. das Recht der Beisassen in Elgg auf Bau- und Brennholz²¹⁾. Eben so die Marknutzung der Handwerker in Selse²²⁾, die Markberechtigung der Schutzbürger in Frau²³⁾, in Meppen²⁴⁾ u. a. m. Auch mußten sie öfters für diesen ihnen zugestandenen Genuß eine Abgabe, ein Weibegeld u. dergl. m., in die Stadtkasse entrichten, also eine doppelte Abgabe in jenen Städten, in welchen auch die Bürger eine solche Abgabe zu entrichten hatten, wie dieses z. B. in Meppen der Fall war²⁵⁾.

Endlich hatten auch die *Ausmärker* („*Ußwendigen*“) selbst dann, wenn sie in der Stadtmark begütert waren, nicht dieselbe Marknutzung, wie die Bürger, z. B. in Elgg²⁶⁾.

„eynen (penninghe) van wateren vnd van weyde de vnse vedern der stad hebben ghegheven.“ —

19a) Stadtbuch bei Fidicin, I, 49.

20) Urk. von 1384 bei Schannat, II, 193. — nec non pro exactione vulgariter nuncupata *Almende*. Vergleich von 1407, §. 14, eod. p. 221. — „noch der stat kein almund en gelt davon geben.“ —

21) Bluntschli, II, 67.

22) Grimm, I, 763 §. 83.

23) Urk. von 1270 bei Kopp, II, 304. Not. 1.

24) Diepenbrock, p. 211.

25) Verordnung über das Weibegeld von 1596 bei Diepenbrock, p. 211. „Die gin Borger is darup nicht berechtiget, und deme es vergunt giebt „dobbelt.“

26) Elgger Herrschaftsrecht, art. 67 §. 4 bei Pestaluz, I, 374.

b. Einzelne Marknuzungen.

§. 381.

Auch über die einzelnen Marknuzungen findet man in den alten Städten nur wenige Vorschriften. Mit den Naturalmarknuzungen haben sich auch die Vorschriften darüber meistens fröhe schon verloren. Aus den wenigen Vorschriften, welche sich erhalten haben, geht jedoch hervor, daß es in dieser Beziehung in den Städten eben so wie auf dem Lande gehalten worden ist.

Ein Beholzigungsrecht hatten ursprünglich alle Bürger, z. B. in Weissenburg ¹⁾, in Kaiserslautern ²⁾, in Lübeck ³⁾, in manchen Städten auch noch in späteren Zeiten. Noch im 16. Jahrhundert erhielt z. B. in Eßlingen jeder Bürger, der seinen eigenen Rauch in der Stadt hatte, jährlich ein sogenanntes Gabholz aus den Stadtwaldungen, d. h. eine Quantität Holz für einen bestimmten niedrigen Preis ⁴⁾. Eben so erhielten die Bürger von Mühlhausen jährlich sogenannte Holzlose als Brennholz ⁵⁾, die Bürger von Neustadt Eberswalde und von Straußberg jedes Jahr das nöthige Brennholz und gegen ein mäßiges Stamm- und Absegelgeld auch Bauholz ⁶⁾. Und heute noch erhalten die Bürger von Görlitz das Holz aus der Stadthaide zu einem billigeren Preise ⁷⁾, und die Bürger von Wildbad jedes Jahr einige Klafter Holz aus den Stadtwaldungen. Ohne Holzanweisung sollte jedoch auch in den Städten kein Holz gehauen werden, z. B. in Weissenburg ⁸⁾, in Dürkheim u. a. m. (§. 374). Gewisse Holzarten durften nicht gehauen werden, z. B. in Monzingen keine Eichen, keine Buchen und keine Aepfel- und Birnbäume. Auch war daselbst die Art und Weise vorgeschrieben, wie das Holz gehauen werden sollte ⁹⁾. In

1) Grimm, I, 765 u. 766.

2) Grimm, I, 773.

3) Urk. von 1188 im Cod. Lub. I, 9 u. 10.

4) Psaff, p. 151.

5) Nebenreceß von 1642 §. 8.

6) Fischbach, Städtebeschreibung der Mark Brandenburg, I, 186 ff. u. 440.

7) Neumann, p. 52.

8) Grimm, I, 765.

9) Altes Gerichtsbuch bei Koenigsthal, I, 2. p. 57. „Auch ist verbe n

Kaiserslautern war zum Hauen von Brennholz in der Regel keine Anweisung nothwendig. Der Maßstab dabei war das Bedürfniß eines jeden Bürgers. Nur zum Hauen von Eichen und Buchen und von Bauholz war auch dort eine Anweisung nothwendig¹⁰⁾. Ohne vorhergegangene Besichtigung von Seiten des Stadtrathes oder der Rathsverordneten sollte kein neues Gebäude aufgeführt werden, z. B. in der Stadt Grempe¹¹⁾. Man findet daher auch in den Städten frühe schon die Anfänge einer Forst- und Baupolizei, wie in den großen Marken und in den Dorfmarken.

Auch das Mast- und Weiderecht hatten ursprünglich alle Bürger, aber auch nur die in der Stadt angeessenen Bürger, und zwar das Weiderecht auf den Almen den und in den Gemeinwaldungen ebensowohl wie in der Feldmark auf den Brachfeldern, z. B. in Ulm¹²⁾, in Worms¹³⁾, in Stralsund¹⁴⁾, in Neustadt Eberswalde, in Oderberg, in Strausberg u. a. m. in der Mark Brandenburg¹⁵⁾, in Zürich¹⁶⁾, in Schöneck¹⁷⁾, in Bremen¹⁸⁾, in Schweidnitz¹⁹⁾, in Kaiserslautern²⁰⁾, in Breslau²¹⁾ u. a. m. In der Regel durfte nur selbstgezogenes Vieh hinausgetrieben werden. In manchen Städten war es jedoch jenen Bürgern, welche kein selbstgezogenes Vieh hatten, gestattet fremdes Vieh zu kaufen und auf die Weide zu schicken, z. B. in Weissenburg 25 Stück Schweine in die Eichelmast, aber nicht mehr²²⁾. Meistentheils sollte jedoch

„zu hauen dreyerley holz, Eichen, Meybüchen, appfelbaum und Blerbaum, ohne welches alle gemeine leuth all ander holz, einen strand „unterwendig eines gürtels.“

10) Grimm, I, 773.

11) Verordnung von 1598 im Corpus constit. Holsat. III, 288.

12) Jäger, Ulm, p. 608.

13) Jörn, Chron. p. 217.

14) Fabricius, Verfassung von Stralsund, p. 19.

15) Fischbach, I, 194 ff., 401 u. 440.

16) Bluntschli, I, 148. Not. 67.

17) Grimm, II, 563.

18) Donandt, I, 89. Not.

19) Handfeste von 1328 §. 58 bei L. u. St. p. 527.

20) Grimm, I, 773.

21) Urf. von 1277 bei L. u. Stenzel, p. 391.

22) Grimm, I, 765. omnes homines, habitantes in territorio, plenum

auswärts gekauftes Vieh nur mit Erlaubniß des Gemeindevorstandes auf die Weide getrieben werden, z. B. in Monzingen²³⁾. Von einem Fremden auf die Weide getriebenes Vieh durfte mit Beschlag belegt und zum Nutzen der Gemeinde oder der Grundherrschaft verwendet werden, z. B. in Weissenburg²⁴⁾. Koppelweiden machten natürlich in jenen Städten, in welchen sie noch bestanden, für die hiezu Berechtigten eine Ausnahme. So hatte der Bischof von Worms im Städtchen Weilheim, wo er einen Fronhof besaß, das Recht der Koppelweide (*jus quod Cupelweyde dicitur*)²⁵⁾. Auch in den Städten war die Weide noch eine Gemeindeangelegenheit. Das Vieh mußte daher mit dem gemeinen Hirten hinausgetrieben werden. Denn einen Sonderhirten zu halten war allenthalben verboten, z. B. in Speier²⁶⁾, in Straßburg²⁷⁾, in Ulm²⁸⁾, in Würzburg²⁹⁾, in Basel³⁰⁾, in Seligenstadt u. a. m. Nur die in der Stadtmark ansässigen Grundherren machten hievon eine Ausnahme. Denn wie in anderen Marken so durften sie auch in den Stadtmarken ihren eigenen Hirten halten, z. B. in Seligenstadt³¹⁾, in Basel³²⁾ u. a. m. Hier und da mußte der Schultheiß für die gemeine Heerde den Widder stellen, z. B. in Straßburg³³⁾. Und in vielen kleineren Städten zieht heute noch der gemeine Kuh- und Schweinehirt mit der städtischen Heerde auf die Weide. In

jus habeant adigendi et impellendi ad glandes silvarum omnes porcos, quos in suis curiis aut in domibus nutrierunt. Insuper quilibet memorati territorii, porcos non nutriens viginti quinque porcos emere poterit, et non ultra, in dictis silvis et glandibus depascendos.

23) Altes Gerichtsbuch §. 4 bei Koenigsthal, I, 2 p. 55.

24) Grimm, I, 765 f.

25) Urk. von 1195 bei Schannat, hist. Worm. II, 89. Vergl. meine Gesch. der Markenverfassung, p. 20.

26) Rathschluß von 1328 §. 20 bei Lehmann, p. 285.

27) Stadtrecht, §. 86 u. 87 bei Grandidier, II, 77.

28) Jäger, p. 609 u. 612.

29) Grimm, III, 606.

30) Ochs, V, 66. Not.

31) Urk. von 1339 §. 9 bei Rindlinger, Horigk. p. 421.

32) Ochs, V, 65. Not.

33) Stadtrecht, §. 95 bei Grandidier, II, 81.

den grundherrlichen und vogteilichen Städten durfte das Mastungs- und Weiderecht nur mit Erlaubniß der herrschaftlichen Beamten ausgeübt werden, z. B. in der Stadt Wetter³⁴⁾.

Auch über das Recht Vieh, selbst Gänse, Hühner und Enten halten zu dürfen, und über die verbotene Weide u. dgl. m. finden sich Vorschriften in Speier³⁵⁾, in Ulm³⁶⁾ u. a. m. Da meistens nur die Bürger das Weiderecht hatten, so durften auch nur die Bürger Vieh halten, z. B. in Ulm³⁷⁾, in Teuchel³⁸⁾ u. a. m. Auch war öfters die Anzahl des zu haltenden Viehes bestimmt z. B. in Basel durfte jeder Bürger zwei Kühe halten, aber keine Geißen. Nur den armen Leuten war es gestattet eine Geis halten zu dürfen³⁹⁾. Eben so war die Anzahl der Schafe und des übrigen Viehes, das jeder Bürger halten durfte, bestimmt, z. B. in Basel⁴⁰⁾, in Teuchel⁴¹⁾ u. a. m.

Wie andere freie Markgenossenschaften, so hatten auch die freien Stadtmarkgemeinden das Recht der Jagd und der Fischerei innerhalb der Stadtmark. Und jeder in der Stadt angesessene Bürger durfte darin jagen und fischen (§. 373). So galt die freie Bürsch und die freie Fischerei in der Stadt Monzingen⁴²⁾, in Memmingen⁴³⁾, in Bremen⁴⁴⁾, in Stralsund⁴⁵⁾, in Lübeck⁴⁶⁾, in Speier⁴⁷⁾,

34) Weisthum von 1239 bei Wend, II, 167 — 168. quod nemo debet pascere sive immittere pecora in forestum, quod dicitur Achterwort, sine prescitu advocati et sculteti.

35) Gemeindebeschuß von 1328 §. 17—19 bei Lehmann, p. 285.

36) Jäger, Ulm, p. 609 bis 612.

37) Jäger, Ulm, p. 317.

38) Statut von 1611, art. 14 §. 4 bei Walch, V, 186.

39) Dch, V, 67.

40) Dch, V, 67.

41) Walch, V, 186.

42) Altes Gerichtsbuch bei Koenigsthal, I, 2 p. 55 u. 58. „wegen der „freyen bürsch, jagen und fischereyen so weit diese Gemark gehet.“ —

43) Jäger, Mag., I, 312.

44) Rundige Rulle von 1489 §. 92 bei Delrichs, Samml. alter Ges. p. 676 f.

45) Fabricius, p. 19 u. 33.

46) Freibriefe von 1188, 1204 u. 1226 im Lüb. Urfb. I, 9, 17 u. 44.

47) Urk. von 1431 bei Lehmann, p. 824.

in Worms⁴⁸⁾, in Weissenburg⁴⁹⁾, in Zürich⁵⁰⁾, in Murtten⁵¹⁾, in Münster⁵²⁾, in Goeßfeld⁵³⁾, in Orlamünde⁵⁴⁾, in Jßny⁵⁵⁾, in Mühlhausen⁵⁶⁾, in Neustadt Eberswalde, in Oberberg, Straußberg u. a. m. in der Mark Brandenburg⁵⁷⁾, in der Stadt Gemünd⁵⁸⁾ in München, Landshut, Jngolstadt, Straubing, Meiningen, Schongau u. a. m.⁵⁹⁾. In manchen Städten war jedoch das Recht zu jagen und zu fischen beschränkt auf den eigenen Gebrauch. Denn um sie zu verkaufen durften die Bürger keine Fische und keine Hasen fangen, z. B. in Orlamünde⁶⁰⁾, in Bremen⁶¹⁾. Auch die durch eine Stadtmark fließenden Bäche und Flüsse und die darin befindlichen Seen gehörten nämlich zur Almend, z. B. der Neckar bei Heidelberg, die Limmat bei Zürich u. s. w. Die Fischerei darin war daher ebenfalls Almendnuzung⁶²⁾. Dieses gilt aber nicht bloß von den alten Stadtmarken, sondern auch von den neuen Erwerbungen und Erweiterungen der Stadtmark. Mit jeder neuen Erwerbung pflegte nämlich auch das Jagd- und Fischereirecht mit erworben zu werden. Denn entweder war die zur Stadt gezogene Bauerschaft eine freie Gemeinde, und dann gingen alle ihre Rechte, also auch die freie Jagd und Fischerei, mit auf die Stadtgemeinde über, oder sie war eine unfreie zu einem Fronhose gehörige Bauerschaft, und dann ward mit dem Fronhose auch das dazu gehörige

48) Zorn, Chron. p. 217.

49) Herzog, Elß. Chron. B. X, p. 177 u. 178.

50) Beschluß von 1496 bei Schauberg, I, 101. Not. 3.

51) Freiheitsbrief von 1377 §. 9 bei Gaupp, II, 162.

52) Urk. bei Wiltens, p. 49. — cum piscebat civitas ex ibidem circa murum fossis.

53) Söfeland, p. 65.

54) Statut aus 14. sec. §. 14 u. 15 bei Walch, II, p. 75.

55) Statut bei Jäger, Mag. II, 125 u. 128 ff.

56) Nebenrecess von 1642 §. 11. Hauptrecess von 1711 §. 19.

57) Fischbach, I, 191 ff., 204, 400 u. 440.

58) Urk. von 1475 bei Moser, Reichst. Handb. I, 773.

59) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 155.

60) Statut aus 14. sec. §. 14 u. 15 bei Walch, II, 75.

61) Rundige Rulle §. 92 u. 94 bei Delrichs, Samml. p. 676.

62) Schauberg, I, 101. Not. 3. Mone, I, 396, IV, 89. Vergl. ol §. 228.

Recht der Jagd und Fischerei mit erworben, wie dieses z. B. in den Städten Meppen und Haselünne der Fall war⁶³).

Oestere gehörten außer den Bächen und Flüssen und Seen auch noch die in denselben befindlichen Inseln zur städtischen Almende, z. B. eine Neckarinsel bei Wimpfen⁶⁴). Und allenthalben gehörte der Gebrauch des Wassers zu den jedem Bürger zustehenden Almendnutzungen, z. B. die Benutzung des Wasserlaufs (*cursum aquarum*) zur Bewässerung u. s. w. in Freiburg im Uechtlande⁶⁵), in Badberg in Westphalen⁶⁶), der Gebrauch der Speierbach in Speier⁶⁷), jede Art von Wassernutzung, z. B. in Diessenhofen⁶⁸), in Stendal⁶⁹) u. a. m., insbesondere auch die Benutzung des Wassers zum Flößen und zum Waschen, z. B. in Monzingen⁷⁰), zur Schifffahrt, z. B. in Lübeck⁷¹), zur Anlage von Mühlen u. s. w. In Murtten z. B. durfte jeder Bürger für seinen eigenen Gebrauch eine Mühle und einen Backofen anlegen⁷²). Meistentheils legten jedoch die Stadtgemeinden selbst eine oder mehrere Mühlen an, auf welchen sodann die Bürger mahlen lassen mußten. So besaß z. B. der Stadtrath zu Speier schon seit dem 14. Jahrhundert mehrere Mühlen in der Stadt. Auch hatten daselbst die Stifter ihre eigenen Mühlen⁷³). In Magdeburg wurde im Jahre 1425 die erste Schiffmühle angelegt⁷⁴), wie wir sie heute noch in Mainz, in Köln u. a. m. sehen. Da indessen der Gebrauch des Wassers allen Bürgern gemein war, so durfte derselbe durch keinen Wasserbau, auch nicht durch die Anlage einer neuen Mühle gestört werden, z. B. in Speier⁷⁵).

63) Diepenbrock, p. 204, 205 u. 206.

64) Urf. von 1300 bei Schannat, hist. Worm. II, 159. — *excepta insula quae dicitur Almende.*

65) Handfeste §. 6 bei Gaupp, II, 83.

66) Stadtrecht von 1290 §. 23 bei Seiberg, II, 1 p. 524.

67) Urf. von 1241 u. 1297 bei Moser, Reichsst. Handb. II, 711.

68) Handfeste §. 8 bei Schauberg, II, 54.

69) Gründungs Urkunde bei Bedmann, V, 1. 2. p. 150. Vergl. oben §. 78.

70) Koenigsthal, I, 2. p. 55 u. 59.

71) Freibrief von 1188 u. 1204 im Lübis. Urfb. I, 9 u. 17.

72) Stadtrecht bei Gaupp, II, 152 §. 1 und 162 §. 2.

73) Zeuß, Speier, p. 18.

74) Rathmann, Gesch. von Magd. II, 69 u. 70.

75) Urf. von 1297 bei Moser, Reichsst. Handb. II, 711.

Was von den Bächen, Flüssen und Seen gilt, gilt auch von den Wegen und Stegen und von den Straßen und freien Plätzen in der Stadt. Auch sie wurden, wie wir gesehen, zur Stadtalmende gerechnet. Zu ihrer Benutzung hatte daher jeder Bürger ein Recht, z. B. in Monzingen⁷⁶⁾, Stade⁷⁷⁾, in Worms, Weissenburg, Straßburg, Baden, Dürkheim, Eisenach u. a. m. (§. 223 u. 225).

§. 382.

Eine weitere Marknutzung war die Benutzung der städtischen Steingruben, der Lettengruben und der anderen Erdbarten. Die gemeine Nutzung dieser Gruben wurde jedoch frühe schon beschränkt. So wurde in Monzingen das Steinbrechen in der städtischen Steingrube an eine Erlaubniß des Bürgermeisters gebunden¹⁾. Das Lettengraben in Dürkheim sollte nur noch den Hafnern und Ziegelbrennern gestattet und der Steinbruch in den städtischen Steingruben und Almenden verpachtet werden²⁾.

Auch das Roden in der gemeinen Stadtmark wurde frühe schon beschränkt. In Monzingen sollte das Gemeinland, wie in vielen Dorfmarken, im Interesse der Weide nicht in Ackerfeld umgeschaffen, also gar nicht gerodet werden³⁾. In Ulm durfte ohne Genehmigung des Rathes keine Wiese in einen Acker und kein Acker in einen Garten verwandelt werden⁴⁾. Anderwärts war zum Roden der gemeinen Mark die Zustimmung der Gemeinde nothwendig, z. B. in Ehenheim im Elsaß u. a. m.⁵⁾. Und in grundherrlichen Stadtmarken war außerdem auch noch die Zustimmung des Grundherrn nothwendig, z. B. in Seligenstadt⁶⁾.

76) Koenigsthal, I, 2 p. 58.

77) Urk. von 1259 bei Pufendorf, II, append. p. 159.

1) Koenigsthal, I, 2 p. 58.

2) Dürkheimer grünes Buch. Vergl. meine Gesch. der Markenverfassung, p. 800.

3) Koenigsthal, I, 2 p. 57.

4) Jäger, Ulm, p. 618.

5) Urk. von 1312 bei Schoepflin, II, 101. *de consensu expresse et dem universitatis valeant occupare et ad culturam redigere* Kaiserrecht, II, 56.

6) Weisthümer von 1329 u. 1339 bei Steiner, p. 355 u. 385. un^d Kindlinger, Hör. p. 421 §. 6.

Insgemein wurde das aus der gemeinen Mark ausgeschledene Kottland als Eigen hingegeben. Desters aber auch bloß zur Sondernutzung. Das Eigenthum blieb sodann in der Gemeinschaft und nur die Nutzung war nicht mehr gemein⁷⁾. Solche zur Sondernutzung hingeebene Gemeinländereien waren in Straßburg die Almendländereien (*terrae quae vulgo nuncupantur almende*)⁸⁾, in Weissenburg die Almendländereien und Almendweinberge⁹⁾, in Speier die Almendfelder¹⁰⁾, in Koblenz die Almendfelder und Almend Weinberge¹¹⁾, in Neustadt an der Hart die Almendgärten¹²⁾, in Heppenheim die Stadtalmenbacher¹³⁾, in Ehenheim die Almendfelder und Almend Weinberge¹⁴⁾, in Osnabrück die Leischaftsgärten, bei denen das Eigenthum der Leischaft und nur die Sondernutzung den Leischaftsgenossen gehört hat¹⁵⁾. Für den Genuß solcher Almendländereien mußte öfters ein Zins oder eine andere Abgabe entrichtet werden, z. B. in Worms sogenannte Almendgelber („Almunden gelt“) ¹⁶⁾.

Desters wurden auch die Almenden ganz oder theilweise gegen einen jährlichen Zins verpachtet, z. B. das Limburg Dürkheimer Bruch gegen einen in Räs bestehenden Zins¹⁷⁾. Anderwärts wa-

7) Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der Mark-, Hof- u. Vers. p. 108—112. und meine Gesch. der Markenverfassung, p. 175—178.

8) Urf. von 1214 u. 1261 bei Schoepflin, I, 326 u. 434.

9) Grimm, I, 765. *si in communibus pasuis, quae almeinde vulgari vocabulo nuncupantur, agri colantur aut vinee, de culturis eisdem.* —

10) Urf. von 1251 bei Würdtwein, nov. subs. XII, 158. *de iugeribus quae Almeinde dicuntur — super iugeribus Almeinde dictis.* —

11) Urf. von 1110 bei Günther, I, 167. *Confluentini quicquid commune habebant tam in arvis quam in vineis.* —

12) Urf. im Monasticon Palatinum, V, 58. „unsern almenbgarten ein „zeit auf die Almendt stosen.“ —

13) Dahl, I, 193.

14) Urf. von 1312 bei Schoepflin, II, 101. *quadraginta agrorum vinee non plantentur aut colantur, quos agros de almenda predicta.* —

15) Klöntrup, v. Leischaften, §. 7 in II, 237.

16) Rechnung von 1407 §. 14 bei Schannat, II, 221.

17) Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 300 u. 301.

ren sogar die auf der Almend liegenden Straßen und Plätze in Pacht gegeben für einen jährlichen Zins, z. B. in Worms ¹⁸⁾.

Eine Hauptnutzung der städtischen Almenden bestand auch, zumal in früheren Zeiten, in ihrer Verwendung zur Anlage neuer Häuser. In allen emporstrebenden Städten erhielten nämlich die neuen Ansiedler, meistentheils gegen Entrichtung eines jährlichen Zinses, Bauplätze angewiesen. Und es sind dadurch neue Ansiedler angezogen und durch sie viele neue Straßen und ganze Stadttheile angelegt, auch die städtischen Einkünfte selbst dadurch bedeutend vermehrt worden. So war es schon seit dem 13. und 14. Jahrhundert in Freiburg im Breisgau und in Freiburg im Uechtlande, in Diessenhofen, Neuenburg, Murtten, Hamburg, Stendal, Lemgo und in vielen anderen Städten in der Mark Brandenburg, in Pommern und in Schlessen (§. 10, 16, 105, 225 u. 228). Und auch in späteren Zeiten pflegten in manchen Städten noch neue Hofstätten vertheilt und dafür jährliche Abgaben entrichtet zu werden, z. B. in der Stadt Alstedt noch im 16. Jahrhundert ¹⁹⁾. Eben so wurden die Markt- und anderen öffentlichen Plätze, die Straßen, Stadtgraben, Stadtthore, Stadthürme, die Gemeinbehäuser, Kaufhäuser, Gewerbshallen, Trinkstuben und die anderen öffentlichen Gebäude auf der gemeinen Stadtmark oder auf der städtischen Almende angelegt (§. 225, 303 u. 306). Ohne Erlaubniß des Stadtraths oder der gesammten Gemeinde durfte jedoch niemand, gleichviel ob Bürger oder Fremder, auf das Gemeinland bauen. In Regensburg ²⁰⁾ und in Basel sollte der ohne Erlaubniß aufgeführte Bau sogar wieder abgebrochen werden ²¹⁾. Selbst die Deutschherren in Freiburg bedurften einer solchen Erlaubniß, um in dem zur Stadtalmende gehörigen Graben bauen und ihre baselbst gelegene Hofstatt mit einer Ringmauer umgeben und mit einem Thurm versehen zu dürfen ²²⁾.

18) Urf. von 1314 bei Würdtwein, chron. Schönau. p. 254—255. locavimus dictum vicum sicut nunc habent et almendas de stegamuri in eorum monachorum orto posita usque ad stegam quiter super portam Pavonis pro annuo censu. —

19) Statut von 1565 §. 18 bei Walch, VI, 206.

20) Privilegium von 1280 §. 8.

21) Rathsordnung von 1496 bei Ochs, V, 60 u. 61.

22) Urf. von 1282 bei Schreiber, I, 1 p. 95. „han gegeben vnser almi“

3. Schließen der Stadtmark nach Außen.

§. 383.

Wie andere Marken, die alten großen Marken ebenso wohl wie die Dorfmarken ¹⁾, so waren ursprünglich auch die Stadtmarken nach Außen geschlossen.

Das auf der Gemeinweide gezogene Vieh durfte nicht aus der Stadt verkauft werden. Es mußte vielmehr in der Stadt selbst verkauft und geschlachtet werden, z. B. in Ulm ²⁾, in Bamberg ³⁾ u. a. m. Eben so sollte in Basel nach einer Metzgerordnung von 1365 das von den Metzgern in der Stadt gekaufte Vieh in der Stadt geschlachtet und nicht aus der Stadt verkauft werden ⁴⁾. In Nördlingen durfte kein Fremder (Bssman) Holz aus der Stadtmark ausführen ⁵⁾. Anderwärts durfte kein in der Stadt bereitetes Malz oder Bier noch Wein aus der Stadt ausgeführt und auswärts verkauft werden, z. B. in Rudolstadt und Blankenburg ⁶⁾. Eben so war es in früheren Zeiten in Berlin und Königsberg verboten Weizen, Roggen, Gerste oder Haber aus der Stadt auszuführen ⁷⁾. Zu Köln am Rhein und zu Löwenberg in Schlessien bestand noch das Verbot Mist aus der Stadtmark ausführen zu dürfen ⁸⁾. In manchen Städten durften sogar die in der Stadtmark gefangenen Fische nicht ausgeführt werden oder dieses wenig-

„mit namen den graben. — Och hein wir in erlobbet, daz si in den „graben einne turne buwen vnd sezzen, vnd darinne eine heimlich „samir.“ —

1) Meine Geschichte der Markenverf. p. 179 ff. Meine Gesch. der Dorfverf. I, 818 ff.

2) Jäger, Ulm, p. 628 f.

3) Stadtrecht §. 407 bei Zoepfl, p. 113.

4) Ochs, II, 387.

5) Stadtrecht von 1318 §. 64 bei Senkenberg, vis. p. 867.

6) Statut von Rudolstadt, art. 10 §. 14 und von Blankenburg, art. 10 §. 16 bei Walch, V, 55 u. 100.

7) Arg. Urk. von 1319 bei Jibicin, II, 19. Arg. Urk. von 1336 bei Gerden, cod. dipl. Brand. III, 167.

8) Verordnung von 1353 bei Ennen, Gesch. von Köln, II, 506. Willfür von 1311 §. 11 bei T. u. St. p. 490.

stens erst dann, wenn sie zuvor auf dem Markt feil geboten worden waren, aber nicht verkauft werden konnten, z. B. in Heidelberg⁹⁾. Dieses Verbot hat denn hie und da zu einer Art von *Fisch retract*, z. B. in Basel zu einem *Salmen retract* geführt. Wenn nämlich daselbst ein Koch einen halben Salmen auf dem Fischmarkt gekauft hatte, so mußte er ihn, wenn es ein Bürger verlangte, um den Ankaukspreis wieder abgeben¹⁰⁾. Mit diesem Salmenretract darf jedoch jene Salmenlieferung nicht verwechselt werden, welche die Fischer zu Worms zur Fastenzeit dem Bischof und dem Stadgrafen zu machen hatten¹¹⁾. Der Verkehr nach Außen war demnach ursprünglich auch in den Stadtmärkten denselben Beschränkungen unterworfen, wie in den großen Märkten und in den Dorfmarkten. Da jedoch der in den Städten entstandene und zur Regel gewordene freie Verkehr neben diesen Schranken nicht bestehen konnte, so machte der freie Verkehr frühe schon jenen Ausfuhrverboten ein Ende. In Berlin wurde schon im Jahre 1319 und in Königsberg im Jahre 1336 der Fruchthandel freigegeben und die Ausfuhr von Weizen, Roggen, Gerste und Haber aus der Stadt von den Landesherrn selbst erlaubt¹²⁾.

Eine weitere Folge des Schließens der Markt nach Außen war das Verbot den in der Stadtmart liegenden Grundbesitz an Fremde (nicht Genossen) zu veräußern und die damit zusammenhängende Marktlösung. Die städtischen Grundstücke (Erbe und Erbgüter) durften nämlich, wie wir gesehen, nicht an Fremde, nicht ins Bürgerrecht aufgenommene Leute verkauft, versetzt oder sonst veräußert werden (§. 371). Die Zuwiderhandelnden wurden in manchen Städten bestraft und mußten den an einen Fremden veräußerten Grundbesitz selbst wieder zur Stadt bringen, z. B. in Jlm, Königsee¹³⁾, Bremen¹⁴⁾ u. a. m. Mei-

9) Fischereiordnung von 1502 §. 24 u. 25 bei Mone, IV, 91.

10) Fischmarktsordnung bei Ochs, V, 145 Not.

11) Urf. von 1106 bei Schannat, II, 62. — *tres salmones, duos suli, tertium vero comiti semper offerent.* —

12) Urf. von 1319 bei Fiedicin, II, 19. Urf. von 1336 bei Gerden, I Brand. III, 167. Vergl. oben §. 99 ff. u. 116.

13) Walch, V, 123 u. 197.

14) Statut §. 29 bei Pufendorf, II, 45.

stentheils hatten jedoch die Bürger nur das Recht, die an einen Fremden veräußerten Grundstücke gegen Erlegung des bedungenen Kaufpreises wieder einzulösen, z. B. in den Städten der alten Grafschaft Hohenlohe ¹⁵⁾, in Monzingen ¹⁶⁾, in Jßny ¹⁷⁾, zu Leutenberg u. a. m. ¹⁸⁾. Und man nannte dieses Recht der Wiedereinlösung, wie in anderen Marken, die Marklösung, die Losung oder Auslösung, das Näherrecht u. s. w., oder auch, da es nur den Bürgern und nur bei städtischen oder bürgerlichen Grundstücken zustand, den Bürgerretract. Nur dann war die Veräußerung an Auswärtige, welche nicht Bürger waren, erlaubt, wenn die Güter vorher öffentlich feil geboten worden, aber von keinem Bürger gekauft worden waren, z. B. in Königsee ¹⁹⁾. Dieses mit dem Verbote der Veräußerung an Fremde zusammenhängende Näherrecht war insgemein auf Grundstücke beschränkt, z. B. in den Städten der alten Grafschaft Hohenlohe ²⁰⁾, Jßny ²¹⁾ u. a. m., auch in den meisten Städten von Oberhessen ²²⁾. Nur in Homberg und Battenberg hatten die Bürger jenes Vorzugsrecht auch bei Vieh- und Fruchtverkäufen und beim Verlaufe anderer beweglicher oder fahrender Habe ²³⁾. Auch dieses den freien Verkehr beschränkende Recht hat sich jedoch in vielen Stadtmarken, insbesondere in den eigentlichen Handelsstädten, frühe schon verloren.

Eine Folge des Schließens der Mark nach Außen war endlich auch noch der Ausschluß der Fremden von den in einer Stadt angefallenen Erbschaften. Der Nachlaß der hörigen Bürger fiel zwar ursprünglich an den Leiherrn, gleichviel ob dieser in der Stadt selbst oder auswärts ansässig war. Seitdem jedoch die Hörigkeit in den Städten abgeschafft worden war, seitdem

15) Hohenl. Landrecht, III, tit. 5 §. 11 u. 12.

16) Altes Gerichtsbuch bei Koenigsthal, I, 2 p. 55.

17) Statut §. 37 bei Jäger, Mag. II, 126 u. 127.

18) Walch, V, 151.

19) Walch, V, 197.

20) Hohenl. Landrecht, III, tit. 5. §. 15.

21) Statut §. 37.

22) Stadt und Landsgebräuche bei Senckenberg, sel. jur. III, 300. von Bingen, Beitr. zum teutsch. R. I, 62—68.

23) Senckenberg, III, 300. von Bingen, I, 67 u. 68.

pflegte auch das Erbrecht der Leihherrn abgeschafft zu werden (§. 103). Allein auch vor dem Abschaffen der Hörigkeit schon fing man in manchen Städten an den Nachlaß der Hörigen nur in dem Falle an den auswärtigen Leihherrn verabsolgen zu lassen, wenn dieser die Reciprocität beobachtete und dieselbe schriftlich versprach, z. B. in Basel ²⁴⁾. Der Nachlaß der freien Bürger fiel aber, wenn diese keine Erben in der Stadt selbst hinterlassen hatten, an die Stadtmarkgemeinde, wie dieses auch bei anderen Markgemeinden der Fall war. Im Interesse des freien Verkehrs wurde indessen auch diese in der Markenverfassung liegende Beschränkung fröhe schon erleichtert oder auch gänzlich beseitigt. Fröhe schon wurde nämlich auch hinsichtlich der freien Bürger die Reciprocität, also ein gegenseitiges Erbrecht entweder mit bestimmten Städten, Ländern oder Grundherren, oder auch ganz allgemein eingeführt, z. B. in Basel mit den Markgrafen von Röteln und mit den Freiherren von Falkenstein ²⁵⁾, und ganz allgemein nach dem Stadtrecht von Altenburg ²⁶⁾. Anderwärts ließ man den Nachlaß von den fremden Erben ablösen und die dafür zu erlegende Summe nannte man ein Erbschaftsgeld, Abzugsgeld oder einen Abschied, z. B. in Gera, Eisenberg u. a. m. ²⁷⁾. Wieder in anderen Städten wurde der Ausschluß der Fremden auf den Ausschluß von der Succession in die Gerade und das Heergewete beschränkt. Beim Abgang successionsfähiger Verwandter in der Stadt sollte daher die Rade und das Heergewete entweder an die Stadt oder an den Landesherrn fallen, z. B. in Lüneburg ²⁸⁾, in Altenburg ²⁹⁾, in Braunschweig ³⁰⁾ u. a. m., in Niedersachsen ³¹⁾. In vielen Städten erhielten die Fremden auch dann ein Erbrecht in der Stadt, wenn sie sich in einer anderen inländischen Stadt niedergelassen hatten.

24) Rathesbeschuß von 1387 bei Dohs, II, 379 u. 380.

25) Urf. von 1405 u. 1428 bei Dohs, III, 178 u. 179.

26) Walch, II, 89.

27) Walch, II, 128 §. 64 u. 240 u. 241 §. 2. Vergl. meine Gesch. Fröuh., III, 140 u. 181.

28) Altes Stadtrecht bei Kraut, p. 5, 17 u. 19.

29) Walch, III, 88 u. 89.

30) Stadtrecht von 1228 bei Rehtmeier, p. 466.

31) Rechtsbuch nach Distinct. I, 25, §. 1 u. 2 bei Ortlof.

z. B. in Ens und in Wien ³²⁾. Und in sehr vielen Städten wurden die Fremden wenigstens dann zur Succession zugelassen, wenn keine erbfähigen Verwandten in der Stadt vorhanden waren, z. B. frühe schon in Nihem im Stifte Paderborn ³³⁾. Wenn sich jedoch Grundstücke im Nachlaß vorfanden, so mußten sich die fremden Erben, wie wir gesehen, entweder ins Bürgerrecht aufnehmen lassen oder den Grundbesitz binnen einer gewissen Frist an einen Bürger veräußern (§. 371).

Wahrscheinlich hängt auch das Vorzugsrecht der Bürger in Schuldsachen mit diesem Schließen der Mark nach Außen zusammen, nach welchem z. B. in Ulm die auswärtigen Gläubiger (die „Geste vnd Bislütte“) erst dann bezahlt werden sollten, wenn die Bürger bezahlt waren ³⁴⁾.

4. Genossenschaftliche Verbindlichkeiten.

§. 384.

Auch die genossenschaftlichen Verbindlichkeiten ruhten, wie wir gesehen, auf der Markgemeinschaft und auf dem Besitze eines Hauses und Hofes in der Stadt. Daher waren auch nur die Stadtmarkgenossen zum Tragen der Lasten, und zwar nach dem Verhältnisse ihrer Berechtigung verpflichtet. Denn wie bei anderen Markgemeinden, so gingen auch bei den Stadtmarkgemeinden die genossenschaftlichen Rechte stets Hand in Hand mit den Verbindlichkeiten. Wer daher vollberechtigt war, war auch zu allen Lasten verpflichtet. Wer aber nicht berechtigt war, war auch nicht verpflichtet. Und dieser Grundsatz der bürgerlichen Gleichheit bildete bereits die Regel, nicht bloß vor dem Siege der Zünfte, sondern auch noch nach ihrem Siege (§. 370–376). Nur hinsichtlich der neu aufgenommenen Bürger machte man öfters eine Ausnahme, um die neuen Ansiedelungen zu erleichtern und dazu aufzumuntern. So sollten z. B. in Wonnzingen mit den Rechten der Bürger in

32) Stadtr. von Ens §. 16 und von Wien §. 45 bei Gaupp, II, 220 u. 248.

33) Urf. von 1280 bei Schaten, III, 2 p. 102.

34) Ulmer rothes Buch bei Jäger, Mag. III, 514 u. 515.

der Regel auch die „herrschaftlichen“ und „bürgerlichen“ „Beschwehrten“ (Lasten) verbunden, von den Beschwerden jedoch die „jungen angehenden Bürger“ im ersten Jahre befreit sein¹⁾.

Wie andere Markgenossen so waren auch die Stadtmargenossen (die Bürger) zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung verpflichtet²⁾. Sie sollten einander helfen bei Streitigkeiten mit Fremden. Wenn ein Fremder (ein Ausmann oder Gast) einen Bürger schimpfte, verhöhnte, mißhandelte oder sonst beschädigte oder widerrechtlich angriff, sollten alle Bürger bei Strafe mit oder ohne Waffen zulaufen und ihrem Mitbürger helfen, z. B. in Regensburg³⁾; in Basel⁴⁾. Und die Bürger blieben straflos, wenn sie bei dieser Gelegenheit den Fremden verwundet oder sogar getötet haben sollten, z. B. in Augsburg⁵⁾, in Dinkelsbühl⁶⁾, in München⁷⁾, in Friedberg in Baiern⁸⁾, in Ulm⁹⁾, in Speier¹⁰⁾,

1) Koenigsthal, I, 2, p. 59.

2) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 161. und meine Gesch. der Markenverfassung, p. 188. Meine Gesch. der Dorfverf. I, 383 ff.

3) Gemeiner, II, 95.

4) Stadtfrieden von 1354 bei Ochs, II, 28. Rathsordnung von 1373 in Rechtsquellen, I, 37 u. 38 vergl. p. 21.

5) Stadtrecht §. 148 bei Walch, IV, 168 „Ist daß ein Gast einen Bürger gehönen will hie in der Stat an welch stat daß ist, wer das sieht oder hört das soll zulauffen, und soll dem Burger helfen, und was dieselbe tunt mit der helffe, da da zu lauffent, mit dem Todschlag mit der wunde, oder wie si es tunt daß sollen si kein Geltneus han gen dem Vogt noch gen nieman.“ —

6) Statut aus 14. sec. §. 12 bei Haupt, Zeitschrift, VII, 96. „swenne ein burger gen einem uzman haz oder vintschaft hat, ober ein uzman gen im, ane von gülte wegen, von andern stoezen: swenn danne der uzman in die stat kumt unde baz der burger vernimt, — swaz danne der burger dem uzman tuot unde sine helfer, da vrevelt er nicht an in seinen weg.“ —

7) Bürgerbeschluß von 1320 bei Auer, p. 288 Nr. 92.

8) Stadtrecht von 1404 §. 8 bei Loxi, p. 95.

9) Jäger, Ulm, p. 320.

10) Rathesbeschluß von 1328 §. 25 u. 27 bei Lehmann, p. 285.

in Basel¹¹⁾, in Stendal¹²⁾ u. a. m. Wenn ein Bürger von einem Fremden beraubt worden war und der Räuber in die Stadt kam, so durfte ihn der beraubte Bürger selbst angreifen und die übrigen Bürger mußten ihm helfen denselben zu verhaften und vor Gericht zu stellen, z. B. in Freising¹³⁾. Anderwärts sollten die Bürger den Fremden, der einen Bürger verwundet oder beraubt hatte, verfolgen und verhaften, und wenn er sich in eine fremde Stadt oder Burg geflüchtet hatte, dessen Auslieferung begehren und, wenn diese verweigert ward, die Stadt oder Burg nöthigenfalls sogar belagern, z. B. in Worms¹⁴⁾. Bürger, welche, dazu aufgefordert, keine Hilfe leisteten, wurden bestraft, z. B. in Freising und Stendal¹⁵⁾. Eben so jene Bürger, welche dem Fremden gegen einen Bürger Beistand geleistet hatten, z. B. in Dinkelsbühl¹⁶⁾, in Speier¹⁷⁾, in Mainz¹⁸⁾, in Regensburg¹⁹⁾ u. a. m. In Ulm wurden die Rathsleute sogar dann schon gestraft, wenn sie für einen Fremden vor dem Rath das Wort in Dingen geführt hatten, welche die Stadt selbst betrafen²⁰⁾.

Allein nicht bloß gegen die Fremden, auch unter sich selbst sollten sich die Bürger helfen und sich gegenseitig unterstützen. Denn die Bürger waren zur Handhabung des öffentlichen Friedens berechtigt und selbst dazu verpflichtet. Wenn nämlich ein Bürger einen Kampf oder Unfrieden unter den Bürgern sah, sollte er mit oder ohne Waffen herbeieilen, den streitenden Bürgern Frieden gebieten und sich von ihnen den Frieden geloben lassen und, wenn dieses von den Streitenden verwei-

11) Einigungsbrief von 1354 bei Ochs, II, 86.

12) Statut §. 24 bei Walch, VIII, 238.

13) Ruprecht von Freis. II, 34.

14) Urf. von 1156, 1220 u. 1286 bei Moriz, II, 148, 158 u. 171 f. Vergl. Sächs. Ur. II, 72.

15) Ruprecht von Freis. II, 34. Statut §. 24 bei Walch, VIII, 238.

16) Statut aus 14. sec. §. 12, p. 97. — „und welcher burger des dem „uzman zuo leiti wider sinen nebenburger, der sol unde muoz ein halb „jar von der stat sin.“ —

17) Einigung von 1328 §. 27 bei Lehmann, p. 285.

18) Friedebuch bei Würdtwein, subs. dipl. XI, 364.

19) Gemeiner, I, 513.

20) Jäger, Ulm, p. 321.

gert ward, den Frieden bei Strafe gebieten, z. B. in Zürich²¹⁾, in Zug²²⁾, in Jbuh²³⁾, in Eßlingen²⁴⁾, in Bremen²⁵⁾, in Basel²⁶⁾, in Wien²⁷⁾, in Genf u. a. m.²⁸⁾. Eben so sollten in Worms, wenn eine Heimsuchung statt hatte, die Nachgeburen bei Strafe herbeieilen, um den in seiner Wohnung Ueberfallenen gegen die Angreifer zu helfen²⁹⁾. In Regensburg mußten, wenn ein Auflauf entstand, alle Bürger bei Strafe zu den Waffen greifen und zu Hilfe eilen. Die Krämer sollten sogar in ihrem Laden ihren Harnisch und Spieß bei sich haben um im Nothfall sogleich zulaufen zu können³⁰⁾. In Meran sollten die Bürger einander helfen einen Uebelthäter zu verhaften. Und, wenn dieser sich zur Wehr setzte, durften sie ihn ungestraft tödten³¹⁾. Wenn in Lucern ein Bürger wegen eines gefällten Urtheiles in Feindschaft mit einem andern Bürger gerieth und von diesem befehdet werden wollte, so mußten ihn alle übrigen Bürger schützen und gegen diese Fehde schirmen³²⁾. Sogar Fremde, welche sich in eine Stadt geflüchtet hatten, sollten gegen die sie verfolgenden Feinde von den Bürgern geschützt und geschirmt werden. Und dieses mußte um so mehr in dem Falle

21) Waldmannscher Spruchbrief bei Bluntshli, I, 364 Not.

22) Renaud, Rechtsgesch. p. 49.

23) Statute §. 17 bei Jäger, Mag. II, 106.

24) Pfaff, p. 115.

25) Krüger, Bilder aus der Gesch. von Bremen, p. 60.

26) Einigungsbrief von 1354 und Rathsordnung von 1506 bei Ochs, II, 86 u. V, 321.

27) Stadtr. von 1221 §. 34 bei Gaupp, II, 246 und von 1278 bei Sambacher, II, 158.

28) Schauberg, Zeitschr. für Schweiz. Rechtsquellen, I, 20.

29) Urk. von 1287 bei Boehmer, font. II, 238.

30) Gemeiner, II, 95 u. 148.

31) Stadtrecht von Meran aus 14. sec. §. 21 bei Haupt, Zeitschrift, VI, 480. „wolte aber sich derselbe weren unde sich niht lazen uf haben noch vaden, geshaech danne der ahnt von den burgaern, ez waeren wunden oder totschlag, dar umbe sullent die burger in unser ungerade niht gevallen unde sullent auch uns und unsern rihtern dar abe ungebunten sin daz selbe mit aehte ze bliesen.“

32) Urk. von 1252 im Geschichtsfreund I, 184 u. 185. „Wolte auch ein burger des andern burgers vrient sin von dis gericht schulden, en sin alle die burger schirmen vor des vrientschaft.“

geschehen, wenn die Fremden sich in der Stadt niederlassen und sich ins Bürgerrecht aufnehmen lassen wollten, z. B. in Ens und in Wien u. a. m. ³³⁾).

Diese gegenseitige Hilfe und Unterstützung dauerte aber in vielen Städten bis zu dem Tod, z. B. in Straßburg. Dasselbst pflegten sich die Genossen noch im 14. Jahrhundert zu Grab zu tragen, und zwar die guten Leute (*boni homines*, d. h. die Bürger) die guten Leute, die Bauern die Bauern und die Handwerker ihre Genossen. („Was der Dote guter lute, so drugent in die guten, „was er geburische, so truegent in geburen; weles antwerkes er „was, so truegent in sine genossen“). Denn es galt als eine Schande von seinen Ungenossen oder von bezahlten Knechten zu Grab getragen zu werden („so schametent sich gute Lüte, daz ir „ungenossen si soltent tragen, oder daz si knechten solten lonen, „die ire frunt zu grabe trugent“) ³⁴⁾).

§. 385.

Wie andere Markgemeinden, so waren auch die Stadtgemeinden Gerichtsgenossenschaften, ursprünglich bloße Markgerichtsgenossenschaften, später aber, seit der Immunität der Städte von den Landgerichten und seit der Errichtung eigener öffentlicher Gerichte für die Stadt, auch in dieser Beziehung wahre Gerichtsgenossenschaften (§. 62). Die Stadtbürger hatten demnach alle Rechte, aber auch alle Verbindlichkeiten der Gerichtsgenossen. Sie mußten bei den Stadtgerichten Recht nehmen und als Urtheilsfinder Recht geben. Sie mußten vor Gericht Zeugniß geben und Eidhelfer sein. Sie hatten das Recht und die Pflicht der Anklage und die Pflicht zur Gerichtsfolge überhaupt. Mit der alten Markgerichtsgenossenschaft hängt offenbar die Bestimmung des Sachsenspiegels zusammen, daß binnen eines Marktes (oder einer Stadt, denn nach der Glosse ist daselbst von Weichbildrecht, also von Stadtrecht die Rede) nur derjenige vor Gericht zu antworten

33) Stadtr. von Ens von 1212 §. 28 u. 24 und von Wien von 1221, §. 32 u. 38 bei Gaupp, II, 222 u. 245. Vergl. oben §. 95, 100 u. 101.

34) Glosener, p. 99. Königshoven, p. 301. oben §. 280 u. 284.

brauche und daselbst belangt werden könne, der dort eine Wohnung oder ein Gut besitze, also Marktgenosse sei ¹⁾). Aus demselben Grunde mußten die Bürger, wenn sie vorgeladen werden sollten, in ihrer Wohnung in der Stadt geladen werden, z. B. in Augsburg ²⁾, in Murtten ³⁾ u. a. m. Und alle in Grund und Boden angeessenen Leute, also alle Bürger, sollten in den ungeborenen Stadtgerichten erscheinen, z. B. in Lübeck ⁴⁾. Denn nur die Bürger, aber auch alle Bürger, mußten als Urtheilsfinder, als Zeugen und als Eidhelfer zur Handhabung des öffentlichen Friedens in der Stadt mitwirken.

Urtheilsfinder waren nämlich in allen Städten, welche keine Gerichtschöffen hatten, die bei Gericht anwesenden Bürger, z. B. in Medebach ⁵⁾, in Speier ⁶⁾, in Straßburg ⁷⁾, in Kolmar ⁸⁾, in Dortmund, in Bremen, München u. a. m. (§. 161). Die Bürger mußten daher eidlich geloben, daß sie auf Begehren der Richter ihnen helfen wollten, die Missethäter zu richten, z. B. in Speier ⁹⁾. Auch war es öfters vorgeschrieben, daß nur Bürger über städtische Grundstücke Urtheil finden dürften, z. B. in Rheinau ⁹⁾. In jenen Städten aber, in welchen Schöffen das Urtheil zu finden hatten, mußten diese aus den Bürgern genommen werden.

1) Sächs. Er. III, 25 §. 2. Glossen zu III, 25. Auch heißt es in der lateinischen Uebersetzung statt binnen marke, in oppidis.

2) Stadtrecht von 1276 bei Freyberg, p. 52. „Tut ein man einen tel-
„flac der hus unde hofe hie hat, dem sol man fürgeboten ze sime
„huse unde ze sime hofe unde niendert anders.“

3) Stadtrobel, §. 40 bei Gaupp, II, 159. Burgensis — citandus est ad domum suam. —

4) Urk. von 1220 im Lüb. Urkb. I, 39. Omnis, qui possessor est proprii caumatis, aderit. — Hach, Lüb. R. I, 2. p. 185. Justitia Lubecens. bei Westphalen, III, 622.

5) Stadtrecht von 1165 §. 19 bei Seiberß, II, 1 p. 75.

6) Lehmann, p. 384. „nach der Bürger-Urtheil und alle mich der Schat wisset.“ —

7) Stadtr. c. 35 bei Grandidier, II, 56.

8) Stadtrecht von 1293 §. 1. — „richten nach der burger urteil.“ —

8a) Straßordnung von 1328 §. 66 bei Lehmann, p. 288.

9) Grimm, I, 286. „und soll über dieselben güter niemand urtheil
„schen, dan der burger ist zu Rheinauw.“ —

Eben so konnten nur Bürger gegen Bürger Zeugniß geben. Jeder Bürger war aber auch bei Strafe dazu verbunden. So in Freiburg im Breisgau ¹⁰⁾, in Bern ¹¹⁾, in Diessenhofen ¹²⁾, in Kolmar ¹³⁾, in Dattenried ¹⁴⁾, in Augsburg ¹⁵⁾, in München ¹⁶⁾, im Heimbürg ¹⁷⁾, in Wiener Neustadt ¹⁸⁾, in Ens ¹⁹⁾, in Wien ²⁰⁾, in Medebach ²¹⁾, in Goslar ²²⁾, in Hildesheim ²³⁾, in Salsfeld ²⁴⁾, in Salzwehel ²⁵⁾ und in anderen Städten mehr ²⁶⁾. In Kleinbasel und Kolmar sollten nicht bloß nur Bürger gegen Bürger, sondern auch nur Selbner gegen Selbner Zeugniß ablegen („daz nieman „den andern erzügen mag denn jeder mit sinem genossen, „ein burger mit ein burger and ein selber mit ein selber“) ²⁷⁾. Als Stadtmarktgenossen mußten die Zeugen, wie wir gesehen, in Grund und Boden angeessen sein (§. 372), und zwar durften sie, wie in den alten Marken, nur bis zum Betrage ihres Grundbesitzes Zeugniß ablegen, z. B. in Hamburg ²⁸⁾ und Lübeck ^{28a)}. Fremde und unbeerbte Bür-

10) Stiftungsbrief von 1120 §. 16. Stadtrodel §. 38.

11) Handfeste von 1218 §. 15.

12) Handfeste von 1260 §. 11 bei Schauberg, II, 54.

13) Stadtrecht §. 5 bei Gaupp, I, 116. Urf. von 1278 bei Boehmer, regist. p. 97.

14) Stadtr. von 1358 bei Schoepflin, II, 220. Gaupp, II, 177 §. 5.

15) Stadtr. von 1276 bei Freyberg, p. 103. Walch, IV, 815.

16) Stadtrecht, 88.

17) Stadtr. aus 13. sec. §. 7 bei Senckenberg, vis. p. 278.

18) Stadtr. c. 73.

19) Stadtr. §. 18 bei Gaupp, II, 220.

20) Stadtr. von 1221 bei Gaupp, II, 249. Stadtr. von 1278 bei Lamberger, II, 155.

21) Stadtr. von 1165 §. 23 bei Seiber, II, 1, p. 75.

22) Privileg von 1219 bei Göschen, p. 112. Vergl. p. 96 u. 97.

23) Vogtrecht bei Gruben, ant. Hannov. p. 234.

24) Stat. aus 13. sec. §. 177 bei Walch, I, 59.

25) Urf. von 1273 bei Lenz, I, 67.

26) Kaiserrecht, IV, 1.

27) Urf. von 1340 u. 1365 bei Heusler, Stadverf. von Basel, p. 358 f.

28) Stadtrecht von 1497, E. §. 26 bei Lappenberg, p. 229. „omme schult „vnde vppe erue mach neen man tughen, he en hebbe erue.“ Stadtr. §. 27 u. 28 bei Walch, VI, 91. „Nemantz schal hoger tughen alle syn „erue edder eruetynfs yss.“ Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der

ger wurden nur dann gegen Bürger als Zeugen zugelassen, wenn zu dem Ende keine Bürger zu finden waren, z. B. in Lüneburg²⁸⁾, in Hamburg²⁹⁾ u. a. m., und bei Verbrechen, z. P. in Wien³⁰⁾, in Hamburg³¹⁾, in Lübeck³²⁾ und in Salzweel. Dasselbst durften nämlich die Stadtbürger von den in demselben Territorium wohnenden Fremden angeklagt und die Anklage mit fremden Zeugen bewiesen werden. Allein auch die angeklagten Bürger hatten sodann das Recht sich mit fremden Zeugen zu vertheiligen, während sie sich auch zu ihrer Vertheidigung der Bürger bedienen mußten, wenn auch zur Anklage Bürger verwendet worden waren³³⁾. Auch wurde bei Streitigkeiten der Bürger mit Fremden der Beweis der Bürger dadurch erleichtert, daß die Bürger sich losschwören konnten, z. B. in Lübeck³⁴⁾ und in Wien³⁵⁾. Daher durften sich die in Grund und Boden angefessenen Leute (die Bürger) insbesondere

Markt-, Dorf- u. Vers. p. 171. Vergl. noch Hamburg. Stadtr. von 1292, D. 5 und von 1497, C. 8 bei Lappenberg, p. 13 u. 115.

28a) Sach, II, 224 u. III, 260.

29) Stadtrecht §. 39 bei Dreyer, Nebenst. p. 377. und bei Kraut, Stadtr. von Lüneburg, p. 54.

30) Stadtr. §. 25 u. 29 bei Walch, VI, 90 f.

31) Stadtr. von 1247 u. 1278 bei Lambacher, II, 12 u. 160. In der ersten Stelle heißt es zwar *judicetur*. Dem Zusammenhang nach ist aber vom *testimonium* die Rede. Denn zum Urtheilsfinden wurden offenbar auch bei Verbrechen keine Fremden zugelassen.

32) Stadtr. von 1270, I, 16, von 1292, C. 12 und von 1497, E, 26 bei Lappenberg, p. 10, 108 u. 229.

33) Sach, I, 68 u. II, 110.

34) Urk. von 1278 bei Lenz, II, 68. und Pufendorf, III, app. p. 399. *Sed si aliquis civium in S. incusatur ab aliquo, qui in terris nostris aut patruelium nostrorum moratur, secundum quod ipse accusatur, ita se defendet, hec est, si cum testibus de civitate incusatur cum testibus de civitate, si cum extraneis testibus, cum extraneis se defendet.*

35) Freiheitsbrief von 1188 im Lüb. Urkb. I, 11. *Si quisquam ex neorum superueniens aliquem civium de sua libertate pulsaverit, cuius vicinior est ad obtinendum suam libertatem sola maiorem quam extraneus vel ipsum convincendum.*

36) Stadtr. von 1296 §. 6 bei Senckenberg, vision. p. 285.

auch von dem Diebstahl losschwören, wenn das gestohlene Gut bei ihnen gefunden worden war, z. B. in Freising ³⁷⁾).

Was von den Zeugen bemerkt worden ist, gilt auch von den Eidhelfern. Wie bei den Rittern nur Ritter Eidhelfer sein konnten und bei Bauern nur Bauern, eben so konnten bei Bürgern nur Bürger Eidhelfer eines Bürgers sein. Auch hatten die Bürger der Anzahl nach mehr Eidhelfer nothwendig als die Ritter, weniger jedoch als die Bauern. Ihre Glaubwürdigkeit stand demnach in der Mitte zwischen den Rittern und Bauern ³⁸⁾. Auch mußten die Eidhelfer als Stadtmarkgenossen in Grund und Boden in der Stadt aufgefessen sein (§. 372). Aus demselben Grunde brauchten sich die Bürger nicht, wenn sie nicht wollten, in einen Zweikampf mit einem nicht Bürger einzulassen, z. B. in Freiburg ³⁹⁾, in Kolmar ⁴⁰⁾, in Dattenried ⁴¹⁾ u. a. m.

Mit dieser Gerichtsgenossenschaft hängt auch das Recht der Auflage und die Pflicht zur Racheile und zur Verfolgung der Verbrecher, aber auch die Pflicht den Angeklagten bei Gericht zu vertheidigen, zusammen. Die Stadtbürger waren nämlich, auch wenn sie nicht mit dem Getödteten verwandt waren, zur Anklage berechtigt, wenn der Getödtete ein Bürger war, z. B. in Bern ⁴²⁾. Eben so in Freising bei allen in der Stadt begangenen Todschlägen und Mordthaten, gleichviel ob der Ermordete ein Bürger oder ein Fremder war, und wenn der Richter nicht einschreiten wollte ⁴³⁾. In Lindau und in ganz Tirol durfte gegen schädliche Leute jeder

³⁷⁾ Ruprecht von Freis. II, 33. p. 272. — „ist er ein geseffener man das mag man im wol glauben vnd sol man seinen aid darum nemen das er tain frays geweest.“ — Vergl. Westenrieder, p. 60.

³⁸⁾ Brandenburgischer Landfrieden von 1382 bei Gerden, cod. dipl. Brand. IV, 407. — „der ritter abir der fuecht sulb dritte, der burger sulb fumpffte, vnd der gebwr sulb sibinde.“

³⁹⁾ Stiftungsbrief von 1120 §. 21. Stadtrodel §. 43.

⁴⁰⁾ Stadtr. von 1293 §. 10.

⁴¹⁾ Schoepflin, II, 220.

⁴²⁾ Handfeste von 1218 §. 30. Quilibet burgensis potest querimoniam movere super eum, qui bürgensem occidit intra urbem, — etiam si occisus non fuerit consanguineus ipsius.

⁴³⁾ Ruprecht von Freis. II, 17, 19 u. 21.

Bürger als Ankläger auftreten ⁴⁴⁾. Auch mußten bei einem erheblichen Gerüßte, wie bei der Verfolgung der Fremden (§. 384), alle Bürger bei Strafe dem Verbrecher mit oder ohne Waffen nachhelfen, um ihn zu verhaften und vor Gericht zu stellen, z. B. in Otterndorf, Rudolstadt u. a. m. ⁴⁵⁾. Und wenn sich der verfolgte schädliche Mann zur Wehr setzte und sodann von den Nachhelfenden erschlagen wurde, sollten diese straflos bleiben und selbst gegen die Rache der Freunde des Erschlagenen geschützt werden, z. B. in Freising ⁴⁶⁾. Auch sollte bei den peinlichen Halsgerichten und beim Vollzuge der Todesstrafen die Bürgerschaft bewaffnet („die burgerschaft mit ihren gewehren“) ausrücken. Und das Zeichen zum Ausrücken gab öfters auch in späteren Zeiten noch das Horn, und zwar das alte Schlachthorn („ein horn genant dasz feints „horr““) ⁴⁷⁾. Endlich war es auch eine Bürgerpflicht die angeklagten Bürger zu verteidigen und ihnen bei Gericht als Vorspreche zu dienen (§. 538).

§. 386.

Den Stadtbeamten waren die Bürger Gehorsam schuldig und beim Vollzuge der Verordnungen und sonstigen Geboten sollten sie dieselben unterstützen und auch sonst noch zur Erhaltung des Stadtfriedens mitwirken. Sie sollten, z. B. in Speier, dem Bürgermeister und Rath treu und gehorsam sein („getreu, hold und „in allen Dingen ohne Widerred gehorsam und gewärtig seyn“), insbesondere auch den Stadtgerichten hilfreiche Hand leisten und sie „helffen beschirmen“ ¹⁾. Eben so in Ulm ²⁾, in Basel ³⁾, in Re-

44) Urk. von 1321, 1332 u. 1349 bei Heider, p. 651, 652 u. 654.

45) Stadtr. von Otterndorf, bei Pufendorf, II, 181. „Etz schall ein ider „Dingpflichtiger op Ersforderun der Gerichte este openlichen Geschrey in solkenn vunde dergleichen Fellen by dem hegeslenn tho selgen schuldig syn.“ Statut von Rudolstadt bei Walch, V, 28. Sächf. Ur. I, 58 §. 1, II, 71 §. 4 u. 5, u. 72.

46) Ruprecht von Freis. II, 13.

47) Grimm, II, 561.

1) Bürgereid bei Lehmann, p. 280 u. 284.

2) Schwörbrief von 1327 bei Jäger, Ulm, p. 742.

3) Bürgereid bei Dohs, I, 383.

gensburg ⁴⁾. In Basel sollten sie auch bei Vollziehung der bestehenden Verordnungen dem Stadtrath hilfreiche Hand leisten ⁵⁾ und zumal, wenn von ihm Frieden geboten worden war, ihm bei schwerer Strafe gehorchen ⁶⁾. Auch in Eßlingen sollten die Bürger, wenn jemand aus der Gemeinde den Gemeindebeschlüssen und Verordnungen zuwiderhandelte, gegen den Zuwiderhandelnden zusammenhalten und einander hilfreiche Hand leisten („den sollen die andere alle einander beholfen seyn auf den Ahd“) ⁷⁾. In Zürich sollten die Rathsherren, wenn ihnen jemand aus Haß oder Feindschaft entgegentrat, die übrigen Bürger aufrufen („vnd sulen deselben ander burger manon bi dem eide“). Und diese mußten sodann zur Aufrechthaltung der inneren Ordnung mitwirken ⁸⁾. Eben so sollten in Köln alle Bürger dem Gerichte gegen denjenigen, der sein Recht nicht vor Gericht nehmen wollte, Beistand leisten und ihn entweder dazu zwingen oder ihn aus der Bürgerliste austreichen ⁹⁾. Und in Freising sollten zwar die Todschläger, wenn sie sich vor Gericht stellen wollten, um dieses mit Sicherheit thun zu können, die Verwandten des Erschlagenen um Frieden bitten. Wenn diese aber den Frieden verweigerten, sollten die Bürger dem Gericht helfen, sie dazu zu zwingen ¹⁰⁾. Eben so sollten daselbst jene Tod-

4) Gemeiner, I, 518.

5) Urk. von 1286 bei Dhs, I, 484 f. „Und hat der Rhat geschworen, ob jemand ungehorsam wäre daß sie und die Bürger ihn dazu zwingen.“ —

6) Einungsbrief von 1354 bei Dhs, II, 85. „Wer auch einem Burgermeister und Rath nicht gehorsam will seyn, es sey um Wundthaten oder andern Zorn zu stellen, oder um welcherley Sache man von ihm Gehorsami oder Frieden fordert“ u. s. w.

7) Regimentsordnung von 1816 §. 10 bei Jäger, Magazin, V, 11.

8) Richtebrief II, 11.

9) Urk. aus dem 12. Jahrhundert §. 7 bei Glasen, in Materialien zur Statistik, I, §. 12, p. 493.

10) Ruprecht von Freis. II, 6. Not. 31. Mpt. von 1486. „werbent aber si schuldig rmb den todschlag vnd bergernt sie eins gelaits vnd pittent ein gericht da sol man sie zu kommen lassen. Das ist pillich. man sol aber des manns freunt an dem der todschlag geschehen ist pittn vmb ein frid. Das sie das gericht hörn. verziehend sie den fride. so mag der richter vnd die burger sie wol nöthen das sie frid muessen geben.“ Vergl. Westenrieder, p. 17 §. 16.

schläger, welche erlaubter Weise getödtet und die That alsbald dem Gerichte angezeigt und geklagt hatten, nicht bestraft und selbst gegen die Rache der Verwandten des Getödteten geschützt, diese aber von dem Gerichte und von den Bürgern gezwungen werden Freunde der Tödschläger zu sein. („Darnach sullan in di richter vnnnd „dy burger fridnn von enes fründtn den er erslagenn hat. — „wellenn im aber dy fründt darumb has tragen so sol sy der „richter vnd dy purger nöttenn das sy fründt sein“)“¹¹⁾.

§. 387.

Mit der Pflicht der gegenseitigen Unterstützung hängt auch die Haftung der Gesamtgemeinde und die Pflicht der Gemeinde ihre Mitbürger zu schützen und zu schirmen zusammen. Die Haftung der Gemeinde findet sich, wie wir gesehen, bei allen Markgemeinden, bei den alten großen Marken ebensowohl wie bei den Dorfmarken¹⁾. Da nun die Stadtverfassung aus der Dorfmarkverfassung hervorgegangen ist, so hat sich diese Haftung ursprünglich gewiß auch in den Städten gefunden. Bei der frühe schon beginnenden Aenderung der Verfassung hat sie sich jedoch meistens frühe schon wieder verloren. Spuren von ihr haben sich indessen doch in manchen Städten noch längere Zeit erhalten. So mußte die Stadtgemeinde von Warburg im Stifte Paderborn der Grundherrschaft für den Grundzins haften, wenn dieser nicht gehörig entrichtet worden war²⁾. In anderen Städten durften für die Forderungen eines Bürgers an einen Fremden, zumal bei verweigertem Recht, die Landsleute dieses fremden Schuldners verhaftet werden, was ebenfalls in einer ursprünglichen Haftung der Gemeinde seinen Grund haben mag³⁾. Hatte eine Stadt das Geleit, so haftete sie für den Ersatz der auf der Straße geraubten Gegenstände (§. 394).

11) Ruprecht von Freis. II, 13 u. 15. Vergl. Westenrieder, p. 30 u. 34 f.

1) Meine Einleitung zur Geschichte, p. 162 ff. Meine Geschichte der Markenverfassung, p. 198. Meine Gesch. der Dorfverf. I, 348 ff.

2) Urk. von 1290 bei Wigand, Archiv, II, 311. solvent debitam pensionem, si que — persoluta non fuerit, ipsi cives de cens agrorum prefate curie tenentur solvere expedite.

3) Donandt, Gesch. des Bremer Stadtrechts, I, 210. Hüllmann, I, 197-201. Kurz, Oester. Handel, p. 167 f. Schlesisch. Landr. II, c. 11 §. 1.

Auch waren sich nicht bloß die einzelnen Bürger gegenseitige Hilfe und Unterstützung schuldig, sondern auch die Gesamtgemeinde, oder die gesammte Bürgerschaft. Der Stadtrath und die Gemeinde sollten nämlich die Bürger gegen jegliche Gewalt und gegen jede unerlaubte Selbsthilfe schützen und schirmen, und dieselben sogar bei ihren erlaubten Fehden unterstützen (§. 98 u. 110). Wenn daher in Ulm ein Bürger mit oder ohne Anwendung von Gewalt („gwaltiger oder vngwaltiger“) dem Gesetz ungehorsam und dadurch Feindschaft („vintschafft“) unter den Bürgern entstanden war, sollte die gesammte Bürgerschaft mit dem Stadtrath zur Beseitigung dieser Feindschaft zusammenwirken („so suln wir „alle Rich vnd arm vf die aide die wir geschworn hant ainander, beholfen sin daz ain ieglich Burger von disen gesetzten vintschafft „genzlich entladen werde“) ⁴⁾. Auch sollten in Ulm die Geschlechter die Zünfte und die Zünfte die Geschlechter schützen und schirmen und beide sich gegenseitig unterstützen ⁵⁾. Eben so sollten in Friedberg die Burgmannen die Bürger und die Bürger die Burgmannen unterstützen und die Einen den Anderen zu ihren Rechten verhelfen ⁶⁾. In Basel sollte der Rath und die Bürgerschaft dem Bischof schwören ihm gegen jedermann Hilfe und Beistand zu leisten. („Duch hand si uns geschworen ze ratende und ze helfende wider alle „meinglich“). Und der Bischof sollte der Stadt geloben, ihr rathen und gegen jedermann helfen zu wollen. („Duch hand wir inen „gelobt ze rattende und ze helfen wider allermenglichen“) ⁷⁾. Gegen auswärtige Angriffe und Fehden sollten die Bürger von der Gemeinde geschützt und vertreten und ihnen in gewissen Fällen der entstandene Schaden ersetzt werden, z. B. in Regensburg, Freiburg, Bern u. a. m. ⁸⁾. Daher durfte sich auch kein Bürger, ohne Zustimmung des Stadtraths und der Gemeinde, in einen Kampf außerhalb der Stadt einlassen, z. B. in Mittelburg ⁹⁾ oder ein Bünd-

4) Schwörbrief von 1845 bei Jäger, Magazin, III, 307—308.

5) Schwörbrief von 1827 bei Jäger, Ulm, p. 788.

6) Ordnung von 1806 bei Mader, I, 116.

7) Handfeste von 1899 bei Dops, I, 380 u. 381.

8) Gemeiner, I, 467. Vergl. noch oben §. 98.

9) Urk. von 1217 bei Mieris, charterboek, I, 170. Quicumque de op-

nitz mit einem Fremden eingehen, z. B. in Ulm ¹⁰⁾). War aber dieses dennoch ohne Wissen des Raths und der Gemeinde geschehen, so haftete die Bürgerschaft nicht für den entstandenen Schaden, z. B. in Kolmar ¹¹⁾). Auch das in Speier, Regensburg u. a. m. bestandene Verbot sich ohne Zustimmung des Raths einem fremden Herrn zu unterwerfen (sich zu verherren) oder in fremde Dienste zu treten scheint auf demselben Grunde beruht zu haben ¹²⁾). Denn dieses Verbot hatte offenbar keinen anderen Zweck als den dadurch entstehenden Einfluß fremder Herrschaften auf die Bürger und auf die städtischen Angelegenheiten und den daraus hervorgehenden Streitigkeiten mit fremden Herren zuvorzukommen und sie zu verhindern. Aus demselben Grunde sollte in Freiburg ¹³⁾, in Lübeck ¹⁴⁾ und in Hamburg ¹⁵⁾ kein fremder Ritter oder Dienstmann wohnen, in Augsburg kein in fremden Diensten stehender Mann (der jemans Amtmann ist) das Bürgerrecht erhalten ¹⁶⁾, und auch in späteren Zeiten noch in Hamburg kein in fremden Diensten stehender Bürger („so sich in Herren- und Fürsten-Diensten mit „Eiden und Pflichten verwandt gemacht“) Zutritt zum Stadtrath und zu den Bürgerversammlungen haben ¹⁷⁾). Endlich stand auch

pidanis armata manu, intuitu pugnandi, oppidum exierit sine communi consilio et oppidanorum consensu. —

10) Schwörbrief von 1345 bei Jäger, Mag. III, 806.

11) Stadtrecht von 1293 §. 30.

12) Bürgereid bei Lehmann, p. 280. „hinsüro ohne eines Raths Wissen „und Erlauben weiter nicht verherren, noch einige andere „Herrschaft gebrauchen.“ Gemeiner, II, 102.

13) Stiftungsbrief von 1120, §. 15. Nullus de hominibus vel ministerialibus domini ducis vel miles aliquis in civitate habitabit nisi ex communi consensu omnium urbanorum et voluntate. Vergl. noch das Freiburger Stadtrodel §. 36.

14) Altes Statut bei Dreyer, Einleitung, p. 92. Not. 8. Vergl. oben §. 64.

15) Stadtrecht von 1270, I, art. 4. Vergl. oben §. 140. Receß von 1529, art. 41 im Nachtrag zu den Hauptgrundgesetzen, p. 47. „Daß Leute, „die Fürsten, einer andern Obrigkeit, und einem andern Dienste g- „schworen haben, in dieser Stadt nicht wohnen sollen, weil dabur „der Rath mit Fürsten, Herren, Ländern und Städten i „Gezänke und in Schaden kommt.“

16) Stadtrecht §. 88 bei Walch, IV, 112.

17) Receß von 1663 art. 11 und Reglement der Bürgerconvente von 171

der Grundbesitz selbst unter dem Schutz und Schirm der Stadtgemeinde.

§. 388.

Wie bei den Fronhofgerichten und bei den Dorfgerichten ¹⁾ so sollte nämlich der Grundbesitz auch in den Städten in feierlicher Weise vor Gericht übertragen und der Friede und Bann darüber gewirkt werden, z. B. in Mainz ²⁾, in Nördlingen ³⁾, in Speier ⁴⁾, in Köln u. a. m. Die Folge dieser gerichtlichen Auflassung und Uebertragung des Grundbesitzes vor Gericht und dieses Frieden Wirkens war nun die Haftung des Gerichtes und der Gemeinde für den ruhigen Besitz des Grundstücks. Denn das Gericht und die Gemeinde mußten den in den Besitz Eingewiesenen gegen jeden Angriff und gegen jede Besitzstörung schützen und vertheidigen, z. B. in Köln ⁵⁾, in Ulm ⁶⁾ u. a. m. Der tiefere Sinn der gerichtlichen Auflassung, und Uebertragung des Grundbesitzes vor Gericht und des Frieden Wirkens war demnach Schutz und Schirm in dem vor

art. 5 im Neuen Abdruck der vier Hauptgrundgesetze, p. 68. und im Nachtrag, p. 168.

- 1) Meine Gesch. der Fronh. III, 15 ff., IV, 141 ff. Meine Gesch. der Dorfverf. II, 181—182.
- 2) Urf. von 1316 bei Guden, II, 458. *schultetus — possessionem misit et locavit cum pace et banno, per sedem tripedem, prout Maguntie consuetudinis est et iuris.* — Noch mehrere Formeln bei Guden, II, 458 u. 459.
- 3) Urf. von 1344 bei Dolp, Ver. von Nördlingen, Urf. Nr. III. „Und darumb setzen wir (Anzman und Rat) in vnd alle sin Nachkommen unser pfarrer — in Ruß vnd in Gewer desselben Huß vnd was darzu gehört, vnd geloben in desß Verschafft, nach unser Statt Recht vnd gewohnheit.“ —
- 4) Urf. von 1291, 1294, 1308, 1312 u. 1316 bei Lehmann, p. 303—306.
- 5) Urf. aus 12. sec. §. 8 bei Glaser, in Materialien zur Statistik, I, §. 12, p. 498. *Quicumque hereditatem aliquam inter nos compa-raverit — nostrum est illi succurrere et defendere contra quemlibet impetentem.* Vergl. noch Glaser, Schreinspraxis, p. 11 u. 55.
- 6) Urf. von 1292 bei Jäger, Ulm, p. 737. *promisimus intus et extra, utpole res proprias in omnibus et per omnia pro nostris viribus defendere et tueri.*

Gericht übertragenen Grundbesitz und Haftung des Gerichtes und der Gemeinde für den ruhigen Besitz. Wurde aber der Grundbesitz nicht vor Gericht übertragen, wie dieses geschehen konnte und öfters auch zu geschehen pflegte, so hatte sodann der Veräußerer allein die Haftung und die Gewährleistung für den ruhigen Besitz, und mußte daher den Schutz und Schirm gegen Dritte förmlich versprechen, z. B. die Gebrüder Sieghem als sie im Jahre 1325 dem Kloster Porez die Hälfte der Dörfer Porsvelde und Nisol verkauften⁷⁾. Eben so die Ritter von Colhausen als sie im Jahre 1279 das Spital von Wehlar beschenkten⁸⁾.

Die Verhandlung über die gerichtliche Uebertragung war ursprünglich, wie in früheren Zeiten die gerichtlichen Verhandlungen überhaupt, mündlich ohne alle Schrift. Die Parteien konnten jedoch, wie bei anderen gerichtlichen Verhandlungen, einen Gerichtsbrief begehren, in welchen sodann einige Zeugen, welche der Verhandlung beigewohnt hatten, aufgenommen wurden. Dieses war noch im 12. und 13. Jahrhundert z. B. in Köln⁹⁾, in

7) Urf. von 1325 bei Michelsen, Urfundensammlung der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft, I, 282. — *sed ipsa bona ab omni persona et universitate legitime defendere, auctorizare et expedire. Quodsi quo tempore lis aut controversia quaecunque in eis de dictis bonis aut aliqua eorum parte seu ipsorum occasione moveretur: promissimus ipsam litem et controversiam et omnem causam, quandocunque et quotienscunque nobis nunciatum fuerit, in nos recipere et in eadem causa legitimae defensionis nos offerre.* —

8) Urf. von 1279 bei Guden, II, 205 — 206. *De quibus bonis nos sicut iuris est et moris, iustam et rationabilem warandiam faciemus.*

9) Mehrere Urkunden aus dem St. Laurentius Schrein um das Jahr 1150 bei Glasen, Kurzer Entwurf zu beweisen, daß der Uebergang des Eigenthums in Scriniis durch eine investituram vollzogen werde (Köln 1766) §. 26, 30, 31 u. 32. In einer dieser Urkunden, eod. §. 30., heisst es, *ut hoc vero factum a nullo mutari vel infringi possit, i testimonio Geroldi et Dammonis, qui tunc magistri civium er notari fecimus*, woraus folgt, daß die notatio oder Schrift damaligen Zeiten nicht bei allen gerichtlichen Investituren vorzukommen pflegte. Vergl. noch Glasen, Schreinspraxis, p. 28.

Speier ¹⁰⁾ u. a. m. der Fall. Mit der mündlichen Verhandlung war ursprünglich eine wirkliche oder wenigstens eine symbolische Einführung (Einweisung) in den Besitz mittelst Ueberreichung des Schlüssels, oder des ausgeschnittenen Spans, des ausgestochenen Rasens, des abgehauenen Baumzweigs, oder des mit der Hausmarke bezeichneten Holzstäbchens (der *festuca notata*), oder des Halms (*calamus*) oder mittelst Oeffnens und Schließens der Thüre u. dergl. m. ¹¹⁾, oder eine andere symbolische Handlung, z. B. ein Mantelgriff u. s. w. verbunden ¹²⁾. Erst später, in Köln jedoch bereits seit dem Anfang des 13. Jahrhundert, anderwärts aber erst seit dem 14. und 15. Jahrhundert, wurden zu dem Ende eigene Gerichtsbücher angelegt ¹³⁾. Man nannte diese Bücher, in welche nun alle gerichtliche Auffassungen und Uebertragungen eingeschrieben werden mußten, in Köln die Schreinsbücher. Und jedes Gericht in Köln erhielt zu dem Ende sein eigenes Schrein. Daher das Laurentiuschrein, das Columbensschrein, Petersschrein, Albansschrein, Martinschrein, Brigidenschrein, Apostolenschrein, u. a. m. ¹⁴⁾. In München nannte man jene Bücher im 14. Jahrhundert Gerichtsbücher und seit dem 15. Grundbücher. Alle gerichtlichen Uebertragungen und Verpfändungen von Immobilien mußten in dieselben eingetragen werden. Und bereits im

10) Urk. von 1291, 1294, 1304 u. 1312 u. a. m. bei Lehmann, p. 303 — 306.

11) Glaser, in *Materialien* cit. II, 1 p. 125. Glaser, kurtzer Entwurf über die Investitur cit. §. 19. und Urk. um 1150 eod. §. 26., *ipse advocatus Henricus nos banno et confirmatione in domum duxit et libere consedere fecit*. Michelsen, über die *festuca notata*, p. 17 — 26. Urk. von 1314 bei Schoepflin, II, 107. — *vendiderunt, tradiderunt, et libere resignaverunt per porrectionem calami, ut est moris, que more schottationis* (in den anderen Urkunden *more scotationis*) *secundum consuetudinem civitatis pro traditione habetur*. Vergl. noch Urk. von 1311, 1314 u. 1315, eod. p. 95, 96, 114 u. 116.

12) In Frankfurt geschah die Einweisung in den Besitz bis 1806 durch den Mantelgriff und seitdem mit Mund und Halm. Vergl. Thomas, Oberhof zu Frankfurt, p. 73 Not.

13) Glaser, *Schreinspraxis*, p. 28 u. 29.

14) Glaser, *Schreinspr.* p. 23 u. 24. Vergl. oben §. 202.

Jahre 1484 hat jedes Stadtviertel (das Anger-, Hacken-, Kreuz- und Graggenuer-Viertel) sein eigenes Grundbuch erhalten ¹⁵). Anderwärts nannte man diese Gerichtsbücher, weil sie mit der gerichtlichen Investitur und mit dem Frieden Wirken zusammenhängen, Friedebücher, z. B. in der Stadt Seehausen seit dem 15. Jahrhundert „dat Seehuser Fredeboock“ ¹⁶). Aus demselben Grunde nannte man die für die gerichtliche Tradition und Einweisung in den Besitz dem Gerichte zu entrichtenden Gebühren ein Friedegeld (Fredegeld) ¹⁷), einen Friedpfenning (Frende Pfennig) ¹⁸), einen Friedeschilling (Brethe Schilling, Bretheschilling ¹⁹), Brebeschilling ²⁰), denarius pro pace ²¹) oder solidus pacis) ²²) oder einen Friedewein (Friedewin) ²³).

Anfangs dauerte die gerichtliche Verhandlung noch neben der Einschreibung in die Gerichtsbücher fort. Es wurde demnach das Resultat der Verhandlung, also die stattgehabte gerichtliche Auflassung und Einweisung in den Besitz, nun in derselben Weise in die Gerichtsbücher niedergeschrieben, wie dieses früher in den Gerichtsbriefen niedergeschrieben zu werden pflegte, z. B. in Köln ²⁴). Seit dem Untergang des germanischen öffentlich mündlichen Gerichtsverfahrens fiel jedoch die gerichtliche Verhandlung selbst weg und es blieb sodann nur noch die Eintragung in die Gerichtsbücher übrig.

15) Stadtrecht §. 31, 32 u. 270. und Grundbuchordnung von 1572 bei Auer, p. 243. und bei Riedl, das Gwiggeld Institut in München, p. 65. Vergl. oben §. 218.

16) Gerden, vet. march. I, 353.

17) Urf. von 1489 bei Gerden, vet. march. II, 135.

18) Urf. von Münchberg von 1440 bei Gerden, cod. dipl. Brand. IV, 607.

19) Privilegium von Hannover von 1241 bei Rehtmeier, Braunschweig. Chron. p. 1831. Scheid, Orig. Guelf. IV, 186.

20) Urf. der Stadt Plauen von 1235 bei Westphalen, IV, 928.

21) Urf. von 1482 bei Gerden, fragment. march. p. 99. — tres donarios Stendal. pro pace et suo officio dedit.

22) Urf. von 1235 §. 11 bei Westphalen, III, 1651. Urf. von 1287 Scheid, Orig. Guelf. IV, 496.

23) Oelrichs, glossar. Brem. p. 152. Vergl. meine Abhandlung ü. das gerichtliche Weinen und Beweinen. München 1846, p. 22.

24) Glaser, Schreinspraxis, p. 29 Not.

Diese Eintragung vertrat demnach von nun an die Stelle der gerichtlichen Investitur.

Die gerichtliche Investitur, oder die gerichtliche Bestätigung oder Anwältigung, wie man sie auch genannt hat²⁵⁾ oder die Einweisung in die Gewer²⁶⁾ oder das Weren²⁷⁾ war nämlich ein wesentliches Erforderniß einer jeden gerichtlichen Uebertragung von Grund und Boden. Die gerichtliche Auflassung (das Aufgeben des Grundbesitzes vor Gericht, die Resignation oder Renunciation) kam nämlich nur bei freiwilligen Besitzübertragungen vor. Die gerichtliche Investitur dagegen war außerdem auch noch bei Zwangsübertragungen, bei der *missio in possessionem domus et aree per sententiam scabinorum* nothwendig²⁸⁾. Die gerichtliche Investitur war demnach bei freiwilligen Uebertragungen eben so nothwendig wie bei Zwangsübertragungen. Denn mit ihr hing das Frieden Wirken zusammen. Die Haftung des Gerichtes und der Gemeinde für den ruhigen Besitz begann daher erst mit der gerichtlichen Investitur und mit der gerichtlichen Einwerung in das Gut. Darum nannte man auch die über einen gerichtlichen Uebertrag ausgefertigte Urkunde einen Werbrief, z. B. in Speier u. a. m.²⁹⁾. Nur allein bei der Erbfolge war eine gerichtliche Investitur oder Anwältigung nicht nothwendig. Denn bei der Erbfolge wältigte schon die todte Hand an. Die todte Hand *fecit eum saisiri*, wie man zu sagen pflegte. Daher der Grundsatz *le mort saisit le vif*, welcher sich in Frankreich und in manchen Deutschen Statutarrechten und Gesetzgebungen bis auf unsere Tage erhalten hat.

Bemerkt muß noch werden, daß mit der gerichtlichen Verhandlung sich auch die symbolische Tradition bei der gerichtlichen

25) Glasen, das edele Cölln, p. 31 u. 32. Sächs. Er. I, 70 §. 1. „man sal yne dar in wisen vnde sal is yne geweldigen.“

26) Sächs. Er. III, 82 §. 2.

27) Grimm, I, 484 u. 486. „wer da güter kauft — der solte sich — darin setzen und wehren lassen.“ Grimm, III, 416 §. 6. „Ausländerische werden ihres kaufs nicht gewehrt.“ — Vergl. Schmeller, IV, 127.

28) Urk. von 1271 bei Glasen, in Materialien zur Statistik, II, 1. p. 123. Vergl. Glasen, kurzer Entwurf cit. S. 23—25.

29) Lehmann, p. 298. Haltaus, p. 2085.

Auflaffung und Investitur verloren hat, indem nun die Eintragung in die Gerichtsbücher oder Grundbücher an die Stelle der gerichtlichen Investitur getreten ist. Nur wenige Länder und Städte machen hiervon eine Ausnahme. In Schleswig Holstein hat sich nämlich jene symbolische Gutsübergabe durch Rasen und Zweig, oder mit einer Schüssel Erde und einem Stück Holz oder einem Schlüssel bis auf unsere Tage erhalten³⁰⁾. Eben so im Großherzogthum Oldenburg, indem noch im Jahre 1854 bei der Uebergabe der von Oldenburg an Preußen abgetretenen Gebietstheile an der Fahde der Großherzogliche Minister mit einem Spaten eine kleine Erdscholle abgestochen und diese dem Prinzen Adalbert, als dem Commissär des Königs von Preußen, überreicht hat. In Sachsen und in Thüringen aber ist jene symbolische Handlung wenigstens noch bei gerichtlichen Besitzergreifungen das ganze 18. Jahrhundert hindurch bis in den Anfang des 19. geblieben. Das Gericht pflegte sich bei Hülfsvollstreckungen in das Grundstück des Schuldners zu begeben und von diesem unter Vornahme gewisser symbolischen Handlungen Besitz zu ergreifen, den Schuldner zu entsetzen und den Gläubiger in den Besitz einzuweisen. Die dabei üblichen symbolischen Handlungen bestanden in dem Ausschneiden eines Spans aus der Thürpfoste, in dem Abschneiden eines Zweiges von einem Baume, oder in dem Ausstechen einer Erdscholle oder eines Stückes Rasen. Und das Symbol pflegte zu den Akten genommen zu werden³¹⁾. Und hier in München beginnt heute noch die Exekution in Zwiggeldsachen bei Gebäuden mit dem Spanschnitt und bei Grundstücken mit dem Wasenschnitt, indem das Gericht den Gerichtsboten beauftragt, aus dem belasteten Grundbesitz einen Span oder einen Wasen (etwas Erde) auszuschneiden und zu den Gerichtsakten zu bringen³²⁾.

Nur der Grundbesitz stand übrigens unter dem Schutze des Gerichtes und der Gemeinde, nicht aber die fahrende Habe oder

30) Michelsen, p. 22—24. Fald, Schleswig Holstein. Priv. R. I, 342.

31) Michelsen, p. 24 u. 25.

32) Gantordnung der Stadt München von 1571, art. 2 §. 9. bei I. p. 228. Vergl. dessen Einleitung, §. 59. und Riedl, das Ewig-Institut in München, p. 117, 118 u. 190

das bewegliche Gut. Denn Mobilien wurden nicht vor Gericht übertragen. Daher wurde auch über ihren Besitz kein Friede gewirkt. Und die Folge hievon war, daß bei ihnen in der Regel nur von einer Forderung, d. h. von einer persönlichen Klage, also von keinem Anfang, d. h. von keiner dinglichen Klage und von keiner vindikation in den Formen des germanischen Gerichtsverfahrens die Rede war, und daß weder die Gerichte noch die Gemeinden für den ruhigen Besitz der Mobilien zu haften hatten. Dieses ist der tiefere Sinn des Grundsatzes, *Hand muß Hand wahren* oder *en fait de meubles la possession vaut titre* ³³⁾. Eine Ausnahme trat bei Mobilien nur dann ein, wenn sie dem Eigenthümer gestohlen oder geraubt worden oder wenigstens ohne seinen Willen in fremde Hände gekommen waren. Denn in dieser widerrechtlichen Besitznahme lag ein Friedbruch. Daher hatte sodann auch bei Mobilien eine dingliche Klage in den Formen des Anfangs statt ³⁴⁾. Und wiewohl an und für sich in dem Anfang noch keine Beschuldigung des Diebstahls oder des Raubs gelegen hat, so sollte dennoch wie bei Friedbrüchen die Klage mit dem Gerüßte beginnen ³⁵⁾ und der unterliegende Kläger in Buße und Wette verurtheilt werden ³⁶⁾.

Die Gemeinden und die Gerichte konnten natürlicher Weise nur so weit schützen als ihre Gewalt reichte. Daher ließ man sich zu größerer Sicherheit die vor dem Gemeindebeamten vorgenommene Besitzübertragung öfters auch noch vor dem höheren oder öffentlichen Richter wiederholen, z. B. in Köln den vor dem Bürgergerichte unter dem Gemeindebann (*bannum communitatis*) übertragenen Grundbesitz auch noch unter dem Grafenbann (*bannum comitis*) übertragen ³⁷⁾ und in Westphalen die bereits vor dem or-

33) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark: 2c. Verf. p. 101—102.

34) Sächs. Lr. II, 36, III, 89. Distinct. IV, 42 §. 1 bei Ortloff, p. 256. Freiburger Stiftungsbrief von 1120 §. 28. Freiburg. Stadtrobel §. 58 u. 59. Goslarische Statute bei Göschen, p. 98.

35) Distinct. IV, 42 §. 8 bei Ortloff, p. 256.

36) Sächs. Lr. II, 36 §. 5 a. E. Vergl. Gaupp, in Zeitschrift für deutsch. Recht, I, 112 ff.

37) Urf. bei Clasen, Schreinspraxis, p. 53—54. Urf. aus 12. sec. §. 4 u. 5 und Urf. aus 12. sec. §. 5 bei Clasen, in Material. zur Stat.

entlichen Gerichte geschene Besitzübertragung auch noch von den Freigerichte unter Königsbann (*bannum regium* oder *bannum regale*) bestätigen ³⁸⁾).

Dieser Schutz und diese Haftung der Gemeinde reichte so weit als der Stadtfriede reichte. Wer daher eine Stadt betrat sollte gegen jede Gewalt geschützt und geschirmt werden. Dieses galt von den in eine Stadt gekommenen Fremden, welche sich daselbst niederlassen und ins Bürgerrecht aufnehmen lassen wollten ebensoviel wie von den vor ihren Feinden fliehenden Fremden, und sogar von den in eine Stadt flüchtenden Missethättern. Die Einen wie die Anderen sollten gegen die ihnen nachfolgenden Feinde, selbst gegen die sie verfolgenden Behörden geschützt und geschirmt werden. Denn jede Stadt war, wie wir gesehen, ein Asyl und eine Immunität (§. 95, 100, 117 ff. u. 384).

Von der in früheren Zeiten sehr verbreiteten Pflicht der Gastfreundschaft finden sich auch in den Städten hin und wieder noch, wenn auch nur sehr geringe Spuren. In Basel z. B. erhielten die fremden Gesandten, welche durch die Stadt ritten, einen sogenannten Ehrenwein zum Geschenk. Im 15. Jahrhundert wurde jedoch auch diese Ausgabe der Stadt zu groß. Daher verordnete der Stadtrath im Jahre 1457, „daß man den Boten „der Herren und Städte nur einmal (also bloß auf der Hinreise) „schenken solle, und bey ihrer Rückreise nicht mehr“ ³⁹⁾. In München erhielten die Abgeordneten von Reichenhall im Jahre 1432 von dem Stadtrath zu München einen Ehrentrunf, allein bloß gemeinen Wein, keinen Rheinfall, indem beide Städte damals des Salzhandels wegen veruneinigt waren ⁴⁰⁾. In Frankfurt a. M. aber wurden noch im 16. Jahrhundert die fremden Rätthe und Abgeordneten, welche mit der Stadt zu unterhandeln hatten, in der Geschlechtertrinkstube der Ganerben auf Rimpurg auf Kosten der Stadt bewirthet ⁴¹⁾.

I, 12 p. 492 u. 506. Glaser, kurzer Entwurf über die Investitur §. 26—29.

38) Urk. von 1244 u. 1253 bei Kindlinger, M. B. II, 260, 261, I, 1 p. 190 u. 191. Vergl. meine Gesch. der Dorfverf. II, 132—

39) Dörs, V, 112.

40) Bairische Annalen von 1833, p. 876.

41) (von Richard). Nachtrag der Pittschrist der Ganerbschaft Alt Zi

Gemeinde Dienste und Leistungen.**§. 389.**

Die Gemeinbedienste und Leistungen waren, wie wir sogleich sehen werden, sehr verschiedener Art. Sie führten den gemeinschaftlichen Namen bürgerliche Dienste (*opera civilia*) z. B. in den Städten Warendorp und Beckum ¹⁾. Oesters nannte man sie auch *jura civilia*, z. B. in Soest ²⁾ und in Hameln ^{2a)}, dann *onera et jura municipalia*, z. B. in Hörter ³⁾, oder auch *jura forensia* oder Markt- und Marktrechte, z. B. in Lindau, Leipzig u. a. m. ⁴⁾. Da es nämlich kein Recht ohne eine entsprechende Verbindlichkeit gegeben hat, so nannte man auch die den bürgerlichen Rechten und den Stadtmarkt- und Marktrechten entsprechenden Verbindlichkeiten bürgerliche Rechte und Markt- oder Marktrechte. Zuweilen wurden die Gemeinbedienste und Leistungen auch Burgwerte (*Burgwerck* ⁵⁾, *Borgwerc* ⁶⁾, *Borgwerck* ^{6a)} und *Borchwerck*) genannt ⁷⁾, indem die Städte wirkliche Burgen waren und auch so genannt worden sind. Oder man nannte sie Burwerke (*opera civilia que burwerc dicuntur*) ⁸⁾, *opera civilia que vocantur burwerck* ⁹⁾ und *servitium quod vulgo burwerch dicitur* ¹⁰⁾, *jura*

p. 12. Vergl. meine Einleitung zur Gesch. der Markt- u. Verf. p. 165 u. 166. Meine Gesch. der Dorfverf. I, 380 ff. und oben §. 304.

1) Urf. von 1347 u. 1367 bei Kindlinger, Hör. p. 468 u. 469.

2) Urf. von 1288 bei Seiberh, II, 1 p. 513.

2a) Stadtrecht von 1277 bei Pufendorf, II, 268.

3) Urf. von 1345 bei Wigand, denkwürdige Beitr. p. 164.

4) Mehrere Urkunden bei Haltaus, p. 1326 u. 1327.

5) Urf. von 1170 u. 1205 bei Westphalen, II, 2044 u. 2055.

6) Urf. von 1170 bei Westphalen, II, 2042.

6a) Urf. von 1171 u. 1273 bei Westphalen, II, 2044 u. 2093.

7) Urf. von 1174 bei Westphalen, II, 2046.

8) Urf. von 1347 bei Kindlinger, Hör. p. 486.

9) Urf. von 1367 bei Kindlinger, Hör. p. 469. Auch in Braunschweig und Lüneburg Burwerke nach Urf. von 1392 bei Leibnitz, script. Brunsv. II, 397.

10) Urf. von 1336 bei Kindlinger, Hör. p. 405.

municipalia, que Schat, burwerk — dicuntur)¹¹⁾ und Burwachen (vigiliae communes, que burwachte nuncupantur)¹²⁾, offenbar von Bur, d. h. Bürger oder Stadt¹³⁾. Vergleichene Gemeinbedienste leisteten nannte man daher in Hörter burwerken¹⁴⁾.

Die Gemeinbedienste bestanden in Frondiensten, in Wachediensten, in Kriegsdiensten und in anderen der Stadtgemeinde zu leistenden Diensten, z. B. in Soest (et in omnibus aliis servitiis, pro opido faciendis, sicut nostri coopidani facere consueverunt)¹⁵⁾, in Hörter¹⁶⁾ u. a. m. (§. 374).

Die Frondienste, auch in den Städten servitia¹⁷⁾, angariae¹⁸⁾ u. f. w. genannt, bestanden in Hand- und Spanndiensten beim Graben Machen, bei dem Bau und bei der Unterhaltung von Gemeinde-Häusern, Brunnen, Brücken und Straßen, bei der Befestigung der Stadt, insbesondere bei der Errichtung und Verbesserung der Stadtmauern und bei anderen kriegerischen Einrichtungen und Unternehmungen, z. B. in Warendorp¹⁹⁾, in Minden²⁰⁾, in Rotenburg, wo die Bürger „wachen und graben“ und an der Befestigung der Stadt („an dem stadtbau“) mitarbeiten mußten²¹⁾, sodann in Elm, Rudolstadt, Leuchel, Greußen und Schlaiz²²⁾, in Eßlingen²³⁾, in Dürheim²⁴⁾, in Rheinau²⁵⁾, in

11) Urf. von 1345 bei Wigand, denkwürdige Beitr. p. 164.

12) Urf. von 1345 bei Wigand, p. 164.

13) Oben §. 233. Vergl. noch Richthofen, Wörterb. p. 675.

14) Wigand, Gesch. von Norvei, I, 279. Note.

15) Urf. von 1288 bei Seibertz, II, 1 p. 513.

16) Urf. von 1345 bei Wigand, denkwürdige Beitr. p. 164.

17) Urf. von 1299 bei Moser, reichsf. Hbb. I, 753.

18) Urf. von 1312 bei Baur, Urfb. Arnberg. p. 280.

19) Urf. von 1347 bei Rindlinger, Hör. p. 436. opera civilia, que burwere dicuntur, scilicet ad — vecturam faciendum (Fronwagen) et ad fodiendum, sed ad res bellicas servitium exhibendum.

20) Urf. von 1386 bei Rindlinger, p. 405. — servitium unius equi — servire sepius in vecturis. —

21) Bensen, Rotenb. 236 u. 237.

22) Die Statute bei Walch, V, 28, 124, 127, 188, VII, 201 u. VIII

23) Pfaff, p. 151.

24) Meine Geschichte der Marktenverfassung, p. 187.

25) Grimm, I, 288. — „kein fleur, den an fäg und weg.“

Coesfeld ²⁶⁾ u. a. m. An die Stelle der Naturaldienste traten jedoch in den meisten Städten frühe schon Steuern und andere Abgaben, am frühesten wohl sogenannte Ungelter und Zölle für die Befestigung der Stadt und zum Unterhalte der Stadtmauern (§. 29 u. 30). Späterhin durften auch noch die übrigen Frondienste losgekauft und dafür jährliche Abgaben entrichtet werden, z. B. in Eßlingen seit dem 15. Jahrhundert ²⁷⁾. Oder der Stadtrath erhob statt der Fronen von den wohlhabenden Bürgern eine Steuer, und ließ sodann die öffentlichen Arbeiten von den armen Bürgern gegen Lohn besorgen, z. B. im Jahre 1541 in Eßlingen den Oberthorgraben ausbessern ²⁸⁾. In Rothenburg war an die Stelle der Naturaldienste bei den Befestigungsarbeiten eine regelmäßige Gemeindeumlage, das Grabengeld, getreten ²⁹⁾.

§. 390.

Zu den Gemeinbediensten gehörten auch die Wachdienste der Bürger, bei Tag und bei Nacht, in der Stadt selbst und an den Stadthoren wie an den Außenwerken, z. B. in Warendorp und Bedum ¹⁾, in Soest ²⁾, in Hörter ³⁾, in München ⁴⁾, in Berlin, Basel, Donaauörth, Friedberg in Baiern, Rudolstadt, Blankenburg, Rotenburg u. a. m. (§. 129, 130, 133, 372 u. 374). Zu diesen Stadtwachen waren nun außer den Altbürgern auch die Zünfte verbunden (§. 281), in vielen Städten auch die übrigen Hintersassen und Schutzbürger, in St. Gallen sogar die Juden ⁵⁾.

26) Eßfeld, p. 62, 241 u. 244. spricht vom Brücken- und Wegbau und ihrer Unterhaltung.

27) Pfaff, p. 151. Not. 93.

28) Pfaff, p. 151. Not. 92.

29) Benßen, p. 314.

1) Urk. von 1347 u. 1367 bei Rindlinger, Hör. p. 436 u. 469. *opera civilia, que burwerc dicuntur, scilicet ad vigilandum.* —

2) Urk. von 1288 bei Seiberß, II, 1 p. 513. *iura civilia — in vigiliis.* —

3) Urk. von 1345 bei Wigand, denkwürdige Beitr. p. 164. *exceptis vigiliis communibus, que burwachte dicuntur.* —

4) Stadtrecht bei Auer, p. 88. „Die hie zu München purger sind, die wachen und steuern mit andern purgern.“ —

5) von Arr, I, 455.

Meistentheils durften sich jedoch die Juden von dem Wachedienst loslaufen, z. B. in Glogau⁶⁾. Dieser Wachedienst bei Tag und bei Nacht wurde aber den Bürgern, zumal in den gewerbreichen Städten, bald lästig. Man ließ ihn daher ablösen, z. B. in Basel. Oder man führte statt des persönlichen Dienstes eine Steuer ein und unterhielt damit eine besoldete Mannschaft. Und diese Steuer nannte man in Regensburg, in Leipzig, in Mannheim und in den Schlesiſchen Städten u. a. m. ein *Wachtgeld*, *Wachgeld* oder einen *Wachzins*⁷⁾.

Der persönliche Wachedienst der Bürger kam daher mehr und mehr außer Gebrauch. Aber auch in jenen Städten, in welchen er sich ganz oder theilweise erhalten hat, ward derselbe durch die vielen Befreiungen äußerst drückend und lästig. Ursprünglich mußten auch die Geschlechter und die Priester Wachedienste thun. Daher versahen noch im 15. Jahrhundert in Straßburg die Conſtofler gemeinschaftlich mit den Zünften die Stadtwachen⁸⁾ und in Ulm die Geschlechter mit den Zünften die Thormachen⁹⁾. Und in Basel sollten sich die Priester, um mit den anderen Bürgern zu wachen, sogar in eine Zunft aufnehmen lassen (§. 376). Im Laufe der Zeit wußten sich jedoch die Geschlechter in manchen Städten von dem persönlichen Wachedienst zu befreien, z. B. die Geschlechter von der hohen Stube in Basel im Laufe des 15. Jahrhunderts, wie dieses aus einem Rathserkenntniſſe vom Jahre 1515 hervorgeht¹⁰⁾. Seitdem jedoch der Reiterdienst der Geschlechter wie der Ritterschaft überhaupt außer Gebrauch gekommen war, seitdem war es jedenfalls unbillig, daß die Zünfte allein den Wachedienst thun sollten, während die Geschlechter nun gar keinen Dienst mehr zu thun hatten. Daher verordnete der Rath im Jahre 1525, um die Gleichheit wieder herzustellen, daß auch die von der hohen Stube wie andere Bürger und die Zünfte „hüten, wachen und einen

6) Urf. von 1315 §. 5 bei L. u. Stenzel, p. 497.

7) Jäger, Mag. I, 801. Privilegium von Mannheim, von 1785 art. 1 §. 5, und oben §. 184.

8) Urf. von 1420 bei Schiller, Königsbaven, p. 839 u. 845.

9) Jäger, Ulm, p. 433 u. 484.

10) Ochs, V, 311.

„Hauptmann geben sollten“¹¹⁾: Die Befreiungen von dem persönlichen Dienst hörten aber nicht auf. Im Jahre 1629 wurden hinsichtlich des Wachdienstes sogar drei Klassen gemacht. Die erste Klasse war ganz frei. Zu den Befreiten gehörten die Räte, die Kanzleiverwandten, die Professoren, Schulmeister und Schulbiener, die Schreiber bis herab zu den Stubenheißern, Thorwächtern und Rathsboten. Die zweite Klasse versah ihre Wachen mit Gelb. Zu ihnen gehörten die Wirths, Gerichtsboten, die obrigkeitlichen Zimmermeister, Schlossermeister, Steinmetzmeister u. a. m. Und nur die letzte Klasse mußte persönlich dienen¹²⁾. Die Folge dieser vielen Befreiungen war nun aber, daß der Dienst für die wenigen nicht Befreiten äußerst drückend geworden ist.

Von diesen gemeinen Wachdiensten verschieden waren die Ehrendienste, welche die Bürger mancher Städte ihrem Landesherrn leisten durften. So hatten die Bürger von München das schöne Vorrecht im Felde an der Seite des Herzogs kämpfen und seine Leibwache bilden und die herzoglichen Schlösser bewachen zu dürfen¹³⁾. Und in Mainz hatten die Münzerhausgenossen (die Alten im Thiergarten) das ehrenvolle Vorrecht bei Kaiserkrönungen oder wenn der Kaiser im Felde lag seinen Leib und seine Kammer zu hüten („sollent seines libes vnd seiner kamern huten“), d. h., wie die Bürger von München, seine Leibwache zu bilden¹⁴⁾.

Außer der Bewachung der Stadt und des Landesherrn waren aber die Bürger auch noch zur Vertheidigung der Stadt gegen auswärtige Feinde verpflichtet und, unter gewissen Beschränkungen, sogar zum auswärtigen Kriegsdienst¹⁵⁾. Wie andere in Grund und Boden angeessene Leute waren nämlich, seitdem die Hörigkeit in der Stadt abgeschafft worden war, auch die Stadtbürger Schöffenbarfreie, also Leute von Rittersart oder ritterbürtige Leute und daher nicht bloß waffenfähig, sondern sogar in der Lage

11) Dchs, V, 517 u. 518.

12) Dchs, VI, 820.

13) Schreiben von 1410 in Bairischen Annalen von 1833 p. 439. Vergl. oben §. 129.

14) Aufzeichnungen v. J. 1421 bei Joannis, rer. Mogunt. III, 459.

15) Sach, I, 27, II, 179, III, 282 und oben §. 128—130.

sich zum Ritterstand erheben zu können (§. 229 u. 366). Allen nicht bloß die freien Grundbesitzer, auch die freien und hörigen Hintersassen waren, wie wir gesehen, waffenfähig und daher Kriegsdienst- und landfolgepflichtig. Sie wurden deshalb nicht bloß zur Bewachung und Vertheidigung der Stadt, sondern auch noch zum Dienste gegen den äußeren Feind gebraucht. Die Zünfte wurden, wie wir gesehen, kriegerische Abtheilungen. Und die durch ihren Waffendienst erlangte Waffenehre hat zu ihrem späteren Siege über die Geschlechter mindestens eben so viel beigetragen als ihr durch Handel und Gewerbe erlangter Reichtum (§. 281). In Prag und in Wien waren zur Bewachung und Vertheidigung der Stadt eine Zeit lang nicht alle Bürger, vielmehr nur die Pfeilschnitzer und die Bogner verpflichtet. In Prag sollten die Bogner die Stadthürme bewachen und vertheidigen und auch dort wohnen. Dafür waren sie steuerfrei und durften Waffen, (Schwert, Messer und Harnisch) tragen, während die übrigen Bürger im täglichen Leben keine Waffen tragen durften¹⁶⁾. In Wien aber hatten die Pfeilschnitzer und Bogner die ganze Stadt, d. h. die Ringmauern zu bewachen und zu vertheidigen, und waren dafür steuerfrei. Erst im Jahre 1361 wurde ihnen die Steuerfreiheit entzogen und verordnet, daß von nun an alle Bürger gleiche Verpflichtung zum Festungsdienste in und vor der Stadt mit den Pfeilschnitzern und Bognern haben sollten¹⁷⁾. Nur die Stadthürme wurden auch späterhin noch öfters von den Bognern oder Büchsenmeistern und Büchschützen vertheidigt¹⁸⁾. Die Bewachung und Vertheidigung der Stadt selbst, d. h. der Stadtmauern und der Stadtgraben, blieb aber auch in späteren Zeiten noch Sache der Bürger. Die Stadt wurde zu dem Ende, zum Zirkeln (d. h. zum Patrouilliren, die Runde machen von circon, circuire), zum Wachten (d. h. zum Wachedienst), zum Schützen (d. h. zur Vertheidigung) und zum

16) Urf. von 1360 bei Schlager, p. 8 u. 107—109.

17) Urf. von 1361 bei Hormayr, Wien, I, 5. Urkb. p. 41. „Duch si — die Burger ze Wienn Uns — allen den Dinß tun, den uns obgenannten unser Burger (vorher hieß es richtiger „Bogner“) Pheilniczes getan habent, in der Stat vnd vor der E — „wenn wir der bedurffen.“ — Vergl. oben §. 138.

18) Schlager, p. 18.

Raifen (d. h. zum Ausziehen gegen den Feind), in vier Viertel nach den vier Vorstädten eingetheilt¹⁹⁾. Und bei Belagerungen mußten die nach den vier Vierteln getheilten Bürger auch in späteren Zeiten noch ihre Stadtmauern und Stadtgraben vertheidigen, von denen jedes Stadtviertel seine eigene Fahne hatte²⁰⁾.

Gegen den auswärtigen Feind brauchten übrigens nicht alle Bürger auszugehen. Und die Zurückbleibenden mußten die Kosten des Auszugs bestreiten, und daher auch für den Unterhalt und für die Verpflegung der ausgezogenen Mannschaft sorgen²¹⁾. Dies führte zu Beisteuern für den Kriegsdienst und zu Kriegssteuern (*servitia vel. juvamina ad guerras vel ad res bellicas*)²²⁾, zu Frucht- und anderen Lieferungen für die ausgezogene Mannschaft und für die Soldtruppen, z. B. in Basel im Jahre 1421²³⁾, in Wien im 15. Jahrhundert²⁴⁾ und zu den verschiedenartigen Kriegsfronen, zur Stellung von Heerwagen und Rüstwagen, und zur Stellung der zu dem Ende nothwendigen Wagenpferde und Knechte und zu anderen dabei nöthigen Diensten²⁵⁾. Mit der Verpflegung der ausgezogenen Mannschaft hing insbesondere auch die Pflicht der Beherbergung der fremden in einer Stadt angekommenen Mannschaft, die *hospitatio militaris* oder das sogenannte Vergästen zusammen. Von welcher sehr brückenden Last sich jedoch schon seit dem 13. und 14. Jahrhundert sehr viele Städte befreien ließen²⁶⁾.

19) Rathsordnung von 1444 bei Schlager, p. 10, 11, 109 u. 110. Vergl. Schmeller, IV, 284. Daher wird diese Art von Wächter auch Zirkler genannt. Handfeste von Schweidnitz von 1328 §. 7 bei T. u. St. p. 520. Schlager hat aus dem Wort Zirken ein Errichten von Wehren und Vorstadtthürnen und ein Pfählelegen gemacht.

20) Schlager, p. 14.

21) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 501 ff. und oben §. 134 u. 281.

22) Urk. von 1347 u. 1367 bei Kindlinger, Hör. p. 436 u. 469. In Wien nach Urk. von 1462 bei Sonckenberg, sel. jur. V, 171. Vergl. meine Gesch. der Fronhöfe, III, 510 ff.

23) Ochs, III, 181 u. 182.

24) Schlager, Wiener Skizzen, p. 33 u. 141 ff.

25) Frankfurter Stadtrecht von 1297 §. 26 in Wetteravia, p. 256. Zimmermann, I, 324. Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 517 ff.

26) Meine Gesch. der Fronhöfe, III, 509. und oben §. 128 u. 129.

Wie der Wachedienst in der Stadt so wurde auch der eigentliche Kriegsdienst, zumal der auswärtige Kriegsdienst, den durch ihren Gewerbsfleiß reich gewordenen Bürgern frühe schon lästig. Sie suchten sich daher, wie von jenem, so auch von diesem zu befreien. Dies führte in vielen Städten zum Loskauf von der zu stellenden bewaffneten Mannschaft²⁷⁾, zur Entrichtung einer fländigen Abgabe, eines sogenannten Pferddegeldes, statt des Dienstes zu Pferde²⁸⁾, oder zur Erhebung einer auf alle geistlichen und weltlichen Bürger vertheilten Kriegsteuer, wie dieses z. B. in Mainz geschehen sollte²⁹⁾, und zur Stellung von Soldtruppen (§. 134). Neben dem Söldnerwesen ist jedoch lange Zeit die alte Kriegsdienstpflichtigkeit der Bürger geblieben, in den meisten Städten bis zum dreißigjährigen Krieg, in manchen Städten aber auch noch länger, z. B. in Straßburg, wo noch im Jahre 1672 eine Wachordnung erschienen ist³⁰⁾. So angenehm und bequem nun aber auch dieses Söldnerwesen den gewerbsfleißigen Bürgern gewesen sein mag, so großen Nachtheil hat es ihnen doch auf der anderen Seite auch wieder gebracht. Denn das Söldnerwesen und die damit verbundene Befreiung der Bürger von dem regelmäßigen Kriegsdienst hat seit dem 16. und 17. Jahrhundert nicht wenig zur Untergrabung aller Wehrhaftigkeit der Bürger beigetragen. Mit ihrer Wehrhaftigkeit war aber auch eine Hauptstütze der bürgerlichen Freiheit selbst und mit dieser alle Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Städte dahin.

§. 391.

Zu den Gemeindediensten gehörten auch die Gemeindeämter und die Botschaften im Dienste der Stadt. Jeder Bürger war daher zu ihrer Annahme verpflichtet. So zur Uebernahme der verschiedenen städtischen Aemter die Bürger von Worms¹⁾, von

27) Urf. von 1336 bei Kinblinger, Hör. p. 405. quod in uno solo anno redimerunt servitium unius equi pro quatuor marcis. —

28) Wigand, denkwürdige Beitr. p. 114 u. 164.

29) Vertrag des Domkapitels mit der Stadt von 1525 §. 11 bei Schui III, 68.

30) Heiß, Zunftwesen, p. 126.

1) Urf. von 1491 bei Moriz, II, 204. Vergl. oben §. 140.

München ²⁾, von Basel ³⁾, von Freiburg ⁴⁾, von Strassund ⁵⁾, von Braunschweig ⁶⁾, von Eßlingen, von Augsburg u. a. m. Die in manchen Städten für einzelne Bürger bestehende Freiheit von der Annahme solcher Ämter beruhte auf einer besonders erteilten Befreiung, z. B. in Augsburg ⁷⁾, in Eßlingen ⁸⁾ u. a. m. Die ausnahmsweise bewilligte Freiheit hatte demnach keinen Einfluß auf die entgegenstehende Regel.

Dieselbe Regel galt aber auch hinsichtlich der Uebernahme von Botschaften an andere Städte oder Höfe oder an die Reichstage im Dienste der Stadt, z. B. in Memmingen ⁹⁾, in Nördlingen ¹⁰⁾, in Mainz ¹¹⁾. Man nannte diese städtischen Botschafter insgemein Rittmeister, weil bei der damaligen Beschaffenheit der Wege noch nicht gefahren werden konnte, vielmehr geritten werden mußte. Und man findet solche Rittmeister in fast allen hervorragenden Städten, z. B. in Basel, Speier, Köln, Ulm u. a. m. In Nördlingen ¹²⁾ und Speier wurden jedes Jahr zwei Rittmeister gewählt, welche den Ritt für die Stadt thun mußten ¹³⁾. Und in Köln sollten sogar von jeder Gasse jährlich ein oder auch zwei Rittmeister gewählt werden ¹⁴⁾. In Ulm wurden eigene Botschaftspferde von der Stadt unterhalten, auf welchen die Rittmeister zu reiten pflegten. Sie durften indessen auch auf ihren eigenen Pferden den Ritt für die Stadt thun, und sie erhielten sodann ein größeres Reitgeld ¹⁵⁾. In Augsburg mußte das Roß, auf welchem

2) Stadtr. §. 465 bei Auer, p. 178.

3) Gescheidordnung bei Dops, V, 70. Not.

4) Urk. von 1298 und Rathesordnung von 1396 bei Schreiber, I, 182, 134, 135, 141 und II, 105.

5) Fabricius, p. 26 u. 27.

6) Ordinarius senat. Brunsv. von 1408 §. 6 u. 7 bei Leibnitz, III, 451.

7) von Stetten, Geschl. Gesch. p. 58.

8) Pfaff, p. 151. Not. 98.

9) Stadtr. bei Freyberg, V, 809 f.

1) Stadtr. von 1818 §. 28 bei Senckenberg, vision. p. 360.

Rachlung von 1450 art 8.

, Stadtr. von 1818, §. 28.

Lehmann, p. 618.

Transfir von 1513, in Materialien zur Statistik, II, 1, p. 96 u. 97

Jäger, Ulm, p. 425 u. 426.

Wie der Wachdienst in der Stadt so wurde auch der eigentliche Kriegsdienst, zumal der auswärtige Kriegsdienst, den durch ihren Gewerbsfleiß reich gewordenen Bürgern frühe schon lästig. Sie suchten sich daher, wie von jenem, so auch von diesem zu befreien. Dies führte in vielen Städten zum Loskauf von der zu stellenden bewaffneten Mannschaft²⁷⁾, zur Entrichtung einer ständigen Abgabe, eines sogenannten Pferdegeldes, statt des Dienstes zu Pferde²⁸⁾, oder zur Erhebung einer auf alle geistlichen und weltlichen Bürger vertheilten Kriegsteuer, wie dieses z. B. in Mainz geschehen sollte²⁹⁾, und zur Stellung von Soldtruppen (§. 134). Neben dem Söldnerwesen ist jedoch lange Zeit die alte Kriegsdienstpflichtigkeit der Bürger geblieben, in den meisten Städten bis zum dreißigjährigen Krieg, in manchen Städten aber auch noch länger, z. B. in Straßburg, wo noch im Jahre 1672 eine Wachordnung erschienen ist³⁰⁾. So angenehm und bequem nun aber auch dieses Söldnerwesen den gewerbsfleißigen Bürgern gewesen sein mag, so großen Nachtheil hat es ihnen doch auf der anderen Seite auch wieder gebracht. Denn das Söldnerwesen und die damit verbundene Befreiung der Bürger von dem regelmäßigen Kriegsdienst hat seit dem 16. und 17. Jahrhundert nicht wenig zur Untergrabung aller Wehrhaftigkeit der Bürger beigetragen. Mit ihrer Wehrhaftigkeit war aber auch eine Hauptstütze der bürgerlichen Freiheit selbst und mit dieser alle Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Städte dahin.

§. 391.

Zu den Gemeindediensten gehörten auch die Gemeindeämter und die Botschaften im Dienste der Stadt. Jeder Bürger war daher zu ihrer Annahme verpflichtet. So zur Uebernahme der verschiedenen städtischen Aemter die Bürger von Worms¹⁾, von

27) Urk. von 1336 bei Kindlinger, Hör. p. 405. quod in uno solo anno redimerunt servitium unius equi pro quatuor marcis. —

28) Wigand, denkwürdige Beitr. p. 114 u. 164.

29) Vertrag des Domkapitels mit der Stadt von 1525 §. 11 bei Ed III, 68.

30) Heitz, Zunftwesen, p. 126.

1) Urk. von 1491 bei Moriz, II, 204. Vergl. oben §. 140.

München ²⁾, von Basel ³⁾, von Freiburg ⁴⁾, von Stralsund ⁵⁾, von Braunschweig ⁶⁾, von Eßlingen, von Augsburg u. a. m. Die in manchen Städten für einzelne Bürger bestehende Freiheit von der Annahme solcher Aemter beruhte auf einer besonders erteilten Befreiung, z. B. in Augsburg ⁷⁾, in Eßlingen ⁸⁾ u. a. m. Die ausnahmsweise bewilligte Freiheit hatte demnach keinen Einfluß auf die entgegenstehende Regel.

Dieselbe Regel galt aber auch hinsichtlich der Uebernahme von Botschaften an andere Städte oder Höfe oder an die Reichstage im Dienste der Stadt, z. B. in Memmingen ⁹⁾, in Nördlingen ¹⁰⁾, in Mainz ¹¹⁾. Man nannte diese städtischen Botschafter insgemein Rittmeister, weil bei der damaligen Beschaffenheit der Wege noch nicht gefahren werden konnte, vielmehr geritten werden mußte. Und man findet solche Rittmeister in fast allen hervorragenden Städten, z. B. in Basel, Speier, Köln, Ulm u. a. m. In Nördlingen ¹²⁾ und Speier wurden jedes Jahr zwei Rittmeister gewählt, welche den Ritt für die Stadt thun mußten ¹³⁾. Und in Köln sollten sogar von jeder Gasse jährlich ein oder auch zwei Rittmeister gewählt werden ¹⁴⁾. In Ulm wurden eigene Botschaftspferde von der Stadt unterhalten, auf welchen die Rittmeister zu reiten pflegten. Sie durften indessen auch auf ihren eigenen Pferden den Ritt für die Stadt thun, und sie erhielten sodann ein größeres Reitgeld ¹⁵⁾. In Augsburg mußte das Roß, auf welchem

2) Stadtr. §. 465 bei Auer, p. 178.

3) Gescheidordnung bei Dhs, V, 70. Not.

4) Urf. von 1293 und Rathsordnung von 1396 bei Schreiber, I, 132, 134, 135, 141 und II, 105.

5) Fabricius, p. 26 u. 27.

6) Ordinarius senat. Brunsv. von 1408 §. 6 u. 7 bei Leibnitz, III, 451.

7) von Stetten, Geschl. Gesch. p. 58.

8) Pfaff, p. 151. Not. 98.

9) Stadtr. bei Freyberg, V, 309 f.

10) Stadtr. von 1318 §. 28 bei Senckenberg, vision. p. 360.

11) Rachtung von 1480 art. 6.

12) Stadtr. von 1318, §. 28.

13) Lehmann, p. 618.

14) Transfir von 1513, in Materialien zur Statistik, II, 1, p. 96 u. 97.

15) Jäger, Ulm, p. 425 u. 426.

der Botschafter im Dienste der Stadt reiten sollte, von den Rathgebern gestellt werden¹⁶⁾. Ebenso hatte auch in Eßlingen der Stadtrath das Pferd zu stellen¹⁷⁾. Den gewöhnlichen Botendienst mußten in Straßburg die Kaufleute thun, und den Postdienst und den Staffetendienst in München, Eßlingen, Trier u. a. m. die Metzger¹⁸⁾.

§. 392.

Das Einkommen der Städte bestand ursprünglich in dem auf Grund und Boden lastenden Grundzins oder Wortzins (§. 105) und in anderen grundherrlichen Gefällen, z. B. in Rotenburg¹⁾, sodann in den von den Kaufhäusern und anderen Gewerbshallen und Gilbhallen, von den Verkaufsbänken, Ständen, Buden und von dem Markte selbst zu erhebenden Zinsen, Markt-, Pflaster- und anderen Geldern und Zöllen, seitdem jene Gebäude und Märkte von der Stadt selbst erworben worden waren (§. 189—192 u. 225), in heimgefallenen Erbschaften (§. 30), in Geldstrafen, Sporteln und Taxen^{1a)}, zuweilen auch, wiewohl selten, in Confiskationen²⁾, in dem Bürgeraufnahmsgelde (§. 369), in der Nachsteuer (§. 369), in vielen Städten auch in dem Judenzins (§. 298 u. 300), dann in den Naturaldiensten der Handwerker, welche später in Gelddgaben oder auch in eine Gewerbesteuer übergegangen sind³⁾. Erst wenn alle diese Gefälle zur Deckung der mit dem steigenden Verkehr sich mehrenden öffentlichen Ausgaben nicht hinreichten, pflegten auch die Stadtarmen und die gemeinen Marken beigezogen zu werden, oder es wurde sodann zur Besteuerung der Bürger und zur Anlegung neuer Zölle geschritten.

Die gemeinen Stadtmarken und Armenen waren ursprünglich zur Marknuzung der Bürger bestimmt. Im Nothfalle wurden sie indessen frühe schon auch für öffentliche Zwecke verwendet. Diese ursprüngliche Bestimmung der Armenen hat sich

16) Rathordnung von 1284 bei Stetten, Gesch. der Geschl. p. 369.

17) Pfaff, p. 108.

18) Meine Gesch. der Fronh. II, 323 u. 324.

1) Bensen, p. 307.

1a) Bensen, Rotenb. p. 322.

2) Dohs, II, 426.

3) Meine Gesch. der Fronh. II, 330 u. 331 ff.

jedoch wesentlich geändert, seitdem die Städte Sitze des Handels und Gewerbswesens geworden waren. Seitdem nämlich der Handel und das Gewerbswesen zur städtischen Nahrung, der Ackerbau und die Viehzucht aber zur Nebensache geworden waren, seitdem hatten die Marknutzungen für die Bürger nicht mehr den alten Werth. Der Ertrag der Gemeindegüter pflegte daher mehr und mehr für das allenthalben steigende Bedürfnis der Städte verwendet zu werden. Statt für die Gemeindebedürfnisse beizusteuern, zogen es die Bürger vor das Einkommen der gemeinen Mark und der Almenden der Stadtclasse ganz oder wenigstens theilweise zu überlassen (§. 380). Durch diese veränderte Bestimmung ward indessen die Natur der Gemeindegüter noch nicht geändert. Die Gemeindegüter blieben vielmehr nach wie vor genossenschaftliche, der Gesamtgemeinde in ungetheilter Gemeinschaft gehörende Güter. Erst seit der Anwendung des Römischen Rechtes wurde auch noch die rechtliche Natur dieser Güter geändert. Denn in fast allen Städten wurden sie nun das Eigenthum der Gemeinde Korporation als einer juristischen Person im Sinne des Römischen Rechtes. Von einer ungetheilten Gemeinschaft oder von einem Gesamteigenthum war daher nun in den meisten Städten nicht mehr die Rede. Das Eigenthum daran gehörte vielmehr der Korporation als einer juristischen Person. So war es in den größeren Städten von Baiern⁴⁾, von Kurhessen⁵⁾, von Preußen⁶⁾ u. a. m. Als Korporationsvermögen erhielten nun die Gemeindegüter, theilweise wenigstens, auch eine andere Bestimmung. Es pflegten nämlich die Gemeindegüter in zwei, streng genommen sogar in drei verschiedene Bestandtheile geschieden zu werden. Die Einen sollten ausschließlich zu allgemeinen Zwecken der Korporation verwendet und daher von der Korporation verpachtet oder von ihr selbst verwaltet oder auch, wie z. B. die Almenden zu Worms zur Bezahlung der Schulden veräußert^{6a)} werden. Man nannte sie Kammergüter, Stadtkammergüter oder Commungüter⁷⁾.

4) Kreittmayr, zum Bair. Landrecht, II, cap. 1. §. 6 Nr. 1 u. 2 p. 750 ff.

5) Dunder, das Gesamteigenthum, p. 185.

6) Preuß. Landr. II, tit. 6 §. 70 u. 71, tit. 8, §. 188—188.

6a) Urf. von 1278 bei Boehmer, font. II, 236.

7) Kreittmayr, zum Bair. Er. II, c. 1 §. 6 Nr. 1 u. 2. p. 750 ff. Preuß. Er. II, tit. 8 §. 188 ff. Statut von Alstedt, §. 15 bei Walch, VI, 207.

Sie wurden wie anderes Eigenthum behandelt nur mit dem Unterschiede, daß der Eigenthümer keine physische, vielmehr eine juristische Person war. Sie mußten daher auch wie jeder andere in der Stadtmart liegende Grundbesitz versteuert werden, z. B. in Alfeld⁸⁾. Andere Gemeindegüter blieben für den öffentlichen Gebrauch bestimmt, z. B. die Straßen, Märkte, Brunnen, Gemeinbäder, Gemeinbehäuser, Tanzhäuser, Schiesshütten u. dgl. m.⁹⁾. Und noch Andere sollten, wenigstens in manchen Städten, nach wie vor von den einzelnen Bürgern benutzt werden, z. B. die sogenannten Bürgerwaldungen, die Gemeinweiden und sonstigen Aemden in jenen Städten, in welchen sie sich auch in späteren Zeiten noch erhalten hatten, und die Gemeinbewasser. Zum Unterschiede von den Kämmerereigütern nannte man diese Art von Gemeindegütern die Bürgergüter¹⁰⁾.

§. 393.

Wenn nun auch die Gemeindegüter zur Bestreitung der städtischen Ausgaben nicht hinreichten, so kam es sodann zur Besteuerung der Bürger oder zur Anlegung neuer Zölle und zu anderen neuen Auflagen.

Die städtischen Steuern führten meistens dieselben Benennungen wie die öffentlichen Steuern¹⁾. Man nannte sie ebenfalls Beten oder petitiones, precariae Steuern, oder steurao, z. B. in Friedberg und Gelnhausen²⁾, Gewerfe oder Schatzungen, z. B. in Straßburg³⁾, Urbeten oder Dr-

- 8) Statut §. 15 bei Walch, VI, 207. „welche gemeine holtz der Stadt, wie andere ihre Commun guthere vorschazen vnnb vorsteyrenn muß.“

9) Kreittmayr, II, c. 1 §. 6 Nr. 1. Statute von Jlm und Teuchel bei Walch, V, 180 u. 188.

10) Preuss. Er. II, tit. 8 §. 159 ff. von Savigny, System, II, 288. Kreittmayr, II, c. 1 §. 6. Nr. 1 u. 2. Neumann, Gesch. von Götting, p. 48 u. 49. Vergl. noch oben §. 380.

1) Meine Gesch. der Fronh. III, 531 ff.

2) Urf. von 1299 bei Moser, I, 698 u. 753. steuram, exactionem et precariam. Urf. von 1312 bei Baur, Urkb. Arnsh. p. 280.

3) Urf. von 1512 bei Wender, Continuat. von Ausbürgern, p. 14 u. 137. — „Bett, Steur, Gewerff oder Schatzung daruff geschlagen.“

ben zu werden z. B. in Rotenburg die sogenannten Monats- oder Wochengelder³⁴⁾. Auch wurden die Steuern ursprünglich, wie auf dem Lande, meistens in Naturalien geleistet und erst später diese Naturalleistungen in Geldleistungen verwandelt, was jedenfalls der Natur der städtischen Nahrung, — dem Gewerbswesen, — angemessener war. So z. B. in den märkischen Städten³⁵⁾. Eben so beim Weinungelt in Speier³⁶⁾, in Rotenburg u. a. m.³⁷⁾. Auch die Bürger von Nürnberg mußten im 14. Jahrhundert und selbst noch im 16. Korn, ein sogenanntes Lösungskorn, liefern³⁸⁾.

Die städtischen Steuern und Abgaben waren ursprünglich auf dem Grund und Boden lastende Abgaben, also wahre Grundsteuern. Sie sollten daher, z. B. die *exactio* oder Schozze zu Schweidnitz, nach dem Werthe der Hovestat oder *area* erhoben werden (*exactionem dat secundum valorem areae*)³⁹⁾. Auch das Schozze zu Mühlhausen war eine Grundsteuer⁴⁰⁾. Eben so die Bürgersteuer zu Altomünster⁴¹⁾, das Schott in Rügenwald⁴²⁾, das Schot in Halle u. a. m.⁴³⁾ Späterhin erst wurden die Steuern auch auf das übrige Vermögen ausgedehnt oder von jedem Bürger eine bestimmte Abgabe erhoben. Und dann waren die Steuern entweder Personalsteuern oder Vermögenssteuern. Eigentliche Einkommensteuern kommen auch in den Städten nur selten vor. In Rotenburg hat jedoch eine solche nach der Steuerordnung von 1407 bestanden^{43a)} und in Basel wurde eine solche im Jahr 1376 eingeführt⁴⁴⁾. Und in Köln mußten bereits im

34) Bensen, p. 313.

35) Zimmermann, I, 283.

36) Lehmann, p. 313.

37) Bensen, Rotenb. p. 316. Vergl. Arnold, II, 260.

38) Jäger, Mag. III, 343 u. 344.

39) Urf. von 1293 §. 15 und von 1328 §. 35 bei L. u. St. p. 421 u. 524.

40) Statut von 1302 bei Grasshof p. 27.

41) Urf. von 1526 bei Mon. Boic. X, 366.

42) Urf. von 1312 bei Ludewig, IX, 587.

43) Haltaus, p. 1648. Vergl. noch meine Gesch. der Fronh. III, 529 u. 530.

3a) Bensen, p. 309, 310 u. 326.

4) Heusler, p. 236 f.

Jahre 1206 diejenigen Grundbesitzer, welche sich während des Krieges der Vertheidigung der Stadt entzogen hatten, eine Einkommensteuer entrichteten (*de singulis marcis redditum persolvent marcā nummorum*)⁴⁵). Eine Personalsteuer war das sogenannte Hauptrecht (Höfstrecht)⁴⁶) und das Hauptgeld in den Städten der Mark Brandenburg⁴⁷), dann die Kopfsteuer in Basel⁴⁸), der Wochenpfenning, der gemeine Pfenning und der Bronnen- und Thorschilling in Eßlingen⁴⁹), die Personalsteuer in Regensburg⁵⁰), das Hauptgeld in Görlitz⁵¹), das Personengeld in Speier⁵²) und der Bürgergrofchen in Nürnberg⁵³). Eine ganz eigenthümliche Steuer war in Rotenburg die Bürgerrechtssteuer. Das Bürgeraufnahmsgeld wurde nämlich daselbst nach und nach zu einer ständigen Steuer, welche jeder Bürger jährlich für den Genuß des Bürgerrechts entrichten mußte⁵⁴). Sie war demnach ebenfalls eine Personalsteuer. Eine von dem gesamten Vermögen, von dem beweglichen wie von dem unbeweglichen Vermögen zu erhebende Vermögenssteuer war in Basel die daselbst im 14. und 15. Jahrhundert erhobene außerordentliche Steuer, welche das neue Umgeld oder das gemeine Umgeld oder auch die Markzahl genannt worden ist⁵⁵), dann der Schoß

45) Vertrag von 1206 in Quellen, II, 27.

46) Urf. von 1472 bei Gerden, vet. march. I, 389

47) Urf. von 1473 bei Gerden, cod. dipl. Brandb. VIII, 503 f.

48) Verordn. von 1475 bei Dörs, IV, 298 u. 300.

49) Pfaff, p. 130 u. 132.

50) Jäger, Mag. I, 301.

51) Neumann, p. 40.

52) Lehmann, p. 753 u. 849.

53) Jäger, Mag. III, 344.

54) Bensen, p. 311.

55) Dörs, II, 282, 410, III, 9, u. 160. IV, 41, 298, 300 u. 301. Heusler, p. 286. Markzal heißt eigentlich der verhältnißmäßige Anteil, z. B. Rathsbefchluß von 1475 bei Dörs, IV, 300. — „nach Markzahl geben, wie es sich dem Gulden nach gebührt.“ Urf. von 1290 bei Boehmer, Frankf. Urkb. I, 247. *quilibet suam portionem ipsum contingentem, quod vulgariier dicitur margzal, persolvere debet.* Dann aber auch die nach dem Vermögen berechnete Steuer selbst, z. B. Rathsbefchluß cit. bei Dörs, IV, 301. „Und soll die Markzahl —“ und die Schillingsteuer — und die Fleischsteuer

und die Schatzung in Speier, welche daselbst wegen der wöchentlichen Entrichtung das Wochengelt genannt worden ist⁵⁶⁾, ferner die Beede in Frankfurt a. M.⁵⁷⁾, sodann das Schoz in Mühlhausen⁵⁸⁾ und in Schweidnitz⁵⁹⁾ das sogenannte Eidschoß oder Eidgeschoß in Zeitz, in Braunschweig und in Halle⁶⁰⁾, die Eidsteuer in Eßlingen⁶¹⁾, in Neutlingen⁶²⁾, in Memmingen⁶³⁾, wo sie auch die geschworne Steuer (geschworen stur) genannt wurde⁶⁴⁾, das Geschoß oder Eidgeschoß in Breslau⁶⁵⁾, und in Görlitz⁶⁶⁾, die Steuer in München⁶⁷⁾ und in Regensburg⁶⁸⁾ und die Losung in Nürnberg.

Auch diese Vermögenssteuer war ursprünglich, z. B. in Basel, Speier, Nürnberg u. a. m., eine nur im Nothfalle zu erhebende außerordentliche Steuer. Im Laufe der Zeit wurde aber auch sie zu einer ständigen jährlichen Abgabe. Und im Nothfalle wurde auch sie noch erhöht. Dieses geschah im Laufe des 15. Jahrhunderts mehrmals in Görlitz. Und man nannte diese außerordentliche Vermögenssteuer sodann, um sie von der ständig gewordenen ordentlichen Vermögenssteuer (von dem Geschoß) zu unterscheiden, ein Schatzgeld⁶⁹⁾. In Speier ist die Vermögenssteuer bereits im

„von Stund an gegeben werden.“ Daher sprach man auch vom Vermarkzahlen d. h. Steuer entrichten. Rathsbeschluß cit. p. 300.

„Die, welche nichts zu vermarkzahlen haben.“ —

56) Lehmann, p. 813. Vergl. noch p. 753, 839 u. 849.

57) Beedbuch von 1354 bei Römer-Büchner, Stadtverfassung, p. 59—61.

58) Statut aus 14. sec. bei Grasshof, p. 118. — „von alle dem daz „der Mensche hat sol her schoz gebe, ane wappen vnd cleyder.“

59) Handfeste von 1328 §. 41 u. 42 bei L. u. St. p. 261 u. 525

60) Haltaus, p. 281 u. 282.

61) Pfaff, p. 129.

62) Gayler, II, 15.

63) Jäger, Mag. IV, 167 ff.

64) Stadtrecht von 1396 art. 27 bei Freyberg, p. 297.

65) Grünhagen, p. 43. L. u. St. p. 261.

66) L. u. St. p. 261. Statut von 1433 bei Neumann, p. 42. Haltaus, p. 1648.

67) Stadtr. bei Auer, p. 176 §. 461, p. 179 §. 468 u. p. 295 §. 4.

68) Regiments Ordnung von 1514 bei Jäger, Mag. IV, 37.

69) Neumann, p. 42 u. 43.

Jahre 1457, nach dem Schöffgebot von diesem Jahre, eine ständige Steuer gewesen. Und für außerordentliche Ausgaben wurde sodann auch dort eine außerordentliche Vermögenssteuer erhoben, z. B. im Jahre 1462 für den Bau einer neuen Mühle⁷⁰⁾. Auf diese Zeit wurde aber die Vermögenssteuer sehr rückend und lästig. Daher die Beschwerden der Bürger von Zeitz, von Nürnberg u. a. m.⁷¹⁾. Dazu kamen die vielen Mißbräuche, welche sich bei der Erhebung dieser Steuern und bei der Finanzverwaltung eingeschlichen hatten, welche in Frankfurt a. M. zu dem Aufstande der Zünfte in den Jahren 1355 bis 1366 geführt haben⁷²⁾.

Die Erhebung dieser Steuer war nämlich sehr schwierig wegen der Schwierigkeit der Ermittlung des Vermögens eines jeden Bürgers. Man überließ es deshalb in den meisten Städten den Bürgern sich selbst zu versteuern⁷³⁾, oder sich selbst zu verschossen⁷⁴⁾ oder sich zu verscotten⁷⁵⁾, das heißt sich selbst zu schätzen, was durch eine eidliche Erklärung über das steuerbare Vermögen zu geschehen pflegte. Jedes nicht versteuerte oder verscotete Gut sollte nach der Bestimmung der Stadtrechte an die Stadt fallen. Auch sollte die Stadt das Recht haben das versteuerte Vermögen um den Schätzungspreis an sich zu ziehen, um dadurch zu verhindern, daß jemand sein Vermögen unter dem wahren Werthe angebe. So finden wir die Selbstschätzung schon seit dem 13. Jahrhundert in dem Kölner Städtchen Neuß⁷⁶⁾, in Stendal⁷⁷⁾. Eben so seit dem

70) Lehmann, p. 849.

71) Haltaus, p. 281. Räger, Mag. III, 346 ff. u. 350.

72) Kriegl, Bürgerzwiste, p. 22—28.

73) Memminger Stadtr. art. 87. „so sol iedermann sin guot versteinen als lieb ez im ist.“ —

74) Speir. Schöffgebot von 1457 bei Lehmann, p. 849.

75) Urk. von 1345 bei Gerden, vet. march. I, 92.

76) Urk. von 1259 bei Lacomblet, Urkb. II, 268 f. — *pauperes cum diuitibus equo modo iurent, ut de qualibet marca iuxta suas persoluant proportionaliter facultates.* Urk. von 1310, eod. III, 64.

77) Urk. von 1285 bei Lenz, I, 129. *Preterea tam divites quam pauperes in collectione exactionis iuramenta prestabunt, quod secundum positionem consulum de omnibus bonis suis taxationem mandatam solverint, et in nullo amplius gravabuntur, nisi tunc collectores exactionis sibi voluerint secundum*

15. Jahrhundert in Basel, wo man das Einziehen des Vermögens **um** den Schätzungspreis ein Auskaufen der Steuerpflichtigen genannt hat ⁷⁸⁾ und in Freiburg, wo im Jahre 1404 der Stadtrath **erkannt** hat, „den Erben sei nur so viel Gut heraus zu geben, als **versteuert** worden, das übrige werde der Rath zu Handen nehmen“ ⁷⁹⁾, dann in Regensburg ^{79a)}, in Neutlingen ⁸⁰⁾, in Nürnberg, Memmingen, Speier, Braunschweig, Halle, Zeitz u. a. m., **wahrscheinlich** auch frühe schon in Dortmund, indem sonst in dem alten Stadtrecht nicht von einer meineidigen Unterschlagung der Steuer die Rede sein könnte ⁸¹⁾. Die Selbstschätzung des steuerbaren Vermögens mußte nämlich allenthalben eidlich bekräftigt werden. Daher nannte man in Braunschweig, Halle und Zeitz die Steuer selbst eine eidliche Vermögenssteuer oder ein **Eidschoß** oder **Eidgeschöß** ⁸²⁾ und in Neutlingen und Eßlingen eine **Eidsteuer** ⁸³⁾, in Memmingen und München eine **geschworne Steuer** ⁸⁴⁾. Und den zu leistenden Eid nannte man in Nürnberg einen **Loßungseid**.

estimacionem, quam oretenus professi sunt cum juramento solvere bona sua, et se de bonis suis, si voluerint, libere intromittent; b. h. sie durften das Gut um den Schätzungspreis zu sich nehmen. Urf. von 1345 bei Gerden, vet. march. I, 92. „Und wo „od ein ißliß Mensch sien Gut verscottet bi sieme Eide da vor mag „die Rat der Stad das Gut beholden ofte die Rat dat dun will vor „so veele Marcke als he sien Gut verscottet.“ —

78) Rathesbeschuß von 1475 bei Dohs, IV, 300 u. 302. „also daß einen „Rath bedünken wollte, daß er das Gut nicht nach seinem Werth an- „gegeben, noch versteuert hätte, den soll und mag ein Rath also aus- „kaufen um den Pfandschilling, wofür er es gewürdiget hat, und sol- „ches Gut zu der Stade Handen ziehen.“

79) Schreiber, Gesch. von Freiburg, II, 220.

79a) Regimentsordnung von 1514 bei Jäger, Mag. IV, 37 u. 40.

80) Gayler, II, 15 u. 16.

81) Stadtr. aus 13. sec. §. 33 bei Wigand, Gesch. von Norvei, II, 219. De collecta. quicumque perjurus reperitur et collectam suam subtraxerit. consules de omnibus bonis suis se intromittunt.

82) Haltaus, p. 281 u. 282.

83) Gayler, II, 15.

84) Memminger Stadtrecht, art. 37. Münchner Stadtkammerrecht von 1431 in Bair. Annalen von 1833, p. 829.

Die Art und Weise der Selbstschätzung war indessen wieder verschieden in den verschiedenen Städten. In manchen Städten, z. B. in Basel, mußten die Bürger die Erklärung über ihr steuerbares Vermögen den Steuerherren abgeben. Sie durften sich demnach zwar selbst schätzen. Sie mußten jedoch ihre Schätzung den Steuerherren mittheilen, dieselbe eidlich bekräftigen und sodann die selbstgeschätzte Steuer den Steuerherren entrichten. Wogegen aber auch die Steuerherren wieder einen Eid leisten mußten, daß sie die abgegebene Erklärung „geheim behalten und bis in ihren Tod „heimlich und verschwiegen von dieser Welt tragen“ wollten. Auch waren die Bürger in Basel verpflichtet die verdächtigen Selbstschätzungen dem Stadtrath zu rügen⁸⁵⁾. Eben so durften in Bamberg die Bürger ihr Vermögen selbst taxiren. Sie mußten es aber den dazu bestimmten Magistratsherren angeben. Und diese bestimmten sodann nach dem jedesmaligen Bedürfnisse den Betrag der Steuer selbst. Dieser sollte aber geheim gehalten und selbst der Frau und den Kindern nicht mitgetheilt werden⁸⁶⁾. Auch in München berechneten die Steuerpflichtigen ihre Steuer selbst. Und die Steuereinnehmer durften nichts weiter von ihnen verlangen, als die Abgabe einer eidlichen Erklärung über die von ihnen berechnete Steuer⁸⁷⁾. In ähnlicher Weise wurde in Brünn die Lösung beschworen⁸⁸⁾. Anderwärts, z. B. in Nürnberg, brauchten die Bürger bloß zu beschwören, daß sie die Vermögenssteuer gewissenhaft entrichten wollten⁸⁹⁾. Jeder Bürger legte sodann die Lösung in der Lösungstube in eine verborgene Schublade und zeigte der Behörde bloß seinen Namen an, welcher hierauf in den Büchern ausgethan wurde. Dieses ein allzugroßes Vertrauen auf die Rechtlichkeit der Bürger voraussetzende Verfahren hatte jedoch einen doppelten Nachtheil. Einerseits suchte man in dem Schauamte das Vermögen der Bürger insgeheim auf Umwegen zu erfor-

85) Ochs, IV, 301 u. 302.

86) Roppelt, I, 105 u. 106.

87) Stadtr. bei Auer, p. 176 §. 461 u. p. 295 §. 6.

88) Schöffensatzung bei Rößler, p. 388.

89) Der Lösungseid war mit dem Bürgereid verbunden und umfaßte alle Rechte der Bürger. Stadtrecht aus 14. sec. bei Siebenkees, Beitr. 1. t. R. V, 214 u. 215.

schen, was zu vielerlei Unannehmlichkeiten geführt hat. Andererseits brachte jenes Verfahren auch den Bürgern den Nachtheil, daß sie über die entrichtete Losung keine Quittung bekamen, was denn zu vielen Prozessen, und sogar zu öfters vielleicht ungerechten Strafen geführt hat. Sehr streng war man in Nürnberg auch gegen die Losungsrestanten. Man führte zur strengeren Beitreibung der Losung ein eigenes Losungsrestantenamt ein. Und die Strafe der Restanten war der Nasenbrücker, d. h. das Legen in einen Sarg, der keinen gewölbten, vielmehr einen platten Deckel hatte⁹⁰⁾.

Für die Erhebung der Vermögenssteuer führte man in manchen Städten eigene Beamte ein, in Basel, wie wir gesehen, die Steuerherren, in Nürnberg die Losunger oder Losungsherren, Losungamtleute oder Losungräthe, in Bremen die Schottsherren⁹¹⁾, in Reutlingen die Steuerherren⁹²⁾, in Eßlingen einen Steuermeister mit einem Gegen-schreiber⁹³⁾, in Memmingen ein Anlagamt⁹⁴⁾, in München drei sogenannte Steuerer⁹⁵⁾, in Regensburg mehrere Steuerherren (Steher Herren)⁹⁶⁾. Meistentheils wurde aber auch diese Steuer von den gewöhnlichen Steuerbeamten, von den Stadtkämmerern u. s. w. erhoben.

§. 394.

Die Steuern, von denen bisher die Rede war, lasteten auf allen Bürgern, aber auch bloß auf den Bürgern. Sie waren nach unserem heutigen Sprachgebrauch direkte Steuern. Außerdem führte man aber frühe schon auch noch andere Steuern in den Städten ein, welche indirekt auf allen Einwohnern, also auf den Bürgern und Weisassen, lasteten, welche man daher indirekte Steuern zu nennen pflegt.

90) Jäger, Mag. III, 345—351.

91) Oelrichs, glossar, p. 118.

92) Gayler, II, 15

93) Pfaff, p. 129.

94) Jäger, Mag. IV, 171.

95) Stadtr. §. 461 bei Auer, p. 176 u. 295.

96) Regimentsordnung von 1514 bei Jäger, Mag. IV, 37—40.

Eine der ältesten Steuern dieser Art war das Ungelt, nicht Umgeld, wie es unrichtiger Weise in früheren Zeiten und sogar heute noch öfters geschrieben wird ¹⁾. Man verstand darunter alle von eingehenden Lebensmitteln und Waaren und von ihrem Verbräuche erhobene Abgaben. Das Ungelt führte übrigens auch noch andere Benennungen. Es wurde, weil es in den Bürgerversammlungen (in assisiis) verabrebet und aufgelegt zu werden pflegte, öfters auch assisia genannt, z. B. in Coblenz ²⁾, in Bonn ³⁾ und in Köln ⁴⁾, dann aber auch noch assicio ⁵⁾, assisia ⁶⁾, accisia, cysa, cisa und sissa ⁷⁾, woraus später das Wort Accise gemacht worden ist. Dieses Ungelt oder die Affise, Eise und Accise kommt schon seit dem 13. und 14. Jahrhundert vor in Hagenau ⁸⁾, in Freiburg ⁹⁾, in Friedberg in der Wetterau ¹⁰⁾, in Straßburg ¹¹⁾, in Neutlingen ¹²⁾, in Eßlingen ¹³⁾, in Weßlar ¹⁴⁾,

1) Z. B. von Psaff, Gesch. von Eßlingen, p. 224., von Jäger, Gesch. von Augsburg, p. 148., von Schreiber, Urfb. von Freiburg, I, 96. u. a. m.

2) Urf. von 1276 bei Günther, II, 416—417. — assisyam seu collectam que Vngelt vulgariter nuncupatur. — Vergl. noch Henschel, I, 449.

3) Urf. von 1350 u. 1377 bei Lacomblet, Archiv, II, 815. — assisias antiquas. —

4) Urf. von 1271 bei Lacomblet, Urfb. II, 358. contributionem que assisia appellatur vulgariter. Rathsordnung von 1363 bei Ennen, Quellen, I, 135. „eine affyse up den wijn — affise vmb eyu ge- „meyn best der stät.“ Ennen, Gesch. II, 603.

5) Urf. bei Seibert, II, 1. p. 619.

6) Freiheit von Lechnich von 1279 §. 27 bei Kindlinger, Samml. I, 113.

7) Urf. von 1340 bei Hontheim, II, 143. de ungelt sive cysa, vulgariter dicta Ungelt. Urf. bei Seibert, II, 1 p. 625. Urf. von 1318 bei Lacomblet, Archiv, II, 85. — collectas de rebus venalibus quas vulgariter dicuntur cysa. — Vergl. Henschel, I, 46 u. 449, VI, 266.

8) Stadtrecht von 1255 bei Schoepflin, I, 412.

9) Urf. von 1282 bei Schreiber, I, 93 u. 96.

10) Urf. von 1285, 1395 u. 1432 bei Mader, I, 61, 210, 275 u. 306.

11) Scherz, gloss. p. 100.

12) Urf. von 1398 bei Gayler, p. 100.

13) Urf. von 1391 bei Psaff, p. 224.

in Basel, Worms, Speier, Konstanz, Hagenau, Köln, Coblenz, Coesfeld, Regensburg, München, Landsberg und in anderen Bai-
rischen Städten (§. 30, 389 u. 428), wahrscheinlich auch in Lübeck
und in anderen Städten Altsachsens¹⁵⁾, insbesondere auch in den
Westphälischen Städten¹⁶⁾, und noch häufiger seit dem 15. Jahr-
hundert, z. B. in Lucern¹⁷⁾, in Rain¹⁸⁾, in Augsburg¹⁹⁾, in den
märkischen Städten²⁰⁾ u. a. m. In Basel bestand neben dem
Weinungeld (Weinungelt, einer Abgabe vom Wein, der am
Zapfen ausgeschenkt wurde)²¹⁾, auch noch ein Mehlungeld,
welches man auch das Mühlenungeld (Muhli Ungeld) und
das Kornungeld genannt hat²²⁾. In Speier neben dem
Weinungelt noch ein Mahlungelt²³⁾, in Rotenburg außer dem
Weinungelt auch noch eine Salzsteuer und eine Mehl-
steuer²⁴⁾, in Freiburg neben dem Weinungelt und Kornungelt auch
noch ein anderes Ungelt²⁵⁾. Eine Unterart des Ungeltes war
unter Anderen auch die Auflage auf das Bier, die sogenannte
Bierziese in Magdeburg und in den märkischen Städten²⁶⁾.
Auch das Ungelt war ursprünglich keine ständige Steuer. Es
wurde vielmehr nur in dringenden Fällen, je nach dem Bedürfnisse,
auf kürzere oder längere Zeit decretirt. Das wachsende Bedürfniß
nöthigte aber frühe schon manche Städte, auch diese Abgabe in eine
ständige Steuer zu verwandeln, z. B. in Basel bereits im 14.
Jahrhundert das Weinungelt²⁷⁾.

Außer den an die öffentliche Gewalt zu entrichtenden Zöl-

14) Vergleich von 1393 §. 10 bei Ulmenstein, I, 506.

15) Arg. Urf. von 1226 im Lüb. Urkb. I, 47.

16) Urf. bei Seibert, II, 1. p. 619 u. 625.

17) Urf. von 1415 u. 1418 im Geschichtsfreund, I, 8 u. 10.

18) Urf. von 1403 bei Lori, p. 93 u. 94.

19) Jäger, Augsb. p. 148.

20) Urf. von 1473 bei Gerden, cod. dipl. Brandb. VIII, 508.

21) Döb, II, 404, 405, III, 204.

22) Döb, II, 405—409, III, 204, V, 98.

23) Lehmann, p. 568, 630, 713, 813 u. 839.

24) Benjen, p. 316 u. 319.

25) Urf. von 1282, 1300 u. 1316 bei Schreiber, I, 96, 155 u. 208.

26) Zimmermann, I, 289 u. 299.

27) Heusler, p. 234.

len, welche nach und nach auch von den Städten erworben werden sind, führten auch die Städte selbst noch eigene städtische Zölle ein, z. B. in Basel schon im 14. Jahrhundert einen Zoll, welchen man zum Unterschiede von dem bischöflichen Zoll einen neuen Zoll („nuwen Zoll oder der Stadt nüwen Zoll“) genannt hat. Er war ein Transitzoll und wurde daher auch Fürgangzoll genannt²⁸⁾. Eben solche Stadtzölle findet man in Konstanz²⁹⁾, in Lucern³⁰⁾, in den märkischen Städten³¹⁾, in Görlitz, Breslau, Zittau³²⁾ u. a. m. Einen Brückenzoll findet man z. B. in Steinau³³⁾ und in Frankfurt an der Oder³⁴⁾, dann einen Brückenzoll und ein Weggeld in Zittau³⁵⁾, einen Brücken- und Thorzoll und außerdem noch ein Weggeld in Basel³⁶⁾. In München außer dem Thorzoll, dem sogenannten Ehezell (dem ehemaligen Ungelt), auch noch einen Pflasterzoll und einen Salzscheibenzoll, welche Zölle allein schon im 15. Jahrhundert jährlich eine bedeutende Summe (1200 bis 1800 Pfund) eintrugen³⁷⁾. In Rotenburg außer dem Thorzoll noch einen Marktzoll und ein Weggeld³⁸⁾. In Freiburg einen Thorzoll, Marktzoll, Wochenzoll und Pfundzoll³⁹⁾. In Köln einen Bestadepfenning für das mit Kaufmannsgut beladene Fuhrwerk⁴⁰⁾.

Eine Art von Zoll war auch das z. B. in Basel erhobene Geleitsgeld⁴¹⁾. Für dieses Geleitsgeld mußte aber der Stadt-

28) Dds, II, 414—426, V, 99.

29) Urk. von 1357 bei Pistorius, III, 699.

30) Urk. von 1415 u. 1483 im Geschichtsfreund, I, 8 u. 12.

31) Zimmermann, I, 301.

32) L. u. St. p. 258.

33) Urk. von 1848 bei L. u. St. p. 560.

34) Zimmermann, I, 299.

35) L. u. St. p. 258.

36) Dds, II, 410, 416, 417, 426, III, 541.

37) Bairische Annalen von 1833, p. 826.

38) Bensen, p. 320 u. 321.

39) Rathsordnung von 1373 bei Schreiber, II, 11—14. Schreiber, Gesch. von Freiburg, II, 219 u. 221:

40) Ennen, Gesch. II, 527.

41) Geleits- oder Zolltarif von 1474 bei Dds, V, 101.

rath und die Stadtgemeinde, wenn jemand auf der Straße beraubt worden war, wie jeder andere Geleitsherr, für den Ersatz der geraubten Gegenstände haften ⁴²⁾).

Auch die ersten Anfänge einer Gewerbesteuer reichen schon bis ins 12. oder doch bis ins 14. Jahrhundert hinauf. Die in den alten Städten vorkommenden Naturaldienste der Handwerker waren wohl Abgaben, aber keine Steuern. Seit dem 12. Jahrhundert, anderwärts indessen erst seit dem 14., sind jedoch diese Naturalleistungen mehr und mehr in Gelbabgaben und sodann in wahre Gewerbesteuern übergegangen (§. 392). Dahin gehört der schon seit dem 12. Jahrhundert in Horehusen, dem späteren Marsberg, erhobene Bieraufschlag und die von den Schustern und Webern erhobene Steuer ⁴³⁾, dann der seit dem 14. Jahrhundert in Berlin, Köln und Ruppin vorkommende Gewerkezinß der Gewandschneider, Schuster, Gerber, Bäcker, Kürschner, Wollenweber, Schlächter u. a. m. ⁴⁴⁾, ferner das Scot der Bierschenter in Löwenberg ⁴⁵⁾, das Geschoß der Hufschmiede und Kramer in Strehlen ⁴⁶⁾ u. a. m. Auch das Schoß von den Fleisch-, Brod- und Schuhbänken in Schweidnitz scheint mehr eine Gewerbesteuer als ein Standgeld gewesen zu sein ⁴⁷⁾. Eben so das Fenstergeld, welches die Handwerker in Brieg für das Recht Waaren an den Fenstern aufstellen zu dürfen entrichten mußten ⁴⁸⁾.

§. 395.

Ursprünglich waren alle Bürger, aber auch nur die Bürger steuerpflichtig. Denn die Rechte und Verbindlichkeiten

42) Erkenntniß von 1461 bei Ohs, V, 223 u. 224. Vergl. oben §. 98.

43) Norweisches Güterverzeichnis von 1106 bei Kindlinger, II, 129. — de mulieribus a quibus cervisia venundatur VI solidos De sutoribus, de textoribus — VI solidos.

44) Fibicin, I, 23—25. Die Einnahmen des Raths von Ruppin bei Niebel, dipl. Beitr. p. 318. Zimmermann, I, 194.

45) Willkür von 1311 §. 6 bei L. u. St. p. 489.

46) L. u. St. p. 261.

47) Landfeste von 1328 §. 36 bei L. u. St. p. 524.

48) Zimmermann, I, 298.

gingen stets Hand in Hand mit einander. Wer demnach keine Rechte, hatte auch keine Pflichten.

Alle Arten von Stadtbürger, gleichviel welchen Standes sie waren, waren steuerpflichtig, z. B. in Augsburg ¹⁾, in München ²⁾, in Münden (*sicut alii opidani*) ³⁾, in Warendorp (*sicut alii nostri opidani facere tenentur*) ⁴⁾, in Soest (*sicut nostri coopidani facere consueverunt*) ⁵⁾, in Beckum ⁶⁾, in Gelnhausen ⁷⁾, in Heilbronn ⁸⁾, in Lindau ⁹⁾, in Nördlingen ¹⁰⁾, in Weissenburg im Nordgau ¹¹⁾, in Glogau ¹²⁾ u. a. m. Alle Arten von Stadtbürgern waren demnach steuerpflichtig. Es wird daher in manchen Stadtrechten dieser Satz umgekehrt und verordnet, daß alle in der Stadt angeessenen Leute, auch die zinspflichtigen Leute, als Stadtbürger betrachtet werden sollten, wenn sie die städtischen Steuern entrichteten, z. B. in Regensburg (*homines, qui communi jure ipsorum reguntur, et concives eorum sunt, cum eisque consuetudines suas in dandis collectis et aliis, que ad usum spectant civitatis,*

- 1) Urf. von 1288 bei Moser, Reichst. Handb. I, 92 u. 93. *quod omnes res et possessiones — in quascunque etiam personas, qualicumque titulo transferantur, a precarie sive stivre onere nullatenus eximantur, sed stivram solvant eis impositam et imponendam.* —
- 2) Urf. von 1294 bei Bergmann, II, 9. „Daz alle die, die sie in der „Stat, oder außerhalb — Haus und Hof, eigen oder lehen, „ez si gartte, porgartte, Hofstatt, oder swie ez genant si, habent mit „in stiwern sulen.“ — Stadtrecht bei Auer, p. 83. — „purger sint, „die wachten und steurent mit andern purgern.“
- 3) Urf. von 1336 bei Rindlinger, Hör. p. 405.
- 4) Urf. von 1347 bei Rindlinger, p. 436.
- 5) Urf. von 1288 bei Seiberh, II, 1 p. 513.
- 6) Urf. von 1367 bei Rindlinger, p. 469.
- 7) Urf. von 1299 bei Moser, Reichst. Handb. I, 753. *quod omnes homines, cujuscunque status aut conditionis existunt, de omnibus possessionibus et bonis infra fines seu territorium oppidi nostri Geilnhusen constitutis, steuram, exactionem vel precariam cum ipsis civibus solvere teneantur.* —
- 8) Urf. von 1318 bei Moser, II, 1.
- 9) Urf. von 1338 bei Moser, II, 111 ff.
- 10) Urf. von 1348 bei Moser, II, 235.
- 11) Urf. von 1316 bei Moser, II, 824.
- 12) Weisthum von 1302 §. 8 bei L. u. Et. p. 445.

observant ¹³). si homo, qui censualis dicitur, continuam fecerit in civitate residentiam, jura civitatis conservando in dandis collectis et aliis, quae a civibus statuuntur) ¹⁴). Und wer nicht mit den Bürgern steuerte, der wurde auch nicht als Bürger betrachtet, z. B. in Goslar. („We mit uns nicht ne scotet, de is en „gast unde nen bōrghere“) ¹⁵).

Auch die in der Stadt angesessenen und ins Bürgerrecht aufgenommenen Edelleute und Geistlichen waren ursprünglich von dieser Regel nicht ausgenommen. Die in einer Stadt ansässige Ritterschaft befand sich nämlich in derselben Lage, wie die Ritterschaft auf dem Lande. Sie war der öffentlichen Gewalt und ihren Dienstherren heerdienstpflichtig, in den Reichsstädten dem Kaiser und dem Reich, in den Landstädten dem Landesherrn. Dafür war sie aber auch steuerfrei, hier frei von den landesherrlichen Steuern, dort aber frei von den Reichssteuern. Diese Steuerfreiheit bezog sich jedoch einzig und allein auf die öffentlichen Steuern (§. 229). Denn als Stadtmartgenossen waren auch die Ritter zur Leistung der Gemeinbedienste und Abgaben verbunden. Als Ritter mußten sie demnach mit den übrigen ritterbürtigen Bürgern der Stadt zu Pferd dienen, z. B. in Zürich ¹⁶), in Basel u. a. m. ¹⁷), und als Stadtmartgenossen zu Weg und Steg fronen und die übrigen Gemeinbedienste und Abgaben leisten ¹⁸), insbesondere auch die Vermögenssteuer, z. B. in Basel ¹⁹). Das Ungelt u. s. w. entrichteten z. B. in Raub ²⁰). Ganz dasselbe gilt nun auch von der Dienst- und Steuerpflichtigkeit der Geistlichen und der in der Stadtmart angesessenen geistlichen Stifter und Klöster (§. 375). Auch gilt dieses nicht bloß von den auf Grund und Boden lastenden Steuern, von der sogenannten

13) Urf. von 1207 bei Gemeiner, Urspr. von Regensburg, p. 69.

14) Regensb. Privileg. von 1280, §. 22.

15) Stadtr. bei Götschen, p. 101.

16) Richtbrief, IV, 16 u. 82.

17) Bischofsrecht §. 2.

18) Meine Gesch. der Markenverfassung, p. 187. und oben §. 375.

19) Heusler, p. 237—238. Vergl. oben §. 376.

20) Stadtordnung von 1894 §. 1 bei Mone, XVII, 379.

Grundsteuer, sondern auch von der allgemeinen Vermögenssteuer, von dem Ungelt, Malgelt u. s. w. und von den Zöllen, z. B. in München²¹⁾, in Frankfurt²²⁾, in Basel²³⁾, in Straßburg u. a. m. (§. 376) und insbesondere auch von der Gewerbesteuer. Zwar sollten die Geistlichen und ihre Untergebenen in der Regel keinen Handel und kein Gewerbe treiben. Wenn sie es aber dennoch thaten, so waren auch sie der Gewerbesteuer und den übrigen bürgerlichen Abgaben unterworfen, z. B. in Augsburg²⁴⁾, in Weßlar²⁵⁾ u. a. m., insbesondere auch in den französischen Städten (§. 376).

Ursprünglich waren demnach auch die in der Stadtmart angehessenen Edelleute und Geistlichen steuerpflichtig. Und in vielen Städten sind sie auch, wie wir gesehen, in späteren Zeiten noch steuerpflichtig geblieben. In anderen Städten ist es aber seit dem Siege der Zünfte den Edelleuten und der Geistlichkeit gelungen die Steuerfreiheit ganz oder theilweise zu erringen. Die Freiheit von der Grundsteuer haben sie, wie wir gesehen, in manchen Städten für immer, in anderen wenigstens für einige Zeit erhalten (§. 376). Eben so erhielten sie in manchen Städten Freiheit von der allgemeinen Vermögenssteuer, z. B. die Geistlichkeit in Weßlar Freiheit von dem Geschöß, jedoch nur für ihre Person, nicht aber für jene Laien, denen sie ihre Wohnungen vermiethet hatten²⁶⁾. Eben so erhielten die Domherren in Lübeck ganz allgemeine Steuerfreiheit, jedoch nur für ihre Person²⁷⁾, nicht aber für ihren Grund und Boden, wenn sie diesen verpachtet oder an andere Leute hin-

21) Stadtr. §. 459 bei Auer, p. 175.

22) Urf. von 1333 bei Böhmer, p. 525.

23) Heusler, p. 237 u. 238.

24) Urf. von 1251 u. 1276 bei Freyberg, Rechtsalterth. p. X u. XI und Jäger, Augsburg, p. 149. Urf. von 1276 bei Lünig, Reichsarchiv, P. sp. cont. IV, T. 1. p. 89.

25) Urf. von 1404 bei Ulmenstein, I, 536.

26) Urf. von 1404 §. 9 bei Ulmenstein, I, 536.

27) Urf. von 1164 im Urkb. Bisth. Lübeck, I, 11. nulla eis in structuris collectis ne ad opus civitatis faciendis imponatur necessitas. nullis omnino prestationibus ad quibuscumque oneribus. que ratione civillitatis exigii solent. astringi possint vel alligari.

gegeben hatten²⁸⁾. Steuerfrei für ihre Person waren auch die Geistlichen in Münster²⁹⁾ und in Augsburg³⁰⁾. Auch von der Entrichtung der Weggelder und der Mahlgelder wurden die Geistlichen in Weßlar befreit³¹⁾, und in vielen Städten auch von den übrigen indirekten Abgaben. In Köln z. B. waren die Geistlichen frei von dem Bierpfenning und von dem Malpfenning (*denarios cervisiales et denarios qui dicuntur malpenning*)³²⁾. In Weßlar waren sie frei von dem Ungelt beim Verzapfen ihres selbstgezogenen Weines³³⁾, und in Weissenburg wenigstens dann, wenn sie ihren selbstgezogenen Wein im Großen in Fässern und nicht maßweise verkauften³⁴⁾. In Worms war die von der Geistlichkeit in Anspruch genommene Steuerfreiheit ein Hauptgrund der fortwährenden Streitigkeiten mit der Bürgerschaft. Das Ungelt bestand nämlich dort schon um das Jahr 1233³⁵⁾. Da es jedoch auch von der Geistlichkeit erhoben werden sollte, wurde es auf Betreiben des Bischofs schon im Jahre 1269 wieder abgeschafft³⁶⁾. Im Jahre 1283 ward es jedoch abermals eingeführt³⁷⁾. Die in der Stadt angesessenen Geistlichen führen zwar fort ihre Steuerfreiheit geltend zu machen. Sie erlangten aber doch nur Zoll- und Schatzungsfreiheit für ihre geistlichen Güter („Pfaffengüter“) und für den Transport und Verkauf der selbst gezogenen

28) Urf. von 1256 im Urfb. Bisth. Lübeck, I, 110 f. *Set quicumque prephatas areas inhabitaverint ad communia civitatis onera tenebuntur.*

29) Urf. von 1184 bei Wilkens, p. 96. — *aream a civili collecta, quam Schot vocant eximentes.*

30) Vergleich von 1251 bei Freyberg, p. XI. *ut nec collectam nec stiu-ram ullam persoluant.* —

31) Urf. von 1404 §. 7 u. 8 bei Ulmenstein, I, 535.

32) Spruch von 1264 bei Lacomblet, II, 318.

33) Urf. von 1404 §. 12 bei Ulmenstein, I, 537.

34) Grimm, I, 764. *ab omni exactione, que vulgo dicitur ungelt — immunes, et vina sua summatim possint et in grosso per dolia vendere debeant et carratas non per mensuras, prout consuetum est fieri in tabernis.* —

35) Urf. von 1233 bei Schannat, II, 114 u. 115.

36) Zwei Urf. von 1269 bei Schannat, II, 184 u. 185.

37) Vergl. von 1283 §. 2 bei Schannat, II, 145.

Früchte und Weine ³⁸⁾, sodann das Recht den selbst gezogenen Wein während einer bestimmten Zeit im Jahre frei von allem Ungelt zu verzapfen ³⁹⁾. Die von ihnen zum Wiederverkauf gekauften Früchte, Weine und Waaren sollten sie jedoch wie die anderen Bürger verzollen ⁴⁰⁾. Eben so sollten die Geistlichen auch in Weßlar u. a. m. das Ungelt von den nicht auf ihren eigenen Gütern gezogenen Weinen entrichten ⁴¹⁾. Und in Weissenburg sollten sie, wenn sie den Wein maßweise verkauften, denselben Abgaben unterworfen sein, wie andere Wirths und Kaufleute ⁴²⁾.

Die Steuerfreiheit der Ritter, Edelleute und Geistlichen war demnach in den verschiedenen Städten sehr verschieden bestimmt. Diese verschiedenartigen Bestimmungen beruhten aber dennoch nicht auf bloßer Willkür, oder auf unbegründeten Privilegien, wie dieses öfters geglaubt wird und auch einigen Schein hat. Wenn man nämlich die Gemeindesteuern von den öffentlichen Steuern gehörig unterscheidet, so wird man auch bei der Steuerfassung der Stadtgemeinden eine mehr oder weniger naturgemäße Entwicklung erblicken. Den Gemeinde-Diensten und Steuern, welche ursprünglich sammt und sonders marktgenossenschaftliche Dienste und Steuern gewesen sind, waren nämlich alle Stadtmarktgenossen, also auch die in der Stadtmarkt angesessenen Dienstmannen, Edelleute und Geistlichen unterworfen. In Beziehung auf Gemeinde-Dienste und Steuern gab es keine Dienst- und Steuerfreiheit. Auch wird sich keine alte Stadt finden, in welcher die Edelleute und Geistlichen die Gemeinde-Dienste und Steuern verweigert hätten. Von den Gemeinde-Diensten und Steuern verschieden waren aber die öffentlichen Dienste und Steuern. Diese bestanden ursprünglich

38) Vergleiche von 1366 §. 9, von 1388 und von 1509 bei Schannat, II, 183, 202, 296, 297 u. 300.

39) Vergleiche von 1366 §. 9 und von 1509 bei Schannat, II, 183 u. 296.

40) Vergleiche von 1366 §. 9 und von 1509 bei Schannat, II, 183, 296, 297 u. 300. Vergl. noch Zorn, worms. Chron. p. 189.

41) Urf. von 1404 §. 12 bei Ulmenstein, I, 537.

42) Grimm, I, 764. — et si forsitam vina sua vendiderint, sive vendiderint per mensuras, juxta quod fieri assolet in tabernis, aliorum super hoc, oneri civium, sive negotiatorum subjaceant consuetudini atque legi.

hauptsächlich im Kriegsdienste und in der Heersteuer, und zwar in der Art, daß diejenigen, welche den Kriegsdienst in Person leisteten, von der Heersteuer frei waren, und umgekehrt diejenigen, welche die Steuer entrichteten, keinen Kriegsdienst zu leisten brauchten⁴³⁾. Nun war aber ursprünglich auch in den Städten der Kriegsdienst ein Königsdienst, also ein öffentlicher Dienst (§. 128). Daher waren auch diejenigen Stadtbürger, welche den Kriegsdienst in Person leisteten, vor Allen also die roßdienstpflichtigen Edelleute in der Stadt, frei von den öffentlichen Steuern (§. 229). Ihre Steuerfreiheit war demnach rechtlich begründet. Sie war indessen nur eine Freiheit von den öffentlichen Steuern. Und diese Freiheit blieb auch späterhin noch denjenigen, welche den öffentlichen Kriegsdienst in Person zu leisten hatten. Seitdem jedoch die Vertheidigung der Stadt den Stadtbürgern übertragen und diese so dann von dem auswärtigen Kriegsdienste mehr oder weniger befreit worden waren, seitdem hörte der Kriegsdienst der Bürger auf ein öffentlicher Dienst zu sein. Die Bewachung und Vertheidigung der Stadt wurde vielmehr nun ein Gemeindedienst, also eine Pflicht aller Bürger, auch der ins Bürgerrecht aufgenommenen Ritter und Geistlichen. Auch die Ritter und Geistlichen mußten demnach nun, wie die Stadtrechte sagen, mit den Bürgern reisen, wachen und steuern. Denn mit der veränderten Dienstpflicht hängt auch die Steuerpflicht zusammen. Die Ritter und Geistlichen mußten nun mit den übrigen Bürgern in Person dienen und daher auch mit ihnen steuern, wenn diese zur Bewachung oder zur Vertheidigung der Stadt Steuern entrichten mußten. Ihre Steuerfreiheit war nun ohne allen rechtlichen Boden. Denn von anderen als Heersteuern waren sie auch in früheren Zeiten nicht frei. Diese Veränderung in der Dienst- und Steuerpflichtigkeit datirt zwar in den meisten Städten schon vor der Zeit des Sieges der Günstigen. Meistentheils trat sie jedoch erst seit dieser Zeit hervor, weil erst seit dieser Zeit mit dem vermehrten Bedürfnisse auch die Steuern sich mehrten und die siegreichen Günstigen mit den gleichen Rechten auch die gleichen Pflichten in Anspruch nahmen. Da nun die Ritter und Geistlichen sich nicht in Güte in dieses neue

43) Meine Gesch. der Fronhöfe, I, 444 ff., 451, III, 394 ff. und 511 ff.

Verhältniß finden konnten oder wollten, in den meisten Städten vielmehr ihre nun nicht mehr begründete Steuerfreiheit in Anspruch nahmen, so kam es fast allenthalben zum Kampfe, in welchem sie meistentheils unterlagen, in vielen Städten indessen, wie wir gesehen, auch Steuerfreiheiten in größerem oder geringerem Umfange zugestanden erhielten.

Die Steuerpflichtigkeit aller Arten von Bürger, gleichviel welchen Standes sie waren, blieb jedoch nach wie vor die Regel, in manchen Städten sogar bis auf unsere Tage. Eben so erhielt sich der weitere Grundsatz, daß nur die Bürger steuerpflichtig seien, noch längere Zeit, in manchen Städten bis ins 16. und 17. Jahrhundert. In Straßburg wurde jener Grundsatz noch im Jahre 1512 ausgesprochen. Wenn daher ein Bürger sein Bürgerrecht aufgesagt hatte, sollte sein in der Stadt gelegener Grundbesitz nicht mehr besteuert werden. („So ein Burger sin Burgrecht uffsagt, lossen man „in frey — leyt ihm daruff weder Steuer, Bett, Gewerff, Zynß „noch Gult, unnd inn der zyt so er Burger ist, würt es von ihm „genommen, unnd so er sin Burgrecht uffgesagt hatt, so ist er so- „lichß mitt sampt der burgerlichenn Dienstbarkeit ledig“⁴⁴⁾). Da jedoch die Aufgabe des Bürgerrechtes öfters bloß zur Befreiung von der Steuerpflichtigkeit mißbraucht worden war, so wurde z. B. in Zürich verordnet, daß diejenigen Ritter und anderen Bürger, welche ihr Bürgerrecht aufgegeben, aber dennoch in der Stadt ihren Wohnsitz behalten haben, gleich den übrigen Bürgern und Ritters dienst- und steuerpflichtig bleiben sollten⁴⁵⁾. Anderwärts sollten die aus der Bürgerschaft ausgetretenen Bürger binnen einer gewissen Frist ihre in der Stadt gelegenen Güter an einen Bürger verkaufen, und wenn dieses nicht geschehen war, die Güter wieder besteuert werden, z. B. in Neutlingen⁴⁶⁾.

44) Verordnung von 1512 §. 2 bei Wender, Continuat. von Aufburgern, p. 186.

45) Richtbrief, IV, 16. „Ewa ein burger sin burgrecht of git, vnd doch „in vnserre Stat wil wonhaft sin, der sol liben alle die gesehebe vnd „einbonge vnd diu gerichte, diu ein burger liben sol vmb alle sachen, — „Vnd sol der Ritter dienen mit dien Ritteren vnd der Burger mit dien „Burgern. Ewer des nicht tuon wil, der sol von der Stat rarn.“

46) Privileg von 1495 bei Gayler, p. 129. Vergl. oben §. 371.

§. 396.

Ursprünglich ruhten alle Steuern auf der Marktgemeinschaft, also auf dem Bürgerrechte. Daher waren nur die Stadtmarktgenossen (die Bürger) steuerpflichtig. Mit dem Austritt aus dieser Marktgemeinschaft (aus dem Bürgerrechte) hörte demnach auch die Steuerpflicht wieder auf. Alle übrigen in der Stadt wohnenden, aber nicht ins Bürgerrecht aufgenommenen Leute, die Weisassen, waren nicht in der Marktgemeinschaft. Sie hatten daher weder die auf jener Gemeinschaft ruhenden Rechte noch die damit zusammenhängenden Pflichten. Sie hatten wohl, wenn sie Hinterlassen oder Schutzhörige oder Schutzverwandte der Stadt waren, dieser ein Schutz- oder Schirmgeld, und je nach den Umständen auch eine grundherrliche Abgabe zu entrichten, z. B. in Basel u. a. m.¹⁾ So namentlich auch, wie wir gesehen, die Juden. Auch mußten sie, wie andere Hinterlassen, wenn es begehrt ward, Wachdienste leisten („hüten und wachen“) und daher ihre eigenen Waffen haben, z. B. in Basel²⁾ und bei den Zünften war dieses allenthalben der Fall (§. 281). Von den marktgenossenschaftlichen Diensten und Steuern waren sie aber ursprünglich gewiß allenthalben frei. Und in manchen Städten hat sich dieser ursprüngliche Stand der Dinge bis auf unsere Tage erhalten, z. B. in Meppen (§. 377). In den meisten Städten hat sich jedoch nach und nach dieses Alles geändert. Mit den Rechten der Weisassen sind auch ihre Pflichten gestiegen. Seitdem nämlich das Gewerbswesen und der Handel mehr und mehr in Aufnahme gekommen war und die bürgerliche Nahrung ihren Sitz in den Städten aufgeschlagen hatte, seitdem mußten auch die Gewerbsleute und insbesondere auch die Kaufleute Steuern entrichten. Denn es machte sich mehr und mehr der Grundsatz geltend, daß nur diejenigen an dem Handel und an den Gewerben und an der städtischen Nahrung überhaupt Antheil nehmen könnten, welche auch an den Gemeindelaften Theil nehmen, z. B. in Augsburg³⁾. Alle diejenigen, welche ein steuer-

1) Rathserkenntniß von 1525 bei Ochs, V, 518 u. 519.

2) Verordnung von 1526 u. 1534 bei Ochs, V, 543, VI, 489—490.

3) Urk. Rudolfs von Habsburg von 1276 bei Lünig, Reichsarchiv, P. sp. eont. IV, P. 1 p. 89. Imo quemadmodum quiete et emolumento

bares Gewerbe betrieben, sollten daher der Stadt Steuern und dienen z. B. in Augsburg („der sol dienen als ein ander burger mit „stiure vnde mit allem dienste. — Der ist der stat stiure schuldic „vnde mit in ze dienne“) ⁴⁾, in Regensburg ⁵⁾. Also auch diejenigen hörigen Hinterfassen, welche an und für sich steuerfrei waren, wenn sie ein steuerbares Geschäft betrieben, z. B. die hörigen Hinterfassen der geistlichen und weltlichen Grundherrschaften in Augsburg ⁶⁾, in Worms ⁷⁾, in Regensburg ⁸⁾ u. a. m. Eben so die hörigen Handwerker, wenn sie außer für ihre Herrschaft auch noch für Fremde arbeiteten, Handel trieben oder die Märkte besuchten, z. B. in Straßburg ⁹⁾, die Bäcker in Augsburg u. a. m. Den Bäckern in Augsburg war es nämlich verboten in der Stadt Korn zu kaufen, es außerhalb der Stadt zu backen und das Brot wieder einzuführen. Denn sie wären in diesem Falle steuerfrei gewesen

mercatorum seu mercimoniorum gaudere desiderat, sic, a servitiorum onere cum caeteris non sit immunis. Stadtr. von 1276 bei Freyberg, p. 44. „Man soll auch wizen daz ein ieglich „man der hie ze auspurch sihet vnde kaufet vnde verkaufet. Der sol „dienen als ein ander burger mit stiure vnde mit allem Dienste hinter „swem er sihet. Walch, IV, 93 §. 67.

4) Stadtr. von Augsburg bei Freyberg, p. 44 u. 119. Walch, IV, 93 u. 351.

5) Privileg. von 1230 §. 16. Item quicumque emendo et vendendo ritum negotiationis exercuerit ille reddat cum civibus collectas. —

6) Urf. von 1251 bei Freyberg, Stadtr. p. X u. XI. Stadtrecht §. 92 bei Walch, p. 117. „Wer auch in Chorherren oder in Dienstmann „höffen sihet und sies herren augen ist, und auch sines herren Brodt „isset und auch nicht geschäftes hat, noch keines vailen Marktes uffleget „in der stat noch uff dem Markt, noch in dem huß der soll ann sîn „sein, hat aber er Lipding an demselben huß und hat geschäft und „vailen Markt im huß, oder vor dem haus, er siße in der stat oder „vor der Stat der sol stüren als ein ander Burger.“ Vergl. Stadtr. bei Freyberg, p. 85.

7) Urf. von 1182 bei Pertz, IV, 165.

8) Urf. von 1207 bei Gemeiner, Ursprung von Regensburg, p. 69—70. quicumque sive clericus, sive laicus seu etiam judeus de ratispona pecuniam aliquam, seu quodcunque commercium — ad negotiationem aliquam traderit, is cum civibus civitatis omne onus collectarum portabit.

9) Stadtr. bei Grandidier, c. 88 u. 93. Vergl. §. 81.

(„daz si des ze rechte nit getun mugen. wande si mit der stat „weber hebent noch legent“). Sollten sie es aber dennoch thun, so sollten dann auch die Bäcker der Stadt steuern und dienen. („Täte ez daruber iemen daz muße er mit des burggrafen willen „tun. der ist der stat stiure schuldig daz er mit in hebe vnde lege“) ¹⁰⁾. Wer dagegen die Steuer entrichtete, der sollte auch bei Ausübung seines Gewerbes geschützt und geschirmt werden. So sollten die Höcker in Augsburg von dem Burggrafen und, wenn dieser und auch der Bischof selbst als Oberster Burggraf es unterlassen hatten, von dem Vogte geschützt werden. („So hant die „Hucker daz reht gen dem burggrafen daz er in vor sol sin gewalt an den sachen die in ir antwärt hören. vnde ob in iemen unrehte daran wolte tun. daz er si davor schärmen sol. „Wolte er des nit tun, so mugent si wol für den Bischoff „gan. wan er oberster burggrafe ist. Wolte aber in der Bischoff nit vor sin. so sol si ein vogt schärmen mit der burger „rate. wande si mit den burgers hebent vnde legent“) ¹¹⁾. Daher wurde die Gewerbesteuer später ganz allgemein von allen Gewerbsleuten, wie wir gesehen, sogar von den Geistlichen erhoben, wenn sie ein Gewerbe trieben. Noch entscheidender wirkte aber auch hinsichtlich der Besteuerung das veränderte Schutzverhältniß, wodurch auch die Hinterlassen in eine direkte Verbindung mit dem Stadtrath gekommen waren.

Am frühesten zeigte sich die Steuerpflichtigkeit der Weisassen bei den indirekten Steuern, welche schon ihrer Natur nach auf allen Einwohnern lasteten. In manchen Städten wurde aber diese allgemeine Steuerpflicht auch noch ausdrücklich ausgesprochen. In Basel z. B. sollte nach den bestehenden Verordnungen die Fleischsteuer von allen geistlichen und weltlichen Leuten erhoben werden ¹²⁾. Auch die Weggelder und Zölle, insbesondere auch der Pundzoll, sollten von den Weisassen erhoben werden ¹³⁾. Eben so das Ungelt und die übrigen indirekten Steuern. Ein Arzt, welcher sich im Jahre 1493 in Basel niedergelassen und vom

10) Freyberg, p. 119. Walch, p. 351.

11) Stadtr. bei Freyberg, p. 125. Walch, p. 341.

12) Verordn. von 1475 bei Dörs, IV, 301.

13) Verordn. von 1528 u. 1534 bei Dörs, V, 604 f., VI, 490.

Kaiser sogar ein Patent erhalten hatte, daß er steuerfrei sein solle, wurde wie jeder andere Einwohner jener Steuer unterworfen ¹⁴⁾. Eben so mußten in Weßlar auch die Weisassen das Mablgeß entrichten ¹⁵⁾. Aber auch die allgemeine Vermögenssteuer und die Kopfsteuer wurde nicht bloß von den Bürgern, sondern frühe schon auch von den Weisassen erhoben. In Köln geschah dieses schon im 13. Jahrhundert. Denn es wird unter den Beschwerden des Erzbischofs gegen die Stadt auch die Besteuerung der Zünfte und der übrigen Gemeinde aufgeführt (*fraternitates et alii populares qui communitas appellantur*) ¹⁶⁾. In Speier wurde bereits seit dem 14. Jahrhundert das Personengeld von allen Personen über sieben Jahre und die allgemeine Vermögenssteuer (der Echoß) von allen Einwohnern, welche eigenes Vermögen hatten, auch von den Dienstboten und Kindern erhoben ¹⁷⁾. Auch in Frankfurt a. M. wurde die Vermögenssteuer (die Bede) seit dem 14. Jahrhundert von allen Einwohnern, auch von den ganz Besitzlosen erhoben ¹⁸⁾. In Basel sollte die allgemeine Vermögenssteuer und die Kopfsteuer auch von den Weisassen erhoben werden, von den Thauern ebensowohl wie von den übrigen häuslichen Leuten, sogar von den Dienstboten und Bettlern ¹⁹⁾. In Nürnberg wurde die Lösung durch ein Privilegium Friedrichs III. von 1475 auf alle Einwohner ausgedehnt ²⁰⁾. Eben so waren in Alstedt und Schlaiz auch die Hausgenossen und die unbehausten Bürger schenkpflichtig ²¹⁾. In vielen Städten wurde eine eigene Steuer für die Weisassen und Hinterassen eingeführt, z. B. in Regensburg ²²⁾, Basel u. a. m. In manchen Städten wurden die Weisassen und

14) Ochs, IV, 436.

15) Ulmenstein, I, 535. Not.

16) Schiedspruch von 1258 Nr. 22 bei Lacomblet, II, 245. und Secaris Nr. 18, p. 75.

17) Lehmann, p. 753, 839 u. 849.

18) Bedebuch von 1354 bei Römer-Büchner, Stadtverf. p. 59—61. Kriegel, Bürgerzwiste, p. 26.

19) Verordn. von 1475 u. 1498 bei Ochs, IV, 300 u. 462.

20) Jäger, Mag. III, 343.

21) Statut von Alstedt von 1565 §. 11 und von Schlaiz von 1625 §. 19 bei Walch, VI, 206 u. VIII, 94.

22) Jäger, Mag. I, 301 f.

Hintersassen sogar genöthigt das Bürgerrecht zu kaufen, angeblich zwar nur, um eine größere Gleichheit unter den Einwohnern herzustellen, in der That aber um sie höher, eben so hoch besteuern zu können wie die Bürger, z. B. in Basel²³⁾. Und bis sie Bürger wurden, ließ man sie eine sogenannte Hintersassen Steuer entrichten²⁴⁾. Nur für die Zunft der Knechte, welche natürlich Tagelöhner nothwendig hatten, machte man von jener Nothigung eine Ausnahme. („Doch soll eine ehrsame Zunft zu Knechten „Fug haben, ihre Hintersassen zu behalten und anzunehmen“)²⁵⁾. In manchen Städten wurden sogar diejenigen, welche zwar in der Stadt wohnten ohne jedoch Bürger oder Beisassen zu sein, einer Steuer unterworfen, z. B. in Eßlingen einer regelmäßigen Steuer, der Martinisteuer, und in außerordentlichen Fällen auch noch einer sogenannten Extrasteuer²⁶⁾.

Seit dem Siege der Zünfte über die Geschlechter hörte nun auch noch die auf dem Grund und Boden ruhende Grundsteuer auf eine markgenossenschaftliche Leistung zu sein. Denn die Markenverfassung hörte nun wenigstens in den meisten Städten auf, die Grundlage der Stadtverfassung zu sein. Daher waren nun alle in der Stadtmark liegenden Güter, gleichviel wem sie gehörten, der Steuer unterworfen, z. B. in Wimpfen, Windsheim²⁷⁾, Amberg²⁸⁾ u. a. m. Meistentheils war jedoch hiemit die Vorschrift verbunden, daß alle in der Stadtmark angesessenen Grundbesitzer Bürger sein mußten und, wenn sie es noch nicht waren, daß sie sich ins Bürgerrecht aufnehmen lassen und sodann die bürgerlichen Lasten tragen oder den Grundbesitz wieder aufgeben sollten (§. 371).

Auf diese Weise ist denn, zumal seit dem veränderten Schutzverhältnisse und seit dem Siege der Zünfte die ursprünglich auf die Bürger beschränkte Steuerpflicht auf alle Einwohner ausgedehnt worden. Auch sind nicht bloß die in der Stadt wohnenden Beisassen und Hintersassen, sondern auch noch die auswärts

23) Verordn. von 1484 u. 1528 bei Ochs, V, 167, 168 u. 604.

24) Verordn. von 1538 bei Ochs, VI, 489.

25) Verordn. von 1528 bei Ochs, V, 604.

26) Pfaff, p. 130 u. 131.

27) Urf. von 1302 u. 1305 bei Moser, Reichst. Handb. II, 892 u. 960.

28) von Löwenthal, p. 859.

wohnenden Ausbürger den städtischen Diensten und Steuern unterworfen worden, sie jedoch meistens, wie wir gesehen, vertragsmäßig zu einer nach einem billigen Maßstab bestimmten vertragsmäßigen Steuer, zu einem sogenannten Sackgeld (§. 376) u. dgl. m., und zu vertragsmäßigen anderen Diensten. So sollten in Basel die Ausbürger, so oft es begehrt wurde, Reisen und Wachen und jährlich das Mehl- oder Mühlin Ungelt entrichten „von ihnen selbst, ihren Wibern, Kindern und Gefinde, „zu gleicher Weise, als ob sie mit denselben ihren Wibern, Kindern „und Gefinde in unsrer Stadt sesshaft wären“²⁹⁾. Wer aber von all diesen Zu- und Ausbürgern, Beisassen und Hinterlassen seinen Bürgerpflichten nicht nachkam, der verlor auch seine bürgerlichen Rechte und wurde außerdem noch gestraft. In Basel z. B. sollten ihnen „der Stadt Almend, Wege, Stege und Brunnen“ verboten und sie außerdem noch dem Stadtrath gerügt werden³⁰⁾.

§. 397.

Was von den Bürgern, Bei- und Hinterlassen der Altstadt gilt, gilt ganz in derselben Weise auch von den Bewohnern der Vorstädte. Waren nämlich die Vorstädte mit der Altstadt zu einer Marktgemeinde vereinigt, die Bewohner der Vorstädte also ins Bürgerrecht der Altstadt aufgenommen worden, so waren sie sodann denselben Steuern unterworfen wie die Bürger, Bei- und Hinterlassen der Altstadt. Waren dagegen die Vorstädte zwar mit der Altstadt vereinigt, aber nicht ins Bürgerrecht aufgenommen worden, die Bewohner der Vorstädte vielmehr Beisassen oder Hinterlassen der Altstadt geblieben, so theilten sie sodann das Loos der in der Altstadt angesessenen Bei- und Hinterlassen. Sie hatten sodann wohl ein Schutzgeld oder je nach den Umständen auch eine grundherrliche Abgabe an die Altstadt zu entrichten. Von den Gemeindesteuern waren sie aber ursprünglich frei, bis diese nach und nach auch in der Altstadt auf alle Einwohner ausgedehnt worden sind. In jenen Vorstädten endlich, welche nicht mit der Altstadt

29) Verordn. von 1397 u. 1411 bei Ochs, II, 444, III, 228. Vergl. oben §. 240.

30) Ochs, V, 81.

vereinigt worden waren, welche vielmehr ihre eigene selbständige Verfassung behalten hatten, in jenen Vorstädten blieb auch die Steuerfassung unabhängig von jener der Altstadt ¹⁾, bis späterhin, meistentheils seit der Umgebung der Vorstadt, z. B. der Villa der Abtei St. Pantaleon in Köln, mit städtischen Mauern und Wällen ²⁾, oder seit dem Siege der Zünfte, auch diese Vorstädte mit der Altstadt vereinigt und sojann derselben Steuerfassung unterworfen worden sind (§. 205, 217 u. 327). Beispielsweise mag in dieser Beziehung hier noch die Vorstadt St. Pantaleon in Köln angeführt werden. Die Bewohner dieser Vorstadt (*habitatores ville S. Pantaleonis*) waren von je her frei von den bürgerlichen Steuern der Altstadt Köln (*ab antiquo liberi ab omni civilium collectarum exactione*). Wer jedoch innerhalb der Mauern der Altstadt eine Wohnung oder ein anderes Eigen besaß (*intra muros mansionem et proprietatem habens*) und, um sich der Steuerpflicht zu entziehen, in die Vorstadt zog, der sollte nach wie vor auch in der Altstadt steuerpflichtig bleiben. Erst wenn die Vorstadt durch gemeinschaftliche Mauern, durch Wall und Graben mit der Altstadt vereinigt worden, sollten auch die Bewohner der Vorstadt den Steuern der Altstadt unterworfen sein (*quandoque uallo et muro civibus coadunentur. communi etiam civium iure teneantur*) ³⁾.

5. Die Stadtmarkgemeinden öfters auch kirchliche Gemeinden.

§. 398.

Wie die alten großen und kleinen Marken überhaupt, so scheinen auch die alten Stadtmarken in kirchlicher Beziehung ein Ganzes, die Stadtmarkgemeinden also auch kirchliche Gemeinden gebildet zu haben ¹⁾. So war es ursprünglich in Freiburg im Breis-

1) So bestand in Frankfurt a. M. ursprünglich eine verschiedene Besteuerung in der Alt- und Neustadt, in Sachsenhausen und in der Vorstadt Fischerfeld, Lersner, II, 1 p. 87. Vergl. oben §. 199. In Basel wurden die Bäcker in der Altstadt (*panifex infra civitatem*) höher besteuert als die Bäcker in der Vorstadt (*extra civitatem constitutus*). Weisthum von 1256 in Rechtsquellen, I, 4—5. Heusler, p. 86—87.

2) Arg. Urk. von 1154 bei Lacomblet, 268.

3) Urk. von 1154 bei Lacomblet, I, 268. und Quellen, I, 543.

1) Meine Einleitung zur Gesch. der Mark- u. Verf. p. 167 ff. Meine

gau, in Bern, in Worms, in Erfurt, in Hamburg (§. 53, 71, 215 u. 216) in Bremen ²⁾, wahrscheinlich auch in Lübeck ³⁾. Auch Zürich hatte ursprünglich nur eine einzige Pfarrkirche, den Grossmünster. Denn erst seit der Reformation wurde daselbst auch noch die Prediger Pfarrgemeinde gebildet ⁴⁾. Erst seitdem mehrere Marktgemeinden, eine jede mit ihrer eigenen Kirche, mit der Altstadt vereinigt worden waren, und jeder Gemeinde ihre eigene Kirche gelassen worden war, findet man mehrere Pfarreien oder Kirchspiele in einer und derselben Stadt, z. B. in Worms, Erfurt, Köln, Coest, Züllich, Hamburg, Bremen u. a. m. ⁵⁾. Auch die mit der Altstadt vereinigten Vorstädte pflegten ihre eigene Pfarrkirche zu behalten, z. B. die vier Vorstädte von Speier, AltSpeier die Martinskirche, die Vorstadt Hasenpful die Magdalenenkirche, die Vorstadt vor dem Altpörtel St. Gilgen und die Rheinvorstadt die St. Markuskirche. Jede Vorstadt bildete daher eine eigene Pfarrgemeinde ⁶⁾. Eben so hatte in München jede Vorstadt, die Vorstadt in der Straßengau, im Anger und in den Hacken, ihre eigene Pfarrkirche, welche ursprünglich eine Klosterkirche war. Sehr wahrscheinlich haben jene Klosterkirchen bereits vor den Vorstädten bestanden und es ist von ihnen erst die Anregung zur Bildung eigener Vorstadtgemeinden ausgegangen ⁷⁾. Auch Hofgeismar in Hessen bestand aus drei Gemeinden, aus der Altstadter, Neustadter und Peterstadter Gemeinde, von denen eine jede ehemals ihre eigene Kirche gehabt hat ⁸⁾.

Jede Pfarrgemeinde mußte für die Wohnung und für den Unterhalt des Pfarrers, für den Bau und für die Unterhaltung der Pfarrkirche und für die Anschaffung alles dessen sorgen, was für den Gottesdienst nothwendig war, z. B. in den Kirchspielen

Gesch. der Markenverfassung, p. 194 ff. Meine Gesch. der Dorfverf. I, 867 ff.

2) Donandt, I, 242.

3) Deede, Grundlinien, p. 44.

4) Bögelin, das alte Zürich, p. 228—230.

5) Donandt, I, 241—244. und oben §. 53, 71, 201, 215 u. 216.

6) Zeuß, die Reichsstadt Speier, p. 13.

7) Lipowski, I, 114 u. 116, II, 89 u. 90.

8) Wend, II, 381. Not.

von Köln⁹⁾. Die Dotation der Pfarrkirchen war demnach Sache der Stadtmargemeinden. Und es pflegte zu dem Ende gleich bei der Anlegung neuer Städte oder bei ihrer Erweiterung eine Anzahl Hufen für die Stadtkirche ausgeschieden zu werden. So wurde die Pfarrkirche in der Stadt Trachenberg in Schlesien mit zwei Mansen dotirt¹⁰⁾. Eben so erhielt die Pfarrkirche in der Stadt Herrnsdorf zwei Mansen¹¹⁾. Und die Kirchen in Frankfurt an der Ober und in der Stadt Müllrose erhielten in den Jahren 1253 und 1268 eine jede vier Pfarrhufen zu ihrer Dotation¹²⁾. Die Verwaltung des Kirchenvermögens besorgten in manchen Städten die Gemeindevorsteher selbst, z. B. in den Kirchspielen von Köln die Vorsteher der Gebuirschaften (die *officiales* und *officiati parochiales*)¹³⁾, wie im Dithmarschen die Schließer (*clavigeri*), welche von dem Schlüssel zum Kirchenkasten, welchen sie führten, ihren Amtsnamen erhalten haben. Anderwärts wurden zu dem Ende eigene Gemeindevorstände, sogenannte Kirchengeschworne, Provisoren, Heiligenpfleger oder andere bürgerliche Vorsteher gewählt, z. B. seit dem 13. Jahrhundert in Lübeck¹⁴⁾ und in Mainz¹⁵⁾ und seit dem 15. Jahrhundert auch in Selz zwei sogenannte Heiligenmeister oder Heiligenschaffner¹⁶⁾. Auch hatten die Stadtgemeinden das Recht den Stadtpfarrer und öfters auch noch den Meßner zu wählen. In Freiburg z. B. hatte die Bürgerschaft das Recht den Stadtpfarrer (*sacerdos*) und den Sigristen oder Meßner (*sacrista*) zu wählen. Der von ihr gewählte Pfarrer wurde dem Herren der Stadt präsentirt und von diesem sodann in sein Amt eingesetzt¹⁷⁾. Eben so

9) Urk. von 1264 u. 1384 bei Glasen, *Schreinspraxis*, p. 84—86.

10) Urk. von 1258 bei L. u. St. p. 329. — *preter duos mansos, quod ecclesie dotavimus.* —

11) Urk. von 1290 bei L. u. St. p. 408. — *de quibus (mansis) duo pertinebunt libere ad ecclesiam parrochiale.*

12) Wohlbrück, *Gesch. des Bisthums Lebus*, I, 398 u. 403.

13) Glasen, *Schreinspr.* p. 84 u. 85.

14) Deede, p. 46 u. 47.

15) Urk. von 1244 §. 15 bei Guden, I, 581.

16) Urk. von 1481 bei Mone, V, 822.

17) Stiftungsbrief von 1120 §. 34 bei Dümge, p. 128. und Gaupp, II,

hatten die Bürger von Bern das Recht den Stadtpfarrer, den Mesner und den Scholasticus zu wählen und der Herr der Stadt hatte nur das Recht der Bestätigung¹⁸⁾. Dasselbe gilt in Freiburg im Uechtlande von dem Rechte der Bürger den Stadtpfarrer zu wählen und von dem Rechte des Herrn der Stadt ihn zu bestätigen¹⁹⁾. Auch die Bürger von Bremen hatten das Recht ihren Stadtpfarrer zu wählen althergebracht (*ex antiqua consuetudine*)²⁰⁾. Eben so hatten die Bürger von Lübeck das Patronatsrecht (*patronatum parochialis ecclesie*) und daher das Recht ihren Stadtpfarrer zu wählen und dem Bischof zu präsentiren (*cives, quem voluerint, vice patroni sibi sacerdotem eligant et episcopo representent*)²¹⁾. Auch in Braunschweig hatten die Bürger den Stadtpfarrer zu wählen und der Herr der Stadt das Recht der Investitur²²⁾. Eben so die Bürger von Mainz²³⁾ u. a. m. In Leobschütz und in Prieg durften die Bürger wenigstens den Glöckner wählen²⁴⁾. In Köln hatten die Kirchspielsleute nicht nur das Recht den Pfarrer und den Küster zu wählen,

24. Nullum dominus per se debet eligere sacerdotem nisi qui communi consensu omnium civium electus fuerit et ipsi presentatus. Plebanus autem sacristam habere non debet nisi de communi civium voluntate. Stadtrodel, §. 8 u. 9. Dominus dabit ecclesiam sacerdoti, quem burgenses communiter elegerint u. f. w.

18) Handfeste von 1218 §. 7.

19) Handfeste von 1249 §. 145 bei Gaupp, II, 106.

20) Urf. von 1149 bei Kindlinger, Gesch. von Bolmeslein, II, 10 u. 11. und bei Seiberß, II, 1 p. 64. *quod ecclesia Bremen ex antiqua consuetudine unum ex canonicis s. Georgii pastorem habere solebat. — cives illius loci — eligere pastorem quemcunque vellent.*

21) Urf. von 1188 im Urkundenb. von Lübeck, I, 10. und bei Michelsen, Schlesw. Holst. Urfb. I, 8. Vergl. noch das revivirte Stadtrecht §. 10 bei Westphalen, II, 2432 f.

22) Urf. in Braunschw. Urfb. I, 2. *burgenses jus habeant sacerdotem eligendi et dominus civitatis jus eundem investigandi et presentandi.*

23) Urf. von 1244 §. 15 bei Guden, I, 581.

24) Urf. von 1270 §. 9 und von 1824 §. 8 bei L. u. St. p. 873 u. 505.

sondern auch dem Pfarrer eine Art Wahlkapitulation vorzulegen, in welcher seine Verbindlichkeiten aufgezählt waren ²⁵).

Merkwürdig war und ist heute noch auch in der Stadt Zug das Verhältniß der Geistlichkeit zur Gemeinde und zum Rath. Der Stadtrath hatte nämlich und hat heute noch das Recht die Stadtpfarrer zu ernennen und ihnen auch die Investitur zu erteilen. Die mit dem Amte verbundenen Pfründen sind demnach ein städtisches Lehen, von welchem der jedesmalige Empfänger einen Ehrschuß entrichten muß. Auch stehen daselbst die Geistlichen unter den weltlichen Gerichten und unter dem Landrechte. Denn das Römische und kanonische Recht hatte fast gar keinen Eingang gefunden ²⁶).

Die Kirchspielsverfassung stimmte jedoch nicht allenthalben mit der Stadtmarkverfassung überein. Und je mehr man sich von der alten Markenverfassung entfernte, desto mehr nahmen die willkürlichen Eintheilungen der Städte in so und so viele Pfarreien und Kirchspiele zu, so daß es zuletzt nur noch wenige Stadtpfarreien und Kirchspiele gegeben hat, welche mit alten Markgemeinden zusammenhingen. Auch in den alt Dithmarschen Städten waren die Kirchspielgemeinden verschieden von den Stadtgemeinden. Die Kirchspiele von Melbors und Lunden waren weit größer als jene Städte. Denn es gehörten zu ihnen auch die umherliegenden Bauerschaften ²⁷). Auch standen an der Spitze der Stadtgemeinde von Melbors die Bürgermeister und Rathmannen, (die sogenannten Bürgersechse), an der Spitze des Kirchspiels dagegen drei bis vier Schließer (clavigeri oder Slutere) und zwanzig Geschworne. Die Schließer hatten die Verwaltung des Kirchenvermögens und bei den Dorfgerichten den Vorsitz. Die Geschwornen waren aber die Beisitzer bei diesen Dorfgerichten und die Urtheilsfinder ²⁸). Und

25) Ennen, Gesch. von Köln, I, 708—712.

26) Rengub, Rechtsgeschichte von Zug, p. 26—29.

27) Dahlmann, Neocorus, I, 232 u. 254. Urk. von 1539 bei Michelsen, Urkundenb. von Dithmarschen, p. 109. „By Rath Borgher vnd Inwaner bynnen Melborpp sampt den Burschoppen Epenwörden vnd Talingburen im Carspel Melborpp.“ —

28) Dahlmann, Neocorus, II, 540 u. 542. Michelsen, altdithmarsche Rechtsquellen, p. 242, 243, 280, 282 u. 353. Vergl. noch oben §. 65.

in der Stadt Lunden standen zwei Bürgermeister und der Rath der Zehner, also zwölf Rathsherren, an der Spitze der Stadtgemeinde, an der Spitze des großen Kirchspiels aber vier Schlichter und zwanzig Geschworne, also die Vierundzwanziger des Kirchspiels Lunden ²⁹).

29) Neocorus, II, 544. Michelsen. alldithmar. Rechtsquellen, p. 217 n. 351.

U n h a n g.

I. Die Gebrüderschaft auf der Weiherstraße in Köln¹⁾.

1. Verzeichniß der Erbgenossen von 1201.

a. Isti sunt judeseruiti von 1201.

Dominus Godardus jude miles.

Dominus johannes Jude.

Wernerus junior de Horo.

Gerardus scherfgin.

Henricus frater suus.

Gerardus de mummersloche.

Hildeggerus clenegin.

Hermannus de mummersloch.

Gobelinus de weterge.

Gerardus de vlatten.

Riegwinus de platea salis.

Geren de vlreporzen.

Johannes de kusino.

Bela relicta Ludowici de mummersloch.

Johannes de lisenkirgen.

Richulfus de mummersloch.

b. Isti sunt deseruiti von 1201.

Dominus Theodericus abbas (1313).

Hildeggerus clenegin de schaperzen.

Dominus Hermannus de mummersloch miles.

Dominus Johannes Jude.

Gerardus Scherfgin.

Gobelinus de Rore.

Euerardus Hamecger.

Dominus Henricus scherfgin miles.

Dominus Rich. . . us de Mummersloch.

Dominus Gobelinus jude miles.

Johannes de lisenkirgen.

Gerardus de vlatten.

Gobelinus de Weterge.

1) Vergl. Glafen, Schreinspraxis, p. 60—61 u. 71 und oben §. 202 u. 217.

- Johannes filius quondam Gerardi de Mummersloch.
 Druda Relicta dominj Johannis Jude.
 Henricus de Honore.
 Hertwicus de cathena.
 Walraue vamme Roide van dem
 Hoyue zyme Hirtz in vrber
 syns selfs gviетtern synre
 suster ind Vlrichs Emunt
 Geisselt Soene van gymmenich
 syns neuen.
 Dominus abbas. Heymerich Herman (1391).
 Dominus Hermannus de mummersloghe miles.
 Gobelinus de Rore.
 dominus . . Henricus scherfgin miles.
 Dominus . . Gobelinus Jude miles.
 Dominus Johannes de lysekirghen.
 Hertwicus de platea piscine.
 Richwinus de platea salis.
 Bela relictā . . gerardi de mummersloghe.
 Druda relictā domini Johannis Jude.
 Druda relictā domini . . gerardi scherfgin.
 Richwinus gryn de Wichterich.
 Dominus Bruno de kusino.
 Johannes scherfgin.
 Johannes dictus Gyr.
 Henricus de kusino.
 Hertwicus de kathena.
 Henricus de Honore.
 Rigwinus de platea salis.
 Bela relictā Ludowici de mummersloch.
 Johannes filius quondam Gerardi de mummersloch.
 Druda relictā dominj Johannis Jude.
 Dominus Johannes de ceruo miles.
 Dominus Emundus abbas 1337.
 Domina . . Druda Relictā domini . . gerardi scherfgin.
 Richwinus gryn de Wichterich.
 Francke vamme Mummersloch de curia Mummersloch.
 Franke vamme Mummersloch de curia quondam Henrici de cusino dicti de Lupo.
 Gobelinus Walraue. de Curia Verepoirzen.
 Richolf vamme Hirtz de curia Wichterich.
 Richolf vamme Hirtz de curia zome Hirtz an der stiedmvren.
 Sybericht van der Wyden van deyme Hoeuē zome yuden.
 Johan Scherfgin Sun hern Johans scherfgin Ritters.
 Aleit panthaleonis.
 Johan van der Eren.
 Jacob Munt de curia zo Juden.
 Coynrait van Meroide de curia Wichterich.
 Blitzgin vām mumersloch h

bliza Relicta quondam Henrici
scherffgin.

Gerardus de benesijs

Rost de Dirmenzheym.

Gobelinus Jude.

Druda relictā quondam . . go-
belini dicti Jude.

Hilgerus Hirtzelin.

Mathias vā Douwe supra
Ripam.

Johannes de Mumbersloche.
Domina Wilhelmj.

Dominus Gobelinus de Ho-
nore.

Henricus de cusino de lupo.

Henricus panthaleon.

Johannes de Ceruo.

Gerardus de Benassys junior.

Dominus Godardus de Ceruo
de curia.

Dominus Godardus de Ceruo
de curia.

Mathys Walraue de Curia.

Johan van Cleburgh

Wilhelm vamme kusin.

eyne geburschaf vā Mum-
mersloch eyn die ander vā
diem Hoeue zo me woulwe.

Wedekint proff hait eyne ge-
buyschaf vā dem hoyue
zome wolue.

Dominus abbat. Johannes die
koesyno vā sulsse (1419).

her goibel Walraieue vire-
portz.

Aycleyt panttelyoyns girs hof.
Johan vā der erew syne hof.

Rychart vamme Hirtz zome
hirtz.

Koynrait vamme Roiede Wich-
terych.

Johan scherffgin zome scherf-
gyn.

Jacob munt zome ioieden.

Wedekynt proff zome woulwe.

Gysselbrecht vā sleuderen
hiet die gebursschef vā
momersloch diem hoieue.

Witgin proff vā des hoifs wei-
gen zo dem Mommersloch.

Heynrich Hardebuyse Scheffen
as eyn truwehant witue Ry-
cholfs vamme Hirtze vamme
Hoyue zome hirtze.

2. Ordnung der Gebuirschafft. von 1201.

IN Godis namen amen. Id si kunt alle den geynen dey
nu sint inde her na komen solen. dat wir erfgenoyse. vā deme
gude inde vā deme lande dat gelogin is in sulpzer velde.
gemeynliche in de seimentlige vndir vns hayn ouirdragin. eyner
eynunge vndir vns erfgenoyisin. dey nu sint inde na vns ko-
men solen. stede ze halden. alse vmbe gemeynen nutz inde

vrboore alle der erfgenose. jnde hain dar in genoymen. eyne
irsomen man. vnsin herren den apt van sente pantaleone. inde
sal sin eyn virdeynt erfgenoys. Inde so wanne hey affluich
wirt. dat in got lancliuch muze machen. dat der apt dey na
eyme komeyt. mach losin dey virdeynde hirschaf vor zueilf
marc inde neit me. Inde sal virdeynt sint gelich den anderen
erfgenoysin. Inde sal eyne herrin van sime gotzhus vor sich
sendin, dey sal by vns anderen sitzen. als hey seluir darbi
neit inmach wesin. alse van geburschaf ze dungin. Inde so
wanne dat he neit inqueme. dat hey dan sine pine inde sine
busze gelich vns anderen sal geldin. Inde alsus sal man id
haldin van eyne apde zu deme andere.

Item statuimus quod quicumque de Coheredibus nostris intrare
voluerit Cohereditatem nostram dabit duodecim marcas pro introitu
suo et non minus, Et extraneus dabit. XVI marcas et non minus.

Vort hain wir ouirdragin. dat dey virdeynden inde de
vnvirdeynden erfgenoyse. de zu der zijt sint solen keysin zuene
geburmeistere. vndir den vnvirdeyndin erfgenoysin. jn binnen
eyt dagin vor sente johans dage. inde solen dey meistere dey
zu der zijt sint zu der kuren dun gebeydin. so we dar komeit
de hait mait ze kesin. jnde so we dar neit inkomeit vor ves-
peren. dey gilt zueilf penninge ze buszen. Inde in mach neit
wedir sprechin. deys dey erfgenoyse da ouirdragin haint. hey
in zoyne dan alsulge kenneliche noit. dat hey irre van reyche
geneyze alse van den zueilf pennynge.

Vort hain wir gesaid inde ouirdragin. So wilg erfgenoys.
dey zu geburmeistere wird gekoren mid deme meisten parte.
in wulde de neit sine geburmeisterschaf. in binnen eit dagin
dar na vndirstayn. so sal hey vnsir eynungen vs sin.

Vort hain wir deis ouirdragin. dat man den zuen gebur-
meisteren sal geuen. vp sente jacob dach eit marc inde z
hundert marc dry gude hallere vor zuene penynge gez
Dat gelt, solen si swerrin up den heligen. wedir ze ge
inde bekennen wedir ze geuen vor amptludin als id gew
lich is, ouer zueir iar inde up den seluin dag, Inde solen

vorsprochen gelt — virsiggerin dar meide dat is den erfgenoisen genuge. Inde sollen dan aue deynen den erfgenoysin zuey iar in alle der wijs als id vns buch behelt.

Vort solen si al iarlichs geuen ekelichme virdeyndme erfgenoise. eit dage vor alreheligin misse zueilf puncte schon colmedewais. inde deme vnvirdeindme seis punct. deis seluin wais. Inde solen dar bi nemen eyne erfgenoys. als si dat wais geuent. de sal bewaren. dat ekelichme erfgenoise sin wais inde sin gewethe werde.

vort seizen wir dat. man ekelichme virdeindme inde vnvirdeyndme erfgenoysin. sin wais sal geuen eyne na syme dojde inde numme.

vort solen si deynen. den virdeyndin. inde den vnvirdeyndin erfgenoisin. al iarlichs intuschen alre heligin misse. inde sente Mertins misse. inde solen geuen in irme deynste zuey gude gerythe. antvogele vort eyne gemuse. mit eyne intremeys. Inde hunre inde vladen. vort sulen si ekelichme erfgenoysen up sente pantaleonsdach geuen, eyne virdil guts wins. inde als man gedeint hait. eyne virdil guts wins.

Vort seizen wir dat. Dat man vnsin wedewin. dey in vnsir eynungin sint. Sal geuen al iarlichs seys punct wais. also lange as si vnvirdeynt sint. Inde sal ekeliche wedewe setzen vor sich eyne gesworen. dey sal mit vns anderen sin als man vns zesamene gebuyt. Inde oue hey dat virsumeyde. so sal si buszwordich sin gelich vns anderen inde de gesworin sal mit vns essen also dey meistere deynent. vort sal man der wedewin sendin ir virdil wins.

Vort setzin wir so wilg erfgenoys de gepant is. de sal vor deme dage kumen. e. de meistere deynent. inde sal den meisteren inde deme clegere genuch dun van siner buszen indeit he deis neit. kumeit he dan up den dag also man deint. so in solen dey meistere sine busze neit neman inde he in sal neit da bliucw ze essen, blift he dan da ze essen so gilt he eyne marc ze buszin.

Vort setzen wir dat. so wilg erfgenois enychen kneit mit eme breithe. de da bleue ze essin. also dey meistere denent oue enich scuttele inwech sente. De gilt van ekelicher personen. inde van ekelicher scuttelin dry schillinge.

Inde so wilg erfgenois seich were. oue in der stat neit inwere also dey meistere deynent. deme sal man sendin eyn gut gerythe. inde sin virdil wins,

vort hain wir dat gemachd. dat ekelich meistir dey zu der zijt gekorin wirt sal setzin dry . . burge vur dat vursprochen gelt, vndir den erfgenoisin. also wilg erfgenois enys geburmeistir burge is. de insal deys anderen meistiris burge neit sin. Were dat saghe. oue der burge enich affinich wurde in binnen den zuen iaren. so sal der meister. van deys partyen dey burge gestoruen is. in binnen virzeyn dagen dar na. eynen anderen burge seitzen in sine stat vndir vnsin erfgenoysin.

vere og dat saghe. dat mallich sin gelt neit weder in geue. oue enen anderen burge neit wedir in deys stat in seitte. dey da gestoruen is. also as id vursprochen is. so solen dey meistere inde irre burge. varen in eyne herberge. de in bewijst wirt van den erfgenoysin. da inne ze leistin alle dage. up irre pende. als id gewoinlich is. inde gudir burge reit is. Dan v nummer ze komen. dat gelt in si ze male bezailt jnde eyn andir burge in si gesad in deis stat de da gestoruen is.

vort so wilg burge. dey virzeyn dage leiss der inde neit genuch in deyde. als vur sine anzayle. de sal siner renthin quit sin. Inde sine eynunge virlorin hayn. —

Vere og dat saghe, dat der meistere enich virbreghe id were van gelde. oue van sinen burgen. oue enich punt virbreghe, so sal in sin geselle manen. zu leisten in alle der wijs als id vursprochen is.

vere dat saghe. dat si alle beyde virbreghin. so soler dey erfgenoise manen. in varin ze leistin. jn alle der wijs. id vursprochin is.

Vort hain wir gemagd inde ouirdragin. oue dey meistire dey zu der zijt meistire sint. oue enich irre burge. enich punt virbreghin. als id vur sprochin is. dat si solen varin in eyne herberge ze lestin. in alle der wijs. als id vor sprochin is,

vort mugin si dey erfgenoise ane sprechin. vor dey vursprochin hundert marc bekandir penninge. vur wat gereythe dat si willent. inde al dus sal man id halden van beydin meistiren.

vort hain wir gesad inde ouirdragin. so wanne dat dey meystire. den schutzen dunt gebedin. also umbe gemeynen nutz inde vrbore. vnsir enungen. so wilg erfgenois dan neit in komeit sente pantaleone jn vnse hus, . e . man da vespire ayne sleit. dey gilt zueil penninge ze buszen. dey solen de meistire vorderen bi irme eyde. Inde solen deme gesworen schutzen gebedin inde beuelin. dat he si mayne dat si dey busze in binnen eyt dagen dar na geuen so wilg erfgenoys der neit ingeue. de gilt. zu ekelichen eit dagen zueilf penningo ze buszen. steit dat iar inde dag. so hait he sine renthe inde sine enunge de wir gemachd hain virlorin. He in zoyne dan al sulge kenliche noit in binnen den irsten eit dagen. dat he irre van reythe geneyszin sole.

vort hayn wir gesad inde ouirdragin. so wanne eynich erfgenoys. enyche kurre wirwirkt oue virdeynt. also van vnsme geburlichme reythe. den vnse gesworen schutze wrughit. so solen dey geburmeistere. mit deyme gesworin schutzen. eme dun gebeydin. also vor dey busze. dey der schutze gewrogid hait. dat hey dey in binnen veyr weegin geue. so wen dat id ayne geid. so we sine busze dan neit in geue. de sal geldin zu ekelicher weegin zueilf penninge ze buszen.

inde in geue

he siner buszen neit. stoinde dat iar inde dag so sal he sine renthe inde sine eynunge virloren hayn. —

vere og dat saghe. oue enich vs vundich schutz irveyle. oue geschege. deys neman burge in wurde. dat dey gebur-

meistere dat vorderen solen. na vnsme aldme reyte. als id herre komen is. —

Vort hain wir ouirdragin. Oue eman de neit erfgenois in were. vns hey ane wedersatzingé dede. an enichme vnsme geburlichme reithe. dat solen wir alle bi vnsme eyde vordiren inde werin alse wir schuldich sin ze doyne. Inde so wanne dat dey meistere. dey zu der zijt meistere sint. zu al sulger noit den schutze dunt gebeydin. so we dan dar neit in komeit. also der wedersatzingen wedir ze stane. de gilt seis schillinge ze buszen. der insal man eme neit lazen.

vort hain wir gemagd inde ordineryt. so wilg erfgenois. vnsme gesworin schutzen. sin gelt neit in geue zu der zijt. als id eme irveyle. dat dey meistere. oue eyn van den meisteren. eme solen dun gebeydin. dat he eme sin gelt geue in binnen eit dagen dar na. jn dede he deys neit. inde clade dat der schutze den meisteren. So sal he geldin zu ekelicher wecgin zueilf penninge ze buszen. steit dat iar inde dag. so hait he sine enunge inde sine reynte virlorin. —

vort hain wir gemachd inde ouirdragin. oue enich erfgenois sins cygendums vs geinge. dat man deme neit me sal geuen dan sin wais. als lange alse he leift.

Vort hain wir dat gemagd. so we in sine stat geit dey neit erfgenois inis. dey sal den erfgenoysin geuen Seys marc inde sal sin vnvirdeynt. Were dat saghe dat he der zuelf marc neit geuen in wulde sa sal hey sin vnsme aldeme geburlichme reythe.

Vort hain wir gemachit. oue id eman sime kynde of eruen geue. oue sturue. oue virkuyfte. so mag dat kint vnse eynunge wunnen vmbe drij marc jn wulde dat kynt deys 1 .. dun. so sal dat kint bliuen inde sin in vnsme aldeme gelichme reithe als id vursprochen is.

vort hayn wir deys ouirdragin. dat man nemanne ge sal sin wais. noch in geyn reit. also lange als he gepant

vort hain wir dat gemachit inde ouirdragin. dat eyn ekelich van vnsin erfgenoisin. hayle halden sal. van alle den stucken. dey vnse eynunge ayne geynt. also dey meistere beuelint hayle ze halden. jnde mallich up sinen eyt.

vort hain wir gemachit. so wanne dat de erfgenoyse. ze samene sint. so we dan onzuthiche wort oue scheilt wort hedde. mid eyne anderme erfgenoise oue mit deme schutzen. so wanne dat eyne der meister gebuyt dat he swige inswigt he dan neit. so gilt he vir pennynge. zu deme anderme geboide seis pennynge. zu deme dirdme eyt penninge. zu deme virdeme zueilf pennynge. jnde so we og also wedir vnzutlichen antwort dey gilt als vele.

vort hain wir dat gesad. oue enich erfgenois enich gelt up houe oue neme. dat vnse enunge ayne geinge, wurde he deys virwunnen. sa sal hey zuey veldighe busze geldin.

vort seitzen wir dat. so wanne dat eynich vnsir erfgenoise. van deme anderme clagin wilt. so sal he bidden dey meistere dat si eme ze gerythe willen sitzen. Mugen si beyde neit sitzen. so sal ir cyn sitzen ze gerythe vor si beyde. so wey si deys neit indeidin. zonyt dat clegir den erfgenoisin. so gilt ekelich meister zu ekelicher wecgin dry schillinge ze buszen. also lange mis deme clegere reyt is gescheit. Inde so wanne dat der meistere eyn zu gerythe sitzit. so mag he mit zuein erfgenosin dungin inde urdil bestadin. oue he irre neit me hauen in mach Inde neman sal clagin. noch in mach clagin. van enichen stucken. dan alleyne van den stucken dey vnse eynunge ayne geynt. Inde so wilg vnsir erfgenose. hy in bouen enych ander gereyte soyte. oue enichen vnsir erfgenose sloge oue kumberde. oue eniche vngewoinde dede. de gilt zue marc ze busze. der in sal man eyne neit lazen.

vort seitzen wir dat. so wanne enich erfgenois van deme anderme clagin wilt. de sal eme den schutzen eyn geboit dun gebedin. In komit he neit zu deme irsten geboyde so gilt he zueilf penninge ze busze, zu deme anderme zuen schillinge

zu deme dirdme geboyde so solen dey meistere onc eyn van den meisteren mit deme schutzen eme sagin. dat he zu ekelicher wecgin vort gilt zueilf penninge ze buszen alse lange mis deme clegere is genoich gescheid. Inde og van der buszen is genuch gescheit. stoinde dat iar inde dag so hait he sine eyunge virlorin. jnde dey geboit dey dan aue vallent. dey solen erfgenoise dey intgen wordig sint. mit den meisterin deylin.

vort seitzen wir dat. Dat dey geburmeistere mugin dungin. alre dagelichs. zu der gemeeyner missen sente pantaleone. jnde so wanne dat dey misse vs is. so mugin dey meistere danne gain. Inde so weme eid werrinst is. de mach clagin. van deme anderme. so wanne dat dey erfgenoise bi eyn sint. inde wat eme da gedeylit wirt. deys in sal he neit wedir sprechin.

vort seitzen wir dat. so wilg erfgenois sich eyns vrdils berofit. de gilt seis schillinge ze buszen oue he nedir vellich virt dey sal he geuen in binnen eit dagin dar na. jn geid dan dey seis schillinge neit in binnen eyt dagin. so gilt he zu ekelicher wecgin zueilf penninge. steit dat iar inde dag. so hait he sine enunge virlorin. jnde neman sal sig vurdir berofen dan vur dey erfgenoyse.

vort hain wir deys ouirdragin. Dat dey meistere dey zu der ziit meistere sint. sollen up irren eyd vorderin alle dey busze dey vor inde na irvelt. inde allit dat gelt. dat vnse eyunge ayne geit sundir argelijst. jnde solen dan aue den erfgenoisin reggenunge dun. jnde sal dat halvescheide van deme gelde den meisteren vallen dey zu der zijt meistere sint. Inde dat ander halvescheide deys geltz sal den erfgenoisin irvallen. jnde dat man der buszen nemanne lazen sal noch wedir geuen sal. inde mallich up sinen eyt. —

Vort hain wir deys ouirdragin. so wanne dat man sch so waz geltz. up den dag dan irvelt. alse van geschrete. man deys nemanne mit sal delen. de da gepant is. jnde so man deme schriuere geuen. eytzen penninge.

Vort seitzen wirt dat. Dat dey Eyt marc inde de zuey hundert marc. dey man den zuen ..Meisteren pleit ze geuen. dat dey nummer me mit in geynme meistme parte gedeylit solen werden.

Vort setzen wir dat. dat man nns scryn neit up sal dun. da insolen drij erfgenoyse bi sin. oue me. —

Vort hain wir dat gemachit. inde ouirdragin dat wir vns. in gener stucke. noch in gener clagin solen vndir wundin. noch an vns trethin dey vnsis herrin deis apts gerythé. oue sinen Scultissen ayne geint,

Vort seitzen wir dat. So wanne dat dey geburmeistere den erfgenoisin ze samene dunt gebeydin. also vmbe vnsir enungen beiste. so wat dan da vir dayn wirt. dat solen dey gebuyrmeistere dar lien. Inde solint wedir nemen. an deyme hailfscheide der buszen deis geltz. dat den erfgenoisin irvelt.

Vort solen dey meistere vnsme scriuere alre iar lichts geuen Seys punt wais also si ir wais geuent jnde sal bi vns sin. also dey meistere deynent. jnde sin virdel wins gelig den vnvirdeynden erfgenoysin hauen. jnde als man scrift deme scriuere. XVIII. d.

Vort setzen wir dat. Dat dit mynste part deyme meistme vulgin sal sundir wedir reyde.

Vort setzin wir dat. So wanne dat dey erfgenoyse bi eyn sint. also vmbe vrbore vnsir eynungen so we dan up stoynde in vir auele. inde ayne der meistere vrloif inweich geynge. de gilt Seys schillinge ze buszen. der insal man eyne neit lazen.

Vort setzen wir dat. oue enich erfgenois sine eynunge virlorin hedde. dat he si wedir losin mach. so wanne dat he wilt. also vur sine busze. jnde vor allit dat he schuldich is ze geldin jnde dat man eyne sine eynunge nummer wedir

lyen insal. he inhaue ze voryntz bezalt sine busze. inde alit dat hey den erfgenoisin schuldig is. also van siner eynungin.

Vort hain wir sementligen ouirdragin inde gemachit dat wir alle dese punt inde alle dese stücke. dey vore. one na geschreuen steint in desin bughe myrrin. inde minre mugen mid deme meisten parte. also vmbe gemeynen nutz inde vrbore vnsir eynungen. inde vmbe vnsir eynungen beste.

Vort setzin wir, dat, So wat boessen dat eruellit, dat die Gebuyr meystere, die zer zijt sint, die boessen vorderen solen. al so ais vur geschreuen steit vp ieren eyt ane argelist, ind manlich ouch sine boesse gelden sal vp sinen eyt ane weder reede.

Vort setzin wir dat. So wat gelts van geschrichte, of van hoessen eruellit, dat man da van die cost van eirst vs nemen sal, ind wat, dar enboiten ouert, dat sal half eruallen. den Erfgenoyssen ind half, den Gebuyrmeysteren ind Schriemeysteren.

Vort, so wilche herde Schaiffe die enbinnen naichts vunden wirt in Schayden, die gilt vunf mark zo boyssen. Ind eyn pert of eyn rynt of koy die man naichts in Schayden vynt. gilt Seys schillinge zo boyssen, ais mainch, ais der is. Ind eyn vercken. II. schillinge. Ind eyne gans. XII. d. die enbinnen naichts vunden wirt in Schayden.

Vort setzin wir dat. dat man inde wijf de mit gesamen-dir haint sitzent, eyn vormegnisse mugen maghen. van al-sulgme gude. alze gelegin is. vndir vnsme herrin deme apde. also wilg den anderen virleift. dat de lenende hant mag ey-me kinde me geuen. jnde deme anderme min. beheltnisse eme siner lifzuche da ane. he in wille irre dan vs gain. also weme he id geit. dat id de na sime dode mit reite he den sal.

vort hain wir deys ouirdragin. ouer mitz vnsen h^o

den Abt. so wilg man kumeit vur vnsin herrin den apt. van sente pantaleone. inde wilt sins gutz vsgain. dat da gelegin is in sime geryche in sulpzer velde. js id mansgut so mag he is vs gain. vur zuen mannen oue me. js id hy gut. so mag he is vs gain vur zuen hyen oue me. Were dat saghe. dat vnse herre der abt ze collen neit in were so mach he deys gutz vs gain. vur deme priore. in vrkunde zueyer manne. oue zueyer hyen oue me. jnde so wanne dat id is gescheit. so mugen de zuene. id si mansz gut. oue hien gut. dat vrkunden an vnsen herrin den apt. dat he id lene. jnde dat man id van eine intfe. jnde dat man id vrkunde an vns schrin. jnde dat man id schriue. jnde so wen wir schriuen. deme solen wir bestentnisse dun. jnde mallich up sinen eyt.

vort hain wir og deys ouirdragin. ouer mitz vnsenherrin den apt. so we gut hait legin. in vns herrin deys aptz gerythe in sulpzer velde. deme id liff noit deide oue neit wandelin muyche. De mach sendin na vnsine herrin deme Apde. jn mach he sin neit han so mach he na deme priore sendin. In vrkunde zueier manne oue me. Is id mansz gut. Is id hyen gut so mach he id up dragin. vur zuen hyen. oue me. so weme dat he wilt. jnde dat solen si vrkundin. an vnsin herrin den apt. jnde dat man id van eine intfe. beheltnisse eme sins reitz.

3. Verzeichniß der Erbgenossen aus dem 14. und 15. Jahrhundert.

Dit synt Erfgenoyssen Herna geschreuen die yre gebuyrschaff vntfangen haint, jn den jairen vnss herren duysent virrhondert ind Eichtinddrissich jaire des neesten Saterstage nasent Egidius dage.

Her Göebell walrauen van dem hoyue vylreportzen.

Johan van der Eren van syme Hoyue zo der Eren.

Johan Scherfgin van syme hoyue zome Scherfgin.

Item Herman Scherfgin van Halfscheide des Buwehoyfs
zome

Jueden ind Halfscheide dem Artlantz dar ynne gehoerende
Johan slogin van dem Houe Wychterich.

Goedart van der Lantz kronen van dem hoeue zom gyr.
 Reinart Sloggin van me hoeue zo me hircze in namen
 sins vaders.

Lysabet walraue as van me hoeue vylreporzen
 ind Euerart walraue heyt sinen eit gedain ind is vurgenger
 weitgin proff der Alde van deme hoeiffe zome wulffe 1442.
 weitgin proff der junge van deme hoeiffe zo mummersloch
 in namemen sins selffs ind sinre broyder. 1442.

Dederich van der lantz kronen van deme hoeue zome gyr.
 Johan vame buchel van halfscheyt des Bouhoyfs zome
 Joden ind Halfscheide des artzlantz dar in gehorede.
 Her Dederych van schyderich van deme hoeue vireporzen
 Her Goydart van der Eren van syme hoeue van der Eren
 Her Johan van dursten van deme hoieue zo suylcze van
 wegen vns heren des Aptz her Johans van me vorste.
 Johan Breyde van. C. VII. morgen artlantz vs deme
 hoeue zo me Gyre gezogen, des is. XXX. mogen mans
 goyt. 1460.

Johan vanme buchel van halfscheyt van halfscheyt des
 Bouhoyfs zo me joeden in halfscheit des artlantz dar
 in gehoiende 1472.

Her Johan vette Abt sent panthaleone is hey van des
 hoeffs wegen zo Sultze

Johan Sloggin van dem hoeue zom hirtze

Conrait van Sechtem van des gelentz wegen in Scherff-
 gin hoff gehoerende.

Woulter Roitkirchen van XXII stucken artlantz in mum-
 merslocher hoff

Wilhem proff van desen vurs. XXII stucken artlantz.

Cunt zu dat jn jair vnss hern durent vierhundert sess
 ind funfftzich comen jnd erschenen is Johan sloggin jnd hat
 vertzegen zo henden zor gemeynder boirschiff alsulchen dryfft
 horende was jn syn hoff genant zo wychtrich jnd yem die
 macht gegeuen hait de vurst zo dryfft zo wenden jnd zo ke-
 ren in wat hant sy willen jn orbor der gemeynder boersch
 wilck sy oyck iu der maissen van em entfangen haint

Johan von langel zu Sent Anthonius von deme ho-
 zum gyer

Johan Buych der junghe van des gelentz wegen in Scherffgyns hoff gehoerende jn namen Johan Buychs des algen syns vaders.

(Dit vntsencknis hait freyen nagelaissen weduwe, witue witgin proffs wedersprochen zo allen rechten anno domini Mccccxj die octaua mensis Junij.)

Coinrait van sechten van dem houe zome wolffe

Her Johan schuna apt zo sent panthalion hait syne burschaff des hoyffs zo Sultze dain jntfangen ouernutz her Henrich van gestelen kelter ze sent Panthalionj non jurait. 1460.

Herre Goedart van lechnich Abt des gotzhus zo sent panthaleone van des hoeffs weggen zo Sultze

Johan Slogin seligen Johans son jn namen syn ind synre mitgedelinge van dem hoeue zom Hirtze.

Geirlach van Eilse van Halffscheit des Buwehoeffs zom joeden, ind Halffscheit des Artlantz darjn gehoerende, As dat der vrome Her godart vander Eren Ritter ind Conrait van Sechten vns heyen vns her gevrkunt haint Anno MCCCCLXXIX die XXVII febr.

Her willem van boichultz apt zo sent panthalionj van dem houe zo Sultz anno (1482.)

4. Weisthum ohne Datum.

Id sy kunt dat dey erfgenoise haint ouerdraigen So wes herde schaiß vunden wyrt vp gesedeme lande in schaden dye gylt zway marck. de marck sal halff vallen den meisteren jn dat ander half scheide sal vallen den erfgenoisen in dat schryn js ir myn dan vunfindzwenzich so gylt dat schaiß VIII pennynge js ir me so gelden sy eyne marck vort mach dye deme dye schade us geschiet synen schaden vorderen.

Vort setzen wir dat so wilch dretich koyfman eynich bedryft vp vnse velt. dye gilt vunff schillynge zo boyssen dryft he vp eymans schade in koren dye gilt eyne marck zu boyssen jnd so we eynich be vs der stad dryft up vnse velt dye gelt eyne marck zo boyssen jnd also manych koyfman also maynche boysze.

Vort so wilch nabore dye vswendich ys dye in vnse eyninge neyt gehoirt des schaiff gevunden wurden jn vnsem velde dye vns gewirget wurden dye gilt eyne marck zo boissen were dat sache aff hey up eymans schade vunden wurde. so mach dye deme der schade ys geschiet jn ane spreychen vur vnsem meisteren vur synen schaden

Vort setzen wyr dat, so wylche herde schaiff dye man in naichtz schade vint, dye gilt vunf marck zo boissen

Vort eyn pert eyn rynt off eyne koe dye man naychtz vint in schade dye gilt VI schyllinge zo boissen jnd eyn verken gilt zwene schyllinge jnd eine gans dye man naychtz vint gilt XII pennynge.

Vort so wilch vremde man off wyff dye in dat velt geit vp me stoppelen dey gilt van der burde seis pennynge jnd van der korren vunff schyllinge zo boissen jnd van dem waygue zeyn schillynge zo boissen

Vort so wilch erfgenoise vp eyne anders erfgenoyes velde stop pelen deyt scherren dye gilt vunff schillinge zo boissen.

Vort so we dat nemet leym vp eyns anderen mans lande sunder vrloff des geyns des dat lant ys dye gilt vunf schillynge.

Vort so wilch persoene dye da vunden wirt sunder vrloff zo kruden vp eynchs anderen mans lande Also dicke als sy vunden wirt also dücke gilt sy zwey schillynge.

Vort setzen wir dat so wilch erfgenoyes seluer syt eynich ve vp eymans lande vp schade dat dye dat wrogen sal of he wilt.

Vort sal eyckelichs mans knecht wrogen vp synen eyt.

Vort en sal neyman syne schaiff driuen up synes selues lant he en doet alre eirst den meisteren kunt off deme boden jn deyt he des neyt zo gilt he eyne marck zo boyszen.

Vort setzen wyr dat so wye syne schaiſſ driuet vp samer vrucht aichter haluen Aprille dat geharren ind geseynt is dye gilt eyne marck zo boyssen gelych anderme kunne vee.

Vort setzen wyr dat. so weme dar in bouen schade geschuyt dey machden geynen anspreichen vur synen schaden vur vns de eme den schaden deyt.

Vort setzen. wir dat want man neyman wrogen enmach vur halue Aprille van somer vruchte so weme vur halue Aprille schade geschuyt dey mach den ane spreychen vur vnsen meystere vur synen schade inde neme eyn recht dat sy eme wysent mit dem meisten parte.

Vort setzen wir dat so wilch vswendich schaiſſ in den velde wirt vunden dat gilt zweylff pennynge zo boyszen jnd as dücke as id vunden wirt als dücke gilt id zweylff pennynge.

Vort so wylche madeghyn in deme velde wirt vunden kruden de gilt zweyne schyllynge.

Vort worde eynche vnser megede kruden in deme velde sunder vrloff gilt zwene schyllynge.

Vort setzen wir dat off eyman dryfft eynche schaiſſ ouer eyns anderen mans koren vp synes selues koren sunder vrloff also dücke als he dat deyt inde ouer alre maniches mannes koren also dücke he dat deyt also manyge marck gilt he zo boisze.

Vort mach der apt hauen in bynnen drissych morgen wergras mit sulcher vurworden dat wyr erfgenoise vnse pert by nachte inde by dage mogen dryn dryuen also wayle als he de syne vort me dryuet he syne schayff dryn off syne lambere so moygen wyr erfgenoise vnse schaiſſ ind vnse lambere ouch dryn dryuen sunder kore.

Were ouch sache dat he syne schayff ind syne lambere

neyt dryn dreue so wilch erfgenoys syne schayff off syne lambere in dat wergras dreue den sal der schutze wrogen off ander syn gesynde gelyoh also he vp eymans anders korn dreue.

Vort so wes pert myt dage vunden wyrt vp eymans korne off vp eymans schade dat gilt zweilff pennynge zo boissen jnd dat vyrken veyr pennynge.

Vort mach eckelich erfgenoys dye koren hait syn pert dryuen vp syns selues korn ane vrloiff So dat hey nemanne schade endeyt, deyde he eymanne schade so gilt he syne boyssse dye vur genomet ys.

Vort setzen wyr dat. dat eyn vswendich pert ind eyn vswendich rynt dat da vunden wurde by dage weyden dat eckelich gilt zweilff pennynge zo boissen jnde dat verken seis pennynge were dat sache dat id in eymans schade vunden wurde so gilt id dubbel boisse.

Vort setzen wir dat zo welch vswendich pert off rynt vunden wurde by nachte in dem velde weyden dat gilt dry schillynge inde eyn zwyn zweilff pennynge zo boissen jnde in schaden dubbel boisse.

Vort setzen wir dat off eymans lambere vunden wurden vp geseedeme lande in schade. de gelt eyne halue marck zo boisse.

Vort setzen wyr dat so wes herde schaiFF off lambere vunden werdent vp dreyschyn dey in der gewanden leynt in der gerechter sait dye gilt eyn halue marck zo boissen.

Vort setzen wyr dat so we rudyge schaiFF hait so wanne dat dye erfgenoise eme doynt gebeyden dat he sich yrre qwynt mache, so sal he sich yrre qwynt machen in bynnen eicht dagen jn deide he des neyt zo gilt he vunff marck zo boissen vort also lange als he sy helt So gilt he zo eicklicher wechen vunff marck zo boissen.

Vort setzen wyr dat So wanne dat man dye vrucht vp dem velde ayne tast, dat mallich syme knechte sal verbeyden dye dat hoet dye vrucht in dem velde dat hey nyman koren laissen vp syns heren lande off vp syns jonckeren off vp synre vrouwen off vp synre jonffrauwen jd syn man of vrouwen dye den pennyng wynnen kan jd sy myt dreisschen of mit snyden of mit wellen vort laes man kyndere jnde kranke lude airn as id gewonlich is &.

Item der wayn de gilt eyne marck jnd dye karre gilt VI schllinge dye ouer eymans lant vart geseyet jnd dar zu den partyen den schaden gericht.

II. Zunft brief

der Meßler becker vndt Muller zu Eussell vnd in dem Ambt
Lichtenberg vndt Noueldenn²⁾.

Wir Johannes von Gottes Genaden Pfalzgraue bei Rhein
Herzog inn Bayern Graue zue Veldeuz vnd Sponheim bekennen
vndt thun kundt mitt diesen briue, allß die meßger becker vndt
Muller zu Eussell vnnndt in vnserm Ambt Lichtenberg vndt Nouel-
den bey lebzeiten vnserer voreltern löbseeligster gedechnuß ein zunft
vndt ordnung gehabt die biß daher etlicher maßen inn abgang le-
men. Daß wir demnach allß der landtfurst oberleitt vnnndt be-
furderung gemeines nutzß halb dasselbig betrachtet vnnndt auff
jetziger der meßger becker vndt Muller zu Eussell bey umbbeschehe-
nes vndertheniges ansuchen Ihnen diese ordnung vndt zunft hie-
mitt gebenn vndt bestettigt haben vndt wollen daß alle die jenigen
so obgemelte handtwercker in vnserer statt Eussell inn den dorffern
vnnndt den landt zu vnserm ambt Lichtenberg gehörig vben vnnndt
brauchenn wöllen die jekunder da seindt, vndt hernach werden alle
miteinander ein zunft haben vndt halten sollen in der maßen
hernach geschriebenn stehet, vnnndt zuuorberst widerholen Wie Vnsere
Ihen den ersten Januarii an. 1580 gegebene Statt ordnung gnedig
befehlendt daß nit allein die innwohner zu Eussell, sondern auch
die vff dem landt derselben gemeiß sich verhallten vnnndt den jeder

2) Das Original, das übrigens nur eine alte Abschrift ist, steht hinter
der Ordnung der Stadt Eussell de anno 1557 im Kreisarchive zu
Speier. vergl oben S. 294.

zeit geordneten zunftmeistern durch unsere amtleuth vfferlegt vndt befolhen werden solle, vber solcher Stattordnung mit Bleiß vndt ernst zuhalten, auch von den vberdrettern die straffe nach außweisung derselben einzubringen vndt damit die zunftmeister vff dem lande inn irem ambt desto fleißiger seien, so soll vom jeder straff die jeder zunftmeister vff dem lande nach außweisung angerechter Statt vndt dießer zunftordnung namhaft machen wurd ihm gebüren drej albus.

Item welcher nun hinfurter in die vorgenant vnser oberkeit vndt gebieth löhme der soll obgemelte handwercks nit vben er habe dan die zunft laufft vndt ist zu wissen wer die zunft laufft, der soll gebenn zween Thaler jeden Thaler zu 31 albus gezellt, vnß vndt den handwerckenn gleich zu theilen vndt ein viertel weins dergesellen inn die irten oder zech.

Item welcher auch inn der vorgenanten vnserer oberkeit vnden gebieth ein Knaben diser handwerker eins will lehren lassen. Wann der einen Tag deren eins geubet hatt, soll er geben zween thaler vnß zu theilen, als vor vndt seinem lehrmeister zu lehrlohn sechs gulden, vndt soll zwei jahr lang lernen, dargehen soll der meister schuldig sein ihn trewlich vndt vleißig zu lernen vndt nit mitt anderer handtarbeit zu beladen, noch deß viehe zuhutten außschicken, auch ihm nach vollendten zweien jahren vff begeren ein lehrbriff nitt verwegenn, bey vermeidung eines Thalers straff, halb vnß vndt den handwercks wie vor, hatt aber ein Meister ein Sohn der daß handwercks lernen will, der ist der zunft mehr nitt als 15 albus zuerlegen schuldig also vill soll auch ein lehrjung geben der dieser handwerck eins lernt, wan er aber Meister wurd so hibt er die 2 thaler wie vorsteet für soll.

Vndt damit die zunft auch vff den nottfall ettwas angelit vndt bahrschafft beisammen haben möge, so soll ein jeder zunftgenosß er ericheine als dann oder bleibe auß bewegenden vrsachen auß vff die hernach bestimbte zeit irer geordneten zusammen Zunft schuldig sein ain albus in die buchß zu legen, vndt damit hierin desto weniger geirrt werde, so soll ein jeder zunftmeister solchen albus acht tag vor dem zunftig von seines andern zunftbruder einbringen vndt vffm zunfttag bar lifern vndt hierin keineswegs seumig sein.

Item welche Person inn diesem vnserm gebieth, daß hand-

werdt lernen will, soll es inn diesem unserm gebiet, vndt inn dieser zunft oder bei andern geübten vndt der Kunst erfahrenn meistern lernen. Vndt soll hinfurtter Keiner inn dise zunft zugelassen werden, er habe dann zuuor dargethan, vndt bewiesen, daß er zwei ganzer Jahr gelernet vndt bringe deßen gute schriftliche zeugnuß, wo er sein handtwerck vndt ob er dasselbig redlich gelernt, auch wie er sich sonst verhalten habe.

Item soll ein jeder Metzger bey vermeidung vnnachlässiger unser vndt der zunft zunft straff schuldig sein, daß gewicht anhen zulassen, vndt dasselb so also durch die darzu verordnete geacht ist, vndt thein anders nit brauchen.

Item were es daß ein Metzger inn dieser zunft einem gemehiget hette, der wer gleich wer er wolt, vndt behielt jine seinen lohn beuor, der soll keinen andern Metzger brauchen, er habe dan den dem er zuuor schuldig ist bezahlt vndt vnnklaghaft gemacht. Wer daß brich der verbricht funff schilling Pfening, vnß zutheilen allß obgeschriben stehet.

Item es soll auch thein Metzger becker oder Muller einigen frembden Knecht vffnemen daß handtwerck zu lernen, er habe dan den zunftmeistern zuuor gelobt, vnß, Unseren Statt Guschel dem laudt vndt der zunft getrew vndt holdt zusein, vndt eb er mit genandt etwas zuschaffen gewonne das er allhie außtrage, guetlich oder mitt recht vndt nit von hiinnen kommen, es seie dan außgetragen, welcher daß bricht oder einen gelernt, der nitt gelobt hett inn obgeschriebener maßen, der verbricht zehen schilling Pfening allß oft er daß thutt vnns vndt der zunft allß vorstehet zu theilen.

Item wer es Sach, daß ein Knecht mit dem andern, ein knecht mitt dem Meister oder ein Meister mitt dem knecht oder ein Meister mitt dem andern vncinig oder zwitrechtig wurde vmb sachen die daß handtwerck antreffen, daß soll sie vnder dem handtwerck richten, vndt außtragen, vndt nit fortter lauffen noch außser unserm gebieth kommen, eß seie dann zuuor auß deß handtwercks deß mehrertheils erkendnuß zungleich von verglichen vnd soll daß handtwerck die erkandnuß auff jr aide thun die Sie vor beiden Parthien dem handtwerck gethan habenn.

Item die zunft soll auch alle sechs jahr acht zunftmeister ziehen, zwen in unserer Statt Guesell, vndt dan ein zu baum-

holder, im Conder Pffellbacher Nouelber Bosenbacher vndt dem Nieder ambt jedes orts einen, dieselbigen sollen solche sechs jahr vber zunftmeister sein vndt bleiben auff die höchste buß vndt wann solche sechs jahr vergangen sein, so sollen sie acht andere zunftmeister inn obgerürter maßen wechlen. Sie sollen auch dieselben zunftmeister, die zu jeden zeitten gezogen werden, ehren, sie nit schmehen mit worden oder werden, ihnen gehorsam sein in allen sachen souil das handtwerck beruren thut, welcher daß vberfure der hatt verbrochen gehen schilling pfenning, vns zu theilen alß vor, vndt welcher Meister wurd, derselb alß der jungst Meister soll daß erst jahr der andern Meister knecht sein, oder einn andern also liebe thun, daß er daß vor ihn thut. Vndt sollen jezt alß baldt die gezogen werden sechs jahr lang, heut dato anzurechnen zunftmeister zu sein.

Item sie sollenbt auch furtter einer den andern ehren, vndt welcher vnder ihnen einen den andern freuntlich hieß liegen, der ist die buß ein schilling pfenning vnß zu theilen, da aber einer den andern ein Schelmen bößwicht oder dieb schulte oder sonst mitt dergleichenn ehrenrurigen wortten angriffe, wie daß wehre, derselbe der solchs thette der hatt verbrochen ain pfundt pfenning vnß vndt der zunft zu theilen wie vor vndt soll ihn wieder den solche wortt beschehen seindt wandell oder Rehrung seiner ehren beschehen nach erkandnuß vnserer Ambtleuth oder deß Gerichts.

Item welcher Mezger becker oder Muller vnderstuende daß handtwerck zu schwächen, der ist die höchste buß schuldich darüber sollen wir oder vnser erkenn oder vnser ambtleuth richten.

Item welcher inn dieser zunft ein gebott zu machen begert, derselb ist funff schilling pfenning vnß zu theilen, alß vor schuldich.

Item es soll auch keiner dem andern inn sein Rauff fallen, noch ihne daruon tringen vmb daß deß er mehr endtwebers vor viehe oder Frucht geben wolte, welcher daß thut der verbricht gehen schilling pfenning vnß zu theilen alß vor, doch soll nitt verboten sein, wan der eine vom Rauff abstehet daß sich ein anderer als dan mitt dem verkeuffer einlasse.

Wir wollen vndt gebieten auch wann zwen mezger oder becker in einen dorff vngesehrlich zusammen nehmen, vndt je einer den andern im Rauff eines Viehes oder Frucht antrifft, daß derselb

so kaufen will schuldig seie, dem andern, so ers begert, gemein daran zugeben bey straff zehen schilling pfenning vnns vnndt der zunft zu theilen.

Gleichfalls wollen wir auch daß kein Metzger becker oder Müller, bey vnsern vnderthanen oder sonst einig viehe groß oder klein auch frucht mitt gelt bestehe, oder gelt daruff gebe oder einer dem andern dasselbige geuehrlicher weiß vnnder stehe zuuerdheuren oder fur zu kauffen, sondern das einen jeden vnnderthannen der frucht oder viehe zuuor kauffen willens ist, deßhalb die handt vnversperrt frey seie dasselbig zuuerkauffen, nach seinem wohlgefallen, doch nitt auß vnserer oberkeitt, welcher hierwieder handelt, der verbricht von jedem stück souiel er deren bestellt, oder gelt daruff gebe, hatt zwey pfundt pfenning vnß vnndt der zunft zu theilen wie vor.

Es sollen auch die zunftmeister oder zunftknecht alle rugbare oder waffbare sachen furbringen vnndt rügen, bei den alben, die sie vnns vnndt der zunft gethan haben, vnndt vnns vnser theil beuor außgeben, würde aber einige buß oder anders hinderhalten vnndt mit vorsatz nit gegeben, wann vnndt zu welcher zeit wir oder vnser ambtleut daß ersiehenn, wollen wir die zunftmeister oder zunftknecht, die daß thetten, darumb straffen nach vnnsrem willen.

Es sollen auch alle die so inn dieser zunft seindt oder hernach darinnen kommen werden gebrungen sein vff den Montag nach dem sonntag quasimodo geniti zu Euschell morgens vor der predig beieinander zuerscheinen die predig göttliches wortts zubesuchen, vnndt volgendts ein jmbß mitt sein zunftbrüder zu thun vnndt was furfallen mag verrichten zu helfen. Welcher aber vff diesen jetztbemelten tag nit dawere, wann daß Register der zunftbruder gelesen wirdt, vndt auch sein albus nit erlegt hett, der hatt verbrochen sieben albus vnß zu theilenn. Es were dann sach, daß jr einer oder mehr außlendig weren, herren oder leibß nott jme dz benehme, vndt er daß kundtlich möchte, allß dann sol er der buß vberhaben vndt ledig seinn.

Nach dem sich auch ettlche bißhero vnderstanden zu meßgenn, vnndt daß viehe auß denn landt zutreiben, die doch daß meßgenn solches handwerks gebraucht nach nitt gelernt, so wollen wir daß die geordnete zunftmeister auch zunftgenossenn denselben vermeinten vhetreibern wol auffsehenn, vnndt wo sie einen finden meßgen,

oder vihe treiben, der das handtwerck nitt gelernt hett oder nitt zunftig were, der solle alle mahl umb zwei pfundt pfenning gestrafft werden, vns vndt der zunft gleich zutheilen als vorstehet.

Hiemitt aber soll einem haufman, wann er oder sein gesinde ein kalb zielen hammell oder dergleichen selbst abthun köndte oder wolt dasselbig vngenommen sein gleichfalls auch ein Nachbar dem andern vonn seinen selbst gezogenen vihe fleisch verkauffen, oder lassen wolt, nit gefart werden sonderlich da einer Rhein Metzger inn eill darzu haben möchte, dargegen aber sollen auch die Metzger, doch ohne verseumung irer händt verbunden sein wan sie von einem also erfordert werden vndt sonst keine haufmetzger vnder jnen geordnet sein wurden, demselben, wie auch dem haufmetzger umb nachuolgende belohnung zu metzgern, welcher sich dessen ohneredliche vrsachen verweigert der verbricht ein pfundt pfenning vns vndt der zunft zu theilen.

Nachdem auch die wirdt zu Gushell biß daher, sonderlich zu den jarmärkten grosse vnordnung angefangen inn dem das sie zu solchen jarmärkten durch die Metzger so vffm landt wonen, stecken vndt Milchfölder vndt annder vihe einkauffen, vndt jnen zu bringen, vndt dargehen die Metzger mit jren fleisch so sie gemacht hatten lassen, so soll solcher mißbrauch bei straff vier pfundt pfenning so oft einer dar wider thut halb vns vndt der Statt zu theilen genusslich abgeschafft sein, auch die Metzger vff den dörrfern so lang die Metzsig zu Gushell mitt fleisch versehen ist Rheinfleisch darin heimlich oder öffentlich faill bringen bey verlust desselben, Dargegen soll ein aber auch die Metzger vermög irer Stattordnung schuldig vndt verbunden sein jederzeit fleisch genug zu offenen failen markt ann denn geordneten tügen faill zuhaben vndt keinn mangell an jnen erscheinen zu lassen.

Wo aber ein wirt ein vihe ein virtell jahr lang inn seinen stall vndt futter gehalten hatt, es seie erzogen erlaufft oder ann schulden angenommen, auch was einem jeden wirt von seinem vihe wirdt dz soll er macht haben zu seinem hauf gebraucht zu geniessen, aber auffserhalb dessen sollen sie die wirdt jr seit vndt bradt fleisch vnder der Metzsig wie andere burger kauffen.

Wo auch einer betreten wurdte er seie wer er wolle, der inn vnserer oberkeit so weitt diese zunfttraicht, vihe kaufft vndt dasselbig auß dem lande treiben wolte, vndt darüber kein erlaubnuß

erlangt hette, derselbig verbricht, so oft er bedretten würdt, alle mahl drey Pfundt Pfening vnß zu theilen alß vor, dan wir alle furteuff des Viehes hiemitt verbiethen, auch beuelhen, daß vnser Ambtleutt jarlichß neben der zunft, deßwegen gutt einsehung haben, daß keiner vnserer vnderthanen ettwas an vihe auß dem bizird dieser zunft auß dem lande verkauffe es geschehe dann wie vorstehet mitt bewilligung vnnndt vormissen vnserer ambtleutt vnnndt der zunftmeister bei straff die wir vnß allein nach gelegenheitt deß verbrechens fürbehalten haben wölle, wie dan gedachte vnser ambtleutt dasselbig den vnderthanen jarlich gebieten sollen, sich darnach zu richten.

Jedoch soll hierdurch keinem zunftgenossen verwertht sein, wann er außserhalb vnser oberkeitt ohne verseumung der bandt vie laufft, das widerumb anders wohin zu treiben.

Wir wollen auch, dz die Metzger daß gefell so sie haben keinem frembden verkauffen, sondern den inlendigen solches anbiethen vnd es ihnen vmb billige bezahlung zustehen lassen sollen bei straff gegen jeden verbrechenen drey Pfundt Pfening vnß zu theilen alß vor.

Es sollen auch die Metzger inn der Statt Cusshell wonhafft, daß vnnschlitt so sie jarlichß vom viehe bekommen, den burgern vor andern vff jr begeren vmb gebührende bezahlung jeder zeit hingeben vnnndt lassen, jedoch da die burger deßelbigen nitt begertten soll jnen vnuerwerth sein, dasselb anderst wohien zu irem besten nützen verkauffen ober lichter darauß zumachenn.

Item welcher Metzger vff einen jarmarckt kochen will, der soll den tag zuuor vmb zwölff vhren vffm Platz, da der marck sein vnnnder die Küchen vffrichten will, erscheinen. Do aber mehr als einer fehme sollen sie da sie alle zünftig vmb die Stennde mitteininander lösen. Wer aber nah solcher ernanter Zeitt, vnnndt wenn die losung geschehen, fehme, der soll sein Standt zu lest haben vnnndt sich darwieder nitt sperren, bey Vermeid 15 alb straff vnnndt der zunft zu theilen.

Es soll auch ein jeder der also vff den jarmarcken kochen will, nitt mehr den ein Kindt vnnndt zwei klein viehe abthun, welcher Metzger auch vff den Jarmärcken kocht vnnndt nicht zünftig were der soll schuldig sein der zunft 9 albus zu haswein zugeben oder zu kochen nitt zugelassen werden.

Diemeill auch ettwan die Metzger vnnndt ihr Gesindte daß Kalb hammel vnnndt bockfleisch innsonderheitt Brust vnnndt zung stich mit frem ettwan vngesundten bresthafften athem vffzublosen pflegen, damit es ein groß ansehen habe vnnndt schwer wigen solle, diesem abscheulichen vnnndt vnleidenlichen betrug abzuwehren, vnnndt nachtheill zuuerhuten, so sollen die zunfftmeister vnnndt zugeordnete fleischbeseher mitt allem fleiß zu dem besichtigen vffachtung geben, vnnndt da sie einen ob mehr hierin straffbar befinden d. oder dieselb, vnß ob vnseren amtleutten nit verschweigen bei straff zwei Pfundt Pfening gegen d. verbrochenen weitere gebur wissen fur zunemen.

Wann auch von den geordneten Schekern ein kalb welches gemezelt, vnnder vier wochen altt befunden würdt, soll der Verleuffer desselben verfallen sein ein Pfundt Pfening, der leuffer aber soll verfallen sein 15 albus vnnndt solches alles vns vnnndt der zunfft zutheilen, daß Kalb aber wann es zu genießen ist soll wohien es zuthun, vnnndt wenn es auß zutheilen bei erkendnuß der zunfft stehenn.

Welcher Metzger einem burger oder Vnderthanen zu Gushell oder vffm landt im Ambt Lichtenberg zu hauß mezelt, oder ein viehe schlachtet, dem vnnndt auch den geordneten haußmezgern soll zu lohn nit mehr gegeben werden als von einem,

Ochsen oder großen Farren	5 albus	2 bl.
Von einer Rue 4 ob von einem Stecken Kalb	3	"
von einem jährigen kalb	3	"
von einem Speck Schwein ein blut vnnndt brott-		
wursten vnnndt	2	"
von einem Bruelin schwein	12 bl.	
von einer Geiß	10	"
von einem Milchkalb	1 albus	
von einem Schaff	1	"

Vnnndt diemeill die Stattordnung zu Gushell clare maß vnnndt beuelch gibt wie man daß fleiß außgühawen taxirenn solle, so thun wir dieselb jnnmaßen auch oben beschehen, hiemit widerholen, vnnndt wollen daß vnser amtleuth vnnndt zunfftmeister mit vleiß vnnndt ernst daruber haltten, damit sich derselbigen so wol die Metzger als auch becker vnnndt Müller gemeß verhalten, als dann auch zu nit geringem betrug vnnndt nachtheill vnserer vnderthanen, die

becker ettwan fünff weck vor 1 albus zebachenn. Also wollen vnnbt beuelhen wir daß sie Futter ein vnnbt zwen Pfennigs weck backen, vnnbt nitt allein die inn der Statt, sondern auch vffm lande, nach dem gewicht backen, wie solches die Stattordnung in sich heilt vnnbt gebeut, da aber einer hierwieder thette der vorbricht als oft daß geschehe jedes mals die straff nemlich 15 albus nach außweisung der Stattordnung.

Ferner sollen sich die becker befehlen, daß sie furthinn jederzeit gutt wolgeschmeckt brott wie sich gebirt backenn daß es nit zuuul auch nit zu wenig gebachen, nit eschenferbig bleibt verwässert verschwemmbt vnnbt zuuul luff oder gahr daig seie, item daß sie nitt wie bißhero groß vffgeblasen vnnbt verberandt sonder solt wol gebachen brodt vff die band bringen, vnnbt damit sie solches besto mehr leisten vnnbt thun können, sollen sie inn Kauffung der frucht fleiß anlehren daß sie wo muglich jeder zeit gutte frucht kauffen die nit verlegen oder sonst nit viel nuge seie, vnnbt da ettwan irer eins theils des handtwercks nitt zum besten bericht sollen sie knecht halten die des backens erfahren, vnnbt hien vnnbt wieder gewandert sein, sonderlich deren die an denen ortten, da man sonst schon brott pflegt faill haben, gearbeitet vnnbt daß sie auch ire kinder dieselie zum becker handtwercks anlernen wollenn an solche ort zu lernen schicken.

Auß sich auch bißhero Klagen befunden, daß die becker den wenigsten Theil frucht von Unsern Vnderthanen in vielgemeltem unserm Ambt Lichtenberg gessen, vmb daß gelt faill bekommen mögen, sondern daß dieselbige ihre frucht außser unserm in andere gebieth verfliehenn vndt verkauffen, so gebiethen wir hiemitt ernstlich vermög seiner Satzung vnnb wollen auch dasselbig unsern amtleuthen zu Lichtenberg, die jetzt sein oder kunfftig sein werden bey vermeydung unserer straff vnnbt vngnade einmahl für alle befohlen haben, daß sie kunfftiglich alle jahr jährlchs vnnbt jedes jahrs besonder inn der wochen nach Michaelis allen unsern vnderthanen zum Ambt Lichtenberg gehörig mit ernst vnnb bei straff gebiethen verblethen, daß keiner unserer vnderthanen er seie wer da wolle, sonderlich da ein theurung in der frucht einfiel ohne vnser oder vnser Amtleut vorwissen einig frucht auß unserer in andere Oertheitt verkauffen, sonder dieselbig den beckern zu kauffen gebe, oder aber zu offnenen markth gehn Cuspell siehre, welcher aber

daß nit thut den soll ein jeder macht haben anzeigen, wie dan die becker inn sonderheitt darauff achtung geben sollen vndt da einer also angezeigt, vndt schuldig befunden wirdt der selbig soll nach gelegenheit seines verbrochens durch unsere amtleut gestrafft werden vndt vns solche straff vorbehalten sein.

Das auch die brodtwiegen inn irem ambt nach außweisung der Stattordnung desto fleißiger seien, so soll inen vonn jeder straff vndt verwirkung wie die inn der Stattordnung gezelet seindt zwen schilling Pfening gegeben werden vnd gebieren.

Belohnung der Haußbecker.

Item so ein becker brott vff ein hochzeit backt der soll vonn einem jeden gebacks haben kleiner brott vndt vom malter zubacken — 4 albs.

It. vor die heeb so er darzu geben solle — 3 albs.

It. wann ein becker einem andern seinem Nachbarn haußbrott backt vndt daz holz dan zu gibt der solle vom saß haben vndt nehmen 4 d.

Weitter wo frembde becker brodt faill brechten vndt doch nitt zunftig weren soll derselbig neun albus zu haßwein der zunft erlegen, vndt hernach mahls so oft er widerkumbt 1 albus zunft weck wie von alter biß so lang er die zunft faufft hatt.

M ü l l e r.

Alle Muller in dieser zunft gehörig sollen, wie auch abgemelte beede handtwercker die zunft fauffen, vndt es so wol für ire person als auch mitt iren Lehrlingen damitt halten, wie oben gemeldet.

Item sie sollen rechte gerichte maßung inn iren Mühlen haben, vndt so jemandt frucht bringt fragen, wieviel deren seie, vndt da er bedenkens daran hette, dieselbige besehen, da dann mißell oder irrung deßhalb versiele, soll es den zunftmeistern zuentscheiden heimgestellt werden, welcher dann vnrecht erfunden wirdt, der soll zu straff erlegen 15 albus, da aber der mangell beim Muller wehre, soll derselb neben jetztgenannter straff auch die frucht zuerstattten schuldig sein vndt ein jeder Muller sich mit dem Mahlen vndt Molter heben seiner bestandtnus gemeyß verhalten.

Wann sich auch etwas zutrüge, die Metzger vndt viehelauff,

auch becker vnnbt Müller belangenbt, so jnn diese ordnung nicht begrieffen were, daruber sollen jederzeit nach gelegenheit der sachen, wir oder vnser erben auch vnserer Råth vnnbt ambtleuth zusprechen, vnnbt solliches zu endtscheiden haben, welchem vnsern ambtleuthen die jetzt sein oder kunfftig sein werden, wir auch hie mit bei den pflichten vnnbt aiden damitt sie vnß zugethan, vnnbt verwandt sein ernstlich befohlen vnnbt vfferlegt habenn wollen, neben den zunfftmeistern fleisch vnnbt brott schekern, vnnbt wiegern, auch zunfftgenossenn, vber dieser zunfft vnnbt darein gefaßter Metzger Becker und Müllerordnung trewlich zuhalten, sie darbei zu schützen vnnbt zu schirmen vndt nit zugestatten daß darwieder gethan werde, all bei Vermeidung der hierin vnnbt jnn vielgedachter Stattordnung bemeltter straff. Doch behaltten wir für vnß vndt vnser erben, vnß jnn alle weg beuor, diese zunfft Metzger Becker vnnbt Müllerordnung zuennndern zu mehrn zumindern oder gahr wider abzuthun nach vnserm gefallen alles alles getrewlich vnnbt ohne geuerbe.

Deß zu vrlundt haben wir vnser Canzlej Secret an diesen brieff thun henden der geben ist zu Zweibrucken Montags den 20 Martij anno 1587.

1440

62

JUN 2 - 1942

